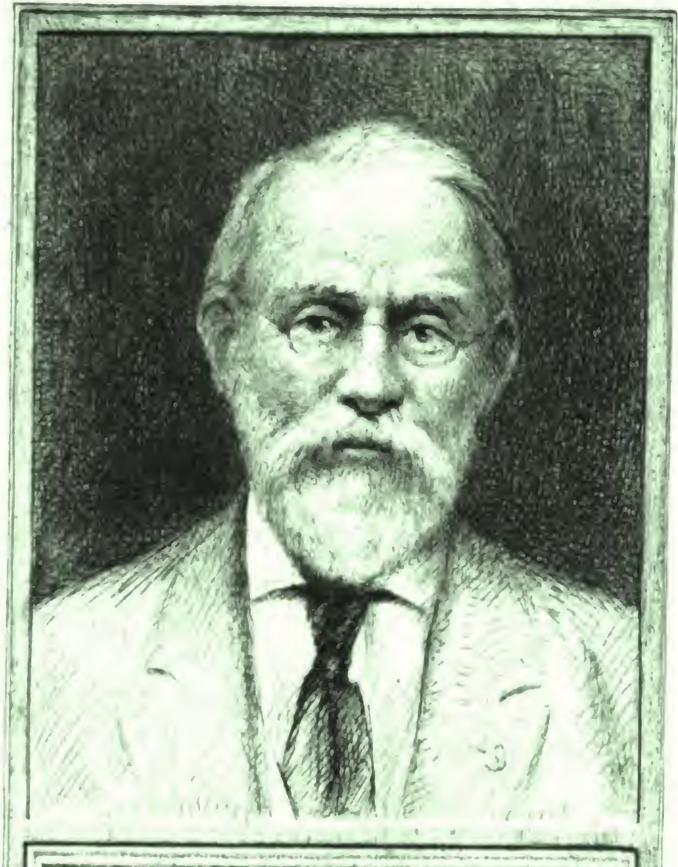
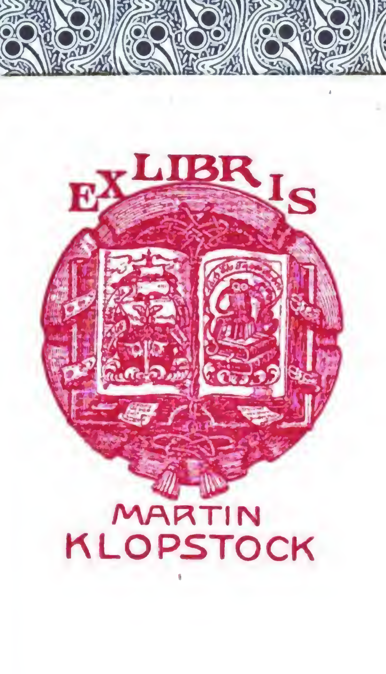



EX LIBRIS
MARTIN
KLOPSTOCK






SILAS WRIGHT DUNNING
BEQUEST
UNIVERSITY OF MICHIGAN
GENERAL LIBRARY



SOZIALISTISCHE MONATSHEFTE

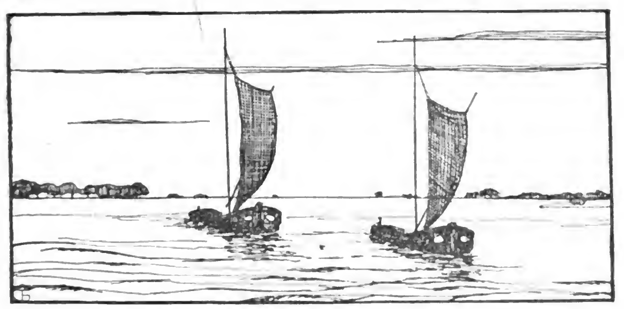
HERAUSGEGEBEN VON J. BLOCH

1906 · II BAND · JULI BIS DEZEMBER



VERLAG DER SO-
ZIALISTISCHEN
MONATSHEFTE
G · M · B · H · IN
BERLIN W. 35

DIE *Sozialistischen Monatshefte* sind, ihrem Programm entsprechend, ein freies Diskussionsorgan für alle Anschauungen auf dem gemeinsamen Boden des Sozialismus. Die Redaktion kann sich mithin nicht mit dem Inhalt aller Ausführungen einverstanden erklären, denen sie Raum gewährt; sie verzichtet darauf, ihre gegenteilige Stellungnahme in einem besondern Falle durch Anmerkung zu dokumentieren.



X JAHRGANG / DES SOZIALISTISCHEN AKADEMIKERS XII JAHRGANG / II. BAND

INHALTSVERZEICHNIS

× × ×

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Wirtschaft

Politik

Sozialpolitik

Soziale Kommunalpolitik

Sozialistische Bewegung

Gewerkschaftsbewegung

Genossenschaftsbewegung

Sozialpädagogische Bewegung

Frauenbewegung

WISSENSCHAFT

Philosophie

Sozialwissenschaften

KUNST

Bildende Kunst

Dichtkunst

Musik

DIVERSA

Aus der Zeit

Bücher

× × ×

PORTRÄTS

××××××××××××××××××××××××××××××××××××××

VERZEICHNIS DER IN DER RUNDSCHAU GEBRAUCHTEN ABKÜRZUNGEN

A. E. G. bedeutet die *Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft* (Sitz Berlin)
C. W. S. „ *Cooperative Wholesale Society* (die englische respektive schottische Grosseinkaufsgesellschaft)
G. E. G. „ die *Grosseinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine*
I. L. P. „ *Independent Labour Party* (die englische *Unabhängige Arbeiterpartei*, Richtung Keir Hardie-MacDonald)
L. P. „ *Labour Party* (die neue englische Arbeiterpartei)
S. D. F. „ *Social Democratic Federation* (die englische *Sozialdemokratische Föderation*, Richtung Hyndman)

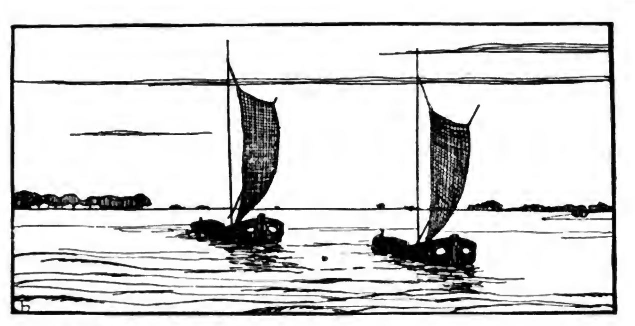
××××××××××××××××××××××××××××××××××××××

VERZEICHNIS SINNENTSTELLENDER DRUCKFEHLER

BEI den Druckfehlern der Rundschau ist die Spalte durch eine der Seitenzahl angefügte römische Zahl bezeichnet.

Seite		Zeile		statt:		lies:
Seite	538	Zeile	2 v. u.	statt:	*oculus*	lies: *oculos*
„	607II	„	2 v. u.	„	band	„ verband
„	638	„	7 v. o.	„	Georges	„ George
„	697II	„	7 v. o.	„	Verni-mon-Blätter	„ *verni mou*-Blätter
„	714	„	13 v. o.	„	Macauleys	„ Macaulays
„	714	„	22 v. u.	„	klaren	„ kurzen
„	718	„	21 v. o.	„	greifbarer	„ greifbarere
„	739	„	34 v. u.	„	*Bergarbeiterverband*	„ Bergarbeiterverband
„	823II	„	25 v. u.	„	naturwissenschaftlichen	„ naturalwirtschaftlichen
„	853	„	10 v. o.	„	sehe	„ sähe
„	854	„	35 v. o.	„	Reviersreik	„ Revierstreik
„	868	„	4 v. o.	„	V	„ IV
„	897II	„	39 v. o.	„	M.	„ Marken

DRUCK VON *GUTENBERG* DRUCKEREI UND VERLAG A. G. IN BERLIN



7. HEFT / JULI 1906

JULIUS BRUHNS · OBERSCHLESISCHE REICHSTAGSWAHLEN

DER Ausfall der Reichstagsnachwahl in einem Wahlkreise des oberschlesischen Industriebezirks, Beuthen-Tarnowitz, nahm dieser Tage das politische Interesse grösserer Kreise in Anspruch: Ein Wahlkreis, der seit mehr als dreissig Jahren ununterbrochen im Besitze des Zentrums war, liess den Kandidaten dieser Partei mit nicht mehr als 16 % der abgegebenen Stimmen in hoffnungsloser Minderheit und wählte mit überwältigender Mehrheit den Vertreter einer für Oberschlesien ganz neuen Partei, der Polen, zum Abgeordneten. Das verdient jedenfalls Beachtung und eine Erörterung der Ursachen, um so mehr, als mit dem Sieg des polnischen Kandidaten in einem fast rein industriellen Wahlkreise ein bedeutender Rückgang der sozialdemokratischen Wählerstimmen zu verzeichnen ist.

Betrachten wir zunächst die eine Seite dieses Wahlergebnisses, die Verdrängung des Zentrums aus seinem *angestammten* Sitz durch die Polen. Bis vor gar nicht langer Zeit waren die Polen, besonders treue Söhne der alleinseligmachenden katholischen Kirche, auch politisch völlig im Schlepptau des Zentrums, im Reichstage selbst nicht viel mehr, als ein Anhängsel der Zentrumsfraktion. Dies ideale Verhältnis aber wurde allmählich mehr und mehr getrübt, weil die politische Entwickelung einen nicht auszugleichenden Gegensatz schuf. . Das Zentrum ist seit längerer Zeit *Regierungspartei.* Die Regierung aber geht seit einem Jahrzehnt schärfer und immer schärfer gegen die Polen vor, indem sie deren nationale Empfindungen und Bestrebungen in harter und ungerechter Weise bekämpft und, allerdings ganz erfolglos, zu unterdrücken sucht. Die Polen erwarteten mit Recht, dass das Zentrum seinen grossen Einfluss bei der Regierung zu gunsten seiner bisher immer getreuen polnischen Gefolgschaft geltend machen werde; diese Erwartung aber wurde nicht erfüllt und konnte nicht erfüllt werden, weil das ehemals *reichsfeindliche* Zentrum zu einer *hochpatriotischen* Säule des Reiches geworden ist und daher Rücksicht auf seine Reputation als *deutsche* Partei nach verschiedenen Seiten hin nehmen muss. Die Polen waren unzufrieden, an eine glatte Trennung vom mächtigen Zentrum

aber dachten sie nicht; daran denken sie, oder wenigstens ihre Führer, auch heute noch nicht, da die tonangebenden, gut katholischen Grossgrundbesitzer aus der Provinz Posen etc. viel zu eng mit ihren gesamten politischen und wirtschaftlichen Interessen an das Zentrum gebunden sind. So ist es denn auch im Reichstage zwischen Polen und Zentrum bisher nur zu kleinen, kaum bemerkbaren Unfreundlichkeiten gekommen, während in allen grösseren Fragen beide Fraktionen immer noch zusammen stimmen.

Anders gestaltete sich das Verhältnis zwischen Zentrum und Polen jedoch in Oberschlesien, wo letztere nicht, wie in Posen die polnischen Kleinbürger und Bauern, unter dem Einfluss im Grunde ganz konservativer, nur polnisch sprechender Junker stehen, sondern wo die polnischen Industrieproletarier von demokratisch schillernden Journalisten, Rechtsanwälten und Ärzten geführt werden. Hier trat mit dem Wachsen der polnischen Bewegung — die früher in Oberschlesien völlig unbekannt war und im wesentlichen durch die aufreizende Polenpolitik der Regierung und die unglaublich kleinlichen Polizeimassnahmen gegen alles Polnische hervorgerufen wurde — eine immer schärfere Spannung zwischen den Polen und dem bisher herrschenden Zentrum ein. Während ein Teil der oberschlesischen Polen unter der Führung des jetzt in Beuthen gegen das Zentrum gewählten Napieralski, des Herausgebers des seit fast vierzig Jahren erscheinenden polnischen Blattes *Katolik,* ein friedliches Verhältnis zum Zentrum zu erhalten strebte und mit bald milden, bald schärferen Worten das Zentrum zur besseren Vertretung polnischer Rechte und Interessen anzufeuern suchte, traten die Radikaleren unter den Polen unter Führung Korfantys bald in schärfsten Gegensatz zum Zentrum. Sie machten sich völlig selbständig, und es gelang ihnen bekanntlich auch, bei den Hauptwahlen von 1903 mit Hilfe der Sozialdemokraten dem Zentrum einen bisher nie bestrittenen Sitz, Kattowitz-Zabrze, abzunehmen und für Korfanty zu erobern. Als auf Betreiben des erbitterten Zentrums Korfantys Wahl vom Reichstage annulliert wurde — die *Gründe* dafür waren mehr als fadenscheinig —, eroberte Korfanty im vergangenen Herbst seinen Wahlkreis im ersten Gange mit grosser Mehrheit wieder und brachte dem Zentrum eine vernichtende Niederlage bei. Auch die sozialdemokratischen Stimmen erfuhren dabei einen starken Rückgang.

Das aufsehenerregende Kattowitzer Wahlresultat mit seinem gewaltigen Aufschwung der radikalpolnischen Bewegung bestimmte die gemässigten, bisher immer noch zentrumsfreundlichen Polen von der *Katolik*gruppe, gemeinsame Sache mit dem radikalen Flügel zu machen. Herr Krolik, der bisherige Zentrumsabgeordnete für Beuthen-Tarnowitz, trat der polnischen Fraktion bei und legte dann, in eine unhaltbare Situation gebracht, sein Mandat nieder. Die versöhnten Polen stellten darauf Herrn Napieralski auf, der denn auch gewählt wurde, trotz aller Mühen des Zentrums, so dass jetzt die Führer beider Flügel der oberschlesischen Polen im Reichstage sind.

Die Leitung der Zentrumspartei in Oberschlesien hat sowohl bei der Kattowitzer, wie bei der Beuthener Nachwahl nach Kräften laviert, um die Niederlage zu verhüten oder doch nicht gar zu schwer ausfallen zu lassen. Ihre Aufgabe war nicht leicht zu erfüllen, besser gesagt: sie war überhaupt nicht zu erfüllen. Diese Aufgabe bestand darin, sowohl in Kattowitz, wie in Beuthen, Kandidaten zu präsentieren, die den Polen, wie den Deutschen national und

patriotisch genug erscheinen konnten, um gewählt zu werden. Dies Kunststück brachte aber auch der verschlagenste Zentrumsführer nicht fertig, und so wählten die polnischen Wähler ihren nationalen Kandidaten, und die bürgerlichen deutschen Wähler wählten in Beuthen, wie seinerzeit in Kattowitz, einen *echten deutschen Mann*, was in Oberschlesien heisst: einen in der Wolle gefärbten Hakatisten, der nebenbei aber auch Vertrauensmann des oberschlesischen Grubenkapitals ist. In beiden Kreisen erzielten die Kandidaten dieser für Oberschlesien neuen Parteigruppe, der sich die oberschlesischen Freisinnigen unentwegt anschlossen, ungefähr eben so viele Stimmen, wie die Kandidaten des Zentrums, der vorher herrschenden Partei. Die bislang meist immer erfolgreiche Schaukelpolitik des Zentrums hat in Oberschlesien zuerst, und zwar gründlich, Misserfolg erzielt.

Allerdings, sehr gross wird der tatsächliche Verlust des Zentrums nicht sein, denn der neue Abgeordnete für Beuthen, Herr Napieralski, ist in der Tat seiner ganzen bisherigen politischen Tätigkeit und Stellung nach nichts weiter, als ein eingefleischter Zentrumsmann, und er wird auch im Reichstage getreu den Spuren des Zentrums folgen. Das gleiche gilt ja auch von dem Demagogen Korfanty, der sich nicht ungeschickt ein demokratisches Mäntelchen umhängt, im Grunde aber reaktionär und bigott ist, wie nur ein echter Zentrumsmann es sein kann. Die Zehntausende polnischer Proletarier, die diesen Volksvertretern ihre Stimmen gaben, sind ebenso betrogen, wie sie es beim Zentrum waren. Denn sie haben zum sehr grossen Teile nicht polnisch gewählt lediglich der nationalen Fragen wegen, sondern weil sie tief unzufrieden sind mit ihrer ganzen Lage, mit den Lohn- und Arbeitsverhältnissen, der Behandlung durch die *Herren*, dem Knappschaftswesen, den hohen Lebensmittelpreisen u. s. w. In allen diesen Fragen haben die neuen polnischen Abgeordneten den Arbeitern wohl grosse Versprechungen gemacht — unter gleichzeitiger schamloser Verdächtigung und Verleumdung der sozialdemokratischen Bestrebungen —, halten aber können sie, die Mitglieder der polnischen Reichtstagsfraktion, in der die polnische Aristokratie massgebend ist, nicht das geringste, selbst wenn sie wollten.

Unter solchen Umständen können wir den Rückgang der sozialdemokratischen Stimmen, der bei der jüngsten Beuthener Nachwahl etwa 40 %, bei der Kattowitzer Nachwahl im letzten Herbst 50 % betrug, mit der ruhigen Gewissheit betrachten, dass er, trotz der Siegesrodomontaden in den polnischen Blättern, ein verübergehender sein wird. Die Ursachen des Rückgangs ergeben sich aus dem vorhergesagten leicht. Die wesentlichste Ursache ist die noch fehlende Aufklärung der Massen. Von mündlicher Agitation konnte bisher mangels Versammlungslokale gar keine Rede sein. Aber nicht viel besser stand es mit der schriftlichen Agitation. Das deutsche Parteiblatt, die Breslauer *Volkswacht*, ist im ganzen, weit über eine Million Einwohner zählenden Industriebezirk in nicht mehr als tausend Exemplaren verbreitet, das nur zweimal wöchentlich im kleinen Format erscheinende polnische Parteiblatt *Gazeta Robotnicza* in noch geringerer Anzahl. Und der Agitation durch Flugblätter bereiten in den räumlich ungeheuer ausgedehnten Riesenwahlkreisen Polizei, Geistliche und Beamte der Gruben und Hütten die denkbar grössten Schwierigkeiten. Die wirtschaftliche Abhängigkeit der Arbeiter ist nirgends so gross, wie hier, wo längst wohlgefügte, grosse Unternehmerorganisationen bestehen, während die gewerkschaft-

lichen Organisationen der Arbeiter noch in den Anfängen stecken. Nimmt man dazu die sprachlichen Schwierigkeiten, den Mangel an tüchtigen, polnisch sprechenden Agitationskräften, die nationale Verhetzung, den starken religiösen Sinn der grossen Mehrheit der Arbeiter, den dadurch bedingten moralischen und geistigen Einfluss der Priester, den leider durch Jahrhunderte der Knechtschaft anerzogenen Sklavensinn der Massen, dann kann es nur wundernehmen, dass es unter solchen Verhältnissen noch möglich war, jene Stimmenzahlen sowohl in Kattowitz, wie in Beuthen zu behalten. Zu alledem aber kam Jahre lang die Spaltung der Sozialdemokraten in zwei streng von einander getrennte, in Feindschaft mit einander lebende Gruppen, einer deutschen und einer polnischen, von denen die letztere, infolge ihrer äusserst geringen Mittel, einen ebenso mühseligen, wie erfolglosen Kampf zu kämpfen hatte.

Ganz allmählich wird die Sozialdemokratie der ungeheuren Schwierigkeiten Herr werden, die ihrer Ausbreitung im oberschlesischen Industriebezirk entgegenstehen. Einen ersten, sehr erfreulichen Schritt zu diesem Ziele bedeutet die kürzlich vollzogene Wiedervereinigung der *Polnischen sozialistischen Partei* mit der deutschen Gesamtpartei, die unter Wahrung möglichster Selbständigkeit unserer polnischen Genossen vor sich gegangen ist und eine ganz andere Arbeitsmöglichkeit, als bisher, schafft. Leicht wird die Aufgabe damit freilich immer noch nicht, dem noch in den eisernen Fesseln der Unwissenheit befindlichen, von nationalen Leidenschaften befangenen oberschlesischen Volke die Aufklärung zu bringen, es zu klassenbewussten Mitkämpfern in den Reihen des internationalen Proletariats zu machen. Aber erfüllt muss diese Aufgabe werden und wird sie werden. Und auch die schwersten Opfer dürfen uns von der Erfüllung dieser Aufgabe nicht abschrecken. Der oberschlesische Industriebezirk, jetzt schon von sehr grosser wirtschaftlicher, wie politischer Bedeutung, wird in den kommenden Jahren, vor allem dann, wenn drüben in Russland das alle wirtschaftliche, kulturelle Entwickelung lähmende Zarentum zu Boden geworfen sein wird, zu noch ganz anderer, gewaltigerer Bedeutung gelangen, er wird ein Industriezentrum werden, das die grossen englischen und amerikanischen Industriezentren weit übertreffen dürfte. Diese kolossale Quelle wirtschaftlichen Lebens mit ihren Hundertausenden von Proletariern muss und wird die Sozialdemokratie sich und ihren Ideen erobern — mag dies vorläufig auch auf grosse Schwierigkeiten stossen.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

ALEXIS NEDOW · DIE NÄCHSTE AUFGABE DER RUSSISCHEN SOZIALDEMOKRATIE

MIEUX vaut tard, que jamais! Nachdem auf dem Einigungskongress der russischen sozialdemokratischen Partei endlich die ganze Taktik des Boykotts der *Duma* entschieden verurteilt wurde, wird nun auch durch positive, glänzende Erfolge, welche die sozialdemokratischen Kandidaten bei den Wahlen im Kaukasus und namentlich in Sibirien soeben erzielt haben, *ad oculus* demonstriert, wie verfehlt diese wirklich selbstmörderische Haltung war.

Allerdings hatten sich alle denkenden Köpfe der Partei von vornherein gegen diese — vom *Vorwärts* hochgepriesene — Taktik erklärt, und vor allem hatte schon längst gerade Plechanow die Idee des Boykotts in der ihm eigenen scharfen Weise allseitig und schonungslos kritisiert. Bereits im Dezember 1905 schrieb er in seinem *Tagebuch eines Sozialdemokraten*:

»Man empfiehlt bei uns, die *Reichsduma* zu boykottieren. Doch wird die Masse der Bauern diesen Boykott niemals begreifen können und unsere pseudoradikale Taktik würde nur dazu führen können, dass wir die beste und unersetzliche Chance, das politische Bewusstsein der Bauern zu beeinflussen, unbenutzt lassen würden. Die Wahlagitation auf dem Lande würde die Agrarfrage scharf stellen. Dann würden die Bauern leicht einsehen, wo ihre Freunde, und wo ihre Feinde sind. Schon diese Erwägung müsste genügen, um die Unhaltbarkeit der Idee des Boykotts klar zu machen. Und man könnte noch viele andere geltend machen. Hier werde ich mich darauf beschränken, dasjenige kurz zu formulieren, was ich schon mehrmals in Diskussionen mit Genossen über den Boykott der *Duma* gesagt habe: Nicht nur auf dem Lande, sondern auch in den Städten ermöglicht uns unsere Beteiligung an der Wahlagitation, unseren Einfluss auf breite Schichten des arbeitenden Volkes bis zum Maximum zu erhöhen. Deshalb bin ich gegen den Boykott. Ich weiss wohl, dass man mich deshalb für einen Volksfeind erklären mag: erinnern Sie sich nur an manche Resolutionen mancher unserer Organisationen! Doch gibt es verschiedene Volksfeinde. Der Ibsensche Dr. Stockmann wurde ja auch für einen Volksfeind erklärt, aber dem Volke hat er eben gar nicht geschadet. Sie wollten meine Meinung wissen, da habe ich sie ausgesprochen: jetzt donnert gegen mich, wenn Ihr es für nützlich haltet!«[1])

Die oben erwähnten Wahlerfolge der Sozialdemokraten im Kaukasus und in Sibirien sind auch in dieser Beziehung lehrreich, dass sie, besonders in Sibirien, namentlich in Omsk, auch in solchen Gegenden erzielt werden, wo sie nur durch die Tatsache erklärlich sind, dass viele bürgerliche Elemente, sogar Beamte, für die sozialdemokratischen Listen gestimmt haben, um dadurch gegen die Reaktion auf das entschiedenste zu protestieren. Selbstverständlich wäre dies auch im eigentlichen Russland geschehen, wenn nicht durch den Boykott dergleichen Mitläufer gezwungen gewesen wären, für die konstitutionellen Demokraten, eben als für die radikalste unter den an den Wahlen beteiligten Parteien, zu stimmen.[2]) Nirgends wurde die Parole *Keine Beteiligung an den Wahlen!* so konsequent durchgeführt, wie in Polen. Das Resultat war, dass in Polen lauter Agrarier gewählt sind, und nun müssen die polnischen Bauern besondere Bevollmächtigte senden, um auf den *Polenklub* eine Pression auszuüben respektive gegen dessen bauernfeindliche Reden während der grossen Agrardebatte ausdrücklich zu protestieren.

Indes, was geschehen ist, ist geschehen. Durch den Boykott und sonstige nicht minder wesentliche taktische Fehler haben die russischen Sozialdemokraten ihrer eigenen Sache so viel Schaden zugefügt, wie es die schlimmsten Feinde

[1]) In der selben Nummer seines *Tagebuches eines Sozialdemokraten* — das, nebenbei bemerkt, unzweifelhaft als eine publizistische Leistung ersten Ranges gelten darf — sagt Plechanow, als Resumé seiner durchaus sachlichen Kritik der Taktik der russischen Sozialdemokratie in den letzten Monaten des Jahres 1905: »Das Leben hat gezeigt, dass die Taktik, die unsere Partei während der letzten Monate beobachtet hat, unhaltbar ist. Um neue Niederlagen zu vermeiden, müssen wir uns eine neue Taktik zu eigen machen«. Nun mag also der *Vorwärts*, auf seine »ihm als zuverlässig bekannten russischen Mitarbeiter und zwar in der revolutionären Bewegung stehenden führenden Genossen« (wörtlich so im *Vorwärts* vom 6. Mai!) vertrauend, auch Plechanow gegenüber den Vorwurf »anmassender Schulmeisterei russischer Genossen« erheben; er mag gegen Plechanow donnern — wenn er es für »nützlich« hält!

[2]) Das meint ja eigentlich — wenn man von dem Ballast der allgemeinen Redensarten und Schimpfworte gegen die *Kadetten* absieht — auch der Verfasser des Artikels *Duma und Kadetten* im *Vorwärts* vom 31. Mai und 1. Juni.

der Sozialdemokratie nicht vermocht hätten. Leider ist diese Art von Taktik noch keineswegs wirklich überwunden, und unter Umständen kann sie in der nächsten Zukunft sogar noch schädlicher wirken. Dazu gehört vor allem die recht bedenkliche Art, in welcher auf einigen politischen Versammlungen neuerdings manche Sozialdemokraten (der Leninschen Richtung) gegen die *Duma* Stellung genommen haben. Eben diese Stellungnahme hat den nachstehenden bedeutungsvollen Aufruf Plechanows an die Arbeiter Russlands veranlasst:

›Wir wenden uns an euch mit diesen Zeilen in einem Augenblick, dem an Wichtigkeit kein anderer im Leben unseres Landes gleichkommen kann.

Die Regierung mit dem Minister Goremykin an der Spitze hat sich geweigert, die Forderungen der *Reichsduma* zu erfüllen. Sie gibt keine Amnestie denjenigen, die sie für Verbrecher erklärt hat, weil sie für die Freiheit gestritten haben. Sie gibt den Bauern, die durch das Verschulden der Regierung Hunger leiden müssen, kein Land. Was soll nun getan werden? Das ist die Frage, die ihr im Interesse eurer Sache, im Interesse der Freiheit, im Interesse eurer Heimat mit voller Kaltblütigkeit überlegen müsst, so sehr auch in euren Herzen die Flammen gerechter Entrüstung lodern. Ihr müsst Fehler vermeiden, die unserer ganzen Bewegung schweren, ja vielleicht nicht wieder gut zu machenden Schaden zufügen können.

Lasst euch nicht provozieren! Die Macht der Regierung nimmt mit jedem Tage ab, denn mit jedem Tage wird unser Volk immer klarer bewusst, dass es von der Regierung nichts Neues zu erwarten hat ausser neuen und immer neuen Unterdrückungen. Die Regierung sieht, wie die Dinge stehen, und will euch zu einer Schlacht provozieren, solange ihre Macht noch grösser ist, als die eurige. Lasst euch nicht provozieren, lasst euch nicht durch Reden zwar aufrichtiger, aber unbesonnener Leute, die euch zu den Waffen rufen, betören. Jetzt den Kampf aufnehmen heisst eine schwere Niederlage erleiden.

Das ist aber noch nicht alles. Unsere Regierung, die die Metzeleien der *Schwarzen Banden* anstiftet und jede freie Regung unterdrückt, verhindert nicht die Kritik an der *Reichsduma*. Warum, glaubt ihr, geht sie so vor? Weil die Regierung aus euch eine Waffe der Reaktion machen will.

Die Revolutionäre greifen die *Duma* an, sagt sich Goremykin, das ist uns jetzt sehr gelegen, wo unsere Weigerung, die Forderungen der *Duma* zu erfüllen, zu einem Zusammenstoss zwischen uns und ihr führen wird. Je mehr das Ansehen der *Duma* in den Augen des Volkes fällt, desto weniger wird das Volk sie unterstützen, desto leichter wird es sein, ihr das Maul zuzudrücken oder gar sie auseinanderzujagen. Mit den Revolutionären aber werde ich dann schon fertig.

Genossen, Arbeiter! Ihr müsst unbedingt diesen Plan Goremykins vereiteln. Lasst euch nicht dadurch irreführen, dass in der *Duma* die bürgerlichen Parteien herrschen! Nicht deshalb hasst Goremykin die *Duma*, weil die Bourgeoisie in ihr die Oberhand hat, sondern weil die in ihr vorherrschende Bourgeoisie die Freiheit für alle und Land für die Bauern fordert. Nicht gegen die Bourgeoisie ist die Verweigerungspolitik Goremykins gerichtet, sondern gegen das ganze Volk. Und das ganze Volk muss den Herrn Goremykin zwingen, diese Politik aufzugeben.

Jedes Zaudern wäre in diesem Falle unseres Volkes unwürdig, es hätte gezeigt, dass es noch nicht verstanden hat, worin die brennendste politische Aufgabe unserer Zeit besteht. Zu einem erfolgreichen Kampfe für den Sozialismus ist politische Freiheit nötig. Damit wir aber politische Freiheit haben, müssen wir die von der Reaktion geschmiedeten Pläne zum Scheitern bringen.

Wehe euch, wehe dem ganzen Lande, wenn ihr jetzt eure ganze Aufmerksamkeit nicht auf diese Frage richtet. Die Reaktion wird sich eure Fehler zu nutze machen und wird einen schrecklichen Schlag gegen die Freiheitssache führen.

Wundert euch nicht, dass wir uns an euch mit diesem Aufrufe wenden. Schon seit Beginn der achtziger Jahre haben wir euer Erscheinen auf der weltgeschichtlichen Bühne vorausgesagt und haben darauf gewartet, wie die Juden den Messias erwarten. Wir wurden nicht müde, immer und immer wieder zu wiederholen, dass die revolutionäre Bewegung bei uns als Bewegung der Arbeiterklasse siegen wird

oder aber gar nicht siegt. Und nun, wo die Tatsachen unsere Erwartungen bestätigen, jetzt, wo dank dem heroischen Kampfe der Arbeiterklasse unsere Freiheitsbewegung schon ihrem Sieg nahe ist, können wir nicht mehr schweigen, wir halten es für unsere Pflicht, auf die politische Falle hinzuweisen, in die die Reaktion euch locken will.«[3])

Der Aufruf Plechanows ist auch von der konstitutionell-demokratischen Presse als ein höchst erfreuliches Symptom begrüsst worden. Leider bleibt Plechanow mit seiner Auffassung, die doch sowohl für die nächsten, wie für die weiteren Interessen des russischen Proletariats die einzig richtige ist, vorläufig ziemlich isoliert. Statt, wie er empfiehlt, die *Duma* kräftig und in richtiger Weise zu unterstützen, debattieren die geistigen Führer der russischen Sozialdemokratie mit ernster Miene darüber, ob die *Kadetten* als Vertreter der Grossbourgeoisie, die *Arbeitsgruppe* als Repräsentantin des Kleinbürgertums zu betrachten sei, oder ob die beiden Parteien als *schlechthin kleinbürgerlich* gelten sollen.

Nicht minder, als dieser unverbesserliche Doktrinarismus, ist für die sozialdemokratische Partei der — leider auch nach dem Einigungskongress fortdauernde — Zwist der feindlichen Brüder, die sich wütend selbst zerfleischen, der *Mehrheit* und der *Minderheit,* sehr schädlich. Für die Stimmung in den beiden Lagern ist schon der Umstand recht charakteristisch, dass man sich nicht einmal darüber einigen konnte, ob der Einigungskongress als der dritte oder als der vierte legitime Parteitag der russischen Sozialdemokratie gelten sollte: im ersten Falle würde ja der dritte Parteitag, woran allein die Leninanier beteiligt waren, als *nul et non avenu,* als gar kein Parteitag der einen und unteilbaren russischen Sozialdemokratie gelten! Solange man noch mit derartigen Dingen beschäftigt ist, solange der Zank der beiden Richtungen nicht endgültig vorbei ist, kann die russische Sozialdemokratie nicht einheitlich handeln, wozu es wirklich höchste Zeit wäre.

Schon vor einigen Monaten hat Plechanow hervorgehoben, dass »die von der Intelligenz geschaffene Parteiorganisation für die revolutionäre Bewegung der Arbeitermassen schon zu eng geworden ist. . . . Das Proletariat selbst versucht, die für seine Praxis geeigneten Formen ausfindig zu machen«. Bei dieser Sachlage klingt es wirklich sonderbar, wenn es zum Beispiel im *Prisyw* (einem privaten Organ Leninscher Prägung) heisst:

»Vor allem soll und muss das Proletariat alle Arbeitergruppen, Organisationen und Verbände, die sich am politischen Kampfe betätigen wollen, fragen: wer bist du, was sind deine Kampfprinzipien, was für ein Programm hast du? Alle diejenigen, welche nicht auf diese Frage präzis antworten: ich bin ein Sozialdemokrat, Mitglied der Parteiorganisation, soll das Proletariat entweder für seine Feinde, Spitzel, Betrüger halten oder annehmen, dass sie noch nicht zum klaren Bewusstsein ihrer Klassenaufgaben gekommen sind.«

Wie aus der Schlussbemerkung des zitierten Artikels erhellt, sind damit die Mitglieder der *Arbeitsgruppe* gemeint. Wenn die russische Sozialdemokratie nicht etwa die Rolle der englischen *Sozialdemokratischen Föderation* zu spielen beabsichtigt, sondern ihre grosse Mission in der bevorstehenden Periode ernst nimmt, muss sie vor allem, in sich geeint, von dergleichen sektiererischen Prätentionen sich freimachen und die vorläufig nicht zu ihr gehörenden, aber ihr verwandten Organisationen auf anderem Wege zu gewinnen suchen, sie muss

[3]) Dieses wichtige Dokument brachte auch der *Vorwärts* am 14. Juni in aller Harmlosigkeit zum Abdruck, anscheinend ohne zu empfinden, dass es die denkbar schärfste Desavouierung der von ihm bisher vertretenen Taktik darstellt.

eben vor allem selbst zum klaren Bewusstsein ihrer Klassenaufgaben kommen. Auch wäre es angebracht, endlich mit dem System der abgeschmackten Verleumdungen zu brechen, wie sie zum Beispiel der Leninsche *Wpered* zum besten gibt, indem er behauptet, dass »die *Kadetten,* um die Interessen der Gutsbesitzer sicher zu stellen, die Vertreter der Staatsgewalt, das heisst die Herren Goremykin und Durnowo zu Hilfe rufen, hinter welchen Dubassow mit den Maschinengewehren steckt«. Wie kann man solches Zeug schreiben nach den Debatten über die Agrarfrage in der *Duma?* Eigentlich stehen ja die Sozialdemokraten dem Agrarprogramm der konstitutionellen Demokraten viel näher, als etwa dem Programm der *Sozialisten-Revolutionäre,* da weder die *Kadetten,* noch die Sozialdemokraten die Illusionen der letzteren in Bezug auf den quasisozialistischen Charakter der bevorstehenden Agrarreform teilen. Auch auf das Agrarprogramm der *Arbeitsgruppe* sind diese Illusionen nicht ohne Wirkung geblieben. Von diesen utopistischen Bestandteilen und von manchen *revolutionär* klingenden Ausdrücken abgesehen, ist aber das Agrarprogramm der *Arbeitsgruppe* mit dem der konstitutionellen Demokraten ziemlich identisch. Und von dem Zusammenarbeiten der konstitutionellen Demokraten, der Sozialdemokratie und der *Arbeitsgruppe* hängt die nächste Zukunft der Demokratie in Russland ab.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

FRITZ WINTER · NATIONALITÄT UND GEWERKSCHAFT

DIE österreichischen Gewerkschaften sind in einer mächtigen Entwickelung begriffen. Gerade im abgelaufenen Jahr sind namentlich in den Industriezentren Schichten der gewerkschaftlichen Bewegung gewonnen worden, die bisher weitab von ihr standen. Es sind dies vorzüglich die Arbeiter aller jener Branchen, in denen eine eigentliche Qualifikation nicht erforderlich ist. Aber auch die qualifizierten Arbeiter strömen — man kann diesen Ausdruck ohne Übertreibung gebrauchen — geradezu in die Gewerkschaften. Der Bericht der österreichischen Reichskommission weist für das Jahr 1905 einen Zuwachs von 244 674 Mitgliedern auf, von denen 323 099 bis zum Ende des Jahres in den Organisationen verblieben. Die Zunahme der Mitglieder betrug beinahe 71 %. Sie erstreckte sich auf beinahe alle Gewerkschaften. Im Jahre 1901 hatten alle österreichischen Berufsgenossenschaften 119 000 Mitglieder, am Ende des Jahres 1905 war diese Zahl auf 323 099 gestiegen. Mit dieser Steigerung ging eine ausserordentliche Festigung der inneren Organisation einher. Die bedeutendsten Industriezweige sind in straffen Zentralorganisationen in der leicht beweglichen Form der Unionen, also in gleichwertigen, von einer Zentralleitung abhängigen Ortsgruppen organisiert. Die österreichischen Gewerkschaften sind so allmählich ein mächtiges Gebilde geworden, das einen bedeutenden Einfluss auf die Gestaltung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter ausübt.

Seit einiger Zeit nun beschäftigt die österreichischen Gewerkschafter eine Frage, die zu lösen wohl die Gewerkschaftsbewegung keines anderen Landes genötigt ist. Es handelt sich darum, die Bedürfnisse einer starken gewerk-

schaftlichen Organisation in Übereinstimmung zu bringen mit den nationalen Ansprüchen einzelner ihrer Mitglieder. Im Wesen der Gewerkschaften an und für sich liegt ein solcher Widerspruch nicht. Die Gewerkschaft ist die Berufsorganisation der Arbeiter eines bestimmten Industriezweiges. Die Gemeinsamkeit dieser Arbeiter wird nicht durch ihre Sprache, nicht durch ihr nationales Gefühl, sondern durch ihre gemeinsame Not, ihre Abhängigkeit von den selben Unternehmern, ihr Arbeiten unter den selben Arbeitsbedingungen begründet. Nicht die Sprache, sondern die Arbeit des Mitgliedes ist entscheidend für seine Betätigung in der Gewerkschaft. Nicht die Sprache, sondern der Kampf gegen die Unternehmer ist entscheidend für die Wahl der Organisationsform. Nicht Gefühle und Träume, sondern harte Tatsachen und Wirklichkeiten sollen die Leitsätze im gewerkschaftlichen Kampf sein. Das ist bei der nüchternen Arbeit und Aufgabe der Gewerkschaften so selbstverständlich, dass es banal erscheint, darüber auch nur zu reden. In Österreich aber, diesem merkwürdigen Land der unbegrenzten Unmöglichkeiten, sind gerade die Selbstverständlichkeiten nicht banal. Die nationale Frage ist derzeit tatsächlich ein Problem der österreichischen Gewerkschaftswelt. Sie stellt sich heute dar als eine Frage der Organisationsform, und sie ist auch in ihrem richtigen Kern nichts anderes. In dem Lande des Nationalitätenstreites wird aber diese Frage unweigerlich aus einer organisatorischen eine politische. Die österreichischen Gewerkschaften vor dem Unheil zu bewahren, dass eine politische, der Gewerkschaftsarbeit gleichgültige Sache die mühsam aufgebaute Arbeit zerreisst, das ist die Aufgabe, die sich jedem stellt, der sich an die Lösung des Problems macht.

Die Arbeiterbewegung, die politische, wie die gewerkschaftliche, war ursprünglich in ihren bewussten Anfängen eine Bewegung der deutschen Arbeiterschaft, weil die Industrie in Österreich sich in den deutschen Gebieten zuerst entwickelte. Die Landflucht des österreichischen Proletariates und die Industrialisierung der nichtdeutschen Gegenden Österreichs trug die Bewegung auch unter die anderssprachigen Arbeiter. Mit der politischen entstand auch die gewerkschaftliche Bewegung. Aber die nationalen Verschiedenheiten machten sich anfangs deshalb nicht geltend, weil es nur kleine lokal abgegrenzte Berufsvereine gab, die auch zumeist einsprachig waren. Die erste nationale Frage kam auf dem zweiten österreichischen Gewerkschaftskongress zur Behandlung. Sie hatte schon damals den selben Charakter, wie heute. Sie war nicht eine Frage gewerkschaftlicher Natur, sie ging nicht darauf aus, eine bessere gewerkschaftliche Organisation zu schaffen. Sie war auch damals schon eine Frage der Repräsentation der Nation, eine politische Frage. Die Forderung der Tschechen ging auf eine Zweiteilung des Sekretariates der Reichskommission in ein deutsches und tschechisches. Der Kongress antwortete auf diese Forderung damit, dass er nicht das zentrale Sekretariat teilte, sondern territorial abgegrenzte, der Reichskommission unterstehende, aber in ihrem Wirkungskreis selbständige Sekretariate für einzelne Industrieländer und damit auch für die darin wohnenden verschiedensprachigen Arbeiter schuf. Die tschechischen Genossen gründeten darauf eine eigene Kommission in Prag, die die Aufgabe haben sollte, sämtliche gewerkschaftlich organisierten Arbeiter tschechischer Sprache unter ihre Leitung zu vereinigen. Diese Aufgabe wurde niemals erfüllt, obwohl das damals noch leichter war, als heute, da nur

einzelne kleinere, selten über die Grenzen des Kronlandes sich erstreckende Organisationen bestanden. Nichtsdestoweniger war trotz alles anfänglichen Strebens die Prager Kommission nie mehr, als die oberste Instanz der tschechischen Arbeiter Böhmens. Die Tschechen Mährens und Schlesiens waren niemals ihrem Einfluss unterworfen.

Inzwsichen veränderte sich die Stellung der Reichskommission überhaupt. An die Stelle der Kronlandsvereine, der Verbände, der losen, nur wenig zusammenhängenden Gebilde entstanden die straffen, über das ganze Reich sich erstreckenden Zentralorganisationen. Sie nahmen der Reichskommission viel von ihren Arbeiten ab. Die einzelnen Branchen wurden selbständig in ihrer gewerkschaftlichen Arbeit. Aus einer Leiterin der gesamten Organisationen wurde die Kommission die oberste Beraterin, aber die gewerkschaftliche Detailarbeit wurde ihr abgenommen. So wurden auch die einzelnen Landeskommissionen in ihren Aufgaben beschränkt. Auch sie wurden nur mehr verwendet für die Beratung und die Erledigung von Dingen, die alle Arbeiter des Landes gemeinsam angingen. Der Gedanke, für die einzelnen Nationalitäten einzelne von einander unabhängige, wenn auch mit einander in Zusammenhang stehende Sekretariate zu schaffen, die ohne Rücksicht auf die Kronlandsgrenzen über das ganze Reich wirkten, war von der Entwickelung überholt worden. Deshalb gab es eine Zeit, wo die Einfügung der Prager Kommission in das einheitliche Gepräge der ganzen österreichischen Gewerkschaftsorganisationen in naher Aussicht stand.

Dieser natürliche Prozess wurde nun plötzlich unterbrochen, als die Leitung der Prager Kommission in die Hände von Genossen gelangte, die den Gang der Gewerkschaftsbewegung nicht praktisch mitgemacht hatten, und die die aus der natürlichen Entwickelung der Industrie sich ergebende Tendenz zur Zentralisation auch heute noch nicht begriffen haben. Im Grunde sind die Bestrebungen der tschechischen Genossen Böhmens, die heute den Gegenstand der Sorge aller österreichischen Gewerkschafter bilden, nichts anderes, als ein Irrtum über die heutigen Aufgaben der Reichskommission und der Landeskommissionen. Man begreift nicht, dass mit dem Entstehen und Emporblühen der zentralen, über das ganze Reich sich erstreckenden Gewerkschaften die Stellung und die Aufgabe der Reichskommission eine andere geworden ist, als früher. In dem Moment, wo die grossen Organisationen die Kronlandsgrenzen abgestreift haben, wo die Organisationen nicht mehr aus Verbänden bestehen, die sich nur auf einzelne Kronländer erstrecken, sondern wo jede Ortsgrupe einer Gewerkschaft, mag sie in welcher Gegend des Reiches immer liegen, gleich abhängig oder unabhängig ist, in dem Augenblick ist gar keine andere oberste Instanz sämtlicher Gewerkschaften mehr möglich, als eine einheitliche Reichskommission.

Wenn nun die Genossen der Prager Kommission auf der Konferenz, die am 15. Oktober 1905 in Brünn stattfand, um die schwebenden Differenzen zu lösen, als den obersten Grundsatz ihres Organisationsgedankens hinstellte »die Anerkennung und Gründung autonomer Gewerkschaftskommissionen mit dem Wirkungskreis für alle Angehörigen ihrer Nationalität«, so griffen sie dabei nicht nur einen alten, längst überlebten Gedanken wieder auf, sondern sie stellten sich in strikten Gegensatz zu dem Entwickelungsgang der gewerkschaftlichen Organisation in Österreich überhaupt. Die

autonome Organisation der Gewerkschafter nach der Nationalität ist heute nicht mehr möglich ohne Zerreissung der bereits bestehenden und festgefügten Zentralen, dieser die Arbeiter eines ganzen Produktionszweiges umfassenden Organisationen. Es sind zwei Prinzipien, die da mit einander streiten, wobei das von der Prager Kommission aufgestellte das gegen sich hat, dass es den Entwickelungstendenzen der gewerkschaftlichen Organisation, die sich den Entwickelungstendenzen der Industrie mit so vielem Glück anpassten, widerspricht. Die selbstverständliche Folge dieses verfehlten Grundprinzips sind dann Forderungen, die heute überhaupt nicht mehr verwirklichungsfähig sind. Die Formen der Gewerkschaftsorganisationen, die nach dem Programm der Prager Kommission bestehen sollen, sind »die Organisationen nationaler Gewerkschaftsvereine und Verbände, der Reichsunionen, Reichsverbände und Reichsvereine und internationalen Kartelle«. Das ist eine Aufzählung, die jeder Ordnung entbehrt. Es sind zweierlei Einteilungsgründe, die da neben einander laufen. Die Reichsunionen, Reichsverbände und Reichsvereine sind ein und die selbe Sache, sind verschiedene Formen einer Zentralorganisation, sind deren verschiedene Entwickelungsstufen. Daneben haben aber Organisationen nationaler Gewerkschaftsvereine keinen Platz, weil die Arbeiterschaft einer Branche einheitlich eben nur nach einem Prinzip organisiert sein kann. Es kann nicht eine Union der Textilarbeiter bestehen, deren Ortsgruppen ohne Rücksicht auf die Nationalität, der die Mitglieder angehören, einem einheitlichen Vorstand unterstehen, und daneben ein deutscher und ein tschechischer Textilarbeiterverein. Ebenso absurd und mit dem Stand der gewerkschaftlichen Entwickelung unvereinbar sind dann die übrigen Folgerungen, die Schaffung von nationalen Gewerkschaftskommissionen, die Entscheidung über Streiks durch die nationalen Komitees und dergleichen.

Was ist nun die Veranlassung, was das Ziel aller dieser Vorschläge? Schon vor dem ausserordentlichen Gewerkschaftskongress, der gegen Ende des vergangenen Jahres in Wien stattfand und das Brünner Programm der Prager Kommission mit gewaltiger Mehrheit ablehnte, hörte man einiges darüber, auf dem Kongress selbst wurde ähnliches vorgebracht. Es sind vor allem Klagen darüber, dass in manchen Gewerkschaften die sprachlichen Verschiedenheiten nicht genug berücksichtigt, dass nicht genügend viel oder nicht genügend gut ausgefertigte Drucksachen in tschechischer Sprache vorhanden seien, dass in manche tschechische Gegenden Schriftstücke in deutscher Sprache hinausgehen, dass bei der Agitation, bei der Anstellung von Beamten nicht die Individualität und das Selbstbestimmungsrecht der tschechischen Mitglieder berücksichtigt werde. Doch in all diesen Richtungen wurden nur einzelne Fälle vorgebracht, und dies nicht einmal in grosser Anzahl, Fälle, die durch eine Beschwerde bei der betreffenden Zentralleitung rasch und glatt erledigt werden können, wenn man nicht aus jedem eine Affäre machen will. Von tschechischer Seite aber brachte man in die Dinge eine Tendenz hinein. Es war der selbe Vorwurf, der in dem bekannten Schreiben der Prager Kommission an Genossen Legien als internationalen Sekretär gerichtet war, der Vorwurf der gewaltsamen Germanisierung der tschechischen Arbeiter. Es ist eine derartige Tendenz niemals bewiesen worden. Sie konnte auch gar nicht bewiesen werden, weil sie nicht bestand. Die Zentralorganisationen, in deren Leitungen Dutzende von tschechischen Genossen sitzen, würden sich ins eigene Fleisch

schneiden, wollten sie absichtlich und mit Bewusstsein die sprachlichen Bedürfnisse ihrer Mitglieder missachten. Der Urgrund der Forderungen der Prager Kommission ist nicht in den Bedüfnissen von Gewerkschaftern, sondern von Politikern zu suchen. Den Bedürfnissen politischer Agitation, namentlich Repräsentationsbedürfnissen und dem Bedürfnis, gewissen bürgerlichen Parteien den Rang abzulaufen, ist das ganze Programm der Prager Kommission entsprungen.

Dieses Programm ist vorläufig freilich in den Hintergrund getreten. Der Streit geht jetzt um etwas anderes, um die Form der Ablieferung der Beiträge an die Gewerkschaftskommission. Bis jetzt sind sämtliche Beiträge an die Reichskommission gegangen, die an die Prager Kommission diejenigen Beiträge abführte, die aus den tschechischen Ortsgruppen kamen. Die Prager Kommission wünscht die Abführung der tschechischen Beiträge direkt durch Ortsgruppen an sie. Auch diese Frage, die eine reine Organisationsfrage zu sein scheint, ist im Grunde eine politische. Für die Reichskommission bedeutet die direkte Ablieferung der Beiträge den Verlust der Kontrolle über die Anzahl der tschechischen Mitglieder, für diese letzteren bedeutet sie den Verlust der Teilnahme an den allgemeinen Gewerkschaftskongressen, für die Politiker in der Prager Kommission aber bedeutet sie die Möglichkeit, gleichzeitig mit den Kommissionsbeiträgen auch von ihren Mitgliedern eine Parteisteuer einzuheben. Insofern hat Genosse Hue mit seinen letzten Auseinandersetzungen im *Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands* recht. Er hat aber nicht recht damit, dass er die Ursache dieser Forderungen in dem innigen Zusammenhang zwischen Partei und Gewerkschaft erblickt. Im Gegenteil, gerade weil in Oesterreich zwischen den beiden Richtungen der Arbeiterbewegung ein so inniger Zusammenhang besteht, hat die ganze Frage bis jetzt noch kein Unheil angerichtet. Die eigentliche Ursache des ganzen Problems ist die Gestaltung der Nationalitätenfrage im bürgerlichen Lager in Österreich. Dort geht jedes nationale Problem im Grunde darauf hinaus, dass die eine Nation die andere zu beherrschen sucht, und dass jede Nation bei ihren Forderungen von dieser Voraussetzung ausgeht. In dieser Anschauung ist auch die Prager Kommission befangen, und sie bekundet damit nur, dass sie sich von den Vorgängen im bürgerlichen Lager allzuviel beeinflussen lässt. Sowohl das Programm der Kommission, als auch die Art, wie es begründet wird, widerspricht daher den politischen Anschauungen der Sozialdemokratie und den praktischen Bedürfnissen der Gewerkschaftsbewegung.

Aber damit soll nicht gesagt werden, dass die durch die Prager Kommission hervorgerufene Bewegung nicht einen gesunden Kern enthält. Wäre dies nicht der Fall, hätte sie niemals so anhaltend und weitgreifend wirken können. Die Prager Genossen haben sich nur nicht als geschickte Gewerkschafter und weitblickende Politiker erwiesen. Die von ihnen hervorgerufene Bewegung kann, in die richtigen Bahnen gelenkt, sogar der Gewerkschaftsbewegung nützlich sein und den Bestrebungen der Gewerkschaften dienstbar gemacht werden. In der Gedenkschrift der Amsterdamer Konferenz nimmt die Prager Kommission das Recht für sich in Anspruch, durch ihre Forderung nach einer Vertretung auf der internationalen Konferenz das Prinzip des Selbstbestimmungsrechtes der Völker zu wahren. Wir stimmen ihr vollkommen zu,

darin eines der obersten Prinzipien einer demokratischen Partei zu erblicken. Allein die Durchsetzung des Prinzips darf nicht so weit gehen, dass darüber die Partei selbst zu Grunde geht. Die Prager Genossen haben einen grossen Fehler damit begangen, dass sie für die Durchsetzung der nationalen Ansprüche der tschechischen Gewerkschafter keine andere Form fanden, als diejenige, die sich bei der Ordnung der nationalen Angelegenheiten der Sozialdemokratie in Österreich bewährte. Da aber Partei und Gewerkschaften ganz andere Ziele haben, so kann auch ihre Organisationsform nicht die gleiche sein. Die Zentralorganisationen haben sich vor allem in zweierlei Richtung bewährt. Einmal ist der ganz ausserordentliche Aufschwung des Unterstützungswesens nur möglich gewesen durch die Schaffung der grossen einheitlichen Organisationen, die Tausende von Mitgliedern umfassen. Das Unterstützungswesen ist eine Abart des modernen Versicherungswesens. Je grösser der Kreis der Versicherten, je zentralisierter die Leitung ist, desto besser funktioniert der Apparat, desto mehr werden alle Risiken ausgeglichen, desto billiger und einheitlicher ist die Verwaltung. Die Schaffung nationaler Gewerkschaften bedeutet eine Vernichtung des Unterstützungswesens und damit eben auch eine Schwächung der Gewerkschaften. Wenn von Land zu Land andere Unterstützungsbedingungen gelten, so werden damit die Mitglieder nur geschädigt. Die zentralen Gewerkschaften haben sich aber auch noch in anderer Richtung bewährt, in dem direkten Kampf gegen das Unternehmertum. Der Kampf um die besseren Arbeitsbedingungen kann mit Erfolg gar nicht anders geführt werden, als von grossen, die ganze Arbeiterschaft umfassenden Organisationen, weil die Gegner in eben solchen Organisationen vereinigt sind, und weil nur bei einer zentralen Organisation sich die nötige Übersicht und die nötige Ansammlung grosser Fonds herstellen lässt.

Die zentralen Gewerkschaften haben dagegen in anderer Hinsicht manche Mängel. Sie sind vor allem für eine intensive Agitation zu plumpe Körperschaften. Eben weil sie nur den Blick auf das grosse Ganze richten, weil sie die Details in allen einzelnen Ortsgruppen nicht übersehen können, weil sie nicht mit allen örtlichen Verhältnissen vertraut sind, deshalb bilden sie vielfach noch wenig intensiv agitierende Körperschaften. Die geographische Verteilung der Gewerkschaftsmitglieder in Österreich zeigt gewaltige Lücken in einzelnen Ländern. Die zentralen Organisationen stellen, wenn man eine gewisse Übertreibung anwenden will, vielfach einen grossen Rahmen dar, der erst mit dem Mosaikbild ausgefüllt werden muss. Die Schaffung dieses Bildes, die Verlebendigung der grossen Gewerkschaften wird nun, das ist unsere innerste Überzeugung, am besten bewirkt werden können durch die Entfesselung ihrer nationalen Kräfte. Die nationale Autonomie kann in den Gewerkschaften, nicht in den obersten Körperschaften, kann nicht durch die Nationalisierung der Gewerkschaftskommissionen erreicht werden. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker kann nur in den Unterorganen der Zentralorganisationen verwirklicht werden. Nüchtern und praktisch gesprochen heisst das, dass die zentralen Gewerkschaften ihr Geltungsgebiet in national einheitliche Agitationsbezirke zerteilen müssen, in denen die einheitliche Leitung der Agitation in Wort und Schrift durch die Genossen der betreffenden Gegend, die alle Nationsgenossen sind, völlig autonom in die Hand genommen wird. In den Grundzügen lässt sich diese Entwickelung bereits heute erblicken.

Fast alle grösseren Gewerkschaften sind im Begriff, das Reich in mehr oder minder grosse Agitationsbezirke zu teilen, die eine von den Ortsgruppen der Gegend selbstgewählte Leitung haben, die, wo ein Blatt erscheint, ihren Redakteur selbst wählen, die über die notwendigen Gelder selbst verfügen, kurzum, die das Selbstbestimmungsrecht haben, das die Prager Kommission mit Recht für ein so wertvolles Gut hält. Dabei kann man ohne weiteres zugestehen, dass auch in den Leitungen der Zentralen selbst Genossen sitzen sollen, bei denen die Nationalität neben ihrer Eignung für die gewerkschaftliche Arbeit berücksichtigt wird, nur darf die Rücksicht auf die Nationalität nicht die Eignung zum Gewerkschafter überwuchern. Die Prager Kommission hat die Sache gerade umgekehrt gemacht. Sie legt das Hauptgewicht auf die äussere Repräsentation, auf den äusseren Schein, nicht auf die Arbeit im Inneren, und sie schreibt das nationale Organisationsstatut der Partei für die gewerkschaftliche Organisation ab. Damit setzt sie sich in Widerspruch mit den Tendenzen der gewerkschaftlichen Bewegung und muss damit unfruchtbar bleiben.

Eines passt nicht für alle. Die Gewerkschaften müssen gewisse Agenden zentralistisch organisiert haben, sie werden aber auch eine gewisse Dezentralisation, ein grösseres Mass von Autonomie in den unteren Gliedern herstellen müssen, und sie stellen es bereits her. Das scheint uns der Weg zu sein, der gegangen werden müsste zum Nutzen der Gewerkschaften, der einzelnen Mitglieder und des grossen Zweckes der Arbeiterbewegung selbst. Die Gewerkschaftsorganisation muss die höhere Einheit bilden aus den Tendenzen zur Zentralisation und zur Dezentralisation. Die *nationale Autonomie* bei der Agitation, der *starre Zentralismus* beim Unterstützungswesen und bei der Führung von Lohnkämpfen, das scheint uns das richtige Programm zu sein für die Stärkung der Gewerkschaftsorganisation und die Befriedigung der nationalen Ansprüche der einzelnen Mitglieder.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

EDUARD BERNSTEIN · VOM KLASSENKAMPF

VOM Klassenkampf wird heute viel gesprochen, in der Sozialdemokratie hat das Wort stehenden Kurs, kaum ein politischer Vortrag, in dem es nicht in der einen oder anderen Weise eine Rolle spielte, so dass man anzunehmen geneigt ist, es müsste so ziemlich jedem Sozialdemokraten, wie jedem Besucher sozialdemokratischer Versammlungen und jedem Leser sozialdemokratischer Schriften und Zeitungen, namentlich wenn er der Arbeiterklasse angehört, nicht nur einer der geläufigsten Ausdrücke, sondern auch einer der klarsten Begriffe sein. Ein Brief, den ich vor etlicher Zeit von einem Arbeiter erhielt, den ich seit Jahren als fleissigen Besucher sozialdemokratischer Vorträge und aufmerksamen Leser sozialdemokratischer Schriften kenne, belehrte mich eines anderen. Dieser Arbeiter erklärte mir da, dass ihm an den Begriffen *Klassenkampf* und *Klassenbewusstsein* noch recht viel unklar sei, und im späteren mündlichen Gespräch erfuhr ich dann von ihm, dass bei seinen Arbeitskollegen, soweit sie sich überhaupt mit der Frage abgäben, die weitestgehenden Meinungsverschiedenheiten über den Sinn dieser Begriffe zu finden seien. Eine Probe in Form einer persönlich vor-

genommenen Umfrage wird dies bestätigen. Und zwar nicht nur, soweit Arbeiter mit durchschnittlich mässiger Schulbildung in Betracht kommen. Nein, auch von Leuten mit guter akademischer Bildung wird man recht verschiedene Antworten erhalten. So einfach die Sache scheint, so stösst der Gefragte, sobald er genauer definieren soll, meist sehr bald auf einen Punkt, wo es für ihn heisst: hier stock' ich schon, wer hilft mir weiter fort? Stellte der Leser nur die Probe bei sich selbst an. Dass der Klassenkampf der Kampf von Klassen ist, würde auch der biedere alte Bräsig schon geantwortet haben, der die Armut von der grossen *Povertch* ableitete. Aber was sind Klassen, was sind ihre Merkmale, wann findet Klassenkampf statt, was bedingt ihn, und woran erkennt man ihn?

Dies vorausgeschickt, wage ich es, die Fragen meines Interpellanten hier zum Abdruck zu bringen, da ich nunmehr wohl hoffen darf, dass der Leser nicht ob ihrer anscheinend paradoxen Form mit vornehmem Lächeln über sie hinweggehen, aus ihnen nicht lediglich Zeichen der naiven Denkweise eines noch ziemlich jungen und mit wenig Schulbildung ins Leben getretenen Arbeiters, sondern vielmehr Beweise einer Anlage zu subtilem Nachdenken herauserkennen wird. In dem vorerwähnten Brief heisst es:

»Ich habe seit 1899, seit ich organisiert bin, ja schon vieles gelesen, kann mich aber nicht in alles richtig hineinfinden. So zum Beispiel die Worte *Klassenkampf* und *Klassenbewusstsein*. Was heisst *Klassenkampf*? Das ist meine Frage an Sie. Heisst *Klassenkampf* einen Kampf führen von einer Klasse aus, beispielsweise der Sozialdemokratie, gegen eine zweite oder dritte Klasse, um diese zweite oder dritte Klasse zu bekämpfen oder richtiger: zu unterdrücken? Oder heisst das auch *Klassenkampf*, wenn es nur eine Klasse gäbe — die Sozialdemokratie —, welche zwar noch kämpft, aber jetzt natürlich keine andere Klasse mehr bekämpfen kann, weil keine mehr vorhanden ist, sondern bloss noch um eigene Interessen kämpft, auf dass diese nicht mehr verloren gehen? Kurzum, heisst *Klassenkampf* einen Kampf einer Klasse bloss um die eigenen Interessen kämpfen, ohne dabei eine andere Klasse damit in Betracht zu ziehen, oder heisst *Klassenkampf* einen Kampf führen, um eine andere Klasse zu unterdrücken? Und nun *Klassenbewusstsein*! Was bedeutet dies? Auch das ist mir nicht ganz klar. Heisst *Klassenbewusstsein*, dass eine Klasse ihrer selbst, über ihre eigene Lage u. s. w., ohne aber dabei eine andere Klasse in Betracht zu ziehen, bewusst ist? Oder heisst *Klassenbewusstsein*, dass eine Klasse weiss, dass es mehrere Klassen gibt? Also würde man das Wort *Klassenbewusstsein* auch noch brauchen, wenn es bloss eine Klasse, zum Beispiel bloss die Sozialdemokratie, gäbe?«

So weit der Fragesteller. Auf den ersten Blick scheint es, als ob er den Wald vor Bäumen nicht sehe, und die Antwort ungemein einfach sei. *Klassenkampf* heisst offenbar Kampf zwischen Klassen respektive von Klassen gegen eine Klasse oder Klassen, es kann von ihm also nur die Rede sein, wo es mehrere oder mindestens zwei gesellschaftliche Klassen gibt. Dem Begriff des Wortes *Klasse* liegt eine Unterscheidung, eine Abgrenzung zu Grunde, wie dies schon seine sprachliche Herkunft zeigt. Von einer einzigen Klasse zu reden, ist daher begrifflich ein Unding; wo es nicht mindestens zwei unterschiedene Klassen gibt, gibt es überhaupt keine Klasse mehr, sondern nur noch Menschen, die sich zwar in Alter, Geschlecht, körperlichen und geistigen Anlagen und dergleichen, nicht aber auf Grund ihrer Geburt, ihres Besitzes oder ihrer Stellung in ihren gesellschaftlichen Rechten oder ihrer gesellschaftlichen Macht dauernd von anderen unterscheiden. Denn letzteres bildet das Merkmal von Gesellschaftsklassen. *Klassenbewusstsein* heisst demgemäss zunächst das Bewusstsein von der Zugehörigkeit zu einer bestimmten, von anderen Gesellschaftsklassen unterschiedenen Gesell-

schaftklasse. Das schliest aber schon das Erfordernis einer gewissen Klarheit über das Wesen der eigenen und das der anderen Klassen ein, wozu auch Klarheit über die Interessenunterschiede und die sich aus ihnen ergebenden besonderen sozialen Forderungen und Ziele der eigenen Klasse gehört. Ob diese Interessen oder Ziele Unterdrückung anderer Klassen erheischen oder bloss ihre Bekämpfung zu dem Zwecke nötig machen, Vorrechte aufzuheben und die Durchsetzung von Forderungen oder Ansprüchen zu verhindern, bestimmt sich nach den Eigenheiten der in Betracht kommenden Klassen und dem Höhegrad der Produktionsentwickelung. So erheischte das Interesse der Bourgeoisie seinerzeit wohl die Abschaffung gewisser Privilegien des Adels, aber noch keineswegs die Unterdrückung des Adels selbst, ebenso wie das Interesse des Adels nur die Bekämpfung gewisser Ansprüche der Bourgeoisie, aber keineswegs die Unterdrückung dieser Klasse verlangte. Der Feudalherr des Spätmittelalters und der frühkapitalistischen Ära konnte die ihm aus manchen Gründen verhassten Pfeffersäcke oft sehr gut brauchen, gleichviel ob sie beschnitten oder unbeschnitten waren, und ebenso sehen wir seinen Abkömmling, den modernen fideikommisslich festsitzenden Grossgrundbesitzer, in unseren Tagen zeitweilig die Lanze schwingen, um Interessen der industriellen Bourgeoisie wahrnehmen zu helfen. Vergleiche die Reden und Taten des Grafen von Kanitz, dieses so oft an die Wegezoll erhebenden Ritter gemahnenden Gutsherrn von Podangen.

Diese Hinweise drängen sich zunächst als Antwort auf die obengestellten Fragen auf, und es mag auf den ersten Blick scheinen, als seien letztere damit im wesentlichen erledigt. Indessen ist dem in Wirklichkeit durchaus nicht so. Fast alles, was hier gesagt ist, war dem Schreiber des zitierten Briefes der Sache nach nicht unbekannt; wie kam er dazu, müssen wir uns fragen, damit die Erklärung der Begriffe *Klassenkampf* und *Klassenbewusstsein* nicht für erschöpft zu halten?

Einen Fingerzeig hierfür gibt uns der Umstand, der jedem leidlich theoretisch Denkenden ohne weiteres aufgefallen sein wird, dass der Briefschreiber als Beispiel einer Klasse stets und nur die Sozialdemokratie anführt, die, wie sehr sie auch ihren Charakter als Partei einer bestimmten Klasse betont und zu bekräftigen sucht, doch faktisch nicht diese Klasse selbst, sondern eben eine politische Partei ist, die auf der einen Seite doch nicht diese Klasse völlig umfasst und auf der anderen auch Angehörige anderer Klassen zu Mitgliedern zählt. Der Briefschreiber ist Lohnarbeiter eines Baugewerbes und als solcher ebenso, wie als sozialdemokratisches Parteimitglied, organisiert. Dass er die Körperschaft seines spezifischen Gewerbes nicht als eine *Klasse* bezeichnet, war selbstverständlich richtig. Aber dass er nicht die Gesellschaftsklasse, der er zugehört, nämlich das Lohnproletariat, als das nächstliegende Beispiel einer Klasse auswählt, ist überraschend. Die Maurer, die Zimmerer, die Bauklempner etc. sind natürlich so wenig Klassen im sozialen Sinne, wie etwa die Buchdrucker, die Lithographen, die Mechaniker, die Bildhauer, die Maler u. s. w. Die Berufsbezeichnung umschliesst noch immer — obgleich heute schon weniger, als vor etwa zwei Jahrzehnten — Angehörige verschiedener Gesellschaftsschichten: Unternehmer, Meister, Zwischenmeister, einfache Lohnarbeiter. Der Berufsunterschied, so scharf er auch sein mag, bildet noch nicht schlechtweg den Klassenunterschied. Das weiss selbst der ungeschulteste Arbeiter, oder er

hat es sozusagen im Gefühl. Wo ihm dieses sagt, dass er einen Klassengenossen vor sich hat, da wird er den Betreffenden in der Regel ohne jede Umstände duzen, und bei der grossen Masse der Lohnarbeiter ist der unterschiedslose Gebrauch des *Du* denn auch noch so allgemein, dass man kaum daneben trifft, wenn man sagt, dass das *Sie* selbst heute noch nur bei einer Minderheit der Bevölkerung die Anrede an einen Fremden bildet. Doch gibt es auch hier Ausnahmen. In gewissen Berufen ist auch unter den Lohnangestellten das unterschiedslose *Du* nicht mehr zu finden, und vielfach bildet die Berufsgrenze auch die Abscheidung, wo Lohnarbeiter den Lohnarbeiter nicht mehr schlechtweg duzt. Hier scheint mir die Erklärung dafür zu liegen, warum der Begriff *Arbeiterklasse,* der dem sozialistisch denkenden Theoretiker der Sozialwissenschaft heute durchaus geläufig ist und ihm als der Ausdruck der konkretesten Wirklichkeit dünkt, Arbeitern selbst etwas Abstraktes ist, mit dem sie nicht ohne weiteres zu operieren lieben. Der wenig im Abstrahieren geübte Arbeiter wird ihm, sofern er von der sozialistischen Propaganda erfasst ist, den doch viel stärker abstrahierenden Ausdruck *Proletariat* vorziehen, denn ihn kann er sich, gerade w e i l er ein übertragener Begriff ist, so konkret zurechtlegen, wie es seinem Einteilungsbedürfnis entspricht. Hier stört ihn keine Erinnerung an konkrete Unterschiede, die der Ausdruck *Arbeiterklasse* ins Gedächtnis ruft. Ob mit Recht oder nicht, den Worten *Proletarier* oder *Proletariat* haftet die Vorstellung von einer stark bestimmten E i n h e i t d e r L a g e an, wie der Begriff *Sozialdemokratie* E i n h e i t d e s W o l l e n s ausdrückt.

Was aber bestimmt eine Klasse: die ökonomisch-soziale Lage, oder das sozialpolitische Wollen? Der Bekenner der materialistischen Geschichtsauffassung wird, wenn man ihm diese Frage vorlegt, heute ohne Zaudern antworten: das erstere. Merkwürdigerweise finden wir aber, worauf Tugan-Baranowskij in seiner ausgezeichneten Abhandlung *Theoretische Grundlagen des Marxismus* hinweist, in einer der bedeutungsvollsten Schriften der Begründer dieser Theorie einen Satz, der das Gegenteil besagt. Im *Kommunistischen Manifest* von Karl Marx und Friedrich Engels wird als »nächster Zweck« der Kommunisten bezeichnet »Bildung des Proletariats zur Klasse«. Hier erscheint also das ökonomisch-sozial schon bestimmte Proletariat nicht schlechthin als Klasse, sondern wird erst durch Organisierung, die nur auf Grund eines bestimmten W o l l e n s möglich ist, zu einer solchen. Wissenschaftlich halte ich das für sehr anfechtbar, es steht auch logisch wenig im Einklang mit einer Lehre, die das sozialpolitische Wollen aus der sozialökonomischen Lage ableitet, es bei grösseren Massen durch diese bestimmt sein lässt. Nicht dadurch, dass er dieses oder jenes will, dieser oder jener Verbindung angehört, wird jemand Mitglied einer bestimmten Gesellschaftsklasse, sondern dadurch, dass er sich dauernd in einer bestimmten ökonomischen Lage oder vielmehr Stellung befindet. Auch der unorganisierte Lohnarbeiter gehört der Klasse der Lohnarbeiter respektive dem Proletariat an. Alle soziologische Klassifizierung verlöre ihren Sinn, wenn er auf Grund seines Wollens oder Tuns einer anderen Gesellschaftsklasse zugewiesen würde. Indes, bei dem Einfluss, den die programmatischen Äusserungen von Marx-Engels heute auf das sozialistische Denken und Handeln ausüben, ist es jedenfalls von Wichtigkeit, sich darüber klar zu werden, welche Deutung sie in ihrer grundlegenden programmatischen Schrift dem Begriff der *Klasse* beilegten. Hier ist *Klasse* identisch mit *Klassenpartei,* und unser

Briefschreiber kann sich auf das *Kommunistische Manifest* berufen, wenn er als Beispiel einer Klasse die Sozialdemokratie herausgreift.[1])

Er hat dafür noch eine andere, stärkere Entschuldigung. Klassen als soziologische Einheiten kämpfen nicht. Nirgends noch hat die Bourgeoisie das Proletariat, oder umgekehrt, bekämpft. Mehr oder weniger grosse Gruppen des Proletariats haben mit mehr oder minder grossen Gruppen der Bourgeoisie wirtschaftliche oder politische Kämpfe geführt, und solche Kämpfe werden sich wiederholen, aber niemals ist es vorgekommen und niemals wird es vorkommen, dass die Bourgeoisie als Einheit mit dem als ebensolche Einheit formierten Proletariat Kampf führt. Das darf man aussprechen, ohne befürchten zu müssen, von den Ereignissen Lügen gestraft zu werden. Denn eine solche Gegenüberstellung wäre nur möglich, nachdem das Rad der Geschichte soweit zurückgedreht wäre, dass wir wieder die geschlossene Ständewirtschaft des Mittelalters vor uns hätten. Und das ist in unserem Zeitalter des Verkehrs eine so offenbare Unmöglichkeit, dass selbst der extremste Schwärmer für Feudalismus und Zünftlertum nicht mehr an sie glaubt. Stände konnten einst, und Berufsstände können unter Umständen auch heute noch als geschlossene Einheiten kämpfen, aber Klassen, die nicht so abgegrenzt sind, dass sie mit Berufsständen zusammenfallen—und das trifft weder von der Bourgeoisie, noch von dem Proletariat zu — können das nicht. Was wir *Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat* nennen, spielt sich entweder in Teilkämpfen zwischen bestimmten Gruppen ab, die Elemente dieser Klassen bilden, oder — auf politischem Gebiete — durch das Mittelglied von Parteien, die zwar mit mehr oder weniger Berechtigung sich als Vertreter von Klassen bezeichnen mögen, aber nie die Klasse selbst sind. Es liegt dies im Wesen des politischen Kampfes, bei dem das Klasseninteresse nie ausschliesslich massgebend ist, sondern stets auch das verselbständigte Interesse der Partei hineinspielt: ein Thema, das ich in anderm Zusammenhang ausführlicher zu behandeln gedenke.

Was ist überhaupt *Klasseninteresse*? Was wir gemeinhin mit diesem Namen bezeichnen, ist zu einem guten Stück eine Unterstellung, die wir vornehmen, um das Bild der Klasse, an die wir dabei denken, aus einer Abstraktion zu einer lebensvollen Wirklichkeit zu gestalten. Das Interesse des einzelnen Fabrikanten gegenüber den von ihm beschäftigten Arbeitern ist etwas ziemlich Bestimmtes, obgleich selbst hier die Individualität des einen Fabrikanten die Sache etwas anders gestalten mag, als im Falle eines anderen Fabrikanten. Diese Unterschiede verwischen sich in der Fabrikantengruppe, sobald diese sich organisiert, aber die Fabrikantengruppe, und selbst die Gesamtheit aller denkbaren Fabrikantenvereine, ist noch immer nicht das, was den Klassenbegriff *Bourgeoisie* deckt. Wie schwer es jedoch ist, auch nur die Fabrikanten als Gesamtheit zu einheitlichem Vorgehen gegen die Arbeiterorganisationen zu bewegen, zeigt das Schicksal der Scharfmacherverbände des Unternehmertums. Es gibt da immer Sonderinteressen aller Art, die sich gegen das

[1]) Marx unterschied, wie Tugan-Baranowskij aus dem *Elend der Philosophie* weiter feststellt, zwei Stadien in der Entwickelungsgeschichte von Klassen: ein erstes, wo sie nur erst Klasse für andere, aber noch nicht für sich selbst ist, und ein zweites, wo sie durch bewusste Konstituierung als Klasse *Klasse für sich* geworden ist; letzteres gibt ihr erst die volle Eigenschaft als Klasse. Eine Marx eigentümliche Gewohnheit, gewisse Ausdrücke abwechselnd in verschiedener Deutung zu gebrauchen, die zu vielem Streit über den Sinn Marxscher Sätze geführt hat und in diesem Falle gar nicht aufrechterhalten werden kann.

vermeintliche Interesse des übrigen Unternehmertums auflehnen, es je nachdem durchkreuzen und seine Wirkungskraft abschwächen. Die Macht der Scharfmacherverbände ist denn auch keineswegs im Zunehmen begriffen. Überall zeigen sich vielmehr Anzeichen der Abbröckelung, des Einlenkens im Verhalten zu den Arbeiterorganisationen. Gelegentliche Rückfälle werden den Blick des aufmerksamen Beobachters darüber nicht hinwegtäuschen.

Man kann das Unternehmertum in seiner Gesamtheit sehr wohl als eine besondere Gesellschaftsklasse auffassen, eben als Unternehmerklasse, aber diese Unternehmerklasse ist, wie bemerkt, noch lange nicht die Bourgeoisie, sondern immer nur ein Teil von ihr, wenn auch der wichtigste Teil. Man wird aber, um das Spiel der Klasseninteressen in der heutigen Gesellschaft richtig einzuschätzen, mindestens zwischen dem industriellen und dem kommerziellen Unternehmertum zu unterscheiden haben, zwischen Fabrikantenwelt und Handelswelt, deren Interessen sich oft schärfer von einander abheben, als die Interessen von Arbeiter und Unternehmer. Wir finden daher in allen Ländern moderner Entwickelung zwar Parteien, die man mit mehr oder weniger Recht als *Bourgeoisparteien* bezeichnen kann, aber nirgends eine Partei, die man als die Partei der Bourgeoisie, als Inbegriff des ganzen selbständig wirtschaftenden oder in höherer Stellung befindlichen Bürgertums ansehen könnte. Versuche, Parteien der bürgerlichen Ordnung schlechthin herzustellen, die das gesamte Bürgertum umfassen sollen, haben hier und da unter dem Eindruck besonders heftiger politischer Erschütterungen wohl zeitweiligen Erfolg gehabt, aber nichts Dauerndes schaffen können. Je grösser der Augenblickserfolg solcher *Nicht-als-Ordnungsparteien* war, umso schneller sind sie vor der Realität der Gegensätze in der bürgerlichen Welt wieder zerfallen.

Eine Partei des Bürgertums war möglich, solange es sich darum handelte, Rechte des Bürgertums gegen die ihm gegenüberstehenden höheren Klassen, Stände und Körperschaften zu erkämpfen, das herzustellen, was man die *bürgerlichen Freiheiten* und das *bürgerliche Verfassungsleben* nennt. Einmal diese Rechte erkämpft, mussten die bürgerlichen Parteien sich andere Zwecke setzen, um ihre Existenzberechtigung zu erweisen, und da es in der bürgerlichen Welt eine gewaltige Vielheit von Zwecken gibt, diese Welt, statt sich zu vereinfachen, sich trotz Trusts, Kartellen und Warenhäusern immer stärker differenziert, mussten die spezifischen Klassenparteien des Bürgertums notgedrungen anderen Parteibildungen das Feld räumen.

Man könnte mir hier vielleicht England entgegenhalten, dieses Musterland der bürgerlichen Freiheiten und des bürgerlichen Verfassungslebens. Dort gerade, wo dieses Verfassungsleben am frühesten verwirklicht wurde, am meisten ausgebildet ist, haben sich die zwei grossen bürgerlichen Parteien am längsten erhalten und alle anderen Parteibildungen immer wieder zurückgedrängt oder aufgesogen. Spricht das nicht gegen das im vorhergehenden Ausgeführte?

Ganz und gar nicht. Denn wer die Geschichte des englischen Parteilebens kennt, der weiss auch, dass die zwei grossen historischen Parteien, die dort sich in der Herrschaft ablösen, ihre Forterhaltung nur um den Preis fortgesetzter Häutung und Verjüngung haben erkaufen können, dass dieser Verjüngungsprozess sich um so häufiger und nachhaltiger vollzogen hat, je mehr das Wahlrecht verallgemeinert respektive demokratisiert wurde, und dass selbst die Verallgemeinerung des Wahlrechts keineswegs ausschliesslich

dem Andrängen der Arbeiter zugeschrieben werden kann, sondern in nicht geringem Grade von den Parteien in eigenem Interesse verfochten und durchgesetzt wurde. Seit mehr als einem Menschenalter ist in England jedes liberale Ministerium ein Stück radikaler ausgefallen, als sein Vorgänger, und zwar nicht zufällig, weil die Parteileiter radikaler waren, sondern in notwendiger Folge der Wandlungen, die sich im Schosse der Partei und ihres Gefolges selbst vollzogen hatten. Ähnlich in der konservativen Partei. Beide Parteien konnten sich als grosse regierende Parteien am Leben erhalten, weil sie von ihrem ursprünglichen Klassencharakter immer grössere Stücke preisgaben, die spezifischen Klasseninteressen ihrer alten Gefolgschaften — worüber es der Klagen genug gegeben hat — schrittweise verrieten.[2]) Grosse bürgerliche Parteien können heute überhaupt nur noch durch den Verrat irgend welcher bürgerlicher Sonderinteressen ihr Leben erhalten. Und wo das Bürgertum sich in kleine Interessentenparteien zersplittert, die sich als Fähnlein der ganz und gar Aufrechten geberden, da besorgt den *Verrat* im Notfall die unparteiisch über diesen Aufrechten waltende Regierung. So will es trotz allen Sturmrennens wider Posadowsky die Entwickelung des modernen Wirtschaftslebens mit der steigenden Zunahme der Arbeiterklasse an Zahl, sozialer Bedeutung und sozialpolitischem Emanzipationsdrang.

Auf seiten der Arbeiter steht es fast umgekehrt, wie auf seiten der bürgerlichen Klassen. So grosse Unterschiede in Bildungsgang, Arbeitsart, Lohnhöhe und Arbeitsweise zwischen Arbeiter und Arbeiter heute bestehen, so dass man mit Fug und Recht auch von Arbeiterklassen, statt von einer einzigen Arbeiterklasse, reden kann, so treten sie in den grossen politischen Kämpfen der Gegenwart doch gegen die Tatsache zurück, dass allen Arbeitern das eine gemein ist: eben Lohnangestellter und nicht Betriebsinhaber zu sein. Der moderne Arbeiter ist am Bestande des einzelnen Unternehmens, in dem er gerade arbeitet, nur sehr mässig interessiert. Solange er jung und unverheiratet ist, macht er sich über den Wechsel der Arbeitsstelle selten Kopfschmerzen. Beim verheirateten Arbeiter ändert sich dies allerdings, aber der Ausbau der Arbeiterorganisationen mit ihren Hilfs- und Versicherungseinrichtungen nimmt dem Arbeitswechsel doch auch für ihn einen Teil seiner Schrecken, und da sein Einkommen durch die allgemeine Marktlage, heute auch immer mehr durch den Arbeitstarif der betreffenden Industrie, nicht aber durch Gewinn oder Verlust des Unternehmens bestimmt ist, in dem er gerade arbeitet, k a n n das Sonderinteresse an diesem Unternehmen im Gegensatz zu einem anderen, selbst da, wo es vorkommt, immer nur eine untergeordnete Rolle spielen gegenüber der Berufs- und Klassensolidarität, die ihn mit den Arbeitern jenes andern Unternehmens verbindet. Es mag hier und da eine stärkere Form annehmen und zu wirklichen Konflikten führen, aber das sind Einzelfälle, die in der Masse verschwinden und die politische Stellungnahme unberührt lassen. Ebenso mit

[2]) Als Disraeli 1866 bei den Debatten um die damalige Wahlreformbill die Tories bewog, im Parteiinteresse eine der von ihnen ursprünglich im Klasseninteresse verlangten Vorbeugebestimmungen nach der andern fallen zu lassen, wurde dies von einem der klassenbewussteren Führer der englischen Aristokratie, dem späteren Lord Salisbury und damaligen Lord Cranbourne, als »ein in unseren Parlamentsannalen beispielloser politischer Verrat« bezeichnet, und ein Gesinnungsgenosse, Lord Peel, höhnte erbittert, aus diesem Vorgang könne man lernen, dass »nichts weniger vital ist, als eine vitale Bestimmung, nichts unsicherer, als die in der Vorlage gebotenen Sicherheiten, und nichts elastischer, als das Gewissen eines Ministers«. Achtzehn Jahre später bot Lord Salisbury, inzwischen Führer der Konservativen geworden, die Hand zur Durchführung einer Wahlreform, die zehnmal so revolutionär war, wie die Disraelische.

den möglichen Interessengegensätzen von Industrie gegen Industrie. Eine unproportionierte Lohnsteigerung in der einen Industrie kann schon einmal die Wirkung haben, in einer anderen Industrie Stockungen hervorzurufen. Aber da sie und solange sie die Arbeiter nur erst durch das Mittelglied von Unternehmern hüben und drüben trifft, wird sie tiefere, sich ins Politische übersetzende Gegensätze zwischen den Arbeitern hüben und drüben nicht zur Folge haben.

Kurzum, auf seiten der Arbeiter treibt die ganze moderne Entwickelung zur politischen Vereinheitlichung. Gleichviel, welche doktrinären, konfessionellen oder nationalistischen Gegensätze in der Arbeiterschaft noch obwalten mögen, die politische Entwickelung zeigt überall deutlich die Tendenz, sie zu gunsten der gemeinsamen Aktion in den Hintergrund zu drängen. Ob die Arbeiter eigene Vertreter als *rote, blaue, gelbe* oder *schwarze* in die Volksvertretungskörper entsenden, wo nicht direkter Verkauf der anvertrauten Interessen stattfindet, der aber auf die Dauer nicht vorhält, stellt sich mit Notwendigkeit zunehmende Annäherung in den meisten Forderungen heraus. Und ebenso notgedrungen wird diejenige Arbeiterpartei auf die Dauer die grösste politische Anziehungskraft auf die Arbeiter ausüben, welche die Arbeiterinteressen ohne Rücksicht auf die Interessen anderer Klassen wahrnimmt, das heisst die Sozialdemokratie.

Im Gegensatz zur Angriffskraft der bürgerlichen Parteien ist ihre Angriffskraft in allen Industrieländern in stetem Wachstum begriffen. Insofern ist das Bild der politischen Entwickelung in allen diesen Ländern das gleiche. Aber damit hört auch die Ähnlichkeit auf. Die Anschauung oder Theorie — wie man es nennen will —, dass nun auch notwendig die bürgerlichen Parteien immer reaktionärer werden, wird durch die Erfahrung nicht bestätigt. Hier zeigen die verschiedenen Länder die grössten Verschiedenheiten. Obgleich sich allerwärts Interessenkämpfe zwischen Arbeitern und Unternehmern immer grösseren Umfanges und oft in ausserordentlich zugespitzter Form abspielen, sehen wir in den meisten Ländern bürgerlich radikale Parteien sich forterhalten und, statt nach rechts, nach links hin entwickeln. Beispiele dafür wurden oben gegeben und können noch erheblich vermehrt werden.

Woher diese Erscheinung? Warum statt der *einen reaktionären Masse* immer wieder *Blocks* von bürgerlichen Radikalen mit Sozialdemokraten?

Die nächstliegende Erklärung ist die, dass es zwischen der eigentlichen Bourgeoisie und der Arbeiterklasse noch grosse Zwischenschichten oder Klassen gibt, deren Interessen teils diesem, teils jenem Lager zuneigen. Diese Zwischenschichten werden als solche nicht verschwinden, sind aber fast durchgängig in beständiger Umbildung begriffen und schwanken daher in ihrer politischen Parteistellung. Auf sie üben ideologische Einflüsse, geschichtliche Überlieferungen, Machtverhältnisse in der Staatsverwaltung den grössten Einfluss aus. Sie haben keine scharf abgegrenzten Klasseninteressen und bilden das Rekrutierungsfeld für alle möglichen Parteien. Hierhin gehört das Heer der Beamten aller Art, der Angehörigen der sogenannten *freien Berufe,* die Masse der Detailhändler, der Kleinmeister, der Kleinbauern u. s. w. Aber auch in der eigentlichen Bourgeoisie fehlt es nicht an Elementen, deren Klassengegensatz zur Arbeiterbewegung nur ein vermittelter ist und Raum für politische Ideologieen aller Art lässt, und wie in der Fabrikantenwelt der Typus des

zu verständigem Verhandeln mit den Arbeitern geneigten Unternehmers nicht fehlt, so fehlt es auch nicht an solchen Bourgeois, die gerade von der politischen Demokratie, wenn nicht die Rettung ihrer Klasse, so doch die Rettung einer friedlichen Weiterentwickelung der Gesellschaft erhoffen.

Damit sind wir bei der zweiten, tieferen Erklärung der obigen Erscheinung angelangt. Tatsächlich zeigt die Erfahrung, dass mit der Macht der Arbeiterklasse die Neigung zu ungestümem Vorgehen keineswegs in gleicher Proportion wächst. Auf dem Gebiete der Gewerkschaftsbewegung ist das keinem Sachkenner mehr ein Geheimnis. Es ist aber auch auf politischem Gebiete nicht anders. Macht ist, wo es sich um aufstrebende Parteien handelt, immer ein erzieherischer Faktor, weil sie das Verantwortlichkeitsgefühl entwickelt und die zweckmässige Verwendung der erlangten Kraft lehrt. Von einer vorher unorganisierten Arbeitermasse wären in einer Revolutionsepoche die wildesten, rein zerstörerischen Massnahmen zu gewärtigen. Von einer durch die Schule der Gesetzgebung im Staat und in der Verwaltung der Gemeinden gegangenen, als Partei und in Gewerkschaften organisierten Arbeiterschaft ist mit Sicherheit anzunehmen, dass sie, selbst wenn ihr die volle politische Gewalt zufällt, ihre Massnahmen in dem Bewusstsein treffen und auszuwählen verstehen wird, dass an dem Fortgange der Produktion keine Gesellschaftsklasse stärker interessiert ist, als die Arbeiterklasse selbst. An der praktischen Schulung zur Ausübung der politischen Macht hat aber die Arbeiterklasse ebenso ein Interesse, wie an der Organisation. Die Eroberung der politischen Macht, die Entwickelung politisch-demokratischer Einrichtungen ist aber vielfach nur durch Koalitionen der sozialdemokratischen Arbeiterparteien mit den bürgerlichen demokratischen Parteien zu erlangen und sicherzustellen. Daher die sogenannten *Blocks* der Linksparteien, die scheinbar dem Gedanken des Klassenkampfes widersprechen.

Es liegt im Wesen der politischen Kämpfe, dass Nachbarparteien sich oft am erbittertsten befehden, denn sie werben zum guten Teil um die Stimmen der gleichen Bevölkerungskreise, und es sind die einen für ihr Wachstum auf die Schwächung der anderen angewiesen. Dies, während die allgemeine politische Lage oft gerade die gegenseitige Stärkung erfordert. Hier liegt ein Problem, das mit wenigen Worten nicht zu erschöpfen ist. Für die politischen Blocks gibt es keine auf alle Verhältnisse passende Formel. So halte ich zum Beispiel die auf einen Block der Linken gerichteten Bemühungen Theodor Barths und seiner politischen Freunde, soweit die Reichstagswahlen in Betracht kommen, in Norddeutschland und speziell Preussen auf lange hinaus für aussichtslos. Dagegen wäre, sofern die freisinnigen Wähler dafür zu gewinnen wären, ein Block der Linken für die Wahlen zum preussischen Landtag etwas durchaus Aussichtsvolles. Bei den Wahlen zum Reichstag sind die Freisinnigen in Stichwahlen — und die kommen ja im Norden nur noch für sie in Betracht —, wo ein demokratischer Freisinniger einem Reaktionär gegenüber steht, der Stimmen der Sozialdemokraten jetzt schon sicher; sie würden also durch einen Block nichts gewinnen und könnten ihrerseits auch nichts geben. Ganz anders bei der Landtagswahl. Hier können die Freisinnigen so gut wie nichts mehr verlieren, und die Sozialdemokraten überhaupt nur gewinnen. Hier sind also, sofern die Freisinnigen ernsthaft eine demokratisch-radikale Politik treiben wollen, die günstigsten Vorbedingungen für eine politische Kooperation ge-

geben. Es handelt sich nur darum, der freisinnigen Wählerschaft diesen Willen beizubringen. Das ist angesichts ihrer heutigen Disposition freilich eine Riesenaufgabe, und man kann dem Mut, mit dem die kleine Garde der Barthschen sie auf sich genommen hat, gewiss alle Anerkennung zollen.

Soll sie Erfolg haben, so gehört dazu auf freisinniger Seite auch richtiges Verständnis für das Wesen des sozialdemokratischen Kampfes. Da ist es nun schwer begreiflich, warum in der *Nation* immer wieder gegen die Klassenkampflehre Sturm gelaufen wird. Gewiss, für bürgerlich-demokratische Parteien hat die Proklamierung des Klassenkampfes heute keinen Sinn, denn als Klasse hat das Bürgertum nach vorwärts kaum noch etwas zu erkämpfen. Gegen die Rechtsparteien kämpft der bürgerliche Liberalismus oder Radikalismus keinen Klassenkampf im grossen emanzipatorischen Sinne mehr, sondern einen Kampf gegen die Sonderansprüche kleiner privilegierter Koterieen, gegen veraltete Staatseinrichtungen und eine falsche bürgerliche Politik. Anders auf seiten der Arbeiterklasse. Sie kämpft einen gesellschaftlichen Emanzipationskampf und muss diesen als Kampf der Klasse auffassen und führen, soll er nicht zur Zersplitterung in kleine Kämpfe von Sondergruppen ausarten, die dann gerade jenen zunftartigen Charakter annähmen, den liberale Pamphletisten so oft in den Bestrebungen der Sozialdemokratie gesucht haben.

Klassenkämpfe — und damit kehren wir zum Ausgangspunkt dieses Artikels und dem dort zitierten Brief zurück — hat es in der Geschichte gegeben, solange es Klassenunterschiede gibt, und wird es geben, solange Klassenunterschiede bestehen. Sie bilden naturnotwendige und zugleich auch zwecknotwendige Faktoren der gesellschaftlichen Entwickelung. Ihre Formen wechseln mit der Natur der gesellschaftlichen Einrichtungen und den Formen der jeweiligen Klassenherrschaft. Je brutaler diese und starrer jene, um so heftiger, gewalttätiger naturgemäss der Klassenkampf der Unterdrückten. Je mehr dem Gesetz unterworfen die Herrschaft und je biegsamer, das heisst entwickelungsfähiger die Gesetzeseinrichtungen, um so humaner und gesetzmässiger auch die Formen des Klassenkampfes, der in dem Masse verschwinden wird, in dem die Klassenunterschiede durch Schaffung sozialistischer Gesellschaftseinrichtungen beseitigt werden, was freilich nicht von heute auf morgen geschieht.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

GABRIEL DEVILLE · BETRACHTUNGEN ÜBER DIE KAMMERWAHLEN UND DIE SOZIALISTEN IN FRANKREICH



VOR anderthalb Jahren legte ich in dieser Zeitschrift die tatsächliche Situation der französischen Sozialisten dar[1]): da gab es *Reformisten* auf der einen Seite, auf der anderen *Revolutionäre,* und zwischen ihnen eine sehr zahlreiche Kategorie, die die Vorteile beider Richtungen sich zu sichern suchte, indem sie handelte wie die ersten, aber sprach wie die zweiten. Als ich jenen Artikel schrieb, waren alle sozia-

[1]) Vergl. meinen Artikel *Revolutionärer und reformistischer Sozialismus in Frankreich* in den *Sozialistischen Monatshefte*n, 1905, I. Bd., pag. 17 ff.

listischen Abgeordneten *ministeriell*; sie unterstützten das Ministerium Combes, das Gegenstand der immer wiederholten reaktionären Angriffe war. Die Reaktion versuchte, durch fortgesetzte Attacken die Majorität zu erschüttern, die zwar aushielt, aber doch manchmal auf 10, auf 4, ja sogar auf 2 Stimmen zusammenschrumpfte. Vom Dezember 1904 ab war es klar, dass sich das Ministerium Combes nur noch mit Mühe längere Zeit halten konnte; gerade zu jener Zeit — ohne dass übrigens ein Kausalnexus zwischen den beiden Vorgängen bestanden hätte — änderte Jaurès seine Haltung, sprach von Austritt aus der Delegation der Linken und hörte schliesslich auf, an ihren Sitzungen teilzunehmen. Wie ihr Name sagt, war diese Delegation eine Vereinigung von Vertretern der verschiedenen Gruppen der Linken in der Kammer, sonst auch *Block* genannt, die sich, mit Ausnahme der damals aus 13 Mitgliedern bestehenden *revolutionären* Gruppe, über die einzuschlagende Marschroute verständigten.

Seit dem Juni 1899, dem Amtsantritt des Ministeriums Waldeck-Rousseau, hatte Jaurès die weitgehende Einigung aller Republikaner gepredigt. Als er in dieser Frage auf dem Amsterdamer Kongress in der Minorität geblieben war, war er wohl als ein Geschlagener, aber nicht als ein Bekehrter zurückgekommen; in der *Humanité* vom 22. August 1904 schrieb er: »Guesde und Vaillant waren gezwungen, sich in die beklagenswerteste und für sie gefährlichste Situation zu begeben, lediglich um den Kampf gegen uns weiterzuführen.« Und noch am 8. Dezember: »Welchen Unverschämtheiten und Gewalttätigkeiten würden wir ausgeliefert sein, wenn die Vereinigung der republikanischen Majorität in die Brüche ginge, wenn ihre Tatkraft erlahmte!« Sechs Tage später, am 14. Dezember, veröffentlichte die *Humanité* die Erklärungen der verschiedenen sozialistischen Gruppen, die eben über die Bedingungen der Vereinigung beraten hatten. Die Partei von Vaillant und Guesde bestimmte »Austritt aus dem Block und Abschaffung der Delegation der Linken«, und die Partei von Jaurès erklärte, »dass die Delegation der Linken nur eine vorübergehende Praxis gewesen sei, die ihr in einer gegebenen politischen Situation nützlich und notwendig erschienen sei, und dass ferner diese Delegation tatsächlich bereits aufgehört habe, zu bestehen, und nicht wieder erneuert werden werde«. Wahr ist freilich, dass die Delegation zu jener Zeit weniger regelmässig funktioniert hatte, als vorher, weil nämlich eine Anzahl von Mitgliedern sich mehr um die Zusammensetzung des zukünftigen Ministeriums, als um die Unterstützung des bestehenden kümmerte. Aber es wurden Zusammenkünfte abgehalten, an denen Jaurès die Beteiligung abgelehnt hat; und ich selbst war eines Tages Zeuge des eigenartigen Schauspiels, dass Vaillant Jaurès bat, er möge sich doch zu einer dieser Zusammenkünfte begeben und dort den Versuch machen, den Block aufrecht zu erhalten und das Ministerium zu retten!

Ende 1904 konnte es niemandem entgehen, dass das Ministerium Combes sich nicht mehr lange halten konnte; man erörterte verschiedene Kombinationen, und bei einigen von ihnen wurde der Name Aristide Briands genannt. Jaurès wollte von dem Eintritt eines Sozialisten in das Ministerium nichts wissen, und ich bin immer der Überzeugung gewesen, dass die Furcht vor dem Eintritt eines solchen Ereignisses viel dazu beigetragen hat, ihn zur Aufgabe der Blockpolitik zu bestimmen und ihn zu allen den Konzessionen

für die Verwirklichung einer sozialistischen Einigung zu treiben: eine solche Vereinigung war nach seiner Meinung, kraft der von ihr statuierten Disziplin, allein geeignet, einen solchen Schritt zu verhindern. Ich brauche nicht ausdrücklich hinzuzufügen, dass nach meiner Überzeugung dabei nicht die geringste persönliche Abneigung gegen Briand mitsprach; ich glaube vielmehr, dass er sich ganz genau so verhalten hätte, wenn es sich um einen anderen gehandelt haben würde: Jaurès war der Beteiligung eines Sozialisten an der Macht in Form der Annahme eines einfachen Ministeriums absolut abgeneigt. Ich glaube ferner, dass er der Bildung des Ministeriums Rouvier, die sich ohne die Teilnahme eines Sozialisten vollzog, gerade deshalb sehr günstig gestimmt war, weil er Angst gehabt hatte, es könne ein Sozialist in das Ministerium eintreten. Ich will nicht in die Einzelheiten der Vorgänge von damals eindringen. Die Einigung vollzog sich gegen den Widerstand der grossen Mehrheit der sozialistischen Parlamentsfraktion, die endlich den unablässigen Anstrengungen Jaurès' nachgab; ohne ihn wäre es bestimmt nicht dahin gekommen. Ende April 1905 wurde die Einigung auf einem Kongress in Paris ratifiziert, zu dessen Einleitung im *Tivoli-Vauxhall* eine grosse Versammlung zur Feier der Vereinigung stattfand. Gerade in dieser Versammlung protestierte Gustave Hervé, der eben erst zum Mitglied der ständigen Verwaltungskommission der Partei ernannt worden war, gegen diejenigen, welche »versucht haben, den Internationalismus und den Patriotismus, die ihrem Wesen nach unvereinbare Gegensätze sind, zu vereinigen«. Das war der Anfang dessen, was man seither den *Hervéismus* genannt hat.

Auf einem nach Chalon-sur-Saône auf Ende Oktober 1905 zusammenberufenen Parteitag musste die Frage der Wahltaktik gelöst werden. Der Parteitag bestimmte, »dass es die Pflicht der sozialistischen Partei ist, überall bei den Hauptwahlen Klassenkampfkandidaturen aufzustellen und überall die Wahlhandlung der Partei zu organisieren«. Er fügte hinzu, dass die Gruppen und Föderationen »den Wahlkampf überall organisieren sollen, wo er nicht unmöglich ist«. Was den Verzicht nach der Hauptwahl anlangt, »so überlässt der Parteitag die Entscheidung über die Haltung bei der Stichwahl den Föderationen, in dem Vertrauen, dass sie ihre Entscheidung zum Wohle des Proletariates und der sozialen Republik treffen werden«. Endlich wurden noch zwei Resolutionen gegen diejenigen angenommen, die die grosse Kühnheit haben, sich *Sozialisten* zu nennen, ohne der geeinten Organisation anzugehören. Die erste bezeichnet man gewöhnlich mit dem Namen *Resolution Cambier*. Sie wurde von der Föderation der Seine am 10. Juli 1905 einstimmig angenommen und lautet folgendermassen:

›Wenn dem Kandidaten der geeinigten sozialistischen Partei ein anderer Kandidat gegenübersteht, der sich als *Sozialist* bezeichnet, so darf er unter keinen Umständen zu dessen Gunsten verzichten.‹

Der Pariser Gemeinderat Fribourg fragte nach diesem Beschluss, ob die Kandidaten der geeinigten Partei, wenn sie die meisten Stimmen erhalten sollten, den Verzicht unabhängiger Sozialisten annehmen würden. Auf diese indiskrete Frage blieb die Antwort aus. Die zweite Resolution hat folgenden Wortlaut:

›In allen Wahlkreisen, wo Kandidaten auftreten, die sich als *Sozialisten* bezeichnen, ohne der sozialistischen Partei anzugehören, sollen durch die Föderation oder gegebenenfalles durch den *Nationalrat* Plakate mit der Unterschrift des Parteisekretärs und der Mitglieder der sozialistischen Kammerfraktion angeschlagen werden, wonach diese Kandidaten nichts mit der sozialistischen Partei zu tun haben. Dieser

Aufruf soll durch die ständige Verwaltungskommission verfasst werden, der es auch obliegt, ihn drucken zu lassen und darüber zu wachen, dass er überall angeschlagen wird, wo es nötig ist.«

Mit solchen Angelegenheiten beschäftigt, hatte der Parteitag keine Zeit, ein Programm zu entwerfen, was offenbar seinen Mitgliedern gute Veranlassung gab, später anderen Leuten vorzuwerfen, sie hätten keins; er tadelte die Fraktion der geeinigten Abgeordneten, weil sie »das Ministerium Combes gerettet hätte«; ferner äusserte er den Wunsch, »dass die Einigung der Kammerfraktion die Kraft verleihen möge, sich im Parlament abgesondert zu halten, und dass man von ihr nicht wieder solche Vorschläge ausgehen sehen möge, die auch von Bürgerlichen gemacht sein könnten«. Der *Socialiste* erklärte voll gerechten Stolzes:

›Offen und klar, ohne Umschweife und Zweideutigkeit hat sich die Partei als das erklärt, was sie ist: Partei der Arbeiterklasse, grundsätzlich geschieden von allen Parteien der bürgerlichen Klasse und unentwegt entgegengesetzt ihnen allen, indem sie an die Spitze ihrer Bemühungen die Umwandlung des Privateigentums in gesellschaftliches Eigentum stellt.‹

So die Theorie, die Worte; sehen wir uns nun die Praxis, die Handlungen an. In der früheren Kammer zählte die Fraktion der geeinigten Sozialisten 40 Mitglieder, die der unabhängigen Sozialisten 14 Mitglieder; 2 Sozialisten sind dabei nicht mitgezählt, der eine, ehemaliger Minister, Millerand, der andere, zurzeit Minister, Briand. Da ergibt sich nun, dass die 40 geeinigten Sozialisten so gehandelt haben, dass die sozialistische Einigung die Materialisation des Dogmas von der Dreieinigkeit darstellt, als welches das Dasein eines einigen Gottes in drei Personen behauptet: sie sind drei, aber diese drei sind doch wiederum nur einer. Ebenso offenbarte die sozialistische Vereinigung bei den meisten wichtigen Abstimmungen die Existenz von drei verschiedenen Gruppen; die einen stimmten für, die anderen stimmten gegen, und die dritten enthielten sich. Ich weiss nicht, wie es gewesen wäre, wenn sie nicht geeinigt wären; aber ich stelle fest, dass ihre Einigung mindestens die Dreiheit von Auffassung und Handlung umschliesst. Vom parlamentarischen Standpunkte aus hat also die Einigung tatsächlich keine grosse Veränderung mit sich gebracht. Bei der Konstituierung des Ministeriums Sarrien wurde die Vertrauensfrage für das neue Ministerium von 17 Geeinigten bejaht, einer war beurlaubt, und 22 haben sich der Abstimmung enthalten. Nicht ein einziger hat diesem bürgerlichen Ministerium *unentwegt* opponiert; nicht ein einziger hat dagegen gestimmt; der Klassenkampf der wildesten Intransigenten hat die Form einer Stimmenthaltung angenommen, einer zweifellos sehr *revolutionären* Enthaltung, aber immerhin einer Enthaltung. Am 15. Februar 1906 war es ihnen bei Gelegenheit der Interpellation über die Aufsicht über die Lebensversicherungsgesellschaften möglich, das Ministerium Rouvier zu stürzen; Jaurès erkannte das an; sie haben sich aber sehr wohl gehütet, es auch nur zu versuchen. Durch Herrn Ribot, und nicht durch die Sozialisten, wurde drei Wochen später dieses Ministerium gestürzt. Tatsächlich hat die Einigung, die für viele ihrer Mitglieder eine Sicherung gegen die Gefahren gewisser Angriffe oder der Konkurrenz bei den Wahlen bedeutete, nicht im allermindesten ihre Handlungsweise geändert; sie bemühen sich, die Vorteile der Opposition mit denen des *Ministerialismus* zu vereinigen. Den Klassenkampf betreiben sie öffentlich, in den Ministerkabinetts und in den Wandelgängen der Kammer aber stehen sie recht vertraut mit den *Kommis der herrschenden*

Klasse. Der Erfolg ist, dass sie über eine Wählerschaft verfügen, die zum Teil weniger wegen der proklamierten Grundsätze zu ihnen hält, als wegen der Vorteile, die sie sich von ihrem Abgeordneten versprechen.

Sind die von den geeinigten Sozialisten gepredigten Grundsätze die selben während der Zeit des sozialistischen Parteitages und während des Wahlkampfes? Das will ich jetzt einmal untersuchen.

In der *Humanité* vom 15. September 1905 schrieb Jaurès:

»Es ist unser Wille, wie unsere Pflicht, leidenschaftlich dafür zu kämpfen, dass der Kommunismus und der Internationalismus in das Bewusstsein und in die Politik Frankreichs ihren Einzug halten . . . Dass dieser intensive und direkte Versuch der sozialistischen Partei, den Kommunismus und den Internationalismus zu verbreiten, Wahlabmachungen mit den Radikalen viel mehr erschwert, als die Verteidigung der bedrohten Republik und der Kampf für die Trennung von Kirche und Staat, das liegt auf der Hand.«

Mühelos von der Wahrheit dieses Ausspruches überzeugt, haben die Kandidaten der vereinigten Partei Sorge dafür getragen, ihren Kommunismus und ihren Internationalismus beträchtlich abzuschwächen oder ganz in der Versenkung verschwinden zu lassen.

Einer der Führer der geeinigten Partei, der durch seine unentwegte Orthodoxie bekannte Louis Révelin, war am 3. Dezember 1905 Kandidat im zweiten Wahlkreis von Reims; am Tage nach der Wahl sagte die *Humanité*: »Der Name des Kandidaten gibt die Gewähr, dass die sozialistische Lehre in aller Vollständigkeit, ohne jeden Rückhalt und jede Zweideutigkeit in Theorie und Taktik dargelegt worden ist.« Im *Socialiste* vom 9.-16. Dezember pries Jean Longuet den Wahlkampf Révelins als einen »musterhaften Wahlkampf« hinsichtlich der Eigentumsfrage. Vor mir liegt das Original des Programmes von Révelin, und ich lese da:

»Bemächtigt Euch der Macht, um zu gunsten der Arbeiter, zu gunsten der geeinten und mit einander versöhnten Menschen das individuelle sozialistische Eigentum aufzurichten, begründet auf der klugen Ausnützung der Naturkräfte, auf der gemeinsamen Tätigkeit, auf der sozialen Kraft der Arbeit, auf dem gemeinsamen Besitz der Produktionsmittel.«

Während der ganze Rest dieses Satzes in gewöhnlichen Lettern gedruckt worden ist, stehen die Worte *das individuelle sozialistische Eigentum* in sogenannten *ägyptischen* Lettern von fabelhafter Grösse da. Ich behaupte gar nicht, dass der Satz theoretisch falsch sei; tatsächlich sage ich schon lange Zeit das selbe. Aber ich bin ja jetzt auch nur noch ein armer unabhängiger Sozialist, und vor ungefähr acht Jahren wurde ich gerade wegen dieses Satzes und wegen der Behauptung, das individuelle Eigentum könne auch in der sozialistischen Wirtschaftsordnung aufrecht erhalten werden, in der blanquistischen Zeitschrift, die Argyriadès herausgab, heftig angegriffen. Auf alle Fälle kann ich wohl behaupten, dass der von Révelin aufgestellte Satz doch nur mit einiger Schwierigkeit als eine unzweideutige Erklärung des Kommunismus gelten kann. Es ist mir sogar schmerzlich, mir vorstellen zu müssen, welche Qualen Genosse Pressensé bei seiner Lektüre ausstehen musste, der in der *Humanité* vom 26. April 1905 in seinem Purismus »die Unterdrückung der mörderischen Fiktion des individuellen Eigentums« forderte.

Am 10. Dezember 1905 fand eine andere Nachwahl statt, im fünften Wahlkreis von Lyon. Der Kandidat der geeinigten Partei hiess Moutet, und die geeinigte Partei schlug in einer grossen öffentlichen Versammlung nach einer Rede des

revolutionären Abgeordneten Dejeante eine Resolution vor, die auch angenommen wurde:

»In Anbetracht dessen, dass die sozialistische Partei vor allem eine Partei des Friedens, der Vereinigung und der Eintracht ist, dass sie durch den Sozialismus. durch ihren unablässigen Kampf für ihr edles Ziel zur Umgestaltung der heutigen Gesellschaft in eine Gesellschaft erhöhter Gerechtigkeit und gesellschaftlicher Gleichheit gelangt, haben die Wähler, indem sie Moutet ins Parlament schicken, die feste Überzeugung, dass er immer die Verteidigung der Interessen des Kleinhandels, der Armen und Unterdrückten im Auge haben wird.«

Als kommunistische Erklärung ist das etwas mager, und ich kenne einfache Radikale, die eine solche Resolution unbesehen unterschreiben würden.

Am 17. Dezember 1905 gab es eine dritte Nachwahl, im zweiten Wahlkreis von Toulouse. Der Kandidat der geeinigten Partei ist Gabriel Ellen Prévôt, ein Redakteur der *Humanité*. Da der Wahlkampf Révelins der »musterhafte Wahlkampf« gewesen war, so brauchte sich Prévôt nur nach ihm zu richten. So schlägt er denn auch in seinem Glaubensbekenntnis vor, »das private kapitalistische Eigentum durch das individuelle sozialistische Eigentum zu ersetzen«; er richtet seinen Appell an die »kleinen Händler« und an die »kleinen Eigentümer« und spricht von Klassenkampf nur, um darüber zu sagen: »Vereinigt Euch, um ihm ein Ende zu machen!« Der Kommunismus scheint mir hier doch einer leichten Veränderung unterworfen zu sein.

Was den Internationalismus anlangt, so haben die Kollegen Gustave Hervés — nach meiner Ansicht sehr richtig — ihn überall auf das glücklichste mit dem reinen Patriotismus zu vereinen gewusst; Hervé hatte eben nur das Pech, diese Vereinigung für unmöglich zu erklären. In diesem Punkte haben sich die Kandidaten der geeinigten Partei auf eine Empfehlung einer friedlichen Politik beschränkt.

Sehen wir uns nun die allgemeinen Wahlen an:

Für die allgemeinen Wahlen zur Kammer im Mai hatte der *Nationalrat* der geeinigten Partei ein Manifest an die Arbeiter Frankreichs gerichtet, in dem die Rede davon ist, »das gesellschaftliche Eigentum an die Stelle des kapitalistischen Eigentums zu setzen« und »für alle Produzenten das Gemeineigentum an den Produktionsmitteln« zu verwirklichen. Das ist, in Ansehung des Kommunismus, ein bisschen klarer, als was wir soeben gesehen haben, ohne indessen gerade sehr weit zu gehen. Aber kein Wort über den Internationalismus, nicht einmal eine Anspielung ausser dem folgenden Satz:

»Die internationale Arbeiterbewegung muss sich rühren und regen sowohl für die Unabhängigkeit der Nationen, wie für den Weltfrieden. Sie muss in der unverletzlichen Freiheit der Völker die freie Entwickelung des Proletariates der ganzen Welt sichern.«

In einer zu Missverständnissen Anlass gebenden Form ist diese Erklärung in Wirklichkeit mehr national, als international, zumal in dem Sinne, den — meiner Ansicht nach mit Unrecht — die Anhänger der geeinigten Partei dem letzten Worte mehr und mehr gegeben haben. Allgemeine Plakate, wie dieses Manifest, auf denen der Name des Kandidaten nur ganz klein unten am Rande neben dem Namen des Druckers in der Form *Gesehen! Der Kandidat* angegeben ist — man macht das so, um einen Stempel zu sparen —, haben übrigens für den Wahlkampf keine grosse Bedeutung; man kann sich in ihnen, ohne Gefahr zu laufen, Stimmen zu verlieren, Behauptungen leisten, die man in den persönlichen Plakaten sorgfältig bei seite lässt. So hat die Föderation der

Seine ihre Kandidaten der Wählerschaft durch einen Anschlag vorgestellt. Darin sind zwar die Namen grösser gedruckt, die Prinzipienerklärungen aber dafür weniger klar ausgedrückt, als in den Plakaten des *Nationalrats*. Über die Frage des Kommunismus sagt sie den Wählern:

»Das Eigentum, die Frucht der Arbeit und die Voraussetzung der Unabhängigkeit, ist das Vorrecht einer Klasse, die sich seiner als ein Werkzeug der Unterdrückung bedient . . . Ihr wollt mit uns jedem Menschen seine Würde und seine Freiheit wiedergeben, indem Ihr ihn zum Eigentümer seiner Arbeitsmittel macht.«

Über die Frage des Internationalismus sagt sie überhaupt kein Wort.

Für die Wähler ausschlaggebend sind lediglich die Erklärungen der Kandidaten selber. Und da muss ich bemerken: Die *revolutionären* Kandidaten waren weit davon entfernt, auf ihren Wahlplakaten frank und frei diejenigen Ansichten auszusprechen, die in der Partei gebräuchlich sind, wenn es sich nicht um Wahlen handelt. Diejenigen, die Aussicht auf Sieg hatten, haben sich vorzugsweise auf die Politik des republikanischen Blocks beschränkt. Der *Klassenkampf* des Genossen Pressensé, der es in der Kammer besonders eilig hatte, aus dem Block auszutreten, hat lediglich die Gestalt eines Kampfes für die republikanische Vereinigung angenommen. Und worauf haben diejenigen sozialistischen Gruppen zu Paris, die die Kandidatur von Paul Lafargue gegen Millerand unterstützten, bei der Wahl den Hauptnachdruck gelegt? Darauf, dass Millerand »der leidenschaftliche Gegner des republikanischen Blocks und des Ministerium Combes«, darauf, dass er mit Herrn Doumer gegangen sei, um »die Präsidentschaft des aufrichtigen Republikaners Fallières unmöglich zu machen«, darauf, dass er »die Republik durch die Pfaffenherrschaft ersetzen« wollte; das war übrigens eine lächerliche Verleumdung, die aber sehr gut zeigt, auf welchen Boden man sich stellte, um »die republikanische und sozialistische Kandidatur« Lafargues zu unterstützen. Diese Gestalt nahm also stellenweise der Wahlkampf an, der nach dem *Socialiste* »von einem Ende des Landes bis zum andern ohne Zweideutigkeit und ohne rednerische Verklausulierungen auf dem Boden der Klasse geführt wurde«. Die sogenannten *Revolutionäre* sind eben gegen sich selbst gerade so nachsichtig, wie gegen die anderen streng.

Auch die Reden, die Jaurès im Wahlkampf hielt, stimmen wenig mit den allgemeinen Erklärungen der geeinigten Partei überein. Die *Humanité* brachte am 9. April einen Bericht über eine Wählerversammlung in Carmaux, der, wie folgt, schliesst:

»Dann setzt Jaurès auseinander, dass die am Vorabend der Wahlen entfesselte Agitation kein anderes Ziel hat, als den demokratischen Aufschwung zu lähmen und die Durchführung tiefgreifender fiskalischer und sozialer Reformen zu hindern, die unbedingt notwendig sind, aber nur durch eine aufrichtig demokratische Mehrheit durchgeführt werden können.«

Die *Humanité* vom 29. April hat unter anderem den Wortlaut seines Glaubensbekenntnisses veröffentlicht. Wir geben hier seine Erklärungen ohne Kommentar wieder.

Über den Klassenkampf: »Ich richte meinen Appell vertrauensvoll an alle Arbeiter, Bergarbeiter und Glasarbeiter, Bauarbeiter und Eisenbahner, an die ländlichen Tagelöhner, an die Pächter, an die Bauern, an die kleinen Händler, an die Kunsthandwerker.«

Über die unentwegte Opposition gegen alle anderen Parteien: »Ich habe das Recht, meinen Appell auch an alle demokratischen Republikaner zu richten.«

Über den Kommunismus: »Die Organisation des Gemeineigentums wird das bäuer-

liche Eigentum vollkommen respektieren und es, weit entfernt, es abzuschaffen, vielmehr unterstützen, indem es ihm Erleichterung von vielen Steuerlasten, von der Hypothek, vom Wucher, vom Verkauf unter dem Werte bringt und es gegen die Seuchen versichert, gegen alle Krisen schützt.«
Über den Internationalismus: »Wir wollen den Frieden durch die Vereinigung der Arbeiter aller Länder, durch die ausgedehnte Anwendung des internationalen Schiedsgerichtes, des Vorspieles der allgemeinen Abrüstung der Völker, aufrechterhalten und sichern.«
Über die Revolution: »Auch diejenigen würden sehr unklug sein und eine schwere Schuld auf sich laden, die die Arbeiterklasse dahin drängen wollten, ihre Befreiung mit Gewaltmitteln, durch Akte der Vernichtung zu versuchen. Die Angriffe gegen das Eigentum und die Personen sind mehr noch Verbrechen gegen den Sozialismus, als gegen das Strafgesetzbuch der bürgerlichen Gesellschaft.«

Von den Prinzipien gehen wir nun zur Taktik über.

Der Parteitag von Chalon hatte, wie wir gesehen haben, bestimmt, dass die geeinigte Partei für die Hauptwahl überall dort Kandidaten aufstellen sollte, wo der Kampf nicht »unmöglich« war. Ich greife vier Departements heraus, wo der sozialistische Kampf keineswegs unmöglich ist, wo man vielmehr schon in allen Wahlkreisen sozialistische Kandidaten gehabt hat, und stelle nach den im *Socialiste* und in der *Humanité* veröffentlichten Listen fest, dass im Departement Aude die geeinigte Partei nur einen Kandidaten, Aldy, aufgestellt hat; dafür hat Aldy keinen radikalen Gegenkandidaten gehabt. In dem Departement Bouches-du-Rhône hat die geeinigte Partei überall Kandidaten aufgestellt, nur nicht gegen die beiden bisherigen sozialistischen Abgeordneten, Gabriel Baron und Antide Boyer, die unabhängige Sozialisten sind; an anderen Orten wurden gerade die unabhängigen Sozialisten mit einem ganz besonderen Eifer bekämpft. Im Departement Tarn blieben nur zwei Wahlkreise von der geeinigten Partei unbesetzt, nämlich der von Lavaur, obschon sich dort in Graulhet ein sozialistisches Zentrum befindet, und der erste Wahlkreis von Albi, wo die bekannte Glasarbeitergenossenschaft ihren Sitz hat. Die Herren Compayré, ein zweifelhafter Radikaler, und Andrieux, ein hervorragender Radikalsozialist, wurden von der geeinigten Partei nicht bekämpft; dafür hatte Jaurès in dem zweiten Wahlkreis von Albi, wo es ausserhalb Carmaux sozusagen überhaupt keine Sozialisten gibt, keinen radikalen Gegenkandidaten. Im Departement Var haben die Geeinigten in allen Wahlkreisen — es gibt deren vier — Kandidaten aufgestellt, mit Ausnahme desjenigen von Louis Martin, des bisherigen radikalsozialistischen Abgeordneten; diesen haben sie nicht nur nicht bekämpft, sondern sogar schon in der Hauptwahl unterstützt.

Übrigens waren schon bei der Hauptwahl zahlreiche Angehörige der geeinigten sozialistischen Partei offiziell zugleich die Kandidaten der Radikalen und Radikalsozialisten; das war zum Beispiel der Fall in Paris bei Brousse, Sembat, Rouanet, Lucas und Dejeante. Ich habe nichts davon vernommen, dass einer von ihnen im Namen des Klassenkampfes gegen diese Unterstützung Protest erhoben hätte. Das war ferner der Fall in der Provinz mit J. L. Breton, dem Abgeordneten von Cher, der mit der Wahrheitsliebe und der anerkannten Ehrlichkeit, die ihn auszeichnen, Wert darauf gelegt hat, in dem Dank an seine Wähler, den er öffentlich anschlagen liess, diese Tatsache festzustellen; er nennt sich darin den Erwählten »des ganzen republikanischen Blocks« und übernimmt die »Verpflichtungen«, die ihm aus dieser Situation erwachsen.

Den Reiz der Neuheit hat diese Wortopposition der vereinigten Sozialisten

gegen die Radikalen, die am letzten Ende in ein Zusammengehen ausläuft, nicht mehr. Genau das selbe hatte sich bei den Senatswahlen im letzten Januar im Departement Hérault in einer Form abgespielt, dass Jaurès nicht hatte umhin können, in der *Humanité* vom 8. Januar über diese Wahl des ersten Senators aus den Reihen der geeinigten Partei ein offenes, kräftiges Wort zu sprechen[2]) und den Parteigenossen zuzurufen:

» . . . Ich muss doch bitten, dass die Föderationen sich daran gewöhnen mögen, nicht zwei Taktiken zu haben: eine intransigente und Paradetaktik für die Parteitage und eine Kompromisstaktik für ihre eigenen Kämpfe. Wenn sie intransigent sind, so mögen sie es ebenso für sich, wie für andere sein; wenn sie aber Kompromisse machen, so mögen sie anderen die Kompromisse erlauben, die sie selbst im Interesse der Partei praktizieren zu sollen glauben.«

Ein Grundsatz der geeinigten Partei verwirft bei der Hauptwahl jeglichen Kompromiss, sowohl mit den Radikalen, wie mit jeder andern bürgerlichen Partei; die Partei soll in einer *splendid isolation* in den Kampf ziehen. Wir haben eben gesehen, wie dieser Grundsatz ausgeführt wurde. Ein anderer schreibt den Abscheu gegen den unabhängigen Sozialisten vor, der ein *Feind* geworden, gegen den jedes Mittel erlaubt ist. Der Vater dieses Grundsatzes, der Genosse Cambier, schrieb in der *Humanité* vom 13. Mai, dass seine Resolution, »wenn sie in seinem Sinne angewandt worden wäre, die Niederlage der Unabhängigen mit Sicherheit herbeigeführt hätte«. Aber auch hier ist das Charakteristikum der Einheit die vollständige Verschiedenheit im Verhalten.

Ich habe weiter oben ausgeführt, dass die Resolution Cambier zuerst am 10. Juli 1905 von der Föderation der Seine angenommen worden war; sie war dann den anderen Förderationen unterbreitet worden, die der Sitzung des *Nationalrates* vom 24. September ihre Entscheidung mitteilten; dort war festgestellt worden, dass nur vier Föderationen sie verworfen hatten, und dass die Föderation des Departements Nièvre nicht mit unter diesen vieren war. Nun fand gerade an diesem selben Tage eine Nachwahl im Departement Nièvre statt. Die der geeinigten Partei angeschlossene Föderation hatte zuerst Dr. Brouiller zum Kandidaten ausersehen; aber da sich dieser weigerte, der Vereinigung beizutreten, so stellte die Föderation ihm den Genossen Roblin entgegen: so stand also unabhängiger Sozialist gegen geeinigten Sozialist. Da Roblin bei der Hauptwahl mehr Stimmen erhielt, als sein Gegenkandidat, so verzichtete Brouiller zu seinen Gunsten; Roblin wurde am 8. Oktober mit der dankbar angenommenen Unterstützung eines Unabhängigen gewählt, dessen loyales Verhalten in der *Humanité* vom 9. Oktober anerkannt wurde. Im Departement Hérault erhielt am 6. Mai der bisherige, zur Vereinigung gehörende Abgeordnete Bénézech die meisten Stimmen; er hatte einen unabhängigen Sozialisten als Gegenkandidaten, der, wie die *Humanité* vom 13. Mai feststellt, zu seinen Gunsten verzichtete. Die Stimmen der unabhängigen Sozialisten dienten also dazu, die Siege der geeinigten herbeizuführen.

Es sei nochmals daran erinnert, dass im Departement Bouches-du-Rhône die geeinigte Partei den beiden unabhängigen Sozialisten Baron und Boyer keine Kandidaten entgegengestellt hat. An andern Orten aber haben sie die unabhängigen Sozialisten bekämpft; es war freilich kein Kampf der Ideen, sondern ausschliesslich der Personen. Das war zum Beispiel mir gegenüber der Fall.

[2]) Die Leser dieser Zeitschrift kennen diese Ausführungen Jaurès bereits aus dem Artikel Eduard Bernsteins *Einige Randbemerkungen* im vorigen Bande der *Sozialistischen Monatshefte*, pag. 133.

Bei den Stichwahlen, an denen Geeinigte beteiligt waren, kamen 7 unabhängige Sozialisten an die Spitze. Einer musste zurücktreten; das war ich. Die Artikel des *Socialiste* vom 12.-19. und vom 19.-26. Mai gestatten den Schluss, dass zu meinen Ungunsten die *Disziplin* beobachtet worden wäre, und dann hätte notwendigerweise der Kandidat der Reaktion, der Bannerträger Déroulèdes, den Sieg errungen. Mein Verhalten hat aber dann glücklicherweise bewirkt, dass er durch den *guten Richter* Magnaud geschlagen wurde; angesichts der Stellungnahme der geeinigten Partei in diesem Wahlkreis war meine Haltung, auch ganz abgesehen von meinem persönlichen Geschmack, das einzige Mittel, um den Sitz einem Republikaner zu erhalten. Unter den 6 anderen gibt es einen, mit dem sich die geeinigte Partei nicht befasst hat, da sie infolge von Spaltungen den Kampf im Departement Loire vorläufig aufgegeben hatte, das ist Ledin, der Erwählte von Saint-Etienne. Ein anderer, Desfarges, im Departement Creuse, hatte die kleine Stimmenzahl der geeinigten Parteien zu seiner Wahl nicht nötig, und die Haltung der Geeinigten ist unbemerkt geblieben. Bleiben noch Lenoir in Reims, Viviani und Grousset in Paris, Cornand in Grenoble. Zu gunsten des ersten hat sein Gegenkandidat aus der geeinigten Partei, Révelin, offen Verzicht geleistet, wobei er allerdings vermied, seinen Namen zu nennen, eine unwichtige Konzession an die Resolution Cambier; Lenoir ist denn auch gewählt worden. Für Viviani und Grousset hatte man nur einen einfachen Verzicht. Die *Disziplin* der Geeinigten gestattete nicht, gegen den Erzklerikalen Auffray einen Mann wie René Viviani zu unterstützen, gestattet aber auf der anderen Seite, für Herrn Reinach einzutreten. Nicht an dem letzten Verhalten nehme ich Anstoss, sondern an dem Widerspruch zwischen den beiden. Trotz alledem wurden Grousset und Viviani gewählt. Im Departement Isère, wo es sich darum handelte, Pichat, den Vertrauensmann der Mönche von Chartreux, zu schlagen, haben endlich die Geeinigten zuerst ihren Kandidaten Brizon aufrecht erhalten, obschon er nur 3906 Stimmen hatte, während Pichat mit 7215 Stimmen an der Spitze stand, und der unabhängige Sozialist mit 6332 der zweite war; zum Schluss haben sie dann freilich, gezwungen von der allgemeinen Missbilligung ihres Verhaltens, einfach den Rückzug angetreten, und Cornand ist gewählt worden.

Wenn der Fall, von dem ich oben bei der Betrachtung der Nachwahl im Departement Nièvre gesprochen habe, sich bei den Hauptwahlen ereignet hätte, wenn von dem Verhalten eines unabhängigen Sozialisten das Schicksal eines bekannten Geeinigten abgehangen hätte, dann würde man fast überall die Resolution begraben haben. Was den unabhängigen Sozialisten nicht begegnet ist, dass haben die Radikalen erreicht; sie hatten es in der Hand, über Sieg oder Niederlage von Allemane, Groussier, Veber und mehreren anderen zu entscheiden. Da hat denn Gnade gewaltet. Die Organisationen der Geeinigten, die in dieser Hinsicht am strengsten gesinnt sind, wie die im Departement Nord, wo man, wie Delory uns erzählt hat, früher systematisch die Reaktionäre hat sieger lassen, zeigten sich diesmal als — Träger des echtesten republikanischen Geistes: hingen doch 5 Mandate von einer genauen Beobachtung der republikanischen Disziplin ab.

Für die Föderation der Seine hatte eine Bezirkskonferenz, von der ich noch nicht gesprochen habe, und die in Pré-Saint-Gervais am 17. Dezember 1905 tagte, die Regel aufgestellt — wie man sieht, fehlt es der geeinigten Partei

nicht gerade an Regeln —, dass der Verzicht zu gunsten der »republikanischen Demokraten und Radikalen« an die formelle, vor dem ersten Wahlgang abzugebende Versprechung gebunden sein sollte, »die Sicherung des Wahlgeheimnisses, Listenwahlen mit proportionaler Vertretung und gesetzliche Einführung des Achtstundentages zu verlangen«. Da sie aber angesichts der Lage mehrerer ihrer Kandidaten ein Interesse daran hatte, sich den Radikalen gefällig zu erzeigen, so hat sich die Föderation der Seine für den Verzicht aller Geeinigten, »die im ersten Wahlgang nicht die Mehrheit der republikanischen Stimmen bekommen hatten«, ausgesprochen, ohne auch nur daran zu denken, den Beschluss von Pré-Saint-Gervais auszuführen. Aber in zwei Wahlkreisen von Paris haben die Gruppen auf diesem Ohre nicht gehört. Im zweiten Wahlkreis des 13. Arrondissements hat der Kandidat der geeinigten Partei den Kampf gegen den Radikalsozialisten Buisson fortgesetzt, der im ersten Wahlgang 6902 Stimmen, gegen 7750 für den Nationalisten Paulin Méry und 2737 für den Geeinigten Coutures, erhalten hatte; Jaurès qualifizierte das Verfahren von Coutures als ein »skandalöses Manöver«. Im ersten Wahlkreis des 15. Arrondissements hat der Geeinigte Aubriot seine Kandidatur gegen den Radikalsozialisten Chautard aufrecht erhalten, der 6399 Stimmen gegen 6297 für Aubriot und 3950 für den Nationalisten Caron erhalten hatte; erfreut über diese Zersplitterung, verzichtete Caron zu gunsten Aubriots, des Internationalisten: nichtsdestoweniger haben Buisson und Chautard den Sieg davongetragen; die Disziplin der Wähler hat den Geeinigten das erspart, was Jaurès »den Sieg des Nationalismus und der Unehrlichkeit« nannte. In beiden Fällen hat Jaurès vom Standpunkte des gesunden Menschenverstandes, der Ehrlichkeit und der Liebe zur Republik aus recht; aber er hat unrecht vom offiziellen Standpunkte der geeinigten Partei aus. Die beiden Widerstrebenden haben ihm mit Recht die Parteitagsbeschlüsse entgegengehalten und ihn gefragt, warum man sie denn eigentlich fasste, wenn sie in der Folge doch nur tote Buchstaben sein sollten. Die Quelle aller dieser Schwierigkeiten ist der fundamentale und dauernde Widerspruch zwischen der Theorie und der Praxis, auf dem die Einigung beruht, und der, wenn kein Ausgleich geschaffen wird, schliesslich die Einigung wieder sprengen muss.

Insgesamt ist in diesem Wahlkampf in keiner Weise und von keinem Gesichtspunkt aus die sozialistische Einheit durch die Einheit der Aktion bekräftigt worden.

Die allgemeinen Wahlen fielen in Frankreich mit Ereignissen zusammen, die die Hoffnungen der Reaktion und des Klerikalismus auf das äusserte gespannt hatten. Man spekulierte zunächst auf den Einfluss des Gesetzes über die Trennung der Kirchen und des Staates und auf die ebenso heftige, wie unnatürliche Agitation aus Anlass der durchaus nicht provokatorischen Formalität der Inventarisierung des Kirchenvermögens. Die katholische Kirche verschob die Verhaltungsvorschriften für ihre Getreuen in Bezug auf das neue Gesetz bis nach den Wahlen und setzte alle Hebel in Bewegung, um eine Majorität wählen zu lassen, die entschlossen war, es wieder abzuschaffen. Nach der schrecklichen Katastrophe in den Bergwerken von Courrières war ein Sympathiestreik ausgebrochen. Dazu kam die von der *Confédération générale du travail* ins Leben gerufene Maifeierbewegung. Die Reaktion beabsichtigte, die beiden letzten Ereignisse gerade so auszuschlachten, wie die Inventarisierung.

In Lens und im Kohlenbassin gab es Aufstandsversuche. Der Bergarbeiterkongress, auf dem die Geeinigten die Mehrheit hatten, erliess am 20. März ein Manifest, in dem es heisst:

»Die Delegierten zum Kongress, die eine 20jährige geduldige Arbeit für die Bergleute hinter sich haben, sind bestrebt, den Gesellschaften so viel Vorteile, wie möglich, zu Euren Gunsten zu entreissen. Währenddessen versuchen gewisse Menschen, eine Arbeitermasse, die sie durch immer wiederholte Verleumdungen täuschen und durch gewalttätige und undurchführbare Versprechungen entflammen, zum Kriege gegen die organisierten Arbeiter zu verführen . . . Nun schaut Euch einmal an, was das für Leute sind, und woher sie kommen! Der eine ist ein stellenloser Lehrer, der andere ein Glasarbeiter, der dritte ein anarchistischer Schriftsteller, der vierte ebenfalls Anarchist und stadtbekannter Dieb. Kein einziger stammt aus dem Kohlenrevier, alle kommen von Paris oder anderswoher, ohne von irgend jemandem gerufen zu sein, ausgerüstet mit Geldmitteln, deren Quelle man nicht kennt, um Zwietracht zwischen den Arbeitern zu säen.«

Am Tage darauf richtete der Bürgermeister von Lens, Genosse Basly, einen Aufruf an die Einwohnerschaft, in dem es hiess:

»Ohne das Eingreifen der öffentlichen Gewalt würden wir heute wahrhaft bestialische Szenen zu beklagen haben. Man kann die Urheber dieser Ordnungswidrigkeiten nicht scharf genug brandmarken. Man kann die Nichtswürdigen nicht mit der genügenden Entrüstung kennzeichnen, die zur Befriedigung ungesunder Begierden in gehässiger Weise das Unglück von Courrières, bei dem so viele unserer braven Kameraden den Tod gefunden haben, ausschlachten.«

Die Gewerkschaft, an deren Spitze die beiden Abgeordneten Basly und Lamendin von den Geeinigten stehen, kam am 19. und 20. April auf die Sache zurück:

»Die Agenten der Reaktion haben die Wirren von Lens hervorgerufen. Hütet Euch im schwarzen Lande vor diesen fremden Agitatoren . . . Die öffentliche Meinung steht auf Eurer Seite und wird Euch ihre Sympathie bewahren, wenn Ihr versteht, die anarchistischen Theorieen abzuweisen, und wenn Ihr es ablehnt, Euch mit den Parteigängern der *direkten Aktion* solidarisch zu erklären.«

Am 11. April brach in Paris unter den Postbeamten ein unsinniger Streik aus; ein gewisser Marquis de Montebello, ein Bonapartist, hatte sich eine Zeitlang Mühe gegeben, unter den Postangestellten zu agitieren. Wenn die Regierung nachgegeben hätte, so würde die von der Reaktion erwartete und ausgenutzte Streikansteckung mehr und mehr an Umfang gewonnen haben. Es war unbedingt nötig, einer zögernden Gruppe der Kammermehrheit und allen Leuten von gesundem Menschenverstand und gutem Glauben zu zeigen, dass Sozialisten sich nicht zu Komplizen derartiger Manöver machen liessen. Obschon ich voraussah, was unanständige Gegner gegen mich daraus für Kapital schlagen würden, beantragte ich aus Anlass dieses Streikes die Tagesordnung, die von der Kammer angenommen wurde und dazu beigetragen hat, die Bewegung, die die Reaktion zu ihren Gunsten ausnutzen wollte, zu beendigen.

Während dieser Zeit setzte die *Confédération générale* ihre Vorbereitungen zur Durchdrückung des Achtstundentages vom 1. Mai ab fort. Alles, was ihre Anhänger schrieben oder sagten, war von der reaktionären Presse ausgenutzt worden, die das, was sie zur Einschüchterung der Bevölkerung für geeignet hielt, dick unterstrich. Der *Eclair*, das *Echo de Paris*, die *Croix*, die *Libre Parole*, der *Gaulois*, die *Autorité* etc. führten einen Feldzug der Einschüchterung und Verängstigung. Man darf nicht vergessen, dass die Hauptwahl nur fünf Tage nach dem 1. Mai stattfand. So haben unsere *Syndikalisten* unbewusst das Spiel der Reaktion gespielt oder es zu spielen riskiert. Im Hinblick auf die Taktik der reaktionären Parteien hätte die *Confédération* es ablehnen müssen,

ihnen den Vorwand, auf den sie sich stürzten, zu geben; zum mindesten hätte sie ihre Bewegung verlangsamen, hätte sie allgemein tun müssen, was zwei ihrer grossen Organisationen an ihrem Teil getan haben. Die städtischen Arbeiter von Paris machten öffentlich bekannt:

›Wenn wir zu denen gehören, die entschlossen sind, ihre Rechte energisch zu fordern, so vergessen wir doch andererseits nicht, dass die wenigen Freiheiten, die wir geniessen, durch die Republik erobert worden sind, und dass wir uns unter keinen Umständen auf Manöver einlassen werden, die ihre Schwächung zum Ziele haben oder geeignet sind, Katastrophen herbeizuführen.‹

Die Vertreter der Gasarbeiter

›weisen für den 1. Mai jeden Gedanken an einen Streik der Gasarbeiter ab und wollen, wie bisher, fortfahren, ihre Rechte auf dem Boden der politischen und wirtschaftlichen Organisation zu erkämpfen, eine Methode, die ihnen beträchtliche und unleugbare Vorteile gebracht hat; sie fordern die Gewerkschaftsorganisationen auf, vor allen Dingen das republikanische Prinzip zu retten, das in jeder Beziehung mit dem Interesse des Proletariates übereinstimmt, die Machenschaften der Gegner der Republik zum Scheitern zu bringen, die auf das Elend der Arbeiter spekulieren, um einen Schlag gegen die Prinzipien der Revolution zu führen.‹

Die *Confédération générale* aber hat darüber anders geurteilt. Sie hat ihr Werk fortgesetzt. Der Erfolg waren zahlreiche Streiks, aber die Ordnung ist nicht ernstlich gestört worden. Grosse Vorsichtsmassregeln, es ist wahr, waren von der Regierung getroffen worden. Und ganz allgemein haben Reaktion und Klerikalismus am 6. Mai eine starke Enttäuschung erlebt; sie war so stark, dass man niemals zuvor so viele reaktionäre Kandidaten den Kampf in der Stichwahl hatte aufgeben und das Feld damit für ihre republikanischen Gegenkandidaten freigeben sehen.

Wir haben 591 Wahlkreise; die beiden von der Insel Réunion haben nicht zusammen mit den übrigen gewählt, bleiben also 589 Resultate; 433 waren bei der Hauptwahl endgültig. Die Geeinigten zählen für sich 880 000 Stimmen. Hier eine allgemeine Übersicht:

Parteien		Hauptwahl	Stichwahl	Gesamtzahl in der neuen Kammer.	Gesamtzahl in der vorigen Kammer	Gewinn (+) respektive Verlust (—)
Rechte	Reaktionäre	76	2	78	94	—16
	Nationalisten	29	3	32	52	—20
	Fortschrittler	59	12	71	80	— 9
Linke	Republikaner der Linken	65	15	80	89	— 9
	Radikale	84	40	124	103	+21
	Radikalsozialisten	75	54	129	115	+14
	Unabhängige Sozialisten	12	9	21	16	+ 5
	Geeinigte Sozialisten	33	21	54	40	+14
	in summa	433	156	589	589	

Wenn wir so weit gehen, anzunehmen, dass, wie in der früheren, so in der neuen Kammer etwa 30 Abgeordnete zwar auf der Linken eingeschrieben sind, aber mit der Rechten stimmen — ein Verhalten, das bei den heutigen Mehrheitsverhältnissen und bei seiner daraus entspringenden Nutzlosigkeit sehr zweifelhaft ist —, so kommen wir auf höchstens 211 Stimmen für die Parteien der Rechten und auf mindestens 378 Stimmen für die Parteien der Linken; in der alten Kammer hatten wir hingegen 256 für die Rechte und 333 für die

Linke. Wenn sich die 40 Geeinigten bei einer Abstimmung mit der Rechten zusammentaten, wie beim Sturze des Ministeriums Rouvier, so sieht man, dass infolge dieses Abschwenkens von 40 Stimmen die Linke nicht mehr die Mehrheit besass. Das Charakteristikum der neuen Wahlen ist aber neben dem Gewinn aller fortschrittlichen Parteien die Tatsache, dass der republikanische Block die Stimmen der Geeinigten für eine Mehrheit nicht mehr nötig hat. Schon am 9. Mai schrieb Jaurès in der *Humanité*:

»Die Tätigkeit der sozialistischen Partei in der Kammer wird um so viel freier, um so viel selbständiger sein, je stärker die Mehrheit der Linken sein wird. Was für die Sozialisten im Parlament schrecklich ist, was sie oft lahmlegt, das ist der Umstand, dass sie verpflichtet sind, eine numerisch zu schwache republikanische Majorität gegen die Reaktion zu unterstützen, eine Majorität, die sie doch oft in wesentlichen Fragen verletzt. Für uns wäre das Ideal eine Mehrheit der Linken, die zahlreich, ausgedehnt genug wäre, dass die Sozialisten ihre Meinung ungeschminkt vertreten und ihr Programm ganz entfalten können, ohne immer daran denken zu müssen, dass ihre Abstimmungen zerstörend auf ein zerbrechliches System einwirken könnten . . .«

Jaurès wünschte, dass das Wahlresultat für die Sozialisten und die Radikalen so ausfallen möge, dass es »die einen von den anderen in der ganzen parlamentarischen und gouvernementalen Aktion der nächsten Legislaturperiode unabhängig machen kann«. Gut, sei dem so. Der republikanische Block hat ohne die Geeinigten die Mehrheit; deren Unabhängigkeit ist also sicher gestellt; und ich hoffe, dass sie in den Privatunterhaltungen mit den Ministern ebenso gut vorhanden sein wird, wie in den Reden auf der Tribüne.

Der neugewählten Kammer drängt sich vor allen anderen e i n e Pflicht auf: energisch ans Werk zu gehen und soziale Reformen zu verwirklichen, der Arbeiterklasse diejenigen Verbesserungen zu gewähren, die sie erwartet. Die grösste Schwierigkeit liegt freilich nicht darin, diese Reformen vorzuschlagen oder sie in der Kammer durchzudrücken, sondern darin, sie vor dem Senat zum glücklichen Ende zu führen, dessen an sich ehrlicher republikanischer Geist wirtschaftlichen Neuerungen unklugen Widerstand entgegensetzt. Ich übertreibe nicht, wenn ich an der Schwelle der neuen Legislaturperiode behaupte, dass die Zukunft der Republik, dass die Gewähr einer friedlichen Entwickelung jetzt vom Senat abhängt.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

HUGO LINDEMANN · DEUTSCHER UND ENGLISCHER PARLAMENTARISMUS

JOSEF Redlich, der Verfasser des trefflichen Buches über die englische Lokalverwaltung, das mit Recht als die beste Darstellung dieses umfassenden Gegenstandes gilt, hat uns im Vorjahre mit einem ausführlichen, tiefgrabenden Werke *Recht und Technik des englischen Parlamentarismus* beschenkt. Gegenstand des Buches ist die Geschäftsordnung des *House of Commons* in ihrer geschichtlichen Entwickelung und gegenwärtigen Gestalt. Es bietet aber viel mehr, als der Titel besagt. Es gibt uns nicht nur eine pragmatische Darstellung der geschichtlichen Entwickelung der Geschäftsordnung und eine Besprechung ihrer einzelnen Punkte, wie das zum Beispiel Perels in seinem Buche *Das autonome*

Reichstagsrecht für die Geschäftsordnung des deutschen Reichstags getan hat, sondern es fasst in viel tieferer Weise die Geschäftsordnung als ein selbständiges Problem des politischen Lebens, des Parlamentsrechtes und damit der Verfassung auf und zeigt, wie die Änderungen in der politischen Struktur des Landes sich in der parlamentarischen Geschäftsordnung ausgedrückt haben, wie beide aufs engste mit einander zusammenhängen. So musste ihm die Darstellung der Geschichte der Geschäftsordnung zugleich zu einer Darstellung der Entwickelung des Parlaments und der politischen Parteien des Landes werden. In der engen Verknüpfung dieser beiden Reihen von Vorgängen liegt unseres Erachtens der grösste Wert und zugleich der grösste Reiz dieses umfassenden, für jeden Politiker ungeheuer lehrreichen Buches. Entsprechend dem Wesen der Aufgabe zerfällt das Buch in zwei grosse Teile. Der erste sucht die geschichtlichen Grundlagen der Geschäftsordnung als die notwendige Voraussetzung für das Verständnis der gegenwärtigen Ordnung zu erfassen. Das war um so notwendiger, als auch die geltende Geschäftsordnung ein echt englisches Bauwerk ist, in dem nicht nur das historische Grundwerk, sondern noch »mancher Flügel des weitläufigen Gebäudes samt den Zieraten und Schnörkeln der Fassade unversehrt erhalten« geblieben ist. Mit Recht weist Redlich darauf hin, dass der Gedanke, die geltende Geschäftsordnung als System von Rechtssätzen und Normen rein juristisch zu erfassen, von vornherein absurd erscheinen muss. Und mit gleichem Rechte bezeichnet er es als aussichtslos, das Wesen parlamentarischer Institutionen und vollends die Erscheinungen des inneren Parlamentsrechtes durch Abstraktion und rein logische Untersuchung in wissenschaftlich befriedigender Weise zu erklären. Das trifft ganz besonders für England zu, wo in jahrhundertelanger organischer Entwickelung der Parlamentarismus aus dem Leben der Nation herausgewachsen ist, nicht aber, wie in Deutschland, oktroyiert oder in bewusster Tätigkeit als fertiges künstliches Ganze rezipiert worden ist. Der zweite Teil des Redlichschen Buches legt das geltende Recht und die herrschende Praxis des Parlamentsverfahrens im Unterhause dar. Der Schlussabschnitt versucht sodann die theoretischen Ergebnisse festzustellen, die sich auf Grund der beiden vorausgehenden Teile gewinnen lassen. Hierzu bemerkt der Verfasser in seiner Einleitung: »Die Tatsache, dass der englische Parlamentarismus nicht nur der Vorläufer und das Vorbild der modernen Representativverfassung überhaupt gewesen ist, sondern dass er bis zur Gegenwart die reifste, ursprünglichste und aus ihren tiefreichenden geschichtlichen Wurzeln heraus stabilste Verwirklichung des grossen Gedankens repräsentativer Selbstregierung bedeutet: diese Tatsache darf von vornherein die Erwartung zeitigen, dass auch das allgemein staatswissenschaftliche Problem der Technik parlamentarischer Arbeit von England aus seine reichste und ergiebigste Aufklärung erfahren wird.«

In einer Vorrede hebt Redlich die veränderte Stellung hervor, die sowohl die Wissenschaft, wie die praktische Politik zur Frage des Parlamentarismus eingenommen haben. Der Kampf um die Grundprinzipien der Repräsentativverfassung, der Kampf des Parlamentarismus gegen den absoluten Staat ist auch in den kontinentalen Staaten in der ersten Hälfte des XIX. Jahrhunderts zu einem gewissen Abschlusse gekommen, der in Deutschland allerdings sich als ein sehr lahmer Kompromiss darstellt. Auf diese *heroische Epoche* des

kontinentalen Parlamentarismus ist in den letzten Dezennien die Zeit der Dekadenz gefolgt. »Neue Phänomene«, schreibt Redlich, »traten im politischen Leben der modernen Staaten hervor, die alsbald als schwere Gebrechen des parlamentarischen Prinzips beklagt wurden, obgleich sie sich oft genug bei näherer Prüfung als Folgen mangelhafter parlamentarischer Institutionen, des Scheinparlamentarismus, oder als unvermeidliche Folge davon herausstellten, dass es an den ethischen, psychischen, kulturellen Voraussetzungen für die Verwirklichung des Prinzips repräsentativer Selbstregierung in einem Volke gebrach.« Der Angriff auf den Parlamentarismus ging aber nicht so sehr von den historischen Gegnern der Selbstregierung, als vielmehr von den grossen Volksparteien aus. Der Antiparlamentarismus der nationalistischen Parteien, der Arbeiterparteien, der Sozialdemokratie hat sich in den letzten Jahrzehnten in allen grossen Nationen Europas gezeigt. Diese Parteien negierten die Existenzberechtigung des Parlamentarismus selbst, weil sie die staatsrechtliche Grundlage, auf der Staat und Parlament beruhen, leugnen und bekämpfen. Ihr Kampfmittel ist die Obstruktion, das heisst der bewusste Gebrauch der Formen und Grundsätze des parlamentarischen Verfahrens, die eine Lebensbedingung für die Wirksamkeit des Parlamentes sind, um durch sie dessen Leben zu zerstören. Man hat in England den Kampf gegen die Obstruktion der Iren zunächst durch eine Abänderung der Geschäftsordnung geführt und auch den Erfolg gehabt, sie niederzuwerfen. In der gleichen Weise wurde in Deutschland die sozialdemokratische Obstruktion von den bürgerlichen Mehrheitsparteien lahm gesetzt. In England war aber die parlamentarische Niederwerfung der irischen Obstruktion gewissermassen nur der Anfang einer auch jetzt noch nicht abgeschlossenen langen Reihe tiefgreifender, geradezu umwälzender Reformmassregeln, deren Endergebnis die Erfüllung der politischen Wünsche der irischen Partei im wesentlichen sein wird. In Deutschland dagegen setzen die Mehrheitsparteien die mit dem Zolltarif begonnene Politik in den Handelsverträgen und in der Steuergesetzgebung fort. In der Änderung der Geschäftsordnung zu dem bestimmten Zwecke, einen bestimmten Gesetzentwurf durchzubringen, erschöpfte sich ihre Tätigkeit: sie glaubten, damit der Arbeit des Parlaments wieder die ungehinderte Bahn frei gemacht zu haben, ohne zu begreifen, dass, wie Redlich sich einmal sehr zutreffend ausdrückt, »die Geschäftsordnung gleichsam das politische Manometer ist, das die Kräftespannung in der parlamentarischen Maschine und damit im ganzen Staatsorganismus anzeigt«.

Kein Wunder, dass das Misstrauen gegen den Parlamentarismus kaum in einem anderen Lande so stark hervorgetreten ist, wie in Deutschland und in dem — bis jetzt wenigstens — von den deutschen staatsrechtlichen Anschauungen beherrschten Nachbarlande Österreich. Dieses Misstrauen konnte um so leichter an Umfang und Stärke gewinnen, als nirgends der Parlamentarismus so schwer Wurzel gefasst hat, und nirgends auch »sein Geist sich so wenig in die volksmässige Anschauung vom Staate eingelebt hat, wie auf diesem Boden«. Dazu kommt, dass kaum in einem anderen Lande eine stärkere, selbstbewusstere Bureaukratie vorhanden ist, die mit wunderbarer Zähigkeit und Rücksichtslosigkeit an der Verkleinerung und Herabdrückung der Selbstregierung und Selbstverwaltung tätig ist. Die geschichtlichen Wurzeln dieser Erscheinungen liegen unseres Erachtens vor allem darin, dass die Bourgeoisie nie-

mals bestrebt gewesen ist, aus der herrschenden auch die regierende Klasse zu werden. Es ist nicht allein die Furcht vor der Arbeiterklasse, die sie daran gehindert hat, rücksichtslos die politischen Konsequenzen ihrer wirtschaftlichen Machtstellung zu ziehen. In dieser Schwächlichkeit kommt auch die politische Unfähigkeit der deutschen Bourgeoisie zum Ausdruck, die durch das schrankenlose Walten des Absolutismus in Jahrhunderten erzeugt worden ist. Es scheint fast, als ob der Grad dieser politischen Unreife der deutschen Bourgeoisie mit ihrem Alter nicht ab-, sondern zunimmt. Der fast gänzliche Mangel an Fortentwickelung, den das parlamentarische Verfahren des Reichstages während der mehr als dreissig Jahre seiner Existenz aufweist, ist ein schlagender Beweis für die Richtigkeit dieser Behauptung. Die ganze Armut an politischem Sinn hat sich in den letzten Jahren bei zwei Gelegenheiten gezeigt, die gerade den Anlass zu einer Weiterentwickelung des parlamentarischen Verfahrens hätten geben müssen. Wir meinen die bereits erwähnte sozialdemokratische Obstruktion bei den Verhandlungen über den Zolltarif im Jahre 1902 und die Einführung von Diäten im Mai dieses Jahres. Es ist sehr interessant, anlässlich dieser Vorgänge die parlamentarische Praxis des deutschen Reichstages, das heisst seiner Mehrheitsparteien, mit der des englischen Parlamentes zu vergleichen.

Die Gewährung der Aufwandsentschädigung, die der Reichstag Jahrzehnte lang vergeblich gefordert hat, ist schliesslich erfolgt, weil die Beschlussunfähigkeit der Versammlung zu einer ständigen Erscheinung geworden ist und die prompte Erledigung der Geschäfte verhindert hat. Ist es doch sogar in den letzten Jahren mit Schwierigkeiten verbunden gewesen, die erforderlichen Kommissionen zu besetzen. Einzelne besonders tätige Mitglieder sassen gleichzeitig in mehreren Kommissionen, und um ihre Teilnahme an den Verhandlungen zu ermöglichen, war eine weitgehende Rücksichtnahme auf die verschiedenen Kommissionen bei der Ansetzung ihrer Sitzungstage notwendig. Dass dabei die weniger wichtigen Kommissionen den Kürzeren zogen, und die Geschäftserledigung im allgemeinen leiden musste, braucht kaum bemerkt zu werden. Sowohl für die Führung der Geschäfte im Plenum, wie in den Kommissionen ist die Anwesenheit einer bestimmten Zahl von Abgeordneten notwendig, und die Minimalgrösse dieser Zahl ist durch die von der Verfassung vorgeschriebene Beschlussfähigkeitsziffer bestimmt. Die ganze Regierungsvorlage, an derem Wesen durch die Beschlüsse des Reichstages nichts geändert wurde, ist auf die Erreichung dieser Minimalanwesenheitsziffer zugeschnitten. Durch die Gewährung einer Aufwandsentschädigung, den Abzug für versäumte Tage und namentliche Abstimmungen, die Einteilung der Pauschalsumme in Raten, durch alle diese Mittel soll eine grössere Frequenz der Abgeordneten erzielt werden. Mit dem rein äusserlichen Mittel einer Geldentschädigung glauben also sowohl die verbündeten Regierungen, wie die Mehrheitsparteien den besseren Besuch erzielen zu können. Die nähere Prüfung aller Verhältnisse aber, vor allem der Berufszugehörigkeit der Reichstagsabgeordneten, hätte von vornherein zeigen müssen, dass die Gewährung von Diäten allein nicht im stande sein kann, das angestrebte Ziel dauernd zu erreichen. Wir wollen hier gar nicht die Frage aufwerfen, ob es, von den Kommissionsverhandlungen abgesehen, für eine ganze Anzahl der Plenarverhandlungen notwendig ist, die grosse Mehrheit der Abgeordneten im Hause

festzuhalten. Der schlechte Besuch des Reichstags hängt aufs engste mit der geringen Bedeutung dieser Institution, deren Schwächung von den verbündeten Regierungen und bestimmten politischen Parteien planmässig betrieben wird, und mit der gesamten Lage unserer politischen Verhältnisse überhaupt zusammen. Solange diese Faktoren nicht geändert sind, werden auch die Diäten nicht viel helfen. In dieser meiner Auffassung bestärkt mich die Geschichte der Frequenz des englischen. Parlamentes, auf die ich nunmehr, an der Hand des Redlichschen Buches, mit einigen Worten eingehen will.

Der Besuch des Unterhauses ist in allen Epochen der englischen Parlamentsgeschichte unregelmässig und oft sehr schlecht gewesen, obwohl für jeden Abgeordneten die Pflicht zur Anwesenheit bestand. Für Abwesenheit war eine Urlaubsbewilligung seitens des Hauses oder des Sprechers erforderlich. Wer ohne solche Entschuldigung ausbleibt, macht sich des *contempt of court* schuldig. Sehr alt sind auch die Mittel, die Frequenz zu heben. Das älteste ist wohl die Institution des namentlichen Aufrufes der Abgeordneten an einem bestimmten, durch Beschluss des Hauses festgestellten Termin. Wer an diesem Tage ungerechtfertigt ausbleibt, gilt als *defaulter* und wird in Strafe genommen. Die schwerste Strafe war der Befehl an den *serjeant of arms,* den betreffenden fehlenden Abgeordneten zu verhaften. Diese Strafe ist aber selbst in älterer Zeit selten ausgeübt worden. Doch fand eine solche Verhaftung noch im Jahre 1781 statt. Im grossen und ganzen hat jedoch das Mittel des Aufrufs, das während des XVI. und XVII. Jahrhunderts häufig angewendet wurde, wenig Erfolg gehabt, da insbesondere die Verhaftung nur selten anwendbar war. Sehr früh treten daher Geldbussen als Zwangsmittel auf, und die älteste Form der Geldstrafe für mangelhafte Frequenz bildet die Verfallserklärung der Diäten. Unter Heinrich VIII. wurde sogar ein Gesetz erlassen, dass jeder ungerechtfertigt ausbleibende Abgeordnete seine Diäten verliere. Mit dem Aufhören der Diäten, die im XVII. Jahrhundert verschwinden, wird auch diese älteste Form der Geldstrafe für faule Abgeordnete hinfällig. Das Haus setzte daher von da ab in immer wiederholten Resolutionen besondere Geldbussen für unentschuldigtes Ausbleiben fest. Die Strafen waren in den verschiedenen Sessionen sehr verschieden hoch, bisweilen 20, ja sogar 40 Pfund Sterling, in anderen Sessionen 6 Shilling 5 Pence, auch 5 Shilling für den Sitzungstag etc. Es werden sogar Geldstrafen für Zuspätkommen und frühzeitiges Verlassen des Hauses festgesetzt. Wiederholt wurde angeordnet, dass die Türen des Sitzungssaales versperrt werden, um das Ausreissen der Abgeordneten zu verhindern. Alle Strafen und Beschlüsse sind aber wenig erfolgreich geblieben. Hatsell, ein früherer Sekretär des Hauses, gibt auf Grund des Berichtes eines im Jahre 1744 zum Studium der Frequenzfrage eingestzten Ausschusses der Meinung Ausdruck, dass alle zur Hebung der Frequenz in Übung stehenden äusseren Mittel wenig helfen, vielmehr nur das aufrichtige Bestreben der Parlamentarier, ihre Pflicht zu erfüllen, hier Besserung schaffen könne.

So sind denn im Lauf der Jahre alle Zwangsmittel, die Besuchspflicht der Abgeordneten zu erreichen, als fruchtlos aufgegeben worden. Trotzdem ist der Besuch des Hauses nicht schlechter, sondern besser geworden, und zwar in dem Masse, wie sich das Unterhaus zum Zentrum der staatlichen Autorität ausbildete. Neue und wirksamere Faktoren sichern nunmehr den Besuch des Hauses mehr, als dies der Aufruf und die Geldstrafen jemals zu wege gebracht haben. Unter

diesen Faktoren ist in erster Linie das erhöhte Gefühl der Verantwortlichkeit der Abgeordneten der Wählerschaft gegenüber zu nennen, das, wie Redlich sehr richtig bemerkt, eine Folge der unwiderstehlich gewachsenen Abhängigkeit der Abgeordneten von ihren politischen Mandanten ist. Dazu kommt die ungeheure Publizität des ganzen politischen Lebens, die in England infolge der Teilnahme der gesamten Bevölkerung viel grösser ist, als in Deutschland. Schliesslich muss hier wohl als ein nicht minder wichtiger Faktor der Einfluss des Parteiwesens genannt werden. Da das englische Unterhaus der politische Souverän, die Regierung nur der geschäftsführende Verwaltungsausschuss der Parlamentsmehrheit ist, so ist es Herrschaftsbedingung für die regierende Partei, dass eine solche Mehrheit stets vorhanden ist. Die regierende Mehrheit muss präsent sein, um ihre stets bedrohte Stellung behaupten zu können. Ebenso liegt es im Interesse der Opposition, möglichst stark vertreten zu sein, um günstige Konstellationen der Frequenz ausnutzen zu können. Aus diesen Bedürfnissen heraus hat sich das Institut der *Einpeitscher* entwickelt, deren Aufgabe es ist, die Abgeordneten zum regelmässigen Besuche der Sitzungen und speziell zum Eintreffen und Verweilen in bestimmten Stunden, in denen gefährliche Abstimmungen zu erwarten sind, anzuhalten. Die *Einpeitscher* üben eine strenge Disziplin aus, um die Partei einig, kompakt und kampffähig zu erhalten.

Ist also eine gewisse Frequenz des Hauses sowohl vom Standpunkte der Regierung, wie der Oppositionspartei unbedingt notwendig, und sind, wie wir sahen, bestimmte Einrichtungen getroffen, um diese Frequenz zu sichern, so ist auf der anderen Seite wiederum das Bestreben deutlich erkennbar, diese ständige Frequenzziffer nicht unnötig hoch zu halten. Auch hierin zeigt sich wieder der praktische politische Sinn des englischen Volkes. Und diese Frequenzziffer ist weiter vollständig unabhängig von der Beschlussfähigkeitsziffer, da sie in der Regel weit über diese hinausgeht. Beträgt doch das Quorum des englischen Unterhauses nur 40 Abgeordnete, eine Ziffer, die während der Amtsdauer des *Langen Parlaments* festgesetzt und seitdem unverändert beibehalten wurde, während die Zahl der Abgeordneten 658 beträgt. Die Vermeidung einer unnötig hohen Frequenz hat ihre triftigen Gründe. Die Abgeordneten sind nicht allein Abgeordnete, sondern haben auch in der Regel noch einen praktischen Beruf und können daher nur einen Teil ihrer Zeit der Politik und dem Besuche des Parlamentes widmen. Diese Kräfte zweckmässig zu verwerten, die von den einzelnen Abgeordneten für die Parlamentsgeschäfte aufwendbare Zeit nützlich anzuwenden, ist die wichtige Aufgabe der Fraktionsleiter, von der die glatte Arbeit der Parlamentsmaschine zum grossen Teile abhängt. Die Niedrighaltung der Frequenzziffer durch die Partei*einpeitscher* ist aber nur dann möglich, wenn durch das Fehlen der Abgeordneten keine Verschiebung in den Stärkeverhältnissen der Parteien eintritt. Je strenger die Besuchsdisziplin ist, desto stärker muss sich das Bestreben geltend machen, die Zufallswirkungen, die aus dem Fehlen der einzelnen Abgeordneten entstehen können, zu eliminieren. Hier hat nun die Einrichtung des *Abpaarens*, die allerdings nur auf der Basis des Zweiparteiensystems möglich war, die notwendige Stabilität in dem Stärkeverhältnis gebracht.

Aus den englischen Erfahrungen ergeben sich die folgenden Resultate: Durch Diäten und die mit ihrer Gewährung verbundenen indirekten Geldstrafen der

Abzüge kann allein die ausreichende Frequenz des Reichstages nicht auf die Dauer erzielt werden. Es ist ferner unsinnig, eine regelmässige Frequenz der Abgeordneten über die für die Führung der Geschäfte notwendige Frequenzziffer hinaus anzustreben, wie das das Diätengesetz tut. Sicher und dauernd kann die notwendige Frequenz des Reichstages nur durch eine parlamentarische Regierungsform gesichert werden, bei der sich jeweils das Zweiparteiensystem oder das System zweier einander gegenüberstehenden Gruppen von Parteien herausbilden muss. Der Kampf um die Regierung macht das Haus präsent.

Die Abänderung der Geschäftsordnung des Reichstages war in den Zolltarifkämpfen des Jahres 1902 aktuell geworden. Anlass dazu gab das Bestreben der Mehrheitsparteien, der Obstruktion der Sozialdemokratie Herr zu werden und den Tarif noch vor Weihnachten zu erledigen. Es gab also nicht der einzelne Fall, wie das ja stets die Regel sein wird, den Anstoss zu einer Abänderung der Geschäftsordnung, die schon seit längerer Zeit als notwendig empfunden wurde, sondern es wurde die Geschäftsordnung abgeändert in dem einzelnen Fall ausschliesslich für den einzelnen Fall. Es handelte sich dabei um zwei Punkte, einmal um eine Auslegung, und zwar des Begriffes *Artikel* (Antrag Kardorff), und zweitens um eine eigentliche Abänderung der Geschäftsordnung, nämlich der Bestimmungen über die namentliche Abstimmung (§§ 58 und 59), sowie die Neuregelung der Wortmeldungen zur Geschäftsordnung (§ 44). Wenn man von der Ordnung der namentlichen Abstimmungen absieht, die sicherlich als eine Verbesserung und Zeitersparnis bezeichnet werden muss, handelt es sich in den anderen Punkten um Dinge, die von den Mehrheitsparteien nach Erledigung des Zolltarifes in der Praxis überhaupt nicht aufrecht erhalten werden.

Die parlamentarischen Vorgänge haben zu weitläufigen Diskussionen über die Frage der Abänderung der Geschäftsordnung geführt. Mit ihr beschäftigt sich auch ein kürzlich erschienenes Buch von Dr. B. Weiss *Der deutsche Reichstag und seine Geschäftsordnung*. Weiss steht auf dem Standpunkt, dass eine Abänderung der Geschäftsordnung innerhalb der Formen stattzufinden hat, wie sie durch § 22 in Verbindung mit § 35 der Geschäftsordnung festgelegt sind. Er ist ferner der Ansicht, dass eine Suspension der Geschäftsordnung im einzelnen Falle, wie sie sich gewohnheitsmässig herausgebildet hat, falls kein Widerspruch aus der Mitte des Hauses erhoben wird, ebenfalls nicht zulässig ist. Die Geschäftsordnungsnorm bindet nach ihm den Reichstag, solange sie besteht, unbekümmert um Mehrheitswillen oder Einstimmigkeitswillen des Reichstages. Auch hier ist nach ihm also nur der formelle Weg der Abänderung möglich. In der Praxis würde die Anerkennung dieser Auffassung, die auch von der Sozialdemokratie bei den Kämpfen um den Zolltarif begreiflicherweise als von der in der Opposition befindlichen, der Vergewaltigung ausgesetzten Minorität vertreten wurde, dahin führen, dass eine Abänderung der Geschäftsordnung innerhalb der Session fast unmöglich gemacht, auf jeden Fall sehr erschwert würde, dass nur ein Zusammentreffen aussergewöhnlich günstiger Umstände sie ermöglichen würde. In der Praxis des Reichstages hat man bisher bei Einstimmigkeit Suspensionen der Geschäftsordnung für den einzelnen Fall ohne Bedenken vorgenommen, bei Widerspruch hat in den Kämpfen um den Zolltarif die Mehrheit auf Anträge auf Abänderung der Geschäftsordnung (Aichbichler und Gröber) die Bestimmungen jenes § 35 keine Anwendung

finden lassen. Man hat dies Vorgehen durch eine Interpretation des Wortlautes der Geschäftsordnung ebenso zu rechtfertigen gesucht, wie den Antrag Kardorff. Weiss sieht in diesen Vorgängen den Ausdruck einer gewissen »Unstimmigkeit«, die zwischen dem Grundgedanken der Geschäftsordnung, das heisst ihrem autonomen Moment, und der Unmöglichkeit besteht, sie nach den Bedürfnissen der Geschäftslage abzuändern: »Der deutsche Reichstag gibt sich seine Geschäftsordnung selbst. Er kann die Norm nach eigenem freien Ermessen festsetzen. Da sollte man denn meinen, dass er auch im stande sein müsste, die selbe jederzeit nach Gutdünken abzuändern. Nach den positiven Bestimmungen unserer Geschäftsordnung ist dies aber in der Tat nicht der Fall. § 35, Absatz 3, steht hindernd im Wege. Das mag *de lege ferenda* bedauerlich sein. *De lege lata* darf man aber diese Tatsache deswegen nicht verschleiern: der Reichstag kann eben nicht jederzeit nach Belieben die Geschäftsordnung abändern.« Um diese Unstimmigkeit zu beseitigen, schlägt daher Weiss vor, in die Geschäftsordnung eine Bestimmung des Inhalts aufzunehmen, dass Anträge auf Abänderung der Geschäftsordnung jederzeit im Laufe der Debatte gestellt und sofort zur Beratung gebracht werden dürfen; dem Reichstage müsse gestattet sein, durch *incidenter* erfolgenden Mehrheitsbeschluss die Geschäftsordnung abzuändern. Weiss begründet diese Forderung damit, dass die Mehrheit jederzeit den Geschäftsgang nach ihrem freien Willen müsse bestimmen können und daran nicht mittels der Geschäftsordnung von der Minderheit gehindert werden dürfe. Die Geschäftsordnung beruhe auf Mehrheitswillen, freiem, bedingungslosem Mehrheitswillen, stelle den Mehrheitswillen dar, sei aber durchaus nicht ihrem Wesen nach ein Schutzmittel der Minderheit. Der Zweck der Geschäftsordnung sei vielmehr die Vereinfachung und glatte Erledigung der parlamentarischen Verhandlungen, die in der Hauptsache in den Händen der Mehrheit liege. Aber diese Vereinfachung des Geschäftsverfahrens dürfe nur so erfolgen, dass dabei stets der Reichstag, das heisst dessen jeweilige Mehrheit, mit dem eingeschlagenen Verfahren einverstanden sei. Der Zweckgedanke der Geschäftsordnung müsse also stets hinter ihrem Grundgedanken, ihrem autonomen Moment, zurücktreten. Dieses aber fordere, dass bezüglich des Geschäftsganges die Mehrheit des Reichstages der Minderheit ihren Willen diktiere. Und so kommt Weiss zu dem Schluss: »Die Minderheit hat keinerlei Anspruch auf Schutz. Wenn ihr einmal von der Mehrheit irgend ein Recht eingeräumt wird, so dankt sie dies dem freien Willen der Mehrheit, und darum muss die Mehrheit auch in der Lage sein, der Minderheit das gewährte Recht jederzeit wieder nehmen zu können. Selbständige, freie Rechte hat nur die Mehrheit. Ihr Wille, ihr Tun ist Recht.«

Der Grundgedanke der Weissschen Ausführungen, die rein juristische sind, lässt sich in die kurzen Worte zusammenfassen: Der Reichstag ist bei der Aufstellung der Geschäftsordnung autonom, also muss er auch autonom bleiben, und es ist ein Widerspruch gegen diese Autonomie, wenn der Reichstag durch die von ihm gesetzte Geschäftsführung seine Autonomie beschränkt. Die Minderheit kann nach Weiss keine Rechte haben, solange die Aufstellung der Geschäftsordnung ein autonomes Recht des Reichstages ist. Will man ihr durch die Geschäftsordnung einen Schutz verleihen, so muss die Aufstellung der Geschäftsordnung der Autonomie des Reichstages entzogen werden und im Wege der Gesetzgebung erfolgen, die sorgsam abwägt, welche Rechte und welcher

Schutz der Minderheit zweckmässigerweise einzuräumen sei. Hier zeigt sich der politische Pferdefuss der Weissschen Schrift. Die Autonomie des Reichstages kann nach ihm nur zügellose Herrschaft der Majorität und Unterdrückung der Minorität sein. Um die Minderheit zu schützen, müssen die Rechte des Reichstages beschränkt werden. Das sind Vorschläge, die ganz im Geiste der offiziellen, antiparlamentarischen Staatsrechtslehre liegen. Als ob nicht die Ereignisse der letzten Jahre gerade zur Genüge bewiesen hätten, dass der Schutz der Minderheit bei den verbündeten Regierungen und dem Reichstage gemeinsam ebenso schlecht aufgehoben ist, wie beim Reichstage allein. Die Ausführungen Weiss' sind auch insofern echte Früchte der genannten Staatsrechtslehre, als sie in einige juristische Formeln den reichen Inhalt des politischen Lebens, hier im speziellen des Parlamentarismus und seiner Geschäftsordnung, einzuzwängen suchen, und alles das für sie nicht existiert, was ihnen nun einmal nicht den Gefallen tut, sich in diese Formeln pressen zu lassen. Politische Institutionen lassen sich nicht rein juristisch behandeln, so wenig, wie man die Vorgänge des Lebens durch einige physikalische und chemische Formeln beschreiben kann. Der Physiker und der Chemiker erheben auch diesen Anspruch gar nicht; sie sind sich der Begrenztheit ihrer Wissenschaft bewusst. Der deutsche Staatsrechtslehrer tritt dagegen mit der Prätention auf, dass, was in seinen juristischen Formeln nicht zum Ausdruck kommt, überhaupt nicht existiert.

Wie steht es nun mit der Geschäftsordnung des englischen Unterhauses? Auch dieses ist hinsichtlich des Parlamentsverfahrens vollständig autonom. Darin stimmt es mit dem Reichstage überein. Während aber für diesen die gegebene Geschäftsordnung die ausschliessliche Rechtsgrundlage des Verfahrens ist, hat das Unterhaus eine solche Geschäftsordnung niemals gekannt. Die modernen, zu einem Kodex von Normen vereinigten Bestimmungen seiner Geschäftsordnung bauen sich durchweg auf der breiten Unterlage des ungeschriebenen Gewohnheitsrechtes auf, das bis in die Mitte des XIX. Jahrhunderts vorherrschend war. Das Gewohnheitsrecht aber wird aus den Journalen des Parlaments und anderen Urkunden, sowie durch den Nachweis von Präzedenzfällen und fortdauernde Übung erhärtet. Zu dieser aus altem Herkommen fliessenden Rechtsquelle treten die vom Unterhause ausdrücklich gefassten Beschlüsse, *orders*, die von ihm zur Ordnung seiner Geschäfte erlassen wurden. Erprobt befundene *orders* wurden konstant wiederholt. Aus ihnen bildete sich der Komplex der sogenannten *standing orders*, die vom Hause ausdrücklich, also auch für jedes weitere Parlament, bindend festgesetzten Bestimmungen und Regeln. Diese Verfügungen können jederzeit durch einfachen Beschluss wieder aufgehoben werden. Neben ihnen stehen die sogenannten *sessional orders*, Beschlüsse, die vom Hause ausdrücklich zu Beginn jeder Session erneuert werden und daher nur für die Dauer der Session bindend sind. Ihre Zahl ist niemals gross gewesen, und viele von ihnen nähern sich durch die fortgesetzte Wiederholung der anderen Gruppe der *standing orders*. Die bindende Kraft der *orders* kann nur durch eine ausdrückliche gegenteilige Willensäusserung, durch einen besonderen Beschluss des Hauses aufgehoben werden. Doch besitzt das Haus ein Mittel, um im einzelnen Fall ein Hindernis fortzuräumen, nämlich die Suspension der *standing orders*. Durch einfachen Antrag kann das Unterhaus aufgefordert werden, eine einzelne oder die Gesamtheit der *standing orders* aufzuheben. Dieser Antrag bedarf vorgängiger Anmeldung, doch hat man sich

in dringenden Fällen auch über diese Formalität hinweggesetzt. Ausserdem gibt es noch ein indirektes Verfahren der Suspension, dass nämlich das Haus auf Antrag ohne vorgängige Anmeldung eine konkrete *order* beschliesst, die ein mit den *standing orders* in Widerspruch stehendes Verfahren vorschreibt. Dadurch werden diese im einzelnen Fall mittelbar ausser Kraft gesetzt. Für eine Reform der Geschäftsordnung gibt es keine besonderen Vorschriften. Die Abänderung erfolgt durch einen einfachen Beschluss, und nur für die Erhebung eines solchen Beschlusses zu einer *standing order* bedarf es noch eines zweiten Beschlusses. Für den Beschluss genügt einfache Majorität. Infolgedessen hat die Regierung, das heisst also die Vertreterin der Mehrheit, niemals, auch nicht in den Zeiten schärfster Obstruktion, besondere Schwierigkeiten gehabt, ihre Geschäftsordnungsanträge zur Behandlung und Annahme zu bringen. Durch einfachen Antrag und Beschluss kann auch diesen die Priorität vor allen anderen gesichert werden. In dieser Leichtigkeit jederzeitiger und rascher Abänderung der Geschäftsordnung sieht Redlich eins der charakteristischen Momente des englischen Parlamentsverfahrens, und er führt auf diese Tatsache jene »Elastizität der gesamten inneren Ordnung des englischen Parlamentarismus zurück, welcher die wiederholte Überwindung kritischer politischer Zustände sowohl innerhalb, wie ausserhalb des Hauses nicht am wenigsten zuzuschreiben« sei. Rein formell betrachtet gewährt also die englische Geschäftsordnung der Minorität überhaupt keinen Schutz, da jede in ihr enthaltene Schutzbestimmung durch einfachen Beschluss, der an kein besonderes Verfahren gebunden ist, von der jeweiligen Mehrheit aufgehoben werden kann. Aber auch nur, wenn man die Geschäftsordnung rein juristisch ansieht, kann man zu einer derartigen Auffassung kommen, und sie würde eben nur beweisen, dass man mit den dürren Formeln des Staatsrechtes, wie Redlich öfter sehr zutreffend bemerkt, die Bedeutung parlamentarischer Institutionen niemals begreifen kann.

Die scheinbare Leichtigkeit, mit der die Geschäftsordnung geändert werden kann, erweist sich durchaus nicht als gleichbedeutend mit der Unterdrückung der Minorität oder mit Mangel an Schutz für diese. Man muss eben bei der Beurteilung der Geschäftsordnung des Unterhauses niemals vergessen, dass sie aufs engste mit der Geschichte des Parlamentes verknüpft ist. Das gesamte System der parlamentarischen Regierung beruht in England auf der Existenz zweier gleichberechtigter Parteien, die beide so und so oft sowohl Regierungspartei, wie Minoritätspartei gewesen sind. Beide Parteien haben abwechselnd die Regierung zu tragen. Und selbst die Oppositionspartei ist indirekt an der Erledigung der Staatsgeschäfte im Parlamente mitbeteiligt. Sie ist ein Stück der parlamentarischen Maschinerie so gut, wie die Regierungspartei. Beide Parteien betrachten daher auch die Geschäftsordnung des Unterhauses als ein ihnen gemeinsames Regierungswerkzeug. In dem Masse, wie sich im Unterhause die gesamte politische Macht konzentrierte, und es infolgedessen dem Ministerium als dem Ausschuss der regierenden Mehrheit des Unterhauses die gesetzgeberische und administrative Initiative und die öffentliche Exekutive übertrug, musste auch die Geschäftsordnung mehr und mehr den Charakter der rein politischen und administrativen Nützlichkeit erhalten. Seit den letzten drei Dezennien wird daher, wie Redlich zum Schluss seiner geschichtlichen Darstellung zusammenfasst, die Geschäftsordnung vom Unterhause als blosse Frage der Technik des Regierens angesehen. Es ist also ausgeschlossen, dass die

Geschäftsordnung als ein Kampfwerkzeug erscheint, dessen Umgestaltung die Majorität benutzt, um die Minorität zu unterdrücken. Sie bildet vielmehr einen Komplex von Kampfregeln, nach denen sich der Kampf der beiden Parteien abspielt. Mit diesem Charakter der Geschäftsordnung hängt es zusammen, dass die Minorität den weitestgehenden Schutz geniesst, und dass dieser Schutz, um Redlichs Worte zu zitieren, »im englischen Parlamente nicht ein Privileg der jeweiligen Minderheitspartei, sondern ein im höchsten Interesse der vom Parlamente regierten Nation ausgebildetes, lebenswichtiges Institut« ist. Wenn die Oppositionspartei ein notwendiges Glied der Staatsmaschine ist, so müssen ihr auch durch die Geschäftsordnung alle Rechte zustehen, um ihre Ansichten frei zum Ausdruck bringen und ihre Bestrebungen fördern zu können. Dieser Schutz der Minorität ist ein fundamentaler Charakterzug der englischen Geschäftsordnung, seit das Parlament besteht. Das ganze Verfahren des Unterhauses, wie es sich in den Kämpfen des XVII. Jahrhunderts ausgebildet hat, ist entstanden zur Verteidigung des sich als Minorität fühlenden Unterhauses gegenüber der Krone und dem Ministerium. Und trotz aller Änderungen in der Stellung des Unterhauses hat die Geschäftsordnung diesen Grundcharakter bewahrt, so sehr auch im einzelnen die Rechte des einzelnen Mitgliedes fortwährend beschränkt, die Rechte der Regierung ausgedehnt worden sind.

Wir haben den unserem Artikel gezogenen Rahmen bereits überschritten. Es wäre zum Beispiel von nicht minderem Interesse gewesen, das Verhältnis der Kommissionen zum Plenum und die Verteilung der Geschäfte zwischen beiden — eine Frage, die mit dem Anwachsen der Geschäftslast von immer grösserer Bedeutung wird — in ähnlicher Weise zu untersuchen. Gerade hierin nimmt das englische Parlament gegenüber denen anderer Länder eine besondere Stellung ein. Das Budget und alle grossen Regierungsvorlagen werden von dem vollen Hause, das sich für die Kommissionsberatung als Kommission konstituiert, in allen Stadien durchberaten. Wir müssen uns hier darauf beschränken, den Leser, der sich für die Probleme der parlamentarischen Geschäftsführung interessiert, auf das Redlichsche Buch zu verweisen. Hier wird er eine Fülle von Anregungen finden, wie sie nur die Jahrhunderte alte Geschichte des Parlamentarismus eines so eminent politischen Volkes, wie es das englische ist, zu bieten vermag. Dabei wird er den Vorzug eines Führers geniessen, der ihm auf Grund umfassender Kenntnis nicht nur der englischen Geschichte, sondern auch des gegenwärtigen politischen Lebens sicher durch die Labyrinthe eines durch seine Entstehung selbst so verwickelt gewordenen Baues führen und ihm das Verständnis von Einrichtungen näher bringen kann, die bei den kontinentalen Völkern nicht ihresgleichen haben.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

WALLY ZEPLER · DAS MUTTERSCHAFTSPROBLEM

AUS allen Diskussionen über das Frauenproblem in Gegenwart und Zukunft schälte sich uns als innerster Kern immer reiner die Frage heraus: Wie weit vermag sich die Mutterschaft mit der Berufsarbeit des Weibes zu verschmelzen? Ist die gesellschaftliche Stellung der Frau wie deren Widerspiegelung in den Beziehungen der Geschlechter in jeder anderen Hinsicht vorwiegend sozial bedingt und deshalb

in Epochen heftiger wirtschaftlicher Umwälzungen, wie der unsern, starken Wandlungen unterworfen, so bleibt dagegen rein naturgeschaffen und somit anscheinend unwandelbar eine tiefe Gebundenheit des Weibes durch die Mutterschaft.

Hier muss man nun — meiner Anschauung nach — von vornherein einräumen, dass die Perioden jeder Schwangerschaft und der Pflege des Kindes bis zum zweiten oder dritten Lebensjahre einer eigentlichen Berufsarbeit der Frau in weitesten Grenzen verloren gehen müssen. In weitesten Grenzen, wenn auch nicht absolut. Von entscheidender Bedeutung ist zunächst die Art der beruflichen Tätigkeit. Liegt sie auf geistigem, wissenschaftlichem oder künstlerischem Gebiete, so brauchten die weiblichen Kräfte auch während dieser Jahre mindestens nicht völlig brach zu liegen. Hier wäre eine gewisse Anpassung an die umgrenzte und unregelmässige Arbeitszeit, wie an die schwächere physische Leistungskraft wohl möglich. Die Künstlerin, die Journalistin, die Lehrerin könnte in eingeschränktem Masse innerhalb der eignen Häuslichkeit auch in diesen Zeiten ihre Tätigkeit üben; die praktisch wissenschaftliche Arbeiterin dürfte jene Perioden beruflicher Musse zur Vertiefung und Erweiterung ihrer Studien, zur geistigen Sammlung nutzen. Immerhin bliebe dies alles — darüber müssen wir uns durchaus klar sein — nur Kompromiss. Für jeden an Arbeitskraft nicht mehr als durchschnittsbegabten Menschen wird eine starke Kraftausgabe nach einer Richtung hin, wie sie die Mutterschaft darstellt, notwendig einen Ausgleich nach andern Seiten suchen, das heisst die sonstige Schaffensmöglichkeit verringern.

In jeder nicht sozialistischen Gesellschaft scheitert die soziale Befreiung der Frau unweigerlich an diesem Punkte, der sie dem Manne gegenüber konkurrenzunfähig erscheinen lässt. Wo dagegen die Mutterschaft als soziale Leistung bewertet wird, liegt für das Weib, rein materiell betrachtet, hier gar kein Problem.[1]) Wohl aber bestände nach wie vor ein solches Problem für das Einzelindividuum vom geistig-psychologischen ebenso, wie für die Gesamtgesellschaft vom soziologischen Standpunkt. Denn hier erwächst naturgemäss die Frage nach dem Einschlag der Frauenarbeit in das Totalgewebe menschlicher Kultur.

Es ist ohne weiteres klar, dass die Lösung dieser Frage sehr abhängig ist von unseren Anschauungen über die mutmassliche Steigerung oder Minderung der durchschnittlichen Kinderzahl unter dem Zusammenwirken der so vielfach gewandelten Lebensbedingungen des modernen Weibes. Ich muss es mir versagen, hier näher auf das Problem des Neomalthusianismus einzugehen, den ich allerdings in irgend einer Form für die unabwendbare Konsequenz sowohl jeder sozialistischen Gesellschaftsorganisation, wie jeder vollen Persönlichkeitsentfaltung des Weibes halte; indes, auch ohnedies wird die Mehrzahl der Sozialisten, wie der modernen Frauen aus den verschiedensten Gründen meiner Ansicht zuneigen, dass die durchschnittliche Zahl der Mutterschaften in der Zukunft keine allzu hohe sein dürfte. Zu dieser Annahme berechtigt — ganz abgesehen von aller Theorie — die einfache Lebenserfahrung, die fast überall

[1]) Die dringende Notwendigkeit, das Weib durch gesellschaftliches Eingreifen während der Zeit der Mutterschaft in ihrer wirtschaftlichen Selbständigkeit zu schützen, hat folgerichtig auch heute schon zu der — in Deutschland zuerst von Henriette Fürth propagierten — allmählich immer dringender erhobenen Forderung einer staatlichen Mutterschaftsversicherung geführt.

mit einer Erhöhung des individuellen und sozialen Kulturniveaus der Frauen eine starke Verringerung der Kinderzahl aufweist.[2])

Ausgehend von dieser Grundlage, können wir wohl ohne allzugrosse Willkür eine Zeit von etwa 10 bis 12 Jahren als die durchschnittliche Gesamtdauer derjenigen Lebensepoche des Weibes voraussetzen, die vorwiegend oder ausschliesslich von der Mutterschaft erfüllt sein dürfte. Im Verhältnis zu der voll leistungskräftigen Periode des ganzen Menschenlebens scheint dieser Abzug nicht allzu hoch. Aber es ist dabei zu berücksichtigen, dass es sich gerade um diejenigen Jahre handelt, in denen körperlich und geistig der Mensch in reifster Kraft und Fülle steht, die deshalb für sein Schaffen und Streben wahrscheinlich die reichsten Früchte tragen. Für den Wert und die Höhe der weiblichen Leistungen auf rein geistigen Gebieten scheint dadurch die Mutterschaft bis zu gewissem Grade ein nie zu besiegendes Minderungsmoment. Unabwendbar ist damit die Schlussfolgerung gegeben, dass schon aus dieser Ursache heraus im Vergleich zur Qualität männlichen Schaffens auf völlig gleichem Felde die Frauenarbeit niemals die volle Ebenbürtigkeit erlangen dürfte. Dieser für die Frauen recht traurigen Erkenntnis steht aber einschränkend eine andere Erwägung entgegen.

Je weiter die Frauenarbeit unsere geistige Kultur durchdringt, je tiefer sie in Praxis und Wissenschaft ihre Furchen zieht, desto klarer beginnen wir die intimen Wesensverschiedenheiten männlichen und weiblichen Wirkens zu begreifen. Desto klarer erkennen wir, dass Männer- und Frauendenken, wie Männer- und Frauenarbeit nicht ohne weiteres an einander messbar sind, dass vielmehr die Bedeutung der Mitwirkung des Frauengeistes an dem Anschauungs- und Erkenntnisbesitz der Menschheit gerade auf dessen spezifischer Eigenart beruht. Heute vermöchten wir allerdings nur sehr andeutungsweise diese Besonderheiten herauszuschälen, den Kern der geistigen Geschlechtscharaktere aus dem historisch Gewordenen zu lösen; mit der immer freieren geistigen Entfaltung des Weibes jedoch werden die geistigen Triebe von selbst immer stärker in die ihnen wesensgemässen Bahnen drängen und damit die der weiblichen Natur hervorragend angepassten geistigen Lebensformen mehr und mehr herausentwickeln. Für unser gegenwärtiges Problem bedeutet dies: Trotz der Hemmungen der vollen Kraftentfaltung, die mit der Mutterschaft für die Frau gegeben sind und ewig gegeben sein werden, kann kraft der Besonderheit des weiblichen Wesens und Denkens die allgemeine Mitarbeit der Frau an der Menschheitskultur der Gesellschaft dennoch eine bisher nicht geahnte Fülle fruchttragender Entwickelungskeime bringen.

Rein individuell betrachtet, bleibt dagegen eine starke Herabminderung der persönlichen Leistungsfähigkeit durch die Mutterschaft bestehen, eine Herabminderung, die umso intensiver hervortreten muss, je mehr geistige Elemente der Beruf in sich schliesst. Für die grosse Mehrzahl aller Fälle indessen, in denen die Berufsarbeit eine mehr oder minder rein physische bleibt, kann — wenn die nötige Fertigkeit vorher einmal erlangt ist — auch eine längere Unterbrechung kaum eine allzu schwere berufliche Störung darstellen. Soweit also

[2]) Gewiss spielen dabei heute vielfach rein materielle Gründe, das heisst die Sorge um die Erziehung und spätere Existenz der Kinder mit; daneben aber unbestreitbar sowohl biologische, wie psychologische Tendenzen, die in engem Zusammenhang mit der geistigen Entwickelung des Weibes stehen.

nur die Schwangerschaft und die Pflege des Kindes in den allerersten Lebensjahren in Betracht kommen, werden zwar vielfach neue Anpassungsformen der weiblichen Arbeit an die Mutterschaftsforderungen entwickelt werden müssen: die Wahrscheinlichkeit oder Möglichkeit allgemeiner beruflicher Tätigkeit der Frau aber ist dadurch kaum gehemmt. Absolut entscheidend für das Frauenberufsproblem sind dagegen unsre Anschauungen über die weitere Erziehungsgestaltung, das heisst die Frage, ob — wie so vielfach behauptet wird — die Mutter nicht in der Tat die unersetzliche, gleichsam von der Natur bestellte Pflegerin und Erzieherin des Kindes auch nach dessen allerersten Lebensjahren bleibt. Mit der Beantwortung dieser Frage im bejahenden oder verneinenden Sinne fällt oder steht naturgemäss das Berufsproblem der Frau.

An diesem Punkte verlässt nun notgedrungen unsre Untersuchung ihren bisherigen Weg und wendet sich nach einer andren Seite. Denn die Richtungslinien zukünftiger Jugenderziehung werden nicht bestimmt durch die schwankenden, sentimental-ethischen Wünsche der Menschen von heute; sie werden nicht bestimmt durch individuelle Gefühle, wie etwa die Sehnsucht der Mutter nach einem dauernden Zusammensein mit ihren Kindern; sie sind vielmehr einzig gegeben durch die allgemeinen sozialen Triebkräfte die sich in unseren Erziehungsidealen und -forderungen, wie in allen anderen Kulturideen bewussten Ausdruck schaffen. Das heisst: das Ausschlaggebende ist hier nicht das Interesse der Frauen, sondern das der Kinder. Das Interesse der Kinder, das sich ergibt und emporwächst aus dem modernen Ideal des Menschentums, aus dem allgemeinen sozialen Ideal. Es gilt also, den Anfängen einer wirklich modernen Erziehungslehre nachzuspüren, die herausgeboren ist aus den Entwickelungsbedürfnissen der reifenden höheren Organisationsform der menschlichen Gesellschaft.

So wenig in ihren Einzelzügen ausgestaltet diese Erziehungslehre der Zukunft heute ist; so himmelweit entfernt von der erstrebten freien und harmonischen Ausbildung menschlicher Fähigkeiten der traurig-öde, einseitig formale Schuldrill erscheinen muss, wie er gegenwärtig das kindliche Leben noch völlig beherrscht: in verstreuten Keimen, in vereinzelten leisen Versuchen, in der Sehnsucht und der Erkenntnis der fortgeschrittensten pädagogischen Denker bergen sich dennoch auch heute schon die Linien jener einstigen Jugendbildung. Ihr Grundprinzip lässt sich kurz in dem Begriff einer *Sozialpädagogik* zusammenfassen, das heisst der hervorragenden Entwickelung der sozialen Triebe im Menschen, wie sie einer bewusst durchgeführten sozialistischen Gesellschaftsorganisation allein angepasst wären. Ohne die systematische Entfaltung der Gemeinsamkeitsinstinkte in den heranwachsenden Generationen, ohne eine stete, von früher Jugend an geübte Stärkung physischer Kraft und Arbeitsfähigkeit erscheint eine Neuorganisation des Wirtschaftslebens der Menschheit von vornherein ausgeschlossen. Genosse David sagt darüber treffend: »Als Zukunftsideal liesse sich die allgemeine Errichtung von Erziehungsanstalten denken, die allen Kindern eine genügende Ausbildung in der landwirtschaftlichen Arbeit mit auf den Lebensweg geben. Wir meinen Anstalten, wie sie Rousseau, Fichte, Goethe und anderen pädagogischen Idealisten vorgeschwebt haben, Erziehungsheime, die auf der Grundlage eines landwirtschaftlichen Betriebes aufgebaut sind, der von den Schülern selbst bewirtschaftet wird . . . . Dazu muss eine Umgestaltung des Lehrstoffs und der Lehrmethode treten. Die Entwickelung

der Sinne, der Beobachtungsgabe und der Arbeitskraft durch Arbeit an den konkreten Dingen muss den Ausgangspunkt bilden. In Schulgärten und Werksälen, auf Wanderungen durch die Natur und die Produktionswerkstätten der Menschen muss das Naturleben und die Kulturarbeit zur unmittelbaren Anschauung kommen, und diese mit den Sinnen wahrgenommene, in ihren konkreten Verhältnissen aktiv erfasste Erfahrungswelt muss den Lehrstoff bilden, aus dem die allgemeinen, abstrakten Einsichten in die Zusammenhänge des Natur- und Kulturlebens zu finden sind. Alles Wissen und alles Können, das dem Kinde beigebracht wird, muss in deutlich erkennbarer Beziehung zum eigenen Leben und zum Leben der Gesamtheit stehen.«[3]) Es könnte scheinen, als läge hier eine Umbildung rein pädagogischer Prinzipien nach der willkürlichen Idee hin vor, die menschlichen Fähigkeiten möglichst den Forderungen des Sozialismus anzupassen, die unter Umständen mit der Höchstentfaltung der individuellen Menschenpersönlichkeit nicht zusammenzufallen brauchten. Das heisst, man könnte annehmen, dieses sozialistische Erziehungsideal müsse nicht unbedingt aufgehen in dem menschlich höchsten Kulturideal.

Das ist gleichwohl der Fall. Wie David schon in der angeführten Stelle bemerkt, forderten bereits Rousseau, Fichte, Goethe, es forderte vor allem der Reorganisator der modernen Pädagogik, Pestalozzi, allgemeine Erziehung auf Grundlage produktiver Arbeit, während gewiss an solchen pädagogischen Idealideen der Gedanke an eine sozialistische Menschheitszukunft keinerlei Anteil hatte. Es muss also die Entwickelung des Ideals moderner Menschenpersönlichkeit an sich auf die Arbeitstüchtigkeit als Basis der geistigen Fähigkeiten und andererseits auf Versinnlichung der Erkenntnis, auf ein Ausgehen des Denkens und Wissens aus Anschauungselementen hinweisen. Dass hier auf anscheinend so merkwürdige Art der Ideengehalt fortgeschrittener Pädagogik mit den Erfordernissen einer sozialistischen Erziehungslehre übereinstimmt, darf man wohl als eine interessante Bestätigung der materialistischen Anschauungsweise betrachten, nach der auch die ethischen und intellektuellen Bewusstseinsformen des Menschengeistes ihre verborgenen Wurzeln in wirtschaftlichen Notwendigkeiten haben. Wie immer man aber auch darüber denken mag: die Richtung aller zukünftigen Erziehung liegt uns in ihren Hauptzügen deutlich vorgezeichnet.

Unser heutiges Lehr- und Drillsystem ragt als ein dürrer, in seinen Lebenswurzeln längst angefaulter Stamm — als Überbleibsel einstigen humanistischen Fachgelehrtentums — auf dem von neuen Samen schwellenden Boden einer neuen Zeit. Und der armselig dürftige Gedächtniskram der sogenannten *Volksschule* ist nichts weiter, als ein Reis von diesem selben Stamm. Zusammenhanglos und ohne organische Verbindung mit dem Leben des Volkes, wie mit modernem Geistesleben, erscheint diese ganze in lauter Buchstaben ertrinkende Schulweisheit wie ein Hohn auf Vernunft und Menschentum, ein Hohn auf sozialen und kulturellen Fortschritt. Dass sie tatsächlich noch immer besteht und Generation auf Generation jugendfrischer Menschengeister langsam unter ihrem Mühlstein zermürbt, geschieht nicht, weil sie irgend ein

[3]) Vergl. Eduard David: *Sozialismus und Landwirtschaft*, I. Bd. /Berlin 1903/, pag. 289-290 Allerdings möchte ich damit nicht ohne weiteres der speziellen Forderung Davids zustimmen, »allen Kindern eine genügende Ausbildung in der landwirtschaftlichen Arbeit mit auf den Lebensweg zu geben«, eine Forderung, die ja im engsten Zusammenhang mit Davids Gesamtanschauungen in der Landwirtschaftsfrage steht.

Denkender noch billigt, sondern weil es auch zu ihrer Zerstörung erst des wachsenden Machteinflusses des Sozialismus, des Trägers alles sozialen Neuwerdens bedürfen wird. Darüber aber, was Erziehung im Sinne des modernen Menschen bedeuten sollte, sind wir uns alle klar.

Jedem, der überhaupt einmal versucht, die Seele des Kindes zu studieren, der Art seines Denkens, seinem inneren Leben nachzugehen, jedem, der je Kinder beobachtet hat, ihren Bewegungs- und Betätigungsdrang, ihre natürliche Neigung zu konkretem Sehen, zum Anschauen von Tier- und Pflanzenleben, zum Aufgehen in der Natur, drängt sich immer von neuem der krasse Widersinn unserer Erziehungsmethode, die ganze Unnatur des Lebens der Jugend in Schul- und Häusermauern auf. Ich schweige völlig von der Volksschule, wie von dem unsäglich traurigen Dasein städtischer Proletarierkinder in engen Stuben und schmutzigen, sonnenlosen Gassen. Ich spreche nur von den Kindern der Besitzenden, mit deren sogenannter *Erziehung* in Worten und Theorieen gerade jetzt beinahe ein Kultus getrieben wird. Wie sieht diese Erziehung aber *in praxi* aus! Welche Sinnlosigkeit liegt in dem nie endenden Lernzwang, dem ewig unfreien, einseitig überhasteten, naturentfremdeten Aufwachsen der Kinder in den Städten! Das ist nicht Entfaltung; es ist fortgesetzte Unterdrückung aller physischen und geistigen Lebenstriebe. Wie anders wäre das Bild einer organisch aufbauenden Erziehung! Wo der kindliche Geist nur mit Zwang und Widerwillen verstandesmässiges Wissen, blutleere Formeln und Abstraktionen in sich aufnimmt, wo der jugendliche Körper nur unter stetem Widerstreben Jahr um Jahr auf der Schulbank festgehalten werden kann, da würde aus den tausend Beobachtungen draussen in freier Natur, in Wald und Feld, der natürliche Erkenntnisdrang immer neue Nahrung saugen, der Geist sich Wissens- und Anschauungsformen in eigener organischer Tätigkeit angliedern; da könnte selbständiges geistiges Leben und individuelle Begabung zu ihrem Rechte kommen, und das Lernen würde wieder zu einem schrittweisen, sokratischen Selbstentwickeln. Und wie die Geisteskräfte, so würden Muskeln und Nerven sich draussen in gesunder Arbeit, in Wind und Wetter, stählen, der Jugend in fröhlichem Wettkampf auch physische Tüchtigkeit, vor allem aber Ehrfurcht vor der Arbeit und das Bewusstsein der Arbeitsverpflichtung erwachsen.

Um sich den Zielen einer solchen Sozialerziehung zu nähern, um nicht zu lehren, sondern, der Selbstentwickelung nachgehend, langsam zu bilden, dazu bedürfte es aber eines weitgehenden Erziehungseinflusses hervorragender Lehrerpersönlichkeiten, dazu bedürfte es der Zeit, um Arbeit und Unterricht, Sport und Wanderungen zu vereinen, dazu bedürfte es vor allem des Miteinanderlebens der Jugend, des Aufgehens in einem zusammenhängenden sozialen Organismus. Das heisst also: dies alles forderte einen Erziehungsplan, der das Leben des heranwachsenden Kindes in weit ausgedehnterem Masse beherrscht und erfüllt, als unsere heutige Schule, der damit den Zentralpunkt des Kindeslebens aus dem elterlichen Hause hinaus in den grossen Kreis der Jugendgenossen verlegt.

Und damit sind wir zu unserm eigentlichen Ausgangspunkt zurückgelangt.

Allerdings bedeutet all das noch nicht die Notwendigkeit oder auch nur Wahrscheinlichkeit einer völligen Trennung des heranwachsenden Kindes von der Mutter. Immer noch könnte ein Teil des Tages, insbesondere die Abend- und

Ruhestunden, die einzelnen wieder in die mütterliche Häuslichkeit führen. Immer noch könnte unter den mannigfachsten Formen den Eltern Anteilnahme und Einfluss an der Erziehung gesichert sein, so dass dennoch ein dauerndes und inniges Zusammenleben Eltern und Kinder vereinte. Aber es ist klar — und das ist der springende Punkt für unser Problem —: ein so weit gedehnter Beschäftigungskreis der Jugend in öffentlichen Erziehungsheimen, wie wir ihn als Grundlage der Zukunftserziehung annehmen, müsste der Mutter rein zeitlich ausserordentlich viel von ihrem Wirkungskreis entziehen und einen bedeutenden Teil ihrer Kraft für eine berufliche Tätigkeit freisetzen.

Nun ist allerdings dieses Endresultat, wie unsere ganze Beweisführung, hinfällig für den, der an die hier vorausgesetzte Entwickelungsrichtung der pädagogischen Anschauungen nicht glaubt. Vor allem werden die Fanatiker der mütterlichen Erziehung uns sofort entgegenhalten, dass kein noch so grosser Fortschritt der pädagogischen Methoden, keine Steigerung der physischen Kräfte des Kindes, ja selbst keine Erhöhung seiner Freiheit und Ungebundenheit je im stande sein können, das Wirken der Mutter, ihr Eingehen auf die kindliche Seele und Eigenart, zu ersetzen. Sie werden zum hundertsten Male behaupten, dass dennoch das beste Jugendglück der Kinder ertötet, ihre seelische Entwickelung gehemmt werden muss, sobald man ihnen die stete, liebevoll sorgende Gegenwart der Mutter entzieht. Steht man auf diesem Standpunkt, glaubt man durchaus an die unfehlbare pädagogische Weisheit jeder Mutter, an die naturgeborene Vollendung ihrer psychologischen Fähigkeiten, sobald sie im Dienste des eigenen Kindes stehen — dann allerdings muss notwendig auch die gesellschaftliche Schätzung der Frauenberufsarbeit eine andere sein. Dann wird keine sonstige Tätigkeit des Weibes — und schüfe sie für die Gesellschaft noch so hohe Werte — an sozialer Bedeutung der mütterlichen Erziehungsaufgabe zu gleichen scheinen. Dann wäre folgerichtig auch zu wünschen, dass selbst nach Aufhebung der Einzelehe als der alleinigen Grundform des Gesellschaftsbaues der Hauptberuf jeder Frau während der längsten Periode ihres Lebens die Pflege und Erziehung ihrer Kinder bliebe, und zwar natürlich als eine jeder andern gleich gewertete und gleich entlohnte Leistung.

In dieser Frage steht sich nun Anschauung und Anschauung gegenüber, ohne dass es im Grunde irgend ein Mittel gäbe, sie anders, als durch spekulative Betrachtungen zu klären. Denn hier ist es tatsächlich noch weit schwieriger, als bei rein wirtschaftlichen Gebilden, unanfechtbare Erfahrungsresultate aus den schon bestehenden Keimbildungen für spätere Organisationsformen zu gewinnen. Deshalb schwieriger, weil hier mehr noch, als dort, solchen Keimbildungen gesunde Entfaltungsmöglichkeiten mangeln, und die ihrem Organisationsprinzip feindliche Umwelt ihre Wirkungskraft von allen Seiten lahmlegt. So hat es eine irgendwie massgebende Erfahrung für eine soziale Erziehung in dem geschilderten Sinne kaum je bisher gegeben. Wo leise Anfänge existieren, da sind sie viel zu wenig ausgedehnt, viel zu abhängig von heutigen staatlichen und gesellschaftlichen Forderungen aller Art, als dass ihre Bedeutung zu voller Geltung kommen könnte. Vor allem aber könnte ihr erzieherischer Einfluss erst dann vollendet hervortreten, wenn ihre innerste Grundlage, der Geist des Gemeinsinns und sozialen Pflichtbewusstseins, im

Einklang wäre mit dem Gesamtleben der Gesellschaft. Auf der anderen Seite stehen wir so sehr unter dem Druck des Jahrhunderte lang genährten Gewohnheitsgefühls, sobald an den uralten Fetischismus von Mutterliebe und Mutterkraft auch nur gerührt wird, dass selbst dem objektivsten Beobachter in diesem Punkte meist ein verschwommener Gefühlsnebel die Klarheit des Blickes trübt. Und die durch diesen rosenroten Nebel hindurch die wahren Linien des Bildes nüchterner zu sehen glauben, trifft dann allzu leicht der Vorwurf, unnatürlich oder degeneriert zu empfinden. Genauer betrachtet, gibt es indessen für uns Kulturmenschen, wie oft richtig bemerkt worden ist, gar kein natürliches oder unnatürliches, sondern nur ein historisch gewordenes Empfinden. Wir können also nicht fragen: Entspricht es den natürlichen menschlichen Instinkten, dass die Eltern, respektive die Mutter, mit den Kindern bis zu deren Reife dauernd zusammen leben? Als vielmehr: Ist für unsere heutigen Lebensformen, für das Glück unserer Kinder, wie für unser Weib- und Muttergefühl ein solches Zusammensein durchaus notwendig?

Und ich muss gestehen: Unter diesem Gesichtswinkel erscheinen mir die sentimental fanatischen Lobpreisungen des mütterlichen Einflusses mindestens sehr im Widerspruch mit den wirklichen Tatsachen. Schon Oda Olbergs Behauptung, das Hegen und Pflegen der kleinen Kinder sei ein unbedingtes »Lebensbedürfnis« jedes Weibes,[1]) halte ich für ausserordentlich anfechtbar. Wenigstens möchte ich demgegenüber fragen, weshalb denn beinahe ausnahmslos jede wohlhabendere Frau sich schleunigst bezahlte Kräfte zur Pflege ihrer Kinder engagiert und das Selbsthegen und -pflegen höchst entsagungsvoll auf ein gelegentliches Küssen und Verzärteln der Kleinen beschränkt. Was man auch sonst von der Lebensführung der reichen Bourgeoisdamen denken möge, es ist doch schliesslich nicht anzunehmen, dass sie sämtlich in ihren Weibinstinkten so völlig degeneriert sein sollten, um die allgemeinsten mütterlichen Gefühle nicht mehr zu empfinden. Die Neigung zum Hegen und Pflegen der Kinder ist eben, genauer besehen, eigentlich nur die spielerische Neigung zum Hätscheln der anschmiegenden, zärtlichkeitsbedürftigen Geschöpfchen, die noch so gar keine Regungen zu unbequemem Selbständigkeitsdrang bekunden. Das ist wohl auch der eigentliche Grund, weshalb die Mütter »nur mit stillem Herzeleid die Kinder ihrer Pflege entwachsen« und gross werden sehen. Herangewachsene Kinder sind sehr viel anspruchsvoller. Sie wollen nicht mehr bloss *geliebt* und um der lieben Eitelkeit willen geistig und physisch herausstaffiert sein. Sie stellen — und zwar ganz abgesehen von den Erziehungszwecken, die der Erwachsene ja in ihr Leben erst hineinträgt — an ihre Umgebung selbst gewisse Forderungen. Sie verlangen persönliches Verständnis, Anteilnahme an ihrem krausen, für den weltreifen Menschen höchst seltsamen Innenleben oder auch ruhiges, passives Gewährenlassen.

Sind es nun diese Eigenwünsche der Jugend, denen gerade nur die Mütter volle Gewährung verheissen? Die Antwort geben uns die Erfahrungen des Lebens. Sind es wirklich die Mütter, die die Seelenkämpfe ihrer jungen Töchter und Söhne mit ihnen durchkämpfen? Gibt es eine so grosse Zahl wenigstens unter den gebildeten und nicht arbeitsüberlasteten Frauen, die

[1]) Vergl. Oda Olberg: *Polemisches über Frauenfrage und Sozialismus* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1905, I. Bd., pag. 304.

auch nur ahnen, was in den Seelen ihrer Kinder vorgeht, die mit ihnen wachsen, die die gärenden Kräfte, die vage und irrende Sehnsucht der Jugend begreifend und bewusst in feste Bahnen zu lenken suchen? Oder machen sich allzu viele dieser naturgeborenen Erzieherinnen auch nur jemals die Grenzen und Möglichkeiten bewusster Erziehung klar?

Die geistige Entfaltung ist, wie das körperliche Reifen, ein Wachsen und Werden, ein langsames Sicherschliessen der Seelen- und Geistestriebe, deren Keime von Geburt an in uns schlummern. Im Tummeln und Spielen, im Sinnen und Träumen, in all den losen Phantasieen, die uns Erwachsenen oft so zusammenhanglos und närrisch dünken, erblüht das geistige Leben des Kindes, und wessen es bedarf, das ist auch in geistiger Hinsicht in erster Reihe: Freiheit, Licht und Sonnenschein. Heisser, als der bewusst ringende reife Mensch, begehrt das Kind Heiterkeit und sorgenlose Stille, die es braucht, um die heranstürmenden Eindrücke der Aussenwelt in sich aufzunehmen. Nun mag sicherlich manchem Schosskind des Geschicks solch wolkenlos heiterer Sonnenglanz die Jugend im Elternhause vergoldet haben. Aber dass das Familienheim an sich, das stete Miteinandersein von Eltern und Kindern sonderlich geeignete Bedingungen schüfe, Ruhe und Frohsinn um das Kind zu breiten, wird schwerlich irgendwer behaupten wollen. Gerade, weil das Kind mit unlöslichen Gefühlsbanden an Eltern und Geschwister gekettet ist, muss es alle Sorgen und Kümmernisse, allen Schmerz und alles Seelenleid der Angehörigen mittragen helfen, und die Liebe zu ihnen wird deshalb den allermeisten Menschen weit weniger zu einer Quelle des Glückes, als zu einem unversiegbaren Born des Leidens und der inneren Unfreiheit. Ich bestreite gewiss nicht, was Hartwig in einem der Frauenpolemikartikel behauptet, dass die Zärtlichkeit und innige Zuneigung der Mutter dem Kinde auch ein tiefer Glücksbesitz ist und in manchen Momenten der Hingebung ein Gefühl der Geborgenheit auslöst, das kaum durch etwas anderes ersetzbar wäre.[5]) Ja, ich füge hinzu: wahrscheinlich ist sogar das Glücksempfinden der Mutter in Gegenwart eines geliebten Kindes ein noch viel intensiveres, und könnte oder wollte man es ihr rauben, man würde die Menschheit um eine ihrer herrlichsten Empfindungen verkürzen. Aber Hartwig irrt vollkommen, wenn er wirklich glaubt, um diese Liebe wachzurufen, bedürfe es des unaufhörlichen Beisammenseins, oder dies Aneinanderhocken wirke etwa stets vertiefend auf das kindliche Gefühl. Sehr viel eher wirkt es verweichlichend. Das Kind, mit überzärtlichen Worten von der Mutter über jeden leisen Schmerz getröstet, verlernt, sich den Härten des Lebens, wie den Pflichten gegen andere anzupassen und wird in der lauen Zärtlichkeitsatmosphäre leicht zum Schwächling und Egoisten. Die Mutter umgekehrt wird durch das stete Zusammensein, durch die ewige Unruhe und Inanspruchnahme, die ihr kaum jemals Zeit zur Selbstbesinnung lässt, naturgmäss oft nervös und ungeduldig. Und ihre Überreizung wird nicht, wie man vielleicht denken sollte, gemindert, sondern erhöht durch die scheinbare Unabhängigkeit in ihrer Beschäftigung. Eine Unabhängigkeit, die in Wahrheit nur Unreguliertheit und Ziellosigkeit ist und darum das unschätzbare psychische Äquivalent jeder noch so schweren beruflichen Anstrengung, das befreiende Gefühl methodisch kraftvoller Tätigkeit,

[5]) Vergl. Curt Hartwig: *Einige Randbemerkungen zur Frauenfrage* in den *Sozialistischen Monatshefte*n, 1905, II. Bd., pag. 879.

durchaus vermissen lässt. Deshalb wäre es ganz und gar nicht, wie Genosse Fischer meint, unbedingt unerquicklicher für jede Frau, eine grössere Zahl fremder Kinder während so und so vieler Stunden des Tages zu pflegen und zu beschäftigen, als ununterbrochen die eigenen zu hüten.[6]) Jedenfalls wirkt die *Nervosität* der Mütter, die ohne anderweitige Entlastung den ganzen Tag um ihre Kinder sein müssen, auch auf diese selbst nicht eben erquicklich. Sie prägt sich zuweilen in unmotivierten Heftigkeits-, wie in ebenso unmotivierten Zärtlichkeitsausbrüchen aus, lässt die Kinder unter dauernd wechselnden Stimmungen leiden oder fordert von ihnen um der Ruhe der Mutter willen Unterdrückung ihrer lärmenden Fröhlichkeit und Bewegungslust. Ganz besonders weiss die häusliche Erziehung gar nichts Rechtes mit den noch nicht schulpflichtigen Kleinen anzufangen, die gewöhnlich das ganze Haus tyrannisieren, überall stören, überall unnütze Arbeit bereiten, alle Zärtlichkeit oft mit unwilliger und störrischer Laune erwidern, weil sie ganz anderer Dinge bedürfen, als sie ihnen das Familienheim zu bieten vermag. Mit Altersgenossen in weiten Gärten und Spielplätzen vereinigt, wo es sich tummeln, Tiere und Blumen beobachten könnte, würde auch das 3- bis 7jährige Kind für viele Stunden des Tages sehr gern der Mutter entbehren. Beglückt es doch bekanntlich anfangs sogar die meisten Kleinen, wenn sie aus der Langweile des Hauses in die Schule entrinnen dürfen, obgleich vorläufig dort wirklich nur Öde und Zwang ihrer harrt.

So, scheint mir, vereint sich vollkommen das Interesse der Mutter mit dem des Kindes, wenn nach dessen allerersten Lebensjahren die rein mütterliche Pflege in weitem Umfange zu gunsten anderer gesellschaftlicher Institutionen zurücktritt, die in vollkommenerer Weise, als das Haus, dem Kindesleben angepasste Entwickelungsbedingungen schaffen könnten. Die Frau aber gewänne volle Musse zu einer Berufstätigkeit, die allerdings nicht, wie heute, ein wahnsinniges und ruheloses Hetzen bedeuten kann, und — weit entfernt, dass dadurch die naturgegebene Zärtlichkeit zwischen Mutter und Kind ertötet werden müsste, würde die Liebe zwischen ihnen in den selteneren Stunden des Miteinanderseins, den Feststunden des Lebens, nur umso voller erblühen. Und ebensowenig brauchte dadurch der Einfluss der mütterlichen Persönlichkeit auf die geistige und seelische Entwickelung des Kindes geringer zu werden. Wo die Natur sie entsprechend begabt hat, das heisst, wo gleich gerichtete Individualitäten auf einander treffen, da bedarf es bei dem natürlichen Liebesinstinkt zwischen Eltern und Kindern durchaus nicht des steten Beisammenlebens, um sie in persönlichem Mitempfinden zu verknüpfen, wie trotz eines schweren Berufes auch heute oft genug der Vater den Kindern seelisch weit näher steht, als die Mutter.

Die Entwickelung der ganzen Frauenberufs-, wie der Ehe- und Hauswirtschaftsfrage, stellt jedenfalls ein vorzügliches Beispiel dafür dar, wie infolge des Wirkens gewisser wirtschaftlicher Kräfte soziale und psychische Strömungen zugleich von den verschiedensten Seiten her in einen Punkt zusammenzufliessen pflegen, um mit vereinter Gewalt die Gesellschaft nach einer bestimmten Richtung vorwärts zu drängen.

Und dennoch, so klar für unsere Anschauungsweise dies alles sich darzu

[6]) Vergl. Edmund Fischer: *Die Familie und der Sozialismus* im *Armen Teufel* v 2. April 1905.

stellen scheint: welch tiefe Meinungsdifferenzen auch im Lager der Sozialisten in dem Erfassen des Frauenproblems! In Wahrheit tiefere noch, als sie nach aussen in Erscheinung treten. Der innere Grund dieses zögernden Mitgehens auch revolutionär denkender Köpfe gerade in dieser Frage liegt wohl in der heftigen Gefühlshemmung, die alle Vorstellungen einer starken Veränderung der persönlichen Beziehungen der Menschen begleitet. Denn sicherlich, so manche tiefe Empfindungswandlung würde das psychische Bild des Weibes in seinen Linien verändern, wenn wirklich die soziale Entwickelung in Bezug auf Ehe- und Familiengemeinschaft die Bahn verfolgt, die wir vorauszusehen glauben. Und mit dem psychischen Bild des Weibes wird das Geistes- und Seelenleben des Mannes eine Umprägung erfahren. So vollzieht sich, gewaltiger fast, als die wirtschaftliche Revolution, in der wie stehen, um und mit uns langsam eine Auflösung tausendjähriger Gefühlstraditionen, und aus den Tiefen des sozialen Lebens tauchen, verhüllt noch und verschwommen, die Umrisse einer neuen Welt.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Wirtschaft

Geldmarkt Eine gewisse Erleichterung des Leihkapitalsmarktes ist endlich eingetreten: die deutsche Reichsbank konnte am 23. Mai mit ihrem Diskont von 5 auf 4½ % zurückgehen. Das scheint, im Zusammenhang mit vorangegangenen Diskontfestsetzungen, auf den ersten Blick ein ganz ansehnlicher Erfolg für die kreditbedürftige Geschäftswelt, da vom 11. Dezember 1905 bis zum 18. Januar eine 6prozentige Diskontrate, und alsdann der erwähnte 5prozentige Satz bestand. Aber die Bank von England, in der sich die allgemeine Lage des internationalen Geldmarktes am schärfsten widerspiegelt, hat sich bisher, aus guten Gründen, noch immer nicht entschliessen können, ihren ungewöhnlich hohen Diskont von 4 % wieder zu verlassen, und die deutsche Reichsbank verzeichnete vor Jahresfrist nur einen Zinssatz von 3 %, während im Vorjahre Ende Mai die englische Bank sich mit einem Diskont von 2½ % (1904 3, 1903 3½ %) begnügte.

X X

Anleihen Die früher bereits erwähnte kursdrückende Wirkung des relativ hohen [Zin]sfusses auf die niedrigverzinslichen [öf]fentlichen Anleihen (vergl. die Rund[sch]au im vorigen Bande, pag. 504) hat [d]eshalb in steigendem Masse voll-

Selbst die 3½prozentigen Reichsanleihen, die man noch nicht 2 Monate vorher den Zeichnern zu einem Vorzugspreise von 100,10 respektive 100 angeboten hatte, sanken Anfang Juni, als der Reichsinvalidenfonds wieder einmal 17 Mill. M. heimischer Renten aus seinem Kapitalbestand abzustossen sich anschickte, unter Pari (am 9. Juni 99¼ %, die 3prozentige Reichsanleihe 87,20). Seit 1902 war eine ähnliche Erfahrung nicht gemacht worden, denn die niedrigste Notierung an der Berliner Börse betrug

	für 3½prozentige Reichsanleihe	für 3prozentige Reichsanleihe
1902	101,20	90,30
1903	101,00	89,20
1904	101,30	89,00
1905	100.30	88,40

Städte und Hypothekenbanken kehren darum mit ihrem Anleihebedarf mehr und mehr zum 4prozentigen Typus zurück, auf den das Reich seit 1885-1886 verzichtete, um schliesslich im Jahre 1897 die 4prozentigen Anleihen in 3½prozentige zu konvertieren — in Form von Schatzanweisungen hat das Reich allerdings bereits 1900 seinen vorübergehenden Geldbedarf durch 4prozentige Titres decken müssen. Für den kommunalen Kredit ist die im wesentlichen durch die industrielle Hochkonjunktur erzeugte Kreditbedrängnis natürlich noch fühlbarer. Gleichviel, ob unter den Banken und Bankiers ein förm-

liches Einvernehmen über die offene oder versteckte Ablehnung niedriger verzinslicher Stadtanleihen herrscht, jedenfalls müssen die Gemeinden die für sie unangenehmen Zinsfolgerungen ziehen, wenn sie die Befriedigung ihres Leihkapitalsbedarfs nicht vertagen können oder wollen. So hat sich München entschliessen müssen, zur Ausgabe von 13½ Mill. M. 4prozentiger Titel zu schreiten, was noch kurze Zeit zuvor süddeutsche Blätter für ganz unmöglich erklärt hatten. Ähnlich erging es Ludwigshafen. Die Stadt Cöln erhielt am 12. Juni auf eine Submission von 36 Mill. M. 3½prozentiger Anleihe keinerlei Angebot; die Banken erklärten samt und sonders, die Lage des Geldmarktes mache die Übernahme unmöglich. Das anlagesuchende Publikum kann heute auf absehbare Zeit sein Geld höherverzinslich unterbringen.

× ×

Bautätigkeit Auch den Rückschlag auf die Emissionstätigkeit betreffs der Hypothekenpfandbriefe und damit auf die Bautätigkeit glaubt man bereits konstatieren zu können. In den ersten Monaten sind allerdings noch fast ebensoviel solcher Titres, wie im gleichen Zeitraum des Vorjahres, an der Berliner Börse zugelassen worden (rund 270 gegen 280 Mill. M.). Aber das Widerstreben des Marktes gegen weitere solche Aufnahmen soll deutlich hervortreten, so dass der Gesamtbetrag der Vorjahrsemissionen (1905 etwa 489 Mill. M., 1904 460 Mill. M., 1903 462 Mill. M.) wohl kaum erreicht werden wird. Da die etwaige Einschränkung der kommunalen einmaligen, ausserordentlichen Ausgaben gleichfalls wesentlich in einer Einschränkung öffentlicher Bauten zum Ausdruck gelangen würde, so könnten die Baugewerbe die Anspannung des Geldmarktes wohl allmählich stärker fühlen. Freilich, eine Menge unmittelbar produktiver und anderer Bauten werden durch den Konjunkturaufstieg mehr gefördert, als durch die Kreditverteuerung gehemmt. Sogar der Bau von Privatwohnungen wird in solch guten Zeiten oft durch Mietssteigerungen mehr angereizt, als durch die Schwierigkeiten der Baugelderbeschaffung abgeschreckt, so dass hier alle Voraussagungen auf sehr schwankenden Grundlagen ruhen. Man kann sich wohl die neben und gegen einander wirkenden Kräfte vergegenwärtigen; das Schlussergebnis bleibt ein unsicheres.

× ×

Hibernia und Reichsgericht In der *Hibernia*frage hat nunmehr, durch die Urteilsverkündung vom 13. Juni, das Reichsgericht gesprochen: gegen den preussischen Fiskus und die *Dresdener Bank* und für die Syndikatsherren, die *Berliner Handelsgesellschaft* und das Bankhaus Bleichröder. Der preussische Handelsminister glaubte bekanntlich vor 2 Jahren, durch Ankauf von 27½ Mill. M. Aktien die beschliessende Mehrheit und damit das ganze wichtige Bergwerksunternehmen in den Händen zu haben. Die Gegner erhöhten im letzten Augenblick mit einem kecken Handstreich das Aktienkapital, durch Ausgabe von 6½ Mill. M. neuer Aktien, von 53½ Mill. M. auf 60 Mill. M. und drückten so die Verstaatlichungsgruppe unversehens zur Minderheit herab. Um die Rechtmässigkeit des rettenden Beschlusses der Finanziers und Industriellen drehte sich alsdann der juristische Streit, mit wechselndem Erfolge, da das Landgericht Bochum die Einwände der *Dresdener Bank* zurückwies, und der Registerrichter die Kapitalserhöhung eintrug, während das Oberlandesgericht Hamm als Berufungsinstanz die Kapitalserhöhung als nichtig beurteilte; die Reichsgerichtsentscheidung wiederum ist gegen die Verstaatlichungsaktion ausgefallen, die in ihrer ganzen Entwickelung sicherlich kein Ruhmesblatt für Herrn Möller und das Berliner Handelsministerium bildet. Immerhin ist das letzte Wort in der Angelegenheit durchaus nicht gesprochen. Der Staat mit seinem Aktienbesitz und seinem sonstigen Einfluss würde für jede *Hibernia*leitung ein Pfahl im Fleische sein, wenn man nicht einen leidlichen Friedensschluss erzielt. Wahrscheinlich wird der Staat die zu seiner beherrschenden Stellung nötige Aktienmehrheit haben können, wenn er noch tiefer, als sonst, in seinen und der Steuerzahler Beutel greift. Wie dann der bergwerkbesitzende Staat und das Kohlensyndikat sich zu einander stellen werden, ist heute noch immer nicht abzusehen, trotz alles jahrelangen Hin- und Hergeredes.

× ×

Kohlensyndikat In der Zechenbesitzerversammlung des rheinisch-westfälischen Kohlensyndikats am 8. Juni wurde beschlossen, die Beteiligungsquote für das III. Quartal 1906 für Kohlen auf 95 %, für Koks auf 95 % und für Briketts auf 90 % (gegen bisherige 80, 85 beziehent-

lich 82 %) festzusetzen. Im Monat April hat, wie seitens des Vorstandes mitgeteilt wurde, der rechnungsmässige Absatz 4 911 516 t (im Vorjahr 4 571 609 t), mithin 339 707 t oder 7,43 % mehr, als im Vergleichsmonat des Vorjahres, betragen. Die Förderung des April belief sich auf 5 741 353 t und der Gesamtversand an Kohlen, Koks und Briketts auf 5 212 209 t. Im Monat Mai betrug der rechnungsmässige Absatz an Kohlen bei 26 Arbeitstagen 5 608 767 t, somit 215 722 t arbeitstäglich gegen 5 418 163 t bei 27 Arbeitstagen oder 200 670 t arbeitstäglich im Vergleichsmonate des Vorjahres. An Koks wurden abgesetzt 1 041 730 t (im Vorjahr 792 318 t) oder 96,13 % gegen 79,03 % der Beteiligung in 1905. Vielfach ertönen schon wieder, in erster Linie im Eisengrossgewerbe, die Klagen über *Kohlennot*, über ungenügende Brennstoffzufuhr, die durch chronisch werdenden Wagenmangel der Eisenbahnen noch verschlimmert wird.

×

Eisenindustrie Welche günstige Konjunktur die Eisenproduktion fortdauernd beherrscht, geht am besten aus dem Mitte Juni dem Beirat des Stahlwerksverbandes erstatteten Geschäftsbericht hervor. Danach sind die Werke nach wie vor ausserordentlich angespannt beschäftigt. Der absolute Maiversand blieb nur wenig hinter dem bisher absolut höchsten Versand des Monats März zurück, übertrifft jedoch pro Arbeitstag noch den des Monats März. In Halbzeug werde die Nachfrage von Tag zu Tag dringender; die Werke könnten den Anforderungen kaum noch nachkommen; für das IV. Quartal liegen bereits zahlreiche Aufträge vor. Im Interesse des Inlandsgeschäfts ist das Auslandsgeschäft bereits seit Monaten eingestellt; auch für das IV. Quartal werden Auslandsgeschäfte nur in beschränktem Masse hereingenommen, und hierbei wurden Preise erzielt, welche den Inlandspreisen völlig gleichkommen. In Eisenbahnmaterial sei den Werken volle Beschäftigung bis Ende des Jahres gewährleistet. Besonders starke Nachfrage liege aus dem Inlande vor, doch auch im Auslande halte die Bewegung an. Im Formeisengeschäft nehmen die Spezifikationen und Versendungen fortgesetzt zu, so dass der Monat Mai hierin bisher die grösste Versandziffer aufzuweisen hat. Die pro III. Quartal hereingegebenen Mengen seien zu den erhöhten Preisen abgesetzt worden.

×

Internationaler Geschäftsgang Ausserordentlich günstig lauten weiter die Berichte aus England und den Vereinigten Staaten, den beiden wichtigsten Wirtschaftsgebieten neben und vor Deutschland. Wie in England die anhaltenden Rekordziffern im Schiffsbau die allgemeine Stimmung am besten kennzeichnen, so in Amerika die Erweiterungs- und Erneuerungsbauten der Eisenbahnen. Die meisten amerikanischen Stahlschienenwerke haben genug Aufträge, um bis in die Mitte von 1907 vollauf beschäftigt zu sein. Wahrscheinlich wird die lebhafte einheimische Nachfrage den Export von amerikanischen Stahlschienen, der in den letzten zwei Jahren recht ansehnlich war, vermindern — was wiederum eine Erleichterung unserer exportierenden europäischen Länder nach sich ziehen würde. Den Wetterwinkel bildet vorwiegend Russland, wenn dieses auch die Folgen neuer Produktions- und Verkehrslähmungen vorwiegend selber tragen müsste, ohne dass der internationale Geschäftsgang im Augenblick dadurch allzustark beeinflusst werden könnte.

×

Kurze Chronik Die Preiserhöhungen haben sich fast allseitig weiter vollzogen: so für Gips seitens des Gipssyndikats, für Zinkbleche zweimal seitens des oberschlesischen Zinkverbandes, für Eisen und Eisenbleche seitens der Breslauer Eisengrosshändler, für Formeisen seitens der rheinisch-westfälischen Trägerhändlervereinigung u. s. w. × Der Bericht des Washingtoner Landwirtschaftsamtes vom 4. Juni über die neuen Baumwollanpflanzungen verzeichnet zwar nicht ganz die erwartete Vermehrung der bepflanzten Fläche, aber immerhin eine Zunahme von 27 Mill. Acres, im Vorjahre auf 28 686 000 Acres, also um 6,2 %. Bei ähnlichen Witterungsverhältnissen, wie im Vorjahre, würde das einen Ertrag von 11½ Mill. Ballen ergeben, eine mittelgute Ernte in dem entscheidenden Produktionsgebiet.

MAX SCHIPPEL

Politik

Dreibund Der Besuch des deutschen Kaisers in Wien, die dabei von den beiden Kaisern gewechselten Depeschen mit dem König von Italien haben wieder zu aus-

führlichen Betrachtungen über den politischen Wert des Dreibundes Veranlassung gegeben. Hatte man noch vor kurzem, unmittelbar nach der Konferenz von Algeciras, den Wert des Dreibundes für Deutschland äusserst gering eingeschätzt, so verfielen die offiziöse Presse und deren Nachbeter nach dem Wiener Besuch wieder ins Gegenteil: man erblickte im Dreibund plötzlich wieder einen Hort des europäischen Friedens. So schwankt die Wertung eines politischen Bündnisses je nach den stark wechselnden Tagesbedürfnissen der sogenannten *hohen Politik*. Auf wie unsicherem Grunde muss aber dieser Dreibund stehen, wenn seine Bewertung solchen Schwankungen ausgesetzt ist! Gerade diese Tatsache, dass der Dreibund heute so, morgen gerade gegenteilig in der nämlichen Presse bewertet wird, ist der beste Beweis dafür, dass zwingende politische Interessen der drei in Frage kommenden Nationen ihn nicht mehr zusammenhalten. Er besteht formell noch weiter, indes, die einzelnen Glieder, vor allem Italien, haben kein Lebensinteresse mehr an ihm. Aber auch für Deutschland hat der Bund keinen grossen praktischen Zweck mehr, weder militärisch, noch politisch, noch wirtschaftlich. Die Entwickelung des Deutschen Reiches seit Begründung des Dreibundes hat so veränderte politische Verhältnisse geschaffen, dass wir heute ganz anderen Gegnern gegenüberstehen, als früher. Heute bildet England den Gegenstand unserer Besorgnisse, wie wir gleichfalls in England als Störenfried gelten. Symptomatisch für diese Umwälzung der politischen Stimmung ist der englische Roman *Die Invasion von 1910* von W. Le Queux, in dem ein siegreicher Einfall der Deutschen in England geschildert wird (deutsche Übersetzung von Traugott Tamm /Berlin, *Concordia*/). So unsinnig auch die Möglichkeit eines solchen Einfalles erscheint, so hat doch der Roman in England grosses Aufsehen erregt und deutlich gezeigt, dass man im englischen Volke in Deutschland den wirtschaftlichen und politischen Rivalen wittert. Über diese Stimmung kann man nicht zur Tagesordnung übergehen, sie ist vorhanden, und mit ihr ist in der Politik zu rechnen. Auch die Aufnahme der deutschen Bürgermeister bei ihrem Besuch in England, ebenso der Besuch deutscher Journalisten in England, ändert an der Tatsache dieser veränderten Stimmung, die zwischen den beiden Ländern herrscht, nichts. Freilich, verkehrt wäre und ist es, aus dieser veränderten Stimmung heraus auf die Notwendigkeit zu schliessen, die bestehenden und noch weiter wachsenden Gegensätze seien nur mit der Waffe auszutragen — eine Auffassung, für die es leider sowohl in Deutschland, als auch in England, nicht wenige Anhänger gibt. Die politische und wirtschaftliche Bewegungsfreiheit beider Länder ist aber durch die steigenden Gegensätze so lange nicht bedroht, als man von beiden Seiten ernstlich eine Politik treibt, die sich der Verantwortung für die aus einem Krieg zwischen den beiden Völkern entstehenden Folgen stets bewusst bleibt. Zur Verringerung einer solchen Kriegsgefahr würde es nun wesentlich beitragen, wenn das europäische Festland in sich geeinigter wäre. Dahin zu streben, muss Aufgabe der auswärtigen Politik Deutschlands sein. Der Dreibund hat in seiner jetzigen Form unter den heutigen Verhältnissen keinen grossen Nützlichkeitswert mehr für Deutschland; umso mehr muss Deutschland dahin streben, seine Isolierung durch eine Annäherung an d a s Land zu beseitigen, das in Verkennung seiner wahren wirtschaftlichen und politischen Interessen heute zu England hält: wir meinen Frankreich. Mag dieses Ziel auch noch so schwierig zu erreichen scheinen, es eröffnet den einzigen Weg, auf dem wir zu einer Festigung unserer Position und gleichzeitig zu einer Verminderung der Kriegsgefahren innerhalb Europas gelangen. Solange der historisch-politische Gegensatz zwischen Deutschland und Frankreich aufrecht erhalten wird, so lange kann die Spannung, die zwischen den europäischen Völkern wahrnehmbar ist, nicht abnehmen. Der Dreibund hat seinen Wert als Defensivbündnis, als Hort des europäischen Friedens, verloren. Der europäische Friede wird gründlich erst dann wieder gesichert sein, wenn Deutschland und Frankreich sich zu einem Bunde die Hand gereicht haben werden.

× ×

Kolonialamt Die Reichstagsverhandlungen haben mit einer unerwarteten Niederlage der Regierung geschlossen. In der zweiten Lesung des Etats war die Schaffung eines selbständigen Kolonialamtes beschlossen worden, allerdings gegen die Stimmen des Zentrums und der Sozialdemokratie. Niemand erwartete nun noch, dass in der dritten Lesung das Reichskolonialamt wieder fallen könnte. Umso erstaun-

licher war daher der Verlauf der vorletzten Sitzung vor der Vertagung. Dass die südwestafrikanische Bahnlinie Kubub-Keetmanshoop abgelehnt werden würde, war vorauszusehen. Es war daher äusserst ungeschickt von der Regierung, den Obersten von Deimling im Reichstag vorzuschicken, der seinem Unmut über die Ablehnung dieser Bahn in einer solchen Weise Ausdruck verlieh, dass dadurch die Majorität des Reichstages empfindlich vor den Kopf gestossen wurde. Namentlich wurde das Zentrum durch diese Rede so in Erregung gebracht, dass es gleich darauf die Etatsposition eines Staatssekretärs des Kolonialamtes zum Scheitern brachte. Das Zentrum ist sicherlich bis zu einem gewissen Grade im Recht, wenn es sich darauf beruft, dass die Majorität für das Reichskolonialamt nicht präsent gewesen wäre. Aber als wahrscheinlich darf es auch bezeichnet werden, dass ohne die Rede des Obersten von Deimling die Abstimmung anders ausgefallen wäre. Im Zentrum hätte man ohne diese Rede die Schaffung eines Reichskolonialamtes sehr gerne toleriert, und Mittel und Wege hätte es gegeben, um die Abstimmung in dritter Lesung so durchzuführen, dass die Ablehnung verhindert worden wäre. So war auch die Sache offenbar geplant. Denn als die Ablehnung plötzlich erfolgt war, da wussten weder der Präsident des Reichstages, noch die Zentrumsführer, was nun zu geschehen habe. Man stand der unerwarteten Sachlage ganz hilflos gegenüber und musste die Sitzung, in der der Reichstag vertagt werden sollte, abbrechen und eine neue Sitzung anberaumen, um die Folgerungen aus der Ablehnung zu ziehen. Ob die ablehnende Haltung vom Standpunkt der regierenden Partei aus klug war, ist mehr als fraglich. Selbst Kolonialgegner müssen zugeben, dass, nachdem einmal Kolonieen vorhanden sind, auch ihre Verwaltung so eingerichtet sein muss, dass sie gut funktioniert. Bis jetzt hat aber die Wirklichkeit gezeigt, dass der Kolonialdirektor viel zu wenig Einfluss besitzt, um den Missständen in den Kolonien mit Erfolg entgegenzutreten. Dass durch eine grössere Selbständigkeit des an der Spitze der Kolonialverwaltung stehenden Beamten wenigstens die Möglichkeit geschaffen worden wäre, die Verwaltung gründlich zu reformieren, das scheint der Zentrumspartei ganz entgangen zu sein. Es handelte sich im Grunde eben gar nicht um eine Kolonial-, sondern einfach um eine administrative Frage.

× ×

Russland: *Duma* Will man die *Duma* und ihr Wirken richtig einschätzen, so muss man drei Punkte im Auge behalten: 1. die Taktik der *Duma* als solche, 2. die Beziehungen der Parteien zu einander, 3. die Stellung dieser Parteien zu den wichtigsten sozialen und politischen Problemen des gegenwärtigen geschichtlichen Augenblicks.

Mit richtigem Instinkt hat die *Duma* als solche ihre Hauptaufgabe erkannt. Sie hat begriffen, dass ihre historische Mission zunächst darin besteht, eine möglichst scharfe Linie zwischen dem alten und dem neuen Russland zu ziehen und die Untauglichkeit des alten Regimes den noch so wenig aufgeklärten Schichten des Volkes klar zu machen. Mit dieser Tätigkeit hat sie Erfolg gehabt. Die *Duma* steht jetzt im Mittelpunkt alles politischen Interesses, die Mehrheit des russischen Volkes hat sie schätzen gelernt, und alle Hoffnungen auf eine friedliche Lösung der jetzigen Krise sind mit der *Duma* verknüpft. Sollte sie aufgelöst oder auseinandergejagt werden, so kann dies ein Signal zum Ausbruch einer gewaltigen Bewegung werden. Noch glaubt aber das Volk an die Möglichkeit einer friedlichen Lösung und wird daher in diesem Augenblick nicht geneigt sein, einem Appell zu selbständigem Handeln Folge zu leisten. In klarer Erkenntnis der Sachlage hat daher die *Duma* allen Aufforderungen einer gewissen Gruppe radikalisierender Politiker, den legalen Weg jetzt schon zu verlassen, kein Gehör geschenkt. Eine voreilige Mobilisierung des Volkes könnte in entgegengesetzter Richtung wirken, als die besagten Politiker erwarten; es wäre daher unverantwortlich, nach deren Rezept zu handeln.

Von einer scharfen Trennung der Parteien und Gruppen kann in der *Duma* einstweilen noch keine Rede sein. Mit Ausnahme einer kleinen Zahl von extrem rechtsstehenden Abgeordneten sind alle Parteien darin einig, dass das neue Regime auf konstitutioneller Grundlage aufgebaut werden müsse. In der Auffassung und Tragweite der konstitutionellen Prinzipien differieren die Parteien freilich. Die konstitutionell-demokratische Partei geht da fast durchweg mit der *Arbeitsgruppe* zusammen, während die *Oktobristen* und ihr kleiner Anhang eigene Wege einschlagen. Diese Gruppe

spielt insofern eine Rolle, als sie über so hervorragende Redner und Politiker verfügt, wie den Grafen Heyden und Stachowitsch, die früher eine nicht unbedeutende Rolle in der Opposition spielten und zweifellos genügende Erfahrungen und Begabung besitzen. Nicht so gut ist es in dieser Hinsicht mit der *Arbeitsgruppe* bestellt. Hätte sie in ihrer Mitte ein paar erfahrene und kenntnisreiche Politiker, so hätten sie nicht so leicht Fehler begangen, die ihr Prestige und ihre Stellung gefährden, wie es jetzt manchmal der Fall war. So entschloss sie sich zum Beispiel, angestachelt von den oben genannten radikalisierenden Politikern, in der *Duma* eine eigene Politik zu treiben, die gegen die *Kadetten* gerichtet sein sollte. Doch waren der Anlass und die praktischen Vorschläge, die sie bei dem ersten Schritt auf diesem Wege im Parlament machten, so ungeschickt gewählt, dass es nur eines kleinen Rededuells zwischen den Führern der *Arbeitsgruppe* und der *Kadetten* bedurfte, um die *Arbeitsgruppe* in sich selbst zu spalten: ihre eigenen Mitglieder stimmten gegen den Antrag, der im Namen der Gruppe eingebracht war. Gleichwohl wäre es unrichtig, anzunehmen, dass die *Arbeitsgruppe* überhaupt unpolitisch handelt. Berücksichtigt man das Material, aus dem sie besteht, und die Verhältnisse, unter denen sie arbeitet, so muss man sie im allgemeinen als verständig und einsichtsvoll bezeichnen.

Den wichtigsten Beratungsstoff hat bis jetzt die Agrarfrage gebildet. In dieser brennenden Frage konnte die *Duma* keine Einheitlichkeit der Anschauungen, weder insgesamt, noch innerhalb der einzelnen Parteien selber, erzielen. Nur in einem Punkte sind alle fortschrittlichen Parteien einig: dass nämlich die Enteignung des privaten Bodenbesitzes nicht nur zulässig, sondern auch notwendig sei. In allen übrigen Punkten, und namentlich in den einzelnen Modalitäten, gehen die Ansichten weit auseinander. An dieser Stelle kann keine Darstellung der agrarpolitischen Strömungen in der *Duma* gegeben werden. Sie soll demnächst in dieser Zeitschrift in einem besonderen, ausführlichen Artikel erfolgen.

Es ist sehr verfehlt, an die Tätigkeit der *Duma* den Massstab irgend eines *Prinzips* oder *Programms* anlegen zu wollen. Die komplizierten Verhältnisse, die sie bestimmen, lassen keine schablonenhafte Beurteilung zu. Die Unkenntnis der Sachlage und die Verständnislosigkeit, mit der die westeuropäische Presse — einen Teil der sozialdemokratischen leider nicht ausgenommen — auf Grund einer vorgefassten Meinung oder von einem angeblichen Klassenkampfstandpunkt aus oder nach Erwägungen allgemein *theoretischer* Natur, die hier ganz und gar unpassend sind, die *Duma* kritisiert, hat nicht nur auf das Ansehen dieser Blätter in Russland, sondern zum Teil — da dadurch den Reaktionären willkommenes Material geliefert wurde — auch auf die Sache selber einen verhängnisvollen Einfluss ausgeübt. Es ist Zeit, dass man sich von diesen Fehlern bei uns frei zu machen sucht.

× ×

Kurze Chronik Am 28. Mai wurde der Reichstag bis 13. November vertagt. × In Österreich hat das Ministerium Hohenlohe infolge des Zolltarifkonflikts mit Ungarn demissioniert. Als neuer Ministerpräsident wurde Freiherr von Beck berufen. × Das Nationalkonzil der französischen Bischöfe hat sich dem Gesetze über Trennung von Staat und Kirche unterworfen. × Auf den König von Spanien wurde bei seiner Hochzeitsfeier am 31. Mai ein Bombenattentat verübt; der König wurde nicht verletzt, wohl aber wurden Personen seiner Umgebung getötet. × In Bialystok fand eine von den Behörden inszenierte fürchterliche Judenhetze statt; die *Duma* entsandte eine Kommission, um diesmal endlich die treibenden Kräfte festzustellen.

RICHARD CALWER

Sozialpolitik

Neuseeland Die staatlichen Aktionen bergen im allgemeinen recht geringe umwälzende Kräfte in sich. Die Schöpfungen der wirtschaftlichen Entwickelung sanktioniert durchweg der Staat nur in seiner Gesetzgebung. Revolutionäre Bahnen schlägt der Staat selten ein, er verallgemeinert vielfach nur das, was sich auf wirtschaftlichem Gebiete neu gebildet hat. Ein Zug revolutionärer Kühnheit charakterisiert am Schluss des XIX. Jahrhunderts eigentlich nur die Sozialpolitik Neuseelands. Dieses Land erlebte in etwa 1½ Jahrzehnten eine wirkliche Reform an Haupt und Gliedern. Im Jahre 1889 begann der Triumphzug der fortschrittlichen Sozialpolitik Neuseelands mit der Einführung des allgemeinen Wahlrechts.

Bis um das Jahr 1890 teilten sich einige

Hundert überreicher Grundbesitzer in den leicht urbar zu machenden Boden Neuseelands. Es erfolgte nun zuerst die Einführung eines neuen Steuerobjektes, die Besteuerung des *gangbaren Wertes* des Bodens, des Grundwerts, der für gewöhnlich auf das 33fache des Wertes der Bodeneinnahme berechnet wurde. Grundwerte unter 500 Lstrl. blieben durchweg von der Steuer befreit; sie wurden nur dann besteuert, wenn der Grundbesitzer über 1500 Lstrl. beweglichen Kapitals besass. Ferner ging die Gesetzgebung gegen die Bodenmagnaten mit einer progressiven Grundwertbesteuerung vor, und zwar mit der Besteuerung der Grundwerte über 5000 Lstrl. Die Bodenkönige sahen sich gedrängt, ihren Boden urbar zu machen, oder ihn Hals über Kopf zu verkaufen. Der Staat kaufte überdies grosse Landkomplexe an und tat sie an Pächter aus. Ja er wurde durch ein Gesetz berechtigt, Areale über 260 ha Land erster Klasse und über 800 ha Land zweiter Klasse zu expropiieren. Die Interessen der neu entstandenen Landwirte förderte der Staat überdies mit Nachdruck durch die Begründung einer Landwirtschaftsbank. Er schuf ein mustergültiges landwirtschaftliches und gärtnerisches Schulwesen. Nach dem Staate Viktoria hatte Neuseeland bald den grössten Rinderbestand aller australischen Staaten. Im Galopp schritt das Meiereiwesen Neuseelands fort. »Während der Export von Butter und Käse im Jahre 1881 kaum 1000 Lstrl. einbrachte«, so schreibt A. Bojsen in seinem Schriftchen *Das Land der sozialen Reformen* /Leipzig, Dietrich/ »ist der Ertrag des selben nun auf 1½ Mill. Lstrl. gestiegen, wovon Käse allein ¼ Mill. Lstrl. einbringt.«

Die Ära der Sozialreformen zu gunsten des Arbeiterstandes setzte in Neuseeland etwa mit dem Jahre 1891 ein. In diesem Jahre wurde dort ein Arbeitsministerium begründet. Dieses organisierte in erster Linie die Berichterstattung über die Arbeitsmarktverhältnisse. Das Ministerium gewährte nicht nur freie Fahrt den Arbeitslosen nach guten Arbeitsplätzen, sondern es öffnete diesen selbst zahlreiche Arbeitsstellen durch Veranstaltung grossartiger Staatsarbeiten. »Seit der Errichtung des Ministeriums«, schreibt Bojsen, dem wir diese interessanten Tatsachen verdanken, »hat das selbe über 30000 Arbeitslosen mit über 70000 Anverwandten Staatsarbeit und ungefähr 10000 Arbeitslosen Privatarbeit verschafft.« Die Staatsarbeit wird durchweg mit 7 bis 10 s bei achtstündiger Arbeitszeit gelohnt. Die Staatsarbeiter bilden vielfach Gruppen von 6 Mann, diese wählen die Gruppenführer und übernehmen die Staatsarbeiten im Akkord. Die Arbeitszeit ist für Frauen auf 45 Stunden wöchentlich eingeschränkt, und es ist ferner gesetzlich ein Minimallohn für diese von 2½ bis 5 s mit Doppeltaxen für Überarbeit, festgesetzt. Die männlichen Arbeiter erfreuen sich durchweg einer 48stündigen Arbeitszeit in der Woche. Hohe Minimallöhne von 42 bis 60 s wöchentlich bestehen für sie, »doch mit gewissen Dispensationen«. Die Läden schliessen sich in Neuseeland um 6½ Uhr gewöhnlich an Wochentagen, am Mittwoch oder Donnerstag um 1 Uhr. An Sonntagen öffnen sich die Läden nicht.

Einen wichtigen Abschnitt in der sozialen Geschichte Neuseelands bildet die Einführung der Zwangsschiedsgerichte. Das Schiedsgerichtsgesetz ordnet die Errichtung einer Reihe von Vergleichskommissionen an, die sich in gleicher Anzahl aus Arbeitgebern und Arbeitern zusammensetzen. Glückt diesen Kommissionen nicht die Beilegung der Streitigkeiten, so werden sie dem staatlichen Schiedsgericht, das aus je einem Vertreter der Arbeiter und Arbeitgeber und aus einem unparteiischen Obergerichtsanwalt besteht, zur endgültigen Entscheidung unterbreitet.

Im November 1898 trat in Neuseeland das Alterspensionsgesetz in Kraft, das den Personen über 65 Jahren, die kein Vermögen über 34 Lstrl. besitzen oder kein jährliches Einkommen über 50 Lstrl. haben, 18 Lstrl. jährlich gewährt. Die Alterspensionen stufen sich nach den Einkommens- und Vermögensverhältnissen der über 65 Jahre alten Personen ab. Die Zahl der Pensionäre beträgt jetzt etwa 13000, und an diese fliessen zirka 210000 Lstrl. jährlich. Durchschnittlich erhält der Pensionär 16 Lstrl.

Das Staatsmonopolwesen hat in Neuseeland eine sehr grosse Ausdehnung erhalten, es umfasst bereits zum Teil schon das Bank- und Versicherungswesen, und es wird ferner nicht zu Steuerzwecken ausgebeutet. Es stehen in Neuseeland folgende Reformen in naher Aussicht: die Verstaatlichung der Dampfschiffahrt im Inneren und sämtlicher Kohlengruben des Landes, die staatliche Brandversicherung, die vollständige Durchführung des Zonentarifs, die Ausnutzung der Wasser-

fälle zur elektrischen Triebkraft für Eisenbahnen und Fabriken, Erhöhung der Alterspensionen, die Einführung des Sechsstundentags und die unentgeltliche Rechtspflege. Neuseeland besitzt die gleichmässigste Verteilung des Wohlstandes von allen zivilisierten Ländern. Das jährliche Durchschnittseinkommen beträgt dort per Einwohner nach Mulhalls *Dictionary of statistics* 880 M., in England dagegen 720 M., in Deutschland 440 M. Die Sterblichkeit ist die kleinste der Welt, sie erreicht kaum 1 % (in Deutschland 2,1 %).
Neuseeland ist noch sehr schwach bevölkert. Kaum 200 Einwohner kommen auf 1 qkm. Es ist im wesentlichen ein Bauernland.

× ×

Jugendfürsorge

Der verlogenen Poesie vom goldenen Kinderparadiese stellt Otto Rühle in seiner Schrift *Kinderelend* /München, Birk/ die bitterwahre, harte Prosa der Nöte und Ängste unserer proletarischen Kinderwelt entgegen. Aus seinem wuchtigen statistischen Material über die Kinderarbeit, über die Fürsorgeerziehung, über die Bestrafung Jugendlicher, über Kinderselbstmorde schreit der ganze Jammer einer millionenköpfigen Schar entseelter, entehrter und entarteter Proletarierkinder zum Himmel empor. Gedanken zu einer Reform der heutigen Erziehungsverhältnisse klingen da und dort in dem trefflichen Schriftchen an. Für die Institution der Generalvormundschaft hegt O. Rühle recht warme Sympathien.
Über den heutigen Vormundschaftsrichter will der Amtsrichter Dr. Ernst Goldmann einen neuen sozialen Geist ausgiessen. Von dem Vormundschaftsrichter erhofft er in seinem Schriftchen *Der Richterstand und die sozialen Aufgaben der Gegenwart* /Berlin, Liebmann/ eine tiefgreifende Sozialarbeit. Durch seine Berufstätigkeit dringt der Vormundschaftsrichter tief in das Gebiet der Jugendfürsorge ein. Für seine Mündel wird er die Mittel privater Wohlfahrtsinstitute zu erschliessen suchen. Neben den direkt bevormundeten Kindern stehen grosse Gruppen halbverwaister und von ihren Familien vernachlässigter Kinder, die dringend schutzbedürftig sind. Unzweifelhaft kann ein sozial geschulter und sozial fühlender Vormundschaftsrichter sehr segensreich auf dem Gebiete der Kinderfürsorge wirken, wenn ihm wirksame Fürsorgeerziehungseinrichtungen zur Seite stehen. Gerade die Begründung derartiger Einrichtungen muss in den Vordergrund aller Bestrebungen zur Rettung verwahrloster Kinder gestellt werden.

× ×

Heimarbeit

In London eröffnete die *Daily News* im Mai eine Heimarbeitausstellung. In London stellt man nun nicht nur die Erzeugnisse der Heimarbeit, sondern auch die Heimarbeiter selbst aus. Die Vertreter der einzelnen Industrieen, gegen 40 Frauen, verrichten vor den Augen der Ausstellungsbesucher ihre Arbeiten. Schandlöhne von 8 bis 15 Pf. für eine Arbeitsstunde werden auch in der englischen Hausindustrie noch gezahlt. In der Ausstellung präsentieren sich dem Besucher 260 mit Lohnangaben versehene hausindustrielle Erzeugnisse. Eine Frau mit 5 Kindern erblickt der Ausstellungsbesucher, deren Mann wegen Schwindsucht seit sechs Jahren nicht mehr arbeitet. Sie stellt Zündhölzerschachteln für 2 d pro Gross her. Sie arbeitet 12 Stunden täglich und verdient im Durchschnitt noch nicht 5 s die Woche. Die ganze Familie von 7 Personen wohnt in einem Zimmer und bezahlt 2 s 6 d Miete wöchentlich. Der mit Photographieen trefflich ausgestattete Katalog enthält Aufsätze mit Vorschlägen zur Reform der hausindustriellen Zustände. »Die Abhilfe«, so schreibt die *Frankfurter Zeitung*, »sehen die Verfasser teils in Sir Charles Dilkes *Lohnkommissionsgesetz*, welches die Einsetzung von Kommissionen, bestehend aus Arbeitgebern und Arbeitern einer bestimmten Hausindustrie, behufs Festsetzung der Löhne vorschlägt. Ein Gesetz dieser Art besteht im australischen Staate Victoria; dort sind 38 Lohnkommissionen für verschiedene Hausindustrieen in Tätigkeit. Zum Teil erblicken die Verfasser die Abhilfe auch in der Registrierung und Konzessionierung der Hausindustrie, wie sie zuerst im Staate Illinois eingeführt wurde und seitdem auch in anderen Staaten Nordamerikas gesetzlich vorgeschrieben ist.«
In Frankfurt a. M. beabsichtigt man ebenfalls, eine Heimarbeitsausstellung ins Leben zu rufen. Namentlich ist im Taunus die Hausindustrie noch bodenständig. Die Hausindustrie des Taunus fand einen trefflichen Darsteller in dem wahrheitsmutigen Sozialpolitiker Dr. Schnapper-Arndt.

× ×

Reform der Versicherung In der *Zeitschrift für Sozialwissenschaft* hat der freisinnige Reichstagsabgeordnete Dr. Mugdan einige Ideen *Zur Reform der Arbeiterversicherung* veröffentlicht. Dr. Mugdan will die Krankenversicherung auf territorialer Grundlage aufbauen. Die grossen territorialen Krankenkassen schöpfen ihre Mittel aus Beiträgen, die zur Hälfte von den Unternehmern und zur Hälfte von Arbeitern eingezahlt werden. Die Generalversammlungen und Vorstände der Kassen setzen sich zur Hälfte aus den Vertretern der Unternehmer und Arbeiter zusammen. Die Vorsitzenden der Kassen werden von den städtischen Behörden respektive von den Kreisausschüssen gewählt. Die grossen territorialen Krankenkassen besorgen die Geschäfte der heutigen Landesversicherunganstalten. Das Reichversicherungsamt übernimmt das gesamte Vermögen der jetzt bestehenden Landesversicherungsanstalten und Kasseneinrichtungen. Die Krankenkassen treiben die Beiträge für die Invalidenversicherung ein und führen sie an das Reichsversicherungsamt ab. Dieses führt die Heilstätten, Invalidenhäuser der heutigen Arbeiterversicherungsinstitute in seinen Besitz über.

Masslos übertreibt Dr. Mugdan den Einfluss der Sozialdemokratie auf die Krankenkassen. Er meint sogar, aus der falschen Organisation der heutigen Krankenkasse schöpfe die Sozialdemokratie jedes Jahr neue Kraft. Eine merkwürdige Vorstellung über die wirklichen Kraftquellen der Sozialdemokratie scheint sich Dr. Mugdan gebildet zu haben! Eine unerhörte Verdächtigung der Kassenbeamten lässt Dr. Mugdan in seine sonst meist sachlichen Ausführungen einfliessen. Er meint, die Kassenbeamten wünschen nicht die ärztliche Organisation, weil sie eine Schwächung ihrer Macht fürchten, »einige unter ihnen vielleicht auch den Ausfall gewisser dunkler, fast nie beweisbarer, aber sicher manchmal vorhanden gewesener Einnahmen«. Über die augenfälligen Mängel in der praktischen Handhabung der Unfallversicherung durch die Berufsgenossenschaften setzt sich Dr. Mugdan mit einem lustigen Sprunge hinweg. Herr Dr. Mugdan möge doch nur einen einzigen Blick in die Berichte unserer deutschen Arbeitersekretariate werfen, um sich von seiner Überschätzung der Leistungen der Berufsgenossenschaften zu überzeugen. Eine blutige Kritik an der Verwaltungsarbeit der bayerischen Baugewerksberufsgenossenschaft vollzog erst vor kurzer Zeit der Verwaltungsdirektor dieser Berufsgenossenschaft selbst, Herr Dr. Stiegler. In der Katasterabteilung dieser Berufsgenossenschaft wurde das Mitgliederverzeichnis sehr mangelhaft geführt. 3056 Akten blieben unbearbeitet liegen, man schaffte sie kurzer Hand auf den Speicher. Viele Mitglieder reichten Lohnnachweisungen ein, allein sie wurden niemals zu Zahlungen aufgefordert. Die Rückstände bedeuteten einen jährlichen Umlageausfall von 20 000 M. Die gewährten Unfallentschädigungen waren manchmal zu hoch, manchmal zu niedrig. Die Zahl der Unfälle hätte sich verringern lassen, wenn mehr auf die Einhaltung der Unfallverhütungsvorschriften gesehen worden wäre. Eine Reform der Arbeiterversicherung, die die Berufsgenossenschaften als durchführende Organe der Unfallversicherung bestehen liesse, würde nur halbe Arbeit verrichten. Wie eine Reform wirklich in die Wege geleitet werden könnte, haben die Leser der *Sozialistischen Monatshefte* aus dem im vorigen Bande (pag. 469 ff.) veröffentlichten Artikel des Zentralarbeitersekretärs Robert Schmidt *Eine einheitliche Arbeiterversicherung* ersehen.

× ×

Kurze Chronik Am 9. Juni verstarb plötzlich der Premierminister Neuseelands Richard J. Seddon. Dieser grosse Reformer Neuseelands begann seine Laufbahn als Goldgräber. Sein Werk ist vor allem die Durchführung folgender Gesetze: das Haftpflichtgesetz, das Schiedsgerichtsgesetz zur Schlichtung der Arbeitsstreitigkeiten, das Gesetz zur Beschränkung der Trunkenheit, das Alterspensionsgesetz. × In Frankreich scheint die neue Regierung im Verein mit der neugewählten Kammer jetzt ernstlich an eine soziale Reformgesetzgebung gehen zu wollen.

× ×

Literatur Robert Boehringer hat Macaulays *Rede über den Zehnstundentag* ins Deutsche übertragen und mit einer Vorbemerkung versehen /Bern, Scheitlin/. × Im 9. Heft der von Dr. Zadek herausgegebenen *Arbeitergesundheitspolitik* /Berlin, Buchhandlung *Vorwärts*/ behandelt Dr. Paul Bernstein das Thema: *Wie sollen wir uns kleiden?* × Das 68. Heft der Flugschriftensamm-

lung *Sozialer Fortschritt* /Leipzig, Dietrich/ betitelt sich *Wald und Waldverwüstung.* Franz Hoemann tritt in dieser Flugschrift für eine sorgfältigere Pflege und eine wesentliche Mehrung der deutschen Waldbestände ein. × Trefflich für den praktischen Gebrauch eignet sich die in 2. Auflage erschienene Schrift des Magistratssekretärs Max Schön *Die Invalidenversicherung des Deutschen Reiches im täglichen Leben* /Berlin, Troschel/. PAUL KAMPFFMEYER

Soziale Kommunalpolitik

Wahlrecht Eine sehr interessante Entscheidung hat das Oberverwaltungsgericht in einer Klagesache mehrerer Frankfurter Arbeiter gegen den Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung dieser Stadt gefällt. Nach § 13 des Gemeindeverfassungsgesetzes ist zur Aufnahme in die Bürgerliste der Bezug eines Jahreseinkommens von 1200 M. erforderlich. Magistrat und Stadtverordnetenversammlung hatten nun das *Beziehen* des Jahreseinkommens als *Versteuern* interpretiert, und zahlreiche Wähler, die zwar 1200 M. bezogen, aber nicht versteuerten, von der Aufnahme in die Wählerliste ausgeschlossen. Das Oberverwaltungsgericht hat, im Gegensatz zu dem Bezirksausschuss, festgestellt, dass nicht die Besteuerung, sondern der Bezug eines Einkommens von 1200 M. für die Erwerbung des Bürgerrechtes entscheidend ist. Der Bezug eines Einkommens sei etwas ganz anderes, als dessen Besteuerung. Hätte das Gesetz den Erwerb des Bürgerrechtes von der Besteuerung eines Einkommens von 1200 M. abhängig machen wollen, so hätte es doch nahe gelegen, nach Art der östlichen Städteordnung den Steuersatz massgebend sein zu lassen. Nach dem Vorbilde anderer Städteordnungen stelle das Frankfurter Gesetz eine selbständige Ermittelung des Einkommens auf. Dem Oberverwaltungsgerichte ist die Fassung des Gesetzes so klar, dass über seinen Inhalt keine Zweifel bestehen können. Diese Zweifel sind dem Magistrat und dann auch der Stadtverordnetenversammlung nur deshalb gekommen, weil es durch die Interpretierung des Bezugs eines Einkommens als dessen Besteuerung möglich war, eine ganze Anzahl von Arbeitern vom Bürgerrecht und der Ausübung der Wahlrechte auszuschliessen und dadurch die sozialdemokratische Partei künstlich zu schwächen. Es ist bezeichnend, dass dieser Angriff auf das Wahlrecht zahlreicher Einwohner vor allem von früheren freisinnigen Stadtverordneten unterstützt wurde, und es ist merkwürdig, dass auch die demokratischen Mitglieder der Körperschaft, die programmmässig für eine Ausdehnung des Wahlrechtes eintreten und auch für Anträge, den Zensus von 1200 M. auf 900 M. herabzusetzen, gestimmt haben, sich dem Vorgehen des Magistrates und der freisinnigen Stadtverordneten angeschlossen haben. Die unmittelbare Folge des oberverwaltungsgerichtlichen Urteils wird ein starkes Anwachsen der Zahl der Arbeiterwähler sein. Ein Jahreseinkommen von 1200 M. wird wohl von der Mehrheit, namentlich der qualifizierten Arbeiter in Frankfurt, bezogen, während es mit der Versteuerung allerdings anders aussieht.

× ×

Bodenpolitik Die preussischen Ministerien haben in den letzten Jahren zu wiederholten Malen in ausführlichen Erlassen den städtischen Verwaltungen die Notwendigkeit einer weitsichtigen, kommunalen Bodenpolitik gepredigt und ihnen dringend empfohlen, im Interesse der Gesundheit ihrer Einwohner den kommunalen Bodenbesitz zu erhalten und zu vermehren. Die schönen Lehren gelten aber nur für die städtischen Verwaltungen. Die selben von bodenreformerischer Weisheit triefenden Minister treiben mit dem staatlichen Grundbesitz eine Bodenpolitik, die den gepredigten Lehren direkt ins Gesicht schlägt. Die Taten des Landwirtschaftsministers in der Nähe von Berlin sind bekannt: man braucht nur die Worte *Botanischer Garten, Schönhauser Forst* etc. zu nennen. Herr von Podbielski beschränkt sich aber nicht darauf, Berlin und die grossen Berliner Vorortgemeinden mit seinem Wohlwollen zu überschütten. Er ist so unparteiisch, auch den grossen Provinzstädten die Segnungen seiner fiskalischen Bodenpolitik zuzuwenden. Dieses Mal ist es Elberfeld, welches das Vergnügen hat, sich mit dem die Volksgesundheit dieser Stadt rücksichtslos bedrohenden Fiskalismus des preussischen Landwirtschaftsministers herumzuschlagen. Es handelt sich um die geplante Abholzung des Burgholzes, das der einzige Hochwald in der Umgebung Elberfelds ist und eine unentbehrliche Erholungsstätte für den grossen Industriebezirk bildet. Herr von Podbielski stellte die Stadtverwaltung vor die Wahl, entweder Abholzung des

Forstes und dessen Verkauf an die privaten Bauspekulanten oder Zahlung von 2 Mill. M. seitens der Stadt. Ausserdem sollte sich die Stadt verpflichten, bei Weiterverkäufen abzüglich 3 % die Hälfte des Kaufüberschusses an die Staatskasse abzuführen. Die Stadt hatte 300 000 M. geboten, der Minister selber in einer Antwort auf eine Interpellation im Herrenhause einen Preis von 1½ Mill. M. für angemessen bezeichnet. Der Preis von 2 Mill. M. könnte von der Stadt nur dann bezahlt werden, wenn sie den Forst als Baugelände ausschlachten, also gerade das tun würde, was im Interesse der Volksgesundheit unbedingt vermieden werden sollte. In der Elberfelder Stadtverordnetenversammlung kam es zu scharfen Äusserungen. Ein Stadtverordneter meinte, dass sich die Regierung scheuen würde, eine Tat auszuführen, die einer Tat von Vandalen gleichzustellen wäre und ihr Ansehen in der Bevölkerung für alle absehbare Zeit schädigen würde. Der Redner scheint preussische Minister nicht zu kennen. Ob ihn die guten Elberfelder für eine Vandalen halten, wird Herrn von Podbielski ziemlich gleichgültig sein. Er hat niemals aus seiner Feindschaft gegen die Grossstädte ein Hehl gemacht. Auch diese Vorgänge in Elberfeld gehören zu dem Bilde der heutigen inneren Politik, deren einziger Grundsatz *Gegen die Städte!* zu lauten scheint.

× ×

Wertzuwachssteuer Mit der Wertzuwachssteuer beschäftigt sich ein ausführlicher Artikel des Privatdozenten Dr. Köppe im *Jahrbuch der Bodenreform,* sowie R. Brunhuber in einer selbständigen Schrift *Die Wertzuwachssteuer* /Jena, Gustav Fischer/. Nach einigen allgemeinen Bemerkungen über den Charakter und die Entstehung der Bodenwertsteigerung gibt Köppe eine systematisch geordnete Darstellung der geltenden und projektierten Wertzuwachssteuerordnungen. Es werden von ihm der Reihe nach die Art der Feststellung des Wertzuwachses, die Steuerfälle, die Höhe der Steuer, die Steuerskalen etc. besprochen. Daran schliesst sich eine Untersuchung über die finanzielle und die wirtschaftliche Wirkung der Steuer. Bei der wirtschaftlichen Wirkung handelt es sich vor allem um die Überwälzung der Steuer auf den Käufer und die Mieter. Köppe ist der Ansicht, dass die Steuer in der Regel nicht abgewälzt werden könne. Denn die Höhe des Preises eines Grundstückes werde durch die Tatsachen des wirtschaftlichen Lebens, nicht aber durch die Kalkulationen des Verkäufers bestimmt. Mit oder ohne Zuwachssteuer bekomme der Verkäufer so viel, als er unter dem Drucke der wirtschaftlichen Verhältnisse einerseits und in den Grenzen der Zahlungsfähigkeit der Kaufinteressenten anderseits von diesen zu erlangen vermöge. Nicht, was er an Gewinn beim Verkauf bekomme, sondern, was er nachher an Gewinn behalte, nachdem das Geschäft abgeschlossen sei, entscheide die Zuwachssteuer. Sie regele die Teilung des Gewinns zwischen dem Verkäufer und der Gemeinde. Zum Schluss geht Köppe noch auf die Erfahrungen, die in Frankfurt und Cöln mit der Wertzuwachssteuer gemacht sind, kurz ein. Doch hat ihm dabei zum Beispiel der letzte, wichtige Bericht der Frankfurter Stadtverwaltung noch nicht vorgelegen.

Grössere Bedeutung kommt der Brunhuberschen Schrift zu. Sie sucht auf Grund »exakter Detailforschung durch positive Darstellung und kritische Untersuchung der vorhandenen Steuerordnungen« zu einem neuen Ergebnis zu gelangen, das der Verfasser als eine induktive Systematik der Wertzuwachssteuer bezeichnen will. Mit einer solchen systematischen Untersuchung des Wertzuwachssteuerproblems hofft er aber auch praktischen Zwecken zu dienen, indem er den Kommunen, Politikern und sonstigen beteiligten Kreisen das Material unterbreitet und ihnen die Hilfsmittel an die Hand gibt, die Gründe der Gegner auf ihre Stichhaltigkeit zu prüfen und zu widerlegen. Diese praktischen Teile der Abhandlung sind unseres Erachtens die wertvollsten. Geringere Bedeutung kommt dagegen seinen steuertheoretischen Ergebnissen zu. Was er an theoretischen Erörterungen vorausschickt, ist weder vollständig, noch besonders wertvoll. Er will, um eine Systematik der Wertzuwachssteuer zu erreichen, zwischen direkter und indirekter Wertzuwachssteuer unterscheiden. Bei der ersteren wird die Steuer periodisch von dem durch die Bodenwertsteigerung herbeigeführten Wertzuwachs erhoben, während die zweite Form, die indirekte Wertzuwachssteuer die Besteuerung an irgend einen Vorgang, sei es an ein Verkehrsrechtsgeschäft, an den Erbgang oder ähnliches anknüpft. Diese Unterscheidung ist eine durchaus äusserliche, da im Grunde auch

die indirekte Wertzuwachssteuer periodisch zur Erhebung kommt, nur dass die Perioden nicht gleich lang sind. Wir können hier nicht weiter auf die Frage der Systematik eingehen. Eine direkte, periodische Wertzuwachssteuer gibt es nur in Kiautschu. Alle anderen Wertzuwachssteuern sind indirekte. Mit gutem Grunde. Die Schwierigkeiten der Schätzung sind, wie auch Brunhuber zugibt, praktisch unüberwindlich, und seine Hoffnung, dass die direkte Konjunkturgewinnbesteuerung bald in der praktischen Besteuerung eine ganz bedeutende Rolle zu spielen bestimmt sei, können wir durchaus nicht teilen. Die Einwendungen, die Weber in seinem bekannten Buche aus diesem Grunde gegen die Besteuerung nach dem gemeinen Werte erhoben hat, treffen in gleichem Masse auch auf die direkte periodische Wertzuwachssteuer Brunhubers zu.

In sehr eingehender Weise stellt dann der Verfasser die Wertzuwachssteuerordnungen Frankfurts, Cölns und anderer Städte dar. Ein weiteres Kapitel beschäftigt sich mit den Einwänden gegen die Wertzuwachssteuer, die er in engem Anschluss an die Geschichte der Cölner Steuerordnung bespricht. Der Kampf um die Wertzuwachssteuer in Cöln ist sehr interessant, und seine Darstellung in der Brunhuberschen Schrift kann jedem Kommunalpolitiker zu eingehendem Studium empfohlen werden. Hier sind alle Einwände fast vollständig zusammengestellt und unserer Meinung nach in der Regel von Brunhuber zutreffend widerlegt worden. Bemerkenswert ist die Rolle, die das Zentrum bei dieser ganzen Angelegenheit gespielt hat. Diese Partei, deren Bodenpolitiker mit besonderer Vorliebe die Einführung der Wertzuwachssteuer zwecks Bekämpfung der Bodenspekulation fordern, ist in Cöln dafür verantwortlich, dass die Wertzuwachssteuer finanziell bedeutungslos geworden ist. Wir können hier nicht im einzelnen auf die Rückwärtsrevidierung des Steuerordnungsentwurfes durch das Zentrum eingehen. Es sei nur das eine hervorgehoben, dass durch das Zentrum alle vor dem 1. April 1905 liegenden Wertsteigerungen ausgeschlossen wurden und nur die zukünftigen der Besteuerung unterworfen wurden. Wir halten die Ausführungen Brunhubers, wie schon gesagt, in der Regel für zutreffend, nur in einigen Punkten weichen wir von seiner Auffassung ab. Bei der Klage über die starke Belastung des Grundbesitzes hätte doch darauf hingewiesen werden müssen, dass die heutige Besteuerung des Grundbesitzes diesen gar nicht trifft, sondern von ihm restlos auf die Mieter abgewälzt wird. Brunhuber will ferner unverdiente Wertverluste entschädigen, falls sie durch Massnahmen der Kommune direkt herbeigeführt sind. Er erwähnt als Beispiel die Entwertung der Häuser durch die Anlage von Schwebe- und Hochbahnen. Ebenso will er gestatten, dass die Verluste an einem Grundstücke gegen den Gewinn an einem anderen aufgerechnet werden, falls es sich um einen Komplex von Grundgeschäften handelt. Da bei der gewerbsmässigen Bodenspekulation das immer der Fall ist, so würden tatsächlich alle ihre Geschäfte steuerfrei, also gerade das Ziel der Steuerordnung nicht erreicht werden. Denn auch Brunhuber sieht in der Wertzuwachssteuer das spezifische Spekulationserschwerungsmittel und tritt für sie gerade aus diesem Grunde ein.

Das 5. Kapitel sucht eine praktische Systematik der Wertzuwachssteuer zu geben. Brunhuber behandelt hier zum Teil die selben Punkte, wie Köppe, zum Teil ergänzt er dessen Ausführungen. Ein weiteres Kapitel ist den Wirkungen und Ergebnissen der Wertzuwachssteuer gewidmet. Das Buch schliesst mit einem Hymnus auf die Wertzuwachssteuer als die Grundsteuer der Zukunft, deren Prinzip, die Gewinnbesteuerung, das allgemeine Steuerprinzip der Zukunft sein werde. In finanzieller, steuerpolitischer, sozialer und bodenreformerischer Hinsicht sind die Wirkungen dieser Steuer nach Brunhuber ideale. Die Wertzuwachssteuer wird den Gemeinden grosse Erträge bringen. Sie entspricht dem Prinzip der gerechten Steuer und ist daher besonders geeignet, die rohe Umsatzsteuer abzulösen. Sie reguliert den Grundstücksverkehr, erschwert die ungesunde Spekulation und übt eine unmittelbar preismindernde Wirkung auf den Grund und Boden aus. Was will man mehr von einer Steuer?

× ×

Kurze Chronik Die Stadt Leipzig hat bei Adorf eine Lungenheilstätte errichtet, in der zunächst 86 Krankenbetten vorgesehen sind. Die Kosten der Anstalt belaufen sich auf zirka 700 000 M. × Die Stadtverordnetenversammlung von M.-Glad-

bach beschloss die Kanalisation des gesamten Stadtgebietes. Die Gesamtkosten betragen 4 577 800 M. An Gebühren werden 3 M. pro Meter Strassenfront erhoben. × Der Gemeinderat von Bitsch hat die Zulassung der Presse zu den Gemeinderatssitzungen abgelehnt, weil die Gemeinde für die Öffentlichkeit der Gemeinderatssitzungen noch nicht reif sei. × Die Hanauer Stadtverordnetenversammlung beschloss die Einführung der Wertzuwachssteuer. × In der Cölner Stadtverordnetenversammlung wurde der Antrag gestellt, eine städtische Zahnklinik zur unentgeltlichen Behandlung unbemittelter zahnkranker Schulkinder zu errichten. × Der Leipziger Stadtrat hat die von den privaten Strassenbahngesellschaften gewünschte Erhöhung der Fahrpreise abgelehnt. × Der Stadt Mülhausen i. E. ist die Aufnahme einer Anleihe von 7 Mill. M. von der Regierung genehmigt worden. Zwecks Errichtung einer elektrischen Zentrale am Rhein hat die Stadtverwaltung bereits Unterhandlungen mit der Regierung und anderen interessierten Städten eingeleitet, um das Eindringen privater Gesellschaften zu verhüten. × Die Deputation, die zur Errichtung eines öffentlichen paritätischen Arbeitsnachweises in Bremen im Jahre 1898 eingesetzt worden ist, beantragt nunmehr in ihrem Berichte, von der Errichtung eines solchen Arbeitsnachweises abzusehen, nachdem sie im Frühjahr 1905 einen Gesetzentwurf für die Errichtung eines solchen aufgestellt hatte. Zur Begründung ihrer Meinungsänderung führt die Deputation aus, dass bei der geplanten Arbeitsnachweisstelle die sozialdemokratischen Arbeiter trotz aller paritätischen Vorschriften auf die Verwaltung einen schädlichen Einfluss gewinnen würden. HUGO LINDEMANN

Sozialistische Bewegung

Gemeindewahlen Bei den Stadtverordnetenwahlen zu Cöpenick wurden die beiden Kandidaten der Sozialdemokratie glatt gewählt; gegnerische Kandidaten waren nicht aufgestellt. In zwei neu eingemeindeten Vororten von Cassel wurden die 2 sozialdemokratischen Kandidaten durchgebracht, so dass die Partei im Stadthaus jetzt durch 4 Genossen vertreten wird. In Badenstedt (Hannover) wurde 1 Sozialdemokrat, der erste im Gemeindeparlament, gewählt. In Thale a. H. gelang es, in der Stichwahl einen der beiden sozialistischen Kandidaten durchzubringen. Einen Gemeindewahlsieg erfochten auch die Braunschweiger Parteigenossen bei einer Stichwahl; ihr Kandidat erhielt 1002, der der Gegner 833 Stimmen.

Im Grossherzogtum Baden hat in der letzten Zeit eine ganze Anzahl Gemeindewahlen stattgefunden, an denen Sozialdemokraten beteiligt waren und Mandate eroberten. So in Knielingen bei Karlsruhe, wo die sozialdemokratische Fraktion nunmehr 21 Mann stark ist. In Rüppur bei Karlsruhe wurde in der III. Klasse ein vollständiger Sieg erfochten, in der II. Klasse wurden 0, und in der I. Klasse 1 sozialistischer Kandidat durchgebracht. In Weinheim ziehen zu den 3 bisherigen noch 11 weitere sozialistische Gemeinderäte ins Stadtparlament ein. Ferner wurden in Schriesheim 11, in Lörrach 20 Genossen gewählt; auch in Sankt Georgen und Wieblingen siegte die sozialdemokratische Liste.

× ×

Parteitage und Konferenzen Die 1. Landesversammlung der sozialdemokratischen Partei Hamburgs nahm ein Organisationsstatut an, nach welchem die drei Hamburger Wahlkreise, die aus dem schleswig-holsteinschen Provinzialverband ausgeschieden sind, einen Zentralverband für sich bilden. Mit der Führung der Geschäfte sind zwei Parteisekretäre betraut. In Sachen der Bürgerschaftswahlen von 1907 wurde entgegen der Meinung einzelner der Beschluss gefasst, sich an der Wahl zu beteiligen und eine intensive Agitation zur Gewinnung von neuen Bürgern in die Wege zu leiten.

Der schlesische Parteitag war von 30 Delegierten aus 19 Wahlkreisen beschickt. Die Zahl der organisierten Genossen in Schlesien beträgt jetzt über 16 000 (im Vorjahr 8500); hiervon entfallen 8400 auf den Breslauer Bezirk. Die Breslauer Organisationsform, besonders aber die Agitation von Haus zu Haus, hat so vorzügliche Erfolge aufzuweisen, dass sie überall nachgeahmt wird. Die Verfolgungen der *Volkswacht* waren in diesem Jahre geradezu ungeheuerliche. Während 1905 nur 600 M. Geldstrafen zu verzeichnen waren, sind in den ersten 5 Monaten dieses Jahres bereits 1 Jahr 3 Monate 10 Tage Gefängnis und 710 M. Geldstrafe über ihre Redakteure verhängt worden. Beschlossen wurde, beim Parteivorstand zu beantragen, auf die

Tagesordnung des nächsten Parteitages den Punkt *Presse* zu setzen; ferner auf die Errichtung einer Schule zur Heranbildung von Agitatoren und Redakteuren hinzuwirken.
Der Gautag der südbayerischen Sozialdemokratie nahm nach einem Referat Vollmars über die nächsten Landtagswahlen eine Resolution an, wonach die Partei mit allen Kräften in die Wahlbewegung einzutreten hat: namentlich soll alle Kraft auf diejenigen Wahlkreise konzentriert werden, wo ein Erfolg für unsere Partei zu erhoffen ist. Das neue Statut der Wahlkreisorganisation, entsprechend den Jenaer Beschlüssen, wurde angenommen.

×

Polnische Sozialdemokratie in Österreich Der Parteitag der polnischen Sozialdemokratie tagte Ende Mai in Lemberg. Aus dem Rechenschaftsbericht der Parteileitung ist ein Aufschwung der Partei auf allen Gebieten zu entnehmen. Unter den schwierigsten Verhältnissen, mit denen die Presse in einem Lande des Analphabetismus und der schrecklichsten Not zu kämpfen hat, ist die Arbeiterpresse in stetem Wachsen begriffen. Die Parteiorgane haben grosse Fortschritte gemacht und sind zum Teil erweitert worden. Die Verfolgungsstatistik weist an Verwaltungsstrafen aus: 7 Monate 10 Tage; an Gerichtsstrafen: 27 Jahre 2 Monate 6 Tage und an Untersuchungshaft: 15 Jahre 17 Tage.
Nach einem Referat Daszynskis wurde in einer Resolution das vorliegende Wahlreformprojekt der Regierung trotz mancher Mängel als annehmbar bezeichnet; konform mit den Beschlüssen der Wiener Zentralleitung fordert der Parteitag das industrielle und das landwirtschaftliche Proletariat auf, sich für den Massenstreik bereit zu halten. Beschlossen wurde ferner die Gründung eines Tageblattes für Lemberg, sowie die Gründung jüdischer Sektionen.

×

Frankreich: Kammerwahlen Die Bedeutung der allgemeinen Wahlen vom 6. und 20. Mai für die fortschreitende Entwickelung der Demokratie und des Sozialismus in der französischen Republik wird in dieser Zeitschrift in besonderen Artikeln gewürdigt und gewürdigt werden; und zwar kommen dabei sowohl die Vertreter der geeinigten Partei, sowie der unabhängigen Sozialisten zu Worte. Hier seien nur die zahlenmässigen Erfolge aufgeführt. Die geeinigte Partei hatte in 346 Wahlkreisen eigene Kandidaten aufgestellt, die — nach einer vielleicht nicht ganz korrekten Aufstellung des *Socialiste* — insgesamt 804 024 Stimmen auf sich vereinigten. Das Wahlmanifest der Partei wurde in 67 753 Exemplaren als Plakat angeschlagen und ausserdem als Flugblatt in 1 184 500 Exemplaren verbreitet. Im ersten Wahlgang wurden von ihren Kandidaten 33 gewählt, wozu in den Stichwahlen dann noch weitere 21 kamen; ihre Fraktion besteht also jetzt aus 54 Mitgliedern (in der vorigen Session hatte sie 40). Die unabhängigen Sozialisten, das heisst diejenigen, die sich der geeinigten Partei nicht angeschlossen haben, eroberten zu den 16 Sitzen, die sie in der vorigen Session inne hatten, 5 neue, so dass sie jetzt deren 21 haben. Insgesamt haben wir also in der neuen Kammer 75 Sozialisten.
Die im Juni eröffnete neue Legislaturperiode weist unseren französischen Genossen grosse Aufgaben zu. Es wird sich bald erweisen, ob die neue Gruppierung innerhalb des französischen Sozialismus auch einen massgebenden Einfluss auf die gesetzgeberische Tätigkeit im Parlament ausüben wird.

×

Belgien: Kammerwahlen Die Hoffnung der Sozialisten und Liberalen Belgiens, die klerikale Reaktion schon bei dieser Wahl wegfegen zu können, hat sich leider nicht erfüllt. Die eifrige Agitationsarbeit, welche unsere Genossen geleistet, hätte einen solchen Erfolg wohl verdient; es liegt aber in dem Pluralwahlsystem begründet, dass das Proletariat um die Früchte seiner Mühen betrogen wird. Seit Wochen waren unsere Genossen nicht bloss in den Städten, sondern vor allem in den ländlichen Gebieten tätig, um für den Sozialismus zu werben. Grosses hat darin besonders die Brüsseler Parteiorganisation geleistet; wurden doch von ihr allein in der nächsten Umgebung von Brüssel insgesamt 324 Versammlungen abgehalten, nicht eingerechnet die in der Hauptstadt selbst. Ferner wurde über eine Million Flugschriften und Broschüren verbreitet. Die Wahlen vom 27. Mai erstreckten sich auf die eine Hälfte des Königreichs und zwar auf die, welche als die Hochburg des Klerikalismus bezeichnet werden kann. Von den 166 Abgeordneten der Kammer hatten diesmal 85 auszuscheiden. Von diesen 85 Mandaten hatte die klerikale Partei 54

inne, 20 gehörten den Liberalen, 10 den Sozialdemokraten und 1 den christlichen Demokraten. Bisher verfügten die Klerikalen über 93 Sitze, denen 73 der Opposition gegenüberstanden. Die Parteien der Opposition hätten also, um die Mehrheit zu erlangen, 12 neue Sitze gewinnen müssen. Das ist nicht geschehen, sondern die Majorität der Klerikalen besteht weiter, sie ist nur um 4, also auf 89 Mandate gesunken, die Opposition hat jetzt deren 77. Die 10 ausgeschiedenen Sozialisten sind sämtlich wiedergewählt, ausserdem sind 2 neue Sitze erobert worden. Wenn man die Wahlstimmen betrachtet, kann der Ausfall der Wahlen für unsere Partei als ein befriedigender nicht bezeichnet werden. Das zeigt am deutlichsten Brüssel. Für diese Stadt kann man, da eine gemeinsame Liste der Oppositionsparteien dort nicht bestand, die Resultate für die einzelnen Parteien feststellen und mit früheren Ergebnissen vergleichen. Danach ist das ganze Wachstum der oppositionellen Stimmen den Liberalen zu gute kommen. Während unsere Genossen gegen 1902 kaum 200 Stimmen mehr auf ihre Kandidaten vereinigten (1902 57 526, 1906 57 720), stiegen die der Liberalen von 59 934 auf 89 179. Auch in Löwen, Nivelles, Brügge und anderen Orten war ein Steigen der Stimmenzahl nicht zu verzeichnen. In Antwerpen, wo unsere Genossen gehofft hatten, einen zweiten Deputierten (neben Terwagne) durchzubringen, erhielten sie im Verhältnis zu den anderen Parteien weniger Stimmen als 1902. Vandervelde erklärte im *Peuple* diese Erscheinung dadurch, dass die Liberalen seit 1902 eine entschiedene Schwenkung nach links vollzogen und hierdurch viele der früheren Mitläufer der Sozialisten gewonnen hätten.

×

Dänemark: *Folkethingwahlen* Die Wahlen zum dänischen *Folkething* fanden am 29. Mai statt. Von den 299 763 Stimmen, die insgesamt abgegeben wurden, erhielten die 62 Kandidaten der Sozialdemokratie zusammen 76 566 Stimmen. Das Wachstum der Partei seit ihrer Gründung im Jahre 1878 drückt sich in folgenden Zahlen aus: Im Jahre 1879 beteiligte sich die Partei zum erstenmal an den Wahlen; ihr einziger Kandidat brachte es auf 767 Stimmen. Bei den Wahlen von 1881 kandidierten 2 Sozialdemokraten und erhielten 1680 Stimmen; gewählt wurde keiner. Im Jahre 1884 stieg die Stimmenzahl auf 6806, und von den 3 aufgestellten Kandidaten wurden 2 gewählt. Seitdem ist die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen von Wahl zu Wahl ständig gestiegen. Die drei letzten Wahlen hatten folgendes Ergebnis: 1901 wurden auf 30 Kandidaten 42 972 Stimmen abgegeben, gewählt wurden 14; 1903 auf 55 Kandidaten 55 593 Stimmen, gewählt 16; diesmal waren 62 Kandidaten aufgestellt, von denen 24 gewählt wurden. Damit ist die Sozialdemokratie im dänischen *Folkething* zur zweitstärksten Partei geworden; die Regierungspartei hat 55, die Radikalen haben 11, die Rechte hat 12 Sitze inne.

×

Russland Wie man voraussehen konnte, hat der Einigungsparteitag der russischen Sozialdemokraten, der vor wenigen Wochen in Stockholm abgehalten wurde, die heiss ersehnte Einigung nur formell auf dem Papier, aber nicht *de facto* gebracht. In Wirklichkeit ist die Kluft zwischen den beiden Fraktionen, den Leninianern und den Martowianern, nicht nur nicht kleiner, sondern grösser und vielleicht schon unüberbrückbar geworden. Der Streit der Meinungen wird immer rücksichtsloser, keine Mittel, seien sie noch so bedenklich, werden gescheut, um den *Feind* zu diskreditieren.

Den Kernpunkt aller Differenzen, soweit sie nicht persönlicher Natur sind, bildet die verschiedene Auffassung der jetzigen Situation und der daraus sich ergebenden Taktik. Die Leninianer sind fest davon überzeugt, dass die revolutionären Kräfte des Reiches schon so stark sind, dass es nur einer gewissen Anstrengung und der Entschiedenheit bedarf, um einen Sieg über die Reaktion zu erringen. Sie betrachten deshalb die *Duma* als Hindernis der Revolution, die schon vorhandene revolutionäre Kraft schläfrig mache, sie mit *konstitutionellen Illusionen* speise. Aus dem selben Grunde betrachten sie die Tätigkeit der *Kadetten* und der Martowianer als eine verräterische, die die wichtigsten Interessen der Volksfreiheit preisgibt. Die Martowianer stehen auf fast diametral entgegengesetztem Standpunkte. Ihre Augen sind nicht durch die *revolutionäre* Phrase geblendet, und sie sehen klar, dass die Sammlung der revolutionären Kraft durchaus nicht so weit vor sich gegangen ist, wie es wünschenswert wäre, und wie die Leninianer es behaupten. Sie finden es deshalb unverantwortlich, die Kräfte der bürger-

lichen Opposition von sich und dem Proletariat abzustossen und sie unausgenutzt zu lassen. Ein Kampf gegen die *Duma* ist Kampf für die Regierung, für die Reaktion und isoliert das Proletariat von der gesamten Freiheitsbewegung. Das Proletariat muss die bürgerliche Opposition unterstützen, um auf diese Weise Freiheiten für sich zu erkämpfen, die ihm erst die Möglichkeit geben werden, unter leichteren Bedingungen seinen Kampf für den Sozialismus weiter zu führen.

Man sieht: Zwei entgegengesetzte Auffassungen — eine realistische und eine abenteuerliche — kämpfen mit einander, und eine Verständigung wird leider nicht so bald möglich sein. Fast scheint es unter diesem Gesichtswinkel schon zweckmässiger, dass beide Gruppen sich von einander gänzlich lostrennen, dass jede ihre eigenen Wege wandelt: eine Ansicht, die von nicht vereinzelten russischen Genossen geteilt wird.

× ×

Kurze Chronik Am 26. Mai starb im schweizerischen Orte Emmishofer, der unmittelbar an Constanz grenzt, der Genosse Haug im 74. Lebensjahre. Haug hat unter dem Sozialistengesetz der Partei durch Organisierung und Leitung des Schriftenschmuggels am Bodensee grosse Dienste geleistet. Er verstand es meisterhaft, seine Konterbande allen polizeilichen Schnüffeleien zum Trotz über die deutsche Grenze zu bringen. × In Genf haben bei den Stadtverordnetenwahlen unsere Genossen ihre bisherigen 5 Sitze verloren. × Der grosse Rat des Kantons Bern zählt nur noch 14 Sozialdemokraten gegen 18 vor den Wahlen. × Bei den Gemeinderatswahlen in Seraing (Belgien) siegten sämtliche sozialistische Kandidaten im ersten Wahlgange, und zwar mit grossen Majoritäten. Gewählt sind 9 Sozialdemokraten; 1 Genosse sass bisher schon im Gemeinderat. × Die englische *S. D. F.* hat kürzlich ihr neues Heim, 21a Maiden Lane, Strand, London W. C., bezogen.

× ×

Literatur *Wilhelm Liebknecht, sein Leben und Wirken*: dieses Büchlein Kurt Eisners, entstanden unmittelbar nach dem Tode Liebknechts, war seit längerer Zeit vergriffen. Jetzt hat die *Vorwärts*buchhandlung es dankenswerterweise neu aufgelegt. Es ist ein Bedürfnis, und nicht nur der Pietät, das Bild des *Alten*, der in seinem Lebensgang die Geschichte der Partei verkörperte, vor den Jüngeren neu erstehen zu lassen. Dem Werkchen — das der Verfasser neu durchgesehen und vielfach ergänzt, und das der Verlag geschmackvoll ausgestattet hat — ist daher die weiteste Verbreitung sicher. Der Preis beträgt 1,50 M.; für Vereine u. s. w. kostet eine billige Ausgabe 60 Pf. × Die Autobiographie Peter Krapotkins, die vor einigen Jahren in deutscher Sprache erschien, ist jetzt, unter dem Titel *Memoiren eines russischen Revolutionärs* /Stuttgart, Lutz/, in einer einbändigen Volksausgabe zum Preise von 4 M. erschienen. Wir brauchen auf den Inhalt des prächtigen Werkes hier nicht einzugehen, nachdem dieses bei seinem ersten Erscheinen in den *Sozialistischen Monatsheften* (1900, pag. 733 ff.) in ausführlicher Weise gewürdigt worden ist.

HUGO POETZSCH

Gewerkschaftsbewegung

Gerichtliche Verfügung Im April vorigen Jahres wurden auf der Tagung des *Verbandes der Lithographen und Steindrucker* und des *Senefelderbundes* diese beiden Organisationen zu einer einzigen verschmolzen, unter Weiterführung des Namens *Deutscher Senefelderbund* (vergl. *Sozialistische Monatshefte*, 1905, II. Bd., pag. 708). Mit dieser Verschmelzung, die vorher auch von der Mehrheit der Mitglieder des *Senefelderbundes* durch Urabstimmung gebilligt worden war, und die eine bedeutende Stärkung der gewerkschaftlichen Position der Lithographen bedeutete, waren schon aus letzterem Grunde 31 Mitglieder dieser Organisation nicht einverstanden, und sie erhoben deshalb gegen die Verschmelzung des Bundes mit dem Lithographenverband und deren Ausdehnung auf die Gewerkschaftskasse gerichtliche Klage. Das Landgericht gab auch dieser Klage teilweise statt, das heisst, es erklärte, dass die Satzungen, soweit sie die Ausdehnung der Zwecke des Bundes auf eine Gewerkschaftskasse betreffen, ungültig seien, bezeichnete es aber als eine Pflicht der Kläger, den für Unterstützungszwecke vom Bund festgestezten Beitrag zu bezahlen. Diesem gewerkschaftsfeindlichen Urteil trat auch das Oberlandesgericht bei; es liess zwar die Gewerkschaftskasse bestehen und anerkannte auch die Zahlungspflicht aller Mitglieder für diese, nahm aber seinerseits verschiedene die Entwickelung

und gewerkschaftliche Wirksamkeit des Bundes schädigende Einschränkungen vor. Noch ehe das von der Bundesleitung angerufene Reichsgericht in der Sache urteilen konnte, erwirkten die 31 Kläger vom Gericht eine einstweilige Verfügung gegen den Bund, wonach diesem die gewerkschaftliche Tätigkeit unterbunden werden soll. Begründet ist dieses Vorgehen damit, dass infolge einer grossen Aussperrung der Bund grosse Geldmittel braucht, und dass darum die Gefahr besteht, dass nicht nur die Gelder der Gewerkschaftskasse, sondern auch die der Unterstützungskasse verwendet werden. In dem Statut des Bundes heisst es aber ausdrücklich, dass die Kassen getrennt geführt werden, und dass das Vermögen dieser Kassen unteilbar ist.

Es mag zur Charakteristik des Vorgehens der 31 Kläger dienen, wenn wir noch sagen, dass der *Senefelderbund* zurzeit eine schwere Aussperrung, die ein Viertel seiner Gesamtmitgliedschaft umfasst, abzuwehren hat, und dass die aussperrenden Unternehmer der Klage gegen den Bund nicht ganz fernstehen. Wohl selten ist ein solch niederträchtiger Streich gegen eine Organisation geführt worden, doch dürfte er kaum zur Kampfunfähigkeit der gewerkschaftlich organisierten Lithographen führen. Die Leitung des Bundes macht bekannt, dass die gerichtliche Verfügung auf die Lohnbewegung keinen Einfluss hat, und bereits ist eine Kommission gewählt worden, die ausschlieslich die Bewegungen des Bundes leiten soll.

Der Vorfall zeigt uns auch, wessen wir eventuell uns zu versehen haben werden bei den deutschen Gerichten, wenn das mehrfach angekündigte Gesetz zur Regelung der Rechtsfähigkeit der Berufsvereine zur Tatsache wird.

× ×

Metallindustrie. In der deutschen Metallindustrie fordert das Aussperrungsfieber des Scharfmachertums neue Opfer. Diese Elemente sind anscheinend unbelehrbar, sonst hätten sie nach den zahlreichen Aussperrungen des letzten Jahres eingesehen, dass diese Kampftaktik die Unternehmer niemals zum Ziele ihrer Wünsche, zur Zerschmetterung der Arbeiterorganisationen, führen kann, da noch jede Aussperrung für die betroffene Gewerkschaft eine Quelle neuer Kräfte bedeutete. So haben die im *Gesamtverband deutscher Metallindustrieller* organisierten Scharfmacher vor kurzem gegen den Metallarbeiterverband aufs neue eine Aussperrungsaktion in Szene gesetzt, und sie haben sich bei dieser Gelegenheit eine gründliche Blamage zugezogen. Die im Metallarbeiterverband organisierten Former, eine trotz ihrer schweren und verantwortungsvollen Arbeit recht ungünstig gestellte Arbeiterkategorie, traten vor einigen Monaten in eine allgemeine Lohnbewegung ein. Es waren bescheidene Forderungen, die sie stellten, und es wäre der stark beschäftigten und mit Riesenprofiten arbeitenden Metallindustrie ein leichtes gewesen, sie zu bewilligen. In Württemberg, Baden, in Frankfurt a. M.-Offenbach, Aachen, Düsseldorf und anderen bedeutenden Metallindustrieorten kam es auf der Grundlage dieser Forderungen auch zu einer Einigung zwischen den Arbeitern und Unternehmern, nur in den Bezirken Breslau, Dresden, Braunschweig und Hannover kam es, und zwar wesentlich gerade unter dem Einfluss an der Giessereiarbeiterbewegung gar nicht beteiligter, scharfmacherischer Metallindustrieller zu Streiks und zu einer Massenaussperrung in den Metallindustriebetrieben beschäftigter Arbeiter. Damit nicht genug, trat am 2. Mai der *Gesamtverband deutscher Metallindustrieller* in Aktion; er beschloss, am 10. Mai 320 000 Metallarbeiter, und zwar vorzugsweise Mitglieder des Metallarbeiterverbandes, auszusperren, falls bis an diesem Tage die streikenden Giessereiarbeiter nicht an ihre Plätze zurückgekehrt seien. Mit grossem Tamtam wurde dieser Beschluss von der gesamten *gutgesinnten* Presse verkündet; als aber die gewünschte Wirkung ausblieb, als insbesondere der Metallarbeiterverband keine Miene machte, zu Kreuze zu kriechen, da wurde dieser Beschluss von der selben Presse wieder lebhaft dementiert, da wollten die Herren Scharfmacher am 12. Mai auf einmal nur 30 % ihrer Arbeiter kündigen. Auch dieser Beschluss wurde wieder korrigiert, einmal, weil er wohl gar nicht ernst gemeint war, dann aber, weil dem *Gesamtverband* jede Möglichkeit fehlte, ihn durchzuführen; denn namhafte Unternehmervereinigungen verweigerten ihm ihre Gefolgschaft, sie lehnten es ab, wegen so geringfügiger Forderungen, die in ihren Betrieben längst durchgeführt waren, eine solche Aussperrungsaktion mitzumachen. So beschloss der *Gesamtverband* schliesslich, die Aussperrung,

und zwar von 60 % aller in den Verbandsbetrieben beschäftigten Arbeiter, erst am 2. Juni durchzuführen. Mittlerweile waren aber die so aussperrungswütigen Unternehmer in Dresden, Braunschweig, Dresden und Hannover, wohl auch gewitzigt durch den Widerstand, den sie mit ihren Scharfmacherplänen im eigenen Lager hervorgerufen hatten, den Arbeitern recht weit entgegengekommen, und die Differenzen in diesen Bezirken wurden beigelegt. In Breslau tobte der Kampf noch weiter, von einer Aussperrung wurde aber nicht mehr gesprochen, die Scharfmacher haben an der erlittenen Blamage wohl für einige Zeit genug. Hatten doch ohnedies die Metallindustriellen wichtiger Bezirke die Kündigungen für den 2. Juni nicht vollzogen. Jedenfalls weiss man jetzt, wie man die Drohungen der Scharfmacher einzuschätzen hat.

× ×

Kongresse und Verbandstage Auch im Monat Mai hielten noch eine ganze Reihe von Organisationen ihre Verbandstage ab. Zunächst die Schmiede am 13. bis 19. Mai in Berlin. Der Anschluss an den Metallarbeiterverband wurde mit grosser Mehrheit abgelehnt. Beschlossen wurde Einführung einer Erwerbslosen-, einer Umzugs- und einer Sterbefallunterstützung und Erhöhung des Beitrages von 30 respektive 20 auf 55 respektive 35 Pf. Den wegen der Maifeier Gemassregelten wird vom 5. Mai ab eine Gemassregelten- oder eine Erwerbslosenunterstützung gezahlt. Das Grundgehalt der Beamten wurde auf 1800 M. normiert, es steigt jährlich um 50 M. bis zur Höchstgrenze von 2300 M.

Die Holzarbeiter tagten vom 20. bis zum 27. Mai in Cöln. Der wichtigste Beschluss ist die Einführung einer Krankenunterstützung und die Erhöhung des Beitrages von 35 auf 50 Pf. Unter bestimmten Voraussetzungen soll den infolge der Maifeier gemassregelten Kollegen von der zweiten Woche ab die Gemassregeltenunterstützung gewährt werden. Einstimmig sprach sich der Verbandstag für die Arbeitsruhe am 1. Mai aus. Im Verbandsbureau sollen 4 Beamte, ferner sollen 5 Gaubeamte neu angestellt werden. Die Gehälter der Beamten wurden aufgebessert, und zwar erhalten künftig die Vorstandsbeamten 2400 M., steigend um 120 jährlich bis 3000 M., die Gaubeamten 2100 bis 2600 Mark, die Hilfsarbeiter 2000 bis 2400 M. Auf dem Verbandstag der Handlungsgehilfen, welcher am 4. und 5. Juni in Chemnitz tagte, wurden wichtige Statutenänderungen nicht beschlossen; nur die Stellenlosenunterstützung wurde etwas verbessert. Mit den verwandten Organisationen sollen Kartellverhältnisse angebahnt werden.

Ausserordentlich wichtig war der 4. Verbandstag der Gemeindearbeiter, der vom 27. Mai bis 1. Juni in Mainz stattfand, weil er entscheiden sollte, ob die Organisation sich den in den modernen Gewerkschaften geltenden Grundsätzen anpassen und sich dem Beschlusse der Gewerkschaftsvorstände in Sachen seiner Grenzstreitigkeiten mit den Organisationen der Steinsetzer, Gärtner, Handels- und Transportarbeiter und Hafenarbeiter fügen werde. Beides ist geschehen, so dass dem ferneren Anschluss der Gemeindearbeiter an die *Generalkommission* erfreulicherweise nichts im Wege steht. Der Beitrag wurde von 20 respektive 15 auf 35 respektive 25 Pf. erhöht, und eine Erwerbslosenunterstützung eingeführt. Die Gehälter der Vorstandsmitglieder wurden normiert auf 2400 bis 3000 M., die der Gauleiter auf 2100 bis 2600 M., die der Hilfsarbeiter auf 1600 bis 2100 M., steigend jährlich um 100 M. Dem Verbandstag ging eine Konferenz der Krankenwärter voraus, und er wurde beschlossen mit einer Konferenz der Gasarbeiter, die vorzugsweise berufliche organisatorische Fragen behandelten.

Die Konditoren, die am 4. und 5. Juni in Hamburg tagten, beschlossen Erhöhung der Beiträge von 40 respektive 15 auf 50 und 20 Pf. und einige Verbesserungen der bestehenden Unterstützungseinrichtungen.

Schliesslich ist noch eine Zieglerkonferenz bemerkenswert, die während der Pfingsttage in Magdeburg stattfand. Sie beschäftigte sich eingehend mit den Verhältnissen der Ziegeleiarbeiter. Von der Gründung einer besonderen Organisation für diesen Beruf wurde abgesehen, die Ziegler sollen künftig einheitlich im Fabrikarbeiterverband organisiert werden, an den das Ersuchen erging, auf seinem nächsten Verbandstag die Anstellung eines mit den Verhältnissen der Ziegler vertrauten Agitators und Organisators zu vollziehen.

× ×

Jubiläen Am 20. Mai hat der deutsche Buchdruckerband, neben dem Tabakarbeiterverband die älteste deutsche

Gewerkschaft, da Fest seines 40jährigen Bestehens feiern konnen. Am 20. Mai 1866 fand der erste deutsche Buchdruckertag statt, auf dem die Gründung des Verbandes vollzogen wurde. In diesen 40 Jahren hat der Verband schwere Kämpfe durchzuführen gehabt, es sei nur an die grosse Aussperrung im Jahre 1873 und an den Neunstundenkampf im Jahre 1891 erinnert. Er hat es verstanden, die Arbeitsverhältnisse in der Buchdruckindustrie entscheidend zu beeinflussen, und ist nach dieser Richtung heute noch mustergültig für die deutsche Gewerkschaftsbewegung. Grosses hat dieser Verband aber vor allen Dingen auf dem Gebiete des Unterstützungswesens geleistet, was allein schon aus der Tatsache erhellt, dass er bis Ende 1905 verausgabte an Arbeitslosen- und Reiseunterstützung 10 653 822 M., an Invalidenunterstützung 2 489 963 M., an Kranken- und Sterbefallunterstützung 9 564 689 M. Zurzeit steht der Verband, der 44 000 Mitglieder zählt, in einer Tarifbewegung. Und zu Pfingsten waren 25 Jahre seit Gründung des Bildhauerverbandes verflossen. Auch diese Organisation, die zurzeit 4875 Mitglieder zählt, hat sowohl auf dem Gebiete des wirtschaftlichen Kampfes, wie des Unterstützungswesens grosse Erfolge erzielt, und sie bewährte sich vor allem in den letzten Jahren, in denen das Bildhauergewerbe so schwer daniederlag.

× ×

Kurze Chronik Der Metallarbeiterverband erhebt infolge der schweren Kämpfe, die er zu führen hat, einen Extrabeitrag von 25 Pf. pro Woche, der Fabrikarbeiterverband auf die Dauer von 5 Wochen einen Extrabeitrag von 20 respektive 30 Pf., der Seemannsverband eine einmalige Extrasteuer von 4 M., der Töpferverband für die Dauer einer von den Unternehmern angekündigten Aussperrung einen doppelten Wochenbeitrag. × Im Kürschnerverband haben sich bei der Urabstimmung 1241 Mitglieder für Erhöhung des Beitrages und Einführung der Kranken- und Sterbefallunterstützung, und nur 238 dagegen ausgesprochen. × Im Malerverband wurde die Einführung der Arbeitslosenunterstützung durch Urabstimmung mit 15 640 gegen 4739 Stimmen abgelehnt. × Der Holzarbeiterverband gibt seit 15. Mai ein der fachtechnischen und künstlerischen Fortbildung seiner Mitglieder gewidmetes *Fachblatt für Holzarbeiter* heraus. Es erscheint monatlich einmal und wird zum Preise von 1 M. pro Quartal an die Mitglieder abgegeben. ERNST DEINHARDT

Genossenschaftsbewegung

Arbeitsbedingungen Eine der wertvollsten Veröffentlichungen, die der *Zentralverband deutscher Konsumvereine* während seines 3jährigen Bestehens veranstaltet hat, ist in dem vom Verbandssekretär H. Kaufmann bearbeiteten statistischen Werk *Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse genossenschaftlicher Angestellter und Arbeiter* erschienen. Es ist eine Zusammenstellung des eingehendsten authentischen Materials über die Arbeitsverhältnisse in nahezu sämtlichen dem *Zentralverband* angeschlossenen Konsumgenossenschaften. Wir berichteten bereits über die im Herbst vorigen Jahres vom Verbandssekretariat veranstalteten statistischen Erhebungen, die die Grundlage für die Schaffung weiterer Tarifverträge bilden sollten. Von den befragten Vereinen haben 774 mit 8611 Angestellten geantwortet, 63 mit 99 Angestellten, also eine verschwindende Minorität, haben keine Auskunft gegeben. Die zu beantwortenden Fragen erstreckten sich einmal auf allgemeine lokale Verhältnisse, Grösse, innere Organisation des Vereins und zweitens auf die besonderen Arbeitsverhältnisse der verschiedenen Angestellten- und Arbeiterkategorieen. Es war Auskunft zu geben über Mindest- und Höchstdauer der Arbeitszeit, Überstunden, Pausen, Sonntagsarbeit, Ferien, Ladenschluss, Anfangs- und Höchstgehalt, Mankovergütung, Versicherungsbeiträge und anderes mehr.

In der vorliegenden Zusammenstellung sind die Vereine der besseren Übersicht und Beurteilung halber nach Grösse und Betriebsintensität in 6 Gruppen geteilt, und in jeder dieser Gruppen sind wiederum die Vereine zusammengestellt, die in Orten mit gleichen Lokalzuschlägen nach dem Buchdruckertarif liegen. Vereine, die unter gleichen inneren und äusseren Bedingungen arbeiten, sind also zusammengefasst, eine zweifellos sehr praktische Einteilung. Jede Arbeiterkategorie ist für sich behandelt, und am Schlusse jedes Abschnittes ist eine Zusammenstellung der Ergebnisse gegeben, die allerdings noch die Gruppeneinteilung der Vereine bestehen lässt. Hier wäre, um eine vollkommene Übersicht zu gestatten, eine noch engere Zusammen-

ziehung empfehlenswert gewesen. Auch vermissen wir Angaben darüber, inwieweit die Arbeitsverhältnisse den bis jetzt zwischen *Zentralverband* und Gewerkschaften abgeschlossenen Tarifverträgen entsprechen.
Eine, auch nur auszugweise erfolgende Wiedergabe der Zusammenstellungen ist in Anbetracht des Missverhältnisses zwischen dem Stoff — es handelt sich um 20 verschiedene Kategorieen! — und dem uns hier zur Verfügung stehenden Raum undenkbar. Wir können deshalb nur allen sich für die Materie interessierenden Personen und vor allen Dingen den verschiedenen Arbeiterkorporationen und Bibliotheken empfehlen, sich das viel bietende Werk selbst anzuschaffen. Jedenfalls wird durch diese Veröffentlichungen bestätigt, was von genossenschaftlicher Seite stets den sich auf einzelne Vorkommnisse stützenden Anklagen aus gegnerischem und auch aus Partei- und Gewerkschaftslager geantwortet wurde: dass nämlich die Arbeitsverhältnisse in den Konsumvereinen im allgemeinen jeden Vergleich mit den in Privatunternehmungen aushalten, ja meist sogar einen gewaltigen Fortschritt darstellen. Am eklatantesten ist wohl der Unterschied zwischen privaten und genossenschaftlichen Bäckereibetrieben. Man weiss, dass der gesetzlich als Maximum vorgeschriebene 12stündige Arbeitstag für die Gesellen in Privatbäckereien sehr häufig nur auf dem Papier steht, dass Arbeitszeiten bis zu 17 Stunden vorkommen. Demgegenüber stellt sich die Arbeitszeit der in Konsumvereinen beschäftigten Bäckergesellen folgendermassen: von 696 Gesellen hatten 383, also mehr als die Hälfte, eine Arbeitszeit von 45 bis 48¾ Stunden pro Woche, 230 eine solche von 50 bis 60, 64 63 bis 72 und 19 über 72 bis zu 80 Stunden. Die letztgenannten Fälle bedürfen natürlich einer raschen Abhilfe. Auch die Gehaltsverhältnisse sind, ganz abgesehen davon, dass hier das Kost- und Logisunwesen selbstverständlich nicht besteht, im Durchschnitt weit günstigere, als in Privatbäckereien: 88 % aller Gesellen erreichen Monatsgehälter von 100 M. und darüber, 13½ % 125 M. und darüber, und 9 % 150 bis 175 M.
Dass auch noch Missstände vorhanden sind, wie besonders die übermässig lange Arbeitszeit vieler Lagerhalter, die freilich meist keine intensive Arbeit bedingt, aber doch durch Mittagsladenschluss behoben werden könnte, soll nicht geleugnet werden. Das vorliegende Werk gibt zu ihrer Beseitigung durch Tarifverträge und Druck der öffentlichen Meinung die beste Grundlage.

× ×

Besteuerung Während in Preussen die eingetragenen Konsumgenossenschaften mit offenem Laden Einkommensteuer zu zahlen haben, waren bis jetzt die nichteingetragenen Konsumvereine von dieser Verpflichtung befreit. Das würde bei der allgemeinen Bedeutungslosigkeit dieser letzteren wahrscheinlich gar nicht aufgefallen sein, wäre nicht gerade der grösste deutsche, der Breslauer Konsumverein, zufällig solch freier Verein. Dieser Verein mit seinen Millionenumsätzen und -gewinnen (vergl. die Rundschau im vorigen Bande, pag 441) ist naturgemäss seit jeher den Mittelständlern im allgemeinen und dem ansässigen Breslauer Händlertum im besonderen ein Dorn im Auge. Obwohl im vergangenen Jahr mit Gewerbe- und sonstigen Steuern in Höhe von 37 453 M. belastet, musste er stets als Schulbeispiel dienen, wenn gegen die angebliche Steuerfreiheit der Konsumvereine Sturm gerannt wurde. Auch der am 9. Mai im preussischen Abgeordnetenhaus beratene Antrag des nationalliberalen Abgeordneten Lusensky zum Gesetzentwurf, betreffend Abänderung des Einkommensteuergesetzes, ist eigentlich eine *lex Breslau*. Wenigstens wurden die Breslauer Verhältnisse in erster Linie zu seiner Rechtfertigung herangezogen. Der Antrag will der Ziffer 5 des § 1, der die Einkommensteuerpflichtigen aufzählt, folgende Fassung geben: »Vereine, einschliesslich eingetragene Genossenschaften, zum gemeinsamen Einkaufe von Lebens- oder hauswirtschaftlichen Bedürfnissen im grossen und Ablass im kleinen, auch wenn ihr Geschäftsbetrieb nicht über den Kreis ihrer Mitglieder hinausgeht«. Diese Fassung weicht von der bisherigen in 3 Punkten ab: 1. werden auch die nicht eingetragenen Vereine hinzugezogen, 2. ist das Kriterium des offenen Ladens, das ursprünglich wiederum ein Ersatzkriterium für den Verkauf an Nichtmitglieder war, und das den Genossenschaften eine Möglichkeit bot, sich der Steuer zu entziehen, fallen gelassen, und 3. wird durch das Wort *hauswirtschaftlich* ein Ausnahmezustand konstituiert zu gunsten der Rohmaterialien (nebenbei aber auch Wirtschaftsbedürfnisse!) einkaufenden Handwerker- und landwirtschaftlichen Ge-

nossenschaften. Dass diese mittelstandsfreundlichen Genossenschaften um jeden Preis geschützt werden müssten, wurde von allen Rednern unverhohlen zugegeben. Nur der freisinnige Genossenschaftsanwalt Dr. Crüger forderte gleiches Recht oder Unrecht für alle mit Ausnahme — seines Schosskindes, der Kreditgenossenschaften. Der Antrag, durch den die eingetragenen Konsumgenossenschaften auch gegenüber dem Privatgewerbe schwer benachteiligt werden, da ihnen die gleichen Pflichten auferlegt werden, ohne dass sie die gleichen Rechte besitzen, wurde mit grosser Majorität angenommen. Ein Antrag Hammer, der eine ähnliche Änderung hinsichtlich des Kommunalabgabengesetzes vornehmen will, wurde am 14. Mai einer Kommission überwiesen.
Steinchen in den Weg des Rades der Entwickelung!

×

Schweiz Das Jahr 1905 bedeutete insofern ein Merkjahr für die schweizerische Konsumvereinsbewegung, als in ihm diese Bewegung sich nunmehr über alle Kantone ausgebreitet hat. Kein Kanton ist jetzt mehr ohne Konsumvereine, und auch der *Verband schweizerischer Konsumvereine* besitzt jetzt in allen Kantonen Mitglieder. Die Zahl der ihm im letzten Jahre beigetretenen Vereine betrug 20, der ihm am Jahresschlusse angehörenden 204. Die engere Fühlung mit diesen Vereinen wurde durch 10 Kreiskonferenzen aufrecht erhalten.
Das Verbandssekretariat hat eine Erweiterung erfahren durch Anstellung eines deutschen und eines französischen Adjunkten. Es beschäftigte Ende 1905 12 Personen. Seine Hauptaufgabe ist die Herausgabe der Genossenschaftszeitungen. Das eigentliche Fachblatt, der *Schweizerische Konsumverein*, wird gegenwärtig in 3000 Exemplaren gelesen. Das *Genossenschaftliche Volksblatt* erhöhte seine Auflage von 64000 auf 70000 Exemplare, eine kolossale Ziffer, besonders wenn man das kleine Verbreitungsgebiet des Blattes, die deutschsprechende Schweiz, in Betracht zieht. Daneben erscheint dann noch eine französische Ausgabe, *La Coopération*, in 7600 Exemplaren. Und endlich gibt das Sekretariat seit Dezember 1905 noch ein kleines monatlich einmal erscheinendes Blättchen für das italienische Sprachgebiet heraus, *La Cooperazione*, das bis April 800 Leser zählte. Ausserdem veranstaltete das Sekretariat 38 Lichtbilder- und andere Vorträge. Der Absatz an kleinen und grösseren Propagandaschriften im Laufe des Jahres betrug 9850 Exemplare.
Die Zentralstelle hat wieder gewaltige Fortschritte gemacht. Ihr Umsatz stieg von 7673238 fr. in 1904 auf 9143129 fr., er wurde im Verkehr mit 204 Verbands- und 25 Nichtverbandsvereinen erzielt. Eine bemerkenswerte Neuerung ist das seit dem 1. Oktober 1905 eröffnete Laboratorium, das von Oktober bis Dezember 149 Warenuntersuchungen vorzunehmen hatte, von denen 37 zu Beanstandungen Ursache gaben. Nach Verteilung von 38698 fr. Rückvergütung an die Vereine vor Abschluss der Jahresrechnung ergibt sich ein Geschäftsüberschuss von 87140 fr. Die Verwaltung beantragt, davon 40838 fr. zu Abschreibungen zu verwenden, 30000 fr. dem Verbandsvermögen und 10000 fr. der Unterstützungskasse zuzuweisen.
Die am 12 und 13. Mai dieses Jahres in Bern abgehaltene Delegiertenversammlung des Verbandes, die von 300 Delegierten und einer grossen Anzahl in- und ausländischer Gäste besucht war, gab dieser Verteilung ihre Zustimmung und billigte ausserdem der Verbandsdirektion 3000 fr. für ihre Mühewaltung zu. Der wichtigste Beschluss des Kongresses betraf die Errichtung eines grossen Lagerhauses in Pratteln, für dessen Bau ein Kredit von 450000 fr. genehmigt wurde. Des weiteren billigte die Versammlung die seitherige Politik des Verbandsvorstandes gegenüber dem Lebensmittelpolizeigesetz, indem sie mit einer Majorität von über 100 Stimmen einen Antrag annahm, durch den der Verband zu einer energischen Stellungnahme gegen dieses konsumentenfeindliche Gesetz verpflichtet wird.
Es ist nicht das erste Mal, dass die schweizerischen Konsumgenossenschafter aktiv in die Wirtschaftspolitik ihres Landes eingreifen. Es geschah das bereits — mit negativem Erfolge — beim Zolltarifentwurf und bei kleineren Anlässen. Möge es dem vereinten Machtansturm der organisierten Konsumenten diesmal gelingen, ein der Entwickelung des Landes schädliches Gesetz beim Referendum zu Fall zu bringen!

×

Kurze Chronik Auf dem süddeutschen Verbandstage der Konsumvereine wurde festgestellt, dass heute die württembergischen

Konsumvereine bereits ein Viertel ihrer Verkaufsgegenstände von landwirtschaftlichen Genossenschaften beziehen. ✕ Auf der Mailänder Ausstellung ist auch das Genossenschaftswesen, und zwar in der Abteilung *Previdenza,* vertreten. Es haben ausgestellt Hilfskassen, Konsum-, Produktiv-, Wohn-, Arbeits- und landwirtschaftliche Genossenschaften; vertreten sind die Länder Italien, England, Frankreich, die Schweiz und Belgien. ✕ Die finnische Grosseinkaufsgesellschaft, die mit Juni vorigen Jahres ihre geschäftliche Tätigkeit begann, hatte in dem ersten 6 Monate zählenden Geschäftsjahr im Verkehr mit 27 Verbands- und 96 Nichtverbandsvereinen einen Umsatz von rund 1 Mill. M., bei dem ein Überschuss von 17 000 M. erzielt wurde. GERTRUD DAVID

Sozialpädagogische Bewegung

Universitätsausdehnung Anton Menger sagte einmal, dass das soziale Ideal der Universitäten nur in der weitesten Verbreitung des Wissens bestehen könne, und in Wien wird denn auch diese Anschauung in alleroffiziellster Form betätigt. Die seit 10 Jahren dort eingerichteten volkstümlichen Kurse werden von einem Ausschuss der Universitätsbehörden geleitet, und auf diese Weise übt die Universität einen direkten geistigen Einfluss auf weitere Kreise der Bevölkerung. Rein theoretisch mag man nun der Meinung sein, hiermit habe Wien Berlin ein nachahmenswertes Beispiel gegeben, und wir befänden uns hierzulande in einem nun endlich wettzumachenden Rückstand. Praktisch muss man aber sagen, dass es bei der bekannten politischen Gesinnungstüchtigkeit der Berliner Universitätsbehörden schon besser ist, wenn sie sich nicht weiter bemühen. Vollkommene politische Unparteiischkeit und Vorurteilslosigkeit muss bei der Leitung solcher Kurse oberster Grundsatz sein. Allem Anscheine nach fehlt es daran nicht in Wien, in Berlin könnte es sehr leicht daran fehlen. Darf man in Wien nach Menger mit der Möglichkeit rechnen, dass durch die Einrichtung der Hochschulkurse die Universität in der Beeinflussung der Volksmassen allmählich in Wettbewerb mit der Kirche treten kann — in einen Wettbewerb also, der ganz dem inneren Wesen der Wissenschaft entspricht —, so dürfte bei der Geistesverfassung hiesiger Professorenschaft ein Wettbewerb mit der Sozialdemokratie — also ein von aussen her bestimmter — das Ideal sein. Dazu aber genügt schliesslich auch der Privatcharakter tragende *Verein für volkstümliche Kurse von Berliner Hochschullehrern.*

Die Berichte der Wiener Universitätskanzlei sind vor allen ähnlichen Berichten dadurch ausgezeichnet, dass sie eine weitverzweigte Statistik bringen, eine ganze Reihe von Tabellen, die dem Interessenten nach allen Richtungen hin Auskunft erteilen, wobei allerdings hinzugefügt werden muss, dass auch diese so eingehende Statistik einen fragmentarischen Zug aufweist, weil nur ein Teil des Publikums die ihm vorgelegten Fragebogen und Nationale beantwortet. Von den Resultaten dieser Statistik, insbesondere von der Untersuchung über den Nutzen der Hochschulkurse war in den *Sozialistischen Monatsheften* (1904, I. Bd., pag. 499) die Rede, und schon dort wurde hervorgehoben, dass für den weitaus grössten Teil der Arbeiterschaft diese, wie andere volkstümliche Hochschulkurse leider nicht in Betracht kommen, dass dieser vielmehr bei den Mängeln der Volkschulbildung vorläufig zu seiner Weiterbildung auf Elementarkurse angewiesen ist. Die neueren Berichte und Statistiken der Wiener Universitätskurse scheinen diese Annahme zu bestätigen, denn der Prozentsatz der (wirtschaftlich) nicht selbständigen Personen ist sich während der 10 Jahre nahezu gleich geblieben, was in dem Bericht mit Recht als die »auffallendste Tatsache« bezeichnet wird. Rechnet man die gewerblichen Gehilfen (Arbeiter), die Angestellten in Handel und Gewerbe, ihre Angehörigen und die Handels- und Gewerbeschüler zusammen, so sind es 1895-1896 bis 1897-1898 47,7 %; 1898-1899 bis 1900-1901 54,4 %; 1901-1902 bis 1904-1905 53,3 %; total in 10 Jahren also 52,2 % — wobei auf gewerbliche Gehilfen und Lehrlinge 29,4 %, auf Angestellte und Privatbeamte 18,8 % entfallen. Ausserhalb Wiens ist die Beteiligung der Arbeiter allerdings stärker, hier haben sie, wie der Bericht sagt, eine besonders energische Agitation für die Kurse entfaltet. Da aber hier etwa 30 % der ausgegebenen Fragebogen ohne Berufsangabe zurückkamen, ist das Bild ein recht undeutliches. Es verzeichnet indessen einen Rückgang. Die Nichtselbstständigen betragen 1898-1899 bis 1900-1901 60,1 %; 1901-1902 bis 1904-1905 53,0 %, dabei sanken speziell die gewerblichen Gehilfen und Lehrlinge von 49,6 auf 36,9. Über die Beteiligung der

landwirtschaftlichen Bevölkerung an den Kursen ausserhalb Wiens schweigt der letzte Bericht, der für 1898-1899 bis 1900-1901 erwähnte noch eine solche von nicht viel mehr als 1 %.

✕ ✕

Berliner Volkschor Der 2. Jahresbericht dieser Vereinigung, die im Februar 1904 gegründet wurde, liegt vor. Bis vor wenigen Jahren wusste man wenig oder nichts von einer Pflege der Musik innerhalb der Arbeiterschaft der Grossstädte. Eine Änderung trat damals ein, indem sich in mehreren Städten Deutschlands gemischte Chöre aus Arbeitern und Arbeiterinnen bildeten, die es unternahmen, grössere Chorwerke mit Orchester zu möglichst billigen Eintrittspreisen für die Angehörigen der Arbeiterklasse aufzuführen. Derartige Chöre bildeten sich in Barmen, Dresden, Frankfurt a. M. und anderwärts. Besonders in Dresden war die Bewegung von Erfolg begleitet, die dortige *Volkssingakademie* ist jetzt mit etwa 450 singenden und etwa 1000 zuhörenden Mitgliedern der grösste gemischte Chor Deutschlands.

Der *Berliner Volkschor* durfte selbstverständlich von Anfang mit Sicherheit auf einen bedeutenden Zuwachs an Mitgliedern rechnen, aber diese Hoffnung ist auch im zweiten Jahre nicht in dem zu erwartenden Masse in Erfüllung gegangen. Zwar ist die Zahl der Konzertbesucher auf 12000 gestiegen (gegen 8000 im Vorjahre), aber es haben sich »nur überraschend Wenige« veranlasst gesehen, dem Chor als Mitglieder beizutreten, obwohl hierzu, wie der Bericht sagt, weder Notenkenntnis, noch besonders gute Stimme erforderlich ist. Die Aufführungen — unter anderem Haydns *Jahreszeiten* — fanden bei Publikum und Kritik grossen Beifall, und man kann wohl sagen, der Verein befindet sich auf dem allerbesten Wege zur Lösung, wenn auch nicht der finanziellen, so doch der künstlerischen Seite des wichtigen Problems, dem arbeitenden Volke die Freude an der Ausübung der Gesangeskunst zu erobern. Es wäre sehr zu bedauern, wenn die Bemühungen des Dirigenten und Vereinsleiters Dr. Zander an dem Widerstande der misslichen äusseren Verhältnisse scheitern müssten, aber zieht man alles in Betracht, so darf man doch annehmen, was die Arbeiterschaft in Dresden und anderswo konnte, das kann sie in Berlin auch. Umsomehr muss man zu dieser Annahme gelangen, wenn man sieht, wie sich sehr hervorragende Solokräfte der sozialpädagogisch so überaus guten Sache in selbstlosester Weise zur Verfügung stellen. Jetzt hat sich sogar das gefeierte Joachim-Quartett bereit erklärt, für den *Volkschor* einen Kammermusikabend zu veranstalten.

✕ ✕

Charlottenburg: *Freie Volksbühne* Auch dieser junge Verein hat vorerst noch um seine Existenz zu ringen. Er ist eine Nachbildung der grossen Berliner Volksbühnen und wurde von den dem Charlottenburger *Volkshause* nahestehenden Arbeiterkreisen im März 1905 gegründet. Ungeachtet ganz besonders schwieriger Verhältnisse — bisher stand kein Theater, sondern nur die Saalbühne des *Volkshauses* zur Verfügung —, kamen schon im ersten Geschäftsjahre höchst achtenswerte künstlerische Leistungen zu stande. Von den Vorstellungen heben wir hervor: Schnitzlers *Liebelei*, Ibsens *Gespenster*, Shaws *Schlachtenlenker*, Gorkijs *Nachtasyl*, Hartlebens *Sittliche Forderung*. Die Generalversammlungen am 2. November und 29. Februar brachten die Geschäfts- und Kassenberichte. Danach war das Interesse für den Anfang nicht allzu gering, und der Verein konnte bei sehr vorsichtiger und sparsamer Geschäftsführung mit einem Bestand von ungefähr 500 Mitgliedern ohne alle fremde Unterstützung über Wasser gehalten werden. Neuerdings hat der Verein durch das gewaltsame Eindringen der Polizei in die geschlossene Vereinsvorstellung vom 16. März und deren Inhibierung eine empfindliche Störung seiner Tätigkeit erleiden müssen. Augenblicklich schwebt das gegen diese, durch nichts gerechtfertigte Massnahme eingeleitete Verwaltungsstreitverfahren.

Die Charlottenburger *Freie Volksbühne* hat aber trotzalledem begründete Aussicht, zu gedeihlichem Leben aufzublühen. In Gestalt des im Bau begriffenen Charlottenburger *Schillertheaters* ist ihr ein Stern am Horizont erschienen, auf den sie auch sogleich Kurs genommen hat. Mit dieser Bühne hat der Verein ein Abkommen getroffen, das mit Januar 1907 in Kraft tritt. Alsdann wird es nicht lange mehr an der bisher noch nicht genügenden Mitgliederzahl fehlen.

✕ ✕

Kurze Chronik In richtiger Erkenntnis der Tatsache, dass es um die Erziehung der noch nicht schulpflichtigen Proletarierkinder min-

destens ebenso schlecht bestellt ist, wie um die der schulpflichtigen, und dass die bestehenden Erziehungsstätten ausnahmslos das Bestreben aufweisen, die Seele der Arbeiterkinder vom zartesten Alter an mit Anschauungen zu erfüllen, wie sie den herrschenden Klassen erwünscht sind, hat eine kleine Gruppe sozialistischer Frauen in Charlottenburg einen nach modernen Grundsätzen geleiteten Kindergarten begründet, eine Erziehungsstätte, die von jeder religiösen und politischen Beeinflussung frei bleiben soll. Für das neue Unternehmen, dem man anderwärts nur Nachahmung wünschen kann, weil es einem argen Missstande abhelfen will, zeigt sich bereits lebhaftes Interesse, in den Kreisen, für die es begründet ist; es wird von Frau Toni Sussmann geleitet. ✕ Dem *Arbeiterabstinentenbund*, welcher sich an der die Schäden des Alkoholismus darstellenden, mit der amtlich eingerichteten *Ständigen Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt* zu Charlottenburg verknüpften Sonderausstellung beteiligt hatte, wurde wegen seines ausliegenden Flugblattes *Neue Waffen im Befreiungskampfe* durch den amtierenden Vorsitzenden die weitere Auslage von Flugblättern unmöglich gemacht, und dem Vertreter des Bundes wurde der Eintritt in das Gebäude verwehrt. Da der Bund beim Leiter der Sonderausstellung, Dr. Eggers-Bremen, keinen Schutz fand, trat er von dem gemeinsamen Werke zurück. Diese Verdrängung sozialdemokratischer Mitarbeit von einem gemeinnützigen Unternehmen und Brüskierung der Arbeiterabstinenz durch die Regierung wird gewiss nicht ohne Einfluss auf die Partei bleiben, so dass die Alkoholgegner vielleicht hoffen dürfen, auf dem nächsten Parteitage der Sozialdemokratie günstiger, als bisher, abzuschneiden.

✕ ✕

Literatur Einen rein darstellenden, nicht agitierenden Beitrag zur Alkoholfrage bedeutet Wilhelm Bodes Schrift *Die norwegische Ordnung des Schankwesens und Getränkehandels* /Leipzig,Scheffer/. Bode hat die Verhältnisse im Lande selbst beobachtet, die Mittel zur Reise gab die *Gesellschaft für Wohlfahrtseinrichtungen* zu Frankfurt a. M. Die glückliche Entwickelung der norwegischen Mässigkeits- und Enthaltsamkeitsbewegung ist nach Bode ›der Selbstregierung des Volkes und seinem grossen Gemeinsinn zuzuschreiben‹.

Von der Monatsschrift für pädagogische Reform *Der Säemann* liegt nunmehr der 1. Jahrgang abgeschlossen vor, ein ansehnlicher Band, in dem das Streben der *Hamburger Lehrervereinigung für die Pflege der künstlerischen Bildung* sich zu Geltung bringt. Programmatisch heisst es im Einführungsartikel des Schriftleiters Carl Götze: ›Künstlerisch erziehen bedeutet nicht nur für edle Lebensfreude genussfähig machen; der tiefere Sinn ist, die produktiven Kräfte wecken und pflegen, Kräfte zu bilden, die wertvoll sind, weil sie Werte schaffen können — geistige, sittliche und materielle Werte. . . . Das gilt für den Höchsten und den Geringsten. Ein einheitliches Bildungsideal muss alle mit einander wirkenden Kräfte umfassen‹. Diese Sätze klingen schön, sind aber nicht mit jedem Artikel, der nachfolgt, in Harmonie zu bringen. Insbesondere ein beissender Aufsatz von Arthur Bonus gegen die Einheitsschule passt nicht recht dazu. ✕ In Paris erschien im Januar das 1. Heft des *Bulletin des bibliothèques populaires*, einer Monatsschrift, die den Aufschwung der Volksbibliotheken bezweckt. Das Unternehmen wird von offizieller Stelle unterstützt. Im Programmartikel heisst es, dass Frankreich im Bibliothekswesen gerade so hinter Deutschland rangiere, wie dieses hinter England. Den Volksbibliotheken in Frankreich fehle es noch dringender an Freunden, als an Geld. Zur Veröffentlichung sollen theorethische und informatorische Artikel, In- und Ausland betreffend, gelangen, hauptsächlich aber kritische Berichte über Neuerscheinungen des französischen Büchermarktes zum Gebrauche der Verwaltung und der Besucher von Volksbibliotheken und ähnlichen Instituten. Redaktionssekretär ist Herr Pellisson. FRANZ LINDHEIMER

Frauenbewegung

Neomalthusianismus Eine neue und ausserordentlich begrüssenswerte Bewegung bereitet sich, wenn nicht alle Zeichen trügen, im deutschen Frauentum vor: eine Revision der Stellung zur Bevölkerungsfrage. Der *Bund für Mutterschutz* hat schon länger, sowohl als Gesamtheit, wie auch durch Einzelmitglieder, zu ihr Stellung genommen. Neuerdings folgen auch Draussenstehende, und selbst das Zentralorgan des *Bundes deutscher Frauenvereine* hat seine Spalten einer ebenso sachlichen, wie besonnenen Darlegung über *Mutterschutz durch Beschränkung*

der Kinderzahl geöffnet. Sehr mit Recht rollt darin Clara Elben, die frühere Beamtin der Gewerbeinspektion, das Problem von der wirtschaftspolitischen Seite auf. Die Tatsachen der Bearbeitung unergiebigen Bodens, die bei uns gang und gäbe ist, der Unterbietung auf dem Arbeitsmarkt und der Hungerlöhne, die Auswanderungsziffern und die übergrosse Säuglingssterblichkeit, alles das weist darauf hin, wie sehr es an der Zeit ist, dass die Sozialpolitik und Gesetzgebung sich mit der Bevölkerungsfrage im Sinne einer Einschränkung der Geburten, aber auch im Sinne eines durchgreifenden Mutter- und Säuglingsschutzes betätige. Und dass man auch in amtlichen und halbamtlichen Kreisen sich ernsthafter mit dieser Frage zu beschäftigen beginnt, geht aus einer umfassenden und übersichtlichen Darstellung hervor, die das *Reichsarbeitsblatt* über das bringt, was im In- und Ausland in Bezug auf Mutterschaftsversicherung und Mutterschutz bereits vorhanden oder geplant ist.

× ×

Mutterschutz Der *Bund für Mutterschutz* hat in dem ersten Jahre seines Bestehens bereits eine ausserordentlich rührige Tätigkeit entfaltet. Aus dem im Bundesorgan veröffentlichten Jahresbericht geht hervor, dass er recht schöne Erfolge sowohl auf dem Gebiet praktischer Fürsorgearbeit, wie auf dem der ethischen Propaganda zu verzeichnen hatte. In ebenso erfreulicher und interessanter Weise entwickelt sich der geistige Gehalt der Bewegung, wie er im *Mutterschutz*, der Zeitschrift des Bundes, zum Ausdruck kommt. Umso befremdlicher mutet die Rückschrittlichkeit an, die der Verein *Frauenbildung-Frauenstudium* auf seiner letzten Tagung in Freiburg i. B. durch seine Stellungnahme gegen die neue sexuelle Ethik bekundet hat. Für den modern und unabhängig Denkenden sollte es heute eigentlich ausgeschlossen sein, in der bestehenden, eigentumsrechtlichen Ehe neben der Staatseinrichtung zugleich ein Sakrament oder ethisches Postulat zu sehen.

× ×

Wahlrecht In London hat eine Demonstration zu gunsten des Frauenstimmrechts stattgefunden. Eine Deputation begab sich, von Hunderten von Frauen geleitet, zum Premierminister, um ihm eine von 180 Abgeordneten unterzeichnete Petition zu überbringen, und im Parlament selbst kam es bei Beratung der Frauensache zu stürmischen gegen die gegnerische Verschleppungstaktik gerichteten Szenen.

In der russischen *Duma* gewinnt die Forderung des Frauenwahlrechtes wie überhaupt der völligen politischen Gleichstellung der Frauen immer mehr an Boden. Sie wird von allen Parteien vertreten, die eine Neugestaltung des Staatslebens erstreben.

Der finnländische Landtag hat die Verleihung des Wahlrechts auch an die Frauen definitiv beschlossen. Jetzt fragt es sich nur, ob die ganze Verfassungsänderung in Kraft tritt oder von Petersburg aus vereitelt wird.

Auch in Schweden wird der Kampf um das politische Wahlrecht der Frauen trotz des diesmaligen Misserfolges rüstig fortgeführt.

× ×

Kurze Chronik Der allgemeine deutsche Lehrertag, der kürzlich in München stattgefunden hat, hat sich durch seine energische Stellungnahme gegen das Überhandnehmen der Lehrerinnenanstellung, sowie gegen die Lehrbefähigung der weiblichen Lehrpersonen ein bedauerliches Armutszeugnis ausgestellt. × Der *Bund für Mutterschutz* fordert in einer Eingabe an sämtliche deutsche Kultusministerien die Einführung der geschlechtlichen Belehrung in den Schulunterricht. × Die badische Regierung hat beschlossen, eine Abänderung der Gemeinde- und Städteordnung dahin vorzunehmen, dass Frauen Sitz und Stimme in den betreffenden Kommissionen für Armenwesen, Unterrichts- und Erziehungs-, sowie öffentliche Gesundheitsangelegenheiten haben sollen.. Die Vertreter der Städte beantragen darüber hinaus auch die Teilnahme von Frauen an den Kommissionen für Arbeitsnachweis, Krankenhäuser, Wöchnerinnenasyle etc. × In der letzten Session des dänischen Reichstags wurde einstimmig eine Gesetzesbestimmung angenommen, nach der Frauen künftig die selbe Möglichkeit, wie die Männer, haben sollen, als Sachanwälte bestellt zu werden. × Das neue englische Arbeitslosengesetz sieht vor, dass in den ausführenden Organen, den Notstandskommissionen zur Untersuchung der Sachlage, ferner in der Zentralbehörde mindestens je ein weibliches Mitglied sein muss.

× ×

Literatur Die hauswirtschaftliche Tätigkeit der Frau wird ökonomisch nicht genügend gewertet. Das ist der überaus begrüssenswerte Standpunkt, den Dr. K. Schirmacher in ihrem nunmehr als Broschüre vorliegenden Vortrag *Die wirtschaftliche Reform der Ehe* /Leipzig, Dietrich/ vertritt. Mit ihren Schlussthesen, die neben dieser Bewertung der Frau die völlige Berufsfreiheit respektive Möglichkeit zur ausschliesslichen, wie zu der mit Hausarbeit kombinierten Berufsarbeit geben will, kann man durchaus einverstanden sein. Anderes will aber auch im Grunde Maria Lischnewska nicht, und es ist daher unerfindlich, wie Dr. Schirmacher zu einer so scharfen Frontstellung gegen diese kommt, wie sie hier vorliegt. Ist auch nicht, wie Fräulein Lischnewska will, die verheiratete Arbeiterin in der Fabrik, so, wie die Dinge heute liegen, der erwünschte Typ der neuen Frau, so ist doch, bei entsprechenden Reformen der Arbeitszeit und Arbeitsweise, in der Tatsache der sich ständig verallgemeinernden Berufsarbeit der Frau der Keim zu der Neuordnung enthalten, die auch von Dr. Schirmacher angestrebt wird. × In einer schwülstigen und stark übertriebenen Sprache empfiehlt Dr. Paul Gerhardt (*Die Mittel zur Vorbeugung der Empfängnis* /Berlin, Krüger/) die Anwendung antikonzeptioneller Mittel. In der Sache muss man ihm beipflichten, die Form stösst ab. Jedenfalls wäre diese so überaus ernste Frage einer ebenso nüchternen, wie sachlich gut begründeten Würdigung wert. × Als ein ehrlicher Freund der Frauensache zeigt sich Dr. Max Thal in seinem beifällig aufgenommenen *Mutterrecht, Frauenfrage und Weltanschauung* /Göttingen, Peters/. Seine Gedankengänge sind nicht eben tiefgründig, aber allemal klar und übersichtlich und fast immer sympathisch. Schablonenhaft und von Sachkunde wenig getrübt ist seine Auffassung der Arbeiterinnenfrage und der Sozialdemokratie. Deshalb ist er im eigentlichen Sinne als ein Interpret und Befürworter der *Damenfrage* anzusprechen. Mit seinen Forderungen kann man in der Hauptsache einverstanden sein, da die lebendigen Geschehnisse ja nicht vor den Schranken der Stände Halt machen. Er verlangt: die Zulassung der Frau zu allen Berufen und Bildungsmitteln, ihre bürgerlich-rechtliche und politische Gleichstellung mit dem Manne, die Beseitigung der doppelten Moral und endlich Mutterschutz; die sozialistischen Forderungen und den Kampf gegen den Kapitalismus lehnt er ab. Trotzdem kann das Buch, das ein reiches und umfassendes Material verarbeitet, zur Lektüre empfohlen werden. HENRIETTE FÜRTH

WISSENSCHAFT

Philosophie

Weltanschauung Der Basler Philosoph Karl Joël, der über *Nietzsche und die Romantik* ein belebtes Buch geschrieben und in einem dicken Werk den wahren Sokrates von dem Xenophontischen zu unterscheiden gewagt hat, will in seiner neuesten Arbeit *Der Ursprung der Naturphilosopie aus dem Geiste der Mystik* /Jena, Diederichs/ überraschenderweise zeigen, dass die ältere Naturphilosophie, Thales, Anaximander etc., ebenso aus dem Geiste der Mystik geboren sei, wie die Mystik des Mittelalters, die Wissenschaft der Renaissance und die Epoche Schellings. Joël ist im Stil gewandt, oft blühend, er zeigt eine grosse Belesenheit, die Namen und Zitate der Philosophen schwirren oft wie Kranichzüge an uns vorüber, dass man sich solcher Gelahrtheit gegenüber ganz klein fühlt. Aber eine ›nüchterne, stark philologisch-historische Untersuchung‹, die das Buch zu sein beansprucht, ist es denn doch nicht. Dazu ist es zu sehr in behauptender, zu wenig in begründender Manier abgefasst. Dabei sind die Behauptungen keineswegs auf vorgängige sorgsame begriffliche Scheidungen gebaut. Gleich in der Vorrede fällt uns das auf. Dà heisst es: ›Erkenntnis ist Spaltung, Gliederung, Sonderung und nachherige Verbindung.‹ Das trifft aber ebenso für die wildeste Phantasiespekulation, wie für die wirklich auf kontrollierbaren inneren oder äusseren Tatsachen gegründete Erkenntnis zu. Dann: ›Wer vom Baum der Erkenntnis isst, scheidet aus dem Paradies des Gefühls.‹ Sonderbar! Gefühl, wie Wille sind doch nie von dem Vorstellen zu trennen, sondern nur zu unterscheiden; die schärfste Erkenntnis kann unter Umständen von stärkerem und feinerem Fühlen begleitet sein, als planloses Phantasieren. Aber Phantasie verschmilzt Joël begrifflich mit Gefühl. ›Die erste Erkenntnis wächst im Mystischen auf, das heisst [!] als Gefühlsspekulation.‹ Was ist *Gefühlsspekulation*? Von starkem Fühlen getragenes Phantasieren?

Denn Gefühl als solches spekuliert doch nicht, sondern fühlt nur. Oder Spekulation über das Fühlen, dessen mehr oder minder phantastische Mitverarbeitung? Oder endlich willentliches Streben, sich fühlend einem klarer oder verschwommener vorgestellten Objekt hinzugeben, sich mit ihm in eins zu fühlen? Welch letzteres denn wohl wirklich das Merkmal eigentlicher Mystik der Tauler, Suso etc. sein dürfte. Von solcher Mystik hat indessen Thales schwerlich etwas verspürt. Dieser Mangel begrifflicher Unterscheidung bei Joël wurzelt aber wohl in einem Mangel historischer Scheidung. Ob die Denker, wie die alten Naturphilosophen, dem aufsteigenden Aste einer sozialen Entwickelung entspringen, also vorhergehende kindlichere Phantasien zu überwinden streben, oder ob sie einer absteigenden Richtung angehören, also greisenhaft sich vor den kalten Stürmen des Lebens in die warme Stube der Gefühlsseligkeiten zuzurückziehen, das untersucht Joël gar nicht. So dürfte er kaum, wie er glaubt, »ein Netz von schweren Problemen heraufgezogen«, sondern vielmehr nur eine Menge von geistigen Erscheinungen und Problemen geistreich kaleidoskopisch durcheinandergeworfen haben.

Weit mehr wirklich modern wissenschaftlichen Gedankenzusammenhängen geneigt ist die durch ihre Vorträge und Schriften berühmt gewordene Schülerin Nietzsches Ellen Key, die uns einen neuen Band *Der Lebensglaube, Betrachtungen über Gott, Welt und Seele* /Berlin, S. Fischer/ vorlegt, in dem sich Aufsätze, betitelt *Das Verblühen des Christentums, Die Umwandlung des Gottesbegriffs, Der Lebensglaube, Das Glück als Pflicht, Die Evolution der Seele durch Lebenskunst* und *Ewigkeit oder Unsterblichkeit?*, finden. Den Inhalt zeigen die Titel selber an, nur die letzte Überschrift könnte undeutlich sein. E. Key will hier gegen die Forderung persönlichen Unsterblichkeitsglaubens den Gedanken, dass wir »aus ganzer Seele im ganzen vergehen wollen«, als massgebend lehren. Wenn auch manches sprunghaft, widersprechend und phantastisch erscheint, im wesentlichen ist Ellen Key auf die Erde zurückgekehrt, und selbst ihre Evolutionsreligion der *Seelenvollen* verliert, wenn man eingehender liest, etwas von dem barocken Anklang, den sie zuerst erweckt. Dabei ist die *Kulturidealistin* bei all dem *Individualismus*, den sie predigt, der sozialistischen Meinung, »erst wenn volle gesellschaftliche Interessenharmonie erreicht sei, könne die Seelenkultur ernstlich beginnen«. Freilich, sie verfolgt weder, woher die sozialen Antriebe der Arbeiterklasse kommen, noch wodurch sie bewusst zielbestimmt werden, wohl aber sagt sie richtig, worin die Triebkraft besteht. »Die Triebkraft der Sozialisten ist das Gemeingefühl«, nicht »allgemeine Gleichheit, sondern Gleichstellung in Bezug darauf, sich recht entwickeln zu können«, ist ihr das wirtschaftliche, »nicht Glück gegen das Leid, sondern höhere Formen des Glücks und des Leids gegen niedere Formen« ist ihr das innere Ziel. Ellen Keys Predigt des neuen Menschen wendet sich nicht so sehr an die Arbeiterschaft, als an die vorgeschritteneren Kreise des Bürgertums, und von Nietzsche kommt ihr die Überzeugung, dass Herren- und Sklavensinn von Natur geschieden seien. Jedenfalls ist es ein Genuss, auch dies Buch der hochbegabten und universell gebildeten Frau zu lesen; insbesondere darf auf die treffliche Behandlung der beiden ersten Fragen hingewiesen werden, die mit aller sachlichen Schärfe der Zergliederung eine vorzügliche Gabe der Veranschaulichung und eine wohltuende Wärme der Empfindung verbinden.

× ×

Religion In der *Deutschen Schule* hat Paul Natorp einen Aufsatz *Religionsunterricht oder nicht? Bemerkungen zur Denkschrift der Bremer Lehrerschaft* veröffentlicht. Natorp steht bekanntlich auf dem Standpunkte, dass nicht der Religionsunterricht als solcher, sondern nur der konfessionelle Religionsunterricht aus der Schule zu verbannen und hier stets ein auf Religionsgeschichte gegründetes Verständnis der religiösen Innentatsachen zu vermitteln sei. Damit berührt er sich mit einem Gedanken, den auch Ellen Key in ihrer oben besprochenen Schrift, freilich die Religionskunde umfassender in Kulturkunde erweiternd, ausdrückt. Wenn man nun auch versteht, was Natorp im Grunde will, und das für vollberechtigt ansieht, so möchte doch die Art, wie er es gegen die Bremer Lehrer empfiehlt, praktisch als eklektische Mittelstellung erscheinen und wirken. Es handelt sich heute um den Kampf zweier sich ausschliessenden Richtungen, derjenigen, welche die Religion als Gängelungsmittel für das Volk erhalten will, und einer anderen, welche die Er-

ziehung zur Selbstbestimmungsfähigkeit als grundlegende Forderung einer Gemeinschaft aufstellt. Den heutigen, im Prinzip der Gängelung bestimmten Religionsunterricht gilt es gründlich aus der Schule auszuweisen, ein Ergebnis, zu dem ja neuerdings auch Naumann gekommen ist. Dass dann, wenn dies gelungen ist, diejenigen Werte gepflegt werden, an die Natorp denkt, das wird sich schon von selbst aufdrängen. Jedenfalls sollte man die Diskussion hierüber, die vielleicht vielen heute noch kaum verständlich ist, gesondert halten und sie nicht mit dem notwendig durchaus radikalen Kampfe gegen die Gewissensbindung der Kirchenreligion vermengen. Den führt die Bremer Lehrerschaft ganz folgerecht, und man sollte dabei auch nicht einmal den Schein erwecken, als wolle man hier Halbheiten. Sonst möchte man verwirren, statt zu klären, und in der Sorge, den Kern erhalten zu wollen, der doch in sich unzerstörbar ist, gerade die Fessel erhalten helfen, die zu zerstören eine der eifrigsten Sorgen sein muss.

×

Neuausgaben Die kleineren philosophischen Schriften Jos. Dietzgens sind soeben, von seinem Sohne Eugen Dietzgen mit einer Einleitung und einer Abhandlung über Stirner und Dietzgen versehen, in englischer Sprache erschienen, unter dem Titel *Some of the philosophical essays of Joseph Dietzgen* /Chicago, Kerr/. In dem rühmlichst bekannten philosophischen Verlage der Dürrschen Buchhandlung in Leipzig erscheinen Leibniz' *Philosophische Werke*. Die ersten beiden Bände, die die *Hauptschriften zur Grundlegung der Philosophie* enthalten, sind, wie bereits in einer früheren Rundschau erwähnt, von Dr. A. Buchenau übersetzt und von Dr. E. Cassirer herausgegeben und erläutert; der III. Band, *Neue Abhandlungen über den menschlichen Verstand,* ist von C. Schaarschmidt, der IV., *Die Theodicee,* von J. H. von Kirchmann übersetzt. Auch die Kant-Ausgaben des selben Verlags, die Vorländer besorgt, nehmen einen raschen Fortgang. Wir haben das letztemal versäumt, das Erscheinen der *Kleineren Schriften zur Logik und Metaphysik* und der *Prolegomena* anzuzeigen. Nun ist auch dort von dem selben Herausgeber die *Grundlegung zur Metaphysik der Sitten,* im Grunde Kants ethisches *standard work,* in 3. Auflage erschienen. Alle diese Ausgaben sind mit gründlichen wissenschaftlichen Einleitungen und Erläuterungen versehen. Sie enthalten, nebenbei bemerkt, auch noch Namen- und Begriffsregister, die für den Gebrauch beim Nachschlagen sehr wertvoll sind. Beachtung gebührt gleichfalls einer bei Diederichs in Jena erschienenen Auswahl von Schleiermachers Werken (*Harmonie,* herausgegeben und eingeleitet von H. Mulert), die den VI. Band der verdienstvollen Sammlung *Erziehung zu deutscher Bildung* darstellt. In der *Philosophischen Bibliothek* /Leipzig, Dürr/ ist auch Shaftesburys *Untersuchung über die Tugend* erschienen; die deutsche Ausgabe besorgte P. Ziertmann. *Goethes Philosophie aus seinen Werken* von Max Heynacker /Leipzig, Dürr/ ist ein Buch, das zur raschen Orientierung geeignet scheint.

×

Kurze Chronik Am 6. Juni ist Eduard von Hartmann gestorben. × Als Lese- und Erbauungsbuch ist Leo Tolstojs *Für alle Tage* /Dresden, Reissner/ zusammengestellt: eine Sammlung von Lesefrüchten und eigenen Gedanken Tolstojs. Eine Geschichte *Die Erdbeeren* soll alle Woche, ein Stück über Militärdienstverweigerung alle Monate gelesen werden. Ob bei uns in Deutschland das viele tun werden?

×

Literatur Die Schrift August Horneffers *Nietzsche als Moralist und Schriftsteller* /Jena, Diederichs/ gibt uns eine feine und von Überschwenglichkeiten freie Untersuchung über Nietzsche, nicht sowohl als Moralphilosophen, wie als Moralisten, das heisst als Vertreter einer Mischgattung zwischen Künstler und Philosophen, der gleich dem Philosophen »die begriffliche Abstraktion ins Auge fasst«, aber »das Bild, das eigentliche Material des Künstlers zu Hilfe nimmt«. »Die Psyche der Moral« — nicht die Moral als Pflichtenlehre — möchte Nietzsche »unter das Glas nehmen«, er treibt »Naturgeschichte der Moral«. Aber »er sah alle Dinge nur in Bezug auf sich, treibt die Gedanken auf die Spitze«, hat etwas »Voreiliges, oft Schauspielerisches . . ., nicht das Ruhende und Befriedigende« anderer Moralisten (Larochefoucauld, Lichtenberg, Goethe)«. Er blieb sodann nicht bei der Moralkritik stehen, »er wurde Moralprediger« und zeigt als sol-

cher widersprechende Züge. Sehr interessant sind die Abschnitte über Nietzsche als Schriftsteller, über seine Arbeitsweise etc., über die Horneffer durch sein Studium der Manuskripte ja kompetent urteilen kann. Da zeigt er, wie Nietzsche alles, was er las, nicht nur auszog, sondern sofort verarbeitete, aber fast nur in Bezug auf innere Erlebnisse; wie er rang, die Gedanken zu runden, dann aber nicht Geduld hatte, sie ausreifen zu lassen und dann lose Sentenzen, die er früher zu anderem Zwecke geprägt — so in seinem *Zarathustra* — ohne vorbedachten inneren Zusammenhang, wie »Perlen an der Schnur«, aneinanderreihte. Wir müssen es bei diesen Andeutungen bewenden lassen. Das Büchlein presst viel Gedanken zusammen und ist für solche, die sich mit Nietzsche beschäftigt haben, überaus interessant. × Von Natorp ist in Giesslers *Klassikern der Pädagogik* /Langensalza, Giessler/ eine Biographie Pestalozzis nebst einer Auswahl aus desden Werken erschienen, die vom Wesen des Mannes und seiner Leistung für die Menschheit einen Begriff geben soll. Natorp ist Kenner und Anhänger des grossen Pädagogen, den er bereits in *Pestalozzis Ideen über Arbeiterbildung und soziale Frage* /1894/ und in seinen Vorträgen über Herbart und Pestalozzi /1898/ bearbeitet hat. Diese neue Arbeit kann daher nur warm begrüsst werden, vor allem die gediegene Biographie.

Endlich lenken wir noch die Aufmerksamkeit auf eine von Hugo Renner in Charlottenburg seit vorigem Jahre neu herausgegebene *Philosophische Wochenschrift und Literaturzeitung*. Sie ist 2 Bogen stark und enthält ausser Abhandlungen und Referaten über neuerschienene Werke auch eine Zeitschriftenschau. Der Herausgeber, ein gediegener, junger Gelehrter, gibt sich nach den vorliegenden Proben grosse Mühe, die Zeitschrift emporzuarbeiten. Sein Aufsatz über historischen Materialismus und Ethik scheint freilich nach der gestellten Alternative, ob der Sozialismus eine historisch notwendige Erscheinung sei »oder« vom Willen abhänge, das Verständnis des springenden Punktes vermissen zu lassen.

FRANZ STAUDINGER

KUNST

Dichtkunst

Erzählungen

Beim Lesen neuer Bücher, die an spitzige Probleme von Weibesfreiheit sich trauen, kommt der tote Ibsen immer wieder in das Nachdenken. Sein Wille, mit harter Hand soll die Fessel zerschellt werden, die Lüge, Gewöhnung und Faulheit der Frau gefügt haben, ist so ein Postulat der Wirklichkeit geworden, dass es wie Ziffernweisheit nun im Munde von tausend Epigonen kindisch fast und dumm klingt. Das war es: dieses Riesen Geist drang bis ans Ende, bis an den Schlusspunkt seiner Ideen, wo kein Hinüberschauen mehr möglich ist. Die jetzt nach gleichem Ziele auslugen, auf Ibsens Bahn gehen sie. Aber nicht so hurtig und so starkspurig und nicht so sehend. Sie stapfen seinem Tritte nach, mühselig und kurzatmig. Bis zu seinem Horizont gelangen sie selten, und wenn, dann mit Qual und Ermattung. Darum sind sie langweilig, darum sticht kein Stachel und kein Sporn aus ihrem dichtenden Behaben.

Wenn einer los käme von Ibsen und trotz ihm neue Horizonte entdeckte! Möglich wäre das, doch sind wir vorläufig noch weit davon entfernt. Von weit Geringeren ist diesmal die Rede. Unter ihnen soll am meisten gelten Felix Paul Greve, der einen Roman *Fanny Essler* /Stuttgart, Juncker/ schrieb, ein fleissiges und überlegt gearbeitetes Werk. Fanny Essler geht mit ihrem singenden Blut in die Welt, nach Berlin, nach München, zur ewigen Stadt. Ihr begegnen Männer, denen sie gehört, haltlose Schwärmer, kalte Geschäftsmenschen, müde Dandies, lasterhafte Satane. Fanny kann eigentlich bei niemandem von der durchkosteten Schar den Hort ihrer Seele finden, weil sie zu glücksdurstig ist. So kommt es, dass ihr jeder Genuss schnell schal wird, dass sie stirbt, ohne einmal ganz restlos in Erdenseligkeit geschwebt zu haben. Der Verfasser beabsichtigt vielleicht diese Quintessenz. Ich glaube, er wollte ein Buch von der sentimentalen Erziehung des Weibes, das Opfer der Schöpfung ist und zum Elend bestimmt, auch Dirne aus Instinkt und Makel der Gegenwart als geknechtetes Ding, auch Krone der Zukunft als innige, stürmende Kraft des Begehrens. Die Technik dieses Buches ist seitenlang nur gut, meist roh, im Naturalistischen stekken bleibend, die Sprache drückt sich zuweilen entsetzlich ungebührend aus.

Immerhin darf Felix Paul Greve, dieser emsige Übersetzer, mit seinem Eigenwerk den nützlichen Unterhaltungsschriftstellern beigereiht werden gleich dem ungefährlichen Freiherrn Georg von Ompteda. Bei Fleischel in

Berlin veröffentlicht dieser in den *Normalmenschen* die Geschichte eines Offiziers, der säuberlich durchs Dasein kommt, dem während der Jahre die Mucken aus dem Haupte flattern, der als korpulent gewordener Batteriechef mit Schrecken an ungehörige Liebeleien, mit Schmunzeln an entgleiste Pläne denkt und schliesslich sich lustiert mit seiner rundlichen Gemahlin und den gemeinschaftlich erworbenen Sprösslingen. Ompteda schrieb weit besser, als er noch ungewandter schrieb. Jetzt ist sein Stil gar oft fahrig, unter das Niveau eines anständigen Schriftstellers sinkend. Und er ging eben erst in die Vierziger.

Dann wäre zu nennen Elisabeth Siewert (*Kinder und Leute,* eine Novellensammlung /Dresden, Reissner/). Sie fühlt sehr anerkennenswert. Sie hat auch Perspektive für literarische Darstellung. Sie ist sogar interessant, wenn sie den Backfischen ihr dämmerndes Sinnieren von Mannespracht und Mannesklugheit ablauscht. Aber sie müsste sich noch gewissenhafter aus hergebrachter Formübung losreissen, um den guten Geschmack zu befriedigen.

× ×

Lyrik Der liebenswerte und umgängliche Mensch Georg Zepler hat seine *Stimmung im Herbst* /Dresden, Pierson/ zu Versen gedichtet und den zweiten Band Lyrik hiermit gegeben. Wieder freut man sich an der Gesinnung eines Mannes, der sich fest in die Kreise seiner Betätigung hineinstellte und gewissermassen von den Realitäten des Berufes poetisierend rastet. So ist er als Poet ein Schwärmer beinah, der Szenen der Not mit romantischer Rhetorik verbrämt, der sich in einer nicht eben leidenschaftlichen und fortreissenden Reimsprache bemüht, einem gemütlichen, mit schlanken Idealen vollgestopften Lebenstheorem zu folgen. Sicher ist Zeplers Gesinnung besser, als seine Kunst, die nicht scheu genug dem zu oft Gesagten ausweicht. Aber dennoch steht in dem Büchlein so manches Bild, mancher schöner Gedanke, den man sich merken soll.

× ×

Hart † Am 12. Juni ist Heinrich Hart gestorben, nachdem er kaum das 50. Lebensjahr überschritten hatte. Und mit ihm ging ein Teil jener Kraft hin, die unsere moderne Literatur aus epigonenhaftem Nachstammeln vergötterter Vorbilder riss, die allem jungen, nach Selbständigkeit ringenden Leben Mut einflösste und, was noch mehr war, ihm Wege andeutete, in die Öffentlichkeit zu kommen. Ich habe bei den Harts immer vor allem ihren unverwüstlichen Glauben an das Neue bewundert, ihre entschlossene Emanzipation aus allen historischen Vorurteilen, ihre mit praktischem Sinn vereinte Spürfähigkeit für die ästhetischen Forderungen der Gegenwart. Dass es ihnen mit solchen Anschauungen jederzeit heiliger Ernst war, und nicht bloss spielendes Geschäft, das gab ihrer literarischen Haltung stets die priesterliche Note, die ja nicht eines jeden Geschmack ist. Der nun Verstorbene der Brüder kam in Vergessenheit als Lyriker, obwohl seine Absicht auf ein grosses Weltschöpfungsgedicht sogar den Schutz der Monarchie einmal empfangen hatte. Man darf es mit dem Hinblick auf die schönen Verdienste des Toten ruhig aussprechen: seine dichterische Eigenbegabung war nicht sehr gross, sie entsprang zu sehr einem feinen und findigen Verstand; sie wurde weit übertroffen von dem kritischen Instinkt des Kunstrichters. Nicht ohne Ursache sage ich *Instinkt*. Denn er besass ein angeborenes Empfinden für die erlesensten Regungen eines poetischen Gemütes. Diese Schärfe seiner Genussorgane hat ihn wohl auch an der kompakten, herzhaften Produktion gehindert. Der Dichter Heinrich Hart schweifte dann ins Land der Erwartung, und er wollte in die *neue Gemeinschaft* seines erträumten Paradieses empfängliche Jünger einführen. Ein goldner Traum, ein Traum nur, der zerstob, weil die Wirklichkeit des XX. Jahrhunderts sich regelt nach anderen Gesetzen, als nach der Sehnsucht köstlicher Schwarmgeister.

× ×

Kurze Chronik Die unglaublichen Zustände der amerikanischen Fleischindustrie sind in der letzten Zeit aufgedeckt worden, und die Enthüllungen haben in der ganzen Welt einen Schrei der Entrüstung hervorgerufen. Es sei daran erinnert, dass ein belletristisches Werk, ein Roman des amerikanischen Erzählers Upton Sinclair, den Anstoss zu der Bewegung brachte. *The Jungle* heisst der Roman, der den englischen Arbeitern gewidmet ist. /New York, *The Jungle Publishing Co.*/. Er ist, wie alle Tendenzromane, nicht frei von Längen, von ermüdenden Beschreibungen und Auseinandersetzungen, im ganzen jedoch ist er ein

schriftstellerisches Produkt von ernsten und starken Qualitäten. × Allen Freunden einer merkwürdigen, vom Alltag abgewandten, Lektüre sei die *Griechische Anthologie* empfohlen, die bei Piper in München Otto Rieser herausgibt und orientierend einleitet. × Wieder ist ein Band des *Erzieher zu deutscher Bildung* /Jena, Diederichs/ erschienen. Er ist auf Winckelmann und Lessing verteilt, und sein Programm als klassische Schönheit gedacht, als ein Wegweiser, die ersten deutschen Vermittler dieses Kulturgutes, die mit modernem Denken sich genährt halten, einem weiteren Leserkreis begreiflich zu machen. Die einführenden Essays des Freiherrn von Gleichen-Russwurm, der auch die Auslese herstellte, versuchen dies. Für Winckelmann, dessen Werk immerhin schwer zugänglich und auch sonst nur mit historischem Blick geniessbar ist, mag das gelten. Lessing aber sollte man nicht so portionenweis zerschneiden.

× ×

Literatur In der Sammlung *Die Literatur* /Berlin, Bard/ hat Rudolf Kassner einen Band *Denis Diderot* erscheinen lassen. Dieser fesselnde Essayist hat ein Temperament, das an dem Kleinen, den Bijouterieen, dem spielenden Gemütsschatten eines Denkers oder Künstlers seine hochgeschraubte Subjektivität mit Erfolg betätigt. Wo jedoch metaphysische Probleme anzugrübeln sind, und entschiedenes *Ja* und *Nein* statt der artistischen Stimmung das Resultat zu sein hat, da versagt er. × Und desgleichen Otto Wittner, der *Österreichische Porträts und Charaktere* skizziert, Grillparzer, Lenau, Grün, Lorm. Er weiss von den viel Beschriebenen nichts Neues, von den weniger Bekannten interessante Einzelheiten, wegen derer das Buch seinen Wert behält. × Als eine populäre Biographie Heinrich Heines möchte ich Achim von Winterfelds anständig geschriebene Lebensgeschichte des Dichters empfehlen /Dresden, Pierson/. × Im gleichen Verlage erscheinen gerade zur rechten Zeit die Vorlesungen Emil Reichs über *Ibsens Dramen* in 2. Auflage.

MAX HOCHDORF

Musik

Mozartproblem Soll die Musikrundschau ihren Zweck erfüllen, ein Spiegelbild unseres Musiklebens zu sein, so muss ich auch jene Probleme berühren, die nie aktuell werden, weil sie es immer sind, und die nicht zum mindesten unserer Zeit ihr charakteristisches Gepräge geben. Auf solche Probleme stösst man immer wieder, sobald man — die eigentlichste und fruchtbarste Aufgabe des Musikschriftstellers — den Strömungen nachgeht, um ihre Quellen zu finden.

Ich bin den Lesern einen Bericht über Mozart schuldig. Ich will nicht wiederholen, was zur Feier seines 150. Geburtstages bis zur Unerträglichkeit oft wiederholt ist; nicht das Individuelle will ich herausgreifen, sondern das Typische, das nicht der Strömung um Mozart, sondern der Strömung unserer Kultur überhaupt eigen ist. Die Richtung unseres Geschmacks scheint mir eine durchaus einheitliche zu sein. Die Statistik der Konzerte und des Besuchs der Konzertsäle zeigt deutlich ein Abwenden von der modernen Kunst und ein stets wachsendes Interesse zum Beispiel an der Bachs oder Brahms. Ich glaube, hier liegt überall ein und die selbe treibende Kraft vor: der Wille zur Verpersönlichung. Darum erscheint es mir als etwas ganz Selbstverständliches oder zum mindesten Natürliches, dass beispielsweise in der Kirchenmusik Bach Mendelssohn verdrängt. Ich sehe in einer solchen Bevorzugung oder Vernachlässigung eines Komponisten nicht eine Tat, über die man rechten, sich Vorwürfe machen oder sich Lob erteilen dürfte, sondern eine blosse Tatsache, die ein Zeichen dafür ist, dass jener Komponist nicht oder nicht besonders gut in unsere Zeit hineinpasst. Wir lieben Bach, weil wir in ihm die überzeugende Persönlichkeit finden, die wir suchen, und wir würden ihn auch lieben, wenn wir uns keine Vorwürfe über die bisherige Vernachlässigung zu machen hätten. Mozart wird freilich vernachlässigt, und die Mozartartikel am 27. Januar haben nur einen kleinen interessierten Leserkreis gefunden. Man könnte daraus schliessen, dass Mozart *überwunden* ist. Indessen, neben jenen Mozartschwärmern, deren wachgepeitschte Liebe sich nach wenigen Wochen müde wieder gelegt hat, gibt es eine Gemeinde, die einen anderen Mozart verehrt, und die keines Jubiläums und keiner Gewissensaufrüttelung bedarf, um ihn zu feiern. Bei jenen war Mozart Mode geworden, bei diesen ist er modern.

Mozart ist eine einzige Persönlichkeit, die indessen von Verschiedenen auf völlig verschiedene Weise gesehen wird;

das erst gibt die Zwiespältigkeit. Die Kunstläden sah man vor einigen Monaten ausgefüllt mit jenen Genrebildern: Mozart am Hofe oder mit seiner Schwester spielend oder als Knabe oder reisend oder auch niedlich sterbend — mit dem heiteren Mozartgesicht, dem typischen Mozartzöpfchen und den galanten Bewegungen. So wurde er auch vielfach literarisch dargestellt: man pflegte ihn stets mit den selben Phrasen den *Ewigheiteren*, den *Apollo* zu nennen, seine Kunst die *leichte, lichte, himmlisch-reine*, man stellte ihn in Gegensatz zu Beethoven, dem schwerfälligen Grübler, dem tiefsinnigen Denker; man dachte ihn sich als Vertreter des spielenden italienisch-französischen Rokoko mit einer Portion deutscher Gemütlichkeit. So stellt ihn ein kleines, hübsch geschriebenes und illustriertes Buch dar, das sein Verhältnis zu einigen Damen aus der galanten Zeit schildert: Carola Belmonte *Die Frau im Leben Mozarts* /Augsburg, Reichel/. So auch Fr. Kersts Begleittext zu seinem *Mozartbrevier* /Berlin, Schuster & Löffler/, dessen Wert von dem eigentlichen Inhalt, Aussprüchen Mozarts selber, aber weit übertroffen wird. Darin zeigt sich, dass Mozarts herrliche Persönlichkeit doch weit grösser war, als Kerst es zu glauben scheint. So auch Mozarts Briefe, ausgewählt und herausgegeben von K. Storck (*Bücher der Weisheit und Schönheit* /Stuttgart, Greiner & Pfeiffer/). Die Ursache, dass Mozart hier meist oberflächlich erscheint, liegt aber mehr an der Auswahl Storcks, der wohl bis zum 27. Januar ein gangbares Buch hat zusammenstellen müssen. So viel Interesse die Herausgabe der Beethovenbriefe beanspruchen (vergl. *Sozialistische Monatshefte*, 1905, II. Bd., pag. 1078), so wenig können es diese.

Wäre Mozart wirklich nur Rokokokünstler — dass er sich selten ganz und gar davon entfernte, wird niemand leugnen, das ist zeitlicher Dialekt, zeitlicher Heimatsduft —, so wäre seine Kunst zeitlich und damit vergänglich. Für eine solche Kunst haben wir heute wenig Raum. Wir wollen nicht jene ewiglächelnde, bescheidene, bloss anmutige Musik; was uns fesselt, ist das grosse Wollen. Wir achten einen Mozart, der spielend alles beherrscht, wir lieben aber Bach, Beethoven, Brahms, die ringend die Herrschaft erzwingen, wir neigen uns vor ihnen, wenn wir sie unterliegen sehen, weil sie zu gross wollten. Die Persönlichkeit wollen wir: das ist vielleicht das zentralste Problem unserer künstlerischen Kultur. Die finden wir zweifellos in jenem geschilderten Mozart nicht; daraus erkläre ich mir die Aussichtslosigkeit, diesen Mozart wieder zum Leben zu erwecken, und es ist nicht ganz ungerechtfertigt, diesen Mozartkultus *Mozartheuchelei* zu nennen, wie es P. Zschorlich in einer Broschüre dieses Titels tut /Leipzig, Rothbart/, die im übrigen nur eine Zusammenstellung leerer Phrasen ist.

Mozart war aber mehr, als ein Kind seiner Zeit. Er hat sich durch sie hindurchgerungen und stand nicht in, sondern über seiner Zeit. Das ist der Mozart jener Gemeinde, die ihn jetzt nicht noch mehr feiern kann. Dort wird es nicht als Pietätlosigkei empfunden, wenn man aussondert, was er fürs Publikum geschrieben hat, was also zeitlich und heute veraltet ist. Ist es Zufall, dass dort von seinen Klavierwerken am meisten die in Moll geschätzt werden? Ist es auch Zufall, dass gerade in diesen Sonaten das beliebte Menuett fehlt? Liegt nicht hier ein Weg zu Beethoven vor, der auch zu viel zu sagen hatte, als dass er sich ganz im Menuett aussprechen konnte, und der an seine Stelle das Scherzo setzte, das Beethovensche Scherzo? Jene Gemeinde weiss, dass der *ewiglächelnde, sonnige* Mozart auch ernst sein, dass er auch anders, als tänzelnden Schrittes, schreiten konnte; dass auch er grübelte, dass er herb werden konnte, selbst hart, und dass er Tiefe hatte, Tiefe gerade auch im Einfachsten. Mögen andere in Mozart nur den Gegenpol zu Beethoven suchen, ich sehe in ihm den Mitwollenden und Mitschaffenden. Nur nach der Stärke dieses Wollens und Schaffens messen wir die Persönlichkeit. Und von der Stärke der Persönlichkeit ist das Mass unserer Liebe abhängig, also die Modernität. Unsere *Modernen* sind vielleicht nur Mode; Bach, Mozart, Beethoven, Brahms sind modern und müssen es bleiben.

Vielleicht ist hier eher die geeignete Stelle, einige Bücher über Mozart anzuführen. Mit das Wertvollste, was zur 150. Geburtstagsfeier erschienen ist, ist ein Vortrag von K. Krebs in der öffentlichen Sitzung der Akademie der Künste. Hier ist in schöner Weise zusammengedrängt, was in den Zeitungsaufsätzen oft so breit getreten wurde: eine kurze, scharfe Charakteristik und eine Darstellung dessen, was man beim Hören Mozartscher Werke empfindet. In ähnlicher

Weise hat der selbe Verfasser vor Arbeitern gesprochen und diese Vorträge gesammelt in dem Werk *Haydn, Mozart, Beethoven* (*Aus Natur und Geisteswelt* /Leipzig, Teubner/). Ein erschöpfendes — wenn man den Zweck im Auge behält — und wirklich populäres Buch. Von Interesse ist der Faksimileneudruck des wertvollen, sehr alten Werkes Fr. Niemetscheks *Mozarts Leben*; es erschien bei Taussig in Prag.

×   ×

Kurze Chronik In seiner letzten Oper *Die vier Grobiane* hat sich Wolff-Ferrari nach keiner Seite hin weiter entwickelt. Wir schätzen an dieser Arbeit das selbe, wie an seinen *Neugierigen Frauen*, die hübsche Erfindung, geschickte Hand, den Fluss in der Form und das Reizvolle, aber wenig Persönliche im Klang. × Das neueste Werk des Grafen Hochberg vermehrt unsere Kammermusikliteratur um ein Klavierquartett von gediegenster Arbeit, ohne sonstige hervorstechende Eigenschaften. × Eine Orchesterhumoreske von Kaun *Sir John Falstaff* fand eine gerechtfertigte Ablehnung wegen der rein äusserlichen und klangunschönen Wirkung. × Eine Reihe polnischer junger Tonsetzer (Fitelberg, Lubomirski, Rozycki, Szymanowski) haben es nicht vermocht, das Interesse auf sich zu lenken. × Der in Berlin tätige Organist und Schriftsteller Reimann ist gestorben; sein Eintreten für die ältere deutsche Gesangskomposition war eine Tat von grösster Bedeutung. × Eine Musikfachausstellung in Berlin bot im Mai Gelegenheit, das vereint zu sehen, was man sonst nur einzeln und unvollkommen kennen lernen konnte: die Fortschritte in der gesamten mit Musik zusammenhängenden Technik: Instrumentenbau, Notendruck u. s. w. Diese Ausstellung bot die Veranlassung, die königlichen Instumenten- und Originalmanuskriptsammlungen der Öffentlichkeit zugänglich zu machen; sie waren für diese Zeit durch viele Stücke aus privatem Besitz bereichert. ERNST AARMANN

DIVERSA

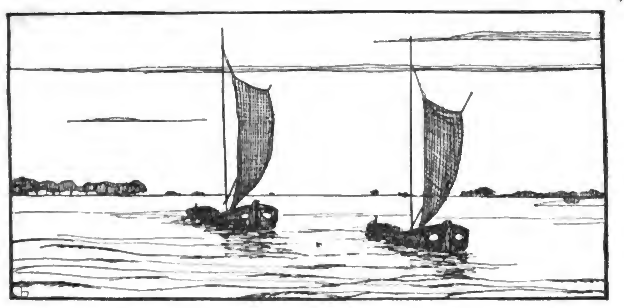
Bücher

Debogorij-Mokriewitsch: *Erinnerungen eines Nihilisten* Die Erinnerungen des *Nihilisten* Debogorij-Mokriewitsch (deutsch von H. Röhl, 2. Auflage /Stuttgart, Lutz/) beziehen sich hauptsächlich auf die interessanteste Epoche der russischen revolutionären Bewegung, die sich über die siebziger und den Anfang der achtziger Jahre erstreckt, und deren Kulminationspunkt das Jahr 1881 bildet. Debogorij-Mokriewitsch hat in dieser Bewegung, wenn auch keine führende, so doch immerhin eine hervorragende Rolle gespielt, er stand in mehr oder weniger nahen Beziehungen zu mehreren führenden Persönlichkeiten jener Zeit. Er ist der Typus eines *gemeinen* Revolutionärs der siebziger Jahre, und aus diesem Grunde bekommen seine Aufzeichnungen einen besonderen Wert für die Geschichtswissenschaft. Mehr, als ein anderes Buch, werden sie dem Historiker helfen, sich in die Psyche der damaligen Revolutionäre hineinzuversetzen. Das Buch Debogorijs ist nicht glänzend geschrieben und steht in dieser Hinsicht nicht so hoch, wie die bekannten Memoiren Peter Krapotkins. Doch ist meines Erachtens das Debogorijsche Buch viel wertvoller für die Erkenntnis der revolutionären Bewegung der siebziger Jahre, es gibt die Stimmungen und Ansichten der damaligen Revolutionäre viel richtiger und wahrheitsgetreuer wieder. Krapotkin ist eine allzu eigenartige Persönlichkeit, um als ein typischer Vertreter jener Zeit zu gelten, und seine Tätigkeit war auch mehr der internationalen, als speziell der russischen Bewegung gewidmet. Ausserdem war er vom Jahre 1876 ab nicht in Russland, während gerade um diese Zeit die revolutionäre Flut immer höher zu schlagen beginnt.

Debogorij schrieb seine Memoiren Ende der neunziger Jahre, in der Zeit, als die finstere Reaktion das ganze Land mit ihrer Last drückte, als die Morgenröte der nahenden Befreiung noch nicht für alle Augen sichtbar war. Es ist deshalb nicht verwunderlich, wenn man, besonders in den letzten Zeilen seines Buches, die mehr der Zukunft, als der Vergangenheit, gewidmet sind, auf ein Misstrauen in die Aussichten der Revolution stösst. Die Geschichte unserer Tage scheint diese Befürchtungen zu widerlegen, und gewiss wird Debogorij nicht der letzte sein, der sich darob freuen wird. Den Aufzeichnungen Debogorijs ist sein Bild und eine im allgemeinen zutreffende Charakteristik des Buches und seiner Bedeutung beigegeben, die aus der Feder des französischen Schriftstellers Alexander Ular stammt und eine gute Einführung in die Lektüre des Buches selbst bildet. ROMAN STRELTZOW

VERANTWORTLICH FÜR DIE REDAKTION HERMANN KEHLÄNDER · VERLAG DER SOZIALISTISCHEN MONATSHEFTE G. M. B. H. · DRUCK VON *GUTENBERG* DRUCKEREI UND VERLAG A. G. · SÄMTLICH IN BERLIN

440



8. HEFT / AUGUST 1906

MAX SCHIPPEL · PARTEIPOLITISCHE BETRACHTUNGEN ZUM FLEISCHTRUSTSKANDAL

»VERBOTEN wurde auf Grund des Fleischbeschaugesetzes die Einfuhr von Fleisch in Büchsen (*corned beef*) ... Im Ausland wird dieses Fleisch nach wie vor genossen, das offenbar nur für den deutschen Reichsangehörigen gesundheitsschädlich ist.«

HANDBUCH FÜR SOZIALDEMOKRATISCHE WÄHLER 1903

»DIE Verfälschung und Verschlechterung von Nahrungsmitteln, die zum Verbrechen gegen Gesundheit und Leben der Mitmenschen wird, hat im *freien* Nordamerika einen Grad erreicht, der die Kulturwelt mit Ekel und Schauder erfüllt: mit Ekel vor den Produkten einer solchen Lebensmittelindustrie, mit Schauder vor der Gewissenlosigkeit der Menschen, die um schnöden Gewinns willen sich zu einem solch gemeingefährlichen Treiben entschliessen.«

HAMBURGER ECHO 1906

»HERR Podbielski war nicht blöde und hat sogar erklärt, dass er schon lange von den Zuständen in den Schlachthäusern Chicagos unterrichtet war. Wenn das wahr wäre, so hätte der preussische Landwirtschaftsminister in skandalösester Weise seine Pflicht versäumt; denn es wäre allerdings seine Schuldigkeit gewesen, die Verbrecher von Chicago der Öffentlichkeit zu denunzieren und nicht durch absichtliches Schweigen die Vergiftung weiter Volkskreise zu fördern. Der Ekel hätte dann viel wirksamer [?] die amerikanischen Fleischwaren von unseren Grenzen ferngehalten.«

LEIPZIGER VOLKSZEITUNG 1906

»SEIT Jahren ist, wie gesagt, dieser Zustand der Dinge im Schlachthausdistrikt Chicagos bekannt; die Sozialisten waren's, die ihn bekannt gemacht haben, wie sie's auch jetzt gewesen sind, die die Enthüllungen machten. Und wie sich mit Bezug auf die Schlachthausindustrie bewahrheitet hat, was die Sozialisten behaupteten, so wird die Zeit kommen, wo all das Übrige sich bewahrheiten wird, was die Sozialisten lehren.«

NEW YORKER *VORWÄRTS* 1906

I

MANCHE Anzeichen deuten neuerdings darauf hin, dass man auch in unserer Partei allmählich wieder — wie zuletzt Mitte der neunziger Jahre — das Bedürfnis fühlt, sich in ernsterer Weise mit den *agrarpolitischen Fragen* zu beschäftigen: das heisst mit den vollkommen neuartigen politischen Problemen, wie sie naturnotwendig aus den unvergleichlichen weltwirtschaftlichen Revolutionen der

letzten Jahrzehnte emporwachsen mussten — aus Umwälzungen, die nirgends tiefer gingen, als gerade in der Landwirtschaftsproduktion und damit in der internationalen Agrarkonkurrenz.

Verglichen mit ausländischen Bruderparteien, sind wir deutsche Sozialisten — meines Erachtens recht zu unserem Nachteil — noch immer viel zu sehr abhängig geblieben von der alten wirtschafts-liberalen, der Kürze wegen will ich im folgenden stets einfach sagen: von der freisinnigen Schablone. Ende der siebziger Jahre, als die Zollkämpfe in Deutschland begannen, hat wohl keiner von uns dieses Gebiet zu beherrschen geglaubt; wir hielten uns damals sehr im Hintergrund und griffen sogar zu der beliebten Ausflucht der Verlegenheit: die Zollprobleme und die Frage, ob Freihandel oder Schutzzoll, für einen Bourgeoisstreit zu erklären, von dem das eigentliche, besondere Arbeiterklasseninteresse nur sehr indirekt und abgeschwächt berührt werde. Die Führung der Linken im parlamentarischen Kampfe fiel ganz überwiegend den Dr. Bamberger, Dr. Barth und vor allem, gerade in der agitatorischen Wirkung nach aussen hin, dem zu jener Zeit bewundernswert unermüdlichen Eugen Richter zu. Alle noch heute zugkräftigen antiagrarischen Argumente stammen aus jenen Tagen und aus der Richterschen Agitationsrüstkammer. Mancher ältere Parteigenosse wird sich entsinnen, wie sogar auf dem Sankt Gallener Parteitage noch — ich wohnte ihm als Delegierter Berlins bei — lebhafte Klage erhoben wurde, dass Richter-Hagen unsere Wortführer im Reichstage an antijunkerlicher Schneidigkeit und Unermüdlichkeit weit überflügele, und wie einer unserer Linkesten überzeugend darauf erwiderte, dass solche Fragen uns auch viel weniger angingen, und dass wir sie ruhig dem bürgerlichen Fortschritt und Freisinn als Spezialität weiter überlassen könnten. Die alte freisinnige Schablone haben wir nunmehr, wie ich gern zugestehe, mit den Jahren und Jahrzehnten selber immer eifriger und formell immer geschickter und flotter handhaben gelernt, während umgekehrt die freisinnige Agitation mehr und mehr ein Haar in den überlieferten, scheinbar so krystallklaren antiagrarischen Beweisführungen der Richterschen Glanzzeit zu finden scheint und insofern allerdings mehr und mehr von uns, das heisst von ihrer eigenen Vergangenheit, abgerückt ist. Aber eigene sozialistische Anschauungen haben wir hier, innerhalb der deutschen Partei, nicht herauszubilden vermocht.

Dass man jedoch recht bös durch die Erfahrung widerlegt werden kann, wenn man, wie so oft der Freisinn, alle Lobeserhebungen, die das Händlerinteresse einem billiger konkurrierenden Produktionszweig oder Produkt zu teil werden lässt — handle es sich nun um den Wettbewerb von Margarine und Milchbutter, von Saccharin und Zucker, von Surrogatbier und Hopfenmalzbier, um amerikanisches Büchsenfleisch und deutsche, unter allen möglichen Vorkontrollen hergestellte Fleischkonserven — ohne weiteres für bare Münze hinnimmt und zur Grundlage von politischen Entscheidungen, Abstimmungen und Kritiken wählt, das merken wir eben wieder bei den Fleischtrustskandalen. Wie es dereinst handelsliberale Blätter gab, die uns die Margarine eigentlich als die veredelte Butter, als die überlegene Zukunftsbutter anpriesen, und die in dem Verkauf des Surrogates als Echtbutter und womöglich zum Preise der Butter am Ende noch eine gute Tat sahen, bei der man niemanden durch Kontrollen und *Belästigungen* stören solle, so haben sich die selben Interessenten auch in

der Schilderung der überseeischen Bezugsquellen von Fleischwaren als sehr wenig zuverlässig erwiesen. Warum — bekamen wir da zu hören — warum gab es überall auf dem europäischen Kontinent, ja selbst in England, dem Lande des freiesten *laisser aller*, vor allem jedoch östlich der Elbe hinsichtlich der Vieh- und Fleischeinfuhr vorbeugend-hemmende Eingriffe der öffentlichen Gewalten? Warum? Selbstverständlich darum, weil in den Vereinigten Staaten ein überlegener Grossbetrieb in Landwirtschaft und Industrie die erstaunlichsten Wundertaten der ökonomischen Zweckmässigkeit, Reinlichkeit und hygienischen Vorbildlichkeit verrichtete und deshalb, mit Hilfe unserer Reeder, Gross- und Kleinkaufleute, die tadellosesten, entzückendsten Delikatessen als Massenware für einen Spottpreis zu liefern im stande war, während unsere Landwirtschaft, in den Händen verkrachter, kenntnisloser ehemaliger Gardeoffiziere, statt nach vorwärts, konstant nach rückwärts sich entwickelt und deshalb, ausschliesslich wegen ihrer schmachvollen Rückständigkeit, sich dem überseeischen Wettbewerb innerlich nicht gewachsen fühlt und nun in der selbstverschuldeten Verlegenheit und Not nach Staatshilfe und Liebesgaben schreit. Die Grafen Schwerin und andere Krautjunker, deren Namen man auf der letzten, eindrucksvollen Landwirtschaftsausstellung in Berlin auf Schritt und Tritt an den verdienten Pranger geschlagen sah, sollten nur endlich einmal so viel landwirtschaftliche Aufklärung sich aneignen, wie ein Farmerviehtreiber der amerikanischen Weidestriche — der gestern vielleicht noch in Innerrussland oder im donaustaatlichen Halbasien oder im wildesten Italien nicht lesen und schreiben konnte! —, sie sollten nur endlich einmal in den Chicagoer *Dschungeln* studieren, wie ein Betrieb aussehen muss, der sich gewaschen hat: dann wäre, unter ehrlichen Leuten wenigstens, allen Gründen für Grenzbelästigungen eines ehrbaren Handels und Kaufmannes der Boden unter den Füssen weggezogen!

Und nun diese Enthüllungen über die vermeintliche Musterproduktion, dieser wirklich unvergleichliche Skandal! Ja, wenn ein deutscher Konsularbericht oder eine deutsche Interessentenenquete solche Warnungen gebracht hätte, dann hätte sich unsere Händlerpresse mit dem mitleidigen Lächeln geistiger Überlegenheit von solchen Kundgebungen unausrottbaren agrarischen Unverstandes und Beutehungers abkehren können. Wir haben das schon einige Male in Deutschland durchgemacht, denn in der Tat ist der Kern der jetzigen Anschuldigungen in keiner Weise neu. Aber diese neuerliche Störung war ernstlicher und hartnäckiger. Hier sprach kein neidischer ostelbischer Agrarier und Agrariergenosse, auch kein Minister, der die Sklavenketten der Ostelbier trug. Hier sprachen Amerikaner selber, sprach zunächst sogar ein amerikanischer Radikaler, vielmehr sogar: ein Sozialdemokrat, ein sehr namhafter Angehöriger der amerikanischen Sozialdemokratie. Und die mit der amtlichen Prüfung der Anklage Beauftragten, die ihm von Washington aus folgten, gaben ihm in offiziellen Berichten im grossen und ganzen recht, obwohl natürlich die Beschönigungs- und Vertuschungsversuche gleichfalls nicht lange ausblieben.

Es ist nur erfreulich, dass nunmehr — soweit ich zu sehen vermag — unsere Parteipresse ruhig den Tatsachen ins Gesicht sieht, und dass aus Parteikreisen auch schon Vorschläge auftauchen, wie unsere Fleischbeschau und Fleischwarenkontrolle, nach aussen wie nach innen, gesetzgeberisch und handelspolitisch zu vervollkommen sei.

II

STELLEN wir zunächst die vollkommene politische Unverdächtigkeit des Urhebers der *Dschungel*enthüllungen fest. Es ist kein zurückgebliebener ostelbischer Neidhammel, der uns hier die überlegene amerikanische Fleisch- und Konservenproduktion zu verekeln sucht. Er ist auch kein *Pod*-Agent und nichts Ähnliches. Und wenn von ihm noch neulich im Leitartikel eines deutschen Parteiblattes als »einem Romanschriftsteller, Herrn Upton Sinclair« gesprochen wurde, so hat der verdienstvolle Mann noch nicht einmal diese, immerhin etwas geringschätzige Bezeichnung *Herr* verdient. Er ist *Genosse* so gut wie einer, nach amerikanischen Parteizeitungen sogar durch und durch geschulter Marxist — was ich dahingestellt sein lasse. Sein Buch[1]) trägt auf dem Umschlag einen Vermerk des Inhalts, der Roman habe nur infolge der regen sozialistischen Unterstützung und Massenvorbestellung als Buch erscheinen können; serienweise Abdrücke sind in hervorragenden amerikanischen Bruderorganen erfolgt. Die Widmung des Werkes richtet sich an die Arbeitsmänner von Amerika. Den Schluss des Ganzen bildet eine Verherrlichung sozialdemokratischer Wahlagitationen und Wahlerfolge:

»Die Scheinreformer müssen sich selber ins Gesicht schlagen und das Grab graben! Die radikale Demokratie muss ohne Lügenfeigenblatt in ihrer ganzen Nacktheit dastehen! Dann wird unser Vorstoss beginnen, den nichts hemmen kann, unsere Flut wird stetig steigen, bis sie ihren Höhepunkt erreicht hat, unwiderstehlich, überwältigend, so werden sich die empörten Arbeiter Chicagos um unser Banner scharen. Und wir werden sie organisieren, werden sie erziehen, werden sie zum Siege führen. Jede Opposition werden wir niederzwingen, wir werden die Gegner vor uns hertreiben — und Chicago wird uns gehören! Unser Chicago! Chicago unser!«

Und Upton Sinclair ist nicht nur Genosse, er ist auch kein Unkundiger in der Welt, die er uns, zwar mit gesucht grellsten Farben, aber doch mit packender, überzeugender Realistik schildert. Es ist Selbsterlebtes, was er uns über die Betriebs- und Arbeitsweise, über die Lebensverhältnisse und sozialen Zustände im *Packing*viertel Chicagos vorführt.

»Jedes Wort, jede Zeile, die sich auf *Packingtown* bezieht, ist auf Tatsachen basiert. Jede Szene, die ich vorführe, hat sich wirklich ereignet, und das meiste habe ich mit eigenen Ohren und Augen gehört und geschaut. Alle Daten und Zahlen sind der Niederschlag eingehendster gewissenhaftester Nachforschungen und Nachfragen.«

So der Autor in einer Zuschrift an die Presse. Und in einem Schreiben an den Abgeordneten Wadsworth, den Vorsitzenden der Agrarkommission des Repräsentantenhauses, heisst es:

»Ich kann mit bester Kenntnis der Verhältnisse sprechen. Ich habe dort 7 Wochen zugebracht, habe mit den Leuten verkehrt und die Anlagen studiert, bevor die Fleischfabrikanten eine Warnung erhielten und irgend etwas gesäubert hatten. Ich sah mit meinen eigenen Augen, wie bei Armour verdorbener Schinken, dessen Gestank so fürchterlich war, dass ich ihn kaum ertragen konnte, *gedoktort* wurde; ich sah Würste in Bottichen zum Färben hängen, damit der mit dem Räuchern verbundene Zeit- und Gewichtsverlust vermieden werde; ich sah vergiftete Ratten neben Wurstfleisch liegen und weggeworfene Stücke Rauchfleisch im Keller in fauligen Fässern aufgespeichert. Ich sah, wie Männer auf frisches Fleisch spieen und ihre Hände mit Wasser wuschen, das dann in die Wurstmaschinen geleitet wurde. Ich stand 40 Minuten in Armours Schlachthaus und sah dort Schweine

[1]) Upton Sinclair: *The jungle* /New York 1906/. Auf das Buch ist bereits in der Rubrik *Dichtkunst* der Rundschau in diesem Bande der *Sozialistischen Monatshefte*, pag. 619, hingewiesen. Eine deutsche Ausgabe ist unter dem Titel *Der Sumpf* soeben bei Sponholtz in Hannover erschienen.

schlachten, ohne dass ein Inspektor zugegen war. Ich sah beinahe ebenso lange dem Schlachten von Rindern bei Morris zu unter den gleichen Verhältnissen.«[3])
Kennzeichnend jedoch — auf der einen Seite für den Verfasser und die amerikanische Sozialdemokratie, auf der anderen Seite für die politischen Tagesströmungen in den Vereinigten Staaten — ist der himmelweite Abstand zwischen der ursprünglichen und folgerichtig durchgeführten Tendenz und der schliesslichen Wirkung des Buches. Was Sinclair vor der Öffentlichkeit mit fortreissender innerer Empörung anklagt, ist die schrankenlose Ausbeutung, die moralische Degradierung und Verwilderung der Arbeitssklaven, die von dem riesenhaften kapitalistischen Räderwerk des Chicagoer Schlachthausviertels erfasst und niemals wieder freigegeben werden, bis sie geknickt und gebrochen und nur noch tauglich sind für die Gefängnisse, die Armenhäuser, für die politische und soziale Korruption schlimmster Art. Der litauische bäuerliche Einwanderer, der nach einer furchtbaren Laufbahn des Leidens, nach der Verwüstung und Vernichtung seiner Familie und seiner Arbeitsfähigkeit Vagabund, Verbrecher, politischer Zuhälter und Zutreiber wird, um zuletzt durch die frohe, erlösende Botschaft des Sozialismus sich wieder emporgehoben und gerettet zu fühlen, stellt für Sinclair nur die typische Verkörperung der allgemeinen sozialen Entwickelung breiter Bevölkerungsschichten dar, der verheerenden Folgen des übermächtigen Privatkapitals, dessen Bändigung und Beseitigung Sinclair erstrebt und, wie erwähnt, auch im Roman ganz offen, zum Teil sogar mit recht unkünstlerischer Unvermitteltheit und Absichtlichkeit verkündet. Die magenrevoltierenden Unappetitlichkeiten, die Konsumentenbedrohungen beschränken sich eigentlich in ihrer Vorführung auf 3 kurze Seiten des Werkes, während das Ganze deren über 400 umfasst.

»Aber hier, wie überhaupt, kommt es anders, als man glaubt.« Dieser schöne Buschsche Spruch bestätigte sich wieder einmal — leider, denn die ganze folgende, zuweilen bis zur Fieberhitze erregte öffentliche Agitation ist eigentlich ein Gradmesser der verhältnismässigen Ohnmacht des Sozialismus und einer zielbewussten Arbeiterpolitik in Amerika. Die Arbeiterfrage trat in den sich entspinnenden Diskussionen sofort zurück; dafür trat die grosse, ununterschiedene, aber millionenköpfige Masse der Konsumenten in Aktion. Natürlich nicht für die Hebung der Packhausarbeit, da dadurch, wie durch jede ausgedehnte Erhöhung des Lohnes und Verbesserung der Arbeitsbedingungen, das Konsumenteninteresse eher gefährdet, als gefördert erscheint, und da zahlreiche Konsumenten selber wieder *Arbeitgeber* sind, die den Rückschlag jeder ernstlichen Sozialreform auf ihre eigenen Betriebsverhältnisse und Profite fürchten. Nicht die von der Trustmühle erbarmungslos zermalmten Knochen und erstickten und vergifteten Leben der Arbeiter, sondern die Scheusslichkeiten des konsumreifen, in den Grosshandel und Kleinverschleiss übergehenden Arbeitserzeugnisses erregten beispiellose Sensation. Eine nebensächliche, politisch farblose Episode des sozialistischen Romans machte den Autor mit einem Schlage zum Helden der Tagespresse und das Buch zum Ausgangspunkt einer unaufhaltsamen agitatorischen und gesetzgeberischen Bewegung — was allerdings nicht hinderte, dass man den ausgesprochenen Sozialdemokraten sehr bald wieder von allen Untersuchungsausschüssen und sonstigen offiziellen Schritten und Kundgebungen fernzuhalten suchte.

[3]) Vergl. den New Yorker *Vorwärts* vom 16. Juni 1906.

Die *Schweinereien* der Chicagoer Schlachthausindustrien galten sehr bald als zweifellos festgestellt. Man war schon längst darauf vorbereitet, nachdem während des Krieges mit Spanien Lieferungen von ungeniessbarem, *einbalsamiertem* Fleisch an die Armee, ferner von verdorbenem Büchsenfleisch nach China unleugbar stattgefunden hatten. Nach den New Yorker *Times* hätten die Vertrauensmänner Roosevelts (der Arbeitskommissar Charles P. Neill und der Spezialagent J. Bronson Reynolds) in ihrem Bericht festgestellt, dass die sanitären Zustände in den Schlachthäusern grauenerregend wären, dass statt der vielbewunderten Reinlichkeit oft die sträflichste Nachlässigkeit und Schlamperei herrsche; dass Schmalz aus Fett von Schweinen bereitet würde, die der Cholera erlagen; dass die gesundheitsschädlichsten Präservativmittel zur Verwendung gelangten; dass dem amerikanischen Konsum, weil alle Kontrollen in erster Linie für den Export geschaffen wurden, noch miserableres Fleisch zugeführt werde, als dem Ausland, dessen Abwehr und Gegenmassnahmen man fürchte; dass auch in Abwesenheit der Fleischbeschauer ruhig weitergeschlachtet werde, und dass die Kontrollbeamten mehr geduldet, als mit Achtung behandelt werden; dass viele Fleischwaren falsche Etiketten tragen; dass man verdorbenes und trichinöses Fleisch versende u. s. w. u. s. w.

Nun ist es eine alte Erfahrung, dass die Konsumentenempörung meist ebenso rasch wieder verfliegt, wie sie entsteht, weil die vielen, recht ungleichartigen Konsumentenköpfe schwer unter einem Hut dauernd zu vereinigen sind. In unserem Falle war jedoch von vornherein eine organisierende und zusammenhaltende Kraft von genügender Stärke vorhanden: die allgemeine, tiefgehende Antitrustbewegung. Von dieser wurde die einzig günstige Gelegenheit sofort entschlossen beim Schopfe gefasst. Gerade weil die Demokraten und Bryaniten die Trustbekämpfung als ihre Spezialität ansahen, und weil nach der langen republikanischen Herrschaft ein empfindlicher Wahlrückschlag zu gunsten der Demokraten fast unausbleiblich scheint, haben mehr und mehr auch republikanische Politiker, mit Roosevelt sichtbar an der Spitze, der populären Strömung sich angeschlossen.

So ist, trotz der niederschmetternd schlimmen Erfahrungen mit amerikanischen Kongresspolitikern und mit dem ausführenden amerikanischen Beamtenapparat, doch wohl zu hoffen, dass Gesetze und Einrichtungen zur schärferen Überwachung der Schlachthäuser und Konservenfabriken in Kraft treten werden, dass also in Zukunft den Konsumentenmagen manche Zumutungen erspart bleiben, die über die Kraft eines Menschen hinausgehen.

Und wir importierende Europäer rechnen uns gleichfalls zu den Menschen und erheben gleichfalls Anspruch darauf, unsere Interessen gewahrt zu sehen und sie nötigenfalls selber zu wahren.

III

WENN die eigentlichen Arbeitsinteressen, wie dargelegt, in der grossen Öffentlichkeit mehr und mehr zurücktraten, so sind freilich die amerikanischen Arbeiter selber kaum von aller Schuld freizusprechen. Die beiden Gegenpole der überseeischen Arbeiterbewegung: die ganz unaufgeklärt wildgewachsene, nur das Allernächste sehende Augenblickspolitik und andererseits das sektiererische

Überwuchern einer rein doktrinär-prinzipiellen Aufklärungspropaganda zeigen sich hierbei beide in ihrer ganzen Schwäche.

In Chicagos *Packing*stadtteil sind etwa 25 000 bis 35 000 Lohnarbeiter mit dem Schlachten von Vieh und mit der Zubereitung von Fleischnährmitteln beschäftigt; mit ihren Familienangehörigen dürften sie also eine eigene Welt von 125 000 bis 175 000 Menschen bilden. Unser Genosse A. M. Simons hat die soziale Lage dieser Bevölkerungsschicht vor einiger Zeit in einer kleinen Schrift geschildert. Nach der zusammenfassenden Wiedergabe des New Yorker *Vorwärts* lebt der grösste Teil dieser Schlachthausarbeiter in unmittelbarer Nähe der Betriebsstätten, notgedrungen, weil plötzliche Unterbrechungen, lange Pausen und rascher Wiederbeginn der Arbeit nichts Seltenes sind. Der durchdringende Geruch von verwesendem Fleisch, von geronnenem Blut und verfaulenden Exkrementen ist weithin zu spüren. Die notwendigsten Abflussvorrichtungen fehlen in diesem Proletarierviertel, das allein schon eine Grossstadt darstellt; die Strassen starren von ewigem Schmutz. Kein anderer Distrikt Chicagos hat eine so hohe Todesrate; für eine der ungepflasterten Strassen hat Simons festgestellt, dass die Todesrate der Kinder bis zu 6 Jahren grösser war, als die Zahl der Geburten, so dass nur der enorme Zufluss von neuen Kräften — meist von Einwanderern, auf sehr tiefer Stufe der Kultur — den *Packing*betrieben den ungestörten Fortgang sichert. In 3 bis 10 Jahren soll ein Arbeiter in den Schlachthäusern meist fertig sein; vor allem führen Rheumatismus und Schwindsucht zur vorzeitigen Arbeitsunfähigkeit und zum vorzeitigen Ende. Bei den häufigen Todesfällen und Verletzungen schwerer Art sollen die Arbeiterfamilien vielfach durch allerlei Kniffe um die Entschädigungen geprellt werden, deren Erlangung ihnen bereits durch die geltenden Gesetze schwer genug gemacht wird. Die Einkommen in *Packingtown* sind schwer zu beziffern, weil alles nach Stunden und Stück bezahlt wird:

»Wenn die Arbeiter zur Arbeit gehen, wissen sie nicht, ob sie an dem Tage überhaupt arbeiten können, ob sie 2, ob 4, ob 16 Stunden beschäftigt werden. Wochenlöhne von 2 bis 5 Dollars sind häufig, und es ist ein wahres Hungerleben, das in den Schlachthausdistrikten geführt wird. Wie nahe die Arbeiter jenes Distrikts der Minimumgrenze der Existenz sind, zeigt die Tatsache, dass über 20 % der Bevölkerung gezwungen sind, zu irgend einer Zeit jeden Jahres Wohltätigkeitsgesellschaften um Hilfe anzuflehen.«[1])

Wie man sieht, können die Vorbedingungen zu einer tiefgehenden Agitation kaum irgendwo bessere sein. Der Zeitpunkt war sicherlich nunmehr gleichfalls der günstigste. Chicagoer örtliche Parteiorganisationen haben auch ihr möglichstes getan, das Eisen zu schmieden, solange es heiss ist. Unter anderem bereitete der Chicagoer *Socialist* Anfang Juni über die *Packingtown*enthüllungen eine *monster edition* vor, die in 20 000 Exemplaren zur Verteilung gelangen sollte.

Was tat aber — wenn deutsch-amerikanische sozialdemokratische Blätter als eine objektive Quelle angesehen werden dürfen — der Leiter der Schlachthausarbeitergewerkschaft, Michael Donnelly? Dass die zuströmenden irischen, polnischen, kroatischen, russischen, italienischen Elemente schwer in den alten Unionsrahmen einzugliedern sind, dass sie die Löhne drücken und den höherstehenden Arbeiterschichten bei allen möglichen Gelegenheiten schwere Verlegenheiten bereiten, mag ohne weiteres zugestanden sein. Doch mit einem

[1]) Vergl. den New Yorker *Vorwärts* vom 16. Juni 1906.

Bruderkrieg unter den Arbeitern selber wird wahrlich keine Wendung zum Besseren eingeleitet. Nach dem New Yorker *Vorwärts* müsste man jedoch glauben, dass Donnelly die Trustkapitalisten zu entlasten sich bemüht und die Hauptschuld an den abscheulichen Zuständen in den Schlachthäusern den »schmutzigen ausländischen Arbeitern« zuschiebt, die Südeuropa nach *Packingtown* abstösst. Das wäre allerdings ein Gipfel der Torheit, und wir würden für diesen Fall die Kritik seitens des New Yorker Parteiblattes begreifen:

»Der Hass gegen die ausländischen Arbeiter gibt ihm [dem Präsidenten der Schlachthausarbeitergewerkschaft] Worte ein, die er selbst nicht glaubt. Wenn Arbeiter mit solch schmutzigen Gewohnheiten sich in *Packingtown* zur Arbeit melden, wessen Schuld ist es denn, wenn sie zur Arbeit zugelassen werden? Weil diese Arbeiter billig arbeiten, deshalb werden sie von den Schlachthausbesitzern angestellt, ohne Rücksicht darauf, ob sie schmutzig sind oder nicht. In Wirklichkeit sind die Kapitalisten, nicht die Arbeiter, für den furchtbaren Schmutz verantwortlich, der in *Packingtown* herrscht, und der Präsident einer Arbeiterorganisation sollte der letzte sein, der sich dieser Wahrheit verschliesst.«

Eine ebenso peinliche politische Verirrung gestatten sich jedoch einige nicht-als-*zielbewusste* Übersozialisten von jener grauslichen Art, die auch in Deutschland wieder einmal zu einem kurzen papierenen Leben erwacht ist — denn mehr, als Worte, hat sie bisher nicht produziert, und sowie von den Worten zu den empfohlenen leibhaftigen Taten geschritten werden soll, klappt sie jedesmal zusammen zu nichts und abermals nichts. So bemüht sich ein sonst vortrefflich geleitetes Blatt wie der *Worker* zu beweisen, dass in Amerika keinerlei wirklicher Gesundheitsschutz der Konsumenten erreicht werden könne, es sei denn — durch den sozialen Staat:

»Es gibt nur einen Weg. Solange ihr die Regierung in den Händen von Kapitalisten lasst — das heisst in den Händen von Männern, die zu der selben prellenden und raubenden Klasse, wie die Männer des Fleischtrusts, gehören — solange ihr die Regierung in solchen Händen lasst, könnt ihr sicher sein, dass die Inspektion nur dem Fleischtrust behagen und nutzlos für die Konsumenten sowohl, wie für die Produzenten, sein wird. Ein paar Wochen oder Monate, während die Erregung noch anhält, mag die Inspektion noch ehrlich sein. Der Fleischtrust selber, seine Geschäftsinteressen wahrnehmend, wird eine scharfe und ehrliche Inspektion eine Zeit lang wünschen, bis *The jungle* nicht mehr Modelektüre ist und eine andere Sensation die öffentliche Meinung fesselt. Dann wird der Fleischtrust seine alten Praktiken der profitablen Vergiftung wieder aufnehmen, und die Inspektoren, von einer kapitalistischen Regierung ernannt, werden zu diesen Verbrechen ihren Segen geben. Denn das Motiv zum Verbrechen bleibt .... Der Fleischtrust macht um so grössere Profite, wenn er sie [die sonst unbeteiligten und unschuldigen Schlachthausarbeiter] zwingt, euch schlechtes Fleisch zu geben. Und solange der Trust oder sonst eine Kombination von Privatinteressen die Quellen der Fleischversorgung beherrscht, bleibt das Profitmotiv, euch mit schlechtem Fleisch zu versorgen. Und solange der Staat von der Klasse beherrscht wird, der auch die Fleischtrustmänner angehören [das heisst offenbar: beherrscht wird von der kapitalbesitzenden Klasse], so lange wird eine staatliche Inspektion eine Farce sein.«[4])

Noch unzweideutiger heisst es in der letzten New Yorker Staatsplatform (abgedruckt im New Yorker *Vorwärts*):

»Die schändlichen Praktiken der Schlachthausbesitzer durch Vergiftung des für die Nation bestimmten Fleisches, die kürzlich durch die Sozialisten aufgedeckt worden sind, und die Gewohnheit, andere Nahrungsmittel zu verfälschen und zu verschlechtern, sind die unvermeidlichen Folgen unseres Produktionssystems für Profite, und die alten Parteien wünschen weder, das System zu beseitigen, noch haben sie die Macht, Remedur zu schaffen.«

Das sind zwar sehr einfache, aber nicht minder sehr überlebte und — für

4) Vergl. den *Worker* vom 2. Juni 1906.

uns selber sehr gefährliche Schablonen. Denn überlebt waren sie schon zu den Lebzeiten unserer grossen sozialistischen Meister. Kein Geringerer, als Friedrich Engels, hat mit Vorliebe darauf hingewiesen, dass die kurzsichtige, dem momentanen Profit folgende Prellerei und Betrügerei nichts dem Kapitalismus Inhärentes sei, sondern meist mit einer höheren Stufe des kapitalistischen Geschäftsbetriebes sich selber überwinde, weil — die Ehrlichkeit am rentabelsten wird. Und *die besitzenden Klassen* haben in unserem Falle wahrlich kein einheitliches Interesse, der Fleischvergiftung einen unbeschränkten Freipass auszustellen. Das Interesse der lohnarbeitenden Klasse an einer gesunden Fleischnahrung läuft in unserem Falle vollständig parallel mit dem Interesse, das andere Bevölkerungsschichten daran haben, selber vor Fleischvergiftung nach Möglichkeit geschützt zu werden. Und selbst, wenn nur Lohnarbeitern ihre Nahrung aus Chicago zufliessen würde, blieben für die politische Gesamtheit und Mehrheit wahrhaftig noch Motive genug, nicht tatenlos bei seite zu stehen. Ja, sogar die Trustleiter werden nach den jüngsten Riesenverlusten kaum noch glauben, dass, je abgrundtiefer die Schweinerei, desto höher der Profit.

Ferner sind solche prinzipientüchtige *Beweise*, wie die oben zitierten, gar nicht so harmlos, sondern unter Umständen nicht ungefährlich für uns und die Arbeiterklasse. Sie lähmen, wenn sie Anerkennung finden, jeden Vorstoss gegen das vorliegende Übel, wirken also in der Gegenwart, bei allem Scheinradikalismus, nur reaktionär. Und speziell wir reichsdeutsche Sozialdemokraten haben, wenn in den Vereinigten Staaten wirklich jede Inspektion eine »Farce« bleiben muss, gar keine Waffe mehr in der Hand, überagrarischen Sperrforderungen gegen die Erzeugnisse der amerikanischen *Packing*industrie noch fernerhin entgegenzutreten.

× × ×

Auf einige wahrscheinliche handelspolitische und wirtschaftsgesetzgeberische Folgen — wie sie sich zum Beispiel auch in England vorzubereiten scheinen — möchte ich zurückkommen, wenn die in Angriff genommene amerikanische Inspektions- und Nahrungsmittelgesetzgebung abgeschlossen vorliegt.

××××××××××××××××××××××××××××××××××××

ROBERT SCHMIDT · IRRGÄNGE DER MASSENSTREIKTAKTIK

DER Parteitag in Jena hat über die Anwendung des Massenstreiks als politisches Kampfmittel eine Entscheidung gefällt, die theoretisch die Frage löst, indem sie grundsätzlich den Massenstreik als politisches Kampfmittel anerkennt. Die praktische Anwendung wurde wenig diskutiert, Bedenken wurden mit dem Einwand abgetan, dass man bei einer so grossen Sache sich nicht mit der untergeordneten Frage der Durchführbarkeit aufhalten wolle. Noch weniger konnte auf dem Parteitag entschieden werden, wann der Massenstreik in Anwendung kommen sollte. Die Resolution des Parteitages stellte zwar für bestimmte politische Forderungen die Anwendung des Mittels in Aussicht, aber sie vermied eine strikte Anordnung in jedem Falle, indem sie folgendes besagt:

»Demgemäss erklärt der Parteitag, dass es namentlich im Falle eines Anschlages auf das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht oder des Koalitionsrechts die Pflicht der gesamten Arbeiterklasse ist, jedes geeignet erscheinende Mittel zur Abwehr nachdrücklich anzuwenden.
Als eines der wirksamsten Kampfmittel, um ein solches politisches Verbrechen an der Arbeiterklasse abzuwehren oder um sich ein wichtiges Grundrecht für ihre Befreiung zu erobern, betrachtet gegebenenfalls der Parteitag die umfassendste Anwendung der Massenarbeitseinstellung.«

Den *gegebenen Fall* musste — das konnte man wohl stillschweigend annehmen — die Parteiorganisation, insbesondere der Parteivorstand bestimmen. Der Parteivorstand hatte somit die Anwendung des politischen Massenstreiks bei der Agitation für das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht in Sachsen und Preussen, sowie bei der Protestbewegung gegen den Wahlrechtsraub in Hamburg zu prüfen. Wie wir von einem Mitglied des Parteivorstandes im *Vorwärts* vernommen haben, hat der Parteivorstand den *gegebenen Fall* nicht für vorliegend erachtet, im wesentlichen deshalb, weil er sich zurzeit keinen Erfolg von der Anwendung des Mittels verspricht. Mit dieser Entscheidung wird der Parteivorstand die Zustimmung der grossen Mehrheit in der Partei hinter sich haben. Es bedarf auch keiner näheren Betrachtungen darüber, warum die Haltung des Parteivorstandes der Situation entsprach; für jeden Einsichtigen ist sie genügend motiviert.

Dennoch fehlte es nicht an Enttäuschten, die das Verhalten des Parteivorstandes nicht begreifen können und zu heftigen Angriffen übergehen. Diese Angriffe sind die Ausläufer der Massenstreikromantik, die nach dem Parteitag in den Parteiversammlungen einsetzte. Das war nicht mehr ein Diskutieren der Frage des Massenstreiks, sondern ein Propagieren ohne Rücksicht auf die gefährliche Situation, in die die Partei dabei geraten konnte. Diese Agitation schlug solche Wege ein, dass ein begeisterter Befürworter des Massenstreiks, wie Genosse von Elm, in Gemeinschaft mit den Genossen Frohme und Lesche Protest gegen diese Art der Propaganda erhob. Darüber hat man in der Parteipresse sehr gehöhnt, den Warnern Wankelmütigkeit und Furchtsamkeit vorgeworfen, während jetzt die Haltung des Parteivorstandes in sehr sachlicher und zutreffender Weise vom *Vorwärts* mit Argumenten verteidigt wird, die kaum abweichen von denen, die seinerzeit gegen die Massenstreikromantiker nach dem Parteitag ins Feld geführt wurden.

Die grosse Gefahr jener Taktik liegt in der Anwendung des Massenstreiks zu einer Zeit, wo sicheres Versagen des Mittels eintreten muss. Es fehlt nicht viel, um zu der Auffassung der *Anarchosozialisten* zu kommen, die im Massenstreik in jedem Fall ein wirksames Kampfesmittel des Proletariats erblicken; deshalb auch die Wut der Männer der lokalen Gewerkschaftsorganisation, die der anarchistelnden Taktik des Generalstreiks huldigen. Die Erklärung des Parteivorstandes, er habe gegenwärtig nicht die Absicht, den Massenstreik zu propagieren, hat gerade in diesen Kreisen eine bittere Enttäuschung hervorgerufen. Das Bedauern darüber, dass das Organ der lokalistischen Gewerkschaften zur Bildung einer neuen Partei auffordert, ist sehr unangebracht. Es genügt doch, die grundsätzliche Auffassung jener Richtung in der bekannten Resolution Friedeberg wiederzugeben, um über diese parteigenössische Richtung im klaren zu sein. In dieser Resolution, die kurz vor dem Jenaer Parteitag in einer von 3000 Personen besuchten Versammlung angenommen wurde, heisst es: »Die parlamentarischen Scheinerfolge, wie auch die vielfach erfolgte Besserung der

Lebenshaltung können über die Rückschritte im Klassenkampf nicht hinwegtäuschen, da die ersteren vornehmlich dem Zurückstellen, fast sogar Verleugnen aller revolutionären Ziele, die letzteren der überaus günstigen wirtschaftlichen Gesamtentwickelung Deutschlands zu verdanken sind. Die dogmatische Auffassung des Marxismus, des historischen Materialismus, hat das deutsche Proletariat unter Beiseitesetzung aller direkten revolutionären Beeinflussung seine ganze Kraft Jahrzehnte hindurch vornehmlich der allmählichen Umänderung der ökonomischen Verhältnisse zuwenden lassen, welchen Bestrebungen die parlamentarische wie gewerkschaftliche Aktion heute hauptsächlich gewidmet sind. Diese auf dem Boden und innerhalb des gesetzlichen Rahmens des heutigen Klassenstaates vor sich gehenden Betätigungen konnten nur unter Einengung des Sozialismus mit seiner revolutionären, internationalen, glaubenslosen, auf die Befreiung des ganzen Menschen gerichteten Weltanschauung erfolgen. der zu einer lediglich auf Änderung der ökonomischen Verhältnisse gerichteten Bewegung umgeformt und zugespitzt wurde.
Der auf der Ausbeutung der Arbeitskraft des Proletariats als Klasse aufgebaute Kapitalismus kann nur gestürzt werden durch Entziehung und Verweigerung dieser Arbeitskraft seitens der ganzen proletarischen Klasse. Ihren Ausdruck finden die dahin gerichteten Bestrebungen in der Idee des Generalstreiks und der Agitation für denselben.«

Und am 3. August 1904 entschied eine grosse Versammlung der lokalorganisierten Gewerkschaften:

»Aus diesen Gründen erwartet die Versammlung der *Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften* in Berlin: dass die nur indirekt nützende, unzweckmässige, ungeheure Opfer an geistigen und materiellen Kräften erfordernde parlamentarische Betätigung zurückgedrängt, alle Kräfte des deutschen Proletariats direkt auf die geistige und sittliche Hebung des Proletariats und auf den wirtschaftlichen Kampf verwendet werden.«

Zum Schluss wird der Generalstreik als das Allheilmittel bezeichnet.

Das sind Leute, die weit ab vom Erfurter Programm der Sozialdemokratie die Fühlung mit einem unklaren Anarchismus suchen, und mancher hat den Anschluss seit langem gefunden. Diese politischen Wirrköpfe warten nur auf eine Gelegenheit, um der Partei oder Gewerkschaft ein Bein zu stellen, denn zu ernster gewerkschaftlicher Tätigkeit sind sie unfähig. Diese Stellung sollten aber unsere leitenden Parteigenossen nun auch bald erkennen und die Kundgebungen von jener Seite richtig einschätzen. Die politischen Faseleien der *Einigkeit* kann die Partei achtlos passieren lassen, aber das Intrigantenspiel, die internen Beratungen des Parteivorstandes mit der *Generalkommission* mit hämischer Freude der Öffentlichkeit bekannt zu geben, verdient eine entschiedene Kennzeichnung der zweifelhaften Parteifreunde.

Wie kann ein Massenstreik gelingen ohne vorherige Besprechung der Taktik und aller Einzelheiten? Und wird es sich nicht als zweckmässig erweisen, die Pläne nicht preiszugeben? Wer gibt uns aber die Gewähr dafür, dass die Leute, die heute diese Beratungen ihren Zwecken dienstbar machen, mit gleicher Skrupellosigkeit denselben Weg beschreiten, wenn es sich um die Anwendung des Massenstreiks handelt? Die Lehre wird aus dem Vorkommnis zu ziehen sein, dass die beiden Korporationen, der Parteivorstand und die *Generalkommission,* ihre Beratungen, soweit sie internen Charakter tragen, künftig nachdrücklicher vor einem Missbrauch unbeteiligter Dritter schützen müssen. Die Verhandlungen, die seinerzeit zwischen der *Generalkommission der Gewerkschaften* und dem Parteivorstand geflogen wurden, waren ganz unverbindlicher Art, schon deshalb hatten sie die Öffentlichkeit nicht zu beschäftigen. Bedauerlich bleibt es allerdings, dass zwischen beiden Korporationen Differenzen über das Ergebnis der Verhandlungen entstanden sind. Der Vertreter der *General-*

kommission, Genosse Silberschmidt, hat im beiderseitigen Einverständnis als Ergebnis der Verhandlung folgende 6 Thesen festgestellt:

»1. Der Parteivorstand hat nicht die Absicht, den politischen Massenstreik zu propagieren, sondern wird, soweit es ihm möglich ist, einen solchen zu verhindern suchen.
2. Wenn dennoch ein solcher Streik ausbrechen sollte, so müsste der selbe von der Partei geführt werden, und die Gewerkschaften hätten sich offiziell nicht daran zu beteiligen.
3. Für den Fall eines solchen Streiks sollten die Gewerkschaften dieser Bewegung nicht in den Rücken fallen.
4. Ebenso dürfte die Gewerkschaftspresse in diesem Falle nicht gegen diese Bewegung wirken.
5. Die Unterstützung der Streikenden und die Kosten für die Folgen eines solchen Streiks zu tragen, müsse Aufgabe der Partei sein. Die Mittel müssten unter Mitwirkung aller Genossen, eventuell durch allgemeine Sammlungen aufgebracht werden.
6. Wenn Aussperrungen und Streiks als Folgen dieses Streiks zurückbleiben sollten, so wäre zu empfehlen, dass die Gewerkschaften für die Unterstützung eintreten.«

Bestritten wird seitens des Parteivorstandes die erste These, für die folgende Fassung gewünscht wird:

»Der Parteivorstand hat nicht die Absicht, gegenwärtig den politischen Massenstreik zu propagieren; sollte der selbe aber propagiert werden müssen, so wird sich der Parteivorstand mit der *Generalkommission* zuvor ins Benehmen setzen.«

Die *Generalkommission* hätte wohl kaum, wenn diese Formulierung seinerzeit gewünscht worden wäre, einen Anlass gehabt, einen Einwand zu erheben, die Differenz ist in der Sache keine erhebliche. Niemand ist so naiv, dem Parteivorstand zu unterstellen, das er für alle Zeiten den Massenstreik verwirft; wichtig bleibt nur die auch vom Parteivorstand nicht bestrittene Tatsache, dass man bei der Agitation zur Erringung des Wahlrechts in Preussen und Sachsen und gegen den Wahlrechtsraub in Hamburg die Anwendung des Massenstreiks verwarf und gegenwärtig nicht die Absicht hat, den Massenstreik zu propagieren. Damit war die Verständigung über die übrigen Punkte sehr leicht, und die Differenzen über die Zweckmässigkeit des Massenstreiks zwischen der *Generalkommission* und dem Parteivorstand auf ein Minimum herabgedrückt; denn die *Generalkommission* hatte keine Veranlassung, dem Parteivorstand Vorhaltungen zu machen, dass der *gegebene Fall* für den Massenstreik bisher noch nicht eingetreten war, sie konnte der Taktik des Parteivorstandes nur zustimmen.

Beachtung verdient hier eine Äusserung der *Leipziger Volkszeitung,* die für die Haltung des Parteivorstandes die folgende Erklärung gibt:

»Schon die Tatsache, dass im vergangenen Winter nicht mehr als diese kühle Neutralität der Gewerkschaften zu haben gewesen wäre, rechtfertigt vollkommen, dass es der Parteivorstand damals nicht auf einen Massenstreik ankommen lassen mochte.«

Wenn das die Motive wären, die den Parteivorstand zu seinem Entschluss leiteten, so wäre es Aufgabe des Vorstandes gewesen, zu der Zeit, als die Frage der Anwendung des Massenstreiks in Parteikreisen erwogen wurde, mit der *Generalkommission* in Verbindung zu treten. Das ist nicht geschehen. Mithin ist das freundliche Bemühen der *Leipziger Volkszeitung,* die Stellung der Gewerkschaften für die wohlüberlegte Haltung des Parteivorstandes verantwortlich zu machen, nicht zu akzeptieren.

Die *Generalkommission* hat, soweit die Taktik bei der Wahlrechtsbewegung in Frage kam, sich jeder Einmischung enthalten, weil sie hier die Parteiinstanzen, insbesondere den Parteivorstand , für zuständig hielt. Zustimmend hat sie den Vorschlag des Parteivorstandes, mit den Versammlungen am 1. Mai eine Kund-

gebung für die Erringung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts zu verbinden, aufgenommen und zur Ausführung gebracht; aber sie kann sich in einer politischen Aktion keine führende Stellung anmassen. Noch weniger würde dies für den politischen Massenstreik ratsam sein. Die politische Bewegung zu vertreten und zu leiten, ist Aufgabe des Parteivorstandes, der dem Parteitag gegenüber verantwortlich ist. Die Stellung der Gewerkschaften könnte erst dann zu Angriffen Anlass geben, wenn im *gegebenen Fall* die Gewerkschaften Front gegen die Anwendung des Massenstreiks machten. Eine solche Absicht bestand seitens der *Generalkommission* nicht, diese hat, als die Situation in Sachsen nach den grossen Strassendemonstrationen gespannt wurde, es abgelehnt, sich irgendwie einzumengen, selbst in der Voraussicht, dass es zu einem Massenstreik kommen würde. Dem Massenstreik hätten die Gewerkschaften nicht untätig zusehen können, denn in solchen Aktionen ist eine Neutralität undenkbar; aber die Verantwortung für das Misslingen dieser Aktion hätten die Gewerkschaften nicht übernehmen können.

Die bisherige Debatte über die Anwendung des politischen Massenstreiks hat ergeben, dass eine besondere Klarheit über die Frage nicht zu bemerken ist. Aus der Stellung des Parteivorstandes dürfte so viel zu entnehmen sein, dass der Massenstreik als politisches Kampfmittel nur in einem ganz ausserordentlich dringenden Fall unter eingehender Berücksichtigung des möglichen Gelingens propagiert werden soll. Damit kämen in der Beurteilung dieses politischen Kampfmittels Gewerkschaft und Partei einander näher, als es nach der dem Jenaer Parteitag folgenden Debatte schien. Kommt es zu schweren politischen Konflikten, in denen die Arbeiterbewegung um ihre Existenz kämpfen muss, dann wird sich leicht die Verständigung zwischen Partei und Gewerkschaft finden.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

EDUARD BERNSTEIN · DIE GENERALSTREIK-GEWERKSCHAFT

AM 4. April 1870 fand in La Chaux-de-Fonds im schweizerischen Jura ein Kongress der französisch-schweizerischen Sektionen der *Internationalen Arbeiterassoziation* statt. Auf seiner Tagesordnung stand *Die Haltung der Internationalen Arbeiterassoziation zur Regierungsform.* Eine Anzahl Delegierte, die aber in der Minderheit blieben, traten für eine Resolution ein, in der es am Schlusse heisst:

»... empfiehlt der Kongress allen Sektionen der *Internationalen Arbeiterassoziation,* auf jedes Vorgehen zu verzichten, welches die Umgestaltung der Gesellschaft mittels politisch-nationaler Reformen zum Zweck hat, und ihre Tätigkeit ausschliesslich auf die föderative Verbindung von Berufskörperschaften zu richten, da dies das einzige Mittel ist, den Erfolg der sozialen Revolution sicherzustellen. Diese Föderation ist die wahre Vertretung der Arbeit und darf mit keiner politischen Regierungsform etwas zu tun haben.«

Der Vater dieser Resolution war Michael Bakunin, der damals in Genf lebte. Sie ist meines Wissens die erste Formulierung des Prinzips der antipolitischen revolutionären Gewerkschaft. Antipolitische Gewerkschaften hatte es vorher schon gegeben, und ebenso hatte es schon Gewerkschaften revolutionären

Charakters und Auftretens gegeben. Aber der Gedanke, die revolutionäre Gewerkschaft in Gegensatz zur Politik, zu jedem politischen Kampf zu stellen und diesen zugleich grundsätzlich zu verwerfen, war neu. Man wird nun geneigt sein, ihn lediglich als das Produkt Bakuninscher Spekulationen, als eine Potenzierung Proudhonscher Ideen zu betrachten, und als ideologisches Phänomen ist er letzteres sicher. Aber er ist kein rein ideologisches Phänomen. Er ist nicht in der Ruhe des Studierzimmers, auch nicht im Idyll eines theoretisierenden Klubs geboren, seine Entstehungsgeschichte führt uns zurück nach Genf, wo praktische Kämpfe zu ihm den Anstoss gaben.

Genf hatte damals eine lebhafte Arbeiterbewegung gewerkschaftlicher und politischer Natur. Genfs Arbeiterschaft ist aber ausserordentlich zusammengewürfelt, was sich bei seiner geographischen Lage leicht begreift. Nur eine Minderheit der Arbeiter Genfs sind Genfer Staatsangehörige, und nur eine Minderheit der Genfer Staatsangehörigen sind — oder waren damals — Lohnarbeiter. So dass trotz allgemeinen Wahlrechts die Arbeiter die Minderheit der Wähler Genfs bildeten, bei Wahlen nach dem Listenwahlsystem ohne Proporz, wie es damals für die Regierungswahlen in Genf bestand, aus eigner Kraft nie einen Kandidaten durchbringen konnten. So wird man es verstehen, warum, als im Herbst 1869 in Genf Regierungswahlen stattfanden und die mit den Konservativen um die Herrschaft in Genf ringenden Radikalen der sozialistischen Arbeiterpartei einen Kompromiss anboten, diese das Angebot annahm und mit den Radikalen für eine gemeinsame Liste kämpfte, die übrigens durchfiel. In diesem Wahlkampf sollen nun die Führer der Arbeiterpartei auf das Genfer Spiessbürgertum über Gebühr Rücksicht genommen haben. Wer, wie Schreiber dieses, viel gesehen und erlebt hat, wird es ungeprüft als wahr annehmen; denn so etwas ist auch schon an Orten passiert, wo weniger eigenartige Verhältnisse obwalten, als in der zum weitaus grössten Teil von französischem Gebiet umgrenzten Heimat Calvins. Aber er wird auch verstehen, dass es im Verein mit der Niederlage sehr viel Missstimmung schaffen musste und Wasser auf die Mühle derjenigen war, die überhaupt den Wahlkampf verwarfen. Wie anders die Streiks, die Genf damals gehabt hatte, insbesondere der grosse Bauarbeiterstreik von 1868! Da gab es keinen Unterschied zwischen dem Arbeiter, der Genfer Staatsangehöriger war, und dem Arbeiter, der dieses Glück nicht genoss. Da gab es das gemeinsame Interesse gegen den einen Meister oder die koalierten Meister, das alle Arbeiter, ob Genfer oder andere Schweizer, ob Savoyarden oder andere Franzosen, ob Italiener oder Deutsche, verband. Erwägt man dies, so wird man es verstehen, warum eine nennenswerte Anzahl westschweizerischer Arbeiter und Sozialisten gerade in jener Resolution das, was not tat, erblickten.

Der Konflikt, der sich damals in Genf abspielte und auf dem besagten Kongress in La Chaux-de-Fonds zu einer Spaltung des französisch-schweizerischen Verbandes der *Internationalen* führte, wurde bald für den ganzen Zusammenhalt der *Internationalen* verhängnisvoll. Wir wollen hier darauf nicht näher eingehen, obwohl noch manches zu diesem Kapitel zu sagen wäre, sondern erwähnen es hier nur, weil jene in La Chaux-de-Fonds von der Mehrheit verworfene, aber von der Minderheit zu ihrer Fahne genommenen Resolution das Programm fast der ganzen Bewegung wurde, die sich in der *Internationalen* in Gegensatz zum Londoner Generalrat stellte, und deren geistiges Haupt

Bakunin war. Ein Schüler und Freund Bakunins, J. Guillaume, verfasste bald darauf eine Broschüre, in der er sie näher erläuterte und ein Bild der Art und Konsequenzen ihrer Verwirklichung zu geben suchte. Ich habe die jetzt sehr selten gewordene Broschüre nicht zur Hand und bin daher auch nicht in der Lage, festzustellen, ob nicht in ihr schon die Idee des die Gesellschaft endgültig umstürzenden Generalstreiks entwickelt wird, halte es aber für sehr wahrscheinlich. Bereits war die Idee des Generalstreiks auf einem Kongress der *Internationalen* zur Sprache gekommen, wenn auch nur beiläufig und noch sehr abstrakt. Auf dem Brüseler Kongress /1868/ wurde bei Besprechung der Frage des Streiks »im Prinzip« erklärt, dass »der Gesellschaftskörper nicht existieren kann, wenn die Produktion eine Zeitlang unterbrochen wird, und dass daher die Produzenten nur die Produktion einzustellen brauchen, um alle Unternehmungen persönlicher und despotischer Regierungen unmöglich zu machen«. Eine praktische Anwendung wurde indes aus dieser Feststellung nicht gezogen. Doch veröffentlichte das Organ der belgischen Internationalisten, die damals in Brüssel erscheinende *Internationale,* die stark von Proudhonschen Ideen beeinflusst war und bei der Spaltung sich auf die Seite der Gegner des Londoner Generalrats stellte, bald darauf Artikel, in denen spekulativ entwickelt wurde, dass, wenn die Streiks, wie sie damals ausbrachen, sich immer häufiger und in immer grösserem Umfange wiederholen würden, dies schliesslich zu einem Generalstreik führen würde, der bei den die Arbeiterschaft erfüllenden Emanzipationsgedanken »nur in einen die Gesellschaft neugestaltenden Zusammenbruch auslaufen könnte«. Nachdem aber auf dem Haager Kongress die Spaltung der *Internationalen* endgültig vollzogen war, stellte der zu Bakunin haltende Flügel auf Veranlassung der Belgier die Frage des Generalstreiks direkt auf die Tagesordnung seines im September 1873 in Genf abgehaltenen Kongresses. Sie wurde dort in geschlossener Sitzung verhandelt, und es wurde eine Resolution angenommen, in der es heisst:

»In Anbetracht, dass bei der gegenwärtigen Lage der *Internationalen* die Frage des Generalstreiks nicht völlig gelöst werden kann, empfiehlt der Kongress den Arbeitern dringend die internationale Organisation der Gewerkschaften und eine tätige sozialistische Propaganda.«

Das ist in dieser Sache im Verein mit der Resolution von La Chaux-de-Fonds das Testament des bakunistischen Flügels der *Internationalen,* der, ebenso wie der marxistische, bald darauf als Organisation einschlief: sozialistische Propaganda und gewerkschaftliche Organisation in Hinblick auf den Generalstreik, dagegen nichts von politischer Organisation und Aktion! Es ist das selbe Programm, wie es jetzt in Frankreich von den Generalstreikgewerkschaftern verfochten wird. Ich erlaube mir, die Bezeichnung *syndicalistes révolutionnaires* so zu übersetzen, weil die wörtliche Übersetzung *revolutionäre Gewerkschafter* bei der Auslegungsfähigkeit des Begriffs *revolutionär* allen möglichen Verwechselungen Vorschub leisten würde — was ist heute nicht alles *revolutionär*? — und die Bezeichnung *anarchistisch* als gehässige Denunziation oder dergleichen aufgefasst werden könnte. In ihrer geschichtlichen Ableitung ist die Idee, den gesellschaftlichen Umsturz durch den gewerkschaftlichen Generalstreik allein herbeizuführen, wie das obige zeigt, anarchistisch, Bakunin, Guillaume und ihre Freunde nannten sich mit Stolz *Anarchisten.* Indes, man soll niemand einen Namen anhängen, den er zurückweist. Und da die Pflege der Generalstreikidee das unterscheidende Merkmal der bezeichneten französischen *Syndikalisten*

und ihrer Gesinnungsgenossen in anderen Ländern ist und ihre ganze gewerkschaftliche Taktik bestimmt, so scheint mir auch die Bezeichnung *Generalstreikgewerkschafter* die sachgemässeste, zumal sich kein Anhänger jener Richtung durch sie verletzt fühlen kann.

Es ist nun interessant, dass die französischen Theoretiker der Generalstreikgewerkschaften seit einiger Zeit eifrig bemüht sind, Marx für ihre Lehre ins Feld zu führen. Einer der namhaftesten dieser Theoretiker ist Georges Sorel, unzweifelhaft ein sehr belesener und ideenreicher Schriftsteller. Erst im *Divenire Sociale* und dann im *Mouvement Socialiste* hat er eine Reihe von Aufsätzen über die Gewalt veröffentlicht, die zusammen als Versuch einer Theorie des Generalstreikgewerkschaftertums dienen können. Es ist eine peinliche Lektüre; die Aufsätze wimmeln von gehässigen Ausfällen und Unterstellungen gegen politisch tätige Sozialisten, vor allem Jaurès, aber es ist darum nicht minder eine instruktive Lektüre. Wir lernen von einem Manne, der persönlich an den Dingen nicht beteiligt ist, aber doch in engem Verkehr mit Vertretern der Bewegung steht, die Eindrücke und Ideenreihen kennen, die ihn und viele andere französische Sozialisten zu geschworenen Gegnern der politischen und insbesondere der parlamentarischen Parteitätigkeit gemacht haben. Und diese Darstellung führt uns zu den, Sorel offenbar unbekannten Vorgängen zurück, die 1869-1870 sich in Genf abspielten und den Anstoss zu jener Resolution gaben, in der faktisch das ausgesprochen ist, was er heute predigt: die Beschränkung des Klassenkampfes auf den Gewerkschaftskampf in jener Form, wie er überhaupt bis in die neunziger Jahre hinein auf dem Festland vorherrschte, als Revolte gegen das in der Werkstatt noch absolutistisch regierende Unternehmertum.

Sorel vergleicht die parlamentarischen Sozialisten mit den Demagogen in den altgriechischen Städterepubliken, die die Gunst der Masse durch hochgeschraubte Forderungen einzufangen suchten, und wirft ihnen vor, sie trieben die Politik des Überbietens. Seine Ausführungen darüber könnten auch in jeder konservativen Zeitung stehen; was er über die Feigheit des Bürgertums und der Regierungen sagt, würde den wissenschaftlichen Oberscharfmacher Dr. Tille zu Tränen rühren; indes wollen wir uns daran nicht stossen. Unzweifelhaft hat die parlamentarische Aktion ihre Gefahren, in der Republik so gut, wie in der Monarchie, im Punkt opportunistischer so gut, wie im Punkt radikalisierender Übertreibung. Das sind Dinge, die überwunden werden müssen, aber man überwindet sie nicht, indem man ihnen aus dem Weg läuft. Und hat nicht die Gewerkschaftsbewegung, die zentralistische, wie die auf den Generalstreik eingeschworene föderativ-revolutionäre, auch ihre Klippen? Die radikalen französisch-schweizerischen Sozialisten, die sich 1870 entrüstet von der Regierungswahl abwandten, in der nach ihrer Meinung das Prinzip geopfert war, haben an der Gewerkschaftsbewegung, die sie damals betrieben, wenig Freude erlebt. Man wird mir vielleicht entgegnen, das habe an den eigenartigen ökonomischen Verhältnissen der Westschweiz gelegen. Aber was Sauce für die Gans ist, ist auch Sauce für den Gänserich, sagt der Engländer. Dann musste man die Erklärung für die Verstösse bei der vorerwähnten Wahl auch nicht schlechtweg in der politischen Aktion, sondern in den besonderen persönlichen und ökonomisch-politischen Umständen jenes Wahlkampfes suchen.

Sorel und andere französische Sozialisten sind, soweit sie nicht vorher schon

wesentlich Verfechter des *Syndikalimus* waren, durch die Millerand-Affäre und die Jaurèssche Blockpolitik veranlasst worden, sich ihm als dem ausschliesslichen Retter in die Arme zu werfen. Sorel, vorher ein Ketzer am Marxismus, wandte sich unter dem Eindruck jener Vorgänge wieder der Marxschen Doktrin zu und suchte in ihr Waffen gegen die Verparlamentarisierung des Sozialismus. Aber seine Aufsätze zeigen, dass ihm das wenig geholfen hat. Stellen gegen parlamentarische Versumpfung gibt es bei Marx genug, aber ihnen lassen sich immer Stellen für die parlamentarische Aktion gegenüberstellen. Solche Dinge müssen nach ihrem eigenen Zusammenhang mit den gegebenen Bedürfnissen und Möglichkeiten der Arbeiterklasse beurteilt werden, auf Grund allgemeiner Sätze über den Kampf der Arbeiterklasse lassen sie sich nicht entscheiden. »Es scheint mir absurd«, schreibt Sorel, nachdem er von der Tendenz der parlamentarischen Sozialisten gesprochen, immer höhere Forderungen für das Volk und zu Lasten der Reichen zu stellen, »zuzugeben, dass Marx in dieser Weise den Klassenkampf verstand, der ihm das Wesen des Sozialismus war.« Aber wenn er das Marxsche Rundschreiben vom März 1850 liest, dann wird er dort gerade die Politik des Überbietens — und wie! — anempfohlen finden. Und wenn Sorel auf der anderen Seite wieder darauf verweist, dass Marx, als er seine Theorie ausarbeitete, nur erst die klassenstolze, den Arbeitern gegenüber widerstandskräftige, ihren vollen Herrenstandpunkt festhaltende Bourgeoisie kannte, dass seine Klassenkampftheorie diese voraussetzt, und nicht die heutige, immer mehr *verlabbernde,* sich fortgesetzt zu Zugeständnissen pressen lassende Bourgeoisie, so ist daran sicher ein grosses Stück Wahrheit. Aber welche Folgerung ergibt sich daraus? Dass wir dieses spezifische Stück Klassenkampftheorie zu modifizieren, dem Gesetz der Entwickelung zu unterwerfen haben? Nein, sagt Sorel, wir müssen die Bourgeoisie zurückmodifizieren. Bourgeoisie, werde hart! »Wie können sie [die Anhänger jener Auffassung] hoffen, der Bourgeoisie ein Feuer wiederzugeben, das im Erlöschen ist? Hier erscheint uns die Rolle der Gewalt als etwas ganz besonders Grosses in der Geschichte, denn sie kann indirekt auf die Bourgeois einwirken, um ihnen das Gefühl für ihre Klasse zurückzurufen.« Also müsse man Wohlwollen mit Undankbarkeit, Eintreten für Menschenverbrüderung mit Beschimpfungen, Propagierung des sozialen Friedens mit Schlägen beantworten; auch sei es sehr nützlich, die Redner der Demokratie und die Vertreter der Regierung durchzuprügeln, damit »niemand sich Illusionen über die Natur der Gewalttaten hingebe, diese haben nur dann geschichtlichen Wert, wenn sie der brutale und klare Ausdruck des Klassenkampfes sind«. Die Unternehmer müssten begreifen lernen, dass sie »schlecht von denen beraten waren, die sie dazu veranlassten, ihr Geschäft als Schöpfer von Produktivkräften in Stich zu lassen und sich mit dem Proletariat zu beschäftigen«. Marx habe angenommen, dass die Bourgeoisie nicht erst nötig habe, zur Anwendung der Gewalt aufgestachelt zu werden; jetzt »stehen wir vor einer neuen und sehr wenig vorhergesehenen Tatsache: eine Bourgeoisie, die ihre Gewalt selbst abzumildern sucht. Muss man nun glauben, dass die Marxsche Auffassung tot sei? Keineswegs, denn gleichzeitig, wie der soziale Friede die Konflikte zu mildern behauptet, tritt die proletarische Gewalttätigkeit auf die Bühne. Die proletarische Gewalttätigkeit beschränkt die Unternehmer auf ihre Rolle als Produzenten und stellt die Struktur der Klassen in dem Masse wieder her, wie diese sich in einem demokratischen Sumpf zu vermischen scheinen.« So sichert sie nicht nur die kommende Revolution, sondern scheint sie auch »das einzige Mittel zu sein, welches die durch den Humanitarismus abgestumpften europäischen Nationen noch haben, ihre einstige Energie wiederzufinden . . . Eine an Zahl wachsende und fest organisierte Arbeitermasse kann die Kapitalistenklasse zwingen, in ihrem wirtschaftlichen Kampf eifervoll zu bleiben. Wenn sich einer eroberungshungrigen und reichen Bourgeoisie ein geeintes und revolutionäres Proletariat gegenüberstellt, dann wird die kapitalistische Gesellschaft ihre geschichtliche Vollendung erreicht haben. So ist die proletarische Ge-

walttat ein wesentlicher Faktor des Marxismus geworden. Fügen wir noch einmal hinzu, dass sie, wenn sie zweckmässig geleitet wird, die Unterdrückung des parlamentarischen Sozialismus zur Folge haben wird, der nicht mehr als der Herr der Arbeiterklasse und der Hüter der Ordnung wird einhergehen können.«

So Sorel. Es ist nur ein kleiner Teil seiner neuen Theorie, die wir hier wiedergeben, aber es wird genug sein, ihren Grundzug erkennen zu lassen. Man könnte sie als nietzscheanisch renovierten Marxismus bezeichnen, als Synthese von Nietzsche und Marx, die gar so unnatürlich nicht wäre. Aus der Feder des für den autorisiertesten Interpreten von Marx geltenden Sozialisten haben wir vor noch gar nicht langer Zeit lesen können, dass es die Aufgabe der Sozialdemokratie sei, auf die immer schärfere Zuspitzung der Verhältnisse, die immer zunehmende Verschärfung der Gegensätze hinzuwirken, und je nachdem man den Klassenkampf, statt als kausal notwendige Erscheinung, als zwecknotwendigen Zustand oder als Selbstzweck auffasst, wird man zu einer solchen Kombination geradezu gezwungen. Und es will mir sogar scheinen, dass, wenn man von der Idee ausgeht, dass eine zunehmende Verschärfung der Gegensätze und Zuspitzung der Verhältnisse unerlässliche Bedingung für den Sieg des Sozialismus ist, die grössere Logik, die strengere Einheit des Gedankens bei Sorel ist.[1]) Nur dass ich diese Bedingung nicht anerkenne.

Der parlamentarische Sozialismus kann gar nicht anders, als immer wieder auf Abmilderung der Gegensätze hinzuwirken. Bei uns tritt das nicht so deutlich in die Erscheinung, weil wir zwar Sozialisten im Parlament, aber keinen Parlamentarismus haben. Wo aber wirklicher Parlamentarismus auf demokratischer Basis besteht, da muss in wirtschaftlich vorgeschrittenen Ländern, in Ländern mit einer starken Industriearbeiterklasse, das Auftreten von Sozialisten im Parlament, die Reformen verlangen, in steigendem Masse die ganze Praxis der Behörden und den Charakter der Gesetzgebung im Sinne einer Abschwächung des Unternehmerabsolutismus und Auferlegung der Lasten auf die stärksten Schultern beeinflussen.

Ganz frei von solcher Wirkung können und würden aber auch die Generalstreikgewerkschaften nicht sein, von denen Sorel das Heil erwartet. Und das führt auf den grossen Rechenfehler in seiner Kalkulation. Sorel zeigt sehr viel Streben, die Probleme ökonomisch aufzufassen, und wirft den sozialistischen *Politikern* unablässig vor, dass sie die Frage der Produktion ganz links liegen lassen. Aber er s p r i c h t nur viel von der Produktion, auf ihre B e d i n g u n g e n und auf die G r e n z e n , welche sie dem K ö n n e n der Generalstreikgewerkschaften setzen, geht er nicht ein. Auch er fasst zuletzt die Frage nur unter dem Gesichtspunkt der *Gewalt* auf, wie das der ärgste politische Routinier nicht anders könnte. Er hat die geistige Verfassung der zur *Confédération* haltenden französischen Gewerkschaften im Auge, wie diese heute beschaffen sind. Er sieht nicht, dass sie sich ändern wird, ändern muss, wenn jene Gewerkschaften, was er doch will, w a c h s e n. Denn dann treten erhöhte Aufgaben, tritt erhöhte Verantwortung an sie heran, und Streik wie Generalstreik erhalten für sie ein anderes Gesicht.

[1]) Sorel ist nicht der einzige Theoretiker, der den Generalstreiks*syndikalismus* von Marx ableitet. So hat auch der ungarische Sozialist E r w i n S z a b o erklärt, gerade als Marxist der von Sorel respektive dem *Divenire Sociale* verfochtenen Richtung zuzuneigen. Im *Divenire Sociale* finden wir jetzt eine interessante Kontroverse mit dem Anarchisten L u i g i F a b b r i, der für den Anarchismus Anspruch darauf erhebt, folgerichtiger Marximus zu sein. Es wäre Unrecht, diese Debatten vornehm zu ignorieren; in dem Masse, wie es meine sonstigen Arbeiten erlauben, gedenke ich vielmehr, auf sie noch näher einzugehen. Sie werden heute oft auf hohem geistigen Niveau geführt.

Die französische Gewerkschaftsbewegung ist im ganzen heute noch ausserordentlich rückständig. Wenn sie trotzdem bei Streiks gewisse Erfolge erringt, so ist das zu einem grossen Teil gerade den demokratischen Einrichtungen des Landes geschuldet, die es mit sich bringen, dass bei Streiks Behörden, Presse, Politiker etc. öfter, als bei uns, zu gunsten der Arbeiter vermittelnd eingreifen. Wo diese Intervention fehlt, da bleiben auch trotz allen Schwungs und aller grossen Absichten die Erfolge nur zu oft aus. Wir haben diesmal vor dem 1. Mai viel von der *direkten Aktion* für den Achtstundentag gehört, von bevorstehenden gewaltigen Streiks für diese Forderung der Arbeiterklasse. Was ist daraus geworden? In der Juninummer der *Revue Syndicaliste* wird der in Verbindung mit der Maifeier ausgebrochene Kampf der Maschinenbauer, noch eines der besser organisierten Gewerbe, beschrieben. Da erfahren wir, dass, wie es zur wirklichen Aktion kam, mit Ausnahme von ein oder zwei Werkstätten überall in Paris von seiten der Arbeiter von vornherein die Forderung des Achtstundentages fallen gelassen und nur die sogenannte *englische Arbeitswoche* von 54 oder 55 Stunden, das heisst der Zehnstundentag mit freiem Sonnabendnachmittag, verlangt wurde. 33 Fabrikanten mit etwa 6000 Arbeitern bewilligten, in den anderen kam es zum Streik, der aber wegen mangelnder Unterstützungen schon mit der dritten Woche abzubröckeln begann und schliesslich zusammenbrach. Die Arbeiter mussten bei Wiederaufnahme der Arbeit sogar verschärfte Fabrikordnungen unterzeichnen und eine verhältnismässig grosse Anzahl von ihnen wurde gemassregelt. Noch schlimmer ging es in Lunéville zu, während in Saint Etienne ein Drittel der in die Bewegung eingetretenen Arbeiter eine Verkürzung der Arbeitszeit erzielten, — aber mit Hilfe von Vermittelungsinstanzen. Auch haben die Fabrikanten hier von Anfang an sich geneigter zum Verhandeln gezeigt. Eine totale Niederlage erlitten in Paris die Arbeiter in der Wagenbauindustrie, die einzigen, die wirklich den Achtstundentag verlangten. Das sind natürlich Einzelerscheinungen, aber wenn wir die soeben vom französischen Arbeitsamt veröffentlichte Streikstatistik für 1905 mit der deutschen für das selbe Jahr vergleichen, dann finden wir auf der deutschen Seite durchgängig günstigere Zahlen, als in Frankreich.

Von 830 Streiks mit zusammen 177 666 Arbeitern waren in Frankreich 22,17 % erfolgreich, 43,50 % wurden durch Kompromiss erledigt, 34,33 % gingen verloren. Dagegen hatten nach der Statistik der *Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands* von den im Jahrfünft 1900 bis 1904 von deutschen Gewerkschaften geführten Streiks durchschnittlich 46,34 % vollen Erfolg, 27,76 % partiellen Erfolg, 24,08 % keinen Erfolg. Nun sind wahrscheinlich die Zählungsweise und der Massstab des französischen Arbeitsamtes andere, als die der *Generalkommission*; aber auch bei gleichem Massstab würde der Vergleich sehr zu gunsten der deutschen Gewerkschaften ausfallen, die ja auch von Jahr zu Jahr mehr Lohnbewegungen ohne Streiks erfolgreich durchführen. Sehr gross ist der Prozentsatz der Streiks, die in Frankreich durch Vermittelungsämter etc. geschlichtet wurden. Man mag nun über solche Schlichtung denken, wie man will, so zeugt doch ihr starke Inanspruchnahme nicht gerade für ein sehr entwickeltes Kraftbewusstsein der betreffenden Gewerkschaften und spricht nicht sehr für eine grosse Neigung der Arbeiter, Vermittler »durchzuprügeln«. Es ist etwas anderes, eine revolutionäre Gewerkschaftstaktik spekulativ auszuspinnen, als sie in die Praxis des Lebens umzusetzen.

Es sind eine ganze Reihe von Umständen, welche der kraftvollen Entwickelung der französischen Gewerkschaftsbewegung im Wege stehen, und ich gebe Sorel zu, dass eines der Hindernisse darin zu suchen sein mag, dass viele französische Arbeiter zu sehr daran gewöhnt sind, irgend welches Geschenk von oben zu erwarten. Aber ganz sicher ist ein noch grösseres Hemmnis das Einschwören der Gewerkschaften auf die Generalstreikidee. Sie hält sie, soweit sie auf sie einwirkt, künstlich auf dem Niveau der Kindheit der Gewerkschaftsbewegung zurück, wo man alles vom *Geist* erhoffte und sich beharrlich dagegen sträubte, durch Ausbau der Gewerkschaftseinrichtungen der Bewegung diejenige Grösse und Festigkeit zu verleihen, durch die allein Dauerndes erzielt werden kann.

Die Generalstreikgewerkschaft ist nicht die vorgeschrittene, sie ist die zurückgebliebene oder zurückentwickelte Gewerkschaft. Ihre ganze Ideenwelt geht von einer Auffassung der gesellschaftlichen Entwickelung aus, die durch die tatsächliche Entwickelung teils widerlegt, teils überholt worden ist. Sowenig es möglich ist, die Gesellschaft auf den Wirtschaftszustand zurückzudrehen, auf dem jene Auffassung erwachsen war, so wenig möglich ist es, in die Köpfe eine Denkart künstlich hineinzuzwingen, die jener Epoche entsprach. Die schwache Gewerkschaft stösst, wie Figura zeigt, noch heute auf den unnachgiebigen Unternehmer. Den Unternehmer überhaupt in der Unnachgiebigkeit erhalten wollen, heisst den Gewerkschaften verbieten, stark zu werden.

In den deutschen zentralisierten Gewerkschaften überschätzen manche vielleicht die Gefahr, welche unter den so anders gearteten deutschen Verhältnissen die Propagierung der Generalstreikidee dem Ausbau und der gewerkschaftlichen Disziplin bringen könnte. Indes liegen doch Tatsachen vor, die dartun, dass die Gefahr keine blosse Einbildung ist. Und darum soll man nicht gleich mit Verdächtigungen gegen diejenigen losgehen, die eine nicht genügende Auseinanderhaltung von politischem Massenstreik und Revolutionsgeneralstreik befürchten und daher Sicherung gegen unzeitiges Hineintragen der Propaganda in die Gewerkschaften wünschen.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

THEODOR LEIPART · DIE GEWERKSCHAFTLICHE PRAXIS UND DER KLASSENKAMPFGEDANKE

IN seinen im vorigen Bande der *Sozialistischen Monatshefte* veröffentlichten *Gedanken zur Heimarbeitausstellung* hat Wilhelm Schröder es — allerdings nicht im Sinne eines Vorwurfs — als einen Gegensatz zur »*klassenbewussten* Abstinenz« und als einen »Schritt vom Wege« bezeichnet, dass die Gewerkschaften diese Ausstellung in Gemeinschaft mit Professoren und bürgerlichen Organisationen und mit den christlichen und Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereinen inszenierten. Und er sagt weiter:

»... man sollte meinen, dass, wenn irgendwo im Proletariat, so hier [in den Gewerkschaften] weder Ursache, noch Neigung besteht, sich mit den auf den Höhen der Gesellschaft zu gemeinsamer Tat zusammenzuschliessen oder ihnen anders als feindlich gegenüberzutreten.«

Wenn irgendwo, so sollte der Klassenkampf gerade in den Gewerkschaften so rauh wie möglich in die Erscheinung treten.

Was das erste anlangt, so scheint allerdings nicht nur Genosse Michels in seinen Pariser Vorträgen, sondern noch mancher andere Parteigenosse das Zusammenarbeiten der Gewerkschaften mit den Herren aus dem Bürgertum und den anderen Gewerkvereinen bei der Heimarbeitausstellung missbilligt und verurteilt zu haben, so dass Schröders Bemerkungen nicht grundlos gewesen sein mögen. Es ist zudem neuerdings über die Praxis der Gewerkschaften in dieser Hinsicht so mancherlei gesagt und geschrieben worden, dass ich der Aufforderung des Herausgebers, zu der in der Überschrift aufgeworfenen Frage vom Standpunkt des praktischen Gewerkschafters einmal Stellung zu nehmen, gern Folge leiste. Denn hier kommen die Grundlagen der gewerkschaftlichen Praxis, ihre Stellung gegenüber bürgerlicher Hilfeleistung und zu den gegnerischen Arbeiterorganisationen im allgemeinen, sowie insbesondere in der Lohnbewegung in Betracht. Und an Kritikern hat es uns ja namentlich in der letzten Zeit wahrlich nicht gefehlt.

So brachte, um ein Beispiel zu nennen, die *Neue Zeit* im April einen Artikel von Stephan Heise, welcher mit sehr wortreichen Gründen den Standpunkt vertrat, dass es der »Würde der freien Gewerkschaften« schlecht zu Gesicht stehen würde, wollten sie noch fernerhin mit christlichen Gewerkschaften, diesen charakterlosen Elementen, paktieren; vielmehr müssten sie eine »ihrer prinzipiellen Stellung angepasste Taktik« einschlagen, die gegnerischen Organisationen der indifferenten Arbeiterschaft gleich achten und demgemäss behandeln, was wie »Sprengpulver« auf diese Art Organisationen wirken würde. Nun besteht das Paktieren mit den christlichen Organisationen darin, dass man bei einer Lohnbewegung mit ihnen rechnet, soweit die Notwendigkeit es erfordert. In diesem Falle muss man bekanntlich aber auch mit der indifferenten Arbeiterschaft leider noch oft genug ebenfalls rechnen, muss man den Unorganisierten gute Worte geben und ihnen Unterstützung versprechen, dass sie mittun. Viele Verbände zahlen ja noch heute an Nichtorganisierte oder doch solche, die sich bei einem Streik haben aufnehmen lassen, Unterstützung, ja selbst Streikbrecher werden oftmals unterstützt, um sie von der Fortsetzung der Arbeit abzuhalten. Bei einem Streik geht es eben zu, wie in jedem anderen Kampfe: man muss oft ein Auge zudrücken und alle irgend zulässigen Mittel gebrauchen, die zu dem erstrebten Erfolg führen können. Aber manche Parteigenossen scheinen der praktischen Gewerkschaftsarbeit auf Verbesserung der Lage der Arbeiter noch immer nicht die rechte Bedeutung beizumessen. So verlangt Stephan Heise von den Arbeitern als Konsequenz seiner vorgeschlagenen Taktik ausdrücklich: ein zeitweiliges s i c h B e g n ü g e n mit den vorhandenen Lohn- und Arbeitsbedingungen, die durch das gemeinsame Zusammenwirken der bestehenden Organisationen z u v e r b e s s e r n w ä r e n! Also, um nur ja nicht bei einer Lohnbewegung mit den Christlichen paktieren zu müssen, sollen unsere Gewerkschaften auf die Lohnbewegung überhaupt verzichten, denn es heisst in dem Artikel:

»Höher, als das Pflücken der Früchte, die der Tag gereift, steht wohl das Ziel, die Arbeiterschaft zu sammeln unter der Fahne, deren Sturmzeichen zum Kampf wider den Kapitalismus führt.«

Was soll man sich dabei wohl denken? Jedenfalls könnten die Christlichen und Hirsch-Dunckerschen sich nichts Besseres wünschen, als eine solche kuriose Taktik der Gewerkschaften, denn sie würden gut dabei fahren, würden in gar manchen Fällen ihre eigenen Lohnbewegungen führen und ein gut Teil des

Zustroms von bisher unorganisierten Arbeitern, der heute den Gewerkschaften zufliesst, auf sich zulenken. Aber unsere Gewerkschaften werden selbstverständlich das »Pflücken der Früchte, die der Tag gereift«, nicht den anderen Organisationen überlassen, gerade weil sie die Arbeiterschaft in möglichst grossen Haufen unter ihrer Fahne, die gegen den Kapitalismus führt, sammeln wollen. Und schliesslich die eine Frage noch: Welche Taktik empfehlen unsere Kritiker den Gewerkschaften für die Fälle, wo eine der anderen Organisationen den Anstoss zur Einleitung einer Lohnbewegung gegeben hat — denn das ist auch schon mehr als einmal vorgekommen —, desgleichen, wenn es sich um eine Abwehr gegen Unternehmermassregeln handelt? Sollen wir dann auch das Paktieren ablehnen?

Eine solche Taktik ist einfach unmöglich, denn sie würde zu unserem eigenen Schaden ausschlagen. Und wäre es überhaupt nicht richtiger, gegenüber den christlichen und den anderen Arbeiterorganisationen immer wieder hervorzuheben, dass wir eigentlich Brüder sind und die gleichen Interessen haben? Natürlich muss der Fehler der Organisationszersplitterung dabei gleichfalls stets betont und verurteilt werden. Auch soll das oft skandalöse, die Arbeitersache schädigende Verhalten der anderen Organisationen gebührend gebrandmarkt werden, das es mitunter schwer genug macht, die gerechte Empörung wieder zu vergessen. Aber warum soll dies alles es grundsätzlich ausschliessen, dass die in einer Werkstatt ständig neben einander beschäftigten christlichen oder Hirsch-Dunckerschen und sozialdemokratischen Gewerkschafter gegenseitig ihre abweichende Überzeugung respektieren und sich über ein Hand in Hand Arbeiten zur Verbesserung ihrer gemeinsamen Verhältnisse verständigen? Es ist doch nicht jeder ein ausgemachter Dummkopf oder ein schlechter Kerl, der eine andere Meinung hat. Und die Sozialdemokraten predigen ja nicht einmal Hass den Reichen, warum also sollen wir uns dann in einen untilgbaren Hass gegen die eigenen Klassengenossen verrennen, nur weil sie anders denken, als wir? Gewiss, sie begehen grosse Fehler. Aber sind w i r stets so ganz engelrein? Auch in unseren Gewerkschaften kommen Dinge vor, die sich mitunter nicht rechtfertigen lassen. Und wer wollte sich etwa mit allen Vorgängen in der sozialdemokratischen Partei ausnahmslos einverstanden erklären? Mir ist in meiner langjährigen Tätigkeit schon so manches Unrecht von Einzelpersonen und Majoritäten im eigenen Lager aufgestossen — namentlich auch in letzter Zeit —, gegen das sich nicht nur mein Gerechtigkeitsgefühl, sondern auch meine sozialdemokratische Gesinnung lebhaft aufgebäumt hat.

Hiergegen wird nun ins Feld geführt, dass der K l a s s e n k a m p f g e d a n k e in der Arbeiterbewegung verwischt werde durch das Paktieren mit solchen Elementen, die nicht gleichfalls auf dem Boden des Klassenkampfes stehen. Damit komme ich zu dem Schröderschen Wort von der *klassenbewussten Abstinenz.* Wenn die Arbeiterbewegung durch das Zusammenarbeiten mit bürgerlichen und nichtklassenkämpferischen Elementen wirklich in so grosse Gefahr käme, dann hätten wir allerdings schon mehr als einmal gesündigt, wie bei der Heimarbeitausstellung. Ich erinnere nur an den internationalen Kongress für Arbeiterschutz in Zürich im Jahre 1897. Dort sassen die Spitzen unserer Partei und Gewerkschaften zusammen mit den Vertretern der katholischen und evangelischen Arbeitervereine Deutschlands, mit Kaplänen und Pfarrern und allen möglichen anderen bürgerlichen Abgesandten aus allen Ländern. Sie

alle wurden von dem Präsidenten H. Scherrer mit den folgenden Worten begrüsst:

»Sie sind herbeigeeilt aus allen Staaten und aus allen Parteien, um aus der eigenen Erfahrung heraus und durch die Wucht der Massenwirkung die Grösse des Bedürfnisses nach einer völkerrechtlichen Ordnung gewisser Arbeits- und Industrieverhältnisse zu demonstrieren. . . . . . . Wer ein positives Resultat erreichen will, nimmt die Dinge, wie sie sind, nicht, wie er sie sich wünscht; er rechnet mit allen vorhandenen Kräften und kombiniert sie zu einem einheitlichen Effekte in der Richtung seines Zieles.«

Diese Empfehlung ist nach meinem Dafürhalten auch in der allgemeinen Arbeiterbewegung für viele Fälle durchaus beherzigenswert, und nichts anderes haben die Gewerkschaften getan, als sie sich an der Heimarbeitausstellung tatkräftig beteiligten. Haben wir aber vielleicht durch die damalige Teilnahme an dem Züricher Kongress Schaden erlitten? Ich glaube, das Gegenteil war der Fall. Unsere Vertreter dort haben mit ihrer Meinung nicht hinter dem Berge gehalten, sie haben ihren Einfluss auf die Entschliessungen des Kongresses geltend gemacht und haben aber auch — man lese es im Protokoll nach — anerkennen müssen, dass ein Zusammenarbeiten der verschiedenen Richtungen möglich und nützlich sei. So sagte zum Beispiel Genosse Bebel:

»Aber so grosse prinzipielle Differenzen uns trennen in Bezug auf das, was die Zukunft bringen soll, wir können bis zu einem gewissen Punkt neben und mit einander gehen und in diesem Kampfe manches erreichen, von dem ich hoffe, dass es segensreich für die gesamte Arbeiterklasse wirken wird.«

In dem gleichen Sinne äusserte sich auch Wilhelm Liebknecht, der am Schlusse des Kongresses dessen Arrangeuren, sowie den Referenten u. s. w. Dank sagte und dabei ausführte:

»Auf unserer Seite, wie auf der anderen, sind alle Gehässigkeiten vermieden worden, man ist mit dem Bewusstsein hergekommen, dass der Arbeiterschutz doch ein Gebiet sei, wo die verschiedenen Parteien, mögen sie sich im politischen Leben noch so sehr bekämpfen, ein Stück zusammenarbeiten können. Zunächst hat, wie das natürlich ist, wohl auf beiden Seiten ein gewisses Misstrauen geherrscht. Es war nicht berechtigt. Über dem Kongress schwebte sozusagen — um einen mittelalterlichen Ausdruck zu gebrauchen — so eine Art Gottesfriede. Die Waffen ruhten für eine Zeitlang.«

Da auch jetzt noch für eine andere Stellungnahme, als diese, gar kein plausibler Grund vorliegt, so ist hiernach also das Zusammenarbeiten und Paktieren mit anderen Parteirichtungen an sich nicht nur keine Gefahr, sondern im gegebenen Falle sogar ein Vorteil für die Arbeiterklasse, so dass die Gewerkschaften sich dieserhalb nicht zu verantworten brauchen. Es muss ihnen vielmehr auch für die Zukunft freistehen, wenn es ihnen zur Erreichung ihres Zweckes tunlich und notwendig erscheint. Denn auch der Klassenkampfstandpunkt hindert sie nicht daran. Der Klassenkampfstandpunkt zwingt nicht dazu, wie auch der *Vorwärts* in einem Leitartikel im März dieses Jahres, also schon unter seiner neuen Leitung, ausführte, »alle anderen Klassen als eine gleiche reaktionäre Masse anzusehen, deren einzelne Bestandteile bei ihren Kämpfen in keinem Fall unterstützt, oder mit denen nicht gelegentlich Bündnisse zur Erreichung bestimmter Vorteile abgeschlossen werden dürfen«. Hier wird also das Paktieren mit anderen Klassenparteien ausdrücklich für zulässig erklärt, in einem Artikel, der speziell die Bedeutung des Schlagwortes *Klassenkampf* behandelte. Mit der Zunahme seiner Anwendung, so wurde dort ausgeführt, verallgemeinere und verflache sich seine Bedeutung, und es wurde die Frage untersucht,

inwieweit der gewerkschaftliche Kampf gleichfalls als Klassenkampf zu gelten hat. Nur auf solche gewerkschaftliche Kämpfe, bei denen es sich um Erhöhung der Lohnquote breiter Arbeiterschichten auf Kosten des Unternehmerprofits handelt, will der *Vorwärts* die Bezeichnung *Klassenkampf* zulassen. Spezielle nebensächliche Berufsinteressen, desgleichen aber auch das Streben nach einem weiteren kräftigen Ausbau der sozialpolitischen Gesetzgebung hätten mit dem Klassenkampf nichts zu tun, denn sonst müssten auch die bürgerlichen Sozialreformer als Klassenkämpfer gelten.

Diese Folgerung will mir nicht zwingend erscheinen, denn es könnte sonst zum Beispiel der Gewerkschaftsbewegung im ganzen genommen auch der Charakter der Klassenbewegung und des Klassenkampfes abgesprochen werden, nur weil sie von bürgerlichen Sozialreformern freundlich beurteilt und unterstützt wird. Ebenso vermag ich nicht ganz einzusehen, warum für den Klassenkampfcharakter zur Bedingung gemacht werden sollte, dass die Lohnerhöhung auf Kosten des Unternehmerprofits erfolgt. Dabei berühre ich zugleich die schon mehrmals aus Genossenkreisen gegen die von den Gewerkschaften abgeschlossenen Tarifverträge erhobenen Vorwürfe, dass sie nicht bloss die Löhne der Arbeiter, sondern auch die Profite der Unternehmer hochhalten, wogegen vom Standpunkt des proletarischen Klassenkampfes schwere Bedenken zu erheben seien. Diese Meinung läuft im Effekt doch schliesslich auch darauf hinaus, dass die Gewerkschaften von einer Lohnbewegung im Klassenkampfinteresse überhaupt Abstand nehmen sollten, weil sie es eben gar nicht verhindern können, dass die Arbeitgeber, um ihre Profite nicht schmälern zu lassen, den bewilligten Mehrlohn auf den Warenpreis schlagen und so die Kosten der Lohnerhöhung auf die Konsumenten abwälzen. Dann wären also gegen die ganze Gewerkschaftsbewegung vom Klassenkampfstandpunkt *schwere Bedenken* zu erheben, und vielleicht erklären sich daraus die mancherlei Angriffe, welche die Gewerkschaften in jüngster Zeit wieder erleiden mussten?

Demgegenüber schliesse ich mich der Meinung Schröders an, dass gerade in der Gewerkschaftsbewegung die Klassenbewegung der Arbeiter und der Klassenkampf am deutlichsten in Erscheinung tritt. Bei einem jeden ernsthaften Streik ist es nicht etwa nur der erhoffte materielle Gewinn, welcher die Köpfe und Herzen der Streikenden erfüllt und sie in Einigkeit und Entschlossenheit zusammenhält, sondern es ist daneben ein hohes Mass von Idealismus, die Überzeugung von der absoluten Notwendigkeit und Berechtigung der aufgestellten Forderungen als Klassenforderungen der Arbeiter, die Erkenntnis des Klassengegensatzes, kurz, das Klassenbewusstsein. Nun hat allerdings August Bringmann in einem Vortrag, den er in diesem Frühjahr in mehreren Versammlungen des Zimmererverbandes gehalten und dann auch in seinem Blatt veröffentlicht hat, es ganz entschieden bestritten, dass es eine auf den Klassenkampf gerichtete Tätigkeit der deutschen Gewerkschaften gibt. Er polemisierte damit gegen die *Cölnische Zeitung*, welche in einem Artikel zum Cölner Gewerkschaftskongress einem Eingreifen des Staates gegen diese Tätigkeit der Gewerkschaften das Wort geredet hatte. Aber er setzte diese Polemik später auch gegen den *Vorwärts* fort und schrieb im *Zimmerer*:

›Es heisst ganz einfach die Klasseninteressen verlottern, wenn man ihre Vertretung den Gewerkschaften aufhalst. Und es heisst die Bestrebungen der Gewerkschaften vernachlässigen, wenn man die Gewerkschaften zur Vertretung der Klasseninteressen engagiert.‹

Diese Äusserung konnte ich nicht verstehen. Aber Bringmann hat sie zwei Wochen später selber dahin präzisiert, dass die Gewerkschaften eine auf den politischen Klassenkampf gerichtete Tätigkeit nicht entfalten können, ohne sich selbst aufzugeben. Das ist, im wesentlichen wenigstens, richtig, da der Einfluss der Gewerkschaften auf die Gesetzgebung, also ihre politische Betätigung, zum grössten Teil nicht Zweck, sondern nur Wirkung ist. Im übrigen wäre es meines Erachtens ein grosser Irrtum, nur den politischen Kampf der Arbeiter einen Klassenkampf zu nennen. Hat doch auch die politische, sozialdemokratische Bewegung zum guten Teil ökonomische, also wirtschaftliche Aufgaben zum Ziel, gleichwie die Gewerkschaftsbewegung. Nach meiner Meinung ergibt der einfache Sinn des Wortes, was Klassenkampf ist: nämlich der Kampf einer bestimmten, sich ihrer Lage bewussten Klasse in der heutigen Klassengesellschaft, gerichtet auf eine Hebung ihrer Lage und die Beseitigung jeder Herrschaft und Bevormundung durch eine andere Klasse. In diesem Sinne verdient vielleicht die Gewerkschaftsbewegung noch mehr, als die sozialdemokratische Parteibewegung, die Bezeichnung *Klassenkampf*, weil sie mehr, als letztere, nur die Angehörigen einer Klasse, der Arbeiterklasse, in den Kampf führt.

Die Politik der allgemeinen Arbeiterinteressen ist die Klassenpolitik, welche den Klassenkampf zum Ziel führt. Aber wenn die Gewerkschaft zunächst auch nur für einen Beruf die Arbeitszeit verkürzt, so ist das ohne Zweifel auch für die allgemeinen Arbeiterinteressen ein Vorteil. Selbst unsere politischen Forderungen werden ja oft nur für einen Teil der Klasse erhoben, wie beim Bäckerschutz u. s. w. Der Klassenkampf der Arbeiter lässt sich eben, soll er nicht jeglichen Erfolg sich bis zu dem fragwürdigen *grossen Kladderadatsch* aufsparen, sondern fortgesetzt Erfolge bringen, nicht in bestimmte Formen drängen, wie auch kein anderer eigentlicher Kampf. Dies gilt für den politischen, noch mehr aber für den wirtschaftlichen, den gewerkschaftlichen Kampf, der ein Teil des Klassenkampfes ist, aber nicht etwa nach der Schablone des politischen Kampfes geführt werden kann. Die Tarifverträge heben den Klassenkampfcharakter der Gewerkschaftsbewegung keineswegs auf, denn sie sind keine Freundschaftsbündnisse mit dem Unternehmertum, sondern nur Waffenstillstandsverträge, wie sie die *Arbeitgeberzeitung* selbst richtig genannt hat.

Die Theorie des Klassenkampfes sagt zwar, dass die Befreiung der Arbeiterklasse nur das Werk der Arbeiter selbst sein kann. So richtig dieser Satz ist, so darf er aber doch niemals wörtlich genommen werden, denn sonst wäre schon allein die Zusammensetzung unserer Partei, die Zugehörigkeit zahlloser Nichtarbeiter ein Verstoss gegen die Theorie. Wir haben uns die Unterstützung von Angehörigen aus anderen Klassen noch stets gern gefallen lassen, die moralische und sogar auch die finanzielle, bei den Wahlen ebenso, wie beim Konfektionsarbeiterstreik, bei den grossen Kämpfen der Bergarbeiter und bei anderen Gelegenheiten. Wir werden diese Unterstützung, die finanzielle weniger, als die moralische, jedenfalls auch in Zukunft noch gebrauchen können und, wenn wir sie annehmen, davon, wie bisher, keinen Schaden an unserer Gesinnung erleiden. Wenn andere bereit sind, sich mit vor unseren Wagen zu spannen, warum sollen wir sie zurückweisen! Aber es ist tatsächlich in manchen Parteikreisen eine gewisse proletarische Exklusivität anzutreffen, eben jene *klassenbewusste Abstinenz*, die keineswegs mit dem wirklichen proleta-

rischen Klassenbewusstsein verbunden zu sein braucht. Mancher gute Genosse sucht eine gewisse Grösse darin, seine Überzeugung, dass eine ganze Welt ihn von den bürgerlichen Anschauungen trennt, dadurch zu dokumentieren, dass er seinen Verkehr streng abschliesst. Aus meiner Praxis könnte ich einige Beispiele anführen, dass der Mangel an Versammlungslokalen für die Gewerkschaft und Partei zu einem guten Teil dadurch verschuldet ist, dass die Arbeiter es als ein Vergehen gegen ihre proletarischen Grundsätze betrachten, ein bürgerliches Wirtshaus zu frequentieren. Gewiss spielen in den meisten Fällen auch andere Gründe bei den bürgerlichen Lokalbesitzern mit, aber es ist eine Tatsache, dass mancher Wirt bereit wäre, seinen Saal herzugeben, wenn die Arbeiter ihn auch sonst unterstützen würden. Hier aber spielt tatsächlich die »proletarische *Rauhbeinigkeit*«, wie Schröder schreibt, eine Rolle, »die jeden grimmigen Blickes betrachtet, der nicht zur Fahne zählt«. Ich habe manchen Genossen gekannt und kenne noch heute solche, die den Stolz auf ihre Arbeiterehre so auffassen, dass sie sich möglichst rauh gebärden, mit einer förmlichen Aufdringlichkeit ihre Zugehörigkeit zur untersten Volksklasse an den Tag legen. Als wenn das auch zu den Vorbedingungen des Klassenkampfes gehörte! Unsere Bewegung hat doch als nächstes Ziel, die Arbeiterschaft auf eine höhere Stufe zu erheben. Der Arbeitsanzug und rauhbeinige Manieren machen den klassenbewussten Arbeiter nicht aus. Die Gewöhnung an etwas feinere Umgangsformen braucht den revolutionären Willen nicht zu beeinträchtigen. Früher mag in dieser Beziehung mancher aus der Not eine Tugend gemacht haben, es fehlte ihm an den nötigen Mitteln, höhere Bedürfnisse zu befriedigen, und es ist jedenfalls auf das Wirken der Gewerkschaften, auf die durch sie erzielte Erhöhung des Lohneinkommens weiter Schichten der Arbeiterklasse mit zurückzuführen, dass sich vieles in dieser Hinsicht geändert und gebessert hat. Hat darunter das Klassenbewusstsein, der Klassenkampf etwa leiden müssen? Oder hat nicht umgekehrt die Gewerkschaftsbewegung durch ihre praktischen Erfolge gerade dazu beigetragen, dass die Arbeiter widerstands- und kampffähiger geworden sind, dass sie als Klassenkämpfer sicherer, mutvoller und energischer ihren Mann stellen können?

Man hat früher mehr noch, als heute, von den Gefahren des Parlamentarismus gesprochen; man hat gesagt, dass die Abgeordneten der Arbeiter leicht auf dem glatten Parkett des Parlamentsbodens ausgleiten, dass sie durch die Berührung mit den bürgerlichen Abgeordneten von der Schärfe ihrer proletarischen Überzeugung verlieren könnten. Daran ist etwas Wahres. Mancher Himmelstürmer hat sich schon im Reichs- oder Landesparlament oder im Gemeindekollegium die Hörner abgestossen. Aber vielleicht infolge des Verkehrs mit Kollegen aus bürgerlichem Lager? Nein, sondern weil der Gegensatz zwischen Theorie und Praxis einen Ausgleich forderte. Man kann das prinzipielle Ziel in aller Reinheit hochhalten und doch in der Praxis Konzessionen machen, gerade zu dem Zweck, um vielleicht schrittweise seine Theorie zu verwirklichen.

Wo bliebe auch der hohe Glaube an die Unbesiegbarkeit des sozialistischen Gedankens, wenn wir uns immerfort von der Furcht beherrschen lassen sollen, dass wir durch den Umgang mit Leuten anderen Schlages an der Reinheit unserer Gesinnung und der Sicherheit unserer Überzeugung einbüssen könnten?

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

JAMES RAMSAY MACDONALD · SOZIALISMUS ODER ARBEITERPOLITIK?

DIE Begründung der Arbeiterpartei in England hat innerhalb der englischen sozialistischen Bewegung Angriffe veranlasst, und da diese Angriffe oft in die internationale Presse übergehen, dürfte es für die Genossen auf dem europäischen Kontinent nützlich sein, wenn ich den Standpunkt derjenigen sozialistischen Gruppe, der ich angehöre, darlege.

Zunächst möchte ich den Lesern eine einfache historische Tatsache ins Gedächtnis rufen, deren man sich im Zusammenhang mit diesen Kontroversen nicht immer erinnert. Als die Arbeiterpartei auf ihrer jetzigen Grundlage im Jahre 1900 gegründet wurde, da wurde der Versuch gemacht, sie auf einen sich offen zum theoretischen Sozialismus bekennenden Beschluss festzulegen. Dieser Antrag fiel durch, weil es bei dem Unternehmen Bedingung war, dass es eine politische Vereinigung zwischen Gewerkschaften und Sozialisten sein sollte, in der beide, unabhängig von einander, auf die Verwirklichung gewisser Endziele der arbeitenden Klasse hinwirken. Es sollte weder rein gewerkschaftlich, noch rein sozialistisch sein, aber beides in sich begreifen. Bei solchen Versuchen kann der Sozialismus sich latent verhalten — einige unter uns denken, er müsse es. Irgend eine politische Bewegung der Arbeiterklasse, die nicht an einem Punkte ihrer Entwickelung sozialistisch wird, können wir uns nicht vorstellen. Die Marschroute einer solchen Bewegung mündet in die Marschroute des Sozialismus. Eine sozialistische Resolution, auf der Konferenz im Februar 1900 gefasst, würde aber das sofortige Ende der Arbeiterpartei herbeigeführt haben. Die Gewerkschaften waren bereit, mit uns zusammenzuarbeiten, unsere Kandidaten zu unterstützen, ihre für den politischen Kampf bestimmten Gelder in eine Kriegskasse zu legen, die uns und ihnen gemeinsam gehören sollte; sie waren bereit, den Kampf zu beenden, welcher unglücklicherweise zwischen einigen der Ihrigen und einigen der Unsrigen seit Jahren geführt wurde, und sie räumten offen ein, dass sie mit ihrer Hoffnung, ein Bündnis zwischen ihnen und der liberalen Partei sei die Bedingung für den Erfolg der Arbeiterklasse sich im Irrtum befunden hätten. Aber der krasseste Neuling in englischer Arbeiterpolitik musste genau erkennen, dass sie in das Lager zurückkehren würden, aus dem sie kamen, und dass die Konferenz scheitern müsste, wenn wir den Versuch machen wollten, ihnen den Sozialismus gewaltsam beizubringen.

Diese Verhältnisse lagen völlig klar, ehe die Konferenz zusammentrat, und Thorne und Quelch unterschrieben für die *Sozialdemokratische Föderation* einen Vorentwurf der neuen Organisation, der keine Kundgebung sozialistischer Prinzipien enthielt. Natürlich war die Frage, ob die Sozialisten ein solches Übereinkommen annehmen sollten oder nicht, eine von denen, die zu diskutieren waren. Aber es ist authentisch, dass jede sozialistische Gruppe damals der gemeinsamen Arbeit zustimmte. Die *Sozialdemokratische Föderation* trat der Partei bei und war im Vorstand durch zwei Mitglieder vertreten. Während der zwölf Monate ihrer Mitgliedschaft haben diese keinen Antrag von irgend welcher Bedeutung eingebracht, der abgelehnt worden wäre. Ich war zu jener

Zeit Schriftführer und habe mein Gedächtnis durch Vergleich mit den Notizen aufgefrischt. Wenn wir heute so viel hören von der prinzipiellen Unmöglichkeit für reine Sozialisten, wie die von der *Sozialdemokratischen Föderation*, der Arbeiterpartei beizutreten, so beunruhigen wir uns nicht darüber, dass unsere Prinzipien zu schwach sein könnten, sondern lächeln nur darüber, dass solch ein Einspruch etwas bedeuten soll. Die *Föderation* vereinigte sich mit uns, nachdem wir erklärt hatten, dass wir den Sozialismus nicht zu unserer Grundlage machen wollten, ihre Vertreter unterschrieben ein darauf bezügliches Konkordat, und als sie sich von uns löste, da geschah es gar nicht aus prinzipiellen Gründen, sondern weil ihre in unserem Vorstand sitzenden Vertreter erzählten, dass unsere Arbeit nicht zum Erfolg führen würde. Erst nachdem die Trennung vollzogen war, entdeckte man, dass Sozialisten uns nicht angehören dürften.

So viel zur Geschichte! Wie ist der Fall nun einzuschätzen? Ich erinnere die Leser der *Sozialistischen Monatshefte* daran, was die Arbeiterpartei ist. Sie ist eine Vereinigung von Sozialisten und Arbeiterorganisationen, die im ökonomischen Kampf stehen, zu politischen Zwecken geschaffen. Sie ist von allen anderen politischen Parteien unabhängig, und ihr einziges Ziel ist, die Ordnung im Lande so umzugestalten, dass dem Arbeiter die Frucht seiner Arbeit gesichert ist. Sie ist nicht nur reformerisch. Sie hat sich für eine ökonomische Neuordnung von Grund auf ausgesprochen, denn sie hat erklärt, dass im heutigen System, und nicht bei den einzelnen Menschen, der Fehler liegt. Dieses ist der erste Punkt von Wichtigkeit. Wenn die Arbeiterpartei nur für Unterstützungsgenossenschaften, wirtschaftliche Vorteile, staatliche Zwangsgesetze und Arbeiterschutz einträte und für nichts anderes, so wäre es allerdings schwierig für Sozialisten, ihre aktive und dauernde Mitarbeit zu rechtfertigen. Eine solche Partei würde nicht eine geistige Stellung einnehmen, die der bestehenden Wirtschaftsordnung die Axt an die Wurzel legt. Aber die Arbeiterpartei präzisiert ihren Standpunkt sehr entschieden zu gunsten des gemeinsamen Eigentums, wo es sich um gemeinsame Bedürfnisse handelt. Sie berennt die Aussenwerke des kapitalistischen Eigentums, und da die ganze kapitalistische Herrschaft nicht an einem Tage fallen kann, sondern durch eine Reihe erfolgreicher sozialistischer Einfälle verdrängt werden muss, dürfen die Sozialisten wohl mit dieser Partei zusammenarbeiten.

Die Lage derjenigen Sozialisten, die es ablehnen, mit uns zu gehen, ist unlogisch und widerspruchsvoll. Ich bin einer von denen, die der *klassenbewussten* Beschnüffelung wenig Bedeutung beilegen. Ich halte sie für unangebracht und überflüssig. Es ist dieses ein Versuch, eine Idee, deren Wert schon unter alten Bedingungen verloren ging, aufs neue wieder anzuwenden. Dem sei aber, wie es wolle: gibt es in der ganzen zivilisierten Welt eine klassenbewusstere Organisation, als die englische Gewerkschaftsbewegung? Ihr Ziel, für das sie existiert und arbeitet, ist die Verteidigung des Proletariats gegen die Kapitalisten; sie legt besonderen Wert auf die Klasse als ökonomischen, sozialen und politischen Faktor; sie beargwöhnt jede Klasse ausser der eigenen, und es ist ein bekannter Kniff der Gewerkschaftsführer gewesen, die Mitglieder vor jedermann — besonders vor Sozialisten — zu warnen, der nicht mit der Hand gearbeitet hat. Dieser enge Gesichtspunkt ist sowohl die Stärke, wie die Schwäche des englischen *Tradeunionismus* gewesen. Er hat sich auf jedem Felde

gewerkschaftlicher Tätigkeit geltend gemacht, obzwar am wenigsten in der Politik. Dieses infolge gewisser historischer Umstände, die hier keiner Detaillierung bedürfen.

Tatsache ist: Ungefähr 2 Millionen Proletarier sind Mitgleider von Gewerkschaften, deren ausgesprochene Tätigkeit der Kampf gegen den Kapitalismus ist. Bis jetzt ist der Kampf ausserhalb des Parlaments und des politischen Gebietes geführt worden. Diese merkwürdige Erscheinung war unter den Eigentümlichkeiten, die von der neuen sozialistichen Bewegung vor zwanzig Jahren angegriffen und verspottet wurden, eine der allerersten. Schliesslich sahen die Gewerkschaften selber die Absonderlichkeit ein und zeigten sich willig, ein Ende damit zu machen. Sie waren bereit, eine politische Partei schaffen zu helfen und den Kampf gegen den Kapitalismus, den sie seit Generationen in Werkstatt und Konferenzzimmer geführt hatten, auf das politische Gebiet hinüberzuleiten. Zahlreiche Personen und einige wenige Gewerkschaften waren zu diesem Schritt nicht bereit, sie fanden, der Liberalismus habe ihnen alles, was sie brauchten, gegeben und ihre beruflichen Interessen geschützt. Mit einem Wort: sie waren Liberale. Andere wieder waren schwankend und unzuverlässig. Die neue Methode und der neue Gesichtspunkt waren ihnen etwas Ungewohntes, und sie waren geneigt, in die Vergangenheit zurückzuschlüpfen und die alten Wege zu gehen. Aber alles in allem: der neue Kurs war der natürliche und bedeutete einen allgemeinen Umschwung der gewerkschaftlichen Methode. Welch eine bedauerliche Unzulänglichkeit würde unter diesen Umständen der englische Sozialismus bewiesen haben, wenn er aus Schriftgläubigkeit diese Revolution der proletarischen Methode verachtet hätte, weil sie nicht damit einsetzte, sofort die Vergesellschaftung der Produktionsmittel und der Distribution zu verkünden! Je mehr man den Umschwung schätzen lernt, welcher durch die Annahme des Beschlusses des Gewerkschaftskongresses von 1899 zu gunsten einer unabhängigen Arbeiterpartei markiert ist, umso besser kann man auch die Unfruchtbarkeit der Arbeit jener sozialistischen Gruppen verstehen, die es abgelehnt haben, mit dieser Partei zusammenzuarbeiten.

Das grosse Problem, dem die Sozialisten eines jeden parlamentarischen Landes gegenübergestellt sind, ist die Schaffung einer Partei, mit der sie arbeiten und in der sie verantwortliche Stellungen bekleiden können. Auch wenn diese Partei eine *sozialistische* heisst, werden trotz des Namens die Stimmen, von denen sie getragen wird, nicht nur sozialistische Stimmen sein, und ihre Tätigkeit wird in der Hauptsache nicht sozialistische, sondern soziale Arbeit sein. In England standen wir diesem Problem gegenüber, und die Arbeiterpartei ist dessen Resultat. Natürlich nehme ich an, dass die *Revolution* eine Evolution zu sein hat, und dass Sozialismus ein Werden ist. Dieses ist der Standpunkt der *Unabhängigen Arbeiterpartei* in diesem Lande, und es ist das Aktionsprinzip — ob bewusst oder nicht, ändert nichts an der Richtigkeit meiner Darlegung — einer jeden sozialistischen Partei, die in nationalen Parlamenten und kommunalen Verwaltungskörpern Sitze zu erlangen sucht.

Der Stolz der deutschen sozialistischen Bewegung ist ihr Z i e l bewusstsein; der Stolz der englischen sozialistischen Bewegung — wenigstens der Gruppe, die allein zählt — ist es, dass sie sich ihrer M e t h o d e n bewusst ist. Und dieses Bewusstsein ist genau so wichtig, wie jenes. In einem parlamentarischen Lande,

wie das unsere, ist es in der Tat wichtig, dass die Sozialisten die Bedingungen genau verstehen, unter denen eine Partei gebildet und zusammengehalten werden kann, welche für den Sozialismus in dem Sinne eintritt, dass sie die gereiften gesellschaftlichen Impulse zum Sozialismus hinleitet. Es hat uns Sozialisten von der *Unabhängigen Arbeiterpartei* immer tief bekümmert, dass die offiziellen Organe der sozialdemokratischen Partei Deutschlands die Lage in England nicht verstehen konnten und von ihren Korrespondenten die drolligsten Berichte erhielten über das, was wir sind, was wir tun und zu tun vorhaben. Diese falsche Darstellung unserer Lage ist im Begriff, einen ernstlichen Riss in die internationale Bewegung zu bringen und auf unserer Seite eine Empfindlichkeit hervorzurufen, welche die einzige lebensfähige Sozialistengruppe dieses Landes der internationalen Organisation entfremden kann.

Sozialismus ohne gewerkschaftliche Unterstützung ist verurteilt, eine Bewegung von unfruchtbarer Kritik und impotenter Abstraktion zu sein; *Tradeunionismus* ohne Sozialismus ist nur nutzloser Kampf, ermüdend und nie entscheidend; Sozialismus und Gewerkschaft zusammen sind die Erzeuger der grossen Arbeiterbewegung, welche die bestehende Gesellschaftsordnung umgestalten muss.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

EUGÈNE FOURNIÈRE · DIE STELLUNG DER SOZIALISTEN IM FRANZÖSISCHEN PARLAMENT

NACH den Regeln der Arithmetik ergeben 52 geeinigte und 24 unabhängige sozialistische Abgeordnete insgesamt 76 Sozialisten in der neuen französischen Kammer. Aber die Politik ist leider keine Arithmetik, und es zeigt sich hier, dass die Statistik nicht als einziger Massstab in sozialen Dingen anzuwenden ist. Als beim ersten parlamentarischen Zusammenstoss der radikale Abgeordnete Maujan den Maueranschlag der Rede beantragte, in der Clémenceau sich gegen den Sozialismus wandte, dessen Doktrin Jaurès dargelegt hatte, stimmten nur 79 Abgeordnete gegen diesen Antrag, nämlich 47 geeinigte Sozialisten, 1 unabhängiger Sozialist und etwa 30 Monarchisten und Nationalisten, die ihren Hass gegen den Sozialismus hinter ihren Hass gegen das gegenwärtige Ministerium zurücktreten liessen. Es ist von symptomatischer Bedeutung, dass bei einer Debatte, in der der Sozialismus von Jaurès vertreten und von Clémenceau verspottet wurde, die unabhängigen Sozialisten nicht ihre eigene Auffassung darlegten, und die Hälfte von ihnen, darunter Viviani, für den Anschlag stimmte, während die andere Hälfte, darunter Millerand und Zévaès, sich der Abstimmung enthielt. Das war der erste parlamentarische Gang der Sozialisten in dieser Legislaturperiode. Sie verdient, dass man einen Augenblick bei ihr verweilt.

Ich verstehe es, dass Jaurès' Ausführungen die unabhängigen Sozialisten nicht befriedigten. Sie konnten den Grundriss des Gesellschaftsplanes, den der Führer der geeinigten Sozialisten vorlegte, für allzu summarisch halten. Ich mache ihnen aus dieser Einschätzung des Jaurèsschen Exposés keinen Vorwurf. Auch ich bin der Meinung, dass Jaurès sein Versprechen, den Sozialismus und die Funktion seiner Hauptorgane zu umschreiben, mehr aufgeschoben, als gehalten hat. Jaurès hat sich, wie einige Blätter bemerkten, *übernommen,* als er sich

in seiner Rede anheischig machte, in 4 bis 5 Monaten die Gesetzentwürfe auszuarbeiten, die uns aus dem kapitalistischen Staat in den sozialistischen führen sollen. Aber konnten und mussten die Unabhängigen, wenn sie die Auseinandersetzungen Jaurès unzureichend und mit ihrer Auffassung unvereinbar fanden, nicht ihrerseits eine solche versuchen? Sie haben in ihrer Mitte Redner wie Millerand, Viviani, Gérault-Richard, Zévaès, und sie schweigen sich aus, dieweil der Renegat Biétry, der Leiter der *gelben* Gewerkschaften, sein Programm der Harmonie zwischen Arbeitern und Unternehmern darlegt!

Es war ein sehr bedauerliches Debüt unserer Genossen, die sich der Einigung nicht angeschlossen haben. Müssen wir somit auf ihre Unterstützung bei den spezifisch sozialistischen parlamentarischen Aktionen und Anträgen verzichten? Müssen wir uns damit begnügen, nur bei den arbeiterpolitischen und allgemein sozialistischen Reformen auf ihre Unterstützung zählen zu können, die längst von vielen Radikalen und Sozialistisch-Radikalen akzeptiert sind? Ist dem so, woher nehmen sie alsdann das Recht, sich *Sozialisten* zu nennen? So würde ich mich unruhig fragen, wüsste ich nicht, dass der Sozialismus nicht an Parteien, Parteigrenzen und Parteiformeln gebunden ist. Wenden sich die Unabhängigen in der Tat nicht nur gegen die allzu stramme Disziplin der geeinten Partei und gegen die ultra*marxistischen* Formulierungen, die der Einigungskongress beliebte? Wenden sie sich wirklich gegen die Quintessenz des Sozialismus selber, gegen die Vergesellschaftung der Produktionsmittel? Nehmen sie an dieser Umgestaltung der Eigentumsordnung Anstoss, trotz des Aufschubs, den man dieser Umgestaltung zugesteht? Es wäre gut, dies festzustellen.

Der Fehler, den die Unabhängigen begingen, wird nicht durch den Fehler entschuldigt, den Jaurès beging, als er in seiner zwei Sitzungen ausfüllenden Rede das nicht sagte, was man von ihm erwartete, und was er zu sagen doch versprochen hatte. Andererseits darf Jaurès' Fehler nicht über den der Unabhängigen übersehen werden. Wie kam es, dass sein grosser und genialer Geist, sein kraftvolles Denken gerade in einem so entscheidenden Augenblick versagte? Es würde interessant sein, dieses zugleich individual- und kollektivpsychologische Problem zu erörtern; doch fehlt hier Raum und Zeit zu dieser Eörterung. Die Tatsache in ihrer wenig erbaulichen Wirklichkeit lässt sich nicht wegschaffen: die *schöne Rolle* fiel doch schliesslich Clémenceau zu, der allerdings auffallend inkompetent in den Fragen der Ökonomie und der Gesellschaftswissenschaft ist, der aber sicher in höherem Grade die realistische Kenntnis des Durchschnittsempfindens des französischen Volkes besitzt. Und der Besitz dieser Kenntnis ist geradezu eine Vorbedingung für ein Mitglied der Regierung. Sie genügt nicht, um allein aus ihrem Besitzer einen Staatsmann zu machen, aber der, der sie nicht besitzt, wird nie ein Staatsmann werden.

Um einen Begriff von der Enttäuschung der zahlreichen Sozialisten am Tage nach Jaurés' Rede zu geben, muss ich die Arithmetik wieder zu Hilfe rufen, die ich am Eingang dieses Artikels verabschiedet habe. Jaurès' Rede füllt in der *Humanité* 1876 Zeilen und zerfällt in folgende an Umfang sehr verschiedene Abschnitte: 1. Kritik der Handlungen des Ministeriums, 320 Zeilen, 2. Kritik der gesellschaftlichen Ungleichheit, 294 Zeilen, 3. Prüfung der beiden Vergesellschaftungshypothesen, der Expropriation mit und der Expropriation ohne Entschädigung, 475 Zeilen, 4. Darlegung, dass die Vergesellschaftung das Wohl-

befinden der heute benachteiligten Klassen steigern wird, 69 Zeilen, 5. Darlegung der Funktion des (gekauften oder eingezogenen) gesellschaftlichen Eigentums, 69 Zeilen, 6. Kritik der Ohnmacht der radikalen Partei, die soziale Frage zu lösen, 230 Zeilen, 7. schliesslich Kritik der Gesetzentwürfe des Ministeriums, 419 Zeilen. Also über das angekündigte Thema 69 Zeilen unter insgesamt 1876, das heisst weniger als $^1/_{25}$, genau 3,8 %! Man kann sich denken, welche Gelegenheit Clémenceau hatte, seinen unerbittlichen Sarkasmus mit Verve spielen zu lassen, und wie unbehaglich den Sozialisten zu Mute war. Ich leugne durchaus nicht, dass es nützlich ist, in einer derartigen Rede das gegenwärtige Regime sowohl in seiner allgemeinen Zusammensetzung, wie in den Akten des derzeitigen Ministeriums zu kritisieren. Ich weiss zudem, dass Jaurès bei seiner Darlegung der Expropriation mit oder ohne Entschädigung inmitten eines wahren Wirrwarrs von Unterbrechungen, Zwischenfragen und Ausrufen zu sprechen hatte, die ungebührlich den Text seiner Rede verlängerten. Aber das ausserordentliche Missverhältnis zwischen dem Thema und seinen Anhängseln bleibt nichtsdestoweniger bestehen. Andrerseits hätte Jaurès bei seiner Kritik der kapitalistischen Ordnung eine exaktere oder wenigstens genauer analysierende Beweisführung anwenden sollen. Er hätte sich der Untersuchungen Bernsteins erinnern sollen, die gegen das, was er in seiner Rede angeführt, und noch mehr gegen das, was er ausgelassen hatte — denn man sagt wenig in 69 Zeilen —, ins Feld geführt wurden. Seine kritische Beweisführung und seine allgemeinen Behauptungen konnten von Herrn Deschanel kritisiert werden, der mit Aufmerksamkeit und Verständnis die Publikationen der Nationalökonomen und Sozialisten verfolgt.

So begreift es sich, dass die Kritik, die ja immer Anklang findet, zumal wenn sie von einem Manne wie Clémenceau gehandhabt wird, der die Lacher auf seine Seite zu bringen weiss, besonders gut in der Debatte gelang, mit der die gegenwärtige Legislaturperiode anhob. Wir müssen aber Jaurès vertrauen. Er hat versprochen, im Namen der sozialistischen Partei ein Vergesellschaftungsprogramm in Gestalt einer Reihe der Kammer zu unterbreitender Gesetzentwürfe vorzulegen. Seine Zusagen hat er bis jetzt stets eingelöst. Aber hat er hier nicht Unmögliches versprochen?

Indem Clémenceau sich selbst als einen Kirchenbaumeister vorstellte, der Stein an Stein fügend sein Gebäude gen Himmel führt, warf er Jaurès spöttisch vor, Feenpaläste in den Wolken zu bauen, und gleichzeitig erklärte er, dass seine Anstrengungen und die der republikanischen Demokratie dahin zielten, die Lohnarbeit, die neue Form der Sklaverei, abzuschaffen. Dadurch hat der radikale Minister den Mystizismus erschüttert, der noch in einer nicht geringen Anzahl sozialistischer Hirne wohnt, und uns damit einen grossen Dienst erwiesen. Clémenceaus Vorgehen wurde noch durch die Art und Weise erleichtert, wie zwar nicht Jaurès selbst, wohl aber die sozialistische Partei ihr Wahlprogramm zusammengestellt hatte. Dies Programm bestand einerseits aus einem Manifeste, in welchem die internationale Organisation des Proletariats als Klassenpartei als Vorbedingung für die kollektivistische oder kommunistische Umgestaltung der gesamten Gesellschaft bezeichnet wurde. Das sozialistische Ideal, das sich ursprünglich an die Prinzipien der republikanischen Demokratie anlehnte, gab sich dort mit geradezu unerbittlicher Strenge. Und es erschien um so höher und weiter, wenn man damit auf der anderen Seite

das unmittelbare Aktionsprogramm vergleicht, das sich auf sechs Reformen beschränkt, von denen Clémenceau sagen konnte, dass sie ein »erschreckend bürgerliches« Programm darstellen, dem gegenüber das radikale Programm als ein weit gefasstes soziales Programm erscheint. Was steht denn eigentlich in jenem Aktionsprogramm, in welches der sozialistische Parteitag nur die Forderungen aufnehmen wollte, die in der Legislaturperiode von 1906 bis 1910 möglich sind? »Achtstündiger Arbeitstag; Ausdehnung des Koalitionsrechts auf alle Staats-, Departements- und Gemeindebeamten; Alters- und Arbeitslosenversicherung; progressive Einkommen- und Erbschaftssteuer; Überführung der Monopole, in denen der Kapitalismus seine stärksten Festungen hat, an die Nation; schliesslich Listenwahl auf der Grundlage des Proportionalsystems.« Unter den sechs Forderungen werden zwei zugleich von Konservativen, Republikanern und Sozialisten erhoben; die vier anderen werden wenigstens von den meisten Radikalen akzeptiert. Nicht allein mager ist dies Programm; es steht auch fast ganz ausser Beziehung zu dem pompösen Endprogramm, wenn man von dem Punkt, betreffend die tatsächlichen oder rechtlichen Monopole, absieht. Es gibt einer Partei einen Stich nicht sowohl ins Idealistische, als ins Mystische, wenn sie so absolute Theorieen formuliert und dann für die Tagesarbeit ein Programm aufstellt, das ebenso mager ist, wie das absolute Endprogramm kategorisch. So konnte Clémenceau die Töne überlegener Ironie finden und sich als Befreier der Arbeiterklasse hinstellen, indem er erklärte: ich schlage den kollektiven Arbeitsvertrag vor, den ihr Sozialisten nicht einmal in euer Programm aufzunehmen geruht habt!

Glücklicherweise waren die Sozialisten hier gegenüber Clémenceau im Vorteil. Als Liberaler von 1830, der er in der Tat ist, hatte er soeben das individuelle Recht des einzelnen Arbeiters, sich vom Streik seiner Kameraden auszuschliessen, proklamiert. Er hatte sich sogar zu der sophistischen Behauptung verstiegen, in der sich so ganz die Freiheitsmethaphysik der Epigonen des Liberalismus widerspiegelt, der Behauptung nämlich, dass der Arbeiter, der zum alten Lohne weiter arbeitet, einen grösseren Anspruch auf Teilnahme hat, als der Arbeiter, der streikt, um höheren Lohn zu erlangen. An dieser Stelle trug Jaurès einen glänzenden Sieg über Clémenceau davon. Er brachte hier sogar die Lacher auf seine Seite. Das war aber auch die einzige Genugtuung, die uns diese lange Debatte gewährte; wir haben sie reichlich ausgekostet. Seinem Versprechen getreu, ist der Minister jetzt dabei, ein Gesetz über die kollektiven Arbeitsverträge vorzulegen. Ich kann zurzeit noch keine Besprechung dieses Gesetzentwurfes geben. Ein Auszug aus den Motiven, den die Zeitungen veröffentlicht haben, und ein Interview der *Petite République* lässt die Absichten des Ministers näher erkennen. Der Entwurf stellt sich als schwächlicher Kompromiss zwischen dem tatsächlich nicht existierenden Individualrechte des isolierten Arbeiters und dem Kollektivrechte dar. Immerhin werden die Sozialisten das Gesetz verbessern können und zum mindesten über diesen wesentlichen Punkt ihre Ansichten darlegen. Hier wird Millerand auftreten müssen, dessen alter Entwurf des obligatorischen Schiedsgerichtsverfahrens[1]) — das man den *Streik auf Mehrheitsbeschluss* nannte — die Grundlagen des neuen, des Kollektivrechts legte. Millerand ist aber nicht so weit

[1]) Vergl. Hugo Poetzsch: *Obligatorische Schiedsgerichte und Streikzwang* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1901, I. Bd., pag. 87 ff.

gegangen, die Gewerkschaft zum juristischen Träger des Kollektivvertrages, zur juristischen Person im zivilrechtlichen und gerichtlichen Sinne zu machen. Ich hoffe, dass die Sozialisten, die geeinigten, wie die unabhängigen, angespornt von Clémenceaus Spöttereien, von der organischen Schwäche des ministeriellen Entwurfs und zumal von ihrem Pflichtgefühl gegenüber der Arbeiterschaft, den Kampf für das Wiederaufleben des Kollektivrechts aufnehmen werden.

Die Politik der Intransigenz und der unbedingten Opposition gegen das Ministerium zeitigt seine ersten Früchte. Gleich nach den ersten Sitzungen der geeinigten Partei, noch vor Eröffnung der Kammer, hat sich der Genosse Merle, der sich der Partei anschliessen sollte, den Unabhängigen zugewandt. Ihm folgten die Genossen Carnaud und Camuzet, wodurch die Geeinigten auf 52 sanken, während die Unabhängigen auf 24 stiegen. Um die Abtrünnigen zurückzugewinnen und weitere Unabhängige dazu, schlug Genosse Breton der geeinten Partei die Rückkehr zur alten Blockpolitik vor, das heisst also die Rückkehr zum Bündnis mit den Radikalen, wie es ja bei den Stichwahlen bereits existiert hatte. Der Vorschlag wurde mit starker Mehrheit verworfen. Das zweite Ergebnis der intransigenten Haltung, die die Geeinigten doch weder in ihrem Programm, noch in ihrer Wahltaktik angenommen hatten, war, dass der einzige geeinigte Sozialist, der bisher in der Budgetkommission gesessen hatte, aus der am 5. Juli neugewählten Kommission ausscheiden musste. Sembat, seit mehreren Jahren Referent des Postetats, schied freiwillig aus, als ein unabhängiger Sozialist, Victor Fort, nicht ganz mit Unrecht darauf aufmerksam machte, dass man nicht Referent über einen Teil des Budgets sein könne, wenn man das ganze Budget verwerfe. Die *Humanité* hat lebhaft gegen Fort gewettert und dabei vergessen, dass, als Jaurès und seine Freunde für das Budget stimmten, sie Sembat und seinen Freunden von der *revolutionären* Gruppe eben die selbe Inkonsequenz zum Vorwurf machten. Der *Temps* war boshaft genug, diese vergessene Tatsache hervorzuholen und zu bemerken, dass die Kritik gegen Fort wohl kaum von Jaurès stamme. Kurzum, der geeinigte Sozialismus, der einen so grossartigen Wahlsieg davongetragen hat, arbeitet wie zum Vergnügen an der Zerstörung seiner Erfolge. Gerade die Mässigung seines Programms und das Zusammengehen mit den Republikanern beim zweiten Wahlgange hat ihm den Sieg gebracht. Ich habe bereits in dieser Zeitschrift früher ausgeführt, dass die Intransigenz uns in eine ungünstige Situation bringen würde.[2]) Ich hatte gemeint, dass wir Stimmen gewinnen, aber Sitze verlieren würden. Nicht mein Prognostikon ist dementiert worden, sondern die geeinigten Sozialisten haben sich selbst dementiert und für die Zeit der Wahlen den gefährlichen Boden der Intransigenz verlassen. Sie sind auf diesen Boden zurückgekehrt, jetzt, da der Sieg errungen ist. Das kann böse Früchte zeitigen. Hätten die unabhängigen Sozialisten ein Programm oder wenigstens eine Methode, so könnten sie in den vier bevorstehenden Jahren eine grosse historische Rolle spielen. Aber das ist nicht der Fall; zudem haben sie in der Mehrzahl keinen propagandistischen Geist. Man kann — von einigen hervorragenden Persönlichkeiten unter ihnen abgesehen — nicht auf sie zählen; man kann eher auf die Masse der geeinigten Sozialisten zählen, die nicht intransigent ist und sich nur durch die Furcht, nicht *revolutionär* genug

[2]) Vergl. meinen Artikel *Die französische Sozialdemokratie und die kommenden Wahlen* im vorigen Bande der *Sozialistischen Monatshefte*, pag. 117 ff.

zu erscheinen, zu intrangisenten Handlungen treiben lässt. Wir haben auf den Parteitagen diese Stimmung wahrgenommen. In Chalon schlug die Föderation des Hérault eine völlige Allianz mit den Radikalen, mindestens beim zweiten Wahlgange, vor, und einige Wochen später stellte sie bei einer Senatswahl eine gemeinsame Liste mit den Radikalen auf. Durch diesen Kompromiss wurde ihr Kandidat gewählt.

Wir Franzosen beschuldigen die Engländer der Heuchelei. Man kann diesen Vorwurf auch uns machen: wir sprechen wie Revolutionäre und handeln wie Gemässigte. Das ist der Grund unserer jetzigen verfahrenen Politik. Die geeinigte sozialistische Fraktion wird gegen das Budget stimmen. Gut. Aber wenn eine Koalition der Rechten, des Zentrums und der dissentierenden Radikalen das Ministerium angreift, so wird unsere Fraktion es einmal, zweimal, nötigenfalls zehnmal retten. Wann werden wir eine einfache, klare Politik treiben?

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

HJALMAR BRANTING · DIE LIBERALE EPISODE IM SCHWEDISCHEN WAHLRECHTSKAMPF

IN Schweden wurde das allgemeine Wahlrecht erst durch den dreitägigen Demonstrationsstreik der schwedischen Arbeiter im Mai 1902[1]) zu einem parlamentsfähigen Begriff. Mit kräftiger Hand hat damals das Proletariat in das Spiel der *massgebenden* Parteien mit seinen ausgeklügelten Zensuserweiterungen eingegriffen, das allgemeine und gleiche Stimmrecht zum Panier erhebend. Und so sehr imponierte die Volksbewegung den klügsten Köpfen der konservativen Mehrheit in den beiden Reichstagskammern, dem Bischof von Schonen Billing und dem damaligen Führer der Partei der Landwirte, Ivar Mansson, dass sie die Volksforderung aufnahmen und das allgemeine Wahlrecht als Grundlage der künftigen Reform akzeptierten. Allerdings, sie verbrämten es mit verschiedenen *Garantieen*,[2]) unter denen das einseitige Proportionalwahlverfahren zur zweiten, aber nicht zur ersten Kammer sich bald als die gefährlichste entpuppte. Die erste, durch unsere Verfassung in vielen Beziehungen ganz gleichgestellte Kammer sollte, wie bisher, die ausschliessliche Domäne des grossindustriellen und agrarischen Junkertums und der höheren Bureaukratie bleiben.

Die nächste Legislaturperiode, 1903 bis 1905, wurde dann von dem Kampfe gegen diese *Garantieen* erfüllt. Zweimal versuchte es das opportunistisch-konservative Ministerium Boström mit Hilfe seines liberal angehauchten Justizministers Berger, die zweite Kammer für die gefälschten Proportionalwahlen zu gewinnen, drang aber gegen eine Koalition von Liberalen, Sozialdemokraten und einigen dissentierenden Konservativen damit nicht durch. Die ehrlichen Wahlrechtsfreunde waren während jener Zeit auf die Defensive angewiesen. Ein Antrag der kleinen sozialdemokratischen Fraktion (allgemeines Stimmrecht für Männer über 21 Jahren, ein Abgeordneter auf den Wahlkreis, Wähl-

[1]) Vergl. meinen Artikel *Die Generalstreikprobe in Schweden* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1902, I. Bd., pag. 420 ff.

[2]) Vergl. meinen Artikel *Schweden vor einer neuen Stimmrechtskampagne* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1904, II. Bd., pag. 617 ff.

barkeit über das ganze Land, Stichwahlen) fiel in der zweiten Kammer gegen 44 Stimmen im Jahre 1904 und gegen 56 im Jahre 1905; ein liberaler Antrag (Stimmrecht für Männer über 25 Jahre, wenn ihre Steuern der drei letzten Jahre gezahlt sind, Wählbarkeit nur im Kreise) erhielt zwar im Jahre 1904 eine knappe Mehrheit in der zweiten Kammer, verlor sie aber im nächsten Jahre, womit die Versuche der Wahlperiode zur Lösung der Wahlrechtsfrage als alleiniges und endliches Resultat wenigstens reinen Tisch ergaben.

Die ganze schwedische Demokratie, Sozialisten, wie Radikale, erhofften nun von den Wahlen im Herbst 1905, dass sie mit der Scheingerechtigkeit des parteipolitisch missbrauchten Teilproportionalismus aufräumen und freie Bahn für eine ehrliche Wahlrechtsreform schaffen würden, wenn auch mit einigen kleinen Konzessionen an das konservative Misstrauen gegen das Volk. Da brach am 7. Juni 1905 die norwegische Krise aus. Die Parteien verschoben sich, die nationalen Fragen traten in den Vordergrund.[3]) Aber trotz der fieberhaften Aufregung der verschiedensten Gesellschaftskreise sind die Wahlen unerwartet günstig für die linksstehenden Parteien ausgefallen. Die Sozialdemokratie brachte es von 4 auf 13 Abgeordnete, die liberale Sammlungspartei von 102 auf etwa 106, beide zusammen weisen also eine sichere Mehrheit unter den 230 Abgeordneten der zweiten Kammer auf. Die erste zählt deren 150, welche in Budgetfragen, wenn die beiden Kammern Verschiedenes beschlossen haben, in gemeinsamer Abstimmung mit den Mitgliedern der zweiten Kammer entscheiden, und welche in allen legislativen und konstitutionellen Fragen ein absolutes Veto gegen die volkserwählte zweite Kammer besitzen. Auch bei den Konservativen zeigten die Wahlen eine zum Teil sehr bestimmte Abgeneigtheit gegen das vorgeschlagene Proportionalwahlsystem. Insgesamt ergaben die Wahlen etwa 140 Gegner und nur 90 Anhänger der *Proportionalwahl* nach dem patentierten schwedischen konservativen Rezept, das in folgendem besteht: die Rechte wählt durch indirekte Majoritätswahl allein die erste Kammer, dazu sichert sie sich unter allen Umständen eine stattliche Minorität in der zweiten Kammer durch *gerechte* Proportionalwahlen, in summa, die Rechte behält auch gegen den Volkswillen eine grosse Mehrheit im Reichstage und damit die Entscheidung über das Budget.

Zum erstenmal seit Jahrzehnten lag jetzt in der zweiten Kammer der Schwerpunkt bei den Liberalen, die noch dazu soeben ihre Regierungsfähigkeit durch die Entsendung zweier Vertreter, des Advokaten Staaff und des Fabrikdirektors Biesèrt, in das parlamentarische Konzentrationsministerium, das die Unionskrise nach dem Bankerott des unfähigen Bureaukratismus abwickelte, erwiesen hatten. Die allein mögliche logische und parlamentarische Konsequenz der ganzen Lage war die Bildung einer liberalen Regierung. Der König machte wohl einen Versuch, die bequeme Konzentration auch auf die inneren Streitfragen auszudehnen. Herr Staaff liess sich jedoch auf eine solche Absurdität gar nicht ein, und so musste denn der König im November 1905 ihn beauftragen, das erste Ministerium der Linken Schwedens zu bilden. Es muss ohne weiteres anerkannt werden, dass dieses Ministerium über eine intellektuelle Kapazität und eine jugendfrische Arbeitstüchtigkeit verfügt hat, die gegenüber dem öden Bureaukratismus des früheren Regierungssystems fast revolutionär wirkte und der Regierung von Anfang an eine grosse Popularität.

[3]) Vergl. meinen Artikel *Die nationale Krise in Skandinavien* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1905, II. Bd., pag. 653 ff.

sogar bei vielen Gegnern unumwundenes Lob eingebracht hat. Auch politisch schien alles für einen energischen Reformfeldzug in enger Fühlung mit den vorwärtstreibenden Volksklassen bereit zu sein. Ausser dem Ministerpräsidenten Staaff gehörten noch zwei Minister, der Kultusminister, Volksschullehrer Berg, und ein Minister ohne Portefeuille, der Journalist Bergström, zu den als *Dreiviertelssozialisten* verschrieenen Stockholmer Radikalen. Beide haben zum Beispiel bei den grossen Maidemonstrationen der Stockholmer Arbeiterschaft in den neunziger Jahren als Redner mitgewirkt. Als Kriegsminister wurde ein als volkstümlich geltender Offizer namens Tingsten, dessen Vater einfacher Unteroffizier gewesen, aus dem Konzentrationsministerium übernommen, und als Minister des Innern bekam man in Herrn Schotte eine überaus tüchtige Verwaltungskraft.

Die Haltung der Sozialdemokratie diesem Ministerium gegenüber konnte keine andere sein, als einfach diese: Unterstützung, solange die Regierung sich im grossen ganzen auf der Linie des demokratischen Fortschritts hält. Wir mussten uns ja sagen, dass ein mehr linksstehendes Ministerium, wie die Parteiverhältnisse lagen, ganz ausgeschlossen war, und dass die Arbeiter gar kein Interesse daran haben konnten, sich einer liberalen Ära zum Gaudium der *gelben* Presse der Rechten, die sogleich mit wütenden Angriffen über das Ministerium herfiel, zu widersetzen. Diese Taktik wurde auch überall in der Partei als selbstverständlich von Anfang an eingehalten. Und das geschah, obgleich es gar kein Geheimnis war, dass in der entscheidenden politischen Frage, in der Wahlrechtsfrage, die Regierung nicht weiter zu gehen beabsichtigte, als den liberalen Vorschlag von 1905 mit einigen kleinen Konzessionen an die Sozialdemokratie von neuem vorzulegen.

Die Regierung stellte sich in der Thronrede im Januar 1906 dem Reichstag mit einem sehr umfassenden Arbeits- und Reformprogramm vor, wovon auch mehrere nicht unwichtige Punkte durchgeführt worden sind. So zum Beispiel eine durchgreifende Aufbesserung der Gehälter der Volksschullehrer, die Einführung der bedingten Verurteilung, eine totale Neuordnung des Diplomaten- und Konsulatswesens, wichtige Schritte zur staatlichen Exploitierung der Wasserkraft, die Errichtung eines offiziellen Vermittlungsamtes zur Schlichtung von Streitigkeiten zwischen Arbeitern und Unternehmern, die Gewährung von Staatsbeiträgen an kommunale Arbeitsnachweise und anderes mehr. Leider hat aber auch dieser bienenfleissigen Regierung die nötige Zeit gefehlt, den versprochenen Entwurf eines Altersversicherungsgesetzes dem Reichstage zu unterbreiten, wohingegen die ungenügende Durchberatung mehrerer Vorlagen des Finanzministers Biesèrt den rechtsstehenden Parteien einen guten Vorwand abgab, eine von der Regierung beabsichtigte Steuererleichterung der bei uns ganz absurd hoch besteuerten etwas besser situierten Arbeiter glatt abzulehnen.

In der Hauptfrage, der Wahlrechtsreform, hat sich diese in so vieler Hinsicht verdienstvolle liberale Regierung von Anfang an in verhängnisvollen Illusionen gewiegt. Sie scheint das seit der Unionsauflösung bei allen *national* gesinnten Parteien Schwedens übliche Schlagwort der *nationalen Sammlung* in allem Ernst so aufgefasst zu haben, als sei seit 1905 die erste Kammer aus ethischen und patriotischen Rücksichten bereit, die Demokratie als die Herrin der zweiten Kammer anzuerkennen, was natürlich auf die Dauer mit der jetzigen Macht-

stellung der Plutokratie unvereinbar war. So kam es, dass die im Lande als ganz fürchterlich radikal verschrieene Staaffsche Regierung nicht nur einen so gemässigten Stimmrechtsvorschlag, bei dem von einem Volksenthusiasmus gar keine Rede sein konnte, vorlegte, sondern es sogar versucht hat, vor den Junkern der ersten Kammer sich als Staatsretterin gegen antimilitaristische Umtriebe aufzuspielen, und dass sie in grösster Eile Vorlagen einbrachte, gegen welche nicht nur die Sozialdemokratie, sondern auch die linksliberale Partei selbst energischen Widerspruch einlegen musste. Erst die endgültige Verwerfung der Wahlreform durch die erste Kammer — gegen winzige 18 Stimmen! — hat dem liberalen Ministerpräsidenten die Augen darüber geöffnet, wie die Junker ihn zum Narren gehabt hatten. Da begriff er, und nun sprach er drohend von einer Wahl zwischen *Herrenmacht* und *Volksmacht*. Aber zu spät. Der König und der Kronprinz hatten schon gewählt und machten ihren Willen zur Tat, nach der unangenehmen radikalen Diversion zu den *Herren* zurückzukehren.

Der grosse politische Fehler unseres Ministeriums der Linken war also der, dass man von der ersten Kammer mit Konzessionen etwas zu erreichen hoffte, anstatt ihr gegenüber den Druck eines energischen Volkswillens zu organisieren. Seine exponierte Stellung wäre nur dadurch zu halten gewesen, dass zwischen dem Volke und seiner ersten volkstümlichen Regierung eine so intime Fühlung hergestellt worden wäre, dass die Krone es als gefährlich empfinden musste, ohne triftige Gründe einen Zwang auszuüben. Statt dessen wurde schon die Wahlrechtsvorlage so einseitig nach parlamentarischen Augenblicksrücksichten gemodelt, dass von einer wirklichen Volksbewegung für sie von vornherein gar nicht die Rede sein konnte. Als es später zur Entscheidung kam, konnte das ziemlich apathische Verhalten der Arbeitermassen wirklich nicht dadurch aufgewogen werden, dass halb oder ganz konservative Leute aus der Geschäftswelt oder aus akademischen Kreisen ihren Anschluss der *nationalen Sammlung* wegen zusagten, und auch nicht dadurch, dass die Studenten aus War die Haltung des Regierungsliberalismus schon in der Wahlrechtsfrage zu bezeugen.

War die Haltung des Regierungsliberalismus schon in der Wahlrechtsfrage zu schwächlich, um seinem Ministerium die Stärke eines wirklichen Volksanwaltes zu geben, so hat seine Nachgiebigkeit dem Militarismus gegenüber eine wirkliche und ernste Kluft zwischen ihm und den breiten Volksmassen geöffnet. Schweden trägt unter den kleineren Staaten Europas pro Kopf der Bevölkerung schon die weitaus höchste Last für militärische Zwecke. Der Masse der Bevölkerung kommen die Militärlasten als schnellsteigende, sehr drückende Bürde vor, deren Nützlichkeit noch dazu sehr zweifelhaft erscheint, weil man die Frage aufwerfen kann, ob es überhaupt möglich ist, einen kleinen Staat gegen einen eroberungslustigen modernen Grossstaat militärisch zu verteidigen. Die meisten Liberalen hatten, als sie in der Opposition standen, gegen die Anforderungen der verschiedenen Kriegsminister gestimmt. Wie die Dinge aber jetzt lagen, konnte Herr Tingsten getrost seine Ansprüche hoch spannen, und er hat es auch redlich getan. Seine Geldforderungen wurden von den Liberalen glatt bewilligt. Er ging aber als Versucher der liberalen Prinzipienfestigkeit mit gleichem Glück noch viel weiter. Es ist ihm gelungen, seine Kollegen zu überzeugen, dass die Disziplin in der Armee nicht erhalten werden könnte, wenn

nicht verschärfte Gesetze gegen die Agitation der Antimilitaristen zu stande gebracht würden. Die drei radikalen Minister, die Herren Staaff, Berg und Bergström, hatten sich alle als junge Männer in den achtziger Jahren als Verteidiger des Rechtes der freien Meinungsäusserung gegen die damals wütende, nach Sozialistengesetzen à la Bismarck schreiende Reaktion ihre Sporen verdient. Jetzt liessen sie sich darauf ein, die schon bestehenden scharfen Bestimmungen, die unter Umständen gegen anarchistische und antimilitaristische Propaganda angewendet werden können, noch auszudehnen und zu verschärfen. Herr Staaff hatte noch kurz vorher einem ganz tollen Ansturm der gesamten Reaktion in der Presse und im Reichstage mutig getrotzt, indem er sich geweigert hatte, ein dummes und rohes anarchistisches Flugblatt, das er wegen Aufforderung zum Verbrechen und wegen Majestätsbeleidigung konfisziert hatte, dazu auch noch wegen *Gotteslästerung* zu verfolgen. Vielleicht hat er nach dieser, für das schwedische Kulturniveau beschämenden Episode die Macht der Reaktion etwas zu hoch eingeschätzt. Es war eine der peinlichsten Überraschungen, den ersten Ministerpräsidenten der Linken eines schönen Tages in der ersten Kammer Gesetze gegen die allzu grosse Rede- und Pressfreiheit versprechen zu hören. Und diese Gesetze, die *leges Hinke* — wie sie nach Herrn Hinke-Bergegren, unserem bekanntesten Antimilitaristen, einem literarischen Paradoxenreiter, der einmal im Jahre 1891 durch anarchistelnden Phrasenschwall ziemlich viel Verwirrung in die schwedische Sozialdemokratie gebracht hat, halb scherzhaft getauft wurden — sind auch wirklich vorgelegt worden. In den Arbeitermassen war es nun um den Kredit der Regierung geschehen. Die subjektiv zweifellos ehrlich gemeinte Erklärung, dass die Gesetze nur gegen ein ganz kleines, rücksichtsloses, anarchistisches Häuflein gerichtet seien, half ebensowenig, wie der Kunstgriff, mit diesen Gesetzen eine von den Sozialdemokraten geforderte Milderung der alten barbarischen Strafen wegen Widerstandes gegen die Polizei zu kombinieren.

Es ging dann, wie jeder voraussehen musste, der nicht gerade ein liberaler Sanguiniker war. Bei der Entscheidung der Wahlrechtsfrage stand die erste Kammer einer im Volke diskreditierten liberalen Regierung gegenüber, die in einer reinen Machtfrage keine anderen Machtmittel besass, als den platonischen Hinweis auf eine Mehrheit in der zweiten Kammer. Der rührte die Herren natürlich ganz und gar nicht. Nur 18 Stimmen, wie erwähnt, konnte die Regierung unter den 150 der ersten Kammer für ihren Vorschlag aufbringen, alle übrigen ballten sich zu einem reaktionären Block zusammen unter dem neuen Schlachtrufe *Proportionalismus à la Paboda!*, das heisst Proportionalwahl zur zweiten Kammer, Scheinproportionalismus zur ersten, indem zwar die Senatoren in Zukunft durch Proportionalverfahren gewählt werden, die Elektoren aber, wie früher, bei totaler Nichtbeachtung der Masse der Bevölkerung, nur die Vertreter der grossen Vermögen bleiben sollten. Um die Verantwortung für die Verwerfung einer gemässigten Wahlrechtserweiterung der richtigen Stelle zu überlassen, haben die Sozialdemokraten in der zweiten Kammer noch für den Regierungsvorschlag gestimmt. Die Mehrheit für ihn stieg dadurch dort auf 134 Stimmen gegen 94, während der *Paboda*vorschlag mit 130 Stimmen gegen 98 verworfen wurde. Der eingangs erwähnte sozialdemokratische Wahlrechtsantrag, den die Fraktion wieder einbrachte, vereinigte diesmal 67 Stimmen auf sich, also ausser den Stimmen der 13 Genossen die etwa der Hälfte der liberalen Sammlungspartei. Das Manometer steigt

langsam, aber stetig. Bemerkenswerter, als diese Ziffern, war jedoch das offene *Aussprechen, was war,* nämlich, dass die erste Kammer durch ihre Verwerfung jener gemässigten Forderung leichten Herzens selbst den Verfassungskampf proklamiert hatte. Der Schreiber dieses konnte am 15. Mai in der zweiten Kammer unter starkem Beifall ausführen, dass die gebührende Antwort auf den Beschluss der ersten Kammer ein Massenantrag auf Abschaffung der ersten Kammer sei. Am selben Abend erklärte der Ministerpräsident Staaff in der zweiten Kammer, von der ganzen Linken lebhaft begrüsst, es würde sich jetzt zeigen, ob »Königtum mit Volksmacht oder Königtum mit Herrenmacht« in Schweden herrschen soll. Diese Worte hat die Rechte aufgegriffen, um dem verhassten Ministerium den Todesstoss zu geben, und zwar mit Hilfe eines inneren Verrats. Der Kriegsminister Tingsten und der Minister des Auswärtigen Trolle gaben ihre Demission. Die beiden Herren taten, als sei das Königtum durch die oben zitierten Worte »in die Parteistreitigkeiten hinabgezogen«. Tatsächlich war jener Ausspruch nur der Ausdruck der etwas spät gekommenen Einsicht, dass die erste Kammer nicht durch Entgegenkommen zu gewinnen ist, sondern dass ihr Widerstand durch die Volksmacht gebrochen werden muss.

Am 19. Mai kamen die Anarchistengesetze im Reichstage zur Verhandlung. Die erste Kammer nahm sie ohne jede Debatte an, in der zweiten kämpften die Sozialdemokraten, von einigen Radikalen unterstützt, Schritt für Schritt gegen die Verschärfungen und Erweiterungen an. Nach dem Scheitern der Wahlreform wirkten derartige Vorlagen direkt herausfordernd, und in richtiger Erkenntnis dessen hatte sich die Regierungspartei am 18. Mai entschieden, sie diesmal fallen zu lassen. Aber andere Rücksichten durchkreuzten diesen Vorsatz; man glaubte, der König könnte vielleicht dadurch Veranlassung nehmen, sich für Tingsten und gegen Staaff zu entscheiden! Nur 51 Stimmen, das heisst 38 liberale neben den 13 sozialdemokratischen, wurden schliesslich mit *Nein* abgegeben. Sie bezeichnen etwa die Konturen der werdenden sozialradikalen Fraktion im schwedischen Reichstage, deren erster Führer der Bürgermeister von Stockholm, Lindhagen, ist. Wie fast immer, erwies sich der allzu pfiffige *Opportunismus* als praktisch verfehlt. Der eben vom Süden zurückgekehrte alte König und der ökonomisch *notleidende* Kronprinz wollten von einem ernsten Kampfe gegen die Stützen des Thrones, die erste Kammer, gar nichts hören. Die Weigerung der liberalen Regierung, sich für Apanageerhöhungen als Kompensation für das Wegfallen des norwegischen Beitrags ins Zeug zu legen, war zweifelsohne eine der ersten Ursachen der königlichen Verstimmung gegen sie. Die *grossschwedischen* Junker hatten zwar über die bernadottische Politik gegen Norwegen im Jahre 1905 übel geschimpft, aber sie standen, alles in allem, einer schnellwachsenden königlichen Familie doch mit mehr Verständnis gegenüber, als diese Liberalen, welche in gewissen Fragen allzuviel Rücksichten auf die Sozialdemokraten nehmen mussten. Unter dem Gesichtspunkte einer bevorstehenden königlichen Lohnbewegung muss die Taktik, die Mehrheit des Reichstags bei einer gemeinsamen Abstimmung beider Kammern für sich zu haben, auch unbedingt als eine richtige anerkannt werden.

Die Entscheidung fiel am 21. Mai. Das Ministerium trieb selbst die Dinge auf die Spitze, indem es sich vom König das Versprechen ausbat, die zweite Kammer sogleich aufzulösen und durch Neuwahlen an das Volk als den Schiedsrichter zu appellieren. Es lässt sich darüber streiten, ob diese Taktik die beste war. Herr

Staaff hat in einem langen offenen Briefe seine Gründe entwickelt, und man muss ihm zugeben, dass, wenn der König auf dem jetzt von ihm als den seinigen proklamierten Standpunkt beharrt, dass es weder logisch, noch parlamentarisch sei, eine Kammer, die einen Regierungsentwurf angenommen hat, aufzulösen, es dann das beste war, wie es nun gekommen ist. Jene vom Könige entwickelte sophistische Betrachtungsweise, welche zum Beispiel von der parlamentarischen Geschichte Englands vielfach Lügen gestraft wird, wurde von der Regierung natürlich mit ihrer Demission beantwortet, und eine neue Regierung wurde in wenigen Tagen ernannt. Als Ministerpräsident fungiert einer der jüngeren Führer der ersten Kammer, ein früherer Seeoffizier und Direktor mehrerer grosskapitalistischen Unternehmungen, Lindman. Als Kriegsminister behält Herr Tingsten zum Lohn seines politischen Verrats seinen Posten, ebenso behält Herr Trolle das Auswärtige. Dazu kommt noch ein liberaler Überläufer namens Roos. Zum Kultusminister hat man einen von den Führern der äussersten Rechten der zweiten Kammer, Herrn Hammarskjöld, ernannt, und als sehr nötige und nützliche *volkstümliche* Dekoration des ganzen Ministeriums wurde selbstverständlich der als *Kleinbauer* präsentierte nominelle Autor des neuen Wahlrechtsprogrammes, Herr Peterson aus Paboda, aufgenommen.

In späteren Erklärungen haben sich der König und der Kronprinz viel Mühe gegeben, den ungünstigen Eindruck dieses Ministerwechsels auf das Volk zu mildern. Die Tatsachen liegen jedoch für alle Vertuschungsversuche viel zu einfach. Das gefallene Ministerium hatte eine feste Mehrheit in der zweiten Kammer, die dem Volke am nächsten steht. Dessen ungeachtet ist es auf das Gebot der ersten Kammer hin weggejagt und durch ein anderes ersetzt worden, dessen Aufgabe es sein wird, die zweite Kammer, wenn möglich, zur Kapitulation vor dem Willen der ersten zu zwingen. Selbst die Rechte sieht es als wenig wahrscheinlich an, dass eine Majorität von 40 oder 32 Stimmen durch parlamentarische Manipulationen umgestossen werden kann. Sie hofft aber, dass die Neuwahlen, die sie als regierende Partei im nächsten Frühling betreiben wird, wenn sich dabei die Liberalen und Sozialisten unter einander bekämpfen, ihr vielleicht Vorteile bringen. In Schweden entscheidet nämlich bei den Wahlen die relative Mehrheit.

Die liberale Episode fand ein rasches Ende in den sozialen Realitäten: das Königtum hat die Herrenmacht gegen die Volksmacht gewählt. Damit aber wird das Feld des Kampfes erst klar zum entscheidenden Ringen. Die Arbeiter, die seit 1902 mit Gewehr bei Fuss gestanden, rücken wieder in die Front. Jetzt aber nicht nur einer Wahlrechtsreform wegen, deren Wirkungen von der ersten Kammer nach Belieben neutralisiert werden könnten, sondern für eine Verfassungsrevision, die die Übermacht der Plutokratie im schwedischen Staate endlich brechen und das Volk als den Herrn im eigenen Hause anerkennen soll. In einem Manifest *An das arbeitende Volk Schwedens!* hat der Parteivorstand die Parole für den grösseren Kampf, der jetzt beginnen muss, ausgegeben. Was geschehen ist, zeigt uns zur Genüge, so entwickelt das Manifest, dass es für die Herrschaft des Volkswillens in Schweden eine unbedingte Notwendigkeit ist, die Macht der ersten Kammer zu brechen. Wahrscheinlich wird dieser Kampf im gegebenen Momente »die ganze lebendige Kraft erfordern, die die Arbeiterklasse dank ihrer Organisation besitzt. Mögen die Massen schon jetzt mit dem Gedanken einer solchen äussersten Kraftentfaltung in den Grenzen des natür-

lichen Rechts und der Gesetzlichkeit vertraut gemacht werden!« Ein ausserordentlicher Parteitag wird im geeigneten Moment zusammentreten, um Näheres zu beschliessen.

Die Stimmung im Volke ist durch ewiges Versprechen und Nichthalten seitens der Machthaber in weiten Kreisen sehr erregt und denjenigen Massnahmen geneigt, die am radikalsten erscheinen. Das Beispiel Finnlands, das durch seinen *Nationalstreik* das Einkammersystem und allgemeines Stimmrecht für Männer und Frauen mit einem Schlage erreicht hat, hat auf die Arbeiter Schwedens tief gewirkt. Die Regierenden mögen sich beizeiten erinnern, dass unser schwedisches Volk nach einem bekannten Wort ein träges Volk ist, aber von Hitzigkeiten erfüllt!

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

AUGUST QUIST · DIE STELLUNG DER GEWERKSCHAFTSBEAMTEN IN DER ARBEITERBEWEGUNG

MANCHER Parteigenosse, der sich für berufen gehalten hat, unser heutiges Gewerkschaftswesen zu kritisieren, glaubte die Ursache der nach seiner Meinung tadelnswerten Erscheinungen auf die grosse Zahl von Gewerkschaftsbeamten zurückführen zu müssen. Die Folge davon ist, dass eine Reihe von organisierten Arbeitern es nahezu für unbedingt notwendig hält, über die Gewerkschaftsbeamten möglichst niedrig zu denken und sie dementsprechend zu behandeln. Man halte dies nicht für eine Übertreibung. Wer sich bei seinen Arbeitskollegen auch noch so grosser Beliebtheit erfreut, begegnet, wenn er in seiner Gewerkschaft ein besoldetes Amt übernimmt, sehr bald allgemeinem Misstrauen, bei einem Teil seiner Kollegen sogar regelrechter Gehässigkeit.

Nach den verschiedenen Sündenregistern, die ich bis jetzt kennen gelernt habe, sind die Gewerkschaftsbeamten vorwiegend mit folgenden Lastern behaftet:

1. Sie betätigen sich zu wenig politisch.
2. Sie haben keinen Sinn für die Theorie der Arbeiterbewegung.
3. Sie haben den *Blick für das Ganze* verloren und ergeben sich deswegen
4. der *Nurgewerkschafterei*.
5. Sie haben die *Fühlung mit den Massen* verloren.
6. Ihr Klassenbewusstsein schwindet.
7. Sie verlieren die Kampfesfreudigkeit und befleissigen sich zu sehr der *Diplomatie*.
8. Sie sind Bureaukraten, Bureaukraten, Bureaukraten.

In der Tat, wenn dies alles auch nur teilweise zuträfe, dann müssten die Gewerkschaftsbeamten — abgesehen von den bekannten Ausnahmen, die nicht so sein sollen — samt und sonders zum Teufel gejagt werden. Weshalb geschieht dies nicht? Weshalb laden im Gegenteil die organisierten Arbeiter, deren politische Reife nach berühmtem Zeugnis grösser ist, als die ihrer Führer, sich noch immer mehr solcher Bureaukraten etc. auf den Hals? Man sei doch konsequent und fordere deren Ersetzung durch *theoretisch durchgebildete* Genossen, die *Blick für das Ganze* etc. haben!

Dass die an den Gewerkschaftsbeamten geübte herbe Kritik so wenig praktischen

Erfolg gezeitigt hat, will mir denn doch als Beweis erscheinen, dass die Argumentation nicht so ganz hieb- und stichfest ist. Sie hat bis jetzt weder den geringsten Einfluss bei der Besetzung der Beamtenstellen ausüben, noch den Fortschritt der Arbeiterbewegung hemmen können. Wollte man sich mit dieser Konstatierung zufrieden geben, so brauchte man keine Änderung dieses Zustandes zu wünschen. Das geht aber nicht. Erstens sind die Gewerkschaftsbeamten sozusagen doch auch Menschen, die ein Recht darauf haben, nicht lediglich als Arbeitsinstrument betrachtet zu werden, und sich ihres Lebens freuen wollen, wie die Gewerkschaftsmitglieder, für die sie arbeiten, und zweitens muss man auch mit der Möglichkeit rechnen, dass die gegenwärtige Gewerkschaftsbeamtenhetze schliesslich doch einmal der Arbeiterbewegung schaden wird. Auf jeden Fall darf man annehmen, dass die Arbeiterbewegung selber den grössten Vorteil davon haben wird, wenn eine gerechtere Beurteilung der Gewerkschaftsbeamten Platz greift. Eine solche ist aber nur dem möglich, der Gelegenheit gehabt hat, selber als besoldeter Gewerkschaftsbeamter zu fungieren oder dessen Tätigkeit in allen Einzelheiten beobachten zu können.

Der schlimmste Übelstand, unter dem die Gewerkschaftsbeamten zu leiden haben, ist die unverantwortlich hohe Arbeitslast, die ihnen aufgebürdet wird. Mir sagte vor einiger Zeit ein Genosse, der auch das Glück hat, sich auch in solcher Weise von den *Arbeitergroschen* zu *mästen*: »Es wird immer erst dann ein Beamter angestellt, wenn für zwei Arbeit vorhanden ist.« Dies ist gewöhnlich der Fall, wenn es sich um Anstellung von Lokalbeamten handelt, bei den meisten Bezirksbeamten ist es auch nicht anders, und die grosse Mehrzahl der angestellten Mitglieder der Zentralvorstände hat unter dem selben Übelstand zu leiden. Nun sagt man wohl: die Arbeiter sind selber die schäbigsten Arbeitgeber. Dem ist aber nicht so. Wo in den Gewerkschaften eine solche Ausbeutung der Arbeitskraft betrieben wird, da geschieht es keineswegs aus Böswilligkeit, sondern meistens aus Unkenntnis über den wahren Umfang der verlangten Arbeit. Ich selber kann mich da nicht ganz von Vorwürfen freisprechen. Als ich noch in der Werkstatt arbeitete und Mitglied einer Kommission war, die die Anstellung eines Lokalbeamten für den Metallarbeiterverband in die Wege zu leiten hatte, glaubte auch ich nicht, dass die Arbeit, die wir ihm zumuteten, so umfangreich sei; ich erfuhr dies erst, als ich reichlich ein Jahr später selber auf den selben Posten gestellt wurde. Man kann die Beispiele mit Händen greifen, wo bei Gewerkschaftsmitgliedern, die früher die Beamten der herbsten Kritik unterzogen, ein vollständiger Gesinnungsumschwung eintrat, nachdem sie selber in solche Stellungen eingerückt waren. Von Böswilligkeit kann schon aus dem Grunde keine Rede sein, weil die allermeisten Mitglieder keine Gelegenheit haben, den vollen Umfang der zu erledigenden Arbeiten kennen zu lernen. In den Händen des Lokalbeamten laufen sämtliche Fäden der Bewegung am Orte zusammen. Er hat den an manchen Stellen notgedrungen sehr kompliziert gestalteten Vertrauensmännerapparat zu dirigieren, er hat die Übersicht über das Ganze und die Verantwortlichkeit dafür, aber bei Leibe nicht immer die Leitung. Da werden ihm gar oft von recht vielen Seiten Vorschriften gemacht, und es ist da nicht jedermanns Sache, die Ohren steif zu halten, wenn einem von etlichen Seiten das Leben sauer gemacht wird. Neigungs- und gewohnheitsmässige Krakeeler

brauchen dann noch gar nicht einmal daran beteiligt zu sein. Wohl kein Beruf hat so viele *Geschäftsgeheimnisse*, wie der eines Gewerkschaftsbeamten. Dieser erfährt sehr vieles, was er geheim halten muss. Ebenso hat er auch manche Arbeit zu verrichten, von der ausser ihm nur sehr wenige Kenntnis haben. Jede Arbeit aber erfordert ihre Zeit. Andererseits kann es wieder geschehen, dass die Mitglieder aus dem Betrieb von Schulze, wenn er für sie eine grössere Arbeit verrichten soll und sich zu bemerken erlaubt, dass er ohnehin schon viel zu tun habe, ihm sagen: Ja, weshalb arbeitest du denn immer für die Kollegen von Müller? Tu doch auch einmal etwas für uns! Gleich darauf kann er von den Müllerschen hören: Weshalb arbeitest du denn immer für die von Schulze? . . .

Am meisten gewürdigt wird von den Mitgliedern allerdings immer noch die direkte Agitationsarbeit, die Arbeit bei Lohnbewegungen etc., zumal, wenn sie erfolgreich ist, und sich am Zahltage in einer Anzahl von Mark und Pfennig verkörpert. Unangenehmer ist die Sache aber, wenn es sich als unmöglich erweist, einen Erfolg zu erzielen — einerlei, aus welchem Grunde und auf wessen Veranlassung die Bewegung ausgebrochen ist — und die Kollegen zu erbittert sind, um den nutzlos gewordenen Kampf aufzugeben. Da bedarf es je nach den Umständen oft entweder grosser Energie oder gewandter Diplomatie — sowohl den Arbeitern, wie den Unternehmern gegenüber —, um die Sache wieder einzurenken, und, wenn möglich, doch noch etwas herauszuschlagen.

Soweit mit den Beamten eine Arbeitszeit vereinbart wird, übersteigt sie selten 8 Stunden — auf dem Papier. Wie ist es aber in Wirklichkeit? In jeder grösseren Verwaltungsstelle einer Gewerkschaft vergeht fast kein Tag ohne irgend eine Versammlung oder Sitzung. Es wird anscheinend nicht beachtet, dass die meisten dieser Veranstaltungen nicht öffentlich sind. Nachdem durch Gerichtsentscheidung festgestellt wurde, dass Werkstattversammlungen, in denen ausschliesslich Werkstattangelegenheiten verhandelt werden, nicht angemeldet zu werden brauchen, haben die Gewerkschaften sich dies sofort zu nutze gemacht. Infolgedessen vollzieht sich ein recht grosser Teil der Gewerkschaftsarbeit, ohne dass das Gros der Mitgliedschaft etwas davon merkt. Nun wird es aber meistens als notwendig erachtet, dass ein Beamter der Gewerkschaft anwesend ist. Dies ist auch schon aus dem Grunde nötig, weil die Ortsverwaltungen stets über alles informiert sein müssen, was in ihrer Branche vorgeht. Mancher Arbeiter ist kein Freund von den aussergewöhnlichen Feiertagen (Himmelfahrt, Busstag etc.), weil diese am nächsten Zahltag unangenehme Folgen zu haben pflegen; er hat aber doch ebenso viel Ruhetage mehr oder ebenso viel Tage, an denen er persönliche Angelegenheiten erledigen kann. Ein solcher Arbeiter sagt dann wohl: ihr Gewerkschaftsbeamten habt es doch gut; euch wird kein Tagelohn abgezogen! Das ist richtig. Die Sache hat aber noch eine andere Seite. In der Woche, die einen Feiertag mehr hat, liefert der vom Unternehmer beschäftigte Arbeiter auch ein Sechstel Arbeit weniger. Der Gewerkschaftsbeamte muss gewöhnlich unter allen Umständen sein Pensum erledigen. Wenn er also an dem Feiertag wirklich nicht arbeiten will, so muss er an den übrigen Tagen um so schwerer daran, vorausgesetzt, dass die Feiertage ihm nicht insofern noch doppelte Belastung bringen, als die Kollegen sie benutzen, um irgend eine besondere Versammlung oder Sitzung abzuhalten. Der Brauch, auch Sonntags noch eine gewisse Zeit die Gewerkschaftsbureaus offen

zu halten, kommt erfreulicherweise immer mehr in Abnahme. Etwas anderes ist es aber mit den Versammlungen. Manche Organisation glaubt, dass es ihr unmöglich ist, ihre Versammlungen an einem Wochentage abzuhalten. Nun muss ja zugegeben werden, dass es stellenweise nicht anders gehen kann, zum Beispiel in sehr ausgedehnten Verwaltungsstellen, wo viele Mitglieder Fahrgelegenheit benutzen müssen. Diese Versammlungen nebst den zahlreichen an Werktagen, die für die meisten Mitglieder eher noch den Charakter einer Erholung von der Tagesarbeit tragen, bedeuten für den Gewerkschaftsbeamten aber eine recht beträchtliche unbezahlte Verlängerung der Arbeitszeit. Im günstigsten Falle erstattet man ihm die Fahr- und Zehrkosten, oft auch die nur in unzureichendem Masse. Es kommt noch hinzu, dass so ziemlich jede Versammlung oder Sitzung der Vorbereitungen bedarf, deren Löwenanteil natürlich wieder dem Beamten zufällt. Ebenso haben die meisten dieser Zusammenkünfte auch wieder mehr oder weniger Arbeit im Gefolge. Selbst die von den Gewerkschaften veranstalteten Vergnügungen bringen den Beamten meistens nur Arbeit und obendrein oft noch recht viel Ärger. Es kann in ihm eigenartige Gefühle erwecken, dass er den Arbeitern bei der Erringung des Achtstundentages helfen soll, während er froh wäre, wenn er selber nicht mehr als 11 oder 12 Stunden täglich zu arbeiten brauchte. Hat dann ein solcher, im wahrsten Sinne des Wortes geplagter Mensch einmal frei, vielleicht am Sonntagnachmittag, und geht er einmal aus, dann hat er meistens grosse Scheu davor, die Lokale aufzusuchen, die von den Arbeitern frequentiert werden. Er geht aus dem Grunde nicht gern dahin, weil er mit grösster Sicherheit darauf rechnen kann, dass er mindestens einen, wenn nicht mehrere seiner Kollegen dort treffen wird, die sich die Gelegenheit nicht entgehen lassen wollen, irgend eine geschäftliche Angelegenheit mit ihm zu besprechen. Steht er ihnen dann nicht mit der grössten Bereitwilligkeit Rede und Antwort, wird er vielleicht gar wegen der Unmöglichkeit, das bisschen freie Zeit nach seinem Ermessen verwenden zu können, verdriesslich, so kann es leicht geschehen, dass er sich ein paar Kollegen zu Feinden macht, die ihm bei nächster Gelegenheit Steine in den Weg werfen.

Doppelt angenehm sind solche Posten, wenn die Verwaltungsstelle nur einen einzigen besoldeten Beamten hat. Offiziell fungiert er dann gewöhnlich als Kassierer, in Wirklichkeit ist er meistens *Mädchen für alles*. Wenn er dann nicht von einigen verständigen Kollegen fleissig unterstützt wird, muss er oft alle Arbeiten — auch die lediglich mechanischen — selber verrichten. Dabei kann es auch der Geschickteste nicht vermeiden, dass eine Menge Zeit nutzlos verloren geht. Auch im Gewerkschaftswesen ist die Arbeitsteilung vorteilhaft. Die grosse Berliner Verwaltungsstelle des Metallarbeiterverbandes braucht bei der wohlausgebildeten Arbeitsteilung in der Ortsverwaltung noch nicht einmal für je 3500 ihrer Mitglieder einen Beamten. Eine Verwaltungsstelle mit nur 3500 Mitgliedern braucht aber je nach der Lage der Sache für die Bureauarbeit, Verhandlungen und Agitation drei, wenn nicht gar vier Beamte. Wenn aber ein solcher Kassierer noch mit vielen anderen Arbeiten belastet ist, so kommt es leicht so weit, dass die Kassenführung nur mehr als Nebenamt betrachtet wird. Nun ist ja die Führung einer Gewerkschaftskasse theoretisch eine höchst einfache Sache. Nichtsdestoweniger wird sie aber *in praxi* infolge der vielen, mit dem Kassiererposten verbundenen Nebenarbeiten oft recht kompliziert, so

dass sie grosse Umsicht und Gewissenhaftigkeit erfordert, und ihr mancher sonst ganz tüchtige Beamte doch nicht gewachsen ist. In kaufmännischen Betrieben wird den Kassierern Mankogeld zugestanden; die Gewerkschaftskasse dagegen muss stets auf Heller und Pfennig stimmen, Mankogelder sind seltene Ausnahmen. Dabei ist es ein seltener Zufall, wenn einmal beim Kassenabschluss alles klappt. Zu viel ist nie vorhanden; was fehlt, muss der Beamte aus eigener Tasche ersetzen.

Ist es unter solchen Umständen zu verwundern, dass die Gewerkschaftsbeamten sich so wenig politisch betätigen, dass so mancher tüchtige und eifrige Parteigenosse, nachdem er ein besoldetes Gewerkschaftsamt übernommen hat, sich nur mehr selten in den Parteiversammlungen sehen lässt? Da braucht man doch durchaus nicht gleich an Böswilligkeit oder Gleichgültigkeit zu denken. Nun halte ich es zwar keineswegs für notwendig, dass ein Genosse, der im Gewerkschaftswesen an exponierter Stelle steht, auch noch hervorragende Parteiposten bekleidet oder umgekehrt; nichtsdestoweniger wäre es ganz zweckmässig, wenn Gewerkschaftsbeamte sich ebenfalls politisch betätigten, sei es auch nur in untergeordneten Posten. Dies ist aber den meisten nicht möglich, weil es ihnen an Zeit fehlt oder, wenn diese wirklich vorhanden ist, sie nicht in der Lage sind, darüber disponieren zu können. Sie mögen ihre Arbeit noch so raffiniert einteilen, um möglichst viel Zeit zu ersparen, so sind sie doch keinen Augenblick davor sicher, dass irgend ein Ereignis ihre ganze Disposition über den Haufen wirft.

Es ist darum eine grosse Ungerechtigkeit, den Gewerkschaftsbeamten so in Bausch und Bogen Vorwürfe darüber zu machen, dass sie so wenig politisch agieren. Ebenso ist es mindestens eine starke Übertreibung, was von ihrer *Verachtung der Theorie* gesagt wird. Schon dem für den Unternehmer schaffenden Arbeiter fällt es oft schwer, abends noch tiefgehende theoretische Studien zu treiben, selbst wenn er die nötigen Vorkenntnisse hat. Und doch ist er meistens nur physisch ermüdet, nicht so abgespannt, wenn er nach Hause kommt, wie der Gewerkschaftsbeamte. Dieser muss, was die Theorie anlangt, meistens von den Erinnerungen zehren, die er aus der Zeit hat, wo er noch nicht eine *gehobene Existenz* war. Fehlt es den Gewerkschaftsbeamten einerseits durchgängig an Zeit zu theoretischen Studien, so darf man sich andererseits nicht darüber wundern, wenn dem einen oder dem andern die Lust dazu vergeht. Seit etlichen Jahren herrscht unter den Parteitheoretikern ein Streit, der schon zu recht unsachlichen Diskussionen geführt hat. Dann sehen wir, dass mancher, der von der Tätigkeit der Gewerkschaftsbeamten tatsächlich nichts versteht, die Theorie missbraucht, um jene herunter zu reissen. Ist es bei solcher Sachlage ein Wunder, dass es Gewerkschaftsbeamte gibt, denen sich eine gewisse Geringschätzung, nicht etwa nur solcher *Auchtheoretiker,* sondern der Theorie schlechthin bemächtigt! Ich will ein solches Gebaren nicht entschuldigen; verlangen muss man aber, dass Leute, die die materialistische Geschichtsauffassung so gerne im Munde führen, sich endlich daran gewöhnen, sie auch bei der Beurteilung der Gewerkschaftsbeamten anzuwenden.

Ich habe bisher hauptsächlich die Lokalbeamten im Auge gehabt. Was ich gesagt habe, gilt aber zum allergrössten Teil für die Gauleiter und die besoldeten Vorstandsmitglieder. Bei den Gauleitern kommt noch die unstete Lebensweise hinzu. Ferner muss ich bemerken, dass ich meine Kenntnis vorwiegend

aus dem Beamtenwesen des Metallarbeiterverbandes schöpfe. Soweit ich aber darüber unterrichtet bin, sind die Zustände in anderen Gewerkschaften keineswegs besser.

Verschiedene der eingangs erwähnten Vorwürfe sind schon in den vorstehenden Ausführungen erledigt worden. Ich wende mich nun zu der Beschuldigung, dass die Gewerkschaftsbeamten die *Fühlung mit der Masse* verloren haben sollen. Wer das sagt, hat tatsächlich nicht die geringste Einsicht in deren Tätigkeit. In Wahrheit leben sämtliche Beamte, die auf irgend einem mit grösserer Verantwortung verknüpften Posten stehen, in steter Fühlung mit den Massen, in weit innigerer, als die ihrer verschiedenen geehrten Kritiker. In diese Gefahr gerät höchstens einmal ein mit mechanischer Bureauarbeit betrautes Mitglied, aber auch nur dann, wenn sein Interesse an der Arbeiterbewegung erkaltet. Dies ist indes meistens nicht der Fall, da doch stets nur solche Kollegen mit besoldeten Posten betraut werden, die sich in der Arbeiterbewegung bewährt haben.

Damit kann wohl auch der Vorwurf, dass das Klassenbewusstsein schwinde, als erledigt gelten. Viel ist auch nicht über das angebliche Nachlassen der Kampfesfreudigkeit zu sagen, desgleichen über die *Diplomatie*. Die Beamten der Gewerkschaften, die auf dem Boden des Klassenkampfes stehen, sind mindestens so gut, wie die Theoretiker, von den Klassengegensätzen zwischen Unternehmertum und Proletariat überzeugt, wenn sie auch nicht fortwährend Reden darüber halten. Aber ausgehend von der Überzeugung, dass die am besten gestellten Arbeiter auch durchweg die besten Klassenkämpfer sind, und vor die Aufgabe gestellt, unter der heutigen Gesellschaftsordnung so viel wie möglich für ihre Auftraggeber herauszuschlagen, müssen sie schon etwas anders auftreten, als die Massenredner in Riesenversammlungen. Wenn sie mitunter in einer zerfahrenen oder hoffnungslosen Situation für die von ihnen vertretenen Arbeiter etwas erreichen wollen, dann können sie den oft sehr schlauen Unternehmervertretern gegenüber mit massiven Reden schlechterdings nichts erreichen, da müssen sie die Sache notwendigerweise etwas schlauer anfangen. Muss man solche Binsenwahrheiten wirklich noch aussprechen?

Nun zur Bureaukratie der Gewerkschaftsbeamten. Sie sind Bureaukraten, weil sie

1. für Innehaltung des Statuts sorgen,
2. einen geregelten Bureaubetrieb für notwendig halten.

Die Statuten werden auf den Verbandstagen festgesetzt, deren wichtigste Arbeit sie gewöhnlich bilden. Verschiedene Leute scheinen nun der Anschauung zu sein, auf deren genaue Durchführung komme es nicht an; sie versäumen dabei, sich klar zu machen, wohin es führt, wenn der Beamte es zulässt, dass so und so viel Ausnahmen gemacht werden. Dergleichen bleibt in der Regel nicht verschwiegen, und dann kommen bald andere, die die selbe Vergünstigung beanspruchen. Dies kann schliesslich so weit gehen, dass nicht nur die Stellung des Beamten unhaltbar wird, sondern dass auch der Verband eine Schädigung erleidet, die, wenn sie sich wiederholt, sich zu einer Schädigung der Gesamtmitgliedschaft auswächst. Am grössten ist diese Gefahr natürlich bei dem immer umfangreicher werdenden Unterstützungswesen. Wenn auch die Zahl der Mitglieder nur sehr klein ist, die a b s i c h t l i c h danach trachtet, sich unrechtmässige Vorteile zu verschaffen — ich urteile hier ausschliesslich nach

meinen Erfahrungen im Metallarbeiterverband —, so gibt es doch Mitglieder, die mitunter recht naive Forderungen stellen. Am meisten sind mir solche Fälle vorgekommen, wenn es sich um die Arbeitslosenunterstützung handelte. Manches Mitglied wird arbeitslos, versäumt aber, sich sofort zu melden, weil es hofft, gleich wieder Arbeit zu finden und die Unterstützung des Verbandes entbehren zu können. Dies Betreben ist ehrenwert, unangenehme Folgen hat es aber, wenn das Mitglied nicht gleich wieder Arbeit findet. Der bei der Entlassung empfangene Lohn ist dann bald aufgezehrt, und die Not kehrt bei ihm ein. Dann erinnert das Mitglied sich des Verbandes, meldet sich arbeitslos und erfährt nun zu seiner unangenehmen Überraschung, dass es erst nach 14 Tagen Anspruch auf Auszahlung der Unterstützung hat. Dabei darf es sich nicht einmal mit *Unkenntnis des Gesetzes* entschuldigen, denn es ist seine eigene Schuld, wenn es das ihm eingehändigte Statut nicht liest. Nun ist die Not da, und oft verlangt das Mitglied nichts Geringeres, als dass der Beamte ihm sofort auf sein ehrliches Gesicht hin Unterstützung auszahle. Wenn der Beamte in seiner Geschäftsführung nicht eine heillose Unordnung anrichten will, muss er ein solches Ansinnen ablehnen. Dann gibt es aber je nach dem Temperament des Abgewiesenen entweder Trübsal oder Spektakel, auf jeden Fall aber ist wieder ein Mitglied mehr vorhanden, das über die Bureaukratie der Gewerkschaftsbeamten Klage führt. Wenn es in jedem Falle nur der Betroffene allein wäre, der so redet, wäre es ja nicht so schlimm; leider finden solche Klagen bei der Masse der Mitglieder gar zu willige Hörer. Sie sehen dann immer nur den einen Fall, bedenken aber nicht, wie oft er vorkommt, und zu welchen Folgen er führt.

Wenn die Gewerkschaftsbureaukraten der Arbeiterbewegung so schädlich sind, so sollte man meinen, dass die Sachlage dort besser sei, wo es keine besoldeten Beamten gibt. Dies ist aber keineswegs der Fall, auch soweit es sich um das Unterstützungswesen handelt. Wohl sind mir in meiner Praxis Fälle vorgekommen, dass Mitglieder von unbesoldeten Beamten zu Unrecht Unterstützungen erhalten hatten, nicht minder aber auch solche Fälle, wo den Mitgliedern zu Unrecht Unterstützungen vorenthalten worden waren, denen ich erst zu ihrem Recht verhelfen musste. Das Recht der Hauptvorstände, die Zahlung von Streikunterstützung von einer vorherigen Genehmigung des Streiks abhängig zu machen, ist in sämtlichen Verbänden, die es ihren Vorständen eingeräumt haben, ebenfalls statutarisch festgelegt nebst den Regeln, nach denen bei der Prüfung der Sache verfahren werden soll. Was ich schon von den Ortsbeamten gesagt habe, gilt von den Vorständen in noch höherem Masse. Bei ihnen laufen die Fäden der Bewegung in ganz Deutschland zusammen, sie wissen, wo in der Branche die schlimmsten Missstände vorhanden sind, sie haben eine genauere Übersicht über die Organisationsverhältnisse, sie allein sind darüber orientiert, wie viele Bewegungen angemeldet sind, sie haben bessere Hilfsmittel, die Konjunktur zu beobachten und zu beurteilen, als die Kollegen an den einzelnen Orten. Leidenschaft und Aufregung sind schlechte Berater in Streikangelegenheiten; die Objektivität der Vorstände hat schon manches Unheil verhütet. Wenn das Geld der Gewerkschaft auf die Neige zu gehen droht, muss der Vorstand sehen, dass er neue Quellen öffnet, was oft sehr schwierig ist. Es ist darum nicht mehr als recht und billig, dass den Vorständen das Genehmigungsrecht zusteht. Dies hat sich durchaus bewährt. Immer mehr

Gewerkschaften sind im Laufe der Zeit dazu übergegangen, diese Bestimmung in ihr Statut mit aufzunehmen. Sie werden zu diesem Schritt jedenfalls durch die Erfahrung gezwungen worden sein. Nachdem das Unternehmertum sich ebenfalls organisiert hat, ist es den Gewerkschaften unleugbar erschwert, durch Streiks Erfolge zu erzielen. Da nun aber der Streik einmal das letzte Mittel ist, das den Gewerkschaften zu Gebote steht, erfordert es die Pflicht der Selbsterhaltung, ihn auf solche Weise zu führen, dass er dem Unternehmertum am unangenehmsten wird. Dies kann am ehesten eintreten, wenn er den Unternehmer zur Zeit einer günstigen Konjunktur unvorbereitet trifft. Es ist daher eine der ersten Regeln der neueren Streiktaktik, die Unternehmer möglichst lange über die Absichten der Arbeiter im unklaren zu lassen. Dies ist aber unmöglich, wenn sämtliche Massnahmen der Gewerkschaft öffentlich beraten oder beschlossen werden. Je kleiner der Kreis ist, der bestimmt, wann und wie vorgegangen werden soll, desto besser, denn desto schwerer werden die Unternehmer von der geplanten Aktion Kenntnis erhalten und Gegenmassnahmen treffen können. Ausserdem wird kein Vorstand, wenn er seiner Sache nicht ganz sicher ist, einen Streik genehmigen, ablehnen oder abbrechen, wenn er nicht zuvor Personen gehört hat, denen er ein richtiges Urteil über den Fall zutrauen darf. Die Gewerkschaftsvorstände brauchen also keineswegs die *Nietzscheschen Übermenschen* zu sein, wie man sie ironisch genannt hat, um über Krieg und Frieden bestimmen zu können. Das kann schon jeder, dem es nicht an dem nötigen natürlichen Verstand und den nötigen Erfahrungen fehlt, und dem die genügenden Informationen zu Gebote stehen. Diese letzteren fehlen aber meistens den in Betracht kommenden Mitgliedern. Wenn also die massgebende Instanz der Gewerkschaft in so gewissenhafter Weise die Sachlage prüft, ehe sie entscheidet, so darf sie auch mit Fug und Recht verlangen, dass die Mitglieder ihnen Folge leisten.

Wer da weiss, wie gross die Arbeit ist, die auf den Beamten lastet, wird es natürlich finden, dass sie danach streben, die Tätigkeit auf den Bureaus möglichst fest zu regeln und die Arbeit so einzurichten, wie es zu einem flotten Geschäftsgang nötig ist. Da kann es denn nicht ausbleiben, dass der Beamte einmal mit einem Mitgliede in Differenzen gerät, das ihn zur Unzeit heimsucht, dass er einmal Unterstützungen ausserhalb der dafür festgesetzten Zeit nicht auszahlen will u. s. w. Manches Mitglied befleissigt sich der grössten Höflichkeit, wenn es bei einer Behörde auch nur mit dem letzten Schreiber zu tun hat, glaubt aber, bei dem Verbandsbeamten den *Arbeitgeber* herauskehren und ihn wegwerfend behandeln zu können. Höchst angenehm ist es für den Beamten, wenn ein Mitglied — möglicherweise noch dazu angetrunken — ihn im Bureau mit irgend einem kleinlichen Anliegen belästigt und glaubt, dem Beamten Befehle erteilen zu können, vielleicht noch den klassischen Ausspruch tut: du lebst doch nur von unseren Groschen! Solche Erlebnisse, die sich gar nicht so selten wiederholen, sind nicht geeignet, die Arbeitsfreudigkeit zu steigern.

Es ist noch lange nicht alles gesagt, was gesagt werden müsste. Das Angeführte dürfte aber genügen, um zu zeigen, wie haltlos die meisten Beschuldigungen sind, die gegen die Gewerkschaftsbeamten erhoben werden. Ich fühle mich ja keineswegs verpflichtet, alles zu rechtfertigen, was einmal irgend ein Gewerkschaftsbeamter gesagt oder getan haben kann. Es kommt schon vor, dass einer auf einen Posten gestellt wird, zu dem er nicht taugt. Energisch muss aber

dagegen protestiert werden, wenn Leute, deren Blick nicht durch die geringste Sachkenntnis getrübt ist, es sich angelegen sein lassen, die Gewerkschaftsbeamten systematisch in den Augen der Mitglieder herabzusetzen. Man komme mir nicht mit dem Einwand, dass diese *Kritiken* stets den Beifall der Massen finden, also zutreffend sein müssen. Aus dem, was ich bereits ausgeführt habe, geht zur Genüge hervor, wie dies zu erklären ist. Man wende ferner nicht ein, es solle keiner Person zu nahe getreten werden, die Beamten seien ja alle ganz nette, begabte, gewissenhafte und wer weiss was sonst noch für Leute. Wenn dies ehrlich gemeint ist, so ist es doch mindestens ein sehr unpraktisches Verfahren, dass man auf den Beamten herumhämmert, um irgend einen Übelstand in der Arbeiterbewegung zu beseitigen. Ferner weiss die Masse so subtile Unterscheidungen nicht zu machen. Wenn sie solche Beschuldigungen hört, so überträgt sie einfach alles Böse, was über die Beamten im allgemeinen gesagt wird, auf die, mit denen sie es gerade zu tun hat.

Dieser Zustand kann aber auf die Dauer nicht so bleiben. Mancher Beamte, den die wütendsten Beschimpfungen durch die Scharfmacher, die Sonderorganisierten etc. nur zu höherer Kampfesfreudigkeit veranlassen, leidet schmerzlich unter den Nadelstichen, die ihm von seinen eigenen Verbandskollegen zu teil werden. Infolge der Eigenart seines Amtes ist es ihm vielfach gar nicht möglich, die Mitglieder darüber aufzuklären, dass ihre Handlungsweise ungerecht ist. In einer solchen Lage stets gelassen zu bleiben, erfordert eine Lammsgeduld, die unvereinbar ist mit den übrigen Eigenschaften, die man von einem Gewerkschaftsbeamten fordert. Der grosse Wechsel unter den Gewerkschaftsbeamten erscheint darum ganz natürlich. Ich weiss von etlichen, dass sie lieber heute, als morgen, ihr Amt wieder aufgeben möchten, wenn sie nur Aussicht auf eine andere Beschäftigung hätten. Aus dem selben Grunde erscheint es auch erklärlich, dass zum Beispiel im Metallarbeiterverband trotz seines grossen Mitgliederbestandes die Zahl der Bewerber um Beamtenposten und die Auswahl unter den geeigneten Kollegen ständig abnimmt. Es sind genügend geeignete Mitglieder vorhanden. Die meisten bedanken sich aber für solche Ämter, da sie anderswo ihr Brot auf gemütlichere Weise verdienen können.

Nun noch ein paar Worte über die Ursachen dieser ebenso unschönen, wie durchweg unberechtigten Kritiken. Als solche bezeichnet man das *Fehlen des sozialistischen Geistes* unter den Gewerkschaftsmitgliedern. Andere Kritiker reden schlechthin von der *mangelhaften Aufklärung der Massen.* Nach den selben Kritikern sollen aber diese mangelhaft aufgeklärten Massen eine grössere politische Reife haben, als die Gewerkschaftsbeamten. Wie tief muss danach erst deren politisches Niveau sein! Und doch werden die Beamten von den selben Kritikern wiederum als ganz begabte Leute bezeichnet. Seltsamer Widerspruch! Man sieht: Konsequenz ist nicht die starke Seite dieser Kritiker. Man kann nun sehr verschiedener Meinung darüber sein, ob es wirklich zutrifft, dass unter den früher in geringer Zahl organisierten Arbeitern verhältnismässig mehr Aufklärung vorhanden war, als unter den vielen Mitgliedern, die heute in den Arbeiterorganisationen vorhanden sind. Aber ich will gerne zugeben, dass mehr für die Aufklärung der Massen getan werden muss. Nun verlangt man, es solle mehr sozialistischer Geist in die Gewerkschaften getragen werden. Es wäre interessant, zu erfahren, wie die Urheber dieser Forderung sich ihre Verwirklichung denken. Die ganze praktische Tätigkeit der

Gewerkschaften kann sich doch nur auf den Gegenwartsstaat erstrecken. Man könnte da höchstens eine Verbesserung des Vortragswesens, des Bibliothekwesens und der Gewerkschaftspresse verlangen. Auf diesem Gebiet könnte freilich noch manches getan werden. Dies ist aber nicht dadurch zu erzielen, dass man den Gewerkschaftsbeamten das Leben noch schwerer macht, sondern nur dadurch, dass man es ihnen erleichtert. Dann wird sicher mancher Beamte gerne mehr zur Verbreitung von Aufklärung tun und sich ebenfalls politisch betätigen. Man möge sich bemühen, die Tätigkeit der Gewerkschaftsbeamten verstehen zu lernen. Dann wird ebenfalls mit der Zeit die Überlastung der Beamten aufhören.

Damit sind die Mittel zur Vermehrung der Aufklärung noch keineswegs erschöpft. Früher konnte die wenig entwickelte Parteipresse verhältnismässig viel mehr für die Verbreitung der theoretischen Kenntnisse tun, als die heutige grosse Zahl von sozialdemokratischen Tagesblättern. Es ist zu erwägen, ob nicht auch auf diesem Gebiet eine Besserung anzustreben ist. Sie wäre zweckmässiger, als das kritiklose Kritisieren der Gewerkschaftsbemten.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

LEO WINTER · NATIONALITÄT UND GEWERKSCHAFT

UM seinen Namen in der Nachwelt berühmt zu machen, steckte Herostratos den herrlichen Tempel der Diana von Ephesos in Brand. Dies wird wohl vielen ausländischen Genossen eingefallen sein, als sie von Wien aus geschriebene Berichte über den Kampf in den österreichischen Gewerkschaften lasen, wonach die tschechischen Genossen, die *Nationalitätsfanatiker* — wie sie Genosse Hue in seinem Artikel im *Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands* betitelt — ihre *staatsrechtlichen Theorieen* in die wirtschaftspolitische Praxis übersetzen, die gewerkschaftlichen Zentralorganisationen sprengen und vollkommen unabhängige nationale Organisationen auch auf gewerkschaftlichem Gebiete gründen wollten. Diese Berichte erwecken den Anschein, als ob die heutigen Gewerkschaften in Österreich ohne Zutun, ja sogar gegen den Willen der tschechischen Genossen gegründet worden wären, und dass sie nun ihre ganze Kraft aufbieten müssen, um einem feindlichen Ansturm der tschechischen Gewerkschaftsführer oder Politiker stand zu halten. Der von meinem Namensvetter im vorigen Heft dieser Zeitschrift veröffentlichte Aufsatz unterscheidet sich ein wenig von vielen anderen Meinungsäusserungen in dieser Streitsache. Er unterschiebt den tschechischen Genossen keine schlechten Motive, er bedauert nur langjährige Mitarbeiter in der österreichischen Arbeiterbewegung als Leute, »die den Gang der Gewerkschaftsbewegung nicht praktisch mitgemacht haben«, die nur Gefühlen und Träumen nachgegeben haben und vom Repräsentationsbedürfnis geplagt werden, um »gewissen bürgerlichen Parteien den Rang abzulaufen«, die zu ungeschickte Gewerkschafter und kurzsichtige Politiker sind, um den heutigen Stand der Gewerkschaftsbewegung zu verstehen. Es entspricht übrigens nicht den Tatsachen, dass, wie Genosse Fritz Winter behauptet, die direkte Ablieferung der Beiträge für tschechische

Mitglieder der Gewerkschaften an die Prager Kommission deswegen gefordert wird, damit »die Politiker in der Prager Kommission« gleichzeitig mit den Kommissionsbeiträgen auch von ihren Mitgliedern eine Parteisteuer einheben können. Die Parteisteuer und die gewerkschaftlichen Beiträge müssen bei uns nach so grundverschiedenen Prinzipien eingehoben werden, dass an eine gleichzeitige Einhebung beider überhaupt niemand denken könnte. Doch das ist nebensächlich. Wichtiger ist, dass auch aus dem Artikel des Genossen Winter die ausländischen Genossen in ihrer Überzeugung von dem Zerstörungswahn der Tschechen nur befestigt werden müssen. Es sei mir daher ein Versuch gestattet, die von den Tschechen hervorgerufene Bewegung in einem anderen Lichte erscheinen zu lassen und zu diesem Zwecke ein wenig auf die Geschichte der Gewerkschaftsbewegung in Österreich zurückzugreifen.

Eine moderne Gewerkschaftsbewegung in Österreich in grösserem Stile datiert seit dem ersten sozialdemokratischen Parteitag in Hainfeld /1888/, welcher den Parteiangehörigen empfahl, allerorts an die Gründung von Gewerkschaften zu schreiten. Die Unterstützung der gewerkschaftlichen Bewegung seitens der Partei ging sogar so weit, dass der Parteitag zu Prag /1896/ es geradezu als eine Pflicht der Genossen erklärte, nach Möglichkeit ihren besonderen Branchenorganisationen anzugehören. Die gewerkschaftliche Organisation bestand in lokalen Vereinen, welche sich nur allmählich und auch nicht überall zu Landesvereinen verbanden. Die wechselseitigen Beziehungen der Arbeiterschaft verschiedener Nationen und Länder in Österreich sind jedoch so zahlreich und rege, ihre Interessen weisen eine so grosse Zahl gemeinsamer Punkte auf, dass es auf die Dauer unmöglich wurde, die bestehenden Landesorganisationen in ihrer vornehmen Isoliertheit zu erhalten; die Notwendigkeit des Zusammenarbeitens der einzelnen Landesorganisationen trat zu Tage. Zu diesem Zwecke wurde im Jahre 1893 der erste österreichische Gewerkschaftskongress einberufen, der eine gemeinsame Zentralstelle, die österreichische *Gewerkschaftskommission* mit dem Sitze in Wien, ins Leben rief. Die Kommission arbeitete, von sonstigen günstigen Verhältnissen unterstützt, mit nicht geringem Erfolge. Bald jedoch sah man in Böhmen, dass sie ihrer Aufgabe auf agitatorischem und organisatorischem Gebiete unter dem tschechischen Proletariat auch beim besten Willen nicht nachkommen könne. »Unkenntnis der Verhältnisse, Unkenntnis der Sprache, das waren« — wie Rousar in einem Artikel in der *Akademie* ausführte — »die zwei grossen Hindernisse. Die Wiener Kommission hatte nicht den Überblick über die Bedürfnisse Böhmens, Mährens und Schlesiens, und selbst wenn sie sie kannte, war sie nicht im stande, ihnen abzuhelfen, aus Mangel an geeigneten Arbeitskräften. Am deutlichsten zeigte sich die Schwerfälligkeit des Apparates, wenn es sich um schleunige Massnahmen handelte.« Die tschechischen Gewerkschaften verlangten daher auf dem zweiten Gewerkschaftskongresse in Wien /1896/ die Beseitigung der Hindernisse, welche bisher der Entfaltung ihrer Organisationen entgegenstanden. Sie glaubten, den Übelständen durch Anstellung eines unabhängigen tschechischen Sekretärs bei der Reichskommission abzuhelfen. Nachdem aber ein diesbezüglicher Antrag trotz der Unterstützung Victor Adlers abgelehnt wurde, errichteten die tschechischen Gewerkschaften eine eigene, die tschechoslawische Kommission in Prag.

Dieser neuen Institution, welcher das tschechische organisierte Proletariat in

Böhmen sein ganzes Vertrauen entgegenbrachte, gelang es in kurzer Zeit, eine grosse Anzahl von lokalen Vereinen in Landesorganisationen zu vereinigen, welche insgesamt Mitglieder der Kommission wurden. In der Wiener Kommission gewann bald ruhige Überlegung die Überhand; sie erkannte die Prager Kommission als selbständig und gleichberechtigt an und trat mit ihr in enge Fühlung. Obgleich Genosse Hue in dem oben zitierten Artikel eine solche Dezentralisation für unheilvoll erklärt, konnte die Gewerkschaftsbewegung in Österreich und speziell in Böhmen nur von Erfolgen sprechen. Beide Kommissionen trachteten in gemeinsamer Arbeit, die Gewerkschaften der einzelnen Länder in engere Verbindung zu bringen. Dies geschah in der Errichtung von Reichsverbänden, denen die einzelnen Landesvereine als Einheiten angehören. In dieser Organisationsform, welche sich namentlich bei den Buchdruckern, der stärksten Organisation in Österreich, bestens bewährt hat, ist hauptsächlich das Unterstützungswesen zu seiner jetzigen Höhe gelangt.

Beide Kommissionen arbeiteten friedfertig neben einander auch auf allen anderen Gebieten. Die Selbständigkeit der Prager Kommission wurde seitens der Wiener nie in Frage gestellt, weder bei der Vertretung der organiserten Arbeiterschaft im Arbeitsbeirat, noch im Wasserstrassenbeirat, noch auch in der internationalen Konferenz der Sekretäre der Landesorganisationen der Gewerkschaften. Bei dieser ersten Konferenz in Stuttgart wurde ausdrücklich hervorgehoben, dass beide Kommissionen autonom bleiben, obschon sie übereinstimmend bezüglich der Streikunterstützung die Wiener Kommission als diejenige Institution designiert hatten, die für derartige Fälle in Betracht zu kommen habe. Das gute Einvernehmen der beiden Kommissionen hatte zur Folge, dass in den tschechischen Gewerkschaften alle Befürchtungen gegenüber den Wiener Zentralisierungsbestrebungen schwanden, und die Tschechen in einzelnen Branchen ihre Einwilligung dazu gaben, die Reichsverbände in Reichsvereine umzuformen und ihre nicht unbedeutenden Fonds diesen Reichsvereinen, die fast durchweg ihre Zentralen in Wien haben, auszuliefern.

Bald jedoch, nachdem dies geschehen, wurden Rekriminationen laut, dass die von deutschen Genossen geleiteten Zentralen den sprachlichen Bedürfnissen und Forderungen der Tschechen nicht nachkommen. Ein Verein zum Beispiel weigert sich hartnäckig, für die tschechischen Mitglieder tschechische Druchsachen zu beschaffen, mit der Begründung, dass die Mitglieder dieser Branche — es handelt sich um Handelsangestellte — Deutsch verstehen müssen. Andere geben ihren tschechischen Mitgliedern nur doppelsprachige Druchsachen heraus, mit der deutschen Sprache an erster Stelle, obzwar sie den deutschen Mitgliedern nur deutsche Drucksachen liefern. Andere wieder reichen für alle ihre Filialen die Statuten in deutscher Sprache ein. Es wäre vielleicht anderswo vollkommen gleichgültig, aber bei uns sehen die Behörden in solchen Filialen nur deutsche Vereine und weigern sich, mit ihnen anders als deutsch zu verkehren. Dies geschieht in Gegenden, wo keine 2 % Deutsche wohnen, und wird selbstverständlich von der arbeiterfeindlichen Presse als Förderung der Germanisation der tschechischen Gegenden ausgeschrieen. Einige Reichsvereine haben es durchzusetzen gewusst, dass ihre tschechischen Fachorgane in Wien herausgegeben werden, obzwar ein jeder verständiger Mensch es als selbstverständlich erklärt, dass ein Blatt dort erscheine, wo man seine Sprache am meisten spricht. Die in Wien erscheinenden tschechischen Fachblätter müssen den Druck um

40 % teurer zahlen, da die tschechische Sprache in Wien nicht als landesüblich gilt; sie werden aber überdies von Leuten verfertigt, denen die tschechische Schriftsprache vollkommen fremd ist. So kommt es, dass Artikel aus unseren tschechischen Fachorganen ihrer Sprache und Orthographie wegen in der tschechischen Presse in der *heitern Ecke* Aufnahme gefunden haben, ein Anblick, welcher wohl geeignet ist, den Mitgliedern die Freude an einer solchen Organisation zu verleiden. Ähnlich verhält es sich mit den von vielen Zentralen angestellten Beamten, deren tschechische Zuschriften den tschechischen Organisationen sehr oft unverständlich, fast nie richtig geschrieben sind. Es wurde seitens der tschechischen Organisationen auch der Vorwurf laut, dass die Wiener Zentralen zwar einen hohen Prozentsatz von Beiträgen aus Böhmen beziehen, dass sie aber der Agitation unter der tschechischen Arbeiterschaft verhältnismässig wenig Aufmerksamkeit und noch weniger Geldmittel zuwenden, dass sie durch die Beiträge ihrer tschechischen Mitglieder fast ausschliesslich Organisationen der anderen Nationen grossziehen. Dieser Vorwurf wurde lauter, als einigemal von den Wiener Zentralen Streiks nicht anerkannt wurden, die von den mit den lokalen Verhältnissen gut vertrauten Agitationskommissionen als aussichtsreich erklärt wurden, und deren Erfolglosigkeit gute Organisationen sprengte. Doch trat dieser Vorwurf gegenüber den oben geschilderten in den Hintergrund.

Bei ausländischen Genossen, welche in einem national homogenen Staatswesen leben, und für welche die nationale Frage nicht akut ist, könnte man sich nicht wundern, wenn sie solche Vorfälle für Kleinlichkeiten und Lappalien halten würden. Wenn dies aber die Wiener Genossen taten, denen die Wirkung solcher Kleinigkeiten in dem in nationaler Beziehung so empfindlichen Österreich vollkommen klar sein musste; wenn sie die Beschwerden nicht nur nicht rasch und glatt erledigten, wie Genosse Winter meint, sondern sie meistens bis heute unerledigt liessen; wenn sie die Vorwürfe für einen Ausfluss von nationalem Chauvinismus erklärten: so gaben sie hiermit kund, dass s i e eben es sind, welche mit den »harten Tatsachen und Wirklichkeiten« nicht zu rechnen verstehen. Denn in Östereich ist die nationale Frage eine harte Tatsache und Wirklichkeit, welche nicht dadurch beseitigt wird, dass man sie als Problem der bürgerlichen Lager Österreichs erklärt. In ihrer Agitation wenden sich die Gewerkschaften zwar an den Lohnarbeiter als solchen, aber es tritt ihnen nicht eine Abstraktion entgegen, sondern ein Mensch, der zwar seine Arbeitskraft zu Markte trägt, der aber nebenbei eine Sprache spricht, der in einem Gemeinwesen lebt, der mit seinen Mitbürgern zusammenkommt und mit ihnen leben muss. Nur dieser Mensch ist Tatsache und Wirklichkeit, nicht aber ein Arbeiter, welcher nichts anderes als Lohnarbeiter ist. Dieser ist eine Fiktion. An diese haben sich eben einige Zentralorganisationen gewendet, haben aber hierbei den Menschen mit seinen »Gefühlen und Träumen« übersehen. Und sie haben hierbei Tür und Tor für eine Agitation offen gelassen, welche die Gefühle und Träume des tschechischen Arbeiters gut auszunutzen wusste, um ihn als Lohnarbeiter nicht aufkommen zu lassen. Das Vorgehen der Wiener Zentralen hat die gewerkschaftliche Agitation unter der tschechischen Arbeiterschaft sehr erschwert, dagegen die Agitation der Gegner sehr erleichtert. Es war daher im eigensten Interesse der Gewerkschaftsbewegung in Österreich, wenn die tschechischen Organisationen gegen den die Wiener Zentralen beherrschenden

Geist und dadurch angeblich gegen die Zentralorganisationen überhaupt auftraten, wenn sie mit dem ungesunden, echt österreichischen System in den Gewerkschaften brechen und in dem sozialistischen Kosmos die Keime eines andern Österreichs unterdrücken wollten.

Der Zwist hätte vielleicht eine andere Form angenommen, wenn nicht die Wiener Kommission ostentativ die Prager Kommission hintangesetzt hätte. In den Arbeitsbeirat delegierte die Wiener Kommission alle der in sozialistischen Gewerkschaften organisierten Arbeiterschaft zugewiesenen Mitglieder; da der von ihr mit Übergehung der Prager Kommission delegierte tschechische Genosse die Funktion selbstverständlich nicht annahm, und sie darauf einen deutschen Arbeiter delegierte, so ist die tschechische, in Gewerkschaften organisierte Arbeiterschaft, welche etwa zwei Fünftel der organisierten Arbeiterschaft Österreichs bildet, in der wichtigen Institution des Arbeitsbeirates überhaupt nicht vertreten. In die seitens der Regierung veranstaltete Enquete über die Verhältnisse der landwirtschaftlichen Arbeiter delegierte die Wiener Kommission als Experten aus Böhmen nur einen deutschen Genossen aus dem hopfenreichen Nordwesten Böhmens, obgleich Ackerbau hauptsächlich im Süden und Osten vorherrscht und von Tschechen betrieben wird, und obgleich die tschechischen landwirtschaftlichen Arbeiter bereits eine ziemlich starke Gewerkschaft besitzen, wogegen die Deutschen zur Gründung einer solchen Organisation noch überhaupt nicht geschritten sind. In dem ersten internationalen Bericht über die Gewerkschaftsbewegung findet man kein Wort über die tschechischen Gewerkschaften, ja, es ist die Adresse der tschechoslawischen Kommission in Prag dort überhaupt nicht angegeben, obgleich zum Beispiel von den Glasarbeitern zwei Zentralen aufgenommen wurden. Solche, zwar nicht die Träume, wohl aber die Gefühle der tschechischen Arbeiterschaft outrierenden Vorkommnisse mussten eine Erbitterung erwecken, welche zum Ausbruch kam, als die Prager Kommission auf der Amsterdamer Konferenz der Gewerkschaftssekretäre nicht mehr als selbständig und gleichberechtigt anerkannt wurde. Ich halte den Beschluss der Amsterdamer Konferenz schon deshalb für verfehlt, weil sich dadurch die Konferenz ihres internationalen Charakters entkleidet hat und aus einer Repräsentation aller Nationen eine Repräsentation der in einzelnen Staaten regierenden Nationen geworden ist. Hierdurch wurde sie zu einem beträchtlichen Teile um das Vertrauen gebracht, das ihr bisher allerseits entgegengebracht wurde, wodurch wiederum die gesamte Gewerkschaftsbewegung geschädigt wird.

Mir persönlich liegt es vollkommen fern, die Wiener Genossen der gewaltsamen Germanisierung der tschechischen Arbeiter anzuklagen oder in den geschilderten Vorkommnissen eine germanisatorische Tendenz zu suchen. Nicht deswegen, weil ich der Überzeugung wäre, die Wiener Genossen würden diese Bestrebungen als Sozialdemokraten prinzipiell verwerfen, sondern deshalb, weil sie vernünftige, nüchterne Menschen sind, denen die ganze Aussichtslosigkeit und Schädlichkeit solcher Allüren vollkommen klar sein muss und klar ist. Und ich würde auch so manches Wort, welches in diesem Kampfe von tschechischer Seite in der Hitze des Gefechtes gefallen ist, nicht unterschreiben, wie ich andererseits überzeugt bin, dass es viele deutsche Genossen gibt, welche mit der Kampfesweise der Wiener nicht ganz einverstanden waren. Meiner Meinung nach haben jedoch die den Verhältnissen in Böhmen

fernstehenden Genossen die Wichtigkeit des Nationalitätenproblems in den Gewerkschaften unterschätzt und es zu ihrem eigenen Schaden als eine der Gewerkschaftsarbeit gleichgültige Sache angesehen.

Wunder kann es nicht nehmen. Sie, wie die ganze Arbeiterschaft Österreichs, sind gelehrige Schüler der Arbeiterbewegung Deutschlands gewesen. Von Deutschland aus haben sie im grossen und ganzen nicht nur ihr politisches Programm, sondern auch ihre ganze Taktik und ihre Organisationsform geholt. Sie haben in Deutschland eine mächtige, einheitliche, von einer Zentralstelle aus geleitete Bewegung gefunden; sie bewunderten deren grossartige Erfolge, sowohl auf politischem, wie auf gewerkschaftlichem Gebiete; und sie waren begreiflicherweise nur zu leicht geneigt, die Macht dieser ganzen Bewegung vorzüglich als eine Frucht ihrer Organisationsform anzusehen. Das Bestreben, die österreichische Arbeiterbewegung auf die Stufe jener Deutschlands zu bringen, war daher von dem Wunsche begleitet, sich eine ebenso starke Waffe zu schmieden, wie sie der Arbeiterschaft in Deutschland zur Verfügung stand, eine ebenso mächtige, zentralistische, einheitliche Organisation zu schaffen. Durch den Glanz des machtvollen deutschen Organismus geblendet, übersahen sie, dass die Verhältnisse in Österreich ganz anders liegen, und dass man diesen Verhältnissen die Organisationsform anpassen müsse. Der Drang der harten Tatsachen und Wirklichkeiten machte jedoch vor der Organisation der Arbeiterschaft kein Halt. Die sprachliche und nationale Eigentümlichkeit und Verschiedenartigkeit trat auch in den Organisationen klar zu Tage. Vor allem natürlich dort, wo die Arbeiterbewegung durch ihre Ausserachtlassung am meisten gelitten hätte: in Böhmen.

Es waren keine Neulinge mehr in der Arbeiterbewegung, es waren keine *Literaten* und *Theoretiker* — wie man ihnen oft mit Vorliebe vorwirft —, sondern allseits bewährte, in harten Kämpfen aufgewachsene und Jahrzehnte im Dienste der Arbeitersache stehende Männer, welche auf die Gefahr aufmerksam machten, der die Arbeiterschaft in ihrer bisherigen Organisationsform entgegengehe. Nicht, um den bürgerlichen Parteien den Rang abzulaufen, sondern, um keinen Grund zur Desertion, zur Lichtung der eigenen Reihen zu geben, um den Gegnern kein Wasser auf ihre Mühlen zu treiben, um ihr eigenes Programm nicht aller Werbekraft zu berauben, setzten sie sich für die Umformung der Organisation ein. Dieser Kampf, welcher vor einigen Jahren auf politischem Gebiete geführt wurde, ist dort heute beendet. Die Tschechen hatten zwar damals die selben Vorwürfe, die selben Titulaturen, ja selbst die selben Theorieen zu hören, wie heute. Sie hielten jedoch stand — wie man heute einsieht: zum Wohle der gesamten Arbeiterbewegung in Österreich. Jetzt macht sich der selbe Drang der harten Tatsachen und Wirklichkeiten in den Gewerkschaften offenbar. Vor Jahren haben ihn die Wiener Genossen auf das bürgerliche Lager beschränken wollen, jetzt wollen sie ihn auf das politische Gebiet der Arbeiterbewegung beschränkt haben. Vergebens. Der Zweck der politischen und gewerkschaftlichen Organisation mag verschieden sein, auch der Grund, weswegen sich die Arbeiterschaft in dieser und jener Organisation gruppiert; die Menschen jedoch und ihre Bedürfnisse bleiben die selben. Und beide Organisationsgruppen müssen ihnen entsprechen. Es ist schier unmöglich, einem Laien Kompetenzkonflikte zu erklären und ihn mit diesem oder jenem seiner Bedürfnisse auf eine andere, wenn auch nahe Gruppe zu verweisen.

Es ist ja richtig, dass die Gewerkschaften nicht dazu da sind, um die nationale Frage zu lösen. Aber um sie nicht lösen zu müssen, dürfen sie sie in ihrem Schosse nicht aufkommen lassen. Denn wenn sie einmal entrollt ist, bildet sie notwendigerweise einen ständigen Stein des Anstosses. Die nationale Frage entsteht nur dort nicht, wo die nationalen Bedürfnisse eines jeden einzelnen befriedigt werden können und befriedigt werden. Sie wird in den österreichischen Zentralgewerkschaften von den Deutschen nicht aufgerollt, weil eben diese Zentralen von deutschen Genossen geleitet werden, welche für die nationalen Bedürfnisse ihrer Stammesgenossen natürlich bei weitem mehr Verständnis haben können, als für die nationalen Bedürfnisse aller anderen Mitglieder. Sie wird auch nicht von Angehörigen einer Nation aufgerollt, welche sich sowohl ihrer numerischen, als auch ihrer wirtschaftlichen Schwäche voll bewusst sein müssen; diese müssen einsehen, dass sie in einem Punkte etwas nachgeben müssen: sie machen deshalb eher nationale Konzessionen, welche nach ihrer wirtschaftlichen Stärkung *ipso facto* widerrufen werden, um vorläufig ihre wirtschaftlichen Bedürfnisse zu befriedigen. Die nationale Frage wird aber bei den Angehörigen eines Volkes ihre Lösung verlangen, welche so stark sind, dass sie sie lösen können, ohne eine wirtschaftliche Schwächung befürchten zu müssen, und bei denen die Verhältnisse derart beschaffen sind, dass eine Befriedigung ihrer nationalen Bedürfnisse sie nur stärken kann, dass diese Befriedigung für ihre weitere Entwickelung unumgänglich notwendig ist.

Nationale Bedürfnisse: dazu gehört nicht nur, dass Drucksachen in der eigenen Sprache herausgegeben werden, dass die Blätter gut geschrieben werden, dass die Beamten die Sprache sprechen, dass die Agitation in der eigenen Sprache geführt wird; dazu gehört auch die nationale Selbstbestimmung, das Bedürfnis, nicht von Angehörigen einer anderen Nation geführt, geleitet, dirigiert zu werden. Mögen diese in nationaler Hinsicht noch so liberal sein. Und dieses Bedürfnis kann in einer stramm zentralistischen Organisation nicht befriedigt werden. Die Zentralen müssen doch einen Sitz haben. Heute ist es bei fast allen Gewerkschaften Wien, und die Wiener Genossen sind ihre Führer. Es ist physisch nicht möglich, es anders anzustellen. Selbst wenn jedoch der Sitz der Zentralen anderswo wäre, wenn er zum Beispiel in eine tschechische Gegend verlegt würde, würden die nationalen Reibungen nicht aufhören; nur dass sie diesmal nicht von den Tschechen, sondern von den Deutschen ausgingen. Nationale Autonomie, Dezentralisation tut also not. Dies beginnen bereits auch die Wiener Genossen anzuerkennen; nicht nur Genosse Winter am Schluss seines Artikels, sondern auch die Wiener *Arbeiterzeitung*. Es handelt sich nur darum, wie weit sie hierbei zu gehen gesonnen sind. Theoretisch wenigstens wäre also der gute Wille bereits vorhanden. Die Zentralen beharren zwar noch immer auf dem intransigenten *Niemals!* Sie werden aber dem ungestümen Drange der harten Tatsachen nachgeben, zumal sie sehen werden, dass es den Tschechen nicht darum zu tun ist, alle gemeinsamen Bande zu zerreissen und die Macht der Gewerkschaften zu untergraben.

In seiner letzten grossen Rede in der französischen Deputiertenkammer wies Genosse Jaurès darauf hin, wie sich im modernen Leben neben dem Prinzip der Zentralisation auch das der Dezentralisation Geltung verschaffe. Er bewies, dass das eigentlich keine grundsätzlich entgegengesetzten Prinzipien seien; sondern dass das eine Prinzip das andere zu ergänzen, ihm zur Entfaltung aller

seiner Vorzüge zu verhelfen im stande sei. Diese Erkenntnis hat zwar in Österreich noch nicht überall festen Boden gefasst; aber der Anfang hierzu ist doch bereits gegeben. Die Gewerkschaften werden die nationale Frage aus ihren Reihen los, indem die einzelnen Nationen in ihrem Schosse ihr Selbstbestimmungsrecht erlangen; sie werden dem Gegner gegenüber ein grosses, mächtiges Ganze bilden, indem alle durch die Dezentralisation mächtig aufblühenden selbständigen Gruppen unter einander eng verbunden werden. Bevor wir zu diesem Ziele gelangen, wird es vielleicht noch manchen harten Kampf geben. Er wird aber hoffentlich andere Formen annehmen, wenn sich beide Teile von der Reinheit ihrer Motive überzeugt haben werden; und es werden sich Mittelwege finden, auf denen durch entsprechende Übergangsbestimmungen die nationale Frage in den österreichischen Gewerkschaften ihrer allseits zufriedenstellenden Lösung entgegengeführt werden wird.

Das sozialistische Ausland kann dieser Entwickelung ruhig zusehen. Ein jeder Eingriff von aussen wäre hier von Übel, weil eben die österreichischen Verhältnisse von denjenigen des übrigen Europa grundverschieden sind und daher von einer nicht in alle Einzelheiten eingeweihten Person absolut nicht richtig beurteilt werden können. Diese eigenartigen Verhältnisse haben die Sozialdemokratie in Österreich zur Lösung des Nationalitätenproblems gezwungen; sie drängen hierzu auch die österreichischen Gewerkschaften. Diese werden ihre Grösse eben darin finden, dass ihnen neben ihren speziellen Aufgaben eine Aufgabe erwachsen ist, welche die Gewerkschaften anderer Länder nicht kennen. Sie werden ihren Ruhm darin suchen und finden, dass sie zur Lösung dieser schweren Aufgabe beigetragen haben.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Wirtschaft

Italienische Konvertierung In einer Zeit hohen Zinsfusses und entsprechender Verlegenheiten für alle öffentlichen Anleihen — nicht nur für den deutschen Gemeinde- und Staatskredit, sondern auch für die englischen Konsols, die französische Rente — ist es Italien unter der geschickten Führung Luzzattis geglückt, durch Umwandlung der ursprünglich 5prozentigen, jetzt 4prozentigen Schuld in 3½prozentige Rente, bis zum Jahre 1912 jährlich 20 Mill. l., von da an jährlich 40 Mill. l. zu sparen. Wenn man sich erinnert, wie Italien Ende der achtziger und noch im Anfang der neunziger Jahre förmlich in internationalen Verruf geraten war wegen seiner Finanz- und Kolonialskandale, mit denen die hervorragendsten Politiker, wie Crispi, verbunden waren, wegen seiner unaufhörlichen Krache und Arbeitsunruhen, im sizilischen Süden, wie im industriellen Norden und in der Hauptstadt Rom selber, wie die Staatsfinanzen niemals aus einem bejammernswerten Defizit herauskamen, wie das Goldagio bis auf 16% stieg, dann erscheint die grossartige Operation, die nicht weniger als 8100 Mill. l. betraf, zweifellos als ein Beweis der wesentlichen wirtschaftlichen Hebung Italiens. Ferner beweist der ganze Verlauf der Aktion, welch ein starker Umschwung in der gegenseitigen Stellung der beiden grössten Mittelmeermächte erfolgt ist. Damals entlud sich der französische Groll gegen das *Bismarckwerkzeug* Crispi in der Abstossung und geflissentlich erstrebten Entwertung der italienischen Rente seitens der Pariser Grossfinanz, während deutsches Kapital dem Verbündeten Deutschlands beisprang, und England sowohl die für Frankreich unliebsamen Mittelmeeransprüche Italiens, wie Italiens Dreibundstellung und damit die ganze Dreibundspolitik

stützte. Heute ist die Pariser Börse, vom Wohlwollen Englands begleitet, der eifrige Bundesgenosse Luzzattis, und das deutsche Kapital verhält sich in der Angelegenheit mehr als kühl. Andererseits sind heute diese internationalen Zu- und Abneigungen für die Transaktion selber nicht mehr von so grosser Bedeutung wie vor 10 oder gar vor 20 Jahren, da Italien unterdes auch darin kapitalistisch erstarkt ist, dass es den grössten Teil des ursprünglichen Auslandsbesitzes von italienischer Rente (noch 1893 über die Hälfte der Gesamtschuld) mehr und mehr in die eigene Hand zurückgenommen hat. Vorläufig ist die gross angelegte Konvertierung überraschend gut gelungen. Vielleicht kam ihr, mehr, als bisher, das Bedürfnis des französischen Kapitals entgegen, sich Ersatz für die zweifelhaften Russenanlagen zu suchen. Die entscheidende Zukunftsfrage ist jedoch, ob die italienischen Kapitalisten selber der Landesrente bei dauernd bescheidenem — das heisst im Verhältnis zur vorherrschenden Zinsnorm bescheidenem — Zinsgenuss treu bleiben werden. Jedenfalls haben die letzten Wochen wieder einmal schlagend gezeigt, dass Italien ökonomisch und staatswirtschaftlich nicht mehr so schwach und hilflos ist, wie zur Zeit der Korruptionsprozesse, des halben Staatsbankerottes, der städtischen Hungerrevolten und der agrarischen Aufstände vor kaum zwei Jahrzehnten. Schwere Verbrauchssteuern haben in der Zwischenzeit die Massen zur Herstellung des Finanzgleichgewichts belastet. Ob man, wie unsere italienischen Parteigenossen beantragen, die 20 oder 40 Mill. l. Finanzerleichterung den Massen zufliessen lassen wird?

× ×

Emissionen Auch die Emissionstätigkeit in Deutschland liess, nach den jetzt veröffentlichten statistischen Übersichten, im I. Halbjahr 1906 wenig von Geldknappheit, Marokkokrisis, amerikanischem Erdbeben und russischen Katastrophen spüren; der anhaltende allgemeine Aufschwung setzte über solche Hemmnisse hinweg, wenn er sie auch lieber nicht im Wege gefunden hätte. Nach der *Frankfurter Zeitung* betrug, abgesehen von den eigentlichen Anleihekonversionen und von Aktien und Obligationen, die zum Austausch von Werten eines anderen Unternehmens dienten, die Gesamtziffer der Emissionen in Deutschland im I. Halbjahr 1906 nominell 1870,67 Mill. M., mit einem Kurswerte von 2023,83 Mill. M., gegen 826,91 Mill. M. respektive 902,93 Mill. M. im II. Semester 1905 (und 2110,54 respektive 2203,56 Mill. M. im I. Semester 1905). Die Gesamtziffer verteilt sich auf die einzelnen Kategorieen folgendermassen: deutsche Staatsanleihen 628 Mill. M., Kurswert 627,90 Mill. M. (454 respektive 454,68 Mill. M. I. Semester 1905); ausländische Staatsanleihen 150,68 Mill., Kurswert 145,11 Mill. M. (519,71 respektive 492,34 Mill.); Kommunal- und Provinzialobligationen 282,16 Mill. gegen 314,39 Mill.; Hypothekenobligationen (schätzungsweise) 200 Mill. (348); Bankaktien 183,38 Mill. (106,52); Industrieaktien 231,15 Mill., Kurswert 334,26 Mill. (183,51 respektive 277,14). Die schon vor Jahresfrist ausserordentliche Expansion der Bank- und Industrietätigkeit ist also noch nicht zum Stillstand gekommen.

× ×

Neugründungen Zu einem ähnlichen Ergebnis gelangt man, wenn man, nach dem *Deutschen Ökonomisten* die Eintragungen neuer Aktiengesellschaften in das Zentralhandelsregister zur Grundlage nimmt. Im I. Halbjahr 1906 handelt es sich hierbei um 120 neue Aktiengesellschaften mit einem Kapital von 228,55 Mill. M., gegen 192 Gesellschaften mit 386 Mill. M. im ganzen Jahre 1905, 104 Gesellschaften mit 140,65 Mill. M. in 1904 und 84 Gesellschaften mit 300 Mill. M. Kapital im Jahre 1903. Was die verschiedenen Erwerbszweige angeht, so waren im vergangenen Halbjahr am stärksten an den Neugründungen folgende Gruppen beteiligt: Bergbau-Hütten-Salinen, Metallverarbeitung-Maschinenbau, Banken und Bau- und Terraingesellschaften. Hinsichtlich der Gründungstätigkeit auf dem Gebiete der Terraingesellschaften steht Berlin an erster Stelle. Von den 21 neugegründeten Gesellschaften mit 39,92 Mill. M. sind 9 mit 22,70 Mill. M. Kapital Berliner Terraingesellschaften.

× ×

Schiffahrt Mit grossem Interesse wird man weiter beobachten müssen, wie die weltwirtschaftliche Konjunktur auf die Schiffahrt, die Verkörperung des modernsten Weltverkehrs, zurückwirken wird. Der grosse Rückschlag, den man nach dem Friedensschluss in Ostasien und nach dem Freiwerden so vieler

Transportkräfte für normale Friedenszwecke erwarten sollte, ist gar nicht oder doch erst dann, und zwar in sehr abgeschwächtem Masse, zu bemerken gewesen, nachdem die innerrussischen Wirren und die daran sich knüpfende politische Beunruhigung eine tiefere Wirkung ausübten. Das atlantische Passagiergeschäft hat sogar wieder einmal einen *Boom* durchgemacht. Trotz der umfassenden Indienststellung neuer Schiffe liegen verhältnismässig nur wenige Fahrzeuge brach. Die enorme Expansion des Welthandels scheint auch hier alle bisherigen Vorstellungen von den Grenzen der Aufnahmefähigkeit des Marktes — für Transportleistungen, wie für Waren — zu überholen. Immerhin begrüssen es schon manche Beurteiler und Interessenten mit Freuden, dass die hohen Preise für Schiffsbaumaterialien den Neubestellungen für Schiffe eine gewisse Mässigung auferlegen.

× ×

Kurze Chronik Durch ein Zusammenwirken englischer und deutscher Kapitalisten (unter Beteiligung der Berliner *A. E. G.*) sollen in Südafrika die riesenhaften Viktoriawasserfälle des Zambesi zur grössten elektrischen Überlandzentrale, hauptsächlich für die Minenindustrie Transvaals, ausgenutzt werden. × Mit Ende Juni trat das Kartell der Elbschiffahrtsgesellschaften ausser Kraft. × Die neue deutsche Zoll- und Steuergesetzgebung scheint im Brauereigewerbe die Verschmelzungen wieder in flotteren Gang zu bringen. Beschlossen ist die Vereinigung des C. Habelschen Betriebs, eines der letzten der alten Berliner Privatunternehmen auf diesem Gebiet, mit der Aktiengesellschaft *Königstadt*, unter Erhöhung des Aktienkapitals um 1½ auf 5,7 Mill. M.

MAX SCHIPPEL

Politik

England und Deutschland Keine Woche vergeht jetzt, ohne dass irgend ein Roman über den Zukunftskrieg zwischen England und Deutschland erschiene. Der riesige buchhändlerische Erfolg des *Seesterns* hat die Spekulation der Autoren, wie der Buchhändler mächtig angeregt, und dem *Seestern* folgen in England und auch in Deutschland neue blutige Phantasiegebilde, die freilich an Qualität dem Vorbild stark nachstehen. In der politischen Presse ist dem Buchhandel aus dieser Ausnutzung einer augenblicklich zugkräftigen Idee ein Vorwurf gemacht worden, in den man wohl einstimmen kann, solange man diese literarischen Erzeugnisse nicht gelesen hat. Aber hat man einige davon, wie *Völker Europas . . . .! Der Krieg der Zukunft* /Berlin, Bong/ oder *Mene, mene, tekel upharsin! Englands Überwältigung durch Deutschland* von einem englischen Generalstabsoffizier (!) /Hannover, Sponholtz/ erst gelesen, dann gelangt man rasch zu einer anderen Auffassung: Diese Produkte des Geistes sind so langweilig, dass sie kaum dazu beitragen können, die Stimmung der beiden in Frage kommenden Völker gegen einander zu verschärfen. Beachtenswerter sind vielmehr die Bestrebungen, die Beziehungen zwischen England und Deutschland freundlicher zu gestalten. Eine Frucht dieser Bestrebungen war der Besuch deutscher Journalisten in England. Gewiss ist das gegenseitige Sichkennenlernen und Aussprechen ein gutes Mittel, Vorurteile, die man gegen einander hat, abzulegen. Von diesem Gesichtspunkt aus ist die Reise sicherlich nicht ohne Nutzen gewesen. Eine abfällige Kritik dieser Reise wäre durchaus unangebracht. Aber zu hoch darf man den politischen Wert dieser Englandfahrt auch nicht einschätzen. Denn an der Tatsache, dass wir auf dem Weltmarkt ernstliche Rivalen Englands sind, und dass daraus Reibungen und Konflikte hervorgehen müssen, lässt sich eben durch schöne Worte nichts ändern. Etwas anderes ist es, nach Mitteln und Wegen zu suchen, um für solche Konflikte und Reibungen immer eine Lösung oder einen Ausweg zu finden, der einen kriegerischen Zusammenstoss unmöglich macht. Dies wird aber am besten dadurch erreicht, dass keines der beiden Länder das Risiko eines Krieges auf sich zu nehmen wagt. Denn die entfernte Möglichkeit, zu unterliegen, birgt für jede Regierung der beiden Länder solche Gefahren in sich, dass sie nur dann losschlagen würden, wenn sie mit einer hohen Wahrscheinlichkeit auf einen Erfolg ihrer Waffen rechnen könnten.

× ×

Volksschulgesetz für Preussen In der liberalen Presse ist man mit der Annahme der Regierungsvorlage, betreffend die Unterhaltung der öffentlichen Volksschulen, durch Abgeordneten- und Herrenhaus, recht unzufrieden; man ergeht sich in Betrachtungen, ob die *schwarze* oder die *rote* Gefahr ernster zu nehmen sei. Wenn man aber die Dinge nimmt, wie sie nun einmal liegen, so war

vom preussischen Parlament in seiner jetzigen Zusammensetzung kein anderes Schulgesetz zu erwarten. Mögen doch die Liberalen ernsthafter gegen das preussische Wahlrecht zum Landtag mobil machen! Das wäre viel richtiger, als nach der Annahme eines wenig erfreulichen Gesetzes über die Früchte des reaktionären Parlaments zu jammern. Es ist gewiss zutreffend, dass das preussische Schulunterhaltungsgesetz nicht nur keinen Fortschritt bedeutet, sondern jede Ausgestaltung des Schulwesens nach neuzeitlichen Erfordernissen noch erschwert. Das geschieht durch den IV. Abschnitt des Gesetzes *Konfessionelle Verhältnisse*, der eigentlich in das Gesetz über die Schulunterhaltung gar nicht hineingehört. Hier wird die konfessionelle Schule als Regel erklärt, so dass die Simultanschulen nur noch als Ausnahmen zugelassen und geduldet sind. Nun mag die Simultanschule im Verhältnis zur konfessionellen Volksschule ein Fortschritt sein, aber auch sie entspricht noch nicht der immer mehr Verbreitung gewinnenden Auffassung, dass die religiöse Erziehung nicht Aufgabe der Staatsschule, sondern Aufgabe der Religionsgemeinschaften sein muss. Im Herrenhaus führte ein Kommissionsmitglied ganz richtig aus, dass das Schulunterhaltungsgesetz wie geschaffen sei, die konfessionellen Kämpfe in den Vordergrund zu ziehen und sie wesentlich zu verschärfen. Vielleicht ist eine solche Wirkung des Gesetzes für die weitere Entwickelung der Volksschule durchaus zu wünschen: denn der Gegensatz zwischen Elternhaus und Schule muss bei der gegenwärtigen Regelung des Religionsunterrichtes immer unleidlicher werden, und die Schule wird den kürzeren ziehen. Der Dualismus zwischen den kirchlichen Lehren, die dem Kind in der Konfessionsschule eingeprägt werden sollen, und den freieren Anschauungen der Eltern, die den Kindern doch weit näher stehen, als die Religionslehrer, wird die heranwachsende Generation zu der Überzeugung führen, dass weder die Konfessions-, noch die Simultanschule den modernen Anforderungen entspreche, sondern dass vielmehr der Unterricht in der Religion aus dem Betriebe der staatlichen Schulen auszuschalten sei.

× ×

Dreyfus-Affäre Die *Affäre*, die einst ganz Frankreich in Brand steckte, hat jetzt, nachdem sie Jahre hindurch vergessen schien, erst ihren Abschluss gefunden. Auf Grund von Fälschungen und geheimen Sitzungen war es möglich, einen unschuldigen Offizier nicht nur zu verurteilen, sondern auch die gesamte öffentliche Meinung Frankreichs so gegen den Angeschuldigten und Verurteilten einzunehmen, dass anfänglich nicht der geringste Zweifel an der Schuld Dreyfus' laut werden durfte. Langsam und ganz allmählich wagten einzelne Männer, dem allgemeinen Vorurteil entgegenzutreten, und insgesamt an 12 Jahre hat es gedauert, bis Dreyfus rehabilitiert wurde. Der Kassationshof hat nach gründlicher Untersuchung das letzte Urteil in der Angelegenheit gefällt, er hat die Fälschungen und Gesetzwidrigkeiten der Generalstäbler festgestellt und die Entscheidung von Rennes aufgehoben: das Urteil ist zu Unrecht ergangen und wird ohne Verweisung an ein neues Kriegsgericht annulliert. Die Regierung hat hierauf Dreyfus selber, sowie das andere Opfer der *Affäre*, Picquart, vollständig rehabilitiert. Bis auf wenige nationalistische Blätter haben alle Organe der öffentlichen Meinung Frankreichs ihre Genugtuung über diesen Ausgang der Sache enthusiastisch ausgedrückt — der selben öffentlichen Meinung, die vor 8 Jahren *Conspuez Zola!* rief.

× ×

Kurze Chronik Am 1. Juli traten mit Ausnahme der Fahrkartensteuer die neuen Steuergesetze, sowie die Erhöhung des Ortsportos in Kraft. × In Württemberg ist die Verfassungsreform, die eine reine Volkskammer bringt, glücklich zu Ende geführt worden. × Zwei Reichstagsabgeordnete, der Nationalliberale Dr. Sattler und unser Genosse Grünberg, sind gestorben. × Im Lenzmannschen Reichstagswahlkreis Altena-Iserlohn ist bei der Nachwahl im zweiten Wahlgang überraschenderweise Genosse Haberland gewählt worden: seit den Hauptwahlen von 1903 der erste Wahlkreis, den die Sozialdemokratie neu gewonnen hat; deren verloren hat sie inzwischen drei. RICHARD CALWER

Soziale Kommunalpolitik

Arbeitslosenversicherung Das kaiserliche statistische Amt hat im Auftrage des Reichskanzlers eine Denkschrift über die bestehenden Einrichtungen zur Versicherung gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit im Auslande und im Deutschen Reiche veröffentlicht. Veran-

lasst ist diese Publikation durch eine Resolution des Reichstages, die den Reichskanzler ersuchte, zum Studium der Arbeitslosenversicherung und zwecks Unterbreitung von Vorschlägen für eine Ausgestaltung dieses Versicherungszweiges eine Kommission einzusetzen. Die vorgelegte Arbeit zerfällt in zwei Teile, von denen der eine die bestehenden Einrichtungen und Projekte zur Arbeitslosenversicherung im In- und Auslande darstellt und kritisch würdigt, der zweite eine Übersicht über die gegenwärtige Lage der organisierten Arbeitsvermittelung im Deutschen Reiche gibt. Diese Darstellung der Arbeitsvermittelung ist mit Recht von seiten des statistischen Amtes hinzugefügt worden, da jede Art von Arbeitslosenversicherung durch eine zweckmässig organisierte Arbeitsvermittelung erleichtert und unterstützt wird. Der erste Teil enthält das Tatsachenmaterial nach Ländern geordnet. Innerhalb jedes Landes ist dann der Stoff nach historischen und systematischen Gesichtspunkten geordnet. Das Ausland ist vorangestellt worden, weil, wie die Denkschrift hervorhebt, die deutschen Einrichtungen zum Teil nach ausländischen Vorbildern geschaffen worden sind. Tatsächlich bringt Deutschland ausser der gewerkschaftlichen Arbeitslosenunterstützung nur sehr wenig praktisches Material bei, um so mehr Vorschläge und Projekte, allerdings von Sozialreformern der verschiedensten Art. Ohne ein eigenes Projekt der Arbeitslosenversicherung tut es einmal der zünftige Sozialreformer nicht, so wenig, wie ohne eine Speziallösung der Wohnungsfrage. Das Zahlenmaterial, die Statuten u. s. w. sind in einem Anlagenband vereinigt worden. Dieser Band ist sehr reichhaltig ausgefallen und bietet für jeden, der sich nicht ausschliesslich der Führung der Denkschrift anvertrauen will, die Grundlage zu eigenen eingehenderen Studien.

Es ist natürlich ausgeschlossen, im Rahmen der Rundschau den gesamten Inhalt der Denkschrift zu behandeln. Wir können hier nur diejenigen Teile kurz besprechen, die sich mit der Tätigkeit der Kommunen auf diesen Gebieten beschäftigen. Das ist allerdings ein guter Teil der Denkschrift, da bisher von den öffentlichrechtlichen Körperschaften nur die Kommunen diesem Probleme näher getreten sind. Werden sie doch durch ihre allgemeine Verwaltungstätigkeit auch ohne eigenes Zutun mit ihm in Berührung gebracht. Jede grössere Arbeitslosigkeit spüren sie in dem Anschwellen der Ausgaben für Armenpflege, Krankenpflege u. s. w. In Deutschland allerdings haben die Kommunen es bisher abgelehnt, selbständige Arbeitslosenunterstützungs- oder Versicherungskassen einzurichten. Nur die Stadt Cöln unterstützt seit einigen Jahren eine private Arbeitslosenkasse durch recht bedeutende Beiträge, und die Stadt München hat den Leiter des statistischen Amtes, Dr. Singer, mit der Ausarbeitung eines Gutachtens über die geeigneten Massnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit beauftragt. Über die Prüfung dieses Gutachtens hat sich die Sache bisher in München noch nicht hinausentwickelt. *Sie prüften es gestern, sie prüfen es heut, sie werden es prüfen in Ewigkeit* möchte man über diese Münchener Aktion als Inschrift setzen.

Von dieser Untätigkeit der deutschen Gemeinden hebt sich das Vorgehen der Kommunen in Belgien, Frankreich und der Schweiz sehr vorteilhaft ab. Von den schweizerischen Kommunen hat Bern eine Arbeitslosenkasse eingerichtet, die seit dem 1. April 1893 besteht. Die Berner Einrichtung ist allerdings nur fakultativ. Infolgedessen sind ihr nur solche Teile der Arbeiterschaft beigetreten, die mit ziemlicher Sicherheit darauf rechnen können, arbeitslos zu werden, und leistungsfähig genug sind, um die, allerdings nicht sehr hohen, Beiträge aufzubringen. Die ärmsten Teile der Arbeiterschaft stehen ausserhalb der Versicherung und fallen infolgedessen nach wie vor der Armenpflege oder der privaten Wohltätigkeit zur Last. Die ihr angeschlossenen Arbeiter sind der grossen Mehrzahl nach Erd- und Bauarbeiter. Ihre Beiträge haben bisher auch in den günstigsten Jahren noch nicht einmal die Hälfte der Ausgaben gedeckt. Das Defizit wird in der Hauptsache durch den Gemeindezuschuss ausgeglichen. Trotz der beschränkten Verhältnisse hat sich die Kontrolle nicht als ausreichend erwiesen, da auch die täglichen Appelle nicht verhüten konnten, dass die unterstützten Arbeitslosen Arbeit verrichten. Ebenso ist die Regelung der Annahmepflicht von Arbeit nicht einwandsfrei. Angebotene Arbeit darf ohne genügenden Grund nicht abgelehnt werden. Nach dem Verwaltungsbericht kann die Versicherungskasse nicht für Arbeitslosigkeit im bisher betriebenen Berufe Tagegeld zahlen, sondern nur solche arbeitslose Mitglieder berücksichtigen, denen überhaupt keine einigermassen lohnende Arbeit zu-

gewiesen werden kann. Diese Bestimmungen setzen sich also mit der gewerkschaftlichen Politik der Hochhaltung des Lohnstandards in Widerspruch. Zu eigentlichen Konflikten scheint es aber in Bern nicht gekommen zu sein, da die Arbeiter an der Verwaltung mit einem Drittel der Sitze beteiligt sind. Ausführlich stellt die Denkschrift die Geschichte der Sankt Gallener Arbeitslosenversicherungskasse dar, die leider bereits nach kaum zweijähriger Tätigkeit einging. Auch die Ergebnisse der von Hoffmann angestellten genaueren Bearbeitung des Materials der Sankt Gallener Versicherungskasse finden eingehende Würdigung. Hoffmann kommt bekanntlich zu der Ansicht, dass es sich empfiehlt, bei obligatorischer Versicherung die Versicherungspflicht auf die Berufsklassen zu beschränken, die mit einiger Regelmässigkeit darauf rechnen können, einen Teil des Jahres arbeitslos zu werden. Selbstverständlich wird eine solche beschränkte Arbeitslosenkasse mehr den Charakter einer Spareinrichtung als eines Versicherungsinstitutes tragen. Hoffmann denkt sich übrigens — und auch in diesem Punkte stimmen wir mit ihm überein — eine solche Arbeitslosenkasse als subsidiär für solche Zeiten, in denen keine Notstands- oder besser Winterarbeiten der Gemeinde möglich sind. Über Projekte sind die Städte Basel und Zürich nicht hinausgekommen. Beide finden in der Denkschrift eine sehr eingehende Behandlung, nicht mit Unrecht, da sie sehr wertvolles Material enthalten.

Grössere Bedeutung hat in den letzten Jahren das Vorgehen der belgischen Städte, insbesondere der Stadt Gent, gewonnen. Die Denkschrift begnügt sich daher nicht damit, eine Darstellung dieser Einrichtungen zu geben, sondern druckt, zum Teil sogar im Wortlaute, die Statuten und Reglements der Stadt Gent ab. Ausserdem gibt sie im Abschnitt *Deutschland* die bereits erwähnten Gutachten Dr. Singers über das Genter System und die von ihm entworfenen Statuten für eine Gemeindekasse zur Förderung der Arbeitslosenversicherung wieder und schliesst daran das ausführliche Referat des Magistratsreferenten Dr. Menzinger, der die Singerschen Vorschläge kritisiert. Die Stadt Gent hat sich unter Verwerfung der Organisation selbständiger allgemeiner fakultativer oder obligatorischer Arbeitslosenkassen dazu entschlossen, die Selbstversicherung der Arbeiter, mag sie nun in ihren Fachverbänden oder durch die Rücklage von Spargeldern in öffentlichen Sparkassen erfolgen, durch Zuschüsse möglichst weiter zu entwickeln. Das Charakteristische des Genter Systems besteht, kurz gesagt, darin, dass die Stadt zu den von den Fachverbänden für die Arbeitslosenunterstützung ihrer Mitglieder ausgelegten Geldern Zuschüsse in einem im voraus bestimmten Prozentsatze leistet. Im gleichen Prozentsatze werden solche Zuschüsse einzelnen nicht organisierten Arbeitern gewährt, die ein für die Zeit ihrer Arbeitslosigkeit bestimmtes Guthaben von einer bestimmten Höhe auf der Sparkasse besitzen. Soweit das Genter System sich der Fachverbände bedient hat, war es erfolgreich. Dagegen ist die Unterstützung der Spareinrichtung nur einer sehr geringen Anzahl von Sparern zu gute gekommen. Das Wesentlichere ist auf jeden Fall die Unterstützung der Fachverbände. Sie hatte zur Folge, dass mehrere Fachverbände die Arbeitslosenunterstützung neu eingeführt und andere deren Sätze erhöht haben. Die Absicht, die Selbsthilfe der Arbeiter anzuregen, ist daher sicher erreicht worden. Gerade weil sich dann ferner dieses System zur Durchführung seiner Ziele der Gewerkschaften bedient hat, sind auch die Schwierigkeiten, die sich hinsichtlich der Feststellung der Verschuldung der Arbeitslosigkeit, der Annahmepflicht von Arbeit und der Kontrolle jeder Arbeitslosenversicherung in den Weg stellen, leicht und erfolgreich überwunden worden. Die Verwaltungsberichte über die Tätigkeit des Arbeitslosenfonds geben zu, dass die Kontrollbestimmungen ausgereicht haben, Missbräuche der Kasse nicht zu konstatieren gewesen sind und auch Konflikte mit den Gewerkschaften hinsichtlich der Frage der Verschuldung und der Annahmepflicht von Arbeit nicht vorgekommen sind. Die Verwaltung des Arbeitslosenfonds hat sich, wie es scheint, in diesen Punkten der gewerkschaftlichen Auffassung angeschlossen und ist infolgedessen, wie die Denkschrift hervorhebt, über viele Schwierigkeiten und Misshelligkeiten hinweggekommen.

Gerade diese enge Verbindung des Genter Arbeitslosenfonds mit den Fachverbänden hat aber die Einwände der deutschen Sozialreformer und Kommunalbeamten hervorgerufen. Dass das Genter System einen starken Anreiz zur Organisation bedeutet, gilt ihnen durchaus nicht als ein Vorzug, obwohl auch von jener Seite nicht bestritten werden kann, dass die

Gewerkschaften durch ihre Arbeitslosenunterstützung Aufgaben erfüllen, die auch vom Standpunkte der Allgemeinheit und der Kommunalverwaltung im besonderen wünschenswert und wertvoll sind. Die Einwände und Abänderungsvorschläge, die von dem Münchener Magistratsreferenten zu dem Genter System gemacht werden, sind so charakteristisch, dass sie kurz erwähnt werden sollen. Die Feststellung der Arbeitslosigkeit und der Annahmepflicht von Arbeit, die in Gent den Fachverbänden obliegt, will dieser Herr dem kommunalen Arbeitsnachweise übertragen. Die Zuschüsse sollen ferner überhaupt nicht an die Organisation gezahlt werden, sondern direkt an die arbeitslosen Selbstversicherer durch eine unparteiische Stelle, eventuell das Arbeitsamt, das die Arbeitslosigkeit bezeugt. Ausserdem soll das paritätische Moment in der Verwaltungskommission des Fonds beträchtlich stärker betont werden. Die gemachten Vorschläge laufen also darauf hinaus, die Fachverbände auszuschalten und sie durch das kommunale Arbeitsamt zu ersetzen. Dieses soll über die schwierigen Fragen der Verschuldung der Arbeitslosigkeit, der Annahmepflicht von Arbeit entscheiden und die Kontrolle führen. Alle die Momente also, welche im Genter System den Erfolg verbürgen, werden hier entfernt, um auf alle Fälle zu verhindern, dass die Gewerkschaften mit der Gemeinde arbeiten und vielleicht gar einige Vorteile aus deren Zuschussleistung ziehen.

Trotz aller bureaukratischen Einwände ist das Genter System in der Praxis sehr erfolgreich gewesen und hat sich von Gent aus siegreich eine grosse Zahl belgischer und französischer Städte erobert. Die norwegischen und dänischen Gesetzentwürfe haben wir erst kürzlich hier (im vorigen Bande, pag. 510 ff.) besprochen. Sie sind beide im Anlagenband abgedruckt. Damit ist das Material, soweit es über das Stadium von Projekten hinausgekommen ist, vollständig erschöpft. Auf die zahlreichen Vorschläge, die die Kommunen in mehr oder weniger grossem Umfange zur Durchführung der Arbeitslosenversicherung heranziehen wollen, können wir hier nicht mehr im einzelnen eingehen. Sie sind in der Denkschrift in einem besonderen Kapitel sehr eingehend behandelt worden.

Unsere kurzen Bemerkungen haben hoffentlich einen Begriff von der grossen Fülle des Materials erweckt, das in der Denkschrift des kaiserlichen statistischen Amtes zusammengetragen, geordnet und kritisch besprochen ist. Ob allerdings diese Denkschrift das Material für irgend ein gesetzgeberisches Vorgehen beibringt, oder ob sie nicht viel mehr dazu bestimmt ist, die ganze Frage einzusargen, darüber wird der Leser der Denkschrift sehr leicht ins reine kommen, wenn er bei einem Rückblick auf die gesamte Denkschrift überlegt, mit welcher ungeheuren Sorgfalt alle Einwände gegen die Versuche der Arbeitslosenversicherung oder -unterstützung, soweit sie die Tätigkeit der öffentlichen Körperschaften in Anspruch nehmen, von den Bearbeitern zusammengetragen sind.

Auf den zweiten Teil der Denkschrift, die Organisation der Arbeitsvermittelung, soll die nächste Rundschau eingehen.

× ×

Maulkorbparagraph Die Mehrheit der Magdeburger Stadtverordnetenversammlung rechnet sich zu den liberalen Parteien, aber ihr Liberalismus scheint von einer ganz merkwürdigen Art zu sein. Er kann die sozialdemokratische Opposition nicht vertragen. Seit in der Stadtverordnetenversammlung sozialdemokratische Vertreter sitzen, die sich der Mehrheit durch ihre Kritik häufig recht unangenehm bemerkbar gemacht haben, ist die liberale Mehrheit eifrig bemüht, sie durch Abänderungen der Geschäftsordnung mundtot zu machen. Gelegentlich eines Konfliktes, der über die Bewilligung einer Unterstützung an den *Ostmarkenverein* entstand, beschloss die Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung, dem sozialdemokratischen Redner für die Dauer der Sitzung das Wort zu entziehen. Dieser Beschluss war aber geschäftsordnungswidrig, da in der Geschäftsordnung nur Ordnungsrufe als Disziplinarmittel zugelassen waren, und musste auf Verlangen der Sozialdemokraten wieder aufgehoben werden. Um diese Lücke auszufüllen, wurden von dem Rechtsausschuss der Körperschaft folgende Zusätze zur Geschäftsordnung vorgeschlagen und von der Stadtverordnetenversammlung auch angenommen. »Wer die Ordnung und Ruhe stört, kann bei mehrmals wiederholtem Zuwiderhandeln für bestimmte Zeit oder für die Dauer der Wahlperiode aus der Versammlung ausgeschlossen werden, wenn zwei Dritteile der Anwesenden in diesem Beschlusse übereinstimmen. Zuwiderhandlungen, die länger als drei Monate zu-

rückliegen, bleiben ausser Betracht. Der Beschluss erfolgt ohne vorgängige Verhandlung. Jedes Mitglied kann Vorschläge wegen Verhängung der Ausschliessung, wegen der Dauer der letzteren und wegen Ausführung des Beschlusses machen. Eine Begründung dieser Vorschläge darf nicht stattfinden. Die Versammlung kann auch ohne Verhandlung mit einfacher Stimmenmehrheit die Vorschläge dem Rechtsausschuss zur Vorberatung überweisen. Ebenso genügt einfache Mehrheit für Beschlüsse über die Dauer der Ausschliessung und die Ausführung des Beschlusses.« Die Magdeburger Stadtverordnetenmehrheit hat also die Bestimmungen des § 48 der Städteordnung von 1853 aufgenommen und durch einige weitere Zusätze, wie Ausschluss der Debatte über Ausschlussanträge, Beschränkung der Mehrheit etc., verschönt. Ihr Liberalismus erscheint in einem um so helleren Lichte, wenn man bedenkt, dass die Städteordnung von 1853 aus der Zeit der ärgsten Reaktion stammt, und dass die einige Jahrzehnte später erlassenen Kreis- und Provinzialverordnungen solche Strafvorschriften nicht kennen. Oertel, der Kommentator der Städteordnung, bemerkt zu dem § 48, die Anwendung der Strafvorschriften könne leicht zu Gehässigkeiten führen und den Charakter einer disziplinarischen Massregelung der Minorität durch die Majorität annehmen. Nach ihm bildet die Öffentlichkeit der Beratungen ein genügendes Korrektiv bei Auflehnung einzelner Mitglieder gegen die beschlossene Geschäftsordnung. Zudem könne durch die Geschäftsordnung dem Vorsteher das Recht erteilt werden, Ordnungsrufe zu erlassen und den Redner auf die Sache zu verweisen. Was Oertel als bedenklich bezeichnet, das will die liberale Mehrheit der Magdeburger Stadtverordnetenversammlung gerade erreichen: die disziplinarische Massregelung der Minorität durch die Majorität. Weil ihr die Kritik der sozialdemokratischen Vertreter unbequem und lästig wird, sucht sie ihrer auf die einfachste Weise durch die Unterdrückung der Redefreiheit Herr zu werden. Die Bestimmungen sind in der Tat ein probates Mittel, unbequeme Vertreter mundtot zu machen.

× ×

Kurze Chronik Die Dortmunder Stadtverordnetenversammlung hat die Wertzuwachssteuer endgültig angenommen. × Für den Bau und die Einrichtung einer Säuglingsmilchanstalt bewilligten die Wiesbadener Stadtverordneten 34 492 M. Die Milch soll auch an Bemittelte gegen entsprechend hohen Preis abgegeben werden, um die Anstalt leistungsfähiger zu machen. × Die Stadtgemeinde Hattingen hat beschlossen, sich dem kommunalen Elektrizitätswerk in Bochum anzuschliessen. × Der Heilbronner Gemeinderat hat mit Rücksicht auf die ungünstige Lage des Fleischergewerbes die Verbrauchssteuer auf Fleisch auf die Hälfte herabgesetzt. HUGO LINDEMANN

Sozialistische Bewegung

Reichstagsnachwahlen In den letzten Wochen ist die sozialdemokratische Partei Deutschlands wieder glücklich gewesen. Am 22. Juni war in Hannover die Ersatzwahl für den verstorbenen Genossen Meister vorzunehmen. Hannover-Linden gehört zu den sichersten Domänen der Sozialdemokratie; schon seit dem Jahre 1884 vertrat Meister diesen Kreis im Reichstag; bei der letzten Reichstagswahl 1903 erhielten die Gegner 24 422 Stimmen, unsere Partei dagegen 29 381. Das amtliche Ergebnis der Wahl vom 22. Juni ist das folgende: Abgegeben wurden insgesamt 62 399 Stimmen, davon entfielen auf unsern diesmaligen Kandidaten, Redakteur August Brey, 31 803 Stimmen, er ist also gewählt. Welche Folgerungen aus dem relativ geringen Wachstum der sozialdemokratischen Stimmen zu ziehen sind, soll hier nicht untersucht werden.

Im Wahlkreis Altena-Iserlohn war durch den Tod des bisherigen freisinnigen Abgeordneten Lenzmann eine Nachwahl notwendig. Bei der Stichwahl am 11. Juli siegte Genosse Haberland, der einen grossen Teil der liberalen Stimmen erhielt, über den Zentrumskandidaten. Es soll auf die Lehren dieser Wahl noch eingegangen werden.

× ×

Parteitage und Konferenzen Der Parteitag der Sozialdemokratie Meiningens war von 25 Orten durch 44 Delegierte beschickt. Beschlossen wurde, für beide Meininger Reichstagswahlkreise eine einheitliche Organisation zu schaffen. Der monatliche Beitrag soll mindestens 20 Pf. betragen. Ein erfreulicher Aufschwung der Presse, die ihren Abonnentenstand innerhalb kurzer Zeit von 3900 auf zirka 6000 erhöht hat, wurde konstatiert. Der Bericht der Landtagsfraktion wurde gutgeheissen.

Die pfälzische Sozialdemokratie hielt ihren diesjährigen Gautag in Neustadt a. H. ab. Es wurde die Anstellung eines Gausekretärs beschlossen und das Organisationsstatut in der vom Gauvorstand beantragten Fassung (25 Pf. Beitrag) angenommen. Die Anträge auf Erweiterung des Parteiblattes in Ludwigshafen wurden abgelehnt, nachdem vom Geschäftsführer erklärt worden war, dass eine Vergrösserung des Umfanges auch eine Erhöhung des Abonnementspreises erfordere.

× ×

Frankreich Am 3. und 4. Juni trat in Paris der *Nationalrat* der geeinigten Partei zusammen. Vertreten waren 61 Föderationen durch 67 Delegierte; 10 Föderationen waren nicht vertreten. Ausserdem waren 19 Mitglieder der Verwaltungskommission und 14 Mitglieder der Kammerfraktion anwesend. Der Bericht über die Kammerwahlen führt an, dass die Partei im ganzen 346 Kandidaten aufgestellt hatte. Mangel an Mitteln verhinderte die Aufstellung in sämtlichen 590 Wahlkreisen. Dem Kassenbericht ist zu entnehmen, dass das Defizit des *Socialiste* sich in einen Überschuss umgewandelt hat. Nach den der Zentrale entnommenen Mitgliedskarten betrug die Zahl der organisierten Parteigenossen im letzten Jahre 46000. Es wurde beschlossen, den nächsten Parteitag in der ersten Hälfte des Oktober in Limoges abzuhalten.

Die Kammerfraktion der geeinigten Sozialisten hat sich konstituiert und die Genossen Dejeante, Devèze und Groussier zu ihren Schriftführern, den Genossen Delory zum Kassierer und Archivar ernannt. In den *Nationalrat* der Partei werden entsandt: Allemane, Brousse, Constans, Groussier, Guesde, Jaurès, Pressensé, Rouanet, Sembat, Vaillant, Veber, Willm.

× ×

Russland: Dumafraktion Die in Sibirien und im Kaukasus gewählten Sozialdemokraten haben nun in der *Duma* eine selbständige sozialdemokratische Fraktion gebildet, der sich auch einige frühere Mitglieder der *Duma* angeschlossen haben. Sie besteht nun aus 16 bis 18 Mitgliedern, und man darf darauf rechnen, dass später noch einige Abgeordnete, besonders aus den Reihen der sogenannten *Arbeitsgruppe*, hinzukommen werden. Doch ist schwerlich zu hoffen, dass sie in nächster Zeit einen besonders grossen Zuwachs erfahren, und noch weniger, dass sie bei den Abstimmungen eine ausschlaggebende Rolle spielen wird. Trotzdem wird ihre Bedeutung für die Sozialdemokratie, für das Proletariat und wohl für die gesamte Nation keine unerhebliche sein. Mit ihr bekommt die russische Sozialdemokratie die erste legale Organisation, die als ein Zentral- und Krystallisationspunkt für die organisatorischen Bestrebungen der Arbeiterklasse dienen kann und dienen wird. Durch die Reden im Parlament, die nachher in Hunderten und Aberhunderten von Zeitungen abgedruckt und von allen Kreisen der Bevölkerung gelesen werden, wird die Sozialdemokratie ihre Ideen bis in die entlegensten Schichten des Volkes hineintragen können.

Die Bildung einer selbständigen sozialdemokratischen Fraktion hat eine Kritik nicht nur seitens der rechtsstehenden Parteien, sondern auch von der Linken erfahren. Man empfindet die Absonderung als eine Schwächung der *Arbeitergruppe*, die durch nichts begründet sei. Ausserdem weist man darauf hin, dass durch die Absplitterung die Sozialdemokraten sich zur Unfähigkeit verurteilen, da sie nicht über 30 Stimmen verfügen werden, die notwendig sind, um eigene Anträge einzubringen. Alle diese Argumente sind nicht stichhaltig, da einmal die sozialdemokratischen Anträge, wenn sie auf Sympathie der Nichtsozialdemokraten rechnen können, auch eine Unterstützung durch diese finden werden, und ferner wäre die sozialdemokratische Absplitterung nur dann Schwächung der *Arbeitsgruppe*, wenn die sozialdemokratische Fraktion irgendwelche agressiven Absichten gegen diese Gruppe hegen würde; das ist aber keineswegs der Fall, und man darf mit Bestimmtheit darauf rechnen, dass die sozialdemokratischen Abgeordneten in innigster Eintracht mit ihr arbeiten werden. Ein Verzicht auf Selbständigkeit wäre indes durch nichts gerechtfertigt und hätte nur die Aussichten der sozialdemokratischen Organisation auf eine Weiterentwickelung vermindert.

Die sozialdemokratische Fraktion wird nicht nur für die *äussere*, sondern auch für die *innere* Politik der Partei eine Bedeutung bekommen. Es ist sehr wahrscheinlich, dass sie einen nicht unbedeutenden Einfluss auf die Beilegung des immer tiefer greifenden Konfliktes zwischen den beiden Richtungen innerhalb der Sozialdemokratie ausüben wird. Vielleicht gelingt es ihr, dem Konflikt ein

Ende zu machen; was jetzt besonders notwendig wäre. Die Fraktion hat entsprechende Schritte unternommen, und die Vorverhandlungen haben bereits begonnen. Was sie bringen werden, bleibt abzuwarten.

× ×

Totenliste Seit dem Erscheinen der letzten Rundschau hat der Tod wieder reiche Ernte in den Reihen unserer Parteigenossen gehalten. In Berlin starb Genosse Franz Hoch, der seit vielen Jahren in der Partei tätig gewesen ist. Hoch wirkte besonders im 3. Berliner Wahlkreise, der ihn in die verschiedensten Körperschaften in der Partei entsandte.

In Kattowitz starb an den Folgen eines Herzleidens der noch nicht 59 Jahre alte Genosse Franz Morawski. Morawski war der Sohn eines polnischen Kleinbauern aus der Provinz Posen; er kam 1868 als 22jähriger Tischlergeselle nach Berlin und wurde hier bald ein überaus eifriger Mitarbeiter sowohl in der gewerkschaftlichen, wie in der politischen Bewegung. So sehr alle in der sozialdemokratischen Partei hervorragend tätigen Genossen Verfolgungen aller Art über sich ergehen lassen mussten, mit so grausamer Strenge wie Morawski sind von der deutschen Justiz nur wenige angefasst. In Posen, wohin er von Berlin aus gegangen war, wurde er in den denkwürdigen Geheimbundprozess verwickelt und nach einjähriger Untersuchungshaft zu 1½ Jahren Gefängnis verurteilt. Die Leiden dieser 2½jährigen Gefängniszeit legten den Keim zu der Herzkrankheit, der unser Genosse jetzt zum Opfer gefallen ist. Kaum aus dem Gefängnis heraus, begann Morawski weiter an seiner Lebensaufgabe, das polnische Proletariat für die Sozialdemokratie zu gewinnen, rastlos zu arbeiten. Später siedelte er von Berlin nach Oberschlesien über, um dort als Agitator und als Redakteur des polnischen Parteiblattes *Gazeta Robotnicza* tätig zu sein. Schon nach kurzer Zeit wurde er auf Grund der Denunziation eines Lockspitzels, dem er das verbotene polnische Liederbuch verkauft haben sollte, wegen Verletzung des § 130 zu 2 Jahren Gefängnis verurteilt. Hierzu kamen 4 Monate Gefängnis wegen eines andern Deliktes und monatelange Untersuchungshaft. Als Morawski Anfang 1905 das Gefängnis verliess, war er vom ersten Tage der Freiheit an wieder in den ersten Reihen der Kämpfer zu finden. Bei der Nachwahl im Wahlkreis Kattowitz-Zabrze stürzte er sich als Kandidat mutig in den Wahlkampf. Den Aufregungen der anstrengenden Kampagne, zu denen hässliche, persönliche Verunglimpfungen kamen, war der zerrüttete Körper Morawskis aber nicht mehr gewachsen, die gefährliche Krankheit machte reissende Fortschritte, und am Sonntag den 24. Juni hat der Tod ihn befreit. Mit ihm ist einer unserer Besten dahingegangen, ein schlichter, bescheidener Mann, der für seine Ideale jedes Opfer willig getragen und in seinem nie rastenden Eifer allen seinen Klassengenossen ein Beispiel treuester Pflichterfüllung gegeben hat.

Ein Parteiveteran starb in Mittweida, der Genosse Anton Fischer. Er hat mit an der Wiege der Partei gestanden, und bis ins Greisenalter hat er für die Partei gewirkt, auch in der Zeit des Sozialistengesetzes. Ins Stadtparlament wurde er wiederholt gewählt. In der letzten Zeit trug er sich noch mit dem Gedanken, eine Geschichte der Parteibewegung von Mittweida zu verfassen. Weber von Beruf, war er im Leben reichlich von Not und Sorge verfolgt.

In Hartha ist im Alter von 59 Jahren Genosse Carl Grünberg gestorben. Grünberg war 14 Jahre lang Stadtverordneter in seinem Heimatsort, und seit 1902 vertrat er den 10. sächsischen Wahlkreis im Reichstag. Vor dem Wahlrechtsraub war er auch Mitglied des sächsichen Landtags. In Grünberg, der in Hartha eine Webwarenfabrik besass, verliert die Partei einen braven, opferwilligen Genossen, der auch den bürgerlichen Gegnern Achtung abzwang.

× ×

Presse Die *Bremer Bürgerzeitung* erscheint seit dem 21. Mai als Abendblatt, und mit 1. Juli ist sie wieder in die eigene Regie der bremischen Genossen übergegangen. Am 25. Juni wurde es 30 Jahre, dass in Bremen die erste sozialdemokratische Zeitung gegründet wurde, die *Bremer Freie Zeitung*, am 17. Oktober 1878 fiel sie dem Sozialistengesetz zum Opfer. Der Versuch, ein farbloses Blatt, die *Bremer Morgenzeitung* herauszugeben, scheiterte, es wurde ebenfalls verboten. Im Jahre 1885 gründeten die Bremer Genossen das *Norddeutsche Wochenblatt*, das aber nach den Reichstagswahlen von 1887 gleichfalls dem Schandgesetz zum Opfer fiel. Ebenso erging es der *Bremer Volkszeitung*, die 1888 erschien, bis endlich am 1. Mai 1890 die *Bremer Bürgerzeitung*

gegründet wurde. Jubiläen ihres 25jährigen Bestehens feierten am Ostersonntag das *Hamburger Echo* und der Karlsruher *Volksfreund*. Beide haben, wie alle deutschen Parteiblätter, eine Geschichte von Kämpfen und Verfolgungen hinter sich. Trotz alledem haben sich beide kräftigst entwickelt und werden in eigenen Druckereien hergestellt.
Am 3. Juni feierte der Brünner *Volksfreund* sein 25jähriges Jubiläum. Aus dem unscheinbaren, monatlich 2mal erscheinenden Blättchen ist ein auch von den Gegnern respektiertes Arbeiterblatt geworden, das zurzeit 2mal wöchentlich erscheint und das auf dem besten Wege ist, zu einem Tageblatt zu werden. Seit November vorigen Jahres erscheint in Kapstadt ein sozialdemokratisches Organ für Südafrika. Die Zeitung enthält einen englischen Teil, *The Cape Socialist,* und einen holländischen, *De Koapsche Socialist,* und ist das offizielle Organ der englischen und holländischen Parteigenossen.

× ×

Kurze Chronik Der Wahlverein des 5. Berliner Reichstagswahlkreises feierte das Jubiläum seines 10jährigen Bestehens. Genosse Liepmann entrollte in einem Vortrage Bilder aus der Geschichte des Kreises, die er bis in die siebziger Jahre zurückverfolgte. × Die schwedische Sozialdemokratie hat ein Manifest an das arbeitende Volk veröffentlicht, in welchem die Verfassungsrevision mit Beseitigung der ersten Kammer gefordert wird (vergl. den Artikel Hjalmar Brantings *Die liberale Episode im schwedischen Wahlrechtskampf*, pag. 657 ff.). × Am 1. Juli fand in Gent ein Parteitag der vlämisch sprechenden Sozialisten Belgiens statt. Es wurde unter anderm dort berichtet, dass der Genter *Vooruit* zu einem allgemeinen Organ der vlämischen Sozialisten geworden sei und im Laufe dieses Jahres 1864 neue Leser gewonnen habe.

HUGO POETZSCH

Gewerkschaftsbewegung

Kongresse und Verbandstage Die vom 13. bis 17. Juni in Cöln abgehaltene 15. Generalversammlung des Brauerverbandes lehnte Beitragserhöhung und Ausbau des Unterstützungswesens ab. Der Titel des Verbandsorgans soll künftig *Brauerzeitung,* der des Verbandes *Zentralverband deutscher Brauereiarbeiter und verwandter Berufsgenossen* lauten. In einer Resolution wurde zum Ausdruck gebracht, dass der Verband sich auf alle im Brauereigewerbe beschäftigten Personen, also auch auf die Bierfahrer und Stalleute erstrecke. Die Gehälter der Verbandsbeamten wurden neu geregelt; Vorstandsmitglieder erhalten künftig 2000 bis 2700 M., Gaubeamte 1800 bis 2400 M. jährlich. Den Beamten wurde sofort eine Zulage von 180, 240 respektive 300 M. gewährt.
Der Schuhmacherverband tagte vom 11. bis 16. Juni in Nürnberg. Einschneidende Statutenänderungen wurden nicht vorgenommen. Beschlossen wurde die Anstellung eines zweiten Kassierers und einiger besoldeter Gauvorsteher. In Betrieben, wo drei Viertel der Beschäftigten organisiert sind, müssen diese 4 Wochen vor dem 1. Mai Stellung zur Maifeier nehmen. Wird sie mit Zweidrittelmehrheit beschlossen, so ist dieser Beschluss bindend; bei eventueller Aussperrung oder Massregelung treten die Bestimmungen des Streikreglements in Kraft.
Nach dem *Korrespondenzblatt* fand kürzlich der 6. Verbandstag der Eisenbahner Deutschlands statt; Ort und Zeit der Tagung werden nicht angegeben. Der Beitrag wurde von 25 auf 30 Pf. erhöht, die Massregelungsunterstützung auf 12 M. festgesetzt. Die Vereinigung des *Verbandes der süddeutschen Eisenbahner* mit dem *Verbande der Eisenbahner Deutschlands* soll tunlichst beschleunigt werden. Die von den Transportarbeiterverbänden propagierte Vereinigung aller dem Verkehrswesen dienenden Organisationen, wie Eisenbahner, Seeleute, Hafenarbeiter und Transportarbeiter in einer einzigen Organisation fand günstige Aufnahme.
Schliesslich ist noch der 3. Verbandstag der Tapezierer erwähnenswert, der vom 2. bis zum 4. Juli in Franfurt a. M. tagte. Beschlossen wurde, das jetzt 14tägig erscheinende Verbandsorgan künftig 8tägig erscheinen zu lassen. Die Bestimmungen über die Arbeitslosen-, Kranken- und Reiseunterstützung wurden geringen Änderungen unterzogen. Ebenfalls wurde das Streikreglement modifiziert. Der Sitz des Verbandes wurde nach Berlin verlegt, ein Verbandsvorsitzender wurde neu angestellt.
Der 17. internationale Bergarbeiterkongress tagte vom 5. bis 8. Juli in London. Von den wichtigeren Beschlüssen dieser Tagung erwähnen wir den auf Antrag der Deutschen votierten auf Einführung vom Staate be-

soldeter Arbeiterinspektoren. Ferner wurde gegen die Frauen- und Kinderarbeit in den Gruben, für Erringung eines auskömmlichen tariflich vereinbarten Minimallohnes, für Verstaatlichung der Gruben votiert. Zu dieser Tagung war auch der der internationalen Bergarbeiterföderation nicht angehörende christliche Bergarbeiterverband zugelassen worden.

Die internationale Föderation der Transportarbeiter hielt ihren Kongress vom 25. bis zum 29. Juni in Mailand ab. Er war von den Organisationen der Eisenbahner, Hafenarbeiter und Transportarbeiter der meisten Staaten Europas beschickt. Der Föderation gehören bereits rund 300 000 organisierte Transportarbeiter an. Es wurde Erhöhung des Verbandsbeitrages der Eisenbahner von 3½ auf 4 Pf. beschlossen, für die übrigen Kategorieen bleibt es bei dem bisherigen Beitrag von 6 Pf. Wichtig waren die mehrtägigen Auseinandersetzungen über die Formen des gewerkschaftlichen Kampfes. Es wurde durch Annahme einer Resolution zum Ausdruck gebracht, dass alle Landesverbände vollständige Freiheit haben in der Wahl ihrer Kampfmittel.

× ×

Presse Das Heer der gewerkschaftlichen Kämpfer wächst in Deutschland von Tag zu Tag. Der beste Gradmesser hierfür ist der Aufschwung der Gewerkschaftspresse. Vor 2 Monaten erst haben wir von der riesigen Entwickelung des Metallarbeiterverbandes berichtet, die in den über 300 000 Abonnenten der *Metallarbeiterzeitung* zum Ausdruck kommt, heute kann ein ebenso freudiges Ereignis verzeichnet werden. Der *Grundstein*, das Organ des Maurerverbandes hat eine Auflage von mehr als 200 000 erreicht. Erst 15 Jahre besteht diese Organisation, selten schwere Kämpfe hat sie zu bestehen gehabt, langsam entwickelte sie sich erst nach vorwärts. Noch im Jahre 1894 betrug die Mitgliederzahl erst 10 657. Erst Ende der neunziger Jahre, mit den grösseren wirtschaftlichen Erfolgen machte der Verband grössere Fortschritte, und jetzt hat er innerhalb 3½ Jahren seine Mitgliederzahl um rund 100 000 vermehrt. Diese Erfolge wiegen umso schwerer, als sie erreicht worden sind auf einem Boden, der lange als äusserst unfruchtbar galt. Und immer weiter geht es vorwärts. Das mag allein die Tatsache erhellen, dass der *Bauarbeiter*, das Organ des Bauhilfsarbeiterverbandes, eine Auflage von mehr als 85 000 erreicht hat.

× ×

Christliche Gewerkschaften Die offizielle Übersicht über die christliche Gewerkschaftsbewegung im Jahre 1905 in Nr. 13 des *Zentralblatts* legt Zeugnis ab von den grossen Fortschritten, welche die christlichen Gewerkschaften im letzten Jahre zu verzeichnen hatten. Die dem *Gesamtverband* angeschlossenen Organisationen steigerten ihre Mitgliederzahl von 118 917 auf 191 690, also um 72 773 oder um rund 60%. Eingerechnet in diese Mitgliederzunahme ist allerdings der bayerische Eisenbahnerverband mit 19 000 Mitgliedern, der im Berichtsjahre seinen Anschluss an den *Gesamtverband* vollzog. Aber auch davon abgesehen verbleibt immerhin noch eine Steigerung der Mitgliederziffer um 53 773 oder um rund 45 %. Ein beachtliches Ergebnis christlichen Agitationseifers! Im einzelnen hatten Ende 1905 Mitglieder die Bergarbeiter 66 630 (+ 22 280 gegen Ende 1904), die Textilarbeiter 27 390 (+ 7422), die Bauhandwerker 21 977 (+ 7956), die Metallarbeiter 17 140 (+ 5004), die Holzarbeiter 9086 (+ 2074), die Transportarbeiter 8920 (+ 2298), die Tabakarbeiter 3306 (+ 1075), die Keramarbeiter 3654 (+ 2103), die Heimarbeiterinnen 3108 (+ 164), die Lederarbeiter 2291 (+ 448), die Ziegler 1800 (+ 326), die Schneider 2029 (+ 249), die Maler 1685 (+ 435), die graphischen Berufe 1260 (+ 880), die Bäcker 430 (+ 193), die Fleischer 550 (— 139), die Krankenpfleger 434 (+ 15). Die ausserhalb des *Gesamtverbandes* stehenden Organisationen, zumeist Beamtenvereine, hatten Ende 1905 77 176 Mitglieder, so dass an diesem Zeitpunkt 268 866 Arbeiter und Beamte sich in den christlichen Organisationen vereinigten, gegenüber 217 988 am Ende des Jahres 1904. Weibliche Mitglieder zählten die christlichen Gewerkschaften 4367 (+ 2208). Über eigene Verbandsorgane verfügen jetzt alle christlichen Organisationen, und zwar erschienen solche am Jahresschlusse 24. mit einer Gesamtauflage von 362 000 Exemplaren; wöchentlich erschienen 14 Blätter, 14tägig 9 und monatlich 1.

Auch die finanzielle Entwickelung hat im letzten Jahre grosse Fortschritte gemacht. Die Gesamteinnahme der dem *Gesamtverband* angeschlossenen Organisationen bezifferte sich auf 2 443 132 M. (gegen 894 517 M. in 1904), die Gesamtausgabe

auf 2 150 511 (711 699) M. Die Kassenbestände erfuhren infolgedessen eine Steigerung von 690 374 auf 1 249 408 M. Von den Ausgaben sind bemerkenswert 1 000 320 M. für Streik- und Gemassregeltenunterstützung, 13 571 M. für Reise- und Arbeitslosenunterstützung, 59 933 M. für Sterbegeld, 114 140 M. für sonstige Unterstützungen, 45 457 M. für Rechtsschutz, 161 393 M. für Agitation, 52 423 M. für Gehälter, 91 970 M. für Verwaltungsausgaben und 205 155 M. für die Gewerkschaftspresse.

Die christlichen Gewerkschaften waren im letzten Jahre an 614 Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen mit 106 619 Personen beteiligt.

× ×

Österreich Über die Entwickelung der österreichischen Gewerkschaften im Jahre 1905 liegt nunmehr die genaue statistische Übersicht der *Gewerkschaftskommission* vor. Danach bezifferte sich die Gesamtzahl der Mitglieder Ende 1905 auf 323 099, so dass für genanntes Jahr ein Zuwachs von 133 978 oder 70,85 % zu verzeichnen war. Eine verhältnissmässig starke Zunahme war an weiblichen Mitgliedern zu bemerken; sie betrug insgesamt 15 347 oder 117,56 %. Verlust an Mitgliedern hatten nur 6 kleinere Organisationen. Die Jahreseinnahme der Gewerkschaften belief sich auf 4,6 Mill. K., die Ausgabe auf 3,8 Mill. K. Davon wurden für Unterstützungszwecke 1,7 Mill. K. (45 %) und für andere gewerkschaftliche Zwecke 2,1 Mill. K. (55 %) verausgabt. Die Gewerkschaftsfonds wurden um 800 000 K. vermehrt, so dass ihnen zurzeit Kassenbestände von zirka 5½ Mill. K. zur Verfügung stehen.

Es bestehen in Österreich 40 deutsche Fachblätter, 29 tschechische, 5 polnische und 1 italienisches, mit einer Gesamtauflage von 331 930. In dem Berichte wird mit besonderem Nachdrucke betont, dass der Zentralismus innerhalb der österreichischen Gewerkschaftsbewegung immer mehr die Oberhand gewinne, wie auch, dass die sozialdemokratische Partei sehr viel zur Erstarkung der Gewerkschaften beigetragen habe.

× ×

Ungarn Auch das Sekretariat des *Ungarländischen Gewerkschaftsrates* hat den statistischen Bericht über die Entwickelung der ungarländischen Gewerkschaften im Jahre 1905 veröffentlicht. Danach sind die von uns im vorigen Bande, pag. 335, mitgeteilten vorläufigen Zahlen ein wenig zu berichtigen. Insgesamt hatten die Gewerkschaften dieses Landes im letzten Jahre 71 173 (im Jahre 1904 53 169) Mitglieder; die Zahl der Landesverbände stieg von 17 auf 21, die der Gruppen und Sektionen von 462 auf 761, dagegen verringerten sich die selbständigen Lokalvereine von 27 auf 19. Von den grösseren Gewerkschaften hatten Mitglieder die Bauarbeiter 19 500 (+ 4298), Metallarbeiter 14 027 (+ 4227), Holzarbeiter 9660 (+ 4452), Buchdrucker 6577 (+ 1543), Zimmerer 3052 (+ 2022), und die Schuhmacher 3043. Nur bei den Steinmetzen und den Buchbindern ist ein Rückgang der Mitgliederziffern zu verzeichnen. Die Fluktuation der Mitglieder ist sehr gross, besonders in den Gewerkschaften, wo noch keine Unterstützung eingeführt ist. Die günstige Entwickelung der Organisationen kommt auch in deren Kassenberichten klar zum Ausdruck. Die Gesamteinnahme stieg von 846 820,32 K. im Jahre 1904 auf 1 131 987,33 K. im Jahre 1905, die Gesamtausgabe von 706 520,77 auf 878 367,10 K.; demgemäss stieg das Vermögen der Gewerkschaften von 643 273,23 K. auf 1 000 893,66 K. Von den Ausgaben nennen wir Arbeitslosenunterstützung 165 451,72 K., Reiseunterstützung 39 553,50 K., Fachpresse etc. 69 552,52 K., Verwaltungsspesen 179 110,91 K., Agitation 141 654,59 K., Krankenunterstützung 117 891,07 K. und Witwen- und Waisenunterstützung 82 707,47 K.

× ×

Russland Allmählich kommt auch in Russland die Gewerkschaftsbewegung immer mehr in Fluss, und man kann mit Bestimmtheit darauf rechnen, dass wir in kurzer Zeit dort über nicht unbeträchtliche gewerkschaftliche Organisationen verfügen werden. Das Zentrum der Bewegung ist bis jetzt selbstverständlich Petersburg, wo bisher der Grund für folgende 15 Gewerkschaftsverbände gelegt ist: der Bauarbeiter, Bäcker und Konditoren, Textilarbeiter, Gold- und Silberarbeiter, Kutscher, Arbeiter in Schokoladen- und Konfitürenfabriken, Kontoristen und Buchhalter, Metallarbeiter, Buchdrucker, Schneider, Handlungsgehilfen, Holzarbeiter, Friseure, Schuhmacher und Uhrmacher. Im allgemeinen wird eine grössere Tendenz, sich zu organisieren, nicht bei den Fabrikarbeitern, sondern vielmehr bei den Arbeitern der kleinen Werkstätten beob-

achtet. Das erklärt sich daraus, dass die Fabrikarbeiter, geeinigt durch den Produktionsprozess selbst, in geeigneten Fällen sehr leicht eine temporäre Hilfs- und Aktionsorganisation zu bilden im stande sind, während die Arbeiter der kleineren Werkstätten, die getrennt von einander arbeiten und bei einem Streik nicht so leicht eine Unterstützung finden konnten, öfter Gelegenheit hatten, den Wert einer Organisation schätzen zu lernen.
Mehrere Gewerkschaften verfügen schon über kleine Gewerkschaftsblätter; es besteht auch eine Zentrale, die das Material über die ganze Bewegung sammelt und ein Zentralorgan herausgibt.

×   ×

Action directe Mit der *direkten Aktion* (siehe *Sozialistische Monatshefte*, 1905, II. Bd., pag., 911) ist nunmehr ein praktischer Versuch gemacht worden. Bekanntlich ging der Beschluss des Gewerkschaftskongresses von Bourges, welcher die *direkte Aktion* als neues gewerkschaftliches Kampfmittel proklamierte, dahin, dass vom 1. Mai 1906 ab der Achtstundentag praktisch durchgeführt werden müsse. Diesem Beschluss gemäss sind am 1. Mai denn auch rund 200000 Arbeiter, davon 160000 in Paris, in die *direkte Aktion* zur Erringung des Achtstundentages eingetreten, und zwar waren es vorzugsweise Arbeiter der Mittel- und Kleinbetriebe, die sich an dieser Bewegung beteiligten. Mangels einer guten gewerkschaftlichen Organisation waren die Erfolge naturgemäss nur gering, und wo doch eine Lohnerhöhung oder eine Verkürzung der Arbeitszeit durchgesetzt wurde — von der Durchführung des Achtstundentages war keine Rede mehr —, da dürfte es sich wohl nur mehr um Augenblickserfolge handeln. Denn diese schlecht organisierte Arbeiterschaft ist kaum in der Lage, gewerkschaftliche Errungenschaften auf die Dauer zu behaupten. Den besten Erfolg haben denn auch die gutorganisierten Buchdrucker davongetragen. Jedenfalls hat die *direkte Aktion* glänzend Fiasko gemacht. Die französischen Gewerkschaften werden die beste Lehre aus dieser Bewegung ziehen, wenn sie ihren Generalstreik- und *direkte Aktion*-Phantasieen Valet sagen, wenn sie in mühevoller Organisationsarbeit zunächst einmal starke leistungsfähige und kampftüchtige Organisationen schaffen. Dann erst werden sie in der Lage sein, einen nennenswerten Einfluss auf die Volkswirtschaft auszuüben, dann können sie auch — nicht den Achtstundentag zur Einführung bringen, wohl aber zunächst einmal eine geregelte Arbeitszeit und vielleicht den — Zehnstundentag erringen.

×   ×

Kurze Chronik Der Verband der Kupferschmiede kann auf ein 20jähriges Bestehen zurückblicken. Auf einem vom 26. bis zum 28. Dezember in Leipzig abgehaltenen Kongress der Kupferschmiede wurde der Beschluss auf Gründung einer Zentralorganisation gefasst. Diese trat am 1. Juli 1886 in Tätigkeit. Nach einem Jahre zählte der Verband schon 2308 Mitglieder. Auch diese Organisation hat, vorzugsweise auf den Werften, sehr schwere Kämpfe führen müssen. Zurzeit zählt der Verband 3700 Mitglieder und verfügt über ein Vermögen von rund 50000 M. × Die Buchdruckertarifgemeinschaft vollendete am 1. Juli ein Jahrzehnt ihres Bestehens. Zurzeit sind ihr in 1659 Druckorten 5583 tariftreue Druckereien mit 49497 Gehilfen angeschlossen, das heisst 65,68 % aller Buchdruckereiunternehmungen, die 89,43 % der Gehilfen beschäftigen, gehören der Tarifgemeinschaft an. × Der Hafenarbeiterverband erhebt einen einmaligen Extrabeitrag von 1 M., der Buchdruckereihilfsarbeiterverband einen solchen von 10 Pf. auf die Dauer von 6 Wochen, der Buchbinderverband einen von 20 respektive 10 Pf. pro Woche.

ERNST DEINHARDT

Genossenschaftsbewegung

Genossenschaftstag in Stettin Der vom 18. bis 20. Juni in Stettin abgehaltene 3. ordentliche Genossenschaftstag des *Zentralverbandes deutscher Konsumvereine* war von zirka 450 Delegierten und einer nicht geringen Zahl in- und ausländischer Gäste besucht. Unter diesen befanden sich ein Vertreter der *Generalkommission*, sowie 8 weitere Delegierte von Gewerkschaften, in denen Angestellte der Genossenschaften organisiert sind, ein Vertreter des *Reichsverbandes der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften* und einer der *Landwirtschaftlichen Zentraldarlehnskasse* zu Neuwied. Geleitet und eröffnet wurde der Genossenschaftstag von dem Verbandsdirektor Radestock. Es folgten die Ansprachen der fremden Gäste, unter denen die des Belgiers Serwy, der die politische Genossenschaftsbewegung empfahl, wahrscheinlich nicht ohne Widerspruch geblieben wäre; merkwürdiger-

weise fielen jedoch die betreffenden Ausführungen in der Übersetzung — wie auch in dem stenographischen Protokoll — unter den Tisch. Vorzüglich war die Rede Umbreits, des Vertreters der *Generalkommission,* der rückhaltlos die »Bluts- und Kampfbrüderschaft« der beiden gewaltigen Wirtschaftsorganisationen der Arbeiterschaft anerkannte.

Der Bericht des Verbandsvorstandes war im wesentlichen eine Wiederholung der bereits im vorigen Bande der *Sozialistischen Monatshefte,* pag. 525, veröffentlichten Tatsachen. Aus dem Bericht des Verbandssekretärs Kaufmann, der dem Genossenschaftstag gleichfalls in einem stattlichen Bändchen im Druck vorlag, seien folgende Angaben hervorgehoben: Die Zahl der deutschen Genossenschaften stieg von Ende 1904 bis Ende 1905 von 22131 auf 23221, die Zahl ihrer Mitglieder von 3409871 auf 3658437. Unter Berücksichtigung der Familienmitglieder kann man demnach behaupten, dass heute beinahe der dritte Teil der Bevölkerung Deutschlands genossenschaftlich interessiert ist. Die eingetragenen Konsumgenossenschaften im speziellen vermehrten sich in dem angegebenen Zeitraum von 1833 auf 1922, während ihre Mitgliederzahl von 897092 auf 977715 wuchs. Der gedruckte Verbandsbericht enthält ausserdem auch noch die eingehenden Statistiken der in den anderen Zentralverbänden organisierten deutschen Genossenschaften, sowie eine Übersicht über den Stand der internationalen Genossenschaftsbewegung, stellt also ein wertvolles genossenschaftliches Nachschlagewerk dar. Die Diskussion bewegte sich hauptsächlich um die von einigen Rednern für zu optimistisch erachteten Ausführungen Kaufmanns hinsichtlich der Weiterbildung der Geschäftsbeziehungen zu den landwirtschaftlichen Genossenschaften, wobei auf die verschiedentlich gemachten schlechten Erfahrungen hingewiesen wurde. Mit Recht hob dagegen der Stuttgarter Delegierte Feuerstein die wachsende Ausdehnung und immer erfreulichere Gestaltung der genannten Beziehungen in Württemberg hervor, und auch der Vertreter des *Reichsverbandes,* Landrat von Brockhausen, sprach sich im Sinne eines friedlichen Zusammenarbeitens, das beiden Teilen Vorteil bringen werde, aus.

Der in unserer Rundschau (im vorigen Bande, pag. 439 ff.) bereits gewürdigte Tarifvertrag mit dem Verbande der Handels- und Transportarbeiter fand widerspruchslos Annahme; ebenso wurde auch die Schaffung eines Tarifamtes einstimmig beschlossen. Eine etwas lebhaftere Debatte knüpfte sich an den vom Verbandsvorstand und Sekretariat gestellten Antrag, betreffend die Anstellung von Revisionsverbandsbeamten auf der in der *Konsumgenossenschaftlichen Rundschau* veröffentlichten Grundlage. Die Württemberger sahen in den dort gegebenen Richtlinien, die eine Beitragsleistung des *Zentralverbandes* und der *G. E. G.* vorsehen, eine Antastung der Selbständigkeit der einzelnen Revisionsverbände und wiesen demgegenüber auf die vorzüglichen Erfolge ihres vor 1½ Jahren ganz aus eigener Kraft errichteten württembergischen Sekretariats hin. Ersterer Befürchtung wurde vom Vorstandstische und vom Genossen von Elm entschieden entgegengetreten; die dabei abgegebenen Versicherungen sind jedenfalls beachtenswert. Die letztere Behauptung wurde vom Verbandssekretär durch den Hinweis zu entkräften gesucht, dass in Bayern, Baden, Hessen die Vereinsmitglieder prozentual noch schneller zugenommen haben, als in Württemberg, wobei allerdings die bereits erreichte viel grössere Organisationsdichtigkeit Württembergs ausser acht gelassen wurde. Auch uns scheint es, als ob die Württemberger in dieser Frage etwas zu schwarz sähen, was freilich zu begreifen ist nach der wenig *genossenschaftlichen* Aufnahme, die ihr selbständiges Vorgehen in dieser Richtung und vor allem die Gründung ihres famos geschriebenen *Württembergischen Genossenschaftsblatts* seinerzeit gefunden hat. Die Vorstandsresolution, derzufolge dem nächsten Verbandstag eine entsprechende Vorlage zu machen ist, fand mit allen gegen 10 Stimmen Annahme. Es wurde sodann noch eine energische Protestresolution gegen die ungerechte Besteuerung der Konsumvereine beschlossen und nach einem vortrefflichen Referat des Geschäftsführers Lorenz von der *G. E. G.* ein Antrag angenommen, der den einzelnen Genossenschaften den Anschluss an den *Internationalen Genossenschaftsverband* empfiehlt.

Als Ort des nächsten Verbandstages wurde Düsseldorf bestimmt.

× ×

Grosseinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine Die dem Genossenschaftstag folgende Generalversammlung der *G. E. G.* bot diesmal wenig Bemerkenswertes. Die Zahlen des Geschäftsberichtes haben wir

bereits im vorigen Bande (pag. 524) mitgeteilt. Die Verteilung des Reingewinns wurde entsprechend den Vorschlägen der Verwaltung beschlossen. Wie Geschäftsführer Lorenz weiter mitteilt, musste das für die Seifenfabrik in Aken angekaufte Grundstück wegen der dort entstandenen Schwierigkeiten wieder verkauft werden. Der Bau soll nunmehr in Zerbst stattfinden — vorausgesetzt, dass dort die Sache glückt. Endlich wurde noch die Genehmigung zur Errichtung eines Geschäftshauses in Hamburg erteilt, das 270000 M. Grundstücks- und 450000 M. Baukosten verursachen wird, und in dem zugleich auch die eigene Druckerei, sowie die Bureauräume des *Zentralverbandes* untergebracht werden sollen.

× ×

England: Genossenschaftstag Der alljährliche Monsterkongress der englischen Genossenschaften fand dieses Jahr in der Pfingstwoche in Birmingham in Anwesenheit von zirka 1500 Delegierten statt. Das Ereignis und die grosse Überraschung des Kongresses war die Inauguraladresse des Sekretärs des Genossenschaftsbundes, Gray. Sie entwickelte ein Programm von so kühner, so umwälzender Bedeutung, wie vielleicht im Laufe der ganzen Genossenschaftsbewegung noch keines aufgetaucht ist. Obwohl Gray den Versuch machte, seine Ideen historisch zu begründen, setzte er doch kühn über alles historisch Gewordene hinweg: was er sagt, ist entweder eine geniale Vorkonzeption einer künftigen Entwickelung oder eine geistreiche Phantasmagorie. Gray will nicht mehr und nicht weniger, als das ganze gewaltige föderative Gebäude der englischen Konsumgenossenschaftsbewegung umstürzen, nämlich alle lokalen Einzelgenossenschaften aufheben und an ihrer Stelle eine einzige riesige *Nationalgenossenschaft* setzen, der alle individuellen Mitglieder unmittelbar angehören. Die lokalen Vereine sind nur Glieder dieser nationalen Genossenschaft, ohne selbständige Verwaltung, ohne eigenes Budgetwesen. Die *National Co-operative Society Limited* wird von einem Ausschuss von 150 Köpfen geleitet werden, der aus ebenso viel über das Land verteilten Wahlbezirken hervorgeht. Der Ausschuss seinerseits zerfällt in eine Anzahl Kommissionen für die verschiedenen Zweige der genossenschaftlichen Tätigkeit. Die Verwaltungen der lokalen Zweigvereine sind dem Zentralausschuss unterstellt; sie haben keine eigenmächtige Ausdehnung oder Einschränkung des Geschäftsbetriebes, keine Preisfestsetzungen (!) etc. vorzunehmen. Die Einzelmitglieder haben je einen übertragbaren, aber nicht rückziehbaren Anteil zu erwerben. Es wird eine grosse gemeinschaftliche Bilanz gezogen, und der dabei herausspringende Reingewinn als gleichmässige Dividende auf alle Mitgliedereinkäufe verrechnet. Ausgezahlt wird jedoch nur die Hälfte dieser Dividende; die andere Hälfte wird dem Mitglied als ein gleichfalls nicht rückziehbares aber übertragbares, mit 5% zu verzinsendes Kapital gutgeschrieben, was für die Gesamtbewegung eine jährliche Kapitalakkumulation von 5 Mill. Lstrl. betragen würde.

Ein wenig viel des Neuen auf einmal, wird man sagen. Nach dem Ausspruche Maxwells erregten denn auch die Ausführungen Grays, obwohl sie bei der Autorität des Redners mit Aufmerksamkeit angehört wurden, ein allgemeines Schütteln des Kopfes. Die wirtschaftstechnischen Vorteile einer solchen Zentralisation und Kapitalakkumulation liegen zu sehr auf der Hand, als dass sie, zumal in einem sozialistischen Organ, noch besonders hervorgehoben zu werden brauchten Ihre Nachteile liegen vor allem auf psychologischem Gebiet: das Aufheben der selbständigen lokalen genossenschaftlichen Initiative, und damit das Aufhören von viel Enthusiasmus und Opfermut, der besten Triebfedern der Entwickelung. Gray nimmt zwar für seinen Plan in Anspruch, dass er direkt an die Ideale der ersten vor*rochdaler* Genossenschafter anknüpfe, deren Ziel auch der gemeinschaftliche Besitz von Land und Fabriken war, und die eine Verteilung des Gewinnes ausschlossen, während *Rochdale* darauf eigentlich eine Reaktion zu gunsten des individuellen Egoismus war. Wie dem auch sei, eine solche Rückkehr lässt sich bei den ungeheuren Reibungswiderständen, die zu überwinden sind, nicht *machen*, und die Durchberatung und Abstimmung, die Gray in den einzelnen Genossenschaften und Gewerkschaften wünscht, wird wahrscheinlich ein vollkommen negatives Resultat haben. Dagegen dürfte eine gewisse Beeinflussung der Entwickelung im Sinne eines festen Zusammenschlusses schon möglich sein.

Im übrigen bot der Kongress nicht viel Bemerkenswertes, mit Ausnahme etwa des Beschlusses, die vorjährige Resolution zu gunsten einer direkten parlamen-

tarischen Vertretung wieder aufzuheben, und zwar, weil es zu ihrer Durchführung an dem nötigen Kleingeld fehlt: angesichts der 10 Mill. Lstrl. jährlicher Überschüsse der englischen Genossenschaften ein Beschluss von etwas komischem Beigeschmack. Erwähnt sei noch ein Beschluss auf Errichtung eines *Holyoakehauses*, das zugleich eine Art genossenschaftliche Ruhmeshalle und Lehranstalt sein soll.

Die statistischen Zahlen der englischen Genossenschaftsbewegung werden wir im nächsten Heft bringen.

✕ ✕

Karlsruhe An einem grossen Baume gibt es auch welke Blätter. Connewitz war ein solches Blatt, und nun ist wieder ein neues herabgeweht worden: der Karlsruher Konsumverein. Nicht der alte, 1867 gegründete Lebensmittelverein, sondern eine junge, 1898 aus idealen Motiven erfolgte Neugründung aus Arbeiterkreisen. Leider glaubte man in dem jungen Verein, die zukünftige Entwickelung voweg nehmen zu können. Es fehlte an den richtigen kaufmännischen Elementen; man stürzte sich vorzeitig in den Ankauf eines grösseren Grundstücks, das sich bei dem schwachen Geschäftsgange nicht annähernd rentierte, errichtete eine eigene Bäckerei mit einer viermal zu grossen Leistungsfähigkeit und wirtschaftete auch sonst stets aus dem vollen. Persönliche Differenzen, infolge deren mehrere Hundert Mitglieder dem Verein den Rücken kehrten, brachen aus, und so kam es, dass das Jahr 1905 schliesslich eine Unterbilanz von 19 574 M. aufwies. An einen Revisionsverband oder die *G. E. G.* war der Verein nicht angeschlossen, wohl ein Hauptgrund seines Verfalles. Trotzdem wurde von dieser Seite und einer Anzahl süddeutscher Vereine mit grösseren Beträgen hilfreich eingegriffen. Ohne Erfolg. Die Anmeldung des Konkurses konnte nicht mehr hinausgeschoben werden; die letzte Bilanz schliesst mit 42.672 M. Verlust ab, der von den 1507 Mitgliedern, von denen viele auch Spareinlagen beim Verein gemacht hatten, getragen werden muss. Ein Hilfskomitee, das die am schwersten Betroffenen vor der Pfändung bewahren soll, hat sich bereits gebildet. Ob strafrechtlich zu verfolgende Schuldige verhanden sind, ist noch nicht festgestellt. Hoffentlich wird die badische Bewegung den ihr zugefügten Schlag bald verschmerzen!

✕ ✕

Kurze Chronik In Ludwigshafen hat sich nach hartnäckigem Kampfe eine völlige Reorganisation des dortigen Konsumvereins vollzogen, indem nunmehr die Gesamtverwaltung der *modernen* Richtung angehört. Der Ludwigshafener Konsumverein gibt mit dem Mannheimer zusammen eine originelle *Konsumzeitung* heraus, die jetzt in 6000 Exemplaren erscheint. ✕ Die Bewohner des Genossenschaftshauses der *Produktion* in Hamburg-Barmbeck haben sich zu einer *Vereinigung für genossenschaftliche Hauspflege* zusammengeschlossen, deren Aufgabe die Arrangierung von Vorträgen, geselligen Zusammenkünften, Rat- und Auskunfterteilung, Schlichtung von Differenzen, Förderung gemeinsamer Veranstaltungen, wie Turnen, Gesang Kinderspiel etc. ist. GERTRUD DAVID

KUNST

Bildende Kunst

Berliner Sezession Im Vorwort des Katalogs zu dieser 11. Ausstellung der *Berliner Sezession* heisst es, man habe die einzelne Persönlichkeit zu Wort kommen lassen wollen, auf Kosten des Gesamtbildes. Wir fanden, dass die Säle trotzdem einen guten und frischen Eindruck machten und jedes der vertretenen europäischen Länder mit einigen guten Bildern aufwartete.

Von jüngeren deutschen Künstlern stand wohl der Berliner Maler Louis Corinth im Vordergrund. Wenn wir uns der Produktion dieses Künstlers recht erinnern, so ist diese *Kreuzabnahme* die stärkste Leistung, die wir bisher von ihm sahen. Die Komposition ist vorzüglich, eigen und durchaus kräftig, ohne zu übertreiben. Die einzelnen Gruppen sind originell: die um die Fussnägel des Heilands beschäftigten Zimmerleute in prachtvoller Natürlichkeit dem Leben entnommen; der Frühstückende links — besonders der ihm assistierende Knabe —, ohne im geringsten anekdotisch zu sein, in der Alltäglichkeit seines Tuns erschütternd, und die beiden Frauen rechts im Bilde, die gefühlsdeutliche Ergänzung hierzu. Der die Leiter hinaufeilende Knabe, der nur zur Hälfte noch sichtbar ist, eine wirkungsvolle Erfindung; nur der Alte unter ihm, wenn schon er an die Stelle passt, scheint uns ein wenig konventionell. Und trotz dieser Vorzüge der Gliederung und Charakterisierung hat das Bild einen Grundfehler: Obgleich

keine der Gruppen ablenkt, das einzelne zum Ganzen sich schliesst, ist die Figur des Heilands nicht genug Mittelpunkt; von ihr aus müsste eine stärkere, die stärkste Wirkung ausgehen; und wenn es nicht der Fall ist, so hat es seine Ursache wohl einzig in dem Mangel an Farbe. Durch eine kräftigere und wirkliche Koloristik könnte dem Bilde allein gegeben werden, was ihm fehlt: das Wesen jener erschütternden Tragik, das dem Vorgang eigen sein und zugleich wie ein verklärender Lichtschein von der Figur des Erlösers ausgehen muss. Es bleibt zu bedauern, dass dem Künstler dieses nicht gelungen ist, doch wir beglückwünschen ihn zu dieser reifen Leistung und hoffen, es möge ihm noch manch ähnliche und stärkere gelingen. Den Walter Leistikow sehen wir mit seiner *Liebesinsel* auf neuen Wegen der Natur sich nähern; uns ist dieses Wollen sehr sympathisch. Nach dem allzuleeren Dekorationsstrich seiner letzten Zeit klingt hier ein reicher Ton Empfindung durch, dessen Lyrik sich so köstlich im Schmelz der Farbe geben lässt. Jedenfalls, wenn heute einer reife Landschaftskunst schaffen will, so kann sie nur dieser Art sein. Und Leistikow beweist allein durch den sicheren Instinkt, der ihn nach wechselreichem Streben in diese Richtung trieb, dass er eine Potenz ist, deren wir augenblicklich in Deutschland nicht viele haben. Hier liegt der Versuch vor, Empfindung und gute Malerei zu einen. Das Bild ist gemalt, nicht etwa nur koloriert, wie wir es so häufig bei süddeutschen Landschaften finden; aber ganz frei vermag sich der Künstler in diesem Idiom nicht mehr, oder, noch nicht auszudrücken: der Strich hat etwas Gezwungenes. Die prächtige, im Ton allerdings nicht so komplizierte, Schneelandschaft ist hierin schon reifer. Von jüngeren Landschaftern fiel Brockhusen auf; er ist kalt, aber frisch im Ton. Er sieht eigen; wenn er nur nicht monoton werden und seine kalten, ein wenig rauhen und trockenen Töne zu grösserem Reichtum entwickeln möchte! Kardorff zeigte in der matten Farbigkeit seines Stillebens reizvolle Töne; im zwar charakteristischen Porträt seines Vaters gefiel uns diese Stumpfheit der Farbe weniger. Ulrich Hübners *Finkenwärder Boote* sind eine gewandte Arbeit. Der Künstler fasste in ihr mit vielem Geschick einen belebten Naturausschnitt zusammen; doch es fehlte ihr für unser Empfinden das Zwingende, das Leistikows Landschaft auszeichnete. Es ist dieses Bild doch mehr eine Schularbeit; hinter dem von Leistikow steht ein Mensch. Käthe Kollwitz gab einige ihrer im Ausdruck starken Proletariertypen. Es waren Verni-mon-Blätter, deren kreidiger Strich beinahe an eine Mischung von Lithographie und Radierung denken liess. Das Blatt *Bewaffnung* aus dem Zyklus *Bauernkrieg* schien uns nicht ganz klar in der Komposition. Die Künstlerin hat die Neigung, die Wildheit eines derartigen Massenvorgangs in einer Richtung zu übertreiben und zuzuspitzen, während gerade das Gegenteil, ein Auseinanderhalten der Gruppen, eine Mässigung der Aktion und die Akzentuierung einiger Punkte die Wucht der Masse und die Ansammlung ihrer Energien steigern würde: die Künstlerin gibt den Moment nach der Explosion — obgleich die Zünder noch nicht aneinander geraten sind —, und nicht die Spannung vorher.

Wenn wir sagten, im Vordergrunde des Interesses stehe von jüngeren deutschen Künstlern Corinth mit seiner *Kreuzabnahme*, so sei hier betont, dass dies mehr in jenem Sinne gesagt war, als es sich hier um eine für den Künstler besonders vorteilhafte Leistung handelte; unumstrittener wandten sich die Sympathieen noch den beiden Porträts von Slevogt zu. Und dieses ist ein erfreuliches Zeichen; denn hier handelte es sich um nichts, als gute Malereien, die zu würdigen in Deutschland das Auge des Kunstfreundes noch nicht annähernd genügend geschult ist. In diesen Vorzügen liegt aber zugleich auch die Grenze der Slevogtschen Begabung: was die Bildwirkung betrifft, so lassen seine Porträts entschieden zu wünschen übrig. Das ist ein Zeichen, dass er auch mit der Seele des Darzustellenden — und diese ist beim Porträt doch nicht ganz Nebensache — nicht ins klare gekommen ist, da sie gerade in der räumlichen Umschreibung ihres Umrisses erst mit Bestimmtheit festgelegt werden kann. In der Pose der Slevogtschen Porträts ist zu viel Zufälliges. Die Malerei soll gewiss das Kostbarste am Bilde sein, aber das Streben danach muss völlig verwischt sein; denn erst, wenn alle die übrigen Vorbedingungen, die das Wesen des Kunstwerkes ausmachen, als ein Selbstverständliches erfüllt sind, können wir zu jenem reinen und ungetrübten Genuss des Formalen gelangen, in dessen Reich das mystische Gesetz von Zahl und Mass

herrscht, wie in Musik und Algebra, jene Künste, deren Wesen das Reich des Geistes *a priori* ausmacht. Die reifsten Leistungen dieser Art waren natürlich die Porträts von Max Liebermann. Ich sah sie im Winter schon in der Hamburger *Kunsthalle*, deren Besitztum sie sind, und muss gestehen, dass sie dort einen noch günstigeren Eindruck auf uns machten; es muss wohl an der Beleuchtung und Placierung gelegen haben. Ihr Vorzug war, bei allen Qualitäten der Malerei, ein Erfassen der Individualität des Darzustellenden. Und es ist erstaunlich, wie sehr Liebermann, in seiner straffen Selbstzucht, in diesem Sinne sich als Porträtist entwickelt. Über sein Papstbild, in dem er die vielköpfige, *Evviva!* rufende Volksmenge zu bewältigen versucht, uns auszulassen, verbietet uns leider an dieser Stelle der Raum; es sei für eine geeignetere Gelegenheit aufgespart.

Wir stellten vorhin den Erfolg Corinths und Slevogts in Parallele; es sei hier noch in Bezug auf die Begabung der beiden Künstler gesagt, dass Slevogt der entschieden stärkere Maler ist, der reichere Kolorist, dass Corinth aber entgegen Slevogt und sogar der Generation der Impressionisten im allgemeinen über die heut seltene Fähigkeit der schöpferischen Erfindung verfügt.

Dies wäre das Wesentliche der Berliner Kunst; in Anbetracht dessen, was sonst in Deutschland geleistet wird, respektable Leistungen.

Von jüngeren süddeutschen Künstlern interessierte vor allen der Münchener Hans R. Lichtenberger mit seinen 10 Gouacheblättern in milchigen Tönen. Einen modernen Fragonard möchte man diesen Schilderer der eleganten Welt nennen, deren schlaffe Allüren und Lüste er in jenen zarten Tinten malt, in denen in den Auslagen modischer Bazare die feenhaften Spitzenwolken schillernder Jupons aufblühen, als ein Frühling von Seide in Rosa, Weiss und Heliotrop; bestimmt, einst das Fleisch soignierter Frauen kaum zureichend zu verhüllen. Diese Stimmung ist der Grundton der zehn Blätter Hans R. Lichtenbergers, und sie teilt sich selbst seiner Landschaft mit: man schaut in sie, wie in ein Boudoir mit mattverschleiertem Licht und dem Duft starker Parfüme. Seine Themen: ein nacktes Weib, auf der Schulter den Pelz, bewundert sich im Spiegel; daneben wartet ihr Colly auf dem Eisbärfell; eine Chanteuse, nur bekleidet mit Hut und Muffe, schmettert ihr Lied in ein Parkett verlebter Herrn; oder dieses gleiche Weib als Mutter, ein Baby an der Brust: es wirkt beinahe als Perversität. Und seine Landschaften sind stets illuminiert; sei es der Blick von der Terrasse eines Strandhotels, dessen Gesellschaft vorzüglich in der Bewegung erfasst ist, oder ein Nachthimmel, unter dem über tropischen Frauenhüten Raketen verzischen. In diesen Blättern muss die Beleuchtung als sehr gelungen gelten, während das Gefühl des Künstlers sich auf jenem Blatte zu einiger Grösse erhebt, da ein Weib, auf nächtlichem Balkone, sich im Kusse zu erschöpfen scheint. Das direkte Gegenteil von Lichtenberger ist E. R. Weiss; so kühl wie jener sinnlich. Nach den verschiedensten Versuchen scheint er nun mit der Farbe ins reine gekommen zu sein. Als Impressionist war er anfangs nicht stark, er hatte keinen Ton; nun verwendet er mit Erfolg die harte Lokalfarbe, vom Kontur umrissen: trocken, duftlos, aber sachlich. Orangen, Zitronen, eine blaue Kruke sind es diesmal, oder Gladiolen und Georginen auf weissem Fond, im Grunde als Vorlagen für Mosaiken oder Wandmalereien zu denken, ähnlich den Arbeiten der Neoimpressionisten. War Lichtenberger fein in den Tonqualitäten künstlicher Beleuchtung, so ist Rudolf Nissl es in einem sonnigen *Biergarten*. Es werden in Deutschland nicht viele Bilder gemalt von der Zartheit dessen grau-violetter Töne in mannigfachen Übergängen; es fiel dies besonders auf, so man von Nissls Bilde einen Blick auf die daneben hängenden des soliden, aber nüchternen Philipp Franck schweifen liess. Peter Bayer, der Karlsruher, kann schon etwas, wenn er nur nicht so einseitig in seinen flachsblonden, wurzelgelben und waschblauen Farben wäre. Kurt Tuch aus Dresden, den ein Berliner Publizist im vergangenen Jahr als eine ›junge Hoffnung‹ begrüsste, hat die Krücken Manets abgelegt und steht nun ziemlich hilflos da. Carl Strahtmann gibt in dem Bilde *Gewitter* den besseren Teil seines fragwürdigen Könnens, das er in solchen Stücken an einem altfränkischen Geschmack nicht ungeschickt aufrichtet; der Frauenakt auf dem Bilde *Rosen* zeigt ihn in seiner ganzen Kläglichkeit. Die Malerei des Hugo von Habermann ist uns in ihrem besseren, älteren Teil, der wie im Schatten spanischer Erinnerungen entstanden scheint, zu dünn, zu wesenlos, im Manirismus ihrer zweiten

Hälfte aber unerträglich; der zweifelsohne talentvolle Maler wirkt hier wie sein eigener Karikaturist und etwa nach der Art, wie Busch Genelli geistreich persiflierte. Franz Stuck aber, dieser Bierathener, ist heute sein eigener Kopist. Er war gewiss ein starkes Talent und voll künstlerischer Kultur, doch von Anbeginn ohne Entwickelungsmöglichkeiten. Erstaunlich bleibt nur, wie solche übernommene, zeitlose Kultur diesem bajuwarischen Müllerssohn in Fleisch und Blut überging, als sei sie seine natürlichste Alltagssprache. Das zeigte sich vor allem im Dekorativen, in der Beherrschung des Raumes und der Berechnung der Wirkung der Farbe. In ihr verfiel er denn auch naturgemäss zunächst der Manier, und zum zweiten folgerichtig im Motiv. Diese stahlblauen, leichenfahlen, aasgrün schillernden Pigmente, apostrophiert durch einen jähen Blitz in Englischrot, liessen sich nur an einer verhältnismässig engen Wahl von Vorwürfen entwickeln. Und dieser wurde ihm nicht selten so gleichgültig, dass die Anhänger jenes leicht misszuverstehenden Satzes *Der Inhalt ist nichts, die Form alles* ihre Freude daran haben müssten: wozu aber wähle ich dann das Motiv *Christus,* wenn ich es derart missachte, dass nur der Sarkophag, und dieser nur seiner dekorativen Schriftzeichen wegen mich reizt? Stuck hätte sich schliesslich auch mit einer dreisprachigen Inschrifttafel begnüngen können. In seine nun so oft wiederholte *Amazone* aber mischt sich noch ein Unangenehmes; man denkt: der Geschmack eines Kunstgewerbeschülers, Mitglied des Vereins *Motiv,* habe sie erdacht.

Frankreich, das Land der grossen Impressionisten, sandte diesmal die dekorativen Künstler, und in Vuillard, Bonnard und Gauguin solche, die auf jenen wachsen, in Denis einen vom Stamme des Puvis; in den französisch-belgischen Neoimpressionisten schliesslich die, die durch Steigerung des ursprünglichen Prinzipes beim Dekorativen endeten. Das eigentlich Lebendige der französischen Kunst ward uns somit vorenthalten. Vuillards Gobelinmalereien in Braun und Grau müssen ausgezeichnet genannt werden. Bonnards Panneaus in Grün sind weniger wirkungsvoll; die dekorativen Absichten sind in ihnen nicht klar zum Ausdruck gebracht, die Grenze zwischen Bild und teppichartiger Wanddekoration nicht genug aufgehoben, es sei denn durch die Monotonie der Farbe, die aber in der breiten und doch wechselreichen Fleckenwirkung bei Vuillard den Charakter der Stickerei vollends erreicht. Nur auf dem schmalen Eckpanneau zur Rechten ist uns Bonnards Grau im Kleid der Früchte brechenden Frau reizvoll; liebenswerter ist schon dieses Künstlers freches Pariser Kätzchen im Boot, das er *Badende* nennt: wie echt pariserisch dieser sinnlich-zynische Gesichtsausdruck. Und dann Gauguin. In der Landschaft *Martinique* erzielt er, Vuillard ähnlich — mit dem seine Kunst freilich sonst nichts zu tun hat —, eine delikate Gobelinwirkung in Grün und Braun; der Palmen fächerartiges Gefieder umschattet einen wie im Traum. Die Strichtechnik seiner stumpfen Farbe begünstigt in diesem Bilde den Eindruck der Struktur tropischer Vegetation. Ganz eigen jedoch, ganz er selbst ist der Künstler in dem Bilde, das den seltsamen Titel *Geburt Christi* führt: die schwefelgelbe Bettstatt mit indianischem Ornamentzierat in braun-schwarz-weisser Einlage, der Mulattentypus der Wöchnerin — man glaubt anfangs, einen Jüngling mit Schnurrbart in ihr zu sehen, so wulstig ist ihre Oberlippe —, die linke Hand auf der Brust, die rechte ausgestreckt nach oben, sehen wir eine entbundene Mutter als Mittelpunkt des Bildes; nicht das Kind: die Pose ist vorzüglich, und das Blau des Lendentuches steht zum Braun des Körpers und Schwefelgelb der Bettstatt gut. Im Hintergrund rechts ein Stall mit Kühen, links ein Durchblick in eine Landschaft; eine sitzende und eine stehende Frauenfigur — die eine trägt das Kind — ergänzen hier die Gruppe. Ist der Vorwurf verrückt? Jedenfalls ist er eine Leistung von wahrhafter Monumentalität, der mit dem Titel nichts zu tun hat; wenn man sich aber den Vorgang ins Asiatische übertragen denkt — eine Übertragung, die ja wieder mit unserer Auffassung der Person des Heilandes nichts zu schaffen hat —, so ist er hier wahrhaft aus der Volksseele geschöpft, mit ergreifender Wucht, denkt man an die geschmacklosen Versuche, die in den siebziger und achtziger Jahren der biblischen Legende ethnographisch beizukommen suchten. Maurice Denis' herbstliche *Weinlaube* wirkt wie eine Vorlage für ein Riesenmosaik in Terrakottaplatten; des Schweizers Amiet *Sonnenflecken* in Weiss und Grün sind ein Gegenstück und uns bis zu einem gewissen Grade lieber, weil dem Charakter

einer Wandmalerei näher. Denis' lebensgrosse ziegelrote Frauenleiber befremden ein wenig in ihrer Monotonie, auch ist der Charakter des Wandbildes nicht genug in der Linie ausgedrückt; es wirkt diese Leinwand wie ein vergrössertes Staffeleibild; es ist kein Abschluss rings. Seine Christusbilder sind voll feiner Reize, sowohl in den Farbentönen, als auch im Gefühl; doch kontrastiert zu ihrer Naivetät ein Bedürfnis nach Formgrösse: sie bringt ein Gnomenhaftes, scheinbar Verzeichnetes hinein, so dass sie nicht wuchtig und nicht zart sind, ihre Figuren zwitterhaften Marionetten gleichen.

Über die Neoimpressionisten kann hier nicht näher berichtet werden; ihr, von Seurat erfundenes, Prinzip ist bekannt, seine Wirksamkeit und deren enge Grenzen. Sie bringt es mit sich, dass einige Meister in dieser Art das Flimmern der Sonne auf dem Wasser auszudrücken vermögen, wie kein anderer: freilich nicht ohne der Landschaft ihren klimatischen Charakter durchweg zu nehmen. Denn das Prinzip dieser Kunst geht über die Kunst hinaus, hebt sie auf, betritt das Gebiet des Mechanischen, der Formel, ist eine angewandte Wissenschaft: kurzum, ein internationales Metier, das sich mit einigem Geschick erlernen liesse, etwa wie das Teppichknüpfen; und doch gibt es auch hier Beispiele, wie man es nicht machen soll, das heisst des Unbefähigtseins: wir nennen den Namen des Sachsen Paul Baum.

Belgien war in diesem Jahre bemerkenswerter auf der Ausstellung der *Secession* vertreten, als sonst; wenn auch nicht sehr reichhaltig den Namen nach, so doch mit einem, den man gewissermassen ausgegraben hatte. H. J. E. Evenepoels kurzes Leben währte von 1872 bis 1899. Seine Kunst liesse sich so charakterisieren: ein Impressionist mit dekorativen Absichten; ein Impressionist, der zur Fläche neigt, zum Lokalton, ohne den pastosen Strich aufzugeben: dadurch kommt so ein Getriebenes in seinen Farbenvortrag. Er arbeitet auf solche Weise mit dem Lokalton (Lackrot, Ultramarin, Schweinfurtergrün) und daher ahnt man den Kontur mehr, als er sichtbar wird; die Fläche vibriert im Strich noch über ihn hinaus. Dadurch kommt eines in diesen Vortrag, das von ferne an Segantini gemahnt; nur dass die Farben des Belgiers trüber sind. Emile Claus, der Luminist, war nicht vollgültig vertreten, Léon Frédéric gleichfalls mit nicht sympathischen Stücken. Er liebt ein Rot, das die Haut seiner Kinder glasig spannt, als litten sie an Gesichtsrose; und auch sonst verwendet der Maler sein beträchtliches Können in einer nicht immer liebenswerten Weise: er schaut ein wenig zurück, wie Henri de Lys und de Braekeleer, doch selbständiger, und vor seinen Bildern kommt einem das Wort *Bauernkatholizismus* auf die Lippen.

Holland sandte einen einzigen, Israels — warum sieht man in Berlin nicht einmal eine Kollektivausstellung des exquisiten Thys Maris? —, Spanien den Anglada, die skandinavischen Länder Willumsen und Munch.

In der Plastik war von den Deutschen Ignatius Taschner wohl der Stärkste diesmal, da die Grössten nicht erschienen; er ist scharf in der Charakteristik, wenn auch ein wenig bijouhaft in der Form. Von Ausländern George Minne, dieser hektische Mystiker, dessen sämtliche Plastiken wie Vorstudien zu einer einzigen modernen Sphinx scheinen, und dann Maillol in seiner indischen Formenüppigkeit, in Frauen, die wie im Opiumschlaf hinträumen.

× ×

Kurze Chronik Ein Bildnis Sebastian Brants, des Dichters des *Narrenschiffs*, von der Hand Dürers, ist im Berliner Kupferstichkabinett von Julius Jautsch entdeckt worden; es soll mit dem Bildnis Brants von Tobias Stimmer Ähnlichkeit haben. × In London findet vom 15 Mai bis 15. Juli eine Ausstellung deutscher Kunst statt: mit Werken von Dürer, Altorfer, Cranach, Amberger, Baldung, Schäufelein etc. reicht sie bis 1620, bis zu Elsheimers Tod. × Zum Direktor der Londoner *National-Gallery* wurde Sir Charles Holroyd, bisheriger Direktor der *Tate-Gallery*, ernannt. × Das Berliner Kupferstichkabinett zu Berlin erwarb ein seltenes Aquatintablatt von Goya, von dem nur drei Abzüge existieren.

RUDOLF KLEIN

Dichtkunst

Reuter (Gabriele) ». . . . Und wollen, dass man Tiktak *Tugend* heisse.« Dies Wortspiel Nietzsches ist mir immer eingefallen, wenn ich von den Schicksalen las, die Gabriele Reuter

ihre Menschen erleben lässt. Sie kämpft nämlich gegen solchen Missbrauch und nimmt die Geste der mütterlichen Fürsprecherin an, um Freiheit der Sinne und tieferen metaphysischen Daseinsenergien dem Geschmacke ihres Lesers zu idealisieren. Ihr liegt nicht daran, Tendenzen mit Ach und Krach kundzutun. Dazu ist sie beinahe nicht ungerecht genug. Ein Häuflein Erdenpilger — sie sind nicht einmal als Typen geträumt — geht ins Unglück, weil es an Ungeliebtes verkoppelt wurde, weil es nach zu seliger Erdenharmonie sich sehnte, weil es zu vorsichtig nach keuschester Reinheit suchte, weil es in Geistesarmen zu leidenschaftlich stolzen Gedankenflug erwecken wollte. Wäre Gabriele Reuter eine hitzige Priesterin, sie würde fluchen darüber. Sie ist aber ein sehr zartes Weltkind mit angenehmen, nicht unbedingt vollkommenen Kunstinstinkten. Deshalb erzählt sie nur, etwa wie ein guter Diplomat in geistreicher Gesellschaft. Sie hütet sich vor einem Enthusiasmus, der behutsame Köpfe leicht verstimmt. Sie mischt bloss als weise erdachtes Darstellungsmittel in den ruhigen Ton der Erzählung ab und zu einen Dithyrambus. Andererseits kann ihr nicht vorgeworfen werden, dass ihr Hirn allein berichte, nicht auch ihr Herz. Will man klipp und klar den absoluten Wert der Dichterin, dann steht sie unter den schreibenden Frauen der Gegenwart ziemlich weit nach der grossen Poetin und Sprachmeisterin Ricarda Huch, dann ist sie aber auch höher zu stellen, als die nur predigenden weiblichen Schriftsteller. Ich kann mir denken, dass jemand alle sechs Bände der Gabriele Reuter durchfliegt und gespannt wird bis zur letzten Seite, ohne dass ihm Absonderliches ihrer Weltanschauung auffällt. Denn sie ist eine unterhaltende Erzählerin im besten Sinne, kein erschütterndes Temperament. Erst bei genauem Hinsehen zeigt sich dann, dass sie viel Altes zerstört und Neues aufbaut.

Das Buch *Aus guter Familie* will als Erziehungsroman gelten. Die Alltagsmenschen sündigen so unausstehlich und verabscheuungswürdig, weil ihr Pflegewerk an einer jungen, für jede gute Zukunft erschliessbaren Seele nur Dämpfen, und Verkleinern ist. Mag auch ein tüchtiges Stück des menschlichen Gemütes angeborene Herzensart sein, so kann man doch jedes Innere zur festen und entschlossenen Glücksfähigkeit fördern, wenn man nicht zu bequem wäre oder auch zu feig. Dass ein Mädchen *aus guter Familie*, dem ursprünglich auch nicht das Leiseste an körperlicher und geistiger Begabung abging, in völlige Stumpfheit und Verblödung im blühenden Alter schon versinkt, ist einzig und allein die Schuld von Eltern, die an ihrem Kinde sicher das Beste beabsichtigten, aber, wie die blinden Narren, dessen tiefste und reinste Veranlagung verkannten. Nicht die Kinder müssen erzogen werden, sondern die Eltern. Das ist ein furchtbarer, anklagender Satz, wenn man bedenkt, dass Gabriele Reuter ihn auch da noch als Wahrheit aufrechterhält, wo sie ein Wunder an Mütterlichkeit zeichnen mochte: *Frau Bürgelin und ihre Söhne*. Dieser Roman hat sich ganz um Vorstellungen von Sehnsuchtsbildern gruppiert. Die Mutter baut romantisch am Glücke ihrer Kinder. Sie ist ein adlig Blut mit hochsteigenden Ansprüchen an die Freigebigkeit der lieblichen Natur. Das Exotische, das nie Erfüllbare, das in Rosendunst und Sonnenherrlichkeit Geschmiegte, paradiesisches Empfinden auf der Erde schon ist ihr Verlangen. In solche Ideale verbeisst sie sich, verbittert sich aber auch in ihnen, weil sie eben nur Gespinnste der geschwellten Phantasie sind. Das Tragische in Frau Bürgelin gründet sich in dem Zwiespalt ihrer Pläne, die auf vernünftige Art Mirakel der Erziehung anstreben. Erziehen ist wahrscheinlich der schönste Beruf, aber die sauerste Tätigkeit. Frau Bürgelin will aus dem harten Werk ein Festieren machen, und sie wird ganz und gar enttäuscht. Sie liebt sich zu sehr und kann sich nicht genug des Eigenwillens entäussern. Darum werden die Söhne ihr fremd. Das erkennt sie, als der Tod über ihre Augen fällt, jene Augen, die im Erlöschen noch ihr eigenes Wollen scheel betrachten und mit jubelnder Verklärung die Echtheit und Grösse des verkannten Sohnes erkennen. Das ist die Erbsünde der Eltern. Die Freien, die ihres Geschickes Herr sind und demnach fessellos ihre starke Freude an Schönheit und Glanz erleben durften, kommen bei Gabriele Reuter stets dann zum Scheitern, wenn sie in ihrer Umgebung halluzinatorisch begnadete Wesen dort schauen, wo nur kärgliches Mittelmass wohnt. Ellen von der Weiden hat den Gefährten ihres Lebens auf ein Piedestal gestellt, da er nur in die anständige Bürgerstube gehörte. Lieselotte von Reckling wirft sich einem Manne an

die Brust, der mit heilandischen Utopieen spielt, zum Umstürzen der Weltpein aber zu geringe Hoheit besitzt. Unklugheit den Menschen, der *Fabrikware der Natur*, gegenüber ist fast immer der Makel Gabriele Reuterscher Gestalten. Sie haben die Verkleinerungssucht oder den Vergrösserungswahn. Und wenn ihnen das Leben die richtigen Brillen langsam zuschleift, dann sind ihre Augen meist schon durch und durch verdorben. Dies betrübliche Resultat, nicht mit weinendem Pessimismus hingesagt, nicht mit reformerischen Plänen, ist weiter nichts, als das Denkergebnis einer Frau, die sich durch rostig gewordene Vorurteile einer himmelblauen, schüchternen Eudämonie zum rechten, heissen Weltbegreifen durchgelitten hat. Sie hat ideelle Vorurteile abgestreift, aber noch nicht völlig die ästhetischen. Und die Beobachtung kann der Beurteilung ihres Werkes manchmal gefährlich werden. Wie sich ihre Menschen nach einst schöner Erzählungsmanier plötzlich auf Bergeshöhen, in düsteren Waldschluchten, bei den nur im Roman wahrscheinlichen Verzweiflungsstimmungen begegnen! Da läuft in die glatte, gereifte Diktion geradezu ein koketter Familienblattausdruck. Von *Prinzessinnengesicht* wird geredet, und die Schablone nicht umgangen, die mythologische Vergleiche anwendet, weil ihr der volle Wirklichkeitsausdruck im Moment nicht einfällt. Doch solche Fehler lassen sich ja abgewöhnen, und Gabriele Reuter arbeitet ernst daran. Dann findet sie für moderne Regungen sehr adäquate, beinah den Typus erschöpfende Worte. Ein Satz: . . . nur durch die Brüchigen, die Angekenterten würde die Kultur von jeher weitergeschoben. Splitter ihrer Lieblingsideen. Eine zur jauchzenden Sünde ohnmächtige Frau sagt sich insgeheim: man besingt Messalinen. Und trauert sehr. Die gleiche fühlt sich als blasse, gepresste Blume an Stelle der glühenden und blühenden. Frauen mit unbegrenztem Mut werden so hoch über den Mann gestellt, dass dem Manne zum Weinen wird, als er die grossen Werke solcher Frau anstaunt. Das Weib soll genossen werden mit keuscher, fast asketischer Sinnenbezähmung.

So darf die Meinung über Gabriele Reuter lauten: Eine von den guten Federn, keine von den besten. Das sei festgestellt gegenüber ihren bedingungslosen Anbetern, gegenüber ihren schäbigen Verkleinerern.

Ihre Bücher erschienen sämtlich bei S. Fischer in Berlin.

× ×

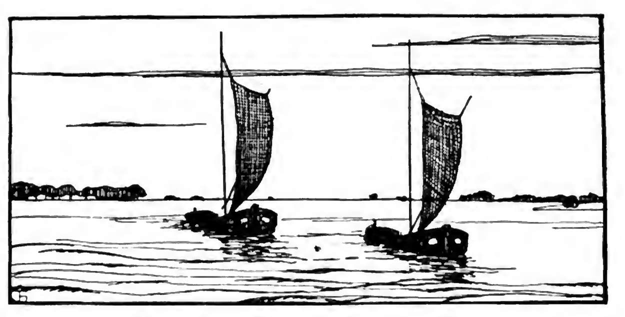
Kurze Chronik Von drei Dramen, die Paul Ernst im *Insel-Verlag* zu Leipzig herausgibt, dem Trauerspiel *Demetrios*, den beiden Lustspielen *Ritter Lanval* und *Eine Nacht in Florenz* ist letztes Werk das tüchtigste. Man merkt aber bei allen drei Dichtungen zu sehr den nachdenklichen Kopf und spürt nicht viel von einer lustigen Dichtkunst. × Kühl, aber mit fleissig gefeilter Sprache erzählt im gleichen Verlag Max Mell fünf Novellen *Die drei Grazien des Traumes*. × *Kinderseelen* heisst ein Geschichtenband des nicht unbegabten Hermann Hölzke /Dresden, Pierson/. × Ebendort erschienen *Memoiren eines Unbekannten* von Victor von Schubert-Soldern, die recht anschauliche Bilder aus dem deutsch-böhmischen Geistesleben entwerfen. In dem Büchlein ist einmal das Äussere Jean Pauls sehr nett beschrieben. × Des Stanislaus Przybyszewski jüngste Novelle *Androgyne* /Berlin, Fontane/ ist eine ganz kalte, ohne innerliche Beteiligung hingeworfene Vision. × Der Finne Adolf Paul brachte eine Komödie *Die Teufelskirche* bei Schuster & Löffler heraus, die abstrakte Bühnenfiguren schuf, aber keine lebensechten Menschen. × In der Geschichte *Das grosse Talent* /Dresden, Minden/ erwies sich die Baronesse Falke wiederum als eine geschmackvolle Erzählerin, der zum Formen ihrer Erzählung nur mehr Ausdauer zu wünschen wäre. × Ihr steht an stilistischer Gewandtheit nicht nach Gräfin L. Uxküll, deren Novellen *Ins Leben zurück* /Berlin, Fontane/ manche Feinheit enthalten. × Wer sich mit der Technik des Kriminalromans vertraut machen will, der möge Stefan von Kotzes Buch *Schwarz in Schwarz* /Berlin, Verlag *Kontinent*/, das ein gut gelungenes Werk dieser Gattung darstellt, in die Hand nehmen. × Zu den tausend Napoléondichtungen hat Rudolf Heubner eine neue gefügt. Seine *Hymnen an Napoléon* /Berlin, Amelang/ sind aber schwach gedachtes Rohmaterial, zu dem sich keine ordentliche Kunstform gesellen wollte.

MAX HOCHDORF

VERANTWORTLICH FÜR DIE REDAKTION HERMANN REHLANDER · VERLAG DER SOZIALISTISCHEN MONATSHEFTE G. M. B. H. · DRUCK VON *GUTENBERG* DRUCKEREI UND VERLAG A. G. · SÄMTLICH IN BERLIN



LJUDMILA ALEXANDROWNA WOLKENSTEIN · NACH EINER PHOTOGRAPHIE



9. HEFT / SEPTEMBER 1906

EDUARD BERNSTEIN · ZUM SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEITAG IN MANNHEIM

REICH bepackt ist die Tagesordnung, die der Parteivorstand für den Parteitag diesmal vorgeschlagen hat. Ausser den Verwaltungs- etc. Berichten sollen noch vier Gegenstände von Wichtigkeit behandelt werden: der politische Massenstreik, der nächste internationale Kongress, die Volkserziehungsfrage und das dreifache Problem *Strafrecht, Strafprozess und Strafvollzug*. Für die beiden letzterwähnten Punkte allein wird man mehrere Sitzungstage freihalten müssen. Ich habe zur Fähigkeit des zum Referenten für das Thema des Strafrechts etc. bestimmten Genossen Haase, das Notwendige vom Beiwerk zu sondern, das grösste Vertrauen, doch möchte ich ihm nicht zumuten, den Gegenstand in, sagen wir, nur zwei Stunden abzuhandeln. Jede Zeitbeschränkung wäre hier ein Unrecht gegenüber dem Referenten nicht nur, sondern auch gegenüber der Partei. Ähnlich liegt die Sache beim Punkt *Sozialdemokratie und Volkserziehung*, für den zwei Referenten, Genosse Schulz und Genossin Zetkin, vorgesehen sind. Kurz, man wird daran denken müssen, von vornherein für die Referate genügende Zeit freizuhalten. Vielleicht, dass man beschliesst, die Debatte über das Referat des Genossen Haase nicht gleich diesmal vorzunehmen, sondern auf den nächstfolgenden Parteitag zu vertagen. Dieser Modus wäre auch aus sachlichen Gründen wünschenswert, weil man Referaten über Gegenstände dieser Art durch eine improvisierte Debatte nicht gerecht wird; sie müssen vorher bekannt sein, soll die Diskussion mehr, als beiläufige Bemerkungen, bringen.

Dass die Frage des politischen Massenstreiks schon wieder behandelt werden soll, nachdem sie erst im vorigen Jahre in Jena ausgiebige Erörterung gefunden hatte und durch die Annahme der Resolution Bebel für die Partei prinzipiell erledigt zu sein schien, könnte Erstaunen erregen, wenn die Vorkommnisse nicht jedem bekannt wären, die dazu Veranlassung gaben. Sie knüpfen an eine Besprechung zwischen Parteivorstand und *Generalkommission* über die praktische Tragweite des Jenaer Beschlusses an, die am 16. Februar dieses Jahres stattfand,

und über die Genosse Silberschmidt im Einverständnis mit dem Parteivorstand einer wenige Tage später zusammengetretenen Konferenz der Vorstände der zentralorganisierten Gewerkschaften Bericht erstattet hat. Das Protokoll über diesen Teil der Konferenz ist erst durch die *Einigkeit* auszugsweise und dann vom Parteivorstand vollinhaltlich bekannt gegeben worden. Das erstere geschah auf Grund eines Vertrauensbruchs, das letztere im Widerspruch mit einem Beschluss der Mehrheit der Gewerkschaftsvorstände, welche selbst nach Bekanntwerden jener Teilstücke von der zum Prinzip erhobenen Regel nicht abweichen wollten, dass die Protokolle ihrer Konferenzen nicht vor die Öffentlichkeit gehören. Die Berechtigung der Regel selbst wird kein vernünftiger Mensch bestreiten. Sie würde freilich damit nicht preisgegeben worden sein, wenn die Gewerkschaftsvorstände in Anbetracht der durch das Vorgehen der *Einigkeit* geschaffenen Sachlage dem Wunsche des Parteivorstandes nach Veröffentlichung jenes Protokollteils Folge gegeben hätten. Indes, die Bestimmung lag bei ihnen, und es ist unter mancherlei Gesichtspunkten zu bedauern, dass der Parteivorstand sich über den unzweideutigen Beschluss einer befreundeten Körperschaft hinweggesetzt hat. Das Protokoll ist sehr interessant, aber zur Erhellung der Streitfrage, an der der Parteivorstand beteiligt war, tragen diejenigen Stücke, die nicht schon von der *Einigkeit* bekanntgegeben waren, absolut nichts bei. Die an sie von einem Teil der Parteipresse geknüpften Artikel sind im Gegenteil nur geeignet, die Debatte auf allerhand Nebenfragen abzulenken.

Was ist auf der Februarbesprechung geschehen?

Nach dem Bericht Silberschmidts hat Bebel dort namens des Parteivorstands in einer längeren Auseinandersetzung darüber, wie sich dieser die praktische Stellungnahme von Parteivorstand und Gewerkschaften zum politischen Massenstreik vorstelle, als Einleitung dem Sinne nach gesagt:

»Der Parteivorstand hat nicht die Absicht, den politischen Massenstreik zu propagieren, sondern wird, soweit es ihm möglich ist, einen solchen zu verhindern suchen.«

Nach der Erklärung des Parteivorstands hat Bebel dagegen auf Grund einer vorher aufgesetzten Punktierung unter 1 ausgeführt:

»Der Parteivorstand hat nicht die Absicht gegenwärtig den politischen Massenstreik zu propagieren; sollte derselbe aber propagiert werden müssen, so wird sich der Parteivorstand mit der *Generalkommission* zuvor ins Benehmen setzen.«

So gegenübergestellt, scheinen die zwei Lesarten von einander abzuweichen. Indes wird im Bericht Silberschmidts über den Sinn der Bebelschen Darlegungen schon unter 2 ausgeführt, dass, wenn dennoch ein solcher Streik ausbrechen sollte, er von der Partei geführt werden müsse, die Gewerkschaften sich dagegen offiziell nicht an ihm zu betätigen hätten, und unter 5 heisst es, dass nach Bebel die Kosten für die Folgen eines solchen Streiks zu tragen, »Aufgabe der Partei sein« müsse. Das besagt klar und deutlich, dass die Partei gegebenenfalls die ganze Verantwortung für einen solchen Streik auf sich nehmen würde. Eine generelle Absage an die Massenstreikidee für alle Zeit kann auch aus der Silberschmidtschen Darstellung nicht gefolgert werden. Die ganze Differenz der Lesarten dreht sich vielmehr um die Frage, ob Propagierung des politischen Massenstreiks oder nicht. Wenn also ein Widerspruch überhaupt gefunden werden soll, so bestimmt er sich nach der Deutung, die der Begriff *propagieren* erfährt, und so hat sich denn auch darüber in Parteiblättern ein artiger Philologenstreit abgespielt. Heisst den politischen

Massenstreik propagieren die Köpfe auf die Möglichkeit vorbereiten, dass einmal ein solcher Streik notwendig werden mag, oder heisst es auf einen in absehbarer Zeit bestimmt zu unternehmenden Massenstreik hinarbeiten? Die Erklärung des Parteivorstandes, dass er gegenwärtig den Massenstreik nicht zu propagieren gedenke, bezog sich jedenfalls auf ein Propagieren im letzteren, sagen wir: konkreten Sinne. Ob sie auch auf ein solches im ersteren, generellen Sinne ging, ist die Streitfrage, und je nachdem man sie entscheidet, kann man in dem Bebelschen Satz eine Bestätigung oder eine Preisgabe des Jenaer Beschlusses erblicken.

Damit kommen wir zur Frage nach dem Sinn der Jenaer Resolution selbst. Auch sie ist dem Schicksal sehr auseinandergehender Interpretation verfallen. Schon die ersten Monate nach Jena brachten mit dem Pronunciamento der Genossen von Elm, Frohme, Lesche gegen das von *Revolutionsromantikern* mit dem Jenaer Beschluss getriebene Spiel und den darauf erfolgten Antworten die Gegensätzlichkeit der Auffasungen zu Tage. Genosse von Elm, der in Jena in eindrucksvollster Weise für die Bebelsche Resolution gesprochen hat, war es wiederum, der auf der Konferenz der Gewerkschaftsvorstände erklärte, er könne zwischen Bebels Ausführungen in Jena und dessen Erklärungen in der Besprechung mit der *Generalkommission* einen Widerspruch nicht entdecken. Die Folgerichtigkeit seiner Auffassung wird niemand bestreiten können. Hat er aber die Jenaer Resolution Bebels auch richtig aufgefasst? Entscheidend hierfür sind folgende Sätze aus dem Schlusswort Bebels in Jena:

»Es handelt sich . . . heute nicht darum, die Partei schon heute auf den Massenstreik in einem gegebenen Fall festzulegen. Das würde ich für den grössten Fehler halten, den wir machen könnten. Nein, wir haben ihn nur für den gegebenen Fall mit in Erwägung zu ziehen . . . . Wir ändern mit diesem Beschluss durchaus nicht unsere Taktik, sondern nehmen nur ein neues Kampfesmittel zu den Waffen, die wir heute zur Verfügung haben, auf, um im gegebenen Falle die Frage zu entscheiden: wollen wir, können wir, und wie können wir es anwenden?«

Im Zusammenhang mit diesen Sätzen und den weiteren Ausführungen Bebels ist die Jenaer Resolution ebensosehr eine Absage an diejenige Richtung in der Sozialdemokratie, die heute das Predigen des politischen Massenstreiks als eine der obersten Parteipflichten hinzustellen sucht — von der anarchistischen Generalstreikpropaganda gar nicht zu reden —, wie eine Abweisung derjenigen Auffassung, die den politischen Massenstreik schlechthin für indiskutabel erklärt. Die zitierten Sätze geben durchaus von Elm recht. Der Parteivorstand brauchte meines Erachtens nur sie abzudrucken, um den Vorwurf, er habe den Beschluss von Jena schnöde verraten, kurz und bündig zu widerlegen.

Wenn er sich darauf nicht beschränkt, sondern nun die ganze Frage noch einmal vor den Kongress der Partei bringt, so vielleicht aus dem Grunde, weil ihm die Jenaer Resolution nicht gegen jede Missdeutung bestimmt genug gefasst erscheint, und er einen Zusatz wünscht, der diesem Mangel abhilft. Ich persönlich würde das nur mit Freuden begrüssen, denn aus dem Gefühl eines solchen Bedürfnisses heraus habe ich seinerzeit die Thesen ausgearbeitet, die ich meiner Broschüre über den Massenstreik angefügt habe. Es ist aber auch möglich, dass die Erfahrungen des abgelaufenen Jahres dem Parteivorstand so wichtig für die Beurteilung der Aussichten eines politischen Massenstreiks in Deutschland erscheinen, dass er darum schon eine nochmalige Erörterung

für angezeigt hält; denn was wir in Jahr und Tag an Russland zu beobachten Gelegenheit hatten, ist durchaus geeignet, die Ansichten über die Wahl dieses Kampfesmittels auf ein vernünftiges Mass zurückzuführen. Mit Redensarten, wie, man solle sich am Vorbild der russischen Arbeiter ein Beispiel nehmen, oder jetzt sei die Zeit gekommen, wo sich das Wort des Meisters erfüllen und die Evolution in die Revolution umschlagen werde, wird der Manheimer Parteitag wohl verschont werden. Die russischen Streiks haben gezeigt, wie schnell solche Bewegungen sich dem Rat oder Gebot der berufenen Führer entziehen, wie sie sich schliesslich weder auf Anordnung hin mit genügender Kraft einstellen, noch auf Abmahnung hin vertagen lassen wollen.[1]) Wenn man hiergegen auf die ganz andere Organisation und Disziplin der deutschen Arbeiter verweist, so lässt sich dieser Einwand gewiss hören. Aber dann soll man nicht im selben Atemzuge sein mögliches tun, durch ewiges Hetzen wider die schlechten Gewerkschaftsführer die Disziplin in den deutschen Gewerkschaften zu nichte zu machen. Der Versuch, den Gewerkschaftsvorständen mit den Mitgliedern zu drohen, ist auch vom reinen Parteistandpunkte aus grundverkehrt. Dadurch trägt man gerade erst die Keime der Zersplitterung in die Arbeiterbewegung hinein, die man angeblich völlig vereinheitlichen will. Bei dem heute in Deutschland erreichten Höhegrad der Bewegung, wo sich Gewerkschaft und Partei immer wieder auf einander angewiesen sehen, ist die Gefahr des Auseinanderlaufens der beiden Hauptorgane der Arbeiterbewegung ausgeschlossen, so oft auch in Einzelfragen die Meinungen differieren mögen. Hier drängen die Verhältnisse selber zur Einheit in der Gesamtrichtung.

Darum erübrigt sich auch meines Erachtens der Vorschlag, diese Einheit dadurch sicher zu stellen, dass man Mitglieder der *Generalkommission* im Parteivorstand und Mitglieder des Parteivorstands in der *Generalkommission* hospitieren lässt. Unter ganz bestimmten Verhältnissen, auf früheren Stufen der Bewegung, mag solche Verbindung angezeigt sein; dass man auch ohne sie auskommen kann, zeigt gerade das Beispiel Deutschlands. Die Anregung, die Genosse von Elm in den *Sozialistischen Monatsheften* zum vorigen Parteitag gab: einen gewerkschaftlichen parlamentarischen Beirat zum Zweck der »Einheit von Partei und Gewerkschaft in der sozialpolitischen Aktion« zu bilden, ist durchaus beachtenswert, weil es sich in der Sozialpolitik um Spezialien handelt, in denen der Gewerkschaftsfachmann oft kompetenter ist, als der Parteiabgeordnete. Aber in allgemeinen Fragen der Arbeiterbewegung bedarf es kaum einer formellen Delegation. Mir scheint es vollkommen ausreichend, wenn Parteivorstand und *Generalkommission* im Bedarfsfalle zu gemeinsamer Besprechung zusammenkommen; das ist einfacher und weniger mit Reibungsgefahren verbunden, als ein offizielles Gesandtschaftsverhältnis. Man beweist

[1]) Russland hat noch mehr gezeigt. Es hat sich auch dort wieder erwiesen, wie verderblich die überlieferte marxistische Phraseologie wirkt, wo sie Denkschablone wird. Sonst sehr orthodoxe Marxisten, wie Plechanow, *Parvus* etc., die dies sahen, mussten es erleben, dass sie von Mitmarxisten als *Bernsteinianer* gekennzeichnet wurden. Man unterscheidet bei uns nicht genug zwischen den wirklichen Wissenschaftselementen des Marxismus, die heute übrigens meist auch in die Wissenschaft übergegangen sind, und den mancherlei anfechtbaren Anwendungen, die sie ursprünglich auch bei Marx selbst noch gefunden haben. So berufen sich die literarischen Pächter des Marxismus im Gewerkschaftsstreit darauf, dass sie ja immer die Notwendigkeit der Gewerkschaften verfochten hätten. Aber das können auch die Anarchisten und von der anderen Seite Liberale, Klerikale etc. tun. Nicht, d a s s , sondern, w i e man eine Sache will, ob man den Gewerkschaften das Recht ihrer eigenen Entwickelung zuerkennt oder sie nach bestimmten Schablonen modeln will und schulmeistert, darauf kommt es an.

wenig Vertrauen in die bestimmende oder regulierende Kraft der Klasseninteressen, wenn man in formalen Einrichtungen das Schutzmittel gegen mögliche Entgleisungen einzelner Führer oder Gruppen sucht. Mein Glaube ist in dieser Hinsicht aus stärkerem Material. Allerdings bin ich mit Bernard Shaw bekanntermassen »kein Marxist«.

Den Lesern dieser Zeitschrift wird der im *Berliner Tageblatt* veröffentlichte übermütige Brief Bernard Shaws über die deutsche Sozialdemokratie bekannt sein. Ich weiss nicht, ob Shaw geglaubt hat, durch diesen Brief irgendwie auf die Partei in Deutschland einzuwirken. Hat er eine solche Absicht gehabt, so hat er den denkar ungeschicktesten Weg gewählt, sie auszuführen. Schon dass das *Berliner Tageblatt* dem Brief die Note *vernichtende Kritik* mit auf den Weg gab, wird ihm das bewiesen haben. Allerdings hat auch der *Vorwärts* sich arg verhauen, indem er Shaw einen »Überbrettldramatiker« nannte — Shaw, den unermüdlichen Vorkämpfer Ibsens in England, Shaw, den unerbittlichen Gesellschaftskritiker, der in den *Helden* die militärische Pose, in den *Häusern des Witwers* den Bodenwucher, in *Frau Warrens Gewerbe* unsere ganze gesellschaftliche Moral mit schärfstem Sarkasmus blossgestellt hat —, und indem er von »grössenwahnsinnigem Literatensozialismus« sprach, fünf Wochen, nachdem an leitender Stelle eben dieses *Vorwärts* ein Erzeugnis eben dieses *Literatensozialismus* mit grosser Anerkennung besprochen worden war.[2]) Solche Ausfälle, solche Art, den Widerpart persönlich herabzusetzen, überlässt man besser in die Enge gejagten literarischen Dilettanten. Shaw fehlte zunächst darin, dass er eine Sprache führt, die in Deutschland einfach nicht verstanden wird. Dann aber trifft ihn der Vorwurf, den er mit Recht schon deutschen Sozialisten gemacht hat, über Angelegenheiten eines anderen Landes abgeurteilt zu haben, ohne die Verhältnisse dieses Landes genügend zu kennen. Was in einem Lande möglich ist, wo man gleichzeitig ein höheres Staatsamt bekleiden und als revolutionärer Sozialist öffentlich agitieren kann, ist in einem Lande, wo der Sozialdemokrat nicht einmal Turnunterricht geben darf, einfach undiskutierbar. Selbstverständlich ist der erstere Zustand der vorgeschrittenere, und es wäre sehr schön, wenn wir in Deutschland noch vor dem *grossen Kladderadatsch* dahin kämen. Aber — so weit sind wir nicht, und darum wird eine Argumentation, die solche Verhältnisse voraussetzt, hier platt zu Boden fallen.

In einem Punkt gibt Shaw indes in seiner Weise einem Empfinden Ausdruck, das man so ziemlich bei allen Sozialisten des Auslandes antrifft: nämlich, dass zwischen der numerischen Stärke der deutschen Sozialdemokratie und ihrer Einwirkung auf die deutsche Politik ein beispielloses Missverhältnis besteht. Darüber denkt Shaws grösster Antipode im sozialistischen England kaum anders, als er, und in Frankreich, Italien, den nordischen Ländern, bei den slawischen Sozialisten, überall kann man ähnliches hören. Dass da viel Übertreibung mit unterläuft, dass der Einfluss der Sozialdemokratie in Deutschland faktisch ein

[2]) Ich meine die von der *Fabian Society* herausgegebene Streitschrift *Socialism and labour policy*, besprochen im *Vorwärts* vom 20. Juni dieses Jahres. Schon der eine Satz: »Diese [Steuer-] Vorschläge sind konfiskatorischer Natur, eben deshalb empfehlen wir sie der Arbeiterpartei« verrät die Mitarbeiterschaft Shaws. Ich behalte mir vor, in einem der nächsten Hefte dieser Zeitschrift auf die Tendenzen und Leistungen der englischen *Fabianer* genauer einzugehen. Inzwischen sei denjenigen, die sich bass wunderten, wie ich *diesen Shaw* einem hohen sozialistischen Adel und bürgerlichen Publikum als *geistvollen Sozialisten* habe vorstellen können, die Lektüre der Polemik empfohlen, die Shaw soeben in der Londoner *Tribune* mit dem Schriftsteller Geo. R. Sims uber den *Schmerzensschrei der Mittelklassen* führte.

wesentlich grösserer ist, als es nach aussen hin erscheint, braucht hier nicht erst bemerkt zu werden. Bei alledem wird aber auch kein deutscher Sozialist jenes sehr grosse und auch sehr verhängnisvolle Missverhältnis leugnen. Hier liegt ein Problem für die Partei, das die Entwickelung ihr von Tag zu Tag näher rückt, bis es einmal d a s Problem der Partei sein wird. In welcher Beziehung die Frage des politischen Massenstreiks zu ihm steht, ist klar.

Zwischen zwei Methoden hat die Partei zu wählen. Sie kann, ohne sich darum provozieren zu lassen, mit dem Vorbehalt ihre Agitations- und Organisationsarbeit fortsetzen, gegebenenfalls es auf die Gewalt in irgend einer Form ankommen zu lassen. Denn darüber dürfen wir uns nicht täuschen: Der Massenstreik ist in dem Umfange, den er in Deutschland haben muss, um Eindruck zu machen, ohne Erscheinen der Streikenden auf der Strasse nicht denkbar. Oder aber sie lässt jeden Gedanken an Gewalt fallen und proklamiert, komme, was da wolle, das Festhalten an der friedlichen Agitation und Organisation. Auch das ist möglich, ohne dass die Partei darum einen Deut von ihren Grundsätzen und Forderungen preisgibt. Sie sagt dann bloss, dass die Arbeiterklasse, sofern sie sich nur wirtschaftlich und politisch organisiert und auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens nach Massgabe ihrer Möglichkeiten betätigt, schliesslich doch siegen muss, weil sie den Gang der wirtschaftlichen Entwickelung auf ihrer Seite hat, weil bei Ausnutzung aller durch die wirtschaftliche Entwickelung gebotenen Möglichkeiten ihre soziale Macht eines Tages eine so gewaltige sein wird, dass ihr die politische Macht auch ohne Gewaltanwendung zufallen muss. Dass bei solcher Methode Bedeutendes geleistet werden kann, dafür haben wir den Beweis vor Augen. Denn f a k t i s c h war sie bisher die Methode der deutschen Sozialdemokratie, wenn ihr auch die Phraseologie der Partei nicht immer entsprach. Und wenn wir die obige Voraussetzung verbürgt hätten, dann wäre sie auch die bessere Methode. Wenn man sagt, der deutsche Arbeiter ist kein Revolutionär, so spricht man damit noch keinen Tadel über ihn aus. Revolution in dem Sinne, den das Wort hierbei hat, ist, wie der Krieg, schliesslich nur ein barbarisches Auskunftsmittel, Konflikte zum Austrag zu bringen, die man anders nicht lösen kann oder nicht lösen zu können glaubt. Alles, was den Kurs des Menschenlebens herabdrückt, steht aber im Widerspruch mit der Kultur, für die einer der sichersten Massstäbe die Wertung der Persönlichkeit ist. Nicht Revolutionär sein heisst noch nicht Duckmäuser sein. Niemand wird dem deutschen Arbeiter heute Duckmäusertum vorwerfen. Wir brauchen nur die kürzlich erschienene Statistik der deutschen Gewerkschaften über das Jahr 1905 durchzulesen, um Achtung zu bekommen vor der Organisationsfähigkeit und Widerstandskraft, die in der deutschen Arbeiterschaft zu finden sind. Ohne ihr zu schmeicheln, darf man sagen, dass die deutsche Arbeiterschaft gerade in den Tugenden stark ist, die die höhere Zivilisation kennzeichnen, und die zugleich die Tugenden des Sozialismus sind.

Und im gehobenen Bewusstsein dieses Umstandes kann auch der Mannheimer Parteitag, unbeirrt durch die kritiklose Vergötterung einer bestimmten Methode oder gar bestimmter Ausdrücke, die nahezu Fetischcharakter anzunehmen drohen, seine Entscheidung über die Frage des politischen Massenstreiks und die Haltung der Partei überhaupt treffen.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

LEO ARONS · ERGEBNISSE UND AUSSICHTEN DER PREUSSISCHEN WAHLRECHTSBEWEGUNG

I

ALS die Sozialdemokratie im Jahre 1903 zum erstenmal in geschlossenen Reihen an den preussischen Landtagswahlen teilnahm, war für sie die Erkenntnis ausschlaggebend, dass nur das Eintreten in die Wahl eine tiefgehende Agitation gegen das preussische Wahlrecht ermöglichen werde. Gleichzeitig aber war man sich klar, dass durch die Beteiligung selbst die Unhaltbarkeit des Systems, das auf die Wahlenthaltung der Massen zugeschnitten war, auch dem blödesten Auge offenbar werden würde. Mit Notwendigkeit musste hieraus eine gesetzgeberische Aktion folgen und so einmal eine grosse Diskussion über das Wahlrecht im Landtag herbeigeführt werden; endlich konnte jede Abänderung des bisherigen Systems, so bescheiden sie auch sein mochte, immer nur die Stellung der Sozialdemokratie verbessern. Alle diese Erwartungen haben sich erfüllt, wenngleich die preussische Regierung sich auf das Mindestmass des unumgänglich Notwendigen beschränkt und auf diese Weise den Weg für die sofortige Weiterarbeit offen gehalten hat.

Von freisinniger Seite wurde freilich die unbequeme Tatsache, dass die Sozialdemokratie endlich den Stein ins Rollen brachte, bestritten. Herr Fischbeck nannte das Auftreten der Sozialdemokratie bei den Landtagswahlen von 1903 einen »Unfug« und meinte:

›Wenn der Versuch gemacht wird, in der Art, wie die Herren es damals getan haben, gegen dieses Wahlrecht aufzutreten und es zu verhöhnen, dann glaube ich — auch grade vom Standpunkt desjenigen, der das Wahlrecht bekämpft —, dass das die allerverkehrteste Art ist.‹

Demgegenüber stellen die Motive zum Gesetzentwurf fest:

›Die Wahlen zum Hause der Abgeordneten haben im Jahre 1903 in mehreren Landtagswahlbezirken nur mit grossen Schwierigkeiten vorschriftsmässig durchgeführt werden können . . . Ohne eine Änderung der gesetzlichen Vorschriften kann nach den im Jahre 1903 gemachten Beobachtungen das gesetzmässige Zustandekommen der Wahlen für die Zukunft nicht überall mehr als gesichert angesehen werden. Die Staatsregierung hat daher die Teilung einiger der grössten Landtagswahlbezirke . . . und die Einführung erleichternder Vorschriften für das Wahlverfahren in Aussicht nehmen müssen.‹

Angesichts dieser Feststellung fällt der gehässige Vorwurf seitens des impotenten *Freisinns* in nichts zusammen.

Der Gesetzentwurf, »gegeben Helgoland 15. März 1906 an Bord S. M. S. *Kaiser Wilhelm II.*«, ging dem Abgeordnetenhaus am 18. März zu; nach der ersten Beratung am 23. März wanderte er in die Kommission, die nur eine unbedeutende Änderung vornahm, während alle weitergehenden Anträge abgelehnt wurden. Nach erneuter Diskussion wurde er am 2. und 3. April in zweiter und dritter Lesung in der Kommissionsfassung angenommen; die Schlussabstimmung, die bei Änderungen der Verfassung mit dreiwöchentlicher Frist stattfinden muss, wurde nach energischen Reden seitens beider freisinnigen Parteien am 3. Mai vorgenommen. Noch am gleichen Tage ging der Entwurf an das Herrenhaus, dessen Kommissionsbericht bereits vom 8. Mai datiert ist. Die Verhandlungen im Herrenhaus führten am 25. Mai zur Annahme; die ver-

fassungsmässige Schlussabstimmung erledigte das Herrenhaus ohne Diskussion am 16. Juni, und am 28. Juni 1906 wurde das Gesetz, oder vielmehr die beiden Gesetze, 1. betreffend Vermehrung der Mitglieder des Abgeordnetenhauses und Änderung der Landtagswahlbezirke und Wahlorte, 2. betreffend Abänderung der Vorschriften über das Verfahren bei den Wahlen zum Hause der Abgeordneten zum Gesetze vom 30. Mai 1849, publiziert.

Die Vorlage wurde während der Verhandlungen mehrfach als ein *Notgesetz* bezeichnet; mit erfreulicher Deutlichkeit trat die Erkenntnis bei allen Parteien in die Erscheinung, dass grundlegende Änderungen des Wahlrechts in Preussen nötig seien; nur Herr Dr. Irmer, ein konservatives *enfant terrible*, meinte:

»Wir wünschen, dass jetzt einmal in Wahlfragen eine Zeitlang eine Beruhigung eintritt, und deshalb haben wir den Wunsch, dass diese Forderung wegen Neueinteilung der Wahlbezirke abgelehnt wird.«

Ein wie verständnisvoller Beurteiler Herr Irmer, dieser Don Quixote des preussischen Dreiklassensystems, in Wahlrechtsfragen ist, bewies er durch eine Äusserung gegenüber einem anderen nationalliberalen Vorschlag (erhöhtes Wahlrecht bei höherer Steuerleistung, höherer Bildung, höherem Alter; erweitertes Wahlrecht für die dritte Abteilung; Beseitigung der indirekten Wahl, Vertretung der Minderheiten):

»Das ist aber die Folge aller dieser gekünstelten Wahlsysteme . . . ., dass man nicht im stande ist, diese Dinge in angemessener, kurzer und gemeinverständlicher Weise zu formulieren; und ich glaube doch, unser Wahlrecht soll so gestaltet sein, dass der schlichte Mann in der Lage ist, seine einzelnen Bestimmungen zu verstehen.«

Dürfte man Herrn Irmer hier ernst nehmen, so müsste man alsbald einen Antrag von ihm auf Beseitigung des verzwickten preussischen Systems erwarten, dessen einzelne Bestimmungen nur von recht wenigen Eingeweihten völlig verstanden werden können. Die freikonservativen Redner räumten die Notwendigkeit einer gründlichen Wahlrechtsänderung ein, aber gerade diese Notwendigkeit veranlasst sie zur Zurückhaltung! Freiherr von Zedlitz erklärte:

»Wir müssen unser preussisches Wahlrecht aufrecht erhalten, damit wir es dereinst in die Wagschale werfen können, um dem Reich ein vernünftiges Wahlrecht zu geben.«

Und Herr Gamp äusserte sich gegenüber dem oben erwähnten Antrag der Nationalliberalen, wie folgt:

»Was die nationalliberale Resolution anlangt, so vertreten ja meine politischen Freunde das jetzige Wahlrecht nicht in allen Punkten und wollen nicht unbedingt festhalten an dem Dreiklassenwahlrecht; wir wollen aber eine Verbindung der Reform mit der des Reichstagswahlrechts . . ., so möchte ich bitten, diesen Antrag zunächst im Reichstag einzubringen.«

Dass diese Schacherpolitik — oder soll man sie nicht vielmehr im Hinblick auf die Ausbeutung der Notlage Preussens eine Wucherpolitik nennen? — bei den Konservativen im Herrenhaus eine begeisterte Aufnahme fand, liegt auf der Hand. Der Berichterstatter, Graf York von Wartensleben, führte dort aus:

»So komme ich zu dem Schluss, dass ich es für gänzlich unberechtigt halten würde, ehe den Übelständen, die das viel schlechtere Wahlsystem im Reiche mit sich bringt, nicht abzuhelfen ist, eine Abhilfe derjenigen Übelstände, die das Dreiklassenwahlsystem betreffen, in Angriff zu nehmen. [*Bravo!*] Man muss, wenn man eine politische Aktion in dieser Richtung einleiten will, . . . die eine Reform als Vehikel für die andere gebrauchen.«

Was schiert es die konservativen Herren, dass die politisch entwickelteren Teile Deutschlands bereits freiheitlichere Systeme für die Wahl der Landesvertretungen eingeführt haben, wenn sie ihrem Hass gegen das Reichstagswahl-

recht freien Lauf lassen können! Hier glauben sie die Handhabe zur Erfüllung ihrer Wünsche zu finden. Aber gerade dieser Umstand zeigt wieder einmal mit erfreulicher Klarheit, dass die stärkste Burg der Reaktion in Deutschland der preussische Landtag ist, dass der Kampf der preussischen Genossen im Dienste der gemeinschaftlichen Sache im Reiche geführt wird. Und auch diejenigen, die heut noch die Landtagswahlfrage an sich für weniger bedeutungsvoll halten, werden nach dem Grundsatz *Die beste Deckung ist der Hieb* den Kampf um das preussische Wahlrecht als das beste Mittel zum Schutz des Reichstagswahlrechts anerkennen müssen.

Den härtesten Schlag während der Diskussionen im Landtag hat übrigens das preussische Wahlsystem im Herrenhaus erhalten. Der Professor Löning hatte das Wahlrecht ein unwahres und ungerechtes genannt. Gegenüber den Angriffen von konservativer Seite hielt er diese Ausdrücke aufrecht:

»Ich halte dieses Wahlrecht für ein unwahres, weil es ein allgemeines ist, aber durch die Konstruktion des Wahlrechtes 85 % der Wähler tatsächlich das Wahlrecht entzieht . . . Ich habe das Wahlrecht ein ungerechtes genannt, weil das Wahlrecht verteilt werden soll nach dem Masse der Leistungen der einzelnen für den Staat, und dieser Massstab ist in ungerechter Weise nicht festgehalten, weil 85 % der Staatsbürger, die dem Staat mit der Waffe Dienste leisten, die im Kriege für den Staat ihr Leben lassen müssen, die einen grossen Teil der Staatslasten aufbringen, durch das Wahlrecht um den Wert ihrer Stimme gebracht sind. Ich glaube, es damit rechtfertigen zu können, wenn ich dieses Wahlrecht ein ungerechtes und unwahres genannt habe.«

Der Schlag scheint uns deshalb tödlich, weil hier das preussische Wahlrecht aus sich heraus verurteilt wird, zum Tode verurteilt von einem Mann, dem es als ernste Gefahr gilt, wenn das Reichstagswahlrecht auf Preussen übertragen würde. Gerade aus Furcht vor der Möglichkeit, dass eines Tages durch einen plötzlichen Umschwung das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht in Preussen erzwungen werden könne, verlangt er eine schleunige, gründliche Besserung des jetzigen Systems: »Benutzen Sie die Zeit, ehe es zu spät ist!«

Von dem gleichen Gesichtspunkt gingen die Nationalliberalen im Abgeordnetenhause aus. Auch ihr Redner, Dr. Krause, erklärte sich gegen Einführung des Reichstagswahlrechts in Preussen:

»Wegen der grossen Verdienste, die dem Reichstag bisher gutzuschreiben sind, denken auch wir nicht daran, dieses Wahlrecht zu beseitigen. Andererseits ist es aber eine glückliche Fügung, möchte ich sagen, dass wir in einem Bundesstaat leben, der in den Einzelstaaten ein anderes Wahlrecht ermöglicht.«

Aber eine rasche wesentliche Änderung des in Preussen bestehenden Wahlrechts sei nötig; man müsse vorbauen wegen der Möglichkeit, dass »das preussische Wahlrecht durch eine grosse Volksströmung, nicht bloss durch die sozialdemokratische, sondern eine weitergehende, hinweggefegt werden könne«. Deshalb stellten die Nationalliberalen den oben kurz skizzierten, echt nationalliberalen Antrag . . . . . .

»Die Frage der öffentlichen oder geheimen Stimmabgabe will ich offen lassen . . , meine politischen Freunde sind nicht einig hierüber [!].«

Nur von den beiden freisinnigen Parteien wurde der Antrag auf Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts in Preussen gestellt. Ihre Redner, Fischbeck, Broemel, Oeser, Traeger, Goldschmidt und Wiemer, die zum Teil wiederholt sprachen, gingen mit dem grössten Feuer vor. So legte Dr. Wiemer noch kurz vor der Schlussabstimmung Verwahrung ein

»gegen eine gesetzgeberische Aktion, die nur Schmeichelei oder Heuchelei als *Wahlreform* in Preussen bezeichnen kann«:

»Was not tut, ist eine grosszügige Reform sowohl des Wahlrechts, wie der Wahlkreiseinteilung in Preussen ... Das Dreiklassenwahlsystem ist ein Überbleibsel reaktionärer Gesetzgebungskünstelei aus längst verklungener Zeit ... es gibt ein Zerrbild von den vorhandenen politischen Strömungen ... es ist ein versteinertes Unrecht gegenüber der fortschreitenden wirtschaftlichen und technischen sozialen Entwickelung des Staatsganzen ... [Der Gedanke, der dem vorliegenden Gesetzentwurf zu Grunde liegt,] ist nicht der Reformgedanke eines Staatsmannes, sondern er geht hervor aus dem machiavellistischen Bestreben, den Fortbestand eines vermorschten Wahlsystems dadurch zu sichern, dass ihm einige neue Stützen eingefügt werden.«

Und drohend schloss der freisinnige Redner mit den Worten Macauleys:

»Die grosse Ursache der Revolutionen ist die, dass die Verfassungen still stehen, während die Völker fortschreiten!«

Einen allzutiefen Eindruck dürfte diese schöne Rede ebensowenig hinterlassen haben, wie die kräftigen Ausführungen der anderen freisinnigen Redner. Schon der Freiherr von Zedlitz hatte die Lacher auf seiner Seite, als er den Freisinnigen anbot, das allgemeine, gleiche und geheime Stimmrecht für die Kommunalwahlen einzuführen, wenn auch nur »auf Probe, auf 10 Jahre«:

»Wenn Sie nach 10 Jahren noch darauf bestehen, dann würden wir uns überreden lassen, noch weiter in dieser Beziehung zu gehen. Solange Sie aber nach dieser Richtung hin nicht mit Anträgen und Wünschen an uns herantreten, so werden Sie uns es nicht übel nehmen, wenn wir Ihre Vorliebe für das allgemeine gleiche Wahlrecht für Preussen für platonisch halten, als eine von denjenigen Forderungen, die man aufstellt, weil man sicher ist, dass sie niemals in Erfüllung geht.«

Viel härter, als dieser Spott, auf den sich vom bürgerlich-kapitalistischen Standpunkt aus manches entgegnen liesse, traf die Freisinnigen eine Erinnerung, die der Zentrumsabgeordnete Porsch auffrischte. Das Zentrum hatte sich bei der ersten Lesung mit einer klaren Erklärung aus dem Munde Dr. Porsch' begnügt:

»Eine Reform des Wahlrechts ... bringen die vorliegenden Gesetzentwürfe zu unserm Bedauern nicht. Wir verlangen diese Reform nach wie vor.«

Die Initiative gebühre der Regierung; für die Richtung, in der die Wünsche des Zentrums liegen, berief sich Porsch auf den Grafen Hompesch, der am 7. Februar dieses Jahres im Reichstag namens seiner Fraktion erklärt hatte, dass, was das Reich auf dem Gebiete des Wahlrechts durch seine Verfassung seinen Bürgern gewährt habe, auf die Dauer auch in den Einzelstaaten den Bürgern in entsprechender Weise gewährt werden müsse. Gegen diese zurückhaltende Stellung des Zentrums wandten sich die Freisinnigen mit Vorwürfen. Dr. Porsch erwiderte darauf, dass er und seine Freunde, wie in der Kommission, so im Plenum für den freisinnigen Antrag auf Einführung des Reichstagswahlrechts in Preussen stimmen würden, wenngleich sie einen Erfolg nicht erwarteten. Dann aber erinnerte er die Freisinnigen an die Vorgänge im Jahre 1873. Es verlohnt sich der Mühe, dieser Erinnerung nachzugehen und sie zu vervollständigen.

Im Jahre 1873 war das Verhältnis zwischen der Staatsregierung und den preussischen Konservativen ein äusserst gespanntes geworden. Am 1. Oktober 1873 erklärte die offiziöse *Provinzialkorrespondenz*, »die Regierung erachte sich und die Beamten bei den im Laufe des Monats erfolgenden Landtagswahlen verpflichtet, jedem Eingriff in die freieste Wahlbewegung fernzubleiben«. Eine

derartige — eigentlich selbstverständliche — Zurückhaltung der Regierung bedeutet in Preussen das Zusammenbrechen der Konservativen, und so brachten denn die Urwahlen am 28. Oktober und die Abgeordnetenwahlen am 4. November 1873 eine schwere Niederlage dieser Partei. In grossen Zügen ergab sich folgende Zusammensetzung des Abgeordnetenhauses. Die Linke umfasste neben kleineren Gruppen 174 Nationalliberale und 68 Fortschrittler; sie hatte bei weitem die absolute Majorität, damals noch 217. Die Rechte bestand neben 35 Freikonservativen aus 20 Neukonservativen und 6 Altkonservativen; ihr konnte man noch 4 zu Abgeordneten gewählte Minister zurechnen, im ganzen 65 Mann, eine hoffnungslose Minorität. Das Zentrum hatte 88 Abgeordnete gestellt und verfügte mit 18 Polen über 106 Stimmen. Diese Lage benutzte der damalige Zentrumsführer Windthorst zu einem Vorstoss gegen das elendeste aller Wahlsysteme. Noch im November 1873 brachte er einen Antrag ein, unter Aufhebung der Artikel 70, 71, 72 und 115 der Verfassungsurkunde wörtlich den Artikel 20 Absatz 1 der Reichverfassung in die preussische Verfassungsurkunde zu übernehmen (dieser lautet bekanntlich: »Der Reichstag geht aus allgemeinen und direkten Wahlen mit geheimer Abstimmung hervor«). Gleichzeitig hatte Windthorst einige Paragraphen über das Wahlalter, die Militär- und Ortsangehörigkeit u. s. w. aufgestellt und an die Staatsregierung das Ersuchen gerichtet, auf Grund dieser Bestimmungen nunmehr schleunigst dem Landtag einen Entwurf des in der Verfassung verheissenen Wahlgesetzes vorzulegen. Und das Schicksal dieses Antrages in dem Hause mit der gewaltigen liberalen Majorität? Er erhielt nicht einmal ein anständiges Begräbnis in einer Kommission; man beseitigte und verscharrte ihn in fast unerhörter Weise, indem man die zweite Lesung auf 6 Monate vertagte, das heisst auf den Sankt Nimmerleinstag! Selbstverständlich verlangte das Zentrum für dieses Vorgehen namentliche Abstimmung. 271 Abgeordnete stimmten mit *Ja*, die 94 *Nein*stimmen hatte das Zentrum so gut wie vollständig allein aufgebracht. Unter den schamlosen Totengräbern finden wir die Leuchten des Freisinns; neben Lasker, Mommsen, Rickert, Hänel die beiden von Saucken, Kirchmann, Klotz-Berlin, Uhlendorff, Zelle, Parisius, Virchow und — Eugen Richter. Die Männer des sogenannten *Fortschritts* lehnten den Angriff auf das elendeste Wahlsystem ab, das ihnen unter der Huld der Regierung wieder einmal einen Erfolg verschafft hatte. Im Jahre 1883 beantragte der Demokrat Stern wenigstens die geheime Wahl, ebenso 1886 der Abgeordnete Uhlendorff; beide Anträge wurden abgelehnt, obgleich das Zentrum dafür gestimmt hatte. Erst als im Jahre 1893 aus Anlass der neuen Steuergesetzgebung die Regierung einige Änderungen des Wahlgesetzes beantragte, brachten die Freisinnigen, nunmehr schon zu aussichtsloser Bedeutungslosigkeit herabgesunken, den 1873 von Windthorst gestellten Antrag wieder ein: er wurde gegen ihre Stimmen und die des Zentrums abgelehnt.

Die Erinnerung an das Jahr 1873 ist deshalb so wertvoll, weil sie die Klagen des Freisinns, dass die Haltung der Sozialdemokratie ihnen den Kampf gegen die Reaktion unmöglich mache, in ihrer ganzen Haltlosigkeit, um nicht zu sagen: Heuchelei, zeigt. Die Freisinnigen werden im Kampf um die Beseitigung des Dreiklassenwahlsystems alles aufbieten müssen, was etwa noch von poltischer Kraft in ihnen steckt, um die Erinnerung an 1873 einigermassen zu verwischen. Die Beschränkung auf fulminante Reden im Parlament, die sie

sich bisher auferlegten, genügt dazu wahrlich nicht. Eine letzte Gelegenheit, ihren Ernst zu zeigen, werden ihnen die Landtagswahlen von 1908 bieten; von der so drängenden Vorarbeit hierzu ist freilich noch nichts zu bemerken.

So hat denn die Sozialdemokratie dadurch, dass sie mit ihrer Wahlbeteiligung gesetzliche Änderungen am Wahlrecht nötig machte, eine völlige Klarlegung der politischen Stellung im Landtag erzwungen. Dass eine gründliche Änderung des Wahlrechts in Preussen dringendste Notwendigkeit, wird mehr oder weniger unumwunden von allen Parteien zugegeben. Die Konservativen wollen die Zwangslage im Staat zu einem Handstreich gegen das Wahlrecht im Reich ausnutzen; ein solches Vorgehen fürchten die Nationalliberalen mit Recht, sie wollen das preussische Wahlrecht von den gröbsten Ungerechtigkeiten befreien, weil sie sonst das Reichstagswahlrecht hereinbrechen sehen. Die Freisinnigen geberdeten sich als unentwegte Vorkämpfer für Übertragung des Reichstagswahlrechts auf Preussen, und das Zentrum stimmte, wenn auch mit kühler Zurückhaltung im Auftreten, für den freisinnigen Antrag. Bemerkenswert ist übrigens, dass der Vertreter der freisinnigen Vereinigung bereits einen Kompromiss in Aussicht stellte; Herr Broemel entpuppte sich zum Schluss als diplomatisch gewiegter Politiker:

»Es gibt nur einen Weg, und ich hoffe bestimmt, dass dieser Weg, wenn nicht mehr in dieser Session, in nächster Session bestimmt beschritten wird, dass nämlich die Parteien, welche eine Reform für unabweisbar halten, sich zusammentun, um, da die Regierung vollständig versagt, selbst einen Gesetzentwurf auszuarbeiten, auf den die Mehrheit sich vereinigen kann. Das, meine Herren, scheint mir der einzig praktische Weg.«

II

ES bleibt noch zu zeigen, welchen Nutzen die Sozialdemokratie bei der nächsten Wahl aus den geringfügigen Änderungen ziehen kann, die das Gesetz gebracht hatt. Abgesehen von einigen unbedeutenden Vereinfachungen bei der Vorbereitung der eigentlichen Wahlhandlung wird die Zulässigkeit der Fristwahl statt der Terminwahl ausgesprochen. Während bisher überall die Wähler zu einer bestimmten Stunde antreten mussten, soll in Zukunft in Gemeinden von mehr als 50 000 Einwohnern die Stimmabgabe innerhalb einer Reihe von Stunden, wie bei den Reichstagswahlen, möglich sein. Freilich kann der Minister des Innern auf Antrag des Gemeindevorstandes auch in diesen grossen und grössten Gemeinden die Terminwahl zulassen; dementsprechend darf er, auf Antrag des Gemeindevorstandes, auch in kleineren Gemeinden Fristwahl genehmigen. Es liegt auf der Hand, dass die Fristwahl für die Sozialdemokratie als Arbeiterpartei vorteilhafter ist, weil sie eine grössere Wahlbeteiligung ermöglicht — eingeschränkt freilich durch die öffentliche Stimmenabgabe. Die sozialdemokratischen Gemeindevertreter werden deshalb dafür sorgen müssen, dass die Gemeindevorstände auch der kleineren Gemeinden beim Minister Fristwahl beantragen. Sonderbarerweise sind bereits aus sehr grossen Gemeinden Stimmen dafür laut geworden, — selbstversändlich von bürgerlicher Seite —, dass man es mit Hilfe des Ministers bei der bisherigen Terminwahl lasse; hier werden die sozialdemokratischen Gemeindevertreter mit der grössten Energie den Gemeindevorstand von dem verhängnisvollen Schritt zurückhalten müssen. Gegenüber den Gemeindevorständen müsste bereits der Hinweis auf ein Vor-

kommnis ausreichen, das sich 1903 in Berlin abspielte. Einige 70 städtische Gasarbeiter hatten die Einladung des Magistrats, zu einer bestimmten Nachmittagsstunde im angegebenen Wahllokal zu erscheinen, ernst genommen und waren ihr, in gewissenhafter Erfüllung ihrer Bürgerpflicht, nachgekommen. Zu ihrem Erstaunen wurden sie zur Belohnung hierfür von dem gleichen Magistrat wegen unbefugten Fernbleibens von der Arbeit auf das Pflaster geworfen. Nur den Bemühungen des sozialdemokratischen Vertreters in der Gasdeputation ist es zu danken, dass die Leute wieder eingestellt wurden. In die peinliche Lage, seine sämtlichen Arbeiter zu einer bestimmten Stunde zur Wahl laden und die unabkömmlichen gleichzeitig von der Ausübung ihrer Bürgerpflicht abhalten zu müssen, kommt aber jeder Gemeindevorstand durch eigene Schuld, der die Fristwahl beseitigt oder herbeizuführen unversucht lässt. Die Furcht vor der Fristwahl wird vielfach dadurch zu entschuldigen gesucht, dass man nicht genügend Bürger finden könne, die für einen ganzen Tag die Leitung der Wahlgeschäfte übernehmen wollen. Dass diese Besorgnis eine gewisse Begründung hat, beweist Artikel 2 des Gesetzes, der in einem § 31a zur Verordnung von der Verpflichtung der Urwähler (respektive Wahlmänner) handelt, die Ehrenämter im Wahlvorstand zu übernehmen, und im Weigerungsfall Geldstrafen bis zu 300 Mark vorsieht. Selbstverständlich werden unsere Vertrauensleute in der Lage sein, besorgten Gemeindevorständen Männer vorzuschlagen, die zur Leitung der Wahlhandlung geeignet und bereit sind; auch hierauf werden unsere Gemeindevertreter hinzuweisen haben. Unerhört wäre es, wenn der Bequemlichkeit weniger zuliebe ganze Bevölkerungsschichten an der Ausübung des Wahlrechtes gehindert würden, weil sie eben zu einer bestimmten Stunde nicht — mindestens nicht sämtlich — die Arbeit oder den Dienst verlassen können.

Ein weiterer Vorteil des neuen Gesetzes besteht darin, dass in Wahlbezirken mit mehr als 500 Wahlmännern — der Entwurf hatte 600 — der Minister für die Abgeordnetenwahl Gruppenwahl anordnen und innerhalb des Wahlbezirkes den Wahlort für die einzelnen Gruppen bestimmen kann; dadurch werden den Wahlmännern grössere Reisen erspart; auch kann der Minister hierbei Fristwahl anordnen, so dass zum Beispiel in Berlin und anderen grossen Zentren die Last für die Wahlmänner nicht grösser ist, als bei der Stimmabgabe zur Stadtverordnetenwahl. Es ist anzunehmen, dass von dieser Bestimmung ausgiebiger Gebrauch gemacht wird.

Das andere Gesetz bringt zunächst einige Änderungen in den Wahlorten, an denen die Wahlmänner zur Abgeordnetenwahl zusammentreten. Höchst interessant ist es dabei, dass für den westpreussischen Wahlkreis Marienwerder VIII, nämlich die Kreise Flatow, Deutsch-Krone, statt des bisherigen ungeeigneten Wahlorts Jastrow ein wirklich geeigneter Wahlort im ganzen Wahlkreis nicht gefunden werden konnte; man bestimmte deshalb Schneidemühl, das sogar in einer anderen Provinz, in Posen, liegt. Zu solchen Auskunftsmitteln zwingen die Vorschriften des berühmten preussischen Wahlsystems! Wichtiger für die Sozialdemokratie ist die Teilung einiger Riesenwahlkreise und die hierdurch bedingte Vermehrung der Zahl der Abgeordneten um 10, von 433 auf 443. Der Kreis Oppeln V, der bisher 2 Abgeordnete zu wählen hatte, zerfällt jetzt in 3 Wahlkreise, gebildet aus 1. den Kreisen Tarnowitz, Beuthen, 2. den Kreisen Kattowitz,

Zabrze und 3. den Städten Beuthen, Königshütte, Kattowitz. Sozialdemokratische Wahlmänner haben sich an der Abgeordnetenwahl 1903 in Beuthen nicht beteiligt. Der Kreis Arnsberg V mit bisher 3 Abgeordneten wird in Zukunft in 6 Wahlbezirke mit je 1 Abgeordneten zerlegt, diese 6 Wahlkreise sind: 1. Stadt Dortmund, 2. Kreis Dortmund, 3. Kreis Hörde, 4. Stadt und Kreis Bochum, 5. Stadt und Kreis Gelsenkirchen, 6. Kreis Hattingen und Stadt Witten. In diesem Wahlbezirk standen bei der Abgeordnetenwahl 163 sozialdemokratische Wahlmänner der liberal - konservativen Majorität mit 3165 Stimmen gegenüber; es ist zu erwarten, dass bei der kommenden Wahl die Zahl der sozialdemokratischen Wahlmänner bedeutend wächst, nachdem hier einmal die Möglichkeit auch der öffentlichen Wahl dargetan ist. Inwieweit der Einfluss einer vergrösserten Anzahl sozialdemokratischer Wahlmänner auf das Wahlergebnis durch die Teilung des Wahlkreises gefördert ist, lässt sich nur bei genauester Kenntnis der Wahlbezirke abschätzen. Ganz ähnlich liegen die Verhältnisse im bisherigen Wahlkreis Düsseldorf V, dessen Vertreterzahl von 3 auf 4 steigt, indem er durch vier Wahlbezirke mit je 1 Abgeordneten ersetzt wird: 1. Stadt Duisburg und Oberhausen, 2. Stadt Essen, 3. Kreis Essen, 4. Stadt und Kreis Mülheim an der Ruhr; hier betrug im Jahre 1903 die Zahl der an der Abgeordnetenwahl teilnehmenden sozialdemokratischen Wahlmänner 127, etwas über 5% der Gesamtzahl.

In greifbarer Nähe scheinen sozialdemokratische Erfolge in Berlin und Umgegend gerückt. Von dem Wahlbezirk Teltow-Beeskow-Storkow, der seine bisherigen 2 Mandate behält, sind die beiden Wahlbezirke 1. Charlottenburg, 2. Schöneberg-Rixdorf mit je einem Abgeordneten abgetrennt worden. Aussichtsreich für einen unmittelbaren Erfolg der Sozialdemokratie erscheint der Wahlbezirk Schöneberg-Rixdorf. Nach unseren Ermittelungen standen im Jahre 1903 in beiden Städten zusammen 296 sozialdemokratische Wahlmänner 226 liberalen und 154 konservativen gegenüber. Zieht man das kolossale Anwachsen Rixdorfs in Betracht, das 1903 allein 204 sozialdemokratische Wahlmänner 69 liberale und 64 konservativen gegenüberstellte, so muss die Lage im Kreis als sehr günstig für die Sozialdemokratie angesehen werden. Berlin, das bisher 9 Abgeordnete in 4 Wahlbezirken wählte, zerfällt jetzt in 12 Wahlbezirke mit je 1 Mandat. Eine möglichst sorgfältige Berechnung aus den Berichten der Wahlvorsteher bei der Wahl 1903 ergibt, dass in 3 der neu gebildeten Bezirke die Zahl der sozialdemokratischen Wahlmänner in erster Reihe stand. Im XII. Bezirk standen 210 sozialdemokratische Wahlmänner der gleichen Zahl liberaler gegenüber, an konservativen und sonstigen Wahlmännern waren 183 gewählt; im IX. Kreis gab es 207 sozialdemokratische, 180 liberale und 54 sonstige Wahlmänner; im XI. Kreis 163 sozialdemokratische, 128 liberale und 49 sonstige. In Wirklichkeit dürften die Zahlen für die Sozialdemokratie noch etwas günstiger sein, da zum Beispiel im bisherigen III. Wahlbezirk nach den Berichten der Wahlvorsteher nur 1034 sozialdemokratische Wahlmänner gewählt sein sollten, während die sozialdemokratischen Kandidaten bei der Abgeordnetenwahl 1100 Stimmen erhielten. Dazu kommt, dass namentlich der IX. und XI. Bezirk stark auf Zuwachs berechnet sind, der inzwischen bereits eingetreten sein wird. Auch ist nach den Erfahrungen von 1903 auf viel grössere Erfolge in der ersten und zweiten Wählerabteilung zu hoffen.

In der Tat rechnet man auch in konservativen Kreisen damit, dass bei den

nächsten Wahlen einige Sozialdemokraten in den Landtag einziehen werden; schrieb doch Freiherr von Zedlitz im *Tag*:

»Wenn Berlin in Zukunft und Rixdorf und Schöneberg einige sozialdemokratische Abgeordneten schickt, so ist das vom politischen Standpunkt sicher kein Fehler.«

Dass durch derartige Zufälligkeiten irgend etwas an dem Urteil über das elendeste aller Wahlsysteme geändert wird, ist völlig ausgeschlossen. Sehr richtig sagte Herr Fischbeck:

»Darin sind nun die Sozialdemokraten auch Gemütsmenschen. Sie werden die Herren hier als Hechte im Karpfenteich haben. Aber dass das irgendwie versöhnend nach irgend einer Seite wirken kann, da irren Sie ganz erheblich!«

Vielen Genossen mag es scheinen, als ob bisher nur recht wenig im Kampfe um das preussische Wahlrecht erreicht sei, und dass man energischer hätte vorgehen, mehr hätte unternehmen müssen. Wir teilen diese Ansicht nicht; die grosse Demonstration am 21. Januar 1906 war entschieden wirkungsvoll; weniger bereits die Versammlungen am 18. März, die sich wesentlich auf Berlin beschränkten. Völlig verpufft ist die Petition, die die preussischen Mitglieder des Vorstandes der sozialdemokratischen Partei Deutschlands an Abgeordnetenhaus und Herrenhaus richteten, und deren Forderungen — dem Programme entsprechend — über die einfache Übertragung des Reichstagswahlrechts auf Preussen noch hinausgingen. Die Petition wurde mit einer Reihe anderer klanglos für »durch die Abstimmung über die Gesetzentwürfe erledigt« erklärt. Dass ein Massenstreik zwecks Beseitigung des Dreiklassenwahlsystems zurzeit völlig unangebracht wäre, darüber herrscht unter den für die Arbeiterbewegung massgebenden Körperschaften vollste Einigkeit. Die vorwärts drängenden Genossen mögen erwägen, dass die Stellung der Reaktion in Preussen bei weitem mächtiger ist, als in den übrigen grösseren Bundesstaaten; daran ist zum überwiegenden Teil die kleinliche Politik und erbärmliche Feigheit der preussischen Bourgeoisie schuld, zum Teil aber auch die Zurückhaltung, die sich die Sozialdemokratie in Preussen gegenüber dem Landtag Jahrzehnte lang auferlegt hat. Von den 14 Jahren, in denen sich die Partei in Preussen ernstlich mit der Frage des Eingreifens in die Landtagswahlen beschäftigt hat, sind reichlich 10 auf die Auseinandersetzungen innerhalb der Partei selbst zu rechnen. Erst mit dem Eintritt in die Wahlen von 1903 ist der Kampf in Preussen eröffnet worden, und selbst in die damalige Wahlbewegung ist ein grosser Teil der zielbewussten Genossen ohne Begeisterung, nur treu der Parteidisziplin hineingegangen.

Die nächste grosse Demonstration gegen das Dreiklassenwahlsystem muss — wenn nicht unvorhergesehene Fälle eintreten — die Wahlbewegung im Jahre 1908 sein. Das Aufbringen einer gewaltigen Zahl sozialdemokratischer Stimmen trotz der geringen Aussicht auf grössere, greifbare Erfolge und trotz der öffentlichen Stimmabgabe muss die Form sein. Diese Demonstration vorzubereiten und zu einer glänzenden zu gestalten, wird die vornehmste Aufgabe der noch in diesem Jahre ins Leben zu rufenden preussischen Parteiorganisation sein. Bei der engen Verknüpfung zwischen der Wahlrechtsfrage in Preussen mit der im Reich, die die preussischen Konservativen so offen enthüllten, wird die preussische Bewegung die sympathischste Unterstützung in ganz Deutschland finden.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

OTTO HUE · DIE BÜRGERLICHEN PARTEIEN UND DIE SOZIALDEMOKRATIE · LEHREN DER LETZTEN REICHSTAGSNACHWAHLEN



WÄHREND der letzten Wahlkämpfe, in Altena-Iserlohn, in Hagen-Schwelm, ist uns oft von den bürgerlichen Parteiagitatoren vorgeworfen worden, wir sagten dem Volke nicht, wie der *sozialdemokratische Zukunftsstaat* aussehen solle, von den sozialistischen *Endzielen* schwiegen wir gänzlich. Dieser Vorwurf ist unbegründet; wenigstens haben unsere Redner sich in vielen Versammlungen bemüht, den Zuhörern begreiflich zu machen, warum die grosskapitalistische Entwickelung der Volkswirtschaft endlich dahin gelangen würde, wo nur die Vergesellschaftung der Produktionsmittel dem Volke zum Heile gereicht. Ich gebe aber gern zu: in der Wahlagitation ist die Erörterung der sozialistischen Bestrebungen nicht vornehmlich das Versammlungsthema gewesen. Aus guten Gründen. Erstens bespricht keine Partei diffizile nationalökonomische Probleme in Wählerversammlungen und Wahlschriften — hierfür sind die Parteivereine vorhanden und ruhigere Zeitläufte von nöten —, zweitens werden die Wähler aufgerufen zum Urteil über die aktuellen Fragen der inneren und äusseren Politik, zum Votum für oder gegen das gegenwärtige Verhalten der konkurrierenden Parteien. Über Gegenwarts-, nicht über Zukunftspolitik spricht der Durchschnittswähler sein Urteil. Es war so ungünstig, wie nur denkbar, für die sogenannten *nationalen* Parteien, sowohl in Altena-Iserlohn, wie auch in Hagen-Schwelm.

Reichsfinanzwirtschaft, Steuerpolitik, Militarismus, Kolonialmisswirtschaft, Schulpolitik, Sozialpolitik: hierüber wurde im Wahlkampfe geredet und geschrieben. Es ist charakteristisch, dass sämtliche bürgerlichen Parteien sich gegenseitig die Verantwortung für die Reichsmisswirtschaft zuschoben; keine wollte für die Reichsfinanz*reform*, für die mit den Händen zu greifende Reaktion auf kulturellem Gebiete, keine für das Einrosten der sozialpolitischen Gesetzgebung verantwortlich sein. Im Reichstag, vor der Regierung haben die diversen bürgerlichen Parteiführer die Verdienste ihrer Partei an dem Zustandekommen der Reichsfinanzreform gerühmt — im Wahlkampfe wehrten sich alle unsere Gegner mit Händen und Füssen gegen dieses *Verdienst*. In den Parlamenten singen die konservativen, ultramontanen, nationalliberalen und freisinnigen Wortführer das Lied *Immer langsam voran mit der sozialen Gesetzgebung!* oder *Es muss endlich aufhören mit dem sozialpolitischen Wettrennen!* Der Wahlkampf aber sah alle bürgerlichen Parteien als bewährte, zuverlässige, fortschrittseifrige Sozialreformgesetzler. Keinem fiel es ein, sich zu indentifizieren mit den Bestrebungen, die auf Verschlechterung der Volksschule, auf Beschneidung der verfassungsmässigen Wahlrechte gerichtet sind. Mit den junkerlich-kapitalistischen Wühlereien gegen die spärlichen Arbeiterrechte war selbstverständlich niemand einverstanden. O nein, alle unsere Gegner überströmten von freiheitlicher, wahrhaft liberaler Gesinnung. Auch die Zentrumsagitatoren, die von dem Liberalismus der Nationalliberalen und Freisinnigen nur in Gänsefüsschen redeten, um das Zentrum — man denke: den

Klerikalismus! — als den alleinigen Schützer und Förderer freiheitlicher Volksrechte zu empfehlen. Unsere Aufgabe war es, Worte und Taten der bürgerlichen Mandatsbewerber gegen einander abzuwägen. Damit hatten wir alle Hände voll zu tun, zumal die Gegner die Polemik grundsätzlich von dem sachlichen auf das persönliche Gebiet hinüberspielten, mit vielfach bewusst entstellten Aussprüchen bekannter Parteigenossen den Wählern ein lügnerisches Zerrbild unserer Partei aufzudichten trachteten. Was hierin geleistet worden ist, gab uns auch einen lehrreichen Ausblick auf die kommenden allgemeinen Wahlen.

Wer von unseren Gegnern es am besten verstand, die Wähler von der unerschütterlichen Volksfreundschaft, der freiheitsfördernden Tätigkeit seiner Partei zu überzeugen, zog die wenigsten Nieten. Die Nationalliberalen konnten das Misstrauen gegen ihre widerspruchslose Regierungspolitik nicht zerstreuen, ihnen gelang es am wenigsten, die Anklage, sie seien an der Reichsmisswirtschaft schuldig, zu widerlegen, daher der sowohl in Altena-Iserlohn und Hagen-Schwelm, wie auch in Rinteln-Hofgeismar erfolgte Rückgang der nationalliberalen Stimmenzahl. Das Zentrum, dem als ausschlaggebende Majoritätspartei doch die Hauptschuld an der Verwüstung der Reichsfinanzen, der Vernachlässigung der Kulturaufgaben, dem Einschlummern der Sozialreformgesetzgebung zukommt, das Zentrum schickte den Nationalliberalismus kaltblütig als Sündenbock in die Wüste, was um so *christlicher* ist, als die Zentrumstaktiker gerade jetzt eifrig beflissen sind, die nationalliberale Partei zum Range einer bündnisfähigen Partei für das Zentrum zu erheben. Die nationalliberalen Kandidaten Moldenhauer in Hagen und Rocke in Rinteln haben nach der Wahl mit erstaunlicher Selbsterkenntnis dem unentwegt regierungstreuen, volksbelastenden Treiben ihrer Reichstags- und Landtagsfraktion die Schuld an den Wahlniederlagen gegeben. Höhnend registriert die ihren Bewilligungseifer geschickter vertuschende Zentrumspresse die nationalliberalen Sündenbekenntnisse, und lädt dann biedermännisch die Sünder ein, sich durch eine noch engere Brüderschaft mit dem Klerikalismus vollends um die Gunst der Wähler zu bringen.[1]) Dass bei dieser Verbrüderung lediglich das Zentrum gewinnen wird, könnte die Nationalliberalen der Ausgang der letzten Wahlen lehren. Aber die nationalliberalen Staatsmänner wollen lieber als Lehensleute der konservativ-klerikalen Reaktion enden, als durch eine liberale Politik sich das Vertrauen der bürgerlich-liberal gesinnten Wähler zurück gewinnen. Also mag sich der Nationalliberalismus vom Zentrum begraben lassen!

Direkt und indirekt hat die Wählermajorität dem Verhalten der sozialdemokratischen Parlamentsvertretung Anerkennung gezollt. Direkt, durch Vermehrung der sozialdemokratischen Stimmenziffern und durch Unterstützung in der Stichwahl in Altena-Iserlohn; indirekt, indem derjenige bürgerliche Mandatsbewerber in Hagen am erfolgreichsten war, der dem Widerwillen des Volkes gegen die finanzielle Misswirtschaft etc. am weitesten Rechnung trug oder aber — wie die Klerikalen — es am besten verstand, die Schuld an der unaufhörlich zunehmenden Volksbelastung einer anderen bürgerlichen

[1]) Es ist deutlich zu erkennen, dass das nationalliberal-klerikale Wahlkartell den Nebenzweck hat, die linksliberalen Parteigruppen gänzlich zu zerreiben. Wurde doch schon in Hagen der Versuch gemacht, durch eine Stöckerisch-nationalliberal-klerikale Sammelkandidatur unter allen Umständen dem Freisinn den Wahlkreis zu entreissen, auch wenn dadurch die Sozialdemokratie, was sehr nahe lag, *Richters Erbe* angetreten hätte. Die *bürgerliche Sammelpartei* für 1908 soll augenscheinlich unter Ausschluss der freisinnigen Parteien geschaffen werden.

Partei, der nationalliberalen, aufzubürden. Die westfälischen Nachwahlen sind also als Volksveto gegen die kulturfeindlichen Bestrebungen der Herrschenden zu registrieren. Sie sind unzweideutige Volksbekenntnisse für eine wirklich liberale Politik. Der Stichwahlsieg des Sozialdemokraten in Altena-Iserlohn kann nur als Manifestation des Volkes gegen die in dem klerikalen Kandidaten verkörperte politische Reaktion gebucht werden, nicht als eine Entscheidung für die spezifisch sozialistischen, sondern für die altliberalen Forderungen unseres Parteiprogramms!

Manche Genossen werden das nicht gelten lassen wollen. Und doch ist dem so: Wir verdanken unsere Erfolge in den Wahlkämpfen in erster Linie dem Umstande, dass die Sozialdemokratie konsequent die im zweiten Teil des Erfurter Programms niedergelegten politisch-liberalen Grundsätze vertritt. Fast keine Forderung ist dort zu finden, die nicht auch in den Manifesten der bürgerlichen Demokratie zur Zeit der revolutionären Bewegung vor sechzig Jahren enthalten war. In Rheinland-Westfalen flutete diese Bewegung am lebhaftesten, im Wahlkreise Altena-Iserlohn loderte sie in blutigen Barrikadenkämpfen auf. Die achtundvierziger Tradition ist dort in den mittleren Bürgerkreisen lebendiger, als man ahnt; ich machte diese Erfahrung im Gespräch mit begüterten Bürgern, die von den eigentlich sozialistischen Forderungen nichts wissen wollen, in unserer Partei aber die Verfechterin auch der altliberalen Wünsche sehen und sich deshalb durch die Stichwahlparolen der über die Volksstimmung vollkommen ununterrichteten Wahlstrategen nicht bewegen liessen, den klerikalen Regierungskandidaten zu wählen. Am Rhein standen 1848 Bürger und Arbeiter geschlossen gegen den Absolutismus auf. Wie kommt es, dass gerade in dieser oppositionellen Bevölkerung die Partei der unbedingtesten Autoritätsanbetung, die klerikale Zentrumspartei, ihre Hochburgen errichten konnte? Nur, indem sie der demokratischen, regierungsoppositionellen Volksgesinnung schmeichelte, unterstützt durch die Kulturkampfgsetze, die zur Aufstachelung des konfessionellen Furors wie geschaffen waren. In den Industriegebieten nährte die *Kaplanokratie* aus wahltaktischen Gründen den Arbeiterhass gegen die kapitalistische Ausbeutung. Alle im rheinisch-westfälischen Volke vorhandenen regierungsoppositionellen, politisch-liberalen Gedankengänge haben die klerikalen Taktiker geschickt in ein gemeinsames Strombett geleitet: mit dem liberalen Wasser treiben die Klerikalen nun ihre Mühlen! Das Zentrum benutzt die Demokratie, um die Demokratie zu knebeln. Daher auch das krampfhafte Bemühen der Zentrumspresse, durch zeitweiligen strammen Radikalismus — vorjähriger Bergarbeiterstreik! — in den durchaus nicht regierungstreuen katholischen Arbeitern und Mittelständlern nicht den Glauben festwurzeln zu lassen, die Zentrumspartei sei eine Regierungspartei. In ihrer Wahlagitation, mindestens in den rheinisch-westfälischen Industriekreisen, macht die klerikale Partei den Wählern Versprechungen, deren Erfüllung dem Klerikalismus den Hals brechen würde. Unter den unbesitzenden Volksschichten wird vorzüglich mit den Mitteln agitiert, die in dem neuesten päpstlichen Rundschreiben wie in der Enzyklika *Rerum novarum* Leos XIII. als verwerfliche, volksaufhetzende gekennzeichnet werden. Aber das macht nichts; wenn es nötig ist, propagiert der herrschaftsdürstige Klerikalismus politische Massenstreiks und baut Barrikaden, wie er skrupellos im Ruhrgebiet die Arbeiterschaft in den siebziger und achtziger Jahren fanatisiert hat gegen das nationalliberale Unternehmertum, dagegen die noch schlechtere

Arbeiterfürsorge führender schlesischer Zentrumskapitalisten beschönigte oder verschwieg.

Die klerikale Partei ist die Inkarnation der politischen Treulosigkeit, der unerhörtesten demagogischen Unbedenklichkeit; sie ist konservativer, als die sich offiziell *konservativ* nennenden Parteigruppen. Der Klerikalismus ist der natürliche Todfeind der freien Selbstbestimmung des Volkes, geriert sich aber, wo es ihm zweckdienlich erscheint, hochdemokratisch. Der Klerikalismus hat die konfessionelle Hetze in ein System gebracht, was ihn aber durchaus nicht hindert, jetzt kräftig auf die konfessionelle Hetze — der anderen zu schelten. Die frühere, masslose Gegeneinanderhetzung der katholischen und evangelischen Arbeiter ist jetzt wegen der *Umsturzpartei* nicht mehr opportun, wenigstens öffentlich wird nun nach Pharisäerart über konfessionelle Hetze gejammert. In den klerikalen Konventikeln und Domänen aber wird nach wie vor die strikte konfessionelle Scheidungspolitik betrieben. Die klerikale Partei leistet keine Hilfe ohne doppelte und dreifache Gegenhilfe. Sie schiebt im Parlamente andere bürgerliche Gruppen hinterlistig vor bei heiklen Situationen, lässt sie die Gschäfte des Zentrums besorgen und schlachtet dann im Wahlkampfe die bürgerlichen Hilfstruppen regelrecht ab, wovon der Niedergang der nationalliberalen Stimmenziffern bei gleichzeitiger Zunahme der Zentrumsstimmen in Iserlohn und Hagen Zeugnis ablegt. Hell beleuchtet unsere innerpolitische Situation das harmonische Hand in Hand Arbeiten der hochkonservativen Junkerpresse mit der Zentrumspresse — das junkerlich-klerikal-antisemitische Kartell ist offensichtlich —, und die regierungsoffiziöse *Norddeutsche Allgemeine Zeitung* segnet die unheilige Allianz in jeder Wochenrundschau. Wohin der Weg geht, ist klar. Gelingt es, den Wählermassen rechtzeitig die Zusammenhänge dieser zielsicheren Volksentrechtungskampagne zu enthüllen, dann ist das deutsche Volk vor mancher Leidensstation bewahrt.

In Altena-Iserlohn und Hagen-Schwelm haben wir in der Hauptwahl zusammen rund 27000 Stimmen auf unsere Kandidaten vereinigt, in der Stichwahl 34000. Unsere Parteiorganisation ist dort mehr als unzulänglich, was an Organisation vorhanden, haben wir wesentlich während der Wahlwochen in aller Eile schaffen müssen. Die Parteipresse ist miserabel schlecht verbreitet. Das Blatt kann beim besten Willen, wegen des grossen Verbreitungsbezirks, nicht einmal halbwegs die lokalpolitischen Vorkommnisse besprechen, geschweige den Massen die wissenschaftlichen Grundsätze des Sozialismus vermitteln. So anerkennenswert die Presse ihre propagandistische und bildende Pflicht tut, niemand wird behaupten, die 27000 Wähler seien für uns durch eine spezifisch sozialistische Aufklärung gewonnen worden. Nicht, als ob diese Wähler sozialistenfeindlich wären — diese unsinnige Behauptung mag die *Ordnungspresse* aufstellen —, sicher ist vielmehr, dass auch unter den bisherigen Nachläufern der bürgerlichen Parteien die Mehrheit nicht das geringste natürliche Interesse an der Erhaltung des privatkapitalistischen Systems besitzt. Die Zahl der natürlichen Interessenten am privatkapitalistischen Ausbeutungssystem ist, zumal in den Grossindustriekreisen, so gering geworden gegenüber der anderen Interessengruppe, dass, wenn nach erfolgter gewissenhafter Aufklärung über unsere Ziele, jeder Volksgenosse zur Urabstimmung aufgerufen würde, sich die ungeheure Majorität für die Sozialisierung der Produktionsmittel entschiede. Darüber besteht für mich kein Zweifel.

Aber ich weiss auch, wie enorm die Unkenntnis der sozialistischen Ziele im erwerbstätigen Volke noch ist. Die paar Wochen Wahlagitation ändern daran wenig, sie müssen notgedrungen der Erörterung aktuellster politischer Fragen gewidmet sein. Und dabei erfährt der Wahlagitator auf Schritt und Tritt, welche grosse Werbekraft auch den im zweiten Teil unseres Programms aufgestellten altliberalen, wahrhaft freisinnigen Forderungen innewohnt. Sie werden von der Masse sofort verstanden, ihnen verdanken wir auch in den Stichwahlen das Abschwenken nichtklerikaler und nichtkonservativer Wählerscharen zu uns, allen bürgerlichen Sammelpolitikern zum Trotz. Wäre in Hagen-Schwelm statt des bürgerlichen Linksliberalen ein Zentrumsmann oder ein National*liberaler* mit uns in die Stichwahl gekommen, so hätten auch in diesem Wahlkreis die Wähler massenhaft ihren rückschrittsfreundlichen Führern die Gefolgschaft versagt. Das Schlagwort von der *reaktionären Masse* ist unzutreffend. Selbstverständlich gibt es unter den liberalen und freisinnigen Parteiführern, den lokalen, wie den zentralen, nicht wenige, die *Liberalismus* übersetzen mit *Freiheit für die herrschenden Klassen,* also richtiger konservativ genannt werden müssen. Aber diese Pseudoliberalen bilden doch keine Masse, sondern sie verstanden es nur bisher, sich bei den Massen als Liberale und Freisinnige anzubiedern. Jedoch selbst innerhalb der Kostgänger des heutigen Systems herrscht keine Einheit der staatsrechtlichen und volkswirtschaftlichen Auffassungen. Unser volkswirtschaftlicher Organismus ist so kompliziert, dass er aller Rubrizierungskunst spottet. Die in den bürgerlichen Parteien vorhandenen gegensätzlichen Strömungen taktisch auszunutzen, gebietet uns das Volksinteresse. Leider ist bei uns die Manie, alles *Bürgerliche* über einen Leisten zu schlagen, so ins Kraut geschossen, dass kürzlich eine Parteikonferenz den merkwürdigen Beschluss fasste, auf alle Fälle bei kommunalpolitischen Stichwahlen absolute Abstinenz zu üben, wenn unsere Liste nicht in Frage käme! Dabei weiss noch niemand, ob wir nicht durch Stimmabgabe den Stichwahlsieg eines Erzreaktionärs verhindern können. Die allgemeinen Parteitage haben eine solche *Taktik* stets verworfen. Der *Vorwärts* betonte am 31. Dezember 1905 gegenüber der *Frankfurter Zeitung,* die Sozialdemokratie sei einer »zeitweiligen Waffenbrüderschaft« mit dem ehrlich liberalen Bürgertum durchaus nicht abgeneigt. Als bei den letzten Gemeinderatswahlen in Stuttgart unsere Parteigenossen im Verein mit den Volksparteilern siegten, bezeichnete dies der *Vorwärts* als eine Niederlage der reaktionären Parteien; er schloss die süddeutschen Volksparteiler also nicht ein in den Sammelbegriff *reaktionäre Masse.* Desgleichen ist die liberale Richtung Barth-Naumann nicht reaktionär. Was diese bürgerlichen Liberalen wollen, das sucht nach Ausdruck in den noch nicht sozialdemokratischen, aber doch nicht rückschrittlich gesinnten Volksschichten. Wir haben auch im Reichstage bürgerliche Vertreter, die mit der Devise *Lieber rot, als schwarz!* allen Hohn und Schimpf der konservativ-klerikalen Mehrheit über sich ergehen lassen. In dem nahenden grossen Kampfe zwischen Reaktion und Fortschritt wird nicht zunächst entschieden über Sozialismus und Kapitalismus, sondern es wird heissen: entweder Zertrümmerung der bisherigen Volksrechte, oder Bahn frei für die Ausgestaltung unserer Staatsverfassung im wahrhaft liberalen Sinne!

An uns als Demokraten tritt gebieterisch die Pflicht heran, dem regierungsseitig protegierten konservativ-kapitalistischen-klerikalen Kartell gegenüber alle

freiheitlich gesinnten, wirklich liberalen Volkselemente mobil zu machen, sei es durch Organisierung in unserer Partei, sei es, sofern sie noch nicht auf den äussersten linken Flügel der Freiheitsarmee treten wollen, durch passive und je nachdem aktive Unterstützung des ehrlich-liberalen Bürgertums. Unsere ausländischen Bruderparteien haben diese Taktik wiederholt befolgt. Victor Adler hat als Mitglied des österreichischen Wahlreformausschusses ausgezeichnet für die Arbeiterklasse gearbeitet, indem er geschickt mit den bürgerlichen Reformfreunden die aristokratischen Reaktionäre schachmatt setzte. Wer seiner sozialdemokratischen Überzeugung sicher ist, wird sich nicht fürchten, eine zeitweilige Waffenbrüderschaft mit solchen Volksgenossen zu schliessen, die immerhin mit uns in der Feindschaft gegen die politische Reaktion einig und gewillt sind, eine gute Wegesstrecke mit uns vorwärts zu gehen.

Wollten wir den *anarchosozialistischen* Deklamatoren folgen, dann würden wir parlamentarische Abstinenten, pure Verneinungspolitiker werden müssen. Diesen Luxus kann sich wohl eine wegen ihrer numerischen Bedeutungslosigkeit unverantwortliche Sekte gestatten, aber keine politische Partei, die schon über 3 Millionen Wähler zur Urne brachte. Diese Macht muss ausgenutzt werden, aktiv, für das Volk. Im Wahlkampfe haben wir an der Hand der Reichstagsakten, der kommunalpolitischen Tätigkeit — insonderheit der rührigen Parteifraktionen im Berliner, Münchener und Stuttgarter Rathause — bewiesen, dass die sozialdemokratische Partei keine Verneinungspolitik treibt, sondern auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens fleissige Reformarbeit leistet. Wir haben bewiesen, dass gerade die sächsischen Parteigenossen, denen vor allen die Gegner unfruchtbaren Radikalismus vorwerfen, hervorragende Praktiker im Genossenschaftswesen sind. Schlage man die Parlamentsakten auf, ob jemals von unseren Parteigenossen ein Antrag gestellt wurde, der auf den *gewaltsamen Umsturz* der bürgerlichen Gesellschaft hinausläuft! Schliesslich mögen gewisse Auslassungen perteigenössischer Schriftsteller und Redner im *revolutionären Heugabelsinne* gedeutet werden können; darauf kommt es aber nicht an. Unsere Gesamtarbeit auf politischem, parlamentarischem, kommunalem, gewerkschaftlichem und genossenschaftlichem Gebiete ist entscheidend für die Beurteilung des Charakters der deutschen sozialdemokratischen Partei. Unsere Reichstagsanträge könnten ebenso gut von einer bürgerlich-liberalen Reformpartei gestellt worden sein. In der Tat bringen heute bürgerliche Fraktionen sozialpolitische Anträge ein, die schon vor zwanzig, dreissig Jahren, nur redaktionell verschieden, von sozialdemokratischen Parlamentsvertretern eingebracht worden sind. Die Grubenverstaatlichung, vor einem Jahrzehnt noch charakterisiert als eine spezifisch sozialdemokratische Forderung, wird heute auch von einer bürgerlichen Gruppe, der Stöcker-antisemitischen, wenn auch nur aus wahlagitatorischen Gründen, gefordert. Welche Reformarbeit leisten unsere, doch wahrhaftig der *Kompromisselei* nicht verdächtigen Genossen Bebel, Singer etc. in der Budgetkommission des Reichstages, um die allerschlimmste Vergeudung der Steuergroschen zu verhüten! Wohl auf jeder Seite der Geschichte unserer Versicherungsgesetzgebung finden wir die Namen der Genossen Molkenbuhr und Stadthagen, als reformeifrige Mitarbeiter.

Keine bösartigere Lüge konnte ausgeheckt werden, als die von der reformfeindlichen Verneinungspolitik der Sozialdemokratie. Nein, sie ist die wirkliche Reformpartei, allerdings die radikale Reformpartei in unseren

Parlamenten. Oder wer glaubt, unsere Parteigenossen setzten sich monatelang im Reichstag von morgens 9 oder 10 (Kommissionen) bis abends 6 oder 7 Uhr (Plenum) hin, berieten in den Fraktionssitzungen bis zur späten Nachtstunde, wie bei der Gesetzgebungsaktion am besten das Volkswohl gewahrt werden könne, wenn es diesen fleissigen Arbeitern nicht heiliger Ernst mit ihrer Reformtätigkeit wäre?! Hunderte, Tausende von Parteigenossen bekleiden als Arbeitersekretäre, Parteisekretäre, Gewerschaftssekretäre, Gemeindevertreter, Gewerbegerichtsbeisitzer, als Schiedsgerichtsbeisitzer, Krankenkassenvorstände, Konsumverwalter u. s. w. arbeitsvolle, verantwortungsreiche Ämter, selbst von sozialistischen Gegnern als gewissenhafte Mitarbeiter gelobt. Keinem dieser Genossen ist es meines Erachtens in den Sinn gekommen, seine Tätigkeit sei eine auf den *Umsturz* der bestehenden Ordnung gerichtete, alle beseelt die Überzeugung, durch reformatorisches Wirken auf dem zugewiesenen Gebiete dem Volke nützlich zu sein, damit es von einer Etappe zur anderen aus der knechtischen Unterordnung zur zweckbewussten freien Selbstbestimmung schreite. Von dieser eminenten Reformarbeit der Sozialdemokratie schweigen unsere Wahlkampfgegner wohlweislich, weil sie wissen, dass mit der Lüge von der sozialdemokratischen Verneinungspolitik, dem blutrünstigen, radikalen Umsturz alles Bestehenden immer noch famose Wahlgeschäfte zu machen sind. Wir aber haben keine Ursache, den Gegnern Waffen zu liefern, traten deshalb auch in Altena-Iserlohn und Hagen-Schwelm, wie bei den früheren Wahlen, den Beweis dafür an, dass — nach Bismarcks Ausspruch — der Sozialdemokratie als sozialpolitischer, radikaler Reformpartei die ganze bisherige Sozialgesetzgebung zu danken ist.

Dieser Kennzeichnung der sozialdemokratischen Reformarbeit auf den verschiedensten Gebieten ist es neben unserer scharfen Kritik des unliberalen, reaktionären Verhaltens der bürgerlichen Mehrheitsparteien in entscheidenden verfassungsrechtlichen Fragen zu danken, dass die sozialistische Stimmenzahl anschwoll, in den Stichwahlen — siehe auch Essen 1905! — ihren reaktionären Führern zum Trotz sich Tausende von fortschrittlich gesinnten bürgerlichen Wählern uns zuwandten. Das sind beherzigenswerte Lehren für 1908. Die Sache der Volksfreunde verbessert sich im selben Grade, wie wir uns darauf einrichten, mit dem ehrlich liberalen Teile des Bürgertums — um mit dem *Vorwärts* zu reden — in einer zeitweiligen Waffenbrüderschaft zusammenzuwirken gegen das reaktionäre Kartell. Die Reaktionäre sammeln sich, sammeln wir darum alle Gegner der Reaktion zum Kampfe für Licht und Freiheit!

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

ROBERT SCHMIDT · WIEDER EINMAL PARTEI UND GEWERKSCHAFT

UNSERER Partei hat es nie an inneren Konflikten gefehlt. Bald waren es theoretische, bald praktische Fragen die zum Gegenstand oft leidenschaftlicher Auseinandersetzungen Anlass gaben. Zu den ständigen Konfliktstoffen gehört auch die Frage *Partei und Gewerkschaft*, die immer wieder aus irgend einem Anlass emporgewirbelt wird.

Sachlich ergeben sich diese Differenzen aus den verschiedenen Tätigkeits-

gebieten der beiden grossen Korporationen in der Arbeiterbewegung. Der Wirkungskreis der Gewerkschaften ist ein anderer, als der der Partei, und Bringmann ist im Recht, wenn er sachlich den Streit, der gegenwärtig wieder einmal ausgebrochen ist, auf eine eigenartige Auffassung der Klassenkampftheorie in der Partei zurückzuführen sucht. Die Sozialdemokratie hat ihren Klassenkampfstandpunkt gerade in den letzten Jahren scharf dahin pointiert, dass, wie es in der Dresdener Resolution heisst, die Anlehnung an eine bürgerliche Partei abgelehnt werden muss. Diese Abgrenzung des politischen Kampffeldes hat zur Folge, dass manche Parteigenossen es nicht verstehen können, dass die Gewerkschaft bei ihren Tarifverträgen mit Unternehmern verhandeln muss und gezwungen ist, in ihren Kämpfen mit christlichen und Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften gemeinsame Sache zu machen. Der hyper*radikale* Standpunkt der Klassenkampftheorie erblickt in dieser gewerkschaftlichen Betätigung einen Verstoss gegen das Prinzip. Bringmann sprach auf der Februarkonferenz der Gewerkschaftsvorstände ausdrücklich vom politischen Klassenkampf. Auf wirtschaftlichem Gebiet hat nach meiner Auffassung der Klassenkampf in der engeren gewerkschaftlichen Tätigkeit andere Phasen zu verzeichnen. Es erscheint deshalb auch nichts unrichtiger, als die Äusserung des Genossen Bringmann dahin zu interpretieren, dass er den Klassenkampf verwerfe. Er verwirft nur die radikal scheinende einseitige Klassenkampftheorie, wie sie von einigen Parteifreunden formuliert wird. Das gleiche gilt von seiner Forderung einer Theorie der Gewerkschaften. Der *Vorwärts* vermutet dahinter ein grosses theoretisches Programm auch für die politische Tätigkeit der Gewerkschaften. Was Bringmann will, ist aber offenbar nur eine programmatische Feststellung des Zieles der Gewerkschaften und ihrer praktischen Betätigung. Mit einem solchen Programm käme die Gewerkschaft mit der Partei an sich nicht in Kollision. Gerade die Gewerkschaft hat ausserordentlich viel aus der Praxis geschöpft und daraus, wie zahlreiche Kongressbeschlüsse zeigen, auch bereits ein Programm als theoretische Unterlage ihres Verhaltens gebildet.

Aus der einseitigen und ganz willkürlichen Klassenkampftheorie einiger Parteigenossen resultieren die Angriffe gegen die Neutralität der Gewerkschaften, die Behauptungen, dass die Gewerkschaften dem Kampf ausweichen, dass sie herabgleiten zu einer konservativen Haltung, ähnlich den englischen Gewerkschaften, dass sie im Unterstützungswesen ihre einzige Aufgabe erblicken und schliesslich in der Tarifgemeinschaft den Pakt mit dem Unternehmertum schliessen. Dieser Standpunkt der Klassenkampftheorie dürfte weit richtiger die Bezeichnung *intransigent* verdienen. Mit dem Festhalten an ein starres, formales *Prinzip* kommt die Gewerkschaft nicht weiter. Die Partei freilich kann, ohne sofort fühlbaren Schaden zu nehmen, noch eine Zeitlang sich eine einseitige Betonung des Klassenkampfstandpunktes gönnen, wobei es allerdings noch die Frage ist, ob diese Auslegung der Klassenkampftheorie mit der unserer anerkannten grossen Theoretiker übereinstimmt.

Als seinerzeit nach dem letzten Gewerkschaftskongress in Cöln /1905/ gerade die heftigsten Angriffe gegen die Neutralität der Gewerkschaften, das Unterstützungswesen, die Tarifgemeinschaft, das angebliche Aufhören der Kampfesfreudigkeit und das Hinübergleiten in einen *Tradeunionismus* den Gewerkschaften zum Vorwurf gemacht wurde, nahm die *Generalkommission* die Gelegenheit wahr, in einer Besprechung kurz vor dem Jenaer Parteitag dem

Parteivorstand die Frage vorzulegen, ob auch er der Meinung sei, dass die gewerkschaftliche Taktik geändert werden müsse; ob im besonderen die Taktik des Bergarbeiterverbandes bei dem grossen Streik im Ruhrgebiet von ihm als richtig anerkannt werde. Die Antwort lautete: der Parteivorstand habe gegen die Taktik der Gewerkschaften nichts einzuwenden; und das Referat des Genossen Molkenbuhr in Jena enthielt eine Bestätigung dieser Auffassung. Nur in der Stellung der Maifeier und zum Massenstreik ergeben sich zwischen Parteivorstand und *Generalkommission* Meinungsverschiedenheiten. Diese laufen, was die Maifeier anlangt, auf die Frage hinaus, was nachhaltiger wirkt: Massendemonstrationen am Abend, oder Arbeitsruhe am Tag, wenn auch in kleinerem Umfange durchgeführt. Das ist schliesslich keine grundsätzliche Differenz, und daraus kann der Arbeiterbewegung unmöglich Schaden erwachsen, da gerade von seiten der Gewerkschaften erklärt wurde, dass nur mit Zustimmung der Partei hier eine Änderung eintreten könne. Erheblicher geht man allerdings in der Massenstreikfrage auseinander. Es mag sein, dass es besser gewesen wäre, wenn die *Generalkommission* vor dem Cölner Gewerkschaftskongress mit dem Parteivorstand eine Auseinandersetzung gepflogen hätte über die Frage des politischen Massenstreiks. Aber es stand ja auch dem nichts im Wege, dass der Parteivorstand anfragte: was gedenken die Gewerkschaften in Sachen des politischen Massenstreiks zu unternehmen? Über die Meinung des Parteivorstandes war vor Jena weder die Partei, noch die Gewerkschaft informiert. Es lag vielleicht die Überlegung nahe: wenn die Partei seit ihrem Bestehen, also ungefähr vierzig Jahre lang, achtlos an der ganzen Idee vorüberging, wenn einer ihrer bedeutendsten Vertreter sie als *Generalunsinn* bezeichnet hatte, so wird sie wohl nicht mit einem Male über Nacht eine wichtige Waffe im politischen Kampf werden können. Solch schnelle Wendung in der Wertung politischer Kampfmittel ist nicht jedermanns Sache. Wenn jetzt gesagt wird: wir haben diese Waffe nur hervorgeholt, um sie in unser Arsenal zu stellen, so lässt sich dagegen nicht viel einwenden, obwohl diese Spätererkenntnis nicht den Anspruch erheben kann, von wirklich sicherer Beurteilung getragen zu werden.



Schon vor dem Jenaer Parteitag und auch jetzt wieder ist die Frage aufgeworfen worden, wie in Zukunft Konflikte zwischen Partei und Gewerkschaft vermieden werden könnten. Darauf wäre zu antworten: Die Partei muss unstreitig versuchen, die Verschiedenheit der Kampfgebiete beider Zweige der Arbeiterbewegung zu berücksichtigen, und es hat ferner jene verletzende Verunglimpfung von Personen, wie sie leider in einem Teil der Parteipresse und auch in Versammlungen nach dem Cölner Kongress einsetzte ein für allemal aufzuhören. Gerade aus dieser Methode des persönlichen Herunterreissens erklärt sich recht eigentlich die heftige Tonart der Gewerkschaftskonferenz. Die gewerkschaftlichen Beamten bedürfen des Vertrauens zur Ausübung der ihnen obliegenden Verpflichtungen. Der Verlauf und der Abschluss eines Kampfes beruht nicht selten einzig auf diesem Vertrauen zum Leiter und Führer der Gewerkschaft. Der Gewerkschaftsangestellte ist in der ausserordentlich üblen Lage, nicht immer offen die Beweggründe für den Abschluss eines Kampfes den Mitgliedern zu unterbreiten. Er kann ihnen nicht die Kassenverhältnisse offenbaren, er kann ihnen nicht die schlechte Geschäftslage auseinandersetzen, weil das unter Umständen einen Verrat der eigenen

Schwäche gegenüber dem Gegner bedeuten würde. Er kann also jenes Vertrauen gar nicht entbehren, soll er seine Aufgabe im Interesse der Gewerkschaftsmitglieder wirklich erfüllen. Um so mehr muss die leider von einigen Parteigenossen in letzter Zeit systematisch betriebene Herabsetzung der Gewerkschaftsführer bedauert werden. Und nichts verfängt leichter bei der grossen Masse, als irgend ein geschickt eingeflochtenes Misstrauen, noch dazu, wenn dieses Misstrauen von angesehenen politischen Personen gehegt und als Stichwort in die Welt hinausgeschleudert wird. Dann verlieren die Differenzen den sachlichen Inhalt und werden zu schlimmen persönlichen Angriffen.

Nach wie vor wird die Verständigung zwischen Partei und Gewerkschaft, zwischen *Generalkommission* und Parteivorstand, gepflegt werden müssen. Ob der Vorschlag, ein parlamentarisches Komitee einzusetzen, in dem beide Korporationen vertreten sind, zurzeit für Deutschland praktisch erscheint, will ich dahingestellt sein lassen. In der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion sitzen ohnehin Vertreter der Gewerkschaften, und die Fraktion selbst bildet das beste parlamentarische Komitee. Allerdings sind die letzten Vorgänge sehr geeignet, das Vertrauen, das Parteivorstand und *Generalkommission* mit einander verbinden sollte, zu erschüttern. Der böse Eindruck, den die Behauptung machte, der Bericht der *Generalkommission* über ihre Verhandlungen mit dem Parteivorstand enthalte irreführende Darlegungen, lässt sich nicht verwischen. Noch peinlicher muss das Vorgehen des Parteivorstandes berühren, der gegen den Wunsch der beteiligten Gewerkschaftsvorstände das Protokoll der Konferenz veröffentlicht hat. Die *Generalkommission* konnte sich nicht zu dem Standpunkt bequemen, dass sie der Indiskretion der Lokalisten sich beugen und ihren bisherigen Standpunkt aufgeben sollte. Zudem sind in der Konferenz der Vorstände zum Punkt *Partei und Gewerkschaft* kaum Gesichtspunkte geltend gemacht worden, die nicht schon vorher in der Gewerkschaftspresse und in Zeitschriften in dieser oder jener Form zum Ausdruck gelangt waren. Auch der *Vorwärts* gibt zu, dass für die bürgerliche Presse das Protokoll keine Ausbeute bietet; er schrieb am 14. August:

»Die bürgerliche Presse ist bereits dabei, den vom *Vorwärts* veröffentlichten Teil des Protokolls der Gewerkschaftskonferenz gierig nach Zitaten zu durchschnüffeln, die sich zur Bereicherung einer politischen Skandalchronik benutzen liessen. Die Ausbeute ist aber so mager, dass sich damit nicht viel anfangen lassen wird. Da haben der Parteitag von Dresden und der *Vorwärts*konflikt denn doch eine ganz andere Ausbeute gewährt.«

Das Urteil ist sicherlich zutreffend. In der Tat haben Gewerkschaftskongresse der bürgerlichen Presse nie zu einer Ausbeute Anlass gegeben, wie etwa der Dresdener Parteitag. Das Argument einiger Parteiblätter, jenes Protokoll hätte auch veröffentlicht werden müssen, um der Gewerkschaftsbewegung Schutz zu bieten gegen die in der bürgerlichen Presse erhobene Kritik, ist somit nichts weniger als stichhaltig. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, als ob die Veröffentlichung des Protokolls eine gewisse Überhebung des Parteivorstandes zum Ausdruck bringt, als ob er indirekt damit andeutet, die Gewerkschaften hätten sich seinen Massnahmen unterzuordnen. Eine Auffassung, der die Gewerkschaften unter allen Umständen unbeugsamen Widerstand entgegensetzen müssen und werden.

Das einzig Erfreuliche an der Diskussion ist bisher, dass sie in ruhigen Bahnen

sich bewegt, dass sie versucht, die sachlichen Differenzen zu erfassen. Wenn der Parteitag die gleiche Richtung einschlägt, dann wird die Möglichkeit gegeben sein, jene Verstimmung in Gewerkschaftskreisen zu beseitigen, die auf der Konferenz der Zentralvorstände so beredten Ausdruck gefunden.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

ADOLPH VON ELM · MASSENSTREIK, SOZIALDEMOKRATIE UND GENOSSENSCHAFTSBEWEGUNG

NACHDEM in Kreuznach die modernen Konsumvereine vom *Allgemeinen Verband der auf Selbsthilfe beruhenden deutschen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften* gewaltsam abgetrennt worden sind und sich im *Zentralverband deutscher Konsumvereine* eine neue Organisation geschaffen haben, ist in mancher Beziehung eine erfreuliche Wandlung eingetreten. Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter haben mehr und mehr erkannt, dass die Konsumvereine nicht nur im stande sind, der arbeitenden Klasse wesentliche materielle Vorteile zu verschaffen, sondern dass sie bei richtiger Organisation den Gewerkschaften als solchen einen Rückhalt in wirtschaftlichen Kämpfen bieten können. Der Gewerkschaftskongress in Cöln /1905/ machte deshalb den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern den Beitritt zu den Konsumvereinen und die Propagierung genossenschaftlicher Ideen zur direkten Pflicht.

Die Erkenntnis von der Bedeutung der Genossenschaften hat ihr rasches Wachstum wesentlich gefördert. Im Jahre 1902 gehörten dem *Zentralverband* 585 Vereine mit 480 916 Mitgliedern an; im Jahre 1905 waren es 855 Vereine mit 719 239 Mitgliedern. Der Umsatz stieg von rund 147 auf 230, der Reingewinn von 12 auf 18 Millionen Mark. Die Zahl der beschäftigten Personen betrug 1903 7081, 1905 9595. In eigener Produktion wurden im Jahre 1905 für 21 Millionen Mark Waren hergestellt. In geradezu überraschendem Masse hat sich die *Grosseinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine* entwickelt; 1894 begann sie mit einem Umsatz von zirka 500 000 Mark; 1905 betrug er annähernd 39 Millionen Mark. Kein Zweifel: die Kreuznacher Scheidung hat der modernen Konsumvereinsbewegung genützt. Dem *Allgemeinen Verband* gehörten 1905 nur noch 252 Vereine mit 255 916 Mitgliedern und einem Umsatz von 51 Millionen Mark an. Im Sekretariatsbericht wird die Gesamtzahl der Mitglieder der Konsumvereine in Deutschland auf 1 100 000 geschätzt; $^{7}/_{10}$ hiervon sind mithin schon jetzt im *Zentralverband* organisiert, und das Verhältnis dürfte sich von Jahr zu Jahr mehr zu dessen Gunsten ändern.

Weit wichtiger, als das äussere Wachstum der Konsumvereine, aber ist die innere Wandlung, die sich seit Kreuznach in ihnen vollzogen hat. Auf den Genossenschaftstagen des *Allgemeinen Verbandes* durfte von den Gewerkschaften und der Unterstützung ihrer Forderungen nicht geredet werden. Dem Mannheimer Konsumverein wurde der Beitritt verwehrt, weil er in seinem Statut offen die Berücksichtigung der gewerkschaftlichen Forderungen aussprach, der Ausschluss der übrigen 98 Vereine erfolgte, weil man von ihnen an-

nahm, dass sie des gleichen *Vergehens* fähig sein würden. Der *Zentralverband deutscher Konsumvereine* hat sich aber von vornherein auf den Standpunkt gestellt, dass bei voller Wahrung ihrer Selbständigkeit die beiden grossen wirtschaftlichen Organisationen zur Hebung der Lage der arbeitenden Bevölkerung sich gegenseitig stützen und schützen müssten. Auf den Gewerkschaftskongressen erscheinen die Vertreter der Genossenschaften, auf den Genossenschaftstagen die Vertreter der Gewerkschaften. Dass es ihm Ernst ist mit der Anerkennung der gewerkschaftlichen Interessen, hat der *Zentralverband* auf jeder seiner Tagungen bewiesen. Auf dem Genossenschaftstag in Hamburg /1904/ wurde ein Lohn- und Arbeitstarif mit dem Bäckerverband beschlossen, in Stuttgart /1905/ eine Vereinbarung mit dem Handlungsgehilfenverband, in diesem Jahre in Stettin ein Tarif mit dem Verbande der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter. Es würde zu weit führen, an dieser Stelle auf den Inhalt jener Tarife näher einzugehen; darüber aber walten keinerlei Zweifel ob, dass, wenn die getroffenen Vereinbarungen und Tarife in den in Frage kommenden Gewerben überall — nicht nur bei den Genossenschaften, sondern auch bei den Privatunternehmern — durchgeführt sein werden, die beteiligten Arbeiter in ihren Lohn- und Arbeitsbedingungen ganz erheblich besser, als heute, gestellt sind. Der Stettiner Genossenschaftstag beschloss auch die Bildung eines Tarifamtes gemeinsam mit den Gewerkschaften, für welche Tarife abgeschlossen würden, und bekundete damit, dass es nicht nur die Absicht der Genossenschaften ist, Tarife zu vereinbaren, sondern sie auch durchzuführen; dass der *Zentralverband* mit den Gewerkschaften Frieden und Freundschaft, keinen Kampf will.

Rückhaltlos, ehrlich und offen hat der *Zentralverband* durch die im letzten Jahre aufgenommene statistische Erhebung die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Genossenschaftsangestellten vor aller Welt klargelegt, er hat damit nicht nur den Genossenschaften, sondern auch den Gewerkschaften einen Dienst erwiesen. Die Statistik beweist, dass die Angriffe der kapitalistischen Presse auf mindestens 80 % der Konsumvereine völlig unzutreffend sind. 186 Vereine mit 1642 Angestellten haben eine 48stündige und noch kürzere Arbeitsdauer pro Woche eingeführt, in 327 Vereinen mit 1131 Angestellten besteht die 49- bis 54stündige Arbeitszeit pro Woche; das Gros der Genossenschaftsangestellten (3739) ist in 55 bis 66 Stunden wöchentlicher Arbeitsdauer beschäftigt. Wenn man demgegenüber die Arbeitszeit in den konkurrierenden Betrieben betrachtet, so muss jeder vorurteilsfreie Mensch anerkennen, dass die Genossenschaften in ihrer übergrossen Mehrzahl den Privatbetrieben weit vorausgeeilt sind. In der Entlohnung ist dies noch weit mehr der Fall. Aus der Tatsache nun, dass zirka 20 % der Vereine gegenüber ihren Angestellten heute noch die gleiche Ausbeutungstaktik befolgen, wie die Privatbetriebe, hat allen voran natürlich die *Arbeitgeberzeitung* Kapital zu schlagen versucht, indem sie ihren Lesern nur diese Ausnahmen mitteilte und das Gesamtergebnis der Statistik wohlweislich verschwieg.

Eine ungemein interessante Tatsache zeigt eine vom Bäckerverband herausgegebene Liste über die Anerkennung des Bäckertarifs seitens der Genossenschaften. Überall dort, wo die Bäcker gewerkschaftlich organisiert sind, ist der Tarif anerkannt; dagegen ist in der Regel der Tarif bei denjenigen Genossenschaftsbäckereien nicht durchgeführt, in welchen die Bäcker nicht

Mitglieder ihrer Gewerkschaft sind. Bedarf es noch eines weiteren Beweises, um darzutun, wie notwendig ein Zusammenwirken von Gewerkschaften und Genossenschaften ist? Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter in solchen Vereinen sollten energisch darauf dringen, dass nicht nur die auf den Genossenschaftstagen vereinbarten Tarife anerkannt, sondern dass auch die in ihren Genossenschaften beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen zum Eintritt in die betreffenden Gewerkschaften veranlasst werden. Weiter aber beweisen die statistischen Erhebungen des Bäckerverbandes, dass diejenigen Genossenschaften, welche dem *Zentralverband* nicht angehören, sich um die vereinbarten Tarife absolut nicht kümmern. Im ganzen Gau Breslau, der noch treu zum alten *Allgemeinen Verband* steht, ist in keiner einzigen Bäckerei der Tarif anerkannt; der Breslauer Konsumverein beschäftigt 106 Bäcker, wovon, sage und schreibe, e i n e r (!) gewerkschaftlich organisiert ist; der Tarif ist dort nicht anerkannt. Die Genossenschaften sind selbstverständlich unter den heutigen Verhältnissen nicht im stande, die sämtlichen, manchmal recht weitgehenden Wünsche ihrer Angestellten zu befriedigen; das bedingt die durch die privatkapitalistische Konkurrenz gebotene Rücksichtnahme auf die Interessen der Arbeiter als Konsumenten. Es ist, auch vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus betrachtet, durchaus nicht wünschenswert, eine kleine Anzahl von Berufsangehörigen, die nun zufällig das Glück haben, in einer Genossenschaft angestellt zu sein, weit über den allgemeinen *standard of life* ihrer Kollegen zu erheben. Was vereinbart ist, muss durchgeführt werden, weitergehende Wünsche sind in beiderseitigem Interesse zurückzustellen, bis eine neue allgemeine Vereinbarung getroffen ist. Die Hauptsache ist und bleibt doch die Kräftigung der Gewerkschaften durch die Genossenschaften und umgekehrt der Genossenschaften durch die Gewerkschaften.

Der Bund der Gewerkschaften und der Genossenschaften ist in Deutschland eine vollzogene Tatsache; er wird von Jahr zu Jahr eine grössere Macht entfalten. Bewusst müssen die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter darauf hinwirken, dass ein immer grösserer Teil der von ihnen konsumierten Waren in eigener genossenschaftlicher Produktion hergestellt wird. Nach dem letztjährigen Bericht der britischen Genossenschaften sind dort in ihnen 99 244 Personen beschäftigt, davon in der Eigenproduktion 42 564, also nahezu die Hälfte. Was die englischen Arbeiter vollbringen konnten, können auch die deutschen, die Entwickelungsbedingungen sind auf diesem Gebiete die selben. Nur mangelt es in Deutschland heute noch vielfach an der richtigen Erkenntnis der Notwendigkeit und der gewaltigen Bedeutung einer solchen Entwickelung.

Um diese Erkenntnis überall zu fördern, muss ein dritter dem Bunde beitreten, mit Energie die genossenschaftlichen Ideen propagieren: d i e s o z i a l - d e m o k r a t i s c h e P a r t e i. Es versteht sich von selbst, dass dieses Bündnis nur dann Erfolg haben kann, wenn jeder Teil seine volle Selbständigkeit behält. Genossenschaften und Gewerkschaften dürfen um ihrer selbst willen keine Parteipolitik treiben. Die Förderung der Genossenschaften durch die sozialdemokratische Partei muss diese ebenfalls i h r e r s e l b s t w e g e n unternehmen; die Partei muss erkannt haben, dass die genossenschaftliche Organisierung der Massen des Volkes eine notwendige Vorarbeit ist auf dem Wege zum Sozialismus. Oder ist das etwa nicht der Fall?

Durch die genossenschaftliche Organisation sind gewaltige Grossbetriebe auf dem Gebiete der Verteilung der Lebensmittel entstanden. Eine sozialistische Gesellschaft mit einer immensen Zahl kleiner Zwergbetriebe zum Zwecke der Warenverteilung wird jeder Sozialist für einen Nonsens halten; nun also, die Genossenschaften vollführen hier eine Wandlung auf dem Boden der jetzigen Gesellschaft, die für die sozialistische Gesellschaftsordnung eine notwendige Voraussetzung ist. Gegenüber dem Einwand, dass dies auch ohne Genossenschaften geschehen werde, ist zu erinnern, dass es zunächst doch ein gewaltiger Unterschied ist, ob die durch eine solche vollkomenere Organisation entstehenden Vorteile den Proletariern sowohl als Konsumenten, als auch als Produzenten zu gute kommen, oder ob der Löwenanteil daran einer Handvoll Grosskapitalisten zufällt. Die genossenschaftliche Organisation wird, wo ihre Existenzmöglichkeit durch den Massenkonsum gesichert ist, mit der Zeit jegliche kapitalistische Konkurrenz besiegen, weil sie den Massen mehr bietet, als ein Privatbetrieb. Die beiden britischen Grosseinkaufsgesellschaften hatten im letzten Jahr einen Umsatz von 543 Millionen Mark. Es gibt keinen kapitalistischen Privatbetrieb, welcher im Handel mit der gleichen Warengattung einen derartigen Umsatz zu erzielen im stande wäre. Dass 2 206 000 Konsumenten ständig ihren Bedarf einem Privatbetrieb entnehmen, das ist einfach ein Ding der Unmöglichkeit. Derartige Riesenkäuferorganisationen sind nur auf genossenschaftlichem Wege denkbar, da muss das Privatkapital die Segel streichen. Das gleiche zeigt sich in den Gewerben, in welchen die Genossenschaften auf Grundlage des organisierten Konsums zur Warenproduktion übergehen. In den Genossenschaftsfabriken zur Herstellung von Schuhwaren arbeiten zirka 6400 Arbeiter; es ist in dieser Branche bereits eine Teilung der Arbeit eingetreten. Während in einer Fabrik das derbere Fusszeug angefertigt wird, wird in anderen Fabriken ausschliesslich das leichtere, werden Damen- und Kinderschuhe hergestellt. Die Schuhfabrik der englischen Grosseinkaufsgesellschaft in Leicester beschäftigt 2500 Arbeiter; in Grossbritannien und auch wohl in der ganzen Welt gibt es keine gleich bedeutende Schuhfabrik in der Privatindustrie; auch das Teegeschäft der Gesellschaft mit seinen 3450 Angestellten, die Seifenfabrik mit 504 Arbeitern dürften von der Privatkonkurrenz nicht erreicht werden. Die grösste Bäckerei der Welt ist zweifellos die Glasgower Genossenschaftsbäckerei; dort sind über 1000 Arbeiter beschäftigt, der Umsatz betrug im Jahre 1901 schon über 7 Millionen Mark, der Gewinn 856 000 Mark.

Gerade an dieser Bäckerei lässt sich die Überlegenheit eines genossenschaftlichen Grossbetriebes gegenüber der Privatindustrie aufs beste demonstrieren. Die Arbeiter haben die 8stündige Arbeitszeit, erhalten pro Woche an Lohn 1 Mark mehr, als in Privatbetrieben, die Arbeiter sind am Produktionsgewinn beteiligt, sie erhielten im Jahre 1901 112, 118 Mark, das ergibt für den einzelnen Arbeiter 112 Mark. Es versteht sich, dass die Arbeiter auch Mitglieder des Konsumvereins sind, welcher im Jahre 1901 durchschnittlich 94 Mark Rückvergütung zahlte. Man rechne zusammen: 52 Mark mehr Lohn, 112 Mark Produktionsgewinnanteil, 94 Mark Rückvergütung: das ergibt 258 Mark im Jahr Mehreinkommen gegenüber der Privatindustrie. Dass wir zurzeit noch gezwungen sind, bei der Demonstrierung der Nützlichkeit und Notwendigkeit der genossenschaftlichen Organisation immer wieder auf Grossbritannien hin-

weisen zu müssen, ist teilweise der späteren kapitalistischen Entwickelung in Deutschland, zum nicht geringen Teil aber auch der in ihren Anfangsstadien vornehmlich einseitig politisch geleiteten Arbeiterbewegung zuzuschreiben — in schroffem Gegensatz zu den ebenso einseitig vornehmlich wirtschaftlich geleiteten englischen Gewerkschaften.

Kein vernünftiger Genossenschafter wird nun behaupten wollen, die Genossenschaft sei das Allheilmittel zur Beseitigung aller gesellschaftlichen Schäden; kein noch so eifriger Genossenschafter wird wünschen, dass die Post, die Telegraphie, die Eisenbahnen, der Schiffsverkehr durch freie Genossenschaften verwaltet werden sollen; die Kooperation auf diesen Gebieten kann nur durch eine auf demokratischer Grundlage beruhende Staatsorganisation vollbracht werden, das gleiche trifft zu für die grossen Werften, Eisen- und Bergwerke. Kein Genossenschafter wird wollen, dass die städtischen Verkehrsmittel, elektrische Bahnen, Stadtbahnen, Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerke Genossenschaften übergeben werden sollen. Hier haben die Gemeinden einzugreifen, um diese Institutionen der kapitalistischen Ausbeutung zu entziehen. Mich dünkt aber, die Besorgnis, durch die Anerkennung der Genossenschaften als Institutionen, die zu einem Teil dazu berufen sind, die Sozialisierung in einigen Gewerben und im Handel anzubahnen, könnte die Bedeutung der politischen Bewegung in den Augen der Arbeiter verkleinert werden, ist ganz unbegründet. Im Gegenteil, wenn in Deutschland durch freie Genossenschaften erst derartige Riesenproduktivbetriebe, wie in England, geschaffen worden sind, dürfte auch dem blödesten Philister klar werden, dass der Sozialismus keine Utopie, sondern praktisch durchführbar ist. Schon dieses Anschauungsunterrichtes wegen müssen Sozialisten die Genossenschaften und deren Eigenproduktion zu fördern bestrebt sein.

In der Parteipresse hat man sich jetzt wochenlang mit der Frage der Möglichkeit der Durchführung eines Massenstreiks befasst. Ich gehöre zu denen, die der Meinung sind, dass in Deutschland die in der Jenaer Resolution betonten Voraussetzungen für einen Erfolg versprechenden Massenstreik noch nicht erfüllt sind. Genossen, welche den Massenstreik nicht nur als Phrase im Munde führen, welche nicht nur einen einige Stunden währenden Demonstrationsstreik organisieren wollen, sind heute schon der Überzeugung, dass in gleichem Masse, wie die Gewerkschaftsbewegung, die Genossenschaftsbewegung einem Generalstreik als Stützpunkt zu dienen berufen ist. Es kommt nur auf eine zweckentsprechende Organisation in den Konsumvereinen an. Die Mitglieder der Hamburger *Produktion* erhalten ihre Rückvergütung (Dividende) nicht eher ausbezahlt — wohl verstanden: nicht ausbezahlt, wohl aber gutgeschrieben —, bis sie zu einem personellen Notfonds von 100 Mark angewachsen ist. Es ist von grossem Interesse, dass die *Produktion*, die auf dem Parteitag in Hannover /1899/ noch als *Sparverein* verhöhnt wurde, es in wenigen Jahren zu stande gebracht hat, durch ihre Organisation eine so grosse Zahl von Arbeitern zu solchem *Sparen* zu erziehen. Mit den Zuschreibungen vom letzten Jahr dürfte der Notfonds der Mitglieder der *Produktion* bereits die Summe von 200 000 Mark erheblich überschritten haben; dazu kommt das Geschäftsanteilkonto mit über 400 000 Mark, so dass die am Schluss des letzten Jahres vorhandenen zirka 20 000 Mitglieder ein eigenes Kapital von über 600 000 Mark hatten. Wäre die Hamburger Arbeiterschaft in ihrer Gesamtheit

zur Zeit der Wahlrechtsbewegung Mitglied der Produktion gewesen, so hätte man nicht das unsichere Experiment eines halbtägigen Massenstreiks zu machen brauchen, man hätte ihn getrost wochenlang durchführen können. Eine grosse Bäckerei, die täglich für Brot, eine Schlachterei, die für Fleisch sorgt: wo solche Genossenschaftsinstitutionen bestehen und ausserdem durch Reservefonds vorgesorgt ist, dass der Genossenschaft die Gelder nicht ausgehen, da ist ein Massenstreik für längere Zeit ohne weiteres durchführbar, sobald nur die politisch und gewerkschaftlich organisierten Massen der Genossenschaft angehören. Auf die in Grossstädten nie zu organisierenden Paupers braucht man dabei wirklich keine Rücksicht zu nehmen, wenn diese auch, wie bisher üblich, den oberen Zehntausend als Hilfstruppen sich zur Verfügung stellen, anstatt, wie in Hamburg, *Schopenstehlereien* zu begehen. Mit diesen Kolonnen ist auf die Dauer die durch das Stocken von Industrie, Handel und Verkehr in ihren Lebensinteressen gefährdete Gesellschaft nicht zu retten.

Je leidenschaftlicher wir mit der *ultima ratio* des politischen Massenstreiks den Räubern der Volksrechte entgegenzutreten gewillt sind, desto kaltblütiger müssen wir die Durchführungsmöglichkeit aller Orten vorbereiten. Geradezu kindlich mutet es doch an, wenn auf dem Boden der materialistischen Geschichtsauffassung stehende Genossen mit leeren Kassen und leeren Mägen aus dem Chaos heraus einen Massenstreik zu siegreichem Ende führen wollen. Das ständige Reden vom Massenstreik allein tut's wahrlich nicht, darin stimme ich völlig mit sämtlichen Gewerkschaftsführern überein, dadurch macht man dieses unser gewaltigstes Kampfmittel nur lächerlich; die genügende Vorbereitung zum Kampf durch Gewerkschaften und Genossenschaften in der Art der Hamburger *Produktion*: das ist die Hauptsache. Man sage mir nicht: dazu können wir die Massen nicht bewegen. Wir müssen es, wollen wir siegen; wir können es, wenn wir alle in dieser Richtung wirken. Das schreiende Unrecht des elendesten aller Wahlsysteme, wir haben es in Preussen über ein halbes Jahrhundert ertragen trotz der von uns seit einem Menschenalter wahrlich mit glühender Begeisterung betriebenen politischen Aufklärungsarbeit. Wie anders, als durch zweckentsprechende Organisation auf wirtschaftlich realer Grundlage, wollen es denn unsere Heisssporne jetzt im Handumdrehen zu Fall bringen?

Der Passus der in Hannover beschlossenen Resolution Bebel, der von den Genossenschaften handelt, bedeutet gegenüber früher gefassten Beschlüssen ohne Zweifel einen Fortschritt, es ist richtig, wenn es dort heisst: »sie [die Partei] misst diesen Wirtschaftsgenossenschaften keine entscheidende Bedeutung bei für die Befreiung der Arbeiterklasse aus den Fesseln der Lohnsklaverei«, aber welche Bedeutung die Genossenschaften besitzen, wird nicht gesagt. Eine allein entscheidende Bedeutung für den Emanzipationskampf der Arbeiterklasse kommt auch der politischen Organisation nicht zu; ohne die wirtschaftlichen Organisationen, ohne Gewerkschaften und Genossenschaften wird dieser nicht zu einem siegreichen Ende geführt werden. Dies einmal auf einem Parteitag frank und frei auszusprechen, ist eine Notwendigkeit. Die in Hannover beschlossene Neutralität der Partei gegenüber den Genossenschaften bedeutet heute noch für viele Parteigenossen deren völlige Ignorierung, wenn nicht gar Bekämpfung. Es wäre eine unverzeihliche Unterlassungssünde, wenn die Partei nicht rechtzeitig einen den Wert und die Bedeutung der Ge-

nossenschaften in bestimmter Weise würdigenden Beschluss fassen würde, wozu sie schliesslich durch die wachsende Macht der Genossenschaften doch gezwungen sein wird.

Wenn auch schon der Parteitag in Hannover in seiner Resolution die Genossenschaften »als ein geeignetes Mittel zur Erziehung der Arbeiterklasse zur selbständigen Leitung ihrer Angelegenheiten« anerkannte, wenn auch Genosse Bebel betonte, diese Erziehung selbst sei ein Vorteil für die Zukunft, je geschulter unsere Genossen im Verwaltungsmechanismus seien, um so leichter könnten wir schliesslich an das Werk der Sozialisierung der Wirtschaft gehen, so blieb doch unausgesprochen, dass die Genossenschaften im stande sind, ein gut Teil Sozialisierungsarbeit selbst zu schaffen. Nicht allein das zu betonen, sondern auch die Parteigenossen aufzufordern, durch die Genossenschaften diese Sozialisierung, die Errichtung von modernen genossenschaftlichen Konsum- und Produktionsgrossbetrieben zu fördern, durch ernste Betätigung eines praktischen Idealismus in den Genossenschaften den Krämergeist zu bannen und sie zu einer Waffe im Emanzipationskampf auszugestalten: das muss durch die Partei als Pflicht jedes Sozialisten erklärt werden.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

MAX SCHIPPEL · DIE KONKURRENZ DER FREMDEN ARBEITSKRÄFTE · ZUR TAGESORDNUNG DES STUTTGARTER INTERNATIONALEN KONGRESSES

I

GLEICH nach Weihnachten hoffe ich, in einem unserer Parteiverlage, bei Dietz, ein grösseres ökonomisch-historisches Werk über *Kuliarbeit und die Chinesenfrage in Amerika, Australien und Südafrika, Geschichte eines internationalen Arbeitsproblems*, herauszubringen. Subjektive Betrachtungen und Urteile liegen mir dabei selbstverständlich vollständig fern, einfach deshalb, weil sie ganz und gar aus dem Rahmen einer wirtschafts- und sozialgeschichtlichen Untersuchung herausfallen würden. Der Historiker einer so tiefgehenden modernen Völkerwanderung und so folgenschwerer moderner Arbeiterkonflikte hat lediglich nachzuweisen: wieweit und in welcher Gestalt die Produktionsweise und die ganze soziale Verfassung Chinas bestimmte Auswanderungsströmungen und Arbeitswettbewerbe erzeugte und begünstigte, welche Gegenströmungen in den bourgeoisen, kleinbesitzenden und proletarischen Kreisen der Einwanderungsstaaten durch die ganz neuartige Rassenbeimischung und Arbeitskonkurrenz erzeugt wurden, zu welchen Klassengruppierungen und Klassenforderungen, zu welchen inneren politischen Kämpfen und schliesslich zu welchen gesetzgeberischen Niederschlägen und tatsächlichen Ergebnissen diese ganze, noch vor einem halben Jahrhundert kaum zu ahnende soziale Entwickelung führte. Auch den parteigenössischen Lesern hoffe ich durch Darbietung eines bisher ganz ungehobenen und unverarbeiteten Tatsachenmaterials mehr zu dienen, als durch billige Spekulationen darüber, wie der sozialwirtschaftliche Werdegang dreier grosser überseeischer Erdstriche *richtiger* und *besser* hätte verlaufen können,

wenn — alles, Menschen wie Verhältnisse, nach Wunsch anders gewesen wäre, als es nun einmal in Wirklichkeit war.

Aber wenn die objektive Ausschöpfung und Darlegung des realen Erfahrungsstoffes, das Aufdecken der kausalen Zusammenhänge von fest gegebenen Ursachen und notwendig eingetretenen Wirkungen die eine Seite, die den ökonomischen Historiker ausschliesslich interessierende Seite des fertig vorliegenden Entwickelungsprozesses ist, so ist das Lernen aus der vergangenen Erfahrung, die *Moral von der Geschicht'* zwar eine ganz andere Seite, aber für fortbestehende politische Fragen, für Fragen des Wollens und des ferneren praktischen Verhaltens unter Umständen nicht minder wichtig. Schon mit dem Fortschreiten der rein historischen Untersuchung habe ich mich deshalb immer häufiger veranlasst gesehen zu vergleichenden und kritischen Betrachtungen über die bald rasch wechselnden, bald schier unausrottbar sich festwurzelnden Auffassungen, Rechtfertigungen, Warnungen und Hoffnungen der direkt an den Klassen- und Rassenkämpfen Beteiligten, sowie der fernerstehenden Beobachter, in erster Linie natürlich immer der lohnarbeitenden Massen. Eine einheitliche Stellungnahme innerhalb der selben sozialen Klasse oder auch nur innerhalb des engeren Kreises, der sonst von ganz den gleichen prinzipiellen Klassengrundanschauungen ausgeht, hat sich bis zur Stunde noch nicht herauszubilden vermocht, obwohl es an Anläufen zur Klärung und Verständigung nicht gefehlt hat. Da der nächstjährige internationale Sozialistenkongress in Stuttgart das Fremdenproblem und die damit zusammenhängenden Streitfragen abermals auf der Tagesordnung hat, und der Mannheimer Parteitag sich mit jenem kommenden Kongress selber beschäftigen wird, so seien die deutlich erkennbaren Meinungsunterschiede und Strömungen innerhalb der international so vielgestaltigen Arbeiterbewegung kurz hervorgehoben.

II

DIE erste instinktive Regung der von der Auslandskonkurrenz bedrohten Besitzer der Ware *Arbeitskraft* strebt erklärlicherweise überall auf einfache Ausschaltung der Preisdrücker aus der Sphäre des Arbeitsmarktes hin. Der Pole in den altdeutschen Bergwerksrevieren, der Italiener bei den Bauten, der Farbige auf den Schiffen wird im Kampfe um Dasein und Brot als ein Schädling und deshalb als ein Feind empfunden, den man sich am besten ganz und gar vom Halse hält. Nicht selten hat dabei die Selbsthilfe zu entsprechenden Arbeitsniederlegungen, zu Boykotts, zu Tumulten mit blutigem Ausgang und gerichtlichem Nachspiel geführt. Solche Vorgänge sind für die Massenpsychologie zweifellos immer sehr lehrreich. Die Erregung über die Mongolenüberschwemmung loderte in den kolonialen Gebieten mitunter sogar zu förmlichen Aufständen und Strassenschlachten auf. Aber die bewusste ruhige Überlegung spielt dabei kaum eine Rolle; diese Art der Abwehr bleibt bei noch so augenfälliger Ausdehnung unterhalb der Grenzen des organisierten gewerkschaftlichen und politischen Strebens.

Gleichfalls noch halb wildgewachsen, mehr aus dem Gefühl und dem Augenblick heraus entstanden sind ferner viele der Anträge und Beschlüsse, die bald da, bald dort in kommunalen und staatlichen Vertretungen auftauchen,

um einer unliebsamen Konkurrenz wenigstens einen kleinen Dämpfer aufzusetzen. Immerhin hat sich auf diesem Wege, still und unbeachtet, bereits eine Art ständiger Praxis zu bilden begonnen. Oft setzt die differentielle Begünstigung oder Benachteiligung schon bei der Scheidung von Gemeindeangehörigen und Gemeindefremden ein. So teilte 1904-1905 bei der Umfrage über die kommunalen Notstandsarbeiten die Stadt Berlin mit, dass in den vorangegangenen Wintern allgemein das Prinzip aufgestellt war, offene Stellen bei städtischen Arbeiten nur durch ortsangehörige Arbeiter zu besetzen und unter diesen wieder diejenigen Personen zu bevorzugen, die bereits längere Zeit in Berlin ihren Wohnsitz haben. Ähnlich andere Städte. In sächsischen Kommunalvertretungen, wie 1904 in Chemnitz, haben Parteigenossen für die Regelung des Submissionswesens beantragt, dass Bewerber von städtischen Arbeiten dann ausgeschlossen sein sollten, »wenn sie nichtdeutsche Gehilfen und Arbeiter in erster Linie beschäftigen«.[1]) Eine ausserordentliche, besondere Heranziehung der Ausländer zu den Kommunalsteuern hat man mehrfach versucht und verlangt. So in den letzten Jahren in Sachsen betreffs der Böhmen, die Woche für Woche, oder auch Tag für Tag von ihrer sächsischen Arbeitsstätte über die Grenze zurückkehren und *nur* unter die böhmische direkte Besteuerung fielen, die also, wie man behauptete, im Gegensatze zu den sächsischen Arbeitern erst von 600 Gulden ab steuerpflichtig waren. In amerikanischen Staaten ist mehrfach die Bevorzugung der heimischen Arbeiter gesetzlich angeordnet. Zum Beispiel lautet eine Bestimmung des Staates Massachusetts wörtlich:

»Bei der Beschäftigung von Arbeitern aller Art [mechanics and laborers] für die Durchführung öffentlicher Unternehmungen seitens des Staats, der Grafschaft, der Stadt oder der Gemeinde oder seitens der Übernehmer von vertragsmässigen Lieferungen sind die Bürger des Staates zu bevorzugen oder, wenn diese nicht in genügender Zahl vorhanden sind, die Bürger des Bundes, und jeder Vertrag betreffs solcher Unternehmungen hat eine dahinzielende Klausel zu enthalten. Ein Unternehmer, der bewusst und absichtlich die Vorschriften dieser Sektion übertritt, soll für jeden Verstoss bis zu 100 Dollars Geldstrafe zahlen.«

Als vor einiger Zeit in der Schweiz — für die die Fremdenfrage bekanntlich eine ungewöhnliche Bedeutung erlangt hat — die Regelung des Submissionswesens zur öffentlichen Debatte stand, forderte die Arbeiterunion Zürich von den Submittenten, dass sie vorzugsweise niedergelassene Arbeiter beschäftigen und in Zeiten grosser Arbeitslosigkeit auf Antrag der Behörde bei Anstellung von Arbeitern zunächst diejenigen berücksichtigen, die länger als 6 Monate am Ort niedergelassen sind. Dr. Hans Müller, der Konsumvereinsführer, formulierte unter vielfacher Zustimmung einen ähnlichen Gedanken noch schärfer:

»Für den Fall, dass die Submissionsarbeit nicht auswärts gemacht werden muss, wird den Submittenten vorgeschrieben, an der Submissionsarbeit vorzugsweise einheimische Arbeiter zu beschäftigen; gegebenenfalls wird die Mitbeschäftigung fremder Arbeiter überhaupt ausgeschlossen oder auf einen bestimmten Bruchteil beschränkt.«

Ähnliche Durchbrechungen des Mindestpreisprinzips zu gunsten der staats- oder ortsangehörigen Arbeiterproduzenten, zu ungunsten der staats- oder ortsfremden Arbeiter, und ähnliche Durchlöcherungen der formell-rechtlichen Gleichheit und Gleichbehandlung liessen sich noch in fast endloser Reihe und in mannigfaltigster Art verzeichnen. Doch messen wir solchen kleinen Abweichungen vom Pfade der sonst gepredigten Tugend höchstens symptomatischen Wert

[1]) Vergl. die Chemnitzer *Volksstimme* vom 25. März 1904.

bei. Oft sind die Abweichungen überhaupt nur scheinbare, wie bei manchen Steuerentscheidungen; oder es hat ihren Urhebern nichts ferner gelegen, als die bewusste Geltendmachung eines Differenzierungsprinzips.

III

VIEL bedeutsamer jedoch, weil zum Teil wohlüberlegt, ist die Haltung einzelner grosser gewerkschaftlicher Organisationen. Die drastischsten Belege bietet hier eigentlich das Ausland, mit Amerika und Australien an der Spitze, jedoch England gleichfalls eingeschlossen. Wir beschränken uns hier auf Deutschland, wo für unsere Frage in erster Linie die Bergleute, die baugewerblichen Arbeiter und die Seeleute in Betracht kommen. Die Klagen über das Vordringen der Polen, der Italiener, der Farbigen darf ich hier als bekannt voraussetzen. Weniger bekannt ist, dass gelegentlich die Forderung weitestgehender Fremdenzurückdämmung einen starken Anhang fand, obwohl meines Erachtens unter den deutschen Arbeitern eine eigentliche Fremdenfeindseligkeit noch in keinem Berufe zur vorherrschenden Strömung geworden ist.

So beschloss im April 1900 der *Bergarbeiterverband* auf der Altenburger Tagung einstimmig:

»Die Generalversammlung ersucht die Reichsregierung, den Import fremdsprachiger ausländischer Arbeiter in die Bergreviere zu verbieten, da die Unkenntnis der deutschen Sprache im Bergbau die Gefahren desselben wesentlich erhöht. Auch die Rechtlosigkeit der ausländischen Arbeiter gegenüber den Versicherungskassen (Knappschaftskassen) legt es uns nahe, im Interesse der Ausländer gegen die weitere Anlegung derselben zu protestieren.«

Mit der letzten Forderung ist offenbar das Pferd in der Eile beim Schwanze aufgezäumt worden, und spätere Arbeiterkongresse haben hier den richtigeren Weg betreten, das heisst, sie haben die Vollverpflichtung, wie auch die Vollberechtigung der Ausländer in allen Zweigen der Arbeiterversicherung verlangt. Aber dem ersten Satz suchte Hue nicht minder nach Möglichkeit die bedenkliche Spitze abzustumpfen: die Resolution entspringe keineswegs dem Chauvinismus, es solle nur vermieden werden, dass Arbeiter Ortsälteste werden, die nicht Deutsch reden und deshalb mit ihren Leuten sich kaum verständigen können; darin liege eine ausserordentliche Gefahr im Bergbau.

Die *Italienerfrage* hat der *Grundstein*, das wichtige deutsche Maurerfachblatt, meist rein opportunistisch behandelt. Als wichtigste gewerkschaftliche Aufgabe, schrieb das Blatt am 27. August 1904, wäre ins Auge zu fassen, die ausländischen Arbeitskonkurrenten den Organisationen anzugliedern und allgemein verbindliche Mindesttarife durchzusetzen:

»Ist das erreicht, so können die Unternehmer ausländische Arbeiter nicht mehr anwerben zu dem Zweck, die Löhne drücken und die Arbeiterorganisation schädigen und zerstören zu helfen. Dann wird die Zahl der beschäftigten ausländischen Arbeiter in das richtige Verhältnis zu der Zahl der einheimischen Arbeiter, welche mit Recht Beschäftigung in erster Linie zu fordern haben, gebracht werden können.«

Nicht ganz im Einklang damit stehen jedoch vielfache Warnungen im selben Fachblatt, das am 22. Oktober 1904 in einer Polemik gegen den allzu italienerfreundlichen Genossen von Wächter also sich äussert:

»In dieser Richtung hat sich gerade unser Verband seit Jahren redlich und energisch betätigt; er hat stets grossen, ja, einen entscheidenden Wert darauf gelegt, dass sich

die italienischen Kollegen ihm anschliessen und sich seiner Disziplin fügen . . . . Bei uns in Deutschland hat es wahrlich nicht gefehlt an Bemühungen der organisierten Arbeiterschaft, dem Unheil der wilden Konkurrenz zu steuern. Leider steht der Erfolg in keinem Verhältnis zu den Bemühungen, und das liegt daran, dass — wovon Herr von Wächter offenbar . . . nichts weiss — die Aufklärung der Arbeiter in Italien fehlt. Immer neue Massen indifferenter Arbeiter kommen von dort zu uns herüber. Herr von Wächter will, dass ›italienisch-deutsche Verbände‹ angestrebt werden. Das liest sich so leicht, nimmt sich auf dem Papier so schön aus und ist doch so ungemein naiv! Man kann in Ansehung der realen Verhältnisse zunächst nur darauf dringen, dass es die italienischen Arbeiter in ihrer Heimat selbst zu starken Organisationen bringen. Und dann kann davon die Rede sein, dass diese Organisationen mit den deutschen Fühlung nehmen, sich mit ihnen verständigen, damit Lohndrückerei und Streikbrecherei verhütet werden. Wir unterschätzen den Wert des Eintritts der italienischen Arbeiter in unsere Organisationen nicht. Aber wir geben uns auch nicht der Illusion hin, dass damit schon alles getan sei. Wenn es gelänge, sämtliche oder nur den grössten Teil der in Deutschland arbeitenden Italiener in unsere Organisation zu bringen, sie auf die gewerkschaftliche Disziplin und die gewerkschaftlichen Arbeitsbedingungen zu verpflichten, so würde unser Unternehmertum kein Interesse mehr daran haben, sie unter Zurückdrängung der einheimischen Arbeiter zu beschäftigen. Das Unternehmertum bevorzugt sie nur dann, wenn sie sich gebrauchen lassen gegen die Interessen der deutschen Arbeiterschaft. Auch seitens unserer Behörden sind sie nur unter dieser Voraussetzung gelitten. Es ist gar nicht in Abrede zu stellen, dass die Massen der italienischen Arbeiter sehr wohl wissen, woran sie in diesem Punkte sind, und dass das einer der wesentlichsten Gründe mit ist, weshalb sie unseren Organisationen fern bleiben. Das muss auch einmal offen heraus gesagt werden; denn nichts ist bedenklicher, als die Augen vor solchen Tatsachen zu verschliessen, die für die Beurteilung einer Frage entscheidend sind. Das Solidaritätsprinzip und das Interesse der organisierten Arbeiterschaft Deutschlands gebieten, für den Eintritt der italienischen Kollegen in unsere Organisation zu wirken. Aber man darf sich nicht verhehlen, dass es mit [aus?] den vorerwähnten Gründen unmöglich sein wird, die Massen der italienischen Arbeiter zu gewinnen. Denn hier steht tatsächlich Interesse gegen Interesse innerhalb der Arbeiterschaft selbst: ein Gegensatz, den man mit noch so energischer Berufung auf die *internationale Solidarität der Arbeiter* nicht überwindet.‹

Ja, selbst der ersterwähnte Artikel räumt ein, dass mit den darin entwickelten Vorschlägen ›einer grossen Zahl italienischer Arbeiter die Möglichkeit genommen wird, sich bei uns ihr Brot zu verdienen‹. Aber es sei nicht einzusehen, dass es gerecht ist, deutsche Arbeiter entgelten zu lassen, was die italienische politische Misswirtschaft an Begehungs- und Unterlassungssünden gegen die Arbeiterklasse Italiens sich zu schulden kommen lasse:

›Mögen sie [die herrschenden Klassen und die Regierung Italiens], statt sich der überschüssigen Arbeitskraft in rücksichtsloser Weise zum Nachteil der Arbeiter zu entledigen, bessere wirtschaftliche und soziale Zustände im eigenen Lande und damit den dortigen Arbeitern günstigere Existenzbedingungen schaffen. Sie auf diese Bahn zu drängen, zu zwingen, dürfte die Regelung der *Ausländerfrage* nach unseren Vorschlägen ein sehr gutes Mittel sein. Es kommt als Notwehr unter allen Umständen hinzu, dass, entsprechend einer Forderung unserer organisierten Arbeiterschaft, die bauenden Behörden gehalten sind, den mit der Ausführung ihrer Bauarbeiten betrauten Unternehmern zur Pflicht zu machen, dass sie in erster Linie einheimische Arbeiter beschäftigen und die mit der Arbeiterorganisation vereinbarten Arbeitsbedingungen inne halten. Würde diese Massnahme allgemein von den Reichs-, Staats- und Gemeindebehörden durchgeführt, so wäre damit schon viel gewonnen, der wilden Konkurrenz eine erhebliche Schranke gesetzt, und es würde dann um so leichter sein, denselben Grundsätzen auch bei den Privatunternehmungen Geltung zu verschaffen. Auch auf diesem Gebiete die *Ausländerfrage* zu regeln, hätte dann die gewerkschaftliche Arbeiterorganisation eine bedeutende und unangreifbare Stütze. In dieser Rich-

tung sich immer entschiedener zu betätigen, muss die Arbeiterorganisation als eine ihrer wichtigsten Aufgaben erachten.«

Die organisierten Seeleute Deutschlands seien hier nur kurz erwähnt. Die vierte Generalversammlung des Verbandes fasste 1905, nach einer eingehenden Begründung durch Drescher-Bremerhaven, einstimmig diesen Beschluss:

»Die vierte Generalversammlung des Verbandes der Seeleute legt dagegen Protest ein, dass auf deutschen, vom Reiche subventionierten Schiffen Chinesen als Lohndrücker angestellt und dadurch die deutschen Seeleute, die Steuerzahler sind, von der Arbeit auf diesen Schiffen immer mehr verdrängt werden. Der Verbandstag beauftragt den Zentralvorstand, bei der Reichsregierung dahin vorstellig zu werden, dass die Verwendung von farbiger Mannschaft auf subventionierten Schiffen verboten wird.«

IV

ZWEIFELLOS darf der Sozialismus in vielen Beziehungen beanspruchen, dass er den wild naturwüchsigen, rein empirisch tastenden, mitunter noch beruflich recht kurzsichtigen partiellen Arbeiterbewegungen verholfen habe zu weiterem, umfassenderem Blicke, zur Rücksichtnahme auf die allgemeinen Lebens- und Entwickelungsbedingungen der ganzen Arbeiterklasse. Ist nun unter den eigentlichen sozialistischen Politikern, unter den mehr prinzipiell-theoretischen Wortführern eine leidliche Übereinstimmung der Auffassungen und des Verhaltens erreicht worden?

Keinesfalls. Recht drastisch trat dies im Juli 1903 in der Sitzung des internationalen Bureaus in Brüssel zu Tage. Nach dem *Vorwärts*bericht wollte Vandervelde-Belgien in einer Resolution Protest erhoben sehen gegen solche Vorschläge, durch welche die ausländischen Arbeiter proskribiert werden sollen:

»Derartige Massnahmen seien der schlimmste Schutzzoll, sie erzeugen Vorurteile bei den durch die Not zur Auswanderung gezwungenen Arbeitern, säen Hass zwischen den Arbeitern selber, führten sogar wiederholt zu blutigen Ausschreitungen und erhöhen die Schwierigkeiten internationaler Verständigung und gemeinschaftlicher Aktion der Arbeiterklasse. Das Bureau fordert daher die verschiedenen sozialistischen Fraktionen zur energischen Bekämpfung beziehungsweise zur Abschaffung solcher Gesetze auf.«

Wie man weiss, beklagen sich die besonders die nordfranzösischen Grubenreviere aufsuchenden Belgier bitter über die französischen Abwehrmassnahmen, und offenbar ist die Anregung Vanderveldes durch diese spezifisch belgisch-französischen Erfahrungen mit hervorgerufen und beschleunigt worden. Die Erwiderung Vaillants-Frankreich lässt sich nach dem *Vorwärts*bericht schwer der Grundtendenz nach feststellen:

»Vaillant tritt für diese Resolution [Vandervelde] ein, hält aber die Beschränkung der Zahl der ausländischen Arbeiter für das zurzeit einzig mögliche Aushilfsmittel.«

Hyndman-England wies auf das allgemeine Auftauchen dieses Arbeitsproblems hin, anscheinend um vor voreiligen Protestkundgebungen zu warnen. Dann lesen wir wörtlich weiter:

»Fischer [-Deutschland] erklärt es für unmöglich, grundsätzlich zu erklären, dass gegen die Beschäftigung ausländischer Arbeiter der Weg der Gesetzgebung nicht beschritten werden dürfe. Wo es sich darum handle, tieferstehende soziale Schichten zu heben, sei es Pflicht der Sozialdemokratie, an dieser Kulturarbeit nach Kräften mitzuarbeiten; wo aber im niedrigsten Unternehmerinteresse solche tieferstehende Arbeiterschichten ins Land gelockt würden, vielleicht sogar

zum Zwecke, die höhere Lebenshaltung der inländischen Arbeiterbevölkerung niederzudrücken, zum Beispiel durch Import von Chinesen und Negern, da müsse die Sozialdemokratie im Interesse der Kultur und der Selbsterhaltung der einheimischen Arbeiter solchen Unternehmerabsichten auch auf dem Wege der Gesetzgebung entgegentreten. So sei die deutsche Fraktion seinerzeit gezwungen gewesen, im Reichstage das Verbot der Beschäftigung von Chinesen und Negern auf den staatlich subventionierten Postdampfern zu beantragen[2]). Van Kol [-Holland], Hyndman [-England], Pfannkuch [-Deutschland] gehen von gleichen Gesichtspunkten aus; Troelstra [-Holland] weist darauf hin, dass, wenn die Arbeiter das Recht haben, sich gegen einheimische Streikbrecher zu wenden, sie dies doch auch gegen ausländische tun dürften.«

Auf den Antrag Anseeles-Belgien überwies man alsdann die strittige Angelegenheit dem Amsterdamer Kongress zur Beratung und Lösung. Zur Entscheidung kam es jedoch im nächsten Jahre in Amsterdam abermals nicht.

Die für den Punkt 7 der Tagesordnung *Auswanderung und Einwanderung* eingesetzte Kommission »verurteilte« in ihrer Mehrheit »jede Gesetzesmassregel, welche fremde Arbeiter im Einwanderungslande ausschliessen oder schlechter behandeln wollte«.[3]) Andererseits wollten holländische, amerikanische und australische Delegierte in einer gemeinsam eingebrachten Resolution unter Umständen Ausnahmen zugelassen sehen für »Arbeiter rückständiger Rassen (wie Chinesen, Neger u. s. w.)«. Hillquit, der Verfasser der *History of socialism in the United States*, brachte die einschränkende Tendenz der Gegenresolution am schneidendsten zum Ausdruck:

»Hillquit-Amerika begründet die Resolution der Amerikaner, Holländer und der Delegation aus den englischen Kolonien. Alle diese Länder seien gezwungen, einen Unterschied zu machen zwischen Arbeitern zivilisierter Länder und unzivilisierter, zwischen Arbeitern, die im Klassenkampf begriffen sind oder wenigstens im Entwicklungsprozess des Klassenbewusstseins begriffen sind, und solchen, die dazu auch noch nicht die geringste Vorbedingung aufweisen. Deshalb haben die amerikanischen Gewerkschaften sämtlich das Verbot der Chinesenaufnahme. Das mag reaktionär klingen, ist aber unabweislich, wollen wir nicht die ganze Arbeiterbewegung zu Grunde richten, denn es ist ein Lebensinteresse unserer Arbeiterbewegung, die Kulis und Neger fernzuhalten.«[4])

Im Namen der amerikanischen Minderheit protestierte jedoch ein anderer Delegierter, Klein, sofort gegen diese Verletzung der Internationalität; Kulis seien auch Menschen, auch Arbeiter und hätten das selbe Recht, wie die anderen; mache man einmal solche Unterschiede, so werde auch die Polen- und Italienerfrage für Amerika lebendig. Nach einigen vermittelnden Bemerkungen von Paeplow-Deutschland und Keir Hardie-England hielt man offenbar die ganze Streitfrage für zu wichtig, um eine Entscheidung aus dem Handgelenk zu treffen; man beschloss, »auf dem nächsten Kongress die Frage der Ein- und Auswanderung eingehend zu behandeln«.[5])

Die weitestgehenden Verfechter der Einwanderungsverbote und -beschränkungen sind in der Gegenwart die australischen Arbeiter. Rücksichten auf den Raum verbieten es, an dieser Stelle einige der charakteristischesten Äusserungen der Gewerkschaften und der *Labour Parties*, vor allem gegen

[2]) Über die *Farbigenfrage* im Reichstage siehe den Kommissionsbericht 1897-1898, Drucksache Nr. 145, und die nachfolgenden Plenarverhandlungen.

[3]) Vergl. das deutsche Protokoll des internationalen Sozialistenkongresses in Amsterdam, pag. 50 ff.

[4]) Vergl. ibid., pag. 52.

[5]) Eine gute Darstellung dieser Verhandlungen gibt Franz Laufkötter in seinem Artikel *Das Verhältnis zwischen den einheimischen und den fremden Arbeitern* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1904, II. Bd., pag. 801 ff.

Chinesen und Japaner, wiederzugeben; ich verweise in dieser Beziehung auf mein Buch, umsomehr, als die australische Arbeiterpolitik ohne gleichzeitige Darstellung ihres ganzen wirtschaftlichen und politischen Milieus kaum verständlich zu machen ist. Doch ein paar Worte seien noch der amerikanischen Stellungnahme gewidmet. Soweit ich während der letzten Jahre in der Lage war, die amerikanische sozialistische Presse regelmässig zu verfolgen, scheint mir die Beurteilung des Problems durch Hillquit durchaus mit der drüben vorherrschenden Strömung in Einklang. Auch der kleine Flügel der ausgedehnten amerikanischen Arbeiterbewegung, der dem sozialistischen Banner folgt, ist in der Mehrheit nicht der Meinung Kleins. Nicht nur die grossen gewerkschaftlichen Organisationen, die *Federation of Labor* mit Gompers voran, sind in den Vereinigten Staaten die Träger der Einwanderungsbeschränkungen und der Verschärfung der bisherigen Immigrationsgesetze, sondern sogar die sozialistische Presse leistet dieser Strömung zum mindesten keinen ernstlichen Widerstand. Sie kritisiert höchstens die übertriebenen Erwartungen, die amerikanische Arbeiter an die Einwanderungspolitik knüpfen, oder das heuchlerische Eigenlob, das sich kapitalistische Drahtzieher wegen eines derartigen *Schutzes der nationalen Arbeit* spenden, und das oft genug in die Forderung von klingenden Zollgegenleistungen für das Kapital ausmündet. Im Wochenblatt der *New Yorker Volkszeitung* zum Beispiel wurde ein für die Chinesen mit den üblichen ethisch-ästhetischen Gründen eintretender Prediger wegen seiner »Liebessabbelei« arg mitgenommen:

»Wir brauchen unsere Leser auf den Unsinn, den unser Priester in seinem ökonomischen Exkurs von sich gibt, nicht besonders aufmerksam zu machen. Jeder Arbeiter weiss, das es für ihn gar nicht darauf ankommt, ob der allgemeine Reichtum des Landes durch die Chinesenarbeit zunimmt, sondern einzig darauf, wie diese Chinesenarbeit auf seine Arbeitsgelegenheit und auf seine Lebenshaltung wirkt. Und da weiss wiederum jeder Arbeiter, dass der Chinese infolge seiner Anspruchslosigkeit billiger schaffen kann, als der amerikanische Arbeiter; dass er durch das Angebot seiner billigen Arbeitskraft auch die Löhne der hiesigen Arbeiter herabsetzt und ihre Lebenshaltung herunterdrückt; sie also schädigt. Und was die moralisch-religiös-brüderlichen Gründe unseres Predigers anlangt, so vergisst er vollständig oder versteht es nicht, dass in unserer Gesellschaft ein Kampf besteht zwischen der Klasse der Besitzer und der Klasse der Arbeiter, und dass die Interessen dieser Klassen vollständig verschieden sind. Da ist kein Raum für seine christlich-sozialisierende liebende Brüderlichkeit. Die Aufgabe der Arbeiter ist es, sich ihrer Haut zu wehren; das zu verteidigen, was sie haben; zu erobern, was sie noch nicht haben. Das ist die Moral der Arbeiterklasse, und diese gebietet ihr, sich gegen die Einwanderung der Chinesen zu wehren, weil diese Einwanderung die Lebenshaltung der Arbeiter gefährdet. Die Auslassungen unseres Herrn Pastors zeigen übrigens auch eine Gefahr für die sozialistische Bewegung dieses Landes. Diese Gefahr liegt darin, dass die Arbeiter derartige Auslassungen, die im sozialistischen Gewande erscheinen, als wirkliche Lehren des Sozialismus ansehen mögen und — dem Sozialismus den Rücken kehren. Man kann deshalb nicht scharf genug darauf sehen, derartige Schafe aus unserm Stall [?!] fern zu halten.«*)

Selbst ein altes Parteiorgan wie das *Philadelphia Tageblatt* spricht sich für die Beschränkung der Einwanderung aus und fragt:

»Kann die amerikanische Arbeiterschaft eine so riesige Einwanderung von solcher Qualität, wie es der Hauptteil der jetzigen ist, ertragen? Ist sie, eines Prinzips wegen, verpflichtet, sich zu Boden drücken zu lassen? . . .

*) Vergl. das Wochenblatt der *New Yorker Volkszeitung* vom 12. April 1902.

Der Respekt vor der Freizügigkeit kann doch nicht so weit gehen, dass eine solche Massenflut von Leuten niedriger Zivilisation zugelassen wird. Darüber geht doch das Recht der Notwehr, und für die amerikanischen Arbeiter ist sie dringend geworden.«[7])

V



B es dem Stuttgarter internationalen Kongress gelingen wird, die allgemeine Frage einer Lösung näher zu bringen? Ich glaube das nicht, aus dem einfachen Grunde, weil die internationalen Konkurrenzverhältnisse auf den einzelnen nationalen Arbeitsmärkten so verschiedenartig gelagert sind, dass sie sich der Aufstellung jeder einheitlichen Norm entziehen. Freilich, eine derart phrasenhaft verschwommene Resolution abzufassen, dass ihr jedermann, von der äussersten Linken wie Rechten, zustimmen kann, war und bleibt jederzeit ein Kinderspiel. Aber eine einheitliche Norm aufzustellen, nach der sich die reale Praxis der einzelnen Arbeiterparteien im Zweifelsfalle wirklich zu richten vermag und tatsächlich auch richten wird, ist ganz etwas anderes.

Viel angemessener und wichtiger scheint es mir daher, dass die Arbeiterkongresse der einzelnen Länder sich mehr, als bisher, mit ihren Sonderfragen auf unserem Gebiete beschäftigen. Das wäre in Deutschland: mit der Sprachenfrage in den gemischtsprachigen Berufen, mit der Stellung der Ausländer in der Arbeiterversicherung, mit ihrer gerechten Heranziehung zur staatlichen und kommunalen Besteuerung, ihrer Behandlung bei staatlichen und kommunalen Eigenunternehmungen und Submissionen und bei gewerkschaftlichen Tarifvereinbarungen, mit ihrer Heranziehung zu den Gewerkschaften, mit den Ausnahmebefugnissen der Polizei gegen Ausländer — Ausnahmebefugnisse, die sehr oft die Widerstandsfähigkeit des Fremdarbeiters noch mehr herabsetzen, und die darum den Lohndruck von dieser Seite vermehren.

Die Kuli- und Negerfrage aber möge man vorläufig bei uns in Europa, wo sie noch nicht brennt, studieren und erörtern, aber nicht *lösen*. Kommt Zeit, kommt Rat.

××××××××××××××××××××××××××××××××××

WOLFGANG HEINE · STRAFRECHT, STRAFPROZESS UND STRAFVOLLZUG



ER Parteivorstand hat das diesem Aufsatz vorangestellte Thema auf die Tagesordnung des Mannheimer Parteitages gesetzt und damit allgemeinen Beifall gefunden. In der Tat lässt sich für die Sozialdemokratie heut kaum ein ähnlich lohnender Diskussionsstoff denken. Diese Gegenstände stehen auf dem Gesetzgebungsprogramm des Deutschen Reichs für die nächsten Jahrzehnte, denn *Jahre* wäre zu optimistisch gesprochen. Täglich aber rufen neue Erlebnisse uns die praktische Wichtigkeit dieser Fragen ins Bewusstsein. Als Vertreterin der breiten Volks-

[7]) Ich sehe das Blatt seit längerer Zeit nicht mehr und zitiere nach dem Berliner *Vorwärts* vom 12. August 1905. Weiter heisst es hier: »Das *Philadelphia Tageblatt* weist auf die Masse der russischen Juden, über 100000 pro Jahr, als den bedenklichsten Bevölkerungszuwachs hin und erklärt, die ost- und südeuropäische Einwanderung schliesse die wertvollere nordeuropäische aus. Die Engländer und die Deutschen könnten nicht mit Slowaken, Italienern und den russischen Juden konkurrieren.«

massen, die — wie die sozialen Verhältnisse einmal liegen — in erster Reihe zu dem *wertlosen Objekt* werden, an denen die Gerechtigkeitspflege der heutigen Gesellschaft ihre Experimente übt, und als kämpfende Partei, deren mutiges Streben die herrschenden Mächte mit Kerker und Banden zu brechen sich mühen, ist die Sozialdemokratie nur allzu praktisch an der Strafrechtspflege interessiert. Aber auch als Inhaberin und Prophetin einer idealen Weltanschauung, die der Wahrheit und der aus dem Wesen des gesellschaftlichen Daseins fliessenden Gerechtigkeit zum Siege verhelfen will, kann sie die schönsten Früchte auf dem Felde des Kampfes ums Recht ernten. So schwere Ankläger gegen die Organisation der im üppigen Überflusse schwelgenden Gesellschaft das an der Brust der Mutter verhungernde Kind und ganze an Überarbeit und Unterernährung dahinsiechende Bevölkerungsschichten sind, ihren schauerlichsten Charakter gewinnt diese Anklage, wenn der Vater, der aus Not das Brot für seine Lieben stiehlt, dem Zuchthaus verfällt, wenn hoffnungsvolle Kinder, vielleicht gerade besonders mutige und tatkräftige Naturen, durch Mangel an liebevoller Aufsicht und Anleitung rettungslos in den Pfuhl der Prostitution und des Gewohnheitsverbrechertums hinuntergerissen werden. Und durch nichts offenbart es sich so krass, wie sehr die Einrichtungen der heutigen Gesellschaft auf die Interessen herrschender Minderheiten zugeschnitten sind, als in der Tatsache, dass im Namen des *Rechts* die selben Handlungen verfolgt werden, wenn Vorkämpfer der aufwärts strebenden Klassen sich ihrer unterfangen, aber straflos bleiben oder gar gepriesen werden, wenn Mitglieder der herrschenden Kreise sie verüben.

Die Ungeschicklichkeiten und Ungerechtigkeiten des Strafrechts und Strafprozesses werben ununterbrochen für die Sozialdemokratie, als die einzige Partei, die diese Mängel mutig und konsequent bekämpft und davon auch nicht ablässt, wenn im einzelnen einmal Gegner der Partei unter ihnen zu leiden haben. Dieser Kampf und seine werbende Kraft müssen um so intensiver werden, je mehr die Masse Verständnis und Interesse für diese Probleme gewinnt, und dafür ist die öffentliche Diskussion auf einem Parteitage ein ausgezeichnetes Mittel. Freilich wird es nicht leicht sein, in einer Parteitagsdebatte diese unendliche Fülle von Stoff so zu behandeln, dass die Erörterung nicht in unfruchtbaren Allgemeinheiten stecken bleibt, und dem Referenten ist damit die schwere Aufgabe gestellt, sich in der Auswahl sowohl des Generellen, wie des Speziellen so zu beschränken, dass jedes einzelne gründlich genug behandelt werden kann. Noch weniger kann ich, von der Redaktion dieser Zeitschrift ersucht, den Gegenstand auf einem äusserst knappen Raume zu behandeln, auch nur eine erschöpfende Aufzählung der in Betracht kommenden Probleme bieten. Ich muss mich im allgemeinen auf eine Prüfung beschränken, unter welchen Gesichtspunkten unsere Debatte geführt werden sollte.

Ein sozialdemokratischer Parteitag hat in erster Reihe Stellung zu nehmen zu den vorliegenden Fragen der praktischen Politik, also mit den gegenwärtigen sozialen Verhältnissen zu rechnen; deshalb wird er bei seinen kriminalistischen Reformplänen immer prüfen müssen, wie diese in der jetzigen Gesellschaft ausgeführt werden könnten und wirken würden. Ebenso aber ist nicht zu vergessen, dass ein sozialdemokratischer Parteitag — glücklicherweise — kein Kongress juristischer Theoretiker ist. Deshalb tut die Sozialdemokratie gut, sich nicht in die Schulstreitereien der theoretischen Krimina-

listen einzumengen. Ohnehin stecken in diesem mit heftigem Lärm geführten Streit um die *soziale Zweckstrafe* und die *Strafe der gerechten Vergeltung* viel aufgebauschte Schlagworte, und die Unterschiede schrumpfen bei näherem Zusehen sehr zusammen.[1]) Dass die Strafe aus dem Bedürfnis der Gesellschaft, sich zu schützen, entstanden ist, und dass sie diesen Zweck nicht verfehlen, namentlich nicht die Gesellschaft durch Züchtung von Verbrechern erst recht gefährden darf, erkennen auch die Anhänger der sogenannten *klassischen Schule* mehr oder weniger an. Dass aber die Strafe sich auch im Einklange mit dem befinden muss, was das öffentliche Bewusstsein als gerecht empfindet, geben ebenso die Anhänger der Zwecktheorie zu.[2]) Dass dieses allgemeine Rechtsbewusstsein dem Wechsel unterworfen ist, wird wieder von der anderen Seite kaum noch bestritten. Die Frage, ob der menschliche Wille frei oder kausal gebunden sei, ist für das Strafrecht durchaus nicht massgebend. Freiheit der Entscheidung setzt alles menschliche Wollen und Handeln voraus, obgleich nach dem Kausalgesetz nicht einzusehen ist, wie freies Handeln überhaupt möglich wäre. Dass aber der Wille beeinflusst wird durch körperliche und geistige Beanlagung, durch Umwelt, Erziehung, Verführung, Not u. s. w., wird jeder Anhänger der sogenannten *Willensfreiheit* zugeben. Hat es demnach für die Sozialdemokratie keinen Wert, sich für die eine oder andere kriminalistische Schule zu erklären, ja, muss sie sich sogar hüten, sich in einseitige Doktrinen zu verlieren, so muss sie doch gerade, um das Strafrecht praktisch reformieren zu können, die Ergebnisse der induktiven kriminalistischen Forschung verwerten. Je tiefer die Wissenschaft in die Kausalzusammenhänge zwischen Natur oder Gesellschaft einerseits und dem Verbrechen andrerseits eindringt, desto festeren Boden gewinnen wir auch für die kriminalistische Praxis. Den Blick für diese Zusammenhänge geschärft zu haben, ist ein unbestreitbares Verdienst der anthropologischen und soziologischen Kriminalistik, zu denen sich neuerdings die Kriminalpsychologie gesellt hat.[3]) Eine *soziale Erscheinung* ist das Verbrechen stets, schon deshalb, weil es nur in der Gesellschaft und gegen die Gesellschaft denkbar ist. Seine sozialen Ursachen aber können in Umständen liegen, die Produkte einer bestimmten gesellschaftlichen Periode sind, und die man deshalb als *wechselnde soziale Faktoren* bezeichnen könnte, zum Beispiel Not, mangelhafte Erziehung und dergleichen, oder sie können aus den im Wesen jeder Gesellschaft liegenden Gründen erwachsen und müssen deshalb von jeder lebendigen Gesellschaft immer aufs neue erzeugt werden; hierher gehören namentlich die Konflikte zwischen dem Streben des einzelnen, seine Eigenart zu behaupten und auszuleben, und dem Bedürfnis der Gesellschaft, die allgemeinen Interessen zu wahren, desgleichen die Spannungen, die zwischen der überlieferten gesellschaftlichen Form und dem sich verändernden gesellschaftlichen Inhalt von Zeit zu Zeit mit Naturnotwendigkeit entstehen. Für die strafrechtliche Behandlung der einzelnen Delikte wird sehr viel darauf ankommen, von welchem dieser Gebiete hauptsächlich sie ihren Ursprung herleiten, eine Untersuchung, die freilich hier nicht vorgenommen werden kann. Bestimmte Stellung nehmen muss die Gegenwartspolitik der Sozialdemokratie

[1]) Ausführlicher habe ich dies in dem Aufsatz *Zur Reform des Strafrechts* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1903, I. Bd., pag. 22 ff., behandelt.

[2]) Vergl. F. von Liszt: *Schutz der Gesellschaft gegen gemeingefährliche Geisteskranke etc.* in der *Monatsschrift für Kriminalpsychologie und Strafrechtsreform*, 1904, pag. 13.

[3]) Siehe namentlich Aschaffenburgs bereits genannte *Monatsschrift für Kriminalpsychologie und Strafrechtsreform*.

bei den bevorstehenden Gesetzgebungsarbeiten in Strafrecht und Strafprozess zu dem folgenden, jetzt häufig diskutierten Problem: Unser bisheriges Strafrecht geht von dem Grundsatz *Keine Strafe ohne Gesetz!* aus, sucht in den Gesetzesparagraphen die einzelnen strafbaren Tatbestände zu umschreiben und normiert die dafür zu verhängenden Strafen, die von Richtern, Juristen oder Volksrichtern verhängt werden. Die unzweifelhaften Mängel, die mit solchen Definitionen und ihrer Handhabung verbunden sind, und die durchaus berechtigte Unzufriedenheit mit den Ergebnissen der Juristenrechtsprechung haben nun Vorschläge eines gerade entgegengesetzten Verfahrens hervorgerufen. Es wird gefordert, dass das Gesetz nur die Straftat bezeichne, aber die zu verhängende Massregel ganz dem freien Ermessen der urteilenden Instanz überlasse; ja man hört sogar Stimmen, die wünschen, dass auch die Frage, ob eine Handlung strafbar sei, nicht gesetzlich umgrenzt, sondern von Fall zu Fall beurteilt werde.[4]) Damit stehen im engsten Zusammenhang die mehr der Gerichtsverfassung und dem Prozessverfahren angehörenden Vorschläge, die Strafe nicht durch Richter, sondern durch Kollegien von Verwaltungsbeamten verhängen zu lassen.

Geht man an diese Vorschläge vom Standpunkt praktischer Gegenwartspolitik heran, so sollte ohne weiteres klar sein, dass die Sozialdemokratie sie ablehnen muss. Im gegenwärtigen Deutschen Reich fehlen Organe, denen wir eine so schrankenlose Macht anvertrauen dürften. Woraus würden denn die Spruchkollegien bestehen, die man an die Stelle der Gerichte, auch der Schöffen- und Schwurgerichte setzen möchte? Aus Verwaltungsjuristen, Geistlichen und — beamteten Medizinern, deren Wirken man seit dem *Plötzensee*prozess eigentlich kennen sollte. Ich weiss mich von jeder Vorliebe für das Juristentum als solches völlig frei. Ich weiss sehr gut, dass seine Rechtsprechung uns häufig durch Mangel an Verständnis für das Leben befremdet und unser Rechtsgefühl verletzt. Sicher kommen auch Richtersprüche vor, die dermassen durch Leidenschaft beeinflusst sind, so wenig das Bestreben einer wirklich objektiven Würdigung zeigen, dass man sich fragt, ob sie nicht die unsichere Grenze der bewussten Ungerechtigkeit bereits überschritten haben. Aber die Naivetät der Ungerechtigkeit, des Messens mit zweierlei Mass, der Beurteilung nicht nach sachlichen Gründen, sondern nach politischer und persönlicher Gunst oder Ungunst, wie sie auf unzähligen Gebieten der Verwaltung im Deutschen Reich gäng und gäbe sind, finden sich doch in der Justiz nicht als Regel. Man denke nur an die häufigen Vorkommnisse bei Bestätigungen oder Nichtbestätigungen von Selbstverwaltungsbeamten und bei Konzessionserteilungen, an die Handhabung der Vereinsgesetze, das Eingreifen der Behörden bei öffentlichen Wahlen etc. Übrigens halte ich es auch für unmöglich, dass eine spätere, demokratisch und sozialistisch eingerichtete Gesellschaft irgend welchen Organen eine regel- und schrankenlose Gewalt über Freiheit und Recht ihrer Bürger einräumen könnte. Ich will gar nicht davon reden, dass ein solcher Zustand unseren sittlichen Idealen von persönlicher Freiheit ins Gesicht schlagen würde, sondern nur darauf hinweisen, dass eine solche Organisation den Keim zu selbstmörderischen Kämpfen in sich tragen würde, die sie schnell verzehren müssten. Jede Allmacht korrumpiert,

[4]) Darauf scheinen mir die Anregungen Edmund Fischers in seinen *Laienbemerkungen zur Reform des Strafrechts* im vorigen Bande der *Sozialistischen Monatshefte*, pag. 487 ff., hinauszulaufen.

nicht nur den König und die Aristokratie, sondern auch den Beamten, sei er von der Staatsregierung ernannt oder vom Volke gewählt, ja das Volk selbst, wenn es sich nicht im Zügel hat. Solche Zügel aber sind die viel geschmähten *Paragraphen*. Ihre Bedeutung soll gewiss nicht überschätzt werden; sie sind durchaus keine ewigen logischen oder sittlichen Gesetze, sondern mehr oder weniger unvollkommene Versuche, das Rechtsgefühl derer, die sie gemacht haben, auszudrücken, Rubriken, um in die grosse Zahl der Fälle Übersicht und Ordnung, in die Praxis Regelmässigkeit zu bringen. Als solche Werkzeuge sind sie aber unentbehrlich. Wer ein Verbrechen nicht mit der Leidenschaft des persönlich Interessierten oder des Fanatikers ansieht, muss verlangen, dass nicht die selbe Tat nach Gunst oder Zufall bei dem einen Täter anders, als beim anderen, bestraft werde. Dass dabei die Besonderheiten des Falles berücksichtigt werden müssen, ist selbstverständlich, da ja sie erst die Tat zu dem machen, was sie ist. Gerade dass in diesen beiden Richtungen die heutige Justiz das Rechtsempfinden des Volkes so oft verletzt, bildet einen fortwährenden Grund des Misstrauens und des Tadels.

Freilich sind die gesetzlichen Normen immer lediglich Mittel zum Zweck, und dazu recht unbeholfene Mittel, Werkzeuge, mit denen der ungeschickte Richter sein Arbeitsmaterial zerstört, anstatt daraus etwas Rechtes zu schaffen. Der schlimmste Fehler der zünftigen Justiz ist die Neigung zur Buchstabenauslegung. Was lässt sich nicht alles in ein paar Worten hineindeuten! Der Wortlaut wird über den Willen des Gesetzgebers und über den Zweck der Bestimmung gesetzt. Es wird nicht gefragt, wie sich der Buchstabe mit den Bedürfnissen des Lebens verträgt. So wird der Richter zum Sklaven des Buchstabens. Aber es ist doch zu beachten, dass solche Unfreiheit der Auslegung meist zu Tage tritt, wo Urteile begründet werden sollen, die den bureaukratisch-fiskalischen Interessen und den Klassenvorurteilen entsprungen sind, durch die die Justiz beeinflusst ist. Es sei hier nur kurz an die sklavisch buchstäbliche Auslegung erinnert, durch die man den § 253 des Strafgesetzbuches (Erpressung) gegen streikende Arbeiter angewendet hat, und die neuerdings eingeführte Auslegung des § 153 der Gewerbeordnung, wodurch plötzlich entgegen einer vierzigjährigen Praxis und dem offen ausgesprochenen Willen des Gesetzgebers praktische Ausübungen des Koalitionsrechts durch Streik und Sperre als strafbar behandelt werden, ohne die das Koalitionsrecht der Arbeiter überhaupt wertlos ist.

Aber auf den selben Gebieten, wo diese geistlose Buchstabenauslegung ihre Blüten treibt, zeigen sich plötzlich Fälle einer auch ungemein freien Praxis, die keineswegs die Buchstaben des Gesetzes oder früherer Entscheidungen sklavisch respektiert, sondern sich die Freiheit nimmt, einmal so und einmal anders zu entscheiden. Man erinnere sich des Falles eines sozialdemokratischen Abgeordneten, der bei Ausübung seines Wahlrechts sich getreulich nach einer Entscheidung des dritten Strafsenats des Reichgerichts gerichtet hatte und trotzdem wegen *Wahlfälschung* angeklagt und verurteilt wurde. Beim Reichsgericht wurde dann die vor dem zweiten Senat anstehende Verhandlung gegen ihn so lange vertagt, bis der dritte Senat Gelegenheit gefunden hatte, anlässlich eines anderen Falles die Grundsätze seines früheren Urteils wieder umzustossen, so dass nun auch der zweite Senat verurteilen konnte, ohne die Entscheidung der vereinigten Senate anzurufen. Alle Augenblicke ereignet sich der lächerliche und empörende Vorgang, dass die selbe Notiz, wenn sie in sogenannten *staats-*

erhaltenden Zeitungen erscheint, unverfolgt bleibt und erst zum Gegenstand einer Anklage und Verurteilung gemacht wird, wenn sie in einem oppositionellen Blatt abgedruckt ist. Die Aufforderungen des Grafen Pückler, Juden totzuschlagen und ihre Häuser zu plündern, blieben jahrelang, als nur *bildlich* gemeint, ungeahndet. Als ein sozialdemokratischer Redakteur ein Gedicht abdruckte, worin es hiess, »kämpft mit echten Geisteswaffen«, wurde er angeklagt, und er wäre, wenn es nach dem Reichsgericht gegangen wäre, das das freisprechende Urteil aufhob, auch wegen *Aufforderung zu Gewalttätigkeiten* verurteilt worden. Wenn ein antisemitisches Blatt über die Juden im allgemeinen schimpft, ist dies keine so deutlich erkennbare Bezeichnung einer individuellen Person, dass deswegen ein Jude Strafantrag stellen könnte, wenn aber ein polnisches Blatt über die Deutschen herzieht, die in den vormals polnischen Landesteilen unter der polnischen Bevölkerung wohnen, so gilt das als eine genügend bestimmte Beleidigung einzelner Personen, um daraufhin Strafantrag stellen und verurteilen zu können. Als ein Gewerkschaftssekretär einem Arbeitgeber erklärte, wenn er gewissen Wünschen der Organisation nicht nachkäme, würde gestreikt, wurde dies als ein Versuch angesehen, den Arbeitgeber durch Drohungen zu nötigen, den Verabredungen der Gewerkschaft Folge zu leisten. Als in der selben Stadt die Leiter des Verbandes der Metallindustriellen öffentlich ankündigten, wenn die Arbeiter sich ihnen nicht gefügig zeigten, würden sämtliche organisierten Metallarbeiter ausgesperrt, konnte die Staatsanwaltschaft darin keine Drohung, sondern nur eine *Mitteilung* erblicken. Die selben Ungleichheiten zeigen sich in den Strafmassen. Im grossen und ganzen hat in Deutschland die Justiz zu viel Freiheit und hat durch ihre Taten bewiesen, dass sie sie nicht zu brauchen versteht. Deshalb ist vorläufig nicht daran zu denken, dass man die gesetzlichen Normen beseitigen und alles dem wohlwollenden Urteil der erkennenden Behörde überlassen dürfte. Im Gegenteil, die strafrechtlichen Bestimmungen müssen weit schärfer und klarer umgrenzt werden, so dass jeder Missbrauch ausgeschlossen ist. Dabei sind weniger allgemeine Begriffe zu verwenden, aus denen die Justiz schliesslich machen kann, was sie will, sondern es sind mehr kasuistische spezielle Regeln für Einzelfälle aufzustellen. Unzweifelhaft werden sich auch dabei Mängel zeigen, aber die des bisherigen Zustandes sind grösser. Namentlich müssen auch die Grenzen der Strafmaasse enger gezogen werden. Die Strafandrohungen des heutigen Strafgesetzbuches sind viel zu hoch. Abzulehnen sind alle Mindeststrafmaasse. Die Gerichtspraxis empfindet es oft genug als ein Unglück, dass nach § 244 des Strafgesetzbuchs Diebstahl im wiederholten Rückfalle, selbst wenn er noch so milde liegt, mindestens mit 3 Monaten Gefängnis, wenn es ein sogenannter *schwerer Diebstahl* ist, mit 1 Jahr Gefängnis bestraft werden muss.

Auf dem Gebiet der kriminellen Verantwortlichkeit wird die Sozialdemokratie die Bestrebungen unterstützen, die für die minder Zurechnungsfähigen Freisprechung oder mildere Strafen fordern. Bei den Straftaten jugendlicher Personen muss der Eintritt der Strafmündigkeit mindestens auf das vollendete 14. Lebensjahr hinausgeschoben werden. Bei allen jugendlichen Delinquenten ist nicht nur zu fragen, ob sie die *zur Erkenntnis der Strafbarkeit erforderliche Einsicht* haben, sondern die Strafe darf nur eintreten, wenn sie einen Grad der intellektuellen und sittlichen Reife erworben haben, von dem

man einen ernsten Widerstand gegen den kriminellen Antrieb erwarten kann. Die *Notstands*rechte (§ 54 des Strafgesetzbuchs) sind wesentlich zu erweitern.

Bei den Strafarten muss die Sozialdemokratie an ihrer unbedingten Ablehnung der Todesstrafe und der Deportation festhalten. Die Deportation wird empfohlen als eine Schule, in der der Verbrecher die *Reife zur Freiheit* erlangen könnte. Dies sind aber Phantasieen. In Wahrheit leben in Verbrecherkolonieen die Sträflinge meist in ebenso schlimmer Gezwungenheit, als in unseren Zuchthäusern. Jedenfalls besitzt das Deutsche Reich keine Kolonieen, in denen man Tausende von Verbrechern mit freier Arbeit beschäftigen könnte. Wollte man sie zum Beispiel nach Südafrika schicken, so würden sie dort, wenn sie nicht verhungerten und verdursteten, sich entweder zu den Schwarzen schlagen oder über die Grenze ausreissen. Dies Resultat könnte man billiger haben. Oder man müsste neben jeden Sträfling einen Soldaten stellen, was weder billig, noch eine *Erziehung zur Freiheit* sein würde.[5]) Abzulehnen sind die Bestrebungen, nur eine einzige Art von Freiheitsstrafe einzuführen. Es muss im Gegenteil gefordert werden, dass auch die Freiheitsstrafen mehr individualisiert werden. Deshalb ist auch eine der jetzigen Festungshaft entsprechende Freiheitsstrafe nötig, und es muss nicht ihre Abschaffung, sondern ihre Ausdehnung gefordert werden, selbst auf die Gefahr hin, dass sie vorläufig hauptsächlich Angehörigen der besitzenden Klassen zu gute käme. Soweit irgend möglich, ist die Freiheitsstrafe durch Geldstrafen zu ersetzen, an deren Stelle nicht Freiheitsstrafen treten dürften, sondern deren Beitreibung durch Ratenzahlungen, Gehaltspfändungen etc. gesichert werden müsste. Die bedingte Verurteilung muss an die Stelle der bedingten Begnadigung treten.

Was die einzelnen Straftaten anlangt, so ist besonders eine Änderung der politischen Strafgesetze nötig. Die heutigen politischen Strafbestimmungen dienen grösstenteils nicht dazu, der Gesellschaft die geordnete Funktion ihrer Organe zu sichern, sondern die Bildung und Verbreitung von Überzeugungen zu hindern, die den Interessen der Herrschenden widersprechen. Deshalb sind diese Gesetze gesellschafts- und kulturfeindlich. Nur wo die Überzeugungen sich frei entwickeln können, ist wenigstens die Möglichkeit einer dauernden friedlichen Fortbildung der Formen der Gesellschaft gegeben, die aus dem Wandel der Lebensverhältnisse organisch herauswächst. Der gesunde Fortschritt der Gesellschaft wird dagegen gehemmt, wenn eine bestimmte politische Überzeugung als die absolut richtige und allein zulässige den Staatsbürgern aufgezwungen wird, ein Zwang, der selbstverständlich ebenso verkehrt sein würde, wenn er in einer Demokratie von den Volksmassen ausginge, als wenn er im monarchischen und bureaukratischen Staate von oben her angewendet wird, ebenso schädlich, wenn Parteien, als wenn Behörden ihn in ihrem Interesse ausüben. Solche unsittlichen Zwangsgesetze sind, wie gesagt, fast alle politischen Strafbestimmungen, die im Deutschen Reiche gelten, und deshalb muss jeder Freund einer friedlichen Fortentwickelung ihre Beseitigung fordern.

Die strafrechtliche Haftung der Beamten ist nach dem gegenwärtigen Gesetz sehr ausgedehnt, soweit Verfehlungen gegen das Eigentum des Fiskus in Frage kommen. Weniger wirksam ist der strafrechtliche Schutz der Freiheit und der

[5]) Dies gegen die gut gemeinten, aber praktisch völlig unbrauchbaren Vorschläge Max Treus (vergl. die Rubrik *Rechtswissenschaft* der Rundschau in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1904, II. Bd., pag. 1013 ff.).

politischen Rechte der Staatsbürger gegen Beamtenwillkür, zumal auch noch die Praxis geneigt ist, dem Beamten ein Recht der Unkenntnis seiner gesetzlichen Befugnisse zuzugestehen, während den Staatsbürger die Unkenntnis der Strafgesetze nicht vor Strafe schützt. Hierin ist Wandel zu schaffen. Für Schäden bei Amtsüberschreitungen muss eine Haftung der Beamten und subsidiär des Staates auf zivilrechtlichem Gebiete erstrebt werden.

Zum Schutze der persönlichen Freiheit der Staatsbürger können Bestimmungen wegen Nötigung (§ 240), Bedrohung (§ 241), Erpressung (§ 253), Belästigung an öffentlichen Orten (§ 360), Verkehrsstörungen (§ 366) etc. nicht völlig entbehrt werden. Man muss aber verlangen, dass durch schärfere Begriffsbestimmungen die Auslegungen beseitigt werden, die diese Gesetze benutzen, um den Arbeitern die Ausübung politischer Rechte unmöglich zu machen. Auch das skandalöse Ausnahmegesetz des § 153 der Gewerbeordnung, das zwar formell auch gegen Arbeitgeber gilt, aber praktisch so gut wie ausschliesslich gegen Arbeiter Anwendung findet, muss beseitigt werden. Die allgemeinen Gesetze gegen Gewalt und Zwang müssen auch gegen Arbeiter ausreichen.

Erheblicher Umgestaltung bedarf die Gesetzgebung über die Eigentumsdelikte. Die hohen Strafandrohungen wegen Diebstahls widersprechen längst dem öffentlichen Rechtsgefühl, das das Eigentum nicht so übermässig hoch bewerten kann. Zunächst muss das Gebiet der nur als Übertretung strafbaren Entwendung (§ 370, Nr. 5) erweitert werden auf die Wegnahme von Lebensbedürfnissen, Gebrauchsgegenständen, Werkzeugen und Arbeitsmaterialien aller Art von geringem Wert, auch wenn sie nicht zum sofortigen Gebrauch entwendet werden. Es empört die Öffentlichkeit immer wieder von neuem und mit vollem Recht, wenn die Wegnahme einer Zigarre, einiger Stückchen Kohle, einiger Nägel oder einer Schippe Sand als *Diebstahl* unter Umständen mit Gefängnis nicht unter 3 Monaten bestraft wird. Aber auch beim eigentlichen Diebstahl hat es sich als nötig herausgestellt, bei mildernden Umständen Geldstrafen zuzulassen und den geistlosen Schematismus zu beseitigen, der bei wiederholtem Rückfall so kolossale Mindeststrafen erfordert. Die von der Lisztschen Schule geforderten Straferhöhungen für gewerbsmässigen Diebstahl sind schädlich, weil die heutige Begriffsbestimmung der *Gewerbsmässigkeit* zu weit ist, und überflüssig, weil die bestehenden Strafgesetze völlig ausreichen, um die Fälle wirklicher Gemeingefährlichkeit empfindlich zu treffen. Wenn sich trotz der hohen Strafen das gewerbsmässige Spitzbubentum immer mehr verbreitet, so beweist das nur, dass die Wirkung des Strafgesetzes durch entgegenwirkende soziale Faktoren anderer Art aufgehoben wird; ein Grund für weitere Straferhöhungen ist daraus nicht zu entnehmen.

Ebensowenig können wir in das meist von reaktionären Politikern ausgehende Geschrei einstimmen, dass ein *verstärkter Schutz der Ehre*, will sagen: eine Verschärfung der Strafbestimmungen wegen Beleidigung nötig sei. Wir wünschten sehr, dass aus der öffentlichen, namentlich der politischen Diskussion die Gepflogenheit verschwände, nicht die Ansichten und Tendenzen des Gegners sachlich zu bekämpfen, sondern seine Person zu verunglimpfen, ihm schmähliche Gesinnungen oder Handlungen anzudichten. Diese Manier ist nicht nur widerlich, sondern schadet der gesamten öffentlichen Erörterung, weil sie ihr gerade die scharfe Zuspitzung auf die wirklich grundsätzlichen sachlichen Fragen nimmt. Es wäre Heuchelei, zu behaupten, dass in dieser Richtung von sozialdemokra-

tischen Rednern und Schriftstellern niemals Fehler gemacht worden wären; jedenfalls aber wird alles, was auf sozialdemokratischer Seite gesündigt worden sein mag, in Schatten gestellt durch die geistlose und gehässige Manier, mit der die Gegner jeden Sozialdemokraten als unsittlich und ehrlos hinstellen, und durch die kindische Verleumdungssucht und dreiste Heuchelei, mit der sie das Privatleben bekannter Sozialdemokraten begeifern. Wenn jemand, so hätten die sozialdemokratischen Politiker heut ein Recht, sich darüber zu beklagen, dass ihre Ehre jedem Lumpen vogelfrei preisgegeben ist. Wer möchte wohl gegen solches Treiben den Schutz einer Justiz anrufen, die er so oft öffentlich anklagen muss. Wir wissen ja doch, dass durch Strafprozesse eine Besserung der politischen Sitten nicht zu erreichen ist, sondern dass dazu eine lange Erziehung der Nation zur politischen Reife gehört. Auf der anderen Seite wird durch die heutige Praxis der Begriff der *Beleidigung* so ausgedehnt, dagegen das Recht zu sachlicher Kritik und Wahrnehmung berechtigter Interessen dermassen eingeschränkt, werden die Bestimmungen über Beleidigungen in so einseitiger Weise gegen die jeweilige politische Opposition angewendet, wird die Ehre abhängiger Leute gegen die doppelt verwerflichen Angriffe der Brotherren und Autoritätspersonen aller Art so wenig geschützt, dass es einfach närrisch wäre, die Strafbestimmungen über Beleidigung noch zu verschärfen. Man soll vielmehr durch bestimmtere Formulierung den Begriff der *Beleidigung* einschränken und das Recht der freien Kritik gewährleisten. Wenn ausserdem die Behörden nicht wegen jeder Bagatelle Strafanträge stellen könnten, so wäre zu hoffen, dass auch das Publikum in seinen privaten Angelegenheiten sich der lächerlichen Passion der Beleidigungsprozesse entwöhnen würde, die eine enorme Verschwendung von Geld und geistiger Kraft der Nation bedeuten.

Diese Bemerkungen zur Reform des materiellen Strafrechts, die selbstverständlich nur einen geringen Teil auch nur des Wichtigsten berühren konnten, müssen bei dem beschränkten Raum genügen. Hinsichtlich der G e r i c h t s v e r f a s s u n g möchte ich in Ergänzung der bereits gemachten Andeutungen lediglich auf meinen in dieser Zeitschrift veröffentlichten Aufsatz über Schwur- und Schöffengerichte verweisen, wo ich dargelegt habe, dass das reine Laiengericht in der Form des Schwurgerichts, aber mit Erweiterung seiner Kompetenz auch auf das Strafmaass anzustreben ist.[6]) Auch über die Reform des P r o z e s s v e r f a h r e n s muss ich mich kurz fassen. Der Grundgedanke jeder Reform wird hier sein müssen, die Überreste des inquisitorischen und schriftlichen Verfahrens zu beseitigen, unter denen der deutsche Strafprozess noch leidet, und die einen Hauptteil der Schuld an seinen unerfreulichen Ergebnissen tragen. Die zur Vorbereitung der Reform des Strafprozesses eingesetzte Kommission hat in dieser Richtung völlig versagt. Ihre Vorschläge enthalten nicht nur keine ernsthafte Abhilfe gegen diese Schäden, sondern sind teilweise geeignet, sie noch zu verschlimmern, indem auch noch für die Hauptverhandlung die Allmacht des Gerichtes gesteigert und die Verteidigung beschränkt werden soll. Dies in detaillierter Weise darzulegen, ginge über den Rahmen einer allgemein wissenschaftlichen Zeitschrift hinaus und gehört in ein juristisches Fachorgan.[7])

[6]) Vergl. meinen Artikel *Für die Schwurgerichte* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1905, II. Bd., pag. 938 ff.

[7]) Trefflich führt diesen Nachweis der in der *Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft* und dann auch in einer Sonderausgabe erschienene Aufsatz H u g o H e i n e m a n n s *Die rechtliche Stellung des Angeklagten nach den Protokollen der Kommission für die Reform des Strafprozesses.*

Keine Änderung würde den Namen einer *Reform* verdienen, die nicht zuerst mit der schriftlichen geheimen Voruntersuchung aufräumte und an ihre Stelle öffentliche Verhandlung und Zeugenvernehmung unter Zuziehung der Verteidigung setzte. Untersuchungsrichter und Staatsanwalt sind Institute, die genau die selben Mängel zeigen. Sie sollen im Interesse des Gemeinwohls den objektiven Tatbestand ermitteln, also auch das den Angeschuldigten Entlastende zusammentragen; die Einseitigkeit ihrer Beschäftigung aber bringt es mit sich, dass ihre Tätigkeit in das Geleise der Ermittelung, hauptsächlich des Belastungsmaterials einläuft. Verschlimmert wird dies durch ihre Abhängigkeit von der Justizverwaltung, die den Untersuchungsrichter und Staatsanwalt zwingt, Erfolge aufzuweisen. Solche wird man aber regelmässig nur in dem positiven Resultat der *Überführung eines Täters* erblicken, nicht gern in der Feststellung, dass der Beschuldigte der Tat nicht schuldig ist. Der Untersuchungsrichter wird so am Ende lediglich zu einem zweiten Staatsanwalt, der mit richterlichen Funktionen ausgestattet ist. Diese im Wesen der Institute liegenden Gebrechen werden nicht durch die Tatsache beseitigt, dass es Staatsanwälte und Untersuchungsrichter gibt, die den ihrem Beruf entspringenden Versuchungen zu widerstehen wissen. Die *Ermittelung* selbst liegt der Hauptsache nach in den Händen weder des Staatsanwalts, noch des Untersuchungsrichters, sondern der Polizeiorgane, und die langatmigen Protokolle, die viele Untersuchungsrichter aufzunehmen pflegen, sind oft nichts als weitschweifige Wiederholungen dessen, was irgend ein Kriminalschutzmann in einer Notiz von wenigen Zeilen gemeldet hat, übertreffen diese nicht um eine Spur an Wert für die Ermittelung und ziehen die Voruntersuchung endlos in die Länge. Die Heimlichkeit des Verfahrens und die völlige Einflusslosigkeit der Verteidigung auf seinen Gang vollenden das unerfreuliche Bild. Die heutige Art der Vorermittelung muss radikal beseitigt werden, und diese Aufgabe würde gar nicht so schwierig sein, wenn nicht die Justizbureaukratie jeder Beschränkung ihrer Machtbefugnisse widerstrebte.

Schwieriger ist die Reform der Staatsanwaltschaft. Jedenfalls muss ihr Anklagemonopol durch weitgehende Zulassung der Privat- und Popularklage beschränkt werden. Der heutige Zustand macht jede wirksame Verfolgung von Amtsverbrechen, die sich gegen die Rechte des Volkes richten, unmöglich. Andrerseits würde es als wirksame Warnung an die durch Klassenvorurteile geleitete Rechtsprechung wirken, wenn ihre Grundsätze im Wege der Privatklage auch gegen Angehörige der herrschenden Klassen angewendet werden könnten. Ich denke hierbei namentlich an die schon angeführte ungleichmässige Rechtsprechung auf gewerblichem Gebiet. Weniger unstreitig ist die Frage, ob der heutige Anklagezwang zu beseitigen ist, der die Staatsanwaltschaft und Polizei verpflichtet, jede strafbare Handlung zu verfolgen. Man befürchtet, den Klassencharakter der Strafjustiz noch zu steigern und zu legalisieren, wenn man dem Staatsanwalt die Freiheit liesse, die Anklage zu erheben oder abzulehnen, wo es ihm beliebt. Ich meine nun, dass heut schon diese Freiheit tatsächlich, wenn auch nicht rechtlich, gegeben ist, und von ihr ein ausgiebiger Gebrauch gemacht wird. Es ist menschlich, dass der Staatsanwalt sich schwer von der Schuld eines Beschuldigten überzeugt, wenn Klassen- und Standesvorurteile ihm den Beschuldigten sehr glaubwürdig, den Anschuldiger unglaubwürdig erscheinen lassen. Auf diesem Gebiete würde also die Beseitigung des

Anklagezwangs praktisch nichts verschlimmern. Dagegen würde sie der fortwährenden Zunahme nutzloser Bagatellprozesse steuern können. Es ist durchaus überflüssig, dass bei uns jeder Strassen- und Wirtshauskrakeel sich zu einem Verfahren wegen Körperverletzung, Hausfriedensbruch, Sachbeschädigung und dergleichen auswächst, dessen Aufwand an Zeit, Arbeit und Geld in keinem richtigen Verhältnis zum Gegenstande steht.

Über die Notwendigkeit der Berufung und anderer Reformen verweise ich auf meine in früheren Jahrgängen dieser Zeitschrift erschienenen Aufsätze.[8])

Über das heutige Strafvollstreckungswesen ist der Stab gebrochen nach den Publikationen von Leuss und Max Treu und nach dem, was uns die Materialien des *Plötzensee*prozesses gelehrt haben. Indessen, wenn alles beseitigt würde, was aus der unzulänglichen Vorbildung der Gefängnisbeamten, der übermässigen Sparsamkeit, dem Mangel an Interesse für die Gesundheit und Zukunft der Sträflinge folgt, würde immer noch die Schwierigkeit bleiben, in zentralisierten Anstalten eine Masse von Menschen zusammenzubringen, deren jeder eigentlich eine individuelle Behandlung erforderte und jedenfalls schwerer zu beaufsichtigen und zu fördern ist, als der Freie und sittlich Gesunde. Diese Schwierigkeiten müssen sich mit der Zunahme der Bevölkerung und dem Wachsen der Reibungsflächen in ihr steigern, und diese Erwägung führt unausweichlich zu dem Verlangen, dass die Freiheitsstrafen überhaupt wesentlich eingeschränkt und abgekürzt werden müssen. Dass die Hauptaufgabe der Gesellschaft dem Verbrechen gegenüber darin besteht, durch Bildung, Erziehung zum sittlichen Verantwortlichkeitsgefühl und Beseitigung ökonomischer Impulse den Straftaten von vornherein möglichst vorzubeugen, braucht in einem sozialdemokratischen Organ wohl nicht erst bewiesen zu werden.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

MAX QUARCK · VOLKSBILDUNG UND SOZIALDEMOKRATIE

WOLLEN wir uns auf dem Mannheimer Parteitag nur kritisch darüber unterhalten, was der heutigen Volksbildung fehlt oder vielmehr fehlen muss unter dem preussisch-deutschen Regiment, oder wollen wir endlich versuchen, die erste grössere und organisierte Aktion für die deutsche Volksbildung einzuleiten? Das ist die Frage. In der Kritik der bodenlosen Mängel haben wir meines Erachtens in der Partei und in den Gewerkschaften das unsrige geleistet. Und sie war selbstverständlich als Anfang so nötig, wie das tägliche Brot. Aber wir sind etwas lange bei der blossen Kritik und bestenfalls bei sehr vereinzelten Anläufen zu tätigem Schaffen für eine freie Volksbildungsorganisation stehen geblieben.

Gewiss, ich höre schon von allen Seiten den lauten und zum Teil vielleicht von ganz ehrlicher Entrüstung und berechtigtem Stolz eingegebenen Einwurf: ist unsere ganze gewerkschaftliche und politische Agitation seit vierzig Jahren nicht eine einzige grosse Volksbildungsbewegung gewesen? Ja, das war sie sicher in hohem Grade, namentlich nach der kritischen Seite, indem

[8]) Vergl. *Die Berufung in Strafsachen und die lex Rintelen* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1899, pag. 331 ff., und *Notwendige Reformen im Pressrecht*, ibid., 1901, I. Bd., pag. 243 ff.

sie uns die auf Vernichtung jeder geistigen Volksselbständigkeit gerichtete Absicht und Arbeit der offiziellen Volksbildung gründlich erkennen liess und dieser Absicht unter Abwehr des Schlimmsten entgegenwirkte. Ein Mehr aber ist trotz unserer üppiger, denn je, in die Halme geschossenen Parteiliteratur im wesentlichen nicht geleistet worden. Das ist auch mit der Grund, weshalb diese Parteiliteratur noch lange nicht im wünschenswerten Grade gelesen, geschweige denn gründlich verdaut wird. Inwiefern auch innerhalb der Parteiliteratur noch die auf Ausfüllung der Lücken unserer Volksbildung bedachte, organisierte Richtung fehlt, wird am Schluss zu erörtern sein. Hier soll nur gesagt werden, dass selbst das Vorhandene nicht systematisch ausgenutzt wird, weil wir im Fache der Volksbildung die Dreieinheit noch nicht hergestellt haben, die uns auf gewerkschaftlichem und politischem Gebiete mehr und mehr geläufig wird: Agitation, Organisation, Aktion! Bildungsvorträge, welche die Zahlstellen der Gewerkschaften und die Mitgliederschaften der Partei mehr oder weniger wahllos, und soviel die Agitation dazu Zeit lässt, veranstalten, bedeuten in noch so grosser Menge, und selbst die nicht überall vorhandene beste Qualität angenommen, noch lange keine Parteiorganisation zu Zwecken der Volksbildung. Und einige systematische Kurse, die man im Winter in Bremen, in Berlin, in Leipzig oder in Frankfurt halten lässt, sind es schon wegen ihrer lokalen und innerhalb des Ortes auf einen kleinen Personenkreis begrenzten Ausdehnung ebenso wenig. Sie liefern aber Erfahrungen und Gesichtspunkte dafür, wie wir es bei einer umfassenden und systematischen Pflege der Volksbildung in Partei und Gewerkschaften halten könnten. Da der eine Referent des Parteitags, Genosse Schulz-Bremen, direkt organisatorisch an solch einem lokalen Unternehmen beteiligt ist, steht vielleicht zu hoffen, dass er der Gesamtpartei solche praktische Erfahrungen zugänglich macht, die dasjenige umfassen müssten, was alles an Mängeln unserer Vorkehrungen zu Tage trat. Der Klassenstaat sucht mit seiner tendenziösen *Volksbildung* den Menschen von der Zeit an, wo er laufen gelernt hat, bis dahin, wo er im Mannesalter noch aufnahmefähig ist, zu ergreifen. Wir haben das selbe noch viel gründlicher und systematischer zu tun, natürlich nach Massgabe unserer Mittel, die aber nicht wachsen, wenn wir die Aufgabe überhaupt nicht als Ganzes zu nehmen und ihrer allmählichen Lösung entgegenzuführen suchen. Wir können dabei, wie überall in unserem Wirken, an technisch bewährte Formen, Organisationen und Methoden der bürgerlichen Welt anknüpfen, sie benutzen, verbessern und für unsere Zwecke ummodeln, um sie mit neuem proletarisch-revolutionären Bildungsinhalt zu füllen. Allein mit dieser verbesserten Nachbildung der gegnerischen Bildungsorganisation werden wir Jahrzehnte zu tun haben.

Am Anfange unserer deutschen Parteibewegung ist die Frage sozialistischer Kinderhorte und Kindergärten nach Froebel, unter andem einmal von Douai etc., in Angriff genommen worden. Seitdem schlief sie im Drange des hochgehenden politischen Kampfes wieder ein und lebt jetzt wieder auf, da wir Frauenorganisationen zu besitzen beginnen, die in diesen ersten Organisationsstufen einer umfassenden Volksbildung Aufgaben sehen, deren Lösung ihnen und der ersten Arbeiterjugend zugleich nützen würde. Bislang schicken unsere Genossen, die es erschwingen können, ihre Kleinsten in bürgerliche Kindergärten, und gerade diese haben sich vielleicht noch mehr, als die Volks-

schule, unter kapitalistisch-pfäffischem Einfluss von ihrer eigentlichen Erziehungs- und Bildungsaufgabe entfernt. Da die deutschen Gemeinden hier noch fast ganz versagen, hat sich ein tolles Kunterbunt kirchlich, konfessionell und klasesnstaatlich beeinflusster Gebilde aufgetan, vom Kinderhort des Fabrikanten, in welchem den Kleinen frühzeitig die Demut vor dem *Wohltäter* beigebracht wird, bis zum *freisinnig* oder katholisch geleiteten Kindergartenverein der Grossstadt. Hier liegt meines Erachtens schlechthin eine der Hauptaufgaben unserer Arbeiterinnenvereine; sie haben mit nachhaltiger Unterstützung der Gesamtpartei freie Kindergärten, mit proletarischem Geist erfüllt, zu schaffen. Die ausschliessliche Zuweisung dieser Aufgabe an unsere Frauen- und Mädchenvereine bewahrt uns davor, dass kurzlebige Kindergartengründungen ohne den notwendigen Rückhalt an brauchbaren und lernfreudigen Kräften und ohne die Sympathie und Teilnahme interessierter Arbeitermütter entstehen. Umgekehrt erhält die Tätigkeit unserer Frauen- und Mädchenorganisationen damit einen speziellen, kostbaren Inhalt, den ihnen niemand in der Partei streitig machen kann. Er wird veredelnd und bildend auf die Mitglieder dieser Vereine und die Auslese unter ihnen für leitende und organisatorische Posten wirken. Gerhard Hildebrand erklärt in der *Gleichheit* unter offenbarer Zustimmung unserer Genossin Zetkin als Herausgeberin die Bereitwilligkeit zur Übernahme dieser verheissungsvollen Arbeit. Unsere weibliche Organisation entwerfe also Pläne für diejenigen Städte, wo sie sich schon kräftig genug fühlt, anzufangen, und sage der Gesamtpartei, welche Unterstützung sie dazu braucht. An dieser darf es nicht fehlen, und die erfolgreichen Vorbilder werden rasch propagandistisch für Stadt und Land wirken.

Dann die Volksjugend im schulpflichtigen Alter! Die Volksschule des grössten deutschen Staates, die Preussens, ist vor kurzem durch ein neues Gesetz noch mehr verpfafft worden, als sie es ohnedies schon war. Nationalliberales Scharfmachertum, Zentrumspfaffen und konservative Junker hatten sich zu einer reaktionären Dreieinigkeit, zum bekannten *Schulkompromiss* zusammengetan, um die Schule noch mehr, als bisher, zur Verdummungs- und Zähmungsanstalt für die sonst sozialistisch geneigte Volksmasse zu machen. Partei und Gewerkschaften in Preussen haben diese Gefahr nicht zeitig erkannt — man denke an Bebels Äusserungen auf dem Bremer Parteitag! —, und als sie sie erkannt hatten, nicht entfernt geschlossen und organisiert bekämpft. Was ist da nachzuholen? Wir müssen der verböserten Volksschule und ihren Wirkungen gegenüber den Kampf der Arbeiterfamilie wider die Verdummungsanstalt organisieren; denn, freie Schulen, wie in Österreich und anderswo, neben den Gemeindeschulen in Preussen zu errichten, erlauben uns Gesetzgebung und Verwaltung kaum. Allerdings können und müssen unter den Gemeindeangelegenheiten die Schulfragen die wichtigsten für unsere Kommunalvertreter werden, so wichtig, dass sich unsere Leute zu Spezialisten auf diesem Gebiete ausbilden und jede Lücke und jeden Spalt der Gesetzgebung ausnutzen, um die verdummende und erniedrigende Wirkung der neuen Schuleinrichtungen zu hemmen. Von selbst versteht es sich, dass wir an den Orten, wo die Eltern die Wahl zwischen ganz verpfafften Konfessionsschulen und etwas freieren Simultanschulen haben, also namentlich in den Städten des Westens und Ostens, alle Kraft daran setzen, diese Eltern dazu zu bewegen, dass sie ihre Kinder ausschliesslich in die letzteren schicken. Dafür müsste alljährlich eine eigene

Agitation im Herbst einsetzen. Daneben her muss aber der organisierte Familienkampf gegen die volksfeindliche Volksschule gehen. Leiten wir die Arbeiterväter und Arbeitermütter an, sich besser um das Vorsintflutliche zu kümmern, was ihre Kinder in der Volksschule eingetrichtert erhalten! Weisen wir sie an, alle ihre elterliche Autorität einzusetzen, um nach der Schulstunde dem Kinde das Schlimmste zu nehmen, was ihm die verpfaffte Schule zu kapitalistischen Zwecken geben wollte! Welche besonderen Hilfsmittel geschaffen und gefördert werden müssen, um die Arbeitereltern besser hierzu in stand zu setzen, werden wir gleich hören. Ein allgemeines und durchgreifendes aber wird darin bestehen, dass wir einen Schritt über unser Parteiprogramm hinausgehen, nach dem wir bekanntlich *Erklärung der Religion zur Privatsache* fordern. Suchen wir dasjenige, was sich uns als praktische proletarische Sittlichkeitslehre aus unseren Kämpfen mit den bestehenden Gewalten herausgebildet hat, zu formulieren, volkstümlich herauszugeben und als freien Katechismus proletarischer Moral in alle Arbeiterfamilien einzuführen! Ergänzen wir unseren Kampf gegen volksfeindliches Kirchentum dadurch, dass wir zeigen, was wir auch Besseres zu geben haben! Damit bekämpfen wir zugleich aufs Wirkungsvollste die einschlägigen bürgerlichen Halbheiten der *Freireligiösen*, die in den breiten Massen unserer Leute mehr Verwirrung anrichten, als man an den Spitzen unserer Bewegung weiss. Gegen die Pfaffenschule die zielbewusste Familienerziehung zur Proletariermoral! Wir sind es jedenfalls nicht, welche die Erschütterung der Schuldisziplin provoziert haben. Und vielleicht kommen dann die deutschen Volksschullehrer in ihrer feigen Masse rascher dazu, um ihrer selbst willen die religionslose Schule mit den tapferen Bremensern zu fordern.

Für das fortbildungsschulpflichtige Alter sollen dann mit nachhaltiger Unterstützung der Gesamtorganisation unsere neuen Jugendvereine, über die hier nicht näher gehandelt werden kann, sowie eine Reihe Veranstaltungen einsetzen, die bei besserer und einheitlicherer Organisation für Jugendliche und Erwachsene gleichzeitig wirken. Die Errichtung von Lesezimmern haben wir bisher fast ganz dem Bürgertum, bestenfalls Korporationen überlassen, in denen halbwegs vorurteilslose bürgerliche Bildungsfreunde mit Arbeitern zusammensassen, die jene zugezogen hatten. Hier ist mehr eigene Initiative von unserer Seite dringend nötig, umsomehr, als ein Zusammenwirken von Gewerkschaftskartellen, örtlichen Parteileitungen und Arbeiterpresse die günstigsten Vorbedingungen findet. Warum hat zum Beispiel der Verein *Arbeiterpresse* nicht daran gedacht, die noch heute von manchen Parteigenossen angezweifelte Berechtigung seines Daseins doppelt und dreifach dadurch zu erweisen, dass es einen Organisationsplan für einfache Arbeiterlesezimmer ausarbeitet und propagiert, die kostenlos aus dem Zeitungs-, Zeitschriften- und Büchermaterial gespeist werden, das heute alltäglich in den Papierkorb oder in Bücherschränke der Redaktionen wandert? An die Wände dieser Arbeiterlesezimmer gehören einfache und billige Rahmen, in denen täglich die instruktiven Illustrationen, Landkarten etc. aufgespannt werden, welche die Redaktionen unserer Blätter mit Leichtigkeit aus dem ihnen täglich Zugehenden auswählen. Dann brauchen unsere jungen Leute die Warte- und Bildersäle der bürgerlichen *Generalanzeiger*presse nicht mehr zu füllen. Eine kleine Handbibliothek zum Nachschlagen darf nicht fehlen. Die Gesamtpartei-

leitung und die *Generalkommission der Gewerkschaften* sollten solche Unternehmungen viel mehr systematisch anregen und ermutigen, statt zu warten, bis sie vereinzelt da und dort auftauchen, wie in Lindenau-Leipzig, im Dresdener *Volkshaus* etc. Gewerkschaftshäuser, Zeitungsgebäude und Arbeitersekretariate werden oft einen passenden Parterreraum frei machen können. In solche Lesezimmer lassen sich zu geeigneten Zeiten recht gut Lektionen für unsere heranwachsende Jugend, Lichtbildervorträge, Kunstbeschauungen etc. verlegen. Bilder und Materialien dazu kann man, wenn erst die Sache systematischer angefasst und verbreiteter ist, in der Nachbarschaft leicht austauschen, und ist dann nicht darauf angewiesen, sich nur mit demjenigen zu begnügen, was reisende Vortragende mitbringen. Für all' dieses hat das Bürgertum Vorbilder geschaffen. Wir haben sie nur zu benutzen, um den Rahmen mit ausschliesslich proletarisch gerichtetem Inhalt zu füllen.

Schliesslich unsere Volksliteratur und unsere Arbeiterbibliotheken als Kampfmittel zu den oben besprochenen Zwecken: wie wenig ist bisher geschehen, sie von grösseren Gesichtspunkten aus für die planmässige Volksbildung zu vervollständigen und einzurichten! Mühevoll Aufgebautes und Treffliches im einzelnen fast überall, aber nichts einheitlich Geordnetes und Zielsicheres. In unserer Partei- und Gewerkschaftsliteratur fehlen uns noch grosse Stücke, die ganz wesentlich als Mittel für die proletarische Volksbildung sind. Wir haben noch keine volkstümliche Weltgeschichte in unserem Sinne, noch keine Geschichte der Gewerkschaftsbewegung, noch keine kurzgefasste Parteigeschichte, etwa als kleinen Auszug aus Mehrings mehrbändigem Werk, von minder Wichtigem ganz zu geschweigen. Ja, wir entbehren sogar noch auch nur eines Verzeichnisses der Gewerkschafts- und Parteiliteratur, in dem geschieden wäre zwischen den schwierigeren und grösseren Publikationen für das reife Alter und den, wenn ich so sagen darf, proletarischen Elementarbüchern für die heranwachsende Jugend, die formell und sachlich die beste Einführung in die proletarische Geisteswelt bieten. Unsere Parteipresse druckt die von bürgerlichen Lehrerkollegien geprüften Kataloge besserer bürgerlicher Jugendschriften ab. Hat denn unser Parteiarchivar gar keine Lust, einmal auch nur aus dem Katalog der *Vorwärts*buchhandlung ein besser geordnetes und namentlich auch gewerkschaftlich vervollständigtes Nachschlagebuch jener Art zu machen? Und wenn sich dabei die oben bezeichneten und anderen Lücken herausstellen: wollen Parteileitung und *Generalkommission* nicht endlich daran gehen, literarisch bewährte Kräfte mit anständigem Gehalt zur Ausfüllung jener Lücken freizustellen, damit sie sich nicht in der journalistischen Tagesarbeit verzehren und Grösseres, Besseres, Dauerndes nicht nur in nervenzerrüttender Nebenarbeit leisten müssen? Reden denn nicht gewisse Überbürdungserfahrungen eine beredt-traurige Sprache? Die Partei- und Gewerkschaftsmittel sind dazu da, und es braucht sich nicht um Unsummen zu drehen. Teilweise gilt es für uns erst einmal, die Forschungsergebnisse der fortgeschrittenen bürgerlichen Wissenschaft volkstümlich-literarisch für unsere Massen auszumünzen. Parteischriftsteller, welche die Abmachungen mit ihnen nicht erfüllen, sind schonungslos auf den Tageserwerb zurückzuverweisen. Diejenigen, welche einschlagen und etwas leisten, können gleichzeitig mit Delegierten des Parteivorstandes und der *Generalkommission* einen Volksbildungsausschuss darstellen, der fortgesetzt an der Organisation und Anregung der

verschiedensten Bildungsunternehmungen im Lande arbeitet und künftigen Kongressen weitere Vorschläge macht. Wir prunken zum Beispiel oft mit den Bände- und Benutzungsziffern unserer Arbeiterbibliotheken in Gross- und Mittelstädten; aber auf dem flachen Lande sieht es damit noch sehr scheu aus. Wiederholt habe ich schon, wenn ich dort agitiert und den glühenden Wunsch dortiger Genossen vernommen hatte, für den Winter nur den Anfang einer kleinen Bibliothek zu besitzen, aus den Beständen unserer Redaktion und meinen eigenen kleine Pakete von 20 bis 30 Bänden zusammengestellt und sie den Bildungsdurstigen als Grundlage für ihre Vereinsbibliothek gesandt. Das müsste aber seitens der Organisationen systematisch geschehen, und solche kleine Blocks von Büchern müssten auch zu besonders billigem Preis (antiquarisch) in allen unseren Buchhandlungen fertig zum Kauf bereit stehen. Auch Anweisungen für ihre richtige Benutzung zu Vorlesungen und Diskussionen fehlen noch ganz. Und wie sich Dörfer mit Partei- und Gewerkschaftsmitgliedschaften zum Austausch und zur abwechselnden Ausgabe ihrer Bücher an verschiedenen Orten verabreden und organisieren können, das ist noch so wenig erörtert, als wenn wir keine Arbeiterradfahrer auch zu solchen Zwecken hätten. Diese Kleinarbeit für die Volksbildung, die von unseren Gegnern längst intensiv geleistet wird, scheint mir unendlich viel wichtiger, man verzeihe mir diese Ketzerei, als die Hochschulbewegung in den Grossstädten. Die Wahlziffern von 1903 in vielen Grossstädten und halbstädtischen, halbländlichen Wahlkreisen haben uns gezeigt, wie abhängig wir bei der fortschreitenden Dezentralisation der Industriebevölkerung vom Lande werden.

Manchem unter uns werden solche ins einzelne gehenden Zukunftspläne, in denen sich überdies teilweise längst in Angriff Genommenes oder wenigstens ehrlich Angestrebtes mit bisher nur Vernachlässigtem und wenig Neuem mischt, als papierene Plänemacherei erscheinen. Sie sagen mit dem Bauer: praktisch Handeln ist was anderes, und was eben von alledem noch nicht in die Praxis umgesetzt ist, das war nicht möglich. Ich halte umgekehrt diesen Einwand für sehr bequem und kurzsichtig. Er unterschätzt die werbende und anfeuernde Kraft eines Gesamtorganisationsplanes proletarischer Volksbildung und organisierten Wollens auch auf die Praxis. Auch die Volksbildung braucht, wie die moderne Volkswirtschaft, ihren eigenen Apparat zur Verteilung ihrer Güter. Von der Herstellung der grossen Stücke bis zur Aufteilung in die kleinsten Mengen, die dem Bedürfnisse des einzelnen aus der grossen Masse entsprechen, ist ein weiter Weg. Wie die kapitalistische Wirtschaft und in neuester Zeit unsere Arbeiterkonsumvereine hier organisieren und die Distribution praktisch und vorteilhaft organisieren, so müssen wir endlich die Kanäle entwerfen und bauen, durch welche das Höchste und Beste auf geistigem Gebiet, bedingungslose Erkenntnis und höchste Klarheit, im notwendigen und nützlichen Ausmasse zu dem einzelnen in der Masse regelmässig geleitet werden. Werden auf dem bevorstehenden Parteitage Massnahmen dahin getroffen, die Sorge für die Vertiefung, Vervollständigung und Ausführung des Planes unseren leitenden Stellen ausdrücklich zu übertragen, und sind uns diese Stellen mit den reichen Mitteln, die ihnen künftig zur Verfügung stehen, für ihre Taten oder Unterlassungssünden auf diesem Gebiete verantwortlich, dann kommt bei entsprechender Nachhilfe von unten *Zug in die Sache*, um mich einmal in der Sprache der Parteiversammlung

auszudrücken. Vereinzelt ist schon sehr viel gearbeitet worden, und eine theoretische Übersicht über erfolgreiche Volksbildungsbestrebungen aller Art haben nun schon seit drei Jahren die *Sozialistischen Monatshefte* als erste in der Parteiliteratur vorschauend zu geben versucht; vielleicht hätte diese Übersicht etwas kritischer sein dürfen. Worauf es jetzt ankommt, das ist das Handeln in grösserem Stile nach einheitlichem Plane, der jeder Einzelanstrengung den rechten Platz und die Faktoren anweist, auf die sie sich hüben und drüben, unten und oben zu stützen hat. Gelingt es uns, alle Kräfte der Partei- und Gewerkschaftsbewegung von der untersten Zahlstelle über die Gewerkschaftskartelle, Bezirks- und Landesorganisationen bis zu den beiden Spitzen für die systematische Volksbildung widerstandslos einzuspannen, dann gelingt uns um so rascher auch das stolze Werk selbst.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

EDMUND FISCHER · JUGENDERZIEHUNG

HAT die Sozialdemokratie sich auch mit der Erziehung der Jugend zu beschäftigen? In Mannheim wird man manches darüber hören. Eine lebhafte Diskussion ist bereits in der Parteipresse und in Zeitschriften gepflogen worden, und die verschiedenartigsten Meinungen sind zum Ausdruck gekommen. Während der eine Teil die Erziehung der Jugend den Eltern und Pädagogen völlig überlassen wissen will — auch über die Schulzeit hinaus — und es geradezu für schädlich erklärt, wenn eine parteipolitische Tendenz in der Erziehung der Jugend zur Geltung komme — eine Anschauung, der ich vollständig beipflichte —, hält es die andere Richtung für ein kulturelles Gebot, dass die Sozialdemokratie die Menschen von frühester Kindheit an im Geiste der sozialistischen Weltanschauung zu erziehen trachte und daher Massnahmen treffe, die Jugend auch unter den jetzigen Verhältnissen in diesem Sinne zu beeinflussen. Ganz selbstverständlich kann es nur die Aufgabe des Parteitages sein, zu entscheiden, ob die Partei nach dieser oder jener Richtung hin praktisch etwas tun soll, ob Jugendzeitschriften, Jugendorganisationen gegründet werden sollen u. s. w. Gleichwohl wird die ganze Erziehungsfrage im allgemeinen dabei aufgerollt und behandelt werden müssen.

Zunächst wird man sich darüber einig werden müssen, was man unter *Erziehung* verstanden wissen will. Körperpflege, Herzensbildung und Unterricht kann man als drei grundverschiedene Dinge und auch nur als drei zusammengehörige Teile der einen Erziehungfrage betrachten. Auf jeden Fall aber muss man stets zwischen Erziehung (Herzensbildung) und Unterricht unterscheiden, wenn man sich ein klares Bild verschaffen will.

In den ersten Lebensmonaten bedarf das Kind eigentlich fast nur der Körperpflege, die geistige Erziehung ist da noch eine äusserst geringe. Und es dürfte heute kaum noch jemand geben, der nicht der Ansicht ist, dass in den ersten Monaten das Kind zur Pflege und Erziehung der Mutter völlig überlassen werden muss. Aber auch bis zum 6. Lebensjahre, dem Beginn der Schulzeit, können in der Erziehung des Kindes in der Hauptsache nur die Mutter und der Vater in Betracht kommen und in Zukunft noch in erhöhtem Masse, als bisher. Nur eine individuelle Erziehung kann eine gute Erziehung sein. Ein Lehrer mag

20 Kinder im Alter von 6 Jahren gleichzeitig unterrichten können, erziehen kann eine Person gleichzeitig nur 2 bis 3 Kinder im Alter bis zu 6 Jahren, und wenn sie sich dieser Arbeit nicht ausschliesslich widmen kann, so ist sie schon erdrückend gross. Nach der Volkserzählung vom 1. Dezember 1900 gab es in Deutschland 8713185 Kinder im Alter bis zu 6 Jahren und 9774466 Kinder im Alter von 6 bis 14 Jahren, insgesamt 18487651 Kinder bis zu 14 Jahren, zu deren individueller Erziehung es doch gewiss 6 bis 7 Millionen Personen bedarf: gerade so viel Mütter sind zurzeit mit der Erziehung ihrer Kinder beschäftigt.

Die Erziehung der Kinder wird meiner Ansicht nach für alle absehbaren Zeiten in erster Linie den Eltern, besonders der Mutter, obliegen; mit der Befreiung der Mütter von anderen Arbeiten werden sie sich ihr mehr widmen können. Wenn Wally Zepler in ihrem Artikel *Das Mutterschaftsproblem* im Juliheft dieser Zeitschrift die Frage aufwirft, ob das Zusammenleben der Kinder mit den Eltern für das Glück »unserer Kinder, wie für unser Weib- und Muttergefühl« durchaus notwendig sei, so muss man doch erst die Frage beantworten, zu welchem Zwecke die Ehegatten Kinder haben wollen. Mindestens die ersten der in der Ehe unter Schmerzen und Gefahren geborenen Kinder werden fast durchweg von den Eltern gewünscht, meistens mit grosser Sehnsucht erwartet — doch nicht etwa zu dem Zwecke, um sie dann wegzugeben, sie anderen zu überlassen? Junge Löwen werden auch zahmer, also *zivilisierter, gebildeter* und vielleicht *glücklicher*, wenn sie, statt in der Wildnis von den Löweneltern, in Dressuranstalten von Hündinnen und Wärtern unter Aufsicht von Gelehrten grossgezogen werden. Aber wenn Wally Zepler einmal versuchen wollte, den in Freiheit lebenden Löwinnen ihre Jungen wegzunehmen, dann würde sie erfahren, dass bei den niederen Tieren die Mutterliebe etwas Natürliches ist. Glaubt sie denn, dass diese Mutterliebe bei den höherstehenden Menschen nur Gewohnheit sei? Ich bin überzeugt, die Menschenmütter würden zu wilden Löwinnen werden, wenn Ideologen sie von den Kindern trennen wollten. Schwere wirtschaftliche Not vermochte wohl Arbeiterfrauen von ihren Kindern zu entfernen, aber nicht, ihnen die Mutterliebe abzugewöhnen; und sobald die Not gehoben ist, nimmt die Mutter ihre Kinder wieder zu sich, verlässt sie wieder die Berufsarbeit, die sie von den Kindern fernhält, und das um so lieber, als die Erziehung und Pflege der eigenen Kinder immer noch mehr Befriedigung und somit Lebensglück bietet, als geistlose Arbeit, was die Berufsarbeit in neun Zehnteln der Fälle nun einmal ist. Nervös und ungeduldig werden die Frauen auch bei der Berufsarbeit. Das Andrehen in Webereien ist gewiss eine weibliche Arbeit, weil Frauen dazu ein viel grösseres Geschick haben, als Männer; aber wenn eine Andreherin in einer Seidenweberei zum Beispiel, statt 10 Stunden, auch nur deren 5 pro Tag arbeitet, nach einigen Jahren ist sie doch so nervös, dass sie den Beruf oft aufgeben muss. Und wenn Mütter bei der Erziehung ihrer 2 oder 3 eigenen Kinder nervös und ungeduldig werden, um wieviel mehr werden dies die berufsmässigen Kindererzieherinnen, die sich über 10 bis 20 fremde Kinder ärgern müsesn! Auch das Kindermädchen wird nervös, nicht bloss die *Gnädige*. »Unmotivierte Heftigkeits-, wie . . . unmotivierte Zärtlichkeitsausbrüche« — du lieber Gott, diese sind nun einmal bei allen Frauen zu finden, sie entspringen der weiblichen Natur, gehören zum Ewig-Weiblichen und machen sich bei

Berufserzieherinnen den Kleinen gegenüber viel bedenklicher bemerkbar, als es bei den Müttern gegenüber den eigenen Kindern der Fall ist.

Im übrigen vollzieht sich die Erziehung nach dem allgemeinen geistigen Niveau des Volkes. Vorbedingung einer besseren Kindererziehung ist daher ein höheres geistiges und materielles Niveau der Gesamtheit. Wir sehen deshalb auch, wie mit der Hebung des geistigen Niveaus jede neue Generation ihre Kinder besser erzieht, als die vorhergehende. Für Kinder unter 6 Jahren kann man Kindergärten errichten, wo sie gemeinsam mit anderen Kindern spielen und sich gegenseitig geistig anregen. Aber die eigentliche Erziehung bleibt dann immer den Eltern überlassen. Eine andere Tendenz, als die rein menschliche, kann bei dieser Erziehung nicht in Frage kommen. Der Geist des Kindes muss gepflegt, die schlechten Triebe müssen unterdrückt, die guten geweckt, das Kind muss zur Wahrheitsliebe, zur Liebe zu Mensch und Tier, zur Reinlichkeit, mutigen Selbständigkeit u. s. w. angehalten werden. Die Erziehungsfrage kann daher eine politische Partei nur in der Weise beschäftigen, dass sie für die Errichtung guter Kindergärten, Spielplätze etc. durch die Gemeinden oder den Staat eintritt und für die materielle und geistige Hebung der Lage des Volkes kämpft.

Das selbe gilt meiner Ansicht nach auch für die Kinder bis zum Alter von 14 Jahren. Indem wir für die Verbesserung des Schulwesens eintreten, tun wir das für die Erziehung der Jugend, was wir als politische Partei tun können. Nun wird aber von verschiedenen Seiten eine direkte Beeinflussung der die Schule besuchenden Jugend im Sinne der sozialistischen Weltanschauung verlangt, die Jugendzeitschriften sollen sich auch an die Kinder unter 14 Jahren wenden. Mit Recht haben bisher alle Pädagogen, die zu dieser Frage das Wort ergriffen, dringend davor gewarnt, irgend eine parteipolitische Tendenz in die Erziehung zu bringen. Weder die Herzensbildung, noch der Unterricht, noch die Körperpflege haben etwas mit dem Sozialismus zu tun. Jedenfalls sollte man die Unterrichtung der Kinder den Pädagogen überlassen und die Autorität der Lehrer bei den Kindern nicht untergraben. Und selbst Eltern müssen in dieser Beziehung die grösste Vorsicht üben. Aber wir müssen uns auch fragen: Was heisst es denn eigentlich, die Kinder *im sozialistischen Sinne erziehen?*

Der Sozialismus der Utopisten war eine eigene, einheitliche Weltanschauung. Das heisst, jeder der Utopisten stellte eine eigene Weltanschauung auf, nach der er das Leben der Menschen in allen ihren Beziehungen unter einander regelte. Das gesellschaftliche und private Leben, Arbeit und Genuss, Fortpflanzung und Erziehung, Wohnung und Speisung, Liebe und Eheleben: auf alles im Leben bezog sich diese Weltanschauung, und wir wissen von Fourier, dass er sogar den Erdball in klimatischer Beziehung bis herauf zum Nord- und Südpol eine vollständige klimatische Umwandlung durchmachen liess, die auch auf den anderen Planeten und Fixsternen sich ähnlich vollziehen soll. Die Menschen für diese Weltanschauung zu gewinnen und dadurch die sozialistische Gesellschaft zu erichten: das war die Aufgabe der Utopisten. Der Erziehungsfrage legten sie daher auch das grösste Gewicht bei, und die Bereicherung der Pädagogik gehört zu dem Bedeutendsten, was sie geschaffen haben.

Nun haben wir mittlerweile gelernt, dass der Sozialismus nur das Resultat der ökonomischen Entwickelung, der Zentralisierung der Industrie sein könne, die

sich nach einem bestimmten, der kapitalistischen Produktionsweise innewohnenden Gesetze vollziehe. Die wissenschaftliche Basis des marxistischen Sozialismus ist also die ökonomische Entwickelung. Und nur auf die Produktionsweise und den Austausch der Waren bezieht sich der wissenschaftliche Sozialismus, der selbstverständlich ein demokratischer sein muss und das wirtschaftliche und politische Leben demokratisieren wird. Die Kinder unter 14 Jahren über die Gesetze der ökonomischen Entwickelung, über die Notwendigkeit der kollektivistischen Produktionsweise und die Demokratie belehren zu wollen, wird wohl niemand verlangen. Das wirtschaftliche und politische Leben macht aber auch nur einen kleinen, und zwar den rein äusserlichen, Teil des Lebens aus. Nach den Lehren des historischen Materialismus würde freilich die Überwindung des Individualismus in der Ökonomie auch das ganze menschliche Leben kollektivistisch gestalten. Wenn es also heute noch einen Sinn hat, von einer sozialistischen Weltanschauung zu reden, so kann damit nur gemeint sein: das Aufgehen des individuellen Menschen, seines materiellen, geistigen, politischen und privaten Lebens in der Gesamtheit, der Gesellschaft. Denn wenn man auch *Sozialismus* mit *Solidarität* übersetzt, kommt man doch zu keiner Weltanschauung, da sich die Solidarität auch nur auf das wirtschaftliche und politische, also rein materielle Leben bezieht.

Entwickelt sich aber in der Tat das geistige, individuelle Leben des Einzelmenschen konform dem ökonomischen der Gesamtheit? Mit Statistiken kann man hier ja nicht aufwarten, da Erhebungen nach dieser Richtung noch nicht angestellt wurden und auch nur sehr schwer anzustellen sind. Aber dem aufmerksamen Beobachter kann es nicht entgehen, dass die Entwickelung des seelischen Lebens des Einzelmenschen gerade die entgegengesetzte Richtung geht, wie die der ökonomischen Entwickelung der Gesamtheit: nämlich zum Individualismus. Der Mensch auf niederster Stufe ist Herdenmensch, je höher er geistig steigt, desto individualistischer wird er in seinem Denken, Streben und Handeln. Dieser menschliche Individualismus ist aber auch kein Gegensatz zum ökonomischen Sozialismus, der als eine wirtschaftliche Notwendigkeit ins Leben tritt, die soziale Unfreiheit und Unterdrückung beseitigt, die Menschen aus der Sklaverei der Arbeit befreit und ihnen so erst ermöglicht, ganz ihren individuellen Neigungen zu leben. Der marxistische wissenschaftliche Sozialismus an sich ist also noch keine Weltanschauung, sondern eine nationalökonomische Theorie. Oder gehört etwa der Atheismus zur sozialistischen Weltanschauung? Wir haben bisher jede antireligiöse Propaganda abgelehnt. Die freie Liebe? Wir haben sie nie vertreten.

Wie man über diese Frage denken mag: die Erziehung der Jugend kann überhaupt nur streng im individualistischen Sinne erfolgen. Soll das Kind zu einem guten, aber auch tüchtigen Menschen, zu einer starken Persönlichkeit erzogen werden — und das soll doch das höchste Ziel aller Erziehung sein —, so muss ihm auch das Bewusstsein beigebracht werden, dass alle die Tugenden und Kenntnisse, die es sich mit viel Mühe und Fleiss aneignen werde, nur es selber fördern, materiell oder ideell. Niemand, auch nicht der sozialistisch erzogene Sohn des bessersituierten Sozialisten, studiert zum Beispiel Jura oder Medizin der Gesellschaft wegen, sondern seiner selbst wegen. Der Gesellschaft könnte er womöglich mehr nützen, wenn er Kranken-

pfleger oder Bergarbeiter geworden wäre. Aber er weiss, dass sein Leben ein angenehmeres sein wird, und auch, dass er geistig wachsen wird, wenn er den Studien obliegt. So kann auch dem Arbeiterkind nur ein Streben nach höchster Vervollkommnung und grösster Tüchtigkeit beigebracht werden, wenn es glaubt, dass es auf seine eigenen Kräfte stets angewiesen ist, und sein Streben ihm im Leben Früchte bringen wird. Um das Kind zu einem tüchtigen Menschen, zu einer Persönlichkeit formen zu helfen, dazu bedarf es eben einer Erziehung im individualistischen Sinne. Das Bekanntwerden mit der sozialistischen Kritik, dass in der kapitalistischen Gesellschaft nicht nach Tüchtigkeit entlohnt wird, sondern nach Angebot und Nachfrage, dass Künstler und Gelehrte hungern, Dumme und Schlechte aber obenauf sind, nur weil sie Geld haben, nur der es zu etwas Grossem bringen kann, der Geld hat, u. s. w., könnte nur Verwirrung in dem unreifen Kinderhirn anrichten und das Kind von einem Streben nach Tüchtigkeit abhalten.

Kinder haben ihre eigene Gedankenwelt und ihre eigene Logik. Sie verallgemeinern auch stets einzelne Fälle, sie können niemals die Person von der Sache trennen, ihr Gesichtskreis ist im allgemeinen auch ein sehr beengter. Politik und Nationalökonomie gehören daher nicht zu den Dingen, mit denen sich Kinder beschäftigen sollen. Alles übrige aber, was bei der Erziehung in Betracht kommen kann, ist nicht spezifisch sozialistisch und kann nicht zur sozialistischen Jugenderziehung gezählt werden. Was die sozialistische Partei für die Erziehung der Jugend zu tun vermag, erschöpft sich deshalb in ihrem Eintreten für bessere Schulen. Und im übrigen kann sie den Eltern den Rat geben: unter den bestehenden Verhältnissen ihren Kindern die besten Schulen besuchen zu lassen, soweit es ihre Mittel und die Verhältnisse erlauben. Schliesslich werden die Arbeiterkinder ganz von selbst für die Arbeiterbewegung *erzogen,* wenn sie in der Atmosphäre des Organisationslebens, des politischen und wirtschaftlichen Kampfes aufwachsen. Ich begreife daher nicht, wie die Befürchtung auftauchten kann, die Kinder der Arbeiter könnten für uns verloren gehen, weil einzelne Lehrer einfältige Bemerkungen über die Sozialdemokratie machen oder in den Schulen die Religion und die hurrapatriotische Geschichtsfälschung wieder mehr gepflegt wird, und wir dann nicht durch eine entgegengesetzte Belehrung der Kinder entgegenwirken. Der Verschlechterung und Verpfaffung der Schule müssen wir selbstverständlich mit der ganzen Macht unserer Partei entgegentreten. Und wer an unserem Erfolge nach dieser Richtung verzweifelt, der verzweifelt an der Partei überhaupt. Die direkte Beeinflussung der Kinder könnte aber mehr Schaden anrichten, als Nutzen, und wäre für den Sozialismus eben so erfolglos, wie auf der andern Seite das Vorgehen der Schulreaktionäre, das nicht im geringsten zu verhindern vermag, dass die Kinder, sobald sie auf sich selbst gestellt sind, infolge ihrer Klassenlage zur Sozialdemokratie kommen, wie die Millionen bisher zu ihr kamen, die alle *religiös* und *patriotisch* erzogen wurden.

Was ich hier für die Kinder bis zum 14. Jahre sage, gilt aber auch überhaupt für die Jugend, solange sie die Reife noch nicht erlangt hat und die berufliche Vorbildung in der Hauptsache noch nicht beendet ist. Wertvolles zu lernen, sich fürs Leben vorzubereiten, das ist es, was der Jugend beigebracht werden muss. In Fortbildungsschulen, Gewerbeschulen, Bildungsvereine, daneben in Vereine, die die ästhetische und die Körperkultur fördern, dahin gehört die

Jugend; dort sollen Körper und Geist fürs spätere Leben gestärkt werden. In dieser Zeit muss das junge Menschenkind lernen, sich auf sich selbst zu verlassen, auf seine Tüchtigkeit. Mit 17 oder 18, vielfach schon mit 16 Jahren, sobald er als Lohnarbeiter dem Unternehmer gegenübersteht, Kranken- und Invalidenkassenbeiträge und Steuern zahlen muss, kommt der junge Arbeiter in die gewerkschaftliche Organisation, er beschäftigt sich dann mit ökonomischen und politischen Fragen, er besucht Versammlungen, liest unsere Zeitungen und Broschüren — er gehört zu unserer Bewegung.

Ich fasse meine Anschauungen dahin zusammen: Die Erziehung der Jugend muss nach rein pädagogischen Grundsätzen erfolgen und den Eltern und Pädagogen überlassen bleiben. Jede politische Tendenz ist vom Übel. Zweck der Erziehung darf nur sein, die körperliche und geistige Entwickelung in gesunde Bahnen zu lenken, einen festen Charakter, Mut und Entschlossenheit anzuerziehen, Liebe zu Mitmenschen und Tieren zu erwecken und zu pflegen und das grösstmöglichste Mass wissenschaftlicher Kenntnisse und beruflicher Fertigkeiten dem jungen Menschenkinde beizubringen, um es zu einem guten Mitglied der Gesellschaft zu machen, es zum Leben auszurüsten. Für ein parteipolitisches Ideal kann man den Menschen erst gewinnen und erziehen, wenn er für politische Fragen reif ist; und das ist kaum vor dem 17. Lebensjahre der Fall.

Übrigens wäre es vielleicht angebracht, wenn mit der Erziehung der Eltern, nicht der Kinder, der Alten, nicht der Jungen, begonnen werden würde. Denn gerade die radikalsten Wortführer in unserer Partei, die so sehr der parteipolitischen Erziehung der Kinder das Wort reden, die da meinen, auf jeden Tropfen religiösen oder patriotischen Öls müssen drei Tropfen sozialistischen Öls geträufelt werden, lassen ihre eigenen Kinder noch taufen und konfirmieren, führen sie also der Kirche zu. Wer den Mut nicht hat, der Geistlichkeit wenigstens so weit zu trotzen, dass er seine eigenen Kinder nicht taufen lässt, der hat gewiss, wenn er kein gläubiger Christ ist, gar keine Weltanschauung oder eine — recht spiessbürgerliche. Beginnen wir also mit der Elternerziehung!

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

WALLY ZEPLER · JUGENDORGANISATIONEN

IN der Diskussion über Bildungsbestrebungen, die das ganze letzte Jahr hindurch in Versammlungen und Zeitschriften so eifrig gepflogen wurde, liefen zwei Fragen vielfach durcheinander, die gesondert zu betrachten sind: die der Jugendorganisation und die der Arbeiterbildung. Dass sie meist zusammen erörtert wurden, ja, dass es gewöhnlich die selben Genossen sind, die für beide Probleme ein besonders lebhaftes Interesse bekunden, ist sehr verständlich. Es ist das gleiche Motiv, das zu beiden Organisationsformen drängt: die Befürchtung, dass die gewaltige sozialistische Bewegung gerade infolge ihres Wachstums nach aussen schliesslich einmal an einen toten Punkt kommen könnte, wenn sie nicht von innen heraus neue, vorwärts treibende Lebenskräfte entwickelt.

In immer weiteren Kreisen der Partei beginnt man zu begreifen, was die intelligentesten und wissensdurstigsten unter den Arbeitern und Arbeiterinnen längst empfunden haben, dass diese Kraft, die von innen heraus die Bewegung

frisch zu beleben vermag, nicht allein die rein politische Erkenntnis sein kann, sondern vor allem eine Vertiefung und Verinnerlichung der allgemeinen geistigen Aufklärung im Proletariat. Für die Elite unter der Arbeiterschaft, für diejenigen, die man kraft ihrer besonderen Begabung zu einstigen Führern und Agitatoren heranzubilden hofft, sind wissenschaftliche Kurse und Bildungsinstitutionen in vielfacher Gestalt vorgeschlagen worden. Was aber soll für die Gesamtheit der Arbeiterschaft geschehen? Soll sie weiter darauf angewiesen bleiben, sich ihre geistige Erkenntnis aus Zeitungen und Agitationsreden zu holen? Kann selbst die Heranbildung eines Stammes von Führern und Rednern jenen Zwecken genügen, wenn nicht irgendwo in der Masse des Proletariats schon der Boden gelockert und bearbeitet ist, um den geistigen Samen aufzunehmen?

Es ist ein natürlicher Gedanke, den Hebel für eine vertiefte Aufklärung der Massen da einzusetzen, wo die geistige Kraft naturgemäss am stärksten wirkt: in der Jugend. Für den erwachsenen Arbeiter gehört in der Tat eine gewaltige Willens- und Geistesenergie dazu, um in den Jahren, in denen das Leben die härtesten Forderungen stellt, noch Zeit und Kraft für rein geistige Bestrebungen zu finden, für die zudem ja überall die notwendigste Grundlage mangelt; und sie kann den allermeisten nichts weiter übermitteln, als ein paar äusserliche, unzusammenhängende und sprunghafte Anschauungen in verschiedenen Gebieten. In der Jugend dagegen liegen alle Bedingungen zum Lernen und geistigen Wachsen unvergleichlich günstiger. Nimmt auch die Arbeit schon vom 14. Jahre an die Zeit der jungen Leute in Anspruch, so ist doch die seelische Ablenkung durch Kummer und Sorgen aller Art noch keine so starke. Es besteht noch die lebendige Aufnahmefähigkeit, und Geist und Seele, denen in der Schule so wenig Nahrung geboten wurde, verlangen wenigstens bei den Begabteren, direkt nach Anregung und Betätigung, die ja nicht immer in schulmässig methodischem Lernen zu bestehen braucht. Deshalb ist auch die Zeit vom 14. bis 18. Lebensjahre so folgenschwer für die gesamte Richtung des Lebens; deshalb vermag gerade in diesem Alter jeder schlechte oder seichte und oberflächliche Einfluss auch manche Menschen in seine Bahn zu lenken, die ihrer Natur nach feineren geistigen Einwirkungen durchaus zugänglich wären. Aus solcher Erwägung heraus hat man immer wieder allgemeine sozialistische Jugendorganisationen gefordert, wie sie unter verschiedenen Formen in Belgien, Österreich, auch zum Teil in Deutschland bereits bestehen. Indessen findet die Idee einer Parteiaktion in der Jugendfrage auch eine starke Gegnerschaft, die sich hauptsächlich auf zwei Argumente gründet.

Die einen meinen: Es könne niemals unsere Aufgabe sein, durch notwendig umgrenzte, in engem Rahmen gehaltene Versuche wieder gut zu machen, was die staatlichen Schulen, Volks- und Fortbildungsschulen versäumten. Weder Mittel, noch Kräfte seien vorhanden, neben allen anderen Aufgaben noch Lehrorganisationen in grossem Massstabe zu schaffen. Ebenso wenig sei es empfehlenswert, den jungen Leuten die wenige freie Zeit, die ihnen neben ihrer Tätigkeit bleibt, noch zu verkürzen. Darum gebe es nur ein Mittel, die Jugend in der Zukunft besser zu bilden und aufzuklären: den öffentlichen und parlamentarischen Kampf für eine Verbesserung der Volksschule.

Nun ist es gewiss keines Menschen Absicht, den Kampf für eine verbesserte

öffentliche Volksbildung auch nur im entferntesten zu schwächen oder gar ruhen zu lassen. Aber wollten wir darauf warten, bis überall in Fragen des geistigen Lebens die Ideale, die wir erstreben, für die Gesamtheit durchgesetzt sind, so würden wir uns des mächtigsten Kampfmittels für den Sozialismus selbst berauben: der Menschen, in deren Geist schon ein Funke von dem Feuer jenes höheren Lebens gezündet hat, das die heutige Welt ihnen versagt. Und handelt die Partei nicht im übrigen auch in anderen Dingen ganz selbstverständlich nach dem Prinzip, dem Proletariat die Wege zu dem Geistesbesitz zu weisen, die die Gesellschaft ihm versperrt? Sucht sie ihm nicht überall die Kunst nahe zu bringen, und zwar — sehr berechtigterweise — in ihrer feinsten und höchsten Form? Das gewaltige Interesse, das überall in der Arbeiterschaft jenen anscheinend fernerliegenden Dingen, künstlerischen, literarischen, historischen Vorträgen, musikalischen und dramatischen Aufführungen etc., entgegengebracht wird, ist eine allgemeine Erfahrung aller derer, die einmal praktisch in Arbeitervereinen tätig waren. Dieses Interesse ist der tiefste Beweis für die Sehnsucht der Arbeiterschaft nach alledem, was über und neben den praktischen Forderungen des Tages liegt, was ihrem eigenen Leben fremd ist. Sollen wir also warten, bis dieser Hunger dort gestillt wird, wo er es eigentlich sollte: in der Schule? Ist in Preussen-Deutschland, nach den letzten Erfolgen des Schulkampfes, die Aussicht wirklich so gross, dass wir in absehbarer Zeit erreichen, was wir auch nur als Mindestmass für die Volksschule erstreben? Vor allem aber das Interesse für die Eroberung einer besseren Schule ist in den Massen selbst leider noch lange nicht wach genug, aus dem einfachen und klaren Grunde, weil die wenigsten überhaupt ahnen, was ihnen an geistiger Kultur eigentlich mangelt. Je mehr Menschen in diesen Kampf hineingeritten werden, je mehr sich ihrer eine Ahnung geistiger Entbehrung bemächtigt, desto intensiver wird auch der Kampf für eine bessere Volksschulbildung werden.

Der andere Haupteinwand gegen die Forderung allgemeiner Jugendorganisationen, wie er zum Beispiel in der *Gleichheit* wiederholt erhoben wurde, lässt sich kurz etwa in die Worte fassen: Es ist Sache der Eltern, insbesondere der Mütter, planvollen Einfluss auf die Kinder zu üben, gegen den reaktionären Geist der Schule zu wirken, die Jugend aufzuklären und freie Gesinnung in ihr grosszuziehen. Darum wendet euch nicht an die Jugend, sondern an die Frauen! Klärt die proletarischen Frauen auf, bildet sie, weist sie hin auf ihre Erziehungspflichten, und ihr werdet auch die Jugend für euch haben!

Ist nun dieser zweite Einwand irgend stichhaltig? Meiner Anschauung nach durchaus nicht.

Jugenderziehung oder auch nur Jugendbeeinflussung ist an sich eine recht schwere Kunst. Nur die wenigsten haben Talent und Neigung, sie zu üben, selbst bei günstigen Vorbedingungen. Der Mangel an Zeit und Ruhe, an Musse im Zusammensein mit den Kindern wäre allein schon Grund genug, die Arbeiterfrau zu einer recht ungeeigneten Erzieherin zu machen. Aber — was die Hauptsache ist — ist überhaupt schon die sogenannte *politisch aufgeklärte* Proletarierin befähigt, den Kindern neue Ideen und Interessen nahe zu bringen, sie zu eigner geistigen Arbeit anzuregen, ihnen Führerin und Wegweiserin zu sein? Es ist wirklich nicht eine Anmassung der *Bildung* oder eine Überschätzung des Schulwissens, wenn ich behaupte, einer so

schwierigen Aufgabe ist nur ein von früher Jugend an geistig geschulter, nach vielen Seiten gebildeter, auch im sprachlichen Ausdruck gewandter Mensch gewachsen, und selbst da nur derjenige, der hingebende Neigung gerade zur Beschäftigung mit jungen Leuten besitzt. Denn auf einer Fülle von Ideen und Kenntnissen in losem Umgang und Gespräch das Wesentliche als scheinbar Selbstverständliches zu entwickeln, gegen die Fragen und Einwürfe des unbefangenen Kindes gewappnet zu sein, fordert mehr Beherrschung des Stoffes und der rednerischen Mittel, als den Erwachsenen in bestimmten Fragen aufzuklären. Wenn irgend ein Problem in der Jugendorganisation wirklich schwierig zu lösen ist, so ist es das, überall unter den Sozialisten die Männer und Frauen zu finden, die gerade zu Leitern der Jugendvereine hervorragend befähigt wären.

Und schliesslich: Dieser ganze Einwand geht von der Voraussetzung aus, es gelte hauptsächlich, in der Jugend den Glauben an den Sozialismus zu erwecken. Da, wo ähnliche Organisationen in grösserem Massstabe bereits bestehen, wie vor allem in Belgien, hat diese Anschauung besonders im Hinblick auf den Militarismus die Form und Art der Agitation in den Jugendvereinen tatsächlich zum grossen Teil bestimmt. Aber selbst abgesehen von den Vereinsgesetzen, die in Preussen und anderen Bundesstaaten eine sozialistische oder überhaupt politische Propaganda unter der Jugend von vornherein ausschliessen, sollte es sich meiner Anschauung nach für uns durchaus nicht um direkte politische Beeinflussung der jungen Leute handeln. Politische Anschauungen, die, wo sie irgend tiefer begründet sind, nur die Frucht der gesamten Welt- und Lebensanschauung des Menschen bilden, können eben deshalb auf den unentwickelten Geist des Kindes oder des eben erst Heranwachsenden nur ganz oberflächlich aufgepfropft werden, ohne darin tiefere Wurzeln zu schlagen. Sie werden dann ein Glaubenssalz, wie jeder andere, nicht ernster oder stärker begründet, wie irgend ein erlerntes religiöses Dogma. Und sie halten darum auch durchaus nicht besser, als ein solches, dem Sturmwind einer feindlichen Erfahrung oder der Einwirkung einer anders gerichteten Überzeugung stand. Trotzdem bleibt allerdings die politische Gesinnung, oder besser: jene Welt- und Lebensanschauung des Lehrenden, aus der sein politisches Denken emporwächst, für die Geistesbildung des Schülers ganz und gar nicht gleichgültig. Gibt es schon im wissenschaftlichen Denken überhaupt fast nirgends absolute Objektivität, so ganz gewiss nicht dort, wo menschliche Betrachtungen, geschichtliche, literarische, künstlerische Anschauungen in Frage kommen, das heisst also, in den Fragen allgemeiner Bildung, um die es sich in Jugendlehrorganisationen vor allem handeln müsste. Der Leiter von Jugendvereinen mit sozialistischer Grundgesinnung wird völlig absichtslos und auch ohne den Wunsch politischer Beeinflussung den Ton und Nachdruck seiner Darstellung in geistigen Problemen auf die Punkte legen, die seine eigne Weltanschauung stützen, und deshalb auch geeignet sind, gleiches Denken in dem Hörer wachzurufen. Das liegt einfach in der Natur des menschlichen Geistes und tritt sicher noch stärker hervor, wo man junge Menschen vor sich hat, bei denen man den entgegengerichteten Druck der Schule auszugleichen strebt. Deshalb also wäre die politische Überzeugung der leitenden Persönlichkeiten in derartigen Organisationen gewiss von Wichtigkeit. Aber auf der anderen Seite besteht doch ein gewaltiger Unterschied zwischen diesem leisen und unwill-

kürlichen Einfluss, der aus den Dingen selbst zu strömen scheint und nur das eigene Denken und Schliessen im Hörer auslöst, und einer blossen Übertragung der politischen Gesinnung von den Erwachsenen auf das Kind. Ja gerade, weil nichts gefährlicher auf jugendliche Menschen wirkt, als jede allzu absichtsvoll betonte Überzeugung, weil nichts leichter Gleichgültigkeit oder sogar die natürliche Oppositionslust wachruft, darum soll man sich hüten, die Kinder zu Hause allzu scharf auf seine Seite ziehen zu wollen; darum müsste man sich in jeder Jugendorganisation allerdings auch ebenso sehr vor Dogmatismus und dogmatisch beschränkter Gesinnung zu hüten suchen.

Wie nun wären allgemeine Jugendvereine am besten und zweckmässigsten ins Leben zu rufen?

Je nach der Betonung der verschiedenen Aufgaben der Vereine könnte man sich ja sehr verschiedene Arten der Organisation denken. Die Mannigfaltigkeit der Formen, unter denen Jugendorganisationen im Süden Deutschlands, in Österreich, Holland, Belgien bestehen, beweist zur Genüge, dass die gleichen oder ähnlichen Ziele auf sehr ungleichen Wegen verfolgt werden könnten. Um den Hauptzügen nach zu skizzieren, worauf es uns vorwiegend anzukommen scheint, möchte ich nur das folgende betonen.

Es handelt sich für unsere Zwecke zunächst hauptsächlich um das etwas höhere Kindheits- und Jugendalter, um die Zeit vom 14. oder höchstens 12. bis zum 18. Jahre. Es muss in diesem Alter ein Vereinigungspunkt für die Proletarierjugend geschaffen werden, wo sie jederzeit Anregung und Unterhaltung für alle müssigen Stunden, Verkehr mit Altersgenossen und zugleich geistige Leitung und Förderung findet. Es müssten deshalb überall in solchen Gebäuden, die der Partei, den Gewerkschaften, proletarischen Kunstinstituten oder der gleichen angehören, einige Räume für die Abende, sowie die Sonn- und Feiertage den Jugendvereinen zur Verfügung stehen, die die Mitglieder als ihr ständiges Heim betrachten könnten, ohne dass ihnen die geringste materielle Verpflichtung, noch ein Zwang zu irgend einer Ausgabe für Getränke daraus erwüchse. In einem dieser Räume müsste eine gut zusammengestellte, reichhaltige Bibliothek den jungen Leuten zur Verfügung stehen, die besten Werke der Weltliteratur, sowie populär wissenschaftliche Bücher aus allen Wissensgebieten. Ein zweiter Saal muss als Versammlungslokal vorbehalten bleiben. Hier müssten gemeinsame Lektüre, Unterhaltungen, Spiele, Musikvorträge die Mitglieder vereinen; hier also müsste der Mittelpunkt sein, wohin jeder sich wenden, wo jeder Anregung und Belehrung suchen könnte.

Als Leiter dieser Abende würden mir Frauen am geeignetsten erscheinen. Die Frau weiss sich dem jungen Menschen besser anzuschmiegen, versteht — wo sie ein starkes Interesse an der Sache treibt — gewöhnlich besser, als der Mann, zu individualisieren, auf seelische Wünsche und Bedürfnisse einzugehen, den einzelnen persönlich an sich heranzuziehen. Auch läge hier vielleicht ein Feld, wo eine ganze Anzahl sozialistisch denkender Frauen eine völlig ihren Anlagen und Neigungen angepasste Tätigkeit fände, während ihre Kraft auf rein politischem Gebiete unverwendbar ist und vollständig brach liegen bleibt. So könnten, wo irgend man die richtigen Persönlichkeiten fände, Genossinnen abwechselnd etwa je einen oder mehrere Abende wöchentlich die Leitung der Jugendvereine übernehmen, so dass sich allmählich festere geistige Beziehungen zwischen den Mitgliedern und den Leiterinnen knüpften. Aller-

dings dürfte naturgemäss die Tätigkeit des Vereins nicht planlos den einzelnen überlassen bleiben. Lokale Jugendkomitees müssten überall gebildet werden, um die Arbeit und die Art der Tätigkeit in den Organisationen gemeinsam zu beraten; diese lokalen Komitees könnten sich wieder zu zentralen Organen zusammenschliessen, und so von einem Punkte aus überall Einheitlichkeit und Klarheit in die Arbeit der einzelnen getragen werden.

Auch wären die Aufgaben der Jugendorganisation mit diesen loseren, mehr geselligen Abenden sicherlich nicht erschöpft. Vielmehr erschiene es als eines ihrer wichtigsten und dringendsten Ziele, mindestens den älteren und besonders wissensdurstigen Schülern auch in fortlaufenden Lehrkursen in den Hauptfächern allgemeiner Bildung das positive Wissen zu bieten, das die Volksschule ihnen vorenthält. Für Deutsch, Welt- und Literaturgeschichte, Hygiene, vielleicht auch eine fremde Sprache könnten allmählich tüchtige Lehrkräfte gewonnen, und so die Jugendorganisation langsam zu einer freien, von modernem Geiste erfüllten Jugendschule ausgestaltet werden. Eine eigene Jugendzeitschrift, für die bei der Gründung allgemeiner Jugendorganisationen die besten Kräfte gewonnen werden könnten, hätte die Arbeit der Vereine zu unterstützen und gleichzeitig für weitere Ausbreitung und Agitation zu sorgen, wie dies bereits überall in den bestehenden Jugendvereinen geschieht.

Ich muss es mir bei der Beschränkung des Raumes, die mir geboten ist, versagen, im einzelnen auf die Fülle neuer Wirkensmöglichkeiten einzugehen, die sich innerhalb der Jugendorganisationen denken liessen, auf die Fülle von Einflüssen, die von hier aus in die proletarische Familie, auf die Frauen der Arbeiterschaft überstrahlen könnten und diese Organisationen, wenn auch auf indirektem Wege, wieder zu einem der vorzüglichsten Mittel politischer Aufklärung für die Partei werden liessen. Hoffentlich führen die Verhandlungen des Parteitages in der Jugendfrage zu einem positiven Ergebnis! Die Partei würde damit den Grund legen zu neuer kraftvoller Tätigkeit und neuem Schaffen im Sinne wahrhafter Menschheitskultur.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

PAUL KAMPFFMEYER · ÜBER PROSTITUTION UND VOLKSERZIEHUNG

MIT der so eminent wichtigen Volkserziehungsfrage wird sich der Mannheimer Parteitag beschäftigen. Diese Frage umfasst nun auch die Erziehung der jugendlichen Elemente, die mit einem Fusse schon im Gefängnis oder im Sumpfe der Prostitution stehen. Die Prostitution der Mädchen unserer Grossstädte beginnt vielfach schon im zarten Kindesalter. Aus der Statistik der preussischen Fürsorgeerziehung über das Etatsjahr 1901 wurde die erschreckende Tatsache bekannt, dass von den schulpflichtigen verwahrlosten Mädchen schon 101 der Unzucht ergeben waren; 4 von diesen waren bereits syphilitisch angesteckt worden.

Die jugendlichen Dirnen evangelischer Konfession werden heute meist in Rettungsanstalten und *Magdalenenheime* verwiesen, die unter dem Einfluss der *Inneren Mission* der evangelischen Landeskirche stehen. In diesen Anstalten

werden als höchste und wichtigste Erziehungsmittel das Wort Gottes und der Katechismus geschätzt. Und fast als wundenschlagende Seelenmarterinstrumente mögen diese Erziehungsmittel in vielen Anstalten zur Anwendung gelangen. Die jugendliche Seele des verirrten Mädchens wird mit Bibelversen und Katechismusstellen überfüttert, und sein jugendlicher Leib wird mit Waschen, mit eintöniger mechanischer Arbeit für Fabrikunternehmer, mit dem Sortieren von Kaffee, Linsen und Erbsen etc. überarbeitet. In diesen Anstalten steht oft die schamloseste Kinderausbeutung in vollster Blüte. Der Lehrer Agahd, der mutig gegen die Kinderausbeutung der Fürsorge- und Zwangserziehungsanstalten zu Felde zog, hat die typische, diese Anstalten charakterisierende Misere mit folgenden Strichen gezeichnet:

›Kein Geld in der Anstalt — Folge: Geld verdienen — Folge: gewerblich arbeiten. Gewerblich arbeiten — Folge: Teilarbeit, mechanische Arbeit, Akkordarbeit, lohnende Arbeit oder Arbeit um jeden Preis. Wechsel in der Beschäftigung muss fehlen, da nur der Eingearbeitete viel schafft, Arbeitserziehung und gewerbliche Kinderarbeit sind diametrale Begriffe.‹

Müssig gehende Dirnen will man die Liebe zur Arbeit durch Sortieren von Kaffee und Linsen, durch die eintönigste Arbeit an der Waschmaschine anerziehen! Sie werden bei diesen graulangweiligen Arbeiten den letzten noch vorhandenen Funken von Liebe für eine geordnete, nützliche Tätigkeit verlieren. Die Mädchen werden höchstens zu Dienstmädchen in den Anstalten herangebildet, und gerade Dienstmädchen wandeln stets hart am Rande des Prostitutionspfuhls. Von den in einem Jahre unter sittenpolizeiliche Kontrolle gestellten Mädchen Berlins entstammten 60 % dem Dienstbotenstande. Will man frühzeitig verdorbene Mädchen vor dem Versinken in dem Strassenschmutz verschonen, so führe man sie nicht dem Gewerbe zu, aus dem vor allem die käufliche Liebe ihre Priesterinnen wirbt. Man lehre sie Handwerke, die Buchbinderei, die Buchdruckerei etc., durch die sie sich dereinst durchs Leben schlagen können!

In einer Zeit, in der sich der Staat in seinem dunklen Drange mehr und mehr in das Halbdunkel der Staatskirche flüchtet, darf man kaum hoffen, etwas aufklärendes Licht in die Fürsorge- und Zwangserziehungsanstalten zu leiten. Von Weltlust ist die Erde erfüllt, und doch streckt der Staat mit frommem Augenaufschlag seine Hände betend gen Himmel. Je mehr er nun die weltlichen Lehrstühle in kirchliche Altäre umbaut, je mehr Pfaffentalare er vor die Schulfenster hängt, um so mehr Tageshelligkeit muss die Sozialdemokratie als aufstrebende Kulturpartei auf die Probleme einer vorgeschrittenen Sozialpädagogik werfen und diese mitten hinein in das öffentliche Leben stellen. Je heller dann die Ideale einer solchen Sozialpädagogik leuchten, um so stärker heben sich vor allem Volk die Schatten der Finsternis ab, in der der Staat und seine Getreuen wandeln. Die Kluft zwischen der herrschenden staatlichen Erziehung des Volkes und den Forderungen einer vom sozialen Geiste erfüllten Pädagogik schliesst sich dann den grossen Volksmassen auf. Bevor die Sozialdemokratie in die Ära einer fruchtbaren Reformarbeit eintreten kann, wird ihre Aufgabe zumeist darin bestehen, Klüfte zwischen den veralteten bestehenden und den sich im Keime regenden neuen Zuständen aufzureissen. Die Ideen einer neuen Weltanschauung will die Sozialdemokratie in die Schulen des Volks leiten. Was wird ihr nun für das nächste Dezennium an Arbeit anderes

auferlegt werden, als immer und immer wieder auf den Abgrund zu deuten, der zwischen den Lehren der Wissenschaft und den Irrlehren des Volksunterrichts klafft! Aber wenn dann endlich in Millionen deutscher Arbeiterfamilien der Gedanke der Unhaltbarkeit der in den Schulbüchern und im Katechismus vorgetragenen Lehren lebendig ist, dann dürfte auch das ganze herrschende Lehrsystem der Volksschule in seinen Grundfesten schwanken. Eine brennende Scham wird jeden innerlich aufrichtigen deutschen Lehrer anwandeln, wenn er sich zum Verbreiter veralteter, vom Volke längst als unwahr erkannter Ideen aus der Welt- und Religionsgeschichte machen muss. Und wie leicht kann die Dreimillionenpartei einen gediegenen populären Leitfaden über die grossen Ereignisse der Welt- und Religionsgeschichte in alle Arbeiterfamilien tragen!

Wenn ich jetzt von Prostitution und Volkserziehung spreche, so will ich ebenfalls nur eine Kluft für das Volksauge aufreissen. Aber wer eine heftige Sehnsucht nach einer gründlichen Umformung unserer Volkserziehungsverhältnisse wecken will, der kann eben nicht um jene Arbeit des Aufreissens herumkommen. Das Kapitel der Prostitution ist in letzter Zeit oft behandelt und noch öfter misshandelt worden. Der Gedanke von dem bestimmenden Einflusse wirtschaftlicher Verhältnisse auf die Entstehung und Verbreitung der Prostitution hat oft eine zu einseitige und daher falsche Fassung erhalten. Das wirtschaftliche Elend erzeugt nicht überall und zu allen Zeiten die soziale Schmarotzerpflanze der Prostitution. Die besonderen wirtschaftlichen, sozialen und individuellen Bedingungen, die mit Notwendigkeit die Prostitution als Massenerscheinung zeitigen, müssen genau untersucht werden.

Schauen wir in die polizeilichen Verzeichnisse der reglementierten Frauen und in die Statistik der Verbreitung der venerischen Krankheiten hinein, so tritt uns sofort folgende charakteristische Tatsache entgegen: Die eigentlichen Dirnenmärkte liegen in den Gross- und Mittelstädten mit starker sozialer Klassenmischung. In ausgesprochenen Fabrikstädten tummeln sich mitunter nur einige Dirnen in entlegenen, dunklen Gassen herum. Nur wo die verschiedenen sozialen Klassen hart auf einander stossen, also in Städten mit scharf ausgeprägten Klassengegensätzen, gedeiht die Prostitution üppig. Der mit Fabrikstädten völlig durchsetzte Regierungsbezirk Arnsberg, der ungefähr die gleiche Einwohnerzahl hatte, wie die Stadt Berlin, wies kaum ein Zehntel der Prostituierten der Weltstadt auf. Graues Elend gibt es genug auch auf dem Lande, aber die Dorfhure ist eine Ausnahmeerscheinung. In den Nurfabrikstädten nimmst du mit allen deinen fünf Sinnen die soziale Not wahr, aber die sich feilbietende Fabrikdirne erblickst du nur selten. Aus den Ziffern über die wirtschaftliche Not eines Bezirks kannst du nicht rein mechanisch die Zahl der Prostituierten ablesen. Aus einer eingehenden statistischen Untersuchung über die Zahl der reglementierten Dirnen preussischer Städte und über die Verbreitung der venerischen Krankheiten in Preussen konnte ich folgenden Satz über die Prostitution im kapitalistisch organisierten Staate aufstellen:

›Die Prostitution tritt in den Distrikten mit kapitalistischer Produktion nicht überall, und namentlich nicht in dem gleichen Stärkegrade auf. Eine Konzentration verschiedener sozialer Klassenelemente an einem Orte ist die Voraussetzung für die Entstehung der Prostitution. Die konzentrierte Bevölkerung der Städte ist daher vor allem der Nährboden der Prostitution. Städte mit einem einheitlichen sozialen Charakter jedoch, Städte, die nicht mit den verschiedensten sozialen Klassenelementen

durchsetzt sind, halten die Prostitution in sehr engen Grenzen, zum Beispiel ausgesprochene Fabrikstädte mit nur geringen Prozentsätzen von Angehörigen der grossbürgerlichen Klassen, der Mittelklassen, der liberalen Berufsarten. Die Städte mit umfassenden unverheirateten, zahlungsfähigen männlichen Bevölkerungsgruppen, die nach ihren Klassenanschauungen nicht mit den eigenen Klassengenossinnen aussereheIichen Geschlechtsverkehr pflegen dürfen und vor dem Aufstieg in eine bestimmte soziale Stellung keine *standesgemässe* Ehe eingehen können, steigern die Nachfrage nach käuflichen Frauen im hohen Grade.«

In den Grossstädten mit stark ausgeprägten Klassengegensätzen entwickelt sich also vor allem die Prostitution als soziale Massenerscheinung. Aber nicht ausnahmlos fallen alle weibliche Wesen in dürftigen, armseligen Lebensverhältnissen der Prostitution anheim. Gerade den Gruppen erwachsener weiblicher Berufsangehörigen, die in allerengster Berührung mit den herrschenden sozialen Klassen stehen und gleichsam unter der selben Zimmerdecke mit ihnen leben, droht vor allem die Gefahr, in das Strassendirnentum herabzusinken. Das sind die Dienstmädchen. Diese entbehren fern von der Heimat des starken Rückgrats, den ihnen eine unaufgelöste Familie durchweg gewährt. Standen sie auf dem Lande in einem derb natürlichen geschlechtlichen Verkehr mit Klassengenossen, so erhält dieser Verkehr einen ganz anderen Charakter, wenn sie ihn mit den Angehörigen anderer Klassen, die bei ihnen ja nur einen schnellen, womöglich käuflichen Genuss suchen, pflegen. Berauschend wirkt ferner auf die Dienstmädchen die sie umgebende Welt des bürgerlichen Luxus ein. Sie leben sich in die Bedürfnisse dieser Welt ein. Sie können aber die in ihnen geweckten neuen Bedürfnisse nur befriedigen, wenn sie schmählichem Nebenverdienst nachgehen. Bei dem Hinabgleiten der Dienstmädchen in den schmutzigen Tümpel der Strassenprostitution spielt schon die Tatsache eine sehr wichtige Rolle, dass die Mädchen von ihren Familien getrennt leben, dass für sie eigentlich die Familie als ökonomische Einheit und als moralische Schutzwehr tot ist. Bei den jungen, halb erwachsenen Mädchen unserer Grossstädte wirkt die Auflösung der Familie geradezu verhängnisvoll. Von den schulentlassenen weiblichen, der preussischen Fürsorgeerziehung übergebenen Zöglingen werden 64 % als *Unzüchtige* bezeichnet. Von den 2838 weiblichen Fürsorgezöglingen wurden 534 ausserehelich geboren, und 1045 waren völlig verwaist, Mutter- oder Vaterwaisen. Des starken wirtschaftlichen und moralischen Halts der Familie gingen also 1579 Fürsorgezöglinge verlustig. Zu diesen Zöglingen stossen noch etwa 9 % weiblicher Zöglinge, die ebenfalls in fragmentarischen Familien aufwuchsen, in Familien, in denen die Eltern getrennt lebten oder geschieden waren. Von 575 Mädchen des *Magdalenenhilfsvereins* Dresden waren 57 ausserehelich geboren, 47 waren Vollwaisen, 90 Vaterwaisen, 83 Mutterwaisen, 40 gingen aus Familien hervor, deren Eltern geschieden waren oder getrennt lebten.

Eine kleine Gruppe grossstädtischer Dirnen ist entschieden stark psychopathologisch beanlagt. Diese Mädchen sind in ihrem ganzen Triebleben falsch gerichtete Geschöpfe. Von den Mädchen dieser Gruppe entwirft zum Beispiel der 68. Jahresbericht des *Evangelischen Asyls für weibliche Entlassene* und des *Magdalenenstifts* zu Kaiserswerth folgende Charakterbilder:

C. D., 14 Jahre alt. Grosse, verkommene Familie, in der die Unzucht erblich, die Blutschande nicht unerhört ist. Der Pflegling hat als 12jähriges Mädchen mit den eigenen Brüdern Unzucht getrieben und sich in der selben Zeit für Geld anderen Männern wiederholt preisgegeben. Sitzt so tief in den Fesseln der Sinn-

lichkeit, dass ihr der Konfirmandenunterricht nicht ohne Zeugen erteilt werden konnte, da nach den Beobachtungen des Geistlichen, wie nach ihrem eigenen Geständnis der Asylvorsteherin gegenüber sie das Alleinsein mit einer männlichen Person absolut ausser Fassung brachte.

D. E., 16 Jahre alt, Zuhälterdirne. In Düsseldorf und Berlin schöffengerichtlich bestraft.

E. T., 15 Jahre alt. Vater säuft, Mutter liederlich. Das Mädchen hat schon viel durchlebt. Der Vater teilt in einem wütenden Briefe mit, dass er insgesamt 98 Mark Schulversäumnisse für E. habe *absitzen* müssen. Die Mutter wird von ihm mit einem Stocke geschlagen und an den Haaren durchs Zimmer gezogen. Trieb sich nächtelang als Dirne auf Hafenschiffen und in Neubauten herum. Erschwindelte durch eine Kollekte für armenische Waisen an einem Tage 48 Mark . . . Entläuft von Hause und stiftet ihren 12jährigen Bruder zum Strassenraube an. Vollendete Schauspielerin.

F. G., 17 Jahre alt. Hat angeblich als 15jährige mit vielen verheirateten Männern Unzucht getrieben, das selbe später in E. wiederholt. Galt schon im 14. bis 16. Lebensalter als geschlechtlich bescholten. Lügt. Eltern total machtlos. Bruder im Gefängnis.

H. J., 17 Jahre alt. Schamlose Dirne, Vater und Mutter gänzlich machtlos.

J. K., 16 Jahre alt. Bis zum 14. Jahre äusserlich ganz tadellose Schülerin, die beste Konfirmandin. Dabei innerlich durch das Lesen schlechter Bücher schon verdorben. Ergibt sich mit Bewusstsein der Unzucht. Erschwindelt Abmeldeschein mit höherem Alter. Bordelldirne in C. und D. Ganz erschreckender Zynismus. Bei der Aufnahme ohne jegliches Schamgefühl.

Bei der Diskussion der Frage *Prostitution und Volkserziehung* scheidet die von uns zuerst herausgegriffene Gruppe der erwachsenen Prostituierten, die der käuflichen Liebe verfallenen grossjährigen Dienstmädchen, ganz aus. Sie hat die Schule, die Fortbildungsschule, die Fürsorgeerziehungsanstalt schon hinter sich. Unser pädagogisches Interesse wendet sich vor allem der Gruppe der schulpflichtigen und schulentlassenen Mädchen, die völlig oder halb verwaist sind oder in zerrütteten Familien aufwachsen, und der Gruppe der moralisch und geistig defekten Mädchen zu.

Die alte Schule hat sich unter dem Einfluss unseres sozialpolitischen Zeitalters wohl oder übel bequemen müssen, ihren früheren Aufgabenkreis zu erweitern. Der Schularzt rückte in das alte Schulhaus ein, und dieses erfuhr selbst unter dem zwar langsamen, aber sicheren Fortschreiten der modernen Schulhygiene eine wesentliche Umgestaltung. Das Schulbad wurde geschaffen. Das körperliche Wohlbefinden des Schülers ward nach und nach als ein durchaus notwendiges Erfordernis für einen befriedigenden Erfolg des Schulunterrichts erkannt. Aber was half es, wenn man den Leib des Schülers wohl aussen, aber nicht innen pflegte, wenn man den gereinigten Körper hungern liess! In das Gesichtsfeld des Sozialpädagogen trat die wichtige sozialpolitische Forderung der Ernährung der Schulkinder auf öffentliche Kosten. Das Kinderschutzgesetz kam, und mit ihm wurde dem deutschen Lehrer die wichtige sozialpolitische Funktion der Überwachung des Kinderschutzgesetzes übertragen. Ein Teil der Arbeits- und Lebensverhältnisse der Kinder ist der Inspektion des Lehrers unterstellt. In das sogenannte *Heiligtum des Hauses*, das bisher vom Staat und seinen Aufsichtsorganen streng gemieden wurde, ist der Lehrer getreten, und er wird sehr wenig Heiliges in diesem Hause entdecken. Nachdem nun einmal der Staat über die Schwelle des Hauses geschritten ist, mag er sich in diesem Hause auch nach allen Richtungen hin umschauen. Die Schule kann jedenfalls die einmal betretene sozialpolitische

Bahn nicht mehr verlassen. Will sie ihre volkserzieherische Aufgabe in befriedigender Weise erfüllen, so hat sie aber die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse der Schulkinder ganz anders, als bisher, zu erfassen.

Die grossen Umrisse der Existenz- und Familienverhältnisse der Schulkinder zeichnen sich schon in der Semesterstatistik der Schulklassen hinein. Ein Lehrer, der in persönlicher Fühlung mit seinen Zöglingen steht, dringt leicht in die häuslichen Lebensbedingungen dieser ein. Man kann wohl ohne Übertreibung sagen: Fast aus der Art der Lösung der Schulaufgaben kann oft der Lehrer tiefgehende Störungen in dem äusseren und inneren Leben seiner Schulkinder entdecken. Will die Volksschule nun den Kampf gegen die Prostitution der weiblichen Jugend aufnehmen, so hat sie ihr Auge vor allem auf die Familienverhältnisse der Schulkinder zu richten. Die grossstädtische weibliche Jugend, die unter brüchigen und zersetzten Familienverhältnissen aufwächst, verfällt vor allem leicht der Strasse. Der Lehrer hat daher zu ermitteln, in welchen Häuslichkeiten vor allem ein Eingreifen öffentlichrechtlicher Erziehungsorgane wegen beginnender Verwahrlosung der Kinder erforderlich ist. Dem gebildeten Lehrer werden ferner nicht die Fälle geistiger und moralischer Entartung, die sich unter seinen Zöglingen finden, entgehen. Gerade um die gefährdeten Elemente der weiblichen Jugend vor dem Straucheln in den Prostitutionssumpf zu bewahren, müssen moralisch defekte, krankhaft geschlechtlich erregte, schamlose Mädchen aus der Schule entfernt und in öffentlichen Erziehungsanstalten erzogen werden.

Im Interesse der Bekämpfung der Prostitution und der Kriminalität Jugendlicher können wir der Begründung einer sozialpädagogischen Vormundschaftsbehörde nicht ausweichen. Diese Behörde müsste von Sozialpädagogen, sozialen Medizinern und Männern der Selbstverwaltung zusammengesetzt sein. Wenn die Schule mit Hilfe ihrer Organe festgestellt hat, dass die häuslichen Verhältnisse eines Kindes ungesund sind und schwere sittliche Gefahren für dieses in sich bergen, so hat die Vormundschaftsbehörde dafür Sorge zu tragen, dass den Eltern, der Mutter oder dem Vater des Kindes das Erziehungsrecht ganz oder zeitweilig entzogen wird. Die sozialpädagogische Behörde übernimmt dann die Verpflichtung, für die Ernährung und Erziehung des Kindes zu sorgen. Die Einweisung der bevormundeten Kinder in besondere öffentliche Fürsorgeerziehungsanstalten wird sich in vielen Fällen als unumgängliche Notwendigkeit erweisen. Aber dann muss in der Tat die Axt an die bisherigen Fürsorgeerziehungsanstalten gelegt werden! Herr Plass, Direktor des *Erziehungsheims am Urban* in Zehlendorf, rief selbst den Leitern der heutigen Zwangs- und Fürsorgeerziehungsanstalt zu: Bringt Sonnenschein und Freude in die Anstalten hinein, habt Verständnis für die Bedürfnisse der jugendlichen Seele! Plass verwirft die bisherige grob schablonisierende Erziehung dieser Anstalten. Die Unterdrückung alles Persönlichen bewirkt nach seiner Ansicht das Gegenteil einer erfolgreichen Erziehung. Er vertritt das Prinzip einer individualisierenden Arbeitserziehung der Kinder gegenüber der heute in vielen Anstalten herrschenden wirtschaftlichen Kinderausbeutung.

Will man einen wirksamen Kampf gegen die Prostitution auf volkserzieherischem Gebiete eröffnen, so muss man sich bereits des schulpflichtigen sittlich gefährdeten Mädchens annehmen. Aber ohne ein tiefes Eindringen in die häuslichen Verhältnisse der Schulmädchen können keine zweckentsprechenden

sozialpädagogischen Massnahmen im Interesse dieser getroffen werden. Und hier hat vor allem die Schule ihr Aufsichtsrecht über die Kinder zu erweitern. Die strauchelnden oder bereits verwahrlosten Mädchen müssen aus der Sphäre des Lasters und der Unsittlichkeit entfernt und in ganz neue gesunde Lebens- und Erziehungsverhältnisse gestellt werden. Das geht selbstverständlich nicht ohne einen herzhaften Eingriff in die elterliche Gewalt und das elterliche Erziehungsrecht ab, und nur sachverständige, auf Grundlage der Selbstverwaltung aufgebaute Organe dürfen einen derartigen Eingriff befürworten. Haben sie aber unwürdigen oder unfähigen Eltern das Erziehungsrecht über ihre Kinder absprechen lassen, so müssen sie auch im vollen Umfang für die Kosten der Erziehung dieser Kinder aufkommen. In modernen, in humanem, sozialpädagogischem Geiste geleiteten Erziehungsanstalten werden sie die innerlich brüchigen weiblichen Wesen aufrichten und zur Liebe zu einer geordneten Tätigkeit erziehen müssen.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

JULIUS BRUHNS · DAS FRAUENSTIMMRECHT UND DIE SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI

ZU den Verhandlungsgegenständen der Frauenkonferenz, die dem Parteitag in Mannheim vorangeht, gehört das Frauenstimmrecht. Das ist sehr zu loben, denn diese Frage hat neben ihrer an sich gewaltigen allgemeinen Bedeutung für die Arbeiterbewegung der ganzen Welt gegenwärtig noch eine besondere erhalten durch die Wahlrechtsbewegungen sowohl in deutschen, wie in ausserdeutschen Landen. Für das Frauenstimmrecht lassen sich vom Standpunkt der Arbeiterklasse eine stattliche Reihe trefflicher, unwiderleglicher Gründe anführen, natürliche, ethische, politische, soziale. Nach dieser Richtung wird auf der Frauenkonferenz kaum etwas Neues gesagt werden können. Die deutsche Sozialdemokratie ist durch ihre Grundsätze und ihr Aktionsprogramm auf die Erringung des Wahlrechts für die Frauen verpflichtet. Das allgemeine, gleiche Wahlrecht ist in der Tat aber auch ein Lebenselement der Arbeiterklasse. Ob sie lediglich mit dessen Hilfe endgültig obsiegen wird, kann mit Recht bezweifelt werden. Es werden andere Faktoren hinzutreten müssen. Aber das wichtigste Mittel zur Gewinnung und Erziehung der Massen für den Gedanken des Klassenkampfes, das wichtigste Mittel zur Vorbereitung der Eroberung der politischen Macht ist und bleibt das allgemeine, gleiche Wahlrecht. Ganz abgesehen von allen ethischen Gründen, erfordert also das materielle, das politische und wirtschaftliche Interesse der Arbeiterklasse das Frauenstimmrecht. Die Bedeutung der Frau im Wirtschaftsleben nimmt ständig zu; in gleichem Masse wächst ihre Bedeutung für den proletarischen Klassenkampf. In den Händen des Kapitals ist die Frau nicht nur eine gefährliche Waffe im wirtschaftlichen Kampfe gegen den männlichen Arbeiter, sie ist es zugleich auch im politischen Kampfe in den Händen der politischen Vertretung des Kapitals, der bürgerlichen Parteien. Wie niederdrückend und hemmend die politisch rechtlosen und daher verständnislosen Arbeiterfrauen auf die politische Betätigung, auf den Befreiungskampf der Arbeiterklasse überhaupt wirken, wie sie selbst die Tätigkeit Hunderttausender schon aufgeklärter männlicher

Arbeiter verringern und hindern, davon können die leitenden Personen der Partei- und Gewerkschaftsbewegung manch trauriges Lied singen.

Die Erringung des Frauenstimmrechts würde der Arbeiterbewegung gewaltig vermehrte Aufklärungsarbeit, bald aber auch eine gewaltige Vermehrung ihres Heeres, ihrer Kräfte bringen. Und politisch aufgeklärte Frauen sind nicht die schlechtesten, sondern in der Regel die besten Mitkämpfer, wie das die Erfahrung längst gelehrt hat. Dabei dürfen wir uns allerdings nicht verhehlen, dass das Frauenstimmrecht zunächst und auf längere Zeit den bürgerlichen Gegnern, und sicher dem rückschrittlichsten dieser Gegner am meisten, neue grosse Wählermassen zuführen wird. Diese Tatsache hat hier und da in den Kreisen der Gegner den Gedanken aufkommen lassen, den immer mächtiger anschwellenden, immer ungestümer herandrängenden proletarischen Klassenkämpfern schliesslich die Massen der proletarisch-weiblichen Wähler entgegenzustellen, gewissermassen als letzte Reserve der bürgerlichen Machthaber. Auf der anderen Seite hat dieser Umstand in sozialistischen Kreisen gewisse Bedenken gegen die Einführung des Frauenstimmrechts, wenigstens im gegenwärtigen Stadium der politischen Machtverhältnisse, hervorgerufen. So in Belgien, wie Genosse Emile Vandervelde in dieser Zeitschrift ausführte:

»Viele von unseren Genossen teilten mit den Liberalen und Radikalen die Meinung, dass die Zulassung der Frauen zum Wahlrecht in Belgien die Verewigung der klerikalen Herrschaft zur Folge haben werde.«[1])

Vandervelde hält diese Befürchtung für übertrieben, und in der Tat kann von einer »Verewigung« der klerikalen Herrschaft durch das Stimmrecht der Frauen gewiss nicht geredet werden. Aber Vandervelde verfällt in den entgegengesetzten Fehler, indem er nach meiner Ansicht die Stärkung der bürgerlichen Parteien durch das Frauenstimmrecht erheblich unterschätzt. Davon, dass in der Regel Mann und Frau, weil sie der selben Klasse angehören und die selben wirtschaftlichen Interessen vertreten, auch den selben Stimmzettel abgeben würden, kann nicht die Rede sein, solange nicht diese Frauen zur Erkenntnis dieser Klassenzugehörigkeit und dieser gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen mit dem Manne gekommen sind. Wenn viele Frauen sozialistisch gleich dem Manne stimmen, so wird das aus geistiger Unselbständigkeit, aus anerzogener Unterwürfigkeit gegenüber dem Willen des Mannes geschehen; gerade die an sich besseren, selbständigeren Naturen aber werden zunächst, im Banne ihrer Vorurteile und weiblichen Gefühle, entgegen dem Manne stimmen.

Auch wenn man die nächsten politischen Wirkungen des Frauenstimmrechts viel ungünstiger für die Bestrebungen der Arbeiterklasse nach der politischen Macht beurteilt, als Vandervelde, muss man doch mit ihm vollkommen einig darin sein, dass das Frauenstimmrecht für die zukünftige völlige Befreiung des Proletariats unschätzbare Vorteile erbringt. Für die geistige Emanzipation der Frauen ist es ein treffliches, ja das trefflichste Mittel. Und wenn uns nicht unser Rechts- und Sittlichkeitsgefühl, unsere politischen Grundsätze auf seine Erringung unweigerlich hinwiesen, dann müsste das allein schon das praktische Interesse tun, die Erwägung, dass es kein besseres Mittel zur Erziehung auch der anderen Hälfte des Proletariats, der weiblichen, gibt, als das politische Stimmrecht. Wir müssen daher unangekränkelt von der Gewissheit,

[1]) Vergl. Emile Vandervelde: *Frauenstimmrecht in Belgien?* im vorigen Bande der *Sozialistischen Monatshefte*, pag. 138.

dort, wo ein mehr oder minder freies Stimmrecht für die männlichen Proletarier schon besteht, durch Einführung des Frauenstimmrechts die politischen Machtverhältnisse vorübergehend zu unseren Ungunsten zu beeinflussen, grundsätzlich doch dafür eintreten.

»Es ist aber bekanntlich nicht das selbe, eine Forderung grundsätzlich zu vertreten und sie zu einem Punkte der praktischen Politik zu machen. Wie die Haltung unserer Bruderparteien in Schweden, Belgien und Österreich erweist, können Augenblicksrücksichten verschiedener Art die Sozialdemokratie veranlassen, die Forderung des Frauenstimmrechts zurückzustellen.«

Das sagt die Genossin Roland-Holst.[2]) Und man muss angesichts der zwingenden Rücksichten, die die politische Situation und das Interesse der Arbeiterklasse in den genannten drei Ländern, zu denen sich nach der Darstellung der Genossin Holst noch Holland gesellt, dem Diktum der gewiss nicht im Geruche des *Opportunismus* stehenden Genossin durchaus beistimmen. Es soll hier nicht ausführlich auf die Verhältnisse der in Rede stehenden Länder, soweit sie zur Zurückstellung der Forderung des Frauenstimmrechts führten, eingegangen werden. Sie sind für Österreich und Belgien durch Adelheid Popp und Vandervelde in den *Sozialistischen Monatsheften*, für Holland und Schweden durch Henriette Roland-Holst und Hjalmar Branting in der *Gleichheit* des näheren geschildert. Überall haben Zweckmässigkeitsgründe zu dem Verzicht auf das Frauenstimmrecht geführt. Und überall haben die Genossinnen das Zwingende der Situation anerkannt und von der Geltendmachung ihrer Forderung abgesehen.

In Österreich hat man dies von vornherein getan, um nicht das Wahlrecht für die Männer zu gefährden. Nicht erst im Parlament, veranlasst durch taktische Rücksichten auf bürgerliche Fraktionen und deren Politik, sondern schon auf ihrem Parteitage haben unsere österreichischen Genossen aus Gründen der Opportunität die Forderung des Frauenstimmrechtes fallen gelassen und — zum erstenmal auf einem österreichischen Parteitag — eine Resolution beschlossen, die nicht aussprach, dass das Wahlrecht für alle Staatsbürger ohne Unterschied des Geschlechts gefordert werde. Die weiblichen Parteitagsdelegierten aber erklärten in deutscher und tschechischer Sprache:

»dass sie den grossen Augenblick begreifen und den Kampf ums allgemeine Wahlrecht nicht beeinträchtigen wollen durch das Verlangen, das Frauenwahlrecht in diesem Augenblick besonders zu betonen.«[3])

In Belgien hatte die Drohung klerikaler Abgeordneter, gegebenenfalls für das Frauenstimmrecht einzutreten, um damit die klerikale Herrschaft dauernd zu sichern, Liberale und Radikale zum einmütigen Widerspruch gegen die von den Sozialisten erhobene Forderung bestimmt. Angesichts dessen meint nun Vandervelde:

»Dürfen wir unter diesen Umständen in der Agitation für die gleichzeitige Gewährung des Wahlrechtes an Männer und Frauen fortfahren, auf die Gefahr hin, die erste dieser Reformen zum Scheitern zu bringen, ohne die Aussichten auf Erfolg für die zweite zu verbessern? Der *Verband der sozialistischen Frauen* musste sich darüber klar werden. Trotz des Widerspruchs einer energischen Minderheit sprach er sich für die Vertagung der Frage des Frauenstimmrechts bis nach Lösung der Frage des allgemeinen Stimmrechtes für die Männer aus.«[4])

[2]) Vergl. Henriette Roland-Holst: *Frauenwahlrecht und Sozialdemokratie in Holland* in der *Gleichheit* vom 13. Juni 1906.

[3]) Vergl. Adelheid Popp: *Die österreichische Wahlreform und das Frauenwahlrecht* im vorigen Bande der *Sozialistischen Monatshefte*, pag. 304.

[4]) Vergl. Vandervelde, loc. cit., pag. 139.

Nicht anders in Schweden, wo die Frage der Erweiterung des Wahlrechts für die Arbeiter im Vordergrunde des politischen Lebens steht. Der vorjährige Parteitag der schwedischen Sozialdemokraten hatte es der Fraktion überlassen, im Hinblick auf die gesamte parlamentarische Lage zu entscheiden, ob sie auch das Frauenstimmrecht in ihren Antrag von 1906[5]) aufnehmen wolle oder nicht. Die Fraktion sah einstimmig von der Einbringung dieses Antrages ab, da die konservative Partei anderenfalles eine eingehende Untersuchung über die Voraussetzungen des Frauenwahlrechts gefordert und durchgesetzt hätte, womit die Wahlreform entweder ganz zu Falle gebracht oder doch auf Jahre verschleppt worden wäre. Und Genosse Branting berichtet über die Stellung der schwedischen Genossinnen zu dieser Taktik der sozialdemokratischen Fraktion folgendes:

›Die Genossinnen hatten im allgemeinen das bestimmte Gefühl dafür, dass die Einführung des allgemeinen Wahlrechtes für die Männer, wie im übrigen Europa, nach fast zwanzigjähriger Agitation und nach so energischen Vorstössen, wie es zum Beispiel der dreitägige Demonstrationsstreik von 1902 war, eine doch anders reife Frage für das Land ist, als die mehr prinzipiell-agitatorisch hervorgehobene Forderung des Wahlrechtes für das weibliche Geschlecht. Die Arbeiterinnen, auch die von starkem Klassenbewusstsein durchdrungenen, haben es daher im grossen und ganzen als die natürliche und gewissermassen berechtigte Reihenfolge betrachtet, dass augenblicklich zuerst die Wahlrechtsfrage für das männliche Proletariat gelöst werde; jedenfalls wollten sie durchaus nicht, dass das Frauenstimmrecht als Vorwand einer neuen Verschleppung der Wahlrechtsreform missbraucht werde.‹[6])

Wir sehen also, dass überall, wo die Parteigenossen schon in die Lage kamen, die Frage konkret zu behandeln, die Probe auf das Exempel zu machen, sie genötigt waren, ihre grundsätzlichen Forderungen zurückzustellen, wollten sie nicht schweren Schaden für die gesamte Bewegung verursachen. Und ebenso sehen wir — und das erscheint besonders erfreulich —, dass die Genossinnen sich überall der Situation gewachsen zeigten und klug mit ihrer an sich so notwendigen und so wichtigen Forderung zurückhielten.

In Deutschland sind wir in eine gleiche Lage bisher nicht gekommen. Die politische Situation gestattet es uns vorläufig, zum Beispiel in Preussen und Sachsen, in der Wahlrechtsbewegung das Wahlrecht ohne Unterschied des Geschlechts zu fordern. Wir brauchen nicht zu fürchten, damit unsere Aussichten auf Erlangung des Wahlrechts wenigstens für die Männer zu verschlechtern — denn solche Aussichten bestehen für erste gar nicht. Wenn es sich aber praktisch um eine Änderung etwa des preussischen Landtagswahlrechts handeln würde, und dann das Hineinbringen des Frauenstimmrechts die in Aussicht stehende Wahlreform gefährden müsste: wäre es dann nicht selbstverständlich, dass auch wir diese prinzipielle Forderung zurückstellen, selbstverständlich auch, dass die deutschen respektive preussischen Genossinnen, dem Beispiele der Genossinnen im Auslande folgend, diese Zurückstellung begreifen und billigen? Genosse Kautsky führte vor kurzem in einem Artikel der *Leipziger Volkszeitung* aus, dass die Praxis des Klassenkampfes uns nicht den Grundsatz der politischen und ökonomischen Gleichstellung von Mann und Weib in der Gegenwart stellenweise preisgeben hiesse, sondern ihn unter

[5]) Hierüber siehe Hjalmar Branting: *Die liberale Episode im schwedischen Wahlrechtskampf* in diesem Bande der *Sozialistischen Monatshefte*, pag. 657 ff.

[6]) Vergl. Hjalmar Branting: *Frauenstimmrecht und Sozialdemokratie in Schweden* in der *Gleichheit* vom 11. Juli 1906.

allen Umständen aufs kräftigste zu verfechten gebiete. Und er fügt hinzu, dass die prinzipielle Politik sich auch in dieser Frage schliesslich als die praktischste, die erfolgreichste Politik erweise. Wenn das *unter allen Umständen* richtig wäre, hätten die Parteigenossen in Österreich, Belgien, Holland und Schweden schwere Fehler begangen mit ihrer Taktik der Zurückstellung des Frauenstimmrechts im Wahlrechtskampfe. Die Zukunft wird zeigen, ob sie damit nicht vielmehr grosse Vorteile für die gesamte Arbeiterbewegung ihrer Länder, nicht zum geringsten auch für die Frauenbewegung, geschaffen haben. Wird das der Fall sein — woran ich nicht zweifle —, dann kann die deutsche Sozialdemokratie, dann können auch die deutschen Genossinnen von diesen Erfahrungen profitieren und sich der Situation in den kommenden Wahlrechtskämpfen in Preussen und anderen norddeutschen Bundesstaaten ganz gewachsen zeigen.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

AUGUST BRINGMANN · KLASSENKAMPF, PARTEI UND GEWERKSCHAFT · EINE RICHTIGSTELLUNG

IM Augustheft dieser Zeitschrift erwähnt Theodor Leipart einen Vortrag und einen Artikel des Schreibers dieser Zeilen.[1]) Der erwähnte Vortrag ist im *Zimmerer* vom 31. März abgedruckt unter der Stichmarke *Gewerkschaftliche Rück- und Ausblicke,* der Artikel ist im *Zimmerer* vom 5. Mai 1906 unter der Überschrift *Warum polemisieren wir gegen einen Teil der Parteipresse?* erschienen. Aus diesem Artikel greift Leipart einen Satz heraus und bemerkt dazu, er habe diese Äusserung nicht verstanden. Daran glaube ich aber nicht schuld zu sein. In meinem Vortrage sowohl, wie in dem Artikel handelt es sich nicht um theoretische Abhandlungen über den Begriff *Klassenkampf,* sondern, wie schon die Titel erraten lassen, um ganz andere Dinge. Leipart sucht indessen, aus den Artikeln meine Auffassung des Klassenkampfes festzustellen, und schreibt mir schliesslich eine recht verschwommene Auffassung zu. Ich möchte nun verhindern, dass diese in den Leserkreisen der *Sozialistischen Monatshefte* als meine tatsächliche Auffassung des Klassenkampfes betrachtet wird.

In jenem Artikel des *Zimmerers* hatte ich ausgeführt:

»In der deutschen Zimmererbewegung ist jenes Verhältnis zur sozialdemokratischen Partei lebendige Tradition, das in seinen Grundzügen schon von Schweitzer treffend umschrieben hat .... Wir betrachten die sozialdemokratische Partei als die Organisation der Arbeiterklasse, mit Klassenzielen und Klassenbestrebungen. Unsern Zentralverband fassen wir auf als Berufsorganisation, deren Ziele und Bestrebungen über die Wahrung und Hebung der beruflich-wirtschaftlichen Lage der Zimmerer Deutschlands nicht hinausgehen. Natürlich üben wir auch anderen Organisationen mit gleichen Bestrebungen gegenüber die weitestgehende Solidarität; man fasse unsere knappen Ausführungen also nicht enge auf.«

In diesem Sinne ist auch der Satz zu verstehen, den Leipart zitiert, und der da lautet:

»Es heisst ganz einfach, die Klasseninteressen verlottern, wenn man ihre Vertretung den Gewerkschaften aufhalst. Und es heisst die Bestrebungen der Gewerkschaften vernachlässigen, wenn man die Gewerkschaften zur Vertretung der Klasseninteressen

[1]) Vergl. Theodor Leipart: *Die gewerkschaftliche Praxis und der Klassenkampfgedanke* in diesem Bande der *Sozialistischen Monatshefte,* pag. 646-647.

engagiert. Das alles läuft also nicht darauf hinaus, eine umfangreichere und intensive Vertretung aller Arbeiterinteressen herbeizuführen.‹

Ähnlich verhält es sich mit meinem von Leipart herangezogenen Vortrage. Die *Cölnische Zeitung* hatte geschrieben, man dürfe sich »der Einsicht nicht verschliessen, dass die [gewerkschaftliche] Organisation der Arbeiter nicht mehr unterdrückt werden kann. Man wird sich darauf beschränken müssen ..., wenn erforderlich, durch ein Eingreifen des Staats, der auf den Klassenkampf gerichteten Tätigkeit dieser Organisationen Grenzen zu stecken«. In diesem Zusammenhange bedeutet *Klassenkampf* systematischer Kampf zur Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat; systematischer Kampf zur Durchsetzung des ersten Teiles des sozialdemokratischen Parteiprogramms in jener Weise, welche in einem *Klassenkampf*artikel des *Vorwärts* vom 25. März also umschrieben wird:

›Ein proletarischer Klassenkämpfer ist nur der, der die Erscheinungen des sozialen Lebens unter dem Gesichtspunkt betrachtet, inwieweit sie dem Fortschritt, der historischen Mission der Arbeiterklasse nützen, oder, um mit Lassalle zu sprechen, wieweit sie dem Zweck dienen, das Prinzip der Arbeiterklasse zu dem herrschenden Prinzip des Staats und der Gesellschaft zu machen. Nur wer diese Prüfung vollzieht und sie für sein politisches Wollen und Wirken als Richtschnur nimmt, kann als bewusster Klassenkämpfer gelten.‹

Ich bestreite nun ganz entschieden, dass es eine auf diese Form des Klassenkampfes gerichtete Tätigkeit der deutschen Gewerkschaften gibt:

›Das Ziel der gewerkschaftlichen Bewegung ist die Wahrung und Verbesserung der beruflich-wirtschaftlichen Lage der Arbeiter. Sie sucht diesen Zweck zu erreichen durch eine demokratische Organisation und eventuell durch den Kampf gegen die Kapitalisten und Arbeitgeber des Berufes, den jede Gewerkschaft vertritt. Die Gewerkschaften sollen so ausgebaut werden, dass sie dem Arbeiter immerwährend als Rückhalt dienen, seine bürgerliche Existenz zu behaupten. Die Gewerkschaften haben sich dieses Gebiet nicht willkürlich gewählt, es ist ihnen auch von niemand etwa aus Machtvollkommenheit oder besserer Einsicht zugewiesen, sondern die Natur der bürgerlichen Gesellschaftsordnung und ihre Entwickelung weisen den Gewerkschaften dieses Gebiet an. Die Gewerkschaften sind — und zwar in ihrer heutigen Gestaltung — ein notwendiges Glied der bürgerlichen Gesellschaftsordnung . . . . Wer an dieser Grundlage rüttelt, oder sie einzuschnüren versucht, legt die Gewerkschaften lahm, vernichtet sie.‹

Ich füge aber noch hinzu:

›Allerdings, geschichtlich betrachtet, erscheint auch die gewerkschaftliche Tätigkeit als Klassenkampf. Sie ist dies unbewusst. Darin liegt aber auch die Gefahr von gesetzlichen Eingriffen. Brächte man es fertig, »durch ein Eingreifen des Staates der [angeblich] auf den Klassenkampf gerichteten Tätigkeit dieser Organisationen Grenzen zu stecken«, dann bin ich fest davon überzeugt, die deutsche Rechtsprechung würde sehr bald in jeder Gewerkschaftstätigkeit eine solche sehen, die auf den Klassenkampf gerichtet ist. Man würde vor allem die auf die Hebung der beruflich-wirtschaftlichen Lage der Arbeiter gerichtete Tätigkeit treffen.‹

Das alles führe ich hier nicht zu dem Zweck an, meine Auffassung des Klassenkampfes zu demonstrieren, sondern nur, um zu zeigen, dass der Satz, den Leipart aus einem Artikel des *Zimmerers* zitiert, in keiner Weise geeignet ist, meine Auffassung des Klassenkampfes erkennen zu lassen. Es handelt sich darin lediglich um die Arbeitsteilung zwischen der sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaftsbewegung. Freilich liegt meinem Vortrag sowohl, wie meinem erwähnten Artikel eine bestimmte theoretische Auffassung des Klassenkampfes zu Grunde. Leipart behandelt den Gegenstand nicht von dem Standpunkt des historischen Arbeiterklassenkampfes aus, sondern er konstruiert sich

einen Begriff, »was Klassenkampf ist«, aus dem »einfachen Sinn des Wortes« selbst. Da können wir uns freilich schwer verständigen. Mag der Begriff *Klassenkampf* im allgemeinen immerhin schwanken, eines steht fest: man meint, wenn man davon spricht, damit den Klassenkampf der Arbeiterschaft, den Kampf der Arbeiterschaft gegen die die Lage der Arbeiterklasse herabdrückenden Tendenzen der kapitalistischen Gesellschaft respektive den Kampf um die Verbesserung der Lage der Arbeiter und den Kampf zur Durchsetzung des modernen Sozialismus. Im übrigen deckt sich meine Auffassung des Klassenkampfes mit jener, die Eduard Bernstein in dieser Zeitschrift eingehend dargestellt hat[2]): dass nämlich der Klassenkampf der Arbeiterschaft in der modernen Gesellschaft nicht als etwas, das an einzelne Formen als seine ausschliesslichen Äusserungen gebunden, sondern als ein geschichtliches Faktum zu betrachten ist.

Nach dieser Auffassung ist die Gewerkschaftsbewegung in ihrer heutigen Gestalt Klassenkampf, aber sie macht nicht den Klassenkampf der Arbeiterschaft aus, sie ist nur ein Stück der Arbeiterklassenbewegung. Nach dieser Auffassung kann man auch nicht einfach sagen: die sozialdemokratische Partei führt den politischen Klassenkampf der Arbeiterschaft, die Gewerkschaftsbewegung den wirtschaftlichen. Das Ziel der Gewerkschaftsbewegung geht ja über den Rahmen der gegenwärtigen Gesellschaft nicht hinaus, nicht einmal über die Grenzen des Berufes, den jede Gewerkschaft vertritt, wohl aber das Ziel der sozialdemokratischen Partei. Wirtschaftliche Kämpfe also, die »dem Zweck dienen, das Prinzip der Arbeiterklasse zu dem herrschenden Prinzip des Staates und der Gesellschaft zu machen«, sind nicht eine Aufgabe der Gewerkschaftsbewegung. Auch die Durchführung der demonstrativen Arbeitsruhe am 1. Mai für die gesetzliche Einführung des achtstündigen Arbeitstages, für die Klassenforderungen des Proletariats und für den Weltfrieden kann nach dieser Auffassung nicht als eine Aufgabe der Gewerkschaften gelten. Ebensowenig die Führung eines politischen Massenstreiks zur Durchsetzung des allgemeinen Wahlrechts oder gegen einen Wahlrechtsraub. Wollte man den Gewerkschaften diese Bestrebungen aufbürden, so würde man, meiner Überzeugung nach, diese Aufgaben nicht lösen, sondern die Gewerkschaften zertrümmern, sie jedenfalls bis zur völligen Wirkungslosigkeit zersplittern.

Trotzdem ist nach dieser Auffassung die weitestgehende Entwickelung der Gewerkschaftsbewegung in ihrer heutigen Gestalt eine der wichtigsten Vorbedingungen zur Erreichung des Zieles der Sozialdemokratie. Der moderne Sozialismus wird hiernach aufgefasst als das Ergebnis des in der gegenwärtigen Gesellschaft bestehenden Klassenkampfes zwischen Besitzenden und Besitzlosen, zwischen Bourgeoisie und Lohnarbeiter. Mit einem Wort: Diese Auffassung stützt sich nicht auf das Bekenntnis der Arbeiter zur Sozialdemokratie, sondern sie erwartet die Durchführung des modernen Sozialismus von der Durchkämpfung der jeweilig aktuellen Arbeiterinteressen. Die Konsequenz dieser Auffassung in organisatorischer Hinsicht ist: Zusammenschluss der Arbeiter in der sozialdemokratischen Partei und Zu-

[2]) Vergl. Eduard Bernstein: *Klasse und Klassenkampf* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1905, II. Bd., pag. 857 ff., und *Gewerkschaftskampf und Klassenkampf*, ibid., pag. 931 ff.

sammenschluss der einzelnen Arbeitergruppen in Gewerkschaften. Hierbei handelt es sich nicht um zwei Ströme der Arbeiterbewegung, sondern um zweierlei Organisationen, denen möglichst jeder Arbeiter angehören soll. Diese Auffassung des Klassenkampfes lässt — das sei noch bemerkt — auch die Konsumvereinsbewegung als zum Klassenkampf der Arbeiterschaft gehörig, erscheinen.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

JULIUS FRÄSSDORF · DIE RECHTSPRECHUNG IN DER UNFALLVERSICHERUNG

ES mehren sich die Klagen über die Rechtsprechung auf dem Gebiete der Unfallversicherung. Es scheint daher angezeigt, deren Ursachen nachzugehen und für die beabsichtigte Änderung der Arbeiterversicherungsgesetze unsere Vorschläge zu machen. Zunächst aber schicken wir einige statistische Ergebnisse der Rechtsprechung in Unfallsachen nach dem Bericht des Reichsversicherungsamtes über das Jahr 1905 voran.

Die Zahl der Versicherten betrug zirka 18500000, wovon rund 11 Millionen der Land- und Forstwirtschaft zuzurechnen sind. Es kamen 609024 Unfälle zur Anzeige, während in 141277 Fällen erstmalig eine Entschädigung zugesprochen wurde. In den weitaus meisten Fällen lag somit den Krankenkassen die Fürsorge für die Verletzten ob, da bekanntlich die Genossenschaften etc. im allgemeinen erst mit der 14. Woche unterstützend eintreten. Als Berufungsinstanzen fungierten 124 Schiedsgerichte für Arbeiterversicherung, während als Rekursinstanzen das Reichsversicherungsamt und 8 Landesversicherungsämter tätig waren. Die Landesversicherungsämter wirken in den Einzelstaaten als Rekursinstanzen in den Fällen, in denen sich der Bezirk der betreffenden Versicherungsträger nicht über den Bezirk des Bundesstaates hinaus erstreckt.

Im Jahre 1905 wurden auf Grund des Gewerbeunfallversicherungsgesetzes 203661, auf Grund des land- und forstwirtschaftlichen Unfallversicherungsgesetzes 191902, im ganzen mithin 395563 berufungsmässige Bescheide an Verletzte oder deren Hinterbliebene seitens der Berufsgenossenschaften erlassen. Unter diesen Bescheiden befanden sich 161032, also 40,71 %, durch welche die bisher bezogenen Renten geändert oder eingestellt respektive der Verletzte oder dessen Witwe abgefunden wurden. Hierbei sei darauf hingewiesen, dass nach Ablauf der ersten 5 Jahre nach endgültiger Festsetzung der ersten Entschädigung Änderungen nur auf Antrag vom zuständigen Schiedsgericht vorgenommen werden dürfen. Bei sämtlichen Schiedsgerichten gingen 68742 Berufungen der Verletzten gegen genossenschaftliche Bescheide ein; dazu kamen 13648 Anträge von Genossenschaften und Verletzten auf Abänderung der bisherigen Renten etc. Von den Berufungen entfielen 64,51 % auf das Gewerbe und 35,49 % auf die Landwirtschaft. Hier fällt die mindere Prozesshäufigkeit der landwirtschaftlichen Arbeiter auf, auf deren Ursachen wir später noch hinweisen werden. Die Zunahme der Berufungen gegen das Vorjahr betrug 5,44 %, die der Anträge 24,16 %. Von 100 berufungsfähigen Bescheiden der Genossenschaften wurden mehr als 17 durch Berufung

bei den Schiedsgerichten angefochten. Bei der gewerblichen Unfallversicherung wurden die Bescheide zu 21,77 %, in der Landwirtschaft zu 12,71 % durch Berufung angefochten. Die Streitsachen wurden in den Schiedsgerichten in 88,96 % der Fälle erledigt, darunter in 4,19 durch Zurücknahme und in 2,93 durch Vergleich; 11,04 % der Streitsachen blieben demnach unerledigt respektive in weiterer Behandlung. Beweisaufnahmen haben bei den Schiedsgerichten 41 041 stattgefunden, darunter 37 103 Beweise durch ärztliche Gutachten und 527 Beweisaufnahmen ausserhalb der Gerichtsstelle (Lokaltermine). Von den durch die Schiedsgerichte zu erledigenden Sachen wurden durch rechtskräftigen Bescheid des Vorsitzenden 0,61 % erledigt. Diese Art der Erledigung wird erfreulicherweise immer seltener, sie betrug 1896 noch 1,37 %, 1886 gar 4 %. Die Zurücknahme der Berufung geschah 1905 zu 4,19 %, 1886 zu 10,99 %. Von den Genossenschaften wurde der Anspruch zu 1,86 % anerkannt, 1886 geschah dies noch zu 2,94 %. Die Vergleiche, welche selten im Interesse der Versicherten liegen, nehmen ebenfalls ab, sie erreichten ihren Höhepunkt im Jahre 1890 mit 5,07 % und fielen 1905 auf 2,93 %. Von den Entscheidungen der Schiedsgerichte fielen 1905 20,27 % zu gunsten der Versicherten, 68,69 % zu gunsten der Versicherungsträger aus.[1]) Bei den landwirtschaftlichen Berufungen ist das Verhältnis für die Versicherten noch ungünstiger: 18,93 % zu gunsten der Verletzten, 71,53 % zu gunsten der Versicherungsträger. Gerichtskosten wurden den Parteien in anerkennenswerter Weise selten, nur in 457 Fällen, auferlegt. Die Geschäfte der Schiedsgerichte haben auch im Berichtjahre wieder zugenommen; das wird auf die Steigerung der versicherten Betriebe und Personen, auf fortschreitende Gesetzeskenntnis, kostenloses Verfahren und die Tätigkeit der Rechtskonsulenten und der Volksbureaus zurückgeführt.

Die Schiedsgerichtsbeisitzer, die zu gleichen Teilen aus Arbeitern und Arbeitgebern bestehen, haben sich nach den Berichten durchweg bewährt; hervorgehoben wird, dass sie »namentlich mit Verständnis und Eifer an den Verhandlungen teilnehmen und zur richtigen Beurteilung des Einzelfalles nach den Verhältnissen des allgemeinen Arbeitsmarktes beitragen«. Von den Schiedsgerichtsvorsitzenden wird aber darüber geklagt, dass die Schiedsgerichte nur in Besetzung mit 4 Beisitzern entscheiden können, und beim Ausbleiben eines der Beisitzer Schwierigkeiten entstehen. Es wird der frühere Zustand zurückgewünscht, wonach auch mit Besetzung von 2 Beisitzern entschieden werden konnte. Dem muss man im Interesse der Versicherten entschieden widersprechen. Es sind bei jedem Schiedsgericht leicht Einrichtungen zu treffen, um das Schiedsgericht in kurzer Zeit zu komplettieren. Nur bureaukratischen Zopfträgern kann das schwer fallen. Dass die Herren Regierungsräte etc. als Vorsitzende auch sonst noch einige reaktionäre Vorschläge machen, ist bei dem Geiste, der unsere höheren Verwaltungsbeamten beseelt, nur zu erklärlich. Da wird eine Vereinfachung des Verfahrens, soll heissen: Erweiterung der Vollmachten des Vorsitzenden, verlangt. Weiter verlangt man die Einführung einer Prozessgebühr oder eines rückzahlbaren Kostenvorschusses, was nur zu gunsten der Genossenschaften und zum Schaden der aller Mittel entblössten Versicherten ausfallen müsste.

[1]) Ein Vergleich mit den früheren Jahren ist leider mangels geeigneter Unterlagen nicht möglich.

Über die Vertretung der Parteien berichten die Schiedsgerichte, dass diese vielfach durch Rechtskonsulenten und Volksbureaus — Arbeitersekretariate als solche werden nicht benannt — erfolge. In Dresden trete zuweilen eine Frau mit Anfertigung von Schriftsätzen und Vertretung der Rentenbewerber auf. Beim Schiedsgericht Leipzig lassen sich mehrere Genossenschaften durch Referendare vertreten, die bei den Berufsgenossenschaften ihren Vorbereitungsdienst absolvieren. Die Presse hat, mit geringen Ausnahmen, kein Interesse für die Schiedsgerichtsverhandlungen gezeigt.

Den Rekursen beim Reichsversicherungsamt liegen in der Hauptsache folgende Streitfragen zu Grunde: 1. Liegt ein Betriebsunfall vor? 2. Ist der Unfall erwiesen? 3. Ist die Krankheit auf einen Unfall zurückzuführen? 4. War der Verletzte versichert? 5. Welche Berufsgenossenschaft hat einzutreten? 6. Wie hoch ist der Jahresarbeitsverdienst? 7. In wieviel Prozent ist der Verletzte geschädigt? 8. Hat sich der Zustand wesentlich verbessert oder verschlimmert? Die Zahl der anhängig gemachten Rekurse betrug 17 422, sie ist absolut gestiegen, relativ aber gesunken. Die Rekurshäufigkeit, berechnet auf 100 rekursfähige, der Zuständigkeit des Reichsversicherungsamtes unterliegende Schiedsgerichtsurteile, betrug im Jahre 1905 27,92 %, der Durchschnitt der letzten 6 Jahre aber 29,05 %. Von den eingegangenen Rekursen entfielen 76,8 % auf die Gewerbe, 23,2 % auf die landwirtschaftliche Unfallversicherung. Im Gewerbe wurden 31,38 %, in der Landwirtschaft 20,45 % der Schiedsgerichtsurteile angefochten. Hier zeigt sich die grössere Unbeholfenheit der landwirtschaftlichen Arbeiter. Erklärlicherweise rekurrieren die Verletzten viel häufiger, als die Berufsgenossenschaften. Die Schiedsgerichtsurteile wurden zu 21,86 % von den Verletzten und zu 6,06 % von den Berufsgenossenschaften angefochten. Eine weitere Aufklärung des Sachverhaltes hat das Reichsversicherungsamt in 4834 Fällen — in 2517 Fällen vor dem Termin, in 2317 Fällen auf Grund der Verhandlungen — für notwendig erachtet. In 2794 Fällen bestand sie teils allein, teils neben anderen Beweismitteln in der Einholung eines ärztlichen Gutachtens.

Die Spruchsenate des Reichsversicherungsamtes sind in der Regel durch 2 ständige Mitglieder des Reichsversicherungsamtes, 1 Vertreter des Bundesrates, 2 richterliche Beamte, 1 Arbeiter- und 1 Arbeitgebervertreter besetzt. Es tagen mehrere Senate (bis zu 6) in Unfallsachen zu gleicher Zeit. Im Berichtjahre haben 1182 Spruchsitzungen stattgefunden, in denen 17 940 Rekurse (in einer Sitzung in der Regel 15) zur mündlichen Verhandlung kamen. Davon betrafen 13 783 die Gewerbe-, 4128 die land- und forstwirtschaftliche und 29 die Seeunfallversicherung. Um die Rechtsprechung des Reichsversicherungsamtes tunlich einheitlich zu gestalten — was niemals erreicht werden wird —, bestimmt § 17 des Abänderungsgesetzes vom 30. Juli 1900, dass, wenn ein Senat von der üblichen Spruchpraxis abzuweichen gedenkt, die Sache zur prinzipiellen Entscheidung einem erweiterten Senat zu überweisen ist. Dieser entscheidet unter Vorsitz des Präsidenten des Reichsversicherungsamtes.

Die Verletzten waren in 2760 Fällen selbst erschienen, in 2340 Fällen waren sie durch Rechtsanwälte, Arbeitersekretariate u. s. w. vertreten. Die Genossenschaften hatten in 2917 Fällen Vertreter entsendet. In 11 062 Sachen

war keine der Parteien vertreten. Erledigt durch Urteil wurden 89,8 % der Rekurse, 3,3 % wurden, weil unzulässig (zu zirka $^2/_3$ zu spät eingelegt), und 1 % als offenbar ungerechtfertigt zurückgewiesen. Die mittels Rekurs angefochtenen Schiedsgerichtsurteile wurden zu 71,8 % bestätigt und zu 28,2 % abgeändert. 1901 standen diese Ziffern noch 67,2 zu 32,8. Bei der landwirtschaftlichen Versicherung bestätigte das Reichsversicherungsamt 1905 die Schiedsgerichtsurteile sogar noch in etwas höherem Umfange, zu 72,2 %. Die von den Versicherten angefochtenen Schiedsgerichtsurteile wurden zu 79,3 % bestätigt und nur zu 20,7 % abgeändert. Die landwirtschaftlichen Arbeiter hatten hier einen etwas grösseren Erfolg, als die gewerblichen, denn ihre Rekurse hatten in 23,02 % gegen 19,9 % der gewerblichen Arbeiter Erfolg. Die Rekurse der Berufsgenossenschaften wurden zu 46,8 % zurückgewiesen und hatten in 53,2 % Erfolg. Im Gewerbe hatten sie sogar in 53,9 %, in der Landwirtschaft nur in 49,8 % mit ihren Rekursen Erfolg. Der finanzielle Erfolg der Parteien wird sich wohl nie annähernd feststellen lassen. Was die Erledigungsfrist der Rekurse anlangt, so sei bemerkt, dass von den im Jahre 1905 eingelegten Rekursen im gleichen Jahre nahezu 60 % ihre Erledigung fanden. Aus den früheren Übersichten geht hervor, dass im ersten Jahre nach Einlegung der Rekurse 35,18 % erledigt wurden.

So viel über die statistischen Ergebnisse. Nun einige kritische Betrachtungen.

Ich habe schon früher in dieser Zeitschrift nachgewiesen, dass sich durch die Rechtsprechung die Verhältnisse zu ungunsten der Verletzten verschoben haben.[2]) Die Klagen der Unternehmer über die *unerschwinglichen Lasten* und die gewisser Ärzte über die *Sucht nach Rente* haben anscheinend ihren Zweck, wenigstens teilweise, erreicht. Es sei aber noch auf andere Mängel, die teils im Gesetze begründet sind, teils sich in der Praxis herausgebildet haben, verwiesen.

Die Unfallverhütung ist auch heute noch vollkommen unzulänglich, und die zu diesem Zwecke verwendeten Mittel sind lächerlich geringe. Die Fürsorge für Unfallverletzte setzt viel zu spät ein, um schwere Folgen zu verhüten respektive zu beheben. Die Berufsgenossenschaften mit ihrer *Selbstverwaltung ohne Arbeitervertreter* scheinen auch heute noch nicht zu begreifen, dass schnelle Hilfe doppelte Hilfe ist. In ganz ungerechtfertigter Weise wälzen die Genossenschaften ihre Pflichten auf die Krankenkassen ab.

Einer der wesentlichsten Mängel ist, dass die Genossenschaften ohne Mitwirkung von Arbeitervertretern die Renten festsetzen, einstellen, über die Heilbehandlung und ärztliche Begutachtung entscheiden u. s. w. Die Entscheidungen, lediglich vom Unternehmerstandpunkt getroffen, sind daher oft recht einseitige, und, was das Schlimmste ist, der Verletzte hat vielfach nicht die geistigen und materiellen Mittel, dagegen anzukämpfen, er muss sich wehrlos der Entscheidung der Berufsgenossenschaft fügen. Nach wie vor bildet die Grundlage der Entscheidungen fast ausnahmslos das ärztliche Zeugnis; sich solches zu verschaffen, ist den Genossenschaften leicht, den Verletzten oft ganz unmöglich. Spricht er bei einem Arzte *von Ruf* darum an,

[2]) Vergl. meinen Artikel *Die deutsche Unfall- und Invalidenversicherung nach ihren neuesten Rechnungsergebnissen* im vorigen Bande der *Sozialistischen Monatshefte*, pag 275 ff

so wird ihm bedeutet, er möge bei der Genossenschaft, dem Schiedsgericht u. s. w. das Gutachten beantragen, nur auf Wunsch dieser Stellen werde es ausgestellt werden. Viele Ärzte fürchten, gegen die Standesehre und die Kollegialität zu verstossen, wenn sie den Verletzten ein von den früher abgegebenen Gutachten abweichendes Zeugnis ausstellen. Freie ärztliche Kommissionen zu bilden, die auch den Verletzten auf Verlangen Zeugnisse ausstellen, gehört nahezu zu den Unmöglichkeiten. Wo bleibt hier das von den Ärzten so lebhaft erstrittene Prinzip der freien Arztwahl? Will der Verletzte nun ohne Attest vorgehen, so kann ihm die Genossenschaft jeden Augenblick durch von neuem eingeholte Gutachten den Weg verlegen, sie scheut dabei keine Kosten, besonders, wenn es ihr dadurch gelingt, das Schiedsgericht von der Einholung eines Gutachtens abzubringen. Die ärztlichen Obergutachten von Professoren, Geheimen Medizinal- und anderen Räten kommen oft recht sonderbar zu stande. Diese Herren haben meist eine grosse Praxis und entsprechendes Einkommen, sie sind nur durch Annahme von Assistenzärzten in der Lage, den an sie gestellten Anforderungen einigermassen zu entsprechen. Da ist es wohl glaublich, wenn Verletzte vor den Berufungs- und Rekursinstanzen erklären, dass der Herr Geheimrat, welcher das Gutachten abgegeben hat, sie kaum gesehen, geschweige denn untersucht habe. Es wäre daher am Platze, dass jedes solche Zeugnis auch die Versicherung enthält, dass der Gutachter den Verletzten selbst untersucht hat. Damit würde der fabrikmässigen Herstellung solcher Gutachten im Interesse des Ansehens des Ärztestandes, nicht minder im Interesse der Versicherten ein Riegel vorgeschoben.

Die Zeugnisse der von den Genossenschaften abhängigen Ärzte werden immer häufiger; zu einer Gefahr für die Verletzten wachsen sich die privaten und genossenschaftlichen medikomechanischen Kliniken etc., *Rentenquetschen* genannt, aus. Aus diesen hervorgehende Zeugnisse sind mit der allergrössten Vorsicht aufzunehmen, und selten kann sich ein Urteil mit Recht auf sie stützen. Denn, blieb der erwartete Erfolg der Behandlung aus, so wird im Abgangszeugnis jede kleine Besserung als eine wesentliche deklariert, die zur Herabsetzung der Rente respektive zu deren Einstellung berechtigt. Von diesen Stellen bekommen wir dann auch Atteste mit schönen Floskeln, wie die folgenden: »Die Krankheitserscheinungen sind Folgen eines alten, nicht zu entschädigenden Unfalls.« »Die teilweise eingetretene Erwerbsunfähigkeit ist nicht auf den Unfall, sondern auf Alterserscheinungen, Arterienverkalkung und frühzeitigen Körperverfall zurückführen.« »Das Nervenleiden ist eine Folge des Alkoholgenusses, auch ist nicht ausgeschlossen, dass eine überstandene Syphilis die Ursache bildet.« »Die Sucht nach Rente veranlasst ihn, absichtlich oder unabsichtlich zu übertreiben, um nicht zu sagen: zu simulieren.« »Wenn er sich unbeobachtet glaubt, sind seine Bewegungen flott und unbehindert.« »Das Lungenleiden ist trotz der Rippenbrüche, die Versteifung des Beckens trotz der schweren Quetschung keine Unfallfolge.« »Die Verkürzung des Beines ist durch Beckensenkung ausgeglichen und hinterliess keine den Erwerb behindernde Folgen.« U. s. w. Bei solcher Begutachtung, der der Verletzte keine andere entgegenzusetzen vermag, ist es den Berufungs- und Rekursinstanzen sicherlich nicht leicht, die Wahrheit zu erforschen und Recht zu sprechen.

Meines Erachtens muss die Frage der Begutachtung grundsätzlich geändert werden. Man bilde lokale und zentrale Gutachterkommissionen und gebe ihnen Sachverständige — auch aus den Reihen der Versicherten — bei, dann wird das Recht sicherer gefunden, das Vertrauen der Verletzten steigen, und die Berufungen und Rekurse werden sich an Zahl bedeutend vermindern. Die Ärzte aber, die solchen Kommissionen angehören, müssen von den Genossenschaften ebenso unabhängig sein, wie von den Versicherten: sie müssten von Vertretern der Genossenschaften und Versicherten zu gleichen Teilen erwählt und vom Reich besoldet werden.

Zu den Klagen über das *Simulantentum* sei bemerkt: Gleich schwere Unfälle wirken auf die Verletzten sehr verschieden ein. Während der eine physische und geistige Kräfte genug besitzt, mangelt beides dem anderen. Was der eine leicht erträgt, drückt den anderen vollkommen nieder. Wenn Personen, welche wegen körperlicher oder geistiger Minderwertigkeit auf dem Arbeitsmarkt ohnedies schwer zu ringen haben, einen Unfall erleiden, so glauben sie, nun erst recht nicht mehr in Konkurrenz treten zu können: das letzte Selbstvertrauen ist dahin. Die Unfallrente beträgt bestenfalls $^2/_3$ des Arbeitsverdienstes; der verbliebene Teil der Erwerbsfähigkeit ist aber dem Krüppel zu verwerten meist ganz unmöglich, weil gesunde Arbeitskräfte mehr, als zu viel, sich anbieten; da ist es doch begreiflich, wenn auch nicht zulässig, dass einzelne Verletzte durch besondere Betonung und Übertreibung ihrer Leiden die Rente etwas zu bessern suchen. Dazu kommt die dauernde Furcht vor der Rentenherabsetzung, die oft geradezu kleinlich und schikanös betrieben wird, die den Verletzten erregt und nicht selten zum Neurastheniker macht. Aber was bedeuten ein paar wirkliche Simulanten gegenüber den 812817 Verletzten, welche im Berichtjahre Renten bezogen! Neuerdings beliebt man, verkrüppelte oder ausserhalb des Betriebes verletzte Personen zu photographieren und nachzuweisen, dass diese trotz dieser Verstümmelung den gleichen Lohn, wie die gesunden Arbeiter, erzielen, auch wird mit besonderer Emphase betont, dass viele Rentenempfänger den früheren Lohn weiter beziehen. Das alles kommt sicher vor, aber bei weitem nicht in dem Umfange, wie diese klugen, geschäfts- und reklamekundigen Leute glauben machen wollen. Wir bedauern es aufrichtig, wenn ein Verletzter mittels unlauterer Mittel aus einem Unfall Kapital schlagen will, aber solange man den Teilrentnern, welche infolge des Unfalles den Rest ihrer Erwerbsfähigkeit ohne Verschulden nicht verwerten können, nicht die Vollrente zubilligt, hat man darüber nicht zu jammern, wenn hie und da ein Verletzter vorübergehend mehr erhält, als ihm zusteht. Übrigens sei auf die Verstümmelungszulagen im Militärpensionsgesetz verwiesen. Für den Praktiker besteht darüber kein Zweifel, dass der Vorteil, den die Genossenschaften aus der Unbeholfenheit der Verletzten in Prozesssachen, Verjährungen und dergleichen ziehen, ungleich höher ist, als der Schaden, der ihnen durch Simulation, Übertreibung und Rentensucht zugefügt wird; ihre Abneigung gegen die Arbeitersekretariate ist daher sehr materieller Natur.

Und nun zu alledem das Bestreben, die kleinen Renten bis zu 20% in Wegfall zu bringen! Es gehört nicht viel Scharfsinn dazu, um zu erkennen, wohin das abzielt. Die *Rentenquetscherei* würde noch in grösserem Umfange betrieben werden, als bisher; die Erlangung eines Obergutachtens, wonach

der Schaden auf 20 % herabgegangen ist, würde den Angelpunkt der Genossenschaften bilden. Mit den ethischen Gründen bleibe man uns so lange vom Halse, als diese nicht auf der anderen Seite gewürdigt werden, und die Genossenschaftsvorstände auf ihre enorm hohen, zum Teil mühelos erworbenen Revenuen nicht aus ethischen Gründen verzichten. Die Aufhebung der Renten bis zu 20 % wäre eine grosse Ungerechtigkeit, sie würde Entrüstung und Hass hervorrufen und die Unfallversicherung in Verruf bringen.

Die soziale Gesetzgebung soll doch wohl aussöhnend und ausgleichend wirken; die Scharfmacher wirken dem mit heissem Bemühen entgegen und haben anscheinend schon im Reichsamt des Innern mit ihren Plänen Gegenliebe gefunden. Die Arbeiterschutzgesetzgebung ist trotz der vielen Redereien eingefroren, und die Arbeiterversicherung soll verhunzt werden! Deutschland in der Welt voran! Durchs Volk selbst muss der Regierung klar gemacht werden, dass ihm jeder rückläufige Kurs zuwider ist. Unsere Fraktion wird jedenfalls auf der Hut sein.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

ROMAN STRELTZOW · EINE MÄRTYRERIN DES RUSSISCHEN FREIHEITSKAMPFES

AM 9. März 1879 ältern Stils wurde in Charkow der damalige Gouverneur D. N. Krapotkin tödlich verwundet. Krapotkin war bei der Bevölkerung im allgemeinen und bei den Revolutionären im besondern sehr unbeliebt, weil er gegen die Studentenschaft und gegen die politischen Gefangenen grausam vorging. Das Attentat war von einer Gruppe von Revolutionären organisiert, in der die damals kaum 22jährige Enthusiastin Ljudmila Wolkenstein eine nicht unbeträchtliche Rolle spielte. Nachdem die Gruppe ihren Plan ausgeführt, verreiste Ljudmila und hielt sich unter den russischen Emigranten in der Schweiz, in Frankreich und in Rumänien auf. Im Auslande verblieb sie vier Jahre; im Herbst 1883 kehrte sie nach Russland zurück. Kaum betrat sie den geliebten Boden der Heimat, als sie ergriffen und vor ein Kriegsgericht gestellt wurde. Was gegen sie vorlag, war nicht viel, und sie hätte sich mit Leichtigkeit einer härtern Strafe entziehen können. Aber Ljudmila wollte nicht ihre Überzeugungen verleugnen, und so bekannte sie offen, dass sie mit der terroristischen Tätigkeit der Partei der *Narodnaja Wolja* sympathisiere, bekannte auch, dass sie an dem Attentat auf Krapotkin teilgenommen, und fügte noch hinzu, dass sie aus dem Auslande mit der Absicht gekommen sei, ihre Kräfte der genannten Partei zu widmen. Diese Offenheit vor dem Gericht kann man aus naheliegenden Gründen wenig klug und wenig politisch finden. Mag sein, aber Ljudmila war gar nicht Politikerin im gewöhnlichen Sinne des Wortes. Sie wollte auch nicht politisieren, sondern für ihr Volk Opfer bringen. Sie war bereit, sich für dieses Volk martern zu lassen, und es lag ihr fern, ihre Anschauungen zu verbergen, um der Strafe zu entgehen. Das Leiden für ihre Überzeugungen erfüllte sie mit Freude, und sie war stolz darauf, dass sie die Ketten zu tragen verurteilt wurde. Mit voller Ruhe vernahm sie den Spruch der Richter, der auf Todesstrafe lautete, und lehnte es ab, gegen dies Erkenntnis, das unbedingt zu weit ging,

Berufung beim Senat einzulegen. Die Regierung änderte aber das Urteil selbst, und man *begnadigte* sie zu 15 Jahren Zwangsarbeit in den Bergwerken. Am 12. Oktober 1884 wurde sie aus der *Peter-Pauls-Festung* nach Schlüsselburg transportiert, wo sie volle 13 Jahre, bis zu der Amnestie im Jahre 1896, geduldet hat. 1896 wurde sie wiederum *begnadigt*, diesmal nach Sachalin, wo sie bis zum Beginn des russisch-japanischen Krieges blieb. Das Leben auf Sachalin, das die Regierung als eine Erleichterung betrachtete, war für Ljudmila nicht weniger qualvoll, als Schlüsselburg. Als der Krieg ausbrach, wurden alle Sträflinge aus Sachalin nach dem Kontinent transportiert, und Ljudmila kam auch mit nach Wladiwostok. Am 10. Januar 1906 fand dort eine friedliche Manifestation statt, an der sie teilnahm. Man feuerte auf die unbewaffneten Manifestanten; eine Kugel traf Ljudmila und machte ihrem leidvollen Leben ein Ende. Sie verschied im Alter von 48 Jahren und liegt jetzt in Wladiwostok, 9000 Werst weit von dem Orte, wo sie für ihre Überzeugungen, für ihr Volk gekämpft und gelitten hat.

Ljudmila Alexandrowna wurde am 18. September 1857 in Kiew geboren. Ihre Eltern gehörten zum Adel, ihr Vater war im Militärdienst. Die Familie war ziemlich reich, aber nach dem Tode des Vaters ging ihr ganzes Vermögen in einer unglücklichen Spekulation verloren. Ihren Vater hat Ljudmila nicht geliebt und nicht geachtet. Er war grob und eine durchaus unsympathische Persönlichkeit. Vater und Tochter standen auf gespanntem Fusse, und oft kam es zu heftigen Auseinandersetzungen. Das Verhältnis wurde mit der Zeit unerträglich, so dass die Mutter, die ihre Tochter leidenschaftlich liebte, sie schliesslich von der Familie abtrennte. Sie mietete ihr bei Bekannten ein Zimmer und versorgte sie mit Geldmitteln. Ljudmila verehrte ihre Mutter grenzenlos und schrieb alles das, was an ihr selber gut war, ihrem Einfluss zu.

Durch diesen Einfluss erwachte bei Ljudmila schon sehr früh das Gefühl der Gerechtigkeit und Liebe zu den leidenden Menschen. Eine charakteristische Episode aus ihrer Jugendzeit erzählt uns ihre Biographin und Leidensgenossin, die bekannte Revolutionärin Wjera Figner. Auf dem Gymnasium war sie in einer Klasse mit einem Mädchen, das mit einem Höcker behaftet war, und das immer allein blieb und sich von allen verlassen fühlte. Einmal erlaubte sich ein Lehrer einen Witz über die Bucklige. Das konnte sich Ljudmila in ihrer Empörung nicht halten: »Sie haben kein Recht, so zu handeln! Sie haben kein Recht, zu erniedrigen und auszulachen!« schrie sie über die ganze Klasse und beschämte den allzu witzigen Lehrer. Ljudmila konnte nicht Menschen leiden sehen, ohne sofort daran zu denken, wie ihnen zu helfen. Auch auf Tiere, auf alles Lebende erstreckte sich ihre Liebe. Die erwähnte Wjera Figner, die mit ihr alle 13 Jahre in Schlüsselburg durchgemacht hat, berichtet, wie rührend Ljudmila sich zu den wenigen lebenden Wesen, die in der Festung erreichbar waren, verhielt, gleichviel, ob es Sperlinge, Käfer oder Raupen waren. Und diese Liebe zum Lebenden war bei ihr keineswegs die Sentimentalität einer Gefangenen, sondern ein starkes Gefühl, das sie auch in den Tagen der Freiheit beherrschte.

Und die selbe Ljudmila war Terroristin! Nur, wer die russischen Verhältnise der siebziger und achtziger Jahre näher kennt, kann sich diesen seltsamen Widerspruch der menschlichen Seele erklären. Zarte, liebevolle Mädchen und Jünglinge, die kein Blut sehen konnten, nahmen an den schreck-

lichsten Attentaten teil, die Menschenleben vernichteten und ihnen selbst Tod oder Martyrium brachten. Nur die grosse Liebe zum unglücklichen Volke konnte diese selbstlosen und feinfühligen Menschen zu solchen Taten bewegen, die ihrem ganzen Wesen fremd waren. Die selben Jünglinge und Mädchen konnten in ihrer Zartheit Leiden ertragen, die auch den stärksten Menschen unerträglich schienen. Der westeuropäische Leser kann sich keine annähernde Vorstellung machen von den seelischen und physischen Qualen, die die Bewohner der Schlüsselburger Festung lange Jahre erdulden mussten. Volle 13 Jahre musste Ljudmila dies Leben ertragen. Sie legte während dieser Zeit Tapferkeit, Heroismus an den Tag. Keine Peinigung vermochte, ihre menschliche Würde herabzudrücken. Sie führte einen unendlichen Kampf mit dem Festungskommandanten und musste grössere Strafen dafür auf sich nehmen. Aber auch diese Strafen waren nicht im stande, sie zu brechen und zu demütigen. Eine charakteristische Szene ereignete sich im Jahre 1890. Ein Jahr zuvor besuchte der Gehilfe des Ministers des Innern, General Schebeko, die Festung. Dieser Schebeko war ein roher und grober Soldat, der keine menschlichen Regungen kannte. Als er in die Zelle eines Sträflings eintrat, gefiel ihm dessen Gesicht nicht. »Was ist das für eine freche Physiognomie? Wer ist das?« fragte er den Kommandanten. Als ein anderer etwas sagen wollte, schrie der General ihn an: »Man soll daran denken, dass das Schlüsselburger Gefängnis die Todesstrafe ersetzt!«, und in den Korridor tretend, sagte er zum Aufseher: »Die Leute räsonieren, sie meutern! Herr Oberst, vergessen Sie nicht die Peitsche, die Peitsche!« Bei der Wolkenstein angelangt, sagte er zu ihr: »Sie führen sich widerwärtig! Sie sitzen immer im Arrest. Vergessen Sie nicht, dass sich in der Gefängnisinstruktion auch Ruten befinden!« Alle diese Roheiten kamen den Schlüsselburgern so unerwartet, dass niemand sich fand, der dem General sofort eine gebührende Antwort gab. Man beschloss aber, wenn er wieder kommen sollte, dürfte er von keinem Sträfling empfangen werden; alle seine Anfragen sollten unbeantwortet bleiben, und in dieser Form sollte er aufgefordert werden, sich aus der Zelle zu entfernen. Es verging etwa ein Jahr, und Schebeko kam nicht. Dann erschien er plötzlich in dem Gefolge des Ministers des Innern I. N. Durnowo (nicht zu verwechseln mit dem jetzt *berühmten* P. N. Durnowo), aber er traute sich nicht in die Zellen hinein und blieb immer im Korridor. Nur zur Wolkenstein kam er zusammen mit dem Minister. Ljudmila hatte von ihrer heiss geliebten Mutter während der ganzen Zeit keine Nachrichten erhalten, und dies verursachte ihr grosse seelische Qualen. Sie sehnte sich danach, etwas von ihr zu erfahren, und darauf rechnete der General. Nach der Begrüssung begann er: »Ihre Mutter . . .« Aber Ljudmila unterbrach ihn, und in Anwesenheit des Ministers fragte sie: »Sind Sie General Schebeko?« »Ja, das bin ich«, war die Antwort. »Nun, von Ihnen will ich nicht einmal über die Mutter etwas anhören. . . .«

Für ihre Leidensgenossen in Schlüsselburg war Ljudmila die gute Fee, die alle Qualen linderte. Alle wollten sie sehen und möglichst oft sehen. Sie musste, wie einer ihrer Mitgefangenen ausgedrückt hat, sich in kleine Stücke teilen. Als nach langen Jahren die Insassen der Schlüsselburger Festung die Erlaubnis erhielten, zu zweien *spazieren* zu gehen und sich auf ihre Gemüsegärten aufzuhalten, teilte Ljudmila ihre Spazierzeit so ein, dass mehrere

Kameraden sie nach einander sprechen konnten. Sie wollte und konnte niemand eine Bitte abschlagen. Die Kameraden wussten sie dafür zu schätzen und verehrten sie geradezu. Was sie für die Schlüsselburger war, kommt am besten zum Ausdruck in den anspruchslosen Versen, die aus Anlass ihrer Überführung nach Sachalin von einem ihrer Genossen, N. A. Morosow, niedergeschrieben wurden, und mit denen wir unsere kurze Charakteristik der tapferen Freiheitskämpferin schliessen möchten[1]):

»So teilnahmsvoll, so gütig-mild,
Wo rundum Schweigen herrscht und Nacht,
Stieg sie zu uns, ein lichtes Bild
In unsres Kerkers düsterm Schacht.

Und wie von Zaubers Kraft befeuert
Glänzt ihre Seele, stark und rein.
Das Leben hat sie uns erneuert
Durch ihres Herzens hellen Schein.

Der dunkle Kerker liess sie leiden
Von roher Bosheit schwere Qual . . .
Sie ging. Und wusst' es nicht beim Scheiden:
Mit ihr ging unser Sonnenstrahl.

Die Welt birgt Menschen. Sie begegnen
Dir nur in Finsternis und Not.
Für sie nur wirst die Welt du segnen,
Für sie bist du bereit zum Tod.«

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

JULIUS MEIER-GRAEFE · ZUM AUSGANG DER DREYFUS-AFFÄRE

WÄRE ich Politiker, so würde ich mich wohl nicht darüber wundern, dass die Dreyfus-Affäre bei uns so klanglos vorüberging; denn ich hätte dann offenbar das richtige Verständnis für die politischen Dinge, die statt dieser Angelegenheiten manche Spalten unserer Zeitungen füllen, würde gelernt haben, aus den Reisen des Kaisers die Geschicke Europas zu deuten und den verschlungenen Pfaden des preussischen Herrn Ministers von Studt nachzugehen. Da ich's nicht bin, wundere ich mich und sinne auf Erklärungen, und ich schreibe dies mit dem wohltuenden Bewusstsein, mich straflos der Lächerlichkeit aussetzen zu dürfen, da ich mit Fug und Recht als guter Deutscher mit einem ordentlichen Beruf es nicht nötig habe, mehr politischen Instinkt zu besitzen, als einer meiner Kollegen. Neulich, nach einer Bowle im Grunewald kurz nach 3 Uhr, sassen wir noch im Café einen Augenblick zusammen. Dr. Bretschneider hatte seine Geschichte von der Veranda erzählt, mein Freund Heinrich die Sache mit der Käthe, als plötzlich, ich weiss nicht, wie, das Gespräch auf Dreyfus kam, und das starke Mädchen, dem ich den ganzen Abend meine Liebe nachgetragen hatte, mir sagte, wobei sie sich mit Zärtlichkeit an mich schmiegte: »Halten Sie ihn denn nun wirklich für unschuldig?« Sie hatte

[1]) Die Verse sind für uns von Alexander Levy mit grosser Originaltreue in das Deutsche übertragen.

sich gar nichts dabei gedacht, aber nun war es vorbei, ich legte los, wurde sehr energisch, obwohl sie nicht im mindesten widersprach, legte dar, erstens, zweitens, drittens, dass die Sache überhaupt von Anfang an klar war. Dr. Bretschneider und mein Freund Heinrich gaben mir im allgemeinen recht, aber nicht gerade in dem Punkte, auf den es mir einzig und allein ankam, und der mir inzwischen leider entfallen ist. Ich sagte beiden, dass ich sie für Idioten hielte, ich erhob mich so weit über ihre Sphäre, dass ich mir fast selbst verschwand, und der Erfolg war, dass das starke Mädchen nicht mit mir, sondern mit dem unangenehmen Dr. Rabel, der ein miserables Buch über die Nasenbildung auf den Tafeln Orcagnas geschrieben hat, fortging.

Dieser Punkt war etwa, dass es selbstverständlich ganz gleichgültig sei, ob man nun Dreyfus zum Major und Picquart zum Brigadekommandeur macht, dass es gar nicht mehr darauf ankomme, die Scheurer-Kestner und Trarieux zu ehren, und dass die Überführung der Asche Zolas in das *Panthéon* nicht einen Funken von Interesse verdiene. Doch in nüchternem Zustand gestehe ich, dass schon diese rein äusseren Konsequenzen der Sache mein unpolitisches Empfinden mächtig erregt haben. Ganz sicher waren sie leichter vorauszusehen, als irgend eine der hundertmal wichtigeren Folgen der Geschichte; sie sind Tropfen auf einem winzigen Blättchen, die ein das Land überflutender, tausend Dinge umstürzender Strom zurückliess. Jede Bestätigung einer Wahrheit, selbst die geringste, erfreut. Dreyfus wird nicht interessanter, Zola nicht grösser durch diese Geschichten. Das Ichbewusstsein Picquarts, dieses glorreichen Soldaten ohne Furcht und Tadel, kann durch Epauletten nicht geadelt werden. Doch empfindet jeder, der die Geschichte miterlebte, die Auszeichnung dieser Leute wie eine Ehrung am eigenen Leibe. Eine unbändige Befriedigung, die nur Erkenntnissen individueller Art eigen zu sein pflegt, die man allein in der Durchdringung eines menschlichen Phänomens, in der Bewunderung des Genies empfindet, geht von dieser Massenaffäre aus. Es ist einmal hier etwas zu stande gekommen, das mir genau so tief geht, wie irgend einem armen, ungebildeten Teufel in Paris, mit dem ich sonst vielleicht nichts zu tun habe. Ich freue mich, wie sich der Barbier freuen wird, der eines Tages von seinem Chef an die Luft gesetzt wurde, weil er für Dreyfus war, und der mir jeden Morgen beim Rasieren eine Übersicht über die *Affäre* gab; sie war übrigens, weiss Gott, nicht dümmer, als was man damals in manchen deutschen Blättern über die Sache lesen konnte; freue mich mit meinem Concierge, der während der ersten Revision des Prozesses mit seiner braven Gattin, unserer treuen Pipelette, kein Wort sprach, weil »cet animal ne voulait comprendre«; freue mich mit den tapferen Korrespondenten deutscher Zeitungen, die jeden Tag riskierten, von dem *Bureau noir* des Landes verwiesen zu werden, mit den Freunden in der französischen Presse, die auf phantastische Art zu Mittag assen, um die Gratisarbeit an den *Droits de l'homme*, dem Blättchen, das nie aus dem Bankrott herauskam, fortsetzen zu können. Ich freue mich nicht nur über das Sachliche, das jetzt geschah, sondern abstrakt über die Freude, die ich mit vielen anderen Menschen teile, freue mich, einmal ohne das Bewusstsein, mir etwas vorzumachen, im Plural von mir reden zu können. Von wie wenigen Freuden, die sonst unsereiner zu verzeichnen für notwendig findet, gilt das selbe!

Trotzdem habe ich das Gefühl, unter meinen Landsleuten auch diesmal wie

der Geck zu erscheinen, der nichts Besseres zu tun hat, als sich an seinen Illusionen aufzuregen. Ich habe alles mögliche in den Zeitungen gelesen, nur kein frohes Wort, dass man sich solidarisch fühlte mit den Leuten jenseits des Rheins, und es scheint fast, als ob auch in diesem Fall, wie bei den Manet und Renoir, die Gleichempfindenden in der Fremde sitzen. Dabei, wenn die anderen schönen Dinge wirklich, wie unsere Thode behaupten, national sein müssen, um unsere Liebe zu verdienen, diese Sache zum mindesten, die man immer noch *Dreyfus-Affäre* nennt, scheint mir recht internationaler Art. Es wird Recht gesprochen! Die Wollust prickelt noch süsser, als unsere Empfindung vor den Rembrandt und Velasquez. Die Geschichte, die jetzt in Paris ihr Finale spielte, scheint mir noch ergreifender, als das Geheimnis der Entwickelung in der Kunstgeschichte. Weil einfacher, weil man nicht tausend Worte braucht, um das Tausendstel ihres Sinnes darzustellen, weil jeder die Wahrheit sieht und ihre Wohltat zur edelsten Vertiefung nutzen kann. Weil man nicht zu denken vermag, das Gute, was hier geschaffen wurde, könnte nutzlos bleiben, wie der Menschen so unendlich viele Herrlichkeiten. Der freundliche Leser ist sicher nicht so einfältig, wie das starke Mädchen von neulich Abend, zu glauben, ich dächte bei diesen Worten an den dummen Prozess. Am 9. März 1762 spielte sich im selben Lande ein ganz ähnlicher ab. Statt Dreyfus hiess der Mann Calas. Es war kein Jude, sondern ein Protestant. Der Irrtum war nicht mehr oder weniger krass, basierte auf der selben Stupidität, und mit genau den selben Argumenten suchte man ihn zu rechtfertigen. Es gibt mehr Hauptleute, als Dreyfus, sagte man in Paris. Es gibt mehr Richter, als Calas, sagte man in Toulouse nach dem Bericht Voltaires, der den Zola in jener Affäre spielte. In seiner berühmten Schrift zu gunsten des Hingerichteten schreibt er: »Mehrere Personen, die man in Frankreich *dévotes* zu nennen pflegt, sagten laut, es sei besser, einen alten unschuldigen Calvinisten zu rädern, als acht Gerichtsräte von Languedoc zu nötigen, ihren Irrtum einzugestehen.« Und Voltaire zitiert dann einige ähnliche Prozesse, die vor seiner Zeit passierten. Auch die Affäre Calas ging weit über den Prozess von Toulouse hinaus und wurde eins von den vielen Steinchen, die Voltaire, d'Alembert und die anderen trieben, den grossen Stein ins Rollen zu bringen. Der moderne Prozess ist in den Folgen komplexer, er hängt mit der Umwälzung, die sich in den letzten zehn Jahren seit der Verurteilung des Hauptmanns Dreyfus in Frankreich abgespielt hat, enger zusammen, so eng, dass spätere Geschichtsschreiber dieser ruhmreichen Evolution des modernen Frankreichs nicht umhin können werden, den Namen des Mannes von der Teufelsinsel so mit ihr zu verknüpfen, wie die Geschichte Ludwigs XVI. mit der grossen Revolution. Und man wird den langweiligen Namen mit grösserem Stolze aussprechen. Er wurde recht gerichtet. Es geschah ihm Recht in einem Umfang, der das Unrecht überstrahlt, das ihm auf der Insel widerfahren war; selbst wenn die Dinge, die in seinen Briefen stehen, nicht annähernd das enthalten, was er wirklich zu leiden hatte.

Es hat kaum einen Prozess gegeben, von dem man das gleiche sagen kann, bei dem man das Verbrechen, das einem Unschuldigen widerfuhr, mit gleicher Inbrunst segnen möchte. Vergessen wir einmal, dass es noch unrevidierte Prozesse ähnlicher Art gibt, sonnen wir uns in dem Optimismus, es würden nur Bösewichter verdammt, nur Unschuldige freigesprochen. Halten wir ein-

mal alle Richter für Engel und alle Fälle, die ihnen vorgelegt werden, für geeignet, von menschlicher Justiz begriffen zu werden. Selbst dann, meine ich, wären alle Schuldigen, die man verdammt, nicht so schuldig, alle Unschuldigen nicht so frei von Fehl, wie die Parteien in diesem Prozess. Selbst dann würde ein Gericht nicht so entschieden entscheiden können, wie es hier geschah; hätten wir nicht alle das himmlische Gefühl, einem Rechtsspruch von ungeheurer Weisheit beizuwohnen. Das Rechtsgefühl ist einfältig, wie der Glaube unserer Vorfahren in grauer Zeit, die ihre *causes célèbres* mit dem *Gottesgericht* abmachten, und es steht himmelhoch darüber, weil es nicht an die Laune einer Gottheit, sondern an uns selber appelliert, weil die Gesamtheit eines Volkes kraft seines Intellekts und seiner Moral zu Gericht sass und richtete, nicht, wie es musste, nicht, wie es sollte, sondern, wie es wollte. Wir wussten vorher, wie es kommen musste, wenn Frankreich die Nation war, auf die man rechnen durfte, und es ist genau so gekommen. Unpolitisch, wie ich bin, habe ich für meinen Teil nicht zu glauben gewagt, dass die Folgen so erschöpfend sein würden.

Warum freute man sich bei uns nicht darüber? Vielleicht weil man, wie alle Sentimentalen, fürchtete, dabei seine Sentimalität sehen zu lassen. Aber es gibt ja in diesem Prozess keine Sentiments. Kein interessanter Massenmörder rührt an unser dunkles Mitgefühl. Dreyfus ist uninteressant, wie die Frau meines Pariser Concierge; sein eigener Anwalt Labori hat es ihm, als er die *Begnadigung* annahm, in dürren Worten gesagt. Der Verfasser des *Bordereau*, dem einst Generäle die bärtige Wange küssten, reizt höchstens als Possenfigur, und die wahren Schuldigen schützt die weise Amnestie. Eben das bringt die Wollust auf den Gipfel. Die Epidermis unserer Menschlichkeit wird nicht berührt. Kein fratzenschneidender Angeklagter drückt das Sünderbänkchen, kein sportwütiger Staatsanwalt reisst die Geschworenen hin. Sondern eine Sache sitzt da, ein Abstraktum, ein Prinzip, das *ancien régime* mit allen nur erdenklichen Konsequenzen, die sich mit der Präzision mathematischer Zeichen feststellen lassen; und gegenüber eine andere Sache, ebenso ein Abstraktum von der selben wohltuenden Übersichtlichkeit, das neue Regime. Alles Persönliche ist draussen geblieben. Das Recht stellt sich bei dieser Verhandlung von selbst ein. Das Schwierige war, den richtigen Angeklagten und die richtige Anklage zu finden. Das hat eine unberechenbare Reihe von Jahren gedauert. Dreyfus lag noch in der Wiege, als man schon nach ihm suchte. Hatte man ihn, so musste sich alles von selbst ergeben. Man weiss jetzt wohl kaum mehr die Namen der Richter, die Dreyfus freigesprochen haben. Das Recht, das hier in Frage steht, hat keinen Buchstaben. Wo die Völker Verbrechen begehen, hört die Jurisprudenz auf. Kein Mensch der Welt konnte Frankreich vorschreiben, eines Dreyfus wegen seine Sicherheit zu riskieren. Es handelte sich nicht um Recht, sondern um eine Kraftprobe. Die Frage war: Ist ein Staat stark genug, an der wichtigsten Stelle seines Körpers einen notwendig der Heilung bedürfenden Fleck sehen zu lassen, oder nicht? Ist er ideell gefestigt genug, um die materielle Desorganisation des Teiles wagen zu können. Die Generosität, auf deutsch: der Leichtsinn, den man gerne Frankreich zutraut, hätte mit einem flinken *Ja* nur *Va-banque* gespielt. Auch dieser Standpunkt wäre in der Epidermis stecken geblieben. Die Frage war keine moralische im engeren Sinne, sondern eine politische in

jenem weitfassenden Sinne, der die Moral der Völker als eine Notwendigkeit der Hygiene begreift. Die letzte Konsequenz hiess: Ist Frankreich reif, nach vernünftigem System regiert zu werden? Vermag es, die unvernünftigen Stützen zu entbehren, die nur eine vorübergehende Verschleierung der zu lösenden Probleme vollbringen können?

Es scheint mir, dass nur aus diesem Standpunkt unser und aller Völker Interesse an dem Fall gespeist werden kann. Nicht, ob bei uns ähnliche Justizvergehen möglich sind — das steht ausser Frage —, sondern, wie man sich bei uns, durch einen Fall X. zu der Kraftprobe gedrängt, dazu stellen würde, ob unser Regime die Probe wagen, und ob es aus dem Wagnis Vorteil ziehen könnte. Nicht die Generosität der Politiker Frankreichs, sondern ihre Klugheit war erstaunlich. Sie bejahten erst schüchtern die heikle Frage, mit einer gewissen Zerstreutheit, wie sehr beschäftigte Leute, und sagten dann erst mit allem Nachdruck *Ja*, als die Frage nicht mit Worten, sondern mit Handlungen längst entschieden worden war. Man machte es sich insofern leicht, als man den Fall bei seite schob und erst alle möglichen anderen Dinge besorgte. Dadurch wurden unsichere Kantonisten gewonnen, die nie zu haben gewesen wären, wenn man ihre Zustimmung zur Regierung von der Entscheidung der Dreyfus-Affäre abhängig gemacht hätte. Die Kabinette setzten sich so zusammen, dass jedes dem Nachfolger in die Hände arbeitete. Man erschwerte sich die Arbeit, indem man die Gelegenheit zu einem Generalreinmachen benutzte, wie es Frankreich seit der letzten Revolution nicht mehr erlebt hatte. Das traf bekanntlich vor allem die Pfaffenwirtschaft. Man kann sich in unserem, vom Katholizismus nicht abhängigen Land kaum vorstellen, was es in Frankreich hiess, den Leuten diesen Zahn auszuziehen. Mein Concierge, der vom ersten Tage an für Dreyfus Feuer und Flamme war, heulte wie ein Kind, als man die Brüder der heiligen Anna aus Bougival vertrieb, wo sein Junge, ein prachtvoller Bengel, zur Schule war. Und die Pipelette, seine Frau, gewann gewaltig Oberwasser, denn sie kam nicht von der fixen Idee los, die ganze Geschichte rühre nur von den *Dreyfusards* her und sei von vorne herein abgemacht gewesen. Die Gräfin im Nebenhause veranstaltete Vorlesungen gegen die Regierung, an denen die Dienerschaft der ganzen Rue Pergolèse bis herunter zu den Stallknechten teilnahm. Unsere alte Louise, die uns seit zehn Jahren kochte, kündigte mir eines Abends, weil sie sich einbildete, ich sei Freimaurer geworden. Ein Gift sei es, klagte der *Gaulois* täglich, ein Gift, das von den *Sans-patrie* in das Land eingeschmuggelt worden sei und jetzt alle Fundamente des Volkes, die ehrwürdigen Traditionen der Vorfahren u. s. w. untergrabe, unterwühle, unterminiere u. s. w. Er hatte ganz recht, das Gift war gasförmig, mikrobenhaft. Es drang durch die offenen Türen in die Krämerläden und durch die Poren der Steine in die verschlossensten Häuser und riss die Familien auseinander. Es kam in die Ateliers und spaltete Kameradschaften ältesten Datums, trennte Künstler, die ihr Leben lang für die selben Anschauungen gekämpft hatten. Aus dem Journalismus stieg es in die Höhen der Literatur und machte sanfte Poeten zu Politikern. Natürlich wirkte es in der *Affäre* selbst am stärksten. Hier entwickelten sich aus harmlosen Halunken gewiegte Verbrecher. Der Meineid wurde banal, wie der Ehebruch in den Romanen des Boulevards. Die Verteidiger waren ihres Lebens nicht sicher. Man machte auf die Mitarbeiter

der *Aurore* regelrechte Mordanschläge. Elegante Menschen hatten Handspiegel mit Stockdegen. Als Zola nach Versailles zur Verhandlung fuhr, drohte der Pöbel auf der Brücke von Suresnes, das Automobil in die Seine zu werfen. Aber das Gift wirkte abführend. Auch der kräftigste Magen kann nicht ewig vomieren. Auch Rocheforts Lexikon erschöpfte sich, und Arthur Meyers Spalten begannen, langweilig zu werden. Das Gift war Wohltat. Es machte die Kranken so krank, dass sie sich nicht mehr auf den Beinen halten konnten, und befreite die Gesunden von störenden Beschwerden. Es einte die staatserhaltenden Parteien, die in der französischen Kammer, zum Unterschiede von der unseren, links sitzen, und führte die reaktionären Gegner *ad absurdum*. Als bei den letzten Wahlen die Republik das Maximum von Majorität erhielt, stand ihr Barometer seit zehn Jahren, die Dreyfus-Affäre, längst auf Freisprechung.

Dabei fällt mir ein, worauf es mir an jenem Abend nach dem Gelage im Grunewald wirklich ankam. Die Bowle unseres freundlichen Wirtes mochte schuld sein, dass ich wie besessen den Wert aller Gifte pries. Dr. Rabel, der Mann mit dem blödsinnigen Buch über die Nase Orcagnas, hielt mir den ganzen Verwesungsprozess Frankreichs unter die meine und behauptete, der Prozess habe so recht die Fäulnis dieses republikanischen Regimes erwiesen. Und ich erinnere mich noch, dass ich in meiner, durch die Freuden des Abends noch übertriebenen Ahnungslosigkeit in politischen Dingen das Paradoxon von mir gab: ich fände so eine Fäulnis von Herzen wohltuend und erspriesslich, und es gäbe Völker, die selbst zum Faulen zu faul wären. Worauf das starke Mädchen ostentativ von meiner Seite rückte.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Wirtschaft

Hypothekenmarkt Nachdem unsere Kommunen und Staaten ihren Anleihebedarf nur noch unter lästigeren Bedingungen decken konnten, scheint jetzt für die Hypothekenbanken die Unterbringung der Pfandbriefe derart schwierig zu werden, dass viele Beobachter schon einen krisenartigen Rückschlag auf die Bautätigkeit und den Grundstücksmarkt ankündigen. Wenn früher die Hypothekenbanken bei flottem und sogar reissendem Pfandbriefabsatz (bei 38 deutschen Banken im I. Semester 1903 und 1904 272 Mill. M. Zunahme, 1905 351 Mill. M., 1906 nur noch 252 Mill. M.) über so erhebliche Beträge verfügten, dass ihnen die passende Anlage Sorgen bereitete, um so mehr, als zu gleicher Zeit die Sparkassen, Versicherungsgesellschaften und ähnliche Organisationen für ihre anschwellenden Bestände einen lebhaften Wettlauf nach Hypotheken führten, so hat sich der Umschwung längst vorbereitet. Die Darlehennehmer der Versicherungsgesellschaften und anderer Kreditgeber mussten sich zusehends auf höhere Zinssätze und härtere Nebenbedingungen einrichten. Im I. Semester 1906 haben, wie erwähnt, die Hypothekenbanken um etwa 100 Mill. M. neue Pfandbriefe weniger unterbringen können, als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. So stockt das Beleihungsgeschäft, für sogenannte *Millionenbeleihungen* fast vollständig, für andere Zwecke gleichfalls recht empfindlich. Da der Bau- und Terrainspekulation bei einer wesentlichen Krediterschwerung der Atem auszugehen droht, so erregt die jetzige Lage vielfach schlimme Befürchtungen.

X X

Allgemeine Lage Diese besondere, gerade aus dem sonstigen allgemeinen Aufschwung mit seinem enormen Leihkapitalsbedarf

entspringende Gegenströmung hatten wir in der vorigen Aufschwungsperiode gleichfalls bereits zu verzeichnen. Auch diesmal wird die vorherrschende Produktionsströmung davon zunächst kaum beeinflusst. Alle in jüngster Zeit veröffentlichten Geschäftsabschlüsse grosser Werke der Eisen- und Kohlenindustrie legen Zeugnis von einem glänzenden Geschäftsgang ab.

Der englische Aussenhandel brachte im Juli Rekordziffern: in der Ausfuhr britischer und irischer Erzeugnisse, hauptsächlich von Halb- und Ganzfabrikaten und Kohle, ein Mehr von über 5,62 Mill. Lstrl. oder um 20,2 % gegenüber dem vorjährigen Juli; ferner in der Wiederausfuhr fremder und kolonialer Waren ein Mehr von 285 847 Lstrl., so dass England auch als blosses Zwischenhandelsland noch immer die internationale Prosperität und Kaufkraftsteigerung widerspiegelt.

Für die Vereinigten Staaten werden die vorläufigen Aussenhandelsziffern für das Fiskaljahr 1905-1906 (1. Juli 1905 bis 30. Juni 1906) veröffentlicht. Auch hier war, in Ausfuhr wie Einfuhr, ein Rekord zu verzeichnen; das Gipfeljahr 1904-1906 ist abermals weit überflügelt (Ausfuhr 1744 gegen 1519, Einfuhr 1227 gegen 1118 Mill. Dollars). Dabei spielt die Ausfuhr der Brotstoffe (hauptsächlich Weizen, Mehl, Mais) eine viel geringere Rolle, als im Höchstjahr 1900-1901 und dem annähernd ähnlichen Jahr 1902-1903.

Für unseren Eisenmarkt werden, spätestens vom 1. Januar ab, neue Preiserhöhungen (für Giessereiroheisen, wahrscheinlich auch für Halbzeug) angekündigt. Das Kohlensyndikat schiebt, weil es dem Industriebedarf nicht zu genügen vermag und andererseits den Absatz nicht aus den Händen gleiten lassen mag, bei Lieferungen für das Ausland und für umstrittene deutsche Gebiete vielfach englische Kohlen ersatzweise ein; der Kokspreis wurde Anfang August erhöht (um 1 M. pro t).

Selbst die Russenpanik, die von vornherein lediglich die näherbeteiligten Kreise und jedenfalls so gut wie ausschliesslich Kreise der Börse traf, zittert nur noch schwach nach. Man schwimmt nach wie vor in Optimismus.

× ×

Ernte Sogar die Klagen der Landwirte sind in Deutschland augenblicklich verstummt. Die deutsche Roggenernte wird man vielleicht nicht höher ansetzen dürfen, als in den bereits guten Vorjahren (1905 9,6, 1904 10, 1903 9,9 und 1902 9,5 Mill. t). Dagegen erwartet man für den Weizen ein glänzendes Ergebnis des Drusches; die grösste bisher dagewesene Ernte von 1902 (3,9 Mill. t) wird sicherlich noch übertroffen werden. Die Haferernte wird geradezu als eine kolossale geschätzt (höchster Ertrag 1903 mit etwa 7,9 Mill. t). Roggen notierte man in Berlin Mitte August mit 154 bis 155 M., Weizen mit etwa 175 M., so dass von unlohnenden Preisen für die Produzenten kaum noch gesprochen wird. Die neuesten Washingtoner Ernteschätzungen lauten für die Vereinigten Staaten gleichfalls sehr vielversprechend. Da die Kaufkraft der agrarischen Bevölkerung in Amerika stets als ein wesentlicher Faktor des gesamten Geschäftsganges gegolten hat, so erwartet man die günstigsten Rückwirkungen auf die amerikanische und sogar auf die exportierende europäische Industrie.

× ×

Kurze Chronik Wie die Halbjahreswende, so sind auch die weiteren Wochen für den Geldmarkt ohne besondere Zwischenfälle verlaufen. Doch ist, wie die Reichsbankabschlüsse zeigen, die Anspannung noch immer eine ausserordentliche. Kein Wunder, dass niemand mehr bis zum Jahresschluss auf eine Herabsetzung des Diskonts (seit 23. Mai 4½ %) rechnet. × Das Washingtoner Schatzamt kündigte Ankäufe von Silberbarren zur aushilfsweisen Silberprägung (wöchentlich zirka 100 000 Unzen) an.

× ×

Literatur Die Schrift des Professors Dr. Julius Wolf *Der deutsch-amerikanische Handelsvertrag, die Zuckerproduktion und die Zukunft der Zuckerindustrie* /Jena, Gustav Fischer/ behandelt hauptsächlich zwei Fragen: die allgemeinen internationalen Konkurrenzchancen des europäischen und vor allem des deutschen Rübenzuckers, seitdem das amerikanische Kapital die Rohrzuckerproduktion Cubas neu zu beleben und zu heben sucht, und die Chancen für eine Beseitigung der zollpräferientiellen Behandlung Cubas und vor allem des Cubazuckers in der Union. Ausser reichem statistischen Material über Produktion und Konsum des Zuckers ist zum Schlusse eine interessante Sammlung amerikanischer Pressstimmen

beigefügt: gegen das Übermass und die konservative Beharrlichkeit des amerikanischen Protektionismus und für ein handelspolitisches Entgegenkommen gegen den gemässigten Protektionismus Deutschlands. Es ist hier nicht der Ort, meine mehrfach abweichenden Anschauungen, gegen die Wolf gelegentlich polemisiert, geltend zu machen. Als sachkundiger und belehrender Beitrag zu wichtigen handelspolitischen Entscheidungen der nächsten Zeit verdient die Schrift zweifellos allseitige Beachtung. × In dem Beitrag zu den *Actualités sociales* /Brüssel, Misch & Thron/ *Ce qui manque au commerce belge d'exportation* versucht G. de Leener nachzuweisen, dass die absolute Zunahme des belgischen Exportes, der für die belgische Industrie bei dem engen heimischen Markte eine Lebensfrage sei, in den letzten 10 und 12 Jahren nicht mehr den Ausfuhrfortschritten anderer Länder, darunter Deutschland, entspreche. Manche Vorzüge des Auslandes, manche Rückständigkeiten Belgiens in der Exportorganisation gelangen dabei zu einer interessanten Beleuchtung durch Berichte von belgischen und fremden Behörden und Sachverständigen. Von der Staatshilfe, auch für die Schiffahrt, erwartet de Leener nichts, um so mehr von einer engeren Bundesgenossenschaft zwischen den Grossbanken und der Industrie nach dem Vorbild Deutschlands, von nach aussen hin schlagkräftigen Syndikaten und Fusionen, von sonstigen Fortschritten der vereinzelten und kollektiven Kapitalselbsthilfe. × Als Neuerscheinung sei ferner genannt Dr. A. Hugenberg *Bank- und Kreditwirtschaft des deutschen Mittelstandes* /München, Lehmann/.

Von wichtigeren Eingängen sind endlich noch zu verzeichnen der Jahres- und Verwaltungsbericht der Handelskammer Duisburg über das Jahr 1905 und der II. Band des wertvollen *Berliner Jahrbuchs* der *Ältesten der Kaufmannschaft* (vergl. die Rundschau im vorigen Bande der *Sozialistischen Monatshefte,* pag. 249) mit den Spezialberichten über die einzelnen Handels- und Produktionszweige und einer Übersicht über die Handels- und Gewerberechtsprechung. MAX SCHIPPEL

Politik

Kolonialverwaltung

Seit Wochen ist die Presse von Enthüllungen über skandalöse Vorgänge voll, die die Kolonialverwaltung zu verantworten hat. Das stärkste Aufsehen ist durch die Aufdeckung der Beziehungen des Majors Fischer zu der Firma Tippelskirch & Co. hervorgerufen worden. Die Firma genoss eine Monopolstellung für alle kolonialen Lieferungen, die aus Anlass der südwestafrikanischen Expedition notwendig wurden. Keine Konkurrenz wurde berücksichtigt, unangemessen hohe Preise wurden der Firma anstandslos bewilligt. Es stellte sich nun heraus, dass Major Fischer, der in erster Linie für die Vergebung dieser Lieferungen verantwortlich ist, von Teilhabern der Firma wiederholt Darlehen erhalten hat. Die Firma verdiente an den Lieferungen unverhältnismässig viel Geld und konnte das Kapital der Teilhaber entsprechend verzinsen. An der Firma sind aber Beamte in hoher Stellung respektive deren Gattinnen beteiligt, so vor allem der preussische Landwirtschaftsminister von Podbielski respektive dessen Frau und Dr. Bumiller. Soweit die Person des Majors Fischer in Betracht kommt, liegen die Verhältnisse einfach: handelt es sich um Bestechung, so sind Bestecher und Bestochene strafbar; handelt es sich um ein Darlehen, so ist die Sache nicht weniger schlimm, wenn auch die Beteiligten dabei straflos ausgehen würden. Ungleich ernster ist die Beteiligung des Ministers von Podbielski. Dass dieser nach der Aufdeckung seiner Beziehungen zu der Firma Tippelskirch auch nur einen Tag länger Minister bleiben konnte, ist kein gutes Zeichen für den derzeitigen Charakter der preussischen Verwaltungspolitik. Man braucht keineswegs dem Grundsatz zu huldigen, ein Minister habe sich an geschäftlichen Unternehmungen nicht zu beteiligen; man kann eine solche Beteiligung vielmehr für durchaus einwandsfrei halten, wird aber dann umsomehr die Beteiligung eines Staatsbeamten an solchen Unternehmungen strengstens verurteilen müssen, die mit dem Staate als solchem Geschäfte machen. Und was waren das im vorliegenden Falle für Geschäfte? Sie warfen Gewinne ab, die jedem Teilhaber unheimlich werden mussten, vor allem aber einem Staatsminister, der sich sagen musste: eine solche Verzinsung meines Kapitals oder das meiner Frau kann nicht mit rechten Dingen zugehen. Dass sich das Herr von Podbielski nicht gesagt hat, muss man ihm zum Vorwurf machen, der schwerlich eine Entschuldigung zulässt. Ist es schon nicht zu billigen, dass ein Minister mit dem Staate Geschäfte macht, so ist es in höchstem Maasse verwerflich, wenn er mit ihm solche Ge-

schäfte macht, durch die er unverhältnismässig hohe Gewinne erzielt. Dieser Fall scheint aber hier vorzuliegen, und es ist darum die Affäre Podbielski bösartiger, als der Fall Fischer.
Im übrigen muss man doch auch nach den tieferen Ursachen fragen, die eine derartige Misswirtschaft ermöglicht haben. Nicht zuletzt ist hier die mangelhafte Organisation der Kolonialverwaltung zu erwähnen, deren Unselbständigkeit das Aufkommen und Weiterbestehen einer Misswirtschaft in hohem Masse begünstigt hat. Dann war aber auch das Beamtenpersonal der Kolonialverwaltung äusserst unpassend ausgewählt. Der Sucht, eine Regierungsstellung nur als Übergangsstadium für einen hochdotierten Posten in der Grossindustrie, im Bankwesen u. s. w. anzusehen, muss entgegengewirkt werden, teilweise dadurch, dass man die Beamten finanziell auskömmlich stellt und ihnen innerhalb der Regierung günstige Avancementsaussichten eröffnet, teilweise aber auch dadurch, dass man moralisch jede Streberei gebührend kennzeichnet und die von ihr Befallenen auch gesellschaftlich entsprechend behandelt. Der Fall Fischer ist schlimm, sehr schlimm, aber die Anwerbung höherer Beamten durch gewerbliche Unternehmungen, die auf Lieferungen vom Staate spekulieren, führt geradewegs zur Korruption des Beamtenkörpers. Hier gilt es, gründlich Wandel zu schaffen.

× ×

Russland: *Dumaauflösung* Nach 72 Tagen fieberhafter Tätigkeit wurde am 21. Juli die erste *Gossudarstwennaja Duma* nach Hause geschickt. Die Hoffnungen auf einen friedlichen Ausgang des Kampfes zwischen dem neuen und alten Russland sind verschwunden, und das hart geprüfte Land geht neuen sturmvollen Zeiten entgegen. Die ehemaligen Volksvertreter versammelten sich in grosser Mehrheit in Wyborg und richteten von dort aus ein Manifest an das Volk, in dem sie zur Verweigerung der Steuern und der Rekruten aufforderten. Trotz der Verfolgungen seitens der Polizei ist dieses Manifest in Russland in Millionen von Exemplaren verbreitet, und seine Wirkung dauert noch bis jetzt an. In wie weitem Umfange die Aufforderung des Manifestes befolgt wird, muss man jedenfalls noch abwarten. Die Auflösung der *Duma* wurde vom Volke äusserlich ruhig aufgenommen. Nirgends ereigneten sich in den ersten Tagen irgend welche besonders bemerkenswerte Unruhen. Der Versuch der Sozialdemokraten, einen allgemeinen Streik zu veranstalten, misslang. Etwas anderes war auch nicht zu erwarten, nachdem ein Teil der Sozialdemokratie die *kadettische Duma* vor den Augen der revolutionären Arbeiter auf das ärgste diskreditiert hatte. Wie konnte sich der Arbeiter zu einem Generalstreik für eine *verräterische Duma* entschliessen? In dem Misserfolg des Generalstreiks ernten die *linken* Sozialdemokraten die Früchte ihrer politischen Kurzsichtigkeit und Verständnislosigkeit. Hoffen wir, dass sie wenigstens jetzt eine gute Lehre für die Zukunft daraus ziehen werden! Der Generalstreik, so, wie er jetzt verkündet wurde, war überhaupt sinnlos. Unter den gegebenen Umständen ist ein erfolgreicher politischer Generalstreik nur unter der Voraussetzung einer Beteiligung der Bauern möglich. Zunächst müssen die Bauern für eine planmässige und gross angelegte Bewegung auf dem Lande gewonnen werden, und erst dann kann man daran denken, durch einen Generalstreik in der Stadt etwas gewinnen zu können. Was die Stadt aus eigenen Kräften zu erreichen vermag, das wurde schon erreicht. Neue Siege können jetzt nur zusammen mit dem flachen Lande erzwungen werden. Das flache Land ist aber bis jetzt noch ungenügend in politischer Hinsicht bearbeitet worden, und das planlose anarchische Vorgehen der hungernden Bauern kann nur zur Erschöpfung der revolutionären Energie führen.
Die Verstärkung der anarchischen Bauernunruhen, die nach der Auflösung der *Duma* sich bemerkbar machte, zeigt aber, dass die innerliche Ruhe, die nach der Auflösung beobachtet wurde, nur eine scheinbare war. Die Auflösung der Duma konnte von dem Bauer auch nicht gleichmütig hingenommen werden, denn für ihn war die *Duma* die letzte Möglichkeit, das notwendige Land auf gesetzlichem Wege zu erlangen. Diese Möglichkeit scheint verschwunden, und der Bauer muss sich in seiner Not selbst helfen. Die Agrarunruhen nehmen zu, und ihre wachsende Flut verursacht der Regierung die grössten Sorgen. Fast sieht es schon so aus, als ob sie ihren verhängnisvollen Schritt vom 21. Juli beklagt. Sie hat dazu umsomehr Ursache, als die letzte Stütze, auf die sie noch rechnete, die Armee, immer bedenklicher wankt. Die Ereignisse in Sweaborg, in Kronstadt, Reval, Brest-Litowsk, Tiflis und Sebastopol

haben bewiesen, dass die prahlerischen Beteuerungen des Kriegsministers, die Armee sei zuverlässig, nicht ganz fest begründet waren. Sie bewiesen aber auch, dass die Militärunruhen jetzt nicht, wie früher, lokale, *ökonomische* Gründe, sondern die gesamte politische Lage zur Ursache haben. Die meuternden Matrosen und Soldaten kämpfen nicht für bessere Kost oder gegen einen unliebsamen Vorgesetzten, sondern gegen den Absolutismus für Freiheit und Land. Das beweist, dass die politische Propaganda und Aufklärung unter der Armee grosse Fortschritte gemacht hat: eine Hoffnung auf eine raschere, für die Freiheit günstigere Entwickelung der Ereignisse.

× ×

Kurze Chronik In der Reichstagsnachwahl in Hagen-Schwelm wurde der freisinnige Kandidat mit 21 593 Stimmen gewählt. Der sozialdemokratische Gegenkandidat erhielt deren 18 717. × In Bulgarien ist eine antigriechische Bewegung ausgebrochen. × Der Schah von Persien kündigte die Einberufung eines Parlaments für Persien an. × Eine Enzyklika des Papstes bezeichnet das französische Trennungsgesetz als Unterdrückungsgesetz, stellt sich aber dem Gesetze gegenüber trotzdem auf den Standpunkt des *tolerari posse.* × Die so oft angekündigte und anscheinend sehnlichst erwartete Entrevue zwischen dem deutschen Kaiser und dem König von England hat am 15. August endlich stattgefunden.

× ×

Literatur Ein neues Buch Friedrich Naumanns wird immer das Interesse der Politiker wecken, weil seine originelle und moderne Auffassung der Politik Anhänger und Gegner seiner Anschauungen gleich stark fesselt. Aus sechs 1902 erschienenen Vorträgen ist ein umfangreiches Buch *Neudeutsche Wirtschaftspolitik* /Berlin, Verlag der *Hilfe*/ geworden, in welchem Naumanns Auffassung der künftigen deutschen Wirtschaftspolitik anregend dargestellt und sehr eingehend begründet ist. So gewiss es ist, dass Naumann dem Sozialismus erhebliche Konzessionen macht, so lässt sich doch nicht verkennen, dass er in dem Bestreben, den Liberalismus wieder neu beleben zu wollen, zu Resultaten kommt, die der Sozialist, der sich auf die Arbeiterklasse stützt, unbedingt ablehnen wird. Es wird sich Gelegenheit bieten, an anderer Stelle das Trennende zwischen Naumanns Auffassung und einer für Deutschland berechneten Wirtschaftspolitik des Sozialismus eingehend zu erörtern. Hier sei aber das Buch wegen seiner vielen Vorzüge zur Lektüre auch in den Kreisen empfohlen, die an die Zukunft von Naumanns neuem Liberalismus nicht glauben. × Eine sehr instruktive Broschüre *Die neuen Reichssteuern* hat Eduard Bernstein im Verlag des *Vorwärts* veröffentlicht. Zur Aufklärung der breiten Wählermassen über die Tragweite und Wirkung der neuen Steuern ist der Schrift weiteste Verbreitung zu wünschen. Den Abschnitt über die Zigarettensteuer hat Molkenbuhr beigesteuert. × Im selben Verlag ist ein Vortrag Paul Göhres *Schule, Kirche, Arbeiter* erschienen, der die Gefahren auseinandersetzt, die der preussischen Volksschule durch das neue Schulunterhaltungsgesetz auf lange hinaus drohen. Der Vortrag beschäftigt sich auch mit der Möglichkeit eines Massenaustritts aus der Landeskirche.

Eine vollständige Übersicht über alle bemerkenswerten Äusserungen internationaler Zusammenschlussbestrebungen auf dem Gebiete des öffentlichen Lebens bringt A. H. Fried in seinem *Annuaire de la Vie Internationale,* das im II. Jahrgang als Publikation des *Internationalen Friedensinstituts* in Monaco erschienen ist.

RICHARD CALWER

Sozialpolitik

Krankenversicherung Die Arbeit Albert Kohns *Unsere Wohnungsenquete im Jahre 1905* spricht abermals beredt für die hohe Auffassung, welche sich die vorgeschrittenen Ortskrankenkassen Deutschlands von ihrer sozialhygienischen Aufgabe gebildet haben. Nachdem Albert Kohn den bahnbrechenden Weg zur Ermittelung der Wohnungsverhältnisse der erkrankten Kassenmitglieder im Auftrage der Ortskrankenkasse der Kaufleute etc. Berlins beschritten hatte, sind ihm die Ortskrankenkassen Dresden, Leipzig und Breslau gefolgt. Kohn stellt die wichtige sozialpolitische Tatsache fest, dass gerade bei den möbliert oder in Schlafstelle wohnenden Kranken die Zahl der Räume, die von 4 und mehr Personen zum Wohnen respektive Schlafen benutzt werden, gestiegen ist. An diese Feststellung knüpft Kohn mit Recht die ernste Mahnung, unverzüglich an die Errichtung von Ledigenheimen zu gehen. Welche Schwie-

rigkeiten gerade einem erfolgreichen Kampfe gegen die Tuberkulose durch das grossstädtische Wohnungselend in den Weg geworfen werden, beweist die statistische Ermittelung Kohns, dass von den Lungenkranken, deren Wohnungsverhältnisse ermittelt wurden, nur 17,34 % der Männer und 18,95 % der Frauen einen Schlafraum allein zur Verfügung hatten. Die Wohnungsenquete der Ortskrankenkasse für den Gewerbebetrieb der Kaufleute bringt wieder eine Reihe von Blitzlichtaufnahmen der ungesunden Wohnungen der Krankenkassenpatienten.

Fürst Bülow hat im Herrenhause öffentlich die Sozialdemokratie angeklagt, dass sie ihren Einfluss in den Krankenkassen zum Nachteile der sozialen Bedeutung dieser Institute missbrauche. Diese schwere Anklage hat der *Zentralverband der Ortskrankenkassen im Deutschen Reiche* durch eine Umfrage bei den Arbeitgebern in den Kassenvorständen der Ortskrankenkassen glänzend entkräftet. 424 Kassen mit 1 703 858 Mitgliedern wurden befragt. Die Frage, ob sich Sozialdemokraten im Vorstande befinden, wird von 166 Kassen bejaht, von 188 Kassen verneint. Die übrigen Kassen gaben unbestimmte Antworten ab oder liessen die Frage unbeantwortet. 92,69 % der berichtenden Kassen verneinten die Frage nach bestehenden Differenzen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Von 1524 Beamten der 413 berichtenden Kassen waren nur 201 als Sozialdemokraten bekannt. Nur 4 % der Kassen bejahten die Frage, dass Sozialdemokraten bei Beamtenstellungen bevorzugt würden. Die Bevorzugung sozialdemokratischer Ärzte bei der Anstellung oder Zulassung zur Praxis verneinen alle Kassen, nur eine Kasse berichtet, dass dies scheinbar einmal der Fall gewesen sei. Die Dienstbarmachung von Kassenmitteln zu Parteizwecken verneinen von 414 Kassen 406 Kassen oder 95,65 % der Kassen. Und die 5 Kassen, die direkt diese Frage bejahten, berichteten nur von der Erteilung von Druckaufträgen an sozialdemokratische Firmen. Diese Umfrage illustriert einmal treffend die gehässigen und verlogenen Angriffe der Scharfmacher gegen den Terrorismus der Sozialdemokratie in den Ortskrankenkassen.

× ×

Stellenvermittelung

Schwere Anklagen gegen die gewerbsmässige Stellenvermittelung erhebt Dr. Franz Ludwig in seinem Buche *Der gewerbsmässige Arbeitsnachweis* /Berlin, Heymann/. Die arbeitssuchenden Bäcker, Schlächter, Gastwirtsgehilfen und Schauspieler werden vor allem von der gewerbsmässigen Stellenvermittelung zur Ader gelassen. In einer Statistik der Ortsverwaltung Berlins des deutschen Bäckerverbandes wird auf ein Heer Arbeitssuchender von 1800 Mann verwiesen. In einem Jahre haben die arbeitslosen Bäckergesellen allein zirka 25 000 M. für Arbeitsvermittelung zahlen müssen. Nach einer Erhebung des christlichen Fleischergesellenverbandes über die Schlächtergesellen der Stadt Berlin und ihrer Vororte nahmen 440 Ladenschlächtergesellen 1800mal im Jahre private Stellenvermittelungsbureaus in Anspruch und zahlten 4800 M. an Vermittelungsgebühren. Nach einer Enquete des *Verbandes deutscher Hoteldiener* in Berlin zahlten 41% der Arbeitssuchenden 10 bis 15 M., 20 % 20 bis 30 M., 3 % 30 bis 72 M. Gebühren an Stellenvermittler. Über die gewerbsmässige Stellenvermittelung ging Herrn Dr. Franz Ludwig folgende Auskunft vom *Verein der Berliner Gastwirte* zu: »Allgemein sind die Klagen der Arbeitnehmer über die Höhe der Gebühren. 20, 30 und 50 M. stellen sich die Vermittelungsgebühren für einfache Kellnerstellen, bis zu 500 M. für Geschäftsführerstellen. Die Vermittler stehen immer mit einer Kneipe in Verbindung, wo ihre Klienten viel Geld verzehren müssen. Ganz besonders befördern die Stellenvermittler den häufigen Stellenwechsel.« In Greiz haben Kellnerinnen mindestens 5 bis 6 M., aber auch 8 bis 10 M. an Vermittelungsgebühren zu entrichten. Gewisse Schlepper der Vermittler stacheln die Mädchen zu einem häufigen Stellenwechsel auf. »Kellnerinnen erhalten bei Stellenlosigkeit Wohnung und Kost zu horrenden Preisen. Vermietet sich ein Mädchen ohne Vermittler, so gefährdet es direkt seine Existenz . . . Länger, als 4 Wochen, lässt der Vermittler kein Mädchen an der selben Stelle, in der Regel sind 14 Tage schon lange — das ist der reine Mädchenhandel.« Die Landwirtschaftskammern für die Provinzen Brandenburg, Pommern, Posen, Schleswig-Holstein, Sachsen, Hannover, Westfalen, für die Rheinprovinz etc. befürworten direkt das Verbot der gewerbsmässigen Stellenvermittelung für die Landwirtschaft. In das Stellenvermittelungsgeschäft für das Gesinde drängte sich da und dort die schmutzige Kuppler-

profession ein. Im Schauspielerberuf haben die Bühnenkünstler 5 % ihres gesamten Einkommens dem wucherischen Agententum zu opfern.
In Deutschland widmen sich nun mindestens 7000 Personen der gewerbsmässigen Stellenvermittelung, und mindestens 1 Million von Arbeitnehmern wird durch sie in Stellen gebracht. Und wie viele zweifelhafte Existenzen befinden sich unter diesen Stellenvermittlern! Nach einer amtlichen Erhebung Preussens von 1895 waren von 5216 Stellenvermittlern 632 wegen Verbrechens oder Vergehens vorbestraft. In Bayern und Baden hatten 11 und 10% Stellenvermittler Strafen aufzuweisen.
Dr. Ludwig schreckt nicht vor einem reichsgesetzlichen Verbot jeder gewerbsmässigen Stellenvermittelung zurück, jedoch empfiehlt er nach dem Vorbilde des französischen Gesetzes vom 14. März 1904 eine Entschädigung der Vermittler. Nach unserer Ansicht sollte die Reichsgesetzgebung das Stellenvermittelungsgewerbe kurzer Hand als gemeinschädlich ausmerzen. Wir verweisen übrigens die Leser auch nochmals auf den Artikel Hugo Poetzsch' *Die gewerbsmässige Stellenvermittelung* im vorigen Bande der *Sozialistischen Monatshefte*, pag. 161 ff.

× ×

Heimarbeit Die älteren Formen der Hausindustrie Österreichs, das Weben und Spitzenklöppeln, die Arbeit in Holz und Stroh, die Erzeugung von Nägeln und Kettengliedern, sind mehr oder weniger mit der Landwirtschaft verknüpft. Der Nährboden der neuen Formen der Hausindustrie ist die Grossstadt. Die moderne Hausindustrie ist im wesentlichen ein Zweig der Saisonindustrie. Das Problem der Reform der Hausindustrie behandelt lichtvoll Dr. Michael Hainisch in seiner Arbeit *Die Heimarbeit in Österreich* (*Schriften der österreichischen Gesellschaft für Arbeiterschutz* /Wien, Deuticke/). Der Vertreter der Arbeiterschaft, Smitka, forderte die Einführung eines rechtlich bindenden Tarifvertrags, und zwar selbst für die Unternehmer und Arbeiter des selben Zweiges, die gar nicht am Vertragsabschlusse beteiligt waren. Ein derartiger Vertrag setzt eigentlich, da stimmen wir Dr. Hainisch bei, die zwangsweise Organisation des betreffenden hausindustriellen Zweiges voraus. Für die Konfektionsindustrie zum Beispiel müssten Heimarbeiterkommssionen, die sich paritätisch aus Konfektionären und Heimarbeitern und den von der Regierung ernannten unparteiischen Vorsitzenden zusammensetzen, gebildet werden. Diesen Kommissionen müsste die Bestimmung der Minimallöhne und die Festsetzung der Maximalarbeitszeit in die Hand gegeben werden. Der Durchführung der Maximalarbeitszeit steht nun sehr die Verrichtung der Heimarbeiten in Wohnungen und nicht in Werkstätten im Wege. Unter 409 besichtigten Wohnungen der Heimarbeiter der Kleider- und Wäschekonfektion Wiens befanden sich nur 53 Räume, die ausschliesslich als Werkstätten benutzt wurden. In dem Verbot, den Hilfsarbeitern Kost und Logis zu geben, glauben die Arbeiter ein Mittel zur Durchführung des Maximalarbeitstages gefunden zu haben. Zu diesem Mittel fügen sie die Bestellung von Inspektoren aus den Heimarbeiterkreisen. Dr. Hainisch will nun durch Abgrenzung der Konfektion vom Handwerk die rechtliche Grundlage für den Schutz der Arbeiter in der Konfektion schaffen. Er will dem Konfektionär die Herstellung von Massenartikeln und den Verkauf fertiger Kleider zuweisen und das Verfertigen der Kleider nach Mass dem Handwerk vorbehalten. Dieser Weg der gesetzlichen Regelung der Konfektionsarbeit dürfte für Deutschland völlig ungangbar sein. Jeder Unternehmer, der Schneider- oder Schuhmacherarbeit ausser Haus geben will, hat bei der Gewerbebehörde den Betrieb der Konfektion anzumelden. Die in der Konfektion beschäftigten, registrierten Personen sollen dann in Zwangsorganisationen zusammengeschlossen werden. In der Genossenschaft der Konfektionäre soll bei der Abstimmung nicht bloss auf die Kopfzahl, sondern auch auf die Betriebsgrösse Rücksicht genommen werden. Der Zwangsorganisation der Heimarbeiter und Konfektionäre ist dann der Abschluss der Tarifverträge, die Festsetzung der Arbeitszeiten und Arbeitslöhne einzuräumen.

× ×

Arbeitersekretariate Der Bericht des Arbeitersekretariats von Hamburg-Altona über das Geschäftsjahr 1905, der mit dem 9. Bericht des dortigen Gewerkschaftskartells verschmolzen ist, behandelt sehr gründlich das Gebiet der Arbeiterversicherung. Die Arbeitersekretariate Hamburg und Altona sind mit einander vereinigt worden.
Über die Handhabung der Unfallver-

sicherung durch die Berufsgenossenschaften schöpft der Sozialpolitiker besonders reiche Belehrung aus dem 4. Jahresbericht des Arbeitersekretariats Dortmund. Sehr verdienstvoll sind auch die Ausführungen des Jahresberichts über die vielgerühmten Wohlfahrtseinrichtungen Rheinland-Westfalens.

× ×

Kurze Chronik Vom 5. bis zum 7. Juni 1906 tagte in Jena der evangelisch-soziale Kongress. Recht unbefriedigt liess im allgemeinen das Referat und die Debatte über den Maximalarbeitstag. × Die 7. Jahresversammlung des *Deutschen Vereins für Schulgesundheitspflege*, die am 6. und 7. Juni in Dresden stattfand, behandelte unter anderem das sozialhygienisch sehr wichtige Thema der Waldschulen. × Auf dem am 9. bis 14. Juni in Mailand abgehaltenen internationalen Kongress für Arbeiterkrankheiten erwies Professor Pieraccini in seinem Referat über den Verlauf der Produktionskurve bei Hand- und geistigen Arbeiten die Notwendigkeit der Durchbrechung der Arbeit mit kurzen Pausen, da bei Zweiteilung der Arbeitszeit sich die Ergiebigkeit der Arbeit in den letzten Stunden vor Mittag und vor Abend beträchtlich herabmindere. × Am 29. Juli wurde in Darmstadt ein Tuberkulosemuseum eröffnet. Das Unternehmen ist besonders durch den Vorsitzenden der Landesversicherungsanstalt Hessen, den Geheimen Regierungsrat Dietz, gefördert worden.

× ×

Literatur Dr. Karl Pribram hält in seiner Schrift *Der Normalarbeitstag in den gewerblichen Betrieben und im Bergbau Österreichs* /Wien, Deuticke/ die allgemeine Statuierung des Zehnstundentags bei der bisher nur mässigen Entwickelung der fabrikmässigen Betriebe Österreichs für nicht unbedenklich. Für erfolglos erklärt er die Dekretierung eines Normalarbeitstages für die Heimarbeit. Er legt sich für die Einführung eines Maximalarbeitstages im Handels- und Verkehrsgewerbe ein und erteilt direkt der Gesetzgebung die wichtige Aufgabe, die schrittweise Annäherung an den Achtstundentag im Bergbau zu fördern.
In verbesserter Auflage ist im Verlage der Buchhandlung *Vorwärts* der für den praktischen Gebrauch sehr geeignete *Führer durch das Gewerbeunfallversicherungsgesetz* erschienen. PAUL KAMPFFMEYER

Soziale Kommunalpolitik

Wahlrecht In seinem Beitrage zur Enquete des *Vereins für Sozialpolitik* über die Verfassung und Verwaltungsorganisation der Städte hatte der Stadtrat Ludwig-Wolf, der Vater des Dreiklassenwahlrechtes in Leipzig, eine Rechtfertigung der dadurch erfolgten Wahlentrechtung zu geben versucht und auch auf einige Missstände dieses Systems hingewiesen. Er führte aus, dass die I. Abteilung in der Hauptsache durch die dem Stande des Handels und der Industrie Angehörigen gebildet werde. In der II. Abteilung herrschen die Ansässigen vor, in der III. Abteilung die Unansässigen. In politischer Beziehung wird die I. Abteilung von den Nationalliberalen, die II. von der Interessenpartei der Hausbesitzer, die die beliebte Mischung von Mittelstandsretterei und Antisemitismus vertreten, die III. von der Arbeiterpartei beherrscht. Ludwig-Wolf fragt nun, ob man einem Wahlverfahren das Wort reden könne, welches die grossen und zahlreichen Klassen der öffentlichen und Privatbeamten, der Professoren und Lehrer u. s. w. nur in den Persönlichkeiten zum Wort gelangen lasse, die vor den Augen der ausschlaggebenden Interessenparteien aus dem oder jenem Grunde Gnade finden. Das Mittel, diesen Klassen zur Vertretung zu verhelfen, findet er in einer Kombination des Klassenwahlsystems mit dem Proportionalwahlsystem. Die zur Wahl nötige Schichtung der Bürgerschaft soll nach den Grundsätzen der Klassenwahl vorgenommen werden, innerhalb dieser Schichten aber die Vertreter durch die Proportionalwahl bestimmt werden. Ob diese Änderung noch im Wege des Ortsstatutes möglich sei, liess er dahingestellt. Hier finden wir also bereits Andeutungen über eine geplante Abänderung des Wahlrechtes. Diese Abänderung hat sich nunmehr in einem Antrage des Stadtrats verdichtet, der allerdings eine andere Grundlage, als die von Ludwig-Wolf empfohlene Kombination von Klassenwahlrecht und Proportionalwahlrecht, hat. Der Anlass zu dieser Änderung war nicht nur das Bestreben, der sogenannten *Klasse der Festbesoldeten*, das heisst der öffentlichen und sonstigen Beamten, eine Vertretung zu verschaffen. Das ganze, sorgfältig ausgeklügelte System der Interessen- und politischen Vertretungen, das ganze Gleichgewicht zwischen den Parteien in der Stadtverordnetenversammlung, das dem Rat die unbestrittene

Herrschaft sicherte, war aufs gefährlichste bedroht. Die Arbeiterklasse hatte nicht nur die ihr von den Vätern des Dreiklassenwahlrechtes überlassenen Sitze in der III. Abteilung erobert, sie drohte in Bälde die gesamte III. Abteilung in ihren Besitz zu bringen. Sie besitzt zurzeit nicht nur die ihr zugedachten 12 Mandate; schon bei der Wahl von 1904 stieg die Zahl der sozialdemokratischen Mandate auf 19, und beim Fortbestehen des jetzigen Wahlsystems würde nach 1906 nur 1 Sitz von 24 nicht in den Händen der Sozialdemokratie sein. Parallel mit diesem siegreichen Vordringen unserer Partei gehen die Verschiebungen in der Zusammensetzung der I. Abteilung, die beim Rat grosse Befürchtungen über den Fortbestand seiner Ratsherrlichkeit erweckt haben. In der I. Wählerklasse ist nämlich mit jeder Wahl die Anzahl der Hausbesitzervertreter eine grössere geworden. In wenigen Wahlgängen werden die Hausagrarier und Vertreter der konservativ-antisemitischen Mittelstandsvereinigung, die nationalliberale Ratspartei aus der I. Abteilung hinausgedrängt haben. Damit wäre der nationalliberalen Vorherrschaft in der Gemeinde ein Ende gemacht. Um dieser Gefahr vorzubeugen, wurde der *Verein der Festbesoldeten* gegründet, und von diesem um Einführung der Proportionalwahl in das System der Klassenwahl oder um die Beseitigung der Anrechnung der Grundsteuer bei der Klasseneinteilung petitioniert. Durch die Anrechnung der Grundsteuer wird nämlich den städtischen Hausagrariern die Möglichkeit gewährt, auch die I. Klasse zu erobern. Diese Petition wurde an eine besondere Wahlrechtskommission verwiesen, von ihr aber und vom Plenum der Stadtverordnetenversammlung abgewiesen.

Trotz dieser Niederlage hat Herr Stadtrat Ludwig-Wolf, der Inspirator des Vereins, kürzlich einen neuen Wahlrechtsentwurf ausgearbeitet, der die Genehmigung des Rates gefunden hat und nunmehr in der Stadtverordnetenversammlung zur Diskussion steht. Dieser neue Entwurf baut sich nicht auf den früheren Vorschlägen auf, sondern schliesst sich an die in Chemnitz und Dresden bestehenden Berufswahlrechte an. Um aber der Plutokratie die Vorherrschaft auch in Zukunft zu sichern, sind bei der Bildung der Berufsgruppen sehr hohe Einkommenssätze zu Grunde gelegt, während die Grundsteuerleistung dabei ausser Betracht geblieben ist. Die Wählerschaft soll in 6 Gruppen eingeteilt werden, von denen jede Gruppe nach 3 Wahlen je 12 Vertreter, und zwar je 6 ansässige und 6 unansässige, erhalten soll. Gruppe A soll umfassen alle nach § 1 des Invalidenversicherungsgesetzes versicherungspflichtigen Personen, Gruppe B die Reichs-, Staats-, Gemeinde- und Privatbeamten, die Geistlichen, Universitätsprofessoren, Lehrer, soweit sie ein steuerpflichtiges Einkommen von mehr als 3000 M. haben, Gruppe C die Innungsmitglieder, die selbständigen Gewerbe- und Handeltreibenden ohne eingetragene Firma, aber mit mehr als 3000 M. Einkommen, Gruppe D die Handeltreibenden und Industriellen mit eingetragener Firma, soweit sie mehr als 10000 M. Einkommen versteuern. In die Gruppen E und F sollen alle Personen fallen, die nicht zu den Gruppen A bis D gehören, sowie die freien Berufe, die Ärzte, Apotheker, Rechtsanwälte, Architekten, Künstler und alle Personen ohne ausgesprochenen Beruf. Von diesen gehören zur Gruppe E diejenigen Personen, die weniger als 3000 M., zur Gruppe F die, welche mehr als 3000 M. steuerpflichtiges Einkommen haben.

Der plutokratische Charakter des Entwurfes zeigt sich in den beiden Grenzzahlen von 3000 und 10000 M. In Chemnitz beträgt die Grenze 1900 M. Sie ist nach der Begründung des Leipziger Rates zu tief, »um einer Überflutung der stabilen durch die flottierenden Elemente vorzubeugen«. Der Entwurf ist aber auch gar kein Berufsklassenwahlrecht. Denn welche gemeinsamen Berufsinteressen zum Beispiel die Angehörigen der Klassen E und F mit einander verbinden, wird selbst der Bearbeiter des Entwurfes nicht nachzuweisen vermögen. Welches Berufsinteresse verbindet ferner die Geistlichen und die Universitätsprofessoren, die staatlichen und die Privatbeamten? Der Entwurf hat überhaupt nur den einen Grundsatz, die Gruppen so zuzuschneiden, dass bestimmten Teilen der Wählerschaft die Herrschaft in der Stadtverordnetenversammlung und damit auch in dem Rat gesichert wird. Das zeigen die Ziffern recht deutlich, welche die Zahl der auf einen Stadtverordneten entfallenden Wähler in den verschiedenen Gruppen angeben. In Gruppe A entfallen auf einen Stadtverordneten 1040 Wähler, in Gruppe B 315, in Gruppe C 200, in Gruppe D 102, in Gruppe E 828, in Gruppe F 210, wenn man die Wahlliste der Stadtverordnetenwahl von 1904 zu Grunde legt. Besonders privilegiert sind also

die Handeltreibenden und die Industriellen mit eingetragener Firma und mehr als 10000 M. Einkommen. Ihnen folgen die Gruppen C und F, deren Charakteristikum ein Einkommen von mehr als 3000 M. ist. Am meisten benachteiligt sind die Arbeiter, und fast ebenso sehr die Angehörigen der Sammelgruppe E, in die die kleinen Beamten, die kleinen Handwerker, Krämer etc. zusammengepfercht sind. Privilegierung der grossen Einkommen, Benachteiligung der kleinen ist die Signatur des Entwurfes. Die 4 Gruppen der Leute mit mehr als 3000 M. Einkommen wählen zusammen 48 Stadtverordnete, denen 12 Vertreter der Arbeiterschaft und 12 der anderen kleinen Leute gegenüberstehen. Die *brutale Macht der blossen Majoritätsziffer* ist hier allerdings erfolgreich überwunden, sie ist ersetzt durch die brutale Macht des Geldsacks.

× ×

Lustbarkeitssteuer Der Berliner Magistrat hat der Stadtverordnetenversammlung den Entwurf einer Billet- und Lustbarkeitssteuer vorgelegt, die nach der Ertragsberechnung 2400000 M. einbringen soll. Der Gedanke dieser Steuer entstand in einem Zeitpunkt, wo ein grösseres Defizit drohte. In dem letzten Jahre haben sich aber die städtischen Finanzen sehr gebessert. Statt des Defizits sind grosse Überschüsse eingetreten, so dass nicht der geringste Grund für die Einführung einer solchen Steuer vorliegt. Da aber die Stadtverordnetenversammlung in ihrem Horror vor einer Erhöhung der Einkommensteuer dem Vorschlage des Steuerausschusses zugestimmt hatte, so musste der Magistrat den Entwurf ausarbeiten, obwohl er an ihm keine grosse Freude gehabt haben kann. Die Einführung der Steuer wurde seinerzeit damit gerechtfertigt, dass sie nur den Luxus treffen solle. Die Vorlage des Magistrates bringt aber keine Luxussteuer, sondern trifft die grosse Masse nicht nur des Mittelstandes, sondern auch der ärmeren Bevölkerung und besteuert ihr Bedürfnis nach geistiger Bildung und das nicht minder berechtigte Bedürfnis nach Vergnügen und Erholung. Die Billetsteuer erstreckt sich auf Theatervorstellungen, deklamatorische Vorlesungen, Rezitationen und andere Vorträge, Konzerte, Zirkusvorstellungen, Spezialitäten, Variétévorstellungen, Gesangs- und deklamatorische Vorträge, Schaustellung von Personen und Tieren und ähnliche Darbietungen, Tanzbelustigungen, Maskenbälle, Redouten, Wettrennen, Wettfahren, Kostümfeste und Bazare, Panoramen und Ausstellungen jeder Art. Befreit von der Steuer sind nur Veranstaltungen, die ausschliesslich wissenschaftliche und belehrende Zwecke verfolgen, weder von Unternehmern, noch Mitwirkenden berufsmässig betrieben werden und nicht auf Gewinnerzielung gerichtet sind, ferner Veranstaltungen zu wohltätigen oder gemeinnützigen Zwecken, Veranstaltungen, die von Schülern oder hauptsächlich für Schüler Berliner Unterrichtsanstalten dargeboten werden. Es ist also zum Beispiel fraglich, ob die Veranstaltungen der *Freien Volksbühne*, des *Arbeitersängerbundes* etc. von der Steuer befreit bleiben, da deren belehrender und wissenschaftlicher Charakter bestritten werden kann. Anderseits bleiben Veranstaltungen zu wohltätigen Zwecken, also auch Bazare und Tanzereien, steuerfrei, obwohl gerade bei solchen Veranstaltungen die Abführung des Ertrages an irgend ein Wohltätigkeitsinstitut nur das Mäntelchen zu sein pflegt, das der Lustbarkeit umgehängt wird.

Die Steuer soll bereits bei einem Eintrittspreise von über 40 Pf. einsetzen — das nennt man *den Luxus treffen*! — und beträgt für die unterste Stufe bis zu 1 M. 5 Pf. Die folgenden Stufen sind 10 Pf. für Billets von 1 bis 2,50 M., 15 Pf. von 2,50 bis 3 M., 20 Pf. von 3 bis 4 M., von da ab je 10 Pf. für jede angefangene Mark. Bei dem Satz von 40 Pf. bleibt kein Billet mehr unversteuert.

Die Lustbarkeitssteuer wird für alle der Billetsteuer nicht unterworfenen öffentlichen Lustbarkeiten erhoben. Die Höhe der Steuer ist nach der Grösse des Etablissements und nach der Art der Lustbarkeit abgestuft. So sollen zum Beispiel bei Tanzbelustigungen von Räumen bis 100 qm Grundfläche 3 M., bis 200 qm 4,50 M., bis 300 qm 6 M. etc. erhoben werden. Werden die Räume zu Singspielen, Vorträgen musikalischer Art, Schaustellungen etc. benutzt, so sind per 100 qm 4 M. zu bezahlen. Für Konzerte sind die Sätze niedriger, ebenso in Gartenlokalen.

Man kann diese Steuer mit Recht zu den schikanösen Steuern rechnen. Setzte sich die Berliner Stadtverwaltung aus den strengsten Puritanern zusammen, die jede Erholung und jedes Vergnügen der Masse, alles, was das Leben erheitert und verschönt, für sündhaft erklären, sie hätte auch keine andere Steuer erdenken

können. Die Steuer zeigt ferner den Geist des Fiskalismus in seiner reinsten Blüte. Sie ist kleinlich, bildungs- und verkehrsfeindlich, und passt daher ganz in den Rahmen der Verkehrssteuern hinein, die die bürgerlichen Mehrheitsparteien des Reichstages vor kurzem in Berlin beschlossen haben.

× ×

Kurze Chronik Die Stuttgarter Bürgerlichen Kollegien haben die Einführung der Lehrmittelfreiheit beschlossen. × Die Stadtverordnetenversammlung Hagens beschloss die Einrichtung eines bakteriologischen Untersuchungsamts. × Die Mainzer Stadtverordnetenversammlung hat die Errichtung einer Auskunfts- und Fürsorgestelle für Lungenkranke beschlossen und dafür 6000 M. aus der *Simon Kapp-Stiftung* bewilligt. × Auf dem hessischen Städtetage wurde über die Beteiligung der Beamten an der Verwaltung der Konsumvereine debattiert. Die weitergehenden Anträge der Referenten, die die weitere Gründung von Beamtenkonsumvereinen und Produktivgenossenschaften gesetzlich verboten wissen sollten, wurden abgelehnt, dagegen ein Antrag mit grosser Majorität angenommen, der den Städten empfiehlt, »ihren Beamten in genügend erscheinender Weise kund zu geben, dass es nicht wünschenswert ist, wenn sie sich an der Leitung und Verwaltung von Konsumvereinen beteiligen [!]«.

× ×

Literatur Für die Mailänder Ausstellung hat Dr. F. Mangold eine *Denkschrift über die Entwickelung der staatlichen Arbeitslosenfürsorge im Kanton Basel-Stadt* /Basel, Kommissionsverlag Lendorff/ verfasst, in der die Geschichte der zahlreichen Versuche dieses Kantons auf diesem Gebiete und deren wichtigste Ergebnisse ausführlich dargestellt werden. Die letzteren sind von dem grössten Interesse und sollten von unseren praktischen Kommunalpolitikern sorgfältig berücksichtigt werden. Dr. Mangold hebt hervor, dass die Entwickelung sich von rein privaten zu halb amtlichen, von diesen zu rein staatlichen Hilfskommissionen abgespielt habe, und dass diese anfänglich nur für eine spezielle Hilfsaktion oder nur für je einen Winter eingesetzte Körperschaften sich allmählich zu einer ständigen Arbeitslosenkommission ausgebildet haben. Die Einsetzung einer solchen Kommission ist in der Tat die Vorbedingung jeder zweckmässigen Arbeitslosenfürsorge. Aus den weiteren wichtigen Ergebnissen der Mangoldschen Denkschrift heben wir die folgenden hervor: Das wirksamste Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist die Organisation von Notstandsarbeiten. Es empfiehlt sich, diese möglichst wenig als Unterstützung zu behandeln, vielmehr in ihrer Belohnung der normalen Lohnhöhe möglichst anzunähern. Mangold wirft die Frage auf, ob nicht gewisse Arbeiten ausschliesslich von Arbeitslosen ausgeführt werden sollten, um ihre Arbeitswilligkeit zu steigern und besser zu kontrollieren. Sehr wertvoll sind die Untersuchungen über die Dauer der Arbeitslosigkeit — Ergebnis: bei einer Versicherung sind die einzelnen Berufsarten besonders zu behandeln —, über die Feststellung der Häufigkeit der Arbeitslosigkeit — ein grosser Teil der Arbeitslosen lässt sich regelmässig jeden Winter einschreiben —, sowie über die sozialen und persönlichen Verhältnisse der Arbeitslosen. Wir müssen uns leider auf diese kurzen Bemerkungen über diese wertvolle Publikation beschränken und können nur wiederholt zu deren eingehendem Studium auffordern. Vom selben Verfasser ist, gleichfalls für die Ausstellung in Mailand, eine *Denkschrift über die staatlichen Massnahmen zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse im Kanton Basel-Stadt* erschienen.

Im Verlag des *Vorwärts* ist das Protokoll über die Verhandlungen der Konferenz der sozialdemokratischen Stadtverordneten und Gemeindevertreter Gross-Berlins erschienen. Es enthält die Referate über die Verkehrspolitik Gross-Berlins, die Armenpflege, die Notwendigkeit von Zweckverbänden. Wir können es auch anderen, als Berliner Parteigenossen, zum Studium empfehlen. HUGO LINDEMANN

Sozialistische Bewegung

Abgeordnete Wir geben im nachstehenden ein Verzeichnis der Vertreter des Sozialismus in den Parlamenten der verschiedenen Kulturstaaten. Das Verzeichnis wird von Zeit zu Zeit ergänzt, nach Neuwahlen erneuert werden; in dieser Rundschau ist es nach Ländern alphabetisch geordnet. Die Tabelle am Schluss des Abschnitts gibt eine vergleichende Übersicht.

Belgien, *Chambre des Représentants* (166 Mitglieder). 30 Sozialisten: Allard, Anseele, Berloz, Bertrand, Brenez, Calluewaert, Debunne, Delbastée, Delporte, Demblon, Denis, Destrée, Fossion,

Furnémont, Horlait, Hubin, Lambillotte, van Langendonck, Léonard, Malempré, Mansart, Maroille, Meysmans, Pepin, Pierard, Schinler, Smeets, Terwagne, Vandervelde, Wettinck.

Dänemark, *Folkething* (114 Mitglieder). 24 Sozialisten: Andresen, Borgbjerg, J. Christensen, N. C. Christensen, Hyller, Hördum, Jensen, Klausen, Knudsen, Marott, Meyer, Mortensen, Nielsen, C. M. Olsen, S. Olsen, V. Olsen, Chr. Rasmussen, H. Rasmussen, L. Rasmussen, Sabroe, Schmidt, Stauning, Wiinblad, Wilman. Vorsitzender der Fraktion ist Knudsen.

Landsthing (66 Mitglieder). 1 Sozialist: Andersen.

Deutschland, *Reichstag* (397 Mitglieder). 78 Sozialisten: Albrecht, Auer, Baudert, Bebel, Bernstein, Berthold, Birk, Blos, Bock, Bömelburg, Brey, David, Dietz, Dreesbach, Ehrhart, Eichhorn, von Elm, Edmund Fischer, Richard Fischer, Förster, Frässdorf, Frohme, Geck, Gerisch, Geyer, Goldstein, Gradnauer, Grenz, Haase, Haberland, Heine, Herbert, Herzfeld, Hildenbrand, Adolf Hoffmann, Arthur Hofmann, Horn, Hue, Kaden, Körsten, Kühn, Kunert, Ledebour, Legien, Lesche, Lindemann, Lipinski, Mahlke, Meist, Metzger, Molkenbuhr, Motteler, Nitzschke, Noske, Peus, Pfannkuch, Reisshaus, Sachse, Scheidemann, Schlegel, Schmalfeldt, Robert Schmidt, Wilhelm Schmidt, Schöpflin, Schulze, Schwartz, Sindermann, Singer, Sperka, Stadthagen, Stolle, Stücklen, Südekum, Thiele, Tutzauer, von Vollmar, Wurm, Zubeil. Vorsitzende der Fraktion sind Singer und Bebel, Schriftführer ist Pfannkuch.

England, *House of Commons* (670 Mitglieder). 30 Mitglieder der *L. P.* (die man als die Vertretung des Sozialismus ansehen kann): Barnes, Bowerman, Clynes, Crooks, Duncan, Gill, Glover, Hardie, Henderson, Hodge, Hudson, Jenkins, Jowett, Kelley, MacDonald, Macpherson, O'Grady, Parker, Richards, Roberts, Seddon, Shackleton, Snowden, Summerbell, Taylor, Thorne, Walsh, Wardle, Wilkie, Wilson. Vorsitzender der Fraktion ist Hardie, Schriftführer MacDonald.

Frankreich, *Chambre des Députés* (584 Mitglieder). 76 Sozialisten, davon 52 geeinigte und 24 unabhängige. Die Geeinigten sind: Aldy, Allard, Allemane, Basly, Bedouce, Benezech, Betoulle, Blanc, Bouveri, Breton, Brousse, Cadenat, Carlier, Chauvière, Constans, Coutant, Dejeante, Delory, Devèze, Dubois, Dufour, Durre, Ferrero, Fiévet, Fournier, Franconie, Ghesquière, Goniaux, Groussier, Guesde, Jaurès, Lamendin, Lassalle, Marietton, Mélin, Meslier, Nicolas, Pastre, Poulain, de Pressensé, Roblin, Rouanet, Rozier, Selle, Sembat, Thivrier, Vaillant, Varenne, Veber, Vigne, Walter, Wilm; die Unabhängigen: Baron, Boyer, Briand, Camuzet, Carnaud, Charpentier, Colliard, Cornand, Desfarges, Favre, Fort, Gérault-Richard, Grousset, Isoard, Jourde, Ledin, Légitimus, Lenoir, Merle, Millerand, Normand, Viollette, Viviani, Zévaès.

Sénat (300 Mitglieder). 3 Sozialisten, davon 2 geeinigte und 1 unabhängiger. Die Geeinigten sind: Chantagrel, Delhon; der Unabhängige: Flaissières.

Holland, *Tweede Kamer der Staten-Generaal* (100 Mitglieder). 7 Sozialisten, davon 6 Sozialdemokraten und 1 *revolutionärer Sozialist*. Die Sozialdemokraten sind: Hugenholtz, van Kol, Schaper, Tak, Ter Laan, Troelstra; der *revolutionäre Sozialist*: van der Zwaag. Vorsitzender der sozialdemokratischen Fraktion ist Troelstra, Schriftführer Ter Laan.

Italien, *Camera dei Deputati* (508 Mitglieder). 21 Sozialisten: Agnini, Antolisei, Aroldi, Badaloni, Berenini, Bertesi, Bissolati, Borciani, Calvi, Costa, de Felice, Enrico Ferri, Giacomo Ferri, Montemartini, Morgari, Rondani, Sichel, Tasca di Cuto, Treves, Turati, Zerboglio. Vorsitzender der Fraktion ist Costa.

Norwegen, *Storthing* (117 Mitglieder). In der jetzt abgelaufenen Legislaturperiode 5 Sozialisten: Berge, Egede-Nissen, Eriksen, Lind-Johansen, Meyer-Foshaug. Die Resultate der Neuwahlen werden in der nächsten Rundschau mitgeteilt werden.

Österreich, *Abgeordnetenhaus* (325 Mitglieder). 11 Sozialisten: Adler, Cingr, Daszynski, Eldersch, Ellenbogen, Hybesch, Pernerstorfer, Resel, Rieger, Schuhmeier, Seitz. Vorsitzende der Fraktion sind Daszynski und Pernerstorfer, Schriftführer ist Hybesch.

Schweden, *Riksdagens andra kammare* (230 Mitglieder). 13 Sozialisten: Blomberg, Branting, Carlsson, Christiernson, Eriksson, Kropp, Larsson, Leksell, Lindberg, Lindqvist, Nilsson, Persson, Thorsson. Vorsitzender der Fraktion ist Branting, Schriftführer Lindqvist.

Schweiz, *Nationalrat* (167 Mitglieder). 2 Sozialisten: Brüstlein, Scherrer.

Serbien, *Skupstina* (160 Mitglieder). 1 Sozialist: Laptschewitsch.

In den Parlamenten der übrigen europä-

ischen Staaten (Bulgarien, Portugal, Rumänien, Spanien, Ungarn etc.), sowie der Vereinigten Staaten von Amerika sitzen zurzeit überhaupt keine Sozialisten.
Die nachstehende Tabelle gibt eine Übersicht über die Vertretung des Sozialismus in den Zentralparlamenten der Kulturstaaten (die respektiven Oberhäuser bleiben hier ausser Betracht); die Länder sind nach dem Prozentsatz der Sozialisten geordnet.

Land	Anzahl der Abgeordneten		Prozentsatz der Sozialisten im Parlament
	überhaupt	Sozialisten	
Dänemark	114	24	21,1
Deutschland	397	78	20,2
Belgien	166	30	18,1
Frankreich	584	76	13,0
Holland	100	7	7,0
Schweden	230	13	5,7
England	670	30	4,5
Norwegen	117	5	4,3
Italien	508	21	4,1
Österreich	325	11	3,4
Schweiz	167	2	1,2
Serbien	160	1	0,6

Der Einfluss der Sozialisten in den einzelnen Parlamenten ist freilich nicht proportional der Stärke ihrer Vertretung.

Parteitage und Konferenzen Die Parteigenossen im Herzogtum Sachsen-Altenburg hielten kürzlich ihren Landesparteitag in Gera (also ausserhalb des Landes, wegen der rückständigen Bestimmungen über die Sonntagsruhe) ab. Nach den erstatteten Berichten ist ein erfreulicher Aufschwung der Partei im Herzogtum zu verzeichnen. Die Zahl der organisierten Parteigenossen betrug am 1. April 3500. Die Einnahmen stiegen von 6400 M. im Vorjahre auf 10000 M., die Ausgaben von 5500 M. auf 7500 M. Auch die *Altenburger Volkszeitung* hat sich im abgelaufenen Jahre gut entwickelt. Sie nahm um über 1000 Abonnenten zu und hat deren jetzt über 6000.

Schweden Nach dem kürzlich veröffentlichten Jahresbericht des Parteivorstandes für das Jahr 1905 ist die Mitgliederzahl der schwedischen Sozialdemokratie im Laufe jenes Jahres von 64835, organisiert in 115 Ortsvereinen, auf 69181 in 138 Vereinen gestiegen. Bei den Wahlen zum Reichstag wurden 26083 Stimmen für die sozialdemokratischen Kandidaten abgegeben; ausserdem aber haben die Parteigenossen in mehreren Kreisen, wo sozialdemokratische Kandidaturen aussichtslos waren, für radikale Kandidaten gestimmt, so dass die Gesamtstimmenzahl der Partei auf 45000 berechnent wird, das Vierfache der vor 3 Jahren erzielten. Über die politisch-parlamentarische Tätigkeit der Partei sind die Leser durch den Artikel Hjalmar Brantings in diesem Bande der *Sozialistischen Monatshefte*, pag. 657 ff., unterrichtet.

Kroatien In Kroatien nimmt die sozialdemokratische Bewegung an Stärke und Intensität zu. Davon legen die sozialistischen Vereine und der gegenwärtige Stand der Presse Zeugnis ab. In der Hauptstadt Zagreb wurde in diesem Jahre ein neuer sozialistischer südslawischer Verlagsverein *Nasa snaga* (*Unsere Macht*) gegründet. Dies Unternehmen hat die Aufgabe, sozialdemokratische Arbeiter und solche, die mit ihnen sympathisieren, insbesondere auch die Jugend, mit den aktuellen Problemen des Sozialismus, mit der Behandlung allgemein politischer und kultureller Fragen, insbesondere der Agrarfrage, bekannt zu machen. Der Verlag gibt auch zwei Zeitschriften heraus: die Monatschrift *Napred* (*Vorwärts*) und die im Monat zweimal erscheinende *Razredna borba* (*Der Klassenkampf*); die letztere Zeitschrift will sich mit theoretischen Erörterungen befassen, ferner eine Übersicht geben über die soziale Reformbewegung und über die in- und ausländische sozialistische Kritik der ökonomischen, wissenschaftlichen und literarischen Erscheinungen; daneben sollen dann im speziellen die wichtigsten Reformen und Ereignisse in der kroatischen Landespolitik behandelt werden.

Presse Die seit langem von der Partei gewünschte *Sozialdemokratische Parteikorrespondenz* hat am 19. Juli zu erscheinen begonnen. Ihre Aufgabe besteht darin, der Parteipresse und den zu der Leitung und Betreibung der Agitation berufenen Genossen laufend Agitationsmaterial zu liefern. Die Redaktion liegt in den Händen der Genossen Erdmann, Schröder und Grunwald. Die Korrespondenz wird namentlich den tätigen Parteigenossen in der Provinz, wo eine verlogene Kreispresse unablässig an der Arbeit ist, die Sozialdemokratie zu verleumden, willkommen sein. Die bisher erschienenen Nummern zeichnen sich durch gute Anordnung und eine (fast zu grosse) Reichhaltigkeit des Inhalts aus. Die Magde-

burger *Volksstimme* zählt jetzt rund 19000 Abonnenten; zum 1. Oktober wird, um den Druck zu bewältigen, die Aufstellung einer neuen, grossen Rotationsmaschine erfolgen.

× ×

Totenliste Einer der ältesten Cölner Genossen, Jean Kröger, ist gestorben. 1842 in Cöln geboren, trat er bereits 1862 als Schreinergeselle dem dort von dem ehemaligen Redakteur der *Neuen Rheinischen Zeitung*, Heinrich Bürgers, geleiteten Arbeiterbildungsverein bei. Beim Auftreten Lassalles schloss sich Kröger dem *Allgemeinen deutschen Arbeiterverein* an. Dann machte er die Feldzüge von 1866 und 1870-71 mit. Unter dem Sozialistengesetz hat er wacker und unerschrocken mitgearbeitet. Später errichtete er eine Auskunftsstelle in Sachen der Arbeiterversicherung. Im Jahre 1894 übernahm er die durch die Cölner Arbeiterschaft begründete unentgeltliche Auskunftsstelle, und vom Jahre 1901 an setzte er diese Tätigkeit als Arbeitersekretär fort. Als solcher hat er sich durch klare Raterteilung und Förderung namentlich der Unfall- und Armenstreitsachen das unbegrenzte Vertrauen der Allerärmsten errungen, ein Vertrauen, das ihm den Ehrennamen des *Armenvaters* eingetragen hat.

× ×

Kurze Chronik Der *Vorwärts* veröffentlichte am 21. Juli Aktenstücke, die den Reichsverband gegen die Sozialdemokratie kompromittierten. × Ohne Einwilligung der *Generalkommission* und der sonst in Frage kommenden Körperschaften ist von seiten der Partei von dem nur für die Beteiligten herausgegebenen Protokoll der Konferenz der Gewerkschafstvorstände am 19. bis 23. Februar (vergl. die Rubrik *Gewerkschaftsbewegung* im vorigen Bande der *Sozialistischen Monatshefte*, pag. 334-335) der Teil Partei und Gewerkschaft abgedruckt und der Öffentlichkeit übergeben worden. Die *Generalkommission* hat gegen diese Handlung, die ohne Präzedenzfall dasteht, in ihrem *Korrespondenzblatt* Protest eingelegt. × Der vor 2 Jahren gegründete *Sozialistische Jugendverband* Dänemarks umfasst jetzt 12 Ortsabteilungen; er steht mit den sozialistischen Jugendorganisationen Schwedens und Norwegens in Verbindung und arbeitet auf die Gründung eines internationalen Jugendverbandes hin. × Am 1. Oktober beginnt die New Yorker *Rand-Schule für soziale Wissenschaften* (so genannt nach einer reichen Stiftung der verstorbenen Genossin Carrie A. Rand) ihre Lehrtätigkeit. Die *Rand-Schule* bietet zu mässigen Bedingungen eine Reihe von sozialwissenschaftlichen Vorlesungen und Studienkursen vom Standpunkt des Sozialismus aus. Für einen systematischen Kursus von 25 Lektionen werden 5 Dollars berechnet, für alle Kurse 20 Dollars; Parteimitglieder erhalten besondere Vergünstigungen.

× ×

Literatur Max Quarck hat sich ein Verdienst erworben, indem er die Reden der Genossen Jaurès und Vaillant und des Ministers Clemenceau als *Zukunftsstaatsdebatten im französischen Parlament* /Frankfurt a. M., Buchhandlung *Volksstimme*/ deutsch herausgegeben hat. Die genannte Debatte kann als das bedeutendste Ereignis des europäischen Sozialismus in den letzten Jahren angesehen werden. Mag man auch mit dem Genossen Fournière (vergl. seinen Artikel *Die Stellung der Sozialisten im französischen Parlament* in diesem Bande der *Sozialistischen Monatshefte*, pag. 652 ff.) der Ansicht sein, dass es selbst einem Jaurès nicht gelungen ist, in der eigentlichen *Zukunftsstaats*frage seinen gewandten Gegner zu überwältigen, so hat diese grosse Auseinandersetzung zwischen der sozialistischen und der bürgerlichen Demokratie ihre dokumentarische Bedeutung; man wird öfter auf sie zurückgreifen müssen. Die Übersetzung ist gut. Vielleicht wäre es besser gewesen, wenn Genosse Quarck das offizielle stenographische Protokoll zur Unterlage gewählt hätte, statt des Berichts der *Humanité*, der namentlich in der Wiedergabe der Rede Clemenceaus die Objektivität ein wenig vermissen lässt; auch äusserlich stört da an mehreren Stellen der Übergang von direkter Rede zum blossen Referat. Doch wird dadurch der Wert der Publikation nicht erheblich beeinträchtigt. Der Preis von 10 Pf. ermöglicht die wünschenswerte Massenverbreitung.
Der *Neue Welt-Kalender für 1906* enthält, wie in den früheren 30 Jahrgängen, eine Reihe interessanter Artikel aus der Feder bekannter Parteigenossen; unter anderen seien hervorgehoben die Aufsätze I. Zadeks über Seuchenverhütung, Ottilie Baaders über Frauenagitation, Adolf Brauns über französische Gesellenorga-

nisationen früherer Zeiten. Der mit vielen Illustrationen versehene Kalender kostet 40 Pf. × Die in New York erscheinende Zeitschrift *Wilshire's Magazine* bringt eine Abhandlung des Genossen Upton Sinclair, des bekannten Autors des *Jungle,* in der er sich gegen einen im *Century Magazine* erschienenen Artikel William Bryans über Individualismus und Sozialismus wendet. Bryan redet dem Individualismus und der freien Konkurrenz als den treibenden Elementen für den Fortschritt das Wort, eine Auffassung, der Sinclair mit guten Argumenten entgegentritt. Aus seiner Arbeit ist zu entnehmen, dass er ein guter Kenner der europäischen sozialistischen Literatur ist. HUGO POETZSCH

Gewerkschaftsbewegung

Bilanz des Jahres 1905 Die modernen Gewerkschaften in Deutschland haben sich im letzten Jahre ausserordentlich günstig entwickelt. Die *Generalkommission* veröffentlicht darüber im *Korrespondenzblatt* den zahlenmässigen Nachweis. Danach erhöhten die freien Gewerkschaften in 1905 ihren Mitgliederstand von 1 116 723 auf 1 429 303, das heisst um 3 16 084 oder 28,3 %. Im Jahre 1904 betrug die Mitgliederzunahme 175 454 oder 18,5 %, im Jahre 1903 192 707 oder 25,6 %. In keinem Jahr dürfte denn auch eine so grosse verhältnismässige Mitgliederzunahme zu verzeichnen gewesen sein, wie im letzten Jahre. Es hatten am Jahresschluss 1905 Mitglieder die Organisation der Asphalteure 617 (+ 161), Bäcker 11 374 (+ 1668), Barbiere 1416 (+ 451), Bauhilfsarbeiter 55 447 (+ 16420), Bergarbeiter 105 060 (+ 24 378), Bildhauer 4875 (+ 182), Blumenarbeiter 510 (+ 75), Böttcher 7200 (+ 750), Brauereiarbeiter 23 342 (+ 4083), Buchbinder 17 861 (+ 1253), Buchdrucker 44 476 (+ 3896), Buchdrucker Elsass-Lothringens 940 (+ 65), Buchdruckereihilfsarbeiter 8086 (+ 3488), Bureauangestellten 703 (+ 135), Dachdecker 5115 (+ 1255), Fabrikarbeiter 75 870 (+ 25 089), Fleischer 2484 (+ 184), Formstecher 530 (+ 72), Gärtner 4017 (+ 517), Gastwirtsgehilfen 3908 (+ 883), Gemeindearbeiter 20 818 (+ 7092), Glasarbeiter 11 078 (+ 4776), Glaser 4783 (+ 930), Graveure 2356 (+ 78), Hafenarbeiter 16 891 (+ 1916), Handels- und Transportarbeiter 50 654 (+ 10 249), Handlungsgehilfen 5815 (+ 2103), Handschuhmacher 3100 (+ 136), Holzarbeiter 130 141 (+ 24 755), Hutmacher 5517 (+ 985), Konditoren 3071 (+ 656), Kürschner 1820 (— 59, Kupferschmiede 3851 (+ 480), Lagerhalter 1452 (+ 106), Lederarbeiter 6772 (+ 994), Lithographen 13 094 (+ 2182), Maler 30 119 (+ 7468), Maschinisten 11 383 (+ 2733), Maurer 158 680 (+ 28 551), Metallarbeiter 259 692 (+ 60 728), Müller 4208 (+ 497), Notenstecher 453 (+ 121), Portefeuiller 3579 (+ 1072), Porzellanarbeiter 11 149 (+ 2557), Sattler 6010 (+ 1370), Schiffszimmerer 2973 (+505), Schirmmacher 395 (—), Schmiede 17 191 (+ 3385), Schneider 31 286 (+ 7034), Schuhmacher 28 546 (+ 4991), Seeleute 3381 (+ 170), Steinarbeiter 15 090 (+ 4918), Steinsetzer 7364 (+ 939), Stukkateure 7283 (+ 1631), Tabakarbeiter 25 907 (+ 4644), Tapezierer 6755 (+ 1135), Textilarbeiter 77 808 (+ 26 550), Töpfer 11 013 (+ 660), Vergolder 1846 (+ 103), Wäschearbeiter 6300 (+ 5325), Zigarrensortierer 1839 (+ 317), Zimmerer 43 253 (+ 6210), Zivilmusiker 756 (+ 27). Mit Ausnahme der Kürschner hatten also alle Gewerkschaften eine Mitgliederzunahme, die bei einigen Verbänden recht erheblich war. Besonders erfreulich ist auch die Zunahme an w e i b l i c h e n Mitgliedern. Deren Zahl stieg im letzten Jahre von 53 525 auf 89 431, also um 35 906 oder 67 %. Namentlich sind daran die Metallarbeiter, Textilarbeiter, Tabakarbeiter, Wäschearbeiter, Buchdruckereihilfsarbeiter, Schneider, Fabrikarbeiter, Konditoren, Buchbinder und Holzarbeiter beteiligt.

In der F i n a n z g e b a r u n g sind die gleichen Fortschritte zu verzeichnen, wie im Mitgliederstand. Während im Jahre 1904 die Einnahmen in 63 Verbänden 20 190 630 M. betrugen, beliefen sie sich im Jahre 1905 in 64 Verbänden auf 27 812 257 M. Im Jahre 1891 hatten die 49 Verbände, welche Bericht erstatteten, nur eine Gesamteinnahme von 1 116 588 M. Bis zum Jahre 1900 war die Einnahme in 58 berichterstattenden Verbänden auf 9 454 075 M. gestiegen. In den Jahren 1891 bis einschliesslich 1905 vereinnahmten die Verbände 126 710 621 M. Die Jahres a u s g a b e n stellten sich in den 64 der *Generalkommission* angeschlossenen Verbänden auf 25 024 234 M. Im Jahre 1891 hatten 17 Verbände eine Ausgabe von 1 606 534 M., im Jahre 1900 58 Verbände eine solche von 8 088 021 M. In den Jahren von 1891 bis 1905 einschliesslich verausgabten die Verbände 111 197 616 M. Die Ausgaben der Ge-

werkschaften verteilten sich im Jahre 1905 wie folgt: Verbandsorgan 1 415 397 M., Agitation 1 305 132 M., Streiks 9 674 094 M., Rechtsschutz 311 239 M., Gemassregeltenunterstützung 486 765 M., Reiseunterstützung 712 820 M., Arbeitslosenunterstützung 1 991 924 M., Krankenunterstützung 1 920 639 M., Invalidenunterstützung 273 960 M., Sterbeunterstützung 328 676 M., Notfallunterstützung 296 128 M., Umzugsunterstützung 175 551 M., Stellenvermittelung 12 996 M., Bibliotheken 37 256 M., sonstige Zwecke 1 037 745 M., Konferenzen 312 798 M., *Generalkommission* 182 449 M., Beitrag an Kartelle und Arbeitersekretariate 224 984 M., Prozesskosten 8920 M., Gehälter 466 856 M., Verwaltungsmaterial 542 064 M. Bemerkenswert ist vor allem die enorme Ausgabe für Streikzwecke, 9 674 094 M. gegen 5 869 519 M. im Jahre 1904, für sonstige Unterstützungen wurden 7 913 099 M. verausgabt gegen 7 338 763 M. im Vorjahre. Der Kassenbestand stieg von 16 109 903 M. auf 19 635 850 M.

Eingerechnet die 117 097 Mitglieder der Hirsch-Dunckerschen, 191 690 der christlichen, 76 926 der unabhängigen christlichen, 67 675 der unabhängigen und 27 736 der lokalen Vereine waren in Deutschland Ende 1905 2 010 527 Arbeiter gewerkschaftlich organisiert; die Zahl dürfte sich mittlerweile um mehrere Hunderttausend erhöht haben. Die deutschen Gewerkschaftsorganisationen verfügten insgesamt über ein Vermögen von 24 656 133 M.

×

Buchbindergewerbe Die Grossunternehmer im Buchbindergewerbe haben die diesjährige Maifeier zum Anlass eines schweren Kampfes gegen den Buchbinderverband genommen. Der zwischen dem Verband und der Unternehmerorganisation für die Städte Berlin, Leipzig und Stuttgart abgeschlossene Tarif lief im August dieses Jahres ab. Die Unternehmer waren willens, den Vertrag weiter mit der Arbeiterorganisation abzuschliessen, aber ohne irgend welche Verbesserungen in den Lohn- und Arbeitsbedingungen der Arbeiter eintreten zu lassen. Beim Abschluss des Vertrages im Hochsommer oder Herbst hätten die Unternehmer infolge der günstigen Konjunktur den organisierten Gehilfen wohl mehr Entgegenkommen zeigen müssen; deshalb provozierten sie Anfang Mai, in der flauen Zeit, den Kampf, um die Aktionskraft der Organisation für den Herbst lahmzulegen und sie zur Annahme eines für die Arbeiter faulen Vertrages zu nötigen. So wurden in Berlin zirka 1000 Arbeiter wegen Kontraktbruchs, das heisst Feiern des 1. Mai, ausgesperrt. Die Unternehmer stellten daraufhin an die Arbeiter in Leipzig und Stuttgart das Ansinnen, Streikarbeit zu verrichten, und als sie sich dessen weigerten, vollzogen sie auch dort die Aussperrung von 2100 respektive 620 Buchbindereiarbeitern. Wie aus den Publikationen der Unternehmerorganisation hervorging, hatten es die Unternehmer auf die gänzliche Vernichtung des Buchbinderverbandes abgesehen. Dazu haben sie es ja nun nicht gebracht, denn der Buchbinderverband hat in 13wöchigem Kampfe seinen Mann gestellt. Die Unternehmer haben aber immerhin den Abschluss eines ihnen genehmen Tarifvertrages auf 5 Jahre erreicht, der den Arbeitern lediglich eine zweimalige Lohnaufbesserung von je 2 Pf. für die ganze Vertragszeit gewährt.

×

Kurze Chronik Der Vorstand des Handschuhmacherverbandes erklärt sich in aller Form gegen eine Verschmelzung aller Verbände der in der Lederindustrie beschäftigten Arbeiter; der Handschuhmacherverband entspreche allen Anforderungen einer modernen Gewerkschaftsorganisation, und er sei zu jeder Zeit und in jeder Beziehung in der Lage, den wirtschaftlichen Kampf selbständig zu führen. × Der Verband der elsass-lothringischen Buchdrucker hat auf seiner Delegiertenversammlung am 8. Juli beschlossen, sich dem deutschen Buchdruckerverbande anzuschliessen. Damit wird eine einheitliche Organisation der Buchdrucker für das ganze Reich geschaffen. × Der Photographengehilfenverband, welcher vom 22. bis 24. Juli in Hannover tagte, beschloss mit 48 gegen 6 Stimmen bei 7 Stimmenthaltungen, sich der *Generalkommission* anzuschliessen. × In Berlin hat sich eine neue Metallarbeiterorganisation gebildet, deren Spitze gegen den Metallarbeiterverband gerichtet ist. Eine Bedeutung dürfte dieses neueste Organisatiönchen, das unter der Leitung Wiesenthals steht, kaum erlangen.

×

Literatur Die kraftvolle Steigerung der gewerkschaftlichen Bewegung in Deutschland hat auch eine grosse Machtentfaltung der

Unternehmerorganisationen zur Folge gehabt. An einer übersichtlichen Darstellung hat es bisher durchaus gefehlt. Diesem besonders für die tätigen Gewerkschafter fühlbaren Mangel hat Dr. August Müller in seiner Broschüre *Gewerkschaften und Unternehmerverbände* /Magdeburg, Grosskopf/ recht glücklich abzuhelfen gewusst. Müller, der den Lesern dieser Zeitschrift hinlänglich bekannt ist, gibt uns hier ein gedrängtes Bild des Wesens und der Entwickelung der deutschen Unternehmerbewegung und zeigt uns ihre Bedeutung aus dem Gesichtswinkel des modernen Gewerkschafters heraus. Die Schrift dürfte das Interesse der gesamten organisierten Arbeiterschaft finden.

Von den zahlreichen gewerkschaftlichen Publikationen der letzten Monate sind, weil von allgemeinem Interesse, hervorzuheben: *Lohntarife und Tarifverträge im Schneidergewerbe,* herausgegeben vom Schneiderverband, eine Agitationsschrift des Gärtnervereins *Ausgelernt! Ein Wegweiser für junge Gärtnergehilfen,* zwei Publikationen des Gemeindearbeiterverbandes *Die Lage des Personals der Kranken- und Irrenhäuser vor dem deutschen Reichstage* und *Die Koalitionsrechtsfrage in den Berliner Kranken- und Irrenhäusern,* eine des Textilarbeiterverbandes *Die Lage der Arbeiter der Berliner Teppichbranche im Jahre 1905* und drei des Holzarbeiterverbandes *Die Lage und Organisation der Klavierarbeiter, Zur Organisation der Modelltischler* und *Mit neuer Kraft! Ein Wort zur Beitragserhöhung.* ERNST DEINHARDT

Genossenschaftsbewegung

Unterstützungskasse In Verbindung mit dem Stettiner Genossenschaftstag fand am 18. Juni in Anwesenheit von 48 Delegierten die 1. ordentliche Generalversammlung der Unterstützungskasse des *Zentralverbandes deutscher Konsumvereine* statt. Die Leser der *Sozialistischen Monatshefte* kennen die Geschichte und die ungemein rasche Entwickelung dieses vielversprechenden Unternehmens. Nach dem Berichte des provisorischen Verwaltungsrats hatten sich der Kasse bis zum 1. April 1906 73 Vereine mit 1335 Mitgliedern angeschlossen; doch sind seitdem noch mehrere grössere Vereine beigetreten. Die Mitgliederbeiträge im ersten Vierteljahr beliefen sich auf 25 679 M. Die Verlagsanstalt des *Zentralverbandes,* die sämtliche Geschäfte der Kasse führt, bezog dafür bisher nur 1 % der Einnahmen, die jedoch zur Deckung ihrer Unkosten nicht ausreichen, so dass sie in Zukunft die bis jetzt der Kasse überwiesenen Provisionen für die Unfall- und Haftpflichtversicherung selbst einbehalten wird. Auch dann ist die Verwaltung der Kasse noch eine ausserordentlich billige. Die Entlastung der provisorischen Verwaltung erfolgte einstimmig. In den definitiven Verwaltungsrat wurden die Genossen Frässdorf-Dresden, Bobe-Pieschen und Walter-Löbtau als Vertreter der Vereine, Koch-Potschappel, Henker-Potschappel, Syrbe-Löbtau als Vertreter der Angestellten, und in den Vorstand Lorenz-Hamburg (Stellvertreter von Elm) für die erste und Kretschmar (Ed. Würfel) für die zweite Gruppe gewählt.

In der nachfolgenden Debatte, die sich hauptsächlich um Änderungen der Satzungen bewegte, erlangte keiner der Anträge die erforderliche Dreiviertelmehrheit. Doch werden einzelne Anregungen zu berücksichtigen sein. Besondere Beachtung verdient ein Vorschlag Allmanns, der ein Kartellverhältnis zwischen dieser und der Unterstützungskasse der Angestellten der modernen Arbeiterbewegung wünschte, weil Angestellte häufig aus der einen in die andere Bewegung übertreten.

Hoffentlich führt die wachsende Einsicht in ihre sozialen Pflichten als Arbeitgeber möglichst bald alle deutschen Konsumvereine der Kasse zu!

× ×

England: *Frauengenossenschaftsgilde* Der am 25. und 26. Juni in Ipswich abgehaltene Jahreskongress der englischen *Frauengenossenschaftsgilde* war von 500 Delegierten besucht. Wie die Vorsitzende des Kongresses, Frau Gasson, mitteilte, umfasst die Gilde heute 425 Lokalorganisationen mit 22 077 Mitgliedern, die bereits einen ausserordentlich bedeutungsvollen Faktor im englischen Genossenschaftsleben darstellen. Eine Hauptaufgabe sieht die Gilde bekanntlich in der Gewinnung der ärmsten Bevölkerungsschichten für die Bewegung. Sie strebt zu diesem Zweck eine Herabsetzung der Preise und Aufhebung der Eintrittsgelder an und sucht, den Interessen der in Frage kommenden Schichten durch Errichtung besonderer *Armenläden* entgegenzukommen, von denen der im berüchtigsten *Slum* von Sunderland gegründete, später leider wieder aufgehobene, die grösste Berühmtheit erlangt

hat. Es wurden dort nicht nur Kolonialwaren und rohes Fleisch, sondern auch fertige Gerichte in kleinsten Portionen verkauft; Unterrichtskurse, Unterhaltungsabende für Männer, Frauen und Kinder und sonstige praktische Einrichtungen machen den *Armenladen* zu einer wahren Heim- und Erholungsstätte für seine bedauernswerten Umwohner. Ähnliche Läden bestehen mit gutem Erfolge in Bristol, Hull, York u. s. w. Der Kongress sprach sich für einen intensiven weiteren Ausbau dieser *Volksläden*, wie sie in Zukunft heissen sollen, aus. Er nahm ferner gegen das in England wieder mehr überhandnehmende Borgunwesen in den Konsumvereinen Stellung. Auf Antrag der Generalsekretärin Davies wurde sodann den Lokalvereinen empfohlen, die Frage der Errichtung von Kinderapotheken und ärztlichen Hilfsstationen auf den Vereinsabenden zu diskutieren. Ein Antrag, der auf die Tagesordnung des nächsten Kongresses die Frage *Genossenschaften und Arbeiterpartei* setzen wollte, wurde mit 242 gegen 122 Stimmen abgelehnt.

× ×

Kurze Chronik Der Umsatz der *G. E. G.* im I. Halbjahr 1906 betrug 19 205 440 M. gegen 16 000 386 M. im gleichen Zeitraum des Vorjahres, was einer Steigerung von 20 % entspricht. × In Karlsruhe erfolgte die Verhaftung des früheren Geschäftsführers des dortigen Konsumvereins, Wilhelm Stösser. Die Untersuchung erstreckt sich auf die Frage des betrügerischen Bankrotts. × Der *Reichsverband der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften* hat ein Preisausschreiben erlassen: »Durch welche Mittel lässt sich der genossenschaftliche Bezug von landwirtschaftlichen Bedarfsartikeln seitens der Einzelgenossenschaften, insbesondere durch Vermittelung der Zentralein- und -verkaufsgenossenschaften steigern?« Die ausgesetzten Preise betragen 400, 300 und 200 M.

× ×

Literatur Im Verlage des *Genossenschaftspioniers* in Berlin ist als 2. Heft der *Genossenschaftlichen Agitationsbibliothek* eine kleine Schrift Max Hoppes, des Berliner Vertreters der *G. E. G.*, erschienen, die den Titel *Der Kampf gegen die Lebensmittelverfälschung* führt. Hoppe gibt zunächst eine Darstellung der in Frage kommenden Gesetzesvorschriften und führt uns dann die verschiedenen, zum Teil für den Laien gar nicht erkennbaren Fälschungen in der Lebensmittelindustrie vor. Nur der Beitritt zu den Konsumvereinen, die an sich kein Interesse an dem Verkauf minderwertiger Produkte haben, und die in ihren grösseren Betrieben sich heute schon durch Anstellung von Chemikern vor Täuschungen durch Privatlieferanten zu sichern suchen, gewährt dem Konsumenten den notwendigen Schutz vor diesen Schädigungen seiner Gesundheit und seines Geldbeutels. GERTRUD DAVID

Sozialpädagogische Bewegung

Freies Kunstheim Die abschliessende Generalversammlung der Berliner *Freien Volksbühne* fand am 4. Juli statt. Aus dem Geschäfts- und Kassenbericht geht, bei einer Einnahme von 103 100 und einer Ausgabe von 97 613 M., hervor, dass der Verein, der nunmehr 11 000 Mitglieder zählt, sich jederzeit vergrössern könnte, wenn er nur Raum und Zeit für die entsprechende Anzahl von Vorstellungen fände. An Zufluss von neuen Mitgliedern würde es nicht fehlen, das erwies der Andrang bei Eröffnung der neuen Abteilung zu Beginn des abgelaufenen Geschäftsjahres. Aber, »wie die Verhältnisse liegen«, ist der Unterschlupf in den Berliner Theatern schon seither schwierig und einigermassen unsicher gewesen. Unter Beibehaltung dieser Praxis ist an eine Vergrösserung nicht zu denken. Der Vorstand hat deshalb einen kühnen, für die Volksbühnenbewegung, ja für die ganze Volksbildungsfrage äusserst bedeutsamen Gedanken, die Frage der Errichtung oder Erwerbung eines eigenen Theaterbaues, in die Debatte der Generalversammlung geworfen. Den Anwesenden wurde ein von Vorstand, Ausschuss und Ordnerkommission unterzeichnetes Flugblatt vorgelegt, das zur Gründung einer Gesellschaft auffordert, die in Beiträgen von 20 M. das Geld zum Erwerb oder Bau eines eigenen Theaters für die *Freie Volksbühne* aufbringen soll. Auf Antrag des Geschäftsführers Winkler beschloss die Versammlung einstimmig die Massenverteilung des Flugblattes unter der Berliner Arbeiterschaft. In diesem Flugblatt sind mehrere Fragen formuliert, von ihrer Beantwortung und von der Masse der Neumeldungen wird man bei weiteren Schritten sich leiten lassen. Man war also gewiss nicht unbedacht oder voreilig, und es wurde kein

Beschluss von allergeringster praktischer Tragweite gefasst.

Wie man sich nun theoretisch und prinzipiell zu dem neuen Gedanken eines *Freien Kunstheims* stellt, das hängt einfach davon ab, wie man sich zu den Volksbühnen überhaupt stellt. Schätzt man deren Wirksamkeit vom Standpunkte der Arbeiterbewegung und des Sozialismus als eine nützliche ein, so muss man von der Berliner *Freien Volksbühne* direkt verlangen, dass sie nach der Möglichkeit strebe, nicht nur die sich Meldenden aufzunehmen, anstatt, wie seither, sie abzuweisen, sondern auch wieder werbend an die Massen heranzutreten. Die erzieherische und politisch nützliche Wirkung der Volksbühnen dürfte aber heute niemand mehr leugnen können, denn es ist entschieden nicht anzunehmen, dass ohne das Dasein dieser Vereine die Kreise, aus denen sie sich rekrutieren, ein gleiches Interesse für die Kunst hervorbrächten und betätigten, und es ist längst klar, dass beim Fortfall solcher Betätigung die menschliche respektive parteigenössische Qualität der betreffenden Individuen leiden müsste.

Ist nun das *Freie Kunstheim* nicht allein eine Notwendigkeit, sondern auch eine Möglichkeit? Ist der neue Gedanke ausführbar, oder wird er zum Schaden der pädagogischen — und indirekt der politischen — Arbeiterbewegung ein kühnes Projekt bleiben müssen? Muss er etwa wirklich schon deshalb scheitern, weil eine *Freie Volksbühne*, wie Genosse Mehring in der *Neuen Zeit* einwendet, ihren Gagenetat über den der bürgerlichen Bühnen hinaufschrauben muss und sich nicht auf die Hungerlöhne des technischen Personals und das ›Minus an Schauspielerinnenhonoraren‹ einlassen darf, oder weil sich bei wachsender Mitgliederzahl immer mehr die Schwierigkeit befestigt, die im Verborgenen blühenden dramatischen Veilchen zu pflücken? Wir dürfen und wollen zu den Fragen der Praxis uns erst stellen, wenn wir etwas über die geschäftlichen Einzelheiten und über die Höhe der klingenden Zustimmung wissen. Bis dahin bescheiden wir uns mit einer prinzipiellen Billigung des Gedankens. Nur so viel sei gesagt: Bei ausreichender Beteiligung und tüchtiger Leitung ist es nicht einzusehen, warum die Berliner Arbeiterschaft nicht ein Theater in völlig würdiger Weise besitzen und betreiben könnte. Besitzt die deutsche Arbeiterschaft doch zahlreiche Zeitungen und Zeitschriften! Wem fällt es aber ein, deren Fortexistenz abzuweisen wegen der in der allgemeinen kapitalistischen Geschäftspraxis üblichen Löhne des technischen Personals und des allerdings selteneren Minus an Schriftstellerhonoraren? Ebensowenig wird man dem *Vorwärts* sein Unterhaltungsblatt streitig machen wollen, weil ein Leserkreis von 100 000 Arbeitern heute noch nicht ein solcher ist, einer Redaktion die Entdeckung und Ermunterung junger Talente zu erleichtern.

× ×

Berlin: *Arbeiterbildungsschule* Dem Bericht über das 15. Geschäftsjahr, welches am 31. März zu Ende ging, ist zu entnehmen, dass die Mitgliederzahl gegen die des Vorjahres erheblich gestiegen ist. Das grösste Interesse wendete sich den Kursen der Geschichte, Redeübung, Nationalökonomie und Naturerkenntnis zu, weniger waren die Kurse der Gesetzeskunde und der neugeschaffene der Gewerkschaftsgeschichte belegt und besucht, und am schwächsten waren es die Fortschrittskurse der Redeübung und der Nationalökonomie. Es liessen sich 1282 Personen (im Vorjahre 1001) als Mitglieder einschreiben, darunter 93 weibliche, und ausserdem nahmen 47 Lehrlinge und jugendliche Arbeiter an den Kursen teil. In den 3 Quartalen wurden 18 Kurse gehalten, die 1833mal belegt waren; die durchschnittlichen Besuchszahlen ergeben die Summe von 1311, also 71,52% der Belegungen. Über die Altersstufe der Mitglieder wurde festgestellt: 834 waren zwischen 20 und 30; 176 zwischen 30 und 40; 115 bis zu 20; 26 zwischen 40 und 50; und 5 über 50 Jahre alt. 556 Mitglieder waren sowohl politisch, wie gewerkschaftlich organisiert; 472 nur gewerkschaftlich; 29 nur politisch; die übrigen 215 hatten keine Angaben gemacht. Ausser den genannten Kursen wurden 12 Sonntagsversammlungen mit bildenden und künstlerischen Vorträgen veranstaltet, sie waren von 4900 Personen besucht. Dazu kam ein von 950 Personen besuchter *Revolutionärer Dichterabend* und das Stiftungsfest, zu dem sich 1400 Personen einfanden.

Die Zahlen erweisen eine rege und befruchtende Tätigkeit, die umsomehr zu bemerken ist, als sie unter nicht leichten Verhältnissen vor sich ging. Die Hauptschwierigkeit lag in der Lokalfrage, weil das Gewerkschaftshaus die geeigneten Räume nicht bietet, und die städtische Schuldeputation die zum Unterricht passenden Räume der *Arbeiter-*

bildungsschule vorenthält. Der Bericht spricht deshalb die Hoffnung aus, dass mit Hilfe der die Schule fördernden Kreise ein eigener und geeigneter Raum gefunden werde. Dann wird das allseitige Interesse an der Schule sich noch steigern. Diesen Wünschen und Hoffnungen muss sich unseres Erachtens jeder Freund der Arbeitersache anschliessen. Weniger ins Gewicht, als der Lokalmangel, fällt das Kassendefizit von 791,96 M., es wurde aus dem vorhandenen Fonds von 2701,14 M. gedeckt.

× ×

Körperkultur Für die regenerierende Wirkung einer vernünftigen Leibeszucht Interesse zu erwecken und sie möglichst weiten Kreisen des Volkes zugänglich zu machen, ist die Aufgabe, die der *Verein für Körperkultur* sich gestellt hat. Durch Gymnastik, Belehrung, Kunstpflege etc. erstrebt er die »bewusst erzieherische, den Umständen angepasste Ausbildung zu Körperkraft und Formenschönheit, zur Gesundheit von Leib und Seele«. Ein Sportluftbad grossen Stils ist bei der Station Eichkamp eröffnet. Die Geschäftsstelle ist bei C. G. Jahn, Goethe St. 86, Berlin-Charlottenburg. Darüber, dass dieser Verein für einen an sich vortrefflichen Gedanken eintritt, dürfte kaum ein Zweifel laut werden, aber es muss doch hervorgehoben werden, dass heute infolge der wirtschaftlichen Struktur der Gesellschaft solche Bestrebungen von nützlicher Tendenz für die grosse Masse des Volkes gar selten eine direkte Bedeutung haben. Versuche und Teilerfolge sind trotzdem nicht allein aus rein menschlichen Gründen erfreulich, sondern auch zur Kontinuität der wissenschaftlichen und praktischen Entwickelung notwendig. Unter diesem Gesichtspunkte haben sie sozialen und nationalen Wert.

In einer sehr lesenswerten Studie *Erziehung zur Schönheit* /Berlin, Bard/ hat Margarete N. Zepler die Erfahrungen und Eindrücke niedergelegt, die sie zur Leibeserziehung der Mädchen in England gesammelt hat. Aus der kleinen Schrift, die mit zum Teil recht geschickten Abbildungen versehen ist, ist viel zu lernen, gute allgemeine Erziehungsregeln und manches wertvolle Detail. Das schwedische System und der kalisthenische Unterricht, über den es noch keine grosse Literatur gibt, werden durchgesprochen. Die Verfasserin selbst verfehlt nicht, gelegentlich zu bedauern, dass die Bestrebungen nach körperlicher Vervollkommnung und Gesundung »wohl noch für lange Zeit nur den Begüterten zugänglich bleiben werden«.

× ×

Religionsunterricht Die Bremer Lehrerschaft ist im September vorigen Jahres mit einer Denkschrift an die Schulbehörde herangetreten, in welcher diese gebeten wurde, zu verfügen, »dass der Religionsunterricht in den öffentlichen Schulen abgeschafft werde«. Die Lehrer haben dafür viel Beifall in der gesamten Presse der Linken und bei den zu ihr stehenden Kreisen gefunden. Aus diesem Beifall darf man aber keine eiligen Schlüsse auf eine allzugefährliche Religionslosigkeit des deutschen Volkes ziehen. Zwar, die Bremer Lehrer selbst erweisen sich in der Begründung ihrer Forderung als klar denkende und klar Gedachtes mutig aussprechende Männer. »Ohne einen bestimmten, ins Gebiet des Übersinnlichen hinübergreifenden (metaphysischen) Vorstellungskreis«, heisst es geradeheraus, »ist keine Religion denkbar.« Jede Religionsgemeinschaft führe ihre Weltanschauung auf übernatürliche Eingebung zurück und halte sie für alle Menschen verbindlich. Solchen Anschauungen stimmten nun aber weite Kreise der Bevölkerung und auch die überwiegende Mehrzahl der bremischen Lehrerschaft nicht mehr zu; vielmehr hege der moderne denkende Mensch die Überzeugung, dass das lenkende Prinzip der Welt ein ihr immanentes und den Naturgesetzen unterworfenes ist, und dass das Kausalgesetz nicht die Annahme einer zweiten, unserer sinnlichen Wahrnehmung entrückten Welt rechtfertigt, »die willkürlich und besonders im Zusammenhang mit unserem sittlichen Verhalten, sozusagen von aussen her, in das Getriebe der sinnlich wahrnehmbaren Welt eingreifen soll«.

Wie nun aber der Beifall gemeint war, das dürfte ungefähr aus 80 Gutachten hervorgehen, welche die, aus den »verschiedensten Berufskreisen« zusammengesetzte *Vereinigung für Schulreform in Bremen* unter dem Titel *Religionsunterricht?* /Leipzig, Voigtländer/ veröffentlichte. Diese Antworten auf ein Rundschreiben, in welchem Religion schon im Gegensatz zu der Denkschrift als ein »letztes Atmen und Verklingen an der Grenze [!] der Realitäten« begriffen wird, sind in ihrer Gesamtheit ein interessantes Dokument der Schwärmerei, die sich *geistige Freiheit* nennt. Von den »Vertretern

einer praktischen, realen, nur auf das Diesseits gerichteten Weltanschauung«, die laut Vorwort neben solchen Persönlichkeiten befragt wurden, »denen Religion innerlichster, persönlichster Herzenskultus ist«, bemerkt man kaum etwas. Umso breiter tritt das Motiv *Fort mit dem Religionsunterricht aus Religion!* hervor. Die Schrift ist in der Hauptsache ein Aufmarsch der Mystik gegen das Kirchenregiment: man meint, ohne den zwangsweisen, monopolistischen Ausschank die Religion dem Volke doch noch besser erhalten zu können. Das ist, nebenbei bemerkt, im Zeitalter der fortschreitenden Technik und der Naturwissenschaften ein Irrtum Die Orthodoxen sind hierfür sachverständiger.
Die Forderung der Bremer Lehrerschaft ist von der Schuldeputation bereits erledigt worden. Man gab eine ausweichende Antwort, nach der alles beim alten bleibt. Das ist manchem vielleicht eine kleinere Enttäuschung gewesen, als die 80 Gutachten. Diese sind aber keine Enttäuschung für uns. Die Bremer Lehrerschaft ist eine weisse Rabenschaft, die der von der Wirtschaftsordnung erlaubten geistigen Entwickelung weit voraus flog.

× ×

Kurze Chronik Der 11. Jahresbericht der *Ersten öffentlichen Lesehalle* in Berlin, begründet von der *Deutschen Gesellschaft für ethische Kultur,* konstatiert 95 768 Besucher (im Vorjahre 95 127) auf 359 Lesetage, von denen 14 376 auf die Sonntage entfielen. Der Tagesdurchschnitt ist 267, der der Sonntage 293. Die Berliner *Öffentliche Bibliothek und Lesehalle* hat ihr 6. Betriebsjahr vollendet. Es wurden 67 456 nach Hause, im ganzen 82 866 Bände verliehen. Der durch alle Stadtteile bis in die Vororte sich ausdehnende Leserkreis enthielt 52% gewerbliche Arbeiter. Die Gesamtzahl der Besucher der Bibliothek und Lesehalle betrug 136 573 gegen 132 708 im Vorjahre. × Der 9. deutsche Fortbildungsschultag wird im September in München zusammentreten. Zur Verhandlung steht unter anderm die ländliche Fortbildungsschule.

× ×

Literatur *Das deutsche Bildungswesen in seiner geschichtlichen Entwickelung* von Friedrich Paulsen /Leipzig, Teubner/ ist eine in ihren historischen Bestandteilen und in ihren Urteilsäusserungen meistens sehr interessante Studie, sie behandelt die Geschichte der deutschen Schule in allen ihren Graden seit dem frühen Mittelalter. Die Schrift umfasst 190 Seiten, die Ausführlichkeit wächst mit der Annäherung an die Gegenwart. Das Volksschulideal Paulsens ist mit den allgemeinen Bestimmungen Falks vom Jahre 1872 befriedigt: »Man wird sagen dürfen, eine Schule, die diese Ziele erreicht, ist eine wirkliche Volksbildungsanstalt«, ruft er aus. Aber »es sind Widerstände vorhanden; auch im liberalen Bürgertum ist der Enthusiasmus für Volksbildung nicht mehr so gross, . . . von den Kreisen des ostelbischen Grossgrundbesitzes und der römischen Grosskirche nicht zu reden«. »Die Frage, ob die Massen nicht leichter zu beherrschen seien, solange sie ungebildet sind, bewegt seit dem Aufkommen der Sozialdemokratie auch wohl solche Kreise, in denen früher auch schon die Fragestellung mit Entrüstung zurückgewiesen worden wäre.« Dennoch glaubt Paulsen, »dass die Aufwärtsbewegung dauern wird«, und er ist auch der Ansicht, der »äusseren Säkularisierung« entspräche eine »innere Laisierung« des Bildungswesens: »Die Lehrer haben, von der Universität bis zur Volksschule, aufgehört, Kirchendiener oder Kirchenverwandte zu sein.« Was gerade momentan einigermassen *cum grano salis* zu nehmen ist. Weitere Grundzüge neben der fortschreitenden Verweltlichung der Schule seien die unablässig fortschreitende Ausbreitung der Schulbidung über immer weitere Bevölkerungskreise und die allgemeine Tendenz, »die im Sinne der inneren Angleichung der getrennten Bildungssphären wirkt«. Von *oben* gehe ein realistischer Zug durch das ganze Erziehungswesen der Gegenwart, der von der alten rein ästhetisch-literarischen Bildung hinweg »der Wirklichkeit, der Arbeit, dem Handeln zuführt«; das Streben, Volk und Kunst wieder zusammenzuführen, dem die Kunst selbst entgegenkommt, wirke in der Richtung dieser Ausgleichung der Bildungsunterschiede; und von *unten* komme dieser Bewegung ein lebhaftes Aufstreben entgegen, der nie dagewesene Bildungshunger der Massen. »Man mag der mächtigen Arbeiterbewegung, die beherrschend durch unsere Zeit geht, manchen Vorwurf machen, . . .: trotz alledem bedeutet sie eine grosse Aufwärtsbewegung; die Massen sind aus dem trägen Dahinleben zwischen stumpfsinnig ertragener Arbeits-

last und bloss sinnlichem Geniessen erwacht...; Natur und Geschichte sprechen zu Menschen, die eine Frage an die Zukunft haben... Ob die Sache an sich gut und möglich ist, diese sittlichen Kräfte behalten ihren Wert und werden nicht verloren sein.« Es fällt uns nicht ein, uns bei dieser sehr reservierten, partiellen Würdigung der Arbeiterbewegung erfreut und geehrt zu fühlen. Aber wir glaubten, sie und den ganzen Zusammenhang hier vermerken zu sollen als einen in sich wertvollen Pfadweiser des historischen Gedankens, dem auch ein sozialistischer Theoretiker für eine Strecke Weges folgen kann. × Der Vortrag A. Forels *Alkohol, Vererbung und Sexualleben* ist im Verlag des *Deutschen Arbeiterabstinentenbundes* in Berlin erschienen. Eine kurze, etwas hastig formulierte, aber inhaltlich höchst beachtenswerte Veröffentlichung, die von der Vergiftung der Keime durch den Alkohol und der Beeinflussung des Geschlechtslebens der Individuen auf die verderblichen Folgen für die Völker übergeht und diese in der Verminderung der Geburtenzahl, den geringeren Leistungen und der Entartung der Rasse feststellt. Die kapitalistische Ausbeutung der Arbeit mit ihrem Interesse an der alkoholischen Vergiftung des Volkes müsse man durch das genossenschaftliche System ersetzen, wollen die Völker ihrem Untergang entgehen. × Der Verein *Volkswohl* in Dresden hat unter dem Titel *Volkswohlfahrt und Volksgeselligkeit nach den Erfahrungen des Dresdner Vereins Volkswohl* /Dresden, Böhmert/ eine Schrift von 127 Seiten herausgegeben, welche gewissermassen die Antwort auf zahlreiche Bitten um Auskunfterteilung, die bei ihm eingingen, darstellt. Es ist hier in der Tat für kleinere Vereine mancherlei zu lernen, denn der Verein hat seit 1886 insbesondere für die Volksgeselligkeit und -unterhaltung vielerlei zu Wege gebracht. Er hat sich eigene Räume in 7 *Volksheimen*, einem Lehrlings-, einem Mädchenheim und in dem sogenannten *Heidepark* geschaffen und nicht nur die Geselligkeit der Erwachsenen, sondern auch die Kinder und Heranwachsenden in praktischer Weise organisiert. Freilich, er erfreut sich der Unterstützung der Behörden, und »fern von jeder politischen und kirchlichen Parteibestrebung«, hält er die Pfleglinge des Lehrlingsheims dazu an, »die Kirche regelmässig zu besuchen [1]«.

FRANZ LINDHEIMER

Frauenbewegung

Wahlrecht In Tasmanien sind die Frauen bei Gelegenheit der jüngsten Wahlen zum erstenmal an die Urne gegangen. Die Zahl der weiblichen Wähler soll die der männlichen weit überstiegen haben, und von 35 Kandidaten wurden 30 aus ihrer Partei gewählt. Der Hauptprogrammpunkt, um den sie sich scharten, war die Einschränkung der Lizenzen zum Betrieb des Schankgewerbes. In Oregon sind die Frauen — trotz entgegengesetzter Meldungen — noch einmal unterlegen. In England haben stürmische Demonstrationen zu gunsten des Frauenstimmrechts stattgefunden. In Holland und Schweden, wo die Sozialdemokratie, und zwar aus mehrfach erwähnten taktischen Gründen, sich passiv verhält, hat die Bewegung zur Erringung des Frauenstimmrechtes keineswegs einen Stillstand erreicht. Bemerkenswert ist, dass dort einflussreiche sozialdemokratische Führer sich nicht nur aus taktischen, sondern auch aus allgemeinen Gründen einstweilen gegen dessen Einführung erklären. Sie weisen auf die Unreife der Frau hin. Indes, auch das Männerstimmrecht wird nicht nur von geistig und sittlich gereiften Persönlichkeiten ausgeübt. In Italien wird gegenwärtig die Gründung eines Frauenstimmrechtsverbandes betrieben. In Finnland soll sich nunmehr ein Stimmrecht bewähren, das die sozialdemokratischen Frauen unter der Devise *Einkammersystem und für jeden 21-jährigen Menschen aktives und passives Wahlrecht!* erringen halfen.

× ×

Dienstbotenbewegung Die Organisierung der Dienstboten macht schöne Fortschritte. Der Nürnberger Verein zählt bereits 330 Mitglieder. Auch im benachbarten Fürth wurde ein Verein gegründet, dem sich sofort 50 Mädchen anschlossen, und dem einstweilen die Einrichtungen der Nürnberger Vereinigung, wie zum Beispiel der kostenlose Stellennachweis, zur Verfügung steht. Dieser Nachweis wurde im April und Mai von 214 Herrschaften in Anspruch genommen und vermittelte 120 Stellen mit Jahreslöhnen von 150 bis 240 M. Ein Versuch, die in Breslau und Berlin bestehenden Dienstbotenvereine anzuschliessen, schlug darum fehl, weil jene Vereine Herrschaften als Mitglieder aufnehmen und jeweils von bürgerlichen Damen geleitet wurden: zwei

Dinge, die den Satzungen des Nürnberger Vereins und seiner Filialen München und Fürth zuwiderlaufen.

✕ ✕

Arbeiterinnen-verhältnisse Grelle Schlaglichter auf das Arbeiterinnenelend werfen die immer wieder und von allen Seiten her mitgeteilten Löhne der weiblichen Arbeiter. So erzählt die Wiener *Arbeiterinnenzeitung* von den Handschuhnäherinnen in Böhmen, dass sie für eine ausserordentlich komplizierte 14- bis 16stündige Arbeit einen Verdienst von 5 bis 6 K. wöchentlich erlangen können. Und von den hart geplagten Heimarbeiterinnen der Braunschweiger Konservenindustrie berichtet die *Gleichheit*, dass sie bei einer Arbeit, die für die übergrosse Mehrzahl früh um 5 Uhr beginnt und um 10 oder 11 Uhr nachts endet, 7 bis 18 M. wöchentlich verdienen können. Dabei müssen oft die Kinder mithelfen, und das *7 bis 18 M.* ist so zu verstehen, dass von 366 Befragten 101 nur 7 M., 129 deren 8, 99 bis 9 M. und 66 9 bis 18 M. verdienten. Von 402 waren im Lauf der letzten 3 Jahre 262 Arbeiterinnen krank, davon 134 an unzweifelhaften Berufskrankheiten (Spargelkrätze etc.).

✕ ✕

Mutterschutz Der Mailänder internationale Kongress für Armenpflege und Wohltätigkeit hat sich in Referaten und Diskussion auf den sehr vernünftigen Standpunkt gestellt, dass es weit besser und richtiger ist, den Menschen in jedem Sinne arbeits- und lebenstüchtig zu machen, als ihm auf den Krücken der Wohltätigkeit durchs Leben zu helfen. Auch die Vorschläge zur Mutterschaftsversicherung gingen nach dieser Richtung, indem sie eine obligatorische Versicherung der in Frage kommenden Frauenschichten verlangten.

Als Kuriosum zum Punkt *Wöchnerinnenschutz* verdient wiedergegeben zu werden, dass — nach dem Bericht der badischen Gewerbeinspektion — die Betriebskrankenkasse einer Papierfabrik seit Jahren den unehelichen Wöchnerinnen das Krankengeld vorenthalten hatte, um die Sittlichkeit zu heben.

✕ ✕

Kurze Chronik Am 21. und 22. Juni tagte in Leicester die 1. Jahreskonferenz der neugegründeten englischen Frauenliga, die die Frauen politisch erziehen will. ✕ Die Danziger Ortskrankenkasse hat die Wahl von 50 weiblichen Vertretern in die aus 169 Personen bestehende Generalversammlung zugestanden. ✕ Von den 323099 Mitgliedern der österreichischen Gewerkschaften im Jahre 1905 waren 28402 weiblich; das bedeutet gegen das Vorjahr einen Zuwachs von über 117 % (vergl. die Rubrik *Gewerkschaftsbewegung*, pag. 692).

✕ ✕

Literatur Die ausserordentlich fleissige und bemerkenswerte Arbeit der badischen Fabrikinspektorin Dr. Marie Baum *Drei Klassen von Lohnarbeiterinnen in Industrie und Handel der Stadt Karlsruhe* /Karlsruhe, Braun/ bestätigt das, was über die berufliche Durchschnittsarbeit der Frauen auch schon von anderen Seiten behauptet und belegt wurde, und ist gerade wegen dieser Übereinstimmung nur um so wertvoller. Danach qualifiziert sich in dem behandelten Bezirk Frauenarbeit in der Hauptsache als ungelernte, fluktuierende Arbeit. Sie ist aber selbst da, wo sie als gelernte Arbeit erscheint, in einer bedauerlich grossen Zahl von Fällen so schlecht gelohnt, dass sie auch die Erfüllung der bescheidensten Lebensansprüche nicht gewährleisten kann. Für die industrielle Arbeiterin gilt das fast durchweg, für die Konfektionsarbeiterin und Ladnerin zu einem grossen Teil. Schuld daran ist einmal die Konkurrenz der Haustöchter, die von den Chefs nicht nach Leistung, sondern nach der Abschätzung dessen, was sie zum Leben bedürfen, entlohnt werden. Verschlechternd auf die Allgemeinlage der arbeitenden Frauen wirkt auch der Mangel an gründlicher beruflicher Schulung und die zwar begreifliche, aber sehr verkehrte und unheilvolle Anschauung, die in der Erwerbsarbeit nur ein vorübergehendes Martyrium, einen Durchgangspunkt zur Ehe erblickt. Das sind die Erkenntnisse, die uns auch hier wieder entgegen kommen. Dr. Baum verhält sich im wesentlichen objektiv referierend, ihre einzige positive Forderung ist die einer Verkürzung der Arbeitszeit im Interesse besserer Fortbildung und auch der Haus- und Kinderpflege. ✕ Für Tausende von verheirateten Arbeiterinnen wäre die Einführung der Halbtagsschicht ein Segen. Der von Dr. Friedrich Schomerus (*Halbtagsschicht statt Ganztagsschicht für verheiratete Fabrikarbeiterinnen* /Leipzig, Dietrich/) vorgeschlagene Weg einer etwas erhöhten Halbierung des Lohnes bei halber Ar-

beitszeit ist aus mehreren Gründen wenig gangbar. Der Autor denkt sich die Sache als fakultative Einrichtung und spricht ihr damit das Todesurteil. Ausserdem berücksichtigt er auch bei der Lohnbemessung den Weg von und zu der Arbeitsstätte nicht genügend, sowie, dass eine kurzfristige Arbeitszeit von viel grösserer Intensität der Arbeitsleistung begleitet sein wird. HENRIETTE FÜRTH

WISSENSCHAFT

Philosophie

Ethik Aus der *Deutschen Bücherei,* herausgegeben vom Oberlehrer Dr. Reimann /Berlin, Neelmeyer/ sind uns zwei Bändchen *Zur Ethik und Politik,* gesammelte Vorträge und Aufsätze von Friedrich Paulsen, zugegangen. Im ersten Bändchen finden wir unter anderem einen interessanten Aufsatz über Goethes Ethik, einen über die Ethik Jesu. Letztere könne nicht mehr unsere Ethik sein, obwohl sie »das Höhere« darstelle; wir aber könnten eine »Interimsethik« nicht entbehren, die auch den Kampf einschliesse. Von anderen Aufsätzen ist der über den Nietzsche-Kultus bemerkenswert, in anderem Sinne auch der über Simultan- und Konfessionsschule. Unter Ablehnung des »Radikalismus«, welcher den Religionsunterricht, der von dem übrigen Unterricht nicht getrennt werden sollte, von der Schule ablösen und der Kirche zuweisen möchte, ist Paulsen doch gegen »staatlichen Zwang«; er hofft auf allmähliche Herausbildung eines Christentums, welches die Bibel natürlich ansieht und das Gewicht nicht auf Formeln legt. Wir haben hier das heute nicht seltene Beispiel, dass ein an sich frei denkender und feinsinniger Mann aus vermeinter Gerechtigkeit und aus Unkenntnis der eigentümlichen Triebkräfte des heutigen Lebens dazu gelangt, einer Reaktion, der er innerlich ganz fern steht, dennoch Hand- und Spanndienste zu leisten. Dies bestätigt sich auch in den Aufsätzen des zweiten Bändchens, welche mehr, als die des ersten, der Überschrift des Ganzen entsprechen. Denn hier wird unter anderem wirklich *Politik und Moral, Die Monarchie und die Parteien, Das Sinken des Parlamentarismus, Parteipolitik und Moral* behandelt. Gerade im erst- und letztgenannten Aufsatze zeigt sich ein eigentümlicher nicht zur Auflösung gelangter Widerspruch. Paulsen sieht, dass »die Moral [an anderer Stelle »die Privatmoral«] nicht im Kriege, nie auch ohne weiteres im Parteikriege gelten kann«. Aber er verfolgt nicht, worauf das beruhen mag. So will er wundersamerweise durch »den sittlichen Takt« bestimmen, wo »notwendige Kampfmittel zu schändlichen Praktiken werden«. Auf der einen Seite betont er scharf: »Es gibt nichts, was die Moral des öffentlichen Lebens mehr schädigt, als wenn die Staatsgewalt selbst . . . . . auf Lüge und Fälschung sich betreffen lässt«, und Bismarck, dessen äussere Politik gerühmt wird, wird zum Vorwurf gemacht, dass »er seine ungeheure Autorität rücksichtslos eingesetzt, um die Gesetzgebung in den Dienst des Kampfes gegen seine jedesmaligen Gegner zu stellen«. Aber doch gesteht er auf der anderen Seite der Parteiethik zu, dass sie etwas von der Kriegsethik in sich habe. Er versteht ganz gut, dass jede Partei ohne Unterschied danach trachte, herrschende Partei zu werden; aber doch soll der Parteikampf, wir wissen nicht, auf Grund wessen, »ethisiert und humanisiert« werden. An einer Stelle betont er den Gegensatz zweier Organisationsformen, der »spontan genossenschaftlichen« und der »herrschaftlichen«, aber er untersucht nicht, ob nicht wesentlich aus diesem Gegensatze die historischen Moralformen in ihrer mannigfachen Mischung zu erklären sein möchten, ob nicht die Humanisierung der Parteikämpfe, die man wünschen muss, nur in dem Masse zunehmen kann, in dem die spontan genossenschaftliche Lebensform überwaltet, ob sie dagegen nicht mit Naturnotwendigkeit in dem Masse inhumanisiert werden muss, als Herrschaftsformen das Übergewicht erhalten. Wie diese beiden und vielleicht noch andere Lebensbeziehungen im heutigen Staate in einander greifen, das eben wäre zu untersuchen. Für Paulsen aber ist der Staat als solcher »ein mit Vernunft und Willen ausgestattetes, daher nach Zwecken handelndes einheitliches Wesen«. Mit dieser Unterstellung der Einheitlichkeit, die doch eben sehr verschiedene Qualitäten in sich bergen kann, ist der Schacht zu wirklicher Untersuchung von vornherein verschüttet. Die anregende und gefällige Schreibweise, die im einzelnen oft sehr feine Darlegung und die wohltuende Gesinnung des angesehenen Berliner Philosophen kann doch die Unbefriedigung darüber nicht wegnehmen, dass die Hauptprobleme sich nicht enthüllen.

× ×

Kurze Chronik Der Streit über die Bedeutung der Religion in der Schule, der sich zwischen Natorp und den Bremer Lehrern entsponnen hatte (vergl. pag. 616-617), hat sein Ende nicht erreicht. Natorp hat jetzt in Form eines platonischen Gespräches *Jemand und ich* /Stuttgart, Frommann/ auf die Angriffe der Bremer Lehrer geantwortet, in dem er seine Position verteidigt. Auf die erkenntniskritischen Fragen, die dabei von ihm aufgeworfen werden, soll in einem besonderen Aufsatz eingegangen werden.

× ×

Literatur Von der Schrift Erich Adickes' *Kant kontra Haeckel* /Berlin, Reuther & Reichard/ ist die 2., erweiterte Auflage erschienen. Auch sie wird in dem eben erwähnten Aufsatze in Bezug auf die erkenntnisreichen Hauptpunkte besprochen werden.

Im Banter *Norddeutschen Volksblatt* ist eine Serie von 5 Artikeln über *Josef Dietzgen und Ernst Haeckel* erschienen, deren Grundtendenz ist: Haeckel will uns ein vollkommenes, vorstellbares Weltbild machen, was unmöglich ist. Ein solches muss immer Phantasiegebilde bleiben. Friedrich Engels und J. Dietzgen dagegen lassen von der Philosophie nur noch die Erkenntniskritik gelten, verwerfen jede Naturphilosophie und stellen die Forderung, dass die Ergebnisse der Forschung durch direkten Kausalzusammenhang zu verbinden seien. Aber damit haben sie ebenfalls eine unerfüllbare Forderung gestellt. Denn die Wissenschaft selbst bedürfe der Hypothesen; jede Hypothese werde freilich nur so lange geduldet, als sie erklärt, dann aber durch eine andere ersetzt. Wir führen das nur an, ohne genauer darauf einzugehen. Nur das sei gesagt, dass der Gedanke einer von spekulativen Annahmen freien Wissenschaft doch heute mehr und mehr Anhänger zu gewinnen scheint. Freilich muss man eben nur diese, nicht etwa notwendige Ergänzungen als *Hypothesen* bezeichnen, sonst kommt man in Wortstreit, indem man ganz verschiedene Beziehungen mit dem selben Namen bezeichnet. × Im *Vorwärts* vom 19. Juli hat Paul Kampffmeyer eine Kritik der von uns im vorigen Bande, pag. 100, besprochenen Broschüre Stampfers veröffentlicht, welche betont, es sei nicht bloss für den Staat, sondern auch für die Partei die Religion Privatsache, wobei er übrigens Stampfer vielleicht nicht ganz gerecht geworden ist, der ja doch auch mehrfach betont, die Partei bekämpfe den Zwang, nicht den Glauben. Um diese Frage gründlich zu erörtern, müsste allerdings erst einmal festgestellt werden, ob die Sozialdemokratie bloss politische Partei zur Durchsetzung bestimmter politischer Forderungen nach einer bestimmten Taktik, oder ob sie als Partei die Vertreterin einer umfassenderen Welt- und Lebensanschauung, die über die politischen Forderungen hinausgreift, und der die politischen Forderungen vielleicht erst entspringen, sein will. × Otto Bauer zum Beispiel will in seinem Artikel *Marxismus und Ethik* in der *Neuen Zeit*, 1905-1906, II. Bd., pag. 499, ›den Sozialismus nicht mehr als Frage der Wissenschaft . . . sondern als Frage des Lebens‹ betrachtet wissen; da kann man fragen: Sozialismus als Richtung oder Partei? Eugen Dietzgen spricht von proletarischer Denkweise in einem Sinne, der auf die zweite Alternative hinausläuft (*Sombarts Schrift über den modernen Sozialismus*, ibid., pag. 452 und 453), ebenso K. Kautsky (*Leben, Wissenschaft und Ethik*, ibid., pag. 529); vergl. auch G. Plechanow *Die proletarische Bewegung und die bürgerliche Kunst*, ibid., pag. 19. FRANZ STAUDINGER

Sozialwissenschaften

Nationalökonomie Die Sozialdemokratie steht jetzt mitten in einer hocherfreulichen Gründungsarbeit von Arbeiterbildungshochschulen, um System und Zusammenhang in die bisher sehr auseinanderfallenden, anorganischen Bildungsbestrebungen der Arbeiterschaft hineinzubringen. In dem Lehrplan der neuen Arbeiterbildungshochschulen wird die Nationalökonomie an erster Stelle stehen. Es wird der Arbeiterschaft nicht gerade an geeigneten Lehrern fehlen, wohl aber an brauchbaren, preiswerten Lehrmitteln. Ein jeder Arbeiterhochschüler muss einen volkswirtschaftlichen Leitfaden in den Händen haben. Wir besitzen bisher keinen solchen Leitfaden in der wissenschaftlichen Arbeiterliteratur.

Ein fast durchweg gelungener Versuch, die Nationalökonomie auf wenige Seiten zusammenzufassen, liegt in der *Volkswirtschaftslehre* des Professors Carl Johannes Fuchs (*Sammlung Göschen* /Leipzig, Göschen/) vor. Die Sozialdemokratie kann natürlich nicht diese Volkswirtschaftslehre ohne weiteres zu einem Lehrbuch ihrer Arbeiterbildungs-

hochschulen erheben, aber sie kann aus diesem Büchlein lernen, wie man den spröden Stoff geschickt gliedern kann. In der Einleitung seiner *Volkswirtschaftslehre* entwickelt Fuchs kurz die Grundbegriffe der Volkswirtschaft. Der Einleitung schliesst sich eine kurze Geschichte der Volkswirtschaft, eine Darstellung der historischen Wirtschaftsstufen der Güterbeschaffung und des Güterverkehrs an. Der folgende Teil behandelt die Hauptfunktionen der modernen Volkswirtschaft: die Güterbeschaffung, den Güterverkehr, die Güterverteilung und die Güterverwendung. Der Sozialist, der sich bei der Lektüre der Fuchsschen *Volkswirtschaftslehre* mit dem Autor da und dort auseinandersetzen wird, schöpft dennoch viele Anregungen für die Verbreitung und Vertiefung nationalökonomischer Kenntnise in den Arbeiterkreisen.

× ×

Sozialismus Das Werk des katholischen Publizisten Viktor Cathrein *Der Sozialismus* /Freiburg i. B., Herder/ ist eine dickleibige Tendenzschrift gegen den Sozialismus. Sie ist wohl als geistiges Rüstzeug für Pfarrer und Kapläne im Kampfe gegen die Sozialdemokratie gedacht, und als solche Kampfesschrift ist sie gar nicht ungeschickt ausgearbeitet worden. Philosophisch steht sie auf sehr niedrigem Niveau. Cathrein lässt den Menschen noch an der Hand des Kausalitätsprinzips zur höchsten Ursache, zu Gott vordringen, und auf diese Weise lässt er alle Menschen durch Nachdenken zum Glauben an Gott, zum Glauben an ein Jenseits gelangen. Sehr einfach! Einige kritische Bemerkungen Cathreins über die materialistische Geschichtsauffassung, über die Marxsche Werttheorie, über die Konzentrations- und Zusammenbruchstheorie sind ein blosser Nachklang *revisionistischer* Einwendungen gegen diese Theorieen. Wieder trägt Cathrein den bürgerlichen Grundirrtum vor, dass die Sozialisierung der Produktionsmittel als eine ausschliessliche Verstaatlichung dieser Mittel aufzufassen sei. Der sozialistische Staat übernimmt nach Cathrein die Aufgaben der Gemeinde und der einzelnen. Der abgrundtiefe Hass des fanatischen Katholiken gegen die moderne Weltanschauung entlädt sich in dem Kapitel über die Wurzeln und Quellen des Sozialismus und über das Verhältnis des Sozialismus zum Liberalismus. Der Sozialismus ist nach Cathrein der legitime Sohn des Liberalismus, und der Liberalismus hat durch die Schule dem Unglauben in die weitesten Kreise Eingang verschafft und die Universitäten in förmliche Brutstätten des Unglaubens verwandelt. Wie eine Verherrlichung der alten ständischen feudalen Gesellschaftsordnung liest sich der wutschnaubende Angriff Cathreins gegen die liberalen Prinzipien der französischen Revolution. Die Kirche, als die von Gott gesetzte Hüterin und Pflegerin der christlichen Religion, hat natürlich nach Cathrein die Rettung der Gesellschaft vor dem Umsturz zu vollbringen, und daher muss der Staat der Kirche alle Türen der Schulhäuser weit aufschliessen.

× ×

Entwickelungsprobleme Das Werk eines vielseitig gebildeten und geistvollen Mannes liegt in dem Buch Dr. med. R. Kreckers *Des Gesetzes Erfüllung* /Halle, Gebauer-Schwetschke/ vor uns. Der erste Teil des Werkes verbreitet sich über die allgemeine Weltanschauung und die organische Entwickelung des Menschen, der zweite behandelt die gesellschaftliche Entwickelung des Menschen, die Theorieen der Staatenbildungen, die allgemeinen Formen der Gesellschaftsbildungen, den Kapitalismus, die politischen Parteien, die Physiologie und Psychologie der Gesellschaftsbildungen, die Theorieen der Rechtsbildung, das Strafrecht, die Entwickelung des Rechts. In dem letzten und dritten Teile seines Werkes dringt Dr. Krecker in das Wesen der Ethik, in die Theorieen des Sittengesetzes, in das Sittengesetz etc. ein. Bei Krecker bricht die Überzeugung machtvoll durch, dass der Kapitalismus einer höheren Kulturform, dem Sozialismus zu weichen hat. Alle Ereignisse der Welt sind nach Krecker unter einander verbunden durch das Gesetz, das uns sinnlich erscheint als die mechanische Verknüpfung von Ursache und Wirkung, und das »sich in seiner geistigen Wirksamkeit als ein unausgesetztes Streben nach immer vollkommener Welterkenntnis und Lebensgestaltung bewusster Wesen« kundgibt.

× ×

Sozialrecht Über 18½ Mill. deutscher Arbeiter sind allein der Unfallversicherung unterstellt, die Invalidenversicherung erstreckt sich über 14 Mill., und die Krankenversicherung über 12 Mill. deutscher Arbeiter. Ins Riesenhafte geht die Tätigkeit der deutschen Gewerbe- und Kaufmannsgerichte. Nach Tausenden und

Abertausenden zählen die Berufungen der Arbeiter bei den Schiedsgerichten für Arbeiterversicherung. Das Reichsversicherungsamt und die Landesversicherungsämter haben als letzte Spruchinstanzen in Unfallversicherungssachen eine kaum zu bewältigende Last alljährlich zu bezwingen. In 21 dicken Bänden hat das Reichsversicherungsamt seine Entscheidungen gesammelt. Und bei aller regen Tätigkeit der Spruchinstanzen für Arbeiterversicherung, und bei der ständig wachsenden wissenschaftlichen Literatur auf dem Gebiete dieser Versicherung herrscht selbst in den Kreisen der Juristen und Verwaltungsmänner mitunter noch eine geradezu grauenhafte Unwissenheit über die soziale Gesetzgebung. Der Ruf nach Errichtung eigener Lehrstühle für Sozialrecht, der jüngst von der *Cölnischen Volkszeitung* erhoben wurde, verdient daher alle Beachtung.

In seinem scharfsinnigen Werke *Deutsche Sozialgesetzgebung* /Jena, Gustav Fischer/ hat Professor Stier-Somlo die Sozialgesetzgebung im formalen Sinne als die auf die Ordnung und Regelung, Förderung oder Hemmung der gesellschaftlichen Verbände als solcher abzielende, in den Formen der Legislative sich bewegende Tätigkeit des Staates charakterisiert. Bei der Verbindung des formalen und materiellen Moments der deutschen Sozialgesetzgebung definiert Stier-Somlo sodann diese Gesetzgebung folgendermassen: Sie ist die aus den gesellschaftlichen und ökonomischen Zuständen Deutschlands seit dem XIX. Jahrhundert, besonders seinem letzten Drittel erwachsene und von ihnen bedingte, wesentlich zur wirtschaftlichen Förderung der sogenannten *arbeitenden Klassen* und der ihnen nahe stehenden Berufsschichten dienende Tätigkeit des Staates in den verfassungsmässigen Formen der Legislative.

Der *Verlag der Arbeiterversorgung* in Berlin-Grunewald lässt schon seit Jahren der Sozialgesetzgebung die weitestgehende Pflege angedeihen. Erst jüngst erschienen da zwei rüstig an der Fortbildung dieser Gesetzgebung arbeitende Werke: *Die deutsche Arbeiterversicherung* von Dr. Moritz Wagner und *Das geltende deutsche Arbeiterversicherungsrecht und das Problem seiner künftigen Vereinheitlichung* von Dr. jur. Arndt von List. In der deutschen Arbeiterpresse schenkt man bedauerlicherweise dem sozialen Recht eine viel zu geringe Beachtung. In der Rubrik *Soziales* werden in den grösseren sozialdemokratischen Zeitungen dann und wann einige prinzipiell wichtige Entscheidungen der Spruchinstanzen für Arbeiterversicherung und der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte vorgetragen. Systematisch wird das soziale Recht in diesen Zeitungen kaum einmal behandelt. Die Sozialdemokratie wird sich wohl dazu verstehen müssen, ein besonderes Blatt für soziales Recht und soziale Praxis zu schaffen.

× ×

Entartungsproblem Die Städtekultur setzt die Menschheit auf den Aussterbeetat. Die städtischen Wohnhäuser sind nur eigentliche Grabeskammern für die vom Lande zuströmende jugendkräftige Landbevölkerung. In diesem Sinne artikeln die Entartungstheoretiker vom Schlage des Dr. Otto Ammon. ›O glaubt doch nicht‹, so ruft Ammon in seiner Schrift *Bedeutung des Bauernstandes für den Staat und die Gesellschaft* /Berlin, Trowitzsch/ den Staatsmännern zu, ›dass die Abkömmlinge der gebildeten Klassen oder der Fabrikarbeiter die Menschheit erhalten können!‹ Und zum Eideshelfer erkürt sich Ammon den geistvollen Riehl, der vor vierzig Jahren schon ausgesprochen habe, dass nur vom Bauernstande unsere politische und soziale Erneuerung ausgehen kann. Ja, Riehl hatte noch in seiner *Naturgeschichte des Volkes* im wesentlichen den naturwissenschaftlichen Bauer vor Augen und nicht den modernen geldwirtschaftlichen. Niemals hätte der alte Riehl die geradezu tolle Übertreibung Ammons gewagt, dass im Bauernstande noch die edlen Seelenanlagen unverfälscht vererbt wären, die von der Urzeit her die köstlichste Ausstattung des Menschengeschlechts ausmachen. Die Schattenseiten des bäuerlichen Charakters, so vor allem die Herzenshärte des Bauern gegenüber seinen gebrechlichen Eltern, zeichnet Riehl gerade mit aller Schärfe. Die Wendung Ammons von der meist innigst geliebten Mutter des Bauern wäre nie über die Lippen Riehls geflossen. Immer wieder wird von Ammon der Bauernstand als einziges Kraftreservoir der Menschheit gefeiert. Wo findet man denn in England, dem Lande der ausgeprägtesten Städtekultur, noch das Kraftreservoir des Bauernstandes? Und trotz alledem erlebte England in der zweiten Hälfte des XIX. Jahrhunderts eine durchschnittliche

Erhöhung des Lebensalters der Männer um 2 und der Frauen um 3½ Jahre. Diese Tatsache, und die anderen schwer wiegenden Fakta, die ich aus dem bekannten Werke Nostiz' *Das Aufsteigen des Arbeiterstandes in England* /Jena, Gustav Fischer/ über die wachsende körperliche und geistige Gesundung des englischen Volkes gewann, kann ich mit der Angabe, die ich in dem Aufsatze Wilhelm Schallmayers *Selektive Gesichtspunkte zur generativen und kulturellen Völkerentwickelung* im *Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft* fand, nicht vereinigen, dass sich in England nach J. B. Haycraft in den 50 Jahren von 1840 bis 1890 die Lebensaussicht des mittleren Lebensalters verschlechtert haben soll.

Der Schallmayersche Aufsatz bringt übrigens dessen Ideen über das Entartungsproblem in recht klarer und gedrängter Form zum Ausdruck. Schallmayer stellt bekanntlich im Interesse einer Steigerung der menschlichen Erbqualitäten, einer systematischen Rassenveredelung die Forderung auf, es solle in Form von offiziellen Familientafeln die Vorbedingung für die Kenntnis der Erbqualitäten jeder Person geschaffen werden. Schallmayer erstrebt die Weiterbildung unserer ethischen Anschauungen im Sinne einer generativen Entwickelungsethik, »die nicht ausschliesslich die Interessen der jeweils lebenden Generationen eines Gemeinwesens berücksichtigt und die aller künftigen Generationen ignoriert«.

✕ ✕

Neuausgaben Der II. Band des Malthusschen Werkes *Eine Abhandlung über das Bevölkerungsgesetz* /Jena, Gustav Fischer/ fesselt die Aufmerksamkeit des Sozialisten vor allem durch die Polemik des Malthus gegen Godwin und Owen. Aus seinem Bevölkerungsgesetz folgert Malthus, dass die hauptsächlichste und andauerndste Ursache der Armut wenig oder gar keine Beziehung zu den Regierungsformen oder zur ungleichen Verteilung des Eigentums hat. Die Reichen haben tatsächlich nach Malthus nicht die Macht, Beschäftigung und Unterhalt für die Armen zu finden; die Armen haben daher nach Lage der Dinge kein Recht, beides zu fordern. Unter der Herrschaft der denkbar gerechtesten sozialen und staatlichen Einrichtungen würde in wenigen Dezennien ein solcher Überfluss von Menschen erzeugt werden, dass die Not wieder auf Erden unumschränkt herrschen würde. In den hier mehrfach erwähnten, von Professor Georg Adler herausgegebenen *Hauptwerken des Sozialismus und der Sozialpolitik* /Leipzig, Hirschfeld/ ist die treffliche systematische Darstellung der Fourierschen Grundgedanken von Victor Considérant *Fouriers System der sozialen Reform* erschienen. In der *Bibliothèque socialiste* /Paris, Cornély/ veröffentlicht Albert Thomas unter dem Titel *La doctrine des égaux* einen Auszug aus sämtlichen Werken Babeufs.

✕ ✕

Kurze Chronik Nach den in der *Zeitschrift für Sozialwissenschaft* veröffentlichten Forschungen des Professors Karl Grünberg über den Ursprung der Worte *Sozialist* und *Sozialismus* wurde das Wort *Sozialist* von Anhängern Owens, und zwar am 24. August 1833, geprägt. In Frankreich brauchte es um die Mitte des Jahres 1834 Pierre Leroux. Das Wort *Sozialismus* schuf noch früher der Saint-Simonist Joncières. Im *Globe* vom 13. Februar 1832 findet man bereits den Terminus *socialisme*.

✕ ✕

Literatur Mit dem System des Sozialismus beschäftigen sich einige in den letzten Monaten erschienene Abhandlungen. Wenig Wahres über dessen Wesen erfährt man aus dem Schriftchen Alexander Petrovic' *Wahrheit und Trug im Sozialismus* /Berlin, Walther/. ✕ Eine *dialektische Plauderei* über *Egoismus und Sozialismus oder das Ich und die Gesellschaft* verfasste der sozialdemokratische Redakteur Carl Hoffmann /Bielefeld, Gerisch/.

Dr. Hugo Rieke stellt in seinem Aufsatz *Die philosophische Wurzel des Marxismus*, erschienen in der *Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft* als die eigentliche Stärke der Marxschen Lehre den Umstand hin, dass sie mechanisch-kausal begründet ist. PAUL KAMPFFMEYER

KUNST

Bildende Kunst

Berlin: *Grosse Kunstausstellung* Die *Grosse Berliner Kunstausstellung* stand diesmal auch unter dem retrospektiven Zeichen. Zur Feier des 50jährigen Bestehens der *Deutschen Kunstgenossenschaft* hatte die Leitung in einem Teil der Ausstellungsräume am Lehrter Bahnhof eine solche Gedächtnisausstellung

veranstaltet, die die deutsche Kunst des letzten Jahrhunderts, vorwiegend jedoch die seiner zweiten Hälfte in Erinnerung bringen sollte. Von diesem Standpunkt aus wurde diese Veranstaltung gewissermassen als ein Protest, gelinder ausgedrückt als eine Ergänzung der grossartigen Jahrhundertausstellung inszeniert und angesehen. Denn man weiss, dass die Gruppe von Malern, deren Nachfahren in der *Genossenschaft* die führenden sind, recht scheel auf das glänzende Schauspiel in der *Nationalgalerie* schauten, und zwar aus dem einzigen Grunde, weil die Phase der deutschen Malerei, die wir trotz gewisser Eigenschaften als die unproduktive im letzten Jahrhundert bezeichnen müssen, und deren schwächliche Erben die um Anton von Werner sind, auf das ihr gebührende geringe Mass beschränkt war. Es sind die Künstler, die vorwiegend von 1850 bis 1870 schufen, und man hat sie nun am Lehrter Bahnhof in teils guten, teils weniger guten Exemplaren ausgebreitet und nach der Absicht, *schöne Wände* zu erzielen. So ist die Ausstellung in entwickelungsgeschichtlicher Beziehung durchaus wertlos und muss deshalb als Protest gegen die Jahrhundertausstellung schwach, als Ergänzung spärlich genannt werden. Aber immerhin finden sich einige Exemplare in der Ausstellung, die recht wertvoll sind, und die wir gerne der Jahrhundertausstellung gewünscht hätten; es sind natürlich solche, auf die es der Leitung hier nicht direkt ankam, und die wahllos unter die Menge verstreut sind. In erster Linie denken wir an das entzückende kleine Bild von Paul Mohn, einem uns bisher gänzlich unbekannten Künstler; wir können uns leider hier aus Raumrücksichten auf die überaus liebenswerte und persönliche Art, wie der schlichte Meister sie wenigstens in diesem einen Bilde zum Ausdruck bringt, nicht näher schildernd einlassen; es sei nur gesagt: es ist ein Vorfrühling, und vor der Stadt wandeln Mädchen, in Gruppen und Paaren, unter den knospenden Bäumen und im Kostüm von 1860, und das Ganze ist wie eines jener zarten Liebesgedichte Goethes, in denen eine gewisse Zierlichkeit zur Intimität wird, und in Farben, die in ihrer trockenen Buntheit klar bleiben entgegen der übrigen Malerei jener Zeit. Wie wir nachträglich erfahren, soll der Künstler sonst Bilderbücher illustriert haben; das scheint uns nach diesem Werke nicht unglaubwürdig, bestätigt aber zugleich unsere Empfindung, es möchten wohl nicht alle seine Bilder von der Qualität dieses einen sein. Dann waren die Münchener Quaglio und Adam besser vertreten, als in der Jahrhundertausstellung, und gleichfalls Lessing mit seinem *Mönch am Sarge*. Ferner sahen wir ein gutes Frauenporträt von Schick (wohl der Böcklin-Schüler) aus dem Jahre 1864, und ein solches vom Wiener Canon und den sehr bemerkenswerten *Chodowiecki* von Menzel. Als eins der schlechtesten Bilder fiel uns der *Huss* Beckmanns auf; merkwürdigerweise las man da: »Angekauft durch die Ausstellungskomission zur Verfügung des Herrn Ministers der geistlichen Angelegenheiten«; es wäre wirklich wünschenswert, wenn der Herr Minister dieses Ressorts mit dieser geistlosesten aller Schwarten nichts anzufangen wüsste. Das Bild wirkt in seiner Plumpheit direkt beleidigend. Im Jahre 1884 machte der damals noch junge Maler sich mit dem Bilde in Düsseldorf, dem Geburtsorte vieler ähnlicher *Werke* bekannt, nun hat es leider doch noch seinen Käufer gefunden.

Abgesehen von dieser retrospektiven Ausstellung, wirkt die Bildermassenansammlung in den übrigen Räumen durchaus nicht immer übel. Leider herrscht unter der Jury diesmal, wie stets, das Prinzip, in den Hauptsälen, auf den sichtbarsten Plätzen die minderwertigen Leistungen der Herren Notabeln unterzubringen, während gute Bilder von Unbekannten in den Seitenkojen schlummern und somit in dem geradezu unentwirrbaren Saallabyrinth doppelt schwer zu finden sind; eine unparteiische Jury vermöchte mit dem vorhandenen Material eine weit stärkere Wirkung zu erzielen. Jedenfalls aber ist das dort bewusst gehandhabte Prinzip ein Beweis dafür, wie unratsam ein Verschmelzen von *Sezession* und *Künstlerverein* in diesem Sinne wäre. Und nur eine Jury, die streng nach der Individualität in Gruppen ordnete, könnte bei einem solchen Verschmelzen wirken, ohne die Kunst schwer zu gefährden: dieses individualisierende Trennen bei vereintem Ausstellen liegt aber gerade nicht in der Absicht der älteren Maler.

Der interessanteste Künstler unter dieser vielköpfigen Schar ist zweifelsohne der in Florenz lebende Friedrich Stahl; er ist ein Problem, dieser Apostat und Renegat. Man weiss, dass er einer der ersten war, die sich in Berlin der modernen Bewegung anschlossen, und dann siedelte der Künstler nach Florenz über

und beginnt, im Stil der Quattrocentisten zu malen; alles verleugnend, was er vorher hochhielt. Wenn wir uns aber seiner Malerei von einst recht erinnern, so scheint sie sowohl, wie dieser jähe Wechsel an sich, die Spuren zu tragen, die darauf deuten, dass, im physiologischen Sinne, in der Struktur dieser Individualität und in ihrem Schaffensprozess doch etwas von Anbeginn nicht in Ordnung gewesen sein muss. Aber immerhin: diese neuen Leistungen aus dem Geist des frühen Florenz sind, bei aller erstaunlichen Nachempfindung, exquisit in Farbe und Zeichnung; schade nur, dass der Künster den Boden des modernen Lebens so ganz verlassen hat. Gleichwohl fragt man: Weshalb befasst die Kritik sich nicht mit diesem Manne, die dem *nachdichtenden* Hofmannsthal die weitestgehende Beachtung schenkt? In der Malerei scheint also doch nicht erlaubt, was in der Dichtung von heute allenthalben üblich ist.

× ×

Kurze Chronik Die Restaurierung des Heidelberger Schlosses ist infolge der heftigen Proteste abermals hinausgeschoben worden; die Pläne zur Erhaltung sollen nochmals einer Fachkommission unterbreitet werden. × Rodin, der von der Universität Jena zum Ehrendoktor ernannt wurde, stiftete dem dortigen Museum eine Minervabüste. × Das Kupferstichkabinett zu Berlin veranstaltete zu Ehren des 300. Geburtstages Rembrandts, wie die meisten deutschen Grossstädte, aus seinem reichen Schatz an Originalradierungen und Handzeichnungen eine lehrreiche Ausstellung. × Am 15. Juli wurde im Abgeordnetenhaus zu Berlin eine Photographieenausstellung eröffnet. × Dem zum Direktor des *Städel-Museums* in Frankfurt am Main ernannten Dr. Georg Swarzenski gelang es, ein hervorragendes, seit zwei Jahrhunderten verschollenes Werk von Lucas Cranach zu dem verhältnismässig geringen Preis von 135000 M. in Paris bei Molinier zu erwerben. × Der Domkapitular Dr. Schnütgen in Cöln vermachte seine wertvolle keramische Sammlung dem dortigen Kunstgewerbemuseum.

× ×

Literatur Im Verlage von Piper in München erscheint ein auf 12 Hefte festgesetztes Serienwerk *Moderne Illustratoren*, Text von Hermann Esswein; zum Preise von 3 M. das Einzelheft, 2,50 M. bei Abnahme des ganzen Werkes. Der Wert dieser Publikation besteht vorerst darin, dass der Liebhaber auf billige Weise in den Besitz von Kunstblättern kommt, die ihm im einzelnen das Wesen einer Individualität hinreichend erschliessen, im ganzen das Bild der modernen Kunst einheitlich im Spiegel der modernen Karikatur aufweisen: ein Negativ, das reich an Aufschlüssen ist. Das 3. Heft, Henri de Toulouse-Lautrec gewidmet, auf das wir heute hinweisen wollen, enthält manches charakteristische Blatt. Auch der Text ist anregend, wenn sein Verfasser in manchem, zum Beispiel in den Äusserungen über Dekadenz, auch nur so lange recht behält, wie er sich in Fechterstellung dem Banausentum gegenüber befindet. × Der 300. Geburtstag Rembrandts hat eine wahre Hochflut von biographischer Literatur emporgebracht. Von deutschen Federn war die des Geheimrats Bode wohl die berufenste. Seine ausgezeichnete Festgabe erschien im Verlage von E. A. Seemann und zum Preise von 6 M. Sie behandelt nicht nur Rembrandt, vielmehr in scharf charakterisierender Einzeldarstellung die gesamte holländische und vlämische Malerei im XVII. Jahrhundert. So erschliesst dieser Überblick dem Kunstfreund das Wesen jener Phase auf zweifache Weise: einmal in der Analyse des Werkes des Bedeutendsten, Rembrandts, und ferner in der anziehenden Schilderung der Satellitenschar dieses Gestirnes allererster Grösse. Wir können uns hier leider nur knapp mit dem wertvollen Buche befassen und sagen, dass es eine aussergewöhnliche Fülle von Wissen und scharfer Beobachtung in gedrängter Form und schlichtem Gewande uns vorträgt. × Weniger gelehrt — obgleich Gelehrsamkeit durchaus nicht die Absicht des Bodeschen Buches ist — und als reiner Ausfluss eines nachfühlenden Herzens gibt sich ein kleines Schriftchen Jozef Israels', des holländischen Malers. Er ist gewiss berufen, über seinen grossen Landsmann zu urteilen, und seine heutige, von Else Otten verdeutschte, Gelegenheitsabhandlung /Berlin, *Concordia*/ gipfelt in einer Analyse der beiden Hauptwerke Rembrandts, der *Nachtwache* und des *Stalmeesters*.

Eines der wichtigsten künstlerischen Ereignisse des Sommers war gewiss die vielumstrittene Kunstgewerbeausstellung zu Dresden. Wer daher nicht Gelegenheit hatte, sie zu

besuchen, der nehme die drei Sonderhefte in die Hand, die Alexander Koch im Rahmen seiner *Deutschen Kunst und Dekoration* herausgibt. Neben einer Schilderung der Ausstellung von Ernst Zimmermann enthält das erste der drei Hefte auch eine Abhandlung über Ausstellungswesen aus der Feder des Hofrats Alexander Koch und neben anderem einen Aufsatz über den von Berlin nach Wien berufenen Bildhauer Metzner. RUDOLF KLEIN

Dichtkunst

Lyrik Die Deutschamerikaner haben ein Schrifttum, das zwar schon mehrere Jahrhunderte alt ist, aber, wie jede dem nationalen Boden entführte Kunst, stark die Spuren des Unoriginellen an sich trägt. So kommt es, dass die Poeten Deutschamerikas in ernsthaften Wettbewerb mit den Dichtern ihrer Heimat nie treten konnten, dass man ihren Werken gegenübersteht, wie allem, das in der Fremde pietätvoll Heimisches pflegt: mit einer gewissen Milde. Man braucht nur die illustrierten Unterhaltungsbeilagen amerikanischer Blätter zur Hand zu nehmen, etwa das Sonntagsheft des *New Yorker Morgenjournals* oder der *New Yorker Staatszeitung*, so sieht man, dass sich diese Riesenorgane vom unberechtigten Nachdruck reichsdeutscher, zeitgenössischer Erzähler nähren, dass ihre Beiträge aus amerikanischen Federn etwa auf der Höhe der ganz mittelmässigen Familienblattkunst stehen. Umsomehr überrascht es, einen amerikanischen Dichter zu treffen, dessen Talent zwar nicht sehr gross ist, der immerhin jedoch eigene Züge aufweist. Dieser Poet ist der Lyriker Hermann Rosenthal. Er ist ein bejahrter, reifer Mann und hat das Erträgnis seiner Reife in einem Bande gesammelt, den er *Spätherbstnebel* taufte. /Stuttgart, Strecker & Schröder/. Der Titel sagt genug. Der Verfasser ist kein Moderner, keiner, der in rhythmischer Zügellosigkeit fortstürmt oder in artistischer Unermüdlichkeit seiner lyrischen Schöpfung die geschliffenste Form verleihen will. Er hat im Gegenteil die etwas zugreifende, heut als unmodern erscheinende Gewissensleichtigkeit des Romantikers in Bezug auf wund und blass gewordene Reime, in Bezug auf Bilder, die schon mehr als zwanzigmal vor ihm seinen Stimmungen dienten. Rosenthal nimmt den Trochäus oder Jambus in vier, fünf Variationen unverdrossen zum Vers, heinesiert stark, ist aber auch von Eichendorffischer Süssigkeit bestimmt. Das macht sich oft als Unselbständigkeit nicht gerade vorteilhaft bemerkbar. Immerhin findet er auch eigene Töne, eine gewisse, freundliche Musik der Worte, die anspruchslosen Herzen tüchtige Erbauung vermitteln können. Welchen Vorbildern Rosenthal nachgeht, das zeigen seine sehr gut gelungenen Übersetzungen nach Lermontow, Victor Hugo, Longfellow.

In weitem Abstande nach diesem braven Manne kommen Othmar und Erika Rheinsch, ein Gatten- oder Geschwisterpaar. Sie wollen mit Worten die klingenden *Motive aus dem Ring Richard Wagners* /Wien, Perlach & Wiedling/ nachdichten. Das gelang ihnen nun gar nicht. Das war ein unbegabtes haltloses Experimentieren, eine leere willkürliche Paraphrase der Wagnerschen Musik. Man muss diesen Versuch, ja nicht den ersten, Musik zu Gedichten umzuformen, nur der Merkwürdigkeit halber erwähnen.

× ×

Kurioses Obgleich es sich um keine lyrische Dichtung, sondern nur um eine ästhetisch-theoretische Abhandlung dreht, sei hier gleich noch eine lächerliche Versündigung am Wagnerschen Kunstwerke erwähnt. Moritz Wirth, berühmt durch seine urkomischen, leider blutig ernst gemeinten Interpretationen des *Siegfried* und der *Walküre*, schrieb über *Mutter Brunnhilde, zwei neue Szenen zur Götterdämmerung* /Leipzig, Reinecke/. In dieser Schrift stellt er die beherzigenswerte Behauptung auf, dass Wagner in seiner Dichtung als vorzüglicher Gynäkologe die Stadien der Schwangerschaft hat umdichten wollen, und dass er an Brünnhilde uns hat zeigen wollen, wie sich ein Weib verhält, das die Seligkeit einer Konzeption empfindet, deren Leibesfrucht hernach langsam heranwächst. Es muss auch solche Käuze geben, die übrigens von bestimmten Kreisen der Wagnergemeinde in hohen Ehren gehalten werden. Nicht minder kuriose Käuze sind die Friedrich Steppat und Zeno von Siengalewicz. Der erste schrieb ein Schauspiel *Des Kindes Frage* und eine Prophezeiung *Der bevorstehende Zerfall unserer Erde*, der zweite ein sozial-romantisches Schauspiel *Atlantis* /Dresden, Pierson/.

× ×

Erzählungen Frau Anna Behnisch-Kappstein hat ihren jüngsten Geschichtenband *Das klingende Fliess* /Berlin, Wedekind/

nach der einleitenden Erzählung genannt. Diese Frau ist talentiert. Sie steht mit klugen Augen verirrten Seelen gegenüber, hat nur ab und zu nicht den genügend subtilen Stil. Ich möchte ihr wünschen, dass sie ihre Probleme mit vorsichtigerer Sprache formulierte und mehr einer Erzählerschablone ausweicht, die bei einem Reinhold Ortmann, einem Zobeltitz, einem Zapp die Bände verunstaltet. Anna Kappstein weiss von seltenen Menschen, von Wesen, die jahrelang dumpf einhergehen, bis mit e i n e m Schlage irgend welche Leidenschaft sie zündet; sie weiss vom leisen, verschwiegenen Verschrumpeln und Verkrüppeln der Seele, die gross sein könnte und glückstrunken, wenn die Verhältnisse ihren freien Flug nicht sperrten; sehr gut schaut die Verfasserin ins Innere der Natur, ihr Blühen und Werden, ihr Entschlafen und Kahlwerden. Was schon ihre Verse boten, Landschaften mit erfreuender Buntheit, das malt ihre Prosa in tüchtigen Farben.

× ×

Kurze Chronik Der Dichter F e r d i n a n d v o n S a a r ist, 73 Jahre alt, gestorben. Ich liebte ihn, der kein Genie war, aber eine edle Form mit eigentümlich weicher Lebensanschauung verband. Es ist verwunderlich, dass Saar sich über seine Begabung Zeit seines Lebens täuschte und nach dem Ruhm des Tragikers rang, während er viel zu schwach für ein schroff aufstrebendes Drama war. × Seinen 75. Geburtstag hat R o b e r t S c h w e i c h e l, der sozialistische Dichter, begangen. × Eine v o l k s t ü m l i c h e B i b l i o t h e k von hervorragendem Werte hat der Verlag der *Deutschen Bücherei* in Berlin gegründet. Für den billigen Preis von 25 Pf. pro Band liefert er das Beste aus der deutschen Erzählungsliteratur in sehr gediegener Ausstattung und gutem Drucke. Von ähnlichen Unternehmungen unterscheidet sich diese Bücherei dadurch, dass sie auch die besten wissenschaftlichen Prosaautoren aufgenommen hat. So bringt sie in einem Bande Treitschkes schöne Essays über Lessing und Kleist, Erich Schmidts kundige Festworte über Gustav Freytag und Theodor Storm.

× ×

Literatur *Der Kunst eine Gasse!* ruft W i l l i a m W a n e r durch den Verlag Hermann Seemann in die Welt. Er meint die Kunst der Bühne, für die er, der Forderung nach, manch Gutes sagt, dem Worte nach in überflüssigen Hyperbolien sich versteigt. × Ebenfalls mit dem Theater beschäftigt sich J u l i u s B a b in einer Broschüre *Wege zum Drama* /Berlin, Oesterheld/. Wenn der Verfasser es lassen könnte, jede seiner ganz klugen Einzelbeobachtungen immer wieder zu Allgemeinsätzen zu erweitern, dann könnte man seine Analysen der zeitgenössischen Dramatiker ertragen als immerhin nicht zu unterschätzende persönliche Äusserungen. Ein trotz der Gegenversicherung überhitzter Orakelton verstimmt indessen gegen den Kritiker Julius Bab. MAX HOCHDORF

Musik

Musikfeste Neben einer Reihe kleinerer Veranstaltungen lenkten vor allem das 42. Tonkünstlerfest des *Allgemeinen Deutschen Musikvereins* und das 83. niederrheinische Musikfest die Aufmerksamkeit auf sich. Bedeutendes gab es nirgends, aber manches Charakteristische in den Novitäten, wie in unserer Stellung zur älteren Kunst.

Bei den Modernen machte sich diesmal besonders auffällig der Mangel an innerer Originalität bemerkbar. Da ist auch nicht einer, der uns irgendwie Aussergewöhnliches zu sagen hätte. Wohl hat jeder seine eigene Physiognomie, und er treibt mit dieser oft noch einen Kultus, aber sie ist nicht ursprünglich, das möchte ich als die Grundschwäche bezeichnen: weil niemand eine Persönlichkeit hat, will jeder aus sich eine machen. Man merkt so häufig, dass der einzelne sich hier oder dort vielleicht stark geben könnte, dass er aber aus Furcht, nicht originell genug zu sein, sich anders gibt, wohl einheitlicher, stilgerechter, aber gemacht. Da ist auch nicht ein Thema, von dem man sagen könnte, es ist geworden, gewachsen; überall nur eine Zusammenstellung von kleinzügigen Motiven. Und wenn auch jeder darin Persönliches gibt, so entsteht doch in dem Nebeneinander vieler solcher Komponisten ein Gesamtbild, das durchaus der Physiognomie entbehrt. Da wird so oft der noch unerfüllte Wunsch wach, es möchte ein einzelner stark genug sein, dem Gesamtbilde seine Persönlichkeit aufzuzwingen.

Aus diesem Gesamtbilde erklärt sich vielleicht, dass so viel Musik getrieben

wurde, die sich von der absoluten so weit entfernt, die mehr oder weniger programmässig etwas darstellen will. Man muss zugeben, sobald der Künstler sich ganz an einen Begriff, eine Vorstellung anklammert, ist er stark: er erreicht, was er will. So ist in erster Linie das Werk Delius' *Sea-drift*. Wie das Vorbild es verlangt: eine einheitliche Stimmung, ein einziges Weltentreiben, kein prägnanter Gedanke darf sich loslösen, sich entwickeln, ein Schweben ohne Form, ohne Gipfel. Dem Wesen nach ähnlich, Weingartners Chöre *Traumnacht* und *Sturmhymnus*, doch in einem entgegengesetzt: vertritt Delius eine Art Programmusik, die in der Stimmung direkt das erreichen will, was das Bild erreicht, so glaubt Weingartner, dadurch wirken zu können, dass er naturalistisch das Bild nur wiedergibt, und dieses Bild, nicht eigentlich die Musik, soll den künstlerischen Vorgang, die Auslösung der Stimmung, herbeiführen. Und hier zeigt sich die Ohnmacht des Künstlers: sein Hymnus zum Beispiel erweckt nicht entfernt die Intensität des Fühlens, wie ein wirklicher Sturm; er ist eher eine Photographie des Sturmes.

Musikalisch höher stehen nur die Werke der absoluten Kunst, obwohl da der Mangel an Erfindung viel mehr in den Vordergrund tritt. Dagegen muss hier hervorgehoben werden, was der Vorzug so vieler Modernen ist — oder macht die Gewohnheit es nicht mehr zum Vorzug? —, dass das technische Können auf ganz beträchtlicher Höhe steht. Welche Vielseitigkeit an instrumentalen Effekten, welche Erweiterung der Klangskalen, wie wächst das Ausdrucksmittel des Rhythmus'! Das macht den Wert aus von Mahlers VI. Symphonie, während ebendort auch der Mangel des Werkes seinen Ursprung hat: lohnt es sich, so raffiniert sich auszudrücken, wenn es nicht Grosses ist, was man zu sagen hat? Oft möchte es einem vorkommen, als ob Mahler dieses Können nur zur Schau trägt, nur damit spielt. Da erscheint mir fast wertvoller die geistreiche Komposition Neitzels *Das Leben ein Traum* und das Streichquartett Kauns, obgleich diese als Persönlichkeiten in diesen Werken Mahler nicht erreichen.

Als instrumentale Klangstudie — aber nur als das — möchte ich Marteaus Lieder mit Streichquartett anführen.

Bei den Wiedergaben älterer Meister ist bemerkenswert, dass die Pflege Bachs und Brahms' in stetigem Steigen begriffen ist. Die Bevorzugung Mozarts und Schumanns erklärt sich wohl aus deren Jubiläen. Ich werde auf diese bedeutsame Erscheinung der Geschmacksrichtung noch zurückzukommen haben.

× ×

Kurze Chronik Der grosse Gesanglehrer und Erfinder des Kehlkopfspiegels Mauel Garcia ist in London gestorben. × In Berlin starb Felix Dreyschock, Komponist und Klavierpädagoge. × Eine *Brahmsgesellschaft* ist in Berlin in der Bildung begriffen.

× ×

Literatur Auf dem letzten musikpädagogischen Kongress hielt Karl Storck einen Vortrag *Die kulturelle Bedeutung der Musik*, 1. *Die Musik als Kulturmacht des seelischen und geistigen Lebens*, der jetzt bei Greiner & Pfeiffer in Stuttgart im Druck erschienen ist. Der Verfasser versucht, die Musikgeschichte in ihren einzelnen Abschnitten auf Formeln zu bringen. Er zeigt, wie neben die ältere rein sinnliche Musik das seelische und wissenschaftliche Moment tritt, wie im Mittelalter sich die Musik gewissermassen als soziale Kunst entwickelt, wie die Renaissance das Individuum in den Vordergrund drängt, wie in diesem Bestreben das XVII. Jahrhundert nachlässt, um in Mozart den reifsten Vertreter der wieder rein sinnlichen Kunst hervorzubringen, bis Beethoven den entscheidensten Schritt tut, und durch völlige ›Entsinnlichung der Musik‹ das Individuum wieder dominieren lässt und mit diesem Bestreben das ganze XIX. Jahrhundert in die von ihm eingeschlagene Bahn drängt. Die Art, wie Storck die Darstellung vornimmt, durch rein ästhetische Behandlung der künstlerischen Wirkung, erscheint mir nicht ganz geglückt; zumal die Gegenüberstellung von Sinnlichkeit und Seele, Begriffe, die sich doch kaum direkt gegenüberstehen, schafft wenig Klarheit. Immerhin dürfte man das Werkchen als Anregung wohl empfehlen. × Ist Storck mehr Schriftsteller, so zeigt sich Mario Pilo (*Psychologie der Musik*, deutsch von Pflaum, /Leipzig, Wigand/) als Gelehrter. Wer die Schwierigkeit der Erforschung musikpsychologischer Probleme kennt, weiss, was man überhaupt von einem derartigen Werk erwarten darf. Jede psychologische Erkenntnis des Geniessens hat ihre natürlichen Grenzen: Angenommen, man möchte das Geniessen feststellen als eine bestimmte

Wellenbewegung in den Nerven, so ist damit doch noch ganz und gar nicht erkannt, warum diese Bewegung gerade ein Gefühl der Lust ist; man mag feststellen, dass harmonische Töne ein besonderes Verhältnis der Schwingungszahlen aufweisen: ein Warum des Schönen ist auch damit nicht gefunden. So kann schliesslich nur eine Psychologie der Musik in der Feststellung von Erscheinungen bestehen, ein Erklären gibt es nur sehr beschränkt. Auch die Darstellung Pilos ist mehr eine Erörterung der Probleme, als der Versuch einer Lösung. In der Vielseitigkeit, mit der er zum Beispiel in den Abschnitten *Die Musik und die Sinne, Das Fühlen, Das Denken* fast alle Möglichkeiten erschöpft, ist er recht anregend und fesselnd. × Hermann Zumpes *Persönliche Erinnerungen nebst Mitteilungen aus seinen Tagebuchblättern und Briefen*, mit Geleitwort von Possart, /München, Beck/ sind eine interessante Plauderei mit einem gediegenen Künstler. Eine Persönlichkeit gibt einen Teil ihrer künstlerischen Weltanschauung: Gedanken über Komponisten, Urteile über Werke, Aphorismen und Einblicke in ein schön geführtes Musikerleben. Man erwarte keine Enthüllungen, mit Recht aber einen ästhetischen Genuss. ERNST AARMANN

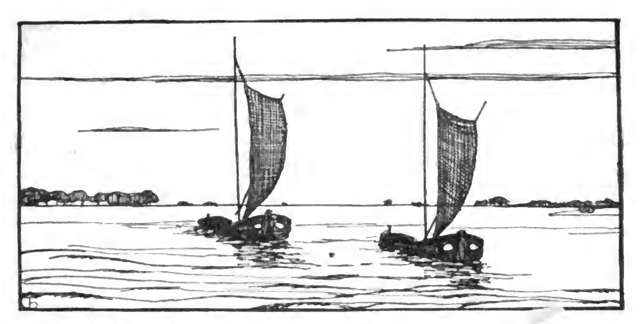
DIVERSA

Bücher

Siegfried: *Die preussischen Wahlkreise* Die bei Eröffnung der letzten Landtagssession angekündigte, inzwischen ausgeführte Absicht der preussischen Regierung auf Einbringung einer Vorlage wegen Teilung einiger übergrosser Wahlkreise, hat den bekannten Königsberger Statistiker Professor Siegfried veranlasst, aus einem grösseren Werke über das preussische Landtagswahlrecht einen Teil bei Gustav Fischer in Jena vorweg zu veröffentlichen. Siegfried erachtet die gegenwärtige Einteilung der Wahlkreise als den Hauptkrebsschaden des Dreiklassenwahlsystems, demgegenüber all das Schlechte, das diesem System von seinen Gegnern nachgesagt wird, gar nicht in Betracht kommt. Gewiss ist die Wahlkreiseinteilung aus dem Jahre 1860, die heute noch gilt, eine schreiende Ungerechtigkeit, und man kann Siegfried nur beistimmen, wenn er sein Urteil dahin zusammenfasst: »In den meisten Fragen brutalisieren die Vertreter der Wahlkreise, welche nur eine Minderheit des Volkes enthalten, die Wahlkreise, welche die Mehrheit des Volkes darstellen. Kann es ein ungerechteres, ein unwürdigeres, ein unsinnigeres Verhältnis geben?« Aber Siegfried überschätzt denn doch die preussischen *Volksvertreter*, wenn er glaubt, die Regierung würde durch einen energischen Appell an ihr Gerechtigkeitsgefühl eine den veränderten Verhältnissen entsprechende Neueinteilung der Wahlkreise durchsetzen können. Selbst, wenn die Regierung den ernsten Willen dazu hätte, würde sie dies Ziel nicht erreichen. Das haben die Herren von der Rechten und auch die Nationalliberalen mehr als einmal erklärt. Siegfried empfiehlt in seiner lesenswerten Schrift ein »System der beweglichen, das heisst sich selbsttätig den jeweiligen Verhältnissen anpassenden Wahlkreise«. In Betreff des Dreiklassenwahlsystems, der öffentlichen Stimmabgabe und der von den Urwählern zu vollziehenden Wahl der Wahlmänner soll zunächst alles beim alten bleiben. Dagegen soll für jede Provinz nach Massgabe der Bevölkerung die Anzahl der zu wählenden Abgeordneten festgesetzt werden, die Abgeordneten selbst sollen im Verhältnis zu den auf die einzelnen Parteien entfallenden Stimmen auf diese verteilt werden. Allerdings würde die Wahl dadurch sehr vereinfacht werden, auch würde eine gewisse Berücksichtigung der Minoritätsparteien stattfinden, aber von einer gerechten Vertretung könnte auch dann noch keine Rede sein, denn, solange das Dreiklassenwahlsystem besteht, wird die Zusammensetzung des Landtags stets eine plutokratische sein.

In der Praxis sind die Vorschläge Siegfrieds belanglos; sie finden weder die Zustimmung der Herrschenden, die von einer Wahlreform überhaupt nichts wissen wollen, noch die des Proletariats, das ganze Arbeit machen will. Den Hauptwert der Schrift vermag ich daher nicht in den positiven Vorschlägen, sondern in der vernichtenden Kritik der Wahlkreiseinteilung zu erblicken. Inzwischen werden die Debatten des Landtags den Verfasser wohl davon überzeugt haben, dass Gründe, und mögen sie noch so durchschlagend sein, auf die Landtagsmehrheit ohne Einfluss bleiben. Von seinem Vorschlag ist im Landtag überhaupt nicht die Rede gewesen, seine Kritik der Wahlkreiseinteilung ist nur ganz nebenher von einigen Rednern der Linken gestreift worden. Die preussischen Gesetzgeber wollen bekanntlich nicht belehrt werden. PAUL HIRSCH

VERANTWORTLICH FÜR DIE REDAKTION HERMANN REHLÄNDER · VERLAG DER SOZIALISTISCHEN MONATSHEFTE G. M. B. H. · DRUCK VON *GUTENBERG* DRUCKEREI UND VERLAG A. G. · SÄMTLICH IN BERLIN



10. HEFT / OKTOBER 1906

ADOLPH VON ELM · DIE GEWERKSCHAFTSDEBATTE AUF DEM MANNHEIMER PARTEITAG

EIN Markstein in der Geschichte der Arbeiterbewegung: so ist schon mancher sozialdemokratische Parteitag genannt worden; auf den Mannheimer trifft diese Bezeichnung jedenfalls zu.

Nach Jena musste man sehr bald den Eindruck gewinnen, als sei die dort angenommene Resolution ein Alarmruf an die deutsche Arbeiterschaft gewesen, sich schleunigst auf den politischen Massenstreik zu rüsten. Die *schöne Röte* der russischen Revolution hatte es den Ultra*radikalen* in der Partei angetan; sie wähnten, die in Russland sprühenden Funken würden nach Westeuropa hinüberfliegen und dort die *morschen Staatsbaracken, fertig zum Zusammenbruch,* zum Umfallen bringen. Auch der Genosse Kautsky war von dieser utopistischen Illusion angesteckt; am Schlusse eines Artikels in der im Januar erschienenen Prachtausgabe zum Gedenktag des Beginnes der russischen Revolution sagt er:

›Was sie [die russische Revolution] zu eröffnen verspricht, ist vielmehr eine Ära europäischer Revolutionen, die mit der Diktatur des Proletariats endigen werden, mit der Anbahnung der sozialistischen Gesellschaft.‹

Ein zweiter Artikel über die russische Revolution, aus der Feder Rosa Luxemburgs, schliesst mit den Worten:

›Die Revolution in Russland und das eigenartige, gesellschaftliche Gebilde, das aus ihr hervorgehen wird, kann nicht umhin, die Klassenverhältnisse auch in Deutschland und überall mit einem Ruck zu verschieben. Mit der russischen Revolution geraten wir bereits in die Übergangsperiode von der kapitalistischen zur sozialistischen Gesellschaft. Wie lange diese Übergangsperiode dauern mag, ist lediglich für politische Wetterpropheten interessant. Für das internationale, klassenbewusste Proletariat ist nur wichtig die stärkende, klärende Einsicht in die nahe Zukunft dieser erlösenden Periode, sowie in die Notwendigkeit, in den kommenden Stürmen so schnell an Zähigkeit, Klarheit und Heroismus zu wachsen, wie jetzt das russische Proletariat vor unseren Augen täglich und stündlich wächst.‹

Dass weite Kreise der Parteigenossenschaft in Deutschland im Hinblick auf »die nahe Zukunft dieser erlösenden Periode« das, was in Jena wirklich

beschlossen worden war, bald völlig vergessen hatten, ist erklärlich. Die vor dieser *verderblichen Revolutionsromantik* warnten, wurden in Partei- und Gewerkschaftskreisen verhöhnt und verlacht und als *Hirtenbriefler, alte Tanten, Flaumacher* und *seichte Revisionisten* heruntergeputzt.

Wenn auch viele Genossen nicht im entferntesten daran dachten, in Deutschland könnte es ohne eine gegebene revolutionäre Situation, ohne eine wirtschaftliche Krisis und damit verbundene Massenarbeitslosigkeit, ohne eine in solcher Periode eintretende direkte Provokation seitens der Regierung, durch einen Wahlrechtsraub, zu revolutionären Ausbrüchen der Proletariermassen kommen, so hielten sie doch das Spielen mit dem Feuer für ganz nützlich, um, wie sie sagten, die stumpfen Massen aus ihrer Lethargie einmal etwas aufzurütteln. Bei der Wahlrechtsbewegung in Preussen dachten diese Genossen auch nicht daran, dass es dabei zu Zusammenstössen mit der bewaffneten Macht kommen könnte, sie wussten: die deutsche Arbeiterschaft ist zu ruhig und besonnen, um sich in einen Massenstreik hinein r e d e n zu lassen. Mit Recht konnten sie deshalb auch über die preussische Regierung lachen, die die umfassendsten Massnahmen für eventuelle Unruhen getroffen hatte. Der 21. Januar verlief, wie vorauszusehen war, in Preussen völlig ruhig. Es wäre dies geschehen auch ohne die Warnung des Parteivorstandes, sich nicht provozieren zu lassen; dass die Mahnung zur Besonnenheit jedoch eine völlig berechtigte war, dürfte heute, angesichts der Sprache, die in Reden und Schriften vor dem 21. Januar von einzelnen Parteigenossen geführt wurde, kein objektiv Urteilender bestreiten wollen. Die Vorwürfe, welche dem Parteivorstand wegen seiner Haltung bei der preussischen Wahlrechtsbewegung gemacht worden sind, waren völlig deplaciert; für die deutsche Arbeiterbewegung hätte eine andere Wendung der Dinge geradezu unheilvolle Folgen zeitigen können. Der politische Massenstreik ist etwas anderes, als ein Lohnkampf; wenn schon ein unglücklich verlaufener Streik in einem Gewerbe entmutigend auf die Arbeiter wirkt, so würden die Folgen eines verunglückten politischen Massenstreiks für lange Zeit sowohl die politische, wie die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung in ihrer Aktionsfähigkeit lahmlegen.

Dass die an verantwortungsvoller Stelle stehenden Personen in der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung rechtzeitig warnten, war ihre heiligste Pflicht. Dass die kleine Gruppe der *Anarchosozialisten,* die in Mannheim von Rosa Luxemburg merkwürdigerweise als die am weitesten linksstehenden Genossen in der Partei bezeichnet wurden, mit diesem Verlauf der Dinge nicht zufrieden war, kann nach ihrer grundsätzlichen Auffassung vom Klassenkampf nicht wunder nehmen; wohl aber musste es befremden, dass andere Genossen, die bislang die gegenteilige Meinung vertreten hatten, plötzlich, von einem Extrem ins andere fallend, die Situation im Januar für den Versuch eines Massenstreiks geeignet hielten.

Als die *Einigkeit,* das Organ der Lokalorganisierten, einen Teil des Protokolls der im Februar abgehaltenen Konferenz der Gewerkschaftsvorstände veröffentlichte, und als durch diesen Verrat interner Besprechungen bekannt wurde, dass Parteivorstand und *Generalkommission* völlig einig waren in der Auffassung, dass eine Propagierung des politischen Massenstreiks in der gegenwärtigen Situation in Deutschland unverantwortlich wäre, erhoben die *Anarchosozialisten* ein wüstes Geschrei über Verrat an der Sache der Arbeit und bewirkten da-

durch, dass auch andere Genossen irritiert wurden und dem Parteivorstand wegen seines *Benehmens* Vorhaltungen machten. Am meisten fielen aber die *Anarchosozialisten* und die ihnen nahestehenden Kreise in der Partei wieder einmal über die Gewerkschaftsführer her. Obgleich durch das veröffentlichte Protokoll erwiesen war, dass, trotz grosser Unzufriedenheit in den leitenden Kreisen der Gewerkschaften über die geradezu unverantwortliche Propagierung des politischen Massenstreiks seitens einer kleinen Gruppe vermeintlich Radikaler in der Partei, die ganze Debatte von dem Wunsche geleitet war, die Einigkeit zwischen Partei und Gewerkschaften auf der Grundlage der Gleichberechtigung herzustellen, wurde doch wegen einzelner Redewendungen auf die Gewerkschaftsführer losgeschlagen, als hätten sie in jener *Geheimkonferenz* ein schlimmes Attentat gegen die Partei geplant. Der grösste Teil der Parteipresse, an erster Stelle das Zentralorgan, der *Vorwärts*, besprach dagegen in äusserst ruhiger und sachlicher Weise die Konferenz und das dort erörterte Thema des politischen Massenstreiks und bewirkte damit, dass endlich Klarheit darüber geschaffen wurde, was denn eigentlich in Jena beschlossen worden war.

Die Notwendigkeit einer nochmaligen Erörterung des Massenstreiks auf dem Mannheimer Parteitag ergab sich dadurch von selbst. Das Resultat war vorauszusehen; die *Revolutionsromantik* dürfte in der deutschen Sozialdemokratie mit Mannheim nun hoffentlich endgültig begraben sein. Aber — und das ist noch weit wichtiger — es wurde Klarheit auch darüber geschaffen, dass Gewerkschaften und Partei sich darüber völlig einig sind, dass für den Fall eines reaktionären Angriffs auf die Rechte des deutschen Volkes die ganze Macht der gewerkschaftlichen und politischen Organisationen eingesetzt werden muss, um ein solches Attentat zu verhindern. Diese Einheit in der Auffassung über die Abwehrtaktik der arbeitenden Klasse gegen die Reaktion öffentlich vor aller Welt dokumentiert zu haben, ist ein so grosser Gewinn, dass wir fest überzeugt sind: das Ergebnis der Mannheimer Tagung wird in den Kreisen der Arbeiter mit grosser Freude begrüsst werden; dagegen werden die kapitalistischen Zeitungsschreiber wie die betrübten Lohgerber wieder einmal erklären müssen, dass ihre Hoffnung auf eine Spaltung von Partei und Gewerkschaften elend zu schanden geworden ist.

Die angenommene Resolution Bebel-Legien bedeutet: Es gibt, abgesehen von kleinen Meinungsdifferenzen über den politischen Massenstreik, in den Massen der gewerkschaftlich und politisch organisierten Genossen nur e i n e Auffassung; als Spielzeug für unreife politische Kinder ist uns das Kampfmittel des Massenstreiks zu wertvoll; wenn wir zu dem Entschluss kommen, diese *ultima ratio* als Kampfmittel anwenden zu wollen, dann ist es uns heiliger Ernst, wir sind dann entschlossen, bis zum äussersten zu gehen; w a n n wir es anwenden wollen, entscheiden nicht wir als Personen, das wird einzig und allein bestimmt durch die wirtschaftliche und politische Entwickelung.

Damit sind auch die Differenzen über die Auffassung des Sinnes der Resolutionen des Cölner Gewerkschaftskongresses und des Jenaer Parteitages beseitigt. An der Jenaer Resolution brauchte der Mannheimer Parteitag nicht das geringste zu ändern, es galt nur, die irrtümlichen Anschauungen darüber zu beseitigen; nach den Feststellungen der Verfasser der Cölner Resolution, der Genossen Legien und Bömelburg, zeigte sich weiter, dass ein grundsätzlicher Widerspruch zwischen beiden Resolutionen nicht besteht. Die Cölner Resolution sollte keine

Deklaration über den Massenstreik als politisches Kampfmittel sein, sie richtete sich zunächst dagegen, durch dessen Propagierung eine bestimmte Taktik festlegen zu wollen; durch die in Jena beschlossene Einreihung des politischen Massenstreiks unter die Kampfmittel des Proletariats ist eine solche Festlegung keineswegs geschehen, da doch nicht gleichzeitig beschlossen wurde, dieses neue Kampfmittel nun auch in der allernächsten Zeit schon zur Anwendung zu bringen.

Als Voraussetzung für eine erfolgversprechende Anwendung dieses Kampfmittels wurde in Jena vor allem die grösste Ausdehnung der politischen und gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiterklasse erklärt; in Mannheim erklärte Genosse Bebel, dass diese Voraussetzung noch lange nicht erfüllt sei. Der politische Massenstreik ist in Jena prinzipiell als Kampfmittel anerkannt; ob und wann er zur Anwendung kommt, wird wesentlich davon abhängen, in welchem Masse die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen erstarken und an Macht und Bedeutung gewinnen. Ein Teil der Gewerkschaftsführer ist der Meinung, dass wir bei starkem Wachstum der gewerkschaftlichen und politischen Organisationen den Massenstreik überhaupt nicht mehr anzuwenden brauchen, dass wir durch unseren wachsenden Einfluss im stande sind, die Reaktion Schritt um Schritt zurückzudrängen und neue Positionen für die Arbeiterklasse zu erobern. Wir wollen hoffen, dass diese Auffassung sich bewahrheiten wird — das bisherige Verhalten unserer Gegner berechtigt zu einer solchen Hoffnung gerade nicht —; wer recht hat, wird die Zukunft lehren. Jeder Streit darüber ist müssig; in der Hauptsache sind wir einig: zunächst gilt es, mit aller Energie gemeinsam dahin zu wirken, dass beide Organisationen stark und mächtig werden. Das weitere hängt von den Verhältnissen, von dem Verhalten unserer Gegner uns gegenüber ab.

In Übereinstimmung mit der Resolution des internationalen Kongresses in Amsterdam /1904/ richtet sich der letzte Passus der Cölner Resolution gegen die Propagierung des anarchistischen Generalstreiks. Die Jenaer Resolution sagt darüber nichts. Aber die Ausführungen des Genossen Bebel in Jena und die allseitige Zustimmung des Parteitages zu diesen liessen darüber keinen Zweifel, dass, mit alleiniger Ausnahme der kleinen Gruppe der *Anarchosozialisten*, die Partei einmütig den anarchistischen Generalstreiksunsinn verwirft. Der Mannheimer Parteitag hat über diese Frage eine weitere Klärung geschaffen. Parteivorstand und Kontrollkommission beantragten da:

›Die *anarchosozialistischen* Bestrebungen, wie sie in den lokalorganisierten Gewerkschaften sich geltend machen, sind unvereinbar mit den Zielen und Interessen der Sozialdemokratie. Die Parteipresse hat daher die Pflicht, die *anarchosozialistische* Bewegung auf das entschiedenste zu bekämpfen, und die Parteigenossen haben die Aufgabe, Personen, die für diese *anarchosozialistischen* Bestrebungen eintreten und für sie agitieren, soweit diese Personen Parteigenossen sind, aus ihren Reihen auszuschliessen. Diejenigen Parteigenossen, die in den lokalen Gewerkschaften oragnisiert sind, ersucht die Parteileitung, in Übereinstimmung mit der Resolution des Lübecker Parteitags, sich den zentralorganisierten Gewerkschaften anzuschliessen.‹

Der Parteitag hat diese Resolution noch nicht beschlossen, er bewilligte den *Anorchosozialisten* noch eine Galgenfrist von einem Jahr, indem er über alle zu dieser Frage gestellten Anträge zur Tagesordnung überging und Parteivorstand und *Generalkommission* aufforderte, zunächst noch einmal mit der *Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften* Verhandlungen im Sinne des auf

dem Lübecker Parteitag /1901/ gefassten Beschlusses zu führen, welcher lautet:

»Der Kampf der Arbeiterklasse auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete erfordert einheitliche Zusammenfassung aller Kräfte in den betreffenden Organisationen. Er hat zur Grundbedingung die Ausübung strenger Disziplin in der Aktion, die Respektierung der Beschlüsse der Mehrheit durch die Minderheit gemäss den Grundsätzen der Demokratie. Wer der Partei oder seiner Berufsorganisation in einem von ihnen geführten Kampf durch Taten entgegenwirkt oder Sonderbündelei zur Führung solcher Gegenagitation betreibt, verstösst wider das vorentwickelte Lebensprinzip der Arbeiterbewegung. Es sind daher die örtlichen Organisationen der Partei berechtigt, solche Mitglieder so lange aus ihrer Mitte auszuschliessen, als sie in diesem Verhalten verharren.«

Sollten diese Verhandlungen zu keinem Resultat führen, was nach den bisherigen Erfahrungen mit diesen Leuten als wahrscheinlich zu betrachten ist, so bietet schon die angeführte Lübecker Resolution den Berliner Parteigenossen eine ausreichende Handhabe, das Tischtuch zwischen der Partei und den *Anarchosozialisten* zu zerschneiden. Ein Parteitagsbeschluss würde sich dann erübrigen. Der Mannheimer Parteitag hätte zweifellos mit grosser Mehrheit die Resolution des Parteivorstandes und der Kontrollkommission angenommen, wenn die Abstimmung darüber nicht durch den Antrag Fischer, durch welchen den *Anarchosozialisten* nochmals Gelegenheit zur Umkehr geboten wurde, vorläufig verschoben worden wäre.

Durch ihre Beschlüsse hat sich die *Freie Vereinigung deutscher Gewerkschaften* längst ausserhalb des Rahmens der Parteiorganisation gestellt. Im August 1904 referierte in einer ihrer öffentlichen Versammlungen Dr. Friedeberg über *Parlamentarismus und Generalstreik*. Er erklärte dort:



»Wir werden dem allgemeinen Wahlrecht keine Träne nachweinen. Der Parlamentarismus ist ein Instrument der herrschenden Klassen, er hat uns keinen Vorteil gebracht. ›Der Generalstreik ist das einzige Mittel, womit man den Klassenstaat tödlich treffen kann.«

Und er fand für diese Ausführungen die volle Zustimmung der Versammlung. Die angenommene Resolution ist im selben Sinne gehalten; mit der parlamentarischen Betätigung, heisst es darin, sei notwendigerweise eine Verschleierung der Ziele des Sozialismus verbunden. Auch in der im September 1905 in der *Feenpalast*versammlung angenommenen Resolution wurde der Generalstreik als das einzige Mittel zum Sturze des Kapitalismus bezeichnet. Der im April dieses Jahres abgehaltene siebente Kongress der *Freien Vereinigung* beschloss, die 1897 erfolgte Prinzipienerklärung, wonach die lokalistischen Gewerkschaften auf dem Boden der sozialdemokratischen Partei stehen, zu streichen, und nahm mit allen gegen eine Stimme (die der Frauengewerkschaft) eine programmatische Erklärung an, wonach der Klassenkampf »im Sinne des revolutionären Sozialismus« zu führen ist, und zwar durch die »Propaganda für die Idee des Massen- respektive Generalstreiks«. In der sogenannten *Einigkeit* wurde dann am 22. September noch nachdrücklich erklärt:

»Unser Weg ist vorgezeichnet. Allen revolutionären Geistern innerhalb der deutschen Proletarierklasse sind die Türen zu unseren Organisationen geöffnet, und werden wir, trotz Parteitagsbeschlüsse, als gewerkschaftliche Klassenkampforganisationen den Beschlüssen folgen, die auf unseren Kongressen gefasst werden. Als Gewerkschaftler galten für uns die Beschlüsse des siebenten Kongresses der *Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften*.«

Man hätte annehmen sollen, die Feststellung dieser Tatsachen müsste allein schon genügen, um diese Leute, die im Sinne unseres Programms gar keine

Parteigenossen sein wollen, sondern die Zugehörigkeit zu unserer Partei nur dazu ausnutzen, um in unseren Versammlungen Propaganda für ihre konfusen Ideen zu machen, von den Rockschössen der Partei abzuschütteln. Indes, diese *Genossen,* die in jeder Nummer ihres Blattes unsere Grundsätze und Beschlüsse verhöhnen, fanden merkwürdigerweise eifrige Verteidiger in den Genossen Zubeil, Ledebour und Rosa Luxemburg, die diese *linksstehenden Genossen* in der Partei absolut nicht missen wollten. Aus dem Umstand, dass diese Leute ausser ihrer Propaganda gegen die Grundsätze und die Tätigkeit der Partei ebenfalls auf gewerkschaftlichem Gebiet sich als Schädlinge erwiesen haben, schlossen sie — gerade nicht sehr logisch —, der Antrag des Parteivorstandes beabsichtige eine direkte Einmischung in gewerkschaftliche Angelegenheiten, und deshalb dürfe die Partei diese *braven Genossen,* wie sie Rosa Luxemburg nannte, nicht ausschliessen. Die selben Genossen, die bei der vorhergehenden Debatte über den Massenstreik nur Gewerkschaften als vollwertig anerkannten, die vom Geiste der Sozialdemokratie *beherrscht* werden, konnten nun plötzlich nicht einsehen, dass diese Forderung logischerweise bedinge, dass die Partei Gewerkschaften, die vom Geiste des Anarchismus erfüllt sind, ihre Anerkennung versagen müsse. Aber um Anerkennung oder Nichtanerkennung von Gewerkschaften handelte es sich in diesem Falle ja gar nicht; die Resolution des Parteivorstandes verlangt nur, dass Personen, die für die *anarchosozialistischen* Bestrebungen eintreten und für sie agitieren, auf Grund unseres Parteistatuts aus der Partei ausgeschlossen werden. Nicht deshalb, weil sie Lokalorganisierte, sondern, weil sie nach den von ihnen gefassten Beschlüssen *Anarchosozialisten* sind, sollte ihr Ausschluss bewirkt werden.

Allerdings kann nach unserem Dafürhalten auch kein berechtigter Einwand dagegen erhoben werden, dass auf Grund des Parteitagsbeschlusses von Halle /1890/, welcher die zwingende Notwendigkeit betont, dass sich die Arbeiter zur Führung wirtschaftlicher Kämpfe gewerkschaftlich organisieren müssen, und zwar möglichst in zentralistischen Verbänden, und auf Grund des oben angeführten Lübecker Parteitagsbeschlusses die Gewerkschafter ohne weiteres verlangen können, dass die Partei nun bald Schluss mache mit Leuten, die trotz aller Belehrung und Aufklärung die Sonderbündelei und die Zersplitterung der Gewerkschaftsbewegung als Grundsatz proklamieren. Hoffentlich tragen die in Mannheim geführten Verhandlungen dazu bei, dass Leuten, die die *direkte Aktion* gegen jede Aussperrung der Unternehmer propagieren, die durch ständige Wiederholung des Massenstreiks die kapitalistische Gesellschaft desorganisieren wollen, die den Achtstundentag durch Massenstreiks glauben erobern zu können, dass solchen Leuten, die den Arbeitern diesen anarchistischen Unsinn fortgesetzt in Reden und Schriften predigen, die Tore der Partei ein für allemal verschlossen werden. Je eher dies geschieht, desto besser für die Partei und die Gewerkschaften.

Obgleich in der Bebelschen Resolution schon ausgesprochen war, dass die Organisation der sozialistischen Gesellschaft ein Ziel ist, das auch der klassenbewusste Arbeiter der Gewerkschaft notwendig erstreben muss, beantragte Genosse Kautsky völlig überflüssigerweise, ihr noch folgenden Satz anzufügen: ›Um aber jene Einheitlichkeit des Denkens und Handelns von Partei und Gewerkschaft zu sichern, die ein unentbehrliches Erfordernis für den siegreichen Fortgang

des proletarischen Klassenkampfes bildet, ist es unbedingt notwendig, dass die gewerkschaftliche Bewgung von dem Geiste der Sozialdemokratie beherrscht werde.«

Auf Antrag des Genossen Dr. Quarck strich der Parteitag das Wort *beherrscht*, setzte dafür *erfüllt* und nahm mit dieser Änderung das Amendement Kautsky an. Eine lebhafte Debatte wurde geführt über folgenden, ebenfalls von Kautsky beantragten weiteren Zusatz:

»Es ist daher Pflicht eines jeden Parteigenossen, in diesem Sinne in den Gewerkschaften zu wirken und sich bei der gewerkschaftlichen Tätigkeit, wie bei jeder anderen öffentlichen Betätigung an die Beschlüsse der Parteitage gebunden zu fühlen.«

Der erste Teil bis *zu wirken* wurde angenommen, der letzte von Kautsky selber zurückgezogen, nachdem ihm allseitig von den anwesenden Gewerkschaftern erklärt worden war, dass man ihn schon aus taktischen Gründen nicht akzeptieren könne. Dieser, nunmehr zurückgezogene, Satz beweist im übrigen, dass Kautsky von der Gleichberechtigung von Partei und Gewerkschaft in der Praxis nicht allzuviel hält. Können sich Partei und Gewerkschaft nicht einigen, so muss sich nach Kautsky der eine Teil notwendigerweise unterordnen, und die geistige Oberherrschaft gebührt *selbstverständlich* der Partei. Dass nach den Grundsätzen der Demokratie noch ein anderer Weg gangbar wäre, nämlich der der Urabstimmung, daran scheint Kautsky nicht gedacht zu haben. Wahrscheinlich würde auch seine Auffassung, die schon durch die Worte *beherrscht* und *gebunden* charakterisiert wird, eine derart demokratische Lösung nicht zulassen. Die Partei ist die oberste Instanz, der Gewerkschaftsführer hat sich ihren Beschlüssen unterzuordnen, selbst, wenn diese vielleicht die Existenz seiner Gewerkschaft gefährden.

Man sage nicht, derartige Beschlüsse seien nicht möglich. Wenn zum Beispiel anstatt der ruhigen, besonnenen Genossen, die in diesem Jahr im Parteivorstand sassen, preussische Wahlrechtsmassenstreikler von links und rechts in ihm die Mehrheit gehabt hätten — was als ganz ausgeschlossen doch auch wohl nicht erklärt werden kann —, hätte schon der Fall eintreten können, dass die Gewerkschaftsführer zu der Erklärung gezwungen gewesen wären: wir glauben, es nicht verantworten zu können, einen solchen Beschluss durchzuführen. Ohne die Gewerkschaften ist ein politischer Massenstreik nicht mit Erfolg durchzuführen, deshalb kann es bei einer eventuellen Beschlussfassung über diese Frage auch keine Unterordnung des einen Teiles unter den anderen, sondern nur eine gegenseitige Verständigung geben. Auch in Fragen der sozialpolitischen Gesetzgebung dürfte das Diktum, die Gewerkschaftsführer haben sich den Beschlüssen von Parteitagen einfach zu fügen, in allen Fällen schwer durchzuführen sein. Die grössere Sachkenntnis über die gewerblichen Verhältnisse dürfte in der Regel auf seiten der Gewerkschaftsführer sein; von ihnen zu verlangen, sie müssten gegen ihre bessere Überzeugung für alle Beschlüsse eintreten, die die Partei fasst, würde in den Kreisen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter auf die grösste Opposition stossen. Derartige Differenzen erledigt man nicht dadurch, dass man von dem anderen Teil verlangt, er müsse sich fügen; wie Meinungsverschiedenheiten zu schlichten sind, dürfte bei praktischem Zusammenwirken sich schon von selbst ergeben. Voraussetzung für ein gemeinsames Arbeiten ist der gute Wille auf beiden Seiten; wo dieser vorhanden ist, findet sich der Weg zu einer Verständigung von selbst.



»Beide Organisationen sind in ihren Kämpfen auf gegenseitige Verständigung und Zusammenwirken angewiesen«, heisst es in der angenommenen Resolution Bebel. Diese Deklaration ist ein gewaltiger Fortschritt gegenüber früheren Auffassungen, sie enthält die Anerkennung der Gleichberechtigung der Gewerkschaften mit der Parteiorganisation in der Führung unserer Gegenwartskämpfe. Von grossem Wert ist auch, dass Bebel sich entschieden dagegen aussprach, den Gewerkschaften den Stempel politischer Parteiorganisationen aufzudrücken, und ausdrücklich seinen Standpunkt, den er in seiner Schrift über die Neutralität der Gewerkschaften niedergelegt hat, auf dem Mannheimer Parteitag nochmals bekräftigte.

Nach dem angenommenen Amendement Kautskys zu der Bebelschen Resolution sind die Gewerkschaften »nicht minder notwendig, wie die sozialdemokratische Partei«; in der Resolution heisst es: »Die Gewerkschaften sind unumgänglich notwendig für die Hebung der Klassenlage der Arbeiter innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft«; nicht ausgesprochen wird, dass sie nicht minder notwendig sind zur Anbahnung und Organisierung der sozialistischen Gesellschaft. Aus taktischen Gründen halte ich eine Deklaration des Parteitages nach dieser Richtung hin nicht für zweckmässig. Betonen möchte ich jedoch an dieser Stelle, dass ich, wie Marx dies in der auf dem Genfer Kongress beschlossenen Resolution ausspricht, die Gewerkschaften ebenfalls als »organisierte Beförderungsmittel der Aufhebung des Systems der Lohnarbeit und Kapitalherrschaft selbst« betrachte, ja, dass ich mit dem Beginn der sozialistischen Gesellschaft die Aufgaben der Gewerkschaften keineswegs für erledigt halte. Zur Regelung der Produktion werden wir auch in der zukünftigen Gesellschaft der Gewerkschaften benötigen, ihre Tätigkeit dürfte dann sogar noch weit wichtiger sein, als in der gegenwärtigen Gesellschaft. Der Gedanke, in der sozialistischen Gesellschaft von einer Zentralstelle aus den gewaltigen Organismus eines nationalen Gemeinwesens regeln, *beherrschen* zu wollen, widerspricht so sehr den Grundsätzen der Demokratie, dass die Sozialdemokratie ihn entschieden ablehnen muss.

Die Tage von Mannheim sind vorüber; die Bedeutung der dort gefassten Beschlüsse wird erst in späterer Zeit ersichtlich werden. Die Gewerkschaftsführer legten grossen Wert darauf, dass in der Resolution die Beschlüsse von Cöln und von Jena als nicht im Widerspruch zu einander stehend bezeichnet würden. Weshalb? Persönlicher Rechthaberei wegen sicherlich nicht, sondern einzig und allein deshalb, weil sie den die gewerkschaftliche Organisationsarbeit nicht fördernden Streit über den Sinn der beiden Resolutionen aus der Welt schaffen wollen. Nach dem Mannheimer Beschluss wird sich hoffentlich eine Erörterung über den Streit auf dem nächsten Gewerkschaftskongress erübrigen, durch die eventuell neuer Konfliktsstoff geschaffen werden könnte. Es wäre eine nie wieder gut zu machende Torheit gewesen, angesichts der Tatsache, dass die Partei schon im nächsten Jahr mit den Vorbereitungen zur Reichstagswahl zu beginnen hat, nicht schon auf diesem Parteitag die Streitaxt zu begraben. Die Führer der Partei haben sich in Mannheim als weitsichtige Politiker erwiesen; von der innersten Überzeugung durchdrungen, dass, sollen unsere Kämpfe Erfolge zeitigen, Partei und Gewerkschaften einig und geschlossen handeln müssen, hielten sie es für notwendig, dies auch in den Beschlüssen zum Ausdruck zu bringen.

Jetzt gilt es, im Sinne der gefassten Beschlüsse zu handeln: mit Mannheim beginnt in der Tat ein neuer Abschnitt in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Partei- und Gewerkschaftsführer haben nach den Mannheimer Beschlüssen die Pflicht, alle wichtigen Aktionen gemeinsam vorzubereiten. Die Schlagfertigkeit der proletarischen Arbeiterarmee ist dadurch erheblich gestärkt worden; mit vereinten Kräften jetzt vorwärts: auf den Feind.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

EDUARD BERNSTEIN · VORFRAGEN EINER SOZIALISTISCHEN THEORIE DER GEWERKSCHAFTSBEWEGUNG

IN der Konferenz der Gewerkschaftsvorstände im Februar dieses Jahres sagte Genosse Bringmann:

›Freilich bin ich dafür, dass endlich eine Theorie der Gewerkschaftsbewegung formuliert wird. Ich sehe darin sogar eine Lösung der Frage, wie in Zukunft Auseinandersetzungen zwischen Partei und Gewerkschaftsbewegung vermieden werden können. [*Sehr richtig!*] Es kommt darauf an, die Gewerkschaftsbewegung und ihre Aufgaben theoretisch zu erfassen. Ich wünsche, dass Legien die Sache übernimmt . . . . Die Gewerkschaften müssen aus sich selbst heraus die Theorie entwickeln, stark genug sind wir dazu, und logische Begriffe werden die Gewerkschaften auch umschreiben können.‹

Diese Äusserung hat bei einigen Leuten in der Partei zunächst lebhaften Widerspruch hervorgerufen. Es ward als halber Verstoss gegen die sozialistische Lehre erklärt, eine besondere Gewerkschaftstheorie zu verlangen. Was davon nötig sei, sei ja schon durch die Klassenkampftheorie gegeben. Werde jetzt eine eigene Gewerkschaftstheorie verlangt, so könne dahinter nur die Absicht stecken, an der Klassenkampftheorie zu nagen. Folglich müsse der Gedanke bekämpft werden. Der Widerspruch ist später etwas gemildert worden. Es ward eingeräumt, dass es innerhalb der Gewerkschaftsbewegung beziehungsweise des Gewerkschaftskampfes, Fragen gebe, die eine theoretische Behandlung erheischen. Gegen eine Theorie solcher spezifischer Gewerkschaftsfragen lasse sich daher nichts einwenden. Aber darüber hinaus eine Gewerkschaftstheorie verlangen, zeuge von Unklarheit, wenn nicht von Schlimmerem.

Mittlerweile haben die von der *Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands* veranstalteten gewerkschaftlichen Lehrkurse ihren Anfang genommen, und an ihrer Spitze stand ein Kursus des Genossen Carl Legien über *Geschichte und Theorie der deutschen Gewerkschaftsbewegung*, dessen zehnter Vortrag speziell die Theorie der Gewerkschaftsbewegung behandelt, und dessen abschliessender (zwölfter) auf sie zurückkommt. Hier nach dem Programm der Inhalt dieser beiden Vorträge:

›10. Die Theorie der Gewerkschaftsbewegung. Die Gewerkschaften haben ihre Aufgaben innerhalb der bürgerlichen Gesellschaften zu erfüllen. — Sie wirken in ihren Bestrebungen dahin, dass die Produktion (der Fabrikbetrieb) vom Absolutismus zur Konstitution und schliesslich zur Demokratie kommt. — Indirekt wirkt so ihre Tätigkeit auch auf die Demokratisierung des Staatsorganismus hin. — Die Gewerkschaften können offiziell als geschlossene Organisation keiner politischen Partei angehören. — Sie sind aber bei Erreichung ihrer Zwecke auf die Mitwirkung der sozialdemokratischen Partei angewiesen und haben deshalb diese Partei als ihre politische Vertretung anzuerkennen und zu unterstützen.‹

»12. Die voraussichtliche weitere Entwickelung der Gewerkschaften. Die Möglichkeit der Vermehrung der Mitglieder und des Eindringens der Gewerkschaften in die heute nicht organisierten Industrieen und Bezirke. — Der Widerstand der Unternehmerorganisationen. — Die Aussperrungstaktik der Unternehmer und der voraussichtlich unvermeidliche Zusammenstoss von organisierter Arbeiterschaft und organisiertem Unternehmertum. — Der Ausgang und die Folgen eines solchen Kampfes. — Die Einwirkung der geplanten Gesetzgebung zur Regelung der Arbeiterberufsvereine. — Der Fortbestand gewerkschaftlicher Organisation bis zur Lösung der Arbeitsfrage.«

Soweit aus diesem Programm ersichtlich, hat sich Legien auf die Behandlung bestimmter wichtiger Fragen der Gewerkschaftstheorie beschränkt, die Einreihung der dabei von ihm entwickelten Grundsätze in die allgemeine Theorie des Sozialismus aber anderen überlassen. Abgesehen davon, dass ihm, wie allen Vortragenden, bei der notwendigerweise karg bemessenen Vortragszeit, grosse Beschränkung in der Auswahl der zu behandelnden Punkte vorgeschrieben war, mag ihn dabei auch der Gedanke geleitet haben, in dem Lehrkursus nicht auf Streitfragen der Partei überzugreifen, eine Zurückhaltung, die man begreifen wird. Aber die Frage der Gewerkschaftstheorie ist nicht bloss eine Frage für die Gewerkschaften. Sie ist zugleich eine der wichtigsten Fragen der sozialistischen Theorie überhaupt. Wenn die Führer des praktischen Gewerkschaftskampfes sich veranlasst sehen, über die Formen und Beziehungen dieses Kampfes zur sozialen Entwickelung im allgemeinen und den politischen Kampf der Arbeiterklasse im besonderen möglichst umfassende Aufklärung in den eigenen Reihen zu verbreiten, so liegt für die Theoretiker des Sozialismus ihrerseits wiederum aller Anlass war, die Entwickelungen der Gewerkschaften in Form und Betätigung aufmerksam zu verfolgen und jeweilig festzustellen, wie sich im Angesicht der vollzogenen Entwickelungen die Gewerkschaftstheorie als integrierender Teil der sozialistischen Lehre gestalten muss, und wie jene Entwickelungen auf diese selbst zurückwirken.

Wer sich heute diese Frage stellt und daran geht, die bisherige Gewerkschaftstheorie der sozialistischen Lehre nachzuprüfen, der wird die wenig erfreuliche Entdeckung machen, dass eine solche Theorie bisher überhaupt nicht oder nur in ganz elementaren Ansätzen existiert, die theoretisch über die noch ganz in Allgemeinheiten sich bewegende Resolution des Genfer Kongresses der *Internationalen* über die Gewerkschaften nicht hinausgehen. Die sozialistische Literatur hat eine Reihe von tüchtigen Broschüren über Zweck, Nutzen und Leistungen der Gewerkschaften, sie hat Broschüren über die Beziehung der Gewerkschaften zur politischen Arbeiterbewegung unter bestimmten Zweckmässigkeitspunkten, sie hat Broschüren und Abhandlungen über Einzelfragen der Gewerkschaftsarbeit, sie hat Abhandlungen über die Geschichte der Gewerkschaftsbewegung, aber an Versuchen, die verschiedenen Gesichtspunkte, die für die Beurteilung der sozialen Aufgabe der Gewerkschaften in Betracht kommen, im Zusammenhang zu untersuchen und aus ihnen eine umfassende sozialistische Theorie der Gewerkschaften zu gewinnen, fehlt es gänzlich. Wer diejenigen, die diesen Mangel empfinden, darauf verweist, dass die Gewerkschaftstheorie schon in der Klassenkampftheorie enthalten ist, der ist entweder selbst ausserordentlich genügsam oder er hält andere für sehr leicht zu befriedigen. Es ist unzweifelhaft richtig, dass Blut eine Flüssigkeit ist, die im Körper des Menschen zirkuliert, aber mit der blossen Feststellung dieser Tatsache kommt die Physiologie des Menschen nicht sehr weit.

Gehen wir indes von der Klassenkampftheorie aus. Schon der erste Schritt wird uns auf eine Vorfrage führen, über die wir uns bei der Erörterung des Problems einer Gewerkschaftstheorie klar sein müssen.

Die Klassenkampftheorie, wie sie der Lehre des modernen Sozialismus zu Grunde liegt, sagt zunächst, dass, seit es Herrschende und Beherrschte, Ausbeuter und Ausgebeutete gibt, die Geschichte der Menschheit eine Geschichte von Klassenkämpfen ist, jedesmal hervorgerufen durch den Gegensatz der Interessen, und dass in der gegenwärtigen Gesellschaft, deren Wirtschaftsgrundlage die kapitalistische Produktion ist, der Klassenkampf in der Hauptsache zwischen den Inhabern der Produktionsmittel, den Kapitalisten, und ihren Verbündeten auf der einen Seite und den von ihnen beherrschten und ausgebeuteten Lohnarbeitern und den diesen gleichgestellten Gesellschaftselementen auf der andern Seite spielt. So weit ist jedoch der Klassenkampf nur als kausalhistorische Erscheinung erklärt, als Folge bestimmter geschichtlich gewordener, in objektiven Tatsachen wurzelnder Gegensätze, und die ihn konstatierende Theorie hat nichts spezifisch Sozialistisches. Liberale und selbst konservative Geschichtsphilosophen haben sie anerkannt, und man kann mit Fug und Recht behaupten, dass eine Gesellschaftslehre, die sie ignorieren oder gar leugnen wollte, damit sich ausserhalb der Wissenschaft stellte. Sozialistischen Charakter erhält die Klassenkampftheorie erst durch die Verbindung mit bestimmten Zwecken und Zielen, mit anderen Worten: als teleologische Lehre respektive, wenn man mit ihr ein bestimmtes sozialistisches Ziel als geschichtlich notwendig verbindet, als sozialistische Geschichtsteleologie. So aber wird sie heute in der Sozialdemokratie aufgefasst, diese Auffassung liegt namentlich da zu Grunde, wo man dem Gedanken einer eigenen Gewerkschaftstheorie misstrauisch gegenübersteht. Der ganze Streit *Partei und Gewerkschaft* hat, wenn man ihn nicht auf das Niveau eines blossen Rivalitätsstreits von Körperschaften herabzerren will, die sich als Selbstzweck betrachten, nur unter diesem Gesichtspunkt Sinn und Berechtigung. Warum er aber hier Berechtigung hat, wird uns klar werden, wenn wir uns das Ziel näher ansehen, das nach der sozialistischen Lehre der von der Arbeiterklasse in der modernen Gesellschaft geführte Klassenkampf hat.

Dieses Ziel heisst: Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse, Sturz der Herrschaft der Kapitalisten und Grundbesitzer, Vergesellschaftung der Produktionsmittel und der Produktion, Beseitigung des Systems der Lohnarbeit. Hiervon sind die ersten drei Punkte theoretisch indifferent. Sie sind zwar an gewisse geschichtliche Vorbedingungen geknüpft, die erfüllt sein müssen, wenn sie möglich sein sollen, und der dritte mag jeweilig grossen praktischen Schwierigkeiten begegnen, aber sie geben der Theorie keine Rätsel auf. Anders der vierte Punkt, der einen grossen inneren Gegensatz birgt.

Die moderne Entwickelung führt zu einer steigenden Ausbreitung des Lohnarbeitsverhältnisses. Das lehrt die sozialistische Theorie, und die Statistik der vorgeschritteneren Länder bestätigt es, wenn auch der Prozess nicht so schnell vor sich geht, als man sich dies früher vorgestellt hat. Er ist die natürliche Folge der Tatsache, dass in Industrie, Handel und Verkehr, teilweise auch in der Landwirtschaft, eine zunehmende Konzentration der Betriebe und noch mehr der Unternehmungen stattfindet. Mit dieser Konzentrationsbewegung steht die Forderung der Vergesellschaftung der Produktionsmittel

theoretisch in vollem Einklang. Vom kapitalistischen Produktionsmonopol zur gesellschaftlichen Produktion ist mindestens begrifflich ein gerader Weg. Wie kommen wir aber von der fortschreitenden Verallgemeinerung der Lohnarbeit zur Aufhebung der Lohnarbeit? Woher dieser Gedanke, diese Forderung?

Gehen wir ihrem Ursprung nach, so führt uns der Weg auf zwei verschiedene Stammwurzeln. Zunächst entspringt und entspricht sie der alten sozialistischen und kommunistischen Utopie. In Mores *Utopia*, in Campanellas *Sonnenstaat*, in Morellys *Naturstaatgemeinden*, in Babeufs *Gleichheitsgemeinschaft*, in Cabets *Ikarien*, in Fouriers *Phalansterium*, in Owens *Harmoniekolonieen* ist für die Lohnarbeit kein Platz. Aber all diesen Idealgesellschaften hat die kapitalistische Entwickelung unbarmherzig ihre Voraussetzungen entzogen. Im Zeitalter der endlosen Kohlenreviere mit immer tieferen und weiter ausgedehnten Kohlengruben und immer gewaltigeren Hüttenwerken, der gigantischen Maschinenfabriken, der Schuh-, Textil-, Möbel- etc.-städte einerseits und des riesenhaften weitverzweigten Menschen- und Güterverkehrs und einer ungeheuer gesteigerten und vervielseitigten Produktion andererseits haben diese Utopieen aufgehört, irgendwelche Denkbarkeit zu haben.

Einen zweiten Ursprung hat die Forderung der Beseitigung der Lohnarbeit in der — Arbeitswerttheorie. Aus der von Ricardo übernommenen Lehre, dass die Arbeit den Wert der Waren bestimmt, zogen bekanntlich im ersten Drittel des vorigen Jahrhunderts sozialistisch gesinnte Leute die Folgerung, dass der Arbeit, verkörpert durch den Lohnarbeiter, auch das Produkt zufallen müsse, dass die Arbeit Recht auf den vollen Arbeitsertrag habe. Und als das Mittel zur Verwirklichung dieses Rechtes empfahlen oder forderten sie die Gründung von Produktivgenossenschaften. Das war in sich durchaus folgerichtig. Bestimmt die Arbeit des Kohlenbergmannes den Wert der Kohle, so ist die Forderung *Dem Bergmann das Bergwerk!* logisch unabweisbar. Wir haben den unsozialistischen Charakter dieser Forderung seit langem erkannt. Kein Sozialist denkt heute daran, den Bergleuten die Bergwerke, den Eisenbahnern die Eisenbahnen, den Maschinenbauern die Maschinenfabriken zu übertragen und zu sagen: Nun schlagt daraus so viel Ertrag, als ihr wollt und könnt, und verteilt ihn dann als eigne Unternehmer unter euch! Aber an der Wertlehre, deren Konsequenz diese Massnahme wäre, halten wir merkwürdigerweise mit einer Starrheit fest, als sei sie von gleicher Wichtigkeit für den Sozialismus, wie das Dogma von der Erbsünde für die katholische Kirche. Und doch sollte uns gerade die Ableitungsgeschichte dieser Wertlehre zur kritischen Haltung ihr gegenüber mahnen.

Ricardos Wertlehre richtete ihre Spitze, wie jeder weiss, gegen das Grundeigentum respektive die Bodenrente. Dieser, nicht dem Kapitalprofit, bestritt Ricardo die wertbildende Potenz.[1]) Der Begriff *Arbeit* schliesst bei ihm den kapitalistischen Unternehmer ein. Seine Werttheorie ist, wie dies Diehl überzeugend nachgewiesen hat, in Wirklichkeit keine Arbeitswerttheorie, sondern eine Produktionskostentheorie. Aber gleichviel, was sie im inneren Grunde war, sie trug das Gewand einer Arbeitswerttheorie, ward für eine solche gehalten und

[1]) Vergl. darüber von neueren Büchern Karl Diehl *David Ricardos Grundgesetze der Volkswirtschaft und Besteuerung*, II. Bd., I. Teil, /Leipzig 1905/, pag. 31 ff. Diehls Erläuterungen zu Ricardo sind jedem zu empfehlen, der sich über Ricardo und die Fortbildung und Kritik seiner Lehren orientieren will. Sie beschäftigen sich unter anderem auch eingehend mit Marx und den ökonomischen Schulen der Gegenwart.

wurde in den Händen der Sozialisten, die den Begriff *Arbeit* ausschliesslich auf die wirtschaftstätige Verausgabung von Arbeitskraft bezogen, zu einer reinen Arbeitswerttheorie, der Marx die konsequenteste Formulierung gab. Aber Marx hat ihr auch den Todesstoss gegeben. Der dritte Band *Kapital* hat mit der Marxschen Lösung des Rätsels von der Gleichheit der Profitraten auch die Auflösung der Marxschen Lehre von der Bestimmung des Werts durch die in den Waren steckenden Mengen abstrakter Arbeit gebracht. Der Austausch der Waren zu ihren (Arbeits-) Werten wird von Marx in die vorkapitalistische Wirtschaftsepoche verlegt, während der Austausch in der entfalteten kapitalistischen Gesellschaft zu den Produktionspreisen, bestehend aus Produktionskosten plus Unternehmerprofit, geschehe, womit wir im Grunde nun erst beim richtigen Ricardo angelangt wären. Was Marx in dieser Hinsicht im dritten Band *Kapital* feststellt, ist, wie aus Ricardos Briefwechsel hervorgeht, gerade das, was Ricardo zu formulieren suchte, ohne jedoch die rechte Form dafür zu finden. Ein sehr instruktives Kapitel, auf das jedoch hier nicht näher eingegangen werden kann.

Was wird aber aus dem Arbeitswert? Ihm wird von Marx schliesslich nur noch eine regulierende Potenz hinter den Kulissen der Bewegung der Preise zugesprochen, indem »Verminderung oder Vermehrung der zur Produktion [der Waren] erheischten Arbeitszeit die Produktionspreise steigen oder fallen macht«. Ein Satz, den jeder Ökonom, ob er nun Grenznutzentheoretiker oder was sonst ist, unterschreiben wird, der mit jeder Werttheorie vereinbar ist. Nicht das ist das wissenschaftlich Anstössige der Arbeitswerttheorie, dass sie der zur Produktion der Waren erheischten Arbeitszeit regulierende Wirkung auf Preis und Wert beimisst, sondern dass sie sie den Wert überhaupt bestimmen lässt, womit er seines wichtigsten Elementes entkleidet wird. Der Begriff *Wert* umfasst als ökonomische Kategorie eine Vielheit von Beziehungen, von denen die wichtigste nicht die Kosten, sondern der soziale Nutzen der in Frage kommenden Gegenstände ist. Um Wert zu haben, muss der Gegenstand einem in der Gesellschaft vertretenen aktiven oder passiven Bedürfnis entsprechen. Das wusste natürlich auch Marx, aber, obwohl er es oft genug betont, behandelt er es als eine für die Wertgrösse gleichgültige Sache und lässt den sozialen Bedarf lediglich auf den vom Wert unterschiedenen Preis einen Einfluss haben. Auf diese Weise schieben sich aber immer mehr Zwischenglieder zwischen *Wert* und Preis, und der erstere hört mehr und mehr auf, ein Schlüssel zu sein für das tatsächliche Wirtschaftsgetriebe der Gesellschaft, die wir vor uns haben. Die zunehmende Verwachsung der Wirtschaftszweige, die als Folge der unablässig vor sich gehenden Teilung und Spezialisierung der Arbeiten und Werkzeuge auf der einen Seite und der auf Grund dieser Differenzierungen sich vollziehenden neuen Zusammenfassungen von Maschinensystemen, Betrieben und Unternehmungen auf der anderen Seite dem Wirtschaftsorganismus ein ganz neues Gesicht gibt, verleiht den Produkten in steigendem Masse den Charakter von Ergebnissen sozialer Arbeit im weiteren Sinne dieses Wortes, und ihr Preis birgt so viele Bruchteile aller möglichen *Werte*, dass seine Zurückführung auf die Arbeit, als unterschieden von den realen Kosten, zur gegenstandslosen Begriffsspielerei wird.

Gegenstandslos und, weil sie nie ein der Wirklichkeit entsprechendes Resultat ergeben würde, auch irreführend. Wie nach Marx selbst der Arbeitswert den

Tausch respektive Kauf und Verkauf in der vorkapitalistischen Periode bestimmt haben soll, aber in der Periode des entwickelten Kapitalismus gegen den Produktionspreis zurücktritt — wie lange hat man in sozialistischen Kreisen fest geglaubt, dass er gerade den Preis in der kapitalistischen Periode bestimme! —, so führen auch alle von ihm ausgehenden Gedankengänge heute auf falsche Pfade. Genauer betrachtet, führt die Arbeitswerttheorie direkt zum Gruppenanarchismus. Wäre sie richtig, so müsste die Auflösung der Gesellschaft in lauter freie Produktionsgruppen möglich sein, was aber faktisch nicht der Fall ist. Weder ist daran zu denken, die Gesellschaft in Phalansterien oder dergleichen aufzulösen, noch ist ihre Auflösung in Gruppen respektive Genossenschaften für sich wirtschaftender Produzenten möglich oder mit den Anforderungen des sozialen Fortschritts vereinbar.

Mit dieser Erkenntnis, die sich jedem, der ohne doktrinäre Voreingenommenheit an diese Frage herantritt, unabweisbar aufdrängt, verliert der Satz *Beseitigung des Systems der Lohnarbeit* für alle absehbare Zeit ebenso jeden Sinn, wie die Idee der Abschaffung des Geldes zur Zeit reine Utopie ist. Im Phalansterium von 20 000 bis 30 000 Menschen kann man allenfalls ohne Geld auskommen und die Inschrift der Abtei von Thelema *Tu, was du willst!* um das Diktum Krapotkins *Nimm vom Haufen!* vermehren. In der Länder und Länderkomplexe mit Millionen und Abermillionen von Menschen umspannenden arbeitsteiligen Volkswirtschaft unserer Zeit — und wir wollen doch darin nicht rückwärts gehen — ist dergleichen undenkbar. Gemeinde und Staat werden den Umkreis ihrer unentgeltlichen Leistungen noch sehr erhöhen, aber die volle Unentgeltlichkeit ist bei der in jeder Hinsicht unübersehbaren Vielheit von Erzeugnissen und Bedürfnissen, die da in Betracht käme, ein Ding der Unmöglichkeit. Mit dem Geld werden wir den Lohn noch sehr lange behalten.[2])

Die Gewerkschaften handeln daher durchaus im Einklang mit den Entwickelungstendenzen der Volkswirtschaft, wenn sie, wie sie das überall tun, unbekümmert um das Schlagwort *Beseitigung des Systems der Lohnarbeit* gerade darauf hinwirken, die Form *Arbeitslohn* aufrechtzuerhalten respektive rein herauszuarbeiten, wenn sie allen Versuchen, durch Gewinnbeteiligung, Kapitalbeteiligung etc. das Lohnarbeitsverhältnis zu verwischen, sich ablehnend gegenüberstellen. Wie gut diese Beteiligungen in einzelnen Fällen auch gemeint sein mögen, so beruhen sie doch auf einer Verkennung der Stellung der Einzelfabrik und ihrer Arbeiter im Wirtschaftsorganismus der Gegenwart. Nicht dem System der Lohnarbeit gilt der Kampf, denn das ist eng mit dem Wesen der arbeitsteiligen Volkswirtschaft verbunden, auf dessen grosse Vorteile die Menschheit nicht wird verzichten wollen, auf das sie gar nicht wird verzichten können. Worauf der Sinn gerichtet sein muss, und worauf er denn auch in der Praxis immer mehr sich richtet, das ist die Fortentwickelung des Systems der Lohnbestimmung. Das Arbeitsverhältnis bleibt im wesentlichen Lohnverhältnis, gleichviel ob die Arbeit im Auftrage von privaten Unternehmern, von Kommunalverwaltungen oder von Staatsanstalten verrichtet wird.

[2]) Wer den Lohn abschaffen will, muss zuerst das Geld abschaffen. Die Unmöglichkeit, in irgendwie absehbarer Zeit sich des Geldes entschlagen zu können, haben selbst für sehr orthodoxe Marxisten geltende Sozialisten zugegeben. Was sie nicht zugeben wollen, oder worum sie sich herumdrücken, das sind die aus dieser Einsicht mit Notwendigkeit sich ergebenden Folgerungen. Man wird aber nie zu einer den Gewerkschaftsaufgaben gerecht werdenden Theorie gelangen, solange man die sozialistische Theorie nicht der ihr aus der kleinbürgerlichen oder spekulativen Utopie anhaftenden Überbleibsel entkleidet.

Aber das System der Lohnbestimmung, die Methoden der Lohnberechnung, das ganze Rechtsverhältnis des Arbeiters in der Arbeit, das sind Dinge, die schon heute immer mehr Kollektivcharakter annehmen respektive kollektiver Festsetzung und Überwachung unterstehen, und diese kollektive Regelung immer mehr im Sinne eines ganzen Arbeitsrechts zu entwickeln, das den Arbeiter gegen Lohndruck beim Entgelt der Arbeit, gegen Willkür und Günstlingswirtschaft bei Leitung und Verteilung der Arbeiten, gegen Willkür und Günstlingswirtschaft bei Aufnahme und Lösung des Arbeitsverhältnisses sicher stellt, das ist ein Stück sozialistischer Arbeit, das zwar nicht ausschliesslich von den Gewerkschaften verrichtet werden kann, das aber doch im wesentlichen ihnen zufällt, für dessen Besorgung sie unentbehrlich sind, und das ihnen auch für die Zeit noch Funktionen zuweist, wo die kapitalistische Herrschaft ihr Ende gefunden haben wird.

Denn, wie der Gedanke, das Lohnsystem vollständig abzuschaffen, als utopistisch aufgegeben werden muss, so ist auch der so schöne Gedanke, die *Arbeit* überhaupt dadurch abzuschaffen, dass man sie durch die anziehende und abwechselnde Beschäftigung ersetzt, wie dies Fourier und dessen Vorgänger Morelly vorschwebte, für die absehbare Zukunft ins Traumland zu verweisen. Durch Vervollkommnung der Technik, durch Fortentwickelung der Fabrik- etc.-hygiene, durch starke Verkürzung der Arbeitszeit kann und wird die Arbeit mancher ihr heute anhaftender Unannehmlichkeiten entkleidet werden; aber die Grubenarbeit, die Arbeit in mechanischen Webereien, die Arbeit in Schmelzhütten, in Schuhfabriken, in Steinbrüchen etc. *anziehend* zu gestalten, das wird der Technik schon deshalb schwerlich jemals gelingen, weil jeder ihrer Fortschritte die Menschen in grössere Abhängigkeit, sei es von der einzelnen Maschine, sei es vom Räderwerk des Betriebes als Ganzem, gebracht hat. Anziehend ist nur die Beschäftigung, die in sich selbst entweder das Moment der Abwechselung oder das der schöpferischen Betätigung trägt, und beides wird der modernen Arbeit für die grosse Masse der Arbeiter immer wieder durch Vervollkommnung der Technik entzogen. Und wenn auch die Technik die Berufsgrenzen fortgesetzt ändert, hier die Mauern, die bisher Beruf von Beruf trennten, sehr verdünnt und dort sie vielleicht ganz niederreisst — man denke nur, wie nahe sie den Tischler, den Schuhmacher etc. durch deren Maschinen dem Mechaniker, den Schreiber durch die Schreibmaschine dem Schriftsetzer, den Kutscher durch den Kraftwagen dem Schlosser gebracht hat, etc. etc., und wie sehr sie damit den Übergang von Beruf zu Beruf schon erleichtert hat! —, die Berufsarbeit hat sie darum doch nicht abgeschafft. Wo handwerksmässig produziert wurde, war es möglich, zwei Stunden Werkstattarbeit zu machen und dann eine Weile Gartenarbeit zu verrichten, und ähnliches; mit dem modernen Fabrikorganismus ist solcher Spass unvereinbar. Die Organisation der modernen Fabrik erheischt Unterordnung der einzelnen unter die Bedürfnisse des Gesamtbetriebes, ein ununterbrochenes Hand in Handarbeiten vieler. Sie duldet so wenig Launen der einzelnen, wie dem Strassenbahnfahrer die Freiheiten erlaubt sind, die der Droschkenkutscher sich gestatten durfte.

Daran kann kein Sozialismus etwas ändern, wollen wir nicht die Produktion, den Verkehr etc. enorm verteuern und damit den gesellschaftlichen Reichtum wieder entsprechend vermindern. Jenseits der Fabrik und der ihr entsprechen-

den sonstigen Unternehmung beginnt das Reich der Freiheit, das Reich der anziehenden und abwechselnden Beschäftigung, und wir werden dieses Reich um so mehr ausdehnen und ausstatten, allen ein um so grösseres Quantum Musse und um so reichere Mittel zur freien und schöpferischen Selbstbetätigung sichern können, je mehr in der Fabrik selbst Ordnung und Gesetz herrschen. Darüber zu wachen, dass sie demokratische Ordnung, demokratisches Gesetz werden und, soweit erreicht, bleiben, dazu sind heute und in alle absehbare Zukunft die Gewerkschaften da.

Darüber muss man sich klar werden, um die Mission der Gewerkschaften in ihrer ganzen geschichtlichen Tragweite zu erfassen. Es ist das nicht die einzige Vorfrage, die für eine sozialistische Theorie der Gewerkschaftsbewegung in Betracht kommt, und ich gedenke daher, diesem Thema noch einige weitere Aufsätze zu widmen.[3]) Aber schon ihre Erörterung wird erkennen lassen, dass eine sozialistische Theorie der Gewerkschaftsbewegung möglich und notwendig ist und wie sehr ihre Ausarbeitung gebunden ist an eine Nachprüfung der überlieferten Theorieen des Sozialismus, und dessen, was man dafür gehalten hat.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

JOHANN LEIMPETERS · KRITISCHE STREIKBETRACHTUNGEN

LOKALE Sklavenaufstände der Neuzeit: das sind die modernen Streiks, die die kapitalistische Produktionsweise gezeitigt hat; man wird mit ihnen zu rechnen haben, solange diese Produktionsweise selber besteht, und sie werden in allen Berufen, besonders aber da, wo organisierte Arbeiter organisierten Unternehmern gegenüberstehen, an Schärfe und Intensität zu-, nicht abnehmen. Das hat der Ausgang verschiedener Streiks, namentlich in der Bergwerksindustrie, das haben die grossen Aussperrungen der letzen Zeit gezeigt. Der Abschluss kollektiver Arbeitsverträge, die Einführung von Tarifgemeinschaften in allen Berufen würde die soziale Frage nicht lösen und ebensowenig die Ära der Streiks schliessen, denn ein plötzlicher Konjunkturwechsel oder unvorhergesehene Ereignisse werfen schliesslich auch den allerschönsten Tarifvertrag über den Haufen; aber es würde dann nicht mehr einer Bagatelle halber zu gewaltigen Streiks kommen, wie heute in denjenigen Industrieen, wo das Unternehmertum im Cäsarenwahn protzenhaft auf das Recht des *Herrn im Hause* pocht und jedes Entgegenkommen prinzipiell ablehnt. Wie mancher Streik hat schon geführt und wird noch geführt werden müssen zur Erringung der elementarsten Forderungen, die jeder rechtdenkende Mensch für selbstverständlich hielt, und deren Berechtigung und Durchführbarkeit selbst die Unter-

[3]) Es ist das umsomehr angezeigt, als immer wieder auf ungenügende Beobachtungen Theorieen aufgebaut werden. So hat man die sehr instruktiven Briefe Otto Hues über die Arbeiterverhältnisse und die Gewerkschaften in der Bergwerks- und Hüttenindustrie Englands sofort zu einer ganzen Theorie uber die englische Gewerkschaftsbewegung ausgeschlachtet. Aber was für die Bergwerks- und Hüttenindustrie richtig ist, trifft ganz und gar nicht für die Textilindustrie zu, und in dieser bestehen wieder die grössten Unterschiede zwischen Baumwoll- und Wollindustrie. Eine so alte und so umfangreiche Bewegung lässt sich nicht nach einer Schablone abtun. Hier spielen die geschichtlichen Umstände, insbesondere die spezifischen Produktionsverhältnisse der einzelnen Industrieen, eine so grosse Rolle bei der Gestaltung der Gewerkschaften, dass schon etwas mehr dazu gehört, ein zutreffendes Urteil abzugeben.

nehmer nicht abzustreiten wagten! Aber *Abtrotzen lassen wir uns nichts!*, und gutwillig gewähren sie nichts, weil sie jedes Entgegenkommen zurückweisen, folglich muss es ihnen abgerungen werden.

Manche Verbesserungen haben sich die Arbeiter durch hartnäckige und kostspielige Streiks errungen — selbst ein verlorener Streik kann unter Umständen für sie Vorteile bringen —, aber auch schon manche schmerzliche Wunde dabei geholt. Es gilt deshalb, dort, wo eine Lohnbewegung, die zu einem Streik führen kann, von einer Organisation eingeleitet, geleitet und unterstützt wird, alle Chancen genau zu prüfen, genau die Position der Gegner mit der eigenen zu vergleichen und erst dann, wenn die Wahrscheinlichkeit oder Möglichkeit eines Erfolges vorhanden ist, dieses Kampfmittel anzuwenden. Nichts rächt sich schlimmer, als wenn man von vornherein die Macht der Gegner unterschätzt, seine eigene dahingegen überschätzt. Besser umgekehrt und danach den Operationsplan eingerichtet! Sieht man von vornherein, dass der Erfolg nur sehr problematisch ist, so sollte man den Kampf nicht wagen. Denn wer einen Krieg proklamiert, den er verhindern konnte, trägt auch für dessen Folgen die Verantwortung. Wo der Kampf spontan, eruptiv entbrennt, gleich einer Revolution, ohne vorherige Einreichung einer Lohn- oder sonstigen Forderung — wie das bei den grossen Bergarbeiterstreiks von 1899 und 1905 der Fall war —, da fällt die Verantwortung einzig und allein auf die Unterdrücker der Arbeiterschaft zurück, und ein solcher Streik kann wohl für die Arbeiter, aber niemals für ihre Organisation verloren gehen. Reicht die Widerstandskraft der Arbeiter nicht aus, ihren Peinigern auch nur eine Forderung abzuringen, müssen sie blutenden Herzens und mit aufeinandergebissenen Zähnen ins alte Joch zurückkriechen, so setzt sich ein unaustilgbarer Hass gegen ihre Tyrannen, denen sie all ihr Unglück zuschreiben, bei ihnen fest, und sie sind jederzeit bereit, von neuem gegen sie zu kämpfen. Ganz anders ist es aber, wenn ein planmässig eingeleiteter Lohnkampf, gestützt auf die Macht der Organisation, den selben Ausgang nimmt. Dann ergreift die Arbeiter eine allgemeine Resignation, sie verlieren das Vertrauen zur Macht ihrer Organisation, und es ist sehr schwer, einmal verlorenes Vertrauen wieder zu erobern.

Am erfolgreichsten sind Streiks für die Arbeiter, wenn sie in richtiger Ausnutzung der Konjunktur geführt werden, und wenn die Arbeiter selbst gut organisiert sind, über bedeutende Hilfsmittel verfügen und womöglich einem unorganisierten, sich im gegenseitigen Konkurrenzkampf bekämpfenden Unternehmertum — heute allerdings noch seltener, als ein *Georgstaler* — gegenüberstehen oder gegen solche Unternehmer kämpfen, die direkt von der Produktion leben müssen, denen durch eine Arbeitseinstellung förmlich die Lebensader abgebunden wird. Das trifft aber fast nur noch auf die handwerksmässigen Kleinbetriebe, die mit wenig oder gar keinem Kapital arbeiten, und schliesslich noch auf das Baugewerbe zu; deshalb auch hier die verhältnismässig vielen erfolgreichen Streiks. Die meisten Bauunternehmer *arbeiten* mit Wechseln und werden von fälligen und schon prolongierten Wechseln oft direkt verfolgt, dass sie kaum den Tag der Fertigstellung des ihnen übertragenen Neubaus abwarten können, an dem die Hypothek aufgenommen wird, womit sie sich die bösen Dinger dann vom Halse schaffen können. Andere, die gleichzeitig Bauspekulanten sind, haben Baugelände, wofür schon die Bauzeichnungen fertig liegen und auch der Termin der Fertigstellung des Hauses bestimmt ist. Eine

unerwartete Arbeitseinstellung schiesst da gleich einem Blitz in die Kalkulationen, und dem Unternehmer bleibt schliesslich nichts anderes übrig, als entweder nachzugeben oder — den Bankerott anzusagen. Nicht viel besser sind auch die *Krauter* in den anderen kleinen Berufen gestellt. Solche Unternehmer sind zum Verhandeln eher geneigt, und bei den Unterhandlungen kommt auch meistens für die Arbeiter etwas heraus; man erkennt die Organisation als Vertreter der Arbeiter an und macht ihr Konzessionen.

In der Grossindustrie aber, besonders in den riesigen Hüttenwerken und dem Bergbau, liegen die Verhältnisse anders, für die Arbeiterschaft so schlecht, wie nur möglich. Hier haben wir es einerseits mit den besten Unternehmerorganisationen und den *Rauhreitern* des Kapitals, anderseits mit einer heute noch schlecht organisierten, dazu in 5 bis 6 sich gegenseitig bekämpfenden Verbänden auseinanderorganisierten und aus allen Ländern bunt zusammengewürfelten, indifferenten Arbeiterschaft zu tun. Wie wenig die Bergarbeiter bis heute zur Führung eines ernsthaften Streiks organisiert waren und auch noch sind, erhellt wohl am besten die Tatsache, dass während des Generalstreiks der Ruhrbergleute, an dem 200 000 Arbeiter beteiligt waren, der *alte* Bergarbeiterverband um 65 000, der christliche um 40 000 Mitglieder aus den Streikenden zugenommen hat. Es liess sich demnach über die Hälfte der Streikenden erst während des Streiks in die Organisation aufnehmen, und man wird nicht übertreiben, wenn man behauptet, dass ausserdem noch viele Tausende gar nicht beigetreten sind, sondern unorganisiert blieben. Und dabei ist das Ruhrrevier schon das bestorganisierte Bergwerksrevier Deutschlands! Schlimmer noch liegen die Verhältnisse in den anderen Revieren. Beim Streik der mitteldeutschen Braunkohlenarbeiter, der 4000 Streikende umfasste, traten dem Verband 4900 Mitglieder bei, also mehr, als sich am Streik beteiligten; und in Schlesien betrug der Zuwachs des Verbandes bei 2000 Streikenden 1600. Bei solchen Organisationsverhältnissen und bei der gewaltigen Macht der Unternehmer braucht man sich nicht darüber zu wundern, dass bis jetzt noch sämtliche Bergarbeiterstreiks von dem Waldenburger /1869/ bis zum mitteldeutschen Braunkohlenarbeiterstreik /1906/ so gut wie vollständig verloren gegangen sind. Und, was das Schlimmste ist: es ist auch in absehbarer Zeit, solange die gewerkschaftliche Schwäche und Zerrissenheit besteht, keine Aussicht vorhanden, den Grubenprotzen mit einem Streik beizukommen. Diese befinden sich vielmehr dank ihrer vorzüglichen Organisation in permanenter Kriegsbereitschaft, und ihre Syndikusse verstehen besser die Zeichen der Zeit zu deuten, als die römischen Auguren die Auspizien. Die Vorratsmagazine sind innen so weit gefüllt, dass sie länger anhalten, als die Bergleute aushalten können, so dass eine direkte, allgemeine, das ganze Land drückende Kalamität bei einem Revier- oder gar nur Belegschaftsstreik nicht entsteht. Beim Streik der Ruhrbergleute hat es sich gezeigt, dass die 3- bis 4wöchige Arbeitseinstellung von 200 000 Arbeitern es nicht vermochte, eine Sachlage herbeizuführen, die die Gesamtbevölkerung derart aufpeitschen musste, dass sie gegen den Trotz der Grubenpaschas anders als mit Resolutionen eingeschritten wäre. Die Eisenbahnen, die Dampfschiffe, die elektrischen Strassenbahnen fuhren, wie immer, und selbst die grossen Hüttenwerke konnten ihre Betriebe in grossem Umfange aufrecht erhalten. Letztere aber sind bei den Zechen fast durchweg fusioniert oder doch versippt, so dass sie bei einer wirklichen Kalamität nicht gegen die hochmütigen Grubenkönige Stellung nähmen, sondern sich an ihren Arbeitern schad-

los zu halten suchten. Ein wirklicher Druck gegen diese würde eben nur dann ausgeübt werden, wenn der Notstand ein so umfassender würde, dass jeder einzelne Bürger darunter zu leiden hätte; denn erst dann, wenn der Spiesser seine Kartoffeln roh essen und im kalten Zimmer sitzen muss, wird er revolutionär. Beim Streik der pennsylvanischen Anthrazitkohlengräber /1902/ schritten die Bürger von New York erst dann gegen die Grubenbesitzer ein, als sie durch deren Hartnäckigkeit frieren mussten; und von den Deutschen kann man erst recht nichts anderes erwarten. Eine solch umfassende Kalamität erreichen wir durch einen Revierstreik aber nicht.

Die Grubenbesitzer bekämpfen sich nicht gegenseitig in wilder Konkurrenz und suchen keineswegs, den Markt einander streitig zu machen, sondern sie unterstützen sich zur gemeinschaftlichen Auspoverung der Konsumenten und Unterdrückung der Arbeiterschaft, und das sogar international. Die Syndikate, nicht die einzelnen Unternehmer, setzen heute die Preise fest, sie regeln auch den Versand im gesamten Syndikatsbezirke und geben die Produkte vielfach unter einer allgemeinen Marke und zum gleichen Preise zum Verkauf, obwohl sie von sehr verschiedener Qualität sind. Die Besitzer von Gruben, die ein besseres Produkt liefern, haben nichts dagegen, wenn das Syndikat auch für das schlechte Produkt den selben Preis fordert; das nennen sie *Altruismus*, während es in Wirklichkeit nur eine raffinierte Ausbeutung der Konsumenten ist. Dieser *Altruismus*, diese Klassensolidarität offenbart sich bei einem Streik, wo es gilt, die Arbeiter niederzuschmettern, noch viel mehr, indem die Grubenbesitzer durch Zuführung von Kohlen ihren bestreikten Kollegen aus der Klemme helfen. Das geschieht sogar in solchem Masse, dass 1900, während des Streiks der österreichischen Kohlengräber, heimische Fabriken wegen Kohlenmangel Feierschichten einlegen mussten, weil die Kohlen in Massen nach Österreich verschickt wurden: eine recht *nationale* Tat! Während des letzen französischen Bergarbeiterstreiks, der anlässlich der schrecklichen Katastrophe von Courrières ausbrach, gingen täglich über den Bahnhof Cöln an 300 Waggons Kohlen nach Frankreich, die fast ausschliesslich aus dem Ruhrrevier kamen. Andere gingen über München-Gladbach und Aachen, schliesslich die aus Mittel- und Süddeutschland über Metz. So versorgten die deutschen Grubenbesitzer Frankreich derartig reichlich mit Kohlen, dass eine Kalamität verhindert wurde. Und die deutschen Bergarbeiter? Trotz der Mahnrufe der *Bergarbeiterzeitung*, der Parteiblätter und der Versammlungsreden, alle Überschichten zu verweigern, verfuhren sie solcher, soviel die Grubenverwaltungen nur haben wollten, sie fielen somit ihren französischen Kameraden als Streikbrecher in den Rücken! Das taten die selben Bergleute, die im Jahre vorher in ihrem gewaltigen Ringen die Solidarität der ausländischen Kameraden erbeten und den Beschluss — leider auch nur Beschluss ohne Tat geblieben! — der Belgier und Engländer, der es den Grubenbesitzern dieser Länder untersagte, Kohlen nach Deutschland auszuführen, solange in Deutschland der Streik andauere, jubelnd und mit Händeklatschen begrüsst hatten! Ebenso, wie die Grubenbesitzer bei einem ausländischen Streik Kohlen in grossen Massen ins Ausland werfen, die Produktion durch Überschichten bedeutend erhöhen, ebenso suchen sie einen Produktionsausfall durch einen Revierstreik im eigenen Lande zu decken; und solange die Bergleute nicht zum passiven Widerstand erzogen sind, solange sie nicht aus

Solidarität mit ihren kämpfenden Brüdern grundsätzlich jede Überschicht verweigern und, noch mehr, selbst die regelmässige Schichtleistung einschränken, wird eine vorübergehende Arbeitseinstellung von 10-, 20- und selbst 50 000 Bergleuten für den Gesamtbergbau keine erhebliche Produktionsverminderung erzielen können. Vorher aber haben die Streiks keine Aussicht auf Erfolg.

Wirtschaftlich ist den Grubenbesitzern durch einen Streik erst recht nicht mehr beizukommen. Durch eine langjährige glänzende Geschäftsperiode und durch gewaltige Fusionen ist der Grubenbesitz durchweg in den Händen wirklicher Kapitalmagnaten, die monatelang, wie ein Hamster, von ihrem Fett zehren können und dazu noch, falls die Not an sie herantreten sollte, von ihrer Organisation reichlich unterstützt werden. Ihre Verkaufsbedingungen sind so eingerichtet, dass *Ereignisse von höherer Gewalt* — wozu auch die Streiks gerechnet werden — sie von allen Verpflichtungen entbinden. Ihr Produkt, Kohle, Kali, Erze etc., behalten sie, das bleibt ungehoben in der Erde liegen, es verliert an Wert gar nichts und kann nach Beendigung des Streiks mit vermehrter Kraft gehoben werden. Die Vorräte und selbst der Schund sind aufgebraucht, ihre Absatzmärkte können und werden ihnen nicht streitig gemacht, so dass ihr ganzer Schaden darin besteht, dass sie schliesslich in einem Monat auf den Profit verzichten müssen, der ihnen aber im nächsten Monat totsicher in doppelter Höhe zufällt. Die Bahn zur Profitjagd hat der Streik frei gemacht, die Produktion kann in erhöhtem Umfange betrieben, die Preise können erhöht werden, wie das nach dem Streik von 1899 und 1905 im Ruhrrevier geschehen ist. Die Kohlenförderung im Ruhrrevier blieb durch den Streik 1905 zwar um 2 Millionen Tonnen gegen 1904 zurück, aber die Werke erzielten 1905 durchweg höhere Überschüsse, als 1904. Der Förderausfall betrug durch den Streik über 5 Millionen Tonnen, davon wurden 3 Millionen noch im Streikjahre eingeholt, und die anderen 2 durch Preiserhöhung mehr als wett gemacht. Es erzielten zum Beispiel 1905 Überschüsse: *Ewald* 4 137 410 Mark (gegen 3 174 411 Mark im Jahre 1904), *Schürbank* 234 132 (190 368), *Cölner Bergwerksverein* 2 344 112 (2 157 356), *Mühlheimer Bergwerksverein* 2 383 002 (2 261 155), *Massen* 704 085 (562 461), *Hibernia* 10 516 490 (10 069 368), *Gelsenkirchen* 13 744 000, *Harpener* 17 016 600 (13 345 100) Mark. Diese Zahlen beweisen unwiderleglich, dass die Grubenaktionäre durch den Streik nicht nur nichts eingebüsst, sondern noch gewonnen haben. Die 2 Millionen Tonnen Kohlen, die sie weniger verkaufen konnten, sind ihnen geblieben, und durch die Preiserhöhung schlagen sie später aus ihnen einen viel höheren Profit heraus, als wenn sie vorher gehoben und verkauft worden wären. Eine Lohnaufbesserung ist nicht erfolgt, so dass die erhöhten Einnahmen durch die Preissteigerung den Unternehmern allein zu gute kommt, und so bedeutet der Streik von 1905, ebenso, wie der von 1889, für sie eine rettende Tat, weshalb sie ihn auch mit allen Mitteln provozierten. Weil die Absicht, den Streik wieder einmal als Ursache einer Preissteigerung vorzuschieben, durch die *Bergarbeiterzeitung* und auch durch diese Zeitschrift sofort aufgedeckt wurde, haben die Unternehmer diesmal einen anderen Sündenbock gesucht: das verpfuschte Berggesetz. Der Streik war für die Arbeiter verloren, eine Lohnaufbesserung nicht erfolgt, und folglich würde niemand so recht an eine Belastung der Gruben durch diesen geglaubt haben. Man schützte daher das Berggesetz vor, das augenscheinlich eine Mehrbelastung gebracht hätte; doch niemand weiss, wo-

durch. Die Grubenbesitzer sind Strategen, sie blicken in die Zukunft, und da sie hoffen, einen zukünftigen Streik ebenso niederzuringen, und um sich von vornherein gegen gesetzliche Massnahmen zu schützen, die durch einen neuen Streik inauguriert werden könnten, wollen sie schon jetzt das total verhunzte Gesetz und somit die Regierung bei den Kohlenkonsumenten für die Preiserhöhung verantwortlich machen, in der Erwartung, dass sich demnächst das deutsche Volk zum Schutz der Kohlenbarone ins Zeug legt und gegen jede gesetzliche Bestimmung protestiert, die diese nationalen Wohltäter in der schrankenlosen Ausbeutung und Unterdrückung ihrer Arbeiter etwa einschränken wollte.

Die Gruben selbst leiden nicht entfernt in dem Masse, wie während des Generalstreiks der Ruhrbergleute vielfach angenommen und in den Zeitungen mitgeteilt worden ist. Gewiss haben sie mit elementaren Ereignissen und ausserordentlichen Gefahren, wie Wasserdurchbruch, Wetter, Gebirgsdruck u. s. w., zu rechnen, und diese Gefahren mehren sich, wenn der Betrieb vollständig ruht. Aber so viele Streikbrecher finden sich — leider — immerhin, dass sie vor elementaren Katastrophen geschützt bleiben. Während des Generalstreiks wurde aus allen Teilen des Ruhrreviers gemeldet, dass bald auf dieser, bald auf jener Zeche eine Strecke oder ein ganzes Revier durch Gebirgsdruck zu Bruch gegangen, das Liegende bis ans Hangende hoch gedrückt, die Schienen wie Streichhölzer verbogen, die Stempel zerdrückt wären, dass es monatelanger Aufwältigungsarbeit erfordern würde, ehe wieder an Kohlengewinnung gedacht werden könnte. Unendliche Summen müssten die Unternehmer erst auswerfen, bis sie die Baue erst wieder einigermassen in stand gesetzt hätten. Aber, als die Arbeit wieder aufgenommen war, erfuhr man, dass alle diese Nachrichten den selben Wert hatten, wie Kuropatkinsche Kriegsdepeschen. Und da alle unsere Grubenprotzen, die grossen sowohl, wie die kleinen, Londonderrys von heute sind — in Oberschlesien auch teilweise noch Lordstatthalter — und, auf ihren Machtstandpunkt pochend, hochfahrend jede Unterhandlung mit den Arbeitern ablehnen, werden alle Streiks gegen sie, wie Genosse Hue 1904 richtig sagte, bis zum Weissbluten geführt werden müssen.

Um aber gegen solche Gegner einen Kampf zu führen, braucht man eine starke Organisation und dazu auch geschulte, gut disziplinierte Kämpfer; und die haben wir heute nicht. Vor allem erscheint mir die Methode, wie heute die Streiks erklärt und geführt werden, grundverkehrt. Während in England nicht einmal die Mitglieder der Gewerkschaften über den Ausbruch eines Streiks zu entscheiden haben, sondern das Exekutivkomitee oder der *Council*, jedenfalls immer die Organisationsleitung[1]), entscheidet bei uns die Masse in öffentlichen Versammlungen, oft gegen die Mahnungen der Organisationsleiter. Und nicht einmal Mitglieder sind es, sondern oft besteht die Mehrzahl aus unorgani-

[1]) Die Delegiertenversammlung der englischen Eisenbahner legte schon 1846 die Autorität des Verbandes in die Hände des Exekutivkomitees. Der Bericht sagt: »Die Praxis, die Sanktionierung von Lohn-etc.-kämpfen unseren Mitgliederversammlungen zu überlassen, die gewöhnlich unter dem Einfluss irgend einer Erregung stehen oder von einer plausibel klingenden Nachricht vom Schauplatz des Kampfes beeinflusst werden, ist entschieden eine schlechte. Unsere Mitglieder fühlen bei diesen Gelegenheiten nicht die Verantwortung, die sie fühlen sollten. Sie sind der Irreleitung unterworfen. Eine geschickte Rede, Voreingenommenheit, eine falsche Darstellung oder ein mit dem Schein der Wahrheit geschriebener Brief, all dies zusammen oder einer dieser Faktoren können eine Werkstatt oder eine ganze Sektion in einen Kampf hineinziehen, . . . ohne die geringste Aussicht, ihren Zweck zu erreichen.« Die selben Bestimmungen gelten heute bei den englischen Bergarbeitern.

sierten, indifferenten Leuten, die nicht entfernt die Situation beurteilen können, aber dennoch munter darüber beschliessen. Das nennt man *demokratisches Verfahren*. Die Streikleitung oder die Organisation hat sich diesen Beschlüssen einfach zu fügen. Wie diese zu stande kommen können, erlebte ich beim Abbruch des Generalstreiks in Borbeck und wiederum beim Ausbruch des mitteldeutschen Braunkohlenarbeiterstreiks in Teuchern. In Borbeck waren es eine Frau und ein Unorganisierter, die eine zweitausendköpfige Versammlung gegen mich hinrissen, weil ich von der Siebenerkommission bezahlt worden sei, um deren *Verrat* zu beschönigen. Ich sollte sogar aus Berlin extra dazu herbeigeholt worden sein, weil sich die *ehemaligen* Verbandsbeamten nicht mehr in eine Versammlung trauten; 5 Millionen Mark hätte die Siebenerkommission von Amerika erhalten, die sie den Streikenden vorenthalten wolle, und was sonst noch *sachverständiges* Zeug mehr, was von der Mehrheit der Versammlung geglaubt wurde. In Teuchern war ich in jener Versammlung, die den mitteldeutschen Braunkohlenstreik für Teuchern und Umgegend, und zwar gegen mein dringendes Abraten, beschloss; als ich dort auf die Schwierigkeiten des Streiks hinwies und den Leuten sagte, ein Streik der Braunkohlenarbeiter könne materiell schon deshalb wenig oder gar keine Aussicht auf Erfolg haben, weil erstens noch lange nicht die Hälfte der Arbeiter organisiert sei und zweitens die Arbeitseinstellung von 4- bis 6000 Braunkohlengräbern keinen Produktionsausfall auf dem Kohlenmarkt verursache, der lokale Ausfall aber sofort aus anderen Revieren gedeckt werde, trat ein Bergmann auf, der sagte, ich verstände nichts von den Verhältnissen und spräche wie ein Abgesandter der Riebeckschen Werke. Die Vorräte seien aufgebraucht, und in 14 Tagen sei der Streik gewonnen. Man beschloss den Streik mit geringer Majorität gegen mich, doch sollte ich — leider — recht behalten. Ich will nun keineswegs, wie Coriolanus, die tausendfältige Zunge ausreissen, aber darauf muss unter allen Umständen bestanden werden, dass ein Beschluss, für den die Organisation allein verantwortlich ist, und dessen Folgen sie tragen muss, auch nur von organisierten Arbeitern gefasst wird.

Ein anderer, sehr verhängnisvoller Fehler ist das Abhalten der vielen Versammlungen, in denen den Leuten ihre Pfennige, die sie so notwendig gebrauchten, im Nu aus der Tasche getrieben werden. Bei solchen Gelegenheiten muss mit der Masse, wie sie ist, und nicht, wie sie sein soll, gerechnet werden, und die Masse kennt kein morgen, versteht nicht, die Konsequenzen ihrer Lage zu ziehen, sondern lebt — auch im Krieg — in den Tag hinein, bis der letzte Pfennig fort ist. Die Mehrzahl der Ruhrbergleute hat während der Streikwochen mehr Bier getrunken und Zigarren geraucht, als sonst. In den Massenversammlungen wurde gequalmt, dass eine dicke, blaue Rauchwolke über den Häuptern der Versammlung schwebte, so dicht, dass man nicht über den Saal sehen konnte; das selbe Schauspiel erlebte ich in Meuselwitz, wo ich die Streikenden am zweiten Tage ihres Kampfes bei Bier und Zigarren in fröhlicher Stimmung, sogar vielfach mit ihren Frauen antraf. In acht, selbst in drei Tagen hatten viele keinen Pfennig mehr, und das sind *Kämpfer*, die durch einen Hungerkampf das Unternehmertum besiegen wollen! Die Versammlungen sollen der Aufklärung und der Aufrechterhaltung der Disziplin dienen und zum Ausharren anfeuern. Was die Aufklärung und die sonstige Verhaltungsmassregel anlangt, kann das durch ein Flugblatt viel besser und sicherer erfolgen.

In England erhalten die Streikenden von der Streikleitung verfasste Situationsberichte ins Haus gebracht, stets, sobald sich die Lage ändert, einen neuen. Doch nicht allein über den Stand des Streiks soll Aufklärung geschaffen werden, sondern man will die Ausständigen zum gewerkschaftlichen und politischen Klassenkampf bilden. »Unter dem Donner dieser Kanonen will ich meine Bataillone formieren«, sagte Lessner 1871 in Genf, und im Ruhrrevier wollte man unter *taumelnder Begeisterung* den 200 000 streikenden Bergleuten innerhalb acht Tage den Sozialismus einimpfen. Wenn es so einfach wäre, die mit der Muttermilch eingesogenen, in denkfaulen Hirnen festgerosteten Anschauungen, Vorurteile und Dummheiten so herauszufegen, dann sehe es mit unserer Bewegung ganz anders aus. Dann werden, gerade bei einem Streik, manchesmal *Aufklärer* auf die Leute losgelassen — zum Gotterbarmen! Diejenigen Arbeiter, die erst im Streik gewonnen, erzogen und aufgeklärt werden sollen, sind keine Kämpfer; wer Soldaten in den Krieg führt, muss sie vorher einexerzieren, und meistens bleiben die so Gewonnenen und *Aufgeklärten* auch nur so lange bei der Fahne, als der Kampf dauert. Wenn die Kraft der Streikenden bis auf die Bierbegeisterung, die sie sich in den Versammlungen holen, erschöpft ist, dann hilft diese Begeisterung auch nicht mehr.

Heraus aus den Wirtschaften! Unsere Arbeiterschaft muss erzogen werden, dass wir auch in Deutschland Streiks ohne den Wirtschaftsverkehr führen können. Vor allem müssen die Streikbureaus aus den Wirtschaften verschwinden, denn bei dem alltäglichen Melden dort wird alltäglich Geld verzehrt, und ebenso dürfen die Streikunterstützungen nicht dort ausgezahlt werden. Beim Streik der Ruhrbergleute ist es mehrfach vorgekommen, dass sich jemand seine 6 Mark Streikunterstützung vom Streikkomitee auszahlen liess und sie dann sofort in Bier und Schnaps umsetzte, ohne erst das Lokal zu verlassen. Anstatt im Interesse der Allgemeinheit auf die Unterstützung zu verzichten, wird sie noch lieber dem Wirt in den Rachen geworfen. Ich bin kein Abstinenzler, gönne jedem Arbeiter sein Glas Bier, aber bei einem Streik, der bis zum Weissbluten geführt werden soll und muss, ist es doch ein wesentlicher Unterschied, ob man für 50 Pfennig Brot oder Bier und Zigarren anschafft; wo 100 000 Arbeiter in Frage kommen, sind das 50 000 Mark täglich, die wahrhaftig besser angewendet werden können, als für Trinken und Rauchen. Solange unsere streikenden Bergleute noch in fröhlicher Stimmung mit brennenden Zigarren auf der Strasse spazieren gehen, werden sie den Grubenprotzen nicht imponieren, denn dann wissen diese, dass sie in 3 Wochen ihre Munition — verdampft haben. Der Wirte halber braucht man wirklich nicht in den Wirtschaften zu verkehren. Haben sie während des Streiks ihr Schäfchen geschoren — und im Ruhrrevier haben einige sogar grosse Schafe geschoren —, kennen sie die Bergleute nicht mehr, verschliessen ihnen ihre Lokale und weisen sie womöglich noch hinaus. In England wird den Leuten die Streikunterstützung von den Branchen- oder Ortskassierern ins Haus gebracht und so die Kontrolle geübt. Das muss sich auch in Deutschland machen lassen, oder sie muss in einer Privatwohnung ausgezahlt werden, aber nicht in Wirtschaften.

Aus den angeführten Gründen halte ich einen Revier- oder Belegschaftsstreik für die Bergarbeiter für aussichtslos, für ein kostspieliges Experiment, bei dem nichts herauskommt. Und sollte in irgend einem von der Landstrasse abgelegenen Winkel einer auch wirklich einmal mit einem Scheinerfolg enden,

so wird das auf die Lage der Gesamtarbeiterschaft dennoch keinen bessernden Einfluss ausüben.

Aber was sollen wir denn machen, fragen unsere Optimisten, wenn wir keinen Streik mehr wagen sollen? Dann dürfen wir keine Lohnforderungen mehr stellen, dann können wir überhaupt einpacken! Nein, nicht einpacken sollen wir, aber uns noch viel weniger in Putschen und Revierstreiks zerfleischen, sondern erst ein Kriegsheer schaffen, Munition sammeln, damit wir das werden, was wir zu sein scheinen, aber in Wirklichkeit noch lange nicht sind. Mit dem Kopf an die Wand rennen, ist noch stets eine Torheit gewesen und hat dem Kopf immer mehr geschadet, als der Wand. Übrigens ist der Streik nicht das einzige, kaum das wirksamste, wohl das brutalste Mittel, die Lage der Arbeiterschaft zu bessern. Die englischen Arbeiter haben durch ihre Organisation ungeheure Fortschritte erreicht, und dennoch haben sie die unzähligen, mehrfach über 20 Wochen dauernden Streiks von 1844 bis auf die Jetztzeit sämtlich verloren, nicht selten wurde auch dadurch die Organisation vollständig zertrümmert. Doch der englische Bergmann ist aus einem andern Holz geschnitzt, als der deutsche. Aus einem verlorenen Streik schöpft er neue Kraft, und aus einer zertrümmerten Organisation steigt stets eine neue empor. Man nutzte im Parlament die Situationen geschickt aus und bediente sich der Organisationen als Vollstrecker der Gesetze. Wurde im Parlament eine Verbesserung erzielt, drangen die Organisationen darauf, dass diese Verbesserung auch praktisch eingeführt wurde, was oft langwierige Prozesse veranlasste und viele Opfer kostete. Wir besitzen in Deutschland kaum die Macht, die Unternehmer zur Befolgung der bergpolizeilichen Vorschriften anzuhalten. Das einzige Mittel, das wir dazu haben, ist unsere Presse, und damit diese nicht zu gefährlich wird, hat man Gefängnisse, worin man den Redakteur einsperrt. Und doch sind unsere bisherigen Erfolge nicht durch Streiks, sondern durch organisatorische Tätigkeit der Verbandsleitung erzielt worden. Diese Tätigkeit kann für die nächste Zeit nur in rücksichtsloser Kritik der Missstände und fortgesetzter Aufklärung der noch fernstehenden und irregeleiteten Kameraden bestehen. Soll aber der Streik als Kampfmittel gegen die Grubenprotzen angewendet werden, und sollten diese auch später ihren hochfahrenden Standpunkt von heute vertreten, dann muss der nächstfolgende Bergarbeiterstreik ein solcher werden, den die hochmütigen Herren fühlen, dann muss es ein Nationalstreik und kein Reviersreik sein. Wie Enkelados, wenn er sich in seinen Schmerzen rührte, Erdbeben erzeugte, so auch der Bergmann. Und wenn er sich noch einmal rührt, dann auch gründlich, damit ein gründliches Erdbeben erzeugt wird.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

FRANZ STAUDINGER · KANT I. KONTRA KANT II.

IN seinen *Welträtseln* unterscheidet Haeckel zwischen einem jugendlichen »Kant I.«, der in seinen naturwissenschaftlichen Schriften »die Grossmächte des Mystizismus beseitigt«, und einem »gealterten Kant II.«, der sie »als Postulate der praktischen Vernunft« wieder hereingeführt habe. Das ist nun eine falsche Scheidung. Denn Kant war sein Lebtag Theist. Über dieser falschen aber wird eine andere Scheidung versäumt, die unendlich wichtiger sein dürfte: die zwischen einem Kant I., der den mächtigsten Fortschritt in der Erkenntnisanalyse tat, welcher bis

jetzt überhaupt stattgefunden hat, und einem Kant II., der daraus metaphysiche Folgerungen zog, welche jene grossen Ergebnisse wieder völlig in den Hintergrund gedrängt und die willkürliche Spekulation wilder, als je zuvor, entfesselt haben. Nur ist freilich dieser Kant II. von Kant I. nicht zeitlich getrennt, wie die von Haeckel konstruierten es sind, sondern beide durchdringen einander. Sie sind gerade in der *Kritik der reinen Vernunft* mit einander verschmolzen, und zwar so innig, dass es schwer ist, sie zu trennen. Dass dies aber geschieht, ist dringend erforderlich.

»Für uns steht alle Metaphysik so ziemlich auf gleicher Linie, es sind alles nur Spielarten, Arten, mit Begriffen zu spielen. Um solche Begriffsspiele würden sich die Nationen und die Menschheit nicht zerfleischen, wie sie es tun, wenn nicht eben auch darin das Sittliche [ich würde erweiternd sagen: das Soziale, mit dem ja das Sittliche aufs engste zusammenhängt] mächtig mitspielte und eigentlich der heimliche gar sehr interessierte Lenker des ganzen Spiels wäre.«

Das sagt Natorp in seiner Schrift *Jemand und ich*, einem in Gestalt eines Platonschen Dialogs abgefassten, vielfach mit Lessingschen Pointen gewürzten Gespräch, in dem er sich gegen einige Aufstellungen der ihn im *Roland* und in der *Neuen pädagogischen Zeitung* bekämpfenden bremischen Lehrer Holzmeier und Gartelmann wendet [1]). Er will ihnen zeigen, wie ihre Aufstellungen vom Standpunkt der erkenntniskritischen Ergebnisse Kants aus dogmatisch und unhaltbar erscheinen müssen. Da hat er denn vielfach recht. Die, wie es scheint, wesentlich auch durch Haeckel geschulten Herren lesen Kant etwa so, wie ein der englischen Lautlehre Unkundiger das Englische lesen würde. Aber die andere Frage ist, ob nicht doch Kant II., der Metaphysiker, sich auch bei Natorp selbst noch mit Kant I. bedenklich vermischt, und ob er den Bremensern darum wirklich auf die rechte Weise beizukommen vermag.

»Kant bedeutet das erkenntnistheoretische Panier, um das alle Gegner Haeckels sich scharen können . . .; aus erkenntnistheoretischen Erwägungen ergab sich als sicheres Resultat, dass Haeckel Dogmatiker vom reinsten Wasser, ein Erzgläubiger ist, dass er Metaphysik, und zwar schlechteste Metaphysik treibt, wo er behauptet, streng naturwissenschaftlich vorzugehen.«

So Adickes in seiner nunmehr in zweiter, verbesserter und erweiterter Auflage erschienenen Schrift *Kant kontra Haeckel* [2]). Und auch er hat zweifellos gegen Haeckel in sehr vielem durchaus recht. Er hat sogar ein Stück von Kant II. abgeworfen, so dass man ihm, äusserlich betrachtet, näher zu stehen meint, als Natorp; aber wenn man genauer hinsieht, so stecken gerade die Haupthaken Kants II. auch bei ihm fest; die Loslösung ist äusserlich, nicht durchgreifend methodisch erfolgt, während Natorp immerhin dem Willen nach das metaphysische Annehmen ablehnt. Beide Arbeiten, sowohl die Natorps, wie die Adickes', zielen sodann auf die sittliche und religiöse Frage ab, und der Erkenntnisstandpunkt, den sie einnehmen, bedingt logisch auch die Art ihrer Folgerungen auf diesen Gebieten. Wo das auch bei ihnen *heimlich* durch tieferliegende Faktoren bedingt ist, das zu untersuchen ist nicht unsere Sache. Denn gleichviel, wie der heimliche, dem einzelnen vielleicht selbst unbewusste

[1]) Paul Natorp: *Jemand und ich. Ein Gespräch über Monismus, Ethik und Christentum* /Stuttgart 1906/. Über meine Stellung zur praktischen Seite des Schulstreits über Religion vergl. die Rubrik *Philosophie* in diesem Bande der *Sozialistischen Monatshefte*, pag. 616-617.

[2]) Erich Adickes: *Kant kontra Haeckel. Für den Entwickelungsgedanken und gegen naturwissenschaftlichen Dogmatismus*, 2., verbesserte und erweiterte Auflage /Berlin 1906/. Die 1. Auflage trug den Untertitel *Erkenntnistheorie gegen naturwissenschaftlichen Dogmatismus*. Mit dem neuen Untertitel will Adickes seine grundsätzliche Stellung schärfer, insbesondere dahin präzisieren, dass nur geglaubt werden könne, was Haeckel zu wissen vorgebe.

Zusammenhang mit jenen beschaffen sein möge, im logischen Aufbau werden jedenfalls die religiösen und sittlichen Gedanken von den erkenntniskritischen Voraussetzungen getragen. Diese also seien in ein paar entscheidenden Hauptpunkten unter die Lupe genommen.

Natorp schleudert seinen Gegnern den Vorwurf entgegen:

»Sie meinen das Resultat der Erkenntnis, die fertige Welt voraus zu haben; das heisst ihnen Erfahrung. Und durch *Abstraktion* ziehen sie dann hinterher alles das wieder heraus, was sie nach Kants unwiderlegter und unwiderlegbarer Grundthese zuvor selbst hineingedacht haben. So meinen sie dann, alles durch Erfahrung zu begründen. . . . Am Ende haben sie sogar hierbei Richtiges im Sinn. Erfahrung, dies Ganze des Erkenntnisprozesses, ist in der Tat die alleinige Grundlage, auf der auch wir fussen. . . . Aber sie unterscheiden eben nicht Grunderfahrung von abgeleiteter Erfahrung, halten für abgeleitet aus der Erfahrung, was vielmehr Grund . . . der Erfahrung ist.«

Das ist der Kern der Sache, das zugleich, worin Natorp auf Grund Kants I. durchaus recht hat. Der bloss in Naturbetrachtung und -beobachtung geübte Denker merkt ebensowenig, dass die Natur, die er unmittelbar vor sich zu haben glaubt, erst durch eine Fülle von blitzschnell auftauchenden und meist nicht zum Selbstbewusstsein gelangenden Gedanken- und Erinnerungsbeziehungen zur Wahrnehmung gelangt, wie es der natürliche Mensch merkt, dass er normalerweise zwei Weltbilder seiner zwei Augen in eines verschmilzt. Der naturalistische Denker glaubt also, er könne erst daraus, dass der Baum, der vor ihm steht, bestimmte Eigenschaften, Härte, Schwere etc., offenbart, darauf schliessen, dass der Baum eine Substanz sei. Darin hätte er ja nun so weit völlig recht, als es sich darum handelte, verschiedene Substanzen, etwa Kohle, Eiweiss, Phosphor etc., im Baume chemisch zu unterscheiden. Aber er merkt nicht, dass da noch etwas Grundlegenderes in seinem Bewusstsein vorhergeht, mittels dessen er den Baum überhaupt erst als Ding, als Substanz ansehen kann. Am einfachsten ist das wohl verständlich zu machen, wenn wir uns besinnen, dass wir zum Beispiel eben ein gleiches Gesichtsbild eines Baumes vor uns haben, wie wir es nach unserer Erinnerung schon vorhin hatten. Jetzt sagen wir aber nicht etwa: wir haben eben ein gleiches Bild, wie vorhin, sondern wir behaupten kategorisch, und zwar eventuell ganz unmittelbar: die beiden zeitlich getrennten Bilder bedeuten den selben Gegenstand, den selben Baum; das heisst, dieser Gegenstand habe bestanden, auch während wir kein Bild von ihm gewahrt haben. Diese Gedankenverbindung, welche zwei und mehr getrennte Gewahrungen auf einen Gegenstand bezieht und so die getrennten erst zum Bewusstsein eines einigen Naturdings bringt, das eben i s t der Substanzbegriff, wenn auch noch nicht als reflektierter Begriff, sondern als grundlegende Synthese. Aber nun ist doch offenbar, dass wir, wenn wir diese Synthese nachher reflektiert zum Selbstbewusstsein bringen, doch keinen neuen Begriff schaffen, sondern nur abstrakt herausholen, was wir vorher schon hineingelegt hatten. Erst dann, wenn wir den Zusammenhang zwischen den zerstreuten Einzelgewahrungen, zum Beispiel verschiedenen Baumbildern, die wir auf den selben Baum beziehen, geschaffen haben, können wir einzelne besondere Substanzen unterscheiden. Aber dem liegt jener objektive Zusammenhang eben zu Grunde, und er, sonst nichts, ist die Substanz. Auch dem genauesten Nachforschen wird Substanz nichts anderes, als der objektive Zusammenhang, auf den wir die zerstreuten subjektiven Gewahrungen ganz instinktiv beziehen, und wodurch wir erst die W a h r n e h m u n g einer i n

sich zusammenhängenden Natur erhalten. Haben wir nun diese Substanzverbindung untergelegt, so gehen wir bekanntlich weiter und legen veränderte Gewahrungen in sonst gleichartigen objektiven Zusammenhängen als objektive Veränderungen aus, Veränderungen, die nicht bloss in uns, sondern am Gegenstande selber stattfinden. Auch hier ist es also derart, dass wir nicht etwa zuerst Veränderungen an Gegenständen wahrnehmen und hintennach den Begriff der *Veränderung* abstrahierten; es ist umgekehrt so, dass wir, gewisse Gewahrungen als Wechsel am Gegenstande selbst deutend, die Wahrnehmung von gegenständlichen Veränderungen erst erhalten. Auch hier liegt also der Gedanke gegenständlichen Zusammenhangs zu Grunde. Wenn wir von blossem Wechsel der Gewahrungen reden, so haben wir noch keinen gegenständlichen Zusammenhang im Bewusstsein. Wo wir aber von Veränderung an Dingen reden, da sprechen wir den gegenständlichen Zusammenhang aus. *Ursache* ist weiter gar nichts, als Zusammenhang des gegenständlich Wechselnden. Statt *Substanz* und *Ursache* zu sagen, könnten wir also auch zusammenfassend von *grundlegendem gegenständlichen Zusammenhang* sprechen.

Das ist das Verhalten unseres Erkennens, das man bei naturalistischer Betrachtung der Dinge eben darum nicht gewahr werden kann, weil es dieser Betrachtung selbst ebenso zu Grunde liegt, wie man die optisch-gesetzlichen Richtlinien nicht sieht, obwohl sie selber dem Sehen zu Grunde liegen. Das erkannt zu haben, ist die grosse und unvergängliche Leistung Kants I., und alle weitere philosophische Untersuchung, welche auf wissenschaftliche Beachtung Anspruch macht, muss wenigstens diese Entdeckung kennen und verstehen. Wer, daran vorbeiredend, den Substanz- und Kausalbegriff ebenso, wie sonstige Begriffe, *aus der Erfahrung* erst ableiten will, ohne zu merken, dass die Erfahrung sich erst mittels ihrer bildet, wird stets im Dunklen tappen und dogmatisch ins Blaue reden. Aber hier müssen wir inne halten. Weiter können wir nicht mit Kant, nicht mit den Neukantianern, wie Natorp, auch nicht mit Halbkantianern, wie Adickes, gehen. Für uns erhebt sich nunmehr, nachdem wir das begriffen haben, die ganz nüchtern zu erwägende völlig neue Frage: Auf Grund wessen kommt denn unser Bewusstsein dazu, solche Verbindungen mit dem Anspruche gegenständlicher Gültigkeit zu schaffen? Und diese Frage mündet in die andere: Wo stammen denn diese Synthesen, durch die wir objektiven Zusammenhang schaffen, eigentlich her?

Diese Fragen hat Kant, haben Natorp und Adickes sich gar nicht vorgelegt. Sie scheinen ihnen auf die einfachste Weise schon beantwortet. Kant sagt gleich in der Einleitung zur zweiten Auflage der *Kritik der reinen Vernunft*:

»Erfahrung könnte wohl ein Zusammengesetztes aus dem sein, was wir durch Eindrücke empfangen, und dem, was unser eigenes Erkenntnisvermögen . . . aus sich selbst hergibt.«

Es könnte wohl sein, heisst es hier; aber statt nun zu untersuchen, ob dem wirklich so ist, ob wirklich Raum, Zeit, Kategorien *aus uns selbst* hergegeben werden, wird das nachher einfach als abgemachte Sache behandelt. Die Entdeckung, dass wir die Gewahrungen mittels genannter Synthesen verbinden, wird einfach als genügender Beweis dafür aufgefasst, dass sie aus uns selbst stammen. Das ist Kant II.; ein Schluss ungefähr von gleicher Art, wie wenn ein Millionär behauptet, das Einkommen, das ihm seine Millionen schaffen, sei durch seine eigene Arbeit verdient. Die Frage, ob und wieweit das Einkom-

men aus der Million durch eigene oder durch fremde Arbeit erworben wird, ist aber nicht in höherem Masse eine sozial wichtige Frage, als das Problem, ob und wieweit die synthesischen Erkenntnisformen aus uns stammen, eine intellektuell wichtige ist. Es könnte doch der Fall sein, dass jene Synthesen instinktiv unterbewusste Abstraktionen aus der Grundveränderung sind, die das Bewusstsein im Empfinden erlebt, dass wir das Empfinden unmittelbar als Beziehung zu etwas Fremdem erfassen, und dass jene instinktiven Abstraktionen daraus dann, ebenso instinktiv und unterbewusst übertragen, die Beziehungen zwischen dem durch die Empfindung als verschiedenartig angezeigten Fremden ausdeuten, also dadurch zu instinktiven Urteilen über den gegenständlichen Zusammenhang extramentaler[3]) Dinge verwandt werden. Nach meiner Überzeugung ist dem so, was ich freilich hier nicht weiter auseinandersetzen kann; auf diese Weise lösen sich die Schwierigkeiten ganz leicht, während die ganz grundlose und dogmatische Annahme Kants II. uns nur in ein Labyrinth unentwirrbarer Schwierigkeiten hereinführt.

Diese metaphysische Annahme aber hat auch Natorps Darstellung, obwohl dieesr Forscher dem Willen nach ja aller Metaphysik abhold ist, stark gefärbt. Natorp akzeptiert die von dem *Jemand* seines Gesprächs abgegebene, folgendermassen lautende Unterscheidung von *Sein* und *Wirklichkeit*:

»Sein in allgemeinster Bedeutung ist Bestand eines Denkinhalts, sei's auch als Komponente der Wirklichkeit. Wirklichkeit oder Existenz (Sein im engeren Sinne, konkretes Sein): Bestand in der Resultante aller Denkkomponenten und unter deren Voraussetzung.«

Das, meint er, sei klar. Mir in der Sache nicht. Mir ist nur klar, dass tatsächlich die Wirklichkeit nicht bloss als Resultante aller Denkkomponenten, sondern zugleich als ein durch denkende Deutung der Empfindungen bezeichnetes extramentales Sein gedacht wird. Dadurch wird es eben dem im Bewusstsein liegenden oder intramentalen Sein durch das Bewusstsein selbst als Aussenwelt gegenübergestellt.

Durch das Bewusstsein! wird hier Natorp mahnend betonen; der Gegenstand ist ja doch gedacht, muss gedacht sein, sonst könnte er gar nicht Gegenstand für uns, uns gar nicht als Gegenstand bewusst sein. Ganz recht! Hier aber liegt die Angel, darauf man nicht anbeissen darf. Es ist da eine kleine Vermengung vorhanden, eine gerade so kleine Vermengung, wie die ist, wenn ich nicht unterscheide, ob ich mein Einkommen selber erhalte oder auch selber erarbeitete, Dass ich all mein Einkommen selber erhalten muss, ist selbstverständlich; sonst könnte es eben nicht mein Einkommen sein. So ist es selbstverständlich, dass wir psychisch den Gegenstandsgedanken intramental haben. Aber ob dieser Gegenstandsgedanke den Gegenstand selbst in sich enthält, oder ob er nur Gedanke an einen ausserhalb des Gedankens liegenden Gegenstand ist, diese Frage wird von jener, in Wahrheit bloss psychologischen, Feststellung gar nicht berührt, geschweige denn gelöst.

Nun ist es aber, schon rein psychologisch betrachtet, ein Unterschied, ob ich einen Ton, den ich eben höre, einen Gedanken, den ich eben habe, als solchen

[3]) Den Ausdruck *extramental* gebraucht Adickes. Ich übernehme ihn, da er mir die Sache, worauf es ankommt, besser und eindeutiger zu bezeichnen scheint, als zum Beispiel das *transsubjektiv* Volkelts oder gar das Wort *transzendent*, das Adickes selbst gleichbedeutend mit *extramental* verwendet; *transzendent* aber bezeichnet doch richtigerweise etwas, das über unsere Einsicht grundsätzlich hinweg liegt; im *Transzendenten* schwimmt die Metaphysik.

zum Gegenstand meiner Betrachtung mache, oder ob ich nur daran denke, dass ich zum Beispiel gestern einen Ton hörte, einen Gedanken dachte. In letzterem Falle ist der Ton respektive der Gedanke selbst gar nicht mehr Gegenstand, den ich denke. Ich denke nur an ihn. Denken des Gegenstands und Denken an den Gegenstand sind also zweierlei, und nun fragt es sich bei dem Gegenstand, den wir *Wirklichkeit* nennen, ob er durch unsern bloss psychologischen Gegenstandsgedanken geschaffen oder nur bezeichnet wird; ob also hier der Gegenstand oder nur an den Gegenstand gedacht wird, an einen Gegenstand, der als solcher nicht im Bewusstsein liegt. Dass das Bewusstsein, wenn es Wirklichkeit denkt, in letzter Weise verfährt, ist aber unleugbar. Achten wir nur auf einen Fall, wie den, wo wir eine jetzige Gewahrung eines Baumbildes mit einer gestrigen auf den selben Baum beziehen. Mit der Beziehung beider Bilder auf den selben Baum sagt ja der psychische Gedanke, der Gegenstand habe fortbestanden, auch während die Psyche gar nicht mit ihm beschäftigt war. Sie beansprucht also ganz unmittelbar, sie denke an den Gegenstand, aber nicht den Gegenstand selbst. Und da sollte sie sich nachher von dem Philosophen, der das psychische Sein eines Gedankens und dessen objektive Aussage nicht unterscheidet, suggerieren lassen, sie habe den Gegenstand selber gedacht, und die Existenz sei also nur »Bestand in der Resultante aller Denkkomponenten«? Schwerlich. Gegen solche Behauptungen à la Kant II. bäumt sich unser natürliches Bewusstsein mit aller Macht und, wie selbst aus dem wenigen Dargelegten hervorgehen dürfte, mit vollstem Rechte als gegen eine Vergewaltigung auf.

Aber die Behauptungen Kants II. sind nicht nur in sich selbst widersinnig und dem tatsächlichen Verhalten unserer Denkaussagen widersprechend, sie stehen sogar in einem inneren und ausschliesslichen Gegensatz zu den Ergebnissen Kants I. Sie haben nicht nur äusserlich in der Geschichte bewirkt, dass man die Errungenschaften Kants I. teils gar nicht begriff, teils wieder beiseite schob, sondern sie müssen, sobald man sie nur einigermassen in ihre Konsequenzen verfolgt, diese Errungenschaften mit ebensolch innerer Notwendigkeit illusorisch machen, wie der Kapitalismus die Menschenrechte. Denn wenn die Aufstellungen Kants II. richtig wären, so würde die Natur selbst ihrem Wesen nach aus einem zwar von Individuen gedachten, aber doch ihrem objektiven Bestande nach übersubjektiven Gedankenzusammenhange bestehen. Die Natur, nicht bloss die Naturwissenschaft, wohlgemerkt! Für das Individuum wäre Bewusstsein überhaupt Innen- und Aussenwelt zugleich, und die notwendige Frage, von der auch Kant I. ausging, wie das Individuum denn nun dazu kommt, eine Aussenwelt und andere Individuen in ihr anzuerkennen, wäre wieder verloren und dogmatisch als Tatsache anzunehmen geboten. Sodann aber liegt es natürlich nahe, diesem überindividuellen Geisteszusammenhange selbständige Bedeutung zu geben und in der Art Fichtes ein *Über-Ich* zu konstruieren oder in der Hegels die Welt als Selbstentwickelung eines absoluten Bewusstseins zu verstehen. Die eigentliche Erkenntnisfrage ist also verdunstet, die wilde Spekulation hat das Feld.

Welche Wichtigkeit es demnach hat, die positiv wissenschaftlichen Errungenschaften Kants I. von der dogmatischen, in die Sackgasse führenden Metaphysik Kants II. zu scheiden und auf dem ersten weiterzubauen, leuchtet damit ein. Dies muss umso wichtiger erscheinen, als hier selbst Forscher, welche den

Fehler Kants, wenigstens bis zu einem gewissen Grade, schon ahnen und die metaphysischen Konsequenzen nicht mitmachen, entweder, wie Natorp und die meisten Neukantianer, unmittelbar vor diesen Konsequenzen Halt machen und Kants Metaphysik erkenntniskritisch umdeuten möchten oder aber den Knoten zerhauen und damit die Erkenntnisfrage in ihrem wesentlichsten Grunde der Willkür subjektiver Annahmen und Glaubensneigungen preisgeben. Das letztere ist bei Adickes der Fall. Er will Haeckel auf Grund der Ergebnisse des kritischen Idealismus bestreiten und tut das zum Teil in sehr heftiger, oft übertriebener Weise, wobei zuweilen der Streit sich mehr um die Ausdrucksweise, als um die Sache selbst zu drehen scheint; aber dann bekennt er selbst, er stehe auf dem Standpunkt des Realismus, wenn dieser auch unbeweisbar sei. Das sei aber Annahme, Glaubenssache, nicht Wissen:

»Ich . . . bin . . . der Ansicht, dass unser Bewusstseinsraum die Rekonstruktion eines transzendenten Raums ist, in dem sich — ganz unabhängig von unserem Bewusstsein — die Welt der Dinge an sich befindet, die auf das mir, auch meinem Gehirn, zu Grunde liegende Ding an sich einwirkt. Das ist meine Annahme, die nie bewiesen werden kann, die für mich aber deshalb den höchsten Grad der Wahrscheinlichkeit hat, weil das so entstehende Weltbild mir weniger Schwierigkeiten zu bieten scheint, als die anderen . . . . Fichtes und Berkeleys Ansichten, die das extramentale Dasein der nicht geistigen Natur überhaupt leugneten, sind nicht streng widerlegbar.«

Dieser Standpunkt, der in ähnlicher Weise noch von Riehl, Helmholtz und anderen geteilt wird, löst aber die Frage nicht, sondern verkennt sie. Die letzte Bemerkung Adickes', die gerade Helmholtz fast gleichlautend ausgesprochen hat, ruht vor allem auf der Annahme, dass von vornherein nur eine intramentale Welt als ein bestimmter gesetzmässiger Zusammenhang sich in uns bilde, und dass wir erst dann vor der Frage stehen, ob wir ihr bloss intramentale oder auch extramentale Bedeutung zuschreiben sollen. Das aber ist denn doch wohl ein fundamentaler Irrtum. Wie wäre es, wenn selbst unsere intramentale Welt auf Grund Kants I. aus nichts anderem bestände, als aus lauter Beziehungen auf eine extramentale Welt, wobei die Empfindungen oder besser: die Einzelgewahrungen vergleichsweise das bedeuten, was für den Geometer die sichtbaren Merkpunkte sind, aus denen er dann die ihm unzugänglichen Strecken ergänzt; wenn alle diese Beziehungen auf eine extramentale Welt gerade das Band bildeten, durch das die intramentale Welt selbst erst zur Wahrnehmung, zur Erfahrung wird, wenn also auch die ganze intramentale Welt sich in ein Chaos von zerstreuten und bedeutungslosen Einzelgewahrungen auflösen müsste, sobald die Beziehungen auf extramentales Dasein wegfielen?

In der Tat aber liegt ja, wie uns jedes Beispiel von zwei Gewahrungen, die gestern und heute stattfanden und doch auf den selben Gegenstand gedeutet werden, klar vor Augen führt, diese transmentale Beziehung in all unseren alltäglichen Weltbeziehungen bereits eingeschlossen und kommt nicht erst nachträglich hinzu. Gerade Kant I. hat diesen Umstand entdeckt. Daraus müsste er, nicht als Schlussfolgerung, sondern als konstatierende Folgerung feststellen: die transmentale Beziehung ist nichts, was erst hinterher zu erschliessen wäre, sie ist in und mit der Verbindung der Gewahrungen zu einem einheitlichen Weltbilde gegeben. In der *Widerlegung des Idealismus* scheint er so zu denken. Dann aber wird ihm die Welt doch »blosse Vorstellung«, Inbegriff der Vorstellungen. Aber eine Gewahrung oder Gewahrungsgruppe, die nicht

extramental beziehbar wäre, würden wir als *Sinnestäuschung* bezeichnen. Das blosse Phänomen scheidet sich eben dadurch von der Gegenstandswahrnehmung, dass es die extramentale Beziehung nicht mit sich führt, diese dagegen sie kategorisch enthält. In solchen Fällen, wo es uns noch zweifelhaft ist, ob wir die extramentale Beziehungsaussage fällen sollen oder nicht, können wir es auch ganz deutlich einsehen, wie sich Phänomen vom Gegenstande ursprünglich ganz natürlich abscheidet, wie der intramentale Gewahrungsinhalt uns nur Zeichen für den extramentalen Gegenstand ist. In unserer fertigen Weltwahrnehmung, die uns von Jugend her geläufig geworden ist, scheinen freilich die Erkennungszeichen mit den extramentalen Beziehungen zu verschmelzen. Wir scheinen die extramentale Welt selber nicht bloss als Zusammenhang, sondern als farbigen, tönenden etc. Zusammenhang zu sehen; die Gegenstände selbst erscheinen uns als hart, glatt etc. Aber wer bei diesem Umstande stutzig wird, der sehe doch hin, wie uns schon die Zeichen der doch in viel späterem Lebensalter erlernten Schrift mit deren Sinn derart verschmelzen, dass wir zuletzt kaum mehr die Zeichen vom Sinn trennen. Wie sollte sich die in frühester Jugend mittels der Gewahrungen in uns hereingeschriebene Naturschrift nicht schliesslich mit den so früh erlernten Deutungen so verschmelzen, dass es dem erwachenden Selbstbewusstsein anfangs oft zweifelhaft sein mag, was Sinn und was Zeichen ist! Daraus ergibt sich als einfache Umkehrung: Die Naturwahrnehmung als Wahrnehmung eines Zusammenhangs haben wir ganz zweifellos. Sie als Ganzes ist tatsächlich von uns allen im wesentlichen als gleichartig erkannt. Ist also dieses Weltbild einheitlich da, so müssen auch die Beziehungen und Deutungen, vermittelst deren es erst als ein einheitliches Weltbild erscheinen kann, ihre Bedeutung behaupten. Diese Bedeutung wegnehmen wollen wäre das nämliche, als wollte man den Schriftzügen die Beziehung wegnehmen, durch die sie erst Sprachzeichen sind.

Ist dies der in Kant I. zweifellos liegende Sinn, so möchte man freilich verwundert fragen, wie Kant II. im selben Moment, wo Kant I. seine Entdeckung machte, dazu kam, plötzlich abzuspringen und die bloss psychologische Tatsache, dass wir diese Beziehungen in uns denken, der objektiven Tatsache, dass wir damit eine extramentale Welt bezeichnen, einfach unterzuschieben und seine eigene Leistung damit wieder aufzuheben. Aber so könnte man sich auch darüber wundern, wie es zum Beispiel möglich war, dass die französische Revolution im selben Moment, wo sie das Recht des Menschen als Menschen zu bestimmen unternahm, sofort dem Menschen den selbständigen Erwerbsmenschen unterschob und damit ihre ganzen *Menschenrechte* wieder illusorisch machte. Da spielen eben jene heimlichen Lenker des Spiels mit, von denen Natorp spricht.

Das wäre das wesentliche Ergebnis. Welche Folgerungen daraus für die übrigen Differenzen zwischen Natorp und den Bremensern, sowie zwischen Adickes und Haeckel insbesondere für das sittliche und religiöse Gebiet zu ziehen wären, das muss für diesmal unerörtert bleiben; es führte zu weit. Hier handelte es sich bloss darum, die erkenntnistheoretischen Hauptgrundlagen zu behandeln. Wenn da freilich Haeckel und die Bremenser noch auf einem tatsächlich unkritisch-metaphysischen Boden pflügen, der bei genauerer Einsicht in Kant I. ohne weiteres überschritten werden muss, so kann man doch auch ihren Kritikern nicht beitreten. Denn sie stellen sich beide, obschon in ver-

schiedener Weise, auf einen Boden, wo Kant I. noch durch Kant II. getrübt und verwirrt ist. Diese Trübung und Verwirrung muss erst beseitigt, Kant I. muss von Kant II. scharf und deutlich getrennt, und Kant II. muss grundsätzlich der Abschied gegeben werden, damit wir auf dem Boden Kants I. umso freier und sicherer, unbehelligt durch metaphysische Einfälle, weiter gehen können.[4])

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

ROMAN STRELTZOW · ÜBER DIE ÖKONOMISCHEN, SOZIALEN UND GEISTIGEN URSACHEN DER RUSSISCHEN REVOLUTION

I

WOLLEN wir die Ursachen der russischen Revolution kennen lernen, so müssen wir uns mit den ökonomischen, politischen und geistigen Zuständen Russlands vertraut machen. Deren erschöpfende Darstellung kann hier selbstverständlich nicht gegeben werden, und ich muss mich mit einer Beschreibung der drei Hauptfaktoren der russischen Revolution, der Intelligenz, der Arbeiterschaft und des Bauerntums begnügen.[1])

Unter der russischen Intelligenz verstehe ich nicht nur diejenigen, die eine höhere Schulbildung genossen haben, sondern alle, die bewusst nach Freiheit und sozialer Gerechtigkeit streben; sie umfasst also nicht nur Akademiker und Gebildete, sondern auch aufgeklärte Arbeiter und Bauern. Das Bemerkenswerte an dem geistigen Zustand dieser Kreise, die sich, sei es aktiv, sei es passiv, an der revolutionären Bewegung beteiligen, ist die ungemein grosse Distanz, die zwischen ihren Idealen, Zielen und Neigungen und der grauen russischen Wirklichkeit besteht: eine Distanz, wie sie in diesem Grade in der Geschichte der Revolutionen noch nie existiert hat, weder in Frankreich, noch in Deutschland, noch in Österreich oder anderen Staaten, und wie sie sich aus dem rückständigen Charakter der russichen Produktionsweise auf der einen und dem Einfluss des kulturell höher stehenden Auslands auf der andern Seite erklärt.

Der bäuerliche Charakter Russlands wirkte befestigend auf die Stellung des Absolutismus, eine Tendenz, die ja auch in gewissem Masse die ökonomische Lage des Bauerntums aller Länder hat. Der russische Absolutismus war aber im Vergleich zu dem anderer europäischer Länder noch dadurch begünstigt, dass er die grossen technischen Machtmittel zu seiner Verfügung hatte, die erst die Kultur des XIX. Jahrhunderts erzeugt hat: die Eisenbahnen, den Telegraphen, das Telephon, die Mausergewehre, die Kruppschen Kanonen. Parallel

[4]) Erst durch den erkenntniskritischen Unterbau Kants I. wird auch der im Kern vortreffliche Korrelativismus Josef Dietzgens sowohl genügende Grundlage, als auch Triebkraft zur Weiterentwickelung erhalten und den dogmatischen Beigeschmack, den er noch hat, verlieren.

[1]) Die für Russland äusserst wichtige Nationalitätenfrage, die auch im gegenwärtigen Kampf eine Rolle spielt und eine grössere noch zu spielen berufen ist, muss in diesem Zusammenhang ausser Betracht bleiben; sie soll ein andermal gesondert behandelt werden.

mit der ungeheuren Machtkonzentrierung in den Händen des russischen Selbstherrschertums und dem Druck, den es dank seinen Mitteln auf die Geister ausüben konnte, ging aber in Russland ein anderer Prozess vor sich, ein Prozess der Aufklärung, der geistigen Entwickelung, der in hohem Masse vom Ausland, von der westeuropäischen Kultur, beeinflusst wurde. Wie die Autokratie Kanonen und Gewehre, so importierte die russische Intelligenz Ideen, Doktrinen und humanitäre Ideale. Seit mehr als einem Jahrhundert verfolgt sie alle geistigen Strömungen der europäischen zivilisierten Welt, sie ist durchtränkt von deren höchsten kulturellen und sozialethischen Ideen. Diese, die aus einer höheren Kultur, als die des russischen Volkes, stammen, gerieten auf Schritt und Tritt in Konflikt mit den brutalen russischen Realitäten und konnten nicht anders, als aufpeitschend revolutionär wirken. Dieser Konflikt bildete die einzige Ursache der revolutionären Bewegung der zwanziger Jahre — man denke an den Dezemberaufstand! — und zum grossen Teil auch der nachfolgenden Epochen.

Unmittelbar berührte die westeuropäische Kultur nur einen verhältnismässig kleinen Teil der russischen Intelligenz. In die grossen Massen wurde dieser Einfluss durch die russische schöngeistige und kritische Literatur hineingetragen. In dieser Beziehung hat die Literatur in Russland eine Rolle gespielt, von der man im Ausland auch nicht annähernd eine Vorstellung besitzt. Jede Art von Druck, von Despotie wurde von ihr verurteilt und der Verachtung preisgegeben. Aber nicht die Negation sowohl hat hier auf die Geister so revolutionär gewirkt, als vielmehr die Darstellung und Betonung des Menschlichen, des Freiheitlichen und Wahrhaftigen. Dadurch wurde nicht zum wenigsten bei der russischen Intelligenz die Liebe zur Freiheit, zum Volk, erzeugt und die Bereitwilligkeit, für dieses Volk das eigene Leben aufzuopfern.

Der grosse Widerspruch, der zwischen den idealen Anschauungen der Intelligenz und der schlimmsten Wirklichkeit existiert, ist die Ursache der grossen Spannkraft und Energie, die der russischen Revolution inne wohnt. Die Differenz zwischen dem, was ist, und dem, was sein soll, ist zu gross, als dass sie durch irgend welche kleine Zugeständnisse verschwinden könnte. Aber der selbe Widerspruch zwischen dem Sein und dem Sollen bildet auch gleichzeitig die Schwäche der revolutionären Bewegung. Die Ideen sind der Entwickelung der ökonomischen und sozialen Kräfte zu sehr vorangeeilt, die realen Vorbedingungen für deren Verwirklichung sind noch lange nicht geschaffen. Und dadurch entstehen verschiedene Komplikationen, die den Westeuropäern zur Zeit ihrer Revolutionen nicht bekannt waren, und die die ganze freiheitliche Bewegung in Russland viel schmerzlicher, viel opferreicher machen, als seinerzeit in Europa. Besondere Schwierigkeiten bereitet der Umstand, dass die revolutionären Kräfte fast ausschliesslich vom Sozialismus und zum Teil vom Anarchismus durchtränkt sind. Der Kampf wird daher nicht nur gegen den Absolutismus, sondern zugleich gegen den Kapitalismus und den Liberalismus geführt, was aber eine Geschicklichkeit und einen politischen Takt erfordert, den zu besitzen nicht jeder sich rühmen kann. Viele Fehler wurden von den Revolutionären gerade aus den hier angedeuteten Gründen begangen. In der Befürchtung, dass das noch nicht ganz reife russische Proletariat dem Einflusse des liberalen russischen Bürgertums unterliegen könne, lassen sich die russischen Sozialisten nicht selten zu weit gegen dieses Bürgertum hinreissen, was nur eine gemeinsame Schwächung gegenüber dem Absolutismus verursacht.

Ohne und gegen das liberale Bürgertum ist ein Sieg über den Absolutismus unmöglich. Wie gross auch die revolutionäre Kraft der Arbeiterklasse sein mag, im Kampfe gegen den Absolutismus kann sie nicht die Kräfte des liberalen Bürgertums entbehren, sie muss mit ihm zusammengehen. Richtiger gesagt: Die Arbeiterklasse muss den Kampf des liberalen Bürgertums gegen den Absolutismus unterstützen.

II

HIER sind wir bei dem wichtigsten Faktor der russischen revolutionären Bewegung angelangt, beim Proletariat. Das Proletariat bildet in Russland einen verhältnismässig geringen Prozentsatz der russischen Gesamtbevölkerung; seine politische Rolle aber war und ist, dank seiner sozialen Lage, eine ausserordentlich grosse.

Nach verschiedenen statistischen Berechnungen wird die Gesamtzahl der russischen Arbeiter auf rund 3 Millionen angegeben. Das bedeutet etwas mehr als 2 % der Gesamtbevölkerung. In Deutschland bildet die Arbeiterklasse schon zirka 9 bis 10 %. Diese vergleichenden Daten allein genügen, um eine Vorstellung von der quantitativen Bedeutung der russischen Arbeiterklasse zu geben. Dazu muss noch in Betracht gezogen werden, dass der russische Arbeiter im Verhältnis zu seinem deutschen Genossen weniger gebildet, weniger politisch und gewerkschaftlich geschult ist. Trotzdem bildet er einen der verhältnissmässig wichtigsten Faktoren der russischen Revolution. Seine Rolle im politischen Leben ist zurzeit vielleicht grösser, als die des deutschen Arbeiters. Die russische Arbeiterklasse ist verhältnismässig jung, sie hat sich hauptsächlich nach der Aufhebung der Leibeigenschaft gebildet, die einen grossen Ansporn zur Entwickelung der Industrie in Russland gab und ist im wesentlichen aus den Reihen des Bauernstandes hervorgegangen. Auch jetzt noch ist die Zahl der Arbeiter, die in der Stadt geboren und erzogen sind, die eine städtische Schule besucht haben, sehr gering. Begreiflicherweise musste es daher lange dauern, bis die russische Arbeiterschaft an den politischen Kämpfen ihres Vaterlandes teilnehmen konnte. In der revolutionären Bewegung der sechziger, siebziger, achtziger und zum Teil auch der neunziger Jahre spielten die Arbeiter so gut wie gar keine Rolle. Eben aus dem flachen Lande angekommen, konnten sie noch nicht den Zusammenhang der politischen Verfassung mit ihrer sozialen Lage verstehen, und sie kämpften vorläufig nur um ökonomische Verbesserungen, um höheren Lohn, geringere Arbeitszeit, hygienische Arbeitsräume etc. Der Kampf wurde unorganisiert, mit ganz elementaren Mitteln geführt und war nicht immer mit Erfolg gekrönt. In diesem Kampfe aber dämmerte dem russischen Arbeiter allmählich die Vorstellung von dem kausalen Verhältnis zwischen seiner Lage in der Fabrik und der politischen Ordnung des Staates auf. Bei jedem Streik sah er sofort die Kosaken, die Soldaten auf Befehl von oben nicht ihm, sondern dem Kapitalisten zu Hilfe eilen. Die Regierung fürchtete nämlich den Sieg der Arbeiter über die Unternehmer viel mehr, als sogar diese selbst. Der Unternehmer strebt nach Profit und ist, um grössere Verluste zu verhindern, oft bereit, nachzugeben; die Regierung aber betrachtete die Sache von einem ganz anderen Standpunkte aus und verhinderte oft die Unternehmer an Zugeständnissen, zu denen sie bereit waren. Sie befürchtete, dass, wenn die Arbeiter einmal gegen die Kapitalisten zu kämpfen lernen, sie auch leicht die Kunst

begreifen würden, gegen die Regierung zu kämpfen.[2]) Aber sie bewirkte mit dieser Niederdrückungstaktik nur, dass die Arbeiter allmählich begriffen, ihre Lage könne so lange nicht geändert werden, als in Russland der Absolutismus herrsche.

Eine besonders grosse Rolle hat hier der *rote Sonntag* gespielt, an dem der Priester Gapon die Arbeiterscharen zum Zaren zu führen versuchte. Die brutale Niederknüttelung der völlig friedlichen Prozession hat bei den Arbeitern die Hoffnung auf eine Unterstützung seitens der Regierung völlig zerstört. Von nun ab wurde die Arbeiterklasse als solche für den politischen Kampf der Intelligenz gewonnen. Nach langen Jahrzehnten des Partisanenkampfes hat die revolutionäre Idee in Russland eine soziale Klasse gefunden, die die Sache der politischen Freiheit zu der ihrigen machte. Der politische Kampf wird nicht mehr von einer Anzahl Enthusiasten, sondern von einer Masse geführt; der Generalstab der Revolution bekam mit einem Schlage eine Armee.

III

OBEN sahen wir bereits, dass diese Armee verhältnismässig klein ist. Solange der Absolutismus zu seiner Verfügung die Million geschulter Soldaten hat, wird er immer über die 3 Millionen zerstreuter, unorganisierter und unbewaffneter Arbeiter siegen können. Aber wie lange kann er sich auf seine Soldaten stützen? Solange das Bauerntum dem Selbstherrscher treu bleibt. Denn das Gros der russischen Armee ist nichts anderes, als das russische Bauerntum in Uniform. Die Aussichten der Revolution hängen somit auf das engste mit den Aussichten der Bauernbewegung zusammen. Wir müssen daher jetzt die Verhältnisse auf dem Lande betrachten.

Bis in die jüngste Zeit war die Bauernschaft politisch völlig indifferent und stand treu an der Seite des Absolutismus. Dies wurde einmal durch die grosse Unwissenheit der Bauern verursacht, die wohl bis zu 80 % völlige Analphabeten sind, und zweitens durch die Erinnerungen an die Aufhebung der Leibeigenschaft. Die Aufhebung der Leibeigenschaft, die erst vor 45 Jahren durchgeführt wurde, brachte dem russischen Selbstherrschertum seitens der Bauern grosse Sympathieen ein; ist sie doch formell auf Initiative des Zaren und sogar gegen den Willen der Grossgrundbesitzer erfolgt. In den Herzen der von ihren Gutsbesitzern lang gepeinigten Bauern entstand infolgedessen eine tiefes Gefühl der Dankbarkeit und Liebe zu ihrem *Zar-Befreier*, und an diesem Gefühl scheiterten auch die heroischen Bestrebungen der Revolutionäre der siebziger Jahre. Diese Revolutionäre konnten sich nicht vorstellen, dass das rus-

[2]) Diese Befürchtung wurde am schärfsten von dem jetzt verstorbenen berüchtigten General Trepow in einem äusserst interessanten und im Auslande wohl ganz unbekannten Memorandum ausgesprochen. Er sagt dort wörtlich: »Die durch die Streiks erreichten Erfolge haben eine gefährliche und schädliche staatliche Bedeutung, da sie die Anfangsschule zur politischen Erziehung der Arbeiter bilden. Der Erfolg im Kampfe gibt dem Arbeiter den Glauben an seine Kräfte, bringt ihm die Durchführbarkeit des Kampfes in der Praxis bei, bestellt und erzeugt aus der Masse befähigte Führer und überzeugt überhaupt den Arbeiter in der Praxis von der Möglichkeit und dem Nutzen des Zusammenschlusses und kollektiver Handlungen. Die Erregung des Kampfes macht ihn ferner empfänglich zur Aufnahme der Ideen des Sozialismus, die ihm bis dahin als müssige Träumereien erschienen. Auf dem Boden des lokalen Kampfes entwickelt sich dann das Bewusstsein der Solidarität seiner Interessen mit den Interessen der anderen Arbeiter, das heisst die Erkenntnis des Klassenkampfes, der wiederum mit immer grösserer Notwendigkeit die politische Agitation bedingt, eine Agitation, die sich die Umgestaltung der bestehenden staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung auf der Grundlage der sozialen Demokratie zur Aufgabe stellt.«

sische Bauerntum ihnen nicht folgen würde. Aber dieses ist ihnen nicht nur nicht gefolgt, sondern zog sogar gegen sie selbst zu Felde.

Mit den Zeiten hat sich aber die Sache ein wenig geändert. Als erstes Moment wirkte dabei die immer grössere Verbreitung des Volksunterrichts. Trotz aller Hindernisse, die ihm die Bureaukratie in den Weg legte, ist es den gesellschaftlichen Kräften, unter denen besonders die *Semstwos* hervorgehoben werden müssen, gelungen, ein verhältnismässig grosses Netz von Schulen einzurichten, in denen ein Teil der Dorfjugend eine gewisse Bildung geniessen konnte. Dadurch wurde ein Durchsickern von kulturellen Ideen ermöglicht. Das Dorf lernte nach und nach, wenn auch in verstümmelter Gestalt, die Schriften unserer klassischen Schriftsteller kennen, und gleichzeitig damit wuchs beim jungen Bauer immer höher das Bewusstsein seiner menschlichen Würde. Allmählich verschwand auch die alte Generation, die sich noch der Zeit der Leibeigenschaft erinnerte und dem Absolutismus blindlings gehorchte. Zu diesen Momenten trat, den Ausschlag gebend, das ökonomische. Der Bauer geriet nämlich in ein fürchterliches Elend und musste sich entschliessen, entweder den Hungertod zu sterben oder in den Kampf um seine Existenz einzutreten. Dieser Kampf verwickelt auch ihn in den Strudel der freiheitlichen Bewegung.

Die bäuerliche Not ist nicht durch eine, sondern durch mehrere Ursachen bedingt. Einmal fürchtete das Selbstherrschertum die Aufklärung der Bauern, da ein aufgeklärter Bauer ein unzuverlässiger Untertan ist. Die Bestebungen der fortschrittlichen Elemente, dem russischen Dorfe etwas Bildung beizubringen, scheiterten nicht selten an den Hindernissen, die ihnen die Bureaukratie in den Weg legte. Ein ungebildeter Bauer ist aber nicht im stande, die einfachsten Verbesserungen in seiner Wirtschaft einzuführen, und so entwickelte sich die russische bäuerliche Agrikultur nur in dem allerbescheidensten Umfange. Im allgemeinen ist sie auf dem selben Niveau geblieben, auf dem sie vor fünfzig, ja vor hundert Jahren gestanden hat. Und in dem niedrigen Niveau der bäuerlichen Bodenwirtschaft liegt recht eigentlich die Hauptursache der schrecklichen Not der Bauern. Denn, entgegen der allgemein verbreiteten Anschauung, ist der russische Bauer gar nicht so landarm, dass er deshalb Hungers sterben müsste. In Deutschland bilden die landwirtschaftlichen Betriebe mit nicht mehr als 3 Hektar Bodenfläche, also die Kleinbetriebe, etwa 70 % der Gesamtzahl, und von einer Hungersnot, von besonderer Landarmut ist in Deutschland nichts zu hören. In Russland bilden die entsprechend grossen bäuerlichen Betriebe nur etwa 10 % der Gesamtzahl, und der russische Bauer leidet fast jährlich an Hungersnöten. Es wäre unrichtig, anzunehmen, dass hier die grössere Besteuerung des russischen Bauers die Hauptschuld trägt, wie furchtbar hohe Steuern er in der Tat auch zahlt. Wie tief die bäuerliche Agrikultur steht, zeigen die Durchschnittsziffern der Getreideernte, wenn man sie mit den entsprechenden anderer Länder vergleicht. Während in Deutschland durchschnittlich 77,8 % Pud von einer Dessjatine (in Belgien sogar 128,5 und in England 123,4) gesammelt werden, hat der russische Landwirt durchschnittlich nur 38,8 Pud Ertrag, also nur die Hälfte dessen, was der deutsche Landwirt erntet. Dieses Ergebnis ist einzig der extensiven, räuberischen Wirtschaft des russischen Bauers geschuldet. Und diese Wirtschaft, die das ganze Reich ökonomisch ruiniert, wird so lange dauern, als der russische Bauer noch so unwissend ist, wie jetzt. Und diese

Unwissenheit ist durch den um seine Existenz besorgten Absolutismus bedingt, dessen Beseitigung daher eine Vorbedingung für die Aufbesserung der Lage der Bauern ist. Darin liegt das Unterpfand des Sieges der Freiheit.

Aber immerhin ist diese Unwissenheit vorläufig eine Tatsache, die nicht so bald überwunden werden kann. Niemand ist im stande, dem Bauern in kurzer Zeit die notwendigen agrikulturellen Kenntnisse beizubringen und dadurch seinen Wohlstand zu heben. Der Bauer will aber heute schon Brot und wieder Brot, und wollte man ihm dafür ein gutes Buch in die Hände drücken, so hätte es für ihn den selben Nutzen, wie für einen Hungrigen ein Stein. Der hungernde Bauer kann nicht lernen, und da er auch nicht Hungers sterben will, so kämpft er für dasjenige Mittel, von dem er genau weiss, dass es ihm nützen wird: für die Erweiterung seiner Bodenfläche. Wie unwissend auch der russische Bauer ist, so versteht er doch ganz gut, dass, wenn er von einer Dessjatine 38 Pud Getreide erntet, er von zwei Dessjatinen das doppelte Quantum bekommen kann. Und so trachtet er nur, wo er mehr Boden herbekommen kann. Seit zwei Jahrzehnten ist es der einzige Traum, den der russische Bauer träumt. Die russische Agrarfrage verdichtet sich heute zu einer Bodenfrage.

Eigentlich war sie es von je. Schon während der Aufhebung der Leibeigenschaft im Jahre 1861 drehte sich alles um das Quantum der Bodenfläche, die der von nun ab freie Bauer besitzen sollte. Die Grossgrundbesitzer protestierten gegen die Idee, die Bauern mit einem Quantum von Boden zu versorgen, das für deren gewohnte Bedürfnisse ausreichte. Sie erklärten ganz offen, dass die Grundbesitzer in diesem Falle keine oder nur teuere Arbeitskräfte bekommen würden. Denn eine besondere Klasse der Landarbeiter existierte damals nicht; auch jetzt gibt es in Russland eine solche nur in sehr bescheidenem Umfange. Alle Arbeiten auf dem Gutshof verrichten meistens die landarmen Bauern oder ihre Söhne, deren Kräfte in der bäuerlichen Wirtschaft leicht entbehrlich sind. Die Kampagne der Grossgrundbesitzer blieb nicht erfolglos; das Resultat war, dass der russische Bauer zwar Boden erhielt, aber durchaus nicht so viel, dass er den Verdienst auf dem Gutshof entbehren konnte. Auf diese Weise versorgte der Gesetzgeber die Grossgrundbesitzer mit Arbeitern. Häufig fand nun der Gutsbesitzer, dass es viel rentabler wäre, wenn er seinen Bodenvorrat nicht für eigene Kosten bebaute, sondern den Bauern verpachtete. Denn der Landhunger der Bauern war so gross, dass er bereit war, die höchsten Pachtgelder zu zahlen. Wie stark dieser Landhunger ist, zeigt der Umstand, dass der Pachtzins bis zu 40 Mark von einer Dessjatine stieg, und dass sogar unter solchen Verhältnissen nicht weniger als 37 Millionen Dessjatinen, das heisst mehr als ein Drittel des gesamten privaten nicht bäuerlichen Bodenbesitzes sich als Pachtland in den Händen der Bauern befindet. Bei seiner Befreiung bekam der Bauer durchschnittlich 4,8 Dessjatinen auf einen männlichen Kopf: ein schon damals nicht ausreichendes Quantum. Aber seit der Aufhebung der Leibeigenschaft sind schon mehr als 45 Jahre verflossen, und in dieser Zeit vermehrte sich die Bauernbevölkerung von 50 auf 86 Millionen, das heisst um 72 %. Die männliche bäuerliche Bevölkerung stieg dabei von 23 auf mehr als 43 Millionen, also um mehr als 86 %. Der bäuerliche Bodenbesitz aber vergrösserte sich in dieser Zeit nur auf 20 Millionen Dessjatinen, was etwa 16 % des ursprünglichen Bodenbesitztums ausmacht. Dementsprechend hat sich auch der durchschnittliche Bodenbesitz des einzelnen Bauern vermindert. Von 4,8 Dessjatinen pro männlichen Kopf im Jahre 1861 fiel er auf 2,6, das

heisst fast auf die Hälfte. Und wenn schon die 4,8 nicht ausreichten, um wie viel weniger erst die Hälfte! Die fast jährlich wiederkehrende Hungersnot spricht in dieser Beziehung eine furchtbar deutliche Sprache.

V

KANN man dieser Bauernnot abhelfen? Für alle Kenner der Verhältnisse steht es ausser Zweifel, dass dies durch kein anderes Mittel geschehen kann, als durch die Erweiterung der bäuerlichen Bodenfläche. Wir haben gesehen, dass von einer Hebung der agrikulturellen Technik vorläufig keine Rede sein kann. Ebenso ist es unmöglich, den Bauern durch andere Mittel zu helfen, von denen die konservativen Politiker sprechen. Man hört öfters von Übersiedelungen nach Sibirien. Dieser Punkt steht in vielen Agrarprogrammen der rechtsstehenden Parteien. Vor Jahren setzte man grosse Hoffnungen darauf, aber es stellte sich bald heraus, dass dadurch nichts erreicht werden konnte. Das beweist am besten die Auswanderungsbewegung, die schon bisher stattgefunden hat. Nach der Bauernemanzipation hatte die Regierung die Auswanderung nach Sibirien nicht nur nicht begünstigt, sondern, umgekehrt, mit allen Mitteln zu verhindern gesucht. Sie tat es, um den Gutsbesitzern die ihnen notwendigen billigen Arbeitskräfte zu verschaffen. Aber trotz aller Hindernisse wuchs die Übersiedelungsbewegung immer stärker an. In den achtziger Jahren übersiedelten jährlich 25- bis 50 000 Bauern nach Sibirien; am Anfang der neunziger Jahre schon 80- bis 90 000. Als die grosse sibirische Eisenbahn gebaut wurde, wurde die Übersiedelung bedeutend erleichtert. Im Jahre 1893 änderte die Regierung ihre bisherige Übersiedelungspolitik in einem für die Bauern günstigen Sinne. Diese Umstände liessen eine Hoffnung auf ein noch stärkeres Wachstum der Auswanderung zu. Das war auch am Anfang der Fall. Im Jahre 1895 wanderten nach Sibirien schon mehr als 120 000, im Jahre 1896 mehr als 180 000. Aber dann hielt die Bewegung inne und ging rasch zurück. In den Jahren 1898 bis 1900 wanderten jährlich 150- bis 190 000 aus; in den Jahren 1901 bis 1903 schon nur 70- bis 90 000. Wie erklärt sich diese Erscheinung? Selbstverständlich nicht durch die Verminderung des Bedürfnisses. Sie kann also nur mit der Verschlechterung der Bedingungen in Sibirien selbst zusammenhängen. Das wird durch die Rückwanderung bestätigt. Es ist nämlich eine Tatsache, dass ein verhältnismässig grosser Prozentsatz der Auswanderer aus Sibirien zurückkehrt. In den achtziger Jahren und am Beginn der neunziger kehrten jährlich etwa 3 bis 4 % der Auswanderer zurück; in den Jahren 1894 bis 1898 waren es schon 13,8 %, in den Jahren 1899 bis 1903 18,8 %. Diese Rückwanderung im Zusammenhang mit der Verminderung der Auswanderung beweist sehr deutlich, dass durch eine Auswanderung nach Sibirien die bäuerliche Not nicht gelindert werden kann. Ebenso verhält es sich mit den Plänen, die ländliche Übervölkerung in der Industrie unterzubringen. Die russische Industrie konnte sich bis jetzt nur durch die Unterstützung des Staates halten und durch die Arbeit für den bäuerlichen Markt; einen auswärtigen Absatzmarkt hat sie, wie bekannt, nicht. Aber die Bauern sind nicht kaufkräftig, und der russische Staat braucht seine Gelder jetzt für ganz andere Zwecke. Daraus folgt, dass auch dieses Mittel den Bauern keine Erleichterung zu bringen vermag. Immer wieder kommen wir zum Schluss, dass nur eine Bodenerweiterung hier helfen kann. Und damit kommen wir zu

dem kompliziertesten Punkt des russischen Agrarproblems, zu der Frage, wo man die notwendigen Ländereien herbekommen soll. Dieser Punkt ist nicht nur agrarpolitisch wichtig. Er wirft auch ein Licht auf die Möglichkeiten und Aussichten der russischen Bauernbewegung überhaupt.

Die Statistik über die Verteilung des Grund und Bodens zeigt uns folgendes Bild: Die Gesamtfläche des Bodens in den 44 Gouvernements des europäischen Russlands beträgt etwa 382 Millionen Dessjatinen. Davon fallen auf die Kron- und Apanagenländereien 151 Millionen, auf den bäuerlichen Bodenbesitz 145, auf den privaten Grossgrundbesitz 76, auf die Ländereien der Kirche, der Klöster und anderer Institute etwa 10 Millionen. Somit besitzt die Krone und das Kaiserhaus den grössten Teil des Grund und Bodens. Es läge der Schluss nahe, dass die landhungrige Bauernschaft ihre Blicke in erster Reihe auf die Regierung als die Landbesitzerin richten müsste. Wäre dies in der Tat der Fall, so wäre das ein besonderes Glück für die Freiheitsbewegung. Denn dann würde der soziale Kampf mit dem politischen zusammenfallen. Die politische Aufklärung würde unendlich erleichtert und könnte viel rascher vor sich gehen, als jetzt. Leider ist dem eben nicht so. Denn von den 151 Millionen Dessjatinen, die der Krone und den Apanagen angehören, entfallen nicht weniger als 111 Millionen Dessjatinen, das heisst 73 %, auf die nördlichen Gouvernements, Archangelsk, Wologda und Olonetzk, in denen die gesamte Bevölkerung etwa nur 2 Milionen beträgt und die Landwirtschaft fast unmöglich ist. Und die übrigen 40 Millionen bestehen hauptsächlich aus Forsten, deren Vernichtung, volkswirtschaftlich betrachtet, unzulässig ist. Nur ein kleiner Teil von diesen Ländereien ist bebaubar, und dieser ist auch meistenteils schon an die Bauern verpachtet. Folglich, wenn eine Erweiterung des bäuerlichen Bodensbesitzes überhaupt möglich ist, so kann sie nur auf Kosten der Grossgrundbesitzer geschehen. Daraus geht hervor, dass sozialökonomisch dem Bauern nicht die Regierung, sondern der Gutsbesitzer, der *Pomestschik,* feindlich gegenüber steht. Daraus erklärt sich die bisherige Schwierigkeit, die Bauern für den Freiheitskampf zu gewinnen, der ausschliesslich eben gegen den Absolutismus, gegen die politische Verfassung gerichtet ist. Aber auch hier hat die Politik der Regierung sehr viel zur Klärung der Lage beigetragen. Die schrecklichen *Beruhigungs*expeditionen, die Niederdrückung jeder freiheitlichen Regung, haben den Bauern die Augen geöffnet. Und besonders wirkte nach dieser Richtung die bekannte Erklärung der Regierung auf den Entwurf der *Duma,* betreffend die zwangsweise Enteignung des privaten Grund und Bodens.

Diese Erklärung im Zusammenhang mit den Forderungen der *Duma* hat eine grosse Rolle in der politischen Aufklärung der Bauern gespielt. Der Bauer sah, dass nicht die Grundbesitzer ihm den Boden verweigerten, sondern die Regierung selbst. Die Reden der Minister gegen die zwangsweise Enteignung wurden in allen Dörfern gelesen, und sie verfehlten nicht ihre Wirkung. Wie weit die Aufklärung sich schon vollzogen hat, bleibt selbstverständlich noch abzuwarten. Es steht aber jedenfalls fest, dass der Prozess begonnen hat, und von nun an wird der Bauer mit vollem Bewusstsein nicht nur *Land,* sondern auch *Freiheit* fordern. Dieses wird den Kampf um die Freiheit, der schon seit einem Jahrhundert von der russischen Intelligenz geführt wird, unendlich begünstigen.



IDA HÄNY-LUX · BERUF UND EHE

ALS Edmund Fischer in den *Sozialistischen Monatsheften* seine Ansichten über eine zukünftige Gestaltung des Ehelebens aussprach, hat er sicherlich ehrlicher, als viele andere, sich zu einer Auffassung bekannt, die fast jeder Ehemann im Grunde seines Herzens hegt. Denn in einer so bewegten Übergangszeit, wie es unsere Gegenwart ist, ist es tatsächlich fast unmöglich, neue Lebensformen in der Vorstellung an die Stelle der alten zu setzen. Man pfropft sie gewöhnlich nur auf die aktuellen Verhältnisse auf und bekommt dann natürlich ein Monstrum zu Gesicht, vor dem einem ordentlich grauen kann. Es war daher sehr interessant, zu sehen, wie die verschiedenen Frauen, die Fischer entgegentraten, als echte Revolutionäre den schon in seiner Eigenschaft als Sozialist doch freidenkenden Mann unendlich weit überholten und den Kampf in eigener Sache auch mit tüchtigem, selbstgeschmiedetem Rüstzeug fechten. Die Not ist ein guter Lehrmeister, und aus irgend einer Not heraus sind wir Frauen alle aus dem alten Haus- und Ehebegriff vertrieben worden. Darin, wie in vielen Hauptpunkten sind wir unter uns auch einig. Die Differenzen zwischen uns entspringen darum mehr individuellen Nüancen, als prinzipiellen Ansichten. Vor allem aber sind wir überzeugt, dass, wie wertvoll auch jede Form der Frauenbewegung an und für sich sein mag, eine wirkliche Erlösung nur durch eine völlige Umgestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse möglich ist, und dass wir daher uns nur auf die Partei stützen können, die die Axt an das heutige Wirtschaftssystem legt, auch wenn uns scheint, dass Genosse Fischer uns am liebsten wieder in Stube und Küche einschliessen möchte.

Vor hundert Jahren noch konnte sich nur der reiche Mann erlauben, unverheiratet zu bleiben, da die Frau für Haus und Hof eine so wichtige Arbeitskraft bedeutete, dass sie zum Fortkommen des Mannes fast unentbehrlich war. Wie beim Bauern heute noch, war sie damals durch alle Stände hindurch effektiv die Genossin des Mannes, wie sehr sie auch im einzelnen Fall als Dienstbote behandelt worden sein mag, so dass sie gerade in dieser Periode einen gewissen Höhepunkt in ihrer Stellung als Hausfrau und Mutter eingenommen hat. Sie wurde aber auch konsequent auf dieses Ziel hin erzogen, die wirtschaftliche Tüchtigkeit war ihr Ehrenkränzlein, und da die Besorgung der Hauswirtschaft eine tatsächlich geleistete Arbeit bedeutete, fanden sogar Frauen, denen gerade diese Betätigung nicht absolut lag, eine gewisse Befriedigung darin. Zudem bot der damalige Hausbetrieb immer Gelegenheit zur Pflege besonderer Liebhabereien und eine so günstige Abwechselung von geistiger und körperlicher Arbeit, dass er ohne weiteres für die Frau ein gewisses Wohlbehagen mit sich brachte.

Es erübrigt, über die Veränderung der wirtschaftlichen Verhältnisse hier zu reden. Nur in Lebensformen, wie sie etwa die Gartenstadtbewegung bezweckt, würde die Frau in gewissem Sinn als direkte Hilfsarbeiterin des Mannes wieder enger an ihn heranrücken. Effektiv kann doch heute der Mann nur heiraten, wenn er ein gesichertes Einkommen besitzt, woraus schon ohne weiteres hervorgeht, dass die Hausarbeit der Frau nicht als vollgültiges Äquivalent für die Arbeit des Mannes betrachtet werden darf. Daher kommt es, dass sogar die Arbeiterfrau, die doch ihre Wirtschaft ohne fremde Hilfe besorgt, also auch

eine Arbeit wirklich leistet, ausserhalb des Hauses *zuverdienen* muss, dass sich die Frau des Mittelstandes, die ja meistens Dienstboten hält, auf irgend eine Weise über die Unausgefülltheit ihres Lebens hinweghelfen muss, und wäre es nur durch eine zwecklose Geschäftigkeit, die sie 12 bis 14 Stunden ununterbrochen an die Arbeit zwingt. Ein direktes Resultat dieser Konstellation ist dann der unüberbrückbare Abgrund, der zwischen Frau und Frau liegt, zwischen der überarbeiteten, abgerackerten Frau des Proletariats und des unbemittelten Mittelstandes und der Luxusfrau, die sich bekanntlich in allen Ständen findet. Auf diese Weise aber wird die an und für sich wertvolle Frauenkraft konsumiert, ohne dass sie in der Sphäre verwendet würde, innerhalb welcher die Werte der Menschheit geschaffen werden.

Die Aufgabe der bürgerlichen Ehefrau besteht heute darin, das Einkommen des Mannes, welches in Gestalt von Wirtschaftsgeld in ihre Hände gelangt, möglichst anständig zu verwalten. Ach, du mein Gott, was ist das schon für ein Lebensinhalt! Ist genug da, so ist es keine Kunst; wird dem Mann beständig die Daumenschraube angelegt, so dass alles, was er an pekuniär ausbeutbaren Eigenschaften besitzt, in die Wirtschaft fliesst, ist es wieder keine Kunst. Wo die Mittel aber knapp sind, wird alles Freudige und Schöne und Entwickelungsfähige einer Frauenseele ohne Pardon unter das eherne Gesetz des Groschenspaltens gestellt. Dazu kommt eine Verzettelung ihrer Arbeitskraft, eine Anspannung ihrer Leistungsfähigkeit, eine wahnsinnige Verquickung von praktischen und psychischen Anforderungen, dass sie das Restchen von Kraft, das ihr vielleicht noch übrig bleibt, aufbieten muss, um nur nicht ganz durch die Ehe zu Grunde gerichtet zu werden. Es ist eine traurige Illustration zu dem Kapitel *Missbrauchte Frauenkraft,* wenn jede Nummer einer vornehmen deutschen Modezeitung Anweisungen enthält, wie man aus alten Strümpfen *Sweaters,* aus abgetragenen Blusen Schürzen, aus Vaters Überzieher Sportkostüme für die Kinder macht. Für diese Frau kommen nicht einmal die Erleichterungen durch die Technik der Neuzeit in Betracht, die kapitalistisch ausgebeutet werden und für den Konsumenten also höchstens eine Ersparnis an Zeit repräsentieren. Zeit ist gerade der Wert, über den die hier geschilderte Frau — und es ist ein ausserordentlich grosser Prozentsatz aller Ehefrauen — nie ein freies Verfügungsrecht hat. Die Zeit der Frau, bis auf die Minute herab, gehört dem Haus, Mann und Kind. Wehe, wer an einem solchen unantastbaren Grundsatz zu rütteln wagt! Es ist drum auch nicht verwunderlich, dass heute die unverheiratete, irgendwie arbeitende Frau viel länger ihre Frische und Elastizität bewahrt, als die Frau, der sich der *echte Beruf des Weibes* erschlossen hat.

Wäre nun jede Frau von Natur oder, wie früher, durch stramme Erziehung, für die Hauswirtschaft geeignet, so wäre die Sache nicht so schlimm, da dann auch die Arbeit mit einer gewissen Freudigkeit geleistet würde. Es würde freilich das absolut Irrationelle der Besorgung des Einzelhaushaltes keineswegs aufgehoben werden, da gerade die wirkliche wirtschaftliche Begabung der Frau in der gegenwärtigen Form des Haushalts, wenigstens in städtischen Verhältnissen, nicht ausgenutzt werden kann. Ein Beweis für diese Behauptung ist die Tatsache, dass das hauswirtschaftliche Talent zu einer beträchtlichen Einnahmequelle wird, wenn es in den Dienst des Grossbetriebes gestellt wird, wie das in Hotels, Sanatorien etc. der Fall ist. Da der Grossbetrieb aber sofort eine

Arbeitsteilung nach verschiedenen Arbeitsgebieten mit sich führt, wird darin die einzelne Arbeitskraft auch naturgemäss rationell ausgebeutet. Sobald die Hausarbeit in irgend einem ihrer Teile zur Berufsarbeit wird, fordert sie von dem, der sie verrichtet, ganz fest umschriebene Leistungen, die auch bei hochgeschraubten Forderungen immerhin weniger aufreibend wirken, als das Durcheinander von Ansprüchen, die an die Hausfrau gestellt werden. Es liesse sich allerdings schon beim heutigen Einzelhaushalt eine Arbeitsteilung durchführen. wenn eine reinliche Scheidung in der Arbeit in der Weise vollzogen würde, dass Frau und Dienstbote je einen bestimmten Rayon allein und dann auch wirklich gut besorgen könnte. Heute, wo der Hausbetrieb unter dem Odium des ungelernten Arbeiters — die *gnädige Frau* ist meistens nicht ausgenommen — steht, wursteln alle Weiblein eines Hauses in allem herum und machen mit ungeheurem Zeitaufwand nichts ordentlich. Das Ideal der Zukunft aber liegt sicherlich in der Entwickelung der Hausgenossenschaft, es ist jedoch noch nicht abzusehen, wie lange es dauert, bis vor allem die deutsche Frau selber diesem Ziele zustrebt. In einer Ehe, in der der Mann der allein erwerbende Teil ist, hat er unbedingt das Recht, von der Frau als Gegenleistung mindestens die tadellose Führung des Hausstandes zu verlangen, da er eine Ehe, so sehr auch persönliche Sympahtieen mitsprechen mögen, doch meistens unter dem Gesichtspunkte schliesst, dass er *seine Ordnung haben* will. Sehr viele Frauen aber sehen auch heute noch in der Ehe die Versorgung, die es ihnen ermöglicht, nicht oder nicht mehr arbeiten zu müssen, und sie verbinden sich mit dem Manne mit einer unglaublichen Überschätzung des Wertes ihrer Persönlichkeit, ihres Körpers oder ihrer Seele. Sie haben keine blasse Ahnung davon, dass von den beiden Grundfaktoren der Ehe, der eine, das persönliche Verhältnis, die Liebe, das flüchtigste Moment unseres Lebens ist, während der andere, das wirtschaftliche Verhältnis, um so segensreicher wird, je mehr es in geregelter Kontinuität ausgebaut wird. Wo die wirtschaftlichen Verhältnisse — in unserer Gesellschaft kommt für die Ehe der Betrieb des Einzelhaushaltes als einzig anerkannte Form in Frage — zwischen zwei Gatten nicht irgendwie in harmonischer Weise geregelt werden, ist das Haus von vornherein auf Sand gebaut, und zwar nicht nur in pekuniärer Beziehung, sondern auch in dem Verhältnis der Gatten unter einander, wenn erst einmal der Liebesrausch verflogen ist.

Die Unsicherheit, ob ein Mädchen geheiratet werden wird oder nicht, hat die Schar der beruflich arbeitenden Frauen ungeheuer vermehrt. Dadurch wird aber auch die Gefahr vergrössert, dass die Vorbereitung auf die Arbeit im eigenen Heim immer ungenügender wird, denn schliesslich glaubt doch heute keiner mehr, dass eine Liebe einer Frau genügt, damit sie über Nacht eine famose Köchin oder eine ausgezeichnete Näherin etc. werde. Über ein kurzes wird drum der Mann in die Notwendigkeit versetzt werden, einer Frau, die er zu heiraten wünscht, die Frage vorzulegen: Willst oder kannst du statt deiner Berufsarbeit künftighin mein Haus besorgen? Dann muss es der Frau freistehen, diese Frage bejahend oder verneinend zu beantworten und eventuell als Ersatzleistung für den gemeinsamen Haushalt ihre berufliche Arbeit weiter zu betreiben. Bei der grossen Differenziertheit des gegenwärtigen Frauengeschlechtes ist es eine reine Barbarei, eine Frau in eine Bahn drängen zu wollen, die ihrem Wesen nicht entspricht. Es ist auch eine Barbarei, sie in allen ihren Lebensansprüchen von dem Einkommen des Mannes abhängig zu machen, wenn

sie doch im stande wäre, durch eigene Arbeit sich die Mittel für ihre persönlichen Bedürfnisse, die über Essen, Wohnen und Toilette hinausgehen, zu verschaffen. Den Frauen, die aus Naturanlage knausern und sparen, stehen doch wieder Hunderte gegenüber, die verkümmern, wenn sie keine pekuniäre Freiheit haben. Je höher unsere Kultur steigt, desto grösser werden unsere Ansprüche, desto feiner die Scheu, andere, auch den Mann, für sich arbeiten zu lassen, desto notwendiger wird auch die wirtschaftliche Selbstständigkeit der Frau. Wo der Mann das Aufgehen der Frau in der Wirtschaft fordert, hat er sie auch so zu stellen, dass er ihr einen pekuniären Ersatz für die entzogene Arbeitsmöglichkeit leistet.

Die berufliche Arbeit der Frau ist sicher die allgemeine Forderung der nächsten Entwickelungsperiode. Es steht ja auch schon ein Trüpplein Frauen im Feld, die natürlich nie ihren Beruf um der Ehe willen aufgeben würden. Es wäre lächerlich von diesen Frauen, dann auch sogleich Verzicht auf die Ehe überhaupt zu fordern. Da wird eben die Form gefunden werden, unter der Ehe oder vielmehr Privatwirtschaft und Beruf vereinigt werden können. Eine andere Hilfe kommt uns von der Dienstbotenbewegung, die die arme *Nurhausfrau* in solche Ängste und Nöte jagt, dass sogar sie sich rationelleren Betriebsmethoden zuwenden muss, die aber vor allem den Nutzen hat, dass ein zielbewusstes, geschultes Arbeitspersonal, allerdings gegen höhere Löhne und mit mehr persönlichen Ansprüchen, in den Hausdienst an Stelle des kopflosen Handlangervolkes treten wird.

Gegen die Tendenz, die Frau aus der alleinseligmachenden Hauswirtschaft zu erlösen, wird ja natürlich Tod und Teufel losgelassen. Man denke: Der arme, ermüdete Ehemann findet dann vielleicht zu Haus seine Pantoffel nicht am richtigen Ort und muss so manches Behagen aufgeben, das sich daraus ableitete, dass die direkte Arbeit für den Mann der Frau allenfalls noch ein Herzensbedürfnis bedeutete, das über die Monotonie der Hauswirtschaft einen verklärenden Schimmer warf! Muss denn aber der Mann immer so ermüdet nach Hause kommen, dass er in der Frau nur noch die Dienerin sucht und nicht den Kameraden? Durch die Arbeit der Frau wird er doch ebenfalls pekuniär entlastet, und es fallen für ihn hunderterlei Sorgen und Ärgernisse fort, wenn er neben sich eine Frau hat, die mit eigener Vernunft und eigenem praktischen Verstehen auch aus eigener Kraft lebt. Man behauptet, dass die Hauswirtschaft von Fremden nicht mit der selben Gewissenhaftigkeit besorgt wird, wie von der Hausfrau. Abgesehen davon, dass aber heute in sehr vielen Fällen die Frau, ohne irgend eine Arbeit zu leisten, sich auch nicht um die Wirtschaft kümmert, die trotzdem geht, so ist es doch eine Tatsache, dass gerade in komplizierten Betrieben, da wo *Haus gemacht* wird, wo man die höchsten Anforderungen an eine tadellose Führung des Hausstandes stellt, die Frau selten mehr besorgt, als dass sie die oberste Leitung ausübt. Es ist zudem bekannt genug, wie wenig die wirkliche Behaglichkeit eines Heims davon abhängt, ob die Hausfrau oder ein Angestellter zum Beispiel Staub wischt. Gerne mag vorderhand zugegeben werden, dass die verheiratete Frau ihre Arbeitszeit einschränken soll, um dem Haus, Mann und Kind einen grossen Teil ihrer Zeit und Kraft zu widmen, und dass dem Mann der Löwenanteil am Unterhalt der Familie und die pekuniäre Sicherstellung der schwangeren und stillenden Frau übrig bleibt.

Schliesslich werden aber die Frauen doch einmal so weit kommen, dass sie für gleiche Leistungen gleiche Löhne, wie der Mann, fordern, so dass sie mit weit geringerer Arbeitszeit die selben Einnahmen haben, wie wenn sie von früh bis abends sitzen und schuften.

Schwieriger stellt sich die Frage für die Berufstätigkeit der Frau, wenn man die Mutterschaft mit in Betracht zieht. Sicherlich ist die Form, in der die Proletarierfrau Beruf und Mutterschaft verbinden muss, an und für sich eine schwere Schädigung der Volkskraft. Noch ist ja die Bewegung für Mutterschutz, für Mutterschaftsversicherung erst in ihren Anfängen, aber sie entspringt einer so unanfechtbaren Notwendigkeit, dass sie als organisches Gebilde bald aus unserem gegenwärtigen gesellschaftlichen Organismus herauswachsen muss. Auch der Staat kann sich einer Teilnahme an der Bewegung nicht mehr lange entziehen, da in Deutschland, besonders in Berlin, die Geburtenziffer so konstant abnimmt (von 47,17 °/₀₀ im Jahre 1876 auf 24,4 °/₀₀ im Jahre 1905), dass die Gefahr besteht, dass deutsche Mütter nicht mehr genug deutsche Soldaten zu stellen vermögen. Für gesunde Frauen kommt absolute Arbeitsunfähigkeit doch auch nur ganz kurze Zeit in Betracht, deren Schädigungen zudem noch durch die Mutterschaftsversicherungen aufgehoben würde, und es kann keine Berufsarbeit der Zukunft mehr Anforderungen an die Frau stellen, als der heutige Wirtschaftsbetrieb, der doch in unzähligen Fällen auch die Frau des Mittelstandes bis zur letzten Stunde erbarmungslos zur strengsten Arbeit zwingt.

Aber die Pflege des kleinen Kindes würde darunter leiden, wenn die Mutter eventuell einige Stunden ausser Hause tätig wäre. Nehmen wir einmal an, dass absolut jede Mutter durch die körperliche Mutterschaft zur wirklichen Mutter wird — hundertfach spricht zwar die Erfahrung dagegen —, so konzentriert sich doch das Leben selbst einer sehr zärtlichen Mutter nicht nur auf das Kind. Und alle Liebe und Zärtlichkeit macht dann noch nicht eine gute Pflegerin aus ihr. Bekanntlich sind die am besten gepflegten Kinder die englischen, die der Mutter doch beinahe nur auf dem Präsentierteller unter die Augen kommen, die aber von wirklich fach- und sachkundigen *Nurses* behandelt werden. Um der vielen wirklichen Mütter willen, die sicherlich für das Kind unersetzlich sind, könnte man nicht befürworten, dass das Kind sogleich in staatliche Fürsorge käme, aber es wäre trotzdem für das kommende Geschlecht ein grosser Segen, wenn die Erziehung der Jugend Berufenen übergeben würde, wobei den Eltern die Freude an den Kindern und der Einfluss des durch sie geschaffenen und individuellen Heims belassen würde. Zudem würde sich auch wieder eine weite Perspektive für weibliche Betätigung bieten. Die Mütterlichkeit wird in der Familie meistens ebensowenig ausgenutzt, wie die Hausfrauentüchtigkeit. Im Gegensatz zu Wally Zepler nehme ich an, dass eine Frau ohne Überanstrengung so viel Kindszeug um sich zu scharen vermag, wie ihr Herz und ihre Arbeitskraft umfassen kann. Auch die berühmte *Nervosität* dem Kinde gegenüber schwindet, wenn eine Frau erst einmal das Zusammensein mit Kindern als eine berufliche Leistung an die Allgemeinheit betreiben und nicht durch ein enervierendes Hin und Her von ungezählten anderen Pflichten schon von vornherein krank gemacht wird. Es liegt auf der Hand, dass gerade die Hausgenossenschaften derartigen Frauen einen reichen Wirkungskreis bieten könnten. Die Eifersucht der leiblichen Mütter würde wohl schliesslich schwin-

den, wenn sie wüssten, dass in der Zeit, in der sie durch irgend eine andere Beschäftigung fern gehalten werden, ihre Kinder in guten Händen und in einer warmen Liebe geborgen wären. Das Kind könnte nur gewinnen, und die Eltern dazu, denn der jugendliche Mensch ist für nichts so dankbar, als wenn er in den Eltern den Menschen trifft und nicht immer nur den ewig nörgelnden Vorgesetzten, der eben nur so lange ertragen wird, als es sein muss. Mutterschaft und Beruf lässt sich immerhin sogar unter den heutigen Verhältnissen in sehr vielen Fällen vereinigen, Mutterschaft, Hauswirtschaft und Beruf zusammengenommen stellen aber an eine Frau Anforderungen, die auch die Stärkste unter uns glattweg aufzureiben vermögen. Leider brechen da auch so viele der tüchtigsten Elemente unseres Geschlechtes zusammen, eine Elite, die schon aus Gründen der Volkswohlfahrt ganz besonders geschützt sein sollte.

Es ist nicht überraschend, dass sich in unserer Übergangszeit der Mann nur schwer von dem althergebrachten Begriff der *Häuslichkeit,* die nur auf sein Behagen zugeschnitten war, trennt. Wenn sich aber die berufliche Tätigkeit der Frau erst einmal eingebürgert haben wird, so wird er selber über die seltsame Logik unserer Zeit erstaunt sein, die es zum Beispiel für ganz natürlich ansieht, dass er der Mitgeniesser der Mitgift seiner Frau ist, es aber für ehrenrührig hält, wenn er aus ihrem Arbeitsertrag pekuniäre Vorteile ziehen sollte. Gerade in Bezug auf die Regelung der wirtschaftlichen Frage steht die Auffassung der Ehegemeinschaft beim Arbeiter viel höher, als in den bürgerlichen Kreisen. Eine ebenso seltsame Anschauung liegt darin, dass man eine Frau bewundert, die sich und ihre Kinder oder einen kranken oder untüchtigen Mann durch eigene Arbeit durchbringt, sie aber sofort verurteilt, wenn sie ohne die allerdringendste Notwendigkeit durch berufliche Tätigkeit die Lebenshaltung ihrer Familie zu erhöhen sucht. Es ist auch noch gar nicht abzusehen, wie sehr sich die Lebensfreudigkeit der Frauen steigern wird, wenn es einer jeden erst möglich sein wird, die Arbeit zu tun, die sie liebt, weil sie dafür befähigt ist. Und wie Nachtvögel werden dann endlich alle die Frauen aufgescheucht werden, die die Ehe als Versorgung und die Erfüllung häuslicher und mütterlicher Pflichten als Vorwand betrachten, um Faulheit und Untüchtigkeit zu maskieren.

Weit komplizierter, als die wirtschaftliche, ist die psychische Seite der Frage. Unser Geschlecht ist wohl überhaupt noch nicht im stande, richtig abzuwägen, ob die Ehe mehr Fluch oder Segen für die Menschheit bedeutet, ob also eine Entwickelung, wie wir Frauen sie im Gegensatz zu Edmund Fischer herbeiwünschen, nur eine Reform oder eine Auflösung der Ehe mit sich führt. Ganz zweifellos wird das eheliche Zusammenleben um so komplizierter, je mehr das Prinzip einfacher Über- und Unterordnung einer differenzierteren Lebensauffassung weicht. Noch tiefer aber greift in die Ansichten über die Ehe die Erkenntnis, dass die Liebe, die Mann und Weib zusammentreibt, noch bei weitem keine Gewähr dafür bietet, dass ein beständiges Zusammenleben zum Segen für beide wird. Unser Geschlecht weiss, dass die Liebe vor der Erfüllung am intensivsten ist, und dass, was auch immer an Wertschätzung und zärtlicher Freundschaft zwischen zwei Gatten nachher kommen mag, das doch nicht genügt, um ihnen Ersatz zu bieten für die Liebe; wir wissen, dass es ein Unrecht ist, erotisch reich veranlagte Naturen — gleichgültig, ob Mann oder Weib — auf Lebenszeit an ein einziges Liebesobjekt zu fesseln und dadurch hundertfache, die Leistungsfähigkeit des Individuums steigernde Glücksmöglichkeiten zu unterbinden; wir wissen, dass nur wenige so reich sind, dass sie jede Sehn-

sucht im andern stillen könnten, und niemand so arm, dass er von einem einzigen in seiner ganzen Wesenheit ausgeschöpft werden könnte; wir wissen daher, dass die Ehe uns nicht ein Abschluss sein kann, der unserem Leben endgültige Bahnen anweist. Der Mann nun hat immer neben der Liebe noch seinen Beruf, so dass er, wenn er keine andere Liebe sucht oder findet, wozu er ja weit mehr Bewegungsfreiheit hat, als die Frau, stets noch einen andern Wert darstellt, als den des Gatten. Die Frau aber wird heute durch die Ehe zu Pflichten gezwungen, die sich eigentlich von der Liebe ableiten, und soll auch, wenn in ihr die Liebe erloschen ist, ihr Leben lang diese selben Pflichten als einzigen Lebenszweck erfüllen. Auch die Mutterschaft kann einer Frau nur als wirklicher Beruf angerechnet werden, wo sie in Tat und Wahrheit Erzieherin zu sein versteht.

Hat die Frau nun einen Beruf — die Auswahl in Berufsarten wird ja ins Unendliche wachsen, wenn man einmal nur noch zwischen nutzbringender und nutzloser Betätigung und nicht mehr zwischen vornehmeren und weniger standesgemässen Arbeiten unterscheidet —, so wird es für sie eine tiefe Befriedigung bedeuten, wie der Mann, ihre Arbeitskraft eventuell auch ausserhalb des Hauses für die Allgemeinheit einzusetzen. Sobald die Frau einmal einen anderen Inhalt besitzt, als nur den Mann und die Liebe — gerne mag sie dabei die Liebe als den köstlichsten Schatz ihres Lebens betrachten —, wird auch das Nebeneinander, das fast in allen Ehen auf die Liebe folgt, zu einer Gemeinschaft, die keinen der beiden Gatten demütigt, wenn sie um des Kindes willen, an dem doch wahrhaftig der Vater auch sein Anrecht hat, zusammenbleiben, oder wenn zwischen ihnen, trotz zeitweiligen Auseinandergleitens, eine Übereinstimmung herrscht, die sie zu lieben Lebensgenossen für einander macht. Nur die Frau, die fest in einem klar umschriebenen Beruf den Segen der zielbewussten Arbeit in sich aufgenommen hat, wird als Mensch frei sein und auch — mit oder ohne Ehe — frei in ihrer Liebe.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

EDOUARD ANSEELE · REDE DES LEITERS EINER SOZIALISTISCHEN PRODUKTIVGENOSSENSCHAFT AN DEREN ARBEITER UND ANGESTELLTE

LIEBE Genossen, wir sind hier alle, Arbeiter, Angestellte und Leiter der Genossenschaft, versammelt, um die Antwort des Aufsichtsrates auf eine vom Personal gestellte Forderung nach Erhöhung der Löhne und der Gehälter zu vernehmen und zu besprechen. Trotz ihres aufrichtigen Wunsches, uns zufriedenzustellen, ist die Antwort der Mitglieder des Aufsichtsrates abschlägig ausgefallen. Zwei Mitglieder des Aufsichtsrates, Peter und Jakob, waren für die Zulage; die vier anderen, Paul, Julius, Franz und ich, waren dagegen. Die Minorität hat sich alsdann der Majorität gefügt, und ich erlaube mir nunmehr, im Namen des Aufsichtsrates euch die Gründe für unsern Beschluss mitzuteilen. Hört mich, bitte, aufmerksam an; ich werde so kurz und so klar, wie möglich, sein.

Unser Betrieb arbeitet noch nicht ein Jahr, und wir sind beinahe sicher, unser erstes Geschäftsjahr mit einem Verlust abzuschliessen. Ihr werdet uns darin

beistimmen, dass das nicht der geeignete Augenblick ist, um die Gehälter und Lohnsätze zu erhöhen. Aber selbst wenn wir die Hoffnung hätten, am Ende des Jahres Gewinn und Verlust auszugleichen oder ein bisschen Geld zu erübrigen, anstatt sicher zu sein, draufzulegen, würde die Mehrheit des Aufsichtsrates sich dennoch der geforderten Erhöhung aus folgenden Gründen widersetzt haben.

Ihr wisst ebenso gut, wie wir, dass die Organisation und die Werkzeugsausrüstung unseres Betriebes noch lange nicht vollkommen sind; unsere Anfänge sind schwer, wie fast alle Anfänge; unsere Maschinen und Fabrikationen bringen noch nicht den gewollten Überschuss, und das Werk selbst befindet sich noch nicht in günstiger Lage. Übrigens kommt ihr alle aus kapitalistischen Fabriken, wo bei bestimmten Arbeiten der Arbeiter seine Arbeitskraft weder vollständig auszunutzen wagt, noch ausnutzen will, weil er fürchten muss, dass die Lohnsätze herabgesetzt werden, wenn sein Wochenlohn das von den Unternehmern gerade noch geduldete Maximum übersteigt. Aus allen diesen Gründen tragen und produzieren der Betrieb, unsere Maschinen, wir selbst und das Genossenschaftsprinzip noch nicht so viel, wie sie könnten; alle unsere Anstrengungen müssen darauf gerichtet sein, dass wir in möglichst kurzer Zeit zu der höchsten Stufe der Produktivität gelangen, weil die Zukunft unseres Unternehmens und die Erhöhung unserer Löhne und Gehälter davon abhängen. Unser Losungswort und unser Stolz muss sein, von unserer Arbeit zu leben, ohne die Hilfe eines dritten, und unser Unternehmen gross zu machen durch unsere vereinte Arbeit und Liebe. Niemand von uns möchte von Almosen leben; niemand möchte auch nur, dass die Armenpflege seinen unzulänglichen Lohn ergänzt, damit er seine Familie ernähren kann. Dieser Stolz ehrt uns; aber wenn wir durch eine verfrühte Erhöhung unserer Gehälter und unserer Löhne das Gesellschaftskapital unserer Genossenschaft aufzehren, wenn wir unser Einkommen aus d e n Ersparnissen vermehren, die die Gründer unserer Genossenschaft uns anvertraut haben, auf dass wir im Rahmen unserer Mittel das Ideal der Produktion durch die Arbeiter selbst verwirklichen sollten: seht ihr nicht, dass wir dann indirekt doch von Almosen leben würden? Niemand von uns allen möchte ein Almosen aus der Hand des Reichen annehmen, und wir sollten ihn aus den Taschen unserer armen Arbeitsbrüder herausholen, die mit uns diesen sozialistischen Betrieb, das Symbol aller unserer Fähigheiten und aller unserer Hoffnungen, gegründet haben? Niemand von uns möchte das, und auch aus diesem Grunde konnte die gewünschte Lohnerhöhung zurzeit nicht bewilligt werden.

Es gibt aber auch noch andere Gründe.

Wir wünschen, ja wir können beinahe verlangen, dass die Konsumvereine uns unsere Waren abkaufen, uns bei gleichen Preisen den Vorzug vor unseren kapitalistischen Konkurrenten geben und uns in der ersten Zeit unseres Unternehmens selbst ein klein wenig höhere Preise, als unseren Konkurrenten, bezahlen, um uns die Möglichkeit der Existenz und des Wachstums zu geben. Aber unsere Wünsche und ihre Solidarität haben Grenzen, die weder von ihnen, noch von uns überschritten werden dürfen, wenn nicht die Konsumvereinssache darunter Schaden leiden soll. Was verlangen wir von den Konsumvereinen? Geschenke oder Almosen? Nein, Arbeit. Aber sie können unsere Arbeit nur unter der Bedingung kaufen, dass sie ihnen nicht teurer zu stehen kommt, als

die unserer Konkurrenten; andernfalls können die Konsumvereine bei uns nicht viel und nicht lange einkaufen. Nun sind wir aber darauf angewiesen, dass sie uns alles und immer abnehmen; sie können das aber nur und werden das nur tun, wenn unsere Verkaufspreise ihnen die Möglichkeit bieten, den Konkurrenzkampf mit Erfolg zu bestehen. Die Produktion der Genossenschaften muss ein Stützpfeiler, keine Last für die Konsumvereine sein, die ihre Entwickelung behindert und sie in den Abgrund zu drängen droht. Wir müssen deshalb gerade so gut und gerade so billig produzieren, wie unsere Konkurrenten, auch für die Konsumvereine, die uns achten, andernfalls gehen wir rettungslos dem Untergange entgegen.

In dem Preise der Produkte unseres Genossenschaftsbetriebs spielt der Lohn eine grosse Rolle. Nun wisst ihr aber ebenso gut, wie ich, dass der Lohn nicht aus der Erde aufspriesst, wie das Korn, dass er nicht vom Himmel fällt, wie der Regen, und dass er uns nicht von den Wogen des Meeres zugetragen wird; der Lohn ist ein Produkt unserer Arbeit, ein Kind der Arbeit, das mit wachsender Produktivität in unserer Genossenschaft grösser werden wird. Wir müssen also alle darauf sinnen, unsere Arbeit so gut zu machen, wie wir nur können, mit eifersüchtiger Sorge über unsere Rohstoffe, unsere Werkzeuge, unsere Maschinen, unsere Waren zu wachen; denn alles das repräsentiert unser Vermögen, unser Geld und das unserer Arbeitsbrüder, die sich mit uns zu der Gründung zusammengetan haben. Wir möchten gewiss nicht, dass jemand irgend etwas bei uns verliert; und wenn wir durch unsere Schuld etwas von den Rohstoffen oder den Fabrikaten umkommen lassen oder verschwenden, dann haben wir unser eigenes Geld und das unserer Kameraden vergeudet. Halten wir uns das immer vor Augen: Wenn wir hier arbeiten, so sind wir mehr, als blosse Lohnarbeiter, mehr auch, als die Arbeiter einer Genossenschaft: wir sind die Bannerträger, die Pioniere der grossen Arbeitersache, Männer, die durch ihre Arbeit, ihre Intelligenz, ihr gegenseitiges Vertrauen und ihre Erfolge beweisen sollen, dass die Arbeiter ohne die Kapitalisten auskommen und sich selbst genügen können..

Die Herrschaft des Unternehmertums abschaffen und unseren eigenen Arbeitsordnungen gehorchen; arbeiten nicht unter den Geisselhieben der kapitalistischen Hungerpeitsche, sondern unter der freiwillig anerkannten Disziplin: wie schön ist dieses Los, wie gross ist dieses Werk, Genossen! Seien wir glücklich und stolz darauf, zu der Vorhut der proletarischen Armee zu zählen, zu der Gruppe, auf die unsere ganze Klasse ihr Vertrauen und ihr Hoffen setzt! Aber denken wir auch daran, dass, wie aller Anfang, so auch unser Anfang schwer sein muss! Mit unseren schwachen Mitteln müssen wir gegen die Titanen der kapitalistischen Wirtschaft ankämpfen und ermangeln doch fast alles dessen, was zum Siege führt; uns bleibt nichts, als das Vertrauen in uns selbst, die Liebe zu unserer Sache und der Glaube an ihre Zukunft. Arbeiten wir, kämpfen wir, weihen wir uns der Arbeiterfabrik, denn wir müssen uns offen eingestehen, dass unser Betrieb in der ersten Zeit höchstens das selbe zahlen kann, wie seine kapitalistischen Konkurrenten. Aber zu eurem Lohn kommt noch etwas hinzu: Ihr habt die Freiheit und die Freude, bei euch selbst zu arbeiten und für uns alle. Und das bedeutet schon viel. Die schwachen und armen Betriebe sind nicht in der Lage, viele finanzielle Vorteile zu bieten, und wir werden gewiss eine Zeitlang arm bleiben. Nicht jeder-

mann ist zum Apostel geboren, niemand kann gezwungen werden, es zu sein, und manche unter uns ermangeln der Mittel, den Kampf durchzukämpfen und die Folgen der Schlacht zu tragen. Mögen nur diejenigen, die die Schwierigkeiten eines Anfanges, wie es der unsere ist, nicht überwinden können, uns frank und frei sagen, wie es mit ihnen steht; mögen sie nach Belieben anderwärts Arbeit suchen, und wir werden uns bemühen, an ihrer Stelle andere Mitkämpfer zu finden; seid versichert, wenn wir uns trennen müssen, so werden wir uns als gute Kameraden trennen! Aber unser Werk, das kühne und schöne Werk, wird nicht untergehen, was auch immer kommen möge. Wenn es mit Paul nicht vorwärts geht, dann geht's mit Jakob; wenn es mit Jakob nicht geht, dann wird es mit Julius gedeihen, aber es wird vorwärts gehen, weil es vorwärts gehen muss, für den Triumph unserer genossenschaftlichen Ideen und des Sozialismus.

Ich wiederhole: Unser Anfang wird noch eine Zeitlang schwer bleiben, so wie ich es euch frank und frei bei eurem Eintritt in den Betrieb gesagt habe; aber bedenkt auch wohl, dass unsere Fabrik das einzige Mittel ist, um uns vom Unternehmertum zu befreien. Ein Schneider, ein Schuster oder ein anderer Handwerker kann sich noch hier und da und ganz allein aus der Lohnknechtschaft lösen und selbst Unternehmer werden. Wir aber, die Sklaven der Grossindustrie, wir können niemals als einzelne unsere Ketten zerbrechen und uns wirtschaftlich frei machen. Wir können nur durch die Genossenschaft zur Freiheit gelangen, weil wir als einzelne der Kampfesmittel ermangeln, und weil die kapitalistische Gesellschaft nicht aus einer grossen Zahl von kleinen, mittleren und grossen Unternehmern bestehen kann. Unser Los ist geworfen. Entweder müssen wir Proletarier bis ans Grab bleiben, oder wir werden vermittelst der Genossenschaft und auf Grund des Gemeineigentums Fabrikanten. Ein drittes gibt es nicht. Nun wählt. Noch einige Halbjahre Arbeit zu Bedingungen, die wir alle gebessert zu sehen wünschen, und das Morgenrot bricht an, strahlend, warm, und schön, voll Hoffnungen. Zwistigkeiten, Streit und Mutlosigkeit unter uns, das bedeutet den Tod für unser Unternehmen, einen Zusammenbruch für unsere Sache und für unsere Klasse. Aber es gibt etwas, was mir sagt, dass das Unternehmen auf euch zählen kann, dass ihr mit leidenschaftlicher Hingabe dafür arbeiten, und dass ihr siegen werdet.

Ich habe euch vorhin von dem Handwerker erzählt, der selbständiger Unternehmer werden will. Was tut er, um zu seinem Ziel zu gelangen? Arbeiten! Tag und Nacht, Wochentags und Sonntags und Festtags, er und seine Frau und seine Kinder. Dieser Sklave, der sich befreien will, begreift, dass er nur durch eine übermenschliche Anspannung sich loskaufen kann. Tatsächlich fehlt ihm alles, um zu siegen: er hat kein Kapital und keinen Kredit, keine Kundschaft und keine Maschinen, keine Handelsverbindungen, mit einem Worte: nichts. Doch! Er hat etwas: Er hat seine Hartnäckigkeit, seinen stahlharten Willen, die Wut des gefesselten Tieres, das seine Ketten schüttelt, bricht, zerbeisst, zerreist, um sich frei unter den Strahlen der befreienden Sonne hinstrecken zu können. Durch die Arbeit allein, ganz allein, wollen er und die Seinigen das ersetzen, was ihnen fehlt, um den Erfolg zu erringen; und wenn er sein Ziel erreicht, so geschieht es dank seiner unablässigen Arbeit, ohne Rast und Ruhe. Nun wohl, liebe Genossen, in unserm kleinen Betrieb befinden wir uns gegen den grossen Fabrikanten in der selben Lage,

wie der einzelne Handwerker gegen den grossen oder mittleren Unternehmer. Auch wir entbehren aller Hilfsmittel, auch wir finden nur in der Arbeit und in unserer Arbeit ganz allein, die Waffen für die entscheidende Schlacht. Ans Werk! An die Arbeit! Hinein ins Kampfgewühl! Hier müssen wir beweisen, dass die Befreiung der Arbeiter das Werk der Arbeiter selbst sein wird. Lasst uns alle voll Eifer, voll Sorgfalt und Klugheit arbeiten. Wir wollen uns ganz dem Unternehmen weihen, ohne zu zählen, wie die Mutter die Brust ihren Kindern reicht. Hier dürfen wir nicht weniger, nein, hier müssen wir mehr und besser arbeiten, als in der Fabrik eines Unternehmers, um zunächst unseren Lohn und dann das Kapital zu verdienen, das diesen Betrieb grossmachen und uns in der Folge zu Herren über andere Fabriken machen soll. Wenn wir alle, Männer und Frauen, von dem Willen zum Siege erfüllt sind, dann siegen wir. Wenn ich vom Willen zum Siege spreche, dann denke ich an einen unbeugsamen Willen, gleichsam von Stahl. »Ach Gott, mein Kind wird sterben!« jammert die Mutter. Aber der Arzt sagt ihr: »Liebe Frau, die Wissenschaft und Ihre Pflege können Ihren Sohn retten.« Da antwortet die Mutter: »Meine Pflege kann meinen Sohn retten? Mein Sohn ist gerettet!« Und von dem Augenblick an kennt sie keine Rast und Ruhe mehr. Der Wille, das geliebte Wesen zu retten, gibt ihrem schwachen Körper Kräfte, die man nimmer geahnt hatte. Und das Ende? Das Kind wird gerettet! Der Wille, die Liebe und die Wissenschaft haben über den Tod den Sieg davongetragen!

Seid darum nicht verzweifelt, weil euch eine Lohnerhöhung abgeschlagen ward. Unsere Gründe haben euch, so hoffe ich, überzeugt, dass wir im Aufsichtsrat das Vertrauen, das man auf uns gesetzt hat, missbraucht hätten, wenn wir aus Schwäche oder Freundschaft uns hätten hinreissen lassen, das Unternehmen der Gefahr des Zusammenbruchs auszusetzen. Denkt über das nach, was ich euch gesagt habe, und ich bin sicher, dass ihr mir im Grunde eures Herzens recht geben werdet. Nun lasst uns alle, Mann und Weib, an unsere Arbeit gehen mit dem festen Entschluss, zu siegen! Und in kurzer Zeit wird das Unternehmen und das genossenschaftliche Prinzip uns alles geben, was sie geben können, und tausendmal mehr, als der Kapitalismus uns geben könnte oder möchte. Herrliche Tage harren unserer. Herrlich durch das, was sie bringen, aber auch deshalb, weil wir uns dann stolz sagen können: Wenn wir heute Schnitter sind, wir waren auch die Säemänner.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

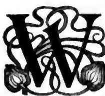
JOSEF BLOCH · BERNARD SHAW ÜBER SEINE STELLUNG ZUR DEUTSCHEN SOZIALDEMOKRATIE



BERNARD Shaw hat kürzlich an das *Berliner Tageblatt* einen Brief geschrieben, in dem er in seiner Weise die deutsche Sozialdemokratie einer höchst abfälligen Kritik unterzog. Der Brief enthielt manch richtige Bemerkung, soweit rein psychologische Feststellungen in Frage kamen; aber er war an eine ganz falsche Adresse gerichtet. In seiner grotesken — vielleicht etwas absichtlichen — Verkennung der Ver-

hältnisse, unter denen die deutsche Sozialdemokratie zu wirken hat, machte er sie für die geschichtlich gewordene politische Struktur Deutschlands und den dadurch bedingten Wirkungskreis der Arbeiterklasse verantwortlich. So waren die Vorwürfe, die er der Partei machte, von einer in die Augen fallenden Ungerechtigkeit, und der ganze Brief konnte keine andere Wirkung haben, als, die sozialistischen Leser zu befremden und die, die mit Shaws eigenartiger Schreibweise nicht vertraut waren, zu verletzen. Die Abwehr dieser Kritik seitens der sozialdemokratischen Presse war daher in der Sache durchaus zutreffend, wenn man sich in der Tonart auch zum Teil sehr vergriff, wie bereits Eduard Bernstein im vorigen Hefte dieser Zeitschrift ausgeführt hat.

Um den Eindruck nicht bestehen zu lassen, als ob Shaw als Aussenstehender, nicht als Sozialist, Kritik an der Sozialdemokratie übe, forderte ich ihn auf, nunmehr, und zwar nicht in einem bürgerlichen Blatt, das *Positive* seiner sozialistischen Anschauungen darzulegen, *die* sozialistische Methode zu beschreiben, der er im Gegensatz zu der von ihm kritisierten den Vorzug gebe. Ich fügte hinzu: es dürfte sich dann auch hier wieder zeigen, dass die Methode, die für englische Verhältnisse die richtige sein mag, auf dem Kontinent und im speziellen in Deutschland völlig unangebracht, weil undurchführbar wäre. Auf dieses Ersuchen sandte mir Shaw ein Schreiben zur Veröffentlichung, das ich, möglichst getreu in das Deutsche übertragen, in seinem Wortlaut wiedergebe, um nicht wieder den Vorwurf auf mich zu laden, dass die deutschen sozialistischen Organe seine Anschauungen und Entgegnungen gar nicht oder nur verstümmelt zu bringen pflegen. Es lautet:

ERTER Herr Bloch, was in aller Welt verstehen Sie unter einem *bürgerlichen Blatt*? In England, zu Lebzeiten Karl Marx' verstand man darunter ein Blatt, welches von Berufsjournalisten gemacht wurde, die ihre Arbeit ordentlich bezahlt erhielten. Und im Gegensatz dazu verstand man unter einem sozialistischen Blatt ein solches, das von halb oder gar nicht honorierten Amateuren geschrieben wurde, das keine Nachrichten brachte, ganz unlesbar und nicht einen halben Pfennig wert war, obwohl es für zehn verkauft wurde. Heute reden und denken wir in England nicht mehr solchen Unsinn. Der *Vorwärts* ist gerade so gut ein bürgerliches Blatt, wie das *Berliner Tageblatt* — tatsächlich ist er es in höherm Masse, weil das *Tageblatt* meine Beiträge mit Vergnügen veröffentlicht, während der *Vorwärts* sie unterdrückt. Es ist diese komische Sektiererei, diese Einbildung, dass ein sozialistisches Blatt sich von anderen Blättern in irgend einem andern Sinn unterscheidet, als, in dem sich alle Blätter von einander unterscheiden, und dass ein Sozialist durch Natur, Charakter und *Begnadung* von anderen Menschen verschieden ist, welche die deutsche Partei so kindisch und unmöglich macht.

Warum sollte ich meine Beiträge dem *Vorwärts* einsenden? Ich wünsche, dass sie möglichst verbreitet werden und freundliche Aufnahme finden. Warum sollte ich sie Ihnen senden? Sie würden Ihnen nur Ungelegenheiten bereiten. Wenn Liebknecht, der durch und durch *Fabier* war, niemals sich offen auszusprechen wagte und bis an sein Lebensende seine Parteigänger mit revolutionären Phrasen und orthodox-marxistischen Redensarten, die er verachtete, irreführte, wenn Bernstein, will er sich nicht kompromittieren, zu meinen

Gunsten nicht mehr vorbringen darf, als Entschuldigungen: was würde Sie erwarten, wenn Sie in Ihrer Zeitschrift meine Ansichten zum besten geben wollten? Diese sind übrigens den Sozialdemokraten in der Hauptsache schon durch Jaurès unterbreitet worden, und die Sozialdemokraten haben sie vor dem Angesicht Europas verworfen. Um eine so törichte Partei werde ich mir nicht weiter Unbequemlichkeiten machen. Ich werde einfach, was ich zu sagen habe, so lange in der *bürgerlichen Presse* sagen, bis der reaktionäre Charakter des Marxismus für jedermann offenkundig wird.

Die besonderen Bedingungen in Deutschland haben mit meinem *Tageblatt*brief nichts zu tun. Die verfassungsmässigen Unterschiede zwischen dem Reichstag und dem Hause der Gemeinen sind völlig bekannt und verstanden. Sie tangieren durchaus nicht den Unterschied zwischen der Achtundvierzigerei und dem XX. Jahrhundert.

Bitte, denken Sie ja nicht, ich sei in irgend einer Weise unfreundschaftlich gesinnt. Ich möchte sehr gern dieser Ihrer zurückgebliebenen Partei im Interesse der ganzen europäischen sozialistischen Bewegung zur Modernität verhelfen. Aber Sie müssen mich das in meiner eigenen Weise tun lassen. Ich habe eine gute Portion Unsinn aus englischen Sozialisten herausgeklopft; und ich gebe Ihnen die Versicherung: das geschah nicht, indem ich ihre Gefühle schonte oder meine Zeit damit vergeudete, den Papierkörben ihrer Redakteure meinen Tribut zu entrichten. Ihr ergebener G. Bernard Shaw.«

SO weit Shaw. Ich bin es gewohnt, in seinen Aphorismen, sie mögen noch so paradox klingen, einen Sinn zu suchen und zu finden; es macht zwar manchmal Mühe, aber es belohnt sich stets, da Shaw mit dem unbestechlichen Blick des Satirikers das Wesentliche der Dinge zu erfassen pflegt, deren Konturen er gewaltig verzerrt. In diesem Falle scheint mir aber die Verstimmung über die Behandlung, die ihm in einigen Blättern zu teil geworden, seinen Blick selber getrübt zu haben. Welchen Sinn soll es haben, unserm *Alten* orthodoxen Marxismus und Kultus der revolutionären Phraseologie zuzuschreiben? Jeder, der seine Schriften kennt, weiss, dass er sich nie als orthodoxen Marxisten aufgespielt, und dass er die Revolutionsphrase verworfen hat. Welchen Sinn soll es haben, es als Folge einer Enge der Partei hinzustellen, wenn Bernstein Shaw gerecht wird, ohne ihm darum recht geben zu können? Gewiss haben auf dem letzten internationalen Kongress in Amsterdam die deutschen Sozialdemokraten die von Jaurès entwickelten taktischen Grundsätze abgelehnt; aber da haben sie doch nur den Fehler begangen, dessen sich Shaw in seiner *Tageblatt*kritik in ungeheuerlichen Dimensionen schuldig macht: die Verschiedenartigkeit der politischen Situation und der gegebenen Machtmittel unberücksichtigt zu lassen und allgemeine Axiome aufzustellen, die für das eine Land ebenso fruchtbar, wie verhängnisvoll für das andere sein können. Ich glaube gern, dass Shaw »die verfassungsmässigen Unterschiede zwischen dem Reichstag und dem Hause der Gemeinen« kennt und versteht. Aber er macht keinen Gebrauch davon; er ignoriert die realen Grundlagen dieser Unterschiede, die gerade das begreiflich machen, was ihm als »Achtundvierzigerei« erscheint, und was im preussischen »XX. Jahrhundert« ebenso natürlich ist, wie im englischen die Tatsache, dass ein Sozialist Gouverneur einer Kronkolonie sein kann.

Hat denn Shaw, soweit seine Kritik überhaupt substantiiert ist, den deutschen Sozialdemokraten Erkenntnisse gegeben, auf die man nicht schon in ihren Reihen selber gekommen wäre? Die Schönheit der revolutionären Gesinnung? Eine Anzahl Sozialdemokraten (sie legen sich vielfach den Erkennungsnamen *Radikale* bei) ist doch ohnehin redlich bemüht, sie durch Worte zu hegen. Man inszeniert freilich heute noch nicht einmal einen Massenstreik, denn — das geht in Preussen einstweilen nicht; vielleicht später einmal, *gegebenenfalls*. Die Notwendigkeit einer konsequent reformistischen Politik? Eine Anzahl Sozialdemokraten (man legt ihnen vielfach den Ehrennamen *Revisionisten* bei) hat sie seit langem betont, hat oft genug verlangt, dass sie nicht durch die intransigente Phrase gestört werde. Man wird freilich heute nicht Minister oder Turnlehrer, denn — das geht in Preussen einstweilen noch nicht; ob vielleicht später einmal, *gegebenenfalls*?

Und das ist eben — wenn man von der Form der Shawschen Polemik absieht, die Genuss oder Ärger bereiten muss, je nachdem, wie man ästhetisch gerichtet ist — der Kern der Sache: Shaw will sich nicht bequemen, den deutschen Massstab an die deutsche Sozialdemokratie anzulegen, er verleugnet damit seine eigenen *fabischen* Grundsätze und wendet die Methode des unfruchtbaren Negierens an, die er bei den anderen verspottet. Uns kontinentalen Sozialisten ist von englischer Seite oft, und zuweilen mit Recht, vorgehalten worden, wir hätten kein Verständnis für die politischen Existenzbedingungen des englischen Sozialismus, daher unsere schiefe Beurteilung seiner Betätigungsart. Dieser Fehler kommt bei uns jetzt seltener vor; aber es scheint, als ob unsere abgelegte Mode jetzt nach England geht, statt, wie sonst, umgekehrt. Wir sind Shaw dafür, dass er unserer »zurückgebliebenen Partei im Interesse der ganzen europäischen sozialistischen Bewegung zur Modernität verhelfen« möchte, sehr verbunden. Aber er muss uns dann auch selber modern kommen, nicht, wie im *Tageblatt*, mit einer Predigt, die so sehr seiner eigenen Weise widerspricht. Seine prachtvollen Sottisen *in philistros* sind sicherlich auch manchen Sozialdemokraten dienlich. Aber nur von innen heraus, nur wenn er als Sozialist zu Sozialisten spricht, können diese vielleicht auch einiges von ihm lernen — nachdem er selber gelernt hat, sie verstehen zu w o l l e n.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Wirtschaft

Ernte Über die internationale Getreideproduktion im Jahre 1906 liegen nunmehr die Schätzungen des ungarischen Ackerbauministeriums vor, die allerdings noch immer keine endgültige, zweifelsfreie Übersicht darstellen. Hiernach würde die diesjährige Getreidewelternte zwar nicht ganz so hoch, wie vielfach erwartet, aber doch um 81,37 Mill. dz über den Ertrag des Vorjahres hinausragen. Als Produktionsziffern für 1906 und das Vorjahr werden angegeben (in Mill. dz):

	1906	1905
für Weizen	949,00	926,29
„ Roggen	382,86	394,47
„ Gerste	314,84	307,23
„ Hafer	526,86	533,55
„ Mais	986,72	917,37
zusammen	3 160,28	3 078,91

Den gesamten internationalen Bedarf auf der anderen Seite, schätzt man in Budapest:

für Weizen	auf	923,26	Mill. dz
„ Roggen	„	404,46	„ „
„ Gerste	„	317,84	„ „
„ Hafer	„	536,85	„ „
„ Mais	„	952,53	„ „
zusammen	auf	3 134,94	Mill. dz

Statt des diesmal überkommenen Vorrats von 90,25 Mill. dz (1905 90,70, 1904 143,80 Mill. dz) würde man also im Beginn des nächsten Jahres über einen Lagerbestand von 110 bis 120 Mill. dz verfügen. Im grossen und ganzen bestätigen die mittelguten Preise an den Hauptmärkten der Ausfuhr- und Einfuhrländer diese amtliche Schätzung.

Russland Ein Element der Unsicherheit bilden für den Getreidehandel vor allem noch die russischen Verhältnisse. Ein ungünstiger russischer Ernteertrag war schon in den Budapester Berechnungen vorausgesetzt. Die etwas später bekanntgegebene russische offizielle Übersicht schraubt die Erwartungen noch tiefer herab. Im Vergleich zu den endgültigen Ertragszahlen der vorhergegangenen Jahre stellt sich Russlands Ernte in den 72 europäischen und asiatischen Gouvernements (in Mill. Pud), wie folgt:

	1906	1905	1904	1903	1902
Winterweizen	359	366	342	332	366
Sommerweizen	498	691	762	687	613
zus. Weizen	857	1057	1104	1019	979
Winterroggen	1115	1118	1563	1384	1403
Sommerroggen	22	25	27	31	22
zus. Roggen	1137	1143	1590	1415	1425
Hafer	671	829	996	708	826
Gerste	394	461	460	474	450
Mais	75	52	40	79	75

Vom Mais abgesehen, hätten demnach alle Getreidearten einen Ertragstiefstand aufzuweisen, wie er seit langen Jahren nicht eintrat. Trotzdem glaubt ein grosser Teil des mittel- und westeuropäischen Handels nach wie vor an eine Steigerung der russischen Ausfuhren, wenigstens für die nächste Zeit, da gerade die unberechenbare russische Zukunft zunächst die Notverkäufe und die Abstossungen nach dem Ausland vermehren müsse. Vor allem in den Schwarzmeerhäfen und den angrenzenden Liefergebieten soll diese Steigerung zu möglichst raschen Notverkäufen unverkennbar sein.

Fleischteuerung Dagegen ist das Ende unserer Fleischteuerung noch immer nicht abzusehen. Setzt man die Grosshandelsdurchschnittspreise der 10 Jahre 1889 bis 1898 gleich 100, so kosten heute Rinder etwa 129 (im Jahresdurchschnitt 1905 120,1, 1904 114,9), Schweine 126 (gegen 122,9 und 94,0), Kälber 143 (gegen 134,6 und 127,1), Hammel 152 bis 153 (gegen 134,1 und 122,7). Dabei stand aber das Vorjahr 1905 bereits hoch über a l l e n seinen Vorgängern.

Diskont Die Hoffnung unseres Unternehmertums, dass man mit dem bisherigen Diskontsatz über die Herbstansprüche und womöglich über die Jahreswende glücklich hinwegkommen werde, ist rascher, als geahnt, in die Brüche gegangen. Der Anstoss kam, wie neuerdings so oft, von den V e r e i n i g t e n S t a a t e n, die zuletzt einen so enormen Bedarf nach Geld und Leihkapital entwickelten, dass in Wallstreet in der letzten Augustwoche die Zinsen für kurzfristige Kredite bis auf 12%, später sogar auf 20, 30 und schliesslich bis auf 40 % emporschnellten. Die hierdurch angeregte Goldeinfuhr fand ihre Deckung in erster Linie in E n g l a n d, bis die Bank von England, die seit dem 10. Mai ununterbrochen Goldeingänge zu verzeichnen hatte, dem seit der ersten Septemberwoche einsetzenden, immer beängstigender steigenden Goldabfluss nicht länger ruhig zuzusehen vermochte. Am 13. September schritt man deshalb in London zur Erhöhung des Diskontes von 3½ auf 4 %. Am gleichen Tage folgte die sächsische Bank mit einer Steigerung von 4½ auf 5 %, noch vor der R e i c h s b a n k, die am 18. September das Gleiche tat. Bei der international allgemeinen Anspannung der Banken sieht man jetzt weitere Erhöhungen voraus, für Deutschland bis auf 6 %, wie am Schlusse des Vorjahres. Auch die Bank von F r a n k r e i c h, die seit dem 25. Mai 1900 an ihrem Diskontsatze von 3 % festhalten konnte, und die in den letzten kritischen Übergangswochen die Verlegenheiten Londons und New Yorks wesentlich milderte, wird das Anziehen der Diskontschraube kaum vermeiden können; 1899-1900, auf dem Gipfel der letzten internationalen Hochkonjunktur war der Pariser Diskontsatz zeitweilig 4½ %, während Berlin sogar 7 % verzeichnete.

Fusionen und Kapitalssteigerungen Genau, wie im Jahre 1899, lässt sich heute unsere Geschäftswelt durch solche bittere Zugaben des Aufschwunges keineswegs in ihrem Optimismus beirren. Von den Riesenbanken haben zunächst die seit Anfang 1904 durch eine Interessengemeinschaft verbundenen *A. Schaaffhausenscher Bankverein* und *Dresdner Bank* ihr Kapital um je 20 Mill. M. zu

erhöhen beschlossen (Dresden auf 180 Mill. M. bei zirka 50 Mill. M. Reserven, *Schaaffhausen* auf 145 Mill. M. bei 32 Mill. M. Reserven).

Die *Hamburg-Amerika-Linie* steigert ihr Kapital um 20 Mill. M. (auf 120 Mill. M.), der Bremer *Norddeutsche Lloyd* um 25 Mill. M. (auf 125 Mill. M.). Die grosse Hamburger Reederei beruft sich darauf, dass auf fast allen Linien infolge des sich rasch ausweitenden Verkehrs ein hemmender Materialmangel herrsche, und dass man vielfach minderwertiges Schiffsmaterial mietsweise heranziehen musste; neben der Pflege der Fahrten nach Nordamerika, Südamerika, Westindien würde in Zukunft noch ein grosser Bedarf zu erwarten sein für die neue Schnelldampferlinie zwischen Genua und den Laplatastaaten und Brasilien, für die Fahrten in den chinesischen Gewässern und für den jungen Verkehr mit den Häfen des Sudans und des persischen Golfes. Für 1906 stellt sowohl die Hamburger, wie die Bremer Schiffahrtsgesellschaft mindestens das Dividendenergebnis des guten und sogar glänzenden Jahres 1905 in Aussicht (Hamburg 11 %, Bremen 7½ %).

Ferner erregte starkes Aufsehen die Vereinigung zweier der grössten gemischten rheinisch-westfälischen Eisenwerke, der Aktiengesellschaft *Phönix* in Ruhrort (mit 35 Mill. M. Aktienkapital) und des Hörder *Bergwerks- und Hüttenvereins* (mit 32,7 Mill. M.), unter gleichzeitiger Erhöhung des Aktienkapitals um 10 060 000 M. Beide Werke zusammen würden im Stahlwerksverband die höchsten Beteiligungsziffern sowohl für die Produkte A, wie B, besitzen; und da bei den jetzigen Vorverhandlungen über die Verlängerung und Erneuerung des Stahlwerksverbandes grosse Differenzen über die Beteiligungsneuregelung sich ankündigen, so dürfte die Fusion nach dieser Richtung gleichfalls eine Rolle spielen. Auch ausserhalb der eigentlichen Riesenunternehmungen häufen sich ähnliche Vorgänge. So beantragte die *Bismarckhütte* eine Kapitalserhöhung um 4 Mill. M., wovon 2,8 Mill. M. zum Umtausch in Aktien der *Bethlen-Falva-Hütte* zu Schwientochlowitz dienen sollen; das 4500 Arbeiter beschäftigende Hüttenwerk sichert sich dadurch vor allem seinen Roheisenbedarf, nachdem die meisten oberschlesischen Roheisenverkäufer dazu übergegangen sind, ihre Produktion selber weiter zu verarbeiten.

× ×

Kurze Chronik Das Gussstahlwerk *Witten* schlug eine Dividende von 20 %, sowie eine Erhöhung des Aktienkapitals um 1 Mill. Mark vor. × Unter den Berlin-Breslauer Kohlenfirmen Emanuel Friedländer, Otto Schultze und Ad. Hoffmann vollzieht sich eine Verschmelzung. × Die *Harpener Bergbau A. G.* schlägt 11 % Dividende vor. × Das mitteldeutsche Zementsyndikat wurde um 5 Jahre verlängert.

× ×

Literatur Nachdem man in den Vereinigten Staaten die schrankenlos freie Kapitalskonkurrenz so lange nach Belieben schalten und walten liess, hat seit Jahren bereits eine überaus lebhafte Agitation und sogar eine rege Bundes-, Staats- und Gemeindetätigkeit eingesetzt, teils um die Gefahren der Privatmonopole und die wildesten Auswüchse des Profitstrebens zu beschneiden, um allgemeine Interessen wirtschaftlicher, hygienischer und politischer Art sicherzustellen, teils um notwendige ökonomische Funktionen unmittelbar dem Staate oder den Kommunen zu übertragen. Aus welchen tatsächlichen Missständen diese mächtigen Strömungen immer von neuem entspringen, wie weit sie schon in der Trust-, Versicherungs-, Nahrungsmittel-, Verkehrs-, Agrar- und Arbeiterschutzpolitik zum Durchbruch kamen, darüber unterrichtet eine ungewöhnlich sachkundige, für den praktischen Politiker, wie für den Sozialökonomen gleich bedeutsame Schrift *Der Zusammenbruch der Wirtschaftsfreiheit und der Sieg des Staatssozialismus in den Vereinigten Staaten von Amerika* von Dr. jur. E. Herr /Jena, Gustav Fischer/, der längere Zeit an Ort und Stelle, vor allem in Washington, Albany und anderen Hauptstädten der Einzelstaaten weilte. Gerade in der Zeit des sich vorbereitenden Wahlkampfes zwischen Bryaniten und Republikanern ist diese zusammenfassende Darstellung eines grossen wirtschaftspolitischen Umdenkungs- und Umbildungsprozesses willkommen zu heissen.

Seit kurzem erscheinen im österreichischen Handelsministerium *Annalen des Gewerbeförderungsdienstes* (jährlich 6 Hefte), um einen systematischen Überblick über die Lage des Handwerks, über die entsprechenden Reformen auf dem Gebiete der technischen und wirtschaftlichen Fortbildung, des Genossenschafts- und Kreditwesens, der Gewerbeförderung

überhaupt zu verschaffen und dadurch zugleich die Tätigkeit der massgebenden Behörden und Anstalten zu unterstützen und einheitlicher zu gestalten. Das 1. Heft enthält ausser den orientierenden Einführungsartikeln der Schriftleiter (Sektionschef Dr. W. Exner und Dr. A. Vetter) eine Arbeit des Professors Rob. Apitsch über das Handwerk in Dalmatien, wobei manches Seitenlicht auf die älteren Formen der gewerblichen Tätigkeit (Hauswerk, Lohnwerk) geworfen wird. MAX SCHIPPEL

Politik

Schwarzseher Bei einem Festmahle, das während der diesjährigen Korpsmanöver in Breslau stattfand, hielt der deutsche Kaiser eine Rede gegen die Schwarzseher, die in einzelnen Wendungen sehr lebhaft an jene Rede erinnerte, die er im Jahre 1892 bei einem Festmahl des brandenburgischen Provinziallandtages hielt. Damals galt es, den neuen Kurs gegen Bismarck und seine Presse zu verteidigen. Den missvergnügten Nörglern wurde der Rat gegeben, den deutschen Staub von ihren Pantoffeln zu schütteln. »Mein Kurs ist der richtige, und er wird weitergesteuert.« Über 14 Jahre sind seit dieser Rede vergangen, und die Schwarzseher haben weder den deutschen Staub von ihren Füssen geschüttelt, noch hat ihre Zahl abgenommen oder ihre Stimme an Kraft verloren. Ganz im Gegenteil, gerade gegenwärtig hat der weitaus grösste Teil des Volkes allen Anlass, mit den Zuständen im eigenen Vaterlande im höchsten Masse unzufrieden zu sein. Wer freilich die tatsächlichen Verhältnisse so wenig kennt, wie dies bei einem Monarchen der Fall sein mag, der wird nie begreifen, warum das Heer der Unzufriedenen immer stärker anwächst. Die gewaltigste Propaganda der Unzufriedenheit machen zurzeit die hohen Lebensmittelpreise, vor allem die ungewöhnlichen Fleischpreise. Sie wirken namentlich deswegen so aufreizend, weil sie den Blick der Frauen auf die Politik lenken. Die Mehrzahl der Frauen steht auf der Seite der Schwarzseher — und das ist wahrhaftig für die nächsten Wahlen von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Selbst im Lager des Zentrums fühlt man's, dass die Politik der einseitigen Begünstigung der Landwirte nicht länger mehr aufrecht erhalten werden kann. Der Oberpräsident der Rheinprovinz, Freiherr von Schorlemer, hat in einer Rede anlässlich der landwirtschaftlichen Ausstellung in Cleve darauf hingewiesen, dass die Landwirtschaft bisher nicht allen Ansprüchen der Konsumenten genügt habe. Darüber ist die *Deutsche Tageszeitung* um so ungehaltener, als Freiherr von Schorlemer den nächstdem aus seiner Stellung scheidenden Podbielski ersetzen soll. Das Zentrumsorgan in Cöln verteidigt Freiherrn von Schorlemer und erwähnt in zustimmender Weise einen Vorschlag der *Nationalliberalen Korrespondenz*, der die Errichtung von Schlachthäusern an den Grenzen fordert, um einerseits Schlachtvieh einführen und andererseits doch das deutsche Vieh vor Viehseuchen schützen zu können. Wenn auch die *Cölnische Volkszeitung* noch nicht das Zentrum ist, so wird man doch annehmen dürfen, dass gegenüber dem notorischen Mangel an Schlachtvieh bald etwas geschieht. Je länger und hartnäckiger aber der Widerstand der Landwirte, desto einschneidender werden die Massregeln ausfallen müssen, die zur Beseitigung der jetzigen Notlage führen. Schwarzseher züchtet nicht nur die Interessenpolitik des Ministers von Podbielski, sondern auch dessen längere Duldung im Amte. Es wird viel von der Gewissenhaftigkeit der deutschen Bureaukratie gesprochen. Die kleinsten Verfehlungen höherer, mittlerer und unterer Beamter werden in einer oft geradezu rigorosen Weise geahndet. Mit kleinen Sündern macht man kurzen Prozess, da kennt man keine Schonung. Gut. Was sollen aber alle diese Beamten davon denken, dass einem Minister, der mit dem Staate Geschäfte macht, bei denen der Staat übervorteilt wird, des Ministers Einkünfte aber überreichlich fliessen, auch nach Aufdeckung dieser seiner Geschäftspraxis kein Haar gekrümmt wird? Die Beamten werden klugerweise den Mund halten, damit sie ihn sich nicht verbrennen. Aber darum sind sie doch Schwarzseher, und diese Schwarzseherei geht hinauf in sehr hohe Beamtenkreise, deren Auffassung von Beamtenehre von der des Minister Podbielski sehr stark abweicht. Sollen alle diese Schwarzseher den deutschen Staub von ihren Füssen schütteln? Nein, die Schwarzseher muss der Kaiser schon dulden, so schwer sie ihm auch auf die Nerven fallen mögen. Es ist eben noch nicht so weit, wie der Kaiser vor 14 Jahren prophezeit hat: »Herrlichen Tagen führe ich euch noch entgegen.« Es soll sogar

ernste Männer geben, die keine Sozialdemokraten und doch der Ansicht sind, seit 14 Jahren sei es politisch mit Deutschland nicht bergauf, sondern bergab gegangen.

×

Dernburg Die überraschende Ernennung des Bankdirektors Dernburg zum Direktor der Kolonialabteilung hat die liberalen Kreise mit solcher Genugtuung erfüllt, dass sie in ihrer ersten Freude sich einer starken Überschätzung dieses Personenwechsels hingaben. Das ist deswegen weiter nicht schlimm, weil ja schon die nächste Zeit die notwendige Ernüchterung bringen wird. Mag die persönliche Tüchtigkeit des neuen Leiters der Kolonialverwaltung noch so gross sein, so sind seiner Initiative doch ganz bestimmte Schranken gezogen; jedenfalls wird er nicht in der Lage sein, auf die allgemeine Politik der Regierung einen bestimmenden Einfluss ausüben zu können. Dass er den Verwaltungsorganismus vorteilhaft reformieren wird, ist anzunehmen, obwohl auch hier ein Stein des Anstosses den neuen Direktor zu Fall bringen kann. Der Plan, die Kolonialverwaltung zu einem selbständigen Reichsamt zu machen, wird weiter verfolgt, gleichzeitig aber auch darauf hingearbeitet, das Oberkommando der Schutztruppen von der Kolonialverwaltung loszulösen und es selbständig zu machen. Es kann gar nicht zweifelhaft sein, dass wir auf diese Weise zwei Kolonialverwaltungen bekämen, von denen die militärische den grösseren Einfluss ausüben würde. Der Dualismus zwischen Zivil- und Militärbehörde würde in den Kolonieen selbst Zustände herbeiführen, gegenüber denen die heutigen, die doch gebessert werden sollen, noch als erträglich zu bezeichnen wären. Der neue Leiter der Kolonialabteilung hat hier Gelegenheit, zu zeigen, nicht nur, was er kann, sondern auch, wie weit sein Einfluss reicht. Versagte dieser Einfluss gleich hier, dann wäre zur Genüge bewiesen, dass die Hoffnungen, die in liberalen Kreisen auf Dernburg gesetzt wurden, stark übertrieben waren. Gelingt es aber Dernburg, die Einheitlichkeit der Kolonialverwaltung sicherzustellen und das Kommando der Schutztruppen der Zivilverwaltung unterzuordnen, gelingt es ihm ferner, Staatssekretär zu werden, so muss er doch innerhalb des Rahmens der heute herrschenden Politik wirken, genau so, wie es ein Miquel und Möller auch tun mussten. In die heutige Regierung einzutreten, bedingt einen weitgehenden Verzicht auf die eigene politische Überzeugung.

×

Legitimitätsprinzip Anlässlich des Thronwechsels im Herzogtum Braunschweig wird wieder sehr eifrig die Heiligkeit des Legitimitätsprinzipes gegen die Gefahren revolutionärer Umwälzungen betont. In dieser Diskussion mag auf ein Urteil Bismarcks hingewiesen werden, das sich in seinen Briefen an Herrn von Gerlach findet. »Wieviele Existenzen«, ruft er aus, »gibt es noch in der heutigen politischen Welt, die nicht in revolutionärem Boden wurzeln? Nehmen Sie Spanien, Portugal, Brasilien, alle amerikanischen Republiken, Belgien, Holland, die Schweiz, Griechenland, Schweden, das noch heut mit Bewusstsein in der *glorious revolution* von 1688 fussende England; selbst für das Terrain, welches die heutigen deutschen Fürsten teils Kaiser und Reich, teils ihren Mitständen, den Standesherren, teils ihren eigenen Landständen abgewonnen haben, lässt sich kein vollständig legitimer Besitztitel nachweisen, und in unserm eignen staatlichen Leben können wir der Benutzung revolutionärer Unterlagen nicht entgehn.« So äusserte sich Bismarck schon vor 1866, und er hat durch seine spätere Politik ja wahrlich nicht dazu beigetragen, dem Legitimitätsprinzip mehr Geltung zu verschaffen. Es ist geradezu ärmlich, wenn die konservative Presse jetzt den Anschein zu erwecken sucht, als ob Preussen Hüter des Legitimitätsprinzips sein könnte.

×

Kurze Chronik Als neuer General der Jesuiten wurde ein Deutscher, Pater Wernz, gewählt. × Auf Cuba ist ein Aufstand ausgebrochen, der zu einer Intervention der Vereinigten Staaten führte. × Bei den *Storthing*wahlen in Norwegen hat die Opposition gegen das Ministerium Michelsen eine Mehrheit erreicht. Die Sozialdemokraten erhielten 11 Mandate (bisher 4).

RICHARD CALWER

Sozialpolitik

Österreich Eine packende Darstellung der sozialen Zustände Österreichs enthält die Schrift T. W. Teifens *Die Besitzenden und die Besitzlosen in Österreich* /Wien, Brand/. Der Grossgrundbesitz umfasst

in ganz Österreich eine Fläche von 8 700 000 ha, während auf den Kleingrundbesitz 21 300 000 ha entfallen. Die Fideikommissbesitzer, 297 Familien, besitzen 1 200 000 ha. Den Millionen von Kleingrundbesitzern, die 71 % der ganzen Fläche bebauen, stehen einige Tausende von Grossgrundbesitzern gegenüber, die über 29 % der Fläche Österreichs verfügen. Auf sehr niedriger Stufe stehen durchweg die Löhne der landwirtschaftlichen Tagelöhner. Selbst in Niederösterreich erhalten die Männer nicht einmal eine Krone für die Arbeit eines ganzen Tages. In der Steiermark, in Böhmen und Mähren gibt es Tagelöhne von 60 h. für erwachsene Männer, in Galizien und Bukowina gar nur 50 und 40 h. In Mähren betrug der durchschnittliche Tagelohn eines kontraktlich gebundenen Arbeiters gerade 1 K. Dieser Lohn wurde in 22 Bezirken auch wirklich eingehalten, in 29 Bezirken stand er niedriger, in 26 höher. Den Gross- und Mittelbauern geht es nach Teifen nicht schlechter, als den Bürgern. In dem Kleinbauernstande findet sich dagegen viel soziales Elend, Überschuldung und kümmerliche Lebensweise.

In der österreichischen Industrie zählte man 593 429 Selbständige und 2 691 124 Abhängige, im Handel und Verkehr 368 580 Selbständige und 667 903 Abhängige. Ein markantes Bild von der Lage der Arbeiter gewann man im Jahre 1904 aus dem Programm des Ministerpräsidenten für die Reform der Arbeiterversicherung. In der ersten Lohnklasse gibt es Arbeiter mit einem Jahresarbeitsverdienst von nicht mehr als 240 K. In der zweiten befinden sich Arbeiter mit einem jährlichen Verdienst von 240 bis 280 K., in der dritten Arbeiter mit einem Einkommen von 420 bis 720 K., und diese 3 Klassen enthalten die Mehrheit der Arbeiter. Im Bergbau verdiente der Häuer und Förderer durchschnittlich 840,74 K. im Jahre 1903, der erwachsene Grubenarbeiter 779,98 K. Keine Arbeiterkategorie verdiente das vom Staate selbst fixierte Existenzminimum von 1200 K., und während der Jahre 1901 bis 1903 sanken die Durchschnittslöhne aller Kategorieen der Bergarbeiter bei gleichzeitiger Steigerung der Preise für Lebensmittel. Der jährliche Durchschnittslohn in Eisen- und Stahlwerken betrug 1902 809,68 K. (im Jahre 1897 dagegen 817,14 K.), in den Brauereien und Mälzereien 952,14 K., in der chemischen Industrie 875,55, in der Baumwollenindustrie 555, in der Leinenindustrie 488 K. Zu den am schlechtesten bezahlten Arbeitern gehören die Ziegeleiarbeiter.

Die Misere der Heimarbeiter zeichnet W. Teifen mit kräftigen Strichen. Er führt uns den Glasschleifer vor, welcher das 30. Lebensjahr selbst als die normale Altersgrenze ansieht, er schildert uns den Hausweber, auf dessen Speisezettel selbst das trockene Brot als Leckerbissen figuriert, und der jahraus, jahrein von Wassersuppe und Kartoffeln lebt.

Im Jahre 1900 wurden die Wohnungsverhältnisse von 60 Mittelstädten Österreichs aufgenommen. Die Enquete erstreckte sich auf 226 525 Wohnungen mit rund 1 Mill. Einwohner. Die Enquete förderte die erschreckende Tatsache zu Tage, dass mit Ausnahme der zweiräumigen Wohnungen in den Alpen und Südstaaten fast alle ein- und zweiräumigen Wohnungen überfüllt waren, und zwar hausten in diesen überfüllten Wohnungen 507 554 Menschen. Den Zusammenhang zwischen Wohnungselend und den epidemischen Krankheiten beleuchtet Teifen durch sehr instruktive Daten. Im Jahre 1903 starben in dem proletarischen Bezirk Ossakring fast 7mal mehr an epidemischen Krankheiten und 5mal mehr an Tuberkulose, als im I. Bezirk. Die mörderische Wut der Volkskrankheiten, die furchtbaren Verstümmelungen der Arbeiter durch die Betriebsunfälle, den Wohlstand zerstörenden Einfluss der Massenarbeitslosigkeit belegt Teifen durch ein beweiskräftiges, trefflich gesichtetes statistisches Material. Die Lazarusgestalten der sozialen Not charakterisiert Teifen ergreifend in dem Kapitel *Kulturschlamm*. Das gross angelegte Werk T. W. Teifens ist eine wuchtige Propagandaschrift für den Sozialismus.

× ×

Stickerei-Industrie Die ostschweizerische Stickereiindustrie stellt sich im wesentlichen als der Typus einer dezentralisierten, von dem Grosskapital abhängigen Verlagsindustrie mit Werkstatt- oder Hausbetrieb dar. In dieser Stickereiindustrie bildete sich im Jahre 1885 ein sozialwirtschaftlicher Verband, der wegen seiner Eigenart zum Gegenstand zahlreicher sozialpolitischer Monographieen gemacht wurde. Jüngst hat Arthur Steinmann in den von Professor Herkner herausgegebenen *Züricher volkswirtschaftlichen Studien* den *Zentralverband der Stickereiindustrie der Ostschweiz und des Vorarlbergs* behan-

delt. In seiner Schrift *Die ostschweizerische Stickereiindustrie* /Zürich, Rascher/ gibt er eine Darstellung der volkswirtschaftlichen sozialen Verhältnisse des ganzen Industriezweiges. Unsere Aufmerksamkeit fesselt vorwiegend die Geschichte des Stickereiverbandes. Dieser war kein rein beruflicher, gewerkschaftlicher Verband, denn er umfasste Einzelsticker, Kaufleute und Fabrikanten. Obwohl er sich im wesentlichen aus hausindustriellen Einzelstickern zusammensetzte und den sozialen Zweck einer Eindämmung der unerhörten Konkurrenz der Heimatarbeiter unter sich verfolgte, so war er dennoch kein hausindustrielles Kartell. Das Wesen des Verbandes trifft nach meiner Meinung Steinmann recht glücklich mit dem Ausdruck *Industriegenossenschaft*. Der Verband strebte die Regelung der Arbeitszeit und der Arbeitslöhne und eine Beseitigung der Überproduktion an. Mitglied des Verbandes konnte jeder Maschinenbesitzer, sowie überhaupt jeder Arbeitgeber der Stickereiindustrie werden. Der Delegiertenversammlung blieb es unbenommen, zur Komplettierung der Kommissionen eventuell auch andere Interessenten im Verband aufzunehmen. Der Verband verfocht mit Erfolg die Interessen der hausindustriellen Einzelsticker gegen die Faktoren, gegen die Fergger, die von den Kaufleuten (Exporteuren) die Aufträge entgegennahmen und an die Arbeitnehmer, das heisst an die Einzelsticker und an die Fabrikanten verteilten. Der Verband führte in seinen Blütejahren eine Reduktion der Arbeitszeit, eine zeitweilige Einstellung der Sonntagsarbeit zur Vorbeugung der Überproduktion durch. Der Verband suchte, ebenfalls wegen der drohenden Überproduktion, einer unverantwortlichen Vermehrung der Maschinen entgegenzuwirken. Menschenwürdige Minimallohnsätze suchte der Verband schon in seinen Geburtsjahren zu erzielen. Der *Zentralverband der Stickereiindustrie* bestand von 1885 bis 1893, und er ging an den ungünstigen Marktverhältnissen, an den Krisen zugrunde, namentlich aber an seinem Unvermögen, der Arbeitslosigkeit auf die Dauer mit Erfolg zu begegnen. Die Not zwang vor allem die hausindustriellen Sticker, sich über die Verbandsvorschriften hinwegzusetzen. Durch die im Verbande bestehenden Klassengegensätze ist die Industriegenossenschaft nicht ruiniert worden. Die hausindustriellen Sticker der Ostschweiz sind sozialkonservativ. Eine saubere Ausscheidung der Arbeitnehmer aus dem Verbande ist überhaupt nicht möglich; denn zu diesen müssen gerechnet werden »die Fabrikanten, die als Maschinenbesitzer zugleich Kapitalisten und Arbeitgeber sind, die Fergger, die wiederum oft Maschinenbesitzer, auch wo sie in kleineren Verhältnissen selbst sticken, und Verpächter von Maschinen sind«, ferner die Einzelsticker, die in der Regel Maschinenbesitzer und ihren Hilfskräften (den *Fädlerinnen*) gegenüber ebenfalls Arbeitgeber sind, und endlich die Fabriksticker, die allein als Arbeiter im modernen Sinn des Wortes, das heisst Besitzlose, betrachtet werden müssen«.

Die Folgen des Zusammenbruches des Stickerverbandes waren für die Lage der Sticker sehr unheilvolle. Durch eine Umfrage der *Gemeinnützigen Gesellschaft des Kantons Sankt Gallen* wurde im Jahre 1896 festgestellt, dass im genannten Kanton 2500 Kinder im Alter von 5 bis 15 Jahren täglich bis zu 7 Stunden ausser der Schulzeit mit Fädeln und ähnlichen Arbeiten beschäftigt waren. Bei spärlichem Licht wurden Kinder massenhaft Sonntags bei der Arbeit angetroffen.

Die ostschweizerische Stickereiindustrie leidet erheblich unter den tollen Launen der Mode. Geschäftliche Konjunkturen wirken daher geradezu verwüstend auf die Verhältnisse der Sticker. Es hat in der Stickereiindustrie eine sehr charakteristische Rückbildung der Fabrikbetriebe zu hausindustriellen Betrieben stattgefunden. »Die ursprüngliche Konzentrierung der Arbeitskräfte in fabrikartig angelegten Etablissements erfuhr«, so schreibt Steinmann, »im Laufe der Zeit eine Zersetzung, eine Auflösung in hausindustrielle Betriebe, die von den Fabrikanten selbst, wegen des Risikos einer festen Fabrikanlage angesichts der unberechenbaren Schwankungen der Konjunktur, begünstigt wurde.«

× ×

Krankenversicherung Auf der 13. Jahresversammlung des *Zentralverbandes der Ortskrankenkassen Deutschlands* vertraten 323 Delegierte 155 Krankenkassen und 28 Verbände mit 3 340 323 Mitgliedern. Im Kampfe gegen die Tuberkulose sind die deutschen Ortskrankenkassen stets im Vordertreffen gewesen. Namentlich haben sie die Errichtung von Walderholungsstätten, deren wir in Deutschland jetzt über 30 besitzen, planmässig und

kraftvoll gefördert. In seinem Vortrage *Wohnungsfrage und Krankenkassen* bezeichnete Dr. K. von Mangold die Wohnungsuntersuchungen der Krankenkassen als sehr verdienstvoll und riet zu einer breitesten Veröffentlichung der Ergebnisse dieser Untersuchungen durch die Presse. Schwere Missstände müssten nach Dr. von Mangold an die Behörden gemeldet werden, so dass eine Art Wohnungsinspektion daraus erwachse. Eine hohe gesundheitliche Bedeutung mass Dr. von Mangold den Laubenkolonieen bei, die allerdings aus den ausbeuterischen Händen der Budiker befreit werden müssten. In der Ärztefrage erhob die Jahresversammlung des *Zentralverbandes der Ortskrankenkassen* die Forderung, dass bei einer Neuordnung des Arbeiterversicherungswesens die Organe der Krankenversicherung von der Gewährung freier ärztlicher Behandlung und freier Arznei entbunden werden sollten. Die Regelung der Gehaltsverhältnisse der Krankenkassenbeamten fand nach hitzigen Debatten durch die Feststellung eines Tarifs einen befriedigenden Abschluss.

× ×

Invalidenversicherung Die Versicherungsanstalt für Oberfranken verausgabte nach dem Verwaltungsbericht für das Jahr 1905 55097,92 M. für das Heilverfahren und 5574,42 M. für Invalidenhauspflege.
Die Landesversicherungsanstalt Hessen-Nassau brachte in 4 Fällen Invalidenrentenempfänger in Invalidenhäuser im Jahre 1905 unter. Für die Walderholungsstätten zu Frankfurt am Main und Cassel machte die Landesversicherungsanstalt kleine Aufwendungen. Die Heilbehandlung erstreckte die Anstalt auf 1827 Personen, im verflossenen Jahre dagegen nur auf 1352 Personen.
Die Landesversicherungsanstalt des Grossherzogtums Hessen liess im Jahre 1905 nach ihrem Geschäftsbericht 1371 Personen (im Vorjahre 1283 Personen) während 83013 Pflegetage behandeln. Nach dem Geschäftsbericht der *Ernst-Ludwig-Heilstätte* hat sich die Beschäftigungskur bei den Patienten der Anstalt recht bewährt. Von 498 versicherten Patienten arbeiteten 410 und zwar insgesamt 57051 Stunden. Für die Verbindung der hygienisch-diätetischen Kur mit der Behandlung der Patienten mit Tuberkulin tritt auf Grund seiner statistisch belegten Erfahrungen Dr. Lipp sehr warm ein.
Die thüringische Landesversicherungsanstalt erwarb im Jahre 1905 das Landgut *Debrahof* bei Rudolstadt, um die Invalidenhauspflege wesentlich zu erweitern. Der Betrieb des neuen Invalidenhauses wurde am 1. Februar 1906 eröffnet. Die Heilbehandlung wurde bei 2536 Personen (einschliesslich 333 Zahnersatz) im Jahre 1905 durchgeführt.
Die Landesversicherungsanstalt Hannover legte bis Ende 1905 im ganzen etwas über 20 Mill. M. gleich 43½ % ihres Gesamtvermögens für den Arbeiterwohnungsbau an. Im verflossenen Geschäftsjahr warf sie allein 2¼ Mill. M. für diesen Zweck aus. Von den 20,16 Mill. M. flossen über 10,75 Mill. M. an Baugenossenschaften und ähnliche Vereinigungen ab.

× ×

Prostitution Hans Ostwald hat das Buch der Hedwig Hard *Beichte einer Gefallenen* /Berlin, Ledermann/ herausgegeben und mit einer Vorrede versehen. Das Buch bereichert unsere Einsicht in die Psychologie der Prostituierten nicht wesentlich, es ist aber sehr geeignet, unseren glühenden Hass gegen die polizeiliche Reglementierung der Prostitution zu einer flammenden Tat gegen dieses brutale, das Menschenrecht des Weibes zertretende Überwachungssystem zu entfachen. Die sittenpolizeilichen Kontrollvorschriften, die brüsk die Mädchen aus der Öffentlichkeit zu vertreiben suchen, setzen diese fast ständig der polizeilichen Verhaftung aus. Befinden sich die Mädchen selbst in guter Gesellschaft, und überschreiten sie ihre polizeilich vorgeschriebene Ausgehzeit nur um wenige Minuten, so wartet ihrer eine mehrtägige Haftstrafe. »Wie schnell«, meint einmal die *Gefallene*, »hat da ein Mädchen eine Reihe von Vorstrafen, und ein Murmeln des Erstaunens geht am Gericht durch die Reihen der Zuhörer, heisst es, die Angeklagte hat fünfzig Vorstrafen, die sind bald zusammen.« Gegen die Arbeitsanstalten, in die mitunter die Prostituierten auf Jahre verwiesen werden, trägt die *Gefallene* ein sehr wuchtiges Anklagematerial zusammen. Existieren der Dunkelarrest, die *Cachotte*, und das Marterinstrument, der Maulkorb noch in der barbarischen Form fort, wie sie von ihr beschrieben sind? »Den Maulkorb? Ich fragte: »Was ist denn das?« Da hörte ich, aus der Waschküche hätte eine, die frech gegen die Aufseherin gewesen war, den Maulkorb angehabt. Ein Instrument gleich einem

Feuerwehrhelm, das die Menschen dem Ersticken nahe bringt, und nur eine Stunde höchstens benutzt werden darf . . .«

×

Kurze Chronik In der sächsischen Textilberufsgenossenschaft wurden 1905 wegen der Erkrankung des Aufsichtsbeamten nur 119 Betriebe mit 9693 Personen revidiert. Das ist selbstverständlich eine ganz unzureichende Kontrolle. × Der 53. Katholikentag, der vom 19. bis zum 23. August in Essen tagte, hatte insofern eine gewisse sozialpolitische Bedeutsamkeit, als er in den Reden der katholischen Arbeitervertreter feierliche Absagen gegenüber dem Klassenkampf des Proletariats brachte. Die Versammlung sah in den Tarifverträgen eine den veränderten Wirtschaftsverhältnissen entsprechende Reform des Arbeitsvertrags; sie stellte sich in der Heimarbeiterfrage auf den Boden der Anträge Hitze und Genossen; sie sprach sich für die Einführung der achtstündigen Arbeitszeit in den Feuerbetrieben der Eisenindustrie aus und legte sich für die planmässige Förderung einer kommunalen Sozialpolitik ein.

×

Literatur Der vorliegende IV. Band des *Bulletins des Internationalen Arbeiteramtes* verbreitet sich über den nationalen und internationalen Arbeiterschutz, über die Gewerbegerichte, über die Arbeitsämter, über die Arbeitslosenfürsorge etc. Über die parlamentarischen Arbeiten der Kulturstaaten und über die Hauptbeschlüsse der sozialpolitischen nationalen und internationalen Kongresse wird kurz referiert. Als treffliches Hilfsmittel wird jeder Sozialpolitiker die Bibliographie des *Bulletins* schätzen. × Das *Handbuch für Wohltätigkeit und Wohlfahrtspflege in Dresden* entwirft ein Bild der gesamten Wohlfahrts- und Wohltätigkeitspflege der Stadt Dresden. PAUL KAMPFFMEYER

Soziale Kommunalpolitik

Vorortverkehr Die Vertreter von 50 preussischen Vorortgemeinden, die eine Erweiterung des Vorortverkehrs nach Berliner Muster wünschten, hatten mit dem preussischen Eisenbahnminister Breitenbach eine Unterredung, deren Ergebnis wieder einmal bekräftigt, dass die preussischen Staatsbehörden für die Städte nichts übrig haben, und dass die preussische Eisenbahnverwaltung nur unter dem Gesichtspunkte des beschränktesten Fiskalismus arbeitet. Der neue Minister wies mit aller Entschiedenheit das Gesuch um Ausdehnung des Vorortverkehrs auf andere grossstädtische Agglomerationen zurück. Er bemühte sich, den Interessenten jeden Hoffnungsschimmer zu rauben, dass die preussische Eisenbahnverwaltung in der nächsten Zeit daran denken könne, diesem wichtigen Probleme staatlicher Wohlfahrtspflege näher zu treten. Allgemeine und wirtschaftliche Gründe ständen der Entwickelung des Vorortverkehrs im Wege. Er könne nur auf besonderen Geleisen betrieben werden; wie aber die Erfahrungen mit der Berliner Stadtbahn bewiesen, seien die Anlagekosten für solche Geleise so kolossal, dass niemals eine genügende Rentabilität erzielt werden könne. Der Vorortverkehr sei für die Eisenbahn das denkbar unrentabelste Geschäft. Die Verwaltung lege daher auch bei dem Berliner Vorortverkehr reichlich Geld zu. Bei diesem Mangel an Rentabilität wäre die Einrichtung eines Vorortverkehrs mit eigenen Betriebs- und Stationseinrichtungen eine Bevorzugung einiger Grossstädte auf Kosten der Allgemeinheit der Steuerzahler und eine Benachteiligung der Bewohner des platten Landes, die ohnehin schon ungünstigere Lebensbedingungen gegenüber den Handels- und Industriezentren hätten. Der Minister appellierte dann an die Kommunen und den privaten Unternehmungsgeist. Ihnen müsse der weitere technische Ausbau des Vorortverkehrs überlassen bleiben. Die Kommunen seien weit besser, als die Staatsbahnverwaltungen, in der Lage, sich mit Neuanlagen den örtlichen Bedürfnissen anzupassen.
Sehen wir uns die Ausführungen des Herrn Ministers etwas näher an. Schon die grundlegende Behauptung, dass ein Vorortverkehr ohne besondere Geleise nicht möglich sei, ist absolut unzutreffend. Mit Ausnahme Berlins werden überall, wo ein Vorortverkehr ausserhalb Preussens besteht, die selben Geleise, die dem Fernverkehr dienen, auch für den Vorortverkehr benutzt. Damit fällt aber auch der Haupteinwand gegen die Rentabilität des Vorortverkehrs. Ob tatsächlich der Berliner Vorortverkehr so unrentabel ist, wie ihn der Minister hinstellt, darf füglich bezweifelt werden. Wäre er es aber, so läge die Schuld weniger an dem Vorortverkehr selbst, als an den absolut veralteten und unzu-

reichenden Einrichtungen, mit denen er betrieben wird. Der heutige Dampfbetrieb auf der Berliner Stadtbahn ist völlig unzureichend. Die Bahn steht schon seit längerer Zeit an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit, ohne dass die dringend notwendige Elektrisierung, die eine viel schnellere Zugfolge gestattet, bisher vorgenommen wäre. Bei der Schwerfälligkeit und Rückständigkeit der preussischen Eisenbahnbureaukratie ist aber an eine schnelle Umgestaltung des Betriebes nicht zu denken. Man wurstelt in den unzulänglichen Verhältnissen ruhig weiter und leitet dann aus den ungenügenden Ergebnissen die Gründe ab, mit denen man die Ausdehnung des Vorortverkehrs auf andere Städte bekämpft.

Wesentlich für den Vorortverkehr ist dreierlei: eine rasche Zugfolge, eine möglichst hohe Zuggeschwindigkeit und billige Tarife. Man braucht nur die Einrichtungen des Berliner Vorortverkehrs zu studieren, um einzusehen, dass sie diesen drei Anforderungen in keiner Weise entsprechen. Die rasche Zugfolge kann mangels des elektrischen Betriebes nicht erreicht werden. Die Schnelligkeit der Beförderung lässt in der Tat alles zu wünschen übrig. Auch hier wieder ist zum guten Teil der Dampfbetrieb schuld, der die Zerlegung in kleinere Zugeinheiten, die Steigerung der Zuggeschwindigkeit und kurzes Anhalten unmöglich macht. Die Tarife sind ja scheinbar geringer, als die normalen. Bei der eigentümlichen Zoneneinteilung aber kommen die Vorteile der Mehrzahl der Benutzer nicht voll zu gute. Der Minister hat sich nun bereit erklärt, in der Frage der Zugverbindungen und des Fahrplans auf Verbesserungen hinzuwirken. Jede Tarifherabsetzung wurde von ihm jedoch glatt abgelehnt. Das ist aber das wesentliche. Ein Vorortverkehr kann nur mit möglichst billigen Tarifen existieren.

Was schliesslich den Appell an die Kommunen und den privaten Unternehmungsgeist angeht, so muss er bei den Vertretern der Kommunen geradezu komisch gewirkt haben. Gerade die Eisenbahnverwaltung ist es doch, die den Kommunen bei der Ausbildung des Nahverkehrs die grössten Schwierigkeiten in den Weg gelegt hat. Man braucht nur an die Erfahrungen Berlins zu erinnern, das sich auf Schritt und Tritt bei der Ausbildung eines kommunalen Strassenbahnnetzes durch die gleiche Eisenbahnverwaltung gehindert sieht, die jetzt den Kommunen die Einrichtung eines Vorortverkehrs empfiehlt. Man kann mit Sicherheit annehmen, dass sie alle ihre Machtmittel in Bewegung setzen wird, um den Bau rentabler kommunaler Vorortslinien zu verhindern, die der Staatsbahn Konkurrenz machen würden. Für absolut unrentable Linien haben aber die Kommunen so wenig Geld übrig, wie der Staat. Die Kommunen sind ferner bei der heutigen Lage der Gesetzgebung gar nicht, oder wenigstens nur unter den grössten Schwierigkeiten, im stande, solche Vorortbahnen zu bauen. Ausserhalb ihres Gebiets sind sie auf Verhandlungen mit den Vorortgemeinden angewiesen. Wie schwierig es aber ist, diese Gemeinden, die zum grössten Teile von Misstrauen und Eifersucht gegenüber der Zentralgemeinde erfüllt sind, unter einen Hut zu bringen, davon kann jede Stadtverwaltung ein Lied singen. Sollen also die Kommunen den Vorortverkehr übernehmen, so müssen zunächst einmal durch die Gesetzgebung ihnen die erforderlichen Vollmachten gegeben werden.

Wenn der Minister ferner ausführte, dass die Einrichtung städtischer Vorortverkehrsbetriebe nicht im Interesse der Allgemeinheit läge, so beweist eine solche Äusserung nur die Beschränktheit des Ressortministers, dessen Blick in die engsten Grenzen seines Ressorts gebannt ist. An der Dezentralisierung der Städte haben nicht nur diese, sondern eben so sehr das platte Land das grösste Interesse. Der Schwerpunkt unserer nationalen Wirtschaft liegt nun einmal trotz Herrn Minister Breitenbach in den Städten, und jede Massnahme der Staatsverwaltung, welche diesen zu gute kommt, muss auch auf das Wohlbefinden der anderen Teile unseres Wirtschaftskörpers zurückwirken. Gerade der Vorortverkehr kommt aber nicht so sehr der zentralen Stadt, als gerade den um sie herum liegenden wirtschaftlich nach ihr gravitierenden ländlichen Gemeinden zu gute. Weiter hat der Herr Minister zwar mit einigen Worten darauf hingewiesen, wie wünschenswert es sei, wenn die Grossstädter in den Vororten bessere Wohnungsbedingungen fänden, aber die richtige Wertschätzung der Aufgaben, welche der Verkehrsverwaltung auf dem Gebiete der Dezentralisierung der Grossstädte gestellt sind, sucht man in ihnen vergeblich. Tatsächlich ist aber die zweckmässige Anwendung der modernen Verkehrsmittel das Hauptwerkzeug, um

eine gesündere Wohnweise der Bevölkerung in den grossstädtischen Agglomerationen zu ermöglichen. An ihr haben aber nicht allein die städtischen Verwaltungen, sondern in gleich hohem Masse auch der Staat ein Interesse.

× ×

Friedhofsordnung Der Frankfurter Magistrat hat der Stadtverordnetenversammlung eine neue Friedhofsordnung unterbreitet, die nach verschiedenen Richtungen hin interessant ist. Die früheren Friedhofsordnungen sind vollständig veraltet. Sie weisen eine weitgehende Klasseneinteilung auf, die, wie die Begründung des Magistrates hervorhebt, »den heute geltenden Anschauungen nicht mehr entspricht, nach denen eine geringere Anzahl von Klassen, also eine grössere Gleichartigkeit der Begräbnisse erwünscht scheint«. Die alte Friedhofsordnung hatte 5 Begräbnisklassen, von denen allerdings nur 2 hauptsächlich zur Anwendung kamen. Ausserdem waren die Taxen vielfach drückend, da für eine ganze Anzahl von Leistungen, die nicht von der städtischen Friedhofsverwaltung erfolgten, die Preise einseitig von den Begräbnisunternehmern festgesetzt wurden. Dieser Übelstand hatte die Stadtverordnetenversammlung schon im Jahre 1902 veranlasst, der fakultativen unentgeltlichen Beerdigung näher zu treten. Der Magistrat hatte aber einen dahingehenden Beschluss abgelehnt. Mit der jetzigen Vorlage will er den Stadtverordneten entgegenkommen. Es sollen einmal die städtischen Leistungen ausgedehnt werden, und ferner die Taxen nach der Höhe des Einkommens abgestuft werden.

In Zukunft soll es in Frankfurt eigentlich nur eine Klasse geben, die als die *Normalklasse* bezeichnet werden kann. Dabei wird aber, wie das nun mal heutzutage nicht anders möglich ist, den Wohlhabenden Gelegenheit gegeben, durch Benutzung eines besseren Sarges, eines reicher ausgestatteten Leichenwagens, die Stellung einer mehr oder weniger grossen Zahl von Leichenbegleitern und Begleitwagen eine zweite, höhere Klasse auszubilden. Durch eine entsprechende Abstufung der Gebühren sorgt der Entwurf dafür, dass diese pompösere Begräbnisart nur von Personen benutzt werden kann, die im Besitz eines recht grossen Geldbeutels sind. Bei dem normalen Begräbnis stellt nämlich die Stadt den Sarg und den Leichenwagen. Wird auf den Sarg verzichtet, so werden die Gebühren für Erwachsene nur um 10 M. ermässigt, ein Betrag, für den ein kostbarer Eichensarg natürlich nicht zu beschaffen ist. Der Leichenwagen mit reicherer Ausstattung kostet 20 M. mehr. Findet die Bestattung vom Sterbehause nach dem Grabe ohne Beistellung statt, so ist wiederum eine besondere Gebühr von 20 M. zu entrichten. Für jeden Leichenbegleiter ist ferner eine besondere Gebühr von 3 M. zu bezahlen. Diese Beträge ergeben in Verbindung mit dem Gebührensatz, der neben ihnen zu entrichten ist, eine so bedeutende Summe, dass die Angehörigen der unteren und mittleren Klassen von diesen Einrichtungen keinen Gebrauch machen können. Es sind also durch diese Gebührenordnung die wohlhabenden Klassen aus der grossen Masse der Nichtbesitzenden herausgehoben. Hatte man bisher in Frankfurt 5 Begräbnisklassen, so wird man in Zukunft eine Normalklasse haben, und über ihr die Klasse des Pompes für die Reichen, die sich über die wimmelnde Masse der Zahlungsunfähigen erheben.

Die Gebühren für die von der Stadt gewährten Leistungen sind nach der Höhe des Einkommens in 5 Klassen abgestuft. Der volle Satz wird von Einkommen mit mehr als 7500 M. erhoben. Dann ermässigt sich die Gebühr von 140 M. auf 110 M. für Erwachsene bei einem Einkommen von 5000 bis 7500 M., auf 70 M. bei einem Einkommen von 3000 bis 5000 M., auf 45 M. von 1200 bis 3000 M. und auf 30 M. für alle Einkommen unter 1200 M. Dafür leistet die Stadt die Dienstleistungen des Bestattungsordners und der Leichenfrau, den Sarg und die Einsargung, die Überführung der Leiche nach dem Friedhofe und zum Grabe, die Benutzung der Leichenhalle und der Hallen zur Abhaltung von Trauerfeiern, die Herstellung und Schliessung des Grabes, die Einsenkung des Sarges. Nach der Begründung decken die Sätze bei der untersten Einkommensklasse die Selbstkosten nicht, decken sie in der Einkommensklasse von 1200 bis 3000 M. knapp und überschreiten sie in den höheren Klassen. Diese Degression der Gebühren nach der Einkommenshöhe ist ein sozialpolitisch richtiger Gedanke, dessen Ausdehnung auch auf andere Gebiete möglich ist. Wie wir der Frankfurter *Volksstimme* entnehmen, ist die Durchführung dieses sozialpolitischen Grundsatzes bei der endgültigen Feststellung des Entwurfes der Friedhofsordnung stark durch finanzielle Rücksichten beeinträchtigt worden. Ur-

sprünglich war nämlich beabsichtigt, in der untersten Stufe, das heisst bei den Einkommen bis zu 1200 M., die Gebühren nur dann zu erheben, wenn sie durch Leistungen von Krankenkassen, Sterbekassen, Armenverbänden u. s. w. gedeckt sind. Es ist zu bedauern, dass diese Bestimmung nicht beibehalten worden ist. Sie hätte den Anfang mit der Einführung der unentgeltlichen Beerdigung gemacht, die sich von hier aus allmählich sicher durchgesetzt hätte. Denn dass man diese Wohltat der Einkommenklasse 1200 bis 3000 M. auf die Dauer nicht hätte vorenthalten können, bedarf keiner weiteren Begründung.

Als normal gilt dem Entwurfe die Beerdigung vom Leichenhause aus. Bei Bestattungen vom Sterbehause ohne vorherige Beistellung im Leichenhause wird eine besondere Gebühr erhoben, die mit 20 M. recht hoch gegriffen ist. Die Absicht war dabei offenbar, auf diese Weise eine möglichst allgemeine Benutzung der Leichenhallen zu erzwingen. In der Regel wird daher wohl auch die Bestattung vom Leichenhause stattfinden. Dem Besitz wird aber wiederum ein Privileg gegeben, das Privileg auf den Leichenkondukt, der allein schon aus Verkehrsgründen von den Strassen verschwinden sollte. Es ist nicht einzusehen, weshalb sich nicht der Magistrat zur obligatorischen Überführung aller Leichen in die Leichenhallen entschlossen hat. Wurden doch im Jahre 1904 von 4881 Leichen nicht weniger als 4514, also 92,48 %, in den Leichenhäusern beigestellt! Warum wird wegen der kaum 8 % der alte Zopf der Bestattung vom Trauerhause aus noch länger mitgeschleppt? Verbietet man diese, und macht damit die Leichenkondukte unmöglich, so wird auch der reichere Leichenwagen, die Stellung von Trauerkutschen und Leichenbegleitern überflüssig, und die Gleichheit des Begräbnisses viel leichter durchführbar, da alle die Momente wegfallen, bei denen die Entfaltung grösseren Pompes, die ja noch stets nach aussen hin wirken soll, möglich wäre.

Die Vorlage des Magistrats wurde einer Kommission überwiesen.

×   ×

Waldschulen Nach dem Vorbilde Charlottenburgs hat auch M ü l h a u s e n i. E. in diesem Sommer eine Waldschule eingerichtet, in der zunächst 100 schwächliche Volksschulkinder unterrichtet und tagsüber auch auf städtische Kosten verpflegt werden. Die Ausgaben für jedes Kind wurden für sechs Monate auf 150 M. berechnet. Die Einrichtungskosten betrugen 7000 M., zu denen vom reichsländischen Ministerium eine Beihilfe von 3500 M. bewilligt worden ist. Die Ergebnisse sind auch hier so günstige gewesen, dass der Gemeinderat beabsichtigt, im kommenden Jahre die Vorteile der doppelten Zahl von Schülern zuzuwenden. Über die Bedeutung und den Nutzen der Waldschule hat sich zwischen dem bekannten Grossindustriellen Schlumberger und dem Schularzt der Waldschule eine Diskussion entsponnen. Der letztere hebt mit Recht hervor, dass die Ferienkolonieen keineswegs einen genügenden Ersatz für die Waldschulen bieten könnten. Nur dadurch, dass die elenden und blutarmen Proletarierkinder ganz aus der Ortsschule herauskämen und viele Jahre in guten Luft- und Nahrungsverhältnissen blieben, könnten Dauererfolge erreicht werden. Der Wert der Ferienkolonieen bestände vor allem in der Kräftigung solcher Kinder, die durch akute Krankheiten geschwächt, im übrigen aber frei von chronischen Leiden sind. Für die letztere Kategorie käme allein die Waldschule in Betracht.

×   ×

Kurze Chronik Der L e i p z i g e r Stadtrat hat grundsätzlich beschlossen, Sondervereinen, die der *Deutschen Turnerschaft* nicht angehören, städtisches Land nicht mehr zur Verfügung zu stellen. Dieser Beschluss richtet sich gegen die der *Freien Turnerschaft* angehörigen Vereine und beweist eine kleinliche Parteilichkeit, deren sich die Verwaltungsbehörde einer Grossstadt nicht schuldig machen dürfte. × Die M a i n z e r Stadtverordnetenversammlung hat vor einiger Zeit beschlossen, die mit Schiefwuchs behafteten Kinder der Volksschule dem Institut für physikalische Heilmethoden zur Behandlung zu überweisen. 103 Volksschüler sind einer solchen Behandlung mit dem grössten Erfolge teilhaftig geworden. × Die Stadt E s s e n hat mit der *Vereinigten Spar- und Baugenossenschaft* einen Erbbauvertrag abgeschlossen. Der jährliche Erbbauzins ist auf 2½ % des Grundstückswertes festgesetzt. HUGO LINDEMANN

Sozialistische Bewegung

Parteitag in Mannheim *Non multa, sed multum*: mit diesen Worten könnte man wohl am besten den Mannheimer Parteitag charakterisieren.

Wenn wir von den zahlreichen, weniger wichtigen Anträgen absehen, hat er eigentlich nur den einen Hauptpunkt seiner Tagesordnung, den Massenstreik, zu einem endgültigen Abschlusse gebracht. Die beiden anderen, die Erziehungsfrage und die Regelung des Strafprozesses, kann man kaum als erledigt bezeichnen. Bei dem erstern wurden nur die beiden Referate entgegengenommen, bei dem letztern machte sich der Parteitag durch *en bloc*-Annahme der gestellten Resolution die Sache sehr bequem. Beide werden trotz der Rede des Vorsitzenden Singer noch einmal den Parteitag beschäftigen müssen. Für die Bearbeitung der Schulz-Zetkinschen Resolution wurde eine Kommission eingesetzt, die sie einer Prüfung unterwerfen soll. Auch über die Haasesche Strafrechtsresolution wird die Diskussion trotz der *en bloc*-Annahme unbedingt einsetzen müssen, da wichtige Punkte in ihr überhaupt nicht behandelt sind, andere zum Widerspruch herausfordern. Es sei hier nur auf das Polizeistrafrecht und -verfahren hingewiesen, die in der Resolution sehr summarisch behandelt sind, obschon gerade sie einer Reform an Haupt und Gliedern bedürfen. Die heutige Polizeiwillkür findet zum guten Teile in dem mangelhaften Polizeistrafrecht und Polizeistrafverfahren ihre Stütze.

Starken Widerspruch hätte sicher die von den Referenten Schulz und Zetkin vorgelegte Resolution gefunden. Gerade die beiden von ihnen erstatteten Referate haben wieder einmal gezeigt, wie eigentümliche Auffassungen über das Wesen und die Bedeutung der Parteitage, und nicht nur dieser, sondern auch der Partei, in deren weitesten Kreisen verbreitet sind. Es ist doch wirklich nicht die Aufgabe eines Parteitags, sich ausführliche Referate über Geschichte der Pädagogik, das zukünftige, sozialistische Erziehungsprogramm, wie es vielleicht in hundert Jahren einmal — und dann wohl auch nicht in der Weise, wie es sich Genosse Schulz vorstellt — zur Ausführung kommen wird, über die gegenwärtige und zukünftige Familie, über Kindertrockenlegen und Kinderwagenschieben Vorträge halten zu lassen. Und ebensowenig ist unseres Erachtens der Parteitag der Ort, um dogmatische Glaubenssätze über die Umwertung der bürgerlichen Geisteskultur durch das Proletariat gemäss seiner eigenen *geschlossenen Weltanschauung*, die auch wieder nur von den beiden Referenten vorausgesetzt wird, zu prüfen und festzulegen. Wenn Richard Fischer in der Diskussion über den Massenstreik äusserte, dass der Parteitag kein Konzil sei — und, fügen wir hinzu: ebensowenig ein wissenschaftlicher Kongress —, so ist damit der Nagel auf den Kopf getroffen. Die Erkenntnis, dass zwischen Konzil und wissenschaftlichem Kongress auf der einen und politischen Parteiversammlungen auf der anderen Seite ein sehr wesentlicher Unterschied besteht, ist aber nur sehr wenig in unseren Reihen verbreitet; ganz sicher hat sie sich noch nicht praktische Anerkennung erworben. Um so erfreulicher waren die Debatten über den Massenstreik. Hier wurde doch endlich einmal ein Stück verloren gegangenen festen Bodens gewonnen, auf dem sich die nützliche Gegenwartsarbeit abspielen kann. Stand Jena in dem Zeichen eines *revolutionären* Taumels, so war Mannheim ein Kongress der Ernüchterung. Es ist ja in langen Pressdiskussionen vor dem Parteitage darüber gestritten worden, ob in der Partei der Gedanke an einen baldigen Massenstreik gepflegt worden, und wer sich diesem so wenig nutzbringenden Geschäfte mit besonderem Eifer gewidmet habe. Wir wollen uns hier in diesen Streit nicht einmischen. So viel kann aber nicht bestritten werden, dass in Jena eine *revolutionäre* Stimmung in der Partei geherrscht, aus dieser Stimmung heraus das Referat Bebels und die Resolution über den Massenstreik entstanden sind, und dass sich der Parteitag in Jena mit dieser Resolution absichtlich in Gegensatz zu der Cölner Resolution der Gewerkschaften hat stellen wollen. Damit war in einer sehr wichtigen Frage der Konflikt zwischen den beiden grossen Zweigen der Arbeiterbewegung, Partei und Gewerkschaften, gegeben. Es ist das Verdienst des Mannheimer Parteitages, diesen Konflikt aus der Welt geschafft und die Basis für ein gedeihliches zukünftiges Zusammenwirken der beiden gelegt zu haben. Man hat von rechts und von links Entsagung und Entgegenkommen geübt, und aus dem Geiste der praktischen Duldung, des Kompromisses im Interesse der praktischen Gegenwartsarbeit ist die neue Resolution entstanden, die sicherlich zahlreiche Schönheitsfehler an sich trägt, deshalb aber nicht an Wert verliert. So wurde über den Massenstreik die Einigung zwischen Partei und Gewerkschaften erzielt; nach langem Streit hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, dass der Massenstreik in der gegenwärtigen Si-

tuation nicht in Anwendung kommen kann, da die Vorbedingungen für seine erfolgreiche Durchführung in keiner Weise gegeben sind. Darüber aber, ob der Massenstreik in der Zukunft einmal, und wann er in Anwendung kommen kann, brauchen wir uns heute noch nicht die Köpfe zu zerbrechen. Nicht minder wichtig ist die Anerkennung der Gewerkschaftsbewegung als des gleichberechtigten Faktors der Arbeiterbewegung. Hoffentlich wird dieser Leitsatz nun auch wirklich Maxime des zukünftigen Handelns der Partei und ihrer Organe sein. Aus den Debatten über den Geschäftsbericht des Vorstandes seien nur zwei Punkte kurz hervorgehoben. Die Einwendungen, die bereits in Jena von zahlreichen süddeutschen Delegierten gegen die Zweckmässigkeit des neuen Organisationsstatutes erhoben wurden, haben sich schon in dem ersten Jahre seiner Anwendung als durchaus zutreffend erwiesen. Die Haltung einiger Landesorganisationen bei der Festsetzung der nach Berlin abzuführenden Beiträge gab Anlass zu scharfen Bemerkungen und Verstimmungen, die man sicher vermieden hätte, wäre man in Jena dem Rate der süddeutschen Genossen gefolgt. Der Konflikt zwischen dem *Vorwärts* und dem Genossen Stampfer zeigte, dass die Wunden, welche der Dresdener Parteitag geschlagen, noch immer nicht ausgeheilt sind. Wenn auch der Grad des Misstrauens und der Abneigung, mit dem sich zahlreiche leitende Parteigenossen gegenüber stehen, geringer geworden ist, verschwunden sind diese Gefühle noch nicht. Alles, was diesen langsamen Vernarbungsprozess stört, sollte aber gerade mit Rücksicht auf die sachliche Weiterbildung und Umgestaltung der politischen Ansichten unserer Partei vermieden werden. Unter diesem Gesichtspunkte war der Stampfersche Artikel gegen den *Vorwärts* durchaus überflüssig, und es hat nichts geschadet, dass dies auf dem Parteitage ausgesprochen wurde, so wenig die Form der Aussprache gefallen konnte. Ganz abgesehen davon, dass solche Zitatenbeweise stets nicht viel besagen und durch Zitatengegenbeweise entkräftet oder abgeschwächt werden können, war der Angriff Stampfers angesichts der Haltung des *Vorwärts* gerade vom politischen Standpunkt aus nicht sehr richtig. Freilich war es noch weniger zu billigen, dass der *Vorwärts* in seiner Abwehr, entgegen seiner in den letzten Monaten geübten rein sachlichen Methode der Polemik, den Genossen Stampfer mit einigen persönlichen Schmähungen bedachte. Hoffentlich bleibt dieser, jetzt schon seltenere, Missklang in der Partei für lange Zeit hinaus der letzte!

Als Ort für den nächsten Parteitag wurde Essen bestimmt.

× ×

Parteitage und Konferenzen Vor dem grossen deutschen Parteitage haben, wie alljährlich, eine ganze Reihe Provinzial- und Kreiskonferenzen stattgefunden. Auf allen diesen bildete die Frage des Massenstreiks einen der hervorragendsten Verhandlungspunkte. Auf die Diskussion zurückzugreifen, scheint nicht angebracht, da mittlerweile der Parteitag über diese Frage entschieden hat. Deshalb soll aus den Berichten über die stattgehabten Konferenzen nur das Material herausgegriffen werden, das Zeugnis ablegt von der unaufhörlichen Agitations- und Werbearbeit, welche von den Parteigenossen in steter Kleinarbeit geleistet wird.

Die Parteikonferenz für die Provinz Brandenburg wurde am 2. September in Berlin abgehalten. Der Bericht der Agitationskommission erstreckte sich diesmal nur auf drei Vierteljahre; trotzdem sind höhere Aufwendungen für Agitation gemacht worden, als in der voraufgegangenen Berichtsperiode. So wurden 96000 *Fackeln* mehr verbreitet, als im vorigen Jahre, und der *Märkische Landbote* gelangte in 300000 Exemplaren zur Verbreitung. Die beiden Provinzparteiblätter, das Brandenburger und das Forster, haben je etwa 10000 Abonnenten. Die Zahl der politisch organisierten Parteigenossen betrug in der Provinz 15822. Das von der Kommission vorgelegte Statut für die Provinzialorganisation wurde angenommen.

Der Bericht, der auf dem pommerschen Provinzialparteitag vom Parteisekretär gegeben wurde, zeugt von besonders tüchtiger Arbeit. Während 1905 in 10 von den 14 Wahlkreisen Pommerns 2865 politisch organisierte Genossen vorhanden waren, stieg im Jahre 1906 deren Zahl auf 4695, die sich auf alle 14 Kreise der Provinz verteilen. Dabei ist die Agitation in der Provinz nicht einfach. In 71 Orten bestehen Parteiorganisationen, aber nur in 36 Orten stehen Lokale zur Verfügung. Deshalb muss besonders die schriftliche Agitation eifrig betrieben werden. In den beiden letzten Jahren wurden zirka je 150000 Kalender verbreitet, abgesehen von Stettin. Zur Agitation

für die Landbevölkerung wird ein Organ *Der Pommer* alle 2 Monate unentgeltlich herausgegeben. Die letzte Nummer erschien in einer Auflage von 15000. Ausserdem wurden noch 15000 verschiedene Broschüren zur Verteilung zur Verfügung gestellt. Für eine ganze Reihe von Orten wurden vom Parteivorstand Bibliotheken beschafft.

Der Parteitag für die Provinz Ostpreussen wurde diesmal in Insterburg abgehalten. In dieser zirka 30000 Einwohner zählenden Stadt war erst vor etwa 2 Monaten ein sozialdemokratischer Verein gegründet worden, der aber jetzt schon gegen 300 Mitglieder zählt. Es braucht kaum gesagt zu werden, dass die Agitationsarbeit in jener östlichen Ecke des Reiches besonders schwierig ist. Um jedes Versammlungslokal muss oft jahrelang gekämpft werden, jeder kleinste Fortschritt erheischt die grössten Anstrengungen. Hier werden noch öffentliche Versammlungen aufgelöst, wenn Frauen daran teilnehmen, während dies jetzt im ganzen Reich unbeanstandet bleibt; auch aus dem Provinzialparteitag wurden die Frauen, selbst die Delegiertinnen, ausgewiesen, und erst auf die eindringlichen juristischen Auseinandersetzungen des Genossen Haase, der sich in die Wohnung des Stadtoberhauptes begab, wurde schliesslich das Verbot zurückgezogen. Beschickt war der Parteitag von sämtlichen 17 Wahlkreisen durch 31 Delegierte. Diesen hatten sich zahlreiche Gäste, darunter viele Frauen, aus verschiedenen Wahlkreisen auf eigene Kosten angeschlossen. Es bestehen jetzt 10 Kreisorganisationen mit zusammen annähernd 4000 Mitgliedern. Gemäss dem Organisationsstatut der Partei wurde ein *Sozialdemokratischer Provinzverband Ostpreussen* mit dem Sitz in Königsberg gegründet. Beschlossen wurde ferner, den *Ostpreussischen Landboten*, anstatt, wie bisher, 14tägig, wöchentlich erscheinen zu lassen. Im ganzen wurde aus allen Kreisen von langsamen, aber steten Fortschritten berichtet.

Auf dem schleswig-holsteinischen Parteitag in Rendsburg waren 106 Delegierte beziehentlich Parteifunktionäre erschienen. Trotz Neuanschaffungen und bedeutenden Abschreibungen schloss das Kieler Parteiunternehmen mit einem Nettogewinn von 5700 M. ab. Der Etat der Agitationskommission für das kommende Geschäftsjahr wurde auf 30221 M. festgesetzt. Eine planmässige Agitation soll namentlich unter der ländlichen Bevölkerung betrieben werden. Als Parteisekretär wurde Genosse Barthels-Hamburg wiedergewählt.

Die Landeskonferenz der hessischen Sozialdemokratie tagte am 25. und 26. August in Mühlheim a. M. Sie war ausserordentlich stark besucht; 108 Orte waren durch 129 Delegierte vertreten. Der Jahresbericht des Landeskomitees und des Parteisekretärs zeigte, dass die Parteibewegung im Grossherzogtum Hessen im abgelaufenen Jahre einen bedeutenden Fortschritt erfahren hat. Das dürfte nicht in letzter Linie der Tätigkeit des im Berichtsjahre angestellten Parteisekretärs, Dr. David, zuzuschreiben sein. Die Gesamtorganisation umfasst 171 Ortsvereine mit 13772 Mitgliedern, das sind 20 % der bei der Hauptwahl im Jahre 1903 abgegebenen sozialdemokratischen Stimmen; eine Zunahme gegen das Vorjahr von 23,6 %. Für das ganze Land mit den vielen rein landwirtschaftlichen Bezirken ist dies kein ungünstiges Verhältnis. Im Laufe des Berichtsjahres wurden allein 43 Organisationen neu gegründet. Der Sekretär beabsichtigt, einen Stab von politischen Referenten dadurch heranzubilden, dass er an den 4 Sonntagen im Oktober vor- und nachmittags an 2 Hauptorten des Landes Referentenkurse abhält. Teilnehmer haben sich bereits in grösserer Anzahl gemeldet. Der Agitationskalender wurde in 131566 Exemplaren hergestellt. Die Einnahmen und Ausgaben des Landeskomitees bilanzieren mit 23698,12 M.; das Vermögen beträgt 7473,04 M., der Markenumsatz (à 10 Pf.) belief sich auf 296800 M. Das Landeskomitee hatte im Einvernehmen mit den Giessener Genossen beschlossen, vorbehaltlich der Zustimmung der Landeskonferenz für die Provinz Oberhessen ein täglich erscheinendes Kopfblatt des *Offenbacher Abendblattes* herauszugeben; das in Giessen erscheinende Wochenblatt *Mitteldeutsche Sonntagszeitung* würde dann eingehen. Die Kreiskonferenz des oberhessischen Wahlkreises Friedberg-Büdingen hatte sich gegen diese Neugründung gewendet und ihrerseits an der dort verbreiteten Frankfurter *Volksstimme* festgehalten. Doch gelangte der Antrag des Landeskomitees mit allen gegen 3 Stimmen zur Annahme. Am 1. Oktober stellt also das Giessener Wochenblatt sein Erscheinen ein. Der jetzige Redakteur, Genosse Wetters, führt von Giessen aus die Redaktion des neuen Tageblattes.

× ×

Presse *Oberhessische Zeitung* heisst das neue, vom 1. Oktober ab täglich erscheinende Parteiblatt für Oberhessen. Die Offenburger Parteigenossen geben seit kurzem unter dem Titel *Volksblatt* ein Wochenblatt für den 6. und 7. badischen Reichstagswahlkreis heraus. Aus demVerbreitungsbezirk der Erfurter *Tribüne* scheiden jetzt 2 Wahlkreise aus; Jena erhält ein Kopfblatt der *Leipziger Volkszeitung*, *Nordhausen* gibt ein eigenes Blatt heraus. Dadurch verliert die *Tribüne* von ihren 10000 Abonnenten etwa 1600, deren Abgang durch besondere Agitation wieder wettgemacht werden soll. Die *Junge Garde* in Mannheim entwickelt sich sehr gut; die Auflage des seit April erscheinenden Blattes beträgt jetzt schon zirka 4000. Die *Arbeitende Jugend* in Berlin hat ihre Septembernummer im Festgewand herausgegeben; die Nummer gilt dem zweijährigen Bestehen der Berliner Organisation, deren Geschichte in ihr dargestellt wird. Paul Göhre hat einen Artikel über den sittlichen Wert der Arbeit beigesteuert; auch die übrigen Aufsätze und Rubriken der 12 Seiten starken Nummer zeigen das Bestreben, die jugendlichen Arbeiter aufzuklären und zu charakterfesten Männern zu erziehen.

× ×

Kurze Chronik Die Parteigenossen von Frankfurt a. M. haben für ihre Bibliothek einen Bibliothekar angestellt. Auch die Cölner Parteigenossen haben im Einverständnis mit den Gewerkschaften den gleichen Beschluss gefasst. Diese neueste Einrichtung innerhalb der modernen Arbeiterbewegung verdient wohl als ein erfreuliches Zeichen der Erstarkung der Arbeiterbewegung und des steigenden Bildungsbedürfnisses der Arbeiterschaft vermerkt zu werden. In der gleichen Richtung geht die vom Genossen Dr. Südekum geschaffene *Freie Wanderbücherei*, über die noch an anderer Stelle berichtet werden wird. × Der *Nationalrat* der sozialistischen Partei Frankreichs hielt am 2. September eine Sitzung ab, in welcher der Sekretär Dubreuilh den Rechenschaftsbericht vorlegte. Danach ist die Zahl der Mitglieder auf 52000 gestiegen. Viele Neugründungen von Ortsgruppen sind zu verzeichnen, und in vielen Gruppen hat sich die Mitgliederzahl mehr als verdoppelt. × Die spanischen sozialistischen Blätter erlassen einen Aufruf zur Unterstützung der russischen Freiheitskämpfer. Von verschiedenen Gruppen wird die Forderung erhoben, dass die Mitglieder einen Monat lang einen Wochenbeitrag von je 20 Pf. zu gunsten der Russen beisteuern. Ein Zeichen weitherzigster Solidarität, wenn man das geringe Durchschnittseinkommen der spanischen Genossen in Betracht zieht. × Ein ausserordentlicher Parteitag des Kantons Zürich hat gegen die Gewaltakte der Regierung anlässlich der Streikbewegung Stellung genommen. × In Mailand fand eine Konferenz der sozialistischen Jugendorganisationen Italiens statt. × Ein Parteitag der finnischen Sozialdemokratie beschäftigte sich mit dem Eintritt des Genossen Kari in den Senat. Es wurde beschlossen, dass ein Parteimitglied, das in eine ausserhalb aller parlamentarischen Verantwortlichkeit stehende Regierung, wie der jetzige Senat, eintritt, dadurch aus der Partei ausscheidet. × In Bulgarien beschlossen die *Weitherzigen* auf ihrem 13. Parteitag, auf die Annäherung der sozialistischen Fraktionen des Landes hinzuarbeiten.

× ×

Literatur *Das kommunistische Manifest* von Marx-Engels ist in neuer Auflage mit einem Vorwort von Kautsky im Verlage der Buchhandlung *Vorwärts* in Berlin erschienen. Der Preis der gut ausgestatteten Broschüre beträgt 50 Pf; eine für die Massenverbreitung bestimmte Agitationsausgabe ist im Preise von 20 Pf. zu haben. × Die *Geschichte der deutschen Sozialdemokratie* von Franz Mehring wird, wie der Verlag Dietz Nachf. in Stuttgart mitteilt, demnächst in 3. Auflage erscheinen; sie wird ein unveränderter Abdruck der 2. Auflage sein, vor deren Herausgabe das ganze Werk einer eingehenden Durchsicht und Revision unterzogen worden ist. × *Ziele und Wege* /Berlin, Buchhandlung *Vorwärts*/ betitelt sich ein kleines Schriftchen, das von Adolf Braun herausgegeben ist, und an welchem Hugo Lindemann, Max Süssheim, Friedrich Stampfer und Clara Zetkin mitgearbeitet haben. Es behandelt und erläutert alle Punkte des zweiten Teil unseres Erfurter Parteiprogramms. HUGO POETZSCH

Gewerkschaftsbewegung

Litographengewerbe Nunmehr ist nach 15-wöchentlicher Dauer auch die Aussperrung im Lithographiegewerbe, über die wir bereits

kurz berichteten (vergl. pag. 606), beendet, und zwar in der Hauptsache mit einem Erfolge der organisierten Arbeiter. Diese erzielten die 8stündige Arbeitszeit für Lithographen, die 9 stündige für Steindrucker, Bezahlung der Feiertage und eines Überstundenaufschlags und Regelung des Lehrlingswesens. Wichtig ist in dem zwischen dem *Senefelderbund* und dem *Schutzverband deutscher Steindruckereibesitzer* abgeschlossenen Vertrag auch die Bestimmung, dass bei Bedarf an Arbeitskräften die Mitglieder des *Schutzverbandes* sich verpflichten, die örtlichen Arbeitsnachweise des *Senefelderbundes* in erster Linie in Anspruch zu nehmen, solange paritätische Arbeitsnachweise unter Mitwirkung der Zentralleitungen nicht eingerichtet sind. Der Ausgang dieser Aussperrung ist in mehr als einer Richtung für die Gewerkschaften von Wichtigkeit. Haben doch die Unternehmer auch in diesem Falle die Arbeiterorganisation, zu deren Vernichtung sie eine Aussperrung entrierten, schliesslich anerkennen und ihr sogar weitgehende Zugeständnisse machen müssen. Welcher Erfolg für die Arbeiter umso schwerer wiegt, als ihre Organisation zudem noch durch eine gerichtliche Verfügung in ihrer Aktionsfähigkeit sehr beeinträchtigt war.

× ×

Kongresse und Verbandstage Von dem 8. ordentlichen Verbandstag der Fabrikarbeiter, der vom 5. bis 11. August in Leipzig tagte, sind vor allen Dingen die Verhandlungen und Beschlüsse zur Vermeidung von Grenzstreitigkeiten bemerkenswert. Um jede Differenz mit anderen Organisationen zu vermeiden, will sich der Verband künftig lediglich die Ziegeleibetriebe, die Betriebe der chemischen Industrie, der Papiermacherei, der Zuckerfabrikation, die Molkereien, Brennereien und ähnliche Betrieb zur Organisierung vorbehalten: ein Entschluss, der nur mit Freuden begrüsst werden kann. Das Eintrittsgeld wurde von 30 auf 50 Pf., der Beitrag für männliche Mitglieder von 30 auf 40 Pf. erhöht. Eingehend wurde auch die Frage der Organisierung der Landarbeiter erörtert; für Landarbeiter beträgt der Beitrag 20 Pf. pro Woche. Für die Durchführung der Maifeier soll seitens der Verbandsleitung rege gewirkt werden; unter gewissen Kautelen werden Maifeierausgesperrte von der zweiten Woche an in der Höhe der Streikunterstützung unterstützt.

Vom 13. bis 18. August hielt auch der Schneiderverband seine Generalversammlung ab und zwar in Berlin. Aus diesen Verhandlungen sind von Wichtigkeit die eingehenden Diskussionen über die Taktik bei Lohnbewegungen und über den Abschluss von Tarifverträgen. Bei Abschluss von Tarifverträgen soll ein einheitliches Vertragsschema zur Verwendung gelangen und bei Tarifen mit unbeschränkter Gültigkeitsdauer eine dreimonatliche Kündigungsfrist vorgesehen werden. Die Einführung von Staffelbeiträgen wurde abgelehnt, dagegen wurden die Beiträge für männliche Mitglieder von 25 auf 35 Pf., die für weibliche von 10 auf 15 Pf. erhöht. 20 % der Beitragseinnahmen werden den Ortsvereinen überlassen. Die Reiseunterstützung wurde von 2 auf 3 Pf. pro km erhöht. Im Gegensatz zu den auf dem Gewerkschaftskongress vertretenen Anschauungen wurde die Notwendigkeit einer verstärkten Propaganda für die Arbeitsruhe am 1. Mai und für den Generalstreik betont. Der Vorstand wurde um ein besoldetes Mitglied vermehrt.

Ein internationaler Hutarbeiterkongress tagte vom 13. bis 16. August in Frankfurt a. M. Der von dem internationalen Sekretär Espanet-Paris erstattete Geschäftsbericht gab zu recht lebhaften Auseinandersetzungen Veranlassung, insoweit, als mehrere auf dem letzten Kongress in Brüssel /1903/ votierte Beschlüsse nicht zur Ausführung gebracht waren und die deutsche Organisation, der stärkste und rührigste aller in Betracht kommenden Hutarbeiterverbände, einer ungerechten Kritik unterzogen worden war. In Sachen der internationalen Streikunterstützung wurde beschlossen, dass im Falle eines von den Unternehmern provozierten Streiks, oder wenn 15 % der Mitglieder eines Verbandes ausgesperrt sind, aus einem internationalen Fonds Unterstützung gewährt wird. Das Sekretariat erhebt in diesem Fall pro Mitglied und Woche von den angeschlossenen Verbänden einen Beitrag von 5 c. Von der obligatorischen Einführung einer internationalen Reiseunterstützung wurde abgesehen. Das internationale Sekretariat wurde nach Altenburg verlegt, Metzschke zum Sekretär gewählt.

× ×

Gewerkschaftskartelle In Nr. 29 des *Korrespondenzblatts* wird eine Übersicht über die Entwickelung der deutschen Gewerkschaftskartelle

im letzten Jahre gegeben. An der Statistik sind 465 Kartelle beteiligt, welche 6495 Ortsvereine mit 1 180 940 Mitgliedern umfassten; hiervon waren 16 870 Mitglieder von 41 Lokalvereinen und 1739 Mitglieder von sonstigen der *Generalkommission* nicht angeschlossenen Gewerkschaften. Danach waren 81,3 % der Mitglieder der Zentralverbände in Gewerkschaftskartellen vereinigt. Die Zahl der angeschlossenen Ortsvereine hat sich gegen das Vorjahr um 936 vermehrt, dagegen stehen in 199 Orten Ortsvereine der Zentralverbände den Gewerkschaftskartellen immer noch fern, und zwar waren 5,41 % der an den Kartellorten bestehenden Ortsvereine den Kartellen nicht angeschlossen.

In 111 Kartellen werden Auskunftsstellen unterhalten, 56 Kartelle unterhalten ein Arbeitersekretariat, 7 unterhalten ein eigenes Bureau. In Berlin, Braunschweig, Breslau, Cassel, Charlottenburg, Cöln a. Rh., Dresden, Elberfeld, Feuerbach, Frankfurt a. M., Hanau, Heidelberg, Kiel, Leipzig, Liegnitz, Mannheim, Mühlhausen (Thüringen), Offenbach a. M., Plauen i. V., Solingen, Stettin, Stralsund, Stuttgart, Trier, Wilhelmshaven und Zittau werden teils mit Unterstützung, teils ausschliesslich von den Gewerkschaftskartellen Gewerkschaftshäuser unterhalten. 44 Kartelle unterhalten eine Zentralherberge, 227 haben Zentralherbergen unter Aufsicht, 118 unterhalten Versammlungssäle, 4 einen Zentralarbeitsnachweis, 252 eine gemeinsame Bibliothek, 39 einen Lesesaal. Eine Beschwerdekommission für Gewerbeinspektionssachen ist in 149, eine Kommission für das Kost- und Logiswesen in 129, eine Bauarbeiterschutzkommission in 195 und ein Referentennachweis in 52 Kartellen vorhanden.

Diese Übersicht beweist, welch grosses Tätigkeitsfeld die Gewerkschaftskartelle der deutschen Zentralverbände haben. Im letzten Jahre ist von ihnen zudem eine besonders rührige Agitation entfaltet worden, auch unter den Frauen.

Die Gesamteinnahmen der Kartelle im Jahre 1905 betrugen ohne die Einnahmen aus den Streiksammlungen 512 394 M., ausgegeben wurde von 455 Kartellen 499 671 M.; in 442 Kartellen war am Schlusse des Jahres ein Kassenbestand von zusammen 258 115 M. vorhanden. Durch Streiksammlungen vereinnahmten 290 Kartelle 948 166 M., davon wurden für Streiks am Orte 194 035 M., für auswärtige Streiks 718 757 M. verausgabt. Von den Ausgaben der Kartelle sind folgende von Interesse: 40 773 M. für Agitation, 34 077 M. für Streiks, 18 787 M. für Vertreterwahlen, 2295 M. für statistische Erhebungen, 10 348 M. für Herbergen und Arbeitsnachweise, 41 883 M. für Gewerkschaftshäuser und Versammlungssäle, 128 632 M. für Auskunfterteilung, Bibliotheken und Lesehallen, 95 391 M. für Verwaltung u. s. w.

Zurzeit gibt es 518 Gewerkschaftskartelle.

× ×

Hirsch-Dunckersche Gewerkvereine Nach einer in Nr. 24 des *Gewerkvereins* veröffentlichten Zusammenstellung hatten die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine am Schlusse des Jahres 1905 in 2158 (1904: 2172) Ortsvereinen 117 097 Mitglieder gegen 111 889 im Jahre 1904, so dass im letzten Jahre eine Mitgliederzunahme von 5208 oder 4,6 % stattfand, gegenüber der Zunahme der modernen deutschen Gewerkschaften um 316 084 Mitglieder oder 28,3 % doch verschwindend wenig. Von den einzelnen Gewerkvereinen hatten Mitglieder die Maschinenbau- und Metallarbeiter 49 516 (gegen das Vorjahr + 5889), die Fabrik- und Handarbeiter 19 598 (— 1581), die Kaufleute 14 614 (+ 2508), die Tischler 8078 (— 501), die Textilarbeiter 5365 (+ 1065), die Schuhmacher und Lederarbeiter 5210 (— 480), die Schneider 3840 (+ 10), die graphischen Berufe 2018 (+ 18), die Bergarbeiter 2189 (+ 1592), die Töpfer 1673 (+ 52), die Zigarren- und Tabakarbeiter 1399 (+ 297), die Bauhandwerker 1238 (— 93), die Frauen 1063 (— 97), und 6 kleinere Gewerkvereine mit unter 500 Mitgliedern. Die Einnahmen der Gewerkvereine betrugen insgesamt 1 336 651 M. (1904 = 1 069 735 M.), die Ausgaben 1 170 219 M. 1 035 758 M.), die Kassenbestände 3 497 069 M. (3 264 402 M.). Davon befinden sich in den Gewerkvereinskassen allerdings nur 1 394 996 M., das Übrige sind Kassenbestände der Begräbnis- und Krankenkassen der Gewerkvereine. Verausgabt wurde für Verbandsorgane 133 581 M., für Agitation 102 899 M., für Aussperrungen und Streiks 286 643 M., für Rechtsschutz 14 790 M., für Reise-, Notfall- und Umzugsunterstützung 67 802 M., Arbeitslosenunterstützung 193 746 M., Bildungsförderung 17 345 M., Ortsverbands- und Verbandssteuern 53 591 M., Drucksachen 67 871 M. und Verwaltungskosten 231 951 M. Früher rühmten sich die Gewerkvereine ihres vorzüglichen Unterstützungswesens. Ein Vergleich

ihrer Unterstützungsausgaben mit denen der freien Gewerkschaften wird aber zeigen, dass sie auch auf diesem Gebiete von letzteren weit überflügelt sind.

× ×

Frankreich Nach der vom französischen Arbeitsamt herausgegebenen Statistik wurden im Jahre 1905 in Frankreich 830 Streiks geführt, an denen 177 666 Personen direkt beteiligt waren. Die entsprechenden Zahlen des Jahres 1904 sind 1026 respektive 271 097. Der Rückgang der Streikbewegung wird auf die Vorbereitungen der diesjährigen Achtstundenbewegung zurückgeführt. Die grössere Zahl der Streiks, 486, wurden in weniger als einer Woche erledigt. Von den Streiks wurden 471 um die Erhöhung der Löhne, 271 um die Entlassung oder Wiedereinstellung von Personen und nur 133 (mit 52 918 Beteiligten) um Verkürzung der Arbeitszeit geführt. Erfolgreich waren nur 184 der Streiks mit 22 872 Beteiligten, teilweise erfolgreich 361 Streiks mit 125 016 Beteiligten und 285 Streiks mit 29 778 Beteiligten. Zeigt sich in diesen Zahlen schon die grosse Schwäche der französischen Gewerkschaften, so tritt sie noch viel mehr in der Tatsache zu Tage, dass nur bei 677 Streiks die Arbeiter vollzählig oder teilweise organisiert waren; 153 Streiks waren also vollständig *wilde* Streiks, und nur in 56 Streiks wurde eine regelmässige Streikunterstützung gezahlt. Diese offiziellen Zahlen bestätigen nur, was wir in dieser Rundschau schon (pag. 693) geschrieben haben, dass die französischen Gewerkschaften alle Veranlassung haben, in mühsamer Kleinarbeit ihre Organisation aufzubauen, und nicht ihre Kräfte an *direkten* und anderen verfehlten Aktionen unnütz zu verpuffen.

× ×

England: Arbeitskonflikte Nach einer vor kurzem ausgegebenen Statistik des englischen Arbeitsamtes waren im Jahre 1905 in Grossbritannien 358 Arbeitskonflikte zu verzeichnen, an denen 93 503 Arbeiter beteiligt waren; insgesamt gingen durch Streiks 1 470 189 Arbeitstage verloren (im Jahre 1904 waren es 355 Arbeitskonflikte, 87 208 daran beteiligte Arbeiter und 1 484 220 dadurch verlorene Arbeitstage). Die grössten Konflikte waren im Bergbau, wo 40 448 ausständige Arbeiter gemeldet wurden, dann folgt die Textilindustrie mit 15 786, die Maschinenindustrie mit 9600, das Baugewerbe mit 6637 ausständigen Arbeitern. Es mag auf die ungünstige Geschäftslage zurückzuführen sein, dass sie zumeist zu gunsten der Unternehmer ausfielen. Das Ergebnis der Lohnkämpfe für die Arbeiter war folgendes:

Ursache des Konflikts	Es endeten zu gunsten der Arbeiter	zu ungunsten der Arbeiter	durch Kompromiss
Für Lohnerhöhung	2 517	4 038	6 693
Geg. Lohnherabsetzung	1 696	4 264	5 462
Lohnfragen	1 942	2 835	8 803
Insges. Lohnkonflikte	6 155	11 137	20 958
Arbeitsstunden	1 307	629	1 209
Wegen Beschäftigung bestimmter Personen	1 052	2 553	2 746
Andere Arbeitsbedingungen	319	3 026	2 201
Gewerkschaftswesen	7 869	1 358	150
Verschiedene Ursachen	—	4 240	200
in summa	16 702	22 943	27 464

Das heisst, von den 38 737 Arbeitern, die wegen Lohnfragen in Konflikt gerieten, hatten 16 % Erfolg, 29 % keinen Erfolg, 54 unterwarfen sich einem Kompromiss. Im Kampfe um die Arbeitszeit und um die Anerkennung der Organisation waren die Arbeiter erfolgreicher. Im ganzen hatten nur 24,7 % der Arbeiter Erfolg, wenn man von den Kompromissen absieht.

× • ×

Kurze Chronik In der Frage der Vereinheitlichung der Lederarbeiterbewegung hat am 19. August eine Lederarbeiterkonferenz stattgefunden, die von den Zentralvorständen der Handschuhmacher, Kürschner, Lederarbeiter, Sattler, Schuhmacher und Portefeuiller besucht war. Das praktische Ergebnis der Konferenz war, dass die Verbandsvorstände verpflichtet sind, über die gemeinsam zu betreibende Agitation in zurückgebliebenen Orten und Bezirken, sowie gemeinsam zu errichtende Zahlstellen besondere Vereinbarungen zu treffen. × In Cassel wurde der Grundstein zu einem neuen Gewerkschaftshaus gelegt. × In Gotha wurde von den Arbeiterorganisationen behufs Erwerbung eines Gewerkschaftshauses eine Genossenschaft gegründet. × Der erste der von der *Generalkommission* veranstalteten gewerkschaftlichen Unterrichtskurse ist am 20. August in Berlin eröffnet worden. Er dauerte bis zum 15. September; der zweite beginnt am 15. Oktober und endet am 10. November, der dritte währt vom 19. November bis 15. Dezember. × Der Xylographenverband vollzog auf seiner jüngst in Frankfurt a. M. abgehaltenen Generalversammlung seinen

Anschluss an die *Generalkommission der Gewerkschaften.* ERNST DEINHARDT

Genossenschaftsbewegung

Landwirtschaft Trotz des gewaltigen Umfanges, den heute die landwirtschaftliche Genossenschaftsbewegung bereits erreicht, geht ihr weiteres Wachstum immer noch in einem Tempo vor sich, das, wenn man die Zahl der neugegründeten Genossenschaften in Betracht zieht, das aller anderen Genossenschaften weit hinter sich lässt. Auf der vom 16. bis zum 18. August in Oldenburg abgehaltenen 21. Jahresversammlung des *Reichsverbandes* konnte der Verbandsanwalt Haas von 805 im letzten Jahre neugegründeten ländlichen Genossenschaften berichten, deren Gesamtzahl sich jetzt auf 20128 (= 80% aller deutschen Genossenschaften) beläuft. Diese zerfallen in 97 Zentralgenossenschaften, 13591 Spar- und Darlehnskassen, 1939 Bezugs-, 2922 Molkerei- und 1579 sonstige Genossenschaften. Der weitaus grösste Teil dieser Organisationen ist im *Reichsverband* vereinigt, dem am 1. Juli 41 Verbände, 73 Zentralgenossenschaften und 16829 Genossenschaften mit 1750000 Mitgliedern angehörten. Die Zentralkassen des Verbandes hatten im Jahre 1905 einen Gesamtumsatz von 3728 Mill. M. (gegen 3115 im Vorjahre) und Betriebskapital von 259 Mill. M. Auch der Umsatz der Zentralbezugs- und Absatzgenossenschaften hat sich bedeutend gehoben, nämlich von 99 auf 115 Mill. M. Der dabei erzielte Überschuss belief sich auf 1395480 M.

Die Referate der Jahresversammlung beschäftigten sich mit der Organisation des genossenschaftlichen Viehabsatzes, wobei eine Resolution, im Sinne einer Ausschaltung des Zwischenhandels, angenommen wurde, Organisation des Butterverkaufs, Mittel zur Erzielung einer höheren Liquidität der Zentral- und Kreditkassen, Fürsorge für Genossenschaftsbeamte und anderm. Sehr bedauerlich war es, das der als Gast vom *Bunde der Landwirte* anwesende konservative Major a. D. Endell es für nötig hielt, gegen die Annäherung des *Reichsverbandes* an das »sozialdemokratische Unternehmen«, den *Zentralverband deutscher Konsumvereine* zu protestieren, eine Bemerkung, die zwar keine Unterstützung, aber auch keine Zurückweisung seitens der Versammlung fand. Wir sind der Ansicht, dass sich der *Reichsverband* durch diese Unterlassung in Widerspruch mit seinem eigenen Verhalten, das heisst der Entsendung eines Stellvertreters zum letzten Genossenschaftstag des *Zentralverbandes* und den dort seitens dieses Vertreters getanen Äusserungen (vergl. pag. 694) gesetzt hat. Wir sind davon überzeugt, dass nicht nur die vernunftgemässe Einsicht, sondern die natürliche Entwickelung je länger, je mehr diese beiden grossen Organisationsformen zur Annäherung aneinander drängen wird.

× ×

England Nach dem Berichte des Zentralausschusses des Genossenschaftsbundes machte die englische Gesamtbewegung im Jahre 1905 folgende Fortschritte:

	1904	1905
Zahl der Genossenschaften	1730	1739
Davon erstatteten Bericht	1709	1734
Mitgliederzahl	2213422	2269479
Anteilkapital . . . M.	563073820	581640400
Umsatz . . . „	1841249420	1893550280
Reinüberschuss . . „	206960600	209163260

Die einzelnen Genossenschaftsarten partizipieren an diesen Zahlen wie folgt (für die landwirtschaftlichen Genossenschaften sind nur runde Zahlen angegeben; die Ziffern der englischen und schottischen *C. W. S.* sind diesmal nicht getrennt aufgeführt):

Art und Jahr		Zahl	Mitglieder	Anteile (in M.)	Umsatz (in M.)	Reingewinn (in M.)
Grosseinkaufsgesellschaften	1904	2	1429	30479680	532209360	12859680
	1905	2	1419	33201440	554504140	12717460
Konsumvereine	1904	1469	2078178	502790080	1186238680	188226960
	1905	1457	2153185	521543480	1221739820	199184760
Produktivgenossenschaften	1904	149	34712	18067480	62049080	4437860
	1905	141	33467	17958520	63640480	4093260
Rohstoffvereine	1904	7	90247	10652360	55079720	1250340
	1905	4	69896	7535580	41807780	1079860
Landwirtschaftl. Genossenschaften	1904	93	7480	505300	3565460	106640
	1905	125	10000	800000	5000000	?
Besondere Genossenschaften	1904	10	1376	578920	2067120	79120
	1905	10	1512	601380	2258060	87920

Von dieser Gesamtzahl der englischen Genossenschaften gehören heute 76,2 %, die aber 93,6 % aller Mitglieder umfassen, dem Genossenschaftsbunde an. Nicht mit eingerechnet in den obigen Zahlen sind übrigens die irischen Konsum- und landwirtschaftlichen Genossenschaften, die ihre eigenen Zentralorganisationen haben. Über den Umfang der Eigenproduktion der beiden *C. W. S.* und der Konsumvereine erfahren wir diesmal leider nichts Näheres. Doch werden diese Daten später vom englischen Arbeitsamt veröffentlicht und sollen dann hier nachgeholt werden. In Bezug auf die landwirtschaftliche Eigenproduktion der Konsumvereine weiss das *Produktionskomitee* noch von keinen besonderen Erfolgen zu berichten. Doch teilt es mit, dass es eine Liste von auf diesem Gebiete praktisch erfahrenen Genossenschaften veröffentlicht habe, die bereit sind, solchen Vereinen, die sich diesem Tätigkeitsgebiet zuwenden wollen, mit Rat und Tat zur Seite zu stehen.

Sehr ausführlich ist der Bericht des *Bildungskomitees,* demzufolge im letzten Jahre 8775 Jugendliche und Erwachsene den vom Verband errichteten Unterrichtskursen, die sich mit Sozialwissenschaften im allgemeinen und Genossenschaftswesen im besonderen befassen, beiwohnten. An den Kursen für Genossenschaftsbeamte beteiligten sich 700 Personen. Das vereinigte Komitee der Gewerkschaften und Genossenschaften hatte wieder eine Anzahl Streitfälle zwischen Vereinen und ihren Angestellten zu erledigen.

× ×

Partei und Genossenschaft In Berlin ist wieder einmal die Frage einer Unterstützung der Konsumgenossenschaftsbewegung durch die Parteiorganisation aufgerollt worden. Am 4. August fand im Gewerkschaftshaus eine Zusammenkunft der Vertreter der Parteiorganisationen, der Gewerkschaften, der Frauenvereine und der Konsumvereine statt, die sich mit diesem Problem befasste. Von seiten der genossenschaftlichen und gewerkschaftlichen Redner wurde eine Förderung der Genossenschaften durch die anderen Organisationen für notwendig erachtet. Dagegen sprach die Vertreterin der Frauen, Genossin Baader, den Konsumvereinen in Berlin jede Zukunft ab, während der Parteivertreter auf Grund der Hannoverschen Resolution nur von einer wohlwollenden Neutralität der Partei wissen wollte. Es wurde eine Resolution Umbreit-Katzenstein angenommen, die die Bildung einer Kommission von Gewerkschafts- und Genossenschaftsvertretern zur Förderung des Genossenschaftswesens vorsieht, zu der auch die Partei und die Frauen aufgefordert werden, Vertreter zu entsenden. Der Zentralvorstand der sozialdemokratischen Wahlvereine hat nun inzwischen die Frage behandelt und ist zu dem Beschlusse gekommen, eine Beteiligung an der Kommission abzulehnen, einmal in Berücksichtigung der Hannoverschen Resolution, sodann, weil er eine offizielle Propagierung der Genossenschaften durch die Partei als nicht im Interesse der ersteren gelegen betrachtet. Von den Frauen liegt noch keine weitere Äusserung vor.

Solange insbesondere von seiten der Partei ein solcher Standpunkt eingenommen wird, ist an einen energischen Aufschwung der Konsumvereinsbewegung in Berlin nicht zu denken. Die Schwierigkeiten, mit denen diese Bewegung dort zu kämpfen hat, sind bekannt. Der Weg, die Arbeiterbevölkerung zunächst durch grosse materielle Vorteile zu gewinnen, ist ihr verrammelt. Also bleibt nur die Beeinflussung und Gewinnung durch die idealen Momente, welchen Einfluss in erster Linie die Partei auszuüben befähigt ist. Dass schliesslich in der Organisierung des Konsums so kolossaler dichtgedrängter Arbeitermassen eine gewaltige wirtschaftliche und als deren natürliche Ausstrahlung politische Machtfülle verborgen ruht, dass den grösseren Anfangsschwierigkeiten auf der einen hier auch ganz andere Entwickelungsmöglichkeiten auf der anderen Seite gegenüberstehen, als etwa in sächsischen Industriedörfern, die Genossin Baader als einzig idealen Genossenschaftsboden hinstellte, das wird leider von seiten der diese Stellung einnehmenden Arbeiterführer und Führerinnen übersehen. Kommen wird ja diese Einsicht einmal. Möge sie nur nicht so spät kommen, dass inzwischen das mit so unendlicher Mühe und Opfern bis jetzt Aufgebaute zu Grunde gegangen ist, und wieder von frischem angefangen werden muss!

× ×

Gent: *Vooruit* Die berühmte, für die ganze belgische Bewegung vorbildlich gewordene Genter Konsumgenossenschaft hat kürzlich das Fest ihres 25jährigen Bestehens gefeiert. Entstanden durch Abspaltung von einer bereits 1873 gegründeten

Bäckereigenossenschaft zählte sie bei Beginn 150 Mitglieder und widmete sich gleichfalls anfangs nur der Brotproduktion. Zwei Jahre nach der Gründung, 1883, wurde ein eigenes Bäckereigebäude errichtet, 1885 wurde auch der Vertrieb von anderen Lebensmitteln und Bekleidungsgegenständen in die Hand genommen. Immer weitere Unternehmungen schlossen sich im Laufe der Jahre an. Heute besitzt die Genossenschaft auf dem Marché du Vendredi ein grosses Zentralgebäude mit Versammlungssälen und Bureaux für die Partei- und Gewerkschaftsinstitutionen, einem Café und einer Bibliothek von 8000 Bänden, ferner eine Festhalle, eine neue grosse Bäckerei, die wöchentlich 100000 Brote liefert, eine Weberei, die 110 Personen beschäftigt, eine Druckerei, in der unter anderem auch das sozialistische Tageblatt *Vooruit* hergestellt wird, ein Gebäude mit Zentrallager und Kaffeerösterei, eine Oelniederlage, 1 grosses Leinen- und Konfektionswarengeschäft, 13 Lebensmittelgeschäfte, 7 Apotheken, 1 Klinik und 1 Ledergeschäft. Ihr Umsatz erreichte im Jahre 1905 die Höhe von 3040000 fr. Die von ihr errichtete Krankenkasse zählt 25000 Mitglieder, beschäftigt 17 Ärzte und gewährt bei einem Wochenbeitrage von 4 c. unentgeltliche ärztliche Pflege und Arzneimittel, auch Wöchnerinnenunterstützung. Ferner besteht eine Altersversicherung und eine Anzahl Einrichtungen zur Bildung und Unterhaltung der Mitglieder und der heranwachsenden Jugend.

Was wäre die Genter Arbeiterbewegung ohne den *Vooruit?* Was wäre aber auch der *Vooruit* ohne die Unterstützung der Arbeiterbewegung geworden? Eins allein so schwach, wie das andere.

× ×

Dänemark Die dänische Grosseinkaufsgesellschaft, der heute nahezu sämtliche dänische Konsumvereine (1029 von rund 1100) angehören, hatte im vergangenen Jahre einen Umsatz von 26274031 Kr. (gegen 22500000 Kr. im Vorjahre) und erzielte hierbei einen Nettoüberschuss von 1172598 Kr. (1031733 Kr.). Es wurde davon eine 5prozentige Umsatzrückvergütung verteilt, 110000 Kr. zu Abschreibungen und Selbstversicherung verwandt und 3549 Kr. an die Fabrikarbeiter als Gewinnanteil vergeben. Wie bekannt, ist die Gesellschaft Besitzerin einer Anzahl grosser Fabrikanlagen; sie betreibt eine Schokoladen-, eine Zuckerwaren-, eine Tabakfabrik und eine Kaffeerösterei, in denen sie im Jahre 1905 für insgesamt 1844000 Kr. Waren herstellte. Zu diesen Unternehmungen sind im laufenden Jahre noch eine Seifen-, eine Tau- und eine chemische Fabrik gekommen, die kürzlich dem Betrieb übergeben wurden. Die Gesellschaft hat ausserdem die Geschäftsführung der *Sämereigenossenschaft dänischer landwirtschaftlicher Vereine* übernommen, die unter staatlicher Kontrolle auf eine Verbesserung der von den dänischen Samenzüchtern erzeugten Produkte hinarbeitet und deren Absatz auch im Auslande fördern will. Die Beteiligung an diesem Unternehmen wird verständlich, wenn man bedenkt, dass die dänischen Konsumvereine fast alle auf dem flachen Lande bestehen. Neben Kolonialwaren und den Erzeugnissen ihrer eigenen Fabriken liefert die Genossenschaft auch Manufakturwaren, Brennmaterialien und Fische.

× ×

Kurze Chronik Der Banter Konsumverein, ein noch junger Verein mit etwa 5000 Mitgliedern, hat eine M o l k e r e i zum Preise von 34000 M. erworben. Das Unternehmen ist mit allen nötigen Maschinen und Geräten ausgestattet und verarbeitet täglich 6- bis 7000 l Milch, an deren Lieferung 60 bis 70 Landwirte beteiligt sind. × Das *Württembergische Genossenschaftsblatt* teilt ein Gerichtsurteil mit, wonach ein Ludwigsburger Innungsmetzger verdonnert wird, an die V e r g n ü g u n g s k a s s e der Innung eine Strafe von je 100 M. zu zahlen für jeden einzelnen Fall, in dem er an Mitglieder des dortigen Konsumvereins Waren verkauft hat (5mal bis jetzt), und in dem ihm die gleiche Strafe für jede Wiederholung dieses Verbrechens in Zukunft angedroht wird. Muss das eine fidele Stadt sein! × Eine vom Verbandstag des deutschen S c h n e i d e r v e r b a n d e s angenommene Resolution fordert die Konsumvereine auf, noch mehr, als bisher, im Sinne der Cölner Gewerkschaftsresolution die Lohnbewegungen der Konfektionsarbeiter zu unterstützen, und fordert andererseits die Kollegen auf, soweit das bisher noch nicht geschehen, unverzüglich die Mitgliedschaft in den Konsumvereinen zu erwerben. × Das W ü l f l i n g e r L a g e r h a u s des *Verbandes schweizerischer Konsumvereine* wurde am 14. August mit allen Vorräten vom Feuer zerstört. Der Schaden, der sich auf rund ½ Mill. fr. beläuft, ist durch Versicherungen vollständig gedeckt.

GERTRUD DAVID

KUNST

Dichtkunst

Ausländische Literatur

Der ganze Sommer ist arm gewesen an guten deutschen Büchern. Ausser den Unermüdlichen, die zu jeder Zeit ihr gleichgültiges Werk fertigstellen, hat kein überragendes Talent etwas Dauerndes geschaffen. Da muss Umschau gehalten werden in fremden Ländern. Des Amerikaners Upton Sinclair *Dschungel*buch, das so grosses Aufsehen erregt hat, wird trotz seiner Qualitäten seinen Ruhm wohl nicht lange überleben. Es war zu heftig mit dem Willen, weniger mit der poetischen Intuition geschrieben. Ganz anders verstand es der Italiener Antonio Fogazzaro, brennende Fragen der Gegenwart künstlerisch darzustellen. Er hatte die Absicht, das geistige Werden seines Vaterlandes in den verschiedensten Entwickelungsepochen zu erzählen. Dass er die kirchliche Bewegung in dem Schlussband des Ringromans, dem *Heiligen*, als das herrschende Geisteselement der italischen Gegenwart ansieht, gibt zu denken. Dieser gewaltige Organisationskörper der katholischen Kirche ist nach seiner Meinung noch heute von so unvergänglicher Kraft, dass er jeden Widerstand anderer Anschauungen mit einem Zucken nur niederwirft, dass der Verfasser sich unbedingt in seine rigorose Macht stellte, als er in den Verdacht kam, Makelhaftes am Reiche Petri gesucht zu haben. Fogazzaros *Heiliger* /Leipzig, Georg Müller/ ist von so werktätiger Ethik und Askese, dass er fast wie ein unmoderner Widerpart erscheint gegen die Ethiker der Freiheit und der Zerrüttung, die auf menschliche Erziehung und mystische Enthaltsamkeit mit skeptischem Lächeln hinuntersehen und einzig an die Triebkraft der physischen Energie des Beseelten glauben.

Franzosen hängen an einem solchen Evangelium der Sinnlichkeit derartig zäh, dass es oft schwer wird, auch in ihren besseren Erzählern und Dramatikern die leichtfertig gebildete Zote von der ernsten moralischen Absicht zu trennen. Der Theaterdichter Maurice Donnay und die Erzähler Victorien de Saussay und Pierre Valdagne sind Autoren, deren Begabung und Wert so zweideutig ist. Gewiss muss Donnay in seinen *Liebesleuten*, deutsch im Verlag *Harmonie* in Berlin, als ein anmutiger Szenenführer gelten, der seine Menschen durch fünf geistreiche Akte nicht gerade überwältigend, aber doch angenehm witzig und nachdenklich reden lässt. Es fragt sich aber, ob diese Routine im Prägen neuer Halbwahrheiten, im Erfinden nie möglicher Situationen, mehr ist, als ein kaltblütiges, angewöhntes Arbeiten, das mit dem vom echten Erlebnis bestimmten Schöpfen sehr oberflächlichen Zusammenhang nur hat. Da fällt die Antwort dann sehr zu ungunsten des leidlich klugen Mannes aus, dessen Paradoxe nur dem Gutgelaunten nicht langweilig werden. Und so auch die Erzähler. Sie haben ein Problem. Ist es nun angeborener Hang zu überflüssig schlüpfrigen Vorstellungen oder Rechnung auf das frivole Gelüst eines irrenden Publikums, sie entkleiden ihre Frauen mehr, als es nötig ist, sie reden von ihren Frauen und Männern fortwährend so Hitziges und Brünstiges, als wäre ganz Frankreich von einer sexuellen Satyriasis endemisch durchseucht. Man muss gerade kein Prüder sein, um an dem fortwährenden Getue in den Damenbetten kein Gefallen zu finden. Saussays *Schönheit* /Budapest, Grimm/ ist der flott geschriebene Roman vom Lügenleben einer Courtisane, die ihrem wirklichen Liebhaber aus Daseinsnot untreu werden muss, um in den Armen des zahlenden Freundes Tage voll scheinbarer Pracht und geheimer Tränen hinzubringen. Valdagne berichtet in *Liebe nach Grundsatz* /ebenda/ von einem Manne, der nach ausgeklügelter Maxime die Herzenszärtlichkeiten durchkosten möchte. Er möchte nur den Leib und nie die Seele und endet nach den Schwankungen zwischen diesen Extremen bei der nüchternen Hausbackenheit, bei der legitimen Ehe aus Vernunft. Des gleichen Verfassers *Tutti* /ebenda/ ist ein sehr gut gelungener Roman, die Geschichte einer Dreissigjährigen, die sich verkauft, um ihre Tochter in irdischer Überglücklichkeit zu sehen. Das ist ein Buch von grosser Tüchtigkeit, ein Werk, das um vieles höher steht, als des Autors erste Arbeit.

All diese Poeten sind Lockerer der Moral. Sie stürzen das bisher Bindende so entschieden, dass in einer Szene die Frau sich wie der athletische Don Juan benimmt. Sie packt kurzerhand und mit stählernen Gelenken den Mann auf ihre Arme und trägt ihn zu dem Versteck, das von himmelblauem Baldachin überdacht ist. Ihnen würde die Welt der Ideen unausstehlich sein, in die Selma Lagerlöf ihre Gedanken vertieft. *Legenden und Erzählungen* hat die Schwe-

din ihr jüngstes, bei Langen in München erschienenes Werk benannt. Man hat einmal dieser Dichterin den höchsten Preis zuerteilt. Das darf heute nicht mehr sein. Sie ist eine Schwächere geworden, verlor von der leuchtenden Farbigkeit ihrer Sprache und büsste die wilde und kochende Phantasie im wesentlichsten ein. Nur e i n e s ist ihr geblieben: die romantische Schwärmerei für schöne Gleichnisse, an denen Gottes Allgerechtigkeit und fromme Andacht heischende Gewalt sichtbar werden. Sie schickt die Mutter des Himmelspförtners Petrus in die Hölle, obgleich ihr Sohn das Paradies für sie beim ewigen Vater erbettelt. Sie dichtet die italienische Heiligenchronik um, immer starre Lippendienerei und eifernde Gläubigkeit im Auge behaltend. Dies würde gar nichts schaden, sofern ihr nur die besiegende Wortmacht des *Gösta Berling* zu Gebote stände. Sie ist aber müde und redselig geworden, ähnlich ihrer nordischen Schwester E. Key.

× ×

Kurze Chronik Unser W i l h e l m R a a b e ist am 8. September 75 Jahre alt geworden. Ein Gedenkbüchlein Rehtwischs, das bei Georg Wigand in Leipzig erschien, feiert diesen Tag in würdiger Weise. × *Avine Sunder* heisst ein Skizzenband H a n s H y a n s /Gross-Lichterfelde, Langenscheidt/. Die Sächelchen sind in der geschickten Art des Autors geschrieben, der kein Poet ist, aber für das Eigenleben der Spitzbuben und Rinnsteinjünger ein geübtes Auge besitzt. × Der *Simplicissimuskalender* für 1907 /München, Langen/ enthält gute Bilder, nicht durchweg gute Witze. × In 20 Akten dichtete der geduldige K a r l W e i s e r das Trauerspiel *Jesus* /Leipzig, Ph. Reclam/.

MAX HOCHDORF

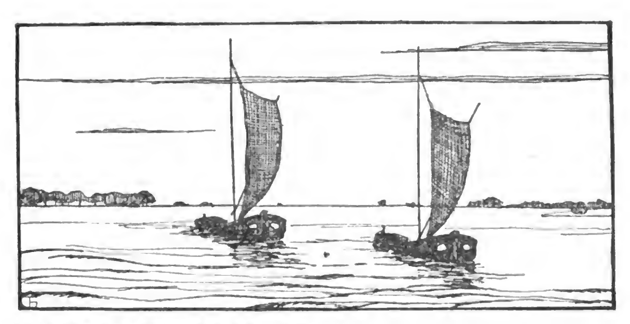
DIVERSA

Bücher

Geschichte der Frankfurter Zeitung Das Fest des 50jährigen Bestandes der *Frankfurter Zeitung* hat den Anlass zu einer bedeutsamen Publikation gegeben. Die *Geschichte der Frankfurter Zeitung 1856 bis 1906* /Frankfurt a. M., Verlag *der Frankfurter Zeitung*/ ist ein Sammelwerk, das von dem Direktor der Zeitung, Th. Curti, im Plan entworfen und von ihm im Verein mit etlichen zwanzig Personen (teils Redakteuren, teils Mitarbeitern und Freunden des Blattes) abgefasst und dem Begründer der Zeitung, Leopold Sonnemann, als Festgabe dargeboten worden ist. Auf 976 Seiten in Grossquart gibt es mit der Geschichte des hervorragendsten Organs der bürgerlichen Demokratie Deutschlands zugleich eine eigenartige, fesselnde Chronik der Zeitepoche, der die ersten 50 Jahre dieses Blattes angehören. Die Geschichte der inneren und äusseren Politik, der Wirtschafts- und Rechtsentwickelung, von Handel und Geldverkehr, wird von fachkundigen Federn in den zusammen 191 Kapiteln des Buches, das in 4 Perioden abgeteilt ist, in lebensvoller Darstellung geschildert, und in der Geschichte des Feuilletons der Zeitung auch die Entwickelung von Literatur und Kunst beleuchtet. Eine Würdigung im einzelnen und ebenso eine Kritik der Zeitung und ihrer Politik soll an dieser Stelle nicht gegeben werden. Aber nicht unerwähnt soll bleiben, dass die *Frankfurter Zeitung* das erste grosse bürgerliche Blatt Deutschlands gewesen ist, das gesucht hat, den Bestrebungen der Sozialdemokratie mit Verständnis für deren politische, wie wirtschaftliche Seite entgegenzukommen respektive solches Verständnis bei seinen Lesern zu wecken. Neben hervorragenden Gelehrten auf den verschiedenen Gebieten allgemeinen Wissens haben denn auch eine Anzahl sozialistischer Schriftsteller als gelegentliche oder ständige Mitarbeiter in den Listen dieses Blattes figuriert, das im Laufe der Zeit ein Weltblatt geworden ist und in der Reihe der Blätter, die auf diesen Titel Anspruch haben, sich durch eine eigene, kontinuierlich innegehaltene und keiner Regierungsgewalt dienstbare politische Tendenz ausgezeichnet hat. Man kann dies anerkennen, ohne die Differenz zwischen bürgerlicher Demokratie und Sozialdemokratie irgendwie zu übersehen. Es hat Zeiten gegeben, wo es in der deutschen Sozialdemokratie sehr angenehm empfunden wurde, dass wir eine *Frankfurter Zeitung* hatten, und, wie es Kulturgüter gibt, die über die Klassengegensätze hinweg ideelle Gemeinschaften möglich machen, so kann man politischen Verdiensten gerecht werden, ohne der Kämpfe zu vergessen, die man mit ihrem Träger ausgefochten hat. Als einer, der manchen Strauss mit der *Frankfurterin* gekämpft und nie eine Zeile für sie geschrieben hat, glaubt Schreiber dieses sich berufen, bei diesem Anlass auch der Dienste zu gedenken, die sie direkt und indirekt der Sache des demokratischen Fortschritts in Deutschland geleistet hat.

EDUARD BERNSTEIN

VERANTWORTLICH FÜR DIE REDAKTION HERMANN REHLANDER IN ORANIENBURG · VERLAG DER SOZIALISTISCHEN MONATSHEFTE G. M. B. H. IN BERLIN · DRUCK VON *GUTENBERG* DRUCKEREI UND VERLAG A. G. IN BERLIN



11. HEFT / NOVEMBER 1906

EDUARD DAVID · DIE BEDEUTUNG VON *MANNHEIM*

IN Mannheim kämpfte der ultra*radikale* Flügel der Partei zum erstenmal isoliert. Er zeigte dabei der Welt seine ganze Schwäche und erlitt eine schwere Niederlage. Will man sich dieser Tatsache in ihrer Schärfe bewusst werden, so muss man sich die Kampagne vergegenwärtigen, die jene Gruppe seit dem Cölner Gewerkschaftskongress und in erhöhtem Masse seit dem Jenaer Parteitag gegen den *Revisionismus* in den Gewerkschaften geführt hatte.

»Wir quälen uns jetzt in der Partei seit zehn Jahren mit dem *Revisionismus*, wir haben seit zehn Jahren die *Revisionisten* in der Partei totgeschlagen, und unsere ganze Arbeit ist für nichts, weil in den Gewerkschaften stärker und stärker der *Revisionismus*, den wir in der Partei totschlagen, wieder aufsteht.«

So hatte die *Leipziger Volkszeitung* geseufzt. Kautsky konstatierte mit Entrüstung, dass der gewerkschaftliche *Revisionismus* in »einem Teil der gewerkschaftlichen Bureaukratie seine Stütze fand«. Rosa Luxemburg attestierte der Mehrheit des Cölner Gewerkschaftskongresses »eine selbstgefällige, strahlende, selbstsichere Borniertheit, die sich an sich selbst berauscht, die sich über alle Erfahrungen der internationalen Arbeiterbewegung erhaben dünkt, welche sie gar nicht verstanden hat« u. s. w. Auf diesen Ton waren die Alarmhörner der ultra*radikalen* Parteiwächter gestimmt. Die Absicht war, die Massen der Partei- und Gewerkschaftsgenossen scharfzumachen gegen die Gewerkschaftsführer, damit sie ihnen die *revisionistischen* Neigungen austrieben.

Die Gewerkschaftsführer waren sich dieser Situation auch wohl bewusst und schritten zur Gegenwehr. Das berühmt gewordene Protokoll der Verbandsvertreterkonferenz vom 19. bis 23. Februar dieses Jahres gab zum erstenmal der Öffentlichkeit Kunde von der in engeren Parteikreisen freilich längst bekannten Tatsache, dass die Gewerkschaftsführer in ihrer grossen Mehrheit der *revolutionaristischen* Taktik, wie sie von einer kleinen Parteigruppe seit Jahr und Tag gepredigt wurde, schroff ablehnend gegenüberstanden. Fast

alle Redner auf jener Konferenz machten Front gegen die genannte Gruppe und ihre Revolutionsromantik. So erklärte Müller (Seemann):

›Wenn die Gewerkschaftskongresse, die Gewerkschaftsleitungen aus taktischen, wohlerwogenen Gründen zu einer gewissen Ruhe ermahnen, speziell in Bezug auf die Diskussion und Propagierung des Massenstreiks, so haben Kautsky, Rosa Luxemburg, Mehring, Stadthagen und Genossen, alles ökonomisch-historische Grössen, kein Recht, uns nach allen Regeln der ökonomisch-historischen Kunst zu vernichten. Dagegen müssen wir auf das entschiedenste Einspruch erheben.‹

Paeplow (Maurer) ist der Meinung, »dass sich die Genossen, auch der Parteivorstand, viel zu viel von unverantwortlichen Schiebern in der Partei leiten lassen«. Wen er mit den »unverantwortlichen Schiebern« meinte, war klar. Gegen ihren Einfluss müsse der Kampf schärfer geführt werden:

›Wir werden nicht durch mattes Auftreten die Zwistigkeiten beseitigen, sondern scharf und schneidig müssen wir das sagen, was ist.‹

Dreher (Handels- und Transportarbeiter) erklärte:

›Wie in der Theorie die Gewerkschaftsbewegung bekämpft wird, das sehen wir am besten an der *Leipziger Volkszeitung*, die ist ja bekanntlich der Quell aller marxistischen Weisheit, aber ich möchte behaupten, dass es nirgends weniger Marxismus gibt, als gerade in der *Leipziger Volkszeitung*, denn dort wird gegen die Grundlagen der materialistischen Geschichtsauffassung am meisten verstossen . . . Gewiss kann eine Entwickelung durch Katastrophen unterbrochen werden, das gilt für die Naturgeschichte, wie für die Entwickelung der Menschheit; aber das eine steht auch fest, dass wir nicht sprungweise, sondern allmählich vorwärts schreiten, dass wir allmählich hineinwachsen in den Zustand, der uns eine bessere Lebenshaltung bringen soll. Wenn erst die ganze Kenntnis der materialistischen Geschichtsauffassung auf der anderen Seite Platz gegriffen hat, dann wird man nicht mehr gegen die Gewerkschaftsführer herziehen, sondern mit der Selbstkritik einsetzen und vor allem mit der Selbstbeherrschung. Was wir nötig haben, ist etwas mehr theoretische Klarheit, etwas weniger *revolutionäre* Phrase, etwas mehr Selbstkritik, Selbstbeherrschung und vor allem gegenseitige Toleranz.‹

Deinhardt (Holzarbeiter) erklärt in Übereinstimmung mit Bringmann (Zimmerer): »diese Streitigkeiten sind im Grunde genommen grundsätzlicher Art« und zitiert die oben abgedruckte Auslassung der *Leipziger Volkszeitung* über den *Revisionismus* in den Gewerkschaften als Erklärung dafür, »wieso die Mehring, Kautsky und Konsorten uns diese Ungelegenheiten bereitet haben«. Auch er hält es für unbedingt notwendig, dass diese Gegensätze offen durchgekämpft und die Kritik mit scharfer Gegenkritik beantwortet werde. Poetzsch (Gastwirtsgehilfe) konstatiert die gleiche Behandlung, der die *Revisionisten* und Gewerkschaftsführer seitens der *Radikalen* ausgesetzt sind, und meint:

›Das Gros der Partei steht der Gewerkschaftsbewegung durchaus sympathisch gegenüber, es sind nur eine Reihe ultra*radikaler* Literaten, die die Verhältnisse nicht kennen, die fortgesetzt hetzen.‹

Bömelburg (Maurer) unterstreicht die Tatsache der Aufhetzung:

›Was hat man denn gemacht? Man hat versucht, in der Parteipresse, in Versammlungen, in ganz systematischer Weise die Massen gegen die Führer der Gewerkschaften aufzuhetzen.‹

Hue (Bergarbeiter) weist auf den klaffenden Widerspruch zwischen den »pseudoradikalen Phrasen der Unverantwortlichen« und den wirklichen Machtverhältnissen, zwischen Schein und Wirklichkeit hin:

›Wer aus der Wirklichkeit die Konsequenz zieht, läuft Gefahr, in der gehässigsten Weise angegriffen zu werden.‹

Elm (Zigarrensortierer) illustriert die von gewisser Seite getriebene Revolutionsromantik durch einige drastische Zitate und betont:

›Genosse Simon hat in einem Punkte recht: Wenn die Gewerkschaftsmitglieder sich

mehr um die Partei kümmern würden, dann würde diese Richtung auf einem einzigen Parteitag einfach hinweggefegt werden.«

Nicht, wie einzelne ultra*radikale* Blätter glauben machen wollten, gegen die Partei als solche wurde auf jener Konferenz Stellung genommen. Davon ist mit keinem Wort die Rede. Im Gegenteil. Allerseits betont man den Wunsch und das Streben, die Einigkeit zwischen Partei und Gewerkschaft zu erhalten und zu festigen. Nur einer kleinen *Theoretiker*gruppe, die in einigen Parteiblättern das grosse Wort führt, erklärte man den Krieg. Und nichts kennzeichnet diese Situation besser, als die Art, wie einige weit links in der Partei stehende Konferenzteilnehmer den Sturm des Unmuts zu beschwichtigen suchen. Man nähme die Pressäusserungen jener Gruppe zu tragisch, meinten sie, in Wirklichkeit seien diese doch ohne grosse Bedeutung. So äussert Pokorny (Bergarbeiter):

»Diejenigen Genossen und Genossinnen, die eine andere Stellung einnehmen, eine Stellung, die uns nicht lieb ist, spielen in der deutschen Arbeiterbewegung gar keine Rolle. Die gesunde Vernunft unserer deutschen Gewerkschaften, so gut, wie die der Parteigenossen in Deutschland, ist gefeit gegen derartige Zersetzungen, wie die durch die Genossin Rosa Luxemburg.«

Simon (Schuhmacher) meint, man solle sich nicht hinstellen und sagen: Rosa Luxemburg u. s. w. sind diejenigen, die den Ton angeben:

»So schlimm ist es gar nicht. Ich kann erklären, dass auch die politische Presse, die auf einem ziemlich radikalen Standpunkt steht, sehr wenig Notiz nimmt von den Angriffen, die Rosa Luxemburg und andere gegen einzelne gewerkschaftliche Führer richten.«

Als Resultat dieser Verhandlungen konnte nach Legiens Schlusswort folgendes gelten:

»Die Verbandsvertreter verpflichten sich, nicht mehr, wie bisher aus Zweckmässigkeitsgründen geschehen ist, auf Angriffe, die von der Parteipresse gegen die Gewerkschaften gerichtet werden, zu schweigen, sondern ihre Ansichten rückhaltlos zum Ausdruck zu bringen.«

Das war die Situation vor Mannheim; der beiderseits offen angesagte Kampf zwischen dem ultra*radikalen* Flügel der Partei und dem Gros der Gewerkschaftsführer. Von der erstgenannten Seite war der Vorstoss erfolgt, von ihr kamen die Ankläger. Sie wünschten und erwarteten ein Strafgericht über die vom *Revisionismus* durchseuchten Gewerkschaftsführer, denen als spezielles Verbrechen zur Last gesetzt wurde, die *revolutionäre* Bedeutung des Jenaer Massenstreikbeschlusses verleugnet und ihm entgegen den Cölner Beschluss als für die Gewerkschaften verbindlich aufrechterhalten zu haben.

Keine Anklage konnte kläglicher in sich zusammenbrechen, kein Angriff ruhmloser enden, als es mit dieser Attacke der Ultra*radikalen* gegen die Gewerkschafter geschah. Für irgend ein Strafgericht über die Gewerkschaftsführer war in Mannheim von vornherein keine Stimmung. Schon das Milieu der *südwestdeutschen Ecke* — nebenbei bemerkt: der kulturell ältesten und fortgeschrittensten Ecke Deutschlands — bot eine gewisse Garantie gegen ein zweites *Dresden*. Das Gros des Parteitags fand sich von vornherein mit dem Gros der Gewerkschaftsführer einig in dem Bestreben, einer ehrlichen Verständigung den Weg zu ebnen. Legiens Amendement zur Resolution Bebel, das den Cölner und den Jenaer Massenstreikbeschluss als mit einander vereinbar erklärte, wurde von Bebel anstandslos akzeptiert. Damit war der ganzen Anklage gegen die Gewerkschaftsführer wegen des Cölner Beschlusses offiziell jeder Boden ent-

zogen; alle die groben Verunglimpfungen der Gewerkschaftsführer wegen jenes Beschlusses waren nachträglich gerichtet.

Es muss als ein grosses Verdienst B e b e l s anerkannt werden, dass er jeden Versuch, den Gewerkschaftern eine Rute zu binden, von sich abwies. Er desavouierte mit seiner Anerkennung des Amendements Legien offen die Urheber des Feldzugs gegen die Gewerkschaftsführer. Bebels Abrücken von jener Gruppe wurde noch bekräftigt und verschärft durch seine entschlossene Zurückweisung des von Kautsky unternommenen Versuchs, die Parität zwischen Gewerkschaft und Partei zu ungunsten der ersteren auszuhöhlen. So sah sich die Gruppe der theoretischen und praktischen Intransigenz zum erstenmal auf die eigene Kraft gestellt. Sie bestand diese Kraftprobe sehr schlecht. Noch unmittelbar vor der Abstimmung zog Kautsky den entscheidenden Schlusssatz seines Antrages zurück und entzog sich damit der zahlenmässigen Konstatierung seiner Niederlage in diesem Punkt. Er begründete die Zurückziehung mit dem Vorwand, die Abstimmung würde ein falsches Bild ergeben, da viele nicht aus prinzipiellen, sondern nur aus opportunistisch-taktischen Gründen ihr *Nein* sprechen würden. Das war eine ebenso haltlose Argumentation, wie die Behauptung, der erste Satz, der die Erfüllung der Gewerkschaften mit sozialdemokratischen Geist forderte, enthalte schon implizite die taktische Überordnung der Partei über die Gewerkschaft. Die Erfüllung der Gewerkschaften mit sozialdemokratischem Geist ist eine Selbstverständlichkeit für jeden Sozialdemokraten. Wir wollen sogar die ganze Welt mit sozialdemokratischem Geist erfüllen. Dagegen stand die im Schlusssatz enthaltene Weisung *Parteibeschluss bricht Gewerkschaftsbeschluss* in schroffstem Widerspruch zu dem Grundsatz der vollen Parität, auf der die ganze Bebel-Legiensche Resolution fusste, und zu der sich Bebel noch nachdrücklichst dadurch bekannte, dass er erklärte, er stehe nach wie vor auf dem in seiner bekannten Schrift dargelegten Standpunkt der parteipolitischen Neutralität der gewerkschaftlichen Organisation.

Hatte die staatsmännische Rückzugstaktik Kautskys die Auszählung über den kritischen Satz seines Antrages verhütet, so brachte die namentliche Abstimmung über das Amendement Legien die Auszählung doch. Hier m u s s t e die Gruppe, die den Husarenritt gegen den *gewerkschaftlichen Revisionismus* wegen des Cölner Beschlusses geritten hatte, *Nein* sagen, wollte sie sich nicht selbst eine schallende Ohrfeige geben. Und siehe da: ein Fähnlein von 60 Getreuen ritt hinter den Genossen Kautsky und Luxemburg her. Mit 323 gegen 62 Stimmen wurde das entscheidende Amendement angenommen.

Es ist menschlich sehr begreiflich, dass Kautsky diese empfindliche Niederlage, die die Schwäche seiner Gruppe enthüllte, mit dem Mantel der Vergessenheit zu bedecken sucht. Sie war ihm gewiss nicht weniger peinlich, als dem Genossen Plechanow das heitere Gemurmel, mit dem seine Ernennung zum *russischen Kautsky* in dieser Situation aufgenommen wurde. Immerhin sollte man meinen, Kautsky fühle sich als offizieller Chronist der Partei in der *Neuen Zeit* verpflichtet, dieses Beschlusses, in dem die eigentliche Entscheidung des ganzen Kampfes lag, zu gedenken. Er erwähnt ihn aber in seinem Artikel über den Parteitag in Mannheim mit keinem Wort. Dieses Verschweigen ist ein sprechendes Zeugnis für die *Objektivität,* mit der Kautsky Parteigeschichte schreibt. In einem noch hellern Licht zeigt sie sich durch folgenden zusammenfassenden Satz jenes Artikels:

»*Dresden* bedeutete das Ende des theoretischen *Revisionismus*. Aber um so grössere Hoffnungen setzten unsere Gegner auf den *praktischen Revisionismus* der Gewerkschafter. Nun war die Signatur von *Mannheim* vor allem die eines entschiedenen Rucks der gewerkschaftlichen Welt nach links.«

Ein so unglaublich naiver Versuch, die Tatsachen auf den Kopf zu stellen, kann bei den Teilnehmern des Parteitags und insonderheit in der »gewerkschaftlichen Welt« nur die gebührende Heiterkeit auslösen. Darüber dürfte sich auch Kautsky nicht täuschen. Worauf es ihm ankommt, ist die Beeinflussung der Meinung der ausländischen Bruderparteien. Das verrät er selbst. Er führt nämlich aus, der bürgerlichen Presse sei als das wichtigste Charaktermerkmal des Parteitags aufgefallen, dass die Sozialdemokratie anfange, in ihrem Sinne *vernünftig* zu werden. Er will sogar eine »Jubelhymne« darüber in der bürgerlichen Presse vernommen haben und meint, das sei das schlimmste Urteil, das aus bürgerlichem Munde über die Sozialdemokratie gefällt werden könnte. Dann fährt er fort:

»Noch schlimmer aber wäre es, wenn auch unsere ausländischen Bruderparteien den selben Eindruck gewännen. Das könnte auf sie sehr deprimierend wirken, namentlich auf die französische und russische.«

Man sollte meinen, für die ausländischen Sozialisten komme es vor allem darauf an, ein wahres Bild von der deutschen Sozialdemokratie zu erhalten. Jede Irreführung muss ihnen doch früher oder später zum Schaden gereichen. Allein Kautsky denkt anders. Nicht um die Bruderparteien als solche ist es ihm zu tun, als vielmehr um die Unterstützung und Stärkung bestimmter Richtungen innerhalb des ausländischen Sozialismus. Das war von jeher seine Taktik der ausländischen Sozialdemokratie gegenüber. Und das ist meiner Überzeugung nach mit daran schuld, dass die Einigkeit der sozialistischen Bewegung in jenen Ländern gemäss der dort gegebenen realen Verhältnisse auf noch mehr Schwierigkeiten stösst, als schon ohnedies vorhanden sind. Aus dieser Taktik erklart sich die Verschweigung der wichtigsten Abstimmung in Mannheim und die Umwertung der dort für die Bewegung geschaffenen Werte.

Selbstverständlich bedient sich Kautsky auch hier der Methode, die nun einmal zum ständigen Repertoir einer gewissen Art von Parteipolemik gehört: Die bürgerliche Presse muss als mahnender und schreckender Popanz herhalten, um den psychologischen Stimmungsuntergrund zu schaffen. Die Behauptung, die »bürgerliche Presse« habe eine »Jubelhymne« über Mannheim angestimmt, ist einfach eine grobe Unwahrheit. Die bürgerliche Presse hat je nach ihrer Stellung sehr verschiedene Urteile über den Parteitag abgegeben. Nur die Blätter der entschiedenen bürgerlichen Linken, insonderheit der Barth-Naumannschen Richtung, haben Freude ausgedrückt über die zu Tage getretene *Wendung nach rechts*. Unbehaglich war aber auch diesen die damit verbundene Verständigung zwischen Partei und Gewerkschaft. Das letztere Moment hat die Betrachtungen der ganzen nationalliberalen und der Zentrumspresse auf nichts weniger als auf den Ton einer Jubelhymne gestimmt. Und die Scharfmacherpresse — der von jeher nichts unangenehmer war, als eine gemässigte Strömung in der Partei, und die noch jedes Symptom des wiedererstarkenden Revolutionarismus als willkommenes Wasser auf ihre Mühlen mit Freuden verzeichnet hat — hat die Mannheimer Tagung sehr übel vermerkt; sie hat sich sofort daran gemacht, zu beweisen, dass die Sozialdemokratie gar nicht daran denke, sich nach rechts zu *mausern*, sondern dass im Gegenteil die Gewerk-

schaften noch engeren Anschluss nach links gesucht und gefunden hätten. Kurz, dieser uns feindlichste Flügel der bürgerlichen Presse hat es genau so gemacht, wie — Genosse Kautsky. Diese Presse zieht aus dieser Deduktion auch schon praktische Schlüsse. Sie macht scharf gegen den Gesetzentwurf, betreffend die Berufsvereine. Hoffentlich ohne Erfolg. Denn der wahre Verlauf der Mannheimer Tagung straft ihre Argumentationen Lügen.

So sehr die Scharfmacherpresse genau, wie Kautsky, — freilich aus entgegengesetzten Berechnungen und Hoffnungen — wünscht, dass der Revolutionarismus in der Sozialdemokratie obsiegen möge, so offenkundig ist doch andererseits, dass dieser in Mannheim einen argen Schlag bekommen hat. Das empfindet auch Kautsky, und begreiflicherweise schmerzt ihn das, denn der Gedanke an den mit der Wahl von 1903 nach seiner Meinung »in greifbare Nähe« gerückten Entscheidungskampf bildet den Kerngedanken aller seiner theoretischen und taktischen Deduktionen. Fällt dieser Kerngedanke, das heisst, sieht die grosse Mehrheit der Partei ein, dass wir in Deutschland mit der Wahrscheinlichkeit einer »revolutionären Situation« in absehbarer Zeit nicht zu rechnen haben, dann hat seine ganze Richtung ausgespielt, weil ihre behauptete Vernunft als offensichtlicher Unsinn erkannt ist. Wie fest Kautsky an die uns aufgezwungene nahe Revolution glaubt, hat er in der oft zitierten Stelle aus seiner Dresdener Rede von der unerbittlichen Zuspitzung der Konflikte bis zur »grossen Entscheidung« markant zum Ausdruck gebracht. Von diesem Standpunkt aus sah und bewertete er den politischen Massenstreik; von diesem Standpunkt aus forderte er die Revision des bekannten Engelsschen Satzes, dass die Zeit der Barrikadentaktik vorbei sei. Noch unmittelbar vor Mannheim schrieb er in der Polemik gegen die gewerkschaftlichen Kritiker der Massenstreikromantik, dass wir in jene Periode eingetreten seien,

». . . in der sich die Gegensätze immer mehr zuspitzen, sich alle Sicherheitsventile verstopfen und die soziale Spannung immer bedrohlicher anwächst, bis irgend ein Ereignis den Kessel zum Bersten bringt. Und die grosse russische Revolution ist schwanger genug mit Ereignissen, die dazu führen können.«

Hält man sich dieses *A* und *O* der Kautskyschen Prophetie vor Augen, so begreift man, dass die Mannheimer Verhandlungen trotz seiner umwertenden Phantasie »einen peinlichen Nachgeschmack« in ihm zurückliessen. Die Ausführungen Bebels haben ihm gar nicht gefallen, weil sie die Empfindung erweckten, »als sähe er heute für Deutschland die Möglichkeit der Anwendung des Massenstreiks in weit grösserer Ferne, als vor einem Jahre«. Da liegt allerdings die tiefgreifende Differenz in der ganzen Auffassung der Situation. Für Kautsky bedeutete die Massenstreikdiskussion etwas ganz anderes, als für Bebel. Wer das noch nicht wusste, dem sagt es Kautsky in seinem Aritkel nach Mannheim noch einmal ganz deutlich. Wenn man nicht mit Stampfer und Eisner der Auffassung sei, den Massenstreik beliebig anwenden zu können, um unbequeme Widerstände zu brechen, dann könne man den Massenstreik nur dann propagieren, »wenn man mit der Möglichkeit des baldigen [im Original gesperrt!] Eintretens einer revolutionären Situation in Deutschland rechnet, auf die man gewappnet sein muss«:

»Nur unter dieser Voraussetzung hatte die Jenenser Resolution einen Sinn, und so wurde sie auch aufgefasst.«

Die Zeitfrage — wie sie durch den Sperrdruck jener Worte markiert wird — ist für Kautsky von entscheidender Bedeutung. Und damit

hat er in der Tat recht. So wahr es aber ist, dass der Glaube an eine in greifbare Nähe gerückte, uns aufgenötigte Revolution der Untergrund seiner ganzen taktischen Auffassung ist, so wahr es ist, dass er im Hinblick auf diese baldige grosse Entscheidung, »in der wir dann gezwungen sind, den Gegner niederzuwerfen und ihm die Macht abzunehmen« (Dresdener Rede), den Massenstreik und die neue »Barrikadentaktik« diskutierte, so wahr ist es andererseits, dass diese Revolutionsromantik keinen Boden im Gros der deutschen Sozialdemokratie hat. Das hat die Mannheimer Massenstreikdiskussion deutlich genug gezeigt.

Mit diesem Erfolg können die *Revisionisten* vollauf zufrieden sein. Die Behauptung, dass in Mannheim der *praktische Revisionismus* unterlegen sei, kann uns nur mit der aufrichtigsten Heiterkeit erfüllen. Und nicht minder erfüllt uns mit der gebührenden Heiterkeit Kautskys Versicherung, dass Dresden »das Ende des theoretischen *Revisionismus*« gewesen sei. Man muss dem ganzen praktischen Parteileben fern stehen, um nicht bemerkt zu haben, wie die theoretischen Positionen der marxistischen Orthodoxie, soweit sie für die *revisionistische* Kritik in Frage kamen, inzwischen sang- und klanglos aus der Agitation und dem geistigen Tagesleben der Partei verschwunden sind. Und ein Blick in das eingangs zitierte Konferenzprotokoll der Gewerkschaftsvorstände genügt, um die lebendige Wirksamkeit des in Dresden angeblich begrabenen theoretischen *Revisionismus* zu bezeugen.

Haben die kritischen Untersuchungen der *revisionistischen Theoretiker* ihren Anteil an dem zu konstatierenden geistigen Fortbildungsprozess in Partei und Gewerkschaft, so sind sie natürlich nicht seine einzige und seine hauptsächlichste Ursache. Diese liegt vielmehr in der richtigen Erfassung der gegebenen realen Tatsachen, Schwierigkeiten und Möglichkeiten seitens der im praktischen Leben der Partei und der Gewerkschaft stehenden Männer. Die Unvereinbarkeit wichtiger Sätze der orthodoxen Theorie mit der Erfahrung der tagtäglich in engster Fühlung mit den gegebenen Menschen und Verhältnissen arbeitenden Genossen, musste kurz oder lang allen denen immer klarer zum Bewusstsein kommen, die über einigen übernommenen theoretischen Begriffen nicht das eigene Sehen und Denken vergessen hatten. In der Politik wird nun einmal die Theorie immer und immer wieder an der Wirklichkeit gemessen; jede theoretische Weisheit, die diese Probe nicht besteht, entschleiert sich dem, der gezwungen ist, praktisch zu handeln, gar bald als hohle Kannegiesserei, mag sie auch in dem anspruchsvollen Gewand einer nach der ökonomisch-historischen Methode gefundenen ewigen Wahrheit auftreten.

Die revolutionaristische Katastrophentheorie ist aufgekommen in der Partei als Surrogat für die in der letzten Hälfte der neunziger Jahre verabschiedete wirtschaftliche Katastrophentheorie, die den *Selbstmord des Kapitalismus* aus seinen inneren immanenten Widersprüchen lehrte. Solange die wirtschaftliche Katastrophentheorie galt, die uns den Sieg des Sozialismus als *naturnotwendiges Ergebnis* der ökonomischen Entwickelung versprach, hatte der politische Revolutionarismus gar keine Nummer in der Partei. Das war die Zeit, von der Legien in Mannheim sagte:

»Man hat ja auch zehn Jahre hindurch in der Partei gelehrt, dass Revolutionen im alten Sinne nicht mehr gültig sind. Man hat immer gesagt: auf dem Boden der

Gesetzlichkeit gedeihen wir am besten. Man hat immer und immer wieder gesagt: wir können keinen gewaltsamen Widerstand leisten.«
Nach der Mitte der neunziger Jahre erst setzte der neue Revolutionarismus ein. Zunächst als rein russischer Import und mit einigem Spott aufgenommen. Dann aber erwarb sich die marxistische Orthodoxie das zweifelhafte Verdienst, diese gedankenlose Übertragung russischer Verhältnisse und Notwendigkeiten auf Deutschland mit ökonomisch-historischer Tiefgründigkeit als höchste Weisheit zu beweisen. Wer's nicht glauben wollte, wurde als *Flaumacher,* als *Feigling* oder als das Allerschlimmste, was man einem Sozialdemokraten nachsagen kann, als — *Kleinbürger* verschrieen.

Mit der kurzen Maienblüte dieses *Revolutionarismus* ist es jetzt glücklicherweise wieder vorbei. Die Partei wird sich wieder mit ungeteiltem Herzen und voller Kraft der positiven Ausnutzung und Erweiterung ihrer parlamentarischen Macht hingeben. Trotz der Kautskyschen Lehre, dass der Parlamentarismus »immer greisenhafter und ohnmächtiger« werde, wird die Partei daran festhalten, das freie Wahlrecht sei das Zeichen, in dem wir siegen. Man wird die Eroberung der politischen Macht in nichts anderem, als in der geistigen Eroberung der grossen Mehrheit des Volkes sehen. Unter der *Revolution* wird man wieder einmütiger, als vorher, die Revolutionierung der Köpfe durch Wort und Schrift sehen. Und man wird wieder zu der Auffassung zurückkehren, dass, wenn wir einmal die ideelle Macht haben, die Maschinengewehre umzudrehen, wir schwerlich mehr nötig haben, dies zu tun.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

LEONIDA BISSOLATI · DIE ENTSCHEIDUNG IN ROM

I

BEREITS in meinem vorigen Artikel[1]) hatte ich die Ehre, den Lesern der *Sozialistischen Monatshefte* Physiognomie und Charakter der Tendenzen zu skizzieren, die jetzt auf der Bühne des Parteitags zu Rom mit einander rangen. Es erscheint jedoch angebracht, dem Leser in gedrängter Kürze die Geschichte der voraufgegangenen Parteitage vorzuführen, weil sie ein besseres Verständnis der Beratungen des diesjährigen ermöglicht.

Der Parteitag zu Genua /1892/ bezeichnet den Geburtsakt der sozialistischen Partei. In Genua konstituierte sie sich, indem sie sich von der *Arbeiterpartei* und den Anarchisten loslöste. Die *Arbeiterpartei* war eine Art *Tradeunionismus*; sie bemühte sich, in der Arbeitermasse ein Klassenbewusstsein gegenüber der Bourgeoisie zu erwecken, sah aber mit Misstrauen auf den Gebrauch der politischen Waffen. Die Anarchisten suchten diese Organisation auf den Weg des Aufstandes zu drängen. Indessen erkannte auf dem Parteitag zu Genua ein grosser Teil der Vertreter der *Arbeiterpartei* die Notwendigkeit, die Partei unter dem Banner des Kollektivismus in den politischen Kampf zu führen, und schwur die anarchistischen Methoden ab. Ja, gerade die, die die grösste Mühe auf die Konstituierung und Verteidigung der *Arbeiterpartei* verwandt hatten, wurden in Genua ihre Totengräber. Hierin lag nichts Auffälliges. Jene erste

[1]) *Die Krise in der italienischen Sozialdemokratie* im vorigen Bande der *Sozialistischen Monatshefte*, pag. 368 ff.

Formation der *Arbeiterpartei* hatte dazu gedient, die materiellen Elemente zu bereiten und die idealen Prinzipien festzulegen, deren die sozialistische Partei bedurfte, um sich ihre eigenen Lebensbedingungen zu schaffen. Die Arbeitermassen — nämlich vorerst den kleinen Teil von ihnen, der bereits etwas wie ein Schimmer von Selbstbewusstsein besass — aus der Gefolgschaft der alten Parteien zu lösen und sie mit dem Gedanken ihrer eigenen, auf die Interessen der eigenen Klasse begründeten Partei vertraut zu machen, das war gewiss eine notwendige Vorbedingung für das Inslebentreten der sozialistischen Partei, die indessen schon bei ihrer Geburt die enge Hülle sprengen musste, innerhalb deren die *Arbeiterpartei* sich gebildet hatte. Und gleichzeitig bedeutete die Bejahung der sozialistischen Partei die Verneinung des Anarchismus, dessen unterscheidendes Merkmal in dem Glauben besteht, die soziale Struktur mit einem Schlage nach der idealen Vision einer von den Absurditäten und Ungerechtigkeiten der gegenwärtigen Wirklichkeit gesäuberten Welt umzugestalten. Im Gegensatz hierzu bekannte sich die sozialistische Partei, indem sie sich für die Methode des unter Berücksichtigung der gegebenen Verhältnisse zu führenden Klassenkampfes erklärte, zu der Einsicht, dass der Aufstieg der proletarischen Klasse nur im Zusammenhang mit einer umfassenden Aufwärtsbewegung sich realisieren kann, innerhalb deren das Proletariat den Gesetzen der Anpassung und schrittweisen Entwickelung unterliegt.

Es muss bemerkt werden, dass die Gründer der sozialistischen Partei im Jahre 1892 noch nicht das klare Bewusstsein der historisch-logischen Bedeutung der Prinzipien und Methoden hatten, die sie der neuen Partei zur Basis gaben. Es blieb in ihnen ein gewisser anarchistischer Geist zurück, nach dem sie den Klassenkampf als systematische Rekrutierung und Mobilisierung des Arbeiterheeres auffassten, das an dem *grossen* Tage der *grossen* Katastrophe zum Angriff auf die bürgerliche Gesellschaft zu führen sei. Diese Auffassung ergab sich zum Teil aus der pessimistischen Interpretation der marxistischen Theorie: Die Entwickelung der kapitalistischen Welt hatte mit eherner Unerbittlichkeit gleichzeitig das aufreizende Elend unter den Arbeitermassen weiter ausgebreitet und den Niedergang der Bourgeoisie selbst beschleunigt, derart, dass der Augenblick nahe gerückt schien, in welchem die Arbeiterschaft, wollte sie dem äussersten Grade der Unterdrückung entgehen, die bürgerliche Ordnung in die Luft sprengen musste, um mit dem eigenen zugleich das Leben der ganzen Gesellschaft zu retten. Im Lichte dieser allgemeinen Auffassung des historischen Prozesses erschien die Eroberung der politischen Gewalt nur möglich mittels einer gewaltigen Protestbewegung und Propaganda, nicht mittels einer Durchdringung auf dem Wege der Reformen und der schrittweisen Umgestaltung des Staates; die Reformen verloren jeden Wert angesichts einer Auffassung, wonach das Heil des Proletariats eben davon abhängt, dass es immer tiefer in die Abgründe der Verzweiflung gestürzt wird.

Dies Überwiegen des Katastrophismus erklärt sich mit grösster Leichtigkeit aus den traurigen Umständen, in denen sich damals das Leben Italiens befand. Es waren die Jahre des Krachs der *Banca romana*, der parlamentarischen Skandale, der wirtschaftlichen Depression, des finanziellen Ruins. Es schien sich wirklich vor den Augen ein Abgrund zu öffnen: auch die herrschenden Klassen verzweifelten an sich und schienen der tiefen Enttäuschung zur

Beute zu fallen, die den glänzenden Hoffnungen folgte, mit welchen die Entstehung des neuen Italiens begleitet worden war. In dieser Periode war alles mit tragischem Pessimismus imprägniert. Dadurch wird erklärlich, dass der sozialistische Parteitag zu Reggio Emilia /1893/ die Beschlüsse des Parteitags von Genua im Sinne absoluter Intransigenz erläuterte, die sich sowohl auf die Wahltaktik, wie auf die Haltung der sozialistischen Abgeordneten erstreckte, denen strikt verboten wurde, aus irgend einem Grunde oder unter irgend einer Form für ein Ministerium zu stimmen.

Der Einbruch der Crispischen Reaktion bewirkte, dass sich die Partei auf dem Parteitag von Parma /1894/ noch ausschliesslicher auf die äusserste Intransigenz festlegte, obwohl die radikale Demokratie Miene machte, sich auf die Seite der Verfolgten zu stellen. Auf dem Parteitag in Florenz /1895/ stellte sich die Notwendigkeit einer geänderten, biegsamen, die Möglichkeit sowohl der Transigenz, wie der Intransigenz in sich schliessenden, den örtlichen, wie den zeitlichen Verhältnissen sich besser anpassenden Taktik heraus. Aber das Gepräge der italienischen Politik in dieser verhängnisvollen Periode machte die sozialistische Partei nervös und trieb sie zur ostentativen Ablehnung und Feindseligkeit gegen alles und alle. Und die Intransigenz blieb die unveränderte, allgemeine, absolute Norm. Aber zwei Jahre später, auf dem Parteitag zu Bologna /1897/ begann eine gewisse Transigenz zunächst als Ausnahme zugelassen zu werden. Sodann wurden, als die Partei soeben die traurige, mit dem Mai 1898 anhebende Periode hinter sich hatte, während deren sie durch die Macht der Tatsachen zur Allianz mit der radikalen, der republikanischen und der liberalen Partei gedrängt hatte, auf dem Parteitag von Rom /1900/ administrative und politische Wahlbündnisse mit bürgerlichen Parteien gestattet.[2]) Dagegen sagte der Parteitag nichts über die Möglichkeit, eventuell für ein Ministerium zu stimmen.

Und doch trat dieser Fall ein: als nämlich infolge der Obstruktion der Sozialisten und der liberalen Parteien das Kabinett Zanardelli-Giolitti ans Ruder kam. Damals begann, von einer gesetzlichen Freiheitspolitik begünstigt, in ganz Italien die grandiose Organisations- und Streikbewegung, die ein ganzes, bisher in den Tiefen der Unterdrückung, der Resignation und der Unwissenheit gefesseltes Volk an das Licht der Zivilisation brachte. Damals unterrichteten sich trotz der entgegenstehenden Verbote der öffentlichen Parteiorganisation die parlamentarische Fraktion und das Zentralorgan über die Bedürfnisse der Massen, über die Anforderungen der Gewerkschaften und unterstützten wiederholt die Regierung, um die Freiheit der Organisation und des Streiks zu verteidigen. Damals war es, dass die Intransigenten in den politischen Parteikreisen ihre Laufgräben gegen diejenigen Sozialisten — sie sprachen ihnen den Namen *Sozialisten* ab und nannten sie *Reformisten* — eröffneten, welche glaubten, ihre Aufgabe bestände eben darin, sich bedingungslos, ohne Vorurteile, ohne Bedenken, ohne Vorbehalte, in den Dienst des wirklichen Proletariats zu stellen.

Damals, da der erste Sturm der wirtschaftlichen Wiedergeburt des Proletariats zu glücklichen Erfolgen geführt hatte, reichte die Macht der *Revolutionäre* nicht aus, um auf dem Parteitag von Imola /1902/ die Gegner niederzu-

[2]) Vergl. Claudio Treves *Der neue Kurs in der italienischen Sozialdemokratie* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1900, pag. 698-699.

werfen. Nach 1902 begannen jedoch die Misserfolge der Arbeiterbewegung. Sie konnte triumphieren, solange die besitzenden Klassen noch nicht gelernt hatten, ihre Gegenbewegung zu organisieren, und solange die Zunahme der Profite, von der die Erhöhung der Arbeiterlöhne bestritten wurde, andauerte. Der Triumph konnte aber nicht mit der bisherigen Leichtigkeit seinen Fortgang nehmen, als die Arbeitgeber ihrerseits ihren Widerstand organisiert hatten. Dieses Stocken des Siegesmarsches, das, obwohl an sich die natürlichste Sache von der Welt, nicht verfehlte, auf die primitive Psyche eines Teils der proletarischen Masse einen tiefen Eindruck zu machen, war der eigentliche Grund, weshalb der *Reformismus* zuerst von dem Verlust des Zentralorgans betroffen ward /1903/, dann auf dem Parteitag von Bologna /1904/ geschlagen wurde.[3]) Zu Bologna siegte die Allianz zwischen den *Revolutionären* vom Typus Ferri und den gegenwärtigen *Syndikalisten*. Die Formel der Allianz war: die Partei will Reformen; sie kann von Fall zu Fall die Vorschläge eines Ministeriums unterstützen, aber sie darf nicht *en bloc* für ein bürgerliches Ministerium votieren.

Jede Allianz ist ein Kampf zwischen den kontrahierenden Teilen, deren jeder den anderen zu übervorteilen sucht. Und so war es auch bei dieser in Bologna zwischen Ferri und den *Revolutionären* geschlossenen Allianz. Die letzteren blieben Sieger. Das entsprach der Logik. Es war unnütz, die Notwendigkeit der Reformen anzuerkennen, wenn im selben Atemzuge die absolute Intransigenz zum Prinzip erhoben wurde. Die Intransigenz bejahen bedeutet die Massen fern von der Berührung mit der schnöden Wirklichkeit in einer Art apokalyptischen Erwartung halten, das soziale Terrain einerseits anarchistischen Tendenzen, andererseits unterwürfigen Instinkten zur leichten Beute überlassen. Die *Revolutionäre*, die nach dem Bologneser Parteitag den Namen *Syndikalisten* annahmen, verstanden die Sachlage. Sie machten sich gleich daran, eine Probe aufs Exempel mit ihren Methoden zu versuchen. Beim Ausbruch des Sympathiestreiks vom September 1904, anlässlich der Niedermetzelung von Proletariern, inszenierten sie in Mailand die *Diktatur des Proletariats* und erzielten als Resultat — die sozialistischen Wahlniederlagen bei den darauf folgenden Wahlen.[4]) Die Eisenbahnerfrage wurde akut: die *Syndikalisten* trieben es zu einem Streik, dessen trauriges Ende von den *Revolutionären* deutlich vorausgesehen war. Aber was kümmerte sie, was kümmert sie der Ausgang? Sie bekennen es ja ganz offen: ihr Ziel ist, die *revolutionäre Temperatur* des Proletariats glühend zu erhalten und es zur Gewalt und zu *entschlossenen Akten* zu erziehen. Und sobald der Partei die Augen aufzugehen begannen, und sie anfing, sich zu weigern, die Geschäfte dieses erneuerten Anarchismus zu besorgen, da richteten die *Revolutionäre* ihre Angriffe gegen die Partei, erklärten, diese habe ihre Aufgabe erfüllt und müsse der *Gewerkschaft* Platz machen. Merkwürdig! Als die Gewerkschaften der Parlamentsfraktion die Transigenz zur Pflicht machten, und die Fraktion im Sinne echter Gewerkschaftspolitik auf die Stimme der proletarischen Bedürfnisse hörte, da exkommunizierten die *Syndikalisten* die Fraktion im Namen der Partei; da nunmehr aber die Partei die Richtigkeit

[3]) Vergl. Claudio Treves *Der Parteitag in Bologna* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1904. I. Bd., pag. 359 ff.
[4]) Vergl. Filippo Turati *Lehren und Folgen des Generalstreiks in Italien* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1904, II. Bd., pag. 865 ff., ferner meinen Artikel *Das Ergebnis der italienischen Wahlen*, ibid., pag. 954 ff.

der Taktik der Fraktion und die Verderblichkeit des Weges erkennt, auf den der *Revolutionarismus* die Partei treiben wollte, da verfluchen die *Syndikalisten* die Partei im Namen der Gewerkschaften. Schlimm nur für die *Syndikalisten,* dass die Gewerkschaften noch weniger revolutionär sind, als die Partei laut eigener Erklärung ist. Die Partei scheint übrigens die Resolution von Bologna nicht allzu tragisch genommen zu haben, da sie sich durchaus nicht erregt zeigte, als im Anfang dieses Jahres die Fraktion — mit Enrico Ferri an der Spitze! — offen das Koalitionsministerium Sonnino-Äusserste Linke unterstützte.

So war denn bereits, als der Parteitag nach Rom berufen wurde, der Bologneser Beschluss gebrochen; und zwar gebrochen von beiden Teilen, die ihn gefasst hatten, von den *revolutionären Syndikalisten* durch ihre offenbar insurrektionelle Tätigkeit und vom *Ministerialismus* Enrico Ferris.

II

AUF dem Parteitag zu Rom erschien die Partei in drei Teile gespalten: in *Reformisten, Syndikalistisch-Revolutionäre, Integralisten.* Skizzieren wir kurz die Physiognomie dieser drei Gruppen!

Was die *Integralisten* charakterisiert, ist der Hass gegen die *Tendenzen.* Der Hass richtet sich gegen den augenblicklichen Effekt und geht nicht auf die Ursachen zurück. Die Partei, so sagen die *Integralisten,* befindet sich in einer Krise; an der Krise sind die einander gegenüberstehenden *Tendenzen* schuld: nieder also mit den *Tendenzen*! Im Manifest der *integralistischen* Sozialisten wird die Lage der Partei also geschildert:

»Seit vier Jahren leidet durch die fortdauernde Rivalität der Doktrinen, Neigungen, Methoden unsere Partei an fortschreitender Paralyse. Die inneren Beziehungen sind vergiftet, die Propaganda vernachlässigt und verlassen, die Eroberung der Macht gehemmt, verwirrt, geteilt, in ihrer Entwickelung aufgehalten sind die proletarischen Organisationen, der Zweifel ist in die Hirne und die Ungewissheit in die Aktion gesäet; unstäte Dilettanten des Sozialismus haben die Partei durch eine Reihe harter, unbesonnen heraufbeschworener Kämpfe hindurch in die jetzige traurige Lage gebracht.«

Und nunmehr das Verdammungsurteil der *Integralisten* über die *Tendenzen*:

»Wir sprechen den Theorieen — mögen sie nun aus sorgfältigen Studien oder aus dem Wunsche dialektischer Betätigung entspringen — die Aufgabe zu, die grossen Probleme der Gegenwart und Zukunft zu prüfen. Aber wenn die Theorieen sich in Taten umsetzen wollen, um die Massen zur Wahl zwischen entgegenstehenden Methoden zu nötigen, ein Experiment, das bei dem zurückgebliebenen Zustande des italienischen Proletariats zur weiteren Schwächung des ohnehin schwachen Organismus führen muss, so sind die Theorieen verderblich.«

Das Manifest betont dann weiter die Notwendigkeit, die Partei frei von zwei Entartungen zu halten, von der bürgerlichen, wie von der anarchistischen Entartung, und betont die Notwendigkeit einer moralischen Einheit für die Partei, um sie vor dem drohenden Untergange zu retten.

Dies genügt, um zu zeigen, dass der *Integralismus* keine besondere Doktrin, noch eine durch eine Doktrin zusammengehaltene Sonderkörperschaft ist. Er präsentiert sich vielmehr als Negation jeder Doktrin. Bedeutet er nun vielleicht eine besondere Art praktischer Betätigung? Auch das nicht. In der Tat haben die Häupter der Gruppe — zum grösseren Teil Abgeordnete — immer im vollen Einverständnis mit den *reformistischen* Abgeordneten gehandelt. Auch in den allerschwierigsten Situationen, angesichts des Eisen-

bahnerstreiks und der letzten Generalstreikprobe, befand sich die sozialistische Fraktion in geschlossener Einmütigkeit gegen die von den *Syndikalistisch-Revolutionären* verursachten Torheiten. In Wirklichkeit setzte sich der *integralistische* Block aus einer *reformistischen* Mehrheit und einer *revolutionären* Minderheit, die nicht die neueste Etikette der *Syndikalisten* annehmen wollte, zusammen. Der Block hatte die ungeheure Majorität: noch vor Eröffnung des Parteitags rühmte er sich einer Anhängerzahl, die die der beiden anderen Gruppen übertraf. Begreiflicherweise entsprach die unbestimmte und schwankende Haltung der *Integralisten* den Instinkten der Masse. Die *Reformisten*, die in grosser Anzahl in den Block getreten waren, hatten dies sicher in der Erkenntnis der psychologischen Disposition der Masse getan, die — in Italien wenigstens — den *Reformismus* liebt und verlangt, aber das *revolutionäre* Äussere beibehalten, die sonore *revolutionäre* Phrase bewahrt wissen will, die da glauben und andere glauben machen will, dass, während alles unter dem Druck der Wirklichkeit sich ändert, unverändert und unveränderlich die Tradition der Partei bleibt.

Die *reformistische* Gruppe veröffentlichte ebenfalls, noch vor dem Parteitag, ihr Manifest, in welchem sie die zwischen der Ferri-Gruppe und den *Syndikalistisch-Revolutionären* eingetretene Spaltung konstatierte und den Nachweis führte, dass die richtige Scheidungslinie zwischen den *Syndikalistisch-Revolutionären* auf der einen, und dem Rest der Partei auf der anderen Seite zu ziehen sei. Für diese notwendige Trennung sei nicht etwa der Grund der, dass die *Syndikalisten* die Partei aus proletarischen Elementen aufbauen und sie genauer über die Bedürfnisse der Massen unterrichten wollten; die *Reformisten* vindizieren sich gerade den Ruhm, die wirkliche Gewerkschaftsbewegung ins Leben gerufen zu haben. Die grossen Beispiele inniger Verbindung der sozialistischen Partei und der Arbeiterorganisationen, die Genua und Reggio Emilia bieten, bilden einen Ruhm und ein Verdienst des *Reformismus*. In Genua liegt die ganze Arbeit des grossen Hafens, kann man wohl sagen, in den Händen der durch die Sozialisten organisierten Arbeiterklasse. Dort in Genua gibt es keinen Unterschied mehr zwischen der Arbeiter- und der Parteibewegung: beide sind eins. Ebenso in Reggio Emilia, wo die Partei in geradezu wunderbarer Organisation die *leghe di resistenza*, die Konsum- und Produktivgenossenschaften durchdrungen hat und die administrativen und politischen Wahlen nach ihrem Geiste führt und leitet. Ferner hat der italielienische *Reformismus* ein Recht, daran zu erinnern, dass er 1901 und 1902 die parlamentarische Aktion genau nach der Direktive führte, die ihm die Arbeiterklasse vorzeichnete. Die Partei verlangte in ihren offiziellen Organen von der Fraktion, zur Opposition gegen das Ministerium überzugehen; aber die Gewerkschaften sagten: stimmt dafür! Und die Fraktion gehorchte den Gewerkschaften und inaugurierte so, zuerst in der Praxis, dann in der Theorie, das *reformistische Gewerkschaftswesen*.

Die Gruppe der *Syndikalistisch-Revolutionären* unterliess es ebenfalls nicht, ihr letztes Wort vor dem Parteitag zu sagen. Ihr Stichwort ist die Anklage gegen den übrigen Teil der Partei, den proletarischen Charakter der sozialistischen Bewegung verraten und sie den in der marxistischen Doktrin niedergelegten Leitgrundsätzen abspenstig gemacht zu haben. Die positive und praktische Aktion dieser *Revolutionäre* reduziert sich, wie in ihrem Manifeste

gesagt ist, darauf, beständig den Sinn für den Antagonismus zwischen der Arbeiterklasse und der übrigen bürgerlichen Gesellschaft in dem Proletariat zu schärfen, aber nicht etwa, um alle Institutionen und Organe der Bourgeoisie zu durchdringen, sondern um sie zu zerstören, und zwar vor allen anderen den Staat. Daher Krieg jeder staatlichen Aktion, auch wenn die staatliche Intervention sich als Akt sozialer Gesetzgebung und Arbeiterfürsorge offenbart, auch wenn sie zur Vermehrung des staatlichen Eigentums führt! Hier berührt sich der *revolutionäre Syndikalismus* mit dem bürgerlichen Liberalismus. Die praktische Tätigkeit der neuen Schule reduziert sich somit ganz und gar auf die psychologische und materielle Vorbereitung des Generalstreiks. Das bedeutet natürlich alle Formen positiver Aktion in Misskredit bringen — auch die parlamentarische Aktion wird in den Hintergrund geschoben, soweit sie nicht ganz verschmäht wird —, um alle Gelegenheiten zur Heraufbeschwörung akuter Konflikte zu benutzen und so, wie sie selbst sagen, *die revolutionäre Temperatur des Proletariats zu steigern.*

III

HÄLT man sich Charakter und Haltung der drei kämpfenden Parteien vor Augen, so wird man sich über die Kämpfe auf dem Parteitag zu Rom und ihre Resultate klar sein. *Reformisten* und *Syndikalisten* hatten das gemeinsame Interesse, den *integralistischen* Block zu sprengen. Die *Reformisten* wussten, dass dieser Block zum grossen Teil aus ausgesprochenen und erprobten *reformistischen* Elementen zusammengesetzt war; andererseits wussten die *Syndikalistisch-Revolutionären,* dass sich unter den *Integralisten* ergebene Anhänger der absoluten Intransigenz befanden, die sich nach dem Gesetz der Logik für den *Revolutionarismus* ohne Vorbehalt erklären mussten. So fanden sich zu Beginn des Parteitags die beiden äussersten Flügel in einer Augenblickskoalition zusammen. Die *Integralisten* hatten, als kaum die Arbeiten begonnen hatten, die Umkehrung der Tagesordnung gefordert. Das war ein sehr geschickter Schachzug. In der Tagesordnung stand nämlich die Diskussion über die Tätigkeit der Parlamentsfraktion an der Spitze, und auf sie folgte erst die allgemeine Diskussion über die *Tendenzen.* Der Parteitag wurde somit zum Urteil über die Unterstützung aufgerufen, die die Fraktion dem Ministerium Sonnino gewährt hatte, eine Unterstützung, an der in hervorragendem Masse unter Bruch der in Bologna angenommenen Resolution Ferri teilgenommen hatte. Man wusste, dass über diesen Punkt der Zwiespalt unter den *Integralisten* zum Ausbruch kommen konnte. Mit der Spaltung der *Integralisten* hätte sich der Parteitag in zwei grosse Lager geteilt: auf der einen Seite der *Reformismus* und auf der anderen Seite der *Revolutionarismus.* Übrigens liegt in der Frage der Unterstützung bürgerlicher Ministerien ohnehin *in nuce* die grosse Frage der *Tendenzen.* Sowohl die *Reformisten,* wie die *Syndikalistisch-Revolutionären* wünschten die Frage in einem klaren Sinne entschieden. Sie widersetzten sich daher gemeinsam dem Antrag der *Integralisten,* der gleichwohl, freilich mit einer schwachen und vielfach angefochtenen Mehrheit, durchging.

Der Parteitag trat also in die Diskussion über die *Tendenzen* ein. Sie dauerte drei Tage. Ihr allgemeiner Charakter lässt sich so ausdrücken: Nachdem die *Reformisten* und die *Syndikalistisch-Revolutionären* die gegenseitige völlige

Unvereinbarkeit ihrer Theorieen dargelegt hatten, fanden sie sich in dem Nachweis zusammen, dass der *Integralismus* nichts als maskierter *Reformismus* wäre. Ihrerseits suchten die *Integralisten* sich von den beiden anderen Gruppen abzugrenzen, es glückte ihnen aber nicht, zu verbergen, dass der wahre, tiefe und organische Spalt zwischen ihnen und den *Syndikalisten* klaffte. Mehr noch. Im Schosse der *integralistischen* Gruppe begannen die *reformistischen* Elemente zu überwiegen, so dass im Namen der *Integralisten* dem Parteitag eine Resolution vorgelegt wurde, die folgende Punkte enthielt:

›Der Sozialismus wächst schrittweise im eigenen Schoss der bürgerlichen Gesellschaft.
Die sozialistische Partei betrachtet als ihre Aufgabe die Entwickelung der ökonomischen Organisation und eine Arbeitergesetzgebung.
Die Partei sucht den Kollektivismus in der Form von Kommunalisierungen und Verstaatlichungen auszubreiten.
Die Partei lässt unter gewissen Kautelen das Zusammenarbeiten mit der Staatsgewalt zu.
Die Partei gestattet die Bündnisse mit benachbarten Parteien unter der Voraussetzung, dass die Partei ihre eigene Autonomie und Physiognomie bewahrt.
Die Partei verwirft den Appell an die Macht und den exzessiven Gebrauch des Generalstreiks, der vielmehr für äusserste Fälle aufzusparen ist.
Die Partei gestattet, dass die sozialistische Fraktion ausnahmsweise zu gunsten des Ministeriums stimmen darf, wenn der Beschluss in einer gemeinsamen Sitzung der Fraktion mit Vertretern der Parteileitung gefasst ist. In die letztere sollen Vertreter der grösseren wirtschaftlichen Organisationen eintreten.‹

Wie jeder sieht, trennte sich mit der Aufstellung dieser Prinzipien und dieser Methoden die *integralistische* Gruppe völlig vom *revolutionären Syndikalismus* und verschmolz mit dem *Reformismus*. Was Wunder daher, dass die *Reformisten* ihre Stimmen für die *integralistische* Resolution abgaben? Warum sollten sie, indem sie sich enthielten, die Zweideutigkeit fördern? Sie hatten um so weniger Grund dazu, als diese Resolution, wie ich bemerkt habe, dem Überwiegen des *reformistischen* Elementes in der *integralistischen* Gruppe entsprach. In der Tat verwarf der intransigente Teil des *integralistischen* Blocks diese Resolution, welche die Freiheit der Taktik und die Unterstützung des Ministeriums legitimierte, und läutete Sturm über diese Verleugnung jeder systematischen Intransigenz. Er präsentierte seine besondere Resolution. So wurde die Spaltung des *integralistischen* Blocks, die zu Beginn der Arbeiten des Parteitages nicht erreicht werden konnte, effektiv bei dem Votum über die *Tendenzen*. Der Block teilte sich in eine *Rechte* und eine *Linke*; und es war daher natürlich, dass die *Reformisten* ihre Stimmen mit denen der *integralistischen Rechten* vereinigten. Diese Abstimmung wurde in der loyalsten und schlichtesten Weise von Camillo Prampolini erläutert, der in sich gleichsam die vornehmste Reinheit des italienischen Sozialismus verkörpert. Er, der auf dem Parteitag viele Tausende organisierter Proletarier vertrat, sagte:

›Wäre dies hier ein Kongress von Philosophen, deren jeder die exakteste Formel für die Darlegung des eigenen Gedankens sucht, so hätten die *Reformisten* das Recht, die vorgelegte Formel zu diskutieren und eventuell zurückzuweisen. Wir aber sind Männer der Tat und dürfen daher, wenn wir in der Sache einig sind, nicht Zweifel und Erregung über Formfragen in die Massen tragen. Das Wichtigste ist, dass diese Resolution den *revolutionären Syndikalismus* verurteilt und gleichzeitig unsere Grundprinzipien feierlich bestätigt.‹

Natürlich musste die Abstimmung der *Reformisten* mehr als einem missfallen. Sie missfiel den Mitgliedern der *integralistischen* Gruppe, welche sich ein per-

sönliches Piedestal schaffen und dem *Integralismus* daher eine gewisse Neutralität und Zweideutigkeit erhalten wollten, sie missfiel auch den wenigen *Reformisten*, die ihr Temperament hinderte, die Erfordernisse der Wirklichkeit zu begreifen. Diese behaupteten, jenes Votum wäre ein *Selbstmord* des *reformistischen* Teiles, während der *Reformismus* vielmehr mit dem Votum nicht anderes tat, als die Aufrichtigkeit gebot.

Was bedeutet dieser Parteitagsbeschluss? Er bedeutet die von der erdrückenden Majorität der italienischen Sozialisten ausgesprochene Verdammung des insurrektionellen *Revolutionarismus*. Das ist der springende Punkt, vor dem alles andere zurücktritt. Und diese Tatsache ist um so bezeichnender, als die *Syndikalistisch-Revolutionären* nach dem Bologneser Parteitag vom Jahre 1904 alle Mittel der Eroberung in ihren Händen hatten. Zwei Jahre hindurch hatten sie die Mehrheit im Parteivorstande, sie hatten den weitestgehenden Einfluss im Zentralorgan, dem *Avanti*. Trotzdem brachten sie auf dem Parteitag mit den intransigenten *Integralisten* nur 6000 Stimmen auf, gegenüber 26 000. In Bologna hatten sie über 7000 gehabt. Sie hatten also an Zahl abgenommen, obwohl die in Bologna gewonnene Stellung ihnen die Mittel gab, die Partei zu beherrschen, die proletarischen Massen zu beeinflussen, ihre Ideen mit Macht zu verbreiten. Wenn sie trotzdem nicht zu-, sondern abgenommen haben, so bedeutet das ersichtlich, dass ihre Lehre — oder vielmehr ihre Betätigung, denn die Proletarier lesen nicht ihre Bücher, sondern messen die Lehre an den Taten — gegen sich die Wirklichkeit der Dinge hat. Und die Verdammung des *revolutionären Syndikalismus* konnte nur ausgesprochen werden mittels der Bejahung jener Prinzipien und jener Methoden, die bisher als *reformistisch* bezeichnet wurden, und die nunmehr das Recht haben, sich schlechthin *sozialistisch* zu nennen.

Es ist noch zu bemerken, dass, wenn der Parteitag auch Beschlüsse über die Neuregelung der Beziehungen zwischen der Partei und den Arbeiterorganisationen gefasst hat, er im Grunde nur den Weg weiter gewandelt ist, den die sozialistische Parlamentsfraktion schon eingeschlagen hat. Ich habe schon oben erwähnt, dass die sozialistische Fraktion das Ministerium Zanardelli-Giolitti in Befolgung des Beschlusses der wirtschaftlichen Organisationen des Proletariats unterstützte. Jetzt lässt der Parteitag — wenn auch nur ausnahmsweise — das Votum für ein Ministerium zu, wenn die Vertreter der grösseren wirtschaftlichen Organisationen zustimmen, die zu diesem Zweck zur Teilnahme an der Parteileitung berufen werden. Wir befinden uns also ersichtlich auf dem Wege des *reformistischen Gewerkschaftswesens*, dem die Tätigkeit der Fraktion und der ganze *reformistische* Teil der Partei vorgearbeitet hat.

Hiermit hat die Partei die pessimistische Interpretation des Marxismus verworfen. In Italien fehlte auch auf *reformistischer* Seite ein eigentlicher Revisionsprozess der marxistischen Theorie; aber die Revision ist ohne weiteres mit der Praxis gekommen. Kaum hatten die Sozialisten ein bisschen Freiheit, als sie auch schon, gleich nach 1896, sich mit brennendem Eifer an die Eroberung der Gemeinden, der parlamentarischen Positionen, machten, und zwar nicht allein, um zu protestieren und zu propagieren, sondern, um eine

positive Arbeit der Umgestaltung und Reform zu entfalten. Jeder wird zugeben, dass diese ihre Haltung nicht mit der Theorie der zunehmenden Verelendung und mit der Erwartung der *grossen Katastrophe* vereinbar war. Es verdient, bemerkt zu werden, dass selbst die *Syndikalistisch-Revolutionären*, die doch die Katastrophe erwarten und vorbereiten wollen und sich zu Hütern des reinen Marxismus aufwerfen, nicht die Prämisse der wachsenden Verelendung akzeptieren. Im Gegenteil: Arturo Labriola, der oberste *leader* dessen, was sich gern *Marxismus* nennen lässt, erklärte auf dem Parteitag, dass die *Revolutionäre* die soziale Gesetzgebung aus dem Grunde nicht wollen, weil nach ihrer Meinung die Verbesserung der Lage der Arbeiter automatisch von der fortschreitenden Kapitalsakkumulation zu erwarten ist, und diese daher nicht durch eine soziale Gesetzgebung gestört und verlangsamt werden darf. Indem so jedes Band zwischen dem marxistischen Pessimismus und dem neuen *Revolutionarismus* zerschnitten wird, tritt die Absurdität des letzteren noch klärlicher hervor. Mit der Behauptung Labriolas fällt der absolute Gegensatz zwischen Proletariat und bürgerlicher Gesellschaft, und damit die Berechtigung für den *Revolutionarismus*, die *reformistische* Methode zu verdammen, welche das Proletariat anleitet, a u f a l l e m ö g l i c h e W e i s e zu seinem Vorteil die gegenwärtige Ordnung der Dinge zu modifizieren.

Die symptomatische Bedeutung des Parteitages springt noch mehr in die Augen, wenn wir die Diskussionen betrachten, die über zwei sehr delikate und schwierige Gegenstände gepflogen wurden: über die Beziehung der sozialistischen Partei zur Monarchie und über den Antimilitarismus. Die *syndikalistisch-revolutionäre* Gruppe wählte gleichsam zu Fahnen den republikanischen *Vorbehalt* und den *Hervéismus*. Der Parteitag nahm weder den einen, noch den anderen an.

Der *Vorbehalt* ist nach Wort und Sinn von der alten republikanischen Partei übernommen, welche sich weigerte, Anteil am öffentlichen Leben Italiens zu nehmen, bevor die Republik an die Stelle der Monarchie getreten sei. In der Tat predigte und übte die republikanische Partei bis vor einigen Jahren die Stimmenthaltung bei den Wahlen. Noch heute hält eine kleine Gruppe dieser Partei an dieser traditionellen Intransigenz fest; aber der übrige Teil der Partei hat den *Vorbehalt* aufgegeben, so sehr aufgegeben, dass jüngst die republikanische Parlamentsfraktion mit aller Seelenruhe einen Republikaner wie Edvardo Pantano in das Ministerium Sonnino-Äusserste Linke eintreten sah. Jetzt hat der *revolutionäre Syndikalismus* diese alte Formel und diese alte Auffassung neu aufgegriffen. Das scheint zu der absoluten Feindseligkeit in Widerspruch zu stehen, die die *Revolutionäre* gegen jedwede Form der bürgerlichen Regierung an den Tag legen. In Wirklichkeit dient der republikanische *Vorbehalt* nur zum Vorwand, um ein Hindernis mehr der schrittweisen Eroberung und schrittweisen Durchdringung in den Weg zu legen, zu der sich die sozialistische Partei bekannt hat. Wenn einmal proklamiert wird, dass nichts gemacht werden kann, bevor die Republik geschaffen worden ist, wird es absurd, an irgend eine Reform zu denken. So erreicht der *Revolutionarismus* sein Ziel: die Massen in einen Zustand der Spannung und der aufregenden Erwartung zu halten und sie zu um so geeigneteren Versuchsobjekten der Anstachelung zu insurrektionellen Unternehmungen zu machen. In der Deklaration des Parteitages wurde der Vorbehalt zurückgewiesen. Zwar beschloss der Parteitag, dass kein Zeichen der Zustimmung zur Monarchie ge-

geben werden dürfe; aber das ist, bei Lichte besehen, nur eine Phrase, die als Huldigung gegenüber den Gewohnheiten der alten Parteien hingenommen wurde. In Wirklichkeit hat der Parteitag seinen festen Willen bekundet, an allen öffentlichen Einrichtungen sich zu beteiligen, welche ihren Ursprung vom repräsentativen Prinzip ableiten.

Auch in der Frage des Antimilitarismus zeigte der Parteitag, dass er das Spiel der *Revolutionäre* wohl begriffen habe. Diese versuchten, ihn zu einer *herveistischen* Resolution oder wenigstens zu einer Billigung der Propaganda zu bewegen, die in so gedankenloser Weise in jugendlichen Kreisen entfaltet wird, mit dem Zweck, die Soldaten zum Ungehorsam und zur Rebellion zu treiben. Der Parteitag fasste einen aufschiebenden Beschluss des Inhalts: Die Methoden der antimilitaristischen Propaganda können wirksam nur von internationalen Kongressen festgelegt werden. Die Möglichkeit, diese oder jene Nation unbewaffnet zu lassen, kann nur von einem Gesichtspunkte aus entschieden werden, der die gesamte proletarische Bewegung umfasst. Die Propaganda der militärischen Rebellion billigen würde zudem im flagranten Widerspruch zu der Zurückweisung des Gedankens einer unmittelbaren und gewaltsamen Revolution stehen.

Die entschiedene Desavouierung, die der Parteitag den *revolutionären* Methoden angedeihen liess, wird noch besonders durch ein ihm voraufgegangenes Ereignis beleuchtet. Vom 30. September bis zum 1. Oktober tagte in Mailand der nationale Kongress der Arbeiterorganisationen. Es kam dort zu einem heftigen Zusammenstoss zwischen Sozialisten und *Revolutionären*. Das Resultat war, dass der Kongress mit 114 000 gegen 53 000 Stimmen den *Revolutionarismus* verwarf und erklärte:

»Die Arbeiterorganisationen werden ihr ganzes Programm der Neugeburt auf dem Wege einer vielgestalteten und täglichen Arbeit durchführen, welche sich aller den Arbeitern zur Verfügung stehenden Mitteln bedient, schrittweise die moralische Lage des Proletariats hebt und es so dazu vorbereitet, die Geschicke der künftigen Gesellschaft in seine Hände zu nehmen.«

Der sozialistische Parteitag tat nichts anderes, als sein Siegel unter diese Erklärung setzen.

Wir haben somit die Garantie, dass die neue Orientierung der Partei — so lange und standhaft von den *Reformisten* vorausverkündet — nicht leicht wird geändert werden können. Denn diese Richtung ist nicht von *Theoretikern* und Doktrinären eingeschlagen; sie wurde von den Tatsachen gefordert, und sie wurde gewollt von dem wahren Interessierten: dem Proletariat.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

EDUARD BERNSTEIN · DAS VERGESELLSCHAFTUNGSIDEAL UND DIE GEWERKSCHAFTEN

SOLANGE die Arbeit Lohnarbeit bleibt, auch wenn sie, statt für Kapitalisten oder kapitalistische Gesellschaften, für Gemeinden oder den Staat verrichtet wird, bleibt das Arbeitsprodukt im wesentlichen Ware. Bekommt der Arbeiter als Entgelt für seine Arbeit nicht lediglich eine Bescheinigung, dass er seine Pflicht für die Gesellschaft erfüllt hat und nun sich nach Belieben des Reichtums der Gesell-

schaft bedienen darf, oder wird er nicht, wie das Tier oder der Sklave, mit einer grösseren oder kleineren Ration abgefunden, sondern bekommt er für seine Arbeit eine p r o p o r t i o n i e r t e Anweisung auf Güter, so sind diese Güter W a r e n, gleichviel, ob die Anweisung in einer bestimmten Summe Metallgeld respektive von Zeichen für solches oder etwa in Arbeitsstundenmarken und Bruchteilen von solchen besteht. Denn, ob ich in ein staatliches oder kommunales Lagerhaus gehe und mir für, sage, $3^1/_6$ Arbeitsstunden Brot geben lasse oder in irgend einem Verkaufsladen für so und so viele Mark und Pfennige so und so viel Brot eintausche, ist im Wesen der Sache ein und der selbe wirtschaftliche Vorgang. In beiden Fällen findet ein K a u f statt, das heisst ein Austausch auf Grund einer Wertung und vermittelst eines Wertzeichens; bloss, dass in dem einen Falle eine nach Gewicht abgeteilte, selbst Wert habende Ware oder (bei Kassenscheinen etc.) ein sie vertretendes Papier, im anderen ein von Gesellschafts wegen zum Umlaufsmittel erhobenes Attest das Wertzeichen bildet. In dem einen Falle haben wir als Regulator des Preises den Markt, im andern den berühmten Proudhonschen, von Marx im *Elend der Philosophie* verhöhnten, aber im Brief über das Gothaer Programm wieder zu Ehren gebrachten *konstituierten Arbeitswert.*

Die *Konstituierung des Wertes*, das heisst die Anheftung eines Zettels an das Produkt, dass es so und so viele Stunden gesellschaftlich notwendiger Arbeitszeit verkörpert, nimmt ihm so wenig den Charakter der Ware, wie ein Stück Gold dadurch seines Metallcharakters entkleidet wird, dass man darauf prägt *1 Krone.* Dass er gewohnheitsgemäss getauscht oder gekauft wird, macht den Gegenstand zur Ware. Aufhebung der Warenproduktion heisst Aufhebung der Produktion für den Tausch oder Verkauf, und die Alternative davon ist Produktion für den unvermittelten Gebrauch, sei es, dass dieser auf Grund von rationenmässiger Zuteilung, sei es, dass er auf Grund absoluter Unentgeltlichkeit sich vollzieht. Das Leuchtgas, das an Konsumenten auf Grund von bestimmten Gebührentaxen abgegeben wird, ist Ware, ob der Abgeber eine Gemeinde oder ein Privatunternehmer ist. Den Warencharakter verliert das Gas erst da, wo es von der Gemeinde oder irgend wem sonst zur Erleuchtung einer Strasse, eines Platzes, einer Stadt, von öffentlichen Gebäuden und dergleichen unentgeltlich hergegeben oder für den eigenen Verbrauch produziert wird. Und so mit jedem anderen Gebrauchsgegenstand, dessen Erzeugung oder Beschaffung Arbeit kostet. Aufhebung der Warenproduktion heisst also entweder Produktion für die Verteilung in Rationen an die Verbraucher, die dafür bestimmte Leistungen zu erfüllen haben, oder Produktion für die unentgeltliche Benutzung durch all und jeden und nach seinem Belieben oder schliesslich Produktion für ein Verteilungssystem, das eine Kombination dieser beiden Verteilungsarten darstellt.

Das oben gegebene Beispiel vom Gas zeigt, dass die Unentgeltlichkeit selbst heute kein leerer Wahn ist. Es wird heute vieles von Gesellschafts wegen unentgeltlich geleistet oder geliefert, was ehedem vom Verbraucher oder Benutzer bezahlt werden musste. Solche Unentgeltlichkeit bürgert sich jedoch gewöhnlich so schnell ein, dass sie bald als selbstverständlich empfunden wird und es den wenigsten bei ihrer Benutzung zum Bewusstsein kommt, dass sie eine Arbeit kostende Leistung geniessen. Zumal es sich — und das ist den

Schönmalern der Gegenwart entgegenzuhalten — heute gewöhnlich um Fürsorge für Bedürfnisse handelt, die erst durch die gesellschaftliche Entwickelung geschaffen oder zwingend gemacht worden sind. Die Gemeinden leisten zum Beispiel heute in Bezug auf Strassenbau und Strassenpflege gewiss Bedeutendes, aber das wirtschaftliche und sonstige soziale Leben der Gegenwart zwingt auch den einzelnen zu einer Benutzung von Strassen, wie man sie sich ehedem nicht träumen liess. Gerade auf das allgemeine Wirken der Gesellschaftsentwickelung trifft in diesen Dingen das Wort von der *Sisyphusarbeit* zu. Sie zwingt selbst dem Ärmsten Bedürfnisse auf, die ihm das Leben verteuern, während fast alles, was die Allgemeinheit ihren Mitgliedern heute unentgeltlich liefert, der Befriedigung solcher Bedürfnisse dient, die durch die Natur der sozialen Zusammenhänge oder durch Gesetz überhaupt erst geschaffen sind.

Erheblich darüber hinaus werden in der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung Staat und Gemeinde schon der Kosten wegen nicht gehen. Würde doch schon die unentgeltliche Lieferung bloss des allgemeinsten und unentbehrlichsten Volksnahrungsmittels, des Brotes, den jährlichen Finanzhaushalt von Staat oder Gemeinde bei den heutigen Brotpreisen um gegen 50 Mark per Kopf der Bevölkerung erhöhen, was zum Beispiel in Berlin die Aufbringung von mehr als dem doppelten Betrag der zurzeit erhobenen Steuern nötig machte. Gegen die Unentgeltlichkeit der notwendigen Unterhaltsmittel spricht aber vom Standpunkt der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung noch viel mehr die zweite Erwägung, dass sie die wirtschaftliche Selbstverantwortung und den Antrieb zu gewerblicher Arbeit im gleichen Verhältnis abschwächen und die Widerstandsfähigkeit der Arbeiter gegenüber den Unternehmern ins Ungemessene steigern würde. Ob sie nicht auf der andern Seite als Subvention parasitärer, das heisst sich nur durch Unterbezahlung erhaltender Industrieen wirken und dadurch die Arbeiterklasse doch wieder schädigen würde, soll hier nicht weiter untersucht werden. Dass das alte englische Armengesetz im ersten Drittel des XIX. Jahrhunderts solche Wirkung hatte, ist bekannt.

Ist also die Unentgeltlichkeit schon heute kein leerer Wahn, so ist sie doch noch so beschaffen, dass man bei ihr, sobald man nicht Kapitalist ist oder erwerbende Tätigkeit ausübt, genau ebenso zum Almosenempfänger wird oder verhungert, wie ehedem. Vieles, was in früheren Generationen der Arbeiter oder seine Kinder unentgeltlich einzusammeln pflegten, was Bauer oder Gärtner halb umsonst weggaben, das ist vielmehr heute durch Gehege und dergleichen der unentgeltlichen Beschaffung entzogen oder hat sonst einen Preis erhalten. Was Gemeinde und Staat über Schulwesen, Strassenunterhaltung, Beleuchtungswesen, gewisse Sicherheitsdienste und dergleichen hinaus leisten, dafür lassen sie sich nicht nur die Kosten im Preis des Geleisteten zurückerstatten, sondern damit treiben sie im Gegenteil meist noch Überschusswirtschaft. Die Staatseisenbahnen und der Postdienst sind Einnahmequellen für den Staat, die Gasproduktion, die Wasserversorgung, je nachdem die Strassenbahnen und dergleichen Einnahmequellen für die Gemeinden. Verwandlung von kapitalistischem Privateigentum an diesen Unternehmungen in gesellschaftliches Eigentum, wie sie das Erfurter Programm der deutschen Sozialdemokratie verlangt, und die in Zusammenhang damit im Erfurter Programm geforderte »Verwandlung der Warenproduktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion« sind zwei verschiedene Dinge, von denen zwar das zweite kaum

ohne das erste, das erste aber ganz gut ohne das zweite bestehen kann. Es ist spekulativ denkbar, dass eine Gemeinde, die die Brotproduktion aus einer Warenproduktion in sozialistische Produktion umzuwandeln unternimmt, die dazu erheischten Bäckereien und Bäckereieinrichtungen nicht kommunalisiert, sondern von Privateigentümern pachtet; aber in der Praxis wird das überhaupt nicht oder höchstens als Übergangsstadium vorkommen. Aber dass Staat oder Gemeinde kapitalistische Unternehmungen durch Verstaatlichung oder Kommunalisierung in gesellschaftliches Eigentum verwandelten, ohne gleichzeitige Verwandlung der Warenproduktion in etwas anderes, das ist schon oft vorgekommen, und nicht bloss als Übergangsstadium.

Wohlgemerkt, ich sage ausdrücklich: ohne gleichzeitige Verwandlung der Warenproduktion in etwas anderes. Produktion »für und durch die Gesellschaft« ist nämlich etwas sehr Dehnbares, und Warenproduktion ist keineswegs notwendigerweise kapitalistische Produktion. Warenproduktion hat es als handwerksmässige Produktion gegeben, kommt neben der kapitalistischen Warenproduktion als solche vor und ist auch, so paradox dies scheinen mag, als sozialistische Produktion möglich. Allerdings, wenn man unter sozialistischer Produktion ausschliesslich Produktion behufs rationenmässiger Verteilung oder unentgeltlicher Darbietung zum beliebigen Genuss versteht, dann ist sozialistische Warenproduktion ein Widerspruch in sich. Aber mit dieser beschränkten oder beschränkenden Auslegung würde man zugleich den Sozialismus ins Utopenland verweisen. Die Vorstellung, dass nur eine bestimmte Verteilungsweise mit dem Sozialismus vereinbar sei, entspringt einer sehr rohen, noch ganz utopischen Auffassung des Sozialismus. Sie entspricht einer Zeit, wo die Produktionsverhältnisse noch überwiegend kleinbürgerliche waren und das Verkehrswesen noch in den Kinderschuhen steckte. Man könnte sagen, sie entspricht der Zeit der alten Postkutsche. Dieser Postkutschensozialismus spukt jedoch auch noch in der marxistischen Literatur als natürliche Folge der Tatsache, dass die Notwendigkeit, gemäss den veränderten Produktions- und Verkehrsverhältnissen auch die Begriffswelt des Sozialismus zu korrigieren, von der marxistischen Theorie zwar prinzipiell anerkannt worden ist, im marxistischen Lehrgebäude aber nur nach einer Seite hin Berücksichtigung gefunden hat. Die Rückwirkungen der Umwälzungen in der Produktion und der Produktionsorganismen auf das soziale Leben und die seelischen Dispositionen sind gebührend hervorgehoben worden, wobei sogar in der Anwendung den Umwälzungen eine viel stärkere und schnellere Verallgemeinerung zugesprochen wurde, als die Wirklichkeit sie bisher gebracht hat. Aber die bedeutsamen Rückwirkungen, welche die gewaltigen Revolutionen in den Verkehrsverhältnissen auf das soziale Leben und Denken hervorgebracht haben und hervorbringen mussten, sind von der Theorie noch sehr wenig gewürdigt worden, obgleich wir sie im wirklichen Leben deutlich vor uns sehen, und die Praxis der Arbeiterbewegung, sowohl der politischen, wie der gewerkschaftlichen, ihnen durchaus Rechnung trägt.

Daher darf man sich denn auch nicht wundern, wenn in der sozialistischen Tagesliteratur Erscheinungen des Wirtschaftslebens fast nur nach einer Seite hin, und damit nicht selten grundfalsch charakterisiert werden. Als vor einigen Wochen die Notiz von den ungeheuren Profiten der *Internationalen Bohrgesellschaft* durch die Presse lief, fand ich sie von einem sozialistischen

Blatt, das mir in die Hände fiel, so kommentiert, als ob da eine besondere Ausbeutung der Arbeiter und Angestellten der genannten Gesellschaft vorliege und somit alles schön und gut wäre, wenn von dem Riesenüberschuss, der nach gewaltigen Abschreibungen noch 500 % Dividende übrig liess, ein grösserer Betrag, als tatsächlich geschehen, an das Personal verteilt worden wäre. Dass von jenem Riesenprofit der grösste Teil weiter nichts war, als vorweggenommene Bodenrente, das heisst Ausbeutung nicht der speziellen Angestellten, sondern der Allgemeinheit, dass hier ein hypothezierter Tribut auf die später zu gewinnende Kohle vorlag, ward nicht einmal andeutungsweise bemerkt. Die Sache wurde völlig unter dem Gesichtspunkte des *Rechtes auf den vollen Arbeitsertrag* behandelt, als ob dessen unsozialistischer Charakter nicht längst erkannt wäre. Um einer wirthschaftstheoretischen Rechtfertigung fähig zu sein, müsste das Recht des Arbeiters am Ertrag des Einzelunternehmens die Pflicht zur Mittragung des Verlustes zur Folge haben, ein Recht und eine Pflicht, die, allgemein zur Wahrheit gemacht, die Klassen- und selbst die Berufsolidarität der Arbeiter aufheben und den Arbeitern die Eigenschaft nehmen würde, die revolutionäre Klasse der Gesellschaft zu sein.

Das sind alte Wahrheiten, die man sich aber immer wieder gegenwärtig halten muss, wenn es Stellung zu neuen Fragen der Praxis oder Theorie zu nehmen gilt, und die auch für die Erkenntnis des Vergesellschaftungsproblems wichtige Fingerzeige geben.

Vor jetzt neun Jahren habe ich in den *Problemen des Sozialismus* auf die Unmöglichkeit hingewiesen, das ganze Wirtschaftsleben in der Weise zu vergesellschaften, dass Staat und Gemeinden sämtliche Produktions- und Vertriebsunternehmungen expropriierten und nach irgend welchem Prinzip der Arbeitsteilung unter sich verteilten und alsdann leiteten. Ich verwies dabei in den Artikeln *Die sozialpolitische Bedeutung von Raum und Zahl* und *Zusammenbruchstheorie und Kolonialpolitik* und sodann in der Schrift *Die Voraussetzungen des Sozialismus* auf die Ergebnisse der Gewerbestatistik von 1895, aus denen hervorgehe, wie ungeheuer gross die Zahl der Betriebe sei, deren bisherige Leistungen Staat und Gemeinden danach auf sich zu nehmen hätten, dass, selbst wenn man sich dabei auf die Gross- und Mittelbetriebe beschränkte, dies für Staat und Gemeinden eine Vermehrung ihrer Verwaltungsarbeit bedeutete, deren erspriessliche Erledigung kein vernünftiger Mensch von ihnen erwarten könne. In den Kontroversen, die sich an diese Darlegungen knüpften, wurde namentlich meine Warnung heftig angegriffen, man möge den wirtschaftlichen Konzentrationsprozess nicht überschätzen und nicht übersehen, dass mit der unbestritten bleibenden Konzentrationsbewegung Hand in Hand eine beständige Neubildung kleiner, mittlerer und mittelgrosser Betriebe vor sich gehe, so dass eine Abnahme der Gesamtzahl der Betriebe nicht zu erwarten sei. Soweit die Einwände gegen diesen Vorhalt sachlicher Natur waren — was freilich nur von wenigen zutraf — liefen sie in die Prophezeiung aus, die nächste Gewerbezählung werde mich gründlich eines Besseren belehren, sie werde zeigen, wie gewaltig ich mich mit meiner Warnung auf dem Holzwege befinde. Darauf liess sich natürlich nicht viel mehr antworten als: warten wir ab!

Nun ist in der Tat das hinter uns liegende Jahrzehnt eine Epoche gewerblicher Konzentration gewesen, wie sie in gleicher Stärke nie zuvor auch nur an-

nähernd erlebt worden war. Man durfte und darf also wirklich gespannt darauf sein, welches Bild die nächste Gewerbezählung zeigen wird. Bis wir es vor uns haben werden, dürfte jedoch noch eine gute Weile vergehen. In der Statistik der Entwickelung der gewerbesteuerpflichtigen Betriebe in Preussen, die das preussische statistische Bureau soeben veröffentlicht hat, haben wir jedoch schon ein Vorzeichen davon, welches Bild sie uns zeigen wird. Und was lesen wir da? Zwischen 1895 und 1905 ist in Preussen die Zahl der gewerbesteuerpflichtigen Betriebe für das Zehntausend der Bevölkerung von 150,6 im Jahre 1895 auf 165,5 im Jahre 1905 gestiegen. Sie haben sich in dieser Epoche unübertroffener Betriebskonzentration noch wesentlich schneller vermehrt, als die Bevölkerung, die im gleichen Zeitraum ebenfalls aussergewöhnlich zugenommen hat!

Es sind das erst noch ganz unspezialisierte Zahlen, aus denen man sich hüten muss, zu weit gehende Schlüsse zu ziehen. Um ihre Bedeutung richtig einschätzen zu können, müssen wir erst wissen, wie sich die verschiedenen Wirtschaftszweige da zu einander verhalten, ob überall Zunahme stattgefunden hat oder bloss in bestimmten Zweigen und Industriegruppen, und welche Rangstellung eventuell diese Gruppen für das Wirtschaftsleben beanspruchen dürfen, und andere Fragen mehr. Kurz, es sollen die Zahlen nicht für mehr genommen werden, als sie wert sind. So viel aber sind sie wert, das heisst, so viel sagen sie, dass trotz Konzentrationsprozess das Wirtschaftsgetriebe sich immer noch erweitert, noch immer nicht einfacher wird, sondern an Vielseitigkeit und Vielgestaltigkeit zunimmt. Die oben bezeichnete Vermehrung betrifft alle Steuerklassen. Es wurden gezählt auf das Zehntausend der Bevölkerung in Preussen in den Betrieben:

Jahr	I. Klasse	II. Klasse	III. Klasse	IV. Klasse
1895	1,3	2,9	24,1	122,3
1905	2,0	3,2	26,7	133,5

Die grösste prozentuale Vermehrung erfuhren die Betriebe der ersten Klasse, die grossen Unternehmungen mit über 1 Million Anlage- und Betriebskapital; sie vermehrten sich um mehr als die Hälfte. Das war nach allem, was man auch sonst über die Zunahme der Grossbetriebe in Industrie und Handel wusste, zu erwarten. Auch die Betriebe mit Anlage- respektive Betriebskapital von 150 000 bis 1 000 000 Mark, also die Mittelbetriebe und kleineren Grossbetriebe, nahmen mehr, als der Durchschnitt, zu. Indes, selbst die unterste Steuerklasse, die Geschäfte mit Anlage- und Betriebskapital von 3000 bis 30 000 Mark, zeigt noch die sehr erhebliche Zunahme von 122,3 auf 133,5 pro Zehntausend der Bevölkerung, auch sie vermehrten sich schneller, als diese. Danach wäre für alles, was nicht ganz kleine Unternehmungen oder Zwergbetriebe sind, lediglich ein lückenloser Aufstieg zu verzeichnen, genau, wie ich es in den *Voraussetzungen* mit den Worten bezeichnet habe, dass wir die Mittelglieder der Betriebsskala nirgends abnehmen, vielmehr fast überall sich erheblich ausdehnen sehen.[1])

[1]) Vergl. die *Voraussetzungen des Sozialismus* (Stuttgart, 1902), pag. 65. In seinem Artikel über den Mannheimer Parteitag in der *Neuen Zeit* bekommt Karl Kautsky es fertig, von einer Niederlage zu sprechen, die der *theoretische Revisionismus* auf dem Dresdener Parteitage erlitten haben soll. Der Dresdener Parteitag war vernünftig genug, den *theoretischen Revisionismus* ungeschoren zu lassen, er hat es sich an dem politischen *Jungbrunnen* genügen lassen. Politisch mögen Parteitage beschliessen, was sie für recht halten, und der Parteimann wird sich ihren Beschlüssen, auch wo er sie für irrig hält, fügen, solange die Meinungsverschiedenheit nicht so gross ist, um ihm

Das Problem der *Vergesellschaftung*, soweit es durch Verstaatlichung und Kommunalisierung zu lösen ist, bleibt also nach wie vor ein überaus schwieriges. Die Grenze für die von den Gemeinden zu leistenden wirtschaftlichen Aufgaben ist durch den Umstand angezeigt, dass die Gemeinde ein beschränktes Absatzgebiet darstellt: nur ausnahmsweise, etwa wo es sich um ein örtliches Monopol handelt, wird eine Gemeinde dazu übergehen, für ein die Gemeindegrenzen erheblich überschreitendes Absatzgebiet zu produzieren, und wo sie es tut, da produziert sie erst recht *Ware*. Dass aber eine Gemeinde dazu übergehen wird, von den Tausenden von Artikeln, die heute auf dem Warenmarkt feilgeboten werden, auch nur den hundertsten Teil in Selbstproduktion für ihre Mitglieder herzustellen, ist absolut ausgeschlossen. Wieviel davon würde aber der Staat übernehmen können? Wer sich je damit beschäftigt hat, die Frage unter dem Gesichtspunkt der administrativen Leistungsfähigkeit zu untersuchen, der wird auch wissen, dass es für den Staat hier ziemlich bald einen Punkt gibt, wo seine Zuständigkeit versagt. Und dieser Gesichtspunkt, die Frage nach der höchsten Wirtschaftlichkeit ist es, die für die sozialistische Betrachtung den Ausschlag zu geben hat. Wo der Staat unwirtschaftlicher arbeitet, als die Privatindustrie, da ist es auch unsozialistisch, dem Staat vor der Privatindustrie den Vorzug zu geben.

So stünde es um das Ideal der Vergesellschaftung noch für eine gute Weile schlimm, wenn die Vergesellschaftungsidee an Verstaatlichung und Kommunalisierung gebunden wäre, sich in ihnen erschöpfte. Das ist indes nicht der Fall. Für die Vergesellschaftung gibt es noch andere Wege. Einer davon ist bekanntlich die Fabrikgesetzgebung. Mit dem Fabrikgesetz legt die Öffentlichkeit ihre Hand auf das Unternehmen und zieht dem Willen oder der Laune des Eigentümers Grenzen im Interesse des Allgemeinwohles. Das Fabrikgesetz mag ein sehr kleines Stück Sozialismus sein, aber es ist in dem Masse, als es Leben, Gesundheit, Musse etc. des Arbeiters schützt, ein Stück echten Sozialismus, während die Verstaatlichung sehr unsozialistischer Fiskalismus sein kann. Ein anderes und nicht minder wichtiges Stück Vergesellschaftung ist die G e w e r k s c h a f t s a k t i o n. Allerdings nicht unter allen Umständen. Gewerkschaften können ihre Aufgaben verkennen. Sie können gesellschaftsfeindliche Monopolpolitik treiben, und zwar nicht nur in der Form von Zünftelei, sondern auch in ganz modern scheinendem Gewande. Aber das trifft einzelne Gewerkschaften, nicht die Bewegung als Ganzes, nicht die Gewerkschaft, die sich als integrierender Teil der Bewegung der A r b e i t e r k l a s s e weiss und danach handelt. Diese Gewerkschaft — und sie ist heute der bei weitem überwiegende Gewerkschaftstypus — ist, was sie auch auf ihre Fahne schreibt, Sozialismus.

den Rücktritt als Gebot höherer Pflicht erscheinen zu lassen. Aber theoretisch haben Parteitage *nix to seggen*, sie sind, um mit Herrn von Kröcher zu reden, nicht Subjekte, sondern Objekte der Theorie. Über die Theorie sprechen keine Konzile das Urteil, sondern die Geschichte. Es heisst die Wissenschaft prostituieren, wenn man politische Kongresse, die ganz anderen Imperativen, als denen der Wissenschaft, zu folgen haben, zu Richtern über theoretische Fragen anruft. Weil ich gerade von der *Neuen Zeit* und den *Voraussetzungen* spreche, sei mir die Bemerkung gestattet, dass von den Zitaten, die in der *Neuen Zeit* vom 22. September aus den *Voraussetzungen* angeführt wurden, um mich — ich weiss nicht zum wievielten Male — als Dummkopf hinzustellen, gerade das entscheidende Stück durch Weglassung qualifizierender Beiworte gröblich entstellt ist. Die Entstellung, bös wie sie ist, ist allerdings noch immer nicht so arg, wie die Logik des betreffenden Artikels (*Der Kampf um das Gewerkschaftsrecht in England*), der einen gewerkschaftsfeindlichen Entscheid der englischen L o r d s k a m m e r als furchtbares Beweisstück gegen meinen Satz vorschickt, dass Demokratie prinzipiell Aufhebung der Klassenherrschaft bedeutet; es ist aber nötig, von Zeit zu Zeit festzustellen, mit was für Mitteln dieser Bund — wollte ich mich *marxistisch* ausdrücken, so müsste ich *Klüngel* sagen — arbeitet.

Die Macht, welche die Gewerkschaft sich in der Industrie gewinnt, gewinnt sie für die Gesellschaft, ist so viel Vergesellschaftung der Industrie. Von der Gewerkschaftsseite her muss ein grosses Stück Vergesellschaftungsarbeit geleistet werden, wenn die Vergesellschaftung der Produktion überhaupt Wahrheit werden soll.

Darum haben die Fragen der Gewerkschaftsform und die Ausbildung der Formen der Gewerkschaftsbetätigung eine weit über die Augenblickszwecke der Bewegung hinausgehende Bedeutung. Dass die Erkämpfung und der Abschluss von Tarifverträgen zu denjenigen Elementen der Gewerkschaftsaktion gehört, die auf der Linie der Entwickelung zum Sozialismus liegen, kann nur übersehen, wer entweder den Sozialismus noch ganz im Sinne der Utopie auffass,t oder wer sich einbildet, es käme bloss auf die politische Macht an, um alle Wirtschaftsprobleme zu lösen, und nur die wildelementaren Formen des Streiks entsprächen der Idee des Klassenkampfes. Wie sehr solche rückständige Auffassungen einer sachgemässen Würdigung der Gewerkschaftsaktionen im Wege stehen, haben soeben wieder die Debatten über die Erneuerung der Tarifgemeinschaft im Buchdruckgewerbe gezeigt. Als ein Aussenstehender masse ich mir nicht an, ein Urteil über die Güte der Einzelheiten des dieser Abmachung zu Grunde liegenden Tarifs abgeben zu wollen. Aber wer will mit Sicherheit behaupten, dass ein Streik bessere Bedingungen gebracht hätte? Das ist ebensowenig möglich, wie sich das Gegenteil beweisen lässt. Auch Streiks pflegen, und gerade je umfangreicher und langwieriger sie sind, mit Kompromissen zu enden, und alle Verträge, ob mit oder ohne Streik zu stande gekommen, geben dem Zweifel Raum, ob nicht mehr hätte erreicht werden können. Hier gibt es keine unfehlbare Instanz, selbst die Bestunterrichteten können irren, und Meinungsverschiedenheiten über die Einzelheiten des Abschlusses sind darum sehr wohl möglich. Aber den Abschluss eines solchen Vertrages prinzipiell anfeinden, wie es unter Ausspielung der Klassenkampfschlagworte geschehen ist, von ihm als *Hirschsche Harmonieaktion* reden, das konnte nur, wer über das Wesen der Wirtschaftsentwickelung vollständig im unklaren ist. Nicht das war der Fehler der Hirschschen Harmonielehre, dass sie zeitweilige oder bedingte Gemeinschaftlichkeit der Interessen zwischen Unternehmern und Arbeitern anerkannte, sondern dass sie den Arbeitern die Harmonie als den Normalzustand erscheinen und bei ihnen den Glauben aufkommen liess, Interessengemeinschaft könne ohne Kampf und kampfgerüstete Organisationen etwas anderes sein, als eine Illusion. Der langfristige Tarifvertrag hat allerdings seine Kehrseite: sie besteht darin, dass er in der Frage der Lohnsteigerung die volle Ausnutzung guter Geschäftskonjunkturen verhindern kann. Es ist sehr wohl möglich, dass bei langfristigen Tarifverträgen die Löhne nicht die Höhe erreichen, die ohne sie vielleicht erkämpft werden könnte. Dem steht als Vorteil des Vertrags die mit diesem verbundene Stetigkeit des Lohneinkommens gegenüber. Was ist nun für den Arbeiter von grösserem Vorteil: dass sein Einkommen die Kurve der Konjunkturen mitmacht, mit deren Hebungen und Senkungen steigt und fällt, oder dass es in steigendem Masse dem Einfluss der Konjunkturen entrückt wird? Je nachdem man diese Frage beantwortet, wird man auch die Frage der langfristigen Tarifverträge zu beantworten haben. Wobei noch zu berücksichtigen ist, dass starkes Schwanken der Löhne selbst wieder zur Ursache starker Konjunkturschwankungen wird. Ein Punkt, der uns auf das Thema des Zu-

sammenhanges von Löhnen und Preisen bringt, das auch erörtert sein will, wenn es sich um die Frage einer sozialistischen Gewerkschaftstheorie handelt. Hier nur noch die Bemerkung, dass, wenn der *Vorwärts* in einem, auch sonst an wunderbaren Entdeckungen reichen, Artikel gemeint hat, dass die Tarifgemeinschaft in Buchdruckereien nur deshalb möglich war, weil da die Handarbeit bisher eine so grosse Rolle spielte, er nicht über sein Druckereigebäude in Berlin S.W. hinaus geblickt hat. In der hochentwickelten englischen Baumwollindustrie, im Hüttengewerbe Englands und vielen anderen englischen Industrieen ist sie seit langem heimisch und hat die grössten technischen Veränderungen überdauert.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

EMIL DÖBLIN · DER STURMLAUF GEGEN DIE TARIFGEMEINSCHAFTEN

KAUM eine Errungenschaft der modernen Arbeiterorganisation ist und war so vielen Angriffen von links und rechts ausgesetzt, wie die auf längere Zeit festgelegten Tarifverträge. Dass letztere immer weiteren Eingang fanden, ist das unbestrittene Verdienst des *Verbandes der deutschen Buchdrucker*, der, unbekümmert um alle Angriffe, um die Behauptung, sein Vorgehen widerspreche den Interessen der Arbeiterschaft und sei rückständig, den in der Arbeiterbewegung neuen Weg betrat und den Beweis erbrachte, dass tarifliche Vereinbarungen nicht nur im Interesse des Gesamtgewerbes liegen, sondern auch geeignet sind, die wirtschaftliche Lage der Arbeiter zu stabilisieren und propagandistisch für die gewerkschaftliche Organisation zu wirken. Ihre unleugbaren Erfolge besiegten das Vorurteil gegen tarifliche Festlegungen in Arbeiterkreisen, während die friedlichen Vereinbarungen und die dadurch bedingte Stabilität des Gewerbes sich die wohlwollende Beachtung der öffentlichen Meinung und vielfach direkte Unterstützung behördlicher Organe erwarb.

Diese friedlichen Zustände im Buchdruckgewerbe traten um so bedeutsamer in die Erscheinung, als in vielen anderen Berufen der wirtschaftliche Kampf sich immer mehr verschärfte; die berechtigtsten Forderungen einzelner Arbeiterkategorieen wurden seitens der Unternehmer, speziell in der Metallindustrie, mit Massenaussperrungen beantwortet, und es wurden für beide Teile opferreiche Kämpfe geführt, lediglich um den *Herren*standpunkt der Industriebarone zur Geltung zu bringen und den Arbeitern klar zu machen, dass das Recht, Forderungen zu erheben, ihnen nicht zuerkannt werde. Während die Industriellen sich in starker Organisation den Arbeitern gegenüberstellen und mit dem grössten Terrorismus (Sichtwechseln u. s. w.) ein jedes Sonderabkommen und jede Verständigung ihrer Mitglieder mit den Arbeitern unterbinden, mithin den verwerflichsten Organisationszwang ausüben, weisen sie es weit von sich, mit der Organisation der Arbeiter in Verhandlungen zu treten. In nachstehender Resolution kommt ihre Denkweise krass zum Ausdruck:

›Der *Zentralverband deutscher Industrieller* ist bei Beurteilung aller das Arbeitsverhältnis betreffenden Fragen von dem für ihn unverrückbaren Standpunkt ausgegangen, dass der Arbeitsvertrag, innerhalb der von dem Gesetz gezogenen Gren-

zen, den Gegenstand vollkommen privater Abmachung zwischen dem Arbeitgeber und dem Arbeiter bilden muss. Dieser Standpunkt bedingt ferner, dass, wenn es wegen der Bedingungen des Arbeitsvertrages oder wegen anderer das Arbeitsverhältnis betreffenden Fragen zu Meinungsverschiedenheiten oder zum Streit zwischen den Arbeitern und dem Arbeitgeber kommt, die Differenz zwischen den beiden beteiligten Parteien unter sich zum Austrag gebracht werden muss.«

Während also die Unternehmerorganisation es ihren Mitgliedern bei hoher Strafe untersagt, sich mit Vertretern der Arbeiterorganisation zu verständigen, während sie verlangt, dass der Arbeiter sich des Organisationsschutzes begebe, nimmt sie es als ihr gutes Recht für sich in Anspruch, jeden Versuch der Arbeiter einzelner Firmen, ihre Lage zu verbessern, durch Massenaussperrungen unmöglich zu machen. Das Unlogische dieses Vorgehens scheint den Herren gar nicht zum Bewusstsein zu kommen: In ihrer Resolution drücken sie aus, dass Differenzen lediglich mit den betreffenden Arbeitern zu schlichten sind; erheben jedoch die Arbeiter Forderungen, so ordnet die Arbeitgeberorganisation umfassende Aussperrungen an, doch lediglich, um die Arbeiterorganisation, die angeblich für sie nicht existiert, zu zwingen, ihren Einfluss auf Zurückziehung oder Herabminderung der Forderungen ihrer Mitglieder auszuüben.

Diesem rückständigen Standpunkt reiht sich würdig die Beurteilung der wichtigen Frage der Tarifverträge an. Der Zentralverband der Grossindustriellen bewertet sie folgendermassen:

›Der *Zentralverband deutscher Industrieller* betrachtet den Abschluss von Tarifverträgen zwischen den Arbeiterorganisationen und den Organisationen der Arbeitgeber als der deutschen Industrie und ihrer gedeihlichen Fortentwickelung durchaus gefährlich.«

Wie stets, wird hier die Industrie mit den Unternehmern verwechselt; es erscheint den Herren unerträglich, die Gleichberechtigung des Arbeiters bei Festsetzung der Arbeitsbedingungen anzuerkennen. Sie ziehen den permanenten Kampf einer friedlichen Verständigung vor, um sich hinterher über die friedenstörende Tätigkeit der — Arbeiterorganisation zu entrüsten.

Zum tiefen Bedauern dieser *Herren im Hause* war im Buchdruckgewerbe unter der Ära der nunmehr 10 Jahre bestehenden Tarifgemeinschaft von einer Störung der Entwickelung der Industrie nichts zu spüren. Im Gegenteil. Der Tarif breitete sich immer weiter aus, und das Gewerbe gedieh sehr gut dabei, ein Zustand, der zu vernünftig zu sein scheint, um nach Ansicht scharfmacherischer Unternehmerbediensteten fortbestehen zu können. Im Reiche des seligen Königs Stumm, im saarabischen Arbeiterparadies, erstand der Herkules, der das unterjochte Buchdruckgewerbe von dem Drachen *Tarifgemeinschaft* befreien wollte. Herr Handelskammersekretär Dr. Tille glaubte im Sinne seiner Arbeitgeber zu handeln, wenn er sie zur nachfolgenden Kundgebung veranlasste:

›Die Saarbrücker Handelskammer verurteilt Tarifabkommen, wie dasjenige der Setzer und Drucker mit den Druckereiunternehmern, aufs schärfste wegen ihrer gleichmacherischen Tendenzen, welche im Widerspruch zu der natürlichen Verschiedenheit menschlicher Leistungen stehen, sieht in ihnen den Hauptgrund der bedeutenden Verteuerung der Drucksachen im letzten halben Jahrzehnt und würde in einer Beschränkung der Lehrlingszahl in den Druckereien nur ein Mittel sehen, durch künstliche Steigerung der Arbeitslöhne ausser jedem Verhältnis zur Arbeitsleistung die Druckkosten noch höher hinaufzuschrauben, während gleichzeitig eine Menge junger Leute, die sich gern in einem bestimmten Berufe ausbilden würden, ungelernt bleiben müssten und so auf einer niedrigen Stufe festgehalten würden. Eine Lehrlingsbeschränkung im Druckereigewerbe würde die Ausbildung des Drucker- und Setzerstandes zur Kaste vollenden.«

Auf die tiefgründige Weisheit des vorstehenden Ergusses einzugehen, kann ich mir ersparen; neu an der Sache ist nur, dass die Diener der Grossindustriellen in der Förderung ihrer reaktionären Aufgaben sich sogar berufen fühlen, in die ureigensten Verhältnisse ihnen ganz fernstehender Berufe sich hineinzumischen und den Versuch zu machen, durch sinnlose Hetze jahrelange Kulturarbeit zu vernichten. Ein Versuch, der Aussicht auf Erfolg hätte, wenn die Tarifgemeinschaft im Buchdruckgewerbe nicht bereits im Berufe selbst, wie auch in der öffentlichen Meinung sich eine zu gefestigte Position geschaffen. So verpuffte der Tillesche Versuch resultatlos, weshalb der Saargewaltige zu schärferen Mitteln seine Zuflucht nahm. Unter dem 21. Mai 1906 brachten die Zeitungen folgendes Telegramm:

»Die wirtschaftliche Vereinigung der Grossindustrie des Saarreviers fasste den Beschluss, die tariftreuen Buchdruckereien zu boykottieren und die gesamte deutsche Grossindustrie zum gleichen Vorgehen zu veranlassen.«

Man sieht also, dass es Herrn Tille bitter ernst ist mit der Beseitigung der Tarifknechtschaft für die deutschen Buchdruckereibesitzer. Leider gelang es ihm nicht, bei den letzteren Verständnis für seine wohlmeinende Absicht zu finden. Ausser einigen direkt von den Saargewaltigen abhängigen Druckereien verzichteten die tariftreuen Geschäfte darauf, Dr. Tille als Messias des Buchdruckgewerbes anzuerkennen. Für diejenigen Firmen jedoch, die sich seinem Schutze anvertrauen, sorgte er väterlich. Da der Tarifgemeinschaftsgedanke im Buchdruckgewerbe sowohl in der Prinzipalität, wie in der Gehilfenschaft zu tief Wurzel gefasst hat, als dass die nötige Anzahl brauchbarer Gehilfen für tariffreie Druckereien, wie Herr Tille sie nennt, aufgetrieben werden könnte, so ist der neue Reorganisator des Buchdruckgewerbes bemüht, unter dem Deckmantel des Arbeitgeberverbandes der Saarindustrie solche tariffreien Gehilfen für die bedürftigen Druckereien aufzutreiben. In den Tageszeitungen erliess er folgendes Inserat:

»40 tariffreie Setzer und 10 tariffreie Drucker gesucht. Dadurch, dass die Industrie des Saargebietes ihre Druckaufträge nur noch tariffreien Druckereien überträgt, ist in Saarbrücken, Sankt Johann und Umgegend eine grosse Nachfrage nach tariffreien Setzern und Druckern entstanden. Leistungsfähige Setzer und Drucker, welche bei hohem Gelde rasch vorwärts kommen wollen, werden gebeten, ihre Gesuche u. s. w.«

Dass der in Aussicht gestellte hohe Verdienst niedriger ist, als die im Tarif vorgesehene Entlohnung, kommt hier weniger in Frage. Weit mehr interessiert die Anmassung eines Angestellten der Grossindustrie, den von ihm abhängigen Buchdruckereibesitzern sogar die ihm geeignet erscheinenden Arbeitskräfte zuzuweisen und eine gewisse Diktatur auf diese Geschäfte auszuüben. Ein Terrorismus, der, wenn er von Arbeitern ausgeübt, alle Scharfmacherorgane auf die Schanzen rufen würde.

Herrn Tille in der Bekämpfung der Tarifgemeinschaft im Buchdruckgewerbe voraus geeilt war bereits die *Volkswirtschaftliche Korrespondenz*, ein Organ, welches, ganz im Tilleschen Geiste, jede Gleichberechtigung der Arbeiter auf dem Wirtschaftsgebiete bekämpft. Diese Korrespondenz, welche mit Bienenfleiss Material zur Bekämpfung der Arbeiterschaft für die Unternehmerorgane zusammenträgt, wird jedoch noch von grösseren Schmerzen bedrückt, als die Tarifgemeinschaft ihr verursacht. Sie hatte in Erfahrung gebracht, dass die Absicht bei den massgebenden Organisationen der Unternehmer und der Gehilfenschaft im Buchdruckgewerbe bestände, beiderseits den Tarif zu erweitern

und den Angehörigen beider paktierenden Organisationen einen grösseren Einfluss auf die Gestaltung der gewerblichen Verhältnisse einzuräumen, wodurch naturgemäss den Schützlingen jener Scharfmacherorgane das Tätigkeitsgebiet arg beschränkt werden würde. So sehr man auch den Arbeitern die Freiheit zu beschränken bemüht ist, die Freiheit, ihren Arbeitsgenossen in den Rücken zu fallen, möchte man den tariffreien Arbeitern gewährleistet sehen. Und als dritte im Bunde treten nunmehr auch die Christlichen, denen die Tarifgemeinschaft entwertet erscheint, in die Arena. Nachdem der *Gutenbergbund*, ein Organisatiönchen, welches sein Entstehen dem grossen Buchdruckerstreik 1891-1892 verdankt, sich hilfeflehend in die Arme der Christlichen gestürzt hat, um mit Hilfe der letzteren zu verhindern, dass der Tarif seitens der Prinzipale lediglich mit dem *Verbande der deutschen Buchdrucker* abgeschlossen wird, entdeckten die Gladbacher Herren, aus Liebe zu ihrem neuen Zuwachs, allerlei bedenkliche Erscheinungen an dem Verbande: er hat seinen neutralen Standpunkt verlassen, treibt sozialdemokratische Politik und übt Terrorismus, weil er den kleinen Quertreiberorganisationen im Berufe das Mitbestimmungsrecht bei den Tarifverhandlungen versagt. Da nun der *Gutenbergbund* das Fundament einer christlichen Buchdruckerorganisation bilden soll, die bisher nicht zu stande kommen konnte, so ist es erklärlich, dass seitens der christlichen Organe für Anerkennung aller Organisationen plädiert wird.

Aus der Tatsache, dass der reaktionäre Vertreter der Unternehmerinteressen, wie auch die christlichen Gewerkschaftsleiter gegen den neuen Organisationsvertrag im Buchdruckgewerbe zu Felde zogen, durfte man wohl schliessen, dass dieser Vertrag als eine bedeutende Stärkung des *Verbandes der deutschen Buchdrucker* anerkannt wird. Gleichwohl war vorauszusehen, dass auch Angriffe von links wegen dieser neuen Gewerkschaftspolitik nicht ausbleiben werden.

Vor zehn Jahren war es die Tarifgemeinschaft der Buchdrucker, welche die Opposition aller derjenigen hervorrief, welche sich über die Aufgaben der Gewerkschaften nicht klar waren und nicht zu erfassen vermochten, dass die Gewerkschaftstaktik auch auf anderen Wegen, als auf denen fortgesetzter wirtschaftlicher, beide Teile schädigender Kämpfe, Erfolge für die Arbeiterschaft zu erzielen vermag, und dass Zugeständnisse der Unternehmer an die Arbeiter ohne vorhergehende Streiks ein Beweis der Stärke der Organisation, wie auch der Einsicht der betreffenden Kontrahenten sind. Beides setzt die nötigen Erfahrungen im Organisationsleben voraus, und sowohl in der Unternehmer-, wie in der in Betracht kommenden Gehilfenorganisation im Buchdruckgewerbe sind diese Erfahrungen gesammelt. Nachdem zehn Jahre lang intensiv an der Einführung des Tarifes gearbeitet wurde, ist die Entwickelung so weit gediehen, dass auf beiden Seiten lediglich die massgebenden Organisationen als Träger des Tarifgedankens in Frage kommen. Es ist daher zwischen dem *Deutschen Buchdruckerverein* (Prinzipale) und dem *Verband der deutschen Buchdrucker* (Gehilfen) ein Vertrag abgeschlossen worden, welcher besagt, dass, unter der Voraussetzung einer friedlichen Verständigung über den materiellen Teil des Tarifs, in Tarifangelegenheiten lediglich beide Teile mit einander zu paktieren haben, die sogenannte *Allgemeinheit*, also die nicht den vorgenannten Organisationen angeschlossenen Berufsangehörigen, für die Zukunft irgend einen Einfluss auf die Gestaltung des Tarifes nicht mehr ausüben können. Dieser Vertrag hat folgenden Wortlaut:

»§ 1. Der Tarifvertrag bezweckt die Hebung des Buchdruckgewerbes, die Durchführung und Respektierung der tariflichen Rechte und Pflichten der Prinzipale und der Gehilfen und die Erledigung aller das Arbeitsverhältnis betreffenden Angelegenheiten, und zwar unter Ausschluss aller politischen und religiösen Fragen, wie dies seitens der vertragschliessenden Vereine auch bereits in ihren Satzungen festgelegt ist.

§ 2. Die massgebenden Bestimmungen über die Rechte und Pflichten der Prinzipale und Gehilfen sind im deutschen Buchdruckertarife festgelegt. Der gesamte Inhalt dieses Tarifs, einschliesslich der darin getroffenen Bestimmungen bezüglich der tariflichen Organe, sowie der jeweilig vom Tarifamte herausgegebene Tarifkommentar sind für die vertragschliessenden Vereine und deren Mitglieder unbedingt verbindlich.

§ 3. Das gesamte deutsche Tarifgebiet wird aufgeteilt in 12 Tarifkreise, und zwar [folgt die Einteilung].

§ 4. Der Tarifvertrag verpflichtet

a. die Mitglieder des *Deutschen Buchdruckervereins,* nur solche Gehilfen einzustellen, die dem *Verbande der deutschen Buchdrucker* angehören;

b. die Mitglieder des *Verbandes der deutschen Buchdrucker,* nur in solchen Buchdruckereien tätig zu werden, deren Inhaber dem *Deutschen Buchdruckerverein* angehören.

Gehilfen, die bei Abschluss des Vertrages das 50. Lebensjahr erreicht haben, fallen nicht unter die Bestimmung a des § 4 des Vertrages.

Der vereinbarte Vertrag lässt für die Zukunft offen, dass auch andere organisierte, für die Tarifgemeinschaft wichtig erscheinende Vereinigungen in die Vertragsgemeinschaft aufgenommen werden können, sofern sie den Tendenzen des gedachten Vertrages entsprechen. Über eine eventuelle Aufnahme derartiger Vereine entscheidet das Tarifamt.

Über eine gewisse Übergangszeit zur Durchführung der Bestimmungen a und b und etwaige Erleichterungen der selben beschliesst das Tarifamt. Vom Tarifamt festgesetzte Übergangsbestimmungen sind ebenso verbindlich, wie der Tarif und dieser Vertrag.

§ 5. Der deutsche Buchdruckertarif hat den Charakter eines auf freiwilliger Vereinbarung beruhenden Lohngesetzes, zu dessen Innehaltung die beiden Vereine sich durch ihre Hauptvorstände hiermit unterschriftlich verpflichten. Beide Vereine schliessen damit für ihre Mitglieder einen alle tariflichen Rechte und Pflichten derselben bestimmenden Vertrag ab. Die im deutschen Buchdruckertarif eingesetzten Schiedsinstanzen (Tarifschiedsgerichte und Tarifamt) haben alle künftigen Streitigkeiten über das Arbeitsverhältnis zwischen den Mitgliedern der beiden Vereine, und insbesondere über die Auslegung des Tarifs zu entscheiden. Bei der Entscheidung von Streitigkeiten in der Berufungsinstanz durch das Tarifamt haben Prinzipale und Gehilfen in der gleichen Zahl unter einem Juristen als unparteiischem Vorsitzenden mitzuwirken. Die Entscheidungen der Schiedsgerichte und des Tarifamtes, welche in Gemässheit ihrer Geschäftsordnungen gefällt werden, sind für die Mitglieder der Vereine rechtsverbindlich. Die Anrufung der ordentlichen Gerichte in diesen Fällen ist nur im Einverständnis beider Vereine zulässig, während sie in allen übrigen Fällen unbedingt zulässig ist. Für Anerkennung der Urteile dieser Schiedsinstanzen hat der Verein, dessen Mitglied der Verurteilte ist, zu wirken und zu haften. Beide Vereine stehen für die Erfüllung der nach diesem Vertrage und nach dem Tarif ihren Mitgliedern obliegenden Verbindlichkeiten selbstschuldnerisch ein, soweit dies im Einzelfalle von dem Verein gefordert wird, dem der Beschädigte angehört. Der Verein, dem der Schädiger angehört, haftet dem Geschädigten für Ersatz des ihm entstandenen Schadens insoweit, als sein beteiligtes Mitglied gesetzlich dazu verpflichtet ist.[1]) Mitglieder beider Vereine, die eine ihnen durch die tariflichen Organe auferlegte Verpflichtung zum Schadenersatz nicht er-

[1]) Mit Bezug auf die Handhabung dieser Bestimmungen haben die beiden Vereine folgendes vereinbart: Der Verein, dem der Geschädigte angehört, wird als Schadenersatz von dem anderen Vereine, sobald dieser das schädigende Mitglied in keiner Weise materiell direkt oder indirekt unterstützt, auch den Bestimmungen des Absatzes 5 entspricht, nur eine Summe fordern, die dem verdienten Lohn während der Kündigungsfrist des Betreffenden entspricht, jedoch mindestens in Höhe eines Wochenlohnes. Dieser Anspruch kann nur geltend gemacht werden, nachdem die tariflichen Schiedsinstanzen Kontraktbruch oder Massregelung festgestellt haben.

füllen, verlieren ausserdem ihre tariflichen Rechte. Über den Verlust und die Wiedererlangung dieser Rechte entscheidet das Tarifamt nach Anhörung der Hauptvorstände der beiden Vereine. Beide Vereine sind verpflichtet, ihren Mitgliedern statutarisch die Verpflichtung aufzuerlegen, den Tarif und den Tarifvertrag einzuhalten, und sie sind verpflichtet, nichttariftreue Mitglieder auszuschliessen. Die Dauer des Ausschlusses soll die vom Tarifamt im Einzelfalle festgesetzte Zeit nicht überschreiten. Die unabhängige Stellung der Tariforgane wird gewährleistet.

§ 6. Mitglied der Kreisämter, Schiedsgerichte, Ehrengerichte, des Tarifamtes und des Tarifausschusses kann nur sein, wer einem der vertragschliessenden Vereine angehört. Ausserdem sind die Vorstände der vertragschliessenden Vereine berechtigt, in die Sitzungen des Tarifausschusses je drei, des Tarifamtes je zwei, und in die der Schiedsgerichte je einen Vertreter mit beratender und beschliessender Stimme zu entsenden. Diese Vertreter werden von den Vorständen der beiden Vereine jeweilig auf die Dauer eines Kalenderjahres ernannt. Gleichzeitig sollen Stellvertreter ernannt werden, die in Behinderungsfällen einzutreten haben. Beide Vereine sind berechtigt, zu den Sitzungen des Tarifausschusses, und zwar zur Beratung von Spezialfragen a. der Drucker, b. der Maschinensetzer, c. der Stereotypeure, Galvanoplastiker und Korrektoren je einen Vertreter mit beratender Stimme zu entsenden. Auch sind die Redakteure der Organe der beiden vertragschliessenden Vereine berechtigt, an den Sitzungen des Tarifausschusses mit beratender Stimme teilzunehmen.

§ 7. Zur Vermeidung plötzlicher Arbeitsniederlegungen bei Differenzen irgend welcher Art wird festgesetzt, dass — ausgenommen bei Aushilfskonditionen — die in dem betreffenden Geschäft übliche Kündigungsfrist unbedingt einzuhalten ist. Die Kündigungsfrist soll nicht weniger als eine Woche und höchstens zwei Wochen betragen. Umfangreiche Kündigungen oder Entlassungen unterliegen auf Antrag einer der beiden beteiligten Parteien bezüglich ihrer Berechtigung der Beurteilung durch die Schiedsinstanzen. Die Entscheidung darüber, ob Kontraktbruch vorliegt, unterliegt dem Tarifamt. Prinzipale sowohl, wie Gehilfen, die sich eines Kontraktbruches schuldig gemacht haben, sind für die Dauer einer vom Tarifamt festzusetzenden Frist der tariflichen Rechte für verlustig zu erklären.

§ 8. Die Überwachung des Lehrlingswesens, insbesondere die Feststellung der Befähigung für Aufnahme in den Beruf, die Feststellung des Arbeitsverhältnisses der Lehrlinge und die Überwachung der Einhaltung der tariflichen Lehrlingsskala wird den schiedsgerichtlichen Instanzen oder noch zu bestimmenden anderen tariflichen Körperschaften überwiesen. Diese Organe sind befugt, die Überwachung auch anderen lokalen beruflichen Körperschaften zu übertragen.

§ 9. Die beiden vertragschliessenden Vereine verpflichten sich, gegen Schleuderer im Gewerbe gemeinsam vorzugehen. Beschwerden solcher Art sind an die zuständigen Kreisvertreter zu richten, die zur Prüfung und Entscheidung der Schuldfrage das an jedem Kreisvororte zu errichtende Ehrengericht zusammenzurufen haben. Das Ehrengericht ist verpflichtet, den Sachverhalt und seinen Entscheid nebst Begründung dem Tarifamte mitzuteilen, welches über weitere Massnahmen zu beschliessen hat.

§ 10. Der vorstehende Vertrag wird auf die Dauer von 10 Jahren, und zwar für die Zeit vom 1. Januar 1907 bis zum 31. Dezember 1916, mit der Massgabe abgeschlossen, dass der Tarif nach Ablauf von 5 Jahren einer Revision unterzogen werden soll, und dass dabei berechtigte Wünsche nach Treu und Glauben berücksichtigt werden sollen.«

Ausserdem wurden von den Vertretern beider Vereine noch folgende Beschlüsse und Resolutionen gefasst:

»1. Bezüglich der Hilfsarbeiterfrage erachtet es die Kommission für geboten, die Herbeiführung eines Tarifvertrages anzustreben. Die Gehilfenmitglieder der Kommission erklären sich bereit — und die Prinzipalsmitglieder akzeptieren dies —, für das Zustandekommen eines solchen Tarifvertrages der Hilfsarbeiter einzutreten und bei der Beratung des selben mitzuwirken.

2. Die Prinzipalsvertreter halten die Prinzipale für verpflichtet, an der Unterstützung der Arbeitslosen teilzunehmen. Die Gehilfenvertreter akzeptieren diesen Standpunkt unter Wahrung der Selbständigkeit ihrer Kassen.

3. Die Vertretung von beruflichen, an der Tarifsache interessierten Vereinen bei den Verhandlungen des Tarifausschusses wird zugelassen.
4. Unter der Erfüllung berechtigter Wünsche bei einer Revision des Tarifes nach 5 Jahren ist zu verstehen: Berücksichtigung verteuerter Lebensbedingungen, technische Veränderungen, höhere oder niedere Arbeitslosenziffer, Veränderung der Lehrlingsskala u. s. w. Eine Glaubhaftmachung und Beweisführung für die Berechtigung der geäusserten Wünsche wird zur Bedingung gestellt. Beschlossen wird ausdrucklich, dass unter Berücksichtigung berechtigter Wunsche solche beider Parteien zu verstehen sind. Findet nach Ablauf von 5 Jahren eine Verständigung im Tarifausschusse über die vorliegenden Anträge nicht statt, dann gilt der Tarif gemäss § 43 des Tarifs noch auf ein Jahr, mit welcher Zeit dann auch der Tarifvertrag sein Ende erreicht.
5. Das Recht der gegenseitigen Kündigung ohne Angabe von Gründen wird im allgemeinen anerkannt; jedoch soll es jedem Gehilfen freistehen, die Entscheidung darüber, ob er gemassregelt ist, im Einverständnis mit seinem Kreisvertreter und seinem Vereinsvorstande durch die Tariforgane herbeizuführen.«

Der vorstehende Vertrag findet natürlich die verschiedenartigste Beurteilung. Für den praktischen Gewerkschafter ergibt sich, dass der *Verband der deutschen Buchdrucker* lediglich die Verpflichtung für seine Mitglieder eingeht, den beschlossenen Tarif zu halten, eine Verpflichtung, die sich von selbst versteht, ohne dass es eines besonderen Vertrages bedarf. Sollen jedoch der Gehilfenorganisation die im Vertrage zugestandenen Bevorzugungen zu teil werden, so muss selbstverständlich ihrerseits d i e Garantie gegeben werden, welche eine Gewähr für die Durchführung der im Vertrage festgesetzten Aufgaben bietet.

Der Vertrag ist der organische Weiterbau der im Buchdruckgewerbe am vollkommensten zum Ausdruck gelangenden Tarifgemeinschaft; er sichert dem Verbande die in der modernen Arbeiterbewegung sonst leider bisher vergeblich erstrebte Einwirkung auf berufliche Angelegenheiten, so zum Beispiel in der Lehrlingsfrage, sowie in der Frage der Schmutzkonkurrenz. Die Anerkennung seitens des *Deutschen Buchdruckervereins,* sich zur Unterstützung der Arbeitslosen mit verpflichtet zu fühlen, ohne an der Selbständigkeit der Gehilfenkassen zu rütteln, ist ein weiterer Schritt zur Verhütung einer für die Gehilfenschaft drückenden Arbeitslosigkeit. Den Gegenstand abfälliger Kritiken bildet die Haftung. Demgegenüber verweise ich darauf, dass diese Haftung nach Lage unserer Gesetzgebung in weit grösserem Umfange besteht, als der Vertrag vorsieht, letzterer vielmehr eine Begrenzung dieser Haftung festsetzt, da Schadenersatzklagen, wie sie jetzt üblich, durch ihn ausgeschlossen sind. Bei der im *Verbande der deutschen Buchdrucker* vorauszusetzenden Disziplin erachte ich diese Bestimmung als eine solche, die niemals zur Anwendung gelangen dürfte. Zu berücksichtigen ist ferner, dass etwaige Verletzungen der Vertragsbestimmungen erst durch die tariflichen Instanzen festzustellen, und ein eventueller Schadenersatz nicht von dem einzelnen Geschädigten, sondern lediglich durch die Organisation gefordert werden kann.

Eine heftige Kritik hat der Vertrag von *links* gefunden. Von den Parteiorganen waren es namentlich der *Vorwärts* und die *Leipziger Volkszeitung,* welche ihr abfälliges Urteil über die getroffenen Abmachungen kundgaben. Es ist hier nicht der Ort, um die schiefen Urteile genannter Organe zu widerlegen, wohl aber sind einige allgemeine Bemerkungen über die Polemiken am Platze. Obgleich im Jahre 1896 die selben Parteiblätter den Buchdruckern bei Schaffung ihrer Tarifgemeinschaft den schwärzesten Verrat an den Arbeiterinteressen andichteten, sahen wir, dass bald darauf der Gewerkschafts-

kongress Tarifgemeinschaften als erstrebenswert für die Arbeiterschaft bezeichnete. Dem *Vorwärts* und der *Leipziger Volkszeitung* wurde also ihre Kurzsichtigkeit von berufener Stelle attestiert. Beide Organe haben indes augenscheinlich aus dieser Erfahrung Lehren nicht gezogen; durch möglichst wenig Sachkenntnis beirrt, stürzten sie sich auf diesen neuesten *Arbeiterverrat* der Vertreter der Buchdrucker; man konnte fast den Eindruck gewinnen, es läge ihnen daran, Misstrauen gegen die Leitung und Vertretung des Verbandes bei den Mitgliedern hervorzurufen. Die *Leipziger Volkszeitung* sprach geschmackvoll von Verrat und Verkauf der Mitglieder durch ihre Vertreter; bewegt sich d i e s e Kritik auf dem Boden, auf dem nach dem Mannheimer Parteitag sich Partei und Gewerkschaft zusammenfinden sollen? Konnte man von der *Leipziger Volkszeitung* nach ihrer ganzen Entwickelung eine sachliche Würdigung von Buchdruckerfragen nicht erwarten, so hätte man doch im Zentralorgan der Partei, selbst bei abfälliger Kritik, sich ein wenig bemühen sollen, mit der Logik und den tatsächlichen Verhältnissen nicht gar zu sehr in Widerspruch zu geraten. Wenn der *Vorwärts* zum Beispiel, unvertraut mit den Verhältnissen des Gesamtgewerbes, wo der Kleinbetrieb vorherrschend ist — nach der letzten Statistik beschäftigten von 5022 Firmen allein 3934 Firmen keinen bis 12 Gehilfen — einen Automobil und Segeljacht besitzenden Buchdruckereibesitzer als Durchschnittsunternehmer im Gewerbe hinstellt, so hat eine solche *Belehrung* wohl kaum einen Wert. Nicht gerade durch Logik zeichnet sich die Methode aus, die Lehrlingsskala im Buchdruckertarif als *zünftlerisch* zu bezeichnen und andererseits die Arbeitslosigkeit im Gewerbe zu beklagen; und auf der gleichen Höhe stehen die übrigen Einwendungen der Kritiker. Kann man es da jemand verargen, wenn er zu der Ansicht gelangt, dass praktische Gewerkschaftsarbeit dort auf Verständnis überhaupt schwer rechnen kann?

Verkannt soll nicht werden, dass mit diesem Vertrage ein Weg beschritten wird, der für die meisten gewerkschaftlichen Organisationen in absehbarer Zeit noch nicht gangbar ist, weil die dafür notwendigen Voraussetzungen fehlen. Aber nicht nur die notwendigen Vorbedingungen dazu müssen vorhanden sein, sondern auch auf beiden Seiten die erforderliche Erkenntnis der Nützlichkeit des zu betretenden Weges, sowie auch der nötige Mut, trotz der in beiden Lagern unvermeidlichen Missdeutungen und Anfechtungen diesen Schritt vorwärts zu tun. Gerade in einer Zeit, da ein rückständiges Grossunternehmertum den Arbeitern das minimalste Mitbestimmungsrecht bei der Bewertung seiner Arbeitskraft abspricht, ist es eine verdienstliche Tat, den Beweis zu erbringen, dass die volle Anerkennung der Gleichberechtigung des Arbeiters lediglich dazu angetan ist, erträgliche Verhältnisse im Berufe herbeizuführen und fortgesetzte wirtschaftliche Erschütterungen zu vermeiden. Dass der beschrittene Weg der richtige ist, beweisen die Organe der Scharfmacher, die durch den Vertrag bereits das ganze Buchdruckgewerbe dem Verbande ausgeliefert sehen und Regierung und Gesetzgebung um Hilfe anrufen. Eines dieser Organe fasst sein Urteil dahin zusammen:

›So viel steht fest, dass der neue Tarif nichts weniger, als eine sozialpolitische Tat ist, sondern dass er nicht unwesentlich beitragen wird zur Stärkung des sozialdemokratischen Strebens nach Macht und Erringung des massgebenden Einflusses in den Betrieben.‹

Wenn auch diese Befürchtung ebenso, wie die gegenteilige, übertrieben ist, so

steht doch die Tatsache fest, dass durch den Vertrag die Gegenorganisationen des Verbandes verschwinden werden und für Neugründungen die Lebensmöglichkeit fehlt, dass ferner durch gemeinsames Zusammenwirken auf dem Boden voller Gleichberechtigung die gewerblichen Missstände, namentlich die Schmutzkonkurrenz, beseitigt und dadurch eine Hebung der Lebenslage der Berufsangehörigen herbeigeführt werden kann, und dass schliesslich im Interesse der gesamten Arbeiterschaft der Beweis erbracht wurde, dass es nicht zum Schaden der Industrie ist, wenn der Arbeitervertretung die ihr zustehende Mitwirkung in den beide Teile berührenden gewerblichen Fragen eingeräumt wird.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

MAX SCHIPPEL · HOHENLOHES *DENKWÜRDIGKEITEN*

DIE *Denkwürdigkeiten* des Fürsten Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingsfürst werden, wenn das erste vorübergehende Interesse an den kleinen sensationellen Enhüllungen und Pikanterieen die Aufmerksamkeit der Leser und der Presse nicht mehr ausschliesslich fesselt, der eigenartigen Persönlichkeit des dritten deutschen Reichskanzlers wahrscheinlich eine zutreffendere, und zwar vorwiegend eine günstigere Bewertung verschaffen. Vielleicht hatte der Verstorbene selber es mit der Bearbeitung seiner zeitlich weit zurückführenden Aufzeichnungen und mit den Vorbereitungen für die Veröffentlichung so überraschend eilig, weil ihn die Empfindung niederdrückte: man schätze ihn in der öffentlichen Meinung Deutschlands zu sehr ein nach der immerhin bescheiden passiven, resignierten, mitunter sogar recht widerspruchsvollen Tätigkeit, die er zuletzt noch einmal auf sich nahm, als seine Laufbahn schon abgeschlossen schien — in einem Lebensalter, das überhaupt wenigen beschieden wird, und das diese wenigen fast immer *fern von allen Geschäften* hält. Will man den eigentlichen Hohenlohe kennen lernen, so muss man nicht den *Onkel Chlodwig* des letzten Jahrzehnts ins Auge fassen, sondern der Wirksamkeit in der bayrischen Reichratskammer, an der Spitze des bayrischen Ministeriums in der kritischen Übergangszeit von 1867 bis 1870, im Zollparlament und in den ersten Reichstagen, dann als Botschafter in Paris /1874 bis 1885/ und zum Teil noch als Statthalter von Elsass-Lothringen /1885 bis 1894/ folgen; hier zeigt sich der rührige, vielgewanderte und vielgewandte Mann zweifellos von der besseren und vorteilhafteren Seite.

Doch liegt uns heute eine umfassendere Darstellung des Hohenloheschen Entwickelungsganges fern. Wir beschränken uns vorläufig gleichfalls auf die Hervorhebung einiger bemerkenswerter Tatsachen, die sich im wesentlichen auf die nachbismärckische Regierungspolitik beziehen.

Die Mitteilungen über die Entlassung Bismarcks sind auch in den Hohenloheschen Aufzeichnungen keineswegs erschöpfend und vollständig übereinstimmend. Einmal werden zunehmende persönliche Verstimmungen zwischen Kaiser und Kanzler betont:

›Die Art, wie Bismarck den Kaiser behandelte, die abfälligen Urteile, die er über den Kaiser in Konversationen mit Diplomaten fällte, anderseits die unfreundliche Art, in der beide mit einander verkehrten, machten den Bruch unvermeidlich . . . Der Grossherzog von Baden behauptet, dass die Ursache des Bruchs zwischen dem Kaiser

und Bismarck eine Machtfrage sei, und dass alle anderen Meinungsverschiedenheiten, über soziale Gesetzgebung und andres, nebensächlich gewesen seien . . . Er sagte, es habe sich zuletzt nur darum gehandelt, ob die Dynastie Bismarck oder die Dynastie Hohenzollern regieren solle. Hätte der Kaiser diesmal nachgegeben, so hätte er jede Autorität verloren, und alles würde lediglich nach Bismarck geblickt und ihm gehorcht haben. Das sei nicht mehr zum Aushalten gewesen.«

Besonders betont wird noch der Verkehr des Kaisers, über den Kopf des Ministerpräsidenten hinweg und entgegen der Kabinettsorder von 1852, mit den einzelnen Ministern. Daneben werden jedoch sachliche Gegensätze auf dem Gebiete der auswärtigen Politik erwähnt. Der Kaiser habe die kommandierenden Generäle wissen lassen, Russland wolle Bulgarien militärisch besetzen und dabei die Neutralität Deutschlands haben; das sei jedoch der Krieg der Russen mit Österreich; und Österreich ein treuer Bundesgenosse zu sein, es nicht im Stiche zu lassen, sei die Pflicht Deutschlands:

»Es scheint mehr und mehr, dass die Meinungsverschiedenheit zwischen dem Kaiser und Bismarck über die russischen Pläne zum Bruche geführt hat. Bismarck wollte Österreich im Stiche lassen. Der Kaiser will mit Österreich gehen, selbst auf die Gefahr hin, mit Russland und Frankreich in einen Krieg verwickelt zu werden. Daraus erkläre ich mir die Äusserungen Bismarcks, der sagte, der Kaiser treibe Politik in der Weise König Friedrich Wilhelms IV. Das ist der schwarze Punkt in der Zukunft.«

Selbst Herr von Holstein, der bei seinem Rücktritt nach dem Marokkostreit, so oft als letzter Vertreter der alten Bismarckschen Schulung des Auswärtigen Amtes gerühmt wurde, meint »bezüglich des letzten Plans Bismarcks, Österreich im Stich zu lassen: Dann würden wir uns dermassen verächtlich gemacht haben, dass wir isoliert und von Russland abhängig geworden wären«.

Endlich kommen aber auch die weitabweichenden Auffassungen über die Stellungnahme zur Arbeiterbewegung zur Sprache. Es ist der Kaiser selber, der diese Seite des Konfliktes in den Vordergrund stellt. Auf einer einstündigen Jagdfahrt im Elsass erzählt der Kaiser »ohne Unterbrechung die ganze Geschichte seines Zerwürfnisses mit Bismarck«:

»Danach hat die Verstimmung schon im Dezember [1889] begonnen. Damals schon verlangte der Kaiser, dass etwas in der Arbeiterfrage geschehen solle. Der Kanzler war dagegen. Der Kaiser ging von der Anschauung aus, dass, wenn die Regierung nicht die Initiative ergreife, der Reichstag, das heisst Sozialisten, Zentrum und Fortschrittspartei, die Sache in die Hand nehmen würden, und dann die Regierung hinterher kommen werde; der Kanzler wollte das Sozialistengesetz mit der Ausweisung dem neuen Reichstag wieder vorlegen, diesen, wenn er es nicht annehme, auflösen und dann, wenn es zu Aufständen käme, energisch einschreiten. Der Kaiser widersetzte sich dem, weil er sagte, wenn sein Grossvater nach einer langen ruhmreichen Regierung genötigt worden wäre, gegen Aufständische vorzugehen, so würde ihm das niemand übelgenommen haben. Anders sei dies bei ihm, der noch nichts geleistet habe. Ihm werde man vorwerfen, dass er seine Regierung damit anfange, seine Untertanen totzuschiessen. Er sei bereit, einzuschreiten, aber er wolle dies mit gutem Gewissen tun, nachdem er versucht habe, die begründeten Beschwerden der Arbeiter zu befriedigen, wenigstens alles getan habe, um deren begründete Forderungen zu erfüllen. Der Kaiser verlangte also in einer Ministerkonferenz die Vorlage von Erlassen, welche das enthalten sollten, was die Erlasse später gebracht haben. Bismarck wollte davon nichts wissen. Der Kaiser legte nun die Frage dem Staatsrat [?] vor, und endlich gelang es ihm auch trotz des Widerspruchs Bismarcks, die Erlasse [?] zu bekommen. Bismarck aber arbeitete im stillen dagegen, versuchte die Schweiz zu bestimmen, an ihrer Konferenz festzuhalten, was durch Roths, des Schweizer Gesandten in Berlin, loyale Haltung vereitelt worden ist. Ausserdem arbeitete Bismarck bei den Diplomaten gegen die Konferenz.«

Übrigens war Fürst Hohenlohe als elsass-lothringischer Statthalter gleichfalls

mit den Bismarckschen Forderungen, zum Beispiel mit dem Passzwang an der französischen Grenze, durchaus nicht einverstanden. Er sieht in dem Bismarckschen Drängen sogar eine beabsichtigte heimtückische Falle:

›Es scheint, dass man in Berlin so viele vexatorische Massregeln verlangt, damit die Bewohner von Elsass-Lothringen zur Verzweiflung gebracht und zu Aufständen getrieben werden, damit man dann sagen kann, das Zivilregiment tauge nichts, man müsse den Belagerungszustand erklären. Dann geht die Gewalt auf den kommandierenden General über, der Statthalter muss abtreten, und dann wird der General wieder ganz mild, und der Statthalter wird ausgelacht, dass er darauf hineingefallen ist.‹

An einer anderen Stelle wird Graf Waldersee als der von Bismarck in Aussicht genommene Militärdiktator vermutet, weil Bismarck zugleich den Grafen Waldersee durch die Versetzung in die Reichslande auf gute Weise in Berlin los zu werden hoffe! Möglich, dass hier die etwas senile Geberdenspäherei und Kombinationssucht, die im letzten Teile der Hohenloheschen Memoiren eine allzu grosse Rolle zu spielen beginnt, den Verfasser übermässig beeinflusst hat. Und der spätere Hohenlohe verleugnet sich bereits bei dieser Gelegenheit, im Jahre 1888, nicht; er ist, nach seinem Tagebuch, »fest entschlossen«, die Bismarcksche Zumutung zurückzuweisen, selbst auf die Gefahr hin, mit Bismarck und seinem Herrn Sohn — der meist als ein mittelmässiger und untermittelmässiger Grobian geschildert wird — in Konflikt zu geraten.

›Wir werden sehen, was daraus entsteht . . . Es ist jetzt gerade noch der letzte Moment, mit Ehren aus der Sache herauszukommen. Gebe ich jetzt nach, so wende ich die schliessliche Katastrophe des Militärregiments doch nicht ab, trete aber dann nicht mehr mit Ehren ab.‹

Schliesslich gab Fürst Hohenlohe klein bei, aus dem einfachen Grunde, weil sonst der Reichskanzler und der Bundesrat ihrerseits die gewünschten Anordnungen treffen könnten! Immerhin waren diese Reibungen genügend, ein sehr kühles Verhältnis zwischen dem ersten Reichskanzler und dem damaligen Statthalter zu erzeugen. Fürst Hohenlohe nimmt denn auch später die Nachricht von dem Ausscheiden Bismarcks sehr kühl und gelassen auf, obwohl er auf den fortbestehenden friedlichen persönlichen Verkehr Gewicht legt und nicht zu den Schadenfrohen gehört, die sich durch Bismarcks überragende Grösse in den Schatten gestellt fühlten und nach dem Abgang des gefürchteten Nebenbuhlers »aufgingen, wie die Schwämme, die man ins Wasser gelegt hat«. Noch als Reichskanzler vermied er es sorgfältigst, seinem gefährlichen Vorgänger einen Vorwand zu Angriffen oder nur zu Unfreundlichkeiten zu bieten.

Im Oktober 1894 verliess der Fürst Strassburg, um Caprivi und Eulenburg als Reichskanzler und preussischer Ministerpräsident zu ersetzen.

›Noch in letzter Stunde hatte die Fürstin in ihrer Besorgnis, dass unter der Bürde des Amts die Gesundheit des bereits 75jährigen Fürsten gefährdet werden könnte, vergebens versucht, ihn von seinem Entschlusse abzubringen, und hatte sogar in diesem Sinne an den Kaiser oder die Kaiserin telegraphiert.‹

Dass die alsdann folgenden sieben Jahre der Kanzlerschaft keine Periode grosser politischer Tatenlust und Taten mehr bieten konnten, ist ebenso selbstverständlich wie durch die Erfahrung jedermann bekannt. Die *Denkwürdigkeiten* bieten hier vollends so gut wie nichts, weil der Herausgeber, Friedrich Curtius, die wichtigsten Niederschriften zurückhielt:

›Fürst Hohenlohe hat über seine Reichskanzlerschaft ausführliche Aufzeichnungen hinterlassen. Der Wert dieser Aufzeichnungen besteht, abgesehen von Aufschlüssen über den Gang der auswärtigen Politik des Deutschen Reichs, in der rückhaltlosen Darlegung der Kämpfe und Schwierigkeiten der inneren Politik,

welche nicht so sehr in den Sachen, als in den Personen ihren Grund hatten. Unabweisbare Rücksichten hindern daher zurzeit die vollständige Publikation.«

Was man erfährt, bestätigt die Beobachtung, dass Hohenlohe im allgemeinen die alt-überlieferten nationalliberal-freikonservativen politischen *Juste-milieu*-Anschauungen bis an sein Lebensende aufrecht erhielt, ja, dass ihm sogar die geistigen Wandlungen, denen selbst Liberale unter dem Eindruck der grossen agrarischen Umwälzungen der letzten Jahrzehnte nicht widerstehen konnten, so gut wie vollständig fern blieben. Er findet das Hineintragen des agrarischen Prohibitionssystems in unserer Zollgesetzgebung bedenklich; durch die Verteuerung des Fleisches gebe man der Sozialdemokratie eine Waffe für den Wahlkampf in die Hand:

»Mir wurde von W. entgegengehalten, die Landbevölkerung würde ebenso erbittert sein, wenn man ihr die Möglichkeit der Erhöhung der Viehpreise abschneide, wie die Sozialdemokraten, wenn sie kein Fleisch mehr zu essen bekämen. Ich finde, dass dies irrig ist. Die Zahl der Sozialdemokraten und aller kleinen Leute, welche durch die Verteuerung des Fleisches geschädigt werden, ist grösser, als die durch den *Bund der Landwirte* aufgeregte Landbevölkerung . . .! Auf die exzessiven Forderungen der Agrarier können wir nicht eingehen. Ich sehe die Ursache darin, dass man im Jahre 1879 aus dem bis dahin herrschenden gemässigten Freihandelssystem in den Schutzzoll [!] übergegangen ist und dadurch [!] Deutschland zu einem Industriestaat gemacht hat.«

Ob Hohenlohe selber der Vater des unglücklichen Einfalls war, die kanalfeindlichen Beamten zu massregeln, erfahren wir nicht. Auf die Loslösung der Beamten von dem *Bunde der Landwirte* scheint er jedoch grossen Wert zu legen: »es war beschlossen worden, den Beamten die Teilnahme [!] an dem *Bunde der Landwirte* . . . zu verbieten: Das ist nicht geschehen«.

Andrerseits hat er für die veränderte Bedeutung der Seegeltung für einen modernen Grossstaat ein ganz offenes Auge. Manchmal erscheint ihm die neueste Flottenpolitik sogar wie die Erfüllung eines Jugendtraumes, dem alle alten Liberalen Deutschlands gehuldigt haben. In einer in den *Denkwürdigkeiten* wieder abgedruckten Reichstagsrede polemisierte er gegen die Behauptung, früher habe man keine Begeisterung für die Flotte im deutschen Volke gekannt. In den vierziger Jahren sei das Drängen nach einer deutschen Flotte gerade aus dem Volke heraus entstanden, und die Regierungen hätten sich ablehnend verhalten.

»Die Reform unserer Zollgesetzgebung . . . hatte einen industriellen Aufschwung, eine Entwickelung unseres Handels zur Folge, die das Verlangen nach dem Schutze unseres Handels durch eine Flotte mit erneuter Kraft hervortreten liess. Es handelt sich da nicht allein um den Schutz einzelner Schiffe oder um den Nachdruck, mit dem Forderungen in fremden Ländern zu unterstützen sind, sondern es handelt sich darum, unsere Existenz als handeltreibende Weltmacht zu sichern.«

An einer andern Stelle heisst es:

»Dass der Kaiser durch sein impulsives Wesen beunruhigt, ist nicht zu leugnen. Etwas mehr Phlegma wäre ihm zu wünschen. Aber es ist eine Ungerechtigkeit, wenn man ihm vorwirft, dass er die Flotte aus Laune oder zu seinem Vergnügen schaffen will. Er tut nichts anderes, als das ausführen, was das deutsche Volk seit 150 [50?] Jahren angestrebt hat.«

An die Möglichkeit einer Seeebenbürtigkeit mit England glaubt er nicht; aber er will gegen die »barbarisch-egoistische Politik der englischen Staatsmänner« nicht wehrlos sein.

Das Zustandebringen der neuen Militärstrafprozessordnung und die Aufhebung des Verbindungsverbotes für Vereine rechnet er sich

offenbar hoch an; über die vorangegangenen Kämpfe erfahren wir leider nichts. Aber der Hinweis aus dem Herbst 1895, dass eine Anzahl Politiker und hohe Streber ihn zu beseitigen wünschten, bezieht sich wohl auf das Militärgerichtswesen:

»Als solcher [als bayrischer Minister] habe ich die heute geltende [bayrische] Militärstrafprozessordnung eingebracht, in der die Öffentlichkeit des Verfahrens durchgeführt ist. Würde ich jetzt ein Gesetz einbringen, das die Öffentlichkeit ausschliesst, so stände ich dem preussischen Kriegsminister gegenüber, der die Öffentlichkeit fordert, ich würde also preussischer sein, als ein preussischer General. Ich träte in Widerspruch mit meiner Vergangenheit.«

Die passive Fügsamkeit und Schmiegsamkeit des alten Diplomaten ist unterdessen unaufhaltsam gewachsen. Er findet den Innungsentwurf von 1896 zwar »ziemlich töricht«; aber wenn die Handwerker »Zwangsinnungen haben wollen, so soll man sie ihnen geben«. Er erlebt öfter Krisen nach oben hin; aber er harrt geduldig aus, weil auf alle Aufregungen wieder ein leidlicher Frieden folgt.

»Unter den obwaltenden Umständen bin ich trotz aller Mängel doch immer noch der beste Reichskanzler.«

Im Januar 1900 drängt sich ihm »mehr und mehr die Überzeugung auf«, dass er sich auf seinen »Abgang vorbereiten« müsse, aber erst müsse noch das Flottengesetz in den Hafen gebracht sein, hier dürfe das Ergebnis nicht durch eine Krisis gestört oder kompromittiert werden. Nach dem Tode seiner Frau leidet er oft unter melancholischen Anwandlungen, er fürchtet deshalb die Einsamkeit; aber »unter all den intriganten Gesichtern, gegen die ich mich verteidigen muss, vergesse ich, was mich niederdrückt«. Doch im Oktober 1900 schlägt die Stunde der Trennung von dem gewohnten und durch die Gewohnheit fast liebgewordenen Amt.

»Als ich die Notwendigkeit des Rücktritts mit meinem Gesundheitszustand und meinem Alter begründete, stimmte der Kaiser ganz befriedigt zu, so dass ich sah, dass er mein Entlassungsgesuch schon erwartet hatte, dass es also die höchste Zeit war, damit loszugehen.«

Verzeichnen wir zum Schlusse noch die Mitteilung, dass der Kaiser als Nachfolger »gleich Bülow« nannte, und dass Hohenlohe davon »angenehm überrascht« war, weil Bülow »jedenfalls im Augenblick der beste ist«:

»Seine Majestät sagte dann, er werde Lucanus telegraphieren, dass er Bülow hierher [nach Homburg] bringen möchte, damit wir hier über die Details beraten könnten. Ich frühstückte dann mit den Majestäten und fuhr beruhigt nach Hause.«

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

GUSTAV HEINKE · ZUR REICHSGESETZLICHEN REGELUNG DES SUBMISSIONSWESENS

ZU den Fragen des wirtschaftlichen Lebens, die in den letzten Jahren am meisten die öffentliche Kritik herausgefordert haben, gehört unstreitig das Submissionswesen. Die Zustände bei diesem Verfahren in der Vergebung von öffentlichen Arbeiten haben sich zu einer Kalamität entwickelt, durch die nicht allein der Arbeiterschutz in Frage gestellt wird und die Steuerzahler benachteiligt werden, sondern auch das Vertrauen zu den in Betracht kommenden Verwaltungsbehörden nach jeder Richtung hin erschüttert werden muss. Fast jede Bekanntgabe von Submis-

sionsofferten zeigt Preisdifferenzen, welche auch den Laien leicht erkennen lassen, dass hier behördlicherseits ein Geschäftsgebaren gefördert wird, das, weit entfernt, mustergültig zu sein, vielmehr mit dem unlauteren Wettbewerb im engsten Zusammenhange steht. Dem von den Behörden fast durchweg anerkannten Mindestpreisverfahren ist nicht zum geringsten Teile die korrumpierende Entwickelung dieses Konkurrenzsystems zu verdanken.

Die Stellung der Unternehmer demgegenüber ist verschieden, je nach ihrer wirtschaftlichen Position. Die Grossindustriellen, denen schon durch die Zölle ein grösserer Schutz gegen die inländische Konkurrenz gegeben ist, haben es auch weiter verstanden, durch die Syndikatsbildungen und die dadurch ermöglichten Preisregelungen die *wilde Konkurrenz* zu beseitigen. Muster dieser Profitversicherungsorganisationen sind die Eisen-, Stahl-, Kohlen- und Zementsyndikate, sowie auch der Ziegelring, ganz zu schweigen von den fast konkurrenzlosen Grossbetrieben, wie Krupp etc. Diese Kategorie der Unternehmer wird durch die Missstände beim Submissionswesen nicht berührt, hat daher an deren Reform kein Interesse; im Gegenteil, durch die behördliche Regelung der Lieferungs- und Ausführungsbestimmungen könnten sie höchstens in der Ausbeutung des Staates, der Gemeinden und der Arbeiter behindert werden. Anders die Kleinunternehmer und Innungsmeister. Was diese an Reformen verlangen, ist zum Teil ganz berechtigt, zum Teil freilich äusserst rückständiger Natur. Eigennutz und Einseitigkeit haben bis jetzt verhindert, ihre Vorschläge sachlich zu prüfen und das Unberechtigte von dem Guten zu trennen. Sie möchten gern die Konkurrenz der Grossindustriellen und das zum Bankrott führende System des Mindestpreisverfahrens beseitigt sehen. Ferner verlangen sie, dass die umfangreicheren Arbeiten in kleinere Aufträge zerteilt werden, die den kleineren Unternehmern eine Beteiligung an der Submission ermöglichen. Dadurch würde nun freilich die ausführende Behörde oft gezwungen sein, ganz rückständige Betriebsformen zu fördern. Die Versuche einzelner, ähnlich wie die Grossindustriellen, Minimalpreise festzulegen, können als gescheitert betrachtet werden. Der Einfluss der Innungen auf ihre Mitglieder und die im Berufe sonst in Betracht Kommenden ist eben ein äusserst geringer.

Das zeigt sich besonders im Baugewerbe. Dieses Gewerbe, das bei den behördlichen Submissionsaufträgen in erster Linie in Frage kommt, zeigt auch hier die grössten Missstände. Die Preisofferten der Unternehmer weisen derartige Differenzen auf, dass der Profit des Mindestfordernden, wenn nicht null, so doch nur sehr gering sein kann. Die Unternehmer, die für solche Preise die Arbeiten übernehmen, lassen sich dabei durchweg von anderen Spekulationen leiten: sie rechnen auf die in Aussicht stehenden Nebenarbeiten, bei denen die ausführenden Behörden dann übers Ohr gehauen werden sollen. Wenn diese Spekulation, die auf eine Verwendung von minderwertigem Material oder eine schlechte Ausführung der Arbeit hinzielt, durch die Wachsamkeit der Behörden oder durch verklausulierte Lieferungsverträge in nichts zerfliesst, nun, dann kann eventuell der Lieferant des Rohmaterials die Zeche bezahlen. Wie leicht aber bei Geschäften dieser Art die Kontrolle der Behörde umgangen werden kann, darauf hat schon im Jahre 1902 die *Zentralkommission für Bauarbeiterschutz* in ihrer Petition an das preussische Abgeordnetenhaus hingewiesen; es heisst dort:

›Aber auch der Einfluss, den eine gewisse Kategorie von Unternehmern aus allen

Parteischattierungen versteht, auf die amtlichen Baubureaus auszuüben, wirkt nachteilig auf die Überwachung der auszuführenden Arbeiten und korrumpierend auf die amtliche Tätigkeit. Ganz besonders ist hier auf die Tätigkeit der Regierungsbaumeister bei Staatsbauten hinzuweisen. Die Herren, die infolge ihrer Gehaltslage gezwungen sind, neben ihren amtlichen Funktionen noch private Nebenarbeiten zu übernehmen, können sich oft gewisser Zudringlichkeiten nicht erwehren.«

Es wäre vielleicht eine dankbare Aufgabe für das statistische Amt, festzustellen, wieviel Beamte lediglich durch derartige Machenschaften bei der Vergebung von öffentlichen Arbeiten mit dem Strafgesetz (§§263, 331, 332) in Konflikt geraten sind und dadurch ihre Lebensstellung, ihre ganze Zukunft aufgeben mussten. Als eine weitere Begleiterscheinung des Submissionswesens ist das Strebertum anzusehen, der Servilismus der Unternehmer gegenüber den in Frage kommenden höheren Beamten. Diese *Anforderungen,* die an den einzelnen Unternehmer hier gestellt werden, sind dazu angetan, gerade die Besseren und Leistungsfähigeren von einer Beteiligung an den Submissionen zurückzuhalten. Wenn das Baugewerbe nach der ganzen Art seiner Entwickelung schon geeignet ist, ein Unternehmertum zu züchten, das mit den betonten Grundsätzen von Treu und Glauben leicht in Widerspruch geraten muss, so sollte von den Staatsbehörden umsomehr erwartet werden, dass sie alles vermeiden, was dieser so wenig erfreulichen Auffassung der geschäftlichen Entwickelung Vorschub leistet. Wird durch das Mindestpreisverfahren der Profit der Unternehmer auf das äusserste herabgedrückt oder womöglich ganz illusorisch gemacht, so ist die natürliche Folge eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen. Der Unternehmer wird nach Möglichkeit die Löhne zu verkleinern, die Arbeitszeit zu verlängern und den gesetzlichen Arbeiterschutz zu vernachlässigen suchen. Da, wo Tarifvereinbarungen Lohnreduktionen etc. verhindern, werden die Unternehmer durch Steigerung der Arbeitsleistung oder durch Überhastung bei der Arbeit den Profit sicherzustellen suchen.

Die Bundesstaaten Preussen, Bayern, Württemberg und Hessen haben auf dem Wege von ministeriellen Erlassen das Submissionswesen einer neuen Regelung unterzogen. Für Preussen hat dies der frühere Minister der öffentlichen Arbeiten von Budde in dem Erlass vom 23. Dezember 1905, betreffend das Verdingungswesen, getan. Die Submissionsverordnung des bayrischen Ministers von Feilitzsch datiert vom 2. April 1903, ist also einige Jahre älter, als die preussische, und kann der letzteren als Vorbild gedient haben. Bei der preussischen Neuregelung sind folgende Bestimmungen von Interesse:

»Arten der Vergebung.

1. Leistungen und Lieferungen sind in der Regel öffentlich auszuschreiben.

2. Mit Ausschluss der Öffentlichkeit können zur engeren Bewerbung ausgeschrieben werden:

1) Leistungen und Lieferungen, die nach ihrer Eigenart nur ein beschränkter Kreis von Unternehmern in geeigneter Weise ausführt;

2) Leistungen und Lieferungen, bezüglich deren in einer öffentlichen Ausschreibung ein annehmbares Ergebnis nicht erzielt worden ist;

3) sonstige Leistungen und Lieferungen, deren überschläglicher Gesamtwert den Betrag von 5000 Mark nicht übersteigt, sofern besondere Gründe für die Ausschreibung zu engerer Bewerbung vorhanden sind. In diesem Falle sind in der Regel mindestens 3 und höchstens 6 Bewerber, bei deren Auswahl nach Möglichkeit zu wechseln ist, zur Abgabe von Angeboten aufzufordern.

3. Unter Ausschluss jeder Ausschreibung kann die Vergebung erfolgen:

1) bei Gegenständen, deren überschläglicher Wert den Betrag von 3000 Mark nicht übersteigt;

2) bei Dringlichkeit des Bedarfs . . . .

Zuschlagserteilung.
1. Die niedrigste Geldforderung als solche darf für die Entscheidung über den Zuschlag keineswegs den Ausschlag geben.
3. Es sind nur solche Bewerber zu berücksichtigen, welche für die bedingungsgemässe Ausführung, sowie für die Erfüllung ihrer Verpflichtungen gegenüber ihren Handwerkern und Arbeitern die erforderliche Sicherheit bieten. Bewerber, von denen der ausschreibenden Behörde bekannt ist, dass sie ihren Beitragspflichten bei der Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung nicht nachzukommen pflegen, sind ausgeschlossen.
4. In geeigneten Fällen sind die zuständigen Interessentenvertretungen (Handwerks-, Handels- oder Landwirtschaftskammern) um eine Auskunft über die Leistungsfähigkeit nicht hinreichend bekannter Unternehmer zu ersuchen.
5. Ausgeschlossen von der Berücksichtigung sind solche Angebote:
a. die den der Ausschreibung zu Grunde gelegten Bedingungen oder Proben nicht entsprechen;
b. die nach den von den Bewerbern eingereichten Proben für den vorliegenden Zweck nicht geeignet sind;
c. die eine in offenbarem Missverhältnis zu der Leistung oder Lieferung stehende Preisforderung enthalten, so dass nach dem geforderten Preise an und für sich eine tüchtige Ausführung nicht erwartet werden kann.
6. Nur ausnahmsweise darf in dem letzteren Falle (zu c) der Zuschlag erteilt werden, sofern der Bewerber als zuverlässig und leistungsfähig bekannt ist, und ausreichende Gründe für die Abgabe des ausnahmsweise niedrigen Gebotes beigebracht sind oder auf Befragen beigebracht werden.
7. Die Bedürfnisse an landwirtschaftlichen Erzeugnissen sind, soweit dies ohne Schädigung fiskalischer oder anderer allgemeiner Interessen und ohne grundsätzliche Ausschliessung des Handels ausführbar ist, tunlichst unmittelbar von den Produzenten zu erwerben.
8. Bei der Vergebung von Bauten sind im Falle gleicher Preisstellung die am Orte der Ausführung oder in dessen Nähe wohnenden Gewerbetreibenden vorzugsweise zu berücksichtigen, wenn sie die Arbeiten im eigenen Betriebe ausführen.
9. Liegen von mehreren Handwerkern gleichwertige Angebote vor, so sind bei der Zuschlagserteilung diejenigen Bewerber vorzugsweise zu berücksichtigen, die berechtigt sind, den Meistertitel zu führen.
10. Im übrigen ist bei öffentlichen Ausschreibungen der Zuschlag demjenigen der drei als Mindestfordernde in Betracht kommenden Bewerber zu erteilen, dessen Angebot unter Berücksichtigung aller Umstände als das annehmbarste zu erachten ist.
11. Bei engeren Ausschreibungen hat unter sonst gleichwertigen Angeboten die Vergebung an den Mindestfordernden zu erfolgen. Sind ausnahmsweise den Bewerbern die näheren Vorschläge in Betreff der einzelnen Anlagen und Einrichtungen überlassen worden, so ist der Zuschlag auf dasjenige Angebot zu erteilen, das für den gegebenen Fall als das geeignetste und zugleich in Abwägung aller Umstände als das preiswürdigste erscheint.«

Von einem Arbeiterschutz ist in dieser Neuregelung keine Spur zu bemerken; es ist darin auch nicht angegeben, inwieweit die Arbeiterschutzmassnahmen der früheren Erlasse noch weiter Geltung haben sollen. Für solche Dinge zeigen die preussischen Minister eine grosse Gedächtnisschwäche, und so stösst eine Reform die andere um.

Beachtenswert sind die betreffenden Bestimmungen der erwähnten bayrischen Verordnung:

»§ 1. Staatliche Arbeiten und Lieferungen sollen nur an solche Unternehmer vergeben werden, von denen die tüchtige, pünktliche und vollständige Ausführung des Auftrages mit Sicherheit erwartet werden kann.
§ 3. Die Ausschliessung von der Berücksichtigung haben ferner solche Unternehmer zu gewärtigen, von denen bekannt ist, dass sie in ihren Betrieben eine über das übliche Mass hinausgehende Arbeitszeit eingeführt haben, oder dass sie ihren Arbeitern Löhne zahlen, die hinter dem Durchschnitte der in dem Gewerbszweig üblichen

Löhne erheblich zurückstehen, oder endlich, dass sie Gegenstände, deren Herstellung in Werkstätten üblich ist, in Heimarbeit vergeben.
§ 4. Soweit eine Wahl unter verschiedenen Bewerbern stattfindet, soll im Fall annähernd gleichwertigen Angebots der inländische Bewerber von dem ausländischen, unter den inländischen Bewerbern der einheimische und unter den einheimischen derjenige den Vorzug geniessen, welcher am Orte der Leistung oder in dessen Nähe seine gewerbliche Niederlassung hat. Zur Vergebung an ausländische Bewerber ist die ministerielle Genehmigung erforderlich.
§ 7. Die freihändige Vergebung darf erfolgen:
1. bei Arbeiten und Lieferungen im Anschlagswerte bis zu 2000 Mark;
2. bei Dringlichkeit des Bedarfs . . . .
An Handwerkerorganisationen und ähnliche gewerbliche Vereinigungen können Arbeiten und Lieferungen auch sonst freihändig vergeben werden.
§ 10. Bei Hochbauten sollen die Arbeiten der verschiedenen Handwerksgattungen getrennt verdungen werden. Die Generalunternehmung soll grundsätzlich nur da zur Anwendung kommen, wo örtliche Verhältnisse oder der Mangel an tüchtigen Unternehmern der einzelnen Handwerksgattungen oder ganz besondere Gründe eine andere Art der Vergebung untunlich erscheinen lassen.«

In der Anlage, die von der Ausführung staatlicher Arbeiten und Lieferungen für Bauzwecke handelt, heisst es dann weiter:

»§ 10. Bei den Arbeiten dürfen nur tüchtige und geübte Arbeiter verwendet werden. Unter den geeigneten Arbeitern sind die inländischen und unter diesen diejenigen vorzugsweise zu verwenden, die am Orte der Ausführung oder in dessen Nähe wohnen. Untüchtige Arbeiter müssen auf Verlangen der Behörde durch tüchtige ersetzt werden.
§ 11. Der Bauunternehmer hat, soweit seine Arbeiter nicht selbst angemessene Unterkunft und Verpflegung zu entsprechenden Preisen finden können, die dazu erforderlichen Einrichtungen auf eigene Kosten zu treffen und den deshalb von der Behörde an ihn gestellten Anforderungen zu entsprechen. Der Bauunternehmer ist ferner verpflichtet, die zur Unfallverhütung erlassenen Vorschriften strengstens einzuhalten und für deren Einhaltung durch seine Untergebenen zu sorgen.
§ 12. Der Unternehmer ist verpflichtet, die Behörde auf Verlangen jederzeit über die mit seinen Handwerkern und Arbeitern geschlossenen Verträge und deren Erfüllung unter Vorlegung der Lohnlisten und sonstigen Unterlagen Aufschluss zu erteilen. Ergibt sich, dass der Unternehmer seine Verpflichtungen gegen die Handwerker und Arbeiter nicht oder nicht pünktlich erfüllt, so ist die Behörde befugt, die von dem Unternehmer geschuldeten Beträge für dessen Rechnung unmittelbar an die Berechtigten zu bezahlen.«

Wie aus dem vorstehenden zu ersehen, haben diese Regierungen das Mindestpreisverfahren eingeschränkt. Ähnlich, wie Bayern, hat auch die württembergische Regierung einige Vorschriften für die Lieferungsbedingungen erlassen. Etwas weiter ist man noch in Hessen gegangen, wo nach einer ministeriellen Bekanntmachung vom Sommer 1904 die Unterhaltungsarbeiten bei staatlichen Gebäuden etc. einzeln durch Auslosung an die Bewerber vergeben werden können. Die für diese Arbeiten zu zahlenden Preise sind von den Fachleuten der Handelskammer in einem Preisverzeichnis aufgestellt.

Die deutschen Regierungen haben es verstanden, das Submissionswesen so recht verklausuliert, so recht nach ihrem Ermessen zu *reformieren*, und sie haben dann Sorge getragen, dass die kleinen Unternehmer in einem Abhängigkeitsverhältnis zu den Behörden blieben. Daraus kann man ihnen schliesslich keinen zu grossen Vorwurf machen, namentlich bei der Einseitigkeit der Reformvorschläge seitens der Unternehmer und angesichts der Tatsache, dass die politischen Parteien in den Parlamenten, mit Ausnahme einzelner Südstaaten, gegenüber dieser Materie eine sehr reservierte Haltung einnahmen. Man scheint das Submissionswesen mit dem Mindestpreisverfahren als ein unvermeidliches

Übel zu betrachten und geht wie die Katze um den heissen Brei herum. Gewiss findet man bei der Kritik, zu der man zuweilen gedrängt wird, kräftige Worte, aber für durchgreifende Reformvorschläge versagt die Initiative. Hier muss unbedingt die Reichsgesetzgebung eingreifen.

Es soll nicht verkannt werden, dass diese Materie einer gänzlichen Regelung gewisse Schwierigkeiten bereitet, aber das kann doch kein Grund sein, in dieser Frage, die die Interessen des Arbeiterschutzes so lebhaft tangiert, völlig zu versagen. Der Reichstag hat übrigens schon wiederholt Gelegenheit genommen, sich zur Reform des Submissionswesens zu äussern. Abgesehen von der Sozialdemokratie, betrachten alle Parteien diese Reform durch die Lupe der *Mittelstandspolitik* und vom Standpunkt des zünftlerischen Interesses aus. Immerhin ist die Kritik, die an dem System selber geübt worden, beachtenswert, und sie beweist, dass der Reichstag selber wohl in der Lage wäre, auf diesem Gebiete etwas zu leisten. Am 18. April 1904 standen zum Etat des Reichskanzlers folgende Resolutionen zur Beratung:

1. Resolution Gröber und Genossen (Zentrum): »Der Reichstag wolle beschliessen, den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, in Ergänzung der alljährlich dem der Vergebung von Arbeiten und Lieferungen für die Reichsbehörden, sowie die Heeresverwaltungen Preussens, Sachsens und Württembergs auf die Handwerker und Arbeiter insbesondere des Leistungsortes tunlichst Rücksicht genommen werde, dass 2. für die Vergebung von Arbeiten und Lieferungen durch die genannten Behörden tunlichst einheitliche Bestimmungen getroffen werden, welche die Art der Ausschreibung, die Bedingungen für die Beteiligung an dem Wettbewerb, das Zuschlags- und Abnahmeverfahren regeln und den Schädigungen entgegenwirken, welche durch das heutige Submissionswesen dem Handwerkerstand und dem Arbeiterstand zugefügt werden, dass endlich 3. von den hiernach getroffenen Bestimmungen dem Reichstag Kenntnis gegeben werde.«

2. Resolution Auer und Genossen (Sozialdemokraten): »Der Reichstag wolle beschliessen, den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, in Ergänzung der alljährlich dem Reichstage zugehenden Übersichten über die Arbeiterverhältnisse der Heeres- und Marineverwaltung eine Denkschrift vorzulegen, in der aus den bei Vergebung von öffentlichen Arbeiten und Lieferungen mit Unternehmern abgeschlossenen Verträge die auf Löhne und andere Arbeitsbedingungen sich beziehenden Bestimmungen mitgeteilt werden.«

Die Ausführungen des Abgeordneten Gröber, in denen er seinen Antrag begründet, waren gerade nicht neu, aber doch immerhin von Interesse; sie legten Zeugnis ab von der Vielseitigkeit der Zentrumspolitik. Herr Gröber legte seiner Begründung folgende Leitsätze zu Grunde:

1. Die rücksichtslose Konkurrenz beim bestehenden Submissionsverfahren verleitet die Unternehmer zum Betrug und schädigt dadurch Mittelstand und Arbeiterschaft.
2. Um bei dem von Grund aus verfehlten Submissionsverfahren Reformen durchzuführen, müssen die beteiligten Stände (Unternehmer, Lieferanten und Arbeiter) sich in Organisationen zusammengeschlossen haben.
3. Bei der Vergebung von Staatsaufträgen (respektive behördlichen Arbeiten, Lieferungen etc.) darf die Billigkeit (respektive der Mindestpreis) nicht allein und ausschliesslich das entscheidende Prinzip sein.
4. Es sollen nur solche Unternehmer oder Lieferanten behördliche Aufträge erhalten, welche den Arbeitern angemessene Löhne zahlen und auch in sittlich-hygienischer Beziehung eine entsprechende Arbeitszeit festgesetzt haben. Die Tarifvereinbarungen zwischen Unternehmern und Arbeitern sind streng zu achten.
5. Es muss verhindert werden, dass die Submissionen zur Verbreitung der Heimarbeit beitragen.

Die sozialdemokratische Resolution wurde vom Abgeordneten Braun begründet,

der damals für kurze Zeit dem Reichstag angehörte, und zwar nach folgenden Leitsätzen:

1. Die Entwickelung der kapitalistischen Wirtschafts- und Produktionsweise lässt auch eine Hebung des Handwerks- und des Mittelstandes durch eine Reform des Submissionswesens nicht mehr zu. Submittenten sind nur Grossindustrielle und kapitalkräftige Unternehmer, die neun Zehntel der Aufträge erhalten und Heimarbeiter beschäftigen (Syndikate, Ringe etc.).
2. Die Einführung des Mittelpreisverfahrens ist mit den es begleitenden Mängeln gegenüber den schamlosen Unterbietungen des Mindestpreisverfahrens als eine Reform nicht zu betrachten.
3. Eine Reform des Submissionswesens kann nur dadurch ermöglicht werden, dass das Reich oder die einzelnen Bundesstaaten und die Gemeindeverwaltungen in die Lieferungsbedingungen Bestimmungen aufnehmen, wonach die Lieferanten oder ausführenden Unternehmer verpflichtet werden, die ortsüblichen Löhne zu zahlen und die sonstigen ortsüblichen Arbeitsbedingungen etc., sowie den gesetzlichen Arbeiterschutz zur Durchführung zu bringen. Ferner dadurch, dass das Reich oder die einzelnen Bundesstaaten durch Gesetz den Tarifgemeinschaften (Lohnklausel) eine rechtsverbindliche Kraft verleiht.
4. Im übrigen ist eine Beseitigung des Submissionswesens durch die Regiearbeit (Eigenproduktion) des Reiches und der Bundesstaaten und der Gemeindeverwaltungen anzustreben.

Die Resolution der Sozialdemokraten ist sehr zahm, fast nichtssagend, ihre Forderungen sind mehr als bescheiden. Nach ihrer Begründung soll das Submissionswesen durch die Regiearbeit ersetzt und durch die offizielle Anerkennung der Tarifgemeinschaften und der Lohnklausel reformiert werden. Es wurde da die Meinung vertreten, dass die Lohnklausel in der Hauptsache die Wirkung habe, »das planlose Unterbieten und die Schmutzkonkurrenz zu beseitigen«. Diese Wirkung hat sie aber bis jetzt ganz und gar nicht gehabt.

Nach den Beschlüssen der Bauarbeiterschutzkongresse von 1899 und 1903 hat die von seiten der baugewerblichen Verbände geforderte Lohnklausel folgende Fassung:

»Der Übernehmer ist verpflichtet, etwaige durch Tarifverträge festgelegte Lohn- und Arbeitsbedingungen genau innezuhalten oder, wenn Verträge dieser Art nicht bestehen, die von den in Betracht kommenden Arbeitern geforderten und allgemein durchgeführten Arbeitsbedingungen als rechtsverbindlich für sich anzuerkennen.«

Was die Erfolge der Agitation zur Durchführung der Lohnklausel anlangt, so ist im allgemeinen zu konstatieren, dass die rapide Entwickelung der baugewerblichen Gewerkschaftsorganisationen auf der einen und der Unternehmerverbände auf der anderen Seite die Anerkennung und Durchführung der Tarifverträge ungemein begünstigt hat. In dem Zeitraum von 1891 bis 1905 sind durch den Zentralverband der Maurer 800 Tarifverträge abgeschlossen worden, davon 1905 347. Beim Zimmererverband bestanden 1905 219 Tarifverträge. Eine Zunahme durch Vertragsbeschlüsse ist auch bei allen übrigen Organisationen des Baugewerbes festzustellen. Die Zentralorganisationen der Arbeiter und Unternehmer ermöglichen den Abschluss der Verträge für ganze Regierungsbezirke und Provinzen; der Vorstand des Steinsetzerverbandes bemerkt in seinem Fachblatt: »Der Gedanke des Reichstarifs marschiert und wird seinen Siegeslauf vollenden.« Man sieht: Die Unternehmer bringen, der Not gehorchend, auch bei der Ausführung von behördlichen Arbeiten die Lohnklausel oder, besser gesagt, deren wesentlichen Inhalt, die tarifmässigen Löhne, die vereinbarte Arbeitszeit und die vielleicht sonst noch vereinbarten Arbeitsbedingungen zur Geltung. Auch Staats- und Kommunalbehörden haben in den Klauseln ihrer Submissionsbedingungen darauf gesehen, Differenzen mit den

gewerkschaftlich organisierten Arbeitern zu vermeiden. Die Lohnklausel kommt auf diese Weise immer mehr zu einer stillschweigenden Anerkennung, ohne aber im Sinne der sozialdemokratischen Resolution eine Wirkung auf »das planlose Unterbieten« auszuüben.

Eine Anzahl Parteigenossen vertritt zum Schaden einer gesunden Realpolitik den Standpunkt, nach Möglichkeit alle Massnahmen zu verhindern, die dazu angetan sein können, den Profit der Unternehmer sicher zu stellen oder zu erhöhen. Wenn wir in der kapitalistischen Gesellschaft den Unternehmerprofit als den treibenden Faktor der Produktion annehmen müssen, so ergibt sich doch daraus, dass das Quantum des Profits die sonstigen Arbeitsbedingungen mehr oder weniger beeinflusst, dass also die niedrigen Profite, welche durch die Unterbietungen bei den Submissionen nur erreicht werden können, zur intensiveren Ausbeutung der Arbeiter und einer Vernachlässigung der Schutzvorrichtungen drängen. Man sagt freilich: der Arbeiterschutz kann ja auf alle Fälle durch eine gute behördliche Überwachung der Betriebe durchgesetzt werden. Mit dieser behördlichen Überwachung ist es aber ein eigen Ding. Ganz abgesehen von der wirtschaftlichen Abhängigkeit des Arbeiters, die überall seine Rechte abschwächt, kann jeder Sozialpolitiker die Wahrnehmung machen, dass die Schutzgesetze der Regierung bei der Handhabung durch die unteren Verwaltungsorgane gegenüber den Unternehmern abflauen, zum grossen Teil sich sogar direkt unwirksam zeigen.

Die sozialdemokratische Resolution verlangt des weiteren auch die Einführung der Regiearbeit. Man wird diese Forderung als selbstverständlich unterschreiben können. Aber nach Lage der Dinge ist doch gar nicht daran zu denken, dass die Unternehmerarbeit durch Regiearbeit ohne weiteres ersetzt werden könne. Man sollte mit diesen Rezepten etwas vorsichtiger operieren. Nach dem jetzigen Stand der Produktionstechnik ist selbst bei der Regiearbeit der Behörden der Unternehmer als Lieferant gar nicht auszuschliessen; von der Eigenproduktion sind wir also um einige Kilometer noch entfernt. Ausserdem ist der behördlichen Regiearbeit der Vorwurf nicht erspart geblieben, dass sie, verglichen mit dem Unternehmer, zu teuer wirtschaftet. Zur Förderung der staatlichen Eigenproduktion bedarf es also Reformen, welche dazu angetan sind, jene *Erfolge* der Unternehmer abzuschwächen und den Übergang zur gänzlichen Beseitigung der Unternehmerproduktion auf diesem Gebiete zu vermitteln. Bei den Massnahmen, die in Frage kommen, wird vorgeschlagen, das Mindestpreisverfahren durch das Mittelpreisverfahren zu ersetzen. Man mag gegen dieses sonst gute Gründe haben. Auf alle Fälle ist es als das minder Schlimme zu betrachten. Daher ist die Haltung eines Teiles unserer Genossen zu dieser Frage unverständlich; wir entscheiden uns ja aus taktischen Gründen so auch sonst doch oft genug für das *kleinere Übel.*

Aber darum kann es sich jetzt gar nicht mehr handeln. Wie die Reformen in den Einzelstaaten und in anderen Ländern zeigen, sind gesetzliche Massnahmen möglich, die das Unterbietungsverfahren vollständig zu beseitigen und die politische Abhängigkeit des Unternehmers von den Behörden auf ein bescheidenes Mass zu beschränken geeignet sind. Am 26. Januar hat Genosse Frohme im Reichstag gelegentlich der Beratung des sogenannten *kleinen Befähigungsnachweises* eine umfassendere Reform des Submissionswesens angekündigt. Danach ist anzunehmen, dass man in den Kreisen der Fraktion beabsichtigt, in der kom-

menden Tagung mit dahingehenden Anträgen hervorzutreten. Aber nicht allein die sozialdemokratische Fraktion kommt hierbei in Frage, sondern es ist eine sittliche Pflicht aller Faktoren, welche bei der Reichsgesetzgebung mitwirken, sich dieser Materie zu bemächtigen, um Normen für ein einheitliches Submissionsgesetz zu schaffen. Meiner Meinung nach würden die Grundzüge eines solchen Gesetzentwurfes — und damit will ich meine Ausführungen schliessen — etwa folgendermassen aussehen müssen:

1. Arbeiten und Lieferungen für das Reich, die Bundesstaaten, die Provinzial- und Gemeindeverwaltungen sind zur Bewerbung nur dann öffentlich auszuschreiben, wenn solche zurzeit in eigener Regie (Eigenproduktion etc.) der in Frage kommenden Verwaltungen nicht ausgeführt werden können.

2. Bei der Bewertung sind nur solche Unternehmer oder Lieferanten zuzulassen, von denen eine zuverlässige und pünktliche Ausführung erwartet werden kann, und welche die durch Tarifverträge festgesetzten Lohn- und Arbeitsbedingungen anerkennen und sich vertraglich verpflichten, sie innezuhalten oder, wo derartige Verträge nicht bestehen, die von den in Betracht kommenden Arbeitern geforderten und allgemein durchgeführten Arbeitsbedingungen für sich als bindend ansehen.
Im übrigen sind nur solche Bewerber zu berücksichtigen, welche für die bedingungsmässige Ausführung, sowie für die Erfüllung der ihnen durch den gesetz- und berufsgenossenschaftlichen Arbeiterschutz auferlegten Verpflichtungen ihren Arbeitern und Handwerkern die erforderliche Sicherheit bieten. Bewerber, von denen der ausschreibenden Behörde bekannt ist, dass sie ihren Beitragspflichten bei der Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung nicht nachzukommen pflegen, sind auszuschliessen. Auszuschliessen sind ferner solche Bewerber, welche ihre Arbeiten oder die zu liefernden Gegenstände nicht in eigenen Werkstätten, sondern in Heimarbeit vergeben oder in Straf- oder Zwangsanstalten anfertigen lassen.

3. Bei behördlichen Aufträgen oder Lieferungen, welche im Inlande hergestellt werden, sind die Bewerber zu verpflichten, zur Beschäftigung die einheimischen oder inländischen Arbeiter besonders zu berücksichtigen; im übrigen aber nur solche ausländische Arbeiter oder Arbeiterinnen zu beschäftigen, die der deutschen Sprache so weit mächtig sind, dass sie Anweisungen der Betriebsleiter, Werkmeister oder Vorarbeiter verstehen und auch die Bestimmungen des gesetzlichen Unfall- und Gesundheitsschutzes lesen können.

4. Bei der Ausführung behördlicher Hoch- und Tiefbautenarbeiten dürfen Arbeiterinnen nicht beschäftigt werden; das selbe trifft auch für die Lieferungen zu, bei deren Herstellung eine Gefahr für die Gesundheit des weiblichen Organismus zu erwarten ist.

5. Mit Ausnahme von dringenden Notarbeiten dürfen bei behördlichen Arbeiten der Unternehmer Militärpersonen ohne Charge nicht beschäftigt werden.

6. Der Unternehmer von Bauausführungen (Hoch- und Tiefbauten etc.) hat, soweit es seinen Arbeitern nicht selbst möglich ist, angemessene Unterkunft und Verpflegung zu entsprechenden Preisen zu finden, die dazu erforderlichen Einrichtungen (Kantinen, Schlafräume etc.) auf eigene Kosten zu treffen. Die Speisen und Getränke sind den Arbeitern in den Kantinen zum Selbstkostenpreise zu verabfolgen. Der Unternehmer hat auf Anweisung der bauleitenden Behörde auch dafür Sorge zu tragen, dass in den Kantinen alkoholfreie Getränke, wie Kaffee, Tee, Milch, Kakao u. s. w., verabfolgt werden. Der Aufenthalt in den Kantinen ist den Arbeitern in den Arbeitspausen, in den Feierstunden und an Sonn- und Festtagen gestattet; ein Trinkzwang darf nicht bestehen. Andachten und Übungen dürfen in den Kantinen und Schlafräumen nicht abgehalten werden. Die Kantinen und Schlafräume müssen den sittlich-hygienischen Anforderungen entsprechen. Den einzelnen Arbeitern sind Betten zur Verfügung zu stellen, das Zusammenschlafen ist verboten.

6. Der Bewerber oder Meister darf in seinen Betrieben nicht mehr Lehrlinge beschäftigen, als er in der berufsmässigen Ausbildung und der Innehaltung des Arbeiterschutzes überwachen kann. Der Unternehmer oder Bewerber ist verpflichtet, der den Auftrag erteilenden Behörde hierüber Auskunft zu geben.

7. Für die Wahrnehmung und Durchführung der berufsgenossenschaftlichen und gesetzlichen Schutzmassnahmen ist die den Auftrag erteilende oder ausführende Behörde verantwortlich. Dem Gewerbeinspektor, dem technischen Aufsichtsbeamten

der Berufsgenossenschaft und den Beamten der Baupolizeibehörde ist zur Wahrnehmung des Arbeiterschutzes während der Arbeitsstunden der Zutritt zum Betrieb, der Baustelle oder dem Bau jederzeit zu gestatten. Beanstandungen dieser Beamten im Betrieb oder bei der Bauausführung, die den Arbeiterschutz angehen, ist unbedingt Folge zu geben. Streitigkeiten und Differenzen zwischen den vorbezeichneten Beamten, den Unternehmern oder der behördlichen Bauleitung sind zur Schlichtung und Regelung der zuständigen höheren Verwaltungsbehörde zu unterbreiten.

8. Der Unternehmer oder Lieferant hat die vertragsmässig festgelegte Lieferungszeit streng innezuhalten. Ausnahmen zur Verlängerung bieten nur Störungen durch schädigende Naturereignisse, wie Wassernot, Erdbeben, Orkane und Feuersgefahr.

9. Der Unternehmer oder Lieferant darf den erteilten Auftrag nicht an andere Unternehmer übertragen. Die Anwendung von Zwischenmeistern oder Unterakkordanten ist verboten.

10. Der Unternehmer ist verpflichtet, der Behörde auf Verlangen jederzeit über die mit seinen Handwerkern und Arbeitern geschlossenen Verträge und deren Erfüllung unter Vorlegung der Lohnlisten und sonstigen Unterlagen Aufschluss zu erteilen. Ergibt sich, das der Unternehmer seinen Verpflichtungen gegen die Handwerker und Arbeiter nicht nachkommt, so ist die Behörde befugt, die von dem Unternehmer geschuldeten Beträge für dessen Rechnung unmittelbar an die Berechtigten zu zahlen.

11. Die Behörde ist berechtigt, zur Erfüllung der von dem Unternehmer übernommenen Verpflichtungen Geldstrafen auszubedingen und die Einzelheiten über die Höhe der Strafen und der Sicherheitsleistung in dem Lieferungsvertrag festzulegen.

12. Die Behörde und auch der Unternehmer oder Lieferant sind unter gewissen Umständen berechtigt, von dem Vertrag zurückzutreten. Das Nähere hierzu muss in den Ausführungsbestimmungen enthalten sein.

13. Für die Ausführung von Arbeiten oder Lieferungen wird alljährlich unter Mitwirkung der in Frage kommenden Behörden, der Handels- oder Gewerbe- oder Landwirtschaftskammern, unter Hinzuziehung der Vertrauenspersonen der Berufsverbände der Arbeiter etc. (Arbeitskammern) ein Preisverzeichnis aufgestellt, wonach die Aufträge an den Bewerber zu vergeben sind.

14. Die den Auftrag oder die Vergebung erteilende Behörde hat die Unternehmer oder Lieferanten öffentlich und durch die Tagespresse innerhalb eines bestimmten Zeittermines zur Bewerbung aufzufordern. Unter Ausschluss jeder Ausschreibung kann die Vergebung erfolgen a. bei Leistungen und Lieferungen, deren Ausführung besondere Kunstfertigkeit erfordert oder unter Patent oder Musterschutz steht; b. bei Nachbestellungen zur Ergänzung des für einen bestimmten Zweck ausgeschriebenen Gesamtbedarfs, sofern von dem Übernehmer der Hauptlieferung oder -leistung kein höherer Preis verlangt wird.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

MAX HIRSCH · FRAUEN UND JUGENDLICHE ARBEITER IM DEUTSCHEN BERGBAU

WÄHREND die Emanzipationsbewegung der Frauen im allgemeinen dahin zielt, dem weiblichen Geschlecht grössere Freiheiten, mehr Gleichberechtigung im politischen und wirtschaftlichen Leben einzuräumen, ihnen die Bahn für Studium und staatliche Anstellung zu ebnen, ihren Erwerbs- und Wirkungskreis zu erweitern, müssen die gewerkschaftlichen Organisationen immer und immer wieder die Beseitigung der Frauenarbeit auf dem Gebiete gewisser Berufsarten fordern. So auch fordern die Bergarbeiter das Verbot der Frauen- und Kinderarbeit für das Gebiet des gesamten Bergbaus. Auf allen nationalen und internationalen Kongressen, Generalversammlungen, Konferenzen und Zusammenkünften der Bergarbeiterorganisationen aller Richtungen ist, solange überhaupt Vereinigungen

bestehen, die sich die Hebung der sozialen Lage ihrer Berufsangehörigen als Ziel erkoren haben, in Resolutionen und Beschlüssen, Eingaben, Petitionen und Anträgen die Beseitigung der Frauen- und Kinderarbeit im Bergbau gefordert worden. Auf dem Boden der Parlamente aller Staaten haben die Arbeitervertreter diese Forderung auf gesetzlichem Wege durchzudrücken versucht. Alles vergeblich. Die soziale Gesetzgebung der letzten Jahre hat zwar die Frauen und jugendlichen Arbeiter beiderlei Geschlechts durch besondere Schutzbestimmungen vor übermässiger Ausnützung der Arbeitskräfte schützen wollen. Das Gewollte ist nur ein kleiner Bruchteil dessen, was gefordert werden muss im Interesse der Erhaltung des weiblichen Proletariats und der jugendlichen Arbeiter beiderlei Geschlechts, das Erreichte aber gar ist gleich null. In Bezug auf den Bergbau hat die Gesetzgebung, ausser in Belgien, zum Schutze der Frauen und Kinder in den letzten Jahren gar nichts geleistet. Der preussische Landtag hat noch zuletzt auf dahinzielende, in Resolutionen festgelegte Forderungen der vom 28. bis zum 30. März 1905 in Berlin abgehaltenen Konferenz von Bergarbeitern aller Richtungen nicht im geringsten reagiert. Eine wesentliche Forderung des letzten Streiks der mitteldeutschen Braunkohlengräber war das kategorische Verlangen nach Abschaffung der Frauenarbeit auf den Gruben. Begründet wurde es damit, dass das Arbeiten auf Gruben und deren Nebenanlagen für den Organismus der Frau schädlich sei, dass die künftige Generation verkümmern, degenerieren müsse, das Familienleben zerstört und die Sittlichkeit untergraben werde. In der Antwort der Unternehmervereinigungen wurde die Forderung mit einigen allgemeinen Redensarten abgetan. Ja, man versuchte sogar, ohne im geringsten von Sachlichkeit angekränkelt zu werden, die Arbeiter mit ihrer Forderung in der bürgerlichen Presse lächerlich zu machen.

Das immer wiederkehrende Verlangen des Bergproletariats nach Abschaffung der Frauenarbeit ist begründet auf Beobachtungen in langjähriger Praxis. Auch für den Laien ist ohne weiteres einleuchtend, dass das Hantieren mit Kohle als einem rohen, schmutzigen und schweren Produkt nicht die Beschäftigung eines weiblichen Wesens sein kann. Und im gesamten Bergbau gibt es schlechterdings keine leichte, reinliche und ungefährliche Arbeit; es sei denn die Reinigung und Wartung der Mannschaftsräume, Botengänge und dergleichen, gegen welche Beschäftigung auch durchaus nichts eingewandt werden soll. Unbedingt zu verwerfen ist dagegen jede Arbeit bei den mit der Kohlenförderung verbundenen Anlagen, wie die Beschäftigung bei der Sortierung der Wäsche und der Verladung der Steinkohle und die Arbeit bei der Fabrikation von Nasspresssteinen (Wegnehmen, Schneiden, Setzen) und Briketts (Verladen). Besonders das Setzen der Nasspresssteine in die Gerüste der Trockenschuppen der Grubenanlagen ist für den Organismus der Frau am schädlichsten und stellt an deren physische Kräfte so hohe Anforderungen, dass nur ganz robuste, besonders kräftige Frauen die Arbeit zu verrichten vermögen — und auch diese nicht, ohne dauernden Schaden an ihrer Gesundheit zu nehmen. Man stelle sich vor: Die Arbeitszeit umfasst im Sommer 10 bis 12 Stunden täglich, von morgens 5 respektive 6 bis abends 6 respektive 7 Uhr. In dieser Zeit beträgt die Produktion einer Presse 70- bis 90 000 Steine, wovon jeder nass 1½ bis 2 Kilo wiegt. Die Steine werden in Wagen nach dem Schuppen gefahren, auf denen in der Regel 12 Bretter zu je 12 Steinen, also rund 250 Steine stehen. Zum Setzen der

gesamten Produktion einer Nasspresse für 70- bis 90 000 Steine täglich sind 4 Frauen erforderlich. Diese 4 Frauen haben demnach im Minimum je 17 500 Steine à 1½ Kilo in 10 Stunden zu bewegen. Die täglich durch die Hände der Frau gehende Last beträgt somit 26 250 Kilogramm im Minimum. Davon nimmt sie je 4 Stück, also 6 Kilo, auf einmal, steckt diese, bald sich auf den Boden bückend, bald hoch über sich langend, in die Gerüste und verteilt sie. Die Arbeit ist durchweg Akkord, die Maschine läuft unregelmässig, der Fahrer kommt die Stunde 7- bis 9 mal, die Frau muss also mit Anspannung aller Kräfte und unter Ausserachtlassung aller und jeder Zurückhaltung arbeiten, um ihr Pensum zu liefern. Obendrein hat der Schuppen zwei Etagen. Die obere hat zwei Laufbretter, auf denen die Frau die Steine, immer 12 auf einem Brett, also zirka 20 Kilo, erst *abziehen* muss, ehe sie in die Gerüst gesetzt werden können. Die Schuppen sind von allen Seiten offen, die Laufbretter bedecken nur die Mitte des Ganges zwischen zwei Gerüsten. Bei glühendem Sonnenbrand arbeitet die Frau, nur angetan mit leichtem Rock und Hemd, barfuss, den Kopf wegen des Kohlenschmutzes leicht verhüllt, die Haare in der nassen Stirn festklebend. Jedermann kann sie dabei beobachten, wie sie triefend und keuchend, schmutzig und schwarz, jede Rücksicht bei Seite setzt, nur um ihrer Aufgabe gerecht zu werden. Kein Wunder, wenn das Schicklichkeitsgefühl in diesen Kreisen so arg geschwunden ist. Schlimmer noch, wenn ein erwachsenes Mädchen oder eine Frau sich Mutter fühlt und die Arbeit bis in die letzte Zeit hinein fortzusetzen gezwungen ist. In fast allen derartigen Fällen ist zu beobachten, dass der zu erwartende kleine Weltbürger mit Krankheit und Siechtum ins Leben tritt — wenn anders überhaupt die Mutter normal gebiert. Und wie oft kommt es vor, dass stillende Mütter die Arbeit so bald als möglich wieder aufnehmen! Sie lassen sich dann das Kind in der Esspause zur Grube bringen, setzen sich auf irgend eine Schwelle, einen Kohlen- oder Schutthaufen, um, erhitzt und erschöpft, wie sie sind, das kleine Wesen zu stillen.

Ähnlich, wie mit dem Setzen der nassen Steine, verhält es sich mit dem Verladen aus den Trockenschuppen auf die Eisenbahnwagen. Diese Arbeit ist minder schwer, als die oben beschriebene. Aber die getrockneten Steine entwickeln furchtbaren Staub, der Staub setzt sich überall fest und bildet auf dem Körper eine dicke Kruste. Trotz bergpolizeilicher Verordnungen und Gesetze ist die Arbeitszeit in diesem Zweige der Kohlenaufbereitung eine beinahe unbeschränkte. Da das Trocknen und Verladen der Steine Saisonarbeit ist, nur im Sommer vorgenommen werden kann, ausserdem von mehreren Umständen, Wagengestellung der Bahnverwaltung, Bestellungen und Witterung, abhängig ist, so sind die Leute samt den Frauen gezwungen, bis 9 und 10 Uhr abends zu arbeiten. Dass infolge dieser Arbeitsmethode Häuslichkeit, Kindererziehung und Ordnung, überhaupt eheliches Leben und Familie verloren gehen, bedarf keiner weiteren Erörterung.

Die Jahresberichte der preussischen und bayrischen Bergbehörden liefern trotz ihrer sonstigen Dürftigkeit und schematischen Kürze ein anschauliches Bild über die Frauenarbeit und diejenige der jugendlichen Arbeiter beiderlei Geschlechts. Entsprechend den reaktionären Traditionen des gesamten sächsischen Inspektions-, Aufsichts- und staatlichen Verwaltungsapparates erscheinen auch die sächsischen Berginspektionsberichte Monate später, als die der anderen Staaten, und sie bilden mit ihren ganzen 24 Seiten Text nur den Anhang der Jahres-

berichte der sächsischen Gewerbeaufsichtsbeamten. Trotzdem zeigen sie uns in den nackten Ziffern das ganze Bergarbeiterelend im sächsischen Kohlen- und Erzbergbau. Die weiter unten vorzuführenden Ziffern beziehen sich, soweit Sachsen in Frage kommt, auf 1904, die der anderen Staaten auf 1905. Es wird notwendig sein, die Gesamtbelegschaftsziffern anzugeben, um sich ein klares Bild machen zu können über die Stärke der Belegschaften überhaupt, und wie sich die Zahl der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen dazu verhält.

Es waren in Preussen beschäftigt:

Berginspektionsbezirk	Gesamtzahl		Kinder unter 14 Jahren		Jugendliche von 14 bis 16 Jahren		Arbeiterinnen von 16 bis 21 Jahren		Arbeiterinnen über 21 Jahre	
	1904	1905	1904	1905	1904	1905	1904	1905	1904	1905
Breslau	129253	133142	—	—	3713	3899	3974	4066	4058	4274
Halle	56953	58661	69	—	1433	1576	242	269	492	525
Clausthal	16876	18367	6	5	461	445	—	—	6	9
Dortmund	271991	269711	7	7	8735	8721	—	—	5	4
Bonn	106359	109198	7	13	4290	4242	249	229	136	121
in summa	581432	589079	89	25	18632	18883	4484	4584	4697	4933

Lassen wir die Zahl der beschäftigten Kinder, die von 1904 auf 1905 von 89 bis 25 gesunken ist, so ergibt bei einer Steigerung der Gesamtbelegschaftsziffer in Preussen von 1,3 % die Steigerung der jugendlichen Arbeiter beiderlei Geschlechts von 14 bis 16 Jahren eine solche von 1,0 %, während die Zahl der Arbeiterinnen insgesamt um 3,7 % stieg. Wenn irgendwo, so bildet im Bergbau die Frauenarbeit den Gradmesser für die wirtschaftliche Lage der arbeitenden Bevölkerung. Das Gerede von der verbesserten Lebenshaltung der Bergarbeiter, den gestiegenen Löhnen, der grossen Nachfrage nach Arbeitskräften wird widerlegt durch die Tatsache, dass die Frauenarbeit im Bergbau trotz Agitation und Aufklärung, trotz aller Forderung nach ihrer Beseitigung im letzten Jahre eine weitere Steigerung erfahren hat.

Der bayrische Bergbau ist relativ unbedeutend. Er weist auf 14 Steinkohlengruben mit 7699 Mann Gesamtbelegschaft, 7 Braunkohlengruben mit 425 Mann, 29 Erzgruben mit 966 Mann und 1 Steinsalzbergbau mit 103 Mann, also insgesamt 51 Bergwerke mit 9193 Mann. Dazu kommen 279 unterirdische Steinbrüche und Gräbereien mit 1582 Mann, so dass im ganzen im Bergbau Bayerns auf 330 Werken 10 775 Mann beschäftigt sind. In dieser Zahl ist die Tätigkeit von 321 Arbeiterinnen im Alter von 16 bis 21 Jahren und darüber, 285 jugendlichen Arbeitern von 14 bis 16 Jahren, von denen 239 männlichen und 46 weiblichen Geschlechts waren, und 2 Jungen von 13 Jahren inbegriffen. Prozentual waren im Jahre 1905 beschäftigt: erwachsene männliche Arbeiter 94,36 (1904 93,58), erwachsene weibliche Arbeiter 2,98 (3,43), jugendliche Arbeiter beiderlei Geschlechts 2,66 (3,0), jugendliche Arbeiterinnen allein 0,43 (0,46). Die Frauenarbeit insgesamt und die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter hat demnach im bayrischen Bergbau eine Verminderung erfahren.

Für den Bergbau Sachsens können nur die abgeschlossenen Ziffern für 1904 angegeben werden. Es waren beschäftigt in 166 Betrieben 30 338 Personen. Von diesen waren 29 219 erwachsene männliche, 357 erwachsene weibliche Arbeiter, 117 weibliche Arbeiter von 16 bis 21 Jahren, 630 jugendliche männliche Arbeiter von 14 bis 16 Jahren, 2 jugendliche weibliche Arbeiter von 14 bis 16 Jahren.

Ausserdem waren noch im Inspektionsbezirk Ölsnitz im Erzgebirge 13 Kinder unter 14 Jahren beschäftigt. Während in Sachsen besonders beim Steinkohlenbergbau die Gesamtbelegschaftsziffer gefallen ist, ist trotzdem eine Steigerung der Frauen- und Kinderarbeit auf den Gruben zu konstatieren. Überhaupt bieten die sächsischen Berginspektorenberichte trotz ihrer trockenen einseitigen Kürze die breitesten Angriffspunkte der Kritik. Zwar weniger einer Kritik der Berichte an sich, als einer Kritik des Systems, wie es im sächsischen Bergbau geübt wird. Da ist zunächst zu bemerken, dass eine Menge Verstösse gegen den § 156 Absatz 1 der allgemeinen sächsischen Bergpolizeivorschriften gerügt werden mussten. Der § 156 verlangt, dass vor der Beschäftigung jugendlicher Arbeiter Anzeige bei der zuständigen Ortsbehörde gemacht werden muss. Diese Anzeige war unterblieben. Ebenso die vorgeschriebenen Aushänge, das Verzeichnis der jugendlichen beschäftigten Arbeiter und die Auszüge aus den gesetzlichen Bestimmungen über die Beschäftigung jugendlicher und weiblicher Arbeiter.

Der Inspektionsbezirk Leipzig umfasst in der Hauptsache nur Braunkohlenbergwerke. Diese Werke beschäftigen die meisten Frauen, und das mit Arbeiten, die gerade dem weiblichen Organismus am allerschädlichsten sind. So ist in dem Bezirk die Zahl der Arbeiterinnen von 143 auf 149 gestiegen. Von diesen waren 112 verheiratet! Zu Scheuer-, Aufwarte- und Botendiensten wurden nur 11, dagegen bei der Brikettfabrikation und im maschinellen Betriebe der Nasspressen 23, und beim Abnehmen, Einsetzen und Verladen von Nasspresssteinen, Briketts und Kohlen 112 verwendet, 3 verrichteten Platz- und sonstige Arbeiten. Der berichtende Beamte meint freilich:

»Da alle diese Arbeiten nur leichterer Art [!] sind und in der Hauptsache auch nur in der Sommerszeit verrichtet werden, so kann von einem schädigenden Einflusse dieser auf das Familienleben [bei 112 verheirateten Frauen von 149 Beschäftigten überhaupt!] oder auf den weiblichen Körper nicht die Rede sein.«

Dabei muss der selbe Beamte berichten, dass 4 jugendliche und 3 weibliche Arbeiter Unfälle erlitten hatten. Den sozialpolitisch bedeutsamsten Bericht liefert die Inspektion Ölsnitz im Erzgebirge. In dem Bezirke waren 11 Steinkohlengruben mit 25 Förderschächten und 9427 Arbeitern vorhanden, darunter viele Ausländer. Auf 10 Gruben waren insgesamt 313 jugendliche Arbeiter von 14 bis 16 Jahren, 37 Arbeiterinnen zwischen 16 und 21 Jahren und 30 über 21 Jahren beschäftigt. Ausserdem 13 Jungen unter 14 Jahren! Von der Gesamtbelegschaft verunglückten 222, wovon 10 tödlich, 1 Arbeiterin wurde im Betriebe verletzt, 38 jugendliche Arbeiter kamen »zu Schaden«, wie der Berichterstatter recht verschämt und diskret sich ausdrückt. An Sonn- und Festtagen ereigneten sich 37 Unfälle. Diese wenigen Zeilen drücken den ganzen Jammer, die vollendete soziale und wirtschaftliche Rückständigkeit und Armut des schönen sächsischen Erzgebirges aus. 313 jugendliche Arbeiter in dieser landschaftlich reizvollen Gegend beim Bergbau beschäftigt, 13 Knaben und 67 Frauen und Mädchen. Davon 39 verunglückt. Wie mag die Arbeiterschaft zur Sonntagsarbeit herangezogen worden sein, wenn allein 37 Unfälle an Sonn- und Festtagen vorgekommen sind! Einem Arbeiter, welcher nach Vollendung seines 25. Lebensjahres 30 Jahre ununterbrochen auf der selben Grube gearbeitet hatte, wurde das tragbare Ehrenzeichen für Treue in der Arbeit verliehen. Welche *Treue in der Arbeit* dazu gehört, im erzgebirgischen Steinkohlenbergbau tätig zu sein, vermag nur die sächsische Regierung zu ermessen, die ein vollgerüttelt

Mass von Schuld an den elenden Zuständen dort oben im Gebirge hat. In den Berginspektionsbezirken Zwickau I und II wurden 172 respektive 118 jugendliche und 81 respektive 109 Arbeiterinnen beschäftigt. 19 respektive 12 jugendliche und 4 respektive 2 Arbeiterinnen erlitten Unfälle. So ist der sächsische Berginspektionsbericht der kürzeste, er bildet aber von Anfang bis zu Ende eine einzige ungeheure Anklage gegen die gesamte heutige Staats- und Gesellschaftsordnung.

Wie aus der Tabelle über den bayrischen Bergbau ersichtlich, hat dort die Beschäftigung Jugendlicher und Arbeiterinnen abgenommen. Immerhin ist der Prozentsatz von 2,66 % hoch. Protest muss erhoben werden vor allem dagegen, wie Frauen und Jugendliche beschäftigt werden. Darüber gibt eine Stelle im Bericht des Beamten im Inspektionsbezirk Bayreuth Auskunft. Es heisst da zur Erklärung eines Unfalls unter anderm:

»Auf einer Braunkohlengrube waren zwei jugendliche Arbeiter unter Aufsicht eines Aufsehers im Tagebau beschäftigt, toniges Deckgebirge mit Keilen abzutreiben. Als der Aufseher vorübergehend abgerufen wurde und eben den Rücken gewandt hatte, begaben sich beide jugendlichen Arbeiter, entgegen der ausdrücklichen Anordnung des Aufsehers, vor den Abraumstoss, um eine unterlagernde Sandbank herauszuschramen. Die abgetriebene Wand brach plötzlich herein und erschlug den einen auf der Stelle, der andere konnte sich gerade noch durch Zurseitespringen retten.«

Nur durch diesen Unglücksfall, durch den die Aufsichtsbehörde gezwungen gewesen ist, die Art der Beschäftigung dieser jugendlichen Arbeiter anzugeben, erfährt die Öffentlichkeit Näheres darüber, dass sogar Leute von 14 bis 16 Jahren, halbe Kinder noch, in Tagebauen bayrischer Braunkohlengruben toniges Deckgebirge mit Keilen abzutreiben haben. Auch in Bezug auf Frauenarbeit ist man in Bayern wenig wählerisch. So sind im Inspektionsbezirk Zweibrücken der bayrischen Pfalz, wo sich ausser wenigen eigentlichen Kohlen- und Erzgruben 70 unterirdische Tongruben und 22 unterirdische Kalksteinbrüche befinden, allein 54 beim Tonbergbau in Hettenleidelheim-Eisenberg mit Haspelziehen und 5 mit Einsetzen von Kalk in die Brennöfen beim Kalksteinbruch beschäftigt.

Von dem preussischen Bergbau mit beinahe 600 000 Mann Gesamtbelegschaft, wovon 9517 Arbeiterinnen und 18 908 Jugendliche, ist im Bereiche der Oberbergämter Breslau (Oberschlesien!) und Halle (Braunkohlenbergbau) die grösste Zahl weiblicher und jugendlicher Arbeiter vorhanden. Breslau stellt mit 6,3 % der Gesamtbelegschaft das stärkste Kontingent an Frauen. Dort werden auch noch die meisten jugendlichen Arbeiter im unterirdischen Betriebe beschäftigt. Die *Konsolidierte Konkordia- und Michaelgrube* im Bergrevier Nord-Gleiwitz hat allein 37 junge Burschen von 14 bis 16 Jahren unter Tage beschäftigt. Dabei bemerkt der berichtende Aufsichtsbeamte gewissermassen entschuldigend:

»Bei der Beschäftigung dieser Arbeiterklasse liegt hiernach nicht die Absicht der Werksverwaltungen vor, billig arbeitende Kräfte in grösserem Umfange heranzuziehen, vielmehr besteht das Bestreben der Verwaltungen darin, junge Burschen, besonders Bergmannssöhne, welche Lust zu dem Berufe ihrer Väter haben, möglichst frühzeitig an die bergmännische Arbeit zu gewöhnen.«

Hinterher kommt aber ein Satz, welcher die Erwerbs- und Lohnverhältnisse im oberschlesischen Bergbau grell beleuchtet:

»Gleichzeitig wird in den meisten Fällen dabei den Anträgen der Familienhäupter entsprochen, welche für ihre Angehörigen ständige und lohnende Arbeit suchen.«

Hier wird also mit dürren Worten zweierlei gesagt. Erstens, dass die Grubenverwaltungen bestrebt sind, mit allen Kräften den Nachwuchs der Bergmanns-

familien festzuhalten; zweitens, dass die Familienhäupter für ihre Angehörigen ständige und lohnende Arbeit suchen, das glatte Eingeständnis, dass die Löhne zum Verzicht auf den Mitverdienst schulentlassener Kinder nicht hinreichen. Weiter ist bemerkenswert, dass die sprichwörtliche Genügsamkeit und Bedürfnislosigkeit oberschlesischer Bergarbeiter nicht einmal in den Betrieben der eigenen Heimat gewürdigt wird, so dass die Werke noch tiefer stehende Halbbarbaren heranzuziehen bemüht sind. Der Berichterstatter aus dem Revier Süd-Gleiwitz sagt hierüber folgendes:

»Der Bedarf an heimischen Arbeitskräften konnte bei weitem nicht gedeckt werden. Die Privatwerke sahen sich daher genötigt, ausländische Arbeiter, Galizier und Ruthenen, heranzuziehen. Die Ansichten darüber, ob die Ruthenen mit der Zeit einen vollwertigen Ersatz für die Galizier abgeben werden, sind sehr geteilt; vorläufig werden jedenfalls die Galizier wegen ihrer grösseren Ausdauer und Genügsamkeit bevorzugt.«

Wie die Löhne in Oberschlesien im allgemeinen beschaffen sind, mag eine Aufstellung zeigen, in der alle Löhne angeführt sein mögen, um das Verhältnis zu den weiblichen und jugendlichen Arbeitern zu illustrieren. Das Bergrevier Ostbeuthen gibt als Löhne pro 8- bis 12stündige Schicht an (in Mark):

für	in Steinkohlenbergwerken			in Erzbergwerken		
	1905	1904	1903	1905	1904	1903
Häuer	4,51	4,32	4,34	3,37	3,24	3,20
Schlepper	2,65	2,54	2,52	2,82	2,72	2,70
Zimmerhäuer	3,61	3,51	3,45	3,08	2,99	2,91
Nebenarbeiter	2,39	2,26	2,22	2,36	2,29	2,31
Tagesarbeiter	2,57	2,45	2,47	2,36	2,25	2,42
jugendliche Arbeiter	0,89	0,89	0,87	0,83	0,81	0,79
weibliche Arbeiter	1,15	1,12	1,10	0,99	0,99	0,99
im Durchschnitt	3,02	2,92	2,93	2,91	2,27	2,14

Man sieht, gegenüber den Löhnen der übrigen Kategorieen sinken die der weiblichen und jugendlichen Arbeiter bis auf ein Drittel und mehr herunter. Abgesehen davon, dass die hier angezogenen Jahre wirtschaftlicher Prosperität für die oberschlesischen Bergproletarier ziemlich spurlos vorübergegangen sind. In der Zeit allgemeiner Teuerung haben auch Unternehmer ihre *milde* Hand aufgetan. Und zwar erhielten die Arbeiter der Bergwerksgesellschaft *Georg von Giesches Erben* eine Teuerungszulage in Form eines Weihnachtsgeschenkes im Betrage von 20 bis 8 Mark herunter. Ausserdem hat man *Kartoffelvorschüsse* gegeben und Konsumvereine gegründet.

Die vermehrte Beschäftigung jugendlicher und weiblicher Arbeiter bei Diensten, die mit Gefahren verbunden sind, hat zu verschiedenen schweren und tödlichen Unfällen geführt. Im Revier Königshütte ist eine Arbeiterin beim Planieren von Kohle zwischen Verladeband und Bremshäuschen geraten und tödlich gequetscht worden. Im Revier Süd-Kattowitz ist die Zahl der Arbeiterinnen von 752 in 1904 auf 856 in 1905 gestiegen. Also eine Zunahme von 106 oder annähernd 14 % in einem Jahre, während die Gesamtbelegschaftsziffer um 5,5 % gestiegen ist. Tödlich verunglückt ist eine Arbeiterin, indem sie zwischen die Puffer zweier Eisenbahnwagen geriet.

Das, was über die Frauenarbeit im Braunkohlenbergbau allgemein zu sagen war, ist schon eingangs ausgeführt worden. Das märkische und Niederlausitzer Braunkohlenbecken mit 3 Inspektionsbezirken weist auch im vergangenen Jahre bei stabil gebliebener Belegschaftsziffer eine weitere Steigerung der Beschäfti-

gung jugendlicher und weiblicher Arbeitskräfte auf. Verdient haben jugendliche männliche Arbeiter 1905 1,70 (1904 1,59) Mark, weibliche Arbeiter 1,67 (1,59) Mark pro 10- bis 12stündige Schicht. In den Revieren West-Halle, Weissenfels und Zeitz steht die Frauenarbeit in höchster Blüte. Während bei den übrigen Kategorieen von Arbeitern durchweg eine geringe Steigerung der Löhne zu konstatieren ist, sind die Löhne für weibliche Arbeiter stabil geblieben. Den Kulturstand der weiblichen Bevölkerung kennzeichnet die Tatsache, dass während des neunwöchentlichen Ausstandes der mitteldeutschen Braunkohlengräber Frauen nicht nur weiter arbeiteten, sondern vielfach in der Förderung von der Halde über Tage während des Streiks beschäftigt wurden und so direkt Streikarbeit verrichteten.

Geradezu eine Schmach für Deutschlands soziale Schutzgesetzgebung sind die Verhältnisse im Bergrevier Eisleben, der Domäne der Mansfelder kupferschieferbauenden Gewerkschaft. Jahrhunderte alter traditioneller Druck im Stummschen Geiste hat jedweden freiheitlichen selbständigen Hauch von der Bevölkerung abgehalten. Diesem entspricht auch das Mass der Inanspruchnahme jugendlicher Arbeitskräfte im Dienste des Kapitals. Auf 15 von 17 selbständigen Anlagen des Reviers sind 1905 durchschnittlich 930 jugendliche Arbeiter beschäftigt worden. Damit nicht genug. Auf Grund uralter gesetzlicher Ausnahmebestimmungen hat die Mansfelder Gewerkschaft das Recht, Jungen, reine Kinder noch, im unterirdischen Betriebe beschäftigen zu dürfen. Die Kinder müssen dort unten in den Gängen, platt auf dem Boden liegend, ein Brett unter sich und hinter sich an den Beinen befestigt, einen beladenen Hund, den Kupferschiefer bergend, die Schätze der Berge zu den Stollen ziehen, von wo sie dann weiter befördert werden. Wie manche junge Menschenblüte mag dort unten in der Tiefe geknickt werden, wie viele Manneskraft der Nation durch diese privilegierte Mordarbeit verloren gehen! Wie mehrfach berichtet wurde, sollen auch dort Arbeiterinnen und Kinder im unterirdischen Betriebe beschäftigt werden. Die amtlichen Berichte schweigen sich darüber aus.

Alles in allem: Die Arbeiterschaft kann auf nationalen und internationalen Zusammenkünften an die Gesetzgebung appellieren und Schutz der Frauen und Jugend fordern. Sie kann um Beseitigung der Frauen- und Kinderarbeit erbitterte monatelange wirtschaftliche Kämpfe führen, sie wird nichts erreichen, solange sie nicht durch intensive unablässige Organisations- und Aufklärungsarbeit den Frauen selbst die Scheu vor der mörderischen Grubenarbeit beigebracht hat und ihre Kinder durch grössere wirtschaftliche Macht und Besserstellung selbst wirksam zu schützen vermag.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Wirtschaft

Diskont Die Unzulänglichkeit des Leihkapitalsangebotes im Verhältnis zu der stürmisch gesteigerten Nachfrage macht sich immer fühlbarer geltend, je mehr die allgemeine wirtschaftliche Hochkonjunktur ihrem Gipfel entgegeneilt.

Den ½prozentigen Diskonterhöhungen, die Mitte September erst in London, dann in Berlin erfolgten, reihte sich an: am 10. Oktober eine Erhöhung der Reichsbankzinsrate um 1 volles Prozent (von 5 auf 6 %), am 11. Oktober eine

Hinaufsetzung des Diskontes seitens der Bank von England um gleichfalls ein volles Prozent (von 4 auf 5 %), und bereits am 19. Oktober eine abermalige Steigerung des Londoner Banksatzes von 5 auf 6 %.

× ×

Reichsbank Der deutschen Reichsbank, die einer ganz abnormen Anspannung am Quartalsschluss ausgesetzt war — die 1762 Mill. M. Anlagen am 29. September stellten eine niemals zuvor erreichte Ziffer dar — brachte die erste Oktoberwoche bei weitem nicht die erwartete Erleichterung: die 1591 Mill. M. Anlagen betrugen noch immer 137 Mill. M. mehr, als 1905, 365 Mill. M. mehr, als 1904, und 445 Mill. M. mehr, als im entsprechenden Zeitraum des Jahres 1903; das Wechselportefeuille war sogar so hoch angeschwollen, wie noch niemals, während der Metallvorrat (676 Mill. M.) verhältnismässig gering geblieben war, niedriger sogar, als in den geldknappen Jahren 1898 bis 1900. Der Betrag der umlaufenden Noten war, nach den Wochenübersichten, zwischen dem 22. und 29. September von 1381 auf 1704,1 Mill. M. emporgeschnellt, er war am 6. Oktober nur auf 1610 Mill. M. zurückgegangen, während in den gleichen Zeitabständen der Metallschatz von 843.4 Mill. M. auf 675.3 Mill. M. zurückgefallen war und nach der Monatswende alsdann so gut wie gar keine Hebung erfuhr (6. Oktober 676.14 Mill. M.). Früher hatte man als ungünstigste Metalldeckung der Noten 50 % zu verzeichnen gehabt; erst der vorjährige Septemberschluss brachte vorübergehend die abnorm ungünstige Ziffer von 45.3 %: diesmal glitt die Deckung auf 42 % herunter. Die Minimalgrenze, die nach § 17 des Bankgesetzes mindestens ⅓ betragen muss, war zwar damit noch keineswegs in greifbare Nähe gerückt. Aber andrerseits umschliesst die Barbestandsziffer nicht unansehnliche Mengen von Talern und Reichssilbermünzen, die für internationale Zahlungen überhaupt nicht verwertbar sind. Tröstend konnte der Reichsbankpräsident Koch allerdings vor dem Zentralausschuss hinzufügen, dass in erster Linie die Hochflut des heimischen Wirtschaftsganges die Verlegenheiten der Notenbanken hervorrufe. Zugleich gab er dem Wunsche Ausdruck, »dass es gelingen möge für den Rest dieses Jahres mit dem erhöhten Diskont auszukommen« — was starken Zweifeln begegnet und jedenfalls ganz anders klingt, als noch vor ein paar Monaten, wo man bezweifelte, ob das Jahresende überhaupt mit dem Anziehen der Diskontschraube verbunden sein werde.

× ×

England Auf England wirken zweifellos die internationalen Edelmetallentnahmen respektive die Unterbrechungen der gewohnten Goldzufuhren in stärkeren Masse, als auf uns. Amerika mit seinen Überspekulationen und Gründungen, neuerdings Ägypten mit seiner ausserordentlichen Belebung des Baumwollmarktes üben einen fühlbaren Einfluss aus. Grundlegend dürfte jedoch auch hier die anhaltend günstige englische Geschäftskonjunktur sein. Die 271 Gewerkschaften, die im September an das Handelsamt berichteten, hatten eine Arbeitslosenziffer von 3,8 % (bei 598 611 Mitgliedern), während noch im September des Vorjahres, das gleichfalls bereits in die Aufschwungsperiode fiel, 5.3 % der Mitglieder stellenlos waren. Die Monatsziffern der Ein- und Ausfuhr bewegen sich fortgesetzt in früher niemals erreichten Höhen.

× ×

Vereinigte Staaten von Amerika Das amerikanische Produktions- und Spekulationsfieber erwähnten wir bereits. Die Eisenbahnwerte haben kaum je so erregte Zeiten durchgemacht; die Verschmelzungs- und Aufkaufsbestrebungen stehen wieder einmal in vollster Blüte. Der Stahltrust lässt seinen Umsatz für 1906 auf 700 Mill. Dollars schätzen, was einen Überscuss von 115 Mill. Dollars über das bisherige Rekordjahr, also ein Mehr von nahezu 15 % bedeuten würde. Nach dem *Ironmonger* sind die Betriebserweiterungen und Neugründungen auf dem Gebiete der Roheisenerzeugung ganz enorme; für kurzfristige Lieferungen würden schwere Preisaufschläge gefordert und bewilligt; die Transportanstalten würden wahrscheinlich bald ihre Leistungsfähigkeit in der Zufuhr der Erze und Brennstoffe überschritten sehen. Gelegentliche Börsenerschütterungen vermögen unter solchen Umständen den allgemeinen Optimismus nicht zu untergraben. Dies zeigte sich nach den Vorgängen an der New Yorker Baumwollbörse, die Anfang Oktober durch die niedrigen Regierungserenteschätzungen und durch die Nachrichten über verheerende Stürme in eine

Erregung geriet, ähnlich fast, wie zur Zeit des *Sully boom.*

× ×

Rohstoffteuerung Die eine, an dieser Stelle schon oft geschilderte Wirkung der allgemeinen wirtschaftlichen Expansion: die relative Knappheit und die absolute Teuerung der nicht so rasch und nicht beliebig vermehrbaren Rohstoffe nimmt deshalb hier und da schon beängstigende Dimensionen an. Im Vordergrunde steht dabei nach wie vor das Kupfer, das Metall der modernsten Industrie, der Elektrotechnik, dessen Verbrauch für andere industrielle Zwecke jedoch gleichfalls stark wächst. Kein Zweifel, dass sich eine gutorganisierte Haussespekulation das Missverhältnis zwischen langsamer wachsender Erzeugung und rapid sich ausdehnendem Begehr und Verbrauch zu nutze macht. Die amerikanischen Produzenten sollen auf lange Zeit hinaus ausverkauft sein; für baldige Lieferung ist nach dieser Seite wenig aufzutreiben, und wir erleben das eigenartige Schauspiel, dass Amerika sogar von Europa Kupfer bezieht und zurückkauft. In London ist man neuerdings auf einem Kupferpreis von 100 bis 103 Lstrl. angelangt, während die früheren Jahresdurchschnitte in Lstrl. betrugen: 1894 40½, 1895 42⅞, 1896 47¼, 1897 49½, 1898 51⅝, 1899 72¾, 1900 73½, 1901 68, 1902 52⅝, 1903 57⅞, 1904 58¾, das gute Wirtschaftsjahr 1905 brachte bereits Steigerungen wie die Gipfeljahre 1899-1900, aber die beiden höchsten Monatsdurchschnitte (November 1905 nicht ganz 75 Lstrl., Dezember 1905 79 Lstrl.) sind mit dem heutigen Niveau nicht entfernt vergleichbar.

× ×

Kurze Chronik Der Spiritusring beschloss für die Kampagne 1906-1907 eine Produktionsbindung von 82 % bei einem Abschlagspreis von 40 M. × Die japanische Regierung will ihre 6prozentigen Auslandsanleihen konvertieren, mittels einer neuen Anleihe von 500 Mill. M. × Die Fusion *Phönix-Hörder Verein* wurde durch die Generalversammlungen genehmigt. MAX SCHIPPEL

Politik

Cöpenick Was sich in Cöpenick zugetragen, das wird heute in der ganzen Welt belacht: Ein Pseudohauptmann requiriert ein Dutzend Soldaten, dringt mit ihnen ins Rathaus in Cöpenick ein, verhaftet dort Bürgermeister und Rendanten, lässt sie in Droschken nach der Berliner Hauptwache abführen, beschlagnahmt den vorhandenen Barbestand der Stadtkasse und verschwindet mit ihm. Cöpenick wird ausgelacht, der Bürgermeister wird ausgelacht, aber er hat recht, wenn er in einem Schreiben an den Magistrat sagt: hinterher ist klug reden. Gewiss ist es richtig, dass durch eine Kabinettsorder kein Zivilist, ja auch kein Offizier verhaftet werden kann. Auch dem Reserveoffizier muss ein Haftbefehl des Gerichtsherrn — und das war im vorliegenden Falle der Gouverneur von Berlin — vorgelegt werden. Aber wenn auf der Vorlegung dieses Haftbefehls nicht bestanden wurde, so waren dafür möglicherweise zwei Gründe ausschlaggebend. Entweder, die betroffenen Personen sagten sich, dass nach so vielen Überraschungen unter der Regierung Wilhelms II. schliesslich auch eine bisher für unmöglich gehaltene Kabinettsorder möglich sein könne, oder aber sie gaben nach unter dem drohenden Eindruck des zwölf Mann starken Kommandos, das den Befehlen des *Hauptmanns* blind, aber energisch nachkam. Dass aber der *Hauptmann* diese zwölf Soldaten sich förmlich von der Strasse wegholen konnte, das ist fast noch beschämender für die heutigen Zustände. Die Soldaten glaubten, einen Vorgesetzten vor sich zu haben, und einem Vorgesetzten hat der Untergebene widerspruchslos zu folgen. Vielleicht hat der eine oder der andere von ihnen ihrem *Hauptmann* nicht so recht getraut. Aber sollte er's darauf ankommen lassen, dass er Gefahr lief, wegen Gehorsamsverweigerung oder Achtungsverletzung bestraft zu werden? Die Soldaten folgten dem verwegenen Schwindler, und damit hatte der Herr *Hauptmann* gewonnenes Spiel. Denn ganz richtig verwies der Held des Stückes im weiteren Verlauf auf diese zwölf Mann, die ihn wohl hinreichend als Offizier legitimierten. Der Coup gelang also schliesslich, weil die Offiziersuniform für die gemeinen Soldaten zum Fetisch geworden ist. Und dass dem in Deutschland so ist, darüber lacht das Ausland, und wir lachen mit, obwohl wir besser daran täten, zu untersuchen, wie es möglich werden konnte, dass die militärische Disziplin solche Auswüchse hervorbringen kann. Ist es wirklich nur ein Charakteristikum des Militarismus? Steckt nicht überhaupt

im Deutschen ein gewisser Zug von Unterwürfigkeit, der sich entweder einen Fetisch schafft oder sich einen solchen leicht aufzwingen lässt? Dieser Zug entsteht aus einer Übertreibung der dem Deutschen eigentümlichen Disziplin, die überall, wo es sich um grössere Organisationen handelt, in die Sucht ausartet, zu uniformieren und zu zentralisieren, jeden Widerspruch und jede selbständige Regung als etwas Ungehöriges zu betrachten. Dieser Auswuchs der Disziplin ist lächerlich und muss im Auslande um so lächerlicher wirken, als man dort nicht daran denkt, dass der strammen Disziplin das deutsche Volk bis zu einem gewissen Grade auch seine heutigen wirtschaftlichen und politischen Erfolge verdankt. Das Beispiel von Cöpenick lehrt, dass Disziplin nur dann Sinn und Zweck hat, wenn die, die sich unterzuordnen haben, nicht zu willen- und gedankenlosen Automaten dabei degradiert werden. Zunächst ist es ein Unding, dass der gemeine Soldat den Befehl irgend eines Vorgesetzten ausführen muss. Der Soldat sollte in der Regel nur die Befehle seiner direkten Vorgesetzten zu erfüllen haben. Auf der anderen Seite ist aber auch bei dieser Gelegenheit das Missliche zu Tage getreten, dass die Abhängigkeit der Reserveoffiziere von den aktiven Militärbehörden eine Gefahr für alle bürgerliche Tätigkeit bildet. Die liberalen Parteien können sich freilich nicht beklagen, wenn es so weit gekommen ist. Denn die Streberei, Reserveoffizier unter Hintansetzung der Rechte des Bürgertums zu werden, hat doch gerade den heutigen Zustand herbeigeführt. Dass das Vorkommnis in Cöpenick zu Änderungen führen wird, die einmal die übertriebene und gefährliche Disziplin innerhalb des Militärs, sodann aber die Hintanstellung des Zivils hinter das Militär zu vermindern oder zu beseitigen geeignet sind, das ist bei der heutigen politischen Machtverteilung freilich sehr wenig wahrscheinlich.

× ×

Braunschweigische Thronfolge In Braunschweig hat eine sozialdemokratische Versammlung ihre Meinung dahin ausgesprochen, dass eine Regierung ohne Herzog den Interessen des Volkes am besten entsprechen würde. Bei dieser Gelegenheit wurde aber Preussen deutlich zu verstehen gegeben, dass die Ansprüche des Herzogs von Cumberland auf den braunschweigischen Thron denn doch mit den Bestrebungen, einen preussischen Prinzen nach Braunschweig zu bringen, nicht auf eine Linie zu stellen seien. Und dieser Auffassung hat sich bis zu einem gewissen Grade auch der braunschweigische Landtag angeschlossen. Es ist nun ganz merkwürdig, zu beobachten, welch geschäftigen Eifer liberale Blätter in Berlin entfalten, um Stimmung gegen den Cumberländer, aber ja nicht gegen einen preussischen Prinzen zu machen. Man fragt sich unwillkürlich, welchen Interessen diese Stellungnahme dienen soll. Die nämliche Presse ist ja auch ganz merkwürdigerweise voller Entrüstung über die Enthüllungen Hohenlohes; als ob die heutige Politik Veranlassung hätte, die heutige Regierung zu decken! War bisher die liberale Presse in der auswärtigen Politik schon viel zu viel das Sprachrohr der Regierung, so scheint jetzt auch bei einigen Blättern die Geneigtheit zu bestehen, sich über Fragen der inneren Politik von der Regierung reformieren und instruieren zu lassen.

× ×

Gleichberechtigung Der Grossherzog von Hessen hat einen zum Beigeordneten gewählten Angehörigen der sozialdemokratischen Partei bestätigt. Darob ist die scharfmacherische Presse voll versteckter Angriffe auf das hessische Staatsoberhaupt. Der Grossherzog hat aber weiter nichts getan, als den Grundsatz der politischen Gleichberechtigung verwirklicht. Es ist und bleibt eine Rechtsbeugung, Sozialdemokraten als Bürger minderen Rechtes zu behandeln, und die Tatsache dieser Rechtsbeugung wird in Arbeiterkreisen sehr wohl empfunden, wenn man sich auch, namentlich in Preussen, mit ihr abgefunden hat. Es ist ja begreiflich, dass es weithin verärgern muss, wenn der Grossherzog von Hessen sich nicht zum Mitschuldigen einer Verwaltungspraxis machen will, die gegen den Geist und Wortlaut der bestehenden Verfassungen verfährt. Bekundet er doch durch seine Handlungsweise für die weitesten Kreise, dass die allgemein übliche Behandlung der Sozialdemokraten durch die Verwaltungsbehörden dem Grundsatze, dass alle Bürger vor dem Gesetz gleich sein sollen, Hohn spricht.

× ×

Kurze Chronik Das erste persische Parlament wurde am 7. Oktober in Teheran eröffnet. × Erzbischof Stablewski miss-

billigt in einem Rundschreiben die antipolnische Schulpolitik der preussischen Regierung. × Der französische Ministerpräsident Sarrien ist zurückgetreten; an seiner Stelle übernimmt Clemenceau den Vorsitz im Ministerium.

RICHARD CALWER

Sozialpolitik

Arbeiterverhältnisse in Amerika

Werner Sombart hat in seinem Werkchen *Warum gibt es in den Vereinigten Staaten keinen Sozialismus?* /Tübingen, Mohr/ ein lebensvolles Bild der ökonomischen und sozialen Lage des amerikanischen Arbeiters geschaffen, das selbst hervorragende Führer der sozialistischen Partei Amerikas für völlig zutreffend befunden haben. Auf Grund eines grossen Ziffernmaterials stellt Werner Sombart fest, dass die Geldarbeitslöhne in den Vereinigten Staaten 2- bis 3mal so hoch, wie in Deutschland, sind. Die Differenzen zwischen den Kosten des Lebensunterhalts sind drüben wie hüben nicht beträchtlich. Die Deckung eines gleich grossen Wohnungsbedarfs in den Städten kostet den amerikanischen Arbeiter in Geld ausgedrückt jedenfalls nicht mehr, als dem deutschen; man kann, meint Sombart, mit einiger Gewissheit hinzufügen: meist sogar weniger. Die Preise der wichtigsten Lebensmittel sind in den Vereinigten Staaten im grossen und ganzen die gleichen. Fleisch ist annähernd gleich teuer, manche Gegenstände (Kartoffeln, Reis) sind drüben teurer, als bei uns, dafür sind wieder andere (Mehl, Speck) erheblich billiger. Die amerikanische Arbeiterfamilie kann mit dem gleichen Geldbetrage die selbe Menge Nahrungsmittel kaufen, wie in Deutschland. Die Kleidung kommt dem amerikanischen Arbeiter nicht oder nur unwesentlich teurer, als dem deutschen. In der Gestaltung seiner Nahrungsverhältnisse steht der amerikanische Arbeiter unseren besseren Mittelstandskreisen viel näher, als unserer Lohnarbeiterklasse: »Er speist schon, er isst nicht mehr bloss.« Die bessere amerikanische Arbeiterwohnung macht nach Sombart den Eindruck der Wohnung eines deutschen Mittelbürgers: die Wohnung ist mit guten Betten, bequemen Stühlen, Teppichen u. s. w. reichlich ausgestattet. Die Wohnung des amerikanischen Arbeiters hat im Durchschnitt 4 Räume, die des deutschen noch nicht 2. Der amerikanische Arbeiter gibt absolut 3mal so viel für Kleidung aus, wie der deutsche, relativ etwa 1½mal mehr, als dieser. Seine Alkoholausgaben hält der amerikanische Arbeiter in viel engeren Grenzen, als der deutsche. Die Berliner Arbeiterfamilie, obwohl sie als ziemlich nüchtern bezeichnet wird, verbrauchte im Jahr für Alkoholica 111 M. (zirka 6,64 % der Gesamtausgaben), dass heisst sie trank 4- bis 5mal so viel, wie die amerikanische.

Tief unterhalb der hier skizzierten Verhältnisse leben Millionen der arbeitenden Bevölkerung Amerikas. Robert Hunter veranschlagt in seinem Werke *Poverty* die Zahl der Personen, die in Nahrung, Kleidung und Wohnung nicht das Nötigste haben, auf 10 Mill. in Zeiten durchschnittlicher Prosperität, wovon 4 Mill. öffentliche Arme sind.

Die Vereinigten Staaten von Amerika sind das Land höchster kapitalistischer Entwickelung und, man kann wohl sagen, der geringsten Machtentfaltung des Sozialismus. Sombart erklärt diese Tatsache in erster Linie aus den gehobenen Lebensverhältnissen des amerikanischen Arbeiters. »An Roastbeef und *Apple-Pie* wurden alle sozialistischen Utopieen zu schanden.« Das amerikanische Volk mit Einschluss der Arbeiter ist nach Sombart auf den geschäftlichen Erfolg eingestellt. Das kapitalistische Rechnen sitzt selbst dem Arbeiter in Fleisch und Blut. Der Arbeiter ist mit seiner Lage nicht unzufrieden, er besitzt den Optimismus des auf Erfolge spekulierenden Geschäftsmanns, und durch sein Wesen geht ein gewisser patriotischer Zug. Die demokratische Verfassung lenkt seine Aufmerksamkeit ebenfalls auf greifbare Erfolge. »Der Sinn für das messbare Grosse, im Zusammenhang mit den radikaldemokratischen Grundsätzen der Verfassung, hat sich beim Amerikaner zu einer blinden Verehrung der Majoritäten ausgebildet: diese, so meint er, ist auf dem rechten Wege, sonst wäre sie ja nicht die Majorität. Wie kann das Volk in seinen Massen irren? Das ist das, was Bryce mit treffendem Ausdruck den *fatalism of the multitude* nennt.« Der starke Ton der Gleichberechtigung, der das gesellschaftliche und politische Leben Amerikas durchhallt, klingt selbst in die Werkstatt und den Fabriksaal hinein. Im allgemeinen fühlt sich der amerikanische Arbeiter noch wohl unter der Kapitalsherrschaft, aber selbst wenn er wünschen sollte, dass es ihm noch besser erginge, dann kann er den grossen Schritt in die Freiheit tun: er wandert

nach dem Westen aus. Im Jahre 1870 waren 188,9 Mill. Acres unter Kultur genommen, 1890 dagegen 357,6 Mill. Acres, in 2 Jahrzehnten, von 1870 bis 1890, ein Gebiet von der doppelten Ausdehnung des Deutschen Reiches! Den Einfluss, den das Riesenland des fernen Westens auf das Fühlen und Denken des Amerikaners ausübte und noch ausübt, hat Henry George mit folgenden Worten treffend charakterisiert: »Das öffentliche Land ist die umgestaltende Kraft gewesen, die den schlaffen europäischen Bauer in den selbstvertrauenden Landmann des Westens verwandelt hat; selbst den Bewohnern bevölkerter Städte gab es Freiheitsbewusstsein und war ein Urquell der Hoffnung selbst für Leute, die niemals daran dachten, ihre Zuflucht zu ihm zu nehmen.«

Die Massenarmut des amerikanischen Proletariats hat bisher schon grosse Dimensionen angenommen. Aber die bedürftigen Personen scheiden nach unserer Ansicht als Träger einer wirksamen proletarischen Klassenpolitik aus. Die Bedingungen einer grosszügigen, sozialdemokratischen Bewegung sind erst mit der Bekehrung der Elite der Arbeiterschaft zur Sozialdemokratie gegeben. Im nächsten Menschenalter wird die Ära des Sozialismus auch in Amerika beginnen. Mit dieser Aussicht schliesst Sombart seine grosszügige Studie über die amerikanischen Arbeiterverhältnisse.

× ×

Prostitution Das lecke, brüchige System der Reglementation der Prostitution legt sich schon etwas auf die Seite. Die Novizen des käuflichen Liebesdienstes sind durchweg für lange Jahre an den schmählichen Venuskultus gebunden, wenn sie unter die sittenpolizeiliche Aufsicht gestellt werden. Die jungen, unkontrollierten Anfängerinnen der Strassenprostitution verbreiten ferner in erschreckendem Umfange die Geschlechtskrankheiten, sie fliehen aus Angst vor der drohenden sittenpolizeilichen Kontrolle jeder sachgemässen ärztlichen Hilfe. Diesen mit Händen greifbaren Tatsachen kann sich das Berliner Polizeipräsidium nicht mehr verschliessen. Es löst bereits aus den Grundmauern des Dirnenüberwachungssystems eine tüchtige Quader. Das Berliner Polizeipräsidium ersucht jetzt die Spezialärzte für Geschlechtskrankheiten um die unentgeltliche Behandlung der noch der polizeilichen Kontrolle fernstehenden Mädchen. Die Polizei will den Mädchen sodann ein Verzeichnis dieser sich unentgeltlich in den Dienst der Volkshygiene stellenden Ärzte übermitteln. Vertrauen sich die Mädchen der ärztlichen Behandlung an, so bleiben sie von der polizeilichen Kontrolle verschont. Die Vorweisung eines ärztlichen Attestes durch die Dirnen befreit von der Kontrolle und der zwangsweisen Überführung in die Krankenstation des städtischen Obdachs. Weitere Bestimmungen über die Einzelheiten der Neuregelung der Prostitutionsverhältnisse Berlins sollen später in Gemeinschaft mit dem Vorstande der *Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten* vereinbart werden.

Das Kapitel des männlichen Dirnenmarktes behandelt Hans Ostwald sehr vorurteilsfrei in seinem Sammelwerk *Das Berliner Dirnentum* /Leipzig, Fiedler/. Sie gehen gleichfalls auf den Strich, die gewerbsmässigen Lustjünglinge, sie stehen vor den Schaufenstern, wimmeln im Tiergarten herum und locken in den Bedürfnisanstalten ihre Kunden an. Sie unterhalten, gerade wie die Dirnen, einen regelmässigen Verkehr mit einander, sie haben einen bestimmten Standesgeist ausgebildet. Brennpunkte des männlichen Dirnenmarktes sind ebenfalls die öffentlichen Bälle. Die Lustjünglinge sind häufig durch ihre unverschämten Erpressungen ausserordentlich gefährlich. Hans Ostwald veröffentlicht in seiner Arbeit zahlreiche Erpresserbriefe. Die Schlusskapitel seiner Arbeit haben für den Sozialforscher und Psychopathologen ein besonderes Interesse. Sie enthalten Bekenntnisse zweier männlicher Prostituierten, Lebenslauf und Erfahrungen auf dem homosexuellen Gebiet und die Beichten zweier Homosexuellen.

× ×

Krankenversicherung Wer die ganze Zurückgebliebenheit unserer deutschen Gemeindekrankenversicherung studieren will, der muss sich in ein bayrisches Arbeitersekretariat setzen, um dort Akten auf Akten über die unzureichenden Leistungen dieser Versicherung und über das mangelnde soziale Verständnis der Leiter dieser Krankenkasseninstitute zu häufen. In Bayern wird daher vor allem der Ruf, den Genosse E. Auer in seiner Broschüre *Gründet Ortskrankenkassen!* /München, Birk/ erhebt, ein kräftiges Echo wecken. Die Broschüre Auers zeichnet in sehr verdienstvoller Weise die Stellung der Sozialdemokratie zum Arbeiterversicherungs-

problem und zerstört das Lügenmärchen von der grundsätzlich ablehnenden Haltung, die diese Partei der Versicherungsgesetzgebung gegenüber eingenommen haben soll. Wer den Krankenkassen eine führende Rolle in dem Kampf gegen die Volkskrankheiten und auf dem Gebiete der Krankheitsverhütung zuweisen will, der muss die Gründung von Ortskrankenkassen überall fördern.

Gerade die Krankheitsverhütung geht leider noch im Krähwinkler Landwehrschritt vorwärts. Die *Deutsche Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten*, die allein 3 Mill. Merkblätter in diesem Jahre an die *Zentrale für das deutsche Krankenkassenwesen* abtrat, musste die betrübende Erfahrung machen, dass die Gemeindekrankenkassen völlig in dem Feldzuge gegen die Geschlechtskrankheiten versagten. Die *Mitteilungen der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten* fordern daher im Interesse einer systematischen hygienischen Aufklärung der Krankenkassenmitglieder direkt ein neues Krankenversicherungsgesetz, das neue und unzweideutige Bestimmungen über die hygienischen Aufgaben der Krankenkassen bringt.

Die Gremialkrankenkasse der Wiener Kaufmannschaft hat ihrem Bericht für das Jahr 1905 einen Vortrag des Herrn Dr. Josef Hertzka *Schäden der Überarbeit im Handelsgewerbe* eingegliedert. Die Verkürzung der Arbeitszeit wird an der Hand eines wuchtigen medizinischen Beweismaterials als eine drängende Reformfrage der kaufmännischen Berufsklasse gefordert.

×   ×

Jugendfürsorge Die Probleme der Fürsorgeerziehung sind hier schon wiederholt besprochen worden. Eine kurze brauchbare Einführung in das heutige Fürsorgeerziehungswesen, vor allem in das Preussens, ist die Arbeit Dr. F. Schillers *Die Fürsorgeerziehung der Minderjährigen* /Leipzig, Dietrich/. In dem gleichen Verlage erschien die ebenfalls in das Fürsorgeerziehungsgebiet hineinragende Schrift der Dr. Käthe Schirmacher *Die amerikanischen Kindergerichte*. Kindergerichtshöfe bestehen heute in 22 Staaten der amerikanischen Union. Die Kindergerichtshöfe, indem sie die Vergehen und Verbrechen der Kinder auf mangelnde Erziehung und Fürsorge daheim zurückführen, schliessen gerechterweise die Gefängnisstrafe für Kinder aus. Ihre Gerichtsbarkeit erstreckt sich auf Kinder bis 16 Jahre. Die straffälligen Kinder werden entweder auf Probe und unter Aufsicht in ihrem Elternhause gelassen oder in die Besserungsanstalt, die nach Käthe Schirmacher den Charakter einer Familie und einer Fachschule hat, geschickt. In dem Bezirke Denver wirkte der bekannte Sozialpädagoge und Jugendrichter Lindsey. In diesem Bezirke wurde die Eisenbahngesellschaft früher durch schwere Diebstähle namentlich jugendlicher Elemente geschädigt. Diese Eisenbahngesellschaft stellt jetzt eine Verminderung der Entwendungen und Einbrüche um 90% fest. Dieser Richter, auf dessen Bericht die Arbeit der Dr. Käthe Schirmacher fusst, bezeichnet den Zweck der Kindergerichtshöfe mit folgenden Worten: »Der Kindergerichtshof soll mehr eine Erziehungsanstalt, als ein Gericht, sein. Man betrachte ihn als eine moralische Besserungsanstalt.«

×   ×

Kurze Chronik Am 26. September beendigte die internationale Regierungskonferenz für Arbeiterschutz ihre diesjährigen Beratungen. Es unterzeichneten Deutschland, Frankreich, Italien, die Niederlande, Dänemark, Luxemburg und die Schweiz die das Verbot des weissen Phosphors in der Zündholzindustrie betreffende Konvention. Die vorhergenannten Staaten, sowie Belgien, Grossbritannien, Österreich-Ungarn, Portugal, Spanien und Schweden unterzeichneten die sich auf das Verbot der industriellen Frauenarbeit beziehende Konvention. In allen Industriebetrieben mit mehr als 10 Arbeiterinnen soll die Nachtruhe der gewerblich tätigen Frauen auf mindestens 11 Stunden normiert werden. Für bestimmte Industrieen sieht die Konvention eine auf höchstens 10 Jahre steigende Vollstreckungsfrist vor. × Am 27. September trat die 4. Generalversammlung der *Internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz* in ihre Beratungen ein. Sie beschloss unter anderem, die Nachtarbeit für jugendliche Arbeiter bis zum 18. Altersjahre im allgemeinen zu verbieten, aber doch unter Zulassung von Ausnahmen. Einstimmig sprach sich die Vereinigung für den allgemeinen gesetzlichen Maximalarbeitstag aus. Einstimmig trat die Vereinigung ebenfalls für ein Eingreifen der Staats-

gewalt in das Gebiet der Heimarbeit ein, für den Erlass sanitärer Gesetze über die Arbeits- und Wohnräume der Heimarbeiter, für die Ausdehnung der Arbeiterschutz- und Arbeiterversicherungsgesetzgebung auf die Heimarbeiter etc. etc. Die Vereinigung beschloss ferner die Gleichstellung der ausländischen Arbeiter mit den Inländern in der Sozialversicherung.

× ×

Literatur Dr. Max Kollenscher legt in seiner Schrift *Heimarbeit* /Leipzig, Dietrich/ die sozialen Schäden der Heimarbeit bloss und stellt sich auf den Boden des vom Berliner Heimarbeiterschutzkongress beschlossenen Programms. × In knapper Form prägt Dr. Carl Volkmann die hygienischen Grundlehren dem Arbeiter in seiner Broschüre *Wie erhält sich der Arbeiter sein einzigstes Gut, die Gesundheit?* /Berlin-Steglitz, Krüger/ ein.

Die *Monatsschrift für christliche Sozialreform* bringt einen lesenswerten Artikel über den *Kampf um die Familie*. Die Literaturübersicht ist sehr reichhaltig. × Im Oktoberheft der *Mitteilungen der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten* ist eine hygienisch sehr bedeutsame Eingabe des Professors Neisser-Breslau über seine Syphilisforschung und deren geplante Erweiterung erschienen. PAUL KAMPFFMEYER

Soziale Kommunalpolitik

Volkspartei Auf dem Parteitage der deutschen Volkspartei zu München, der am 29. September stattfand, erhielt ihr Kommunalprogramm, das bereits die beiden vorhergehenden Parteitage zu Aschaffenburg und Frankfurt beschäftigt hatte, seine endgültige Fassung. Wir haben den Frankfurter Entwurf des Programms bereits früher (1904, II. Bd., pag. 924 ff., 1905, II. Bd., pag. 811 ff. und 979) besprochen. Vergleicht man die jetzt vorliegende endgültige Fassung mit ihm, so ergibt sich eine beträchtliche Verschlechterung. Die klaren und bestimmten Forderungen des Frankfurter Entwurfes sind teils abgeschwächt, teils in nichtssagende und dehnbare Formulierungen umgegossen. Das tritt am schärfsten bei dem ersten Punkte des Programms hervor, der sich mit der Selbstverwaltung der Gemeinden und ihrer Stellung zu den staatlichen Aufsichtsbehörden beschäftigt. Der Frankfurter Entwurf hatte die Aufhebung des Unterordnungsverhältnisses der Stadtgemeinden unter die Verwaltungsorgane des Staates verlangt und wollte diesen nur das Recht geben, durch Erhebung der Klage bei den zuständigen Gerichten ungesetzliche Verwaltungsakte der Gemeinden anzufechten. Diese Formulierung stimmte inhaltlich und auch formell in weitem Umfange mit dem sozialdemokratischen Kommunalprogramm überein, eine Übereinstimmung, die sich sehr einfach daraus erklärt, dass die demokratische Auffassung von dem Verhältnis zwischen Selbstverwaltung und Staatsverwaltung sich notwendig in diesen Sätzen ausdrücken muss. Nach dieser ist der Unterschied zwischen kommunaler und staatlicher Verwaltung nur ein von der Bureaukratie konstruierter; die ganze Trennung zwischen dem eigenen und dem vom Staate übertragenen Wirkungskreise der Gemeinde eine willkürliche. Ihrem Wesen nach unterscheiden sich Staats- und Gemeindeverwaltung in nichts. Die Unterordnung der kommunalen Selbstverwaltung unter die staatlichen Behörden muss jede wahre Selbstverwaltung aufheben, sobald sich die Tätigkeit der staatlichen Behörden nicht allein auf die Prüfung der Gesetzmässigkeit der kommunalen Verwaltungsakte beschränkt, sondern sich auch auf ihre Zweckmässigkeit erstreckt.

Die klaren Forderungen des Frankfurter Entwurfes sind in dem nunmehr gültigen Programm durch ganz unbestimmte ersetzt. In ihm wird ein Ausbau des Selbstverwaltungsrechtes der Gemeinden und seine Sicherstellung gegen Angriffe und Bevormundungen der Staatsbehörde unter dem Schutz unabhängiger Verwaltungsgerichte gefordert. Die Oberaufsichtsrechte des Staates sollen gesetzlich festgestellt und nach Art und Grösse der Gemeinden abgestuft werden. Hier wird also gar nicht gesagt, in welcher Richtung das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden ausgebaut werden soll. Ferner werden die Aufsichtsrechte des Staates auch über die Prüfung der Gesetzmässigkeit hinaus ausgedehnt, da andernfalls ihre Abstufung nach Art und Grösse der Gemeinden unmöglich wäre. Die Münchener Regulierung bedeutet also einen bedauerlichen Rückschritt gegenüber der Fassung des Frankfurter Entwurfes.

Über die Bildung des Gemeindewahlkörpers schweigt sich das neue Programm vollständig aus. Die Frage, ob Bürger-

gemeinde oder Einwohnergemeinde, die namentlich in den süddeutschen Staaten praktisch wichtig ist, wurde weder in der Diskussion behandelt, noch in dem Programm entschieden. Nur die Frage des Frauenstimmrechtes führte zu einer längeren Debatte, bei der sich ein tiefer Gegensatz innerhalb der Partei herausstellte. Das rückständige Element bildeten in diesem Punkte die württembergischen Vertreter. Die Abgeordneten Liesching und Payer wagten freilich nicht, mit der Entschiedenheit aufzutreten, mit der sie in Württemberg selber das Frauenstimmrecht bekämpfen, setzten es aber doch durch, dass der Passus des Entwurfes gestrichen wurde, der der im Erwerbsleben tätigen Frau das Stimmrecht für die Gemeindewahl geben wollte. Um ihre offene Feindschaft zu maskieren, wandten sie sich dagegen, dass das Frauenwahlrecht in der Beschränkung auf die erwerbenden Frauen in das Gemeindeprogramm hineinkäme. Wie insbesondere der Abgeordnete Payer hervorhob, ginge es nicht, einen willkürlichen Anfang in der Gemeinde zu machen. Die Frage müsse von unten herauf durchgreifend geregelt werden. Und ebenso verlangte der Abgeordnete Liesching eine allgemeine Lösung der Frauenwahlrechtsfrage und zu diesem Zweck noch mehr staatsrechtliche und gesetzliche Vorarbeiten. Das Resultat der Verhandlungen war die Streichung des oben genannten Abschnittes. Der Referent, Dr. Haas, konstatierte zwar, dass der Parteitag dem Frauenstimmrecht durchaus beigetreten sei, aber zu einer Aufnahme des allgemeinen Prinzips des Frauenwahlrechts in das Programm kam es nicht. Die Berufung der Gemeindevertreter und Gemeindevorstande soll im Wege des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechtes auf bestimmte Zeiträume erfolgen. Alle Besitzprivilegien sollen aufgehoben werden. Weiter wird die Aufhebung der Bestätigungsrechte des Staates fur die Vertreter und Beamten der Gemeinde gefordert.

Auch das Kapitel, das sich mit dem Gemeindehaushalt beschaftigt, ist nach verschiedenen Richtungen hin anfechtbar. Die Gemeinden werden auf die Erhebung von Real-, Vermögens-, Einkommens-, Kapitalrenten- und Erbschaftssteuern angewiesen. Welche Steuer aber die Basis des kommunalen Finanzwesens bilden soll, wird nicht angegeben. Sollen es die Realsteuern sein, oder die Vermögens- und Einkommensteuer? Etwas ausführlicher wird die Grundsteuer abgehandelt. In der Regel soll der Verkaufswert des Grundstückes für die Steuerveranlagung massgebend sein. Wenn aber der Eigentümer aus der landwirtschaftlichen Benützung des Grundstückes seinen Lebensunterhalt bezieht, soll der Ertrag massgebend sein. Gerade in der Umgebung der grösseren Städte kann diese Bedingung durchaus erfüllt sein, trotzdem aber die Ertragsbesteuerung durchaus unzureichend sein, da sie die grossen Verkaufswerte der Bauplatzwert besitzenden Grundstücke ganz unberücksichtigt lässt. Neben der Grundsteuer soll eine Umsatzsteuer und Wertzuwachssteuer erhoben werden. Beide stehen ganz unkritisch gleichwertig neben einander. Von Verbrauchsabgaben werden die auf notwendige Lebensmittel, Brenn- und Baumaterialien verworfen. Gilt nun aber das Bier als notwendiges Lebensmittel oder nicht?

Die Abschnitte 4 und 5, die sich mit den Institutionen der Wirtschaftspflege und der Volksbildung beschäftigen, geben zu keinen Bemerkungen Anlass. Recht mangelhaft und nichtssagend sind dann wieder die Sätze über die Waisen- und Armenpflege. Hier hat man es vollständig unterlassen, zum Beispiel zu den wichtigen neueren Entwickelungen auf dem Gebiete der Organisation der Armenpflege Stellung zu nehmen. Abschnitt 7 enthält die Forderungen auf dem Gebiete der Arbeiterpolitik. Die Errichtung von Arbeitsamtern, von paritätischen Arbeitsnachweisen, die Forderung der Arbeitslosenversicherung, die anstandige Lohnklausel werden hier genannt. Die Aufnahme der Streikklausel in die Werkverdingverträge wird nicht völlig abgelehnt. Sie soll aber so gefasst werden, dass die Lieferungsfristen im Falle eines Streiks nur dann eine entsprechende Ausdehnung erfahren, wenn der Unternehmer sich dem Gewerbegericht als Einigungsamt unterwirft und dieses zu seinen Gunsten entscheidet, oder wenn die Arbeiterschaft Verhandlungen vor dem Gewerbegericht als Einigungsamt ablehnt. Gegen diese Formulierung können schwerwiegende Einwendungen geltend gemacht werden. Nicht alle Streiks konnen durch den Schiedsspruch eines Einigungsamtes entschieden werden. Bei einer ganzen Anzahl von ihnen handelt es sich direkt um Machtfragen zwischen Unternehmertum und Arbeiterschaft. Ferner ist der Fall

der Aussperrung überhaupt nicht erwähnt.
Mittelstandsfragen werden in dem Abschnitte 8 behandelt. Das Erwerbsleben soll durch Begünstigung der Ansiedelung des lebensfähigen Unternehmens, Gewährung von Betriebskraft unter besonderer Berücksichtigung des Bedürfnisses des Kleingewerbes, Errichtung oder Unterstützung von Veranstaltungen zwecks Hebung der Produktion oder des Absatzes gefördert werden. Was ist mit der Begünstigung der Ansiedelung des lebensfähigen Unternehmens gemeint? Soll damit die Praxis mancher Gemeinden, durch die Gewährung besonderer Vergünstigungen, wie unentgeltlichen oder billigen Grund und Bodens, mehrjährigen Steuernachlasses etc. an kapitalkräftige Unternehmungen diese zur Niederlassung im Gemeindegebiete zu veranlassen, als gerechtfertigt und nachahmenswert bezeichnet werden? Tatsächlich erregt doch diese manchmal geradezu unlautere Konkurrenz der Gemeinden um Grossunternehmungen vom Standpunkte der Allgemeinheit aus die allerschwersten Bedenken.
Auch der Abschnitt *Wohnungswesen* bleibt weit hinter den Forderungen zurück, die selbst von bürgerlichen Sozialpolitikern aufgestellt werden. Ausser der Wohnungsinspektion und Wohnungsvermittelung legt das Programm den Gemeinden die Aufgabe auf, den Bau von kleinen Wohnungen durch Unterstützung gemeinnütziger Baugenossenschaften und durch Vergebung von Gemeindebesitz in Erbpacht zu unterstützen. Für Zwecke der Stadterweiterung soll Gemeinden ein Enteignungsrecht eingeräumt werden. Das ist alles, was das Programm über das Wohnungswesen enthält.
Trotz aller der zahlreichen berechtigten Ausstellungen, die man an dem Programme machen kann, bedeutet es doch im Vergleich zu der Praxis der volksparteilichen Gemeindevertreter einen ganz gewaltigen Fortschritt. Die Partei wird noch sehr viel Erziehungsarbeit zu leisten haben, um die Taten ihrer Vertreter in Übereinstimmung mit dem neuen Programm zu bringen — immer vorausgesetzt, dass es ihr Ernst damit ist, und das Programm mehr sein soll, als ein schönes Dekorationsstück.

× ×

Gesundheitspflege Aus den Verhandlungen der 31. Versammlung des *Deutschen Vereins für öffentliche Gesundheitspflege,* die vom 12. bis 15. September in Augsburg stattfand, seien hier zwei Punkte kurz besprochen: die Milchversorgung der Städte und die Mindestforderungen an die Beschaffenheit der Wohnungen. Über den ersteren referierte Stadtbezirksarzt Dr. Pötter-Chemnitz. Nachdem er die wachsende Bedeutung der Milch als Volksnahrungsmittel, namentlich für die Säuglingsernährung, hervorgehoben hatte, wandte er sich zu einer Darstellung der Massregeln, die im Interesse einer hygienisch einwandfreien Milchversorgung zu treffen sind. Er verlangte reichsgesetzliche Bestimmungen über die Produktions- und Verkehrsverhältnisse der Milch, während die Einzelbestimmungen, namentlich über den Fettgehalt, der landes- und ortsgesetzlichen Regelung überlassen bleiben sollen. Die reichsgesetzlichen Bestimmungen hätten gleichzeitig die Tuberkulosebekämpfung zu umfassen. Von den Städten ist der Verkehr mit Milch ortsgesetzlich zu regeln. Dabei sind nicht, wie bisher, ausschliesslich der Fettgehalt, das spezifische Gewicht etc., sondern in gleichem Masse die saubere, unzersetzte und unschädliche Beschaffenheit der Milch zu berücksichtigen. Am zweckmässigsten kann der Milchverkehr durch die Einrichtung von Milchhöfen oder Milchzentralen geregelt werden. Diese sollen womöglich im Besitz und Betriebe der Stadt stehen oder zum mindesten durch städtische sachverständige Beamte überwacht werden. In diese Zentralstellen soll die gesamte Milch zusammenfliessen und von hier nach ihrer Reinigung, Kühlung und Verteilung in Transportgefässe durch Verkaufswagen oder Verkaufsstellen an das Publikum abgegeben werden. Mit der Milchzentrale sind Säuglingsmilchküchen zu verbinden. Der Bezug einwandfreier Säuglingsmilch soll durch diese auch den Unbemittelten ermöglicht werden. Schliesslich empfiehlt der Referent, den allgemeinen Genuss guter Milch durch Errichtung von Milchhäuschen, Milchautomaten u. s. w. zu befördern. Der Erlass eines Reichsgesetzes wurde von dem Korreferenten nicht empfohlen. Er schlug vielmehr vor, die spätere gesetzliche Regelung durch Verwaltungsvorschriften für grössere Bezirke vorzubereiten. Eine wesentliche Förderung der auf die Verbesserung der Milch gerichteten Bestrebungen versprach sich der Korreferent von der erzieherischen Einwirkung, die die Staats-, Gemeinde- und anderen

Behörden durch die Vorschrift strenger Bedingungen für die Lieferung ihres Bedarfes ausüben können. Den Ausführungen des Referenten über Milchhöfe und Milchküchen stimmte er im allgemeinen zu.

Nachdem sich nunmehr der *Deutsche Verein für öffentliche Gesundheitspflege* in den letzten Jahren 2mal, 1903 und 1906, mit der Frage der städtischen Milchversorgung beschäftigt hat, und auf beiden Versammlungen die Einrichtung zentraler Milchhöfe als hygienisch notwendig bezeichnet worden ist, muss von den Stadtverwaltungen verlangt werden, dass sie namentlich in einer Zeit stetiger Verteuerung der Milch nicht mehr länger die Hände in den Schoss legen, sondern in der gezeichneten Richtung organisatorisch vorgehen.

Über die Mindestforderungen an die Beschaffenheit der Wohnungen referierte der Beigeordnete Schilling-Trier. An der Hand von 37 Verordnungen über die Beschaffenheit und Benutzung der Wohnungen, und von 107 Verordnungen zur Regelung des Schlaf-, Kost- und Quartiergängerwesens erörterte er ihre einzelnen Bestimmungen und kam auf Grund seiner Untersuchungen zu dem Resultat, dass die Mehrzahl der Verordnungen unvollständig ist, viele von ihnen sich nur auf wenige Punkte beschränken, dagegen nur sehr wenige die Materie selbständig zu regeln versuchen. Auf Grund des Materials stellte der Referent 9 Leitsätze auf, die er als Mindestanforderungen bezeichnete. In der an das Referat sich anschliessenden Diskussion fanden diese Mindestanforderungen lebhafte Anfechtung. Sie wurden von verschiedenen Seiten, zum Beispiel von Professor Prausnitz, Oberbürgermeister Dr. Ebeling, Geheimen Baurat Stübben, Professor Erismann, als ungenügend bezeichnet. So hatte der Referent zum Beispiel für jedes Kind unter 10 Jahren nur einen Luftraum von 5 cbm gefordert. Kinder im ersten Lebensjahre sollten ausser Anrechnung bleiben. Gerade für Kinder ist aber der gleiche Luftraum, wie für Erwachsene, (10 cbm) zu fordern, da sie reichlich Luft und Licht zum Gedeihen gebrauchen. Sehr bescheiden waren die Ansprüche des Referenten an die Kellerwohnungen. Auch sie wurden mit Recht aufs schärfste angegriffen. Ferner verlangte der Referent für jedes Hausgrundstück wenigstens einen Abort für je 15 Bewohner, eine Zahl, die ganz sicher viel zu hoch gegriffen ist, ganz abgesehen davon, dass unbedingt für jede Familie ein Abort gefordert werden muss. Die unvollständige und unzureichende Formulierung der Leitsätze veranlasste Herrn Stübben, eine Resolution einzubringen, in der zwar das Bestreben des Referenten anerkannt wurde, seine Forderungen im Interesse der Durchführbarkeit auf ein minimales Mass zurückzuführen, andrerseits aber die Notwendigkeit ausgesprochen wurde, in Übereinstimmung mit früheren Beschlüssen des Vereins in den Wohnung- und Schlafstellenordnungen wenigstens allmählich weitergehende Forderungen zu verwirklichen, als sie in den Leitsätzen des Referenten enthalten sind. Diese Desavouierung des Referenten mochte die Versammlung aber nicht mitmachen, und so fiel der Stübbensche Antrag. Das Ergebnis der Diskussion wurde aber durch diese Ablehnung nicht geändert.

× ×

Sparkassen und Staatspapiere Das sächsische Ministerium des Innern hat eine Verordnung erlassen, wonach die öffentlichen Sparkassen Sachsens vom 1. Januar 1907 ab mindestens 25 % des verzinslich angelegten Vermögens in mündelsicheren Inhaberpapieren, und zwar mindestens 8 % des Vermögens in Schuldverschreibungen des sächsischen Staates, anzulegen haben. Bis zur Erreichung dieses Besitzstandes sollen alljährlich mindestens 75 (!) des Überschusses ihres verzinslich angelegten Vermögensbestandes über den Bestand des Vorjahres in dem vorgeschriebenen Anteilsverhältnisse zur Anschaffung solcher Inhaberpapiere verwendet werden. Der sächsische Minister des Innern hat es sich bequemer gemacht, als seine preussischen Kollegen. Diese haben wenigstens so viel Achtung vor der kommunalen Autonomie gehabt, dass sie einen Gesetzentwurf vorlegten, der den Sparkassen die gleiche Vorschrift über die Anlage ihres Vermögens in Staatspapieren machte. Der Entwurf fand aber so starken Widerstand, dass er von der preussischen Regierung zurückgezogen wurde. Die sächsische Regierung setzt sich über das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden glatt hinweg und erlaubt sich, ohne jeden Schein von Recht, einen tiefen Eingriff. Man darf annehmen, dass nicht die Sorge um die Liquidität des Sparkassenvermögens den sächsischen Minister zu diesem Vorgehen veranlasst

hat. Wie in Preussen, so ist auch hier der einzige Grund das Bestreben, den Kurs der sächsischen Staatspapiere künstlich zu heben. Der richtige Weg wäre eine gesunde Finanzwirtschaft, an der es allerdings vollständig fehlt. Der Zwang, einen nicht unbedeutenden Teil des Vermögens in sächsischen Staatspapieren anzulegen, bedeutet für die Sparkassen geradezu eine Vermögensschädigung. Diese sind bisher gewohnt gewesen, den grössten Teil der bei ihnen eingehenden Spareinlagen auf dem Wege des Hypothekarkredits zu vergeben, und haben jederzeit die Konjunkturen des Hypothekenmarktes zum Vorteile der Sparer ausgenutzt. Der Zinsfuss auf dem Hypothekenmarkte steht aber nicht unbeträchtlich höher, als der Zinsertrag der sächsischen Staatspapiere, der sich zurzeit auf etwa 3,48 % berechnet. Infolge der Verordnung werden die Sparkassen einen beträchtlichen Zinsverlust erleiden und genötigt sein, eine Herabsetzung des Zinsfusses für die Spareinlagen vorzunehmen. Es wird also gerade die grosse Masse der kleinen Sparer geschädigt, weil das sächsische Ministerium hofft, auf diesem Wege den Kurs der sächsischen Staatspapiere in die Höhe bringen zu können. Sie sind es, die die Zeche bezahlen müssen. Die besondere Ironie dabei ist, dass die Verzinsung des Vermögens der Sparkassen in dem Masse eine geringere werden muss, als der Kurs der sächsischen Staatspapiere durch ihre Ankäufe in die Höhe getrieben wird. Die grossen Gefahren, die aus einer Verbindung der Staatsfinanz mit der Verwaltung der Sparkassen entstehen, sind zu oft behandelt, als dass wir darauf einzugehen brauchten.

× ×

Kurze Chronik Der Bürgerausschuss der Stadt S t u t t g a r t hat 4000 M. bewilligt, um einen Versuch mit der Abgabe eines warmen Frühstücks an bedürftige Kinder der Volksschule zu machen. Der Versuch soll zunächst nur an einer Volksschule veranstaltet werden. Alle Schüler, die sich für die unentgeltliche Milchabgabe melden, sollen ohne armenamtliche Zeugnisse berücksichtigt werden. × Die *B e r l i n e r Elektrizitätswerke* haben dem Magistrat mitgeteilt, dass sie bis auf weiteres Anschlüsse von Neuanlagen oder Erweiterungen nicht genehmigen oder ausführen können. Man nimmt an, dass die Gesellschaft damit den Versuch mache, schon jetzt eine weitere Verlängerung ihres im Jahre 1915 ablaufenden Vertrages mit der Stadt durchzusetzen. Für die Stadt Berlin wäre nunmehr der geeignete Moment gekommen, den Betrieb in städtische Regie zu überführen. × Der P l a u e n e r Stadtrat bereitet die Einführung des Berufsklassenwahlrechtes vor. × Der Antrag des L e i p z i g e r Stadtrates auf Einführung dieses Wahlsystems ist von den Stadtverordneten fast einstimmig abgelehnt worden. HUGO LINDEMANN

Sozialistische Bewegung

Parteitage und Konferenzen Der w ü r t t e m b e r g i s c h e Landesparteitag tagte am 14. Oktober in Stuttgart. Vertreten waren 259 Deligierte aus 169 Orten und 8 Reichstags- respektive Landtagsabgeordnete. Aus dem Vorstandsbericht ist hervorzuheben, dass im vergangenen Jahre verschiedene Flugschriften verbreitet wurden, insbesondere ein Steuerflugblatt in 350 000 Exemplaren. Die Parteipresse erfreut sich einer zunehmenden Verbreitung; ebenso die Organisation. Im Berichtsjahre sind 21 neue Ortsvereine gegründet worden. Die Beteiligung der Partei an den kommunalen Wahlen wächst von Jahr zu Jahr. In 88 Gemeinden sitzen zusammen 290 Parteigenossen auf den Rathäusern. Die Abgeordneten Keil und Hildenbrand referierten über die Tätigkeit der Landtagsfraktion und über die bevorstehenden Wahlen. In Sachen der kommenden Bezirkswahlen wurde eine Resolution angenommen, in der die Parteigenossen verpflichtet werden, im ersten Wahlgange in allen Bezirken auf die Vermehrung der Stimmenzahl unserer Partei hin zu wirken; in denjenigen Bezirken, wo ein Sieg der sozialistischen Kandidaten nicht wahrscheinlich ist, ist darauf zu achten, dass das Zustandekommen einer reaktionären Mehrheit der zweiten Kammer verhindert wird. Ausser den Bezirkswahlen sind demnächst auch in 2 Landtagswahlkreisen Neuwahlen vorzunehmen, und zwar nach dem Proportionalwahlsystem. Bei diesen müsse gesucht werden, auch den letzten Parteigenossen zur Abgabe seines Stimmzettels zu veranlassen.

Der Landesparteitag für das Herzogtum G o t h a beschloss unter anderem, in Zukunft 30 % der Einnahmen an den Parteivorstand abzuführen. Das tägliche Erscheinen des *Volksblattes* brachte einen grossen Fortschritt mit sich; die Abonnentensteigerung beträgt über 2000.

Auf dem Landesparteitag für das Herzogtum Braunschweig, der durch 56 Delegierte und sonstige Teilnehmer besucht war, wurde berichtet, dass die Zahl der organisierten Genossen um etwa 800 zugenommen hat; sie beläuft sich jetzt auf 2679. Das Parteiorgan wird vom 1. Januar an in eigener Druckerei hergestellt werden. Der Parteitag beschloss die Beteiligung an den Wahlen zum braunschweigischen Landtag durch Aufstellung eigener Wahlmänner und Kandidaten. Der Landesvorstand wurde beauftragt, eine Broschüre über die Bedeutung des Landtags für die arbeitenden Klassen herauszugeben.

× ×

Jugendorganisationen Nach Schluss des Parteitages, am 30. September, tagte in Mannheim die Generalversammlung des *Verbandes jugendlicher Arbeiter Deutschlands.* Anwesend waren 52 Delegierte von Jugendorganisationen für 37 Ortsvereine und 29 Parteidelegierte. Nach dem Statut soll es Aufgabe junger Arbeiter und Arbeiterinnen sein, das geistige und materielle Interesse ihrer Mitglieder zu fördern. Von einer straffen Zentralisation ist Abstand genommen. Der Verband besteht aus Einzelmitgliedern (Monatsbeitrag 20 Pf.) und Ortsvereinen, die für jedes Mitglied 10 Pf. an die Zentralkasse abführen müssen; dafür wird das Organ *Die junge Garde* gratis geliefert. Das Statut wurde nach kurzer Debatte fast einstimmig angenommen. Der junge Verband zählt heute 35 Ortsgruppen mit etwa 3000 Mitgliedern, die sich zum grössten Teil aus Süddeutschland, vornehmlich aus Baden, Hessen und der Pfalz rekrutieren. In Norddeutschland sind ja ebenfalls Ansätze für eine Jugendbewegung vorhanden, besonders in Berlin und Königsberg. Die Vereinsgesetze zwingen hier die Bewegung in eine mehr gewerkschaftliche Form. Nach einem Referat des Genossen Dr. Frank über den deutschen Parteitag und die Jugendbewegung wurde einer Resolution zugestimmt, in der die Unterstützung der Parteigenossen für die Jugendbewegung gefordert wird. Ferner wurde beschlossen, überall Lehrlingsschutzkommisionen zu bilden, welche die Ausführung der Lehrlingsschutzgesetze überwachen sollen. Der Genosse Katzenstein sprach über Alkohol und Jugend. In seiner Resolution wird allen Ortsvereinen und Verbandsmitgliedern die Förderung der alkoholgegnerischen Bestrebungen empfohlen; für den ersten wichtigen Schritt in dieser Richtung erklärt sie die Abschaffung des Genusses alkoholhaltiger Getränke bei allen geschäftlichen und belehrenden Zusammenkünften, sowie die Beseitigung des Trinkzwanges und der Verherrlichung des Alkoholgenusses bei allen Gelegenheiten. Hieran schloss sich ein Vortrag Dr. Karl Liebknechts über Jugend und Militarismus, in welchem dieser seinen bekannten Standpunkt vertrat. An den Verhandlungen nahm ausser vielen deutschen Parteidelegierten auch ein Vertreter der belgischen Sozialdemokratie teil. In Belgien werden die *Jeunes Gardes* von der sozialdemokratischen Partei bekanntlich sehr reichlich unterstützt, um alljährlich die grosse antimilitaristische Kampagne zu führen, die wir allerdings in Deutschland nicht nachahmen können und sollen.

× ×

Norwegen: *Storthingwahlen* Mit der Auflösung der Union zwischen Schweden und Norwegen, die unter Mitwirkung aller Parteien zu stande gekommen, waren fast alle Parteiunterschiede verwischt. Die Situation für die Sozialdemokratie war keine besonders günstige. Ein nicht unbeträchtlicher Teil der Mitglieder hatte für die Monarchie gestimmt; der Rest lief Gefahr, eine republikanische Bewegung zu ungünstiger Zeit zu veranstalten. Inmitten dieser allgemeinen Konfussion neigte sich die Regierung, die aus Männern der Linken und der Rechten zusamengesetzt war, mehr nach rechts. Das Programm, das sie aufgestellt — es war das erstemal in der politischen Geschichte Norwegens, dass die Regierung ein eigenes Programm entwickelte —, war eine Art liberal-konservativen Gemisches, das nach beiden Seiten ausgelegt werden konnte. Das erstaulichste für norwegische Begriffe war, dass es dem König das Recht der Parlamentsauflösung zusprach. Dieser Versuch ist aber so energisch zurückgewiesen worden, dass er wohl niemals mehr wiederholt werden wird.

Der *Storthing* zählt gegenwärtig 123 Mitglieder, davon sind 11 Sozialdemokraten. Die radikale Richtung ist die ausschlaggebende. Hält sich die Regierung zu dieser Tendenz, so wird sie eine längere Zeit am Ruder verbleiben können. Das Frauenwahlrecht, das im sozialistischen Programm obenansteht, scheint im *Storthing* eine Majorität zu haben. Es ist nur zu natürlich, dass nach einer Wahl, die unter solchen Umständen vorgenom-

men wird, wie diese erste ausserhalb der Union, ziemlich viel Verwirrung in der Politik herrscht. Von der sozialistischen Partei muss erwartet werden, dass die gewählten Kandidaten sich bemühen, Fehler zu vermeiden, Klarheit in die politische Situation zu bringen, und dass sie alles tun werden, in möglichster Harmonie für die Arbeitersache im *Storthing* zu arbeiten.

Der letzte Kongress hatte in mancher Beziehung einen etwas dogmatischen Charakter (vergl. den Bericht im vorigen Bande, pag 517), jedoch sind in dem Wahlkampfe sozialistische Dogmen fast gänzlich bei seite gelassen worden. Theorieen werden nicht mehr diskutiert, und das Zentralorgan hat sogar erklärt, dass die sozialistische Politik in Zukunft eine Politik des Opportunismus sein werde. Die gewählten sozialistischen Abgeordneten sind natürlich mehr oder weniger radikal in ihren Anschauungen, ohne dass man bestimmte Grenzlinien zwischen ihnen im Hinblick auf ihre *opportunistische* oder *revolutionäre* Taktik nach deutschen Begriffen ziehen könnte. Nissen dürfte zusammen mit Buen, dem Redakteur der *Ny Tid*, als der intransigente Flügel anzusehen sein. Diesen am nächsten steht Magnus Nilsen, der Parteisekretär, welcher in Kristiania gewählt wurde. Knudsen, der alte Parteiführer, hat immer als ein Verfechter *revolutionärer* Taktik gegolten, aber in seiner Politik ist er immer *opportunistischen* Richtlinien gefolgt. Dies erklärt sich wohl aus der Tatsache, dass das Thema *Revisionismus und Radikalismus* innerhalb der norwegischen Partei noch nie auf theoretischer Basis diskutiert worden ist. Als den Leiter der *opportunistischen* Taktik könnte man Gjostein bezeichnen, nächst ihm Alfred Eriksen. Diese Grenzlinien sind aber ziemlich willkürlich gezogen, und auf die praktische Politik der nächsten drei Jahre dürften die abweichenden *Tendenzen* kaum irgend welchen Einfluss gewinnen, schon deshalb nicht, weil kaum zu erwarten ist, dass eine Frage von dominierender Wichtigkeit auftauchen wird, die entzweien könnte.

Das Resultat der ersten norwegischen Wahlen ist folgendes: Abgegeben wurden 260 000 Stimmen; hiervon entfallen etwa 43 000 auf die Sozialisten. In einer grossen Zahl von Wahlkreisen haben die Sozialisten starke Minoritäten, in einigen fehlten ihren Kandidaten nur wenige Stimmen zum Siege. Dies ist besonders der Fall in einigen ländlichen Kreisen. Es muss hervorgehoben werden, dass eine grosse Zahl von Kleinbauern zum Sozialismus übergegangen ist. Auch die Temperenzbewegung ist stark sozialistisch durchsetzt, dominierten doch auf dem letzten Parteikongresse die Abstinenzler. Das sind sehr gute Zeichen, aber die Kehresite darf nicht unbeachtet bleiben, nämlich, dass weiten Kreisen unserer Wähler die sozialistische Erziehung noch gänzlich fehlt. Wenn die Partei vor unliebsamen Überraschungen bewahrt bleiben will, so muss viel zur Aufklärung getan werden.

× ×

Russland: Parteizwist Die russische Sozialdemokratie erlebt jetzt schwere Tage. Der Kampf zwischen beiden Fraktionen geht lustig weiter und lähmt die ganze Partei. Es herrscht eine grosse Zerfahrenheit und eine Unlust gegen die Leitung. Die Anhänger Lenins führen eine heftige Kampagne gegen das Zentralkomitee, dem sie *Opportunismus*, Ratlosigkeit, Schwachheit vorwerfen. Sie fordern die Einberufung eines ausserordentlichen Parteitags, der dieser *opportunistischen* Politik ein Ende machen soll. Der andere Teil der Partei, der sich um das bisherige Zentralkomitee schart, hält diese ausserordentlichen Parteitag für eine nutzlose und schädliche Vergeudung von Kraft und Geldmitteln, die besonders jetzt notwendig sind. Statt diese Kräfte auf einen Parteitag zu verwenden, dessen Vorbereitung und Durchführung unter unseren Verhältnissen mehrere Monate Zeit und einige Zehntausende an Geld in Anspruch nimmt und doch zu nichts führen wird, schlägt man vor, einen parteilosen Arbeiterkongress einzuberufen. Dieser Kongress soll nach dem Gedanken seiner Verfechter die Sozialdemokratie aus der Sackgasse befreien, in die sie geraten ist. Die bisherige Zusammensetzung der russischen Sozialdemokratie ergab eine Überwucherung des Einflusses einer Gruppe der *Intelligenz*, die nur wenig mit den breiten Schichten der Arbeitermasse verbunden ist. Daher die Unmöglichkeit, die Stimmung dieser Masse rechtzeitig zu erfahren und demgemäss eine richtige Losung zu geben. Die Partei muss so umgebildet sein, dass der Einfluss des Proletariats selbst mehr zur Geltung kommen kann. Dieses könnte durch die Organisation des Arbeiterkongresses herbeigeführt werden, da dabei das Proletariat selbst zu Worte kom-

men würde. Diese Idee wird aber von den Leninianern auf das heftigste bekämpft. Sie befürchten, dass dieser Kongress nur Wasser auf die Mühle der gegnerischen Organisationen sein werde; die Partei werde durch ihn zurückgedrängt, sie unterwerfe sich einer nichtsozialdemokratischen Institution etc. etc. Auf einer Konferenz der Organisationen des Zentralrayons Russlands, die aus Leninianern bestand, wurde die Agitation für den Kongress als *demagogisches Treiben* bezeichnet und eine dementsprechende Resolution angenommen. Der Hauptverfechter der Arbeiterkongressidee, Genosse Axelrod, lässt sich aber dadurch in seinen Ansichten nicht beirren; er arbeitet energisch weiter für ihre Verwirklichung. Auf seiner Seite steht auch G. Plechanow. Die organisierten Arbeiter sind im wesentlichen dafür. Die Hauptsache ist, dass die Arbeiterschaft in eine Massenbewegung eintritt.

Ungewiss ist freilich, ob der Kongress der Sozialdemokratie selbst zur Gesundung verhelfen wird. Zwar ist Aussicht dazu vorhanden, aber eine Garantie kann niemand übernehmen. Man darf deshalb sich nicht ausschliesslich dieser Idee widmen; andere Seiten der Parteitätigkeit dürfen nicht dadurch vernachlässigt werden. Das wäre gerade jetzt besonders unangebracht. Die Wahlkampagne rückt immer näher heran, und alle Parteien — die Regierung voran — rüsten sich zum äussersten Kampf. Die Sozialdemokratie muss ihrerseits schon jetzt Vorbereitungen zu diesem Kampf treffen. Die Kindereien der Leninianer, die alles Heil nur von einem bewaffneten Aufstand erwarten, dürfen die einsichtigen Sozialisten nicht beirren. Die Sozialdemokratie darf ihre Kraft nicht auf abenteuerliche Unternehmungen vergeuden, sondern muss zunächst den energischen Versuch machen, ihre gelichteten Reihen wieder zu verstärken, die etwas eingeschüchterte Arbeitermasse wieder in Bewegung zu bringen und sie mit sozialistischem Geist und Parteidisziplin zu erfüllen. Das ist eine Aufgabe, die noch längere Zeit ihre ganze Kraft absorbieren kann und auch muss.

× ×

Rumänien In Bukarest fand im September eine Konferenz der sozialdemokratischen Arbeiterorganisationen statt. Aus dem Bericht ergibt sich, dass in Rumänien heute ungefähr 30 Arbeiterorganisationen mit etwas mehr als 3000 Mitgliedern existieren. Die Partei besitzt ein Wochenblatt und hat bereits mehrere Flugblätter und Broschüren herausgegeben. Beschlossen wurde, vorläufig mehr die gewerkschaftliche Organisation zu pflegen, da man sich für den politischen Kampf noch zu schwach fühlt. Bei dieser Gelegenheit sei daran erinnert, dass schon bis vor 7 Jahren einmal eine ziemlich bedeutende sozialdemokratische Partei bestand, die dann durch den Druck der gegnerischen Parteien und der Behörden zu Grunde gerichtet wurde.

Als ein weiteres Zeichen des proletarischen Erwachens ist die Bildung einer *Kommission zur Verbreitung sozialdemokratischer Literatur in den jüdischen Arbeitermassen* zu betrachten. Diese Kommission hat einen Aufruf an alle jüdischen Arbeiter der ganzen Welt erlassen, in dem sie die elende ökonomische und politische Lage des rumänisch-jüdischen Proletariats schildert und für den Sozialismus Propaganda macht.

× ×

Vereinigte Staaten von Amerika Die polnisch-sozialistische Partei der Vereinigten Staaten hat kürzlich in New York ihre Jahreskonvention abgehalten. Vertreten waren 28 Delegierte. Aus dem Bericht des Vorstandes ist hervorzuheben, dass für die russische Revolution etwa 60 000 M. gesammelt wurden. Der Agitationskommission standen 102 Redner zur Verfügung, die in Hunderten von Versammlungen in den grösseren Städten der Vereinigten Staaten gesprochen haben; man betonte, dass die Kommission nicht allen Anforderungen nachkommen konnte. Es wurde beschlossen, einige Propagandaschriften herauszugeben und auch Sinclairs *The jungle* ins Polnische zu übersetzen. Besonders hervorgehoben wurde, dass unter der polnischsprechenden Bevölkerung weiter agitiert werden müsse, und dass der besondere sozialistisch-polnische Bund aufrecht zu erhalten sei, aber darum dürfe der Zusammenhang mit der Gesamtbewegung nicht verloren gehen.

× ×

Gotz † Die russische freiheitliche Bewegung hat einen schweren Verlust zu verzeichnen. Am 9. September verschied in Berlin ein hervorragendes Mitglied der *sozialrevolutionären* Partei, Michail Rafailowitsch Gotz. Der Verstorbene war 40 Jahre alt und seit früher Jugend in der sozialistischen Bewegung tätig. Schon im Oktober 1886 wurde er dank

einer Provokation des jetzt berüchtigten Subatow verhaftet und nach dem entlegensten Ort Sibiriens, nach Jakutsk, verschickt. Im Jahre 1889 fand in Jakutsk ein dramatischer Zusammenstoss zwischen den Verbannten und der Soldateska statt, wobei Gotz verwundet wurde. Er wurde dafür zu lebenslänglicher Zwangsarbeit in den Bergwerken verurteilt. Mitte der neunziger Jahre wurde die Jakutsker Affäre einer Revision unterzogen, wobei die Verurteilten von der Zwangsarbeit befreit wurden. Gotz konnte sich jetzt dem Studium und der Literatur widmen, wozu er immer neigte. Im Jahre 1899 wurde er amnestiert und kehrte aus Sibirien zurück. Zwei Jahre später ging er ins Ausland und widmete sich speziell dem Aufbau der *sozialrevolutionären* Partei. Er war Redakteur und Mitarbeiter der Hauptorgane dieser Partei, ohne seinen Rat wurde kein ernstes Unternehmen begonnen. Im März 1903 wurde Gotz in Neapel auf Veranlassung der russischen Regierung verhaftet, aber dank einer Presskampagne der italienischen Sozialisten und Demokraten freigesprochen. Die letzten Jahre seines qual- und arbeitsvollen Lebens waren für Gotz besonders schwer. Die Verbannung, die Zwangsarbeit, die Wunden, die er während des Zusammenstosses erhalten, haben auf seine Gesundheit eine unheilvolle Wirkung ausgeübt. Schon in Sibirien wurde seine Sehkraft schwächer, und er konnte nur mit Hilfe einer Lupe lesen. Im Ausland traf ihn ein Schlaganfall, und er war von da ab ans Zimmer gefesselt. Bald konnte er auch nicht selbst die Feder führen. Aber trotz alledem hörte er nicht auf, zu arbeiten, und schon gänzlich gelähmt, diktierte er seine Artikel, die einen ansehnlichen Kreis sympathisch gesinnter Leser erworben haben.

Gotz starb auf seinem Posten. Mit ihm ging ein hervorragender Mensch, ein treuer Soldat der russischen Freiheit, ein energischer und furchtloser Kämpfer in das unbekannte Land hinüber.

× ×

Kurze Chronik In Hannover wurde am 14. Oktober ein Grabdenkmal für den Genossen M e i s t e r enthüllt. Durch das Verbot der Polizei war jede Feier unmöglich gemacht. × Sozialdemokratische G e s c h w o r e n e sind in Baden schon mehrfach ausgelost worden. So auch jetzt wieder in Karlsruhe der Juwelier Wilhelm Strotz, der, vor 9 Jahren Landtagsabgeordneter, noch heute sich zu den Grundsätzen der Partei bekennt und diese als Stadtverordneter vertritt, und in Constanz der Führer der dortigen Sozialdemokratie, Malermeister Krohn. × In Rorschach (S c h w e i z) wurde bei einer Ersatzwahl unter 3 auch ein Sozialdemokrat als Richter gewählt. × Die Präfektur von Budapest hat dem Minister des Innern einen Bericht über die Tätigkeit der Sozialdemokratie im vergangenen Jahre erstattet, in dem dieser ein glänzendes Zeugnis für ihre eifrige Agitationsarbeit ausgestellt wird. Aus dem Berichte geht hervor, dass alle übrigen Parteien U n g a r n s zusammengenommen nicht eine so bedeutende Tätigkeit entwickeln, wie die Sozialdemokratie allein. In Budapest wurden 623 öffentliche Versammlungen abgehalten und mehr als eine halbe Million Broschüren und Flugblätter verbreitet. Den Organisationen haben sich über 21 000 Mitglieder angeschlossen, und die für die Propaganda verwendete Summe beträgt über 140 000 K.

HUGO POETZSCH

Gewerkschaftsbewegung

Partei und Gewerkschaft Mit dem Mannheimer Parteitag sind nunmehr auch die unleidlichen Erörterungen zwischen Partei und Gewerkschaften zum Abschluss gekommen. Die letzten Phasen dieses Streites waren so unerquicklich, wie die Vorgänge, die sich an den Cölner Gewerkschaftskongress anschlossen, und die wir in den *Sozialistischen Monatsheften* bereits besprochen haben (vergl. 1905, II. Bd., pag. 816). Die lokalistische *Einigkeit* hatte Bruchstücke aus dem vertraulichen Protokoll der Ende Februar dieses Jahres abgehaltenen Konferenz der Vorstände der Zentralverbände, in der auch das Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften erörtert worden war, veröffentlicht. Durch diese Veröffentlichung, die vom *Vorwärts* als eine »Infamie« bezeichnet worden war, sollten dem Parteivorstand Ungelegenheiten bereitet werden, da er, wie in der Konferenz berichtet worden war, in der Frage des Massenstreiks mit der *Generalkommission* Vereinbarungen anzubahnen versucht hatte, die mit der vom Parteitag in Jena in dieser Frage eingenommenen Stellung angeblich im Widerspruch standen. Der *Vorwärts* richtete daraufhin an die *Generalkommission* das Ersuchen auf Veröffentlichung des vertraulichen Protokolls der Vorstände-

konferenz, und als das der Konsequenzen halber abgelehnt wurde, wandte sich nunmehr mit dem gleichen Ersuchen der Parteivorstand an die *Generalkommission* und die Zentralvorstände. Auch dieses Ersuchen wurde seitens der Zentralvorstände mit grosser Mehrheit abgelehnt, nicht weil die Gewerkschaftsleitungen irgend welche Dinge aus dieser Konferenz zu verheimlichen hatten, oder weil sie sich der dort gepflogenen Verhandlungen zu schämen brauchten, sondern weil sie sich durch die Lokalisten zu einem solch ausserordentlichen Schritte, wie es die Publikation eines sekreten Schriftstückes ist, nicht drängen lassen wollten. Nunmehr verfügte der Parteivorstand seinerseits die Veröffentlichung des Protokolls. Wenn es über diesen Schritt, der von der grossen Mehrzahl der gewerkschaftlichen Organe entschieden gemissbilligt wurde, zu weitgehenderen Erörterungen nicht kam, so lag das am letzten Ende daran, dass sowohl in den Parteikreisen, wie innerhalb der Gewerkschaften ein lebhaftes Bedürfnis nach Beilegung der ganzen Streitereien sich bemerkbar machte. Das zeigte sich schon in den Erörterungen, die im Anschluss an die Veröffentlichung des Protokolls sowohl in der Parteipresse, wie in den Gewerkschaften erfolgten. Das zeigte sich vor allem auch bei den Verhandlungen auf dem Parteitag über den Punkt *Massenstreik*, nicht zuletzt auch in der fast einhelligen Annahme der Resolution Bebel-Legien. Wir können uns dieses Beschlusses und der ganzen Debatte über diese Frage in Mannheim nur freuen. Denn unsere Bewegung, sowohl die politische, wie die gewerkschaftliche, hat von den unleidlichen Auseinandersetzungen, wie sie seit mehr als einem Jahr zwischen Partei und Gewerkschaften geführt worden sind, wahrlich wenig Gewinn gehabt, ihre Werbe- und Stosskraft dürfte durch die Mannheimer Verhandlungen aber bedeutend gestärkt worden sein.

×　　×

Unterrichtskurse

Wir wir bereits kurz mitteilten, hat der erste der von der *Generalkommission* arrangierten gewerkschaftlichen Unterrichtskurse in der Zeit vom 20. August bis zum 15. September in Berlin stattgefunden. Diese Unterrichtskurse, über deren Zweckmässigkeit und Notwendigkeit wir uns schon des ausführlicheren verbreitet haben (siehe meinen Artikel *Gewerkschaftliche Unterrichtskurse* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1905, I. Bd., pag. 438 ff.) wurden von der *Generalkommission* auf Grund eines Beschlusses des Cölner Gewerkschaftskongresses, und nachdem die vielbesprochene Vorständekonferenz im Februar dieses Jahres sich in zustimmendem Sinne dazu geäussert hatte, im Sommer dieses Jahres eingerichtet.

Als Lehrgegenstände sind zunächst vorgesehen: 1. Geschichte und Theorie der deutschen Gewerkschaften, Vortragender Carl Legien (12 Vorträge und 8 Diskussionsstunden), 2. die gegnerischen Gewerkschaften in Deutschland, Vortragender Paul Umbreit (8 Vorträge und 4 Diskussionsstunden), 3. die Gewerkschaftsbewegung im Auslande, Vortragender Eduard Bernstein (8 Vorträge und 4 Diskussionsstunden), 4. die Versicherungsgesetzgebung, Vortragende Gustav Bauer und Robert Schmidt (8 Vorträge und 4 Diskussionsstunden), 5. Arbeiterschutz, Vortragender Paul Umbreit (12 Vorträge und 4 Diskussionsstunden), 6. der gewerbliche Arbeitsvertrag, Vortragender Simon Katzenstein (8 Vorträge und 4 Diskussionsstunden), 7. Nationalökonomie, Vortragender Max Schippel (16 Vorträge und 8 Diskussionsstunden), 8. Kartelle und Unternehmervereinigungen, Vortragender Richard Calwer (8 Vorträge und 4 Diskussionsstunden), 9. Einführung in die Statistik, Vortragender Max Schippel (8 Vorträge und 4 Diskussionsstunden), 10. gewerkschaftliche Literatur, Vortragender Johann Sassenbach (4 Vorträge und 2 Diskussionsstunden), 11. Buchführung und kaufmännischer Verkehr, Vortragender Bruno Buchwald (4 Vorträge und 2 Diskussionsstunden).

An dem ersten Kursus haben 35 Gewerkschaftsbeamte und 3 Hospitanten teilgenommen.

Über die Zweckmässigkeit dieser Einrichtung herrscht unter den Teilnehmern am ersten Unterrichtskurse eine Meinung, allgemein wird aber über zu grosse Belastung des Unterrichts mit Lehrstoff geklagt. Ob diesem Mangel besser abgeholfen wird, indem einige Fächer vorerst aus dem Lehrplan ausgeschieden, oder ob die jetzt 4wöchentliche Unterrichtszeit auf 6 oder 8 Wochen verlängert wird, darüber kann erst nach längerer praktischer Erfahrung entschieden werden. Jedenfalls kann man nur wünschen, dass es die *Generalkommission* bei einem erstmaligen Versuche nicht bewenden lässt, sondern den für

den Herbst arrangierten drei Unterrichtskursen weitere folgen lässt.

× ×

Konzentration der Gewerkschaften In der letzten Zeit macht sich in den Gewerkschaften mehr und entschiedener, als je, das Bestreben auf grösseren Zusammenschluss der Organisationen bemerkbar. So wird in den Lederarbeiterorganisationen seit Monaten schon lebhaft über die Frage der Gründung eines Industrieverbandes für alle Lederberufe diskutiert. Und auch die Arbeiterorganisationen der Verkehrsberufe beschäftigen sich zurzeit mit der eventuellen Gründung eines einheitlichen Industrieverbandes. Bereits haben sich die Generalversammlungen der Hafenarbeiter, Eisenbahner, Handel- und Transportarbeiter und Seeleute mit dieser Frage beschäftigt, und sie haben der Gründung eines Industriearbeiterverbandes im Prinzip zugestimmt. Am 7. und 8. September hat daraufhin eine Konferenz von Vorstandsvertretern der Verbände der Handels- und Transportarbeiter, Hafenarbeiter, Seeleute, Eisenbahner, Maschinisten und Heizer stattgefunden, um die Grundlage für eine einheitliche Organisation aller im Handels- und Transportgewerbe beschäftigten Arbeiter zu schaffen. Im Prinzip wurde denn auch von den vier erstgenannten Verbänden der Zusammenschluss in einen Industrieverband beschlossen. Wenn der Zusammenschluss vollzogen ist, soll spätestens im Jahre 1909 eine gemeinsame Generalversammlung der zusammengeschlossenen Verbände über das neue Verbandsstatut beschliessen. Um den einzelnen grossen Branchen möglichste Aktionsfähigheit zu geben, sollen für diese Reichs- und Ortssektionen errichtet werden. Die Leitungen der Reichssektionen, deren Sitz später, den praktischen Bedürfnissen entsprechend, festgelegt werden soll, sollen sich speziell mit den besonderen Berufsverhältnissen und der Agitation befassen. Für die Beitragsberechnung soll der im Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiterverband übliche Modus als Grundlage dienen. Die beteiligten Organisationen wollen sich bestrebt zeigen, ihre Beiträge baldigst dementsprechend zu erhöhen. Auch soll eine Erwerbslosenunterstützung einheitlich zur Einführung gelangen. Für den ganzen Verband soll ein gemeinsames Fachblatt wöchentlich einmal erscheinen; ausserdem sollen für die verschiedenen grösseren Reichssektionen, so für die Eisen- und Strassenbahner, die Seeleute etc., noch besondere Fachorgane herausgegeben werden. Die Organisation soll den Namen *Deutscher Transportarbeiterverband* tragen. Man kann nur wünschen, dass die Gründung dieser Organisation, die ihre wirtschaftlichen Aufgaben bei weitem leichter durchführen könnte, als die bestehenden Transportarbeiterverbände, sich bald ermöglicht. Inzwischen vollzieht sich langsam der Anschluss einer grösseren Zahl kleiner, zumeist lokaler Gewerkschaften an die grossen leistungsfähigen Zentralverbände. So sind vor einiger Zeit schon drei alte Solinger Lokalorganisationen, die Vereine der Taschen- und Federmesserausmacher, -schleifer und -reider, und eine Goldarbeiterorganisation in Hanau zum Anschluss an den Metallarbeiterverband geschritten. Ferner haben sich am 1. Oktober die Verbände der Vergolder und der Maschinenarbeiter mit rund 3600 Mitgliedern dem Holzarbeiterverbande angeschlossen. Und der *Verein Berliner Hausdiener*, wie der *Verein der Droschkenführer Berlins* haben soeben erst den Anschluss an den Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiterverband beschlossen. Die wirtschaftliche Entwickelung bedingt nun einmal den Zusammenschluss der Arbeiter in grosse leistungsfähige Gewerkschaften.

In Bergarbeiterkreisen gewinnt der Gedanke der Einigung aller Bergarbeiterverbände immer mehr an Boden. So wurde in Nr. 35 der *Bergarbeiterzeitung* ein Aufruf von Bergarbeitern aus den verschiedenen Organisationslagern veröffentlicht, der sich an die Bergarbeiter Deutschlands wendet. Die Unterzeichner des Aufrufs hatten sich schon am 15. Juli mittels Einschreibebrief an den Vorsitzenden der Siebenerkommission, J. Efferts, gewandt, um diesen zur Einberufung einer Revierkonferenz zu veranlassen, mit der Tagesordnung *Die Verschmelzung der bestehenden Verbände zu einem einzigen.* Der Brief wurde nicht beantwortet, so dass sich die Briefschreiber nunmehr mit einem Aufruf an die Bergarbeiter selbst wenden, sie auffordernd, sie in ihrem Bestreben auf Schaffung einer einzigen einheitlichen Bergarbeiterorganisation zu unterstützen.

× ×

Kongresse und Verbandstage In der Zeit vom 23. bis zum 28. September tagte in Frankfurt a. M. die 4. Generalversammlung des Bild-

hauerverbandes. Der grössere Teil der Delegierten sprach sich gegen einen Übertritt in den Holzarbeiterverband aus; einer Änderung der Organisationsform soll erst dann näher getreten werden, wenn die Entwickelung der ökonomischen Verhältnisse im Berufe, sowie die bei den gewerkschaftlichen Kämpfen gesammelten Erfahrungen dazu drängen. Der Vorstand wurde mit der Abschliessung von Kartellverträgen mit verwandten Organisationen zwecks besserer Durchführung der Lohnbewegungen und der Agitation beauftragt. Der Beitrag wurde auf 75 Pf. pro Woche festgesetzt. Für die in der Massenartikelbranche tätigen Mitglieder kann der Beitrag auf 50 Pf. pro Woche ermässigt werden. Der Vorstand wurde um einen besoldeten Beamten vermehrt.

Eine 1. Jutearbeiterkonferenz Deutschlands tagte am 7. Oktober in Braunschweig. Sie war einberufen vom Vorstand des Textilarbeiterverbandes und beschäftigte sich in der Hauptsache mit beruflichen und agitatorischen Fragen.

× ×

England: Gewerkschaftskongress Der diesjährige Kongress der britischen *Trades-Unions,* der vom 3. bis 8. September in Liverpool tagte, stand unter dem Einfluss der letzten Parlamentswahlen und der fortschreitenden Entwickelung der neuen Arbeiterpartei. Mehr und mehr gewinnt innerhalb der englischen Gewerkschaftswelt die Meinung an Boden, die politische Organisation der Arbeiterklasse sei zumindest ebenso wichtig, wie die gewerkschaftliche. Von den Parlamentsmitgliedern, die in das parlamentarische Komitee des Kongresses gewählt worden waren, gehören 6 zur Arbeiterpartei, 2 sind liberale Arbeiterabgeordnete, die aber durch Votum ihrer Gewerkschaften bald zum Anschluss an die Arbeiterpartei genötigt sein dürften. Erfreulich war die Annahme eines Antrages auf Garantie eines gesetzlichen Minimallohnes von 30 s. für Staatsarbeiter, ferner die Annahme einer Resolution auf Einführung eines nationalen Systems von Alterspensionen. Wieder erklärte man sich für Verstaatlichung von Eisenbahnen, Kanälen und Bergwerken. Der Antrag Ben Tillets auf Einführung obligatorischer Schiedsgerichte nach Neuseeländer Muster wurde auch in Liverpool abgelehnt. Schliesslich wurden wiederum Resolutionen zu gunsten der Erhöhung der Zahl der Gewerbeinspektoren, der Wohnungsreform, des Achtstundentages und des obligatorischen Nachwägens von Erzeugnissen, bei denen die Entlohnung nach dem Gewichte der fertiggestellten Waren festgesetzt ist, angenommen. Zu der Vorlage, betreffend das Gewerkschaftsrecht, erklärte der Kongress, dass keine Fassung dieses Gesetzes akzeptiert werden könne, die nicht die völlige Unantastbarkeit der Gewerkschaftskassen gewährleiste.

× ×

Kurze Chronik Der Verband der Zimmerer ist im I. Halbjahr 1906 auf 50811 Mitglieder gestiegen (Ende 1905: 43253). × Der Verband der Hutmacher im gleichen Zeitraum von 5517 auf 6121 Mitglieder. × Der Verband der Handschuhmacher von 3100 auf 3198. × Die *Bäckerzeitung*, das Organ des österreichischen Bäckerverbandes, hat das 20jährige Jubiläum ihres Bestandes gefeiert.

ERNST DEINHARDT

Genossenschaftsbewegung

Nationalgenossenschaft Einen Schritt auf das von J. C. Gray auf dem letzten englischen Genossenschaftstag (vergl. pag. 695) entwickelte Ideal zu würde die Ausführung eines Beschlusses bedeuten, den eine vor kurzem in Glasgow abgehaltene Konferenz schottischer Genossenschafter gefasst hat. In dieser Versammlung hielt James Deans ein Referat, in dem er betonte, dass jenes Ideal einer Nationalgenossenschaft nur auf dem Wege einer allmählichen Entwickelung, das heisst also zunächst durch Verschmelzung von in enger Nachbarschaft gelegenen Konsumvereinen erreicht werden könne. Allein in Glasgow und Umgebung existieren 12 Genossenschaften, die vereinigt 64000 Mitglieder und einen Jahresumsatz von 42157540 M. aufweisen und damit die grösste Genossenschaft Englands darstellen würden. 4 kleinere Vereine in der weiteren Umgebung mit 2361 Mitgliedern und 1920860 M. Umsatz würden die zweite Gruppe bilden. 6 im Distrikt Clydebank befindliche die dritte und 14 sehr kleine Vereine die vierte Gruppe. Die Folge einer solchen Verschmelzung würde eine kolossale Steigerung der Leistungsfähigkeit sein. Die Versammlung nahm nach eingehender Debatte einstimmig die von Deans vorgeschlagene Resolution an, die sich für die Bildung einer schottischen National-

genossenschaft ausspricht und als Vorstufe hierzu die Verschmelzung benachbarter Konsumvereine empfiehlt.

× ×

Gartenstädte Die englische Gartenstadt Letchworth bei Hitchin entwickelt sich weiter in vorzüglicher Weise. Zu den 6 bereits vorhandenen sind 2 neue Industriefirmen getreten, eine Maschinenstickerei, die 30 Arbeiter in der Werkstatt und eine Anzahl zu Hause beschäftigen wird, und eine bekannte Verlagsfirma mit Druckerei (250 Arbeiter). Auch ein grosser *Cooperative Store* ist kürzlich in Gegenwart Maxwells, des Direktors der schottischen *C.W.S.* eröffnet worden. Bis jetzt zählt die Stadt 2050 Einwohner und 300 fertige Häuser. Es herrscht in ihr ein reges geistiges Leben, da naturgemäss die Angehörigen ausgesprochener sozialer, ethischer, religiöser Richtungen sich hier zusammenfinden. Das glückliche Letchworth besitzt bereits nicht weniger als 28 politische, Bildungs- und Sportvereine. In einem von der Frauengruppe der *Garden City Association* der Stadt geschenkten Volksheim mit Versammlungs- und Konzertsaal, Bibliothek etc. finden diese Bestrebungen einen Mittelpunkt.

Die deutsche Gesellschaft berichtet über die Gründung weiterer Ortsgruppen in Karlsruhe, Freiburg i. B., Constanz und Mannheim und eine Verdoppelung ihrer Mitgliederzahl im laufenden Jahre. Damit hat sich nun aber auch das Bedürfnis fühlbar gemacht, an Stelle der etwas spärlich fliessenden Nachrichten durch die *Korrespondenz* regelmässigere und umfangreichere Informationen an Mitglieder und Presse gelangen zu lassen. So hat die Gesellschaft ein Anerbieten des Vereins *Lebensreform* angenommen, mit diesem gemeinsam ein monatlich erscheinendes Organ herauszugeben, das den Titel *Neuland, Zeitschrift für Siedlungswesen und Dezentralisation*, führen wird. Wie ferner mitgeteilt wird, hat die Ortsgruppe Karlsruhe die Absicht, ein in nächster Nähe gelegenes 70 ha grosses Gelände zum Zwecke eines praktischen Unternehmens zu erwerben.

× ×

Treichler † Der Nestor der schweizerischen Konsumvereinsbewegung ist in dem am 6. September im Alter von 84 Jahren verschiedenen Professor Dr. J. J. Treichler dahingegangen. Über seinen Lebens- und Werdegang brauchen wir uns an dieser Stelle nicht zu verbreiten; dies geschieht in einem besondern Artikel aus der Feder Hans Müllers, der in dieser Zeitschrift erscheint. In Gemeinschaft mit Karl Bürkli wurde Treichler im Jahre 1851 Gründer der ersten wirklichen schweizerischen Konsumgenossenschaft, des berühmten Züricher Konsumvereins. Müller nennt in seiner *Geschichte der schweizerischen Konsumvereine* den Züricher ein sozialistisches Experiment, da es nicht der Not, sondern den im *Grütliverein* gepflogenen theoretischen Debatten sein Leben verdankte. Jedenfalls war es ein glückliches Experiment: der Züricher Verein erreichte unter der hingebenden Leitung der beiden genannten Männer nicht nur bald selbst eine ungemein hohe Blüte, er wurde auch zum Vorbild und Ansporn für immer weitere Konsumvereinsgründungen in der ganzen Schweiz. Leider hat er seine dominierende Stellung nicht festzuhalten gewusst; infolge innerer Zwistigkeiten entartete er, und heute ist er nichts anderes als eine gewöhnliche handeltreibende Aktiengesellschaft. Das war der grosse Schmerz und die grosse Enttäuschung im Leben Treichlers, dass er diese Entwickelung nicht aufzuhalten vermochte. Trotz aller äusseren Wandlungen blieb Treichler bis zuletzt innerlich ein warmer Freund des Genossenschaftswesens, der mit Freude und lebhaftem Interesse die Fortschritte der von ihm mit ins Leben gerufenen schweizerischen Bewegung verfolgte.

× ×

Kurze Chronik Der älteste existierende deutsche Konsumverein, die *Neue Gesellschaft zur Verteilung von Lebensbedürfnissen von 1856* in Hamburg, feierte am 15. September ihr 50jähriges Jubiläum. Er hat heute 24000 Mitglieder und einen Jahresumsatz von zirka 6 Mill. M. Er besitzt 36 Kolonial- und 3 Schuhwarenläden und betreibt eine Kaffeerösterei. × Die Hamburger *Produktion* beabsichtigt die Einrichtung einer grossen mit allen neuzeitlichen Einrichtungen (Maschinenbetrieb, Luftkühlung, Gefriereinrichtung) versehenen Schlächterei. Der bisherige Schlächtereibetrieb, in dem im letzten Halbjahr 1725 Schweine, 84 Rinder und 51 Kälber verarbeitet wurden, trug mehr den Charakter eines Provisoriums. × Der Leipzig-Plagwitzer Konsumverein hatte in seinem letzten Geschäftsjahr einen Umsatz von

14 299 471 M. und einen Nettoüberschuss von 1 336 644 M. Der Fleischereibetrieb schloss diesmal mit einem Reingewinn von 37 718 M., der Bäckereibetrieb mit einem solchen von 65 799 M. ab. Der Mitgliederbestand am 30. Juni betrug 38 359, die Zahl der Angestellten 905. ✕ Auch der Konsumverein München-Sendling hat beschlossen, eine eigene Molkerei zu errichten. ✕ In Aachen und Crefeld ist die Gründung von Warenhäusern durch genossenschaftlich vereinigte Detaillisten beschlossen, wie dies schon in Hagen, allerdings mit negativem Erfolge, versucht wurde. ✕ In Frankreich hat man wieder einmal eine Grosseinkaufsgesellschaft gegründet, diesmal nach dem Muster der englischen *C. W. S.* Gründer sind die der *Bourse coopérative socialiste* angeschlossenen sozialistischen Konsumvereine, die bereits ein Kapital von 30 000 fr. aufgebracht haben sollen. ✕ Ein *allerletzter Rochdaler Pionier* ist in der Person Abraham Howards in Liverpool gestorben.

GERTRUD DAVID

Frauenbewegung

Sozialdemokratische Frauenkonferenz

Am 22. und 23. September fand in Mannheim die in 2jährigem Turnus wiederkehrende Frauenkonferenz statt. Sie war von 52 Delegierten besucht, die 56 Mandate vertraten; ausserdem wohnte eine stattliche Zahl von weiblichen und männlichen Zuhörern den Verhandlungen bei: ein deutlicher Beweis für das zunehmende Interesse, dessen sich die proletarische Frauenbewegung erfreut Der Bericht der Vertrauensperson und die Berichte aus den einzelnen Landesteilen liessen erkennen, dass die Anteilnahme der Arbeiterinnen an dem öffentlichen Leben im Wachsen begriffen ist. Die Zahl der in Bildungsvereinen organisierten Frauen beträgt etwa 8000. 5000 Genossinnen machen in Gebieten, in denen die Vereinsgesetze die Teilnahme von Frauen am politischen Leben ausschliessen, von der Einrichtung der freiwilligen Beitragskarten Gebrauch. Die Einnahmen sind in dem 2jährigen Zeitraum von 2500 auf 8000 M. gewachsen.

Die Referate behandelten, bis auf das der Genossin Zietz, Angelegenheiten, die, unbeschadet des den allgemeinen Fragen auch von seiten der Frau zuzuwendenden Interesses, ausschliesslich die Interessenssphäre der Frau betrafen. Die Nürnberger Arbeitersekretärin Genossin Grünberg behandelte die Dienstbotenfrage. Die Forderungen, die sie ihren Ausführungen zu Grunde legte, sind so gehalten, dass sie schon in allernächster Zeit ihre Verwirklichung finden können, wenngleich die Schwierigkeiten der Regelung gerade dieser Materie, in Anbetracht der vorwiegend kleinbürgerlichen Hausfrauenexistenzen, nicht verkannt werden sollen. Der Vortrag der Genossin Zietz sollte die Agitation unter den Landarbeiterinnen behandeln. Er brachte ein überreiches geschichtliches und dem heutigen Leben entnommenes Tatsachenmaterial in übersichtlicher Gruppierung, woraus sich dann mit zwingender Logik die Folgerungen ergaben: Beseitigung der Gesindeordnung, Gleichstellung der Landarbeiter mit den Industriearbeitern, Koalitionsrecht, Verbot der Kindererwerbsarbeit etc. Zu bedauern ist nur, dass die Referentin zwar die Fülle der Missstände aufzeigte und auch entsprechende Besserungsvorschläge machte, es aber völlig unterliess, Mittel und Wege anzugeben, wie denn nun die Agitation unter den Landarbeiterinnen zu betreiben sei. Von grosser Redekunst und glühender Begeisterung zeugte der Vortrag der Genossin Zetkin über die Frage des Frauenstimmrechts. Man wird ihr auch sachlich in den meisten Punkten beipflichten können. Nicht zuzustimmen ist indes der fanatischen Ausschliesslichkeit, mit der sie das Kampfgebiet des Frauenstimmrechts für die Proletarierin allein in Anspruch nahm. Auch die Arbeiterinnen könnten anfangen, mit der Tatsache zu rechnen, dass das Schlagwort von der *einen reaktionären Masse* nicht zutrifft, und dass in bestimmten Fragen ein Zusammengehen aller fortschrittlichen Elemente sehr wohl denkbar und wünschbar ist, unbeschadet aller grundsätzlichen Verschiedenheit, die gefestet genug sein müsste, um durch ein zeitweiliges gemeinschaftliches Vorgehen mit anderen unerschüttert zu bleiben. Sehr zu bedauern ist auch angesichts des Tadels, mit dem die Genossin Zetkin das Verhalten der ausländischen Bruderparteien in Sachen des Frauenwahlrechts bedenken zu sollen glaubte, dass durch eine Ungeschicklichkeit oder ein Versehen der Vertreterin der österreichischen Genossinnen, Adelheid Popp, das Wort zur Klarstellung verweigert wurde. Über eine der wichtigsten Frauenfragen, über den Schwangeren- und Wöchnerinnenschutz, referierte Genossin Käte Duncker. Sie sprach im Gegensatz zu den übrigen Vortragenden nicht sehr fliessend, zu-

weilen etwas stockend und mit wenig äusserlicher Verve, machte aber gerade wegen dieses gänzlichen Mangels an Routine durch die schlichte Sachlichkeit ihrer Darlegungen grossen Eindruck. Den Leitsätzen, in denen sie ihre Mindestforderungen zusammenfasste, wird man grösstenteils zustimmen müssen.
Ob die Frauenkonferenz gerade das geleistet hat, was man von einer solchen Veranstaltung verlangen kann: unmittelbar praktische Gegenwartsarbeit, ob sie Wege gezeigt hat, die sofort beschritten werden können, darüber kann man gewiss verschiedener Ansicht sein. Auf jeden Fall erweist sich die Institution als ein Dokument dafür, dass die Frauen durch gründliche Behandlung der einzelnen Materien immer mehr ihre geistige Gleichberechtigung mit gleichstrebenden Männern zu erringen trachten.

× ×

Bund deutscher Frauenvereine Der *Bund deutscher Frauenvereine* hielt seine 7. Generalversammlung vom 3. bis zum 7. Oktober in Nürnberg ab. Weittragende Gesichtspunkte sind auf dieser Tagung nicht wahrgenommen worden. Man hatte alle Zeit und Kraft nötig, um dem Bunde eine neue Verfassung zu geben, die doch schliesslich alles hübsch beim alten lässt. Diese unfruchtbaren Diskussionen sind im Interesse der doch so notwendigen bürgerlichen Frauenbewegung um so mehr zu beklagen, als während der Verhandlungen klar zu Tage trat, über welch tüchtige Kräfte sie verfügt. Nicht unerwähnt sollen indessen zwei Lichtpunkte bleiben. Ein vom Berliner Verein *Frauenwohl* gestellter und von Fräulein Lischnewska wirksam begründeter Antrag, nach dem der Bund gehalten sein soll, ›auf seinen regelmässigen Tagungen grundlegende und zeitgemässe Fragen der Frauenbewegung zur Verhandlung zu stellen‹, gelangte zur Annahme. Das zweite Erfreuliche ist die Wiederwahl der Frau Marie Stritt als Bundesvorsitzende, durch die dem Bunde nicht nur eine tüchtige organisatorische Kraft und hervorragende Verhandlungsleiterin erhalten bleibt, sondern auch noch einmal der Ansturm reaktionärer Elemente abgeschlagen wurde. Der selben reaktionären Elemente, die den Frauentag leider um den Ruhm einer einmütig angenommenen Resolution gegen die russischen Greuel brachten. Diese Resolution, die zwar nicht einhellig, aber mit grosser Majorität angenommen wurde, lautet: ›Der in Nürnberg versammelte *Bund deutscher Frauenvereine* gibt seiner tiefen Empörung Ausdruck über die jeder Gesittung hohnsprechenden Greueltaten, die in Russland aus Rassenhass und im Interesse der Aufrechterhaltung der Autokratie fortgesetzt an wehrlosen Frauen und Kindern verübt werden. Er gedenkt ferner mit hoher Bewunderung derjenigen russischen Frauen, die an dem gewaltigen Ringen ihres Volkes um persönliche und bürgerliche Freiheit so heldenhaft teilnehmen.‹
In den Kommissionen und öffentlichen Abendversammlungen wurden verschiedene zeitgemässe Themata behandelt. Die Leitsätze, soweit solche dazu veröffentlicht wurden, verlangen für die Abteilung *Strafrecht* unter anderm die Aufhebung aller Sonderbestimmungen zum Nachteil oder auch zu gunsten der Frau. Im Vortrag *Mutterschutz* wurde verlangt, dass eine Mutterschaftsversicherung geschaffen werde, die alle Personen weiblichen Geschlechts mit einem Gesamtfamilieneinkommen von weniger als 3000 M. umfassen soll; in die Kosten haben sich die Versicherungsnehmer, die Krankenkassen, die Arbeitgeber und Kommunen, sowie die Alters- und Invalidenversicherung und das Reich zu teilen.

× ×

Wahlrecht In Kopenhagen fand vom 7. bis zum 11. August die internationale Frauenstimmrechtskonferenz statt. Sie brachte zusammenfassende Berichte über die innerhalb der letzten 2 Jahre in den verschiedenen Ländern zu verzeichnenden Fortschritte der Stimmrechtssache, über die auch in dieser Zeitschrift fortlaufend referiert worden ist. Beschlossen wurde die Gründung eines besonderen internationalen Pressorgans für den *Weltbund*, ferner die Herausgabe eines Handbuches für das Frauenstimmrecht.
Die deutsche Volkspartei hat auf ihrer Münchener Tagung Ende September sich auch mit der Frage des Frauenstimmrechts befasst (vergl. die Rubrik *Soziale Kommunalpolitik*, pag. 968). Sie ist ihm grundsätzlich wohl geneigt und will es in der Theorie auch für alle Frauen erobern. In der Praxis aber sieht sie heute davon ab, diese Forderung ihrem Gemeindeprogramm einzuverleiben, da darin nur Durchführbares aufgenommen werden soll. Demnach halten die Demokraten die Einheitsschule, die Unentgeltlichkeit der

Lehrmittel und den Ausschluss des Mitwirkungsrechts der Kirche an der Schule für heute durchführbar, das Frauenstimmrecht aber nicht.

In England haben sich nunmehr von 600 Mitgliedern des Unterhauses 410 für das Frauenstimmrecht verpflichtet. Die Geschäftsordnung macht es indes der Minderheit noch immer möglich, die Entscheidung zu verzögern.

In der Provinz Ancona (Italien) wurde von 10 Frauen das Wahlrecht verlangt. Das angerufene Appellationsgericht hat zu ihren Gunsten entschieden.

× ×

Gewerkschaftliche Organisation Die Zahl der der *Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands* als Mitglieder von Zentralverbänden angeschlossenen weiblichen Arbeiter betrug im Durchschnitt des Jahres 1905 in 34 Verbänden 74 411 gegenüber 48 604 im Durchschnitt des Jahres 1904, also eine Zunahme von 53,1 %. Den grössten absoluten Zuwachs haben die Textilarbeiter erfahren, ihnen zunächst kommen die Metallarbeiter und die Tabakarbeiter; die relativ höchste Zunahme haben die Wäschearbeiter aufzuweisen. Im IV. Quartal 1905 betrug die Zahl der in den Verbänden angeschlossenen Arbeiterinnen 89 431.

In Österreich waren 1905 28 402 Arbeiterinnen organisiert, das bedeutet einen Zuwachs von 117,56 %. In England gab es im Jahre 1904 148 Gewerkschaften, die insgesamt 125 094 weibliche Mitglieder zählten; im ganzen sind dort 6,7 % aller Gewerkschaftsmitglieder weiblich.

× ×

Kurze Chronik Der Gedanke der Gemeinschaftserziehung beginnt sich durchzusetzen. In Sachsen sollen künftig genügend vorgebildete Mädchen als Hospitantinnen in den Oberklassen der Gymnasien zugelassen werden. Ebenso hat das hessische Ministerium die Zulassung von Mädchen in die höheren Knabenschulen von Mainz gestattet. × Die Zahl der in Deutschland studierenden Frauen betrug im Sommersemester 1906 1452, von denen 184 immatrikuliert waren. × Die internationale Konferenz für Arbeiterschutz hat mit gesetzlicher Verpflichtung für alle angeschlossenen Staaten das Verbot der industriellen Nachtarbeit der Frauen durchgesetzt (vergl. die Rubrik *Sozialpoltik*, pag. 966). Nur Japan hat sich einstweilen nicht einverstanden erklärt. × Die *Mädchen- und Frauengruppen für soziale Hilfsarbeit* in Berlin haben, wie jedes lebendige Gebilde, das einem Bedürfnis genügt, ein gedeihliches Wachstum zu verzeichnen. Die Mitgliederzahl beträgt jetzt 755. Der Jahresbericht bringt das Jahresprogramm für 1906-1907, aus dem hervorgeht, wie vieles Erspriessliche hier in praktischer und theoretischer Arbeit geleistet wird. × Der Tätigkeitsbericht der Berliner *Arbeiterinnenheime* ergibt, dass im Jahre 1904-1905 die Zahl der Gäste 45 975, gegen 39 855 im vorigen, betrug. HENRIETTE FÜRTH

KUNST

Dichtkunst

Erzählungen Der Dichter, der entsagende Charaktere zeichnet, Menschen, die sich nicht leichten Herzens ihrer wilden Lebensfreude begeben, sondern mit schweren, schmerzenden Kämpfen, hat bei dem weichen und gedrückten Leser stets seinen Vorteil. Diese Erfahrung hat die kleinen Rührpeter veranlasst, immer tüchtig auf die Tränendrüsen der Leser zu spekulieren. Aber auch der hoch empfindende, gutgeschulte Mensch, der sich noch nicht natürlicher Tränen schämt, mag gern weinen, wenn ihm in Poesie ein Schicksal begegnet, dessen Wirrnis die Unglücklichkeit und Ungerechtigkeit der ganzen Schöpfung widerspiegelt. Gustaf af Geijerstam, der prachtvolle Erzähler, Träumer und Ethiker, wird solchem Gemüte viel, viel Erlebnisse zubringen. Sein jüngstes Buch ist der Roman *Karin Brandts Traum* /Berlin, S. Fischer/. Das bedeutet die rosige, von himmlischen Zukunftsbildern übergaukelte Jugend, die langsam verkümmert, die allmählich ihres Goldglanzes beraubt wird und verläuft zum grauen, gleichgültigen Dasein einer Frau, die zur Vernunftehe sich versteht, die Kinder mit einem Manne zeugt, der ihrem Blute fast fremd blieb. Das ist der erste, wenn man will, rührende Teil der Geschichte. Dann kommt, beinahe wie ein Kapitel zur Verteidigung von Gottes Allerbarmen und gefälligen Fügungen, ein knapper, aber mit Schönheit ganz erfüllter Abschnitt: das Entschlummern Karin Brandts aus dem grauen Leben ins funkelnde Nichtmehrleben, das Rückkehren aus der Traumlosigkeit in die Träume. Da sitzt Karin in der Mitte ihres jungen, eben aufblühenden Fleisches und Blutes, das sich der Grossmutter Jugendträume vor-

fabulieren lässt und von ihrem verwelkten Munde die Botschaft empfängt, welche ewige Seligkeit aus dem Kusse der glutroten, passioniert zitternden Lippen zu gewinnen sei. Wenn einer dann weint, er tut recht. Nur der Stein bleibt da hart. Dann kommt nach dem sehr starken Genusse das Nachprüfen des Kritikers, der sich über die Mittel der Geijerstamschen Kunst klar werden möchte. Sie sind das subtile Rechnen und Kombinieren, das vielleicht instinktiv gefundene, vielleicht auch raffiniert erdachte Leiten der Begebnisse von ihrem Scheitern bis zum günstigen Beschluss. Das heisst, die Verzweiflung einer Existenz wird nicht in dem vollständigen Untergange gesehen; was die Alten tragische Katharsis nannten, das steht am Lebensausgang eines Menschen. Er begreift die Nichtigkeit des Lebens, das nur Hindernis zum Tod gewesen war, und lacht, weil ihm das echte Leben nun unverschlossen ist. Solches Finale, schön geschrieben und disponiert, war auch der Zweck, den Georg Hirschfeld in seinem letzten Romane *Das Mädchen von Lille* /ebenda/ erreichen wollte. Der Roman ist der grösstenteils fahrig stilisierte Bericht vom sittlichen Dilemma eines Mannes, der eine kränkliche Frau heiratet, sie verliert, deren nicht minder gebrechliches Kind begraben muss und nun in der Entscheidung schwankt, ob er das gesunde Weib an sich ketten soll, das seine Sinne begehren. Er tut es. Das ist brav von Hirschfeld bestimmt, den ich als Erzähler sehr wert halte. Das ist weniger lobenswert, nicht selten recht platt, von ihm geformt.

Glück ist der Epilog zu beiden Werken. Elend zu den Schöpfungen des Dänen Rung und des *Zapfenstreich*trompeters Beyerlein. Der dänische Roman *Der letzte Kampf* /ebenda/ schildert zwei Menschen, Schwester und Bruder, im Zwiste mit ihren Nebenwesen. Die beiden hatten in der Jugend aristokratischen Glanz in sich und um sich. Als der äussere Reichtum schwindet, wollen sie die innere Anmut sich nicht beschmutzen und verfinstern lassen und ringen nach den blendenden Gütern, die ihnen das Leben versagt. Ihr Ringen ist ein Verzweifeln, ein langsames Untergehen zur Dürftigkeit, ja Gemeinheit. Sie müssen lügen und heucheln, ihr Heiligstes verschachern, Stolz und Adel des Leibes und der Seele. Wie all das geschwunden ist, war ihr letzter Kampf vergebens, den Werkeltagsmenschen nicht gleich zu werden. Das Buch hat eine kluge Sprache und ist überhaupt mit einer Vorliebe für gewissenhafte Arbeit verfasst. Es ist etwas marode, gibt nicht grosse Hoffnungen auf die Zukunft des jungen Poeten und verdient dennoch die Achtung des Geschmackvollen, die Beyerlein nie erreichen dürfte. Im deutschen Verlagshaus *Vita* zu Berlin erschien soeben *Ein Winterlager*. Das bedeutet die im Schnee und Frost der märkischen Heide erfolgende Katastrophe eines spanisch flammenden Mädchentemperamentes, das zu nordischen Strichen verschlagen wurde. Hier ist nicht der Platz, das Banale und Konventionelle des Werkes aufzuzeigen, des Verfassers missratene Anstrengung, der Schablone aus dem Wege zu gehen. Er kann es nicht. Wenn er leise ist, dann versagt ihm sogar das stofflich Fesselnde, und die Traraeffekte sind bös und nicht zu ertragen. Trotzdem klingt in Beyerlein sicher die Sehnsucht, originell zu dichten.

× ×

Kleine Geschichten

Wenn ich mit ein paar freundlichen, wohlverdienten Anerkennungsworten die amüsanten *Pastorengeschichten* Kurt Arams /München, Langen/ erwähne und sage, dass sich hinter diesem Titel manch flott pointiertes Zötlein und manch nicht sehr gut herausgebrachte Anekdote verbirgt, dann geschieht das so kurzweg, um mehr Raum für die drei folgenden Bände zu gewinnen, deren jeder das Leitmotiv von der Freude und der Trauer der Einsamkeit anstimmt. Heinrich Manns Büchlein *Stürmische Morgen* /ebenda/, Jakob Wassermanns *Drei Schwestern* /Berlin, S. Fischer/, Eugen Tschirikows aus dem Russischen übersetzte Erzählungen /Berlin, Ladyschnikow/. Heinrich Mann nimmt pathologische Fälle aus dem Dasein der reifenden Mädchen und Knaben und erzählt gern deren Todessucht, die, medizinisch gefasst, ein Wahnsinn scheint. Mann hat für solche Dinge eine eigene bilderreiche Stilart sich angewöhnt. Er kommt zwar vom Leben zur Kunst, beim Produzieren jedoch quält er sich zu viel, und sein Schweiss wird sehr oft störend bemerkbar. Da Wassermann mehr ein Schilderer, als ein Fabulierer im weitgesponnenen Romane ist, kommt ihm das Grosszügige, die Freskomanier in der kleinen Geschichte sehr zu statten. Schwestern sind die drei Heldinnen seiner

drei Geschichten, weil sie alle den gleichen fremdartigen Zug in sich tragen, den Durst nach der mystischen Seltsamkeit, das Brennen nach der Traumwelt, die jenseit der Sterne liegt. Sie sterben darüber. Die Menschen können im Zwang der gleichen Wünsche bei Tschirikow nicht sterben. Es sind die Armen *ohne Weg*, ein Typus, der bei Dostojewskij schon zu finden ist, den Tolstoj weiter schildert, der von den jüngeren Weressajew und Gorkij auch getroffen wurde. Etwas so Entmutigendes liegt in der unerfüllten Todesentschlossenheit dieser Menschen, dass man sie ausrotten möchte von der Erde. So viel Schlaffheit, Fatalismus und Energielosigkeit töten das Bedauern.

× ×

Neuausgaben Oft erwähnte ich schon kurz die *Grossherzog Wilhelm Ernst-Ausgabe deutscher Klassiker*, die der *Insel-Verlag* in Leipzig veranstaltet. Goethes Romane und Novellen, der *Werther* und der *Wilhelm Meister*, Dramen Schillers, Mörickes einzige Geschichte *Mozart auf der Reise nach Prag*. All diese Bände, die das Lesen zu einem feierlichen Genusse machen sollen, sind Produkte einer hohen Kultur. Sie sind ganz in ein echtes, schmiegsames Leder gebunden. Schon wer sie bloss in den Händen hält, verspürt etwas von der behaglichen Annehmlichkeit, die darin liegt, den Geist eines erlesenen Kopfes aus edel gefassten Quellen zu schöpfen. Die Neudrucke literarhistorischer Seltenheiten, die vom Verlage Frensdorff in Berlin ins Werk gehen, sind ein ausserordentlich verdienstvolles Unternehmen. Die vierte Edition ist der verschollene *Faust* von F. Marlow. Dieser Dichter hiess mit dem bürgerlichen Namen Ludwig Hermann Wolfram und gab die Dichtung 1839 heraus. Romantik und die realistische Derbheit der aufklärerischen *Jungdeutschen* mischten sich in ihm. Die jetzige Edition besorgte Otto Neurath, der eine biographische Einleitung nach bisher ungenutztem Material zu dem Buche schrieb. Paul Sakolowski hat bei Theodor Unger in Altenburg den II. und III. Band seiner Übersetzungen der Novellen des Masuccio erscheinen lassen.

× ×

Kurze Chronik *Jettchen Gebert* heisst ein Roman, den Georg Hermann mit vielem Talente schrieb und bei Fleischel in Berlin herausgab. Es wird nötig sein, das nächstemal von diesem vorzüglichen Buche ausführlicher zu reden. × In geistreicher Auswahl hat Theodor Kappstein das Beste aus Lessings Werken zu einem *Charakterbild* /Stuttgart, Lutz/ geformt. × Ihren Band grob erotischer Gedichte nannte Alice Bock *Wie der Hirsch schreiet nach frischem Wasser* /Dresden, Pierson/. Aus so manchem, das sich auf dem kargen Raume nicht belegen lässt, möchte ich schliessen, dass diese Alice ein ganz plump Sensation suchender Alex ist. × *Gedankenheer aus Bertha von Suttners Werken* betitelt sich eine Anthologie, die Fritz Decker im gleichen Verlag zusammenstellte.

× ×

Literatur Ganz vorzüglich in Darstellung und wissenschaftlicher Gründlichkeit sind die Biographieen Luthers und Buddhas, die in der Sammlung *Aus Natur und Geisteswelt* bei B. G. Teubner in Leipzig erschienen; *Luther im Lichte der neueren Forschung* von Heinrich Boehmer, *Leben und Lehre des Buddha* von Richard Pischel.
Im deutschen Dichterwalde existiert eine Poetengemeinschaft *Charon*, der Männlein und Weiblein angehören. All die scheinen sehr gutsituiert zu sein, denn sie geben eine schön gedruckte Zeitschrift mit schlechten Versen und lächerlichen Rhythmen heraus. Rudolf Pannwitz, der Matador der fleissigen Leutchen, hat für seine Getreuen einen sehr kräftigen Kunstlehreband verfasst, *Kultur, Kraft, Kunst*, dessen Verleger Th. Scheffer in Leipzig ist. Dieses im Alten schwach nachgedachte, im Neuen bis zur verworrensten Karikatur entgleiste Buch soll Proselyten machen. MAX HOCHDORF

DIVERSA

Aus der Zeit

Krauss † In den besten Mannesjahren verschied am 20. September der langjährige Leiter des *Vorwärts*unterhaltungsblattes, Genosse Hans Nicolaus Krauss.
Im öffentlichen Parteileben ist der Verstorbene wenig hervorgetreten. Schon dass er Österreicher, also Ausländer war, legte ihm, wenigstens im entscheidenden Beginn seiner journalistischen Betätigung, eine gewisse persönliche Zurückhaltung auf, die durch einen starken Hang zur Einsamkeit und zum Eingängertum noch

vermehrt wurde. Aber als politischer Schriftsteller und Redakteur leistete er in seinen ersten reichsdeutschen Jahren ansehnliches für die aus unfreiwilligem sozialistengesetzlichem Winterschlafe wiedererwachende Arbeiterbewegung, vor allem Berlins. Er hatte in Eger, seiner unvergessenen Heimat, auf die er in seinen poetischen Schöpfungen immer wieder zurückgriff, die *Deutschen Blätter* herausgegeben, eine Zeitschrift wesentlich literarischen Charakters, in der nicht selten die Namen mancher unterdes berühmt gewordener Moderner — wie Dehmel, Liliencron, Bahr, Hartleben — auftauchten, die jedoch auch gute Beiträge über die österreichische Politik, in erster Linie über Arbeiter- und Agrarfragen, enthielt. Nach dem Eingehen der *Deutschen Blätter*, an der Wende der achtziger und neunziger Jahre, war Krauss nach Berlin übergesiedelt. Die schon vorher gepflegte Verbindung mit der deutschen Parteipresse ward bald eine lebhaftere; in den Redaktionen der *Berliner Volkstribüne*, des *Volksblattes für Teltow-Niederbarnim*, dann des *Sozialdemokraten* hat Krauss jahrelang mit seltenem Fleiss und grosser Umsicht seinen Mann gestanden. Trotzdem hat es ihm zweifellos eine grosse innere Befriedigung gewährt, als er 1896 wieder zu seinem ersten, seiner Natur mehr zusagenden Schaffensgebiet zurückkehren konnte: zum Feuilleton und zur schönen Literatur. Er übernahm im *Vorwärts* die Leitung des Unterhaltungsblattes, das in der Anlage und der Ausgestaltung ganz und gar sein Werk geworden ist; auch die *Neue Welt* und den *Neuen Welt-Kalender* redigierte er von 1899 bis 1904. In diese seine besten und glücklichsten Jahre fallen dann seine grösseren poetischen Schöpfungen, an der Spitze der Romanzyklus *Die Heimat* (*Lene*, *Der Förster von Konradsreuth*, *Die Stadt*), der ihn als Darsteller des Volkslebens und kerngesunder, prächtig lebenswahrer Volkstypen, als stimmungsstarken Schilderer der Natur, des Waldes, mit dem der Förstersohn seit frühester Jugend so vertraut und verwachsen war, auf nicht gewöhnlicher Höhe zeigt.
Mitten in Plänen und Entwürfen entriss ihn uns vorzeitig der Tod. Vielleicht werden nicht viele ihn in unserer Partei vermissen, da er abseits vom allgemeinen Wege ging. Die wenigen, die ihn kannten, werden das Bild seiner eigenartigen, in sich ruhenden Persönlichkeit sicherlich lange bewahren. MAX SCHIPPEL

Bücher

Lindemann: *Die deutsche Städteverwaltung* Als eine ebenso mutige wie vernichtende Anklageschrift der sozialpolitischen Unfähigkeit und Herzlosigkeit unserer Mittelklassen hat Paul Kampffmeyer in den *Sozialistischen Monatsheften* (1901, II. Bd., pag. 640-641) das jetzt in 2. Auflage vorliegende Werk Hugo Lindemanns /Stuttgart, Dietz/ bezeichnet. Mit vollem Recht. Aber das Werk ist weit mehr, als eine blosse Kampf- oder Anklageschrift; wir machen uns keiner Übertreibung schuldig, wenn wir es die grundlegende Schrift des Gemeindesozialismus nennen. An der Hand eines Materials, wie es reichhaltiger nirgends zusammengetragen ist, liefert der Verfasser den Beweis dafür, dass die Gemeinden sich nur sehr allmählich zur Erkennung ihrer Aufgaben durchringen, dass sie unter der Herrschaft der Besitzenden ihre Pflichten der Allgemeinheit gegenüber aufs ärgste vernachlässigen, dass sie teils durch staatliche Gesetze, teils durch den Unverstand ihrer eigenen Verwaltungskörper an erspriesslicher Tätigkeit gehindert werden.
Wenn irgendwo, so gehen auf dem Gebiete der kommunalen Sozialpolitik Theorie und Praxis Hand in Hand. Dieser Satz findet in dem Lindemannschen Buche seine volle Bestätigung. Fast jedes Kapitel des Werkes liefert den Beweis dafür, dass das, was unsere Gemeindevertreter fordern, was aber von den bürgerlichen Gegnern so gern als graue Theorie, als Utopismus, als undurchführbar bezeichnet wird, in der Praxis, sofern nur der gute Wille vorhanden ist, auf keinerlei Schwierigkeiten stösst. Lindemann versteht es, in allgemeinverständlicher Form selbst komplizierte wissenschaftliche Probleme zu erläutern, und er schreckt da, wo es ihm angebracht erscheint, auch nicht davor zurück, die Waffe des Spottes anzuwenden und mit feiner Ironie die gegnerischen Argumente *ad absurdum* zu führen. Nur ein Beispiel für viele: Lindemann schildert uns, wie die städtischen Behörden Berlins lange Zeit das Bedürfnis zur Errichtung von Anstalten für warme Bäder mit entzückender Dreistigkeit geleugnet haben, bis endlich auch ihr Tag von Damaskus kam, und sie die Notwendigkeit derartiger Anstalten nicht mehr in Abrede stellten. ›Man sollte nun denken, dass die städtischen Behörden nichts anderes zu tun hätten, als so schnell als möglich das Versäumte

nachzuholen. Weit gefehlt! Herr Stadtrat Borchardt (der Verfasser eines Artikels über die städtischen Badeanstalten Berlins in den *Schriften des Vereins für öffentliche Gesundheitspflege*) versichert uns: »Wohl wäre es bei der finanziellen Lage Berlins für die Kommune ein leichtes gewesen, auch diese Anstalten, gleich wie die Flussbadeanstalten, aus eigenen Mitteln zu erbauen und zu verwalten. Man ist aber an massgebender Stelle«, so fährt unser Stadtrat fort, »allezeit von der gewiss richtigen Anschauung durchdrungen, dass das Ansehen, welches die Verwaltung Berlins in den Augen anderer Städte besitzt, zum grossen Teile dem Umstande verdankt wird, dass bei uns Tausende, Männer und Frauen, in selbstloser, uneigennütziger Weise sich bereit finden, an unserem grossen Gemeindewesen mitzuschaffen und mitzuwirken.« Wie sehr haben wir die ethische Grösse der städtischen Behörden verkannt! Es ist begreiflich, dass die Verwaltung dieses Ansehen, das sie in den Augen anderer Städte, soll heissen: anderer städtischen Behörden, besitzt, nicht leichtsinnig durch eine übel angebrachte Geschäftigkeit aufs Spiel setzen will, dass sie den Ruf der Meisterschaft in der Verneinung von Bedürfnisfragen, um den sicher die anderen städtischen Behörden sie beneiden, nicht um der lächerlichen Einrichtung von warmen Bädern willen einbüssen will.«

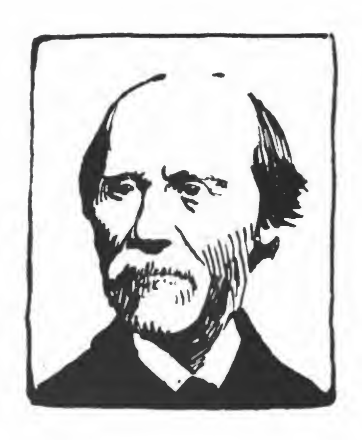
Die äussere Anordnung des Stoffes ist in der 2. Auflage die gleiche, wie früher. Nachdem die volkshygienischen Aufgaben der Städte auf den verschiedensten Gebieten, einmal, soweit sie der Erhaltung und Pflege der Gesundheit, und zweitens, soweit sie der Bekämpfung der Krankheiten dienen, behandelt sind, beschäftigt sich der Verfasser ausführlich mit dem wichtigen Kapitel *Städtebau und Wohnungswesen*. Die einzelnen Abschnitte sind entsprechend der Weiterentwickelung und dem Vorwärtsstreben in der Städteverwaltung zum Teil recht erheblich geändert. Neu hinzugekommen ist das Kapitel *Die Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit* und ein Abschnitt über die Besteuerung des unverdienten Wertzuwachses. Diesen beiden Kapiteln seien noch einige Worte gewidmet.

In der Frage der Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit lässt Lindemann bei scharfer Betonung der sozialen Momente, die die Säuglingssterblichkeit fördern, doch den medizinisch-hygienischen Massregeln volle Gerechtigkeit widerfahren. Er verlangt in Übereinstimmung mit den hervorragendsten Fachleuten zunächst eine Fürsorge für die Schwangeren, an der es bisher so gut wie ganz fehlt. Auch die Pflege der Wöchnerinnen liegt noch sehr im argen, namentlich, soweit uneheliche Mütter in Frage kommen, die ja von der satten Spiessbürgermoral noch immer Verbrecherinnen gleich erachtet werden. Genosse Lindemann begnügt sich nicht damit, Kritik an der bisherigen Tätigkeit oder vielmehr Untätigkeit der Gemeindeverwaltungen zu üben, er tritt mit ganz bestimmten Vorschlägen hervor, und zwar mit solchen Vorschlägen, die sich auch innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftsordnung unschwer durchführen lassen.

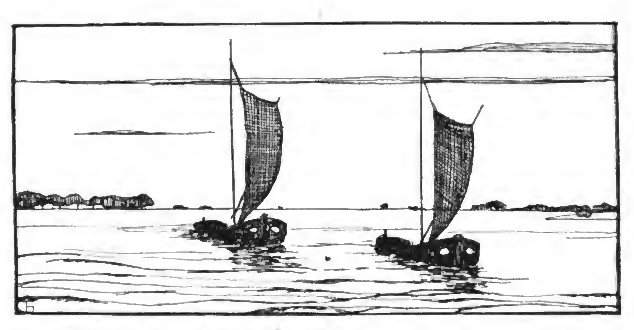
Mit seinem Urteil über die Wertzuwachssteuer setzt sich Lindemann in scharfen Gegensatz zu den Bodenreformern, die so gern den bodenpolitischen Wert dieser Steuer betonen. Er schätzt diesen Wert nicht so hoch ein, sondern vertritt die Ansicht, dass die Steuersätze erst dann eine wirklich einschneidende Wirkung auf den Grundstücksmarkt ausüben könnten, wenn sie prohibitiv hoch wären. Eine solche Fixierung liesse sich aber nur rechtfertigen, wenn die Erträge der Steuern von den Gemeinden zu einer konstruktiven, von sozialpolitischen Grundsätzen geleiteten Boden- und Baupolitik verwendet würden. Denn nichts wäre unsinniger, als wirtschaftliche Faktoren auszuschalten, ohne Ersatz für sie zu besorgen. Dass aber, solange in fast ganz Deutschland die Hälfte der Gemeindevertreter Hausbesitzer sein müssen, an eine sozialpolitisch vernünftige Grund- und Bodenpolitik nicht zu denken ist, ist durch zahlreiche Beispiele bewiesen. Wir stimmen deshalb mit Lindemann darin überein, dass die Wertzuwachssteuer in der Ausbildung, wie sie sie bis jetzt gefunden hat, wesentlich finanzielle Zwecke verfolgt.

Auf den sonstigen reichhaltigen Inhalt des Buches einzugehen, ist an dieser Stelle unmöglich. Lindemann hat nicht nur den sozialdemokratischen Gemeindevertretern eine brauchbare Waffe in ihrem Kampf gegen sozialpolitische Rückständigkeit der Bourgeoisie in den Kommunalverwaltungen in die Hand gegeben, er hat auch der Wissenschaft einen guten Dienst geleistet, indem er zur Vertiefung der Anschauungen auf den Gebieten der Volkshygiene, des Städtebaus und des Wohnungswesens beigetragen hat. PAUL HIRSCH

VERANTWORTLICH FÜR DIE REDAKTION HERMANN REHLANDER IN ORANIENBURG · VERLAG DER SOZIALISTISCHEN MONATSHEFTE G. M. B. H. IN BERLIN. DRUCK VON *GUTENBERG* DRUCKEREI UND VERLAG A. G. IN BERLIN



JULIUS TREICHLER · GEZEICHNET VON LISBETH STERN



12. HEFT / DEZEMBER 1906

CARL LEGIEN · DER GESETZENTWURF, BETREFFEND GEWERBLICHE BERUFSVEREINE

VOR etwa 2½ Jahren, im Mai 1904, habe ich, veranlasst durch die Erklärung des Staatssekretärs Grafen Posadowsky vom 30. Januar 1904, in der eine gesetzliche Regelung der Rechtsverhältnisse der Berufsvereine in Aussicht gestellt wurde, in den *Sozialistischen Monatsheften* eine längere Abhandlung über diese Materie veröffentlicht. Ich habe dort an der Hand der Akten des Norddeutschen Bundes und des Reichstages die Haltung der einzelnen Parteien und der Regierundsvertreter in dem Zeitraum von 1869 bis 1904 geschildert und den Nachweis geführt, dass von den Parteien, welche die Gewährung der Rechtsfähigkeit der Berufsvereine fordern, sehr wenig und von der Regierung gar nichts zu erwarten ist, was geeignet wäre, die gewerkschaftlichen Organisationen zu fördern. Ich meinte dort, es sei mit Sicherheit darauf zu rechnen, dass eine entsprechende Regierungsvorlage nur die privatrechtlichen Verhältnisse der Berufsvereine regeln, nicht aber eine Änderung der die Arbeiterorganisationen hindernden Bestimmungen des Vereins- und Versammlungsrechtes und der auf Beschränkung, wenn nicht gar auf Aufhebung des Koalitionsrechtes der Arbeiter hinauslaufenden Polizei- und Verwaltungspraxis bringen würde. Ausdrücklich erklärte ich damals, dass eine Regelung der Materie in dieser Weise den gewerkschaftlichen Organisationen mehr Schaden, als Nutzen, zufügen würde, und ich forderte die Arbeiterschaft daher auf, auf der Hut zu sein und alles daran zu setzen, um zu verhindern, dass ihr ein solches Gesetz beschert werde.

Nunmehr hat Graf Posadowsky sein im Januar 1904 gegebenes Versprechen eingelöst und am 12. November dem Reichstage einen Gesetzentwurf zur Beschlussfassung vorgelegt. Der Inhalt der Vorlage und besonders die ihr beigefügte Begründung bestätigen im vollen Umfange, was in dem erwähnten Artikel gesagt ist, ja, sie übertreffen noch die darin ausgesprochenen Befürchtungen. Denn durch das zu schaffende Gesetz sollen nicht nur die Bestimmungen der Vereinsgesetze unberührt bleiben, es sollen obendrein den Vereinen,

die sich auf Grund des Gesetzes eintragen lassen, Verpflichtungen auferlegt werden, die jetzt in vielen Bundesstaaten durch die Vereinsgesetzgebung überhaupt nicht vorgeschrieben respektive, wo sie vorhanden, viel weniger weittragend und nachteilig für die Gewerkschaften sind, als die jetzt vorgesehenen. Nicht Erleichterung, sondern Beschränkung der Bewegungsfreiheit, die bis zur völligen Vernichtung der Organisationen führen kann, wird durch das Gesetz für die Gewerkschaften herbeigeführt werden. Daraus erklärt sich wohl auch die Eile, mit der nunmehr das Gesetz zur Verabschiedung gebracht werden soll. Die Regierung brauchte nicht weniger als 35 Jahre, um auf die Forderung, die Rechtsverhältnisse der Berufsvereine zu regeln, eine bestimmte, zusagende Erklärung abzugeben. Nach Abgabe dieser Erklärung sind nun wiederum 2¾ Jahre ins Land gegangen. Am 16. November erhalten die Reichstagsabgeordneten endlich die gedruckte Regierungsvorlage, und schon nach knapp einer Woche wird der Entwurf zur ersten Beratung im Reichstage gestellt! Nachdem die Regierung so lange Stillschweigen über ihre Vorschläge bewahrt hat, ist eine solche Hast überaus auffallend. Es scheint, als wolle sie — vielleicht geschieht solches auf Betreiben der Zentrumspartei — der Arbeiterschaft die Möglichkeit nehmen, vor der ersten Beratung im Reichstage sich zu dem Entwurf zu äussern. Inhalt und Tendenz des Gesetzentwurfes lassen eine solche Haltung der Regierung oder der Regierungspartei wohl verstehen, rechtfertigen sie aber nicht.

Charakteristisch für unsere deutschen Verhältnisse ist, dass die Regierung Dinge in dem Gesetzentwurf zur selben Zeit fordert, in der ähnliche Bestimmungen, die sich in der gleichartigen Gesetzgebung des Auslandes befinden, beseitigt werden sollen, weil sie sich als unzeitgemäss und die Entwickelung der Gewerkschaften behindernd erwiesen haben. In diesen Tagen wird durch einstimmig gefassten Beschluss des englischen Unterhauses nicht nur die Schadensersatzpflicht, die durch den Entscheid im *Taff Vale*-Prozess den Gewerkschaften auferlegt war, wieder beseitigt werden, sondern es soll von den Gerichten überhaupt jede Klageerhebung gegen die Gewerkschaften unberücksichtigt bleiben. Nach der Vorlage der deutschen Regierung aber soll die Schadensersatzpflicht für die Gewerkschaften, welche die Rechtsfähigkeit erwerben wollen, eingeführt werden. Nach § 1 des Gesetzentwurfs sollen, »soweit sich nicht aus diesem Gesetz ein anderes ergibt, die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches über eingetragene Vereine Anwendung« finden. Es würden dies nicht weniger als 53 Paragraphen sein, während der Gesetzentwurf deren nur 22 enthält. Fast möchte man meinen, dass durch diese Art Gesetzesmacherei die Unklarheit, die schon durch ungenügend präzisierte Bestimmungen des Entwurfes eintreten wird, noch vermehrt werden soll. Einfacher wäre doch gewesen, die entsprechenden Paragraphen des Bürgerlichen Gesetzbuches zu ändern, als ein neues Gesetz zu bringen, dessen 22 Paragraphen durch 53 eines anderen Gesetzes *ergänzt* werden. Unter diesen 53 Paragraphen des Bürgerlichen Gesetzbuches findet sich nun auch der folgende (§ 31):

»Der Verein ist für den Schaden verantwortlich, den der Vorstand, ein Mitglied des Vorstandes oder ein anderer verfassungsmässig berufener Vertreter durch eine in Ausführung der ihm zustehenden Verrichtungen begangene, zum Schadensersatze verpflichtende Handlung einem dritten zufügt.«

Nach der sich bei unseren Gerichten in neuerer Zeit in verstärktem Masse geltend machenden Tendenz, eine Schadensersatzpflicht bei Handlungen zu kon-

statieren, die bisher unbedenklich als nicht zum Ersatz des Schadens verpflichtend angesehen wurden, ist zu befürchten, dass schliesslich jede Anwendung der bei den Gewerkschaften heute zur Erreichung ihrer Zwecke gegenüber den Unternehmern üblichen Kampfesmittel sie für die mit Rechtsfähigkeit ausgestatteten Berufsvereine herbeiführen würde. Die Schadensersatzpflicht begründete die Regierung folgendermassen:

»Diese Vorschrift ist aber die notwendige Folge der beiden Rechtsgrundsätze, dass der Vorstand die rechtliche Stellung eines Vertreters des Vereins hat, diesen also durch seine Handlungen so berechtigt, wie verpflichtet, und sodann, dass jede juristische Person, indem sie die Rechte der natürlichen Person erhält, damit zugleich deren Pflichten übernehmen muss. Es ist ganz ausgeschlossen, dass der Staat einer privatrechtlichen Personenmehrheit und ihrer Vertretung das Recht einräumen kann, dritten ohne Ersatzpflicht einen Schaden zuzufügen, dessen Zufügung einzelne Personen ersatzpflichtig machen würde.«

Ganz ausgeschlossen soll in Deutschland sein, was in kürzester Zeit in England geltendes Recht sein wird. Damit sagt die Regierung klar und deutlich, dass der vorgelegte Gesetzentwurf nicht den Interessen der Arbeiter, sondern denen der Unternehmer dienen soll. Die Unternehmer haben wiederholt Schadensersatz bei Arbeitseinstellungen und bei Boykottverhängung gefordert, und es haben sich auch Richter gefunden, die eine solche Schadensersatzpflicht anerkannten. Zum Bedauern der Unternehmer waren aber die in Frage kommenden Einzelpersonen nicht in der Lage, den Schadensersatz leisten zu können. Nun will die Regierung diesem *dringenden Bedürfnis* abhelfen und dafür sorgen, dass die Unternehmer sich an dem Vermögen der Gewerkschaften schadlos halten können. Das wäre ein geeignetes Mittel, die Gewerkschaften finanziell lahmzulegen und das Unternehmertum davor zu bewahren, der organisierten Arbeiterschaft bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen gewähren zu müssen. Diese eine Gesetzesbestimmung würde ausreichend sein, die Gewerkschaften von der Erwerbung der Rechtsfähigkeit abzuhalten, wie überhaupt sie zu veranlassen, sich gegen das ganze Gesetz zu wenden.

Ähnlich, wie mit der Schadensersatzpflicht, steht es mit einer anderen Bestimmung. Das französische Gewerkschaftsgesetz vom Jahre 1884 bestimmt, dass nur »Personen, welche die gleiche Profession, gleichartige Gewerbe oder damit zusammenhängende Professionen ausüben,« den Gewerkschaften angehören dürfen. Von der Parlamentskommission, die 1903 von der französischen Kammer zur Beratung über die Änderung des Gesetzes eingesezt wurde, werden nun folgende Abänderungsvorschläge gemacht, die voraussichtlich bald Gesetz werden dürften:

»Es können weiter bei einer Gewerkschaft verbleiben diejenigen Personen, die den Beruf auszuüben aufgegeben haben, und es können in sie eintreten diejenigen, welche, nachdem sie den Beruf wenigstens 5 Jahre hindurch ausgeübt haben, ihn nicht länger, als seit 10 Jahren aufgegeben haben.«

Nach dem Entwurf, der dem deutschen Reichstage vorgelegt ist, dürfen jedoch Personen, die zu einem anderen Beruf übergehen, nicht Mitglieder der Gewerkschaften bleiben. Man ist jedoch so gnädig, zu gestatten, dass diejenigen Mitglieder einer Gewerkschaft, die von dieser selbst beschäftigt und besoldet werden, Mitglieder bleiben dürfen. Dagegen dürfen Gewerkschaftsbeamte, die nicht in der eigenen Berufsorganisation tätig sind, Arbeitersekretäre, Angestellte der Genossenschaften oder sonstige, sich als die besten Kräfte einer Gewerkschaft erweisenden Mitglieder nicht in der Organisation bleiben. Die

selbe Tendenz, die sich bei der Vertretung der Arbeiter in den Institutionen der Versicherungsgesetzgebung geltend macht, kommt auch in diesem Gesetzentwurf zum Ausdruck. Man hofft, auf diese Weise die unabhängigen und durch langjährige Erfahrung geschulten Mitglieder der Gewerkschaften, die *Agitatoren*, los zu werden. Hat man absichtlich diese Bestimmung in den Gesetzentwurf hineingebracht, so bekundet man damit die gute Absicht, den Gewerkschaften die agitatorisch tätigen Kräfte zu entziehen; ist diese Bestimmung nicht von böser Absicht diktiert worden, so beweisen damit die Verfasser der Vorlage, dass sie auch nicht das geringste Verständnis für Wesen, Form und Wirken unserer gewerkschaftlichen Organisationen haben. Raffinierter hätten auch die Scharfmacher des *Zentralverbandes deutscher Industrieller* den Inhalt der Vorlage nicht formulieren können, zum Nachteil der Gewerkschaften und zum Nutzen der Unternehmer.

Die Vorlage ist in allen Teilen für die deutsche Arbeiterschaft, und nicht nur für den Teil, der den gewerkschaftlichen Zentralverbänden angehört, die der *Generalkommission* angeschlossen sind, sondern auch für die Mitglieder der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine und der christlichen Gewerkschaften, unannehmbar. Nur Organisationen, welche den Streikbruch und den Verrat an den Interessen der eigenen Arbeits- und Klassengenossen als den Zweck ihres Daseins ansehen, können dem Gesetz zustimmen und sich ihm eventuell unterstellen. Von dem Gesetzentwurf könnte nur der § 2 erhalten bleiben, der da lautet: »Die Satzung des Vereins muss ergeben, dass der Verein als Berufsverein eingetragen werden soll«; alle anderen Paragraphen sind entweder vollständig aus dem Gesetz zu entfernen oder gänzlich umzugestalten, da nicht ein einziger in der vorliegenden Form den Gewerkschaften nützlich wäre.

Von der Regierung wird in der Begründung zum Gesetzentwurf betont, dass nach zwei Richtungen hin die Vorlage den Berufsvereinen Vorteile bringen soll, abgesehen davon, dass sie durch Eintragung das Recht der juristischen Person erlangen. Einmal sollen sie politische und sozialpolitische Zwecke verfolgen dürfen und durch die Landesgesetze über das Vereins- und Versammlungswesen, die entgegenstehende Bestimmungen enthalten, nicht darin behindert werden. Und ferner sollen die *eingetragenen Berufsvereine* auch in den Bundesstaaten, in welchen nach den Landesgesetzen von den Organisationen, die politische oder öffentliche Angelegenheiten zu erörtern bezwecken, die Einreichung eines Mitgliederverzeichnisses bei der Polizeibehörde gefordert wird, von dieser Verpflichtung entbunden sein. Sonderbarerweise erblickt auch die liberale und die Zentrumspresse, soweit Äusserungen bisher vorliegen, hierin einen Fortschritt, ohne zu erkennen, dass nach anderen Bestimmungen des Entwurfes den *eingetragenen Berufsvereinen*, die eine politische oder sozialpolitische Tätigkeit enfalten, die Rechtsfähigkeit entzogen werden kann, was gleichbedeutend mit der Auflösung der betreffenden Gewerkschaften wäre.

Die eingetragenen Vereine dürfen eine politische oder sozialpolitische Tätigkeit nur entfalten, wenn diese mit dem Zweck des Vereins in Verbindung steht, der nach § 1 sich nur erstrecken darf

»auf die Wahrung und Förderung der mit dem Berufe seiner Mitglieder unmittelbar in Beziehung stehenden gemeinsamen gewerblichen Interessen oder daneben auf die Unterstützung seiner Mitglieder gerichtet ist, ohne dass ihnen ein Rechtsanspruch darauf eingeräumt wird«.

Politische oder sozialpolitische Tätigkeit also nur insoweit, als der Beruf in Betracht kommt. Beschäftigung mit allgemeinen politischen oder sozialpolitischen Fragen wird mit Entziehung der Rechtsfähigkeit geahndet. Ob der Verein sich gegen diese Gesetzesvorschriften vergangen hat, entscheidet die Polizeibehörde, die dann auch gleichzeitig nach § 15 das Recht hat,

»durch einstweilige Anordnung diejenigen Massnahmen gegenüber dem Vereine zu treffen, die zur Abwendung der Gefährdung im öffentlichen Interesse geboten erscheinen. Gegen die einstweilige Anordnung findet nur die Beschwerde an die im Instanzenzuge vorgeordnete Behörde statt. Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung.«

Nach diesen Bestimmungen kann jeder Gewerkschaft jederzeit das Vermögen mit Beschlag belegt und ihr jede weitere Tätigkeit untersagt werden. Aber auch die Entziehung der Rechtsfähigkeit ohne »einstweilige Anordnung« ist gleichbedeutend mit der Beschlagnahme des Vermögens auf die Dauer eines Jahres. Nach den Bestimmungen des § 45 des Bürgerlichen Gesetzbuches ist durch die Satzung des eingetragenen Vereins zu bestimmen, wem im Falle des Entziehens der Rechtsfähigkeit das Vermögen zufällt. Die *Anfallberechtigten* können die Mitglieder des Vereins, öffentliche Stiftungen oder Anstalten sein, oder es ist der Fiskus, sofern solche Bestimmungen durch die Satzung oder die Mitgliederversammlung nicht getroffen sind. Nach § 51 des Bürgerlichen Gesetzbuches darf den *Anfallberechtigten* das Vermögen aber erst nach Ablauf eines Jahres ausgehändigt werden. Also selbst angenommen, das Vermögen fällt den Mitgliedern zu gleichen Teilen zu, und die Mitglieder wollen es dem nicht mehr rechtsfähigen oder einem neugegründeten Verein wieder zuwenden, so könnte dies erst nach Ablauf eines Jahres geschehen. Die Entziehung der Rechtsfähigkeit ist also gleichbedeutend mit der Beschlagnahme des Vermögens oder eigentlich mit der Auflösung des Vereins. Und sie tritt nicht nur ein, wenn der Verein die Vorschriften über die politische und sozialpolitische Tätigkeit nach Meinung der Polizeibehörde verletzt, sondern auch, wenn die Gewerkschaften gegen einander Solidarität üben, wie es bisher als selbstverständlich galt. Nach § 15, Absatz 3, kann dem *eingetragenen Berufsverein* die Rechtsfähigkeit entzogen werden,

»wenn er eine Arbeiteraussperrung oder einen Arbeiterausstand herbeiführt oder fördert, die mit Rücksicht auf die Natur oder Bestimmung des Betriebs geeignet sind, die Sicherheit des Reichs oder eines Bundesstaats zu gefährden, eine Störung in der Versorgung der Bevölkerung mit Wasser oder Beleuchtung herbeizuführen oder eine gemeine Gefahr für Menschenleben zu verursachen«.

Diese dehnbaren Begriffe können schliesslich auf jeden Streik angewandt werden. Sie werden Anwendung finden bei Streiks der Bergarbeiter, der Eisenbahner, der Arbeiter in Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerken und in fiskalischen Betrieben und der Seeleute. Die rechtsfähige Gewerkschaft, welche solche Streiks fördert, das heisst finanziell oder auch nur moralisch unterstützt, verliert die Rechtsfähigkeit.

Mit diesen fein ausgeklügelten Bestimmungen hat die Regierung wieder einmal bewiesen, dass sie der beste Anwalt der Unternehmer ist. Unter dem Vorgeben, ein neues erweitertes Recht solle den gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen verliehen werden, will man die Gewerkschaften in eine Falle locken, die in jedem Augenblick zugemacht werden kann, und die dann zugemacht werden wird, wenn eine oder die andere oder sämtliche Gewerkschaften den Unternehmern gefährlich werden könnten.

Nicht besser verhält es sich mit der angeblichen *Befreiung* der *eingetragenen Berufsvereine* von der Verpflichtung, der Polizeibehörde ein Mitgliederverzeichnis einzureichen. Zunächst besteht diese Verpflichtung in einer Anzahl Bundesstaaten nicht. Dann aber gilt diese Verpflichtung, wenigstens vorläufig in der Praxis noch, nur für die Zweigvereine. Das Oberverwaltungsgericht hat zwar entschieden, dass auch der Zentralvorstand einer Gewerkschaft ein Mitgliederverzeichnis einzureichen hat, jedoch hat es das von dem Polizeipräsidenten in Hannover an den Zentralvorstand des Fabrikarbeiterverbandes gestellte Verlangen, das Verzeichnis der Mitglieder nach Städten und alphabetisch nach dem Namen der Mitglieder geordnet einzureichen, als gesetzlich nicht berechtigt zurückgewiesen. Der Vorstand des *eingetragenen Berufsvereins* aber hat »nach näherer Bestimmung des Bundesrats ein Verzeichnis der Mitglieder zu führen« und »auf Verlangen jederzeit [der Verwaltungsbehörde] vorzulegen«. Das, was das Oberverwaltungsgericht auch in Preussen nicht als zulässig erklärt hat, wird nun nach Vorschrift des Bundesrats auszuführen sein. Ausserdem hat dann auch noch jeder Zweigverein ein Mitgliederverzeichnis zu führen und auf Verlangen jederzeit der Verwaltungsbehörde vorzulegen. Somit tritt in Sachen der Einreichung des Mitgliederverzeichnisses nicht eine Verbesserung, sondern eine ganz erhebliche Verschlechterung des gegenwärtigen Zustandes ein.

Wenn schon die Bestimmungen des Entwurfes, die nach Meinung der Regierung und der angeblich *arbeiterfreundlichen* Presse einen Fortschritt bedeuten sollen, sich als so nachteilig und gefährlich für die Gewerkschaften erweisen, so bedarf es keiner weiteren Darlegung der schädlichen Wirkungen, welche die sonstigen Bestimmungen auf die gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen ausüben müssen.

Vielfach wird nun gesagt, das Beste an dem Entwurf sei, dass er die Gewerkschaften nicht verpflichte, die Rechtsfähigkeit zu erwerben und sich dem Gesetz zu unterstellen. Gewiss lässt der Entwurf es den Gewerkschaften frei, sich eintragen zu lassen oder nicht. Jedoch ist es nach allen Erfahrungen, welche die Arbeiter in der Praxis gemacht haben, wenig zweifelhaft, dass der Versuch gemacht werden wird, die Gewerkschaften zu zwingen, sich dem Gesetz zu unterstellen. Die Gewerkschaften, die sich nach Inkrafttreten dieses Gesetzes nicht eintragen lassen wollen, wird man auf jede Art und Weise lahmzulegen und zu unterdrücken suchen. Hierzu bieten die Paragraphen des Bürgerlichen Gesetzbuches über die *Gesellschaft* und dann die nach wie vor der Landesgesetzgebung vorbehaltenen Bestimmungen über das Vereins- und Versammlungswesen die nötigen Handhaben. Wird doch ausdrücklich in der Begründung des Entwurfes erklärt, dass die ersteren Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuchs auf alle nicht eingetragenen Vereine Anwendung finden können, und dass die Gesetzgebung über das Koalitions-, Vereins- und Versammlungsrecht durch die Vorlage nur insofern berührt wird, als dies ausdrücklich in dem Gesetzentwurf gesagt ist. Dass diese Ausnahmen nicht eine Besserung, sondern eine Verschlechterung des gegenwärtigen Zustandes bringen, ist vorstehend nachgewiesen. Aber in der Begründung wird dann noch ausdrücklich betont, dass auf dem Wege der Landesgesetzgebung eine Änderung der bestehenden Gesetze über die Vereine und Versammlungen insoweit durchgeführt werden darf, als diese Änderungen nicht gegen die reichsgesetzlichen Bestimmungen verstossen.

Nach Artikel 4 der Verfassung steht die Gesetzgebung über das Vereins- und Versammlungswesen dem Reiche zu. Solange das Reich auf diesem Gebiete keine Gesetze erlassen hatte, konnte man im Zweifel sein, ob den Bundesstaaten das Recht der Änderung der bestehenden Vereins- und Versammlungsgesetze noch geblieben war. Nun hat aber das Reich Ende 1899 ein Gesetz erlassen, nach dem, entgegen den Bestimmungen in den entsprechenden Gesetzen einzelner Bundesstaaten, politische Vereine mit einander in Verbindung treten dürfen. Somit hat das Deutsche Reich begonnen, diese Materie entsprechend Artikel 4 der Verfassung seiner Gesetzgebung zu unterstellen, und damit ist den Bundesstaaten das Recht dieser Art Gesetzgebung entzogen. In der Begründung des Gesetzes über die Berufsvereine wird aber den Bundesstaaten dieses Recht wieder zugesprochen, und man wird voraussichtlich demgemäss verfahren. Dann wird man die nötigen Bestimmungen treffen, um den Gewerkschaften, die nicht die Rechtsfähigkeit erwerben wollen, die Tätigkeit zu unterbinden oder unmöglich zu machen.

Infolgedessen haben die Gewerkschaften gar keine Ursache, dem Gesetzentwurf darum eine geringe Bedeutung beizulegen, weil er die Gewerkschaften nicht verpflichtet, die Rechtsfähigkeit zu erwerben. Die Annahme dieses Gesetzes muss verhindert werden, wenn unsere gewerkschaftliche Bewegung nicht auf das schwerste geschädigt werden soll. Diese Schädigung droht allen gewerkschaftlichen Vereinigungen, ohne Unterschied ihrer Tendenz. Deswegen sollten sich die Mitglieder aller Organisationen der verschiedensten Richtungen zu einem einheitlichen, wenn möglich gemeinsamen Protest gegen dieses Gesetz aufraffen. Wie die Arbeiterschaft gegen die *Zuchthausvorlage* einmütig protestierte, so muss auch gegen diese Vorlage, die in einzelnen Bestimmungen an jene erinnert, einmütig Protest von der gesamten Arbeiterschaft erhoben werden. Es muss dies auch schon deshalb geschehen, weil durch dieses Gesetz den Eisenbahnern, den Arbeitern der Eisenbahnbetriebswerkstätten und den Seeleuten das Koalitionsrecht genommen werden soll, abgesehen davon, dass man mit diesem Gesetz das Koalitionsverbot für die Landarbeiter zu einer dauernden Einrichtung zu machen beabsichtigt.

Wenn die Arbeiterschaft sich einmütig gegen das Gesetz wendet, dürfte es in der vorliegenden Fassung kaum zur Annahme gelangen. Die Regierung wird, wenn die notwendigen grundlegenden Änderungen durch den Reichstag vorgenommen werden, wahrscheinlich das ganze Gesetz fallen lassen. Damit wäre der gewerkschaftlichen Bewegung und der gesamten Arbeiterschaft aber mehr gedient, als wenn auch nur einzelne Teile des Gesetzentwurfes in der vorliegenden Form und mit der ihnen innewohnenden Tendenz zur Annahme gelangten. Solange man nicht mit der heutigen Praxis der Verwaltungsbehörden gegenüber den Arbeiterorganisationen bricht, solange man nicht mit den reaktionären Bestimmungen über das Vereins- und Versammlungsrecht aufräumt, kann man die Arbeiter ruhig mit der privatrechtlichen Regelung der Verhältnisse der Berufsvereine verschonen. Namentlich aber soll man sie mit Gesetzen verschonen, die unter dem Vorgeben einer Erweiterung des Privatrechts der Vereine eine Verschlechterung der an sich so überaus kümmerlichen Koalitions-, Vereins- und Versammlungsfreiheit herbeiführen.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

JULIUS BRUHNS · ZUM ZWEITEN PREUSSENTAG

IN der letzten Woche des alten Jahres wird in der Reichshauptstadt der zweite Parteitag der Sozialdemokratie Preussens zusammentreten. Genau zwei Jahre vorher tagte der erste Preussentag, ebenfalls in Berlin. Ein Vorläufer dieses ersten preussischen Parteitages war jene im April 1903 gleichfalls in Berlin abgehaltene Preussenkonferenz, die sich lediglich mit der Beteiligung der Partei an den preussischen Landtagswahlen beschäftigte und nur wenige Stunden dauerte.

Die Einrichtung besonderer preussischer Parteitage der Sozialdemokratie, die nun wohl zu einer dauernden wird, ist in der Tat zurückzuführen auf die Erörterung der Frage unserer Beteiligung an den preussischen Landtagswahlen. Solange diese Beteiligung den Parteigenossen gar nicht in den Sinn kam und, als sie nach Jahrzehnten von einzelnen weiter blickenden Genossen angeregt war, von der zunächst noch ungeheuren Mehrheit als Torheit verspottet und abgelehnt wurde, so lange dachte niemand daran, für die Parteigenossen in Preussen besondere Landesparteitage zu fordern, wie sie in allen übrigen Bundesstaaten, selbst in Mecklenburg mit seinen russischen Staatseinrichtungen, längst für nötig befunden waren. Dann aber kam die Frage der Wahlbeteiligung in Fluss, und es kam 1898 in einigen Wahlkreisen zur praktischen Betätigung, infolge des unglücklichen Hamburger Parteitagsbeschlusses und dessen leider zu spät erfolgenden Besserung durch den Stuttgarter Parteitag allerdings nur in ganz unzureichendem Masse. Auch die Landtagswahlen von 1903 führten noch nicht zu einer allgemeinen Beteiligung der Partei, aus Gründen, die hier nicht weiter erörtert werden sollen. Aber entschieden war die Frage für die Partei, und zwar in positivem Sinne, selbst die wütendsten Gegner der Wahlbeteiligung hatten sich mit dem Gedanken ausgesöhnt. Und wenn unmittelbar nach den Wahlen von 1903 sich noch hier und da Stimmen erhoben, die das s c h e i n b a r ungünstige Wahlresultat zum Anlass nahmen, für die Zukunft wenigstens von einer allgemeinen Beteiligung der Partei abzuraten, so dürften heute auch diese Stimmen schweigen, und es wird die ganz allgemeine Überzeugung der Parteigenossen in Preussen sein, dass wir an die Landtagswahlen des Jahres 1908 mit unserer ganzen Kraft herangehen müssen, weil es, gegenwärtig wenigstens, kein besseres Mittel gibt, die Masse des Volkes gegen die preussische Dreiklassenwahlrechtsschande aufzubringen, als selber zu wählen.

Mit der Erledigung dieser Frage kam von selber eine Reihe anderer. Die erste war naturgemäss die eines besonderen preussischen Parteitages, die zweite die einer besonderen Organisation für Preussen. Man kann nicht sagen, dass mit stürmischem Eifer an die Erledigung dieser Fragen gegangen wurde. Wie bei der Beteiligungsfrage, ging man vorsichtig Schritt um Schritt weiter, obwohl eine Opposition sich gegen diese aus jenem Beschluss herzuleitenden Konsequenzen nicht mehr zeigte. Die obenerwähnte Preussenkonferenz des Jahres 1903 beschäftigte sich, wie schon gesagt, lediglich mit der Art und Weise unserer Wahlbeteiligung. Der 1¾ Jahre später abgehaltene erste Preussentag dankte seine Existenz einer auf dem Bremer Parteitage /1904/ gegebenen Anregung. Auf diesem ersten Preussentag wurde dann bekanntlich die Ver-

tretung der Parteiorganisation von Gross-Berlin mit der Einberufung eines neuen preussischen Parteitags für 1906 und zugleich mit der Ausarbeitung von Organisationsvorschlägen für Preussen beauftragt. In seiner Schlussrede führte Singer als Vorsitzender zu diesem Punkte aus:

»Auch ich betrachte den ersten preussischen Parteitag als den Anfang einer einheitlich organisierten sozialdemokratischen Bewegung in Preussen. Die preussische Sozialdemokratie hat von Anfang an innerhalb der deutschen Sozialdemokratie ihre volle Schuldigkeit getan, und ich möchte fast sagen, es war der glühende Eifer, es war die Solidarität mit der gesamten deutschen Partei, welche die preussischen Parteigenossen veranlasst hat, bisher stets bescheiden zur Seite zu stehen und nicht auch eine Landesorganisation zu bilden. Der preussischen Sozialdemokratie, glaube ich, darf es zur Ehre angerechnet werden, dass sie unter Verzicht auf diese landesorganisatorische Tätigkeit ihren ganzen Eifer, ihre ganze Kraft auf die allgemeine deutsche Agitation geworfen hat, freilich in der Zuversicht, dass das, was für Deutschland geschieht, zugleich auch für Preussen geschieht.«

Es waren allerdings durchaus keine idealen Motive, wie Singer annahm, die bisher die preussische Sozialdemokratie zu ihrer Bescheidenheit in Sachen einer Landesorganisation veranlassten. Eine solche Organisation war eben so lange kein Bedürfnis, ja geradezu unnütz und überflüssig, solange die Partei sich in Preussen streng fern hielt von der Beteiligung an den Wahlen zum Landtage und damit von allen Angelegenheiten der Gesetzgebung und Verwaltung. Am Ende hätten ja die Verwaltungsgeschäfte allein einen Grund für eine besondere Organisation abgeben können. Diese aber wurden von dem in Berlin sitzenden Vorstand der Gesamtpartei erledigt, und daher hatte man keinen Anlass zur Schaffung einer Landesorganisation. Man kann den preussischen Genossen es denn auch nicht wohl zur Ehre anrechnen, dass sie, etwa gar im Interesse der Gesamtpartei, Entsagung geübt; eher liesse sich ein Grund zum Tadel finden, dass sie nicht schon längst ihre speziellen preussischen Aufgaben erfasst und ausgeführt haben.

Die allererste, allerwichtigste Aufgabe der Parteigenossen in Preussen muss die Beseitigung des Dreiklassenwahlsystems, seine Ersetzung durch ein gerechtes, die Interessen der Arbeiterklasse wahrendes Wahlrecht sein. Was ist in dieser Richtung bisher schon geschehen? Und was kann und wird durch die Arbeit des kommenden Preussentages noch geleistet werden?

Die Beseitigung des Dreiklassenwahlsystems wird nur möglich sein, wenn es gelingt, das ganze arbeitende Volk Preussens oder doch seine gewaltige Mehrheit für dies Ziel zu interessieren, zu entflammen. Und der erste Preussentag hat sich redlich bemüht, das oder die Mittel ausfindig zu machen, um die Massen aufzurütteln. Man suchte eifrigst nach *schärferen Formen der Agitation.* Die Redekämpfe um die eine dieser Formen, die von Bernstein besonders befürwortete Strassendemonstration, sind gewiss noch in Erinnerung. Der Preussentag lehnte deren Anwendung ab, auch die der milderen, der von Bernstein geforderten »Massendemonstrationen grössten Stils«. Trotz dieser Ablehnung hat sich der deutsche Parteivorstand ein Jahr später veranlasst gesehen, solche Massendemonstrationen für die preussischen Grossstädte anzuregen. Der Verlauf, wie die Wirkung der Demonstrationen des 21. Januar 1906 sind bekannt. Niemand wird behaupten wollen, dass das Resultat geeignet war, besondere Befriedigung hervorzurufen. Und es hat sich denn auch weiter Kreise der Partei eine gewisse Verzagtheit und Ratlosigkeit über die nun anzuwendenden Mittel zur Erreichung des Zieles bemächtigt.

Zu einer solchen Stimmung oder Verstimmung liegt jedoch meines Erachtens gar keine Veranlassung vor. Müssen wir denn jetzt schon oder überhaupt jene *schärferen Formen der Agitation* haben? Haben wir denn die bisherigen Mittel gerade in den preussischen Dingen etwa schon erschöpft? Wir haben sie im Gegenteil nicht im entferntesten angewandt, wie sie anzuwenden wären. Das geradezu ungeheure Agitationsmaterial — ungeheuer an Quantität, wie an Qualität — ist für unsere Bewegung noch fast gänzlich unausgenutzt geblieben. Die Masse der Arbeiter nicht nur, sondern auch die sehr grosse Mehrheit der zur Agitations- und Aufklärungsarbeit berufenen Genossen steht den vielen rein preussischen Fragen der Politik ohne jedes Verständnis gegenüber. Ein Redner aus einem kleinen preussischen Orte, Genosse Paech-Schwiebus, gab dieser Erkenntnis auf dem ersten Preussentage schlichten, treffenden Ausdruck: ›Ich möchte nur betonen, dass wir eine grosse Aufklärungsarbeit auf dem Lande noch zu leisten haben. Wir kleinen Krebse wissen ja gar nicht, was wir den Leuten vom Landtage vorerzählen sollen. Von der Diskussion hätte ich erwartet, dass uns da gewisse Ratschäge erteilt würden, aber das ist bisher nur wenig geschehen. Die Partei kann nicht einmal genug Referenten über die Landtagsfrage stellen.‹ Was der Genosse dort vom Lande sagte, gilt nicht nur für dieses, sondern ganz allgemein auch für die grossen Städte. Die Zahl der Genossen, die mit der *Preussenpolitik* vertraut sind, ist ausserordentlich gering. Das soll durchaus kein Vorwurf für die anderen sein. Einmal hat die jahrzehntelange totale Abstinenz von den Landtagswahlen in Preussen uns dieser Politik völlig ferngehalten. Dann aber umfasst diese *Preussenpolitik* ein ganz gewaltiges Gebiet, und ihr Erfassen und Durchdringen mutet unseren Rednern und Redakteuren eine Arbeit zu, die sie bei ihrer ohnehin recht schweren Tätigkeit nicht mehr bewältigen können. Es ist hier nicht der Ort, all die zahlreichen, wichtigen gesetzgeberischen und administrativen Fragen im einzelnen darzulegen, mit denen der bald 40 Millionen Einwohner zählende preussische Staat sich zu beschäftigen hat. Ein Blick in das verdienstvolle *Handbuch für sozialdemokratische Landtagswähler*, das das gewaltige Material ja nicht entfernt erschöpft, gibt annähernd einen Begriff von dem Umfange der Aufgaben, die ein preussischer sozialdemokratischer Politiker zu erfüllen haben wird. Und jede einzelne Frage, mag sie nun Steuer- und Finanzwesen, Wohnungsfrage, Gewerbeinspektion, Staatsarbeiter, Landarbeiter, Arbeiterschutzbestimmungen, Verkehrspolitik, Polizeiwirtschaft, Rechtspflege, Schulwesen, Arbeitslosigkeit, Vereinsrecht, Gemeindewesen, Gesundheitspflege, Polenpolitik oder hundert andere grosse und kleine Dinge betreffen, jede einzelne bietet eine schier unerschöpfliche Menge Aufklärungs- und Agitationsstoff.

Hat der erste Preussentag beschlossen, die Parteipresse in Preussen aufzufordern, »jedesmal, wenn im preussischen Landtag Anträge zur Verhandlung gestellt werden, die irgend welche Abänderung des bestehenden Landtagswahlsystems fordern oder in sich schliessen, an hervorragender Stelle wiederholt Protestartikel zu veröffentlichen, die in schärfster Weise u. s. w.«, so sollte der zweite dahin wirken, dass eben diese Parteipresse in die Lage kommt, nicht nur bei solchen, doch seltenen Gelegenheiten für unser Ziel, die Beseitigung des Dreiklassenwahlunrechts, einzutreten, sondern fortgesetzt durch Leitartikel, durch kleine Artikel und Notizen, im politischen und lokalen Teil des Blattes, Aufklärung über Wege und Ziele der Politik unserer herrschenden Klassen in Preussen zu geben und diese Politik in ganz anderer, intensiver, planvoller

Weise bei den Massen zu diskreditieren. Das scheint mir der freilich mühsame und lange, aber auch sichere Weg zu unserem Ziele, zunächst zu einer ungleich stärkeren Beteiligung an den Landtagswahlen, im weiteren zur Aufklärung und Aufrüttelung immer breiterer Schichten des preussischen Volkes.

Damit kommen wir zur Beantwortung der Frage, wie der zweite Preussentag den hier skizzierten Aufgaben gerecht werden kann. Seine vorläufige Tagesordnung ist in Anbetracht des Umstandes, dass die Dauer der Beratungen nur auf drei Tage bemessen ist, eine etwas reichhaltige und es dürfte sich empfehlen, jedenfalls den dritten Punkt *Die Lage der Staatsarbeiter* abzusetzen und so etwas mehr Zeit für eine gründliche und zweckentsprechende Erledigung der anderen, zunächst wichtigeren Punkte zu gewinnen.

Als die dringendste Aufgabe des Preussentages erscheint mit die Schaffung der Landesorganisation, zugleich aber auch als eine sehr schwierige Aufgabe. Es gilt, wie schon die Kritik in der Parteipresse hervorgehoben hat, bei Schaffung dieser Organisation jede Konfliktsmöglichkeit mit der Gesamtpartei und ihrer Leitung, dem deutschen Parteivorstand, zu verhüten. Bisher war der deutsche Parteivorstand Verwalter der Geschäfte der preussischen Sozialdemokratie. Die Verfasser des Organisationsentwurfs, dessen Kenntnis ich beim Leser voraussetze, haben an dem bisherigen Verhältnis offenbar nicht viel ändern wollen, sie haben in diesem Bestreben aber die Befugnisse und Aufgaben, die sie dem künftigen preussischen Landesvorstand vorbehalten, so schattenhaft umrissen, dass gerade aus dieser Unbestimmtheit der Linien eine Gefahr, eine Ursache bedenklichster Kompetenzkonflikte sich ergeben könnte. Das gleiche gilt auch von den Befugnissen und Aufgaben, die der Entwurf für den preussischen Parteitag vorsieht. Auch hier sind Differenzen mit der obersten Instanz der Gesamtpartei, dem deutschen Parteitag, gerade infolge der unbestimmten Ausdrucksweise — »Beratung und Beschlussfassung über alle das Parteileben Preussens berührende Fragen« — im Entwurf durchaus möglich, ja wahrscheinlich. Ich kann mich hier ganz den Bedenken anschliessen, die Genosse L. A. im *Vorwärts* vom 7. November zum Ausdruck bringt.

Ebenso kann ich mir die Vorschläge, die der selbe Genosse in jenem Artikel zur Verhütung eines möglichen Konfliktes macht, zu eigen machen. Es kann in der Tat gar keine bessere Lösung der Schwierigkeiten geben, als die dort vorgeschlagene Abgrenzung der Arbeitsgebiete, dergestalt, das dem deutschen Parteivorstande nach wie vor die Erledigung der reinen Verwaltungsangelegenheiten verbleibt, während dem Landesvorstand jene Arbeiten verbleiben, die der Gesamtvorstand naturgemäss nicht leisten kann:

›Zu diesen Aufgaben gehört das Studium der preussischen Verfassung und Verwaltung mit ihren so vielfach wieder unter sich verschiedenen Bestimmungen, das Verfolgen der laufenden Entwickelung und das dadurch bedingte regelmässige Studium der von den verschiedenen Ministerien herausgegebenen Verwaltungsblätter, das Verfolgen der praktischen Tätigkeit in den Gemeinden, in den Kreistagen, in den Provinziallandtagen mit ihren nach den Provinzen verschiedenen Einrichtungen . . . .‹

Darüber hinaus hätte der Landesvorstand natürlich seine Tätigkeit auf die Behandlung all der grossen politischen Fragen des preussischen Staates zu richten und im Einverständnis mit dem Gesamtvorstand dazu Stellung zu nehmen. Mit den Ergebnissen dieser steten Aufmerksamkeit und Arbeit hätte dann der Landesvorstand die Agitation zu beleben, neu zu gestalten, die rednerischen

Kräfte und die Parteipresse reichlich auszustatten. Das und das allein, sollte die Aufgabe einer besonderen preussischen Parteiorganisation sein.

Eine Konsequenz dieser Anschauung ist, dass der Landesvorstand in ganz anderer Weise besetzt sein muss, als es im Entwurf vorgesehen ist. Die Erfüllung der oben flüchtig gezeichneten Aufgaben erfordert mehrere tüchtige Arbeitskräfte. Zwei solcher Kräfte, wie sie L. A. fordert, würden dazu kaum ausreichen. Doch ist die Frage, wie viele anzustellen seien, nebensächlich im Vergleich zu der anderen, ob der zweite Preussentag grundsätzlich zu der Anschauung kommt, dass in dieser Weise gearbeitet werden müsse. Ebenso nebensächlich dürften demgegenüber auch einige andere Ausstellungen sein, die am Organisationsentwurf noch zu machen wären. Dass ungefähr nach dem Proportionalsystem zur Landeskonferenz zu wählen wäre, kann man nur billigen, aber auch für notwendig halten, dass die Zahl der Delegierten eines Wahlkreises in keinem Falle mehr, als 3, betragen sollte, schon in Rücksicht darauf, dass nicht die preussischen Parteitage einmal stärker besucht werden, als die deutschen Parteitage. In Konsequenz der Bestimmungen für die Wahl der Vertreter zur Landeskonferenz sollte man auch die Vertreter der einzelnen Provinzen — übrigens eine sehr mechanische und verbesserungsfähige Bestimmung, diese Wahl nach Provinzen! — zur Landeskommission nach dem Proportionalwahlsystem, und nicht von der Landeskonferenz, wählen lassen. Wird allerdings dieser Kommission ihre im Entwurf gewollte Bedeutung als eigentlicher Landesvorstand genommen, wird sie zu einem Ausschuss ähnlich der Kontrollkommission der Gesamtpartei gemacht, dann dürfte gegen ihre Wahl durch die Landeskonferenz nichts einzuwenden sein.

Ein kitzliger Punkt ist die Geldfrage. Wir dürfen uns nicht verhehlen, dass die Erfüllung von Aufgaben, wie sie hier der preussischen Landesorganisation zugewiesen werden, auch Geld kosten wird, und nicht gerade wenig. Die Kassengeschäfte dem bisherigen Vorstande belassen und ihm das *Recht* geben, bei Bedarf den Beutel für die preussische Organisation öffnen zu dürfen, wäre ja eine sehr bequeme, aber doch nicht zureichende Lösung dieser Frage. Wir werden nicht um die Notwendigkeit herumkommen, die Parteigenossen in Preussen ganz direkt für ihre Landesaufgaben tributpflichtig zu machen. Und zwar darf das nicht in der unbestimmten Weise, wie es der Entwurf vorsieht — der ja auch mit nur sehr geringen Ausgaben rechnet, entsprechend den geringen Aufgaben der Landesorganisation respektive ihrer Leitung — bemessen werden, sondern es müssen von vornherein bestimmte Teile der festen Einnahmen unserer Kreisorganisationen in Anspruch genommen werden. Ob das nun 1 %, ob es 2 % der Mitgliederbeiträge oder noch mehr werden, ist heute nicht festzustellen. Jedenfalls müssen die Kreisorganisationen von vornherein wissen, wie viel sie für diese neuen Aufgaben zu leisten haben. Die Mittel der Gesamtpartei dürfen ja, soweit sie aus Parteiunternehmungen, Geschäften u. s. w. stammen, auch für die Zwecke der preussischen Landesorganisation in Anspruch genommen werden; doch muss die finanzielle Grundlage der Organisation Preussens jedenfalls auf den eigenen Einnahmen beruhen.

Hoffen wir, dass die Arbeiten des zweiten Preussentages uns neue Waffen im Kampf der Arbeiterklasse um Recht und Freiheit geben werden!



ROMAN STRELTZOW · DIE BEIDEN RICHTUNGEN IN DER RUSSISCHEN SOZIALDEMOKRATIE

DIE grossen Hoffnungen, die ein Teil der internationalen Sozialdemokratie auf die Ergebnisse und Wirkungen des im Frühjahr dieses Jahres abgehaltenen *Einigungskongresses* der russischen Sozialdemokraten gesetzt hat, haben sich leider nicht erfüllt. Die Einigung zwischen den beiden Flügeln der Partei wurde zwar formell vollzogen, aber *de facto* brachte der Kongress einen noch stärkeren Riss, eine noch schärfere Trennung, als je zuvor. Fast jede Frage, vor die die russische Sozialdemokratie nach dem Kongress gestellt wurde, rief eine Meinungsverschiedenheit hervor, die den nimmer ruhenden Kampf der beiden Richtungen noch weiter verschärfte. Immer wieder stellt es sich heraus, dass die ganze Auffassung der jetzigen Lage, die Vorstellung von den Zielen, die die russische Sozialdemokratie im gegebenen historischen Moment anstrebt, sowie von den Methoden, deren sie sich dabei bedienen muss, bei den beiden Richtungen geradezu entgegengesetzt ist. Diese Verschiedenheit der Auffassungen wäre indes nicht so schlimm, wenn die Partei disziplinierter wäre, wenn die Meinungsverschiedenheiten die Praxis nicht hindern würden. Aber das ist gerade das Traurigste in der russischen Partei, dass der jeweilige Kampf der Anschauungen sofort zu einem Kampf auf dem ganzen Gebiete der praktischen Politik führt. Die Beschlüsse der Kongresse werden nicht genügend beachtet, immer wieder findet sich eine spitzfindige Auslegung, die den klaren Sinn der Parteitagsbeschlüsse in das direkte Gegenteil umwandelt und dadurch den frisch-fromm-fröhlichen Streit innerhalb der Partei ermöglicht. Die Gegensätze spitzen sich dadurch immer mehr zu. Was Wunder, wenn unter diesen Umständen der Gedanke einer formellen Trennung immer wieder auftaucht!

Der Beginn der jetzigen Streitigkeiten datiert vom zweiten Parteitag, der im Jahre 1903 stattgefunden hat. Damals entbrannte der Kampf um die Organisationsfrage, wobei die Majorität, mit Lenin an der Spitze, die Idee des überspannten Zentralismus vertrat, die Minorität aber mit Martow darin mit Recht eine Gefahr für die Aktionsfähigkeit der Partei erblickte. Sofort bildeten sich zwei Fraktionen, die man nach den Namen der Führer *Leninzi* und *Martowzi* taufte. Da die Leninianer damals in der Mehrheit waren, so bekam ihre Fraktion noch den Namen *Bolschewiki* (*Majoritätler*), den Martowianern wurde entsprechend der Name *Menschewiki* (*Minoritätler*) beigelegt. Auch heute noch wird an diesen Bezeichnungen festgehalten, obgleich die Änderung im Stimmenverhältnis, die auf dem letzten Parteitag, wo die Martowianer die Majorität bildeten, zu Tage trat, gerade einen Tausch der Namen erfordert.

Die Verschiedenheit in der Auffassung der organisatorischen Probleme stellte sich bald als ein Gegensatz der taktischen Ansichten heraus, der sich allmählich sogar zu einem — besonders auf dem Gebiete der Agrarfrage — programmatischen Gegensatze ausbildete. Die wichtigsten Fragen, die jetzt die beiden Fraktionen trennen, sind der bewaffnete Aufstand, die *Duma*, das Verhältnis zu den *Kadetten* und die Einberufung eines Arbeiterkongresses. Die Leninianer sind fest davon überzeugt, dass ein Aufstand unvermeidlich ist; sie erblicken daher die Hauptaufgabe der Partei in der ideellen und

besonders materiellen Vorbereitung zu diesem Aufstande. Nach der Auflösung der *Duma* fasste Lenin in einer Broschüre, die speziell diesem Ereignis gewidmet war, die Aufgaben des Moments folgendermassen zusammen:

»Die Auflösung der *Duma* bedeutet die vollständige Rückkehr zum Absolutismus. Die Möglichkeit eines einheitlichen Aufstandes des ganzen Russlands wächst. Die Wahrscheinlichkeit eines Zusammenflusses aller vereinzelten Aufstände in einen einzigen Aufstand wird immer stärker. Die Unvermeidlichkeit eines politischen Streiks und eines Aufstandes als des Kampfes um die Staatsgewalt wird, wie niemals früher, von den breiten Bevölkerungsmassen empfunden. Unsere Sache ist es, eine möglichst breit angelegte Agitation für den allrussischen Aufstand zu entwickeln, seine politischen und organisatorischen Aufgaben zu erklären, alle Kräfte daranzusetzen, um seine Unvermeidlichkeit allen zum Bewusstsein zu bringen. Alle müssen die Möglichkeit eines Generalumsturzes erblicken. . . . Die ganze Lage ist für die Erfüllung dieser Aufgabe günstig.«

Für Lenin stand — und steht — also fest: ein allrussischer Aufstand ist »unvermeidlich«. Nicht nur möglich, wahrscheinlich, sondern direkt unvermeidlich. Diese Unvermeidlichkeit des allrussischen Aufstandes wird ihm nun zum Ausgangspunkt aller taktischen und organisatorischen Betrachtungen, unter diesem Gesichtspunkt beurteilt er alle Massnahmen und Beschlüsse der politischen Parteien, wie die der Regierung. Diesen *unvermeidlichen* Aufstand darf man sich aber nach Lenin nicht als einen denken, der nur elementar ausbricht. Es ist ja möglich, dass er mit elementarer Gewalt uns überrascht. Aber es kann anders kommen. Lenin meint nämlich, dass die Ereignisse von den *Leitern* heischen können, die Zeit des *unvermeidlichen* Aufstandes genau zu bestimmen. Für diesen Fall gibt er den Rat, »den Streik und den allrussischen Aufstand Ende des Sommers oder Anfang des Herbstes, Anfang oder Mitte September festzusetzen«. Warum gerade dieser Zeitpunkt? Weil es sehr wichtig ist, die Periode der Bauarbeiten in den Städten und die Beendigung der Feldarbeiten auszunutzen. Es muss aber vorher ein Übereinkommen aller einflussreichen revolutionären Organisationen und Verbände über den Zeitpunkt des Aufstandes herbeigeführt werden.

Der September ist längst verflossen, und der *unvermeidliche* Aufstand ist bisher vermieden. Die Ereignisse haben die Berechnungen Lenins vollkommen Lügen gestraft und wieder einmal die Unfähigkeit Lenins, den Sinn und den Geist des historischen Moments zu erfassen, erwiesen. Aber Lenin und sein Anhang sind unverbesserlich. Sogar jetzt noch halten sie an ihrer Auffassung fest und suchen, ihre ganze Taktik diesem *unvermeidlichen* Ereignis anzupassen. Daraus erklärt sich auch ihre Stellung zu der früheren und zu der bevorstehenden *Duma*. Sie fürchteten die alte *Duma*, weil sie die *Unvermeidlichkeit* zu vermeiden bestimmt war. Man glaubte so fest an die revolutionäre Energie und das politische Verständnis des Volkes, dass man in der Angst lebte, dieses revolutionäre und zielbewusste Volk würde von der *konstitutionellen Illusion* sich blenden lassen. Als die *Duma* aufgelöst wurde, war man des froh. Man sagte sich und den anderen: Jetzt hat das Volk eingesehen, dass die *Duma* eine Illusion war, dass sie keine Macht besass; jetzt wird das Volk einsehen, dass ohne eine konstituierende Versammlung, die nur durch den Aufstand zu erobern ist, die Sache des Volkes nicht zu gewinnen ist. Auf dieses Gerede antwortete sehr treffend die neue Wochenschrift *Nasche Djelo*, die der *Menschewiki*richtung angehört:

»Hätte das Volk, das Proletariat nicht nur, sondern auch die ganze Bauernmasse.

wirklich gedacht, dass es jetzt auch nur einen Teil der Macht, dass es eine Konstitution besitzt, und hätte es wirklich diese Konstitution geschätzt, dann wäre der Bureaukratie diese *konstitutionelle Illusion* schlecht bekommen. Dann hätte das Volk nicht ohne Kampf die *Duma* aufgegeben, es hätte die Auflösung nicht zugelassen. . . . Leider war die *konstitutionelle Illusion* bei den *Kadetten*, aber nicht beim Volk. Die Masse der Bauern hatte nur eine dunkle Vorstellung von der *Duma* gehabt.«

Die *Bolschewiki* sagen, sie würden nunmehr den Bauern erklären können, dass die *Duma* deshalb aufgelöst worden sei, weil sie keine Rechte besass, dass daher eine Vertretung notwendig sei, die solche Rechte besitze, das heisst eine konstituierende Versammlung. Darauf antwortete die *Nasche Djelo*:

»Können wir wirklich so urteilen? Hat man denn die *Duma* deshalb aufgelöst, weil sie keine Rechte besass? Entsteht die Macht aus dem Recht, und nicht umgekehrt? . . . Hätte hinter der *Duma* das organisierte Volk gestanden; dann hätte sie auch Rechte gehabt.«

Man sieht: Die Leninianer betrachten die Auflösung der *Duma* als ein Zeichen zum Volksaufstand, die *Menschewiki* dagegen erblicken in diesem und in den späteren Ereignissen die politische Verständnislosigkeit der grossen, besonders der Bauernmasse. Daraus erklärt sich auch die Verschiedenheit in der Auffassung der Ziele der bevorstehenden *Duma*. Die *Bolschewiki* sehen sie als ein Organ zur Einberufung der konstituierenden Versammlung an, als ein Organ der aktiven revolutionären Tat, die *Menschewiki* dagegen als ein Organ der Aufklärung, der Propaganda und der Agitation, der Erziehung und Konzentrierung der Volksmacht; die Frage der Einberufung einer konstituierenden Versamlung durch die *Duma* wird von ihnen durchaus in die zweite Reihe gestellt. Und daraus resultiert die Stellung beider Gruppen zu den *Kadetten*.

Die *Kadetten* haben bekanntlich die Einberufung der konstituierenden Versammlung aus ihrem Programm gestrichen. Deshalb wollen die *Bolschewiki* mit ihnen nichts gemein haben. In der Wahlbewegung lassen sie ein Zusammengehen nur mit den *Sozialrevolutionären*, mit der *Arbeitsgruppe* etc. zu, weil diese für eine konstituierende Versammlung eintreten. Die *Menschewiki* aber schliessen ein Zusammengehen auch mit den *Kadetten* nicht aus. Sie argumentieren folgendermassen:

»Die Masse des Bauertums ist noch sehr wenig aufgeklärt. Das Bauertum fängt erst an, seine Blicke auf die *Duma* zu richten und seine Hände nach ihr auszustrecken. Die *Kadetten* stehen in ihren politischen Bestrebungen nicht hinter, sondern vor der Bauernmasse. . . . Bei dem jetzigen Zustand der Bauernmasse ist nicht zu erwarten, dass in die *Duma* eine Majorität der entschiedenen Anhänger einer souveränen konstituierenden Versammlung gewählt werden wird. Nur in dem Prozess des Kampfes der *Duma* und des Volkes gegen die Regierung kann die Idee einer Konstituante die *Duma* ergreifen.«

Daher stossen die *Menschewiki* die *Kadetten* von sich nicht ab. Ein *Kadett* ist ihnen immer lieber, als ein *Oktobrist* oder ein *echt russischer Mann*. Dagegen ist für die *Bolschewiki* der beste *Kadett* dem schlechtesten *Oktobristen* gleich: beide sind gegen die Konstituante, und deshalb bilden sie beide eine *reaktionäre Masse*. Dass der *Kadett* für den Parlamentarismus, für die Verantwortlichkeit der Minister, für die Aufteilung des privaten Grund und Bodens unter den Bauern ist, das alles kann das harte Herz eines *Bolschewik* nicht erweichen. Er steht fest auf seinem Standpunkt: entweder eine Konstituante, oder nichts!

Will man eine Formel für den Gegensatz zwischen den beiden Richtungen der russischen Sozialdemokratie finden, so ist es die: Die *Bolschewiki* glauben,

dass die notwendigen revolutionären Kräfte schon vorhanden sind, die einen erfolgreichen direkten Kampf für die Konstituante, somit für die demokratische Republik führen können, die *Menschewiki* dagegen glauben, dass diese Kräfte erst entwickelt werden müssen. Deshalb erblicken die *Bolschewiki* die Aufgabe der *Leiter* der Revolution in dem Erlass eines Kampfaufrufes; die *Menschewiki* dagegen in dem Sammeln, Organisieren und Disziplinieren der jetzt vorhandenen Kräfte. Daraus entsteht auch die Meinungsverschiedenheit in der Frage der Einberufung eines Arbeiterkongresses.[1]) Die *Menschewiki* sehen ein, dass die Arbeitermasse nicht genügend erzogen und organisiert ist. Die Sozialdemokratie hat die Masse nicht ganz hinter sich. Zwischen der Arbeitermasse und der Partei existiert nicht der gewünschte Kontakt. Die Partei ist gewissermassen isoliert von der Masse und deshalb oft nicht im stande, deren Stimmung richtig zu erfassen. Daher kommen öfter Missgriffe vor, die der Partei und der gesamten Arbeiterklasse nur Schaden bringen. Um diesem Missstand abzuhelfen, muss die Arbeitermasse in grösserem Umfange organisiert und zu selbständigem Handeln erzogen werden. Dazu könnte nach der Meinung der *Menschewiki* ein Arbeiterkongress beitragen, um den und auf dem die allrussische Arbeiterschaft sich organisieren könnte. Diese Idee schliesst selbstverständlich andere Aktionen nicht aus und will durchaus nicht eine Art Panacee sein. Man mag über ihre Nützlichkeit verschiedener Meinung sein, aber die ihr zu Grunde liegende Ansicht ist klar: es ist die Auffassung von der Unzulänglichkeit der vorhandenen Kräfte, von der Notwendigkeit, sie erst zu sammeln oder zu entwickeln. Die *Bolschewiki* verwerfen daher diese Idee als eine nutzlose, ja, noch mehr, als eine schädliche. Ganz natürlich. Sie sind ja von der Unvermeidlichkeit des bewaffneten Aufstandes überzeugt, der alle diese kleinlichen Dinge vollkommen überflüssig macht. Es ist die revolutionäre Romantik, die die *Bolschewiki* zu Gegnern der Arbeiterkongresse macht, wie sie überhaupt ihr ganzes Denken und Handeln beherrscht.

Diese Romantik hat der russischen revolutionären Bewegung schon schweren Schaden zugefügt. Ihr eigentlicher Nährboden ist die Trägheit des Gedankens und der Empfindung, die Unfähigkeit, sich in den Ereignissen zu orientieren. Leider ist auch der westeuropäische Sozialismus daran nicht ganz ohne Schuld. Wenn man die Literatur der russischen Revolutionsromantiker studiert, so findet man da öfter Hinweise auf ausländische Sozialisten, die diese Richtung durch ihre Reden und Artikel unterstützt haben. Irregeführt durch unzutreffende, von Doktrinen, nicht von Realitäten diktierte Informationen nahmen die ausländischen sozialistischen Organe oft eine Stellung ein, die der russischen Wirklichkeit keineswegs entsprach. Und diese verkehrte Stellungnahme beeinflusste auch rückwirkend die russischen Romantiker, die in einigen ausländischen Sozialisten eine Unterstützung ihrer Ansichten fanden. Es wäre für die russische Sozialdemokratie und für den russischen Freiheitskampf ein grosser Gewinn, wenn die Genossen mit ihren Meinungsäusserungen über die verworrenen russischen Fragen ein wenig zurückhielten.

[1]) Vergl. die Rubrik *Sozialistische Bewegung* der Rundschau in diesem Bande der *Sozialistischen Monatshefte*, pag. 973-974.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

EMILE VANDERVELDE · DER SOZIALISMUS IN BELGIEN

WENN man die Organisation und den besonderen Charakter der belgischen Arbeiterpartei erfassen will, darf man zwei Punkte nicht aus den Augen verlieren: einmal, dass Belgien immer ein Verband von Gemeinden und Provinzen gewesen ist, deren lokaler Partikularismus nur allzu häufig den notwendigen Zentralisationsbestrebungen Widerstand leistete; und ferner, dass es ein zweisprachiges oder sogar dreisprachiges Land ist, denn es gibt an der preussischen Grenze noch eine Anzahl von Gemeinden, in denen die Mehrheit der Bevölkerung deutsch spricht. Aber diese deutsch sprechenden Belgier, die katholischer sind, als die katholischsten Bewohner des preussischen Rheinlandes, bilden nur eine kleine Schar. Wenn ich ihrer hier überhaupt Erwähnung tue, so geschieht es lediglich, um der Hoffnung Ausdruck zu geben, dass unsere Genossen von Aachen oder Cöln uns in dem Bemühen unterstützen mögen, diese paar tausend Arbeiter dem Sozialismus zuzuführen; örtlich ebenso, wie auch geistig gehören sie eher zu ihnen, als zu uns.

Die Teilung unseres Landes in Vlamen, die die selbe Sprache sprechen, wie die Holländer, und Wallonen, die die selbe Sprache sprechen, wie die Franzosen, ist hingegen eine Tatsache von durchschlagender Bedeutung. Nach der letzten Volkszählung /1900/ sprechen 2 574 805 Belgier nur französisch; 2 822 005 nur vlämisch; 801 587 sprechen sowohl französisch, wie vlämisch. Diese letzten, von denen viele der Bourgeoisie angehören, wohnen zum grössten Teile in den grossen Städten. Auf dem Lande ist dagegen die Trennungslinie der Sprachen so scharf, wie eine politische Grenze. Seit dem XIV. Jahrhundert hat sie sich nicht verschoben. Heute, wie damals leben zwei Völkerschaften Seite an Seite, die gemeinsame Einrichtungen und gemeinsame Interessen haben, aber sich nicht verstehen und ganz naturgemäss die Elemente ihrer Kultur von den Völkern beziehen, die die selbe Sprache sprechen, wie sie.

So haben die vlämischen Sozialisten vor einigen dreissig Jahren sich in der deutschen Schule geschult. Nicht viele von ihnen können deutsche Broschüren oder Bücher im Original lesen — und das ist sehr schade —, aber alle haben sie holländische Übersetzungen oder Bearbeitungen in Händen, und im ganzen genommen herrscht der germanische Einfluss in ihrer sozialistischen Ausbildung vor. In den wallonischen Gebieten dagegen, wo die Sozialisten dreimal zahlreicher sind, als in den vlämischen, ist die Kultur ausschliesslich und wesentlich französisch. Vom literarischen Standpunkte aus ist das südliche Belgien im ganzen eine Gruppe französischer Departements. Seine Schriftsteller veröffentlichen ihre Bücher meistens in Paris. In Brüssel, wie in den wallonischen Städten überhaupt machen die Pariser Zeitungen den belgischen eine empfindliche Konkurrenz. Und in den belgischen Blättern selbst beziehen sich drei Viertel aller Nachrichten auf Frankreich. So kann es denn nicht wunder nehmen, dass alle politischen Ereignisse, die sich in jenem Land abspielen, ihren Widerhall in unserem finden; dass alle Fragen, die zu gewissen Zeiten die französischen Sozialisten trennen oder getrennt haben, auch in Belgien aufgeworfen und erörtert werden.

Aber wenn auch die Verwandtschaft der Sprachen unerlässliche Berührungen zwischen den Franzosen und den französisch sprechenden Belgiern herbeiführt, wenn zumal in den sozialistischen Kreisen die einen die selbe Lektüre und infolgedessen auch den selben Wortschatz, die selben politischen Formeln, wie die anderen, haben, so bleibt doch zu beachten, dass zwischen Frankreich und Belgien so tiefgehende wirtschaftliche Gegensätze bestehen, dass der belgische Sozialismus notwendigerweise mit dem französischen nur oberflächliche Ähnlichkeit besitzt und besitzen kann. Frankreich ist bis auf den heutigen Tag tatsächlich ein wesentlich Ackerbau treibendes Land; sogar die meisten seiner Intellektuellen sind bäuerlichen Ursprungs und besitzen irgendwo in einem Winkel des Landes ein kleines Haus, wo sie ihre Ferien verbringen. Grossindustrie findet sich im ganzen nur sporadisch, um Paris herum, im Loirebecken und in den Departements, die vom Pas de Calais bis zur Franche Comté der belgischen oder deutschen Grenze vorgelagert sind. Die Zahl der von ihr beschäftigten Arbeiter wächst nur langsam, ebenso wie die Gesamtbevölkerung. In Belgien erleben wir hingegen, besonders seit zwanzig Jahren, einen industriellen Aufschwung, der auf dem europäischen Festlande nur in dem deutschen ein Gegenstück findet. Von 100 Einwohnern sind knapp 18 in der Landwirtschaft beschäftigt. Von Mons bis Verviers bildet das ganze Kohlenrevier sozusagen eine einzige Riesenfabrik. Vielleicht sitzt nirgends anderswo das grossindustrielle Proletariat so dicht gedrängt, sind nirgends die sozialen Gegensätze so scharf ausgeprägt.

Demnach ist es auch nicht verwunderlich, dass die Entwickelung des Sozialismus ebenso grossartig und rasch vor sich gegangen ist, wie die der Industrie. Als die Arbeiterpartei im April 1885 gegründet wurde, hätten die optimistischsten unter ihren Gründern nicht auszudenken gewagt, was 20 Jahre später Wirklichkeit geworden war. Belgien lebte damals noch unter einem Zensuswahlrecht, wie Frankreich in den Zeiten Ludwig Philipps. Zwei grosse bürgerliche Parteien, die Liberalen und die Katholiken, folgten einander in der Macht, ohne dass ihr Wechsel den Gang der Dinge ernstlich beeinflusst hätte: standen sie sich auch in religiösen Fragen scharf gegenüber, so verstanden sie sich doch gleich, wie Diebe auf dem Markte, wenn es sich um die Verteidigung kapitalistischer Interessen handelte. Auf der anderen Seite waren die Arbeiter nichts, als ein Häufchen Menschenstaub. Für eine kurze Zeit zusammengerafft und organisiert, mit mehr scheinbarer als wirklicher Kraft, in den Tagen der *Internationalen,* schienen sie seither alle Hoffnungen verloren zu haben. Ihr Einfluss bei den Wahlen war notwendigerweise gleich null, weil man mindestens 42 Francs direkte Steuer zahlen musste, um überhaupt wählen zu können. Ihre wirtschaftliche Organisation hatte keine grössere Bedeutung: kaum, dass in einigen der grössten Städte eine kleine Zahl von Gewerkschaften oder Unterstützungsvereinigungen sich befand; kaum, dass man in jenen Tagen von einer bescheidenen Konsumgenossenschaft sprach, die im Jahre 1881 mit einem Anfangskapital von 67,50 Francs begründet war und den Namen *Vooruit* trug. Heute zählt der *Vooruit* 7000 Mitglieder und hat überall in den industriellen Gegenden zu Gründungen ähnlicher Art Anregung gegeben. Nach dem letzten Jahresbericht des Genossenschaftsverbandes war 1905 die Zahl der sozialistischen Konsumgenossenschaften, die an die Arbeiterpartei angeschlossen sind und einen Teil ihrer Überschüsse auf die sozialistische Propaganda verwenden, wie folgt:

Kreis oder Bezirk	Anzahl der Genossenschaften	Jährlicher Warenumsatz (in Francs)	Betrag des Überschusses (in Francs)	Anzahl der Mitglieder	Anzahl der Angestellten
Lüttich	29	5 979 841,97	634 728,48	11 703	282
Huy	19	1 663 735,39	318 634,07	2 484	70
Waremme	2	304 000,88	23 000,00	650	15
Namur	9	1 405 389,80	159 929,04	4 987	73
Verviers	3	405 210,23	10 275,68	1 700	31
Dinant	5	227 811,04	18 386,29	990	14
Philippeville	2	198 408,47	13 033,72	555	16
Virton	6	205 034,94	24 848,90	430	11
Bastogne	—	—	—	—	—
Neufchateau	5	96 168,47	7 143,98	306	7
Borinage	10	975 084,71	273 423,50	4 115	75
Soignies	6	2 801 771,80	248 955,72	20 925	159
Thuin	8	90 182,31	4 770,90	260	10
Charleroy	27	3 188 719,77	274 503,08	15 028	197
Tournai	—	—	—	—	—
Ath	1	50 000,00	3 500,00	250	5
Flandern	24	3 994 091,93	581 939,18	14 311	306
Brabant (vlämisch)	2	4 951 056,75	510 250,73	21 800	433
Nivelles	8	417 365,39	42 804,97	2 855	30
in summa	168	26 936 873,06	3 140 209,72	103 349	1 735

Die sozialistischen Genossenschaften umfassen heute mehr als 100 000 Familien, die mehr als 500 000 Konsumenten ausmachen. Wenigstens in 200 Gemeinden gibt es Volkshäuser, die allen anderen Organisationen der Arbeiterpartei als Sitz dienen. Um jede der grossen Konsumgenossenschaften, die der ganzen Parteiorganisation als Angelpunkt dienen, gruppieren sich die Gewerkschaften, die Versicherungsvereine, die politischen Gruppen, die Organisationen für Kunst und Unterricht, die Produktivorganisationen, wie die der Weber in Gent oder die der Steinbrucharbeiter in Huy, deren Gesamtheit gleichzeitig — und das unterscheidet Belgien von den meisten anderen Ländern — eine politische Organisation und eine wirtschaftliche Organisation bildet.

Jeder der 26 Bezirksverbände setzt sich in der Tat aus allen den Unterstützungsgruppen, Gewerkschaften, Genossenschaften, politischen und anderen Organisationen zusammen, die ihren Sitz in den Bezirken haben. Die Bezirksversammlung, ebenso wie die jährlichen Parteitage, wie auch die Vollversammlung des Parteivorstandes, werden nicht allein durch die Delegierten der politischen Gruppen gebildet, sondern durch Delegierte aller der Partei angeschlossenen Gruppen. Wenn alle diese Gruppen regelmässig dem Parteivorstand ihre Beiträge zahlten, so müsste der Parteisekretär jährlich mehr als 200 000 Beträge erhalten. Leider ist dem nicht so. Obschon der für die Zentralinstanz der Partei verlangte Beitrag lächerlich niedrig ist (10 Centimes pro Jahr und Person), so bemühen sich doch viele Gruppen und auch viele Bezirksverbände aus jenem partikularistischen Geiste, der die meisten belgischen Einrichtungen charakterisiert, mit allen Mitteln die Höhe ihres Anteils an den allgemeinen Unkosten der Partei herabzudrücken. Man gibt die Zahl der Mitglieder geringer an, als sie in Wirklichkeit ist, manchmal vergisst man auch, zu bezahlen, oder wenn man bezahlt, so nur mit grossen Verspätungen. Auf diese Weise empfängt der Vorstand im Jahresdurchschnitt nur 12- bis 13 000 Francs Bei-

träge, was einen Mitgliederbestand von 120- bis 130 000 bedeuten würde. Es versteht sich von selbst, dass dieses geringe Budget ebenso wenig alle Hilfsmittel der Arbeiterpartei darstellt, wie etwa das eidgenössische Budget alle Hilfsmittel der Schweiz repräsentiert. In der Tat deckt jeder Bezirksverband seine eigenen Unkosten selbst. Meistens versorgen ihn seine Genossenschaften mit dem, was man zum Kriegführen am meisten nötig hat. Die anderen Gruppen tragen nach Massgabe ihrer Kräfte ebenfalls bei.

Wir haben nicht die Absicht, hier noch einmal — nur um Eigenes zu wiederholen oder das, was andere vor uns gesagt haben — die politische Geschichte des belgischen Sozialismus seit dem Jahre 1885 zu erzählen. Jedermann weiss, dass nach einer langen Zeit voll Demonstrationen, Streiks und oft heldenhaften Kämpfen das Zensussystem im Jahre 1893 abgeschafft und unter dem Drucke eines letzten Generalstreiks /April 1894/ durch ein absonderliches Pluralsystem ersetzt wurde, das allen Bürgern von 25 Jahren an ein Stimmrecht gibt und ein doppeltes oder dreifaches Stimmrecht solchen Bürgern, die gewissen Anforderungen an Bildung oder Besitz genügen; unsere Agitatoren drücken das durch die ein bisschen vereinfachte Formel *3 Stimmen den Reichen, 1 Stimme den Armen* aus. Schon bei den ersten Wahlen unter dem neuen System brachte es die Arbeiterpartei trotz des Mehrstimmenrechts auf 28 Abgeordnete, während nur noch einige 20 Liberale und Radikale die ehemalige liberale Partei repräsentierten, gegenüber einer klerikalen Mehrheit, die einmal bis zu der phantastischen Zahl von 112 auf 152 Mitglieder anstieg.

Heute hat sich indessen die parlamentarische Lage von Grund auf geändert. Im Jahre 1900 ist das alte Wahlsystem nach Majoritäten — im Verfolg von Unruhen, die den Sturz des Ministeriums van den Peereboom zur Folge hatten — durch ein System proportioneller Vertretung ersetzt worden, dessen eine Konsequenz die Wiederbelebung des Liberalismus und des Radikalismus auf Kosten der Rechten war. In der Kammer der Abgeordneten, wie sie nach den Wahlen vom Mai 1904 und Mai 1906 zusammengesetzt ist, gehören auf 166 Mitglieder — die Zahl der Abgeordneten ist erhöht worden — 89 der klerikalen Partei an, 14 der liberalen, 31 der radikalen oder fortschrittlichen, 31 der sozialistischen und 1 der christlich-demokratischen Partei. Da der christliche Demokrat immer mit der Linken stimmt, so verfügen die Klerikalen also nur über eine Mehrheit von 12 Stimmen gegen die verschiedenen Oppositionsparteien (an Stelle von 26 vor den Wahlen von 1904 und 1906). Das ist ein gewaltiger Unterschied gegen die 72 Stimmen Majorität, über die sie früher verfügten. Aber wenn auch die Majorität geringer geworden ist, so bleibt sie doch noch hinlänglich stark für die Regierung. Diese braucht der kleinen Gruppe konservativer Liberalen weder Avancen, noch Zugeständnisse zu machen.

Wenn die Sozialisten auf der anderen Seite nichts verloren, sondern unter dem System der proportionellen Vertretung vielleicht noch ein wenig gewonnen haben, was die Zahl ihrer Sitze anlangt, so kann man doch nicht sagen, dass das neue System ihnen günstig gewesen sei. Die Liberalen, die über das ganze Land verbreitet, aber in den ländlichen Distrikten schwächer, als die Klerikalen, und in den industriellen Gegenden schwächer, als die Sozialisten, sind, waren unter dem Majoritätssystem in der Tat fast überall zur Rolle der Hilfsmannschaften bei Stichwahlen verurteilt worden. Mit ebenso viel oder mehr Stimmen, als die Sozialisten, gewannen sie nur eine Mandats-

zahl, die ausser jedem Verhältnisse nicht zu ihrer wirklichen Kraft, die klein ist, wohl aber zur Zahl der Dreistimmenmänner stand, über die sie verfügen. Heute erfreuen sie sich hingegen des Vorrechts ihrer Pluralstimmen, ohne noch durch die Abstimmung nach Majorität benachteiligt zu sein: vor 1900 tief entmutigt, haben sie einige Hoffnung geschöpft, wieder ans Regiment zu kommen. Übrigens haben sie sich vom Standpunkte der politischen Tendenzen aus gewandelt: vor 1894 waren die Liberalen in gewissen Fragen konservativer, als die Klerikalen selbst. Damals war es nicht etwa nur ein kleiner Teil, nein, die grosse Mehrheit der Liberalen, die mit aller Kraft das allgemeine Wahlrecht, die Volksschulpflicht und die Gleichheit des Militärdienstes bekämpfte. Die Radikalen, die von den Führern der Partei als verlorene Schäfchen betrachtet wurden, bildeten nur eine unbeträchtliche Minderheit im Gesamtrahmen der Partei. Seither haben sie aber ihre Revanche gehabt. Sie sind es jetzt, die die Majorität der liberalen Partei bilden, oder sie haben zum wenigsten die Hauptpunkte des radikalen Programms durch die neuen Parteiorganisationen annehmen lassen. Wollte man diese demokratische Entwickelung des Liberalismus nicht als ein erfreuliches Zeichen ansehen, dann müsste man auch die Verwirklichung aller der nächsten Reformen, die wir an die Spitze unseres eigenen politischen Programms gestellt haben, nicht ernstlich wünschen.

Aber es ist unleugbar: Die Liberalen haben dadurch, dass sie diese Reformen in ihrem Programm aufgenommen, sich mit den Radikalen vereinigt und mit ihnen eine neue Partei gebildet haben, die häufig vor naiven Wählern behauptet, ebenso demokratisch und natürlich auch ebenso sozialistisch zu sein, wie die Sozialdemokraten selbst, ihre Situation bei den Wahlen nicht nur auf Kosten der Klerikalen, sondern in einem gewissen Masse auch auf Kosten der Arbeiterpartei verbessert. Vor 1900, vor der Einführung der proportionellen Vertretung, nahm bei jeder Wahl die Zahl der sozialistischen Stimmen mit einer Schnelligkeit zu, die man unmöglich anders als anormal bezeichnen konnte. Seit 1900 ist dadurch die Zahl der sozialistischen Stimmen gleich geblieben. In einzelnen Wahlkreisen zeigt sich sogar eine Neigung zum Sinken, während die Zahl der Radikalliberalen mehr oder weniger rasch steigt.

Was will das sagen? Muss man daraus schliessen, wie es einige liberale Blätter tun, dass der Sozialismus im Niedergang begriffen ist, der Liberalismus Eroberungen in den Arbeiterklassen macht, die Zukunft in Belgien einer irgendwie gearteten kleinbürgerlichen Demokratie gehört, die es darauf ablegt, das Zünglein an der Wage zwischen den Reaktionären von der Rechten und den Revolutionären von der Linken zu bilden? Will man diese Schlussfolgerung annehmen oder aufstellen, dann muss man nicht wissen oder so tun, als ob man nicht wüsste, dass seit 1900 — abgesehen von der Periode vorübergehender Gedrücktheit, die der Niederlage beim grossen Streik zur Erringung des allgemeinen Wahlrechts im Jahre 1902 folgte — der Sozialismus unaufhörlich Fortschritte in der Arbeiterklasse gemacht hat. Aber vor 1900 waren die Liberalen entmutigt, getrennt, ohne gemeinsames Programm; eine Anzahl von ihnen stimmte, ohne in aller Welt Sozialisten zu sein, für die Sozialisten aus Verzweiflung an ihrer eignen Sache und um ihre Unzufriedenheit zu zeigen, um durch die Unterstützung der rötesten Kandidaten ihrer Opposition gegen die klerikale Herrschaft Ausdruck zu verleihen. Heute, wo hingegen die

liberale Partei rekonstruiert und zu gleicher Zeit demokratisiert ist, heute, wo sie einstimmig für das allgemeine Wahlrecht, die Volksschulpflicht und die Gleichheit des Militärdienstes eintritt, stimmen jene Liberalen, die früher sozialistisch wählten, für die Kandidaten ihrer Partei, und die Wahlziffer der Arbeiterpartei gibt ein Bild der wirklichen Stärke des Sozialismus im Lande: ungefähr 500 000 Stimmen auf wenig mehr als 2 000 000, hinter denen 1½ Millionen Wähler stehen.

Im allgemeinen hat also der Proporz das Gute, dass die Wahl jeder Partei eine ihren Kräften angemessene Vertretung sichert; abgesehen natürlich von der Ungerechtigkeit des Pluralstimmrechtes. Im besonderen hat er noch die Sozialisten gelehrt, dass es zur Mehrung der sozialistischen Stimmen nicht mehr ausreicht — wie man früher gar zu oft getan hat —, für Reformen einzutreten, für die wir anfangs zwar allein kämpften, die aber heute Gemeingut aller oppositionellen Parteien geworden sind; heute ist jeder von uns überzeugt, dass wir tiefer graben, dass wir die Propaganda intensiver gestalten, dass wir vor allem Sozialisten machen müssen.

Als die belgischen sozialistischen Arbeiter von diesem Gesichtspunkte aus sich selbst auf Herz und Nieren prüften, mussten sie erkennen, dass die Organisation, auf die sie so stolz waren, die im Auslande vielfach als vorbildlich bezeichnet wurde und in mancher Hinsicht auch wirklich alles Lob verdient, das man ihr oft gespendet hat, dass diese Organisation, sage ich, zwei wunde Punkte besass: die relative Schwäche der Gewerkschaften und die Unzulänglichkeit der sozialistischen Presse.

Was zunächst die Gewerkschaften anlangt, so kann nicht bezweifelt werden, dass die beachtliche Entwickelung des sozialistischen Genossenschaftswesens die Folge gehabt hat, in einem gewissen Umfange die gewerkschaftliche Entwickelung zu verlangsamen. Lange Zeit hindurch haben viele Arbeiter sich vorgestellt, dass die Genossenschaften als Kampforganisation allen Bedürfnissen genügten. Sie verlangten von ihnen nicht nur Hilfsmittel in Wahlzeiten, sondern auch Unterstützung bei Streiks. In der Tat verfehlen die grossen Genossenschaften auch heute noch nicht, beim Ausbruch eines grösseren Streiks den Streikenden Kredit, Geld und Brot zu gewähren. Auf die Dauer musste man sich aber überzeugen, dass das doch nicht genügte, und dass man mit der Politik, alles durch die Genossenschaften machen zu wollen, wie die Matrosen alles mit dem Messer, nicht nur Gefahr lief, die Entwickelung der Genossenschaften in Frage zu stellen, sondern, was schlimmer ist, gleichzeitig auch die Entwickelung von Organisationen, die ebenso notwendig sind, wie die Genossenschaften. Aus diesen Gründen ist besonders seit zwei Jahren der Fortschritt der Gewerkschaftsbewegung sehr bedeutend gewesen, und gerade jetzt nehmen die Gewerkschaften einen Aufschwung, der an den der deutschen Gewerkschaften vor ungefähr zehn Jahren erinnert. Es ist leider nicht leicht, die erreichten Ergebnisse ziffernmässig darzustellen. Hier spielt der Lokalpartikularismus wieder eine Rolle. Im Gegensatz zu dem, was wir in Deutschland oder England sehen, zeigen sich die belgischen Gewerkschaftsorganisationen im allgemeinen jeder ernsthaften Zentralisation grundsätzlich abgeneigt. Ja, mehr noch, aus einer recht kindischen Furcht, den Unternehmern Einblick zu gewähren, setzen sie häufig den Versuchen, ihren Mitgliederstand und ihre Kassenverhältnisse genau kennen zu lernen, hartnäckigen Widerstand

entgegen. Daraus ergibt sich, dass den ausserhalb der Dinge Stehenden, die ihre Kenntnisse lediglich aus den beklagenswert unvollständigen Berichten schöpfen müssen, die belgischen Gewerkschaften, deren relative Schwäche wir selbst festgestellt haben, noch viel schwächer erscheinen, als sie in Wirklichkeit sind. In vielen Berufszweigen, wie der Glasfabrikation, der Handschuhmacherei und Buchindustrie, der Antwerpener Diamantenindustrie und anderen, ist indessen die gewerkschaftliche Organisation schon seit langer Zeit fest gefügt. Die Organisation der Metallarbeiter, die nur etwa 8000 Mitglieder zählt, hat einen viel grösseren Einfluss, als man nach der Zahl ihrer Mitglieder von ihr glauben sollte. Die Bergarbeiter, die 1903 in ihrer Organisation erst 15 000 Mitglieder auf mehr als 100 000 beschäftigte Arbeiter zählten, verfügen heute über mehr als 60 000 Mitglieder, die erhöhte Beiträge regelmässig zahlen. Auch in der Textilindustrie, besonders in Verviers, hat man die selbe Besserung aufzuweisen.

Zur selben Zeit, wo die Gewerkschaftsbewegung umfassender zu werden strebte, hörte man auch in den Reihen der Sozialisten — und die Tatsache verdient angemerkt zu werden, weil wir sie nicht nur in Belgien beobachteten — die Frage aufwerfen, ob es nicht besser wäre, wenn die gewerkschaftliche und die politische Bewegung sich differenzierten, wenn die Gewerkschaften, anstatt Organe der Arbeiterpartei zu sein, neutrale Einrichtungen würden, unterschiedslos allen Arbeitern ohne Rücksicht auf ihre Überzeugung offenstehend. Diese Tendenz der Neutralisierung der Gewerkschaften zeigte sich vornehmlich und beinahe ausschliesslich in Antwerpen und in Verviers, wo sich die stärksten Gewerbeverbände, obschon überwiegend aus Sozialisten bestehend, der Arbeiterpartei nicht angeschlossen haben. Im allgemeinen aber wird sie von den organisierten Sozialisten bekämpft. Ohne behaupten zu wollen, dass die innige Vereinigung der politischen und gewerkschaftlichen Aktion überall, in allen Ländern und unter allen Umständen nützlich oder möglich wäre, hegen wir doch die tiefe Überzeugung, dass bei uns der Sozialismus im Falle einer Trennung der gewerkschaftlichen und politischen Bewegung vieles zu verlieren haben würde: einmal würden die sich selbst überlassenen Gewerkschaften, den *syndikalistisch-revolutionären* Phrasen einiger ihrer Führer zum Trotz, allmählich *Nurgewerkschafter* werden; auf der anderen Seite würde die nur aus politischen Gruppen zusammengesetzte Partei der fatalen Tendenz unterliegen, alle anderen Bestrebungen der Sorge für Erfolge bei den Wahlen und im Parlament unterzuordnen. Bisher aber machte es gerade unsere Stärke aus, dass die Sorge für Erfolge bei den Wahlen und im Parlament immer den Bestrebungen untergeordnet war, die unmittelbar die wirtschaftlichen Interessen des Proletariats berührten.

Nicht gut steht es um unser Zeitungswesen. Allerdings befindet sich die belgische sozialistische Presse nicht in der beklagenswerten Lage, die wir in Frankreich vor uns sehen, wo die Partei über kein einziges offizielles Tagesorgan verfügt, und wo die *Humanité* eine Auflage hat, die im lächerlichen Widerspruch zur Zahl derjenigen steht, die bei den Wahlen sozialistisch stimmen. Abgesehen von den Wochenschriften und Fachzeitungen haben wir in Belgien folgende 4 tägliche Blätter: den *Peuple*, zu 5 Centimes, mit einem Ableger zu 2 Centimes, das *Echo du Peuple*; das *Journal de Charleroi*; den *Vooruit* (vlämisch); den *Avenir du Borinage*, der erst kürzlich gegründet wurde. Diese 4 Blätter haben zusammen eine durchschnittliche Auflage von

120 000; das ist nicht gar zu schlecht für ein Land mit 6 Millionen Einwohnern, wo leider noch 20 % der erwachsenen männlichen Bevölkerung weder schreiben, noch lesen kann. Aber die sozialistische Presse leidet mehr und mehr unter der scharfen Konkurrenz der bürgerlichen Zeitungen. Sie hat wenig Inserate. Sie verfügt nur über geringes Kapital. Sie hat keine Einkünfte aus bezahlten Artikeln und verschleierter Reklame. Sie macht keine Börsenmanöver, sie bezieht keine Schmiergelder von Spielhöllen, von Finanzinstituten und dem Kongostaate. Sie muss vor allem von ihren Lesern, von ihren Abonnenten leben, während gewisse bürgerliche Blätter, und nicht die kleinsten, ihren Lesern eine Unmenge Papier und viele Nachrichten fast umsonst geben können, weil sie ausgehalten werden und eigentlich nichts anderes sind, als Organe von Finanzunternehmungen. In den grossen Städten ziehen es sogar die meisten Arbeiter vor, ein bürgerliches Blatt zu kaufen, das ihnen für 2 Centimes mehr zu lesen gibt, als der *Peuple* für 5 Centimes. So verkaufen wir in Brüssel — warum sollen wir es nicht eingestehen? — mit Ach und Krach täglich 5000 Nummern der sozialistischen Blätter, während bei den Wahlen die Zahl der sozialistischen Stimmen bis auf 60 000 ansteigt.

Das ist ein Zustand, der Besorgnis erregen, und für den Abhilfe gesucht werden muss. Aber Abhilfe ist schwer zu finden. Alle Anstrengungen, die man macht, um die sozialistische Presse zu heben, werden durch die Entwickelung der von ihren Hintermännern gestützten bürgerlichen Presse zu nichte gemacht. Und vielleicht müsste man sich mit dieser ungenügenden Gestaltung der schriftlichen Propaganda resigniert abfinden, wenn nicht in einem gewissen Masse die Broschürenliteratur das Manko der Zeitungen ausgliche. In dieser Hinsicht ist in der Tat die Arbeiterpartei den bürgerlichen Parteien merklich überlegen. Dank der hingebenden Tätigkeit eines unserer Freunde, des Genossen Debacker, hat die sozialistische Zentraldruckerei in Gent ein Propagandawerk *Germinal* geschaffen, auf das wir die Aufmerksamkeit unserer Freunde in anderen Ländern lenken zu sollen glauben. Für 1 Franc jährlich gibt der *Germinal* seinen Abonnenten mindestens 18 Broschüren von mindestens 36 Seiten Umfang. Im ersten Jahre zählte er 5000 Abonnenten, nach zweijährigem Bestehen kann er auf eine Anzahl von 18000 blicken, und sozusagen wöchentlich abonnieren sozialistische Genossenschaften den gesamten Bestand ihrer Mitglieder, indem sie ihr Abonnement aus den Überschüssen bezahlen. Alle 3 oder 4 Wochen erhält der Abonnent seine Broschüre, und man berücksichtigt natürlich bei der Auswahl der zu druckenden Werke die Lücken, die es in der sozialistischen Bildung auszufüllen gilt; mehr und mehr geht man auch zur methodischen Propaganda über.

Fassen wir alles zusammen, so können wir sagen: Die moralische und materielle Lage des Sozialismus in Belgien ist befriedigend. Die gewerkschaftlichen Organisationen breiten sich aus. Die Bildungsbestrebungen schreiten vorwärts. Die Genossenschaften machen, im ganzen genommen, unaufhörlich Fortschritte. Im Hinblick auf die politische Lage endlich haben wir Grund zur Hoffnung, dass in naher Zukunft das allgemeine Wahlrecht endlich von den Auswüchsen des Pluralstimmrechts befreit werden wird. Und hier liegt vielleicht die gewaltigste Umwälzung, die sich in letzter Zeit vollzogen hat.

Nach dem unglücklichen Ausgange des politischen Massenstreiks von 1902 konnte man in den konservativen Kreisen wohl glauben, die Frage des all-

gemeinen Wahlrechts sei für lange Zeit von der Bildfläche beseitigt. Damals waren nicht nur die Klerikalen dagegen, sondern auch ein erheblicher Teil der Liberalen, die es mit mehr oder weniger Hintergedanken zwar für die gesetzlichen Körperschaften akzeptierten, aber für die Gemeinde- und Provinzialwahlen rundweg ablehnten. Heute stehen diese Liberalen, die man — eine alte Erinnerung an die Zeiten Ludwig Philipps — *Doktrinäre* nennt, auf einem ganz anderen Standpunkte. Wenige Wochen vor den Wahlen von 1906 haben sie sich zu gunsten des allgemeinen Wahlrechts auf allen Stufen ausgesprochen. Der Liberalismus befindet sich also jetzt in folgender bizarren Lage: Er kann das allgemeine Wahlrecht nur einführen, indem er zwei Drittel seines eigenen Bestandes opfert, weil er ja am meisten vom Pluralstimmrecht begünstigt wird. Auf der anderen Seite aber kann er gar nicht daran denken, jemals wieder zur Macht zu gelangen, wenn er den Sozialisten nicht Unterpfänder gibt, ihnen nicht vor allem das allgemeine Gemeindewahlrecht zugesteht. Das allgemeine Gemeindewahlrecht bedeutet aber eine sozialistische Mehrheit in Gent, eine sozialistische Mehrheit in Lüttich, eine sozialistische Mehrheit (vielleicht mit einem radikalen Einschlag) in Brüssel, eine sozialistische Mehrheit in den meisten industriellen Orten des Landes.

Diese Verhältnisse erklären die Hartnäckigkeit des konservativen Widerstandes. Sie erklären auch die Zurückhaltung eines Teiles der Liberalen. Und sie erklären endlich das unbegrenzte Interesse, das sich für die Sozialisten an die Vernichtung der klerikalen Mehrheit knüpft. Es kann demnach nicht wunder nehmen, dass bei den letzten Wahlen die meisten Bezirksorganisationen — ausgenommen Brüssel und Antwerpen — ein Kartell zur Erringung des allgemeinen Wahlrechtes mit den fortschrittlichen Liberalen und den christlichen Demokraten in der Hoffnung geschlossen haben, die katholische Herrschaft tödlich zu treffen. Diese Taktik, deren Folge die Zurückwerfung der klerikalen Mehrheit bis auf 12 Stimmen war, ergibt sich so sinnfällig aus den Umständen, dass auch diejenigen nichts dagegen einwandten, welche im allgemeinen dieser Art von Kompromissen abgeneigt sind. Es gibt aber Kartelle und Kartelle. In einigen Bezirken haben sich die Liberalen, Sozialisten und christlich Demokraten darauf beschränkt, die Namen ihrer Kandidaten auf der selben Liste neben einander zu stellen, um die Verluste, die sich aus der Anwendung des Proporzwahlrechtes ergeben, zu vermeiden. Im übrigen betrieben sie ihre Agitation getrennt, haben ausschliesslich für ihre eigenen Leute gestimmt und sich Mühe gegeben, bei der Wahl selbst ihre Kandidaten auf Kosten derjenigen der anderen Partei durchzubringen. An anderen Orten, besonders im französischsprechenden Teile des Landes, bestand ein richtiges Bündnis. Die Liberalen oder vielmehr die Radikalen haben mit den Sozialisten einen Block gebildet. Sie haben in gemeinsamen Versammlungen gesprochen, haben die selben Plakate angeschlagen, die selben Flugblätter verbreitet. Mit einem Worte: sie haben die selbe Politik fortgesetzt, die die französische Partei früher getrieben hat.

So zeigen sich auch in Belgien, wie überall, wenn auch weniger klar und, wie ich besonders betonen möchte, mit weniger persönlicher Gehässigkeit gemischt, als anderswo, die beiden *Tendenzen*, die sich auf dem Dresdener Parteitag und auch, auf grösserem Kampffelde, in Amsterdam entgegenstanden.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

WILHELM KOLB · DAS BADISCHE BLOCKEXPERIMENT UND SEINE LEHREN FÜR DIE SOZIALDEMOKRATIE

IN einem früheren Hefte dieser Zeitschrift habe ich die wahltaktischen Vorgänge bei den letzten badischen Landtagswahlen einer näheren Betrachtung unterzogen.[1]) Ich meinte dort, unter gewissen Voraussetzungen könnte die sogenannte *Blocktaktik* gelegentlich auch in anderen Bundesstaaten, vielleicht sogar einmal auch im Reiche zur Anwendung kommen. Ob und inwieweit sich ausserhalb Badens solche Möglichkeiten ergeben, darüber vermag man natürlich nur Vermutungen anzustellen. Für das Reich ist an ein geschlossenes Vorgehen der fortschrittlichen Parteien mit der Sozialdemokratie zum Zweck der Bekämpfung der politischen Reaktion im Ernst auf absehbare Zeit nicht zu denken. Auch in den anderen süddeutschen Einzelstaaten, wo die Voraussetzungen für ein solches Zusammengehen noch am ehesten gegeben wären, wird das badische Exempel zunächst schwerlich Nachahmung finden. Das Experiment der Blocktaktik bleibt einstweilen auf Baden beschränkt, und es ist sogar fraglich, ob es hier ein zweites Mal versucht wird respektive versucht werden kann. Die Gründe für diese pessimistische Auffassung sind die selben, die für das Nichtzustandekommen einer solchen Koalition ausserhalb Badens massgebend sind, vor allem die absolute Unzuverlässigkeit der Nationalliberalen, sobald es sich darum handelt, aus der Blocktaktik die für die politische und parlamentarische Aktion sich ergebenden Konsequenzen zu ziehen. Die Blocktaktik allein tut es nicht; sie hat nur Sinn und Zweck, wenn man dabei nicht nur die ziffernmässige Verteilung der Mandate, sondern auch bestimmte politische Ziele ins Auge fasst. In Baden war die Blocktaktik möglich und notwendig, weil ohne diese Taktik eine konservativ-klerikale Mehrheit im Landtag zu stande gekommen wäre. Die Gefahren einer solchen Mehrheit liegen aber nicht sowohl in ihrer zahlenmässigen Überlegenheit, als vielmehr in den durch sie beeinflussten politischen Bestrebungen und Tendenzen. Diese sollen durch ein gemeinsames Zusammengehen der anderen Parteien paralysiert werden. Es muss deshalb auch die Möglichkeit gemeinsamer politischer und parlamentarischer Aktionen, wenn auch nur in begrenztem Masse, gegeben sein. Ist das nicht der Fall, so werden sich der Wiederholung solcher taktischen Abmachungen zum mindesten ganz erhebliche Schwierigkeiten in den Weg stellen. Der Blocktaktik muss also die Blockpolitik folgen.[2])

Nun liegen in Baden die Dinge ebenso, wie in den anderen Bundesstaaten und im Reiche: Die liberalen Parteien können, auch wenn sie einen Block bilden und sich auf ein Mindestprogramm vereinigen, dieses aus eigenen Kräften nicht mehr durchführen. Ohne die Unterstützung der Sozialdemokratie ist eine Blockpolitik weder in Baden, noch sonst irgendwo im Reiche möglich. Das ist

[1]) Vergl. meinen Artikel *Blocktaktik, Blockpolitik und Sozialdemokratie* im vorigen Bande der *Sozialistischen Monatshefte*, pag. 374 ff.

[2]) Um Missverständnissen vorzubeugen, will ich hier gleich bemerken, dass, wenn ich von *Block* und *Blockpolitik* spreche, ich damit nicht den sogenannten *erweiterten Block* (mit Einschluss der Sozialdemokratie) meine, sondern nur den Block der Liberalen.

der Grund für die grossen, fast unüberwindlich scheinenden Schwierigkeiten, die sich der Verwirklichung der Blockpolitik in Deutschland entgegenstellen, aber auch der Grund, warum eine Verständigung der liberalen Parteien auf ein Mindestprogramm bisher nicht zu stande kam und in absehbarer Zeit auch nicht zu stande kommen wird. Ein solches Mindestprogramm müsste, wenn es überhaupt positiv praktische Bedeutung haben soll, dem zweiten Teil unseres Erfurter Programms sehr weit entgegenkommen.

Die grösste Gruppe der Liberalen, die allein bedeutend stärker ist, als alle übrigen zusammen, ist die nationalliberale Partei. Ob man sie noch als *liberale* Partei ansprechen kann und darf, kann in diesem Zusammenhang unerörtert bleiben; bei Behandlung des Problems des liberalen Blocks kann sie jedenfalls zurzeit nicht ausser Betracht bleiben. Nun ist aber eine Verständigung der Linksliberalen mit den Nationalliberalen auf ein Mindestprogramm nach Lage der Dinge nicht gut möglich, weder für die Landes-, noch für die Reichspolitik. Es war deshalb auch nicht auffallend, dass der Führer und Fraktionschef der badischen Nationalliberalen für das Münchener Mindestprogramm der Demokraten nur Spott und Hohn übrig hatte. Nach der Haltung der Nationalliberalen im badischen Block konnte etwas anderes gar nicht erwartet werden. Die Nationalliberalen sind auch als Bundesgenossen des Blocks sich treu geblieben: sie haben nicht entfernt die Hoffnungen und Erwartungen erfüllt, die von linksliberaler Seite teilweise auf sie gesetzt wurden. Jedenfalls kann von einem Erfolg der badischen Blockpolitik, von dem in letzter Zeit hin und wieder die Rede war, nicht gesprochen werden. Viel eher könnte man auf Grund der in Baden gemachten Erfahrungen überhaupt an der Möglichkeit der Verwirklichung einer deutschen Blockpolitik verzweifeln. Dass die Nationalliberalen einen Sozialdemokraten zum zweiten Vizepräsidenten wählten, beweist für die Blockpolitik nichts, sie haben dies aus dem selben Grunde getan, aus dem sie das Stichwahlabkommen mit der Sozialdemokratie abgeschlossen hatten; ihre parlamentarische Existenz stand zu einem guten Teil auf dem Spiele. Für die Nationalliberalen war der Block ebenso, wie das Abkommen mit der Sozialdemokratie nicht von grundlegender, prinzipieller Bedeutung, sondern ein blosses Rechenexempel im Hinblick auf die Zahl ihrer Mandate.

In meinem bereits am Eingang erwähnten vorigen Artikel habe ich darauf hingewiesen, dass, sofern eine Blockpolitik möglich wäre, sie zugleich eine Änderung in der Haltung der Sozialdemokratie zur Folge haben müsste; selbstverständlich — man muss das leider immer wieder hervorheben, um Missverständnissen vorzubeugen — nicht eine Änderung ihrer prinzipiellen Haltung. Die Möglichkeit einer Blockpolitik in Deutschland würde bei der Stärke, der Disziplin und dem Einfluss, den die Sozialdemokratie dabei auszuüben in die Lage käme, viel tiefergreifende Folgen haben, als in den jetzt schon parlamentarisch regierten Staaten. Die deutsche Sozialdemokratie würde meines Erachtens die Intransigenz dann viel rascher überwinden, als die französische und italienische Sozialdemokratie dies getan. Wo immer die deutsche Sozialdemokratie vor die Frage der Verantwortung gestellt wird, gibt sie der Intransigenz den Laufpass.

Der sozialdemokratischen Landtagsfraktion des badischen Landtags, die das Zünglein an der Wage bildete, hat der Block ihre verantwortliche Stellung sehr leicht gemacht. Die Nationalliberalen haben unsere Fraktion vor den

Fährlichkeiten einer Taktik bewahrt, die den *unentwegt Radikalen* vielleicht als *Verrat* an den Prinzipien des proletarischen Sozialismus erschienen wäre. Dagegen ist sie durch das Zentrum einmal in eine schwierige Lage gebracht worden. Zum Glück war es ein nicht im Verdachte des *Revisionismus* stehender Parteigenosse, der die Führung der Fraktion aus der sehr verzwickten Lage hatte. Es handelte sich um den Gesetzentwurf, betreffend die Errichtung einer Landwirtschaftskammer. Der Entwurf lag dem Landtag zum zweitenmal vor. Er enthielt, im Gegensatz zu der früheren Vorlage, die der Landtag abgelehnt hatte, für den grösseren Teil der Mitglieder der Landwirtschaftskammer das direkte Wahlrecht. Daneben war das Recht der Ernennung von vier Mitgliedern seitens der Regierung, sowie die Wahl von Vertretern der landwirtschaftlichen Berufsvereine vorgesehen. Selbstverständlich hat unsere Fraktion zunächst den prinzipiellen Standpunkt gewahrt und entsprechende Abänderungsanträge gestellt, die aber von der Mehrheit sowohl, wie von der Regierung abgelehnt wurden. Das Zentrum, das noch vor zwei Jahren das direkte Wahlrecht abgelehnt hatte, versuchte, den Entwurf mit allen Mitteln zum Scheitern zu bringen, weil er seinen parteipolitischen Wünschen nicht entsprach. Es hätte mit dem unter seinem Einfluss stehenden *Bauernverein* nicht die Mehrheit in der Landwirtschaftskammer und damit auch nicht die zwei Mitglieder für die erste Kammer bekommen, die von der Landwirtschaftskammer zu wählen sind. Das Zentrum rechnete bestimmt damit, dass die sozialdemokratische Fraktion *unentwegt* an ihrem *prinzipiellen* Standpunkt festhalten und so mit dem Zentrum den ganzen Entwurf zu Fall bringen würde, In dieser Annahme hat es sich aber getäuscht. Unsere Fraktion war vor die Entscheidung gestellt, entweder den Entwurf so, wie er verabschiedet werden konnte, zu akzeptieren oder aber ihn abzulehnen und damit die Gefahr heraufzubeschwören, dass in einem der nächsten Landtage ein noch schlechterer, dem Zentrum aber genehmer Entwurf zu stande käme. Sie hat den ersten Weg gewählt und damit zugleich dem Zentrum einen dicken Strich durch seine parteipolitische Rechnung gemacht. Die Zentrumspresse wurde beinahe rasend und schimpfte auf die *prinzipienlose* Sozialdemokratie; sie machte keinen Eindruck.

Das war nur ein Fall. Er würde aber öfter eintreten, wenn erst eine Blockpolitik existierte; die Sozialdemokratie, vor die Frage der Verantwortung gestellt, würde schon stets den richtigen Weg finden. Der *theoretische* Streit wird durch die Praxis entschieden. Das zeigt sich unter anderm auch auf dem Gebiete der Agrarpolitik. Die sozialdemokratische Fraktion des badischen Landtags hat diesmal ebenso, wie früher, das Budget der Landwirtschaft genehmigt. Die Entwickelung geht in der Landwirtschaft nicht parallel mit der Entwickelung auf industriellem Gebiete. Die kleinen Landwirte bringen nun einmal einer *Theorie* zuliebe nicht das Opfer, sich vom Grossgrundbesitzer auffressen zu lassen; ganz im Gegenteil. Aus dieser Tatsache muss die Sozialdemokratie die für ihre politische und parlamentarische Taktik sich ergebenden Schlussfolgerungen ziehen. Das hat nicht nur die sozialdemokratische Fraktion des badischen Landtags getan, sondern, wie bekannt, auch die anderer bundesstaatlichen Parlamente. Es wäre wünschenswert, wenn auch die Partei als solche endlich diese Konsequenzen aus der Praxis ihrer parlamentarischen Vertreter für die Theorie ziehen würde.

Die sozialdemokratische Fraktion des badischen Landtags hat auch in anderen

Fragen, in denen sie nicht das Zünglein an der Wage bildete, eine Stellung eingenommen, welche ein positives Zusammenarbeiten mit wirklich liberalen Elementen durchaus möglich machen würde. So beispielsweise in der Frage der Finanzpolitik. Die prinzipielle Stellung unserer Partei dazu ergibt sich ebenfalls aus dem Programm. Nun gibt es bekanntlich nichts Leichteres, als das *Prinzip* zu wahren. Damit kommt man aber in der politischen Praxis nicht sehr weit. Die Finanzpolitik der badischen Regierung, die bisher auch die Unterstützung der beiden grossen bürgerlichen Parteien, des Zentrums und der Nationalliberalen, fand, kennzeichnete sich dadurch, dass sie nur Ausgaben zuliess, die ihre Deckung in den regelmässigen, laufenden Einnahmen fanden. Anleihen sollten nicht gemacht werden. Nun ist es ja an sich ein sehr idealer Standpunkt, keine Schulden zu machen, und im privaten Leben sollte er auch allgemein anerkannt und befolgt werden. Allein was für das private Leben gilt, braucht deshalb noch lange nicht für das geschäftliche und staatliche Leben massgebend zu sein. Ein Geschäftsmann, der in der Lage ist, seinen Betrieb zu vergrössern, aber nicht das dazu nötige Bargeld besitzt, versucht, dieses Geld zu leihen. Ohne diese allgemein übliche Praxis wäre die industrielle und volkswirtschaftliche Entwickelung, die wir erlebt haben, gar nicht denkbar gewesen. Für den Staat und für die Kommune liegen die Dinge ganz ähnlich. Niemals hätten unsere Städte sich so entwickeln können, wenn sie nicht zur Lösung der oft sehr grossen und kostspieligen Anlagen auf den verschiedensten Gebieten die Anleihepolitik benutzt hätten. Selbstverständlich können Anleihen nicht für die regelmässigen, immer wiederkehrenden Ausgaben in Betracht kommen. Der badische Staat ist in der glücklichen Lage, keine eigentlichen Staatsschulden zu besitzen. Seine einzige Schuld ist die Eisenbahnschuld, die aber durch den Wert der Eisenbahn doppelt gedeckt ist. Im übrigen besitzt der badische Staat ein bares Vermögen von etwa 36 Millionen Mark. Dieses Vermögen dient als Reserve, wird aber, falls es angebrochen werden muss, alsbald wieder vervollständigt. Trotzdem wird *gespart*, das heisst, es werden die *nicht dringlichen* Aufgaben zurückgestellt. Was nicht dringlich ist, darüber entscheidet natürlich die Regierung und die Mehrheit des Landtags. Gespart wird vor allem an denjenigen Ausgaben, an denen die breiten Massen des arbeitenden Volkes interessiert sind. Eines der Sparobjekte der badischen Regierung war die Volksschule. Die Folge war deren Verwahrlosung, die sich ziffernmässig nachweisen lässt. Vergeblich forderten die Volksschullehrer eine bessere Besoldung, die dem chronisch gewordenen Lehrermangel gesteuert hätte; vergeblich wurde immer und immer wieder auf die schlimmen Folgen dieses traurigen und beschämenden Zustandes in kultureller und volkswirtschaftlicher Beziehung hingewiesen. Erst in dieser Tagung hat die Regierung endlich eine Vorlage eingebracht, die aber nur wie ein Tropfen auf einen heissen Stein wirkt. Es müssten mindestens zwei neue Lehrerseminare gebaut werden, um den vorhandenen Lehrermangel zu beseitigen; aber *es ist kein Geld da,* und Anleihen dürfen nicht gemacht werden. Ebenso steht es mit den Gehältern der mittleren und unteren Beamten, ebenso mit den Löhnen der Arbeiter. Gleichwohl aber hat der badische Staat in den letzten 1¼ Jahrzehnten zirka 100 Millionen für grosse, kostspielige Staatsbauten verausgabt, und zwar aus laufenden Mitteln. Es sind das fast durchweg Bauten, die ihren Zweck auf Generationen hinaus erfüllen. Ausgaben, wie die für die

Restaurierung der Heidelberger Schlossruine, wurden aus laufenden Mitteln bestritten, desgleichen die Kosten für drei Rheinhäfen. Seit vielen Jahren werden aus allgemeinen Staatsmitteln pro Budgetperiode 2 Millionen für die Eisenbahnen bewilligt. Dass bei einer solchen Finanzwirtschaft die volkswirtschaftlichen und Kulturaufgaben leiden mussten, liegt klar auf der Hand. Gegen diese rückständige Auffassung der Finanzpolitik hat die sozialdemokratische Fraktion seit Jahren entschieden Front gemacht, leider ohne Erfolg. Erst in der letzten Tagung haben die Nationalliberalen eingelenkt. Die Regierung und das Zentrum beharrten aber auf ihrem bisherigen Standpunkt. In der ersten Kammer waren es die Oberbürgermeister, die gegen die bisherige Finanzpolitik Sturm liefen. Deren Bankerott ist beinahe mit Händen zu greifen, und es ist deshalb nur eine Frage der Zeit, dass mit dem bisherigen System gebrochen wird. Das Verdienst daran gebührt in erster Linie der Sozialdemokratie.

Eine direkte Folge der irrationellen Finanzpolitik war die in der letzten Tagung verabschiedete Reform des Vermögenssteuergesetzes, die eine einseitige Belastung der städtischen Bevölkerung zur Folge hat. Die Nationalliberalen lehnten es ab, in dieser Frage mit den Linksliberalen und Sozialdemokraten zusammenzugehen, und gingen lieber mit dem Zentrum. Das gleiche geschah bei der Personentarifreform. Baden war auf diesem für die Volkswirtschaft so wichtigen Gebiete bahnbrechend vorangegangen. Es hatte durch das Kilometerheft den billigsten Tarif eingeführt. Dazu kam, dass die badische Volksvertretung sich vor zwei Jahren einmütig auf den Standpunkt stellte, es solle für die dritte Klasse der Zweipfennigtarif ohne Schnellzugszuschlag eingeführt werden. Ein finanzielles Risiko war nach den glänzenden Ergebnissen, die das Kilometerheft aufzuweisen hatte, damit nicht verbunden. Die Nationalliberalen hatten sich während der Wahlagitation entschieden gegen die von der verbündeten Eisenbahnbureaukratie geplante *Reform* ausgesprochen, die nicht nur für Baden eine ganz erhebliche Verschlechterung der tariflichen Verhältnisse bringen, sondern auch zweifellos die Verpreussung der badischen und damit auch der anderen deutschen Bahnen im Gefolge haben wird; der Weg zu den Reichseisenbahnen ist durch sie jedenfalls verrammelt. Wieder stimmten die Nationalliberalen mit dem Zentrum und vereitelten damit die Hoffnungen, welche die Wähler auf den Block gesetzt hatten. Selbst in den Reihen der Nationalliberalen war man über diesen Umfall entrüstet; es kam auch zu scharfen Auseinandersetzungen in der Presse und in Versammlungen, aber zu machen war nichts mehr. Auch in anderen, weniger bedeutungsvollen Fragen spielten die Nationalliberalen die selbe Rolle.

Die Unmöglichkeit eines positiven Zusammenarbeitens mit den Nationalliberalen auf politischem Gebiete ergab sich aber ganz besonders in der Frage der so dringend notwendigen Reform der Gemeinde- und Städteordnung. Baden ist darin rückständiger, als Preussen. Das Zentrum und die Sozialdemokratie hatten Anträge eingebracht. Die Sozialdemokratie forderte, gemäss ihrem Programm, das allgemeine, gleiche, direkte Wahlrecht für alle Staatsbürger ohne Unterschied des Geschlechts. Selbstverständlich war sie auch bereit, einer minder weitgehenden Reform ihre Zustimmung zu geben, sofern ein Fortschritt erzielt wurde. Das Zentrum beschränkte sich darauf, an Stelle der Zwölftelung die Sechstelung, unter Beibehaltung des Dreiklassenwahlrechts, zu fordern; es hatte lediglich seinen Parteivorteil im Auge. Die Nationalliberalen aber be-

folgten auch hier die Taktik, die sie seinerzeit in der Frage des direkten Wahlrechts zum Landtag einschlugen, und die ihnen so verhängnisvoll geworden ist. Sie liessen sich wieder in einer Frage, die in Baden in den nächsten Jahren die selbe Rolle spielen wird, wie damals die des Landtagswahlrechts, vom Zentrum den Rang ablaufen; und, was das Schlimmste ist, sie haben nicht einmal eine Empfindung für das Beschämende der Rolle, die sie dabei spielen.

Nach alledem kann man wohl nicht behaupten, dass das Blockexperiment in Baden einen Erfolg aufzuweisen hat. Die Politik der Nationalliberalen ist geradezu darauf angelegt, die Herrschaft des Zentrums und der Konservativen trotz der Blocktaktik herbeizuführen. Die Missstimmung der Linksliberalen ist sehr gross, und sie findet sowohl in der Presse, wie in den Versammlungen Ausdruck. Auch in den Reihen der Jungliberalen ist man mit der Haltung der *alten Herren* sehr unzufrieden. Allein man sieht in diesen Lagern keinen Ausweg aus dieser betrübenden Situation. Der Konflikt zwischen den *Alten* und den *Jungen* ist permanent, was aber vorerst sehr wenig bedeuten will; solange die Jungliberalen sich nur als linken Flügel der Nationalliberalen betrachten, wird an der verworrenen Situation nichts geändert. Die Linksliberalen sind in verzweifelter Stimmung; allein können sie absolut nichts durchsetzen, und mit den Nationalliberalen ist nichts anzufangen.

Was die Sozialdemokratie betrifft, so kann sie diesen Misserfolg der Blockpolitik, im Hinblick auf die politische Entwickelung in Baden selbst, wie ausserhalb Badens, nur auf das lebhafteste bedauern. Es kann keinem Zweifel unterliegen, dass dieser Misserfolg einen indirekten Erfolg für die reaktionären Parteien bedeutet. Wird doch dadurch die Wiederholung der Blocktaktik selbst in Frage gestellt, ganz abgesehen davon, dass der Reaktion überhaupt nur beizukommen ist, wenn ein positives Zusammenarbeiten zwischen dem Liberalismus und der Sozialdemokratie, wenn auch nur auf begrenzten Gebieten, möglich ist. Wäre es der Sozialdemokratie nur um parteipolitische Zwecke zu tun, nur darum, agitatorische Erfolge zu erzielen, sie könnte den Misserfolg des badischen Blockexperiments nur begrüssen; denn er muss ihre Anhängerzahl vermehren. Allein die Politik der Sozialdemokratie kann und darf sich nicht mit dem blossen agitatorischen Erfolg begnügen, sintemalen mit dem Wachstum ihrer Stimmen und Anhänger auch ihre politische Verantwortung zunimmt. Die politische Situation wird in Deutschland durch die Haltung der Nationalliberalen einer- und die Schwäche der linksliberalen Parteien andrerseits immer verworrener, die politischen Gegensätze spitzen sich dadurch notwendigerweise immer mehr zu. Wenn es aus dieser Situation einen Ausweg gibt, so ist es der auf das positiv Erreichbare konzentrierte Angriff der Sozialdemokratie.

Der revolutionäre Charakter der Partei braucht darunter in keiner Weise Not zu leiden. Das Revolutionäre der Sozialdemokratie liegt in ihren Zielen. Ob diese durch eine revolutionäre oder durch eine reformerische Taktik zu erreichen sind, hängt von Verhältnissen ab, die zu bestimmen weder in der Macht, noch im Willen der Sozialdemokratie liegt. So viel aber steht fest, dass diese Ziele nur allmählich, durch eine Summe von kleinen Änderungen sich verwirklichen lassen. Kann ein mehr oder weniger grosser Teil dieser Reformarbeit mit dem Liberalismus durchgeführt werden, so wird die Sozialdemokratie dazu niemals *Nein* sagen, wie sie es auch bisher nie getan hat. Versagt der Liberalismus, so wird die Sozialdemokratie trotzdem nicht die Taktik der Reform auf-

geben, solange sie ihr möglich gemacht wird. Denn die Taktik der Sozialdemokratie ergibt sich aus der jeweiligen politischen, sozialen und ökonomischen Struktur. Die positiv praktische Reformarbeit ist für die Verwirklichung der sozialistischen Ziele ebenso notwendig und von mindestens so grosser Bedeutung, wie die Propaganda für das Endziel. Die Zuspitzung der Gegensätze auf dem Gebiete der Politik bedeutet an sich noch nicht die Notwendigkeit *revolutionärer Situationen*, die zu einer *grossen Entscheidungsschlacht* führen müssen, so wenig, wie die Zuspitzung der wirtschaftlichen Gegensätze an sich schon die Unmöglichkeit und Erfolglosigkeit der gewerkschaftlichen Reformarbeit bedeutet. Worauf es im gegebenen Augenblick immer ankommen wird, ist, dass man sich der Situation gewachsen zeigt, und dass man sich nicht von *Theorieen* beeinflussen lässt, die zwar sehr *revolutionär* aussehen, zu deren Befolgung aber in der Praxis alle Voraussetzungen fehlen, weshalb sie zu einem direkt entgegengesetzten Resultat führen müssen, als man beabsichtigt. Das würden beispielsweise die Buchdrucker erfahren, wollten sie die Ratschläge einiger Schriftsteller befolgen, die nur noch mit *revolutionären Situationen* rechnen, wenn sie auch ihre Wechsel auf die *grosse Entscheidungsschlacht* immer wieder prolongieren lassen müssen. Zum Glück kümmert sich das organisierte Proletariat in seiner eigentlichen Tätigkeit um die papierenen Pläne jener *Theoretiker*gruppe verzweifelt wenig.

Wir können sowohl auf wirtschaftlichem, wie auf politischem Gebiet keine andere Praxis befolgen, als die, die uns durch die Verhältnisse aufgezwungen wird. Es können Verhältnisse eintreten, die uns eine Taktik gebieten, deren blosse Andeutung in gewissen Kreisen — und die beschränken sich nicht nur auf die Scharfmacher im gegnerischen Lager — heute noch einen Sturm der Entrüstung hervorrufen würde. Darum ist es besser, man lässt der Entwickelung ruhig ihren Lauf. Das deutsche Proletariat hat bisher noch meist den richtigen Weg gefunden respektive nach manchen Abirrungen wiedergefunden. Das hat sich jetzt wieder in Mannheim gezeigt. Udn zwischen *Dresden* und *Mannheim* liegt nur ein Zeitraum von drei Jahren. Mittlerweile ist sogar die viel umstrittene *Vizepräsidentenfrage* zur guten Hälfte gelöst, wenigstens für die Landtage. Und es war nicht einmal ein *Revisionist*, der auch diese Frage in Baden der Spruchreife ziemlich nahe gebracht hat.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

BERTHOLD HEYMANN · DIE VERFASSUNGSREFORM UND DIE NEUWAHLEN IN WÜRTTEMBERG

BEI der am 9. Juli 1906 nach vielen Fährnissen zum endgültigen Abschluss gebrachten württembergischen Verfassungsreform handelte es sich nicht darum, etwa ein Klassenwahlrecht, wie es in Preussen oder Sachsen besteht, oder ein indirektes Wahlrecht, wie es in Bayern oder Baden bestand, zu beseitigen. Es galt vielmehr für die württembergischen Landtagswahlen schon seither das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht, sogar bereits mit den für die Wahlen zum Deutschen Reichstag erst vor der letzten Wahl eingeführten Sicherungen des Wahlkuverts und des Isolierraums. Es war also keine eigentliche Wahlrechtsbewegung, die durch

die Annahme der Verfassungsreform zum Abschluss kam, sondern es war mehr eine Auseinandersetzung zwischen den breiten Volksschichten, die ihren Einfluss auf das Staatsleben allein durch den Stimmzettel auszuüben vermögen, und jenem, an Zahl natürlich viel geringeren, ja verschwindend kleinen Personenkreis, dem besondere Privilegien eingeräumt waren.

Die württembergische Verfassung — sie entstammt dem Jahre 1819 — kennt Ober- und Unterhaus. Die erste Kammer bestand bisher 1. aus den Prinzen des königlichen Hauses, 2. aus den Häuptern der fürstlichen und gräflichen Familien und den Vertretern der standesherrlichen Gemeinschaften, auf deren Besitzungen vormals eine Reichs- oder Kreistagsstimme geruht hatte, 3. aus den vom König erblich oder auf Lebenszeit ernannten Mitgliedern. Da die Zahl der letzteren, der erblich oder auf Lebenszeit ernannten Mitglieder, den dritten Teil der übrigen Mitglieder der ersten Kammer nicht übersteigen durfte, so überwog in der Kammer das *standesherrliche* Element, weshalb man vielfach nur noch von einer *Kammer der Standesherren* sprechen hörte. Die zweite Kammer bestand aus 70 Abgeordneten, die auf Grund des allgemeinen Wahlrechts gewählt wurden, und aus weiteren 23 *Privilegierten,* nämlich 13 Vertretern des *ritterschaftlichen* Adels, 6 Vertretern der evangelischen, 3 der katholischen Kirche und 1 Vertreter der Universität Tübingen.

War schon das Bestehen der ersten Kammer drückend genug für jeden, der in der Gesetzgebung den unverfälschten Volkswillen zum Ausdruck gebracht wissen wollte, so musste es natürlich doppelten Unwillen erregen, dass daneben auch noch die Entscheidungen der zweiten Kammer durch die Mitwirkung der 23 vom Volkswillen unabhängigen und ihm nicht verantwortlichen *Privilegierten* getrübt wurden. Hieran nahmen keineswegs nur die Sozialdemokraten Anstoss, sondern auch alle übrigen Parteien strebten die Beseitigung der *Privilegierten* aus der zweiten Kammer und deren Umgestaltung in eine reine Volkskammer an. Nicht so einmütig waren die Parteien in der Frage, was mit der ersten Kammer geschehen solle. Hier war es die Sozialdemokratie allein, welche die Forderung auf deren Beseitigung vorbehaltlos stellte. Zwar erklärten auch die volksparteilichen und liberalen Wortführer, dass sie deren Abschaffung als grundsätzliche Forderung aufrecht erhalten wollten, jedoch wurde kein ernst zu nehmender Schritt von ihnen getan, der dieser Forderung der Regierung gegenüber einigen Nachdruck hätte verleihen können. Dabei muss aber im Auge behalten werden, dass diese letzte Verfassungsreformkampagne ihren Ursprung nahm aus einer spontan im Volk entstandenen Protestbewegung gegen die Existenz der ersten Kammer überhaupt.

Es war im Sommer des Jahres 1904. Im Landtag stand eine Novelle zum Volksschulgesetz zur Beratung, auf die im einzelnen einzugehen hier zu weit führen würde. Eine in ihr enthaltene neue Bestimmung fand beim Zentrum einen ganz unerwartet heftigen Widerstand. Sie besagte, dass die bisher ausschliesslich den Organen der Kirche vorbehaltene Bezirksschulaufsicht in Zukunft auch von staatlich dazu berufenen Schulfachmännern sollte ausgeübt werden können. Wohlgemerkt, die Ortsschulaufsicht sollte auch ferner unbestritten in den Händen der Geistlichkeit verbleiben, und auch bei der Bezirksschulaufsicht sollte ihre Ausübung durch Fachmänner nur fakultativ, nicht obligatorisch, zur Einführung gelangen; zum Teil deshalb, weil es sich in einer Reihe von Bezirken als ganz unmöglich erwiesen hatte, das doch immerhin wichtige Amt der Schul-

aufsicht von Geistlichen im Nebenamt ausführen zu lassen. Ob dieser von der überwiegenden Mehrheit der Lehrerschaft im Interesse des Schulfortschritts sehnlichst herbeigewünschten Neuerung, die wirklich nicht grundstürzender Natur war, erhob das Zentrum ein Lamento. Mit dem grandiosen Geschick, das es in solchen Situationen an den Tag zu legen weiss, vermochte es, seinen Anhängern klar zu machen, dass es sich bei dieser Bestimmung um ein Attentat auf die Rechte der Kirche, um einen Triumph der Gottlosigkeit, um eine Gefährdung der Religiosität im Volke handelte. Die Annahme der Bestimmung in der zweiten Kammer konnte das Zentrum freilich nicht verhindern; daher verschanzte es sich hinter die in ihrer Mehrheit katholischen Mitglieder der ersten Kammer und bewirkte auch, dass diese sich zu einer Ablehnung entschlossen. Der Referent über das Gesetz in der ersten Kammer, ein Erbprinz zu Löwenstein-Wertheim-Rosenberg, feierte den geistlichen Bezirksschulinspektor, für dessen Fortexistenz er plädierte, mit den Worten:

»Er ist durch die priesterliche Weihe und die darin gespendeten Gnadenmittel zu dem Berufe [der Verbreitung der christlichen Glaubens- und Sittenlehre] gesalbt.«

Die in der Vertretung einer solchen Anschauung liegende grobe Verkennung moderner Zeitverhältnisse und -ansprüche musste eine Reaktion zur Folge haben, und die nunmehr einsetzende Protestbewegung gegen die erste Kammer war von erfreulicher Lebhaftigkeit. Es schien, als wollten der schwäbische Liberalismus und die bürgerliche Demokratie sich noch einmal auf ihre jugendliche Kraft besinnen und der Welt das Schauspiel einer wirklich grossen Tat geben. Das Hauptorgan der schwäbischen Nationalliberalen oder, wie sie sich hier nennen, der *deutschen Partei*, der *Schwäbische Merkur*, liess sich damals »von geschätzter Seite« schreiben, dass

»... vielleicht der Tag kommen könnte, wo ein gewisser Konflikt unvermeidlich wäre ... Und es wird dann kein zielloser Kampf sein, der auszufechten sein wird. Dieser Kampf wird sich dann dahin zuspitzen, dass die Legitimation der württembergischen Kammer der Standesherren nicht etwa zur Teilnahme an der vom Fortschritt nicht auszuschliessenden Volksschulgesetzgebung, sondern überhaupt zur Teilnahme an der Landesgesetzgebung einer Prüfung unterzogen werden wird.«

Ein andermal war der *Merkur* noch weit umstürzlerischer gesinnt:

»Die Berechtigung der Standesherren überhaupt schreibt sich ausschliesslich davon her, dass ihnen durch die Rheinbundsakte von 1806 bestimmte Ehrenvorrechte gelassen wurden, und dass der Deutsche Bund 1815 diese anerkannte. Und diese Vorrechte, die nicht nur durch die politische, sondern auch durch die ganze soziale und kulturelle Entwickelung längst aufgehoben sind, werden gesetzlich heute noch ausgeübt. ... Durch die Verfassung ist das Fortleben der Mitglieder der Standesherren so lange gewährleistet, als sie selbst nicht nachgeben. Damit stehen die übrigen Staatsbürger den heutigen Standesherren politisch im Grunde kaum anders gegenüber, als Sklaven, die im Hause ihrer Herren geboren sind und ihren Willen unter den der Herren beugen müssen.«

Und nun noch das geistige Haupt der schwäbischen Liberalen, Herr Professor Hieber, in einer am 30. Juli 1904 abgehaltenen Protestversammlung:

»Der englische Staatsmann Fox hat einmal gesagt, es gebe auf der ganzen Welt nur zwei Verfassungen, die diesen Namen wirklich verdienen: die englische und die württembergische. Das konnte er aber nur von einer Zeit sagen, in der es in Württemberg noch keine Kammer der Standesherren gab. ... Es ist uns zum Bewusstsein gekommen, dass der ersten Kammer selbst ein kleiner Fortschritt zu gewagt, zu gefährlich erschien, dass alle Mässigung, Bescheidenheit und Zurückhaltung zerschellen musste an dem Hause, an dem geschrieben steht: »Das Wappen ist die Schnecke, Schildhalter ist der Krebs!« ... Woher kommt die Mitgliedschaft hier, woher dort? ... So viel können wir feststellen als geschichtliche Tatsache: aus

jener Zeit [des Deutschen Bundes], da die Entscheidung über Deutschlands Zukunft sozusagen im Submissionsweg ausgeboten wurde, ragen diese Privilege herein in die Gegenwart, ein lebendiges Denkmal der Erinnerung an eine der traurigsten Epochen unserer Geschichte . . . Jene Rechte beruhen auf versteinerten Privilegien, sie sind ein Baum, »der nicht im groben Volksboden sich genährt hat«. Die Rechte der Volkstretung dagegen, der zweiten Kammer, ruhen »auf jenen ewigen Rechten, die droben hangen, unveräusserlich und unzerbrechlich, wie die Sterne selbst«.«

Auf einen solchen Ton war die Einleitung der Protestbewegung gestimmt. Aber den Wortführern des honetten Bürgertums kam wohl bald die katzenjämmerliche Erkenntnis, dass sich bei einer Fortführung der Bewegung in diesem Stile ihre Reden kaum mehr von den sozialdemokratischen unterscheiden würden, dass man dem Volke die Frage nach der Berechtigung der Gesetzgeberprivilegien des Adels doch nicht gar zu dringlich vorlegen dürfte, denn das konnte vielleicht unerwünschte Konsequenzen zeitigen; und so begannen die Führer des Liberalismus und der Demokratie, nach Kräften zu bremsen. Herr Hieber aber, dem ebenso, wie dem Volksparteiler Conrad Haussmann, die *staatsmännische* Wohlerzogenheit schon zu sehr in Fleisch und Blut übergegangen war, griff nicht nach den Sternen, um von dort die ewigen und unveräusserlichen Rechte herunterzuholen, sondern predigte die Nützlichkeit eines Oberhauses, eines Senats, der »über den Parteien und Interessengegensätzen des Alltags steht und im Gewirr der Meinungen sozusagen die abgeklärte, uninteressierte Staatsweisheit vertritt«. Sozusagen . . . .

Die einzelnen parlamentarischen Stadien, welche die am 15. Juni 1905 bei der zweiten Kammer eingebrachte Verfassungsreform durchlaufen hat, hier zu schildern, ist unmöglich und auch nicht nötig. Es genügt, die veränderte Zusammensetzung, welche die beiden Kammern nunmehr erfahren haben, einer näheren Betrachtung zu unterziehen.

Über die Beseitigung der *Privilegierten* aus der zweiten Kammer und die Umgestaltung der letzteren zu einer reinen Volkskammer herrschte bei Regierung und sämtlichen Parteien Übereinstimmung. Nur über die Frage, wie die ausscheidenden Mitglieder zu ersetzen wären, fiel die Einigung schwer. Die Regierung befürwortete, gar keinen Ersatz zu beschaffen. Das lehnten aber die Parteien ab; denn die zweite Kammer in dem gleichen Augenblick von 93 auf 75 zu reduzieren, wo die erste Kammer numerisch gestärkt werden sollte, das konnte nicht zugestanden werden. Das Zentrum, dessen Bestreben während der ganzen Beratungen darauf hinauslief, die gegen seine politische Vorherrschaft in der ersten Kammer gerichtete Reform zu vereiteln und ihr daher bei jedem Anlass Knüppel zwischen die Beine zu werfen, befürwortete als Ersatz für die *Privilegierten* die Schaffung einer berufsständischen Vertretung. Also die Ersetzung des einen Privilegs durch ein anderes. Der Antrag fiel selbstverständlich, obwohl sich der Abgeordnete Gröber bei seiner Begründung sogar mit sozialistischen Argumenten aus Proudhon drapierte. Es kam schliesslich zu dem Beschluss, neben den Abgeordneten der bisher schon vorhandenen Einzelwahlkreise noch 17 Abgeordnete in einem besonderen Wahlgang auf dem Wege des Proportionalwahlverfahrens wählen zu lassen, zu welchem Zweck das ganze Land in 2 Wahlbezirke eingeteilt wurde. Ausserdem werden auch die 6 Abgeordneten der Stadt Stuttgart im Proporz gewählt.

Dieser Lösung konnte man zustimmen, wenngleich es bedauert werden muss, dass die Proportionalwahl, nachdem sie doch einmal Anerkennung und Auf-

nahme in die Verfassung fand, nicht gleich auf alle 93 Abgeordnete ausgedehnt wurde. Von den sozialdemokratischen Abgeordneten ist ein dahingehender Antrag gestellt worden, er wurde aber leider abgelehnt. Es ist gar nicht zu verkennen, dass die Beibehaltung der alten Wahlkreiseinteilung ein Unrecht in sich schliesst. Es ist erstens ganz unmöglich, gleich grosse Wahlkreise herzustellen, und zweitens ist, selbst eine solche Möglichkeit vorausgesetzt, die Entwickelung eines Landes doch nicht in allen Teilen eine gleichmässige; was heute Recht war, kann nach 6 Jahren, bei den nächsten Wahlen, bereits schreiendes Unrecht sein. Württemberg, das früher eine in der Hauptsache bäuerliche Bevölkerung aufwies, geht mit Riesenschritten seiner Industrialisierung entgegen. Einige betriebsstatistische Zahlen werden das vor Augen führen:

Es bestanden Betriebe	Zahl der Betriebe		Zahl der beschäftigten Personen		Zunahme	
	1882	1895	1882	1895	der Betriebe	der Personen
mit 11 bis 50 Personen	1 166	1 890	24 753	43 313	+ 62,1 %	+ 75,0 %
mit 51 bis 200 Personen	270	538	25 595	51 768	+ 99,3 %	+102,3 %
mit 201 und mehr Personen	51	121	16 011	45 126	+137,8 %	+181,3 %

Und von 1895 bis 1902 wuchs die Zahl der Betriebe mit Motoren um 18,3 %, die Zahl der in den Motoren angewendeten Pferdekräfte um 64,1 %. Also überall ein intensiver Übergang zur Industrie und zum Grossbetrieb. Entsprechend sind auch die Ergebnisse der Volkszählung. 1885 wohnten in Gemeinden mit je über 5000 Einwohnern nur 22,7 %, 1905 aber bereits 32,2 % der Bevölkerung. Bei einer solchen Entwickelung des Landes wird das soziale und politische Unrecht der Wahlkreiseinteilung für die städtische und industriell erwerbstätige Bevölkerung von Jahr zu Jahr empfindlicher, und nur das Proportionalwahlverfahren, welches jeder Wählerstimme das gleiche Gewicht verleiht, wird dieses Unrecht beseitigen können.

Von der Umgestaltung der ersten Kammer ist zu berichten, dass sie zu ihren bisherigen Mitgliedern von den aus der zweiten Kammer ausscheidenden *Privilegierten* 8 Vertreter des ritterschaftlichen Adels, 4 Vertreter der evangelischen, 2 der katholischen Kirche und den Vertreter der Universität Tübingen zugewiesen erhielt. Ausserdem treten noch 1 Vertreter des Stuttgarter Polytechnikums, 2 Vertreter des Handels und der Industrie, 2 der Landwirtschaft und 1 des Handwerks in sie ein.

Damit ist das Ziel der Beseitigung aller Adelsprivilegien allerdings nicht erreicht. Das liberale und demokratische Pathos gegen die *geborenen Gesetzgeber,* denen ihr Anteil an der Herrschaft über das Land Württemberg bereits in die Windeln gelegt wird, war recht bald verflogen, und so musste auch die Sozialdemokratie schliesslich mit dem weiteren Fortbestand der ersten Kammer rechnen. Wenn sie ihre zur Bildung der nach der Verfassung erforderlichen Zweidrittelmehrheit unentbehrlichen Stimmen bei der Schlussabstimmung zu gunsten der Reform in die Wagschale warf, so geschah das einmal, weil die Reform die reine Volkskammer und die prinzipielle Anerkennung der Proportionalwahl brachte, sodann, weil es nicht angängig war, dem Zentrum durch die Ablehnung dieser von ihm schon lange gefürchteten Reform einen billigen Triumph zu bereiten. Mittels der bisherigen Zusammensetzung der ersten Kammer war es dem Zentrum möglich, die württembergische Gesetzgebung in einem Masse,

das in keinem Verhältnis zu seiner Stärke in der Bevölkerung stand, zu beherrschen und zu terrorisieren. Es war notwendig, das Zentrum, welches sich vor seinen Wählern auch als Freund der reinen Volkskammer u. s. w. aufspielte, einmal zu demaskieren. Das Zentrum tritt für die Rechte der breiten Masse nur so weit ein, als es diese zu gängeln vermag, und es knebelt die Masse, sobald sie zu selbständigem politischen und geistigen Leben erwachen will. Diese Gesichtspunkte mussten berücksichtigt werden und machten eine Zustimmung der Sozialdemokratie zur Verfassungsreform zur gebieterischen Notwendigkeit.

In den nächsten Tagen, am 5. Dezember, finden bereits die Neuwahlen zum württembergischen Landtag nach den neuen Bestimmungen statt. Der Aufmarsch der Parteien ist vollzogen und zeigt bei den bürgerlichen Mittelparteien eine von Verlegenheit zeugende Unsicherheit. Die Schlagworte früherer Wahlbewegungen, die Verfassungsreform, die Gemeindereform und die Steuerreform, sind durch die Arbeiten des abgelaufenen Landtags zum wesentlichen Teil erledigt und können nicht mehr angewandt werden. Neue Parolen sind noch nicht reif für den täglichen Gebrauch; zum Teil fürchtet man auch, wie bei den Fragen der Schulreform, dass die Schüsse, die man auf die Gegner abfeuern will, nach hinten losgehen und den Schützen treffen. So sieht man im bürgerlichen Lager dem Wahlkampf mit Zagen und Ungewissheit entgegen. Von diesem Empfinden ist die Sozialdemokratie frei, und sie kann es auch sein. Ihre das ganze Jahr über emsig betriebene organisatorische Arbeit hat das politische Denken ihrer Anhänger geschult, und was die fortschreitende wirtschaftliche Entwickelung an Proletariern erzeugt, wird und muss ihr zufliessen. Sie ist daher nicht in dem Masse, wie die bürgerlichen Parteien, von Gelegenheitswahlparolen abhängig, was ihr im Verhältnis zu ihren Gegnern eine starke Position verleiht.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

HANS MÜLLER · JULIUS TREICHLER, EIN PIONIER DES SOZIALISMUS UND DES GENOSSENSCHAFTSWESENS

AM 7. September dieses Jahres starb in Zürich hochbetagt ein Mann, dessen Name heute in der Arbeiterbewegung längst vergessen ist, der aber nichtsdestoweniger in ihrer Geschichte eine Rolle gespielt hat, welche es rechtfertigt, dass wir seiner an dieser Stelle bei seinem Ableben gedenken. Dieser Mann war der Professor der Rechte an der Universität Zürich Dr. Julius Jakob Treichler. Seine Bedeutung für uns liegt darin, dass er der erste Schweizer war, der in seinem Vaterlande das Banner des Sozialismus entrollte und der schweizerischen Arbeiterschaft voranzutragen versuchte[1]), und dass er, als er mit diesem Unterfangen gescheitert war, sich fast während eines Jahrzehntes erfolgreich als Vorkämpfer der Genossenschaftsbewegung betätigte. Aber auch abgesehen von diesen Momenten bietet Treichlers Lebenslauf ein grosses, ich möchte fast sagen: kulturgeschichtliches

[1]) Vergl. Otto Lang *Der Sozialismus in der Schweiz* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1901, II. Bd., pag. 871.

Interesse. Aus ihm lässt sich ein gut Teil der starken Besonderheiten und charakteristischen Züge des schweizerischen Kultur- und Staatslebens herauslesen und erkennen. Es sei mir daher gestattet, den Leser nicht nur mit dem sozialistischen Agitator und Genossenschafter, sondern auch mit dem früheren Lehrer und späteren Regierungsrat, Richter und Rechtsprofessor Treichler bekannt zu machen.

In einer kinderreichen schweizerischen *Fabrikler*familie in Richterswil am Zürichsee wurde er am 27. November 1822 geboren. Sein Vater arbeitete dort in einer Kattundruckerei, und die Kinder mussten es ebenfalls, sobald sie dazu im stande waren. Von Arbeiterschutz und Beschränkung der Kinderarbeit in den Fabriken war in jenen Zeiten, in denen die Industrie eben ihren Einzug in die Schweiz gehalten hatte, noch wenig die Rede. Treichler lernte denn auch in frühester Jugend das Proletarierelend in seiner ganzen, Menschen zermalmenden Grösse kennen. Nachdem er in der Alltagsschule den Unterricht in den Elementarfächern beendigt hatte — es war wenig genug, was die Arbeiterkinder damals lernten —, musste er, kaum 12 Jahre alt, als *Kleisterbube* ebenfalls in die Fabrik gehen, um sich den Lebensunterhalt zu erwerben. Sein auf der Schule erwachter Lern- und Bildungstrieb erstickte aber in der staubigen, geisttötenden Fabrikatmosphäre nicht, sondern steigerte sich nur noch. Seine freien Stunden benutzte der ernste, in sich gekehrte Knabe zur Lektüre von Büchern, die ihm sein früherer Lehrer borgte. Als dann 1836 in Richterswil eine Sekundarschule gegründet wurde, war es sein heissester Wunsch, sie besuchen zu dürfen. Auf Fürsprache des Lehrers willigten die Eltern ein, um ihrem Julius den Weg zu einem höheren Beruf zu ebnen. Er sollte und wollte Lehrer werden. Mit dem ganzen Eifer eines wissensdurstigen und ehrgeizigen Schülers strebte er diesem, ihm gross und verlockend erscheinenden Ziele zu. Nach Beendigung der Sekundarschule trat er 1839 in das Lehrerseminar Küssnach bei Zürich ein. Aber schon im ersten Semester drohte der durch Entbehrungen und geistige Überanstrengung geschwächte Körper des hoch aufgeschossenen Präparanden zusammenzubrechen. Treichler war genötigt, das Studium zu unterbrechen und sich nach einer Stelle umzusehen, die ihm leichtere Beschäftigung im Freien bot. Er fand sie als Buchhalter auf einem grossen Gute des Junkers G. Escher, eines reichen stadtzürcherischen Patriziers. Obwohl sie Treichler gab, was er in erster Linie suchte, so war sie doch für den jungen, selbstbewusst gewordenen Proletariersohn mit mancherlei Demütigungen verknüpft, die ihn stark erbitterten und bei ihm den Boden für die Aufnahme sozialistischer Ideen vorbereiteten. Aber noch war er mit ihnen nicht in Berührung gekommen; sein Interesse war auch noch nicht auf soziale und politische Dinge gerichtet, sondern galt zunächst philosophischen und religiösen Problemen. Gar zu gerne wäre er Theologe geworden, aber alle Versuche, zum Studium an der Universität die Mittel aufzutreiben, schlugen fehl. Er entschloss sich daher, die Lehrerkarriere wieder ins Auge zu fassen, und trat 1841 als Auditor in das von dem freisinnigen Pädagogen Augustin Keller geleitete Seminar in Lenzburg ein. Wahrscheinlich empfing er hier starke politische Anregungen und wurde in die Ideenwelt des damals in Saft und Kraft stehenden demokratisch gerichteten schweizerischen Liberalismus eingeführt.

Noch nicht 20jährig verliess Treichler das Seminar, um die Stelle eines Schulhelfers in Egg im Kanton Zürich zu bekleiden. Nachdem er in dieser ein

halbes Jahr gewirkt hatte, berief ihn die Gemeindebehörde von Geroldsweil zum *Schulhalter* (Hauptlehrer) an die dortige Primarschule. Von hohen Idealen vom Beruf der Schule und des Lehrers erfüllt, war er in den Schuldienst getreten. Was er aber hier vorfand und erfuhr, musste ihn um so tiefer enttäuschen und revoltieren. Die Schulen waren verwahrlost, die Schüler durch die Fabrikarbeit von der Schule ferngehalten, die Lehrer miserabel besoldet; jeder Versuch, die Schulzustände zu verbessern und die Stellung der Lehrer zu heben, scheiterte an dem Widerstand der damals am Ruder befindlichen konservativ-orthodoxen Partei.

In dem Kampf um die Verbesserung des Schulwesens verdiente sich Treichler seine Sporen. Da ihn die Gemeindebehörden von Geroldsweil selbständig und ohne vorherige Genehmigung des Erziehungsrates als Lehrer gewählt hatten, so verweigerte der letztere der Gemeinde den gesetzlichen Staatsbeitrag für die Schule. Eine von Treichler im Auftrage der Gemeinde verfasste Petition an den Erziehungsrat blieb erfolglos, was ihn April 1843 nötigte, seine Lehrerstelle niederzulegen. Die in diesem Kampf erlittene Unbill, im Verein mit den traurigen Erfahrungen, die er im Schuldienst gemacht hatte, veranlassten ihn, *in die Öffentlichkeit zu flüchten*. In der radikalen Schaffhauser Zeitschrift *Der Vorläufer* veröffentlichte er einen scharf polemischen und grosses Aufsehen erregenden Artikel, in dem er unter dem Titel *Wintergedanken des Schulmeisters Chiridonius Bittersüss* die traurige ökonomische und soziale Lage seiner Berufsgenossen und das zürcherische Volksschulelend schilderte.

In dieser Zeit, in der der junge Treichler mit dem Kampf für die Volksschule auch den für die eigene Existenz durchzufechten hatte, wurde er mit den Schriften Wilhelm Weitlings, der damals seine Agitation in der Schweiz betrieb, bekannt. Tiefen Eindruck machten auf ihn dessen *Garanticen der Harmonie und Freiheit*. Die dort entwickelten Gedanken und Ideale schienen Treichler gerade das zu sein, was er bisher schon, wenn auch in unbewusstem Drange, zu verwirklichen gestrebt hatte. Der Sozialismus Weitlings hatte nun unter den Schweizern seinen bedeutendsten, wenn auch keineswegs unbedingten Adepten gefunden. An eine praktische Beteiligung an den *kommunistischen Umtrieben* Weitlings konnte Treichler allerdings nicht denken. Er musste zunächst versuchen, ausserhalb der Grenzen des Kantons Zürich eine Lehrerstelle zu erhalten, und begab sich deshalb nach Sankt Gallen, wo es ihm auch bald gelang, sich das Lehrerpatent zu erwerben. Aber eine Stelle, eine Existenz hatte er damit noch nicht gefunden. Er musste, da er jetzt ganz ohne Mittel war, annehmen, was sich ihm bot und das war ein Kommisposten in der von Julius Fröbel in Winterthur betriebenen Verlagsbuchhandlung, dem *Literarischen Comptoir*. Hier lernte der wissbegierige junge Schulmeister die von Fröbel verlegten radikalen Schriften des *Jungen Deutschlands* kennen und kam mit den politischen und sozialen Strömungen zu Anfang der vierziger Jahre, sowie auch persönlich mit deren Trägern und Repräsentanten in Berührung.

Seine bedeutende Begabung für die Publizistik lenkte die Aufmerksamkeit der Führer des zürcherischen oppositionellen Liberalismus auf ihn, und so finden wir Treichler bald in der Redaktion des *Schweizerischen Republikaners*, wo er die Bearbeitung der schweizerischen Tagesangelegenheiten besorgte und auch eine Serie von Artikeln erscheinen liess, die die verrotteten Zustände im Züricher Volksschulwesen enthüllte und in schweren Anklagen gegen die oberste Er-

ziehungsbehörde gipfelte. Die Folge war, dass die Regierung gegen Treichler Strafklage wegen Verleumdung erhob. In dem vorm Obergericht geführten Prozess verteidigte sich der 22jährige Angeklagte in einer grossen zweistündigen Rede selbst mit glänzendem Geschick und Erfolg. Das Gericht erachtete den Wahrheitsbeweis für die von Treichler behaupteten Tatsachen als erbracht; insbesondere wurde konstatiert, dass die Regierung aus Liebedienerei gegenüber den Fabrikanten die Beschäftigung schulpflichtiger Kinder unter 12 Jahren in den Fabriken geduldet hatte. Treichler wurde daher von der Anklage der Verleumdung freigesprochen und nur der Beschimpfung schuldig erklärt. Die konservative Regierung hatte damit eine grosse Niederlage erlitten, die in der ganzen Schweiz Aufsehen erregte, ihr Ansehen erschütterte und viel zu ihrem baldigen Sturz beitrug.

Treichler war nun mit einemmal eine bekannte und geschätzte Persönlichkeit geworden, auf die die liberale Oppositionspartei grosse Hoffnungen zu setzen berechtigt war. Bald traten jedoch zwischen ihren Führern und Treichler tiefe Differenzen hervor. Während Treichler in seinem ungebrochenen, feurigen Temperament im *Republikaner* eine radikaldemokratische Politik verfechten und für soziale Reformen eintreten wollte, hatten es die Häupter der liberalen Partei nur auf die Wiedergewinnung der politischen Macht abgesehen und mochten sich ihre Chancen nicht durch weitgehende Forderungen, die ihre Anhänger vor den Kopf zu stossen geeignet waren, verderben lassen. Ende 1844 schied Treichler aus der Redaktion des *Republikaners* aus. Ermutigt durch seinen forensischen Erfolg in dem Prozess mit der Regierung, beabsichtigte er, die Advokatenlaufbahn einzuschlagen, und begann an der Universität Zürich das Studium der Rechtswissenschaft. Um hierfür die Mittel zu gewinnen, übernahm er die Redaktion des *Boten von Uster*, eines kleinen, in einem Landstädtchen erscheinenden Wochenblattes demokratischer Richtung, das er nebenher und von Zürich aus schrieb.

Solange die liberale Partei zur konservativen Regierung in Opposition stand, unterschied sich die Haltung des *Usterboten* nicht wesentlich von der der übrigen demokratischen Bezirkspresse; als aber im April 1845 die Liberalen wieder ans Ruder kamen, stimmte das Treichlerische Blatt nicht in den allgemeinen Jubel ein, sondern erklärte, erst demokratische Taten sehen zu wollen. Als diese auf sich warten liessen, begann es an der Politik der Liberalen eine ätzende Kritik zu üben, die den *Usterboten* zu einem vielbeachteten Blatte machte, die einstigen Parteigenossen Treichlers aber arg verschnupfte. Bald kam es auch zu einem offenen Bruch. Den Anlass boten die Verfolgungen, denen Weitling und seine meist aus deutschen Handwerksgesellen bestehenden Anhänger in der Waadt und im Kanton Neuenburg ausgesetzt waren. Treichler, der vorher schon Auszüge aus Friedrich Engels' damals erschienener Schrift *Die Lage der arbeitenden Klassen in England* gebracht hatte, nahm die Kommunisten offen in Schutz und erklärte, dass ihre Kritik der sozialen Zustände vielfach richtig sei, und dass eine fortschrittliche Politik Mittel und Wege suchen müsse, um das Proletariat aufzuheben, da seine Existenz mit einem demokratisch organisierten Staatswesen unvereinbar sei.

Obwohl Treichler sich bisher keineswegs mit den Lehren der Kommunisten identifiziert hatte und auch in seiner Sprache durchaus gemässigt geblieben war, so erregte doch seine Inschutznahme der kommunistischen *fremden Fötzel* grosse

Verblüffung und starres Entsetzen bei seinen ehemaligen Parteigenossen, das sich noch steigerte, als er Ende Oktober 1845 den Titel des *Usterboten* in *Allgemeines Not- und Hilfsblatt* unter folgender Motivierung umänderte:

»Wir wählen diese Benennung, weil sie am kürzesten und klarsten ausdrückt, was wir eigentlich wollen, nämlich die Not darstellen, die in den arbeitenden Klassen immer mehr um sich greift, und zugleich die Mittel bezeichnen, durch welche dieser Not abgeholfen werden kann.«

Die Liberalen, die nichts mehr fürchteten, als dass sich eine sie vorwärtsdrängende Arbeiterpartei hinter ihrem Rücken bilden würde, waren über Treichler entrüstet, dass er die Existenz der sozialen Frage proklamierte und die Parteien aufforderte, dazu Stellung zu nehmen; die Konservativen dagegen waren zunächst erfreut darüber, ihre Gegner in Verlegenheit gebracht zu sehen und ihnen demonstrieren zu können, dass die liberalen Prinzipien schnurstracks zur roten Republik führten. Beide Parteien waren aber darin einig, in Treichlers Wirken eine Gefahr für das bürgerliche Eigentum zu erblicken und ihn als Kommunisten zu verschreien. Wenn zu jener Zeit der junge, Jus studierende Schulmeister mit langen Schritten durch die Strassen Zürichs spazierte, so passierte es nicht selten, dass die Strassenjungen hinter ihm herliefen und im Takt riefen: »Dä wott teile! Dä wott teile! [Der will teilen!]«

Vergebens bemühte sich Treichler, diesen Vorwurf zurückzuweisen, vergebens betonte er, dass er nicht auf gewaltsamen Umsturz des Staates ausgehe, sondern im Gegenteil durch Beseitigung des Arbeiterelends einer Katastrophe vorzubeugen bestrebt sei. Der Kampf gegen ihn wurde immer heftiger, besonders nachdem es ihm im Winter 1845 in Zürich gelungen war, einen politischen Arbeiterbildungsverein zu begründen. Dieser war bald im Rufe eines kommunistischen Verschwörerklubs, in dessen harmlose Versammlungen die Behörden Spione, unter anderen auch einen Henkersknecht aus Bern, entsandten, mit dem Auftrag, die Namen der Mitglieder in Erfahrung zu bringen. In der Presse beider Parteien wurde die liberale Regierung beschworen, den Verein aufzulösen und seine Versammlungen zu verbieten. Wenn sie auch zunächst hiervor zurückschreckte, so sah sich doch Treichler in wachsendem Masse Verfolgungen und Schikanen aller Art ausgesetzt. Bald wagte kein Buchdrucker im Kanton Zürich mehr, das *Not- und Hilfsblatt* zu drucken, und so musste Treichler es im Kanton Baselland erscheinen lassen. Die Erfolglosigkeit aller Unterdrückungsversuche reizte den Zorn der damaligen Macht aufs höchste. Die Regierung setzte eine Kommission nieder mit dem Auftrage, zu untersuchen, wie dem *kommunistischen Treiben* entgegenzutreten sei. Diese Massregel beantwortete Treichler kühn mit der Ankündigung eines Zyklus von öffentlichen Vorträgen über Sozialismus und Kommunismus. Sie fanden in einem Züricher Zunfthause statt und hatten einen enormen Zulauf. Nach dem vierten Vortrage wurde Treichler das Abhalten weiterer Vorträge mit der Begründung verboten, dass sie geeignet seien, die Besitzlosen zum Hass gegen die Besitzenden aufzureizen. Der Hauptgrund aber lag in dem wirklich grossen Eindruck und dem moralischen Erfolg, den Treichler mit seinen Darlegungen erzielt hatte. In dem vierten Vortrag hatte er das Verhältnis von Proletariat und Volkssouveränität behandelt und war dabei zu folgendem Ergebnis gekommen:

»Die Volkssouveränität verlangt eine hinlängliche Geistesbildung und eine sichere ökonomische Stellung des Bürgers, der Proletarier aber ist abhängig, seine Lage unzertrennlich von Unwissenheit; darf er doch nicht einmal die Versammlungen be-

suchen, an denen er teilnehmen möchte. Die Volkssouveränität ist der Zustand der gleichen Berechtigung, das Proletariat der Zustand der ungerechten Ungleichheit; sie sind daher einander so entgegengesetzt, wie Tag und Nacht.«
Die geschickte Art, mit der Treichler die sozialistischen Ideen als Konsequenz der demokratischen Staatsgrundsätze begründete, liess ihn nur noch gefährlicher erscheinen, und die Regierung beschloss daher, seiner Agitation durch Erlass eines Ausnahmegesetzes ein Ende zu bereiten.

Auf die etwas niederträchtige Vorgeschichte dieses ersten Sozialistengesetzes, in der eine von *agents provocateurs* einberufene *kommunistische Volksversammlung* eine grosse Rolle spielte, wollen wir hier nicht eingehen. Es genügt, zu erwähnen, dass der Grosse Rat des Kantons Zürich am 26. März 1846 das sogenannte *Maulkrattengesetz* beschloss, durch das es bei hohen Geld- und Gefängnisstrafen verboten wurde, »eine Klasse von Bürgern gegen eine andere zum Hasse aufzureizen oder überhaupt durch Angriffe auf die Unverletzlichkeit des Eigentums oder anderer vom Staat geschützter Rechte die bestehende Ordnung zu gefährden«. Zeitungen und Vereine, die zum Zweck hätten, die erwähnten Handlungen zu befördern, sollten verboten respektive aufgelöst, und daran beteiligte Fremde des Kantons sofort verwiesen werden. Noch am gleichen Tage verbot die Regierung auf Grund dieses Gesetzes das *Not- und Hilfsblatt*, sowie den Arbeiterbildungsverein.

Damit war dem sozialpolitischen Wirken Treichlers der legale Boden entzogen und eine Fortsetzung seiner Agitation verunmöglicht, obgleich er es bei ihr nie an Besonnenheit hatte fehlen lassen. Welchen Zielen er mit der Arbeiterpartei, die er zu bilden dachte, zustreben wollte, zeigt sein Programm; es enthielt folgende Forderungen:

1. Stimmrecht für alle Almosengenössigen und Falliten, welche nicht widerrechtlicherweise Bankerott gemacht haben.
2. Jeder Bürger muss seine Petitionen selbst oder durch einen Stellvertreter mündlich vor dem Grossen Rat verteidigen dürfen.
3. Abschaffung der indirekten Wahlen zum Grossen Rat.
4. Besoldung unbemittelter Mitglieder des Grossen Rats.
5. Einführung des Vetos gegenüber den vom Grossen Rat erlassenen Gesetzen.
6. Abberufungsrecht der Wähler gegenüber den Mitgliedern des Grossen Rats.
7. Erlass eines Verantwortlichkeitsgesetzes für die Exekutivbehörden.
8. Durchgreifende Volksschulreform.
9. Freigabe der Advokatur.
10. Erweiterung der Arbeiterschutzgesetze, Anstellung von Fabrikärzten und Inspektoren.
11. Errichtung von Sozialwerkstätten, um arbeitslosen Arbeitern Arbeit zu verschaffen.
12. Errichtung von staatlichen Warenhallen (gedacht als Tauschbanken nach Proudhons Vorschlägen).
13. Unterstützung der genossenschaftlichen Bestrebungen.
14. Errichtung einer Kantonalbank.
15. Einführung einer progressiven Einkommensteuer.
16. Abschaffung der Todesstrafe, Verwandlung der Zuchthäuser in Besserungsanstalten.

Wie man sieht, war das Programm Treichlers vorwiegend demokratisch-politischer und nur in einzelnen Punkten sozialistisch-wirtschaftlicher Natur. Als wirklich sozialistische Forderungen können nur die Errichtung von Sozialwerkstätten und von Warenhallen gelten. Wenn trotz der mehr beiläufigen Rolle, welche der Sozialismus in diesem Programm spielte, Treichlers Agitation einem solchen erbitterten Widerstand begegnete, so lag das einerseits daran, dass sich

das *liberale Neuherrentum* durch die an ihm geübte Kritik bis ins Mark getroffen fühlte, andererseits an der Furcht, die das damalige Bürgertum vor der Bildung einer selbständigen Arbeiterpartei hegte. Und doch war die Furcht hiervor unbegründet, nicht, weil Treichler nicht das Zeug zum Führer einer solchen besessen hätte, sondern, weil die Arbeiterklasse jener Zeit noch nicht die politische Reife erlangt hatte, um eine eigene Partei zu bilden. Treichler war tatsächlich ein General ohne Armee. Als er nach Erlass des *Maulkrattengesetzes* Zürich verliess, um in Lausanne seine juristischen Studien zu beendigen, war es mit der Arbeiterbewegung im Kanton Zürich lange Zeit vorbei. Diese Erkenntnis reifte wohl in ihm den Entschluss, sich aus der politischen Arena einstweilen zurückzuziehen und sich darauf zu beschränken, den Armen und Gedrückten als Advokat zu ihrem Rechte zu verhelfen. Nachdem er eine Zeitlang in Baselland praktiziert hatte, siedelte er 1849 wieder nach Zürich über, wo man inzwischen über den gefürchteten *Kommunisten* ruhiger denken gelernt hatte. Er bestand das Fürsprechexamen und eröffnete dann ein Anwaltbureau, das sich zwar eines grossen Zuspruchs zu erfreuen hatte, aber kaum so viel eintrug, dass Treichler dabei sein bescheidenes Auskommen fand.

1850 stürzte er sich von neuem ins politische Leben. In seiner Heimatgemeinde Richterswil errang er ein Kantonsratsmandat, und bald darauf begründete er die *Neue schweizerische Volkszeitung*, die ihm zur Verfechtung seiner demokratischen Politik dienen sollte. Sie war jetzt hauptsächlich auf die Herbeiführung einer demokratischen Verfassungsreform, auf den Ausbau der Volksschule und den Erlass eines Arbeiterschutzgesetzes gerichtet. Diese Postulate begründete Treichler in seiner Zeitung in wirksam geschriebenen Artikeln. Trotz aller Anfechtung, die das neue Blatt von seiten der liberalen Regierungspresse fand, gelang es Treichler nicht nur, es lebensfähig zu machen, sondern auch, ihm politischen Einfluss zu erringen. Es darf auch noch heute unser Interesse beanspruchen, war es doch das erste und einzige Organ jener Zeit, das für die Ende der vierziger Jahre in Fluss gekommene Konsumgenossenschaftsbewegung eintrat und über sie fortlaufend berichtete. Treichler selbst sollte bald Gelegenheit finden, sich in ihr aktiv zu betätigen und ihr zu ihrem ersten grossen Erfolg mitzuverhelfen.

Es war im Jahre 1851. Im Zürcher *Grütliverein* diskutierte man eifrig darüber, wie die Lage der arbeitenden Klassen verbessert werden könne. Ein junger Gerbergeselle, namens Karl Bürkli, der sich längere Zeit in Paris aufgehalten und hier mit den Anschauungen und sozialen Reformvorschlägen des Franzosen Charles Fourier bekannt geworden war, empfahl die Einrichtung von staatlichen Lebensmittelhallen, durch die die verteuernden Preisaufschläge des Zwischenhandels ausgemerzt werden sollten.[2]) Obwohl im Prinzip mit diesem Vorschlag einverstanden, wies Treichler, der ebenfalls dem *Grütliverein* angehörte, darauf hin, dass die Arbeiterschaft jedenfalls noch lange warten müsse, bis sich die Zürcher Regierung zu solchen Massregeln entschliessen würde, und legte dann dar, dass man den Staat zur Ausschaltung des Zwischenhandelsprofits gar nicht brauche. Die Arbeiter vermöchten das selbst zu tun, wenn sie sich zu einem Verein zusammenschlössen und durch diesen gemeinsame Einkäufe machen und einen Laden zum Bezug der Waren einrichten liessen. Überhaupt solle man die Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse nicht von oben herab von einzelnen

[2]) Vergl. meinen Artikel *Karl Bürkli* in den *Sozialistischen Monatshefte*n, 1901, II. Bd., pag. 977.

wenigen erwarten, sondern sie müsse aus dem Volke und durch das Volk selbst kommen. Dieses müsse selbst Hand ans Werk legen, wenn es frei und glücklich sein wolle. Bei einer späteren Gelegenheit erklärte Treichler:

›Ich war es, der die Diskussion [im *Grütliverein*] aus der nebelhaften Höhe allgemeiner Fragen auf das praktische Feld des Assoziationswesens lenkte und letzteres als das vorzüglichste Rettungsmittel gegen die Gebrechen unserer Zeit empfahl. Ich führte in dieser Beziehung weiter aus, was ich im *Not- und Hilfsblatt* von 1846 als eine soziale Aufgabe der Gegenwart bezeichnet hatte, nur verwarf ich infolge reiferer Studien jede Staatsbeteiligung.‹

Treichlers Standpunkt leuchtete den *Grütlianern* und auch Bürkli ein, und sie beschlossen bald darauf, zum gemeinschaftlichen Bezug von Hemdentuch und Zigarren einen Verein zu gründen, dem sie den damals noch gar nicht bekannten Namen *Konsumverein* gaben. Aus dem auf solche Weise entstandenen Verein erwuchs in den nächsten Jahren, nicht zum mindesten dank der umsichtigen und aufopferungsvollen Tätigkeit seines Präsidenten Treichler, die erste bedeutende Konsumgenossenschaft auf dem ganzen Kontinent.

Die sensationellen Erfolge des Züricher Konsumvereins — er brachte es im dritten Jahre seines Bestehens auf einen Umsatz von über 600 000 Francs — riefen allgemeines Aufsehen im Lande hervor und reizten zur Nachahmung. In vielen Städten, namentlich aber in den zahlreichen Ortschaften am Zürichsee entstanden Konsumvereine. Für den grossen Weitblick Treichlers ist es nun bezeichnend, dass er dahin strebte, die junge Konsumvereinsbewegung nach einheitlichen Grundsätzen zu leiten und sie zum Zweck des gemeinschaftlichen Grosseinkaufs zu organisieren, Aufgaben, an deren Realisierung man sich selbst in England erst ein Jahrzehnt später versuchte. Auf Betreiben Treichlers fand am ersten Dezembersonntag des Jahres 1853 in Zürich eine Delegiertenkonferenz von 34 Konsumvereinen statt, die 104 Abgeordnete gesandt hatten. Nachdem man sich über die gemachten Erfahrungen ausgesprochen hatte, unterbreitete Treichler der Versammlung den Vorschlag, einen *Verband schweizerischer Konsumvereine* zu gründen. Er fand freudige Zustimmung, und es wurde auch ein Ausschuss gewählt, der Statuten ausarbeiten und eine neue Versammlung zu ihrer Beratung im Mai des folgenden Jahres einberufen sollte. Dazu kam es aber nicht mehr. Kritische Zeiten brachen für die Konsumvereine an, in denen sich viele auflösten, und in denen auch der erstarkte Züricher Konsumverein mit sich selbst reichlich zu tun bekam.

Während Treichler für die Konsumgenossenschaftsbewegung in verdienstvoller Weise arbeitete, stieg auch sein politischer Stern. 1852 wurde er nach einem heissen Wahlkampf im ersten eidgenössischen Wahlkreis (Zürich und Umgebung) von den Demokraten in den Nationalrat gewählt, dem er von nun an 18 Jahre angehörte, und in dem er sich schnell zu Einfluss und Ansehen brachte. Bald war auch Treichler im Kanton Zürich das anerkannte geistige Haupt der demokratischen Partei, die unter seiner geschickten Führung bedeutende Fortschritte machte. 1856 präsentierte sie ihn als ihren Kandidaten bei den Regierungsratswahlen, die damals noch vom Grossen Rat vorgenommen wurden. Treichler unterlag zwar; als aber bald darauf eine Ersatzwahl zu treffen war, bot ihm der Chef der liberalen Regierung, Dr. Alfred Escher, die Unterstützung der Liberalen an, falls er sich zur Annahme eines Regierungsratsmandates entschliessen könne. Die Absicht Eschers war hierbei, die demokratische Minderheit durch ihren begabtesten Vertrauensmann an der Regierung teilnehmen zu lassen, um

dadurch ihren Bestand zu sichern. Mit Zustimmung seiner Parteigenossen nahm Treichler die Kandidatur an, und er wurde am 27. Oktober 1856 tatsächlich gewählt. Zehn Jahre, nachdem man gegen ihn ein Ausnahmegesetz erlassen hatte, war er Mitglied der Regierung geworden.

Die Wahl Treichlers erregte grosses Aufsehen; in der liberalen Presse fand sie schärfste Verurteilung, bei den Demokraten dagegen wurde sie als ein Erfolg gefeiert. Die liberale *Freitagszeitung* schrieb damals:

»Man hat schon viel Sonderbares in der Politik erlebt, aber das ist, soviel wir wissen, noch nie erlebt worden, dass Cicero sein *Quousque tandem* nur gedonnert habe, um nachher den Catilina als Mitkonsul zu nehmen, dass Louis Napoléon nach dem 2. Dezember neben Morny den Ledru-Rollin zu seinem Minister gemacht, dass der Kaiser von Österreich nach dem Sieg von Novarra neben Radetzky dem Mazzini die Statthalterei von Italien anvertraut habe. So etwas ist aber jetzt bei uns geschehen. Der Führer der sozialistisch-demokratischen Partei, vor dem man das Volk das Kreuz schlagen lehrte, vor dem man ihm ein schwer zu tilgendes Misstrauen einflösste, dessen verwerfliche Grundsätze einst sogar durch ein besonderes Gesetz gebrandmarkt wurden: dieser wird, man weiss nicht, warum, man weiss nicht, wozu, man weiss nicht, von wem, item, er wird in die Regierung gewählt, er wird mit Glanz gewählt . . . .«

So gross für Treichler anfänglich die moralische Genugtuung, die er über seinen Erfolg empfinden mochte, auch gewesen sein mag, so wurde ihm sein neues hohes Amt doch bald zur Quelle vieler Bitterkeiten und Anfeindungen, ja zum tragischen Verhängnis seines Lebens. Differenzen, in die er mit einem Teil seiner Parteigenossen beim Konsumverein geriet, und durch deren Schlichtung zu seinen Gunsten er sich diese zu erbitterten Gegnern machte, wurden auf das politische Gebiet übertragen und liessen allmählich zwischen Treichler und seiner Partei eine Kluft entstehen. Bald wurde er des Verrats an der Partei bezichtigt und als Renegat und Apostat verschrieen. Eine leidenschaftslose Prüfung des Sachverhalts vermag diesen Vorwürfen heute keinerlei Berechtigung mehr zuerkennen. Es liegt nichts vor, durch das bewiesen werden könnte, Treichler habe jemals als Mitglied des Regierungsrats gegen seine Überzeugung gehandelt und gestimmt, um sich im Besitz des Amtes zu halten. Wohl lehnte er es ab, als Regierungsrat noch den Parteiführer zu spielen und herauszukehren, aber die Arbeit, die er während seiner 13jährigen Amtsführung geleistet hat, war auf Verwirklichung seiner politischen und sozialen Ideen gerichtet. Er hat sich als Regierungsrat grosse und bleibende Verdienste um die Verbesserung der Rechtspflege und des Arbeiterschutzes erworben und den Fortschritt der Demokratie vorbereiten helfen, den die Verfassung vom Jahre 1869 dem Kanton Zürich brachte. Aber er erfuhr auch bei seiner Beteiligung an der Regierung wohl als erster, was später in ähnlichen Situationen viele andere Demokraten und Sozialisten erfahren haben, dass es schwer, ja unmöglich ist, die Erwartungen und Wünsche der Anhänger zu befriedigen, und dass der Besitz politischer Macht oftmals nur eine Vermehrung der Verantwortlichkeit mit sich bringt, ohne die Möglichkeit, den Lauf der Dinge zu ändern.

Als 1869 die demokratische Bewegung im Kanton Zürich sich siegreich Bahn brach, wurde Treichler, der ihr erster und bedeutender Vorkämpfer gewesen war, von ihr nicht in die Höhe gehoben, sondern fortgeschwemmt. Das seine Regierung nun selbst wählende Zürcher Volk erkor sich ihn nicht als seinen Vertrauensmann. Damit hatte Treichlers politische Karriere ein jähes Ende erreicht; von seinem 47. Jahre an lag der Schwerpunkt seiner Arbeit auf

dem Gebiete akademischer Lehrtätigkeit. Nachdem er einige Jahre als Mitglied des Obergerichtes amtiert hatte, wurde er 1872 zum Professor der Rechtswissenschaften an der Züricher Universität ernannt, die ihm schon 1866 für seine Verdienste um die kantonale Gesetzgebung den *Doctor juris honoris causa* verliehen hatte. Seinen akademischen Pflichten widmete sich Treichler mit grossem Eifer, aber seine bedeutendsten Talente, seine hohen organisatorischen Fähigkeiten, sowie seine bei Behandlung grosser politischer Fragen hinreissende Beredsamkeit vermochte er doch in der Enge des Hörsaals nicht zu betätigen: ein gefangener Adler, der resigniert auf den Gebrauch seiner Schwingen verzichtet, auf denen er sich in stolzem Fluge zur Sonne hätte erheben können, ein Mann, den die Kleinheit und Rückständigkeit der Verhältnisse und der Zeit, in denen er zu wirken hatte, sein Bestes zu geben hinderte.

Trotz des ungewöhnlich hohen Alters, das Treichler erreichte, blieb das Werk seines Lebens ohne harmonische Abrundung und Vollendung. Ein tragisches Schicksal hat ihn um den Erfolg und grossen Namen, den er in der Geschichte des Sozialismus und der Demokratie zu erringen wie geschaffen schien, betrogen. Inwiefern hierbei eigenes Verschulden, und inwiefern Schuld seiner Partei und seines Volkes im Spiel war, wird sich vielleicht einmal beurteilen lassen, wenn die Denkwürdigkeiten Treichlers, an denen er in seinen letzten Lebensjahren arbeitete, erschienen sein werden. Heute müssen wir uns damit bescheiden, dem Manne hier ein bescheidenes Denkmal zu setzen, das ihm als dem ersten zielbewussten Bahnbrecher der Arbeiter- und Genossenschaftsbewegung in der Schweiz gebührt.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

JULIUS DEUTSCH · DIE BEKÄMPFUNG DER KINDERARBEIT

WOHL kaum etwas anderes wirkt so aufreizend, wie der Anblick der Kinderarbeit, wie der Gedanke an die vielen Tausende freudloser Geschöpfe, die die schönste Zeit ihres Lebens in monotoner Gleichförmigkeit dem Moloch Erwerbsarbeit geopfert werden. Noch bis vor sehr kurzer Zeit schenkte man der Kinderarbeit wenig Beachtung. Wohl sind die Vertreter der Arbeiterschaft oftmals energisch gegen die Ausnutzung der kindlichen Arbeitskräfte aufgetreten, aber sie erzielten keine Erfolge. Es ermangelte auch eines bestimmten Systems, nach dem man der Kinderarbeit auf den Leib zu rücken vermocht hätte. Mit dem blossen Verbot der Beschäftigung von Kindern unter 14 Jahren, wie es zum Beispiel das Erfurter Programm verlangt und von den parlamentarischen Vertretern der Arbeiterschaft mehrmals beantragt wurde, ist eben in allen Fällen auch nichts auszurichten. Das Elend der Kinderarbeit ist aber bereits derart angeschwollen, dass es wohl an der Zeit ist, die Frage, wie es besser gemacht werden könnte, eingehender zu behandeln.

Über die Grösse der Kinderarbeit und die Umstände, unter denen sie vor sich geht, gelang es in der letzten Zeit, umfassenderes Material zu Tage zu fördern. Von Deutschland wissen wir, nach den amtlichen Erhebungen vom Jahre 1898, dass in Industrie, Handel, Verkehr, Gast- und Schankwirtschaft etc.,

ausser den im Haushalte und in der Landwirtschaft Beschäftigten, 532 283 Kinder erwerbend tätig waren. Eine um die selbe Zeit veranstaltete Enquete des *Deutschen Lehrervereins* ergänzte das zusammenfassende Zahlenmaterial der amtlichen Statistik durch eine eingehende Darstellung einzelner Gebiete.[1]) Wer aber mit den Ergebnissen dieser beiden Untersuchungen noch nicht zufrieden ist, erinnere sich an das erschütternde Bild, das uns die Berliner Heimarbeitsausstellung über die Kinderarbeit und ihre Entlohnung geboten hatte. Auch über die Verhältnisse in anderen Staaten sind in der letzten Zeit wertvolle Publikationen erschienen. In Österreich veranstaltete der *Zentralverein der Wiener Lehrerschaft* und der *Niederösterreichische Landeslehrerverein* eine Enquete, über die Sigmund Kraus berichtete.[2]) Von 80 859 untersuchten Kindern waren 23 016 = 28,5% erwerbsfähig; darunter waren 15 679 = 18,7 % mit Viehhüten und anderen landwirtschaftlichen Arbeiten beschäftigt. Für die Schweiz liegt eine Erhebung der *Gemeinnützigen Gesellschaft* vor.[3]) Danach waren von 279 551 untersuchten Kindern 149 083 = 53 % tätig, und zwar 117 126 = 42 % landwirtschaftlich, 17 763 = 6,4 % in der Hausindustrie, 14 194 = 5 % in sonstigen Erwerbsarten.

Diese erschreckend hohen Zahlen besagen aber noch nicht alles. Man muss wissen, unter welchen Verhältnissen jene Arbeit vor sich geht. Tausende von Kindern arbeiten 10, 12, ja 15 Stunden täglich. Die Nachtarbeit ist besonders in der Saison sehr verbreitet, an Sonntagen arbeiten nach annähernden Schätzungen in Deutschland allein 100 000 Kinder, ohne Einrechnung der in der Landwirtschaft und im Haushalte tätigen. Das Alter, in dem viele Kinder schon zur Arbeit herangezogen werden, ist ein unglaublich niederes. Hunderte von 4- und 5jährigen Kindern sind in der Produktion tätig, Tausende von 6-, 7-, Zehntausende von 8- und 9jährigen. Diese Zustände sind in allen Ländern, in denen die Kinderarbeit grassiert, die gleichen. Im halbabsolutistischen Deutschland, wie in der freien Schweiz, überall die selbe Erscheinung. Die Nuancen wechseln, das Kolorit ist ein etwas anderes, der Gesamteindruck aber bleibt der nämliche. Dabei ist die Entlohnung eine derartig bagatellmässige, dass es, vom Standpunkte der Gesamtheit aus, als ein Verbrechen erscheint, um dieses Pappenstiels willen die Kinder in ihrer Entwickelungsmöglichkeit zu beeinträchtigen.

Über die Schäden der Kinderarbeit, der gewerblichen, wie der landwirtschaftlichen, sind sich denn auch alle Kenner der Verhältnisse klar. Im Gewerbe erzeugt das viele Sitzen Verkrümmungen der Wirbelsäule, das Anstrengen der Augen beim Zinnmalen und dergleichen Kurzsichtigkeit, der lange Aufenthalt in geschlossenen Räumen Krankheiten der Atmungsorgane, insbesondere der Lunge. Das Aussehen der erwerbstätigen Kinder ist bleich, ungesund, sie tragen die Keime späterer Krankheiten in sich. Diese körperlichen Schädigungen müssen naturgemäss auch geistige im Gefolge haben. Die Lehrer klagen über die verminderte Aufnahmefähigkeit der erwerbstätigen Kinder, über Schlaffheit, Trägheit und Teilnahmlosigkeit. Zusammenfassend hatte schon der amtliche Bericht der Erhebung vom Jahre 1898 erklärt, »dass als

[1]) Vergl. Konrad Agahd *Kinderarbeit und Gesetz gegen die Ausnutzung kindlicher Arbeitskräfte in Deutschland* /Jena 1902/.

[2]) Vergl. Sigmund Kraus *Kinderarbeit und gesetzlicher Schutz in Österreich* /Wien 1904/.

[3]) Vergl. E. Schwyzer *Erhebungen über den Umfang der Erwerbsarbeit schulpflichtiger Kinder in der Schweiz* in der *Schweizer Zeitschrift für Gemeinnützigkeit*, 1906.

Folge der übermässigen Kinderbeschäftigung sich mehrfach eine Beeinträchtigung der körperlichen und geistigen Entwickelung zeigte.« Und speziell über die in der thüringischen Spielwaren- und sonstigen Hausindustrieen beschäftigten Kinder heisst es:

»Sie sehen vielfach bleich und kränklich aus, sind engbrüstig, bekommen krumme Rücken, leiden an den Augen, büssen an geistiger Spannkraft und Frische ein, werden stumpf und interesselos; häufig haben Überanstrengung und mangelhafte Ernährung Aufgeregtheit und Schwäche der Kinder zur Folge .... In vielen Fällen machen sich die Folgen der übermässigen Ausnutzung der Jugendkraft im späteren Leben durch vorzeitigen Eintritt körperlicher Schwäche und Erwerbsunfähigkeit geltend.«

Auch die in der Landwirtschaft tätigen Kinder leiden an Gesundheit, Geist und Sittlichkeit viel mehr, als man uns in der Regel gerne zugestehen möchte. Es ist ja gewiss, dass die landwirtschaftliche Arbeit bei geringer Ausdehnung, und wenn sie im Freien stattfindet, den Kindern Nutzen bringt; aber von der heute üblichen überlange dauernden, weit über die Kräfte des Kindes hinausgehenden Anstrengung ist gerade das Gegenteil richtig. Besonders in Ostpreussen ist die landwirtschaftliche Ausbeutung der Kinder eine krasse. Die Kinder arbeiten von Tagesgrauen bis in die sinkende Nacht, oft im glühenden Sonnenbrand, mit den selben schweren Verrichtungen, wie die Erwachsenen, beschäftigt. Besonders traurig ist die Lage der Hütekinder. Am meisten leidet bei den landwirtschaftlich tätigen Kindern die Sittlichkeit. Das fortwährende Zusammensein mit den Knechten und Mägden, das Wohnen in den selben Stuben, das Mitanhören und Mitansehen alles dessen, was für Kinderohren und Kinderaugen nicht bestimmt ist, wirkt demoralisierend auf sie ein. Nur ein Beispiel statt vieler. Kraus erzählt folgendes drastische Erlebnis: Ein Lehrer aus dem Bezirke Pöggstall teilt mit:

»Vom November 1898 bis April 1899 war ich in N. auf Substitution. Beim Wirt war ein 13jähriges Mädchen Th. Sch. im Dienst. Sie arbeitete an Schultagen von 6 bis ¾8 und 11 bis ½12 und ½3 bis 7 Uhr in der Küche. Dieses Kind schlief mit der *Dirn* in einem Bette in einer Kammer des ersten Stockes. Ich im anstossenden Kämmerlein. Die *Dirn* empfing ihre nächtlichen *Herrenbesuche* durchs Fenster des ersten Stockes. Niemand wusste davon, bis einmal das Kind der Frau des Wirtes über die Kälte klagte, die es nachts aushalten müsse, weil für alle drei das Bett zu klein sei. Auf diese Entdeckung hin erhielt das Kind ein Bett im Gange des ersten Stockes. Die *Dirn* war noch geraume Zeit bei dem Wirte im Dienste.«

Man versteht nun auch das Urteil, das ein anderer Kenner der Verhältnisse, Konrad Agahd, über die Hütejungen fällt:

»Alles in allem: Müssiggang, Gefühllosigkeit, Roheit, Tierquälerei, übermässige Beschwerung des Magens, Sinnlichkeit: das ist der Hütejunge, wie er leibt und lebt.«

Über den Zusammenhang von Kinderarbeit und Verbrechen folgendes: In der Strafanstalt Plötzensee waren im Jahre 1902 236 Knaben und 93 Mädchen. Davon waren 161 Knaben, das heisst 68 % aller Knaben, und 76 Mädchen, das heisst 81 % aller Mädchen, im schulpflichtigen Alter erwerbstätig gewesen. Früher landwirtschaftlich Beschäftigte waren darunter: 47 Knaben, das heisst 29 %, und 12 Mädchen, das heisst 15,7 %. Die anderen ehemals Beschäftigten verteilen sich zum grössten Teil auf Frühstücksausträger, Kegelaufsetzer, Zeitungsausträger, Botengänger und Hausierer.

Was soll nun geschehen? Welche Reformen sind nötig, um dem Übel der Kinderarbeit entgegenzuwirken? Das erste, was in der Regel verlangt wird, ist das Verbot der Kinderbeschäftigung unter 14 Jahren. Diese Forderung ist so ziemlich allgemein, für ihre Berechtigung eintreten hiesse Eulen nach Athen tragen. Von vielen Seiten wird eine noch höhere Altersgrenze ver-



langt, bald 16, bald 18 Jahre. Ich glaube aber nicht, dass mit einer solchen schematischen Hinaufrückung der Altersgrenze viel erreicht werden würde. Es scheint mir auch gar nicht zweckmässig zu sein, die reiferen Kinder über 14 Jahre von einer mässigen Erwerbsarbeit auszuschliessen. Allerdings ist das 14. Lebensjahr die unterste Grenze für den Kinderschutz; jüngere Kinder sollten absolut nicht beschäftigt werden.

Als notwendige Ergänzung des Verbots der Kinderarbeit unter 14 Jahren müsste die Festsetzung der Schulpflicht bis zu diesem Alter hinzukommen. Wenn die Schulpflicht nicht bis zu demjenigen Alter ausgedehnt ist, bis zu dem das Verbot der Kinderarbeit reicht, müssen in der Zwischenzeit viele Kinder müssig gehen, was für ihre Erziehung gewiss nicht förderlich ist. Umgekehrt, wenn die Schulpflicht länger andauert, als die unterste Grenze der Kinderarbeit, dann wird eine Überanstrengung der Kinder eintreten, die ebensowenig von Nutzen ist. Eine Übereinstimmung zwischen Schulpflicht und Altersgrenze der Kinderarbeit erscheint also dringend geboten.

Bei dem Bestreben, ein wirksames Kinderarbeitsgesetz zu erlangen, muss darauf geachtet werden, dass der Unterschied zwischen Erwerbs- und Nichterwerbsarbeit nicht unberücksichtigt gelassen werde. Unterdrückt soll nur die Erwerbsarbeit werden, während die Nichterwerbsarbeit, die Arbeit für den Eigen- respektive Familiengebrauch in mässiger Ausdehnung auch weiterhin gestattet bleiben könnte, ohne Schaden zu verursachen. Die Arbeit für den Eigengebrauch wäre ganz unmöglich zu unterdrücken, im Ernste ist an derlei Verbote nicht zu denken. Die Arbeit für den Eigengebrauch wirkt übrigens auch erzieherisch, während die Erwerbsarbeit, alle Stachel des Verdienens entfesselnd, demoralisierend wirkt.

Eine gewisse Übergangszeit sollte für die Kinder von 14 bis 16 Jahren geschaffen werden. In diesem Alter sind die Kinder zwar schon reif, Erwerbsarbeit zu verrichten, aber sie haben doch noch nicht die Kräfte, wie die erwachsenen Arbeiter; sie sollten deshalb mehr, als diese, geschont werden. Heute ist es umgekehrt. Gerade in diesem Alter, in der Lehrzeit, müssen die Arbeiter schwerer und länger arbeiten, als später. Die Lehrlinge müssen in der Regel früher in der Werkstätte sein, als die Erwachsenen, um zur Arbeit herzurichten. Sie kommen später weg, weil sie noch nach Feierabend die Werkstätte in Ordnung bringen müssen. Abends aber, anstatt, wie die Erwachsenen, der Ruhe zu pflegen, müssen sie die Fortbildungsschulen besuchen. Es ist daher eine zweckentsprechende, den kindlichen Arbeitskräften angepasste Arbeitszeit, etwa 8 Stunden, anzustreben, innerhalb deren die Berufsarbeit und der Schulunterricht stattzufinden hätten.

Viel wichtiger, als die mehr oder weniger radikalen Bestimmungen des Gesetzes selbst, ist indes eine wirksame Kontrolle. Von ihr hängt in erster Linie die Wirksamkeit des Gesetzes ab. Gerade auf dem Gebiete der Kinderarbeit ist es aber ungemein schwer, eine gute Kontrolle durchzuführen. Die Arbeit, sei es im Gewerbe, sei es in der Landwirtschaft, wickelt sich innerhalb der Familien ab, und es ist nicht zu leugnen, dass mit den bis jetzt auf anderen Gebieten bewährten Kontrolleinrichtungen, beispielsweise mit Berufsinspektoren, allein hier nichts ausgerichtet werden kann. Das Eindringen in die Familien, die eventuell nötigen Nachtkontrollen würde die Berufsinspektion verhasst machen, ohne dass es ihr gelänge, wertvolle Aufschlüsse zu gewinnen. Ganz

abgesehen davon, dass bei der grossen Verbreitung der Kinderarbeit ein ganzes Heer von Inspektoren nötig wäre. Welcher Staat würde sich aber in absehbarer Zeit dazu entschliessen, eine neue, zahlreiche Beamtenklasse zur Unterdrückung der Kinderarbeit ins Leben zu rufen? Man ist deshalb genötigt, danach zu trachten, ein Kontrollsystem einzuführen, das bei verhältnismässig nicht allzu grossen Kosten doch eine gute Kontrolle ermöglicht, ohne eine neue bureaukratische Institution zu schaffen. Wir denken hier an eine Kontrolle durch die Lehrer. Die Lehrer sind in beständiger Berührung mit den Kindern, sie können leicht beobachten, ob krankhafte Veränderungen, Müdigkeit oder Unaufmerksamkeit eintreten; sie sind durch zweckentsprechende Fragen leicht im stande, Zuverlässiges über die Kinderarbeit in Erfahrung zu bringen. Wo gegründeter Verdacht vorliegt, und sie nicht auf anderem Wege Definitives in Erfahrung bringen können, müsste ihnen das Recht zustehen, auch die betreffenden Wohnungen oder Werkstätten zu kontrollieren. Unterstützt und geleitet könnten diese Inspektionslehrer durch eine geringe Anzahl von Berufsinspektoren werden. Da es sich nur um eine Nebenbeschäftigung der Lehrer handelt, würde die Entschädigung nicht allzu gross sein, man brauchte auch nur dort, wo eine ausgebreitete Kinderarbeit herrscht, eine grössere Anzahl von Lehrern zu verwenden.

Auf halbem Wege blieb die deutsche Gesetzgebung stehen. Man erkannte bei der Schaffung des Kinderarbeitsgesetzes von 1903 gar wohl die Kontrollschwierigkeiten und deutete auch den Weg an, der zur Beseitigung dieses Übelstandes führen könnte, aber weiter ging man nicht. In der Begründung des Entwurfes zu diesem Gesetze, das am 10. April 1902 dem Reichstage vorgelegt wurde, heisst es:

»Allein in dieser Beziehung [ausreichende Kontrolle] kam zunächst in Betracht, dass schon dadurch viel gewonnen ist, wenn überhaupt Bestimmungen bestehen, welche eine unzulässige Kinderbeschäftigung für die Folge ausschliessen, da solche Vorschriften den Eltern einen Massstab dafür geben werden, was sie ihren Kindern ohne Gefahr für deren körperliche und geistige Entwickelung zumuten dürfen; auch wird hierdurch das Bewusstsein der Eltern von ihrer ethischen Verantwortlichkeit ihren Kindern gegenüber geweckt und geschärft. Ferner bietet das Interesse der Lehrer und Geistlichen an den zu erlassenden Vorschriften immerhin eine nicht zu unterschätzende Bürgschaft für ihre Innehaltung.«

Wenn man glaubt, durch den Erlass eines Gesetzes das ethische Verantwortlichkeitsgefühl in der Weise zu stärken, dass die beteiligten Faktoren in nennenswertem Masse die Kinderarbeit einschränken, denkt man sehr optimistisch über die Popularität der Gesetze. Man vergisst auch, dass es nicht immer von dem einzelnen abhängt, sich der Kinderarbeit zu bedienen oder nicht. Die Not verursacht die Kinderarbeit. Viel fruchtbarer erscheint uns der zweite Gedanke, die Heranziehung der Lehrer. Leider wurde er nicht systematisch weitergeführt und die Durchführung zu sehr dem Gutdünken der einzelnen Bundesstaaten und Behörden anheimgestellt. Dadurch musste sich natürlich eine verschiedene Handhabung und Verschwommenheit ergeben.[4])

[4]) Eine leicht fassliche, populär gehaltene Darstellung und Kritik des deutschen Kinderschutzgesetzes erschien vor kurzem in der Schrift Käte Dunckers *Die Kinderarbeit und ihre Bekämpfung* /Stuttgart 1906/. Bei den Reformvorschlägen scheitert aber auch diese Arbeit. Mit der Erweiterung des Kinderschutzgesetzes und einer wirksameren Kontrolle sind die praktischen Forderungen erschöpft; erwähnenswert wäre höchstens noch das Verlangen nach Aufnahme des Arbeitsunterrichtes in den Lehrplan der Schule, das heisst des Ausbaues des Handfertigkeitsunterrichtes, worauf auch ich grossen Wert lege. Das Fürsorgeproblem hingegen, das mir als eine der wichtigsten Fragen des Kinderschutzes erscheint, wird nicht berührt.

Mit dem Zustandebringen eines Kinderschutzgesetzes allein — und sei es ein noch so vernünftiges — ist aber noch nicht alles getan. Zu ihrem Vergnügen lassen ja die Eltern ihre Kinder nicht arbeiten; sie sind vielmehr auf deren Verdienst als Beitrag zu den Erziehungskosten angewiesen. Nimmt nun der Staat ihnen diesen Zuschuss zu ihrem Lohne weg, so werden sie geschädigt. Man wird mir hier einwerfen, die erwerbstätigen Kinder wirken nur als Lohndrücker, werde die Kinderarbeit unterdrückt, so steigen die Löhne, und die Eltern wären allein im stande, alle zu erhalten. Es ist auch gar nicht zu bezweifeln, dass für die Gesamtheit des Proletariats das Aufhören des Lohndruckes der erwerbstätigen Kinder eine Erhöhung des Lohnes bewirken müsste. Was aber für die Gesamtheit gilt und für sie segensvoll wirkte, muss für eine Reihe einzelner nicht immer die selbe Wirkung erzeugen. Man denke sich einen Familienvater, der mit 3 Kindern arbeitet — in der Praxis kein seltener Fall. Er verdiente, sagen wir, 3 Mark pro Tag, die 3 Kinder ebensoviel, alle zusammen also 6 Mark. Bei Unterdrückung der Kinderarbeit müsste also der Lohn dieses Arbeiters um 100 % steigen, sollte er den Ausfall der Kinderarbeit wettmachen. Man wird zugeben, dass eine solche oder ähnliche Steigerung in der Wirklichkeit nicht eintritt. Dieser Familienvater und alle jene, bei denen die Kinderarbeit eine ähnliche Rolle spielt, würden also durch deren Unterdrückung absolut geschädigt werden. Da die Kinderarbeit gerade in den kinderreichsten Familien am meisten grassiert, würde die Zahl der so Geschädigten nicht gering sein. Was folgt nun aus dieser Tatsache? Dass der Staat, wenn er die Kinderarbeit unterdrückt, den Eltern ein Äquivalent für den Verdienstentgang der Kinder gewähren muss. Dieses Äquivalent kann nur darin bestehen, dass der Staat einen entsprechenden Teil der Kosten der Kindererziehung den Eltern abnimmt, das heisst, dass den Eltern ein Recht auf staatliche Kinderfürsorge zugebilligt werde. Nur dann, wenn der Staat die Sorge für die Kinder übernimmt, ist er auch befugt, den Eltern die Ausnutzung der Kinder, die ihnen einen Zuschuss zu deren Unterhalte gewährt, zu verwehren.

Bis jetzt hat man sich den Kinderschutz sehr leicht gemacht. Man sorgte für den Unterricht, indem man den Schulzwang einführte, Schulhäuser baute und die Lehrer besoldete. Damit wollte der Unterricht aber noch nicht recht vorwärts gehen. Was nützen die pflichterfüllten Lehrer, was die besten Unterrichtsmethoden — obwohl wir damit natürlich deren Wert nicht herabmindern wollen —, wenn die Kinder ausserhalb der Schule verwahrlosten, hungrig oder müde von der Arbeit in die Schule kamen? Man ging also daran, die Kinderarbeit, diese vornehmste Ursache der Kinderdegeneration, zu bekämpfen. Weil man aber allen Leuten recht und niemandem wehe tun wollte, kam nicht viel dabei heraus. Man versuchte, die Kinderarbeit in den Fabriken zu unterdrücken; die Folge war, dass man die erwerbstätigen Kinder aus den Fabriken hinaus und in die, unter noch viel schlechteren Bedingungen arbeitende, Hausindustrie hineindrängte. Wo aber auch die Kinder der Heimindustrie unter gesetzlichen Schutz gestellt wurden, schuf man keine genügenden Kontrollvorschriften, so dass das Gesetz ein toter Buchstabe blieb. Heute wird danach gestrebt, den Kinderschutz mit einer genügenden Kontrolle durchzuführen, aber man spricht nicht davon, dass es kaum möglich ist, ihn durchzuführen, wenn der Staat nicht auch die wichtigsten Teile der Fürsorge übernimmt. Was an Fürsorgetätigkeit bis jetzt geschah, waren zum

überwiegenden Teile Werke der privaten Hilfstätigkeit. Diese private Hilfstätigkeit wird auch, solange der Staat nicht selbst die Fürsorge übernommen hat, ihre Existenzberechtigung haben. Ein Ideal ist aber ihr Ausbau nicht. Bei ihr handelt es sich um Schenken und Beschenken, wir aber wollen eine fortschreitende Pflichterfüllung der Gesamtheit.

Wie soll nun die Fürsorgetätigkeit der Gesamtheit beschaffen sein? Von manchen Seiten wird verlangt, dass der Staat nach Belieben die Unterstützung zur Verteilung bringe. Das wäre das selbe System, wie bei der privaten Hilfstätigkeit, nur dass jetzt an Stelle der vielen *warmen Menschenfreunde* ein grosser Wohltäter, der Staat, träte. Prinzipiell hätte sich damit nicht viel geändert. Worauf es ankommt, ist, dass die Gesamtheit zum Bewusstsein kommt, dass es ihre Pflicht ist, die Fürsorge zu übernehmen. Unterricht und Erziehung gehören zusammen. Übernähme der Staat das eine, dokumentierte er damit, dass er anerkenne, für das Wohl der Jugend sorgen zu müssen, so ist es nur logisch, wenn er jetzt auch den zweiten, nicht minder wichtigen Teil, die Erziehung übernimmt. Der idealste Zustand wäre der, dass der Staat für alle Kinder gleichmässig sorgte. Davon sind wir aber heute noch weit entfernt; es wäre im Kampfe gegen die Kinderarbeit auch genügend, wenn die Gesamtheit den armen Eltern ein Recht zustände, die Fürsorge zu erlangen.

Diese Fürsorge müsste in folgendem bestehen:

Speisung und Kleidung der Schulkinder. Für die Schulkinderspeisung geschieht heute schon in einer Reihe von Städten (Mannheim, Breslau, Kiel, Charlottenburg, Düsseldorf etc.) manches Nützliche. Die Kosten sind in der Regel verhältnismässig äusserst gering. Mit geringen Summen werden Hunderte von Kindern gespeist. Eine pädagogische Gefahr besteht allerdings darin, dass solchen Unternehmungen immer etwas Almosenhaftes anhaftet, wenn nur die unterstützungsbedürftigen Kinder diese Anstalten besuchen. Dadurch erscheint den Kindern die Fürsorge als etwas Minderwertiges, der Gegensatz zwischen armen und reicheren Kindern tritt störend hervor. Unter den Kindern brauchen aber noch keine Klassengegensätze zu bestehen. Vielleicht würde da ein System, wie es Dr. Brückner vorschlägt, zweckentsprechend sein. Er sagt:

»Es wäre wohl am richtigsten, wenn man jeweils alle Kinder, deren Eltern es wollen, an der Speisung teilnehmen liesse. Freilich wird man dann teilweise Bezahlung verlangen müssen, zumal wenn die einzelne Schule Kindern aus sehr verschiedenen Bevölkerungsklassen dient; da empfiehlt es sich wiederum, alle Speisen gegen besondere Karten abzugeben, die gekauft werden können. Die Schulverwaltung beziehungsweise der Verein, von welchem die Veranstaltung ausgeht, hätte dafür zu sorgen, dass unvermögende Kinder die Karten umsonst erhielten. Bei der Verabreichung selbst würde dann nicht zu erkennen sein, wer eine geschenkte, und wer eine entgeltliche Karte hat.«[5])

Weitere Zweige der Fürsorge sind:

Unentgeltliche Verabfolgung von Lehrmitteln und Schulmaterialien. Dafür geschieht, weil es zum Ausbau des Unterrichtes notwendig ist, auch heute schon viel.

Regelmässige schulärztliche Untersuchung. Ebenfalls eine Massregel, für deren Nützlichkeit heute keine Lanze mehr eingelegt zu werden braucht. Der Kinderarbeit wirkt die schulärztliche Untersuchung direkt entgegen, weil sie ihre Schäden rechtzeitig entdecken und bekämpfen hilft.

[5]) Vergl. N. Brückner *Erziehung und Unterricht vom Standpunkt der Sozialpolitik* (Berlin 1895).

Unentgeltliche ärztliche Behandlung im Krankheitsfalle; Verabreichung von Medikamenten, Heilmitteln u. s. w. In vielen Fällen ist die schulärztliche Untersuchung wirkungslos, weil man nicht die Mittel hat, um die ärztlichen Anordnungen zu befolgen. Die unentgeltliche ärztliche Behandlung im Krankheitsfalle und die Verabreichung von Medikamenten, Heilmitteln etc. erscheint deshalb als eine notwendige Folge der schulärztlichen Untersuchung.

Errichtung einer genügenden Anzahl von Ferienkolonieen, Sool- und Seebädern, Waldschulen, Milchkuren. Ähnlich ist es mit diesem Zweig der Fürsorge. Was nützt es, durch die schulärztliche Untersuchung eine Schwächlichkeit oder Erholungsbedürftigkeit der Kinder zu konstatieren, wenn man nicht dafür sorgt, dass wirklich Abhilfe geschaffen wird? Besonders die Milchkuren dürften wohl für fast alle ärmeren Stadtkinder notwendig sein. In den Schweizer Kantonen, wo überhaupt für die Kinderfürsorge mehr geschieht, als sonstwo, hat man damit sehr gute Erfahrungen gemacht.

Ausreichende staatliche Fürsorge für Ziehkinder, Uneheliche und Verwaiste. Der Jammer der Stift- und Ziehkinder ist bekannt. Wo die Kinder einzelnen Familien anvertraut werden, ist man genötigt, sie solchen Familien zu geben, für die selbst auch das magere Kostgeld einen Gewinn bedeutet. Die *Erziehung* dieser Kinder sieht dann auch danach aus. In anderen Fällen werden die Kinder in Waisenhäuser eingereiht, doch ist auch dieses System der schablonenhaften Erziehung der Kinderentwickelung nicht so förderlich, wie man vielfach meint. Es ist hier nicht der Ort, auf die Art der rationellsten Fürsorge für Ziehkinder einzugehen; es sei nur darauf hingewiesen, dass das jetzige System Mängel über Mängel enthält, und dass eine durchgreifende Umgestaltung nötig ist. Am meisten leiden heute die unehelichen Kinder. Auf ihnen lastet der Fluch des Vorurteils, der sie wirtschaftlich und sittlich niederhält. O. Spann berichtet von Frankfurt am Main, dass bei den Ehelichen auf 100 gelernte Arbeiter 27,18 ungelernte kommen, bei den Unehelichen 43,13; kriminell wurden 7,69 % Eheliche gegen 10,88 % Uneheliche.[6])

Neben der Fürsorge sind zur Unterdrückung der Kinderarbeit noch andere Massnahmen nötig, die man als Verhütungsmassregeln bezeichnen könnte. Es handelt sich darum, Institutionen zu schaffen, die die Kinderarbeit illusorisch oder, indem man die Kinder mit etwas anderem beschäftigt, teilweise unmöglich machen. Zu den ersteren gehört der Handfertigkeitsunterricht, der als obligatorisches Lehrfach zu erstreben ist, zu den letzteren die obligatorische Einführung von Spiel-, Turn-, Schwimm- und Wanderstunden, die Förderung von Schülerausflügen und -reisen, sowie die Errichtung von Kinderhorten. Durch die Förderung des Handfertigkeitsunterrichtes fiele das so oft für die Kinderarbeit gebrauchte Argument fort, dass die Kinder durch die Erwerbsarbeit früh geübt werden müssen, um im späteren Berufsleben leichter bestehen zu können. Neben den Handfertigkeitsunterricht müsste aber auch ein Ausbau des Schulunterrichtes nach der praktischen Seite hin überhaupt treten.

Alle diese Reformvorschläge wird man nun hören: sind ja recht schön, aber

[6]) Vergl. Othmar Spann *Untersuchungen über die uneheliche Bevölkerung in Frankfurt am Main* (Frankfurt 1905).

wie sie durchführen, woher die nötigen Kräfte für den Kampf hierfür nehmen? Die letztere Frage ist einfach beantwortet. Es unterliegt gar keinem Zweifel, dass die Arbeiterschaft die Bannerträgerin für den Kinderschutz sein muss. Sie hat ja am meisten Interesse daran, ihre Kinder leiden, ihre Klasse wird degeneriert. Nicht nur der Schulkampf ist von eminentester Bedeutung für die Arbeiterschaft, der Kampf für den Schutz der Jugend überhaupt ist ein Lebensinteresse des Proletariats.

Aber auch die Durchführungsmöglichkeit der vorgeschlagenen Reformen liegt nicht in allzu weiter Ferne. Ein Teil ist ja heute schon von der privaten Hilfstätigkeit in Angriff genommen. Mit dem Eindringen der Arbeiterschaft in die Gemeindeverwaltungen muss man immer mehr darauf sehen, diese Ansätze der privaten Hilfstätigkeit in den Gemeindebetrieb zu übernehmen und weiter auszubauen. Die Kosten sind ja nicht so gross, wie man manchmal annimmt. Allerdings werden die heute herrschenden Parteien nicht so ohne weiteres für einschneidende Reformen zu haben sein, aber der Energie der Arbeiterpartei ist zuzutrauen, dass sie auch diese Widerstände, wie so viele andere, überwindet. Viel hängt ja in dieser Frage von der Propaganda ab, von dem Wecken des Interesses weiterer Volkskreise für den Kinderschutz. Der Interessenten an der Hinderung der Kinderarbeit sind nicht so viele, es kümmerten sich bis jetzt nur zu wenige darum, das Interesse der Gesamtheit gegenüber dem einer verhältnismässig geringen Gruppe von Privatinteressenten genügend zu betonen. Je mehr die Arbeiterschaft diese Pflicht erfüllt, je energischer sie für den Schutz der Kinder eintritt, desto mehr schützt sie ihre eigene Klasse, sichert sie deren Entwickelungsmöglichkeit und kämpft sie für den Fortschritt des ganzen Volkes. Das Interesse der Arbeiterschaft fällt hier zusammen mit dem der Gesamtheit und mit dem unserer Kultur.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

FRIEDRICH KLEEIS · DIE RECHTSPRECHUNG IN DER KRANKENVERSICHERUNG

ZWEI Hauptfehler sind es, an denen unsere gegenwärtige Krankenversicherung leidet, und diese bestehen erstens in der unheimlichen Zersplitterung der zu ihrer Durchführung nötigen Organisationen und zweitens in der äusserst mangelhaften Art der Erledigung der sich aus der Versicherung ergebenden Streitigkeiten zwischen den beteiligten Faktoren. Hat die Dezentralisation der Versicherungsträger deren Leistungsfähigkeit auf das erheblichste geschädigt, so hat die Mangelhaftigkeit der Rechtsprechung geradezu zur Rechtsunsicherheit geführt.

Die Fehler der im Krankenversicherungsgestz vorgesehenen Rechtspflege sind verschiedener Art. Das Gesetz hat die Streitigkeiten zwischen den versicherten Personen oder ihren Arbeitgebern und den Krankenkassen über das Versicherungsverhältnis, über die Leistung von Eintrittsgeldern und Beiträgen, über Unterstützungsansprüche und über Erstattungsansprüche gegen Arbeitgeber den Aufsichtsbehörden zur Entscheidung zu übergeben. Die Entscheidung kann binnen 4 Wochen nach deren Zustellung mittels Klage im ordentlichen Rechtswege, soweit aber landgesetzlich solche Streitigkeiten dem Verwaltungsstreit-

verfahren überwiesen sind, im Wege des letzteren angefochten werden. Streitigkeiten zwischen den Kassen unter einander oder zwischen den Kassen und den Gemeinden werden im Verwaltungsstreitverfahren und, wo ein solches nicht besteht, von der Aufsichtsbehörde entschieden.

Als im Jahre 1892 das Krankenversicherungsgesetz geändert wurde, schlug die Regierung statt des Rechtsweges durchgehends das Verwaltungsverfahren vor. Sie begründete das damit, dass es sich bei Streitigkeiten über die Rechte der Kassen gegenüber ihren Mitgliedern und deren Arbeitgebern und die Unterstützungsansprüche der Mitglieder nicht um Fragen des administrativen Ermessens, sondern um durch das Gesetz festbegründete Rechtsansprüche handelt. In der zur Vorberatung des Regierungsentwurfs eingesetzten Reichstagskommission wurde der Antrag auf allgemeine Zulassung des ordentlichen Rechtsweges gestellt, jedoch abgelehnt. Die Majorität machte für ihr Votum unter anderm geltend, dass die durch das Gesetz geschaffenen Organisationen eine vom Staate auf sie übertragene öffentliche Pflicht erfüllen, zu der sich die Beitragsleistung der Versicherten ähnlich einer Steuerzahlung verhalte, und dass daher Streitigkeiten aus der Krankenversicherung Streitigkeiten des öffentlichen Rechtes seien. Die Minorität hatte dem gegenüber besonders hervorgehoben, dass es sich bei den Ansprüchen auf Unterstützung und Beitragsleistung um Privatrechte handle, die grundsätzlich mit dem Schutze auszustatten seien, den die Person und das Verfahren des ordentlichen Richters gewähren. Wenn auch Rücksichten des öffentlichen Rechtes zur zwangsweisen Einführung der Krankenversicherung geführt hätten, so sei doch das aus dieser Versicherung entspringende Verhältnis, die Pflicht zur Beitragsleistung, das Recht auf Krankenunterstützung u. s. w. ein gewöhnliches Privatrechtsverhältnis, dessen sozialpolitische Vorteile man nur gefährde, wenn man es unter den Gesichtspunkt staatlicher Fürsorge stelle. In der zweiten Lesung trug diese Auffassung den Sieg davon, indem prinzipiell der ordentliche Rechtsweg vorgeschrieben, jedoch gestattet wurde, auf dem Wege der Landesgesetzgebung die fraglichen Rechtsstreitigkeiten dem Verwaltungsstreitverfahren zuzuweisen. Entsprechend dieser Bestimmung sind im ganzen Deutschen Reich die Einrichtungen sehr verschieden. In Bayern, Württemberg, Baden, Sachsen greift das Verwaltungsstreitverfahren Platz, in Preussen und einigen anderen Bundesstaaten entscheiden die ordentlichen Gerichte u. s. w.

Diese Verschiedenartigkeit hat der Rechtssprechung in der Krankenversicherung den einheitlichen, grossen Zug genommen. Jeder Bundesstaat ist souverän und hat nicht nur seine eigene Rechtsprechungsmethode, sondern auch seine eigenen Rechtsanschauungen. Für die Bundesstaaten, welche die Erledigung der Streitfälle dem Verwaltungsstreitverfahren übergeben haben, sind die jeweiligen Oberverwaltungsgerichte die höchste Spruchbehörde, für die Bundesstaaten, welche die Rechtsprechung den ordentlichen Gerichten überlassen haben, sind die Oberlandesgerichte oder unter Umständen das Reichsgericht die höchste Instanz. Nun braucht sich natürlich keine dieser verschiedenen höchsten Spruchbehörden nach der anderen zu richten, das sächsische Oberverwaltungsgericht kann zum Beispiel ganz unberücksichtigt lassen, wie zu irgend einer Frage etwa das Reichsgericht oder der badische Verwaltungsgerichtshof Stellung genommen hat. Und sehr oft haben diese erwähnten höchsten Instanzen auch ihre eigenen, selbständigen Anschauungen.

Wir können das mit zahlreichen Beweisen belegen. So haben in der Rheingegend die ordentlichen Gerichte wiederholt entschieden, dass die Krankenkassen die Kosten für Delegationen zu Krankenkassenvertreter- oder ähnlichen Kongressen sehr wohl aus Kassenmitteln bestreiten können. Im Königreich Sachsen ist das aber nach wie vor auf Grund eines Urteils des Oberverwaltungsgerichts den Kassen verboten. Zu wieviel verschiedenen höchstinstanzlichen Urteilen hat nicht schon die Unterstützung Unfallverletzter durch die Krankenkassen von der 14. bis zur 26. Woche nach Eintritt des Unfalls und die damit im Zusammenhang stehende Auslegung des § 25 des Gewerbeunfallversicherungsgesetzes geführt! Die Urteile widersprechen einander oft geradezu, und niemand weiss, was in dieser Frage Rechtens ist. Ähnlich verhält es sich auch noch mit anderen, mehr materiellen Fragen des Krankenversicherungsgesetzes. So sind in Schlesien Zeitungsausträger und -austrägerinnen ausnahmslos krankenversicherungspflichtig, im Königreich Sachsen aber in der Regel nicht. Hinsichtlich der Versicherungspflicht der Musiker hat einmal das Reichsgericht ein Urteil gefällt, welches diese Frage für Preussen geradezu verneint; dahingegen werden in einigen anderen Bundesstaaten die Musiker in grossem Umfange zur Versicherung herangezogen. Auch in verschiedenen Verwaltungsfragen herrschen derartige widersprechende Auffassungen. So sind zum Beispiel nach § 49, Absatz 3, des Krankenversicherungsgesetzes die Unternehmer verpflichtet, Veränderungen in den Lohnverhältnissen der Versicherten, welche eine Versetzung in eine andere Lohnklasse zur Folge haben, sofort bei der Kasse anzumelden. Für den Fall der Unterlassung wird nun den Unternehmern eine ganz verschiedene Behandlung zu teil. Nach einigen höchstinstanzlichen Urteilen sind die Unternehmer verpflichtet, den Kassen den gesamten Aufwand für einen Kranken zu erstatten, für den sie nicht eine vor der Erkrankung etwa eingetretene Lohnveränderung vorschriftsmässig angezeigt haben. Im Gegensatz dazu hat sich das sächsische Ministerium und der badische Verwaltungsgerichtshof dahin ausgesprochen, dass von einer Erstattung derartiger Aufwendungen von den Unternehmern an die Kassen gar keine Rede sein kann, weil § 50 des betreffenden Gesetzes, der von diesen Erstattungen handelt, nur von »nicht angemeldeten Personen« spricht. In diesen Fällen handelt es sich aber nicht um überhaupt unterlassene Anmeldungen, sondern nur um unterlassene Meldungen von Veränderungen. Damit auch noch eine dritte Möglichkeit zu ihrem Rechte kommt, hat das Landgericht I Berlin entschieden, dass § 50 in den bezeichneten Fällen zwar anwendbar ist, dass sich aber die Kostenerstattung der Unternehmer nur auf die durch die Lohnveränderung bedingte Krankengelddifferenz zwischen den einzelnen Lohnklassen erstreckt. Das ist nur eine kleine Blütenlese.

Hieraus ist ersichtlich, dass der Krankenversicherung vor allem eine für das ganze Reich zuständige höchste Spruchbehörde fehlt. Für die Unfall- und Invalidenversicherung ist die Frage gelöst worden, indem für diese Zweige der Arbeiterversicherung als höchste Instanz für die Aufsichtsführung, wie für die Rechtsprechung das Reichsversicherungsamt eingesetzt worden ist. Für die Krankenversicherung ist dieses leider unzuständig. Dieser Mangel läuft nicht nur dem praktischen Bedürfnis zuwider, er steht auch den natürlichen Anschauungen der Versicherten über die Rechtspflege in der doch reichsgesetzlich geordneten Krankenversicherung entgegen. So wurden im Jahre 1905 an das

Reichsversicherungsamt nicht weniger als 2175 Gesuche gerichtet, zu deren Erledigung das Amt nicht zuständig war. Unter diesen Eingaben betraf der weitaus grössere Teil die Krankenversicherung, deren Erledigung wegen Unzuständigkeit abgelehnt wurde. Man kann wohl sagen, dass auf dem Gebiete der Unfall- und Invalidenversicherung das Reichsversicherungsamt wenigstens insoweit seine Aufgabe voll erfüllt, als es für eine einheitliche Gesetzesauslegung sorgt. Diesem Bestreben ist es in noch höherem Masse gerecht geworden, seitdem im Jahre 1900 der erweiterte Senat eingeführt wurde, welcher zusammentritt, wenn ein Senat in einer grundsätzlichen Rechtsfrage von der Entscheidung eines anderen Senats abweichen will.

Ein weiterer Mangel der Rechtspflege in der Krankenversicherung besteht darin, dass sie gänzlich ohne Zuziehung der Versicherten ausgeübt wird; denn weder der ordentliche Rechtsweg, noch irgend ein Verwaltungsstreitverfahren kennt eine solche Anteilnahme der Versicherten. Und doch erscheint uns eine solche Beteiligung für die Fragen der Krankenversicherung unerlässlich. Die für diese Versicherung nötige Rechtsprechung wird nur dann eine von staatsrechtlichen Grundsätzen aus richtige und eine die Versicherten befriedigende sein, wenn letztere in Gestalt gewählter Vertreter zu ihr zugezogen werden. Die Krankenversicherung ist lediglich für die Arbeiter geschaffen, man hat diesen auch, wenigstens, soweit die Ortskrankenkassen in Frage kommen, wenn nicht in der Form, so doch in der Sache die massgebende Verwaltung übertragen. Doch in der Rechtsprechung sind die Versicherten gänzlich ausgeschlossen. Das ist nicht nur aus prinzipiellen Gründen ungerecht, sondern auch aus praktischen. Die Arbeiter haben eine gute Kenntnis des wirtschaftlichen Lebens, sie sind über gewerbliche und technische Verhältnisse gut unterrichtet und können zur Aufklärung mancher Streitfragen viel beitragen. Alle diese und noch eine Anzahl ähnlicher Gesichtspunkte haben dazu geführt, den Versicherten eine Vertretung in der Rechtsprechung zur Unfall- und Invalidenversicherung einzuräumen. Bekanntlich sind zu den Schiedsgerichten für Arbeiterversicherung, der ersten Instanz für Unfall- und Invalidenversicherungsstreitigkeiten, eine gleiche Zahl Vertreter der Arbeitgeber und der Versicherten herangezogen; die Rechtsprechung dieser Gerichte geschieht in deren Besetzung mit einem juristisch vorgebildeten Vorsitzenden und je 2 Vertretern der Arbeitgeber und der Versicherten. Auch bei den Landesversicherungsämtern und dem Reichsversicherungsamt ist eine ähnliche Vertretung der Versicherten zugelassen. Warum sind ähnliche Einrichtungen noch nicht für die Krankenversicherung geschaffen worden, bei der doch in einem noch höhern Masse die vitalsten Interessen der Arbeiter berührt werden? Dass sich die Zuziehung der Vertreter der Versicherten bei den Schiedsgerichten für Arbeiterversicherung und bei den weiteren Instanzen gut bewährt hat, darüber herrscht kein Zweifel mehr.

Die Rechtsprechung zur Krankenversicherung bedarf also einer gründlichen Umgestaltung sehr dringend. Über das Wie herrschen kaum noch grosse Meinungsverschiedenheiten. Das Streben muss dahin gehen, die Streitigkeiten aus der Krankenversicherung den ordentlichen und den Verwaltungsgerichten zu entziehen — weil sie deren Wesen und Zweck vollständig fern liegen, und ihre Organisation viel zu kompliziert und schwerfällig ist — und die Rechtsprechung der gesamten Arbeiterversicherung besonderen Gerichten zu über-

tragen. Die Gründe, welche es angebracht erscheinen lassen, dass über Ansprüche auf Grund der Unfall- und der Invalidenversicherung besonders zusammengesetzte Gerichte entscheiden, welche sich lediglich mit diesen Spezialfragen zu beschäftigen haben, liegen auch für die Ansprüche aus der Krankenversicherung vor. Ausser den bereits angeführten ist einer der massgebenden Gedanken, welche bei der Regelung der Frage in Betracht kommen, von welchen Behörden und in welchem Verfahren die Streitigkeiten aus der Arbeiterversicherung zum Austrag gebracht werden sollen, der, dass die Versicherten möglichst rasch die Entscheidung über ihren Anspruch erhalten. Der bestehende Rechtszustand trägt dieser Forderung keineswegs Rechnung, und zwar sowohl, wo die Schiedsgerichte für Arbeiterversicherung, noch mehr aber, soweit die Tätigkeit der ordentlichen und der Verwaltungsgerichte in Frage kommen. Ziehen sich die Prozesse doch oft mehrere Jahre hin! Auf welche Gründe die langsame und zum Teil sogar schwerfällige Tätigkeit der Schiedsgerichte für Arbeiterversicherung beruht, soll hier nicht erörtert werden. Gleichwohl bilden diese bestehenden Schiedsgerichte noch — unter entsprechender Umgestaltung — die geeignetste Instanz, der auch die Krankenversicherungsstreitigkeiten übertragen werden können. Gewiss, es ist manches an ihrer Rechtsprechung auszusetzen, und ihre unklare staatrechtliche Stellung musste schon allein dahin führen, dass sich bestimmte Mängel bei ihrer Tätigkeit einstellten. Werden doch diese Schiedsgerichte aus den Mitteln der Versicherungsträger selbst, also von den Berufsgenossenschaften und den Versicherungsanstalten, unterhalten! Dass hierunter die Unabhängigkeit leidet, unterliegt wohl keinem Zweifel. Es ist anzuerkennen, dass manche Schiedgerichtsvorsitzende bestrebt sind, ihre Selbständigkeit nach jeder Richtung hin zu wahren. Trotzalledem muss, soll den Gerichten auch noch das Gebiet der Krankenversicherung zugewiesen werden, deren Verstaatlichung herbeigeführt werden. Eine solche Massnahme, die eine grössere Unabhängigkeit, als bei dem jetzigen Zustand, garantiert, entspricht nur der Entwickelung unseres gesamten Rechtslebens. Die Verstaatlichung der Schiedsgerichte für Arbeiterversicherung würde es keineswegs unmöglich machen, für deren Kosten die Versicherungsträger, je nach den Lasten, die sie bereiten, bis zu einem bestimmten Betrage heranzuziehen. Durch die Konzentration der die gesamte Arbeiterversicherung betreffenden Streitfälle auf territorial abgegrenzte Spezialgerichte würde es auch ermöglicht werden, dass der Schiedgerichtsvorsitzende — was jetzt nicht allenthalben der Fall — seine Funktion im Hauptamt wahrnimmt. Hierdurch und durch noch weitere einzelne Verbesserungen würde sicher auch eine Beschleunigung des gesamten Verfahrens herbeigeführt. Durch die Zuweisung der Krankenversicherungsstreitigkeiten an die Schiedsgerichte für Arbeiterversicherung würde auch die Krankenversicherung dem Reichsversicherungsamt angeschlossen und die erforderliche Einheitlichkeit in der Rechtsprechung, Aufsichtsführung, Bearbeitung der Statistik — die jetzt sehr mangelhaft ist — u. s. w. herbeigeführt werden.

Hoffen wir, dass die in Aussicht stehende Reform der Krankenversicherung nicht nur die unbedingt notwendige Zentralisation der zu ihrer Durchführung vorhandenen Organisationen, sondern auch die ebenso dringend erforderliche Ausgestaltung der zu ihr gehörigen Rechtspflege bringt! Selbstverständlich wünschen wir das alles nur unter der Voraussetzung, dass die bisherigen Rechte

der Arbeiter bei der Durchführung der Versicherung nicht nur gewahrt, sondern, wo es nötig — wie bei der Rechtsprechung — noch ausgebaut werden. Nur hierdurch wird das Interesse der Arbeiter an der Versicherung aufrechterhalten und verhindert, dass diese die Wirkung einer Armenunterstützung hat.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

EDOUARD ANSEELE · *GOTT UND DAS GESETZ!*

IM Jahre 1857 gründeten die Baumwoll- und Leineweber und die Spinner Gents fast am selben Tage ihre beiden Gewerkschaften, die die ersten Gewerkschaften in der belgischen Grossindustrie waren — beiläufig sei bemerkt, dass dies nicht die einzige Initiative war, die in der Bewegung für die Befreiung des Proletariats von den Genter Arbeitern ausging —; Weber und Spinner ermangelten gleichermassen der Bildung, doch waren die Weber bessere Kämpfer, weniger dem Unternehmertum unterwürfig, als die Spinner. Die Verschiedenheit der Arbeit war die tiefere Ursache dieses verschiedenen Geisteszustandes. Kurze Zeit nach ihrer Gründung kauften sich beide Gewerkschaften, die Weber wie die Spinner, eine schöne Fahne, ganz von Samt und Gold. Die Weber schrieben darauf den Namen ihrer Gewerkschaft und das Jahr ihrer Gründung. Die Spinner aber glaubten einen Beweis ihres Glaubens und ihrer Loyalität — oder ihrer Mannhaftigkeit — ablegen zu sollen und liessen deshalb unter den Namen ihrer Gewerkschaft und das Jahr 1857 in goldenen Buchstaben den Spruch *Gott und das Gesetz!* sticken. Diese Worte bedeuteten für sie: Wir kämpfen für unsern Gott und für das Gesetz. Ihr Gott, das war der Gott der Katholiken; und das Gesetz — obschon es das ihrer Herren war — war auch ihres, da sie sich als eine *Sache* ihrer Herren fühlten.

In den *Hugenotten* von Scribe und Meyerbeer singt der Graf von Saint-Bris, der Anführer der Katholiken: »Gott und mein Recht«. Und die Hugenotten antworten ihm: »Jeder für sich, und Gott für uns alle«. Diese beiden egoistischen und mystischen Sprüche hatten einen verständlichen Sinn, aber der der armen Spinner von Gent war vollständig ungereimt, wie der Schluss meiner Geschichte zeigen wird. Doch greifen wir nicht vor! Wenn der Anführer der Katholiken sang: »Gott und mein Recht«, so verstand er darunter: Gott ist mein Recht; mein Recht stammt von meinem Gott, und mein Gott ist die göttliche Verkörperung meines Rechtes. Und wenn die Hugenotten in der Oper ihm in Dur oder Moll antworteten: »Jeder für sich, und Gott für uns alle«, so sangen sie nicht sowohl ein Lied, als dass sie einen Kriegsruf ausstiessen, einen Kriegsruf der erwachenden Bourgeoisie, die die Kraft in sich fühlte, die Welt zu erobern, sie für sich zu erhalten und sie nach ihren Bedürfnissen, nach ihrem Willen umzugestalten, und dabei sehr wohl wusste, dass sie nach ihrem Tode sich auf alle Fälle mit dem guten Gott verständigen würde, der sich immer auf die Seite der Mächtigen stellt. Während die katholischen Edlen und die protestantischen Bürger dem Gott ihrer Klasse und ihrer Gesellschaft sangen, beschlossen die armen Männer von Gent, für den Gott und das Gesetz ihrer Herren zu kämpfen. Zum Glück sollte dieser Kampf nicht ewig währen.

Die Spinner und Weber von Gent kamen in ihren Gewerkschaften zusammen, besprachen ihre schlechte Lage und die Mittel zu ihrer Verbesserung. Sie

lasen Zeitungen und Broschüren oder liessen sie sich von unterrichteteren Kameraden vorlesen, und bald drangen langsam Reformideen, Gedanken über politische und andere Rechte in ihre Köpfe.

Eines Tages sagten sie sich: Obschon unsere Priester für uns beten, so müssen wir doch auch beten, um Gott recht zu dienen. Also genügt es auch nicht, dem Gesetze recht zu dienen, dass die Bürger und die Herren allein Stimmrecht haben, sondern wir müssen auch abstimmen, wie sie, gerade so, wie wir ja auch beten, wie sie. Und der Wunsch nach dem Stimmrecht kam unter ihnen ans Licht, nahm feste Gestalt an, und eines schönen Morgens begaben sich die Spinner zu ihren Herren und den Priestern und baten sie, ihnen doch zu helfen bei der Erringung des Stimmrechtes, wie sie ja auch das Betrecht hätten. Unternehmer und Priester waren über diese Bitte sehr erstaunt, denn sie hatten sie ganz und gar nicht erwartet. Aber, nachdem sie sich rasch gefasst und verständigt hatten, antworteten die Unternehmer in einem Tone, aus dem halb Strenge, halb Mitleid herausklang, wie folgt: »Wie, ihr Unglücklichen, ihr bittet uns, euch zur Erlangung des Stimmrechtes zu helfen? Und von uns erbittet ihr das, die wir durch Gott dazu bestimmt sind, euch vom Elend zu erretten; von uns, die wir am Tage für euch arbeiten und nachts studieren, um euch Arbeit und Brot zu geben und um euch glücklich zu machen, ohne dass ihr euch um die Geschäfte zu kümmern braucht! Und ihr wollt, dass wir euch helfen, euch die Lasten der Politik aufzuerlegen? Nein, lasst ab davon! Wir lieben euch viel zu sehr, um euch auf immer unglücklich zu machen! Ihr braven und guten Arbeiter, ihr habt so schon so viel zu sorgen, und nun wollt ihr euch euer Leben vollends vergiften, indem ihr euch in die politischen Angelegenheiten einmischt. Übrigens seid ihr ja auch viel zu dumm, um Gesetze zu machen; ihr habt nicht die Zeit dazu, in Versammlungen zu laufen und Redner anzuhören! Habt nur Vertrauen zu uns, arbeitet viel, arbeitet lange, ehret eure Herren, habt Gott lieb und lasst die Hände von der Politik!«

Die Arbeiter schienen von dieser schönen Rede ergriffen, aber nicht überzeugt zu sein. Da kamen die Priester und sagten ihnen: »Ihr lieben Kindlein, warum wollt ihr denn nun das Stimmrecht haben?« »Um dem Gesetze gut zu dienen und um unser hartes Los zu bessern«, antworteten die Arbeiter zögernd. »Die beste Art, dem Gesetz zu gehorchen«, antworteten die Priester, »ist die, an Gott zu glauben und den Herren zu gehorchen, die Gott euch gegeben hat. Bewahrt Gott in euren Herzen und lasst ab von dem Gesetze! Nach einem kurzen Leben der Arbeit werdet ihr die ewige Glückseligkeit erringen.« Vollständig überzeugt, baten die Arbeiter ihre Herren und die Priester wegen ihrer Kühnheit um Verzeihung und dankten ihnen aus tiefstem Herzen, dass sie die Gnade und Güte hätten, die politischen Sorgen auf sich zu nehmen, ihnen aber Gott zu lassen und die ewige Glückseligkeit. Sie gingen von hinnen und riefen: »Es leben unsere Herren! Hoch unsere Priester! Auf zu Gott und nieder mit der Politik!« Und die organisierten Spinner beschlossen, sich nicht mit Politik zu beschäftigen und jedes Jahr an einem Festtage an der Messe zu Ehren des Heiligen ihres Gewerbes teilzunehmen. Also geschah es.

Seit langer Zeit hatten die Weber schon bemerkt, dass ihre gewebten Stücke viel länger waren, als die Zahl der Meter, die die Fabrikanten ihnen bezahlten, wohingegen die Spinner niemals dem Abwiegen ihres Gespinstes beiwohnen

durften, obschon sie ihre Arbeit nach Gewicht bezahlt erhielten. So sprachen sie denn in ihren Gewerkschaften darüber und beschlossen, diese — Vergesslichkeiten ihrer Fabrikanten nicht länger zu dulden. Weber und Spinner verlangten alsbald ihren vollen Lohn, erhielten aber als einzige Antwort von ihren Unternehmern die Frage, was ihnen denn einfiele, worum sie sich denn kümmerten! Die Arbeiter erachteten diese Antwort nicht als befriedigend und traten in einen Streik ein. Das Gesetz über die Arbeiterverbände existierte zu jener Zeit noch, das den Arbeitern verbot, sich zusammen zu tun und einen Streik zu beginnen, um ihren Arbeitslohn zu erhöhen. Die Unternehmer riefen die Polizei herbei, die Gendarmen und die Richter, und bald waren die gut katholischen Arbeiter und Arbeiterinnen niedergeknüppelt, verwundet, abgeurteilt und ins Gefängnis geworfen. Alles im Namen des Gesetzes.

Die Arbeiter waren darob sehr erstaunt. Ihre Sache war doch gerecht; also musste doch auch das Gesetz (die irdische Gerechtigkeit) und Gott (die himmlische Gerechtigkeit) für sie sein. Und doch zeigte sich Gott nicht, sondern liess sie zu Boden schlagen und die betrügerischen Unternehmer triumphieren; und das Gesetz schritt in Gestalt von Polizisten, Gendarmen, Richtern, Flintenschüssen und Gefängniszellen gegen sie ein. Ein zweiter Streik brach bald darauf aus, weil weder Gott noch das Gesetz verhinderten, dass die Webestücke immer länger, und dass das Gewicht der Gespinste immer kleiner wurde. Dieser Streik hatte die selben Folgen, wie der erste. Gott blieb schön hoch und vollständig neutral, während hingegen das Gesetz recht tief hinabstieg, bis mitten unter die Arbeiter, und sie mit der Schärfe seines Schwertes schlug. Ein dritter, ein vierter, ein fünfter Streik brach aus, und immer war noch nichts von Gott zu sehen, aber viel zu viel vom Gesetz zu gunsten der Unternehmer.

Da sagten die Arbeiter zu einander: »Ei, das ist ja ganz sonderbar! Wir haben an Gott festgehalten und das Gesetz aufgegeben, und siehe da, jetzt gibt Gott uns auf, und das Gesetz hält uns fest. Da ist etwas nicht in Ordnung, und das muss geändert werden.« Und zur Stunde begaben sie sich zu ihren Herren und zu den Priestern und sprachen zu ihnen: »Ihr Herren Meister, und ihr Herren Priester. Ihr waret bis zum heutigen Tage gar zu gut zu uns. Ihr hattet die Sorge, uns Arbeit und Brot zu verschaffen, und dazu noch die schweren und mannigfachen Mühen, die Gesetze zu machen, während wir aller Sorge ledig waren. Und weiter: Während wir nach unserem Tode des ewigen Lohnes sicher sind und zur Rechten Gottes sitzen werden, seid ihr, ihr Herren Fabrikanten, von ewigen Höllenstrafen bedroht, denn also spricht Christus: Eher wird ein Kamel durch ein Nadelöhr gehen, ehe denn ein Reicher ins Himmelreich kommt. Wahrlich, ihr tut zu viel für uns, ihr Herren, und wir verdienen das nicht. Aber wir wollen nicht, dass ihr euch noch länger für uns aufopfert, und darum wollen wir für unser Teil die Last der politischen Sorgen auf uns nehmen und auch die Gefahr, der ewigen Verdammnis zu verfallen. Wollt ihr tauschen mit uns? Wir müssen auch einmal an die Reihe kommen. Nehmt ihr Gott und lasst uns das Gesetz!« »Wie«, riefen da die Unternehmer und die Priester zu gleicher Zeit aus, »wie, ihr verleugnet Gott und wollt die Gesetze machen? Fluch über euch! Verdammnis auf euer Haupt! Ins Gefängnis mit euch, ihr Empörer!« Die Arbeiter liessen sie reden und gingen von dannen, gewitzigt durch die Erfahrung. Die Priester und die katholischen Unternehmer behielten Gott und das Gesetz; die liberalen Unter-

nehmer hielten herzhaft am Gesetz fest und sicherten sich nebenbei auch Gott, denn viele von ihnen flüchteten unter die Rockschösse der Mutter Kirche.

Seit jenem Tage betreiben die Genter Spinner ebenso, wie die Weber, eifrig den Ausbau ihrer Gewerkschaften, gründen Genossenschaften und widmen sich besonders der Politik; und sie sagen, dass die Religion eine Privatsache ist, die nichts mit der Arbeiterfrage zu tun hat. Ihre alte Fahne aber mit der Inschrift *Gott und das Gesetz!* wurde in die Ecke gestellt und ersetzt durch die rote Fahne der internationalen Arbeiterbewegung.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Wirtschaft

Allgemeine Lage An den Börsen herrschte seit den letzten Diskonterhöhungen eine sehr flaue Stimmung, die manchen Werten — vor allem den Aktien der Bau- und Terraingesellschaften — sogar mehrfach einen bedenklichen Kurssturz bereitete. Aus verschiedenen tatsächlichen Anzeichen und literarischen Äusserungen möchte man fast schliessen, dass ein grosser Teil unserer Hochfinanz den Gipfel unseres Aufschwungs ungefähr erreicht glaubt und die gefahrvolle Zeit des Abstieges in beängstigende Nähe gerückt sieht.

Trotzdem setzen sich die Rekordziffern für die erzielten Produktionsmengen, Preise und Gewinne ohne Unterbrechung fort. In Deutschland sind die meisten Montanindustrieen, die wichtigsten Textilgewerbe bis weit in das nächste Jahr hinein mit Aufträgen versehen. Das Kohlensyndikat benutzte deshalb die Gelegenheit zu einer abermaligen Preiserhöhung, die vom 1. April 1907 ab in Kraft treten soll. Der englische Aussenhandel stand im Oktober in der Einfuhr (54,64 Mill. Lstrl.) um 5,96 Mill. Lstrl. oder 12,2 % über der Höhe des Vorjahres, in der Ausfuhr britischer und irischer Ware (33,23 Mill. Lstrl.) um 3,87 Mill. Lstrl. oder 13,1 %, in der Wiederausfuhr fremder und kolonialer Waren um 900 000 Lstrl. Der Schiffsbau in Schottland hatte in den zehn ersten Monaten dieses Jahres 359 Schiffe mit 557 604 t Gehalt fertiggestellt: eine überhaupt noch niemals erzielte Leistung, die um 72 Schiffe und 100 110 t die entsprechende Vorjahrsperiode übertrifft. Während im britischen Kohlenexport das Jahr 1905 bereits mit etwa 1¼ Mill. t über das Vorjahr hinausragte, stand das laufende Jahr 1906 schon bis Anfang November um mehr als 6 Mill. t über 1905! Ähnlich lauten die allgemeinen Meldungen aus den Vereinigten Staaten.

X X

Kohlensyndikat Neben dem hohen Zinssatz wird die abermalige Verteuerung des Brennstoffes am meisten als allseitige Belastung empfunden und zum Teil bitter kritisiert. Die letzte Erhöhung nahm das rheinisch-westfälische Kohlensyndikat am 27. November 1905 vor. Nunmehr werden von neuem die Preise für Kohlen um 1 bis 1,50 M., für Koks um 1,50 bis 2,00 M. heraufgesetzt, angeblich wegen »der andauernden erheblichen Steigerung der Selbstkosten der Zechen«. Einige übereifrige Syndikatsfreunde begründen den Schritt sogar mit den Lohnaufbesserungen, welche von den Arbeitern gefordert und gewünscht, aber von den Kohlengrubenleitern hartnäckig verweigert werden!

Andererseits schwebt über der Syndikatsherrlichkeit manche Wetterwolke. Das Reichsgericht hat durch ein Urteil (über zwei von der *Deutsch-Luxemburgischen Bergwerksgesellschaft* erworbene Zechen) den Kreis der sogenannten *Hüttenzechen*, die sich den beschränkenden Bestimmungen des Syndikats entziehen, überaus weit gezogen, so dass die *reinen* Zechen geradezu zum Kampf gegen den Syndikatsvertrag oder zu Fusionierungen mit Eisenwerken gezwungen sein werden. In der Tat hat die grösste reine Syndikatszeche, die Harpener Gesellschaft, sofort eine klipp und klare Auseinandersetzung einzuleiten gesucht: in einer abgegebenen Erklärung focht sie

den Vertrag vom 15. September 1903 an, weil sie sich bei jenem Abschluss über den Inhalt in einem Irrtum befunden habe, der jetzt durch das Reichsgerichtsurteil juristisch unumstösslich klargestellt sei. Auseinandersetzung innerhalb des Syndikats oder die Bildung grosser Montantrusts, diese Entscheidung wird immer drängender.

✕ ✕

Zahlungs- und Bankreform Die zweite allgemeine Unternehmungsbelastung, die Höhe des Zinssatzes, hat wieder einmal die Erörterungen über die Besserorganisation der grossen Zentralbanken und über die Ausbildung neuer geldsparender Zahlungsmethoden ausserordentlich belebt, und zwar nicht nur bei uns in Deutschland, sondern ähnlich in England und noch mehr in den Vereinigten Staaten von Amerika. Hier werden die Klagen wahrscheinlich zuerst ein praktisches Ergebnis zeitigen, da die ganze Grundlage des amerikanischen Banknotenverkehrs in der Tat eine ziemlich vorsintflutliche geblieben ist und jede elastische Anpassung des Noten- und Edelmetallumlaufs an die gerade in Amerika jäh wechselnden Geschäftsbedürfnisse vermissen lässt. Ein Gesetzentwurf, über den sich die Ausschüsse der Vereinigung amerikanischer Bankiers und der New Yorker Handelskammer verständigten, soll den Kongress in der nächsten Tagung beschäftigen. Auf Grund dieses Gesetzes sollen die Nationalbanken, welche einen Reservefonds von 20% ihres Grundkapitals haben, bei der staatlichen Aufsichtsbehörde die Genehmigung zur Ausgabe von Kreditnoten in Höhe bis zu 40% ihres Kapitals beantragen können; dieser Notenumlauf soll einer jährlichen Steuer von 2½% unterliegen. Die Banken sollen auch einen weiteren Betrag an Kreditnoten in Höhe von 12½% ihres Kapitals gegen eine Steuer von 5% ausgeben dürfen. Aus dem Ertrag der Steuern soll ein Garantiefonds zur Einlösung der Noten von fallit gewordenen Banken gebildet werden, an denen die Union bekanntlich von jeher reich war. In England wird in erster Linie über die Geringfügigkeit der Goldreserve geklagt; bei jedem starken Goldabfluss nach dem Ausland drohe neuerdings eine Überanspannung des Kreditmarktes und des Bankdiskonts. In Deutschland wird vor allem die Ausbreitung des Scheckverkehrs befürwortet, für den Staat und Banken nur überaus mangelhafte Einrichtungen geschaffen haben, und in dessen Benutzung wir beschämend weit hinter England, Amerika und den englischen Kolonieen zurückgeblieben sind.

✕ ✕

Kurze Chronik Die *Berliner Elektrizitätswerke* beantragen 10 % Dividende; die *A. E. G.* gibt 11 %. ✕ Die *Hibernia*gesellschaft, die bekanntlich schon durch den vergebens angefochtenen Generalversammlungsbeschluss vom 27. August 1904 ihr Kapital um 6,5 Mill. M. erhöhte und dadurch die staatliche Majorisierung vereitelte, wird 10 Mill. M. Vorzugsaktien ausgeben.

✕ ✕

Literatur Nachdem Dr. Oskar Stillich im I. Band seiner *Nationalökonomischen Forschungen auf dem Gebiete der grossindustriellen Unternehmung* die Eisen- und Stahlindustrie behandelt hatte, widmet er jetzt den II. Band der *Steinkohlenindustrie* /Leipzig, Jäh & Schunke/. Mit Absicht und in guter Auswahl sind hier sehr verschiedene Typen der Montanunternehmung und des Grubenbetriebs herausgegriffen (*Hibernia, Gelsenkirchen, Cölner Bergwerksverein, Konsolidation, Dahlbusch, Königsborn*) und nach ihrem geschichtlichen Werdegang, ihren natürlichen, technischen und sozialen Grundlagen, nach den Produktions- und Absatzverhältnissen, nach der geschäftlichen Struktur und Tätigkeit eingehend geschildert. Sowohl Praktikern des Erwerbslebens und der Technik, wie Theoretikern der Nationalökonomie und Sozialpolitik bietet das Buch ein reiches Tatsachenmaterial. ✕ Einen *Beitrag zur deutschen Agrarpolitik* nennt Dr. Rudolf Leonhardt seine lehrreiche Schrift *Kornhäuser und Getreidehandel* /München, Reinhardt/. Nach einer Einleitung über die internationalen Konkurrenzverschiebungen auf landwirtschaftlichem Gebiet, über die Entfaltung des modernen Getreidehandels bis zum Börsentermingeschäft, über die Agrarschutz- und Kornhausbewegung im allgemeinen gelangen die Voraussetzungen, Einrichtungen und Wirkungen der (geschichtlich zunächst meist als vorbildlich empfohlenen) amerikanischen Silos zur Darstellung, dann die Hoffnungen und Bestrebungen der Führer der deutschen Kornhausagitation. Der 2., praktische Teil wendet sich den Kornhauserfahrungen in Norddeutschland und Süd-

deutschland zu; die norddeutsche Entwickelung wird als Misserfolg bezeichnet und auf ihre Ursachen zurückzuführen gesucht. Der springende Punkt für den Erfolg sei der, ob feste, dauernde Lieferungskontrakte mit grösseren Organisationen abgeschlossen werden können oder nicht. Wenn man in Bayern bessere Erfolge erziele, so liege das daran, dass hier Konsument und Produzent sich leichter finden und, dass die Produzenten vielfach auf besseren Absatz rechnen können. Dagegen fehle in Norddeutschland meist eine feste Absatzgelegenheit; die Ankäufe der Proviantämter vermöchten bei weitem nicht auszureichen, ganz abgesehen von bedenklichen Missgriffen nach dieser Seite. Teils könnten die Kornhäuser jedoch sich Mühlen und Bäckereien angliedern, teils könnten sie in den städtischen Konsumvereinen grosse abnahmefähige Organisationen suchen und finden. Dr. Leonhardt verspricht sich von den letzterwähnten Beziehungen sogar die wohltätigsten Folgen für die ganze innere Politik, weil »die Getreideproduzenten einsehen würden, dass sie für den Absatz auf den Massenkonsum angewiesen sind und deshalb an der Erhaltung der Kaufkraft der Massen das grösste Interesse haben«. Ganz so einfach wird sich meines Erachtens diese versöhnliche Aufklärungsarbeit kaum vollziehen. Aber die Verbindung zwischen landwirtschaftlichen Verkaufsgenossenschaften und städtisch-industriellen Konsumvereinen spielt ja bereits auf den agrarischen Genossenschaftstagen eine Rolle, und jedenfalls ist das ganze Leonhardtsche Werk ein ernster und wichtiger Beitrag zu einer noch lange im Vordergrunde der öffentlichen Erörterungen stehenden Frage. ✕ Anlässlich der Festfeier der württembergischen Handelskammern sind drei reichhaltige Orientierungsarbeiten des Professors Dr. F. C. Huber einem grösseren Leserkreis in Sonderausgabe zugänglich gemacht: *Die Handelskammern, Der gesetzgeberische Ausbau des Deutschen Reiches und seine Wirtschaftspolitik* und *50 Jahre deutschen Wirtschaftslebens* /Stuttgart, Gröninger/. ✕ Weiter verzeichnen wir an Eingängen: G. W. Schiele *Über den natürlichen Ursprung der Kategorieen Rente, Zins und Arbeitslohn* /Berlin, Hüpeden & Merzyn/ und Michael Proestler *Weltrevolution in Sicht? Das Wirtschaftsbild der Gegenwart und der Zukunft* /Leipzig, Weber/. MAX SCHIPPEL

Politik

Persönliches Regiment

So übereinstimmend wurde seit 1888 noch niemals in der Presse aller Parteien Kaiser Wilhelms II. Regiment angegriffen, wie kurz vor dem diesmaligen Wiederbeginn der Reichstagssitzungen. Der sonst so loyale Abgeordnete Bassermann, der Führer der Nationalliberalen, konnte unter dem Beifall seiner Parteipresse sich in oppositionellen Wendungen ergehen, wie sie aus nationalliberalem Munde unerhört waren. Weder an der auswärtigen, noch an der inneren Politik liess er ein gutes Haar. Selbst in der konservativen Presse sekundierte man: der *Reichsbote* und selbst die *Kreuzzeitung* wandten sich gegen das persönliche Regiment, gegen die allzu weitgehenden Folgen des *Gottesgnadentums*. Aus streng monarchischer Feder wurde dem Kaiser vorgehalten, dass er sich bewusst werden möge, dass er nicht von Gottes, sondern von des Volkes Gnade auf seinem Throne sitze. Die plötzliche Beleuchtung des gegenwärtigen Regierungswesens unter Kaiser Wilhelm II. durch nationalliberale und konservative Politiker hat fast etwas Erheiterndes: Denn wer hat denn den widerlichen Byzantinismus in den letzten 18 Jahren grossgezogen; wer hauptsächlich hat dazu beigetragen, das Selbstbewusstsein des Monarchen bis auf eine Höhe zu steigern, die kaum weiter zu überbieten ist? Waren es nicht gerade jene Kreise, die jetzt mit einemmal sich zu Kritikern des heutigen Systems aufwerfen! Wir wollen auch das Zentrum nicht vergessen, das durch seinen Grafen Ballestrem weidlich dazu beigetragen hat, dass der Byzantinismus gedieh. Parteien, deren führende Männer den Byzantinismus so kräftig gefördert haben, wie die konservative und nationalliberale Partei, können aber nicht verlangen, dass man aus ihrer jetzigen deutlichen Kritik auf eine Änderung ihres bisherigen Charakters schliesst. Man wird vielmehr fragen müssen: Lagen denn besondere Gründe vor, die die loyale Presse zu ihrer Attacke veranlassten? Man braucht nicht lange zu suchen, um den schon beinahe wieder ganz verrauschten Sturm der Opposition erklären zu können.

✕ ✕

Bülow und Podbielski

Man weiss, dass seit der Blossstellung des Landwirtschaftsministers von Podbielski in der Tippelskirchaffäre ein lebhafter Kampf zwischen Bülow und

Podbielski sich abspielte. Es war längere Zeit überhaupt fraglich, ob Podbielski auf diese Affäre hin gehen sollte. Der Reichskanzler wollte Podbielski aus seinem Amte entfernen, aber Podbielski sass fest; er wich und wankte nicht. Es muss sogar eine Zeit gegeben haben, in der Bülow weit mehr als Todeskandidat galt, als Podbielski. Der auffallend lange seiner Gesundheit lebende Bülow wurde aus der Politik ausgeschaltet, der Staatssekretär des Auswärtigen wurde beargwöhnt, dass er ohne Vorwissen des Reichskanzlers in hoher Politik machte. In diesem Kampf um den Ministersessel oder besser um Bülow und Podbielski griff nun plötzlich die nationalliberale Presse, griffen ihre Politiker und Redner ein, ein Teil der konservativen Presse sekundierte. Die liberale Presse arbeitete gleichfalls äusserst geschickt, indem sie eine Reichskanzlerkrise als unmittelbar bevorstehend avisierte. Von allen Seiten wurde die öffentliche Meinung in der bürgerlichen Presse gegen die unverantwortlichen Ratgeber der Krone bearbeitet, deren Absicht es wäre, Podbielski zu halten und Bülow fallen zu lassen. Und der Erfolg dieser Kampagne ist für d i e Kreise, die den Sturm entfacht haben, nicht ausgeblieben: einen Tag vor dem Wiederbeginn der Reichstagsverhandlungen wurde Podbielski entlassen, und Bülow konnte sich alsbald dem Reichstag vorstellen, um die Sorgen des Abgeordneten Bassermann über die auswärtige Politik hinreichend zu verscheuchen.

× ×

Frankreich: Ministerium Clemenceau Man braucht nicht die Gefahr des Ministeriums Clemenceau Deutschland gegenüber zu übertreiben, und wird trotzdem bedauern können, dass ein tatkräftiger Mann an der Spitze der französischen Regierung steht, der eine starke Abneigung gegen Deutschland hegt. Vor allem liegen Clemenceau die Fragen der wirtschaftlichen Entwickelung so fern, dass er in seiner auswärtigen Politik sich ganz von dem Bestreben leiten lässt, Deutschland immer mehr zu isolieren. Das wird dazu führen, dass Frankreich vor allem mit England nähere Fühlung sucht, dass es jeder Annäherung auf wirtschaftlichem, geschweige denn politischem Gebiet mit Deutschland sich entziehen wird. Das ist aber vom französischen Standpunkte aus ebensowohl, wie vom deutschen ein Fehler, dessen Folgen heute in ihrer Tragweite noch nicht übersehen werden. Es ist richtig, dass die wirtschaftliche Entwickelung des Deutschen Reiches während der letzten Jahrzehnte einen für europäische Verhältnisse beispiellosen Aufschwung genommen hat. Dass damit im Auslande zum Teil unfreundliche Stimmungen gegen Deutschland ausgelöst werden, ist an sich begreiflich. Aber für Frankreich sind die Voraussetzungen für eine ähnliche Entwickelung nicht gegeben, schon deswegen nicht, weil seine Bevölkerung stagniert, während die deutsche alljährlich bald um eine Million Köpfe zunimmt. In dem Moment nun, wo Frankreich in bewusster Weise die imperialistische Politik Englands unterstützt, trägt es stillschweigend dazu bei, dass auf dem Weltmarkt und damit in der Weltpolitik der Einfluss der mitteleuropäischen Nationen geschwächt wird, dass dagegen Englands weitausschauende Pläne verwirklicht werden können, ohne dass Mitteleuropa sich zu einem Wirtschaftsorganismus konsolidieren könnte, der gegenüber dem britischen und amerikanischen Weltreiche ein Gegengewicht bilden würde. Angesichts dieser Tatsache ist das Ministerium Clemenceau keine besonders erfreuliche Tatsache.

Für die innere Politik Frankreichs bedeutet es freilich einen ganz bedeutenden Fortschritt, in erster Linie durch die Mitwirkung der beiden Sozialisten Briand und Viviani und durch die Errichtung eines besonderen Arbeitsministeriums, das also von Anfang an unter sozialistischer Leitung steht. Die so geschaffene Sachlage erfordert eine eingehende Würdigung, die ihr in dieser Zeitschrift noch zu teil werden soll.

× ×

Russland: Wahlbewegung Die Wahlbewegung zur zweiten *Duma* kommt allmählich in Fluss. Diesmal werden sich, der besseren Einsicht endlich folgend, auch die sozialistischen Parteien, wenigstens in ihrer überwiegenden Mehrheit, an den Wahlen beteiligen. Die Boykotttaktik hat vollständig Schiffbruch erlitten. Schwierigkeiten macht den Sozialisten nur noch die Taktik bei den Wahlen. Einige vertreten die Ansicht, dass ein Zusammengehen mit den anderen Parteien nur bis zu einem gewissen Grade zulässig sei. Und zwar wollen sie nur die republikanischen Parteien als bündnisfähig anerkennen. Die Mehrheit aber steht auf dem Standpunkte, dass auch die *Kadetten* dort unterstützt werden müssen, wo die Gefahr vorliegt, dass andernfalls die Reak-

tion siegt. Diese Ansicht vertreten die *Bundisten-* und die *Menschewiki*fraktion der Sozialdemokraten, während die *Bolschewiki* ein Zusammengehen mit den *Kadetten* verwerfen. Die *Kadetten* selber sind Bündnissen mit den linksstehenden Parteien nicht abgeneigt. Von den rechtsstehenden Parteien hat bis jetzt nur die *Partei der Rechtsordnung* ihren Wahlaufruf veröffentlicht. Aber aus den Leitartikeln der führenden Presse kann man schon jetzt ersehen, dass alle rechtsstehenden Parteien einschliesslich des *Oktoberverbandes* und vielleicht auch der *Partei der friedlichen Erneuerung* gegen die Kadetten und Sozialisten gleich scharf vorgehen werden. Welche Aussichten die Wahlkampagne der freiheitlichen Bewegung bietet, ist jetzt noch nicht abzusehen.

× ×

Bulgarien: Antigriechische Bewegung Das junge Fürstentum war in diesem Sommer der Schauplatz nationalistischer Exzesse, wie man sie ähnlich in Bulgarien noch nicht erlebt hatte. In 5 bis 6 bulgarischen Städten, in denen seit Jahrhunderten griechische Ansiedler ihrer Beschäftigung nachgingen, war die bulgarische Bevölkerung derartig gegen die griechischen Einwohner aufgebracht, dass sie die rohesten Ausschreitungen verübte, Fenster einschlug, Läden plünderte u. s. w. In der Stadt Anchialos am Schwarzen Meer, wo die Griechen bewaffneten Widerstand leisteten, brannte man sogar das griechische Stadtviertel nieder und tötete und verwundete einzelne Griechen. Der nationale Fanatismus ging so weit, dass man auch jeden Bulgaren verfolgte, der gegen die Exzesse auftrat. Die Hauptführer dieser Bewegung waren mazedonische Flüchtlinge, ehemalige mazedonische Revolutionäre, von der Gruppe, die zu der bulgarischen Regierung in engen Beziehungen steht. Die Ursachen dieser antigriechischen Bewegung waren augenscheinlich die folgenden. Die griechische Regierung in Athen unterstützt öffentlich durch Geld, Waffen, Munition und dergleichen die in Mazedonien herumstreifenden Banden bewaffneter Griechen, welche den Zweck verfolgen, die revolutionär gesinnten bulgarischen Städte und Dörfer in Mazedonien zu überfallen und die energischsten Kämpfer für die Freiheit Mazedoniens zu töten. Diese Banden verfolgen ausserdem alle diejenigen Bulgaren, welche an dem bulgarischen Exarchat in Konstantinopel, und nicht an dem griechischen Patriarchat hängen. In letzter Zeit war ihre Tätigkeit eine ganz besonders grausame; von Bulgarien aus konnte dagegen nichts geschehen, da die türkischen Behörden diese griechischen Banden, deren Tätigkeit dem Bestehenden günstig war, unterstützen. Eine andere Ursache der Exzesse war die Tatsache, dass die griechischen Einwohner Bulgariens mit der bulgarisch-revolutionären Bewegung in Mazedonien nicht sympathisierten. Die griechische Bevölkerung Bulgariens, die übrigens in Bildung, Wirtschaft und Politik noch stark zurück ist, organisierte Banden, die in Mazedonien ihren Stammesgenossen vom Königreich Griechenland zu Hilfe kommen und die bulgarischen Revolutionäre dezimieren sollten. Gegen diese Umtriebe berief man nun in den grossen Städten Versammlungen ein, und wenn sie beendet waren, ging man mit Gewalttätigkeiten gegen die griechischen Häuser und Läden vor. Es schien fast, als würde diese Bewegung sich auch gegen die bulgarische Regierung wenden, aber dazu fehlte ihr doch die genügende Kraft; es waren lediglich nationale Gefühle, die ihr zu Grunde lagen, nationale Gefühle fast aller Klassen, keine Gegensätze, die im politischen Leben Bulgariens wurzelten.

× ×

Kurze Chronik Nach langwierigen Verhandlungen ist zwischen Frankreich und der Schweiz ein Handelsvertrag zu stande gekommen. × Am 6. November fanden in den Vereinigten Staaten die Wahlen zum Kongress und die Gouverneurwahlen statt. Bei der Gouverneurswahl für New York siegte der republikanische Kandidat nur mit geringer Mehrheit; es machte sich überhaupt eine Zunahme der demokratischen Parteiströmung bemerkbar, wenn auch die Republikaner im allgemeinen ihren Besitzstand behaupteten. × Die drei linksliberalen Parteien haben in Frankfurt a. M. sich dahin geeinigt, bei den kommenden Wahlen eine Verständigung über die Aufstellung der Kandidaten herbeiführen und ihren Einfluss dahin geltend zu machen, dass eine Befehdung der liberalen Gruppen unter einander in Wort und Schrift unterbleibt.

× ×

Literatur Aus den zahlreichen Schriften, die sich mit der Wahlreform in Österreich befassen, nennen wir heute nur die fol-

genden: Professor Dr. G. Strakosch-Grassmann *Das allgemeine Wahlrecht in Österreich seit 1848* /Wien, Deuticke/ und Dr. Anton Bach *Össterreichs Zukunft und die Christlichsozialen* /ebenda/. × Eine Chronik über die Vorgänge in Russland sucht L. Katscher in dem *Russischen Revolutionstagebuch 1905* /Leipzig, Renger/ zu geben. × Für internationale Schiedsgerichte sprach sich der Amerikaner Andrew Carnegie in einer Rektoratsrede an die Studierenden der schottischen Universität St. Andrews aus. Diese ist jetzt unter dem Titel *Für das internationale Schiedsgericht* /Hamburg, Voss/ deutsch erschienen. × Über die Zustände in Mazedonien unterrichtet die Broschüre *2 ans de réformes en Macédoine* von einem Exdiplomaten /Gent, Zoellner/. RICHARD CALWER

Soziale Kommunalpolitik

Arbeitsnachweise und Tarifreform Die Personentarifreform hat die Aufgabe, möglichst alle Ausnahmetarife aus der Welt zu schaffen. Dabei gehen die Eisenbahnverwaltungen in rücksichtsloser und unsinniger Weise nicht nur dem allgemeinen Publikum, sondern auch wichtigen öffentlichen Institutionen gegenüber vor. Dass die Eisenbahnen auch andere Zwecke haben, als die höchsten Überschüsse aus dem Verkehr herauszuholen, zu dieser Auffassung haben sich unsere deutschen Eisenbahnverwaltungen nur höchst selten aufschwingen können. Und wo sie ein kleines Zugeständnis an den Verkehr, an die Sozialpolitik gemacht haben, musste es ihnen mit harten Kämpfen abgerungen werden. Das gilt auch für die Fahrpreisermässigungen von 50 % auf Strecken über 25 km, die von den süddeutschen Eisenbahnverwaltungen an die öffentlichen Arbeitsnachweisstellen gewährt werden. Die preussische Eisenbahnverwaltung hat sich zu einer solchen Ermässigung nicht herbeigelassen, sondern nur die Stundung des Fahrgeldes bewilligt, wodurch allerdings den Arbeitsnachweisen so gut wie gar nicht geholfen war. Die Fahrpreisermässigungen sind in Süddeutschland in stets steigendem Masse benutzt worden. Nach einer Eingabe der süddeutschen Arbeitsnachweisverbände an die süddeutschen Eisenbahnverwaltungen betrug die Zahl der ausgestellten Fahrscheine beim Arbeitsamt München 1905 4294 (1903 3599), Württemberg 3291 (2803), Baden 2277 (1210), Elsass-Lothringen 2930 (1904 2400). Ohne diese Vergünstigungen wäre die Mehrheit dieser Arbeitsvermittelungen nicht zu stande gekommen, weil die Arbeitsuchenden in den meisten Fällen nicht mehr das genügende Reisegeld besitzen. Mit der Aufhebung der Fahrpreisermässigungen würde also in zahlreichen Fällen die Arbeitslosigkeit verlängert werden. Die genannte Eingabe weist ferner darauf hin, dass die Fahrpreisermässigung eine staatliche Begünstigung der öffentlichen paritätischen Arbeitsnachweise vor jeder anderen Form der Arbeitsvermittelung, insbesondere der privaten gewerbsmässigen Arbeitsvermittelung, darstelle und die öffentlichen Arbeitsnachweise indirekt fördere. Nach der neuen Personentarifreform soll diese Vergünstigung wegfallen in einer Zeit, wo Luxemburg und die Schweiz ebenfalls diese Vergünstigung gewährt haben, und die Schweiz im Begriff steht, die Organisation des öffentlichen Arbeitsnachweises nach süddeutschem Muster weiter auszubilden. Die Verbände wandten sich daher an die Eisenbahnverwaltung mit der Petition, Arbeitern, die durch die öffentlichen Arbeitsnachweisstellen vermittelt werden, die Fahrpreisermässigung zu gewähren, die für milde und öffentliche Zwecke vorgesehen ist, also 1.5 Pf. pro km.
Die Eisenbahnverwaltungen haben in dieser Frage eine sehr verschiedene Haltung eingenommen. Von der Reichseisenbahnverwaltung ist eine Eingabe bereits mit dem Hinweis abgelehnt worden, dass die kommende Verbilligung der Eisenbahnfahrkarten auf 2 Pf. für 1 km genügen würde. Nur die badische Generaldirektion hat sich zustimmend verhalten. In Württemberg schlägt die von der Eisenbahnverwaltung den Kammern vorgelegte Denkschrift über die Tarifreform gleichfalls die Aufhebung dieser Vergünstigung vor.

× ×

Elektrizitätswerke In einer Versammlung der *Elektrotechnischen Gesellschaft* und des *Elektrotechnischen Vereins* zu Leipzig am 5. Oktober sprach der Ingenieur Dettmar über die Rentabilität von Elektrizitätswerken in den verschiedenen Städten Deutschlands. Wir entnehmen diesem wichtigen Vortrage die folgenden Ausführungen. Über die Rentabilität der Elektrizitätswerke in Städten mit über 100 000 Einwohnern besteht kein Zweifel. Dagegen sind die Meinungen bei Beurteilung der Rentabilität in mittleren und kleineren

Städten geteilt. Hoppe kommt in der *Elektrotechnischen Zeitschrift* auf Grund des statistischen Materials der *Vereinigten Elektrizitätswerke* zu der Ansicht, dass bei Städten mit 4000 bis 8000 Einwohnern die Elektrizitätswerke nur Bruttoerträgnisse von 5,5 % lieferten, wovon noch die Amortisationskosten und die Verzinsung abgeht. Danach wäre also der Bau von Elektrizitätswerken den kleinen Städten abzuraten. Der Vortragende kommt dagegen auf Grund des Materials besonderer von ihm ausgegebener Fragebogen zu einem anderen Resultat. Von 64 Städten mit 1000 bis 4999 Einwohnern hatte das beste Elektrizitätswerk ein Bruttoerträgnis von 17,9 %, das schlechteste einen Verlust von 0,6 % aufzuweisen. Der Durchschnittsertrag belief sich auf 8,4 %. Bei diesen 64 Werken betrug die mittlere Einnahme pro Einwohner 8,32 M., das Anlagekapital 48,9 M. Bei 36 Städten von 5- bis 10 000 Einwohnern wurden 10,2 und bei 16 Städten von 10- bis 20 000 Einwohnern 10,2 % als mittlere Bruttorentabilität ermittelt. Da alle Städte über 50 000 Einwohner bereits mit Elektrizitätswerken versehen sind, von den 116 Städten mit 20- bis 50 000 Einwohnern aber nur 20 keine Werke haben, so gewinnt die Klasse der Städte unter 20 000 Einwohner eine besondere Bedeutung. Dettmar hat auf Grund der Auskünfte von 141 Werken die folgende Tabelle ausgearbeitet:

Einwohnerzahl der Städte	Anlagekapital pro Einwohner M.	Einnahme pro Einwohner M.	Prozentsatz der Einnahme für Löhne und Gehälter %	Bruttoerträgnis %
1 000 bis 4 999	50,8	7,4	19,6	7,8
5 000 bis 9 999	42,0	7,0	15,4	9,8
10 000 bis 19 999	33,4	5,9	14,2	10,6

In den grossen Städten wird das Personal in den Elektrizitätswerken voll ausgenutzt, während in den kleinen Städten die Maschinen häufig, namentlich im Sommer, nur einige Stunden pro Tag laufen. Um diesen Prozentsatz, der auf Löhne und Gehälter entfällt, herabzusetzen, müssen in die Werke solche Maschinen eingebaut werden, die möglichst wenig Bedienungspersonal gebrauchen. Ausserdem muss man dafür sorgen, die Maschinen der Elektrizitätswerke auch für andere Zwecke auszunutzen. Es empfiehlt sich daher, mit dem Elektrizitätswerk die Gas- und Wasserversorgung und das Schlachthaus zu verbinden. Einige kleinere Städte haben an das Elektrizitätswerk Lichtbadeanstalten, Eisfabriken, Vernickelungsanstalten etc. angeschlossen. In Landstädten kann auch eine Verbindung mit einem Molkereibetriebe hergestellt werden. Ferner empfiehlt Dettmar, Installationen in eigener Regie auszuführen, wodurch beträchtliche Einnahmen erzielt werden können, vor allem aber die Müllverbrennung zur Elektrizitätserzeugung auszunutzen.

Nach alldem ergibt sich das Resultat, dass das Bruttoerträgnis der Elektrizitätswerke in Städten von 1000 bis 5000 Einwohnern 7,8 %, bei 5- bis 10 000 Einwohnern 9,8 %, bei 10- bis 20 000 Einwohnern 10,6 %, bei 20- bis 50 000 Einwohnern 8,4 %, bei 50- bis 100 000 Einwohnern 9,1 % beträgt. Die Elektrizitätswerke der kleinen und kleinsten Städte haben also den Beweis für ihre Rentabilität geliefert. Dem Bau solcher Werke in Gemeinden, die noch nicht in ihrem Besitze sind, steht also nichts im Wege.

× ×

Strassenreinigung Der Rat der Stadt Leipzig hat der Stadtverordnetenversammlung eine Vorlage unterbreitet, in der er die Übernahme der Strassenreinigung in die Regie der Stadt vorschlägt. Damit kommt eine mehr als 30jährige Entwickelung endlich zum Abschluss. Schon vor 30 Jahren wurde aus der Mitte der Stadtverordneten das Verlangen laut, die gesamte Strassenreinigung in die städtische Regie zu übernehmen. Damals besorgte die Stadt die Abfuhr des Kehrichts, während das Kehren der Strassen Sache der Hausbesitzer war. Seitdem ist die Reinigung der mit Asphalt oder Holzpflaster belegten Strassen von der Stadt übernommen worden. Im übrigen blieb es beim alten. Der Rat schlägt nunmehr vor, die gesamte Strassenreinigung in die städtische Regie zu übernehmen und die Hausbesitzer zu den Kosten der Strassenreinigung heranzuziehen. Es sollen von ihnen Gebühren auf Grund von Einheitssätzen erhoben werden, die nach der Häufigkeit der Reinigung und der Art der Strassenbefestigung abgestuft sind. Es sollen nämlich erhoben werden: für Asphalt- und Holzpflasterstrassen bei wöchentlich 7maliger Reinigung 16 Pf. per qm und Jahr; für Pflaster- und Makadamstrassen bei wöchentlich 6maliger Reinigung 12 Pf., bei 3maliger 8 Pf., bei 2- oder 1maliger 4 Pf. per qm und Jahr.

Die Selbstkosten sind erheblich höhere, sie werden auf 13,5 Pf. bei Makadam, 19,5 Pf. bei Pflaster und 40 Pf. bei Asphaltstrassen angegeben. Der Ertrag dieser Gebühren wird auf 225 000 M. berechnet. Die Hausbesitzer würden also bei der vorgeschlagenen Regelung kein schlechtes Geschäft machen. Der veranlagte Jahreszuschuss wird auf 1 156 298 Mk. berechnet. Gegenüber einer derartigen Belastung der Stadtkasse ist die Frage berechtigt, ob die Beitragsleistung der Hausbesitzer hoch genug ist. Wenn man auch nicht die gesamten Kosten der Strassenreinigung auf den Hausbesitz umlegen kann, so kommen doch die Vorteile der verbesserten Strassenreinigung gerade diesem in grossem Umfange zu gute. Die Teilung der Kosten zwischen Hausbesitz und Gemeinde wäre also das mindeste, was angestrebt werden sollte.

×   ×

Verbrauchsabgaben Wir haben bereits des öfteren von der Tätigkeit des Ausschusses berichtet, den die deutschen Städte mit Verbrauchsabgaben gebildet haben, um deren Weitererhebung durchzusetzen. Nach § 13 des Zolltarifgesetzes dürfen vom 1. April 1910 ab Verbrauchsabgaben auf Fleisch, Mehl etc. nicht mehr erhoben werden. Die in dem Ausschuss vertretenen Städte streben die Aufhebung dieses Beschlusses oder wenigstens die Verschiebung des Termins seines Inkrafttretens über den 1. April 1910 an. Die Herren sehen nunmehr ein, dass eine gänzliche Beseitigung des § 13 nicht mehr möglich sei, und wollen ihre Bemühungen in Zukunft darauf beschränken, das Inkrafttreten der Bestimmung hinauszuschieben. Sie haben sich dahin geeinigt, eine gemeinsame Petition an den Reichstag zu richten mit der Bitte, die Frist bis zum Ablauf der neu abgeschlossenen Handelsverträge, also bis zum 31. Dezember 1917, zu verlängern. Es ist bezeichnend, dass in den Zeiten einer allgemeinen Lebensmittelverteuerung, wie sie seit langer Zeit nicht dagewesen ist, diese Stadtvertretungen es fertig bringen, an den ungerechten, die Lebensmittel belastenden Oktroiabgaben auf Mehl, Fleisch etc. festzuhalten, während sie auf der anderen Seite von der Reichsverwaltung Massregeln zur Herabsetzung der Fleischpreise, Öffnung der Grenzen etc. verlangen. Man braucht sich nicht zu wundern, dass dieser Zwiespalt in den Seelen der Stadtväter die Spottlust der Agrarier erregt.

×   ×

Kurze Chronik Die Leipziger Stadtverordnetenversammlung hat die Ratsvorlage auf Einführung des Berufsklassenwahlrechtes abgelehnt. × Ebenso haben die Berliner Stadtverordneten die Einführung der vom Magistrat vorgeschlagenen Billet- und Lustbarkeitssteuer abgelehnt. × Die Düsseldorfer Stadtverwaltung hat es abgelehnt, der Eingabe des sozialdemokratischen Vereins und der freien Gewerkschaften um Überlassung der Säle zu Versammlungen nachzukommen. Sie ist der Ansicht, dass die Überlassung nach den preussischen Landesgesetzen unmöglich sei. × Den hessischen Landständen ist ein Gesetzentwurf über die Wertzuwachssteuer für Gemeinden mit mehr als 3000 Einwohnern zugegangen. Wir werden darauf noch später zurückkommen.

×   ×

Literatur Der *Verband der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unterangestellten* veröffentlicht die Protokolle über die Verhandlungen seines 4. Verbandstages, der in Mainz vom 24. Mai bis 1. Juni dieses Jahres stattfand, sowie das Protokoll über die Verhandlungen der 2. deutschen Gasarbeiterkonferenz, die im Anschlusse an den Verbandstag abgehalten wurde. Beide Protokolle, wie der Geschäftsbericht des Verbandsvorstandes über die Bewegung der städtischen Arbeiter in der Zeit von Februar 1903 bis Ende Dezember 1905, enthalten eine grosse Masse Material über die kommunale Sozialpolitik, wie sie sich, im Gegensatz zu den schönen Paragraphen der oft genug nur auf dem Papier stehenden Arbeitsordnungen und sonstigen Arbeitsstatuten, in der Praxis darstellt. Besonders der Geschäftsbericht des Vorstandes sei allen in der Stadtverwaltung tätigen Vertretern zu eingehendem Studium empfohlen. Er bringt nicht nur eine Darstellung der Entwickelung des Verbandes im ganzen und in seinen einzelnen Filialen, sondern auch eine Darstellung der Lohnverhältnisse der städtischen Arbeiter in einer grossen Anzahl von Städten, in denen vom Verbande Versuche gemacht worden sind, die Lage der städtischen Arbeiter zu heben. Ausserdem sei besonders noch hingewiesen auf die Tabelle der deutschen Gasanstalten, in denen der Achtstundentag für Betriebsleute eingeführt ist, sowie die Arbeitseinteilung für Betriebsleute der städtischen Gasanstalt

in Chemnitz, die ein Schema für die Durchführung des Dreischichtensystems gibt. × Im Auftrage der Filiale Gross-Berlin des Gemeindearbeiterverbandes hat der Redakteur des Organs des Verbandes, E. Dittmer, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der städtischen Arbeiter Berlins in einer ausführlichen Schrift *Die Stadt Berlin und ihre Arbeiter* dargestellt. Die Schrift zerfällt in drei Hauptteile. Im ersten werden einige allgemeine Bemerkungen über die Lage der städtischen Arbeiter gemacht. Daran schliesst sich im Hauptteil die Darstellung der Arbeitsverhältnisse in den einzelnen Verwaltungszweigen. Der dritte Teil gibt einen Überblick über die sozialpolitischen Leistungen der Stadt Berlin. Er behandelt der Reihe nach die Altersversorgung, Krankheit und Beurlaubung, Sommerurlaub, Unterstützungen, Arbeiterausschüsse und sozialpolitische Kommissionen. Den Fragen des Arbeitsnachweises, einer allgemeinen Arbeitsordnung und des Koalitionsrechtes sind noch besondere Kapitel gewidmet. Alles in allem bringt das Buch ein sehr reiches Material über die Lage der städtischen Arbeiter bei, das allerdings ein anderes Bild, als die offiziellen lobhudelnden Berichte, ergibt. Es wäre zu wünschen, dass auch die Arbeitsverhältnisse in anderen Grossstädten in ähnlicher Weise behandelt würden. × Unter dem Titel *Sozialdemokratie und Stadtverwaltung in Frankfurt a. M.* hat der rührige sozialdemokratische Verein Frankfurt zum zweitenmal einen Bericht über die Frankfurter Stadtverwaltung erstattet. Die Schrift ist ein Rechenschaftsbericht über die Tätigkeit der kleinen sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion. Der Bearbeiter, Dr. Quarck, hat einige Hauptzweige der Gemeindetätigkeit herausgegriffen und sucht zu zeigen, wie diese immer und überall, bewusst und unbewusst, hauptsächlich im Interesse der kleinen Minderheit Besitzender sich vollzieht. Der Wert solcher Schriften geht über den Rahmen der Stadt hinaus, für die sie in erster Linie bestimmt sind. Sie bilden einen ergänzenden und notwendigen Kommentar zu den offiziellen Verwaltungsberichten unserer Städte, die die Verwaltung vom Standpunkte der Regierenden darstellen, sich in der Regel auf die Berichterstattung von Tatsachen beschränken, dagegen sich über den Werdegang der einzelnen Beschlüsse ausschweigen und selbstverständlich keine Kritik üben. Die Frankfurter Stadtverwaltung gilt in mancher Beziehung als mustergültig, ihre Tätigkeit auf den Gebieten der Sozialpolitik und des Wohnungswesens als vorbildlich. Die vorliegende Schrift zeigt uns, mit welchen Einschränkungen diese Auffassung von der Frankfurter Stadtverwaltung berechtigt ist. Sehr hübsch ist das in den Kapiteln *Boden- und Wohnungspolitik, Sozialpolitik und Arbeiterschutz,* sowie *Volksschule und Bildungswesen* durchgeführt worden, die wir besonders zur aufmerksamen Lektüre empfehlen. Hier wird für die theoretische Beurteilung mancher Institute, wie zum Beispiel das Erbbaurecht, wichtiges Material aus der Praxis beigebracht. Wir können die Schrift allen Gemeindevertretern warm empfehlen. HUGO LINDEMANN

Sozialistische Bewegung

Internationales sozialistisches Bureau Das internationale Bureau trat am 10. November in Brüssel zu einer Sitzung zusammen. Deutschland war durch Bebel und Singer, Holland durch van Kol und Troelstra, England durch Keir Hardie und Hyndman, Frankreich durch Vaillant, Russland durch Rubanowitsch, Plechanow und Balabanow, Dänemark durch Knudsen, Schweden durch Branting vertreten; ausserdem waren Vertreter des *Jüdischen Arbeiterbundes,* sowie Böhmens und Ungarns anwesend. Verhandelt wurde über die Organisation des internationalen Kongresses in Stuttgart. Dieser wird vom 25. bis zum 31. August 1907 tagen. Zugelassen werden alle bisher beim internationalen Bureau vertretenen Nationen; jede Nation bildet eine Sektion. In den Sektionen der Länder, in denen die Einheit der Sozialdemokratie nicht besteht, wird das Bureau die Verteilung der Stimmen vornehmen. Die provisorische Tagesordnung ist, wie folgt, festgesetzt: Bericht des Bureaus und des parlamentarischen Komitees; Militarismus und internationale Konflikte; das Verhältnis zwischen den sozialistischen Parteien und den gewerkschaftlichen Organisationen; die Kolonialfrage; die Frage der ausländischen Arbeiter. Anträge sind 4 Monate vorher, also bis zum 1. April 1907 beim internationalen Bureau einzureichen.

× ×

Italien: Parteitag Seit Jahren währt innerhalb der italienischen Partei der Kampf um die *Tendenzen*, und die weit auseinandergehenden Auffaffungen über die Taktik

bilden eine ständige Gefahr für die Einheit der Partei. Die Hauptaufgabe des letzten Parteitages, der am 7. Oktober in Rom zusammentrat, bestand darin, endlich reinen Tisch zu machen. Über die drei Hauptgruppen, die einander gegenüberstanden, hat Genosse Leonida Bisolati in seinem Artikel *Die Entscheidung in Rom* in diesem Bande der *Sozialistischen Monatshefte*, pag. 914 ff., ausführlich und in klarer Weise berichtet, so dass uns nur noch übrig bleibt, eine kurze Darstellung des Verlaufs des Parteitages selbst zu geben.

Es waren 950 Parteiabteilungen mit 34 842 Stimmen durch 530 Delegierte vertreten. Die Zahl der eingeschriebenen Parteimitglieder ist seit dem Parteitag von Bologna zurückgegangen; sie betrug damals etwa 45 800, jetzt 41 264. Aus dem Kassenbericht des Genossen Mongini ist zu entnehmen, dass der Kassenbestand sich am 1. Juli 1906 auf 27 030,37 l. belief. Die Einnahmen im ersten Halbjahr des laufenden Jahres betrugen 25 961 l., denen 13 941,22 l. Ausgaben gegenüber stehen. Für Agitation wurden nur 6097 l. ausgegeben; sie liegt nämlich hauptsächlich den Sektionen ob, die weit höhere Beiträge erheben, als die Zentralkasse. Von den 3 Tageszeitungen, über die die Partei direkt verfügte, *Avanti, Giustizia* und *Giornaletto*, ist kürzlich das letztere wegen Mangel an Mitteln eingegangen. Unabhängig von der Partei erscheinen 3 sozialistische Tageszeitungen, nämlich der Mailänder *Tempo*, der Genueser *Lavoro* und die *Provincia di Mantua*. Ausserdem gibt es insgesamt 88 Wochenblätter und 2 wissenschaftliche Zeitschriften.

Nach Erledigung des Rechenschaftsberichtes setzte sofort die Diskussion über die politische Praxis ein. Als erster kam der Redner der *Integralisten* Morgari zum Wort. Die *Integralisten* wollen die Einheit; sie wünschen, dass die verschiedenen Richtungen einträchtiglich in der Partei neben einander wirken. Ihm folgte der *reformistische* Referent Modigliani, der den Nachweis führte, dass zwischen der Mehrheit der *Integralisten* und den *Reformisten* prinzipielle Unterschiede nicht beständen, sondern nur zwischen diesen beiden Gruppen und den *Syndikalisten*; die letzteren würden sich mit geschichtlicher Notwendigkeit zum reinen Anarchismus entwickeln. Am zweiten Verhandlungstage sprach Labriola, dessen Rede die ganze Vormittagssitzung ausfüllte. Ihm ist der Generalstreik das einzig richtige und erfolgversprechende Kampfesmittel des Proletariats. Die zweitägige Redeschlacht, an der unter anderen auch Ferri und Turati sich beteiligten, endete schliesslich mit der Annahme einer von den *Integralisten* eingebrachten *reformistischen* Resolution, die 26 947 Stimmen erhielt, da die *Integralisten* und die *Reformisten* geschlossen für sie stimmten. Die *revolutionäre* Resolution Lerda brachte es nur auf 1201 Stimmen, die *syndikalistische* auf 5278 Stimmen. Nach dieser Abstimmung ging der Rest der Verhandlungen schnell von statten. Zum Chefredakteur des *Avanti* wurde Ferri wiedergewählt. Der Parteivorstand besteht in Zukunft aus 37 Personen und setzt sich aus *Integralisten* und *Reformisten* zusammen.

× ×

Frankreich: Parteitag Vom 1. bis zum 4. November wurde in Limoges der Parteitag der geeinigten Partei abgehalten. Die Prüfung der Mandate ergab die Anwesenheit von 289 Delegierten. Nach dem Bericht des *Nationalrats* ist die Zahl der Föderationen im letzten Jahre von 67 auf 75, die der Parteimitglieder von 39 400 auf 54 000 gestiegen.

Bei dem Bericht über die Tätigkeit der Fraktion bemängelte Rappoport die Rede Jaurès' in Tours und rief dadurch eine Diskussion hervor über die Stellung der Partei zur gegenwärtigen Regierung. Die Frage wurde einer Kommission überwiesen, die später dem Plenum eine Resolution vorlegte. In dieser wurde zum Ausdruck gebracht, dass Veränderungen in der Zusammensetzung einer bürgerlichen Regierung die prinzipielle Politik der Partei in keiner Weise beeinflussen können; die parlamentarische Vertretung des Proletariats habe sich aber stets zu bemühen, diejenigen Reformen zu verwirklichen, die geeignet sind, seine Aktionskraft zu vermehren. Diese Resolution wurde fast einstimmig angenommen. Den zweiten Hauptpunkt der Verhandlungen bildete das Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaft. Hierzu lagen zwei Resolutionen vor, vertreten durch Jaurès und Guesde. Die letztere forderte eine vollständige Zusammengehörigkeit der Partei und Gewerkschaften, die mindestens unter gewissen Voraussetzungen zeitweilig zu gemeinsamen Aktionen zusammenzutreten und zu wirken haben. Diese Zusammengehörigkeit beider Flügel der Arbeiterbewegung wurde in der Resolution Jaurès ebenfalls anerkannt, zugleich aber auch erklärt, dass die

Aktion beider Flügel um so wirkungsvoller sein werde, je vollständiger die Autonomie der Gewerkschaften sei; die grundsätzliche Übereinstimmung zwischen der politischen und gewerkschaftlichen Bewegung werde notwendigerweise zu einem freien Zusammenwirken der beiden Organismen führen, frei von Missverständnissen, Unterordnung und gegenseitigem Misstrauen. Im Laufe der Diskussion brachte Dumas eine weitere Resolution ein, zu deren gunsten Guesde die seinige zurückzog, und die das Zusammenwirken der gewerkschaftlichen und politischen Organisation der Arbeiter »je nach Umständen« forderte. In der Diskussion verteidigte Hervé die Methoden der *Konföderation*, in der nach ihm beide Richtungen der *Internationalen* vereinigt sind, nämlich der Marxismus und der Bakunismus. Er stand aber mit seiner sonderbaren Auffassung so ziemlich allein. Bei der Abstimmung erhielt die Resolution Jaurès 148, die Resolution Dumas 130 Stimmen, 9 enthalten sich der Abstimmung. In der Diskussion über die Frage der Nationalitäten und des Militarismus traten drei verschiedene Auffassungen zu Tage. Hervé verteidigte seinen bekannten Standpunkt; er forderte in seiner Resolution, dass jede Kriegserklärung, von welcher Seite und aus welchen Ursachen sie auch kommen möge, seitens des Proletariats mit dem Generalstreik und der Insurrektion zu beantworten sei. Guesde unterbreitete eine Resolution, in welcher jede besondere antimilitaristische Propaganda verworfen wurde; der Kampf sei nur gegen den Kapitalismus zu führen, da der Krieg nur dessen Begleiterscheinung sei. Vaillant und Jaurès vertraten die Resolution der Seineföderation, die einen vermittelnden Standpunkt zum Ausdruck brachte und mit 155 Stimmen zur Annahme gelangte, während die Resolution Guesde 98, die Resolution Hervé 31 Stimmen erhielt. Zum Frauenwahlrecht wurde eine Resolution der Genossin Peletier angenommen, die die Fraktion ersucht, die Verleihung des Wahlrechts an die Frauen zu verlangen. Bei der Behandlung der Agrarfrage wurde die Parteileitung beauftragt, Erhebungen über die Arbeits- und Lebensbedingungen der Landarbeiter und über die Entwickelung der verschiedenen Formen der Ausbeutung und des Eigentums anzustellen.
Der nächstjährige Parteitag wird in Nancy abgehalten werden.

× ×

Dänemark: *Folkethingwahlen*

Das dänische statistische Bureau hat vor einiger Zeit eine Statistik über die *Folkething*wahlen vom 29. Mai 1906 herausgegeben, die auf amtlichen Berichten der Wahlvorstände sämtlicher Wahlkreise beruht. Danach erhielt die Sozialdemokratie bei den letzten Wahlen insgesamt 76 612 Stimmen. Ein Vergleich mit den bei den früheren Wahlen erreichten Stimmenzahlen zeigt ein gleichmässiges, ständiges Steigen der sozialdemokratischen Stimmen. Es wurden sozialdemokratische Stimmen abgegeben im Jahre 1895 24 439, 1898 31 880, 1901 43 153, 1903 57 578, 1906 76 612. Es waren das respektive 11, 13, 17, 22, 25 % aller abgegebenen Stimmen. Die Anzahl der *Folkething*mandate der Partei stieg in ungefähr dem selben Verhältnis, wie ihre Stimmenzahl; es wurden bei den obenbezeichneten Wahlen respektive 8, 12, 14, 16, 24 sozialdemokratische Abgeordnete gewählt.

× ×

Bulgarien

Diesen Sommer fanden in dem kleinen Bulgarien nicht weniger als 3 sozialistische Parteitage statt. Im Jahre 1903 spaltete sich die bulgarische Sozialdemokratie bekanntlich in 2 Fraktionen, in die *Reformisten* und die *Intransigenten*, auch *Weitherzige* und *Engherzige* genannt. Die Scheidung wurde herbeigeführt durch theoretische Auseinandersetzungen ziemlich oberflächlicher Natur, was wiederum seinen Grund in der ungenügenden Kenntnis der Theorie und Praxis der abendländischen Sozialdemokratie findet. Die eine, wie die andere Fraktion gingen jede ihren eigenen Weg, jede suchte, auf Kosten der andern ihre Macht möglichst zu erweitern. Aber in der Presse zeigten sich bald die Unterschiede. Die *Weitherzigen* zeichneten sich durch einen mehr demokratischen Geist aus, welcher allen gesunden Kräften Raum gewährte, während die Zentralleitung der *Engherzigen* die Bewegung mit allerhand Vorschriften und kleinlichen Bestimmungen, ähnlich einem Mönchsorden, bevormundete und damit hemmte. Dieses System rief sehr bald eine grosse Unzufriedenheit hervor. Auf dem Parteitag im Jahre 1905 kam es zum Bruch, und einige Monate später löste sich ein beträchtlicher Teil von den *Engherzigen* ab und bildete eine besondere Gruppe unter dem Namen *Proletarier*. So sind nun 3 verschiedene Fraktionen vorhanden.

Jetzt stehen die bulgarischen Sozialisten, die *Weitherzigen* an der Spitze, vor einer Aktion, die geeignet ist, das ganze Proletariat Bulgariens in Bewegung zu setzen. Schon im vorigen Jahre veranstalteten die *Weitherzigen* eine Demonstration vor dem Parlament, wo ihre Delegierten von dem Präsidenten der Kammer, dem Ministerpräsidenten und dem Handelsminister empfangen wurden und diverse Versprechungen erhielten. Dieser Aktion schlossen sich damals auch die *Engherzigen* an, und es scheint, dass sie auch jetzt wiederum von den *Reformisten* mit ins Schlepptau genommen werden. So kommt es, dass diejenigen, welche die anderen Flügel als *bürgerlich* und *antisozialistisch* bezeichnen, notgedrungen diesen folgen müssen. Und wenn die *Engherzigen* ihren Einfluss auf die Massen erweitern oder auch nur erhalten wollen, so werden sie *nolens volens* auch ihre Taktik und ihre Phraseologie reformieren müssen.

× ×

Totenliste Am 26. Oktober kam aus New York die Nachricht, dass Genosse F. A. Sorge im Alter von beinahe 79 Jahren gestorben sei. Sorge war der Sohn eines sächsischen Pfarrers, unweit Leipzig geboren. Als Jüngling beteiligte er sich an der achtundvierziger Bewegung; er kämpfte im badischen Revolutionsheer und musste, wie viele andere, die Heimat verlassen, wo er zum Tode verurteilt war. Aus der Schweiz und aus Belgien vertrieben, fand er endlich in Amerika eine bleibende Stätte. Das Elend des Exils hat er gründlich ausgekostet. Als der Sitz des Generalrats der *Internationalen* nach New York verlegt worden war, nahm er an dessen Arbeiten den hervorragendsten Anteil. Wenige Tage vor seinem Tode ist sein Briefwechsel mit Marx, Engels, Becker u. s. w. veröffentlicht worden.

× ×

Kurze Chronik Eine Anzahl Vertreter der sozialdemokratischen Partei im Reichstage konnte im vergangenen Monat das Jubiläum ihrer 25jährigen parlamentarischen Tätigkeit feiern. Es sind das die Genossen Frohme, Stolle, Dietz und Vollmar. × In Zürich-Aussersihl wurden bei den Ersatzwahlen zum Kantonsrat 4 Sozialdemokraten gewählt. × In einem Manifest an Schwedens organisierte Arbeiter fordert der schwedische Parteivorstand zu Sammlungen für den Massenstreikfonds auf, der im Jahre 1902 als Kampffonds für die Erlangung des allgemeinen Wahlrechts gegründet wurde. Die endgültige Entscheidung über die Anwendung dieses Massenstreiks ist Sache des ausserordentlichen Parteitags, der, wenn die Verhältnisse reif dafür sind, einberufen werden wird.

× ×

Literatur Zwei sehr wertvolle Werke sind im Dietzschen Verlage erschienen. Das erste ist *Die Geschichte des Sozialismus in den Vereinigten Staaten* von Morris Hillquit, aus dem Englischen übersetzt. Es wird darauf noch zurückgekommen werden. × Ebenso auf die zweite Publikation, die Briefe und Auszüge aus Briefen von Joh. Phil. Becker, Jos. Dietzgen, Friedrich Engels, Karl Marx und anderen an F. A. Sorge und andere, die wichtige Dokumente zur Geschichte der Sozialdemokratie enthalten.
Das Protokoll des Mannheimer Parteitags /Berlin, Buchhandlung *Vorwärts*/ ist jetzt zur Ausgabe gelangt. Angefügt ist auch ein Bericht über die Frauenkonferenz. Das Ganze ist mit bekannter Sorgfalt redigiert. HUGO POETZSCH

Gewerkschaftsbewegung

Arbeitskonflikte im Jahre 1905 In Nr. 41 des *Korrespondenzblatts* veröffentlicht die *Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands* eine zahlenmässige Übersicht über die von den modernen deutschen Gewerkschaften im Jahre 1905 geführten Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen. Es wurden danach im letzten Jahre insgesamt 5659 Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen geführt, in 7609 Orten und 44 040 Betrieben, an denen 893 337 Arbeiter beteiligt waren. Zum Vergleiche mag angeführt sein, dass im Jahre 1904 an den Lohn- und Streikbewegungen der Gewerkschaften insgesamt 320 163 Arbeiter beteiligt waren. An diesen Bewegungen waren mit Ausnahme der Blumen- und Federarbeiter, der Bureauangestellten, der Handlungsgehilfen, der Lagerhalter, Seeleute und Zivilmusiker alle Gewerkschaften beteiligt.
Die hohen Ziffern der Streikstatistik erklären sich allerdings zunächst aus der überaus günstigen Geschäftskonjunktur im Jahre 1905, dann aber aus der guten Verfassung der Gewerkschaften, die diese veranlasste und befähigte, in erhöhtem Masse für die Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse zu wirken, aber auch

aus den von den organisierten Scharfmachern zur Schwächung der Gewerkschaften entrierten grossen Machtkämpfen. Solcher Kämpfe gab es im Jahre 1905 besonders viele. Waren doch von den Gewerkschaften allein 401 Aussperrungen, an denen insgesamt 151 510 und davon 90 969 zu unterstützende Personen beteiligt waren, abzuwehren. In diesem Umfange hatte man Aussperrungen noch nie erlebt; im Jahre 1904 beispielsweise waren 112 Aussperrungen mit 31 402 Beteiligten durchzukämpfen. 99 Aussperrungen mit 28 160 Beteiligten wurden für die Gewerkschaften erfolgreich, 144 mit 45 657 Beteiligten teilweise erfolgreich und nur 91 mit 68 492 Beteiligten erfolglos beendet. Aber in keinem Falle trat eine Lohnkürzung oder Arbeitszeitverlängerung ein, und bei 61 Aussperrungen mit 39 339 beteiligten Arbeitern gelang es den Gewerkschaften, mit den aussperrenden Unternehmern schliesslich korporative Arbeitsverträge abzuschliessen. Die Aussperrungen verursachten den Gewerkschaften 4 171 504 M. (im Jahre 1904 1 870 647 M.) Kosten; die Abwehrstreiks, 837 (627) mit 30 287 (23 128) beteiligten Personen, zudem eine Ausgabe von 862 482 M. (558 958 M.), so dass die Gewerkschaften insgesamt 5 033 986 M. (2 429 605 M.) allein für Abwehrkämpfe verausgaben mussten. Das sind Summen, wie sie bisher auch noch nicht annähernd erreicht worden sind, und wenn die Gewerkschaften trotzdem noch 5 880 234 M. (3 121 709 M.) für Angriffsstreiks, für die Lohnkämpfe des letzten Jahres also insgesamt 10 999 133 M. (5 551 314 M.) zu verausgaben hatten, so legten sie jedenfalls einen überzeugenden Beweis ihrer grossen Leistungsfähigkeit ab.

In 4129 Fällen wurden von den Gewerkschaften im letzten Jahre Forderungen auf Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen gestellt. 2763 dieser Bewegungen, an denen 468 522 Arbeiter beteiligt waren, konnten ohne Arbeitseinstellung für die Arbeiter erfolgreich durchgeführt werden (im letzten Jahre wurden für 184 206 Arbeiter Lohnbewegungen ohne Streiks erfolgreich durchgeführt). An den 1366 (1886) Angriffsstreiks waren 351 009 (81 427) Arbeiter beteiligt. 17 % dieser Streiks mit 245 454 oder 70 % der beteiligten Arbeiter hatten keinen Erfolg aufzuweisen. Dieses wenig günstige Resultat ist in der Hauptsache auf den Bergarbeiterstreik im Ruhrrevier zurückzuführen, bei dem ja die organisatorischen Vorbedingungen für einen Erfolg durchaus fehlten.

Immerhin haben die Gewerkschaften, alles in allem betrachtet, im letzten Jahre bei den Lohnkämpfen erhebliche Erfolge erzielt. Das zeigt die Übersicht über die materiellen Ergebnisse der Lohnbewegungen, die zum erstenmal von der *Generalkommission* für das Jahr 1905 geboten wird. Wir können über diese Statistik natürlich nur kurz berichten und verzeichnen deshalb nur die Gesamtziffern. Danach erzielten 186 363 beteiligte Arbeiter eine Arbeitszeitverkürzung von 696 259 Stunden pro Woche, 426 687 Beteiligte 885 311 M. Lohnerhöhung pro Woche, 107 478 Beteiligte einen Aufschlag für Überstunden, 71 632 Beteiligte einen Lohnaufschlag für Nacht- und Sonntagsarbeit, 18 331 Beteiligte eine Beseitigung respektive Regelung der Akkordarbeit oder Abwehr der Beseitigung der Lohnarbeit; 8123 Beteiligte erzielten eine Verbesserung oder verhinderten eine Verschlechterung der Fabrik- u. s. w. -ordnung, 5386 Beteiligte teiligte errangen sonstige Vorteile oder wehrten Verschlechterungen ab, in 1507 Fällen wurden für 257 791 Beteiligte korporative Arbeitsverträge abgeschlossen.

Diese Übersicht zeigt die grosse Bedeutung der Gewerkschaften für das Wirtschaftsleben. Denn nimmt man an, dass die erzielten Lohnerhöhungen auch nur 40 Wochen im Jahre voll zur Geltung kommen, so ergibt sich eine jährliche Steigerung des Lohneinkommens der an den Lohnbewegungen direkt Beteiligten um rund 35½ Mill. M. Aber Lohnsteigerungen in diesem Umfange bleiben auf den Kreis der an der Lohnbewegung Beteiligten nicht beschränkt, sie wirken steigernd auf die Löhne der Gesamtarbeiterschaft. Das allein schon, abgesehen von den sonstigen materiellen Erfolgen und dem günstigen erziehlichen Einfluss auf die Arbeiterklasse und auf das öffentliche Leben zeigt uns die grosse Rolle der gewerkschaftlichen Bewegung in Deutschland.

X X

Buchdruckertarif In den Ende September zwischen den Vertretern des Buchdruckerverbandes und des Buchdruckerprinzipalsvereins gepflogenen Verhandlungen über die Neugestaltung der Arbeitsverhältnisse ist es zwischen beiden Organisationen zum Ab-

schluss eines revidierten Lohntarifs und eines Tariforganisationsvertrages gekommen. Die Gehilfen hatten eine Erhöhung der Grundpositionen um 15 %, eine Verkürzung der täglichen Arbeitszeit um eine halbe Stunde, Besserstellung respektive Einschränkung der Überstunden und Einschränkung des Staffeltarifs gefordert. Es kam zum Abschluss eines Tarifvertrags auf die Dauer von 10 Jahren, durch den die wöchentliche Arbeitszeit zunächst um eine halbe Stunde gekürzt wird. Ferner wurde das Minimum im gewissen Gelde wie folgt festgesetzt: auf 18 M. (bisher 16,50 M.) im ersten Gehilfenjahr, 23 M. (21,50 M.) bis zum 21., 24 M. (22 M.) vom 21. bis 24. Lebensjahr, 25 M. (22,50 M.) für über 24 Jahre alte Gehilfen. Zu diesen Minimalsätzen treten dann noch die örtlichen Lokalzuschläge. Den Gehilfen, welche bisher nicht mehr als 3 M. über das Minimum Lohn erhielten, ist eine 10prozentige Lohnerhöhung zugestanden worden. Nach 5jähriger Dauer des Tarifes ist eine Erhöhung der Lohnsätze zulässig, sofern erhöhte Lebensbedingungen oder technische Veränderungen eine solche als geboten erscheinen lassen. Kommt über eine eventuelle Neuregelung des Tarifs eine Einigung nicht zu stande, so kann dieser Teil des Tarifs mit einjähriger Kündigungsfrist gekündigt werden. Bemerkenswert ist noch, dass für die in Lohn arbeitenden Gehilfen einheitliche Kontrollzettel eingeführt werden, und dass diese Gehilfen somit zu einer bestimmten Minimalleistung angehalten werden sollen. Ferner, dass für Maschinensetzer in reinen Zeitungsbetrieben wieder, wie früher, das Berechnen zugelassen werden soll. Dies die wichtigsten Bestimmungen des Lohntarifs. Über den zum erstenmal abgeschlossenen Organisationsvertrag hat bereits der Vorsitzende des Buchdruckerverbandes, Emil Döblin, in seinem Artikel *Der Sturmlauf gegen die Tarifgemeinschaften* in diesem Bande der *Sozialistischen Monatshefte*, pag. 932 ff., das Nötige gesagt.

Gegen dieses Tarifabkommen ist sowohl in Buchdruckerkreisen, wie in einem Teile der Parteipresse heftig Opposition gemacht worden. Es machte sich da vor allen Dingen unter den Buchdruckern Unzufriedenheit darüber bemerkbar, dass eine erhebliche Verkürzung der Arbeitszeit nicht eingetreten ist, ferner wandte man sich gegen die Arbeitskontrolle der Lohnarbeiter und die Wiedereinführung der Akkordarbeit für Maschinensetzer, Unzufriedenheit äusserte man auch über die zu niedrige Lohnerhöhung und schliesslich über den vorbehaltlosen Abschluss des Tarifs durch die Gehilfenvertreter, ohne dass der Masse der Gehilfen das letzte Wort blieb. Einige Parteiblätter haben sich dann dieser Kritik angeschlossen und ihrerseits auch wieder aus diesem Anlass Angriffe auf die Leitung der Buchdruckerorganisation gerichtet. Man kann nun gewiss über verschiedene Bestimmungen des Tarifs geteilter Meinung sein, aber man wird zugestehen müssen, dass die Buchdrucker in dieser Tarifrevisionskampagne erhebliche materielle Erfolge erzielt haben. In jedem Falle war es verfehlt, eine momentane Erregung in den Mitgliederkreisen des Buchdruckerverbandes durch eine durch und durch unsachliche Kritik auch noch zu schüren. Von den Buchdruckern ist auch in den bedeutenderen Druckorten, wo zunächst eine ablehnende Haltung eingenommen wurde, der Tarif mittlerweile anerkannt worden. Immer noch nicht abgeschlossen ist aber eine hässliche Polemik zwischen dem *Vorwärts* und dem (Buchdrucker-)*Korrespondenten*, die man schon wegen ihrer Unsachlichkeit bedauern muss.

× ×

Frankreich: Gewerkschaftskongress In der Zeit vom 8. bis zum 13. Oktober fand in Amiens der 15. französische Gewerkschaftskongress statt. Den wichtigsten Beratungsgegenstand bildete die Frage des Verhältnisses der Gewerkschaften zu den politischen Parteien, das heisst zur sozialistischen Partei. Ein Antrag der Textilarbeiter, engere Beziehungen zu dieser Partei anzuknüpfen und zu erhalten, wurde abgelehnt. Es gelangte eine längere Resolution zur Annahme, die in der Hauptsache die bisherigen nurgewerkschaftlichen Tendenzen der Mehrzahl der französischen Gewerkschaften zum Ausdruck bringt und ihre alte Liebe zum Generalstreik wieder betont. Bemerkenswert ist, dass von den Wortführern des französischen Gewerkschaftswesens betont wurde, die Organisationen wären autonom und hätten das Recht, zeitweilig und vorübergehend mit einer politischen Partei in Verbindung zu treten. Dagegen wurde den Gewerkschaften zur Pflicht gemacht, die antimilitaristische und antipatriotische Propaganda immer stärker zu betreiben und jede dahin zielende Aktion zu unterstützen. Zur Acht-

stundenbewegung wurde ein Beschluss gefasst, der im Prinzip dem Achtstundentag zustimmt, dagegen die Festsetzung des Datums, von dem ab der Achtstundentag praktiziert werden soll, dem Komitee der *Konföderation* überlässt, die zuvor die Verbandsvorstände zu befragen hat. Das ist eine wesentliche Modifikation des Beschlusses von Bourges. Bedauerlich ist die Votierung einer Resolution Delasalle, die die momentane Unterbrechung der internationalen Beziehungen (vergl. *Sozialistische Monatshefte*, 1905, II. Bd., pag. 709) billigt und das Komitee auffordert, diese Beziehungen wieder aufzunehmen. Kenner der Verhältnisse wissen, dass diese Beschlussfassung auf die Gründung einer neuen Gewerkschaftszentrale mit anarchistelnden und *nurgewerkschaftlichen* Tendenzen hinausläuft. Allgemein wird dem Kongress nachgerühmt, dass er in der Entwickelung der französischen Gewerkschaften zu einer gesunden kräftigen Gewerkschaftstaktik ein Fortschritt bedeute. Jedenfalls ist dieser Fortschritt nur gering.

× ×

Kurze Chronik Der 2. gewerkschaftliche Unterrichtskursus wurde am 15. Oktober in Berlin eröffnet. An ihm nahmen 47 Genossen und 2 Genossinnen teil. × Die *Holzarbeiterzeitung* hat mit dem 1. Oktober eine Auflage von mehr als 150000 Exemplaren erreicht. × Der *Gutenbergbund*, die bekannte Streikbrecherorganisation im Buchdruckgewerbe, ist nunmehr in den *Gesamtverband christlicher Gewerkschaften* aufgenommen worden. × Ein 2. christlicher Arbeiterkongress soll Anfang nächsten Jahres in Berlin abgehalten werden. Der erste fand bekanntlich im Jahre 1904 in Frankfurt a. M. statt. Viel Sinn hat diese christlich-nationale Arbeiterkongresselei nicht, bezeichnet doch jetzt selbst der katholische *Arbeiter* in München als das einzige Ergebnis des ersten dieser Kongresse »eine schöne Reichskanzlerrede Ende 1904, eine noch schönere Thronrede am 28. November 1905 — aber keine Tat«.

ERNST DEINHARDT

Genossenschaftsbewegung

Trust und Genossenschaft Ein interessanter Kampf, dem die Bedeutung eines Vorspiels späterer gigantischer Ringkämpfe zukommt, hält jetzt die englischen Genossenschafter in Atem. In England hat sich vor kurzem ein Seifentrust gebildet. Eine kleine Anzahl mächtiger Firmen, die den Seifenmarkt des Landes beherrschen, hat sich zusammengeschlossen; die Tage der *Outsiders* sind gezählt, und wenn auch der Trust bis jetzt feierlich versichert, dass er an keine Erhöhung der Seifenpreise denke, so weiss man doch, dass auch in diesen Fällen der Weg zur Hölle mit guten Vorsätzen gepflastert ist. Die englischen Genossenschafter haben nun sofort unter dem Schlachtrufe *Schliesst die Reihen!* gegen diese drohende Ausbeutung der Konsumenten flott gemacht. Sie betrachten die Errichtung des Seifentrusts als eine nie wiederkehrende Gelegenheit, die Produkte ihrer eigenen Fabriken in einem weit höheren Masse, als dies bis jetzt der Fall ist, in den Konsum der Genossenschaftsmitglieder einzuführen. Bekanntlich besitzt sowohl die englische, als auch die schottische *C. W. S.* mächtige Seifenfabriken, erstere in Irlam, letztere in Grangemouth. Die englische *C. W. S.* stellt in den Irlamer Werken nicht weniger als 60 verschiedene Sorten Wasch- und 50 Sorten Toilettenseifen her; ihre Produktion beträgt wöchentlich rund 300 Tonnen. Das ist etwa der vierte Teil des Seifenbedarfs der englischen Konsumvereine überhaupt. In jeder Nummer der *Co-operative News* werden nun flammende Appelle an die Genossenschaften gerichtet, die fremden Seifen aus ihren Verkaufsstellen zu verbannen und nur noch die Produkte ihrer eigenen Fabriken zu führen. Aus einer ganzen Reihe von Vereinen ist auch schon die Nachricht gekommen, dass entsprechende Beschlüsse gefasst seien. In den genossenschaftlichen Schaufenstern findet man jetzt Plakate, die das Publikum über die Frage aufklären, und die Aufträge der Irlamer Fabrik sind enorm in die Höhe gegangen.

Die *C. W. S.* kann dem sich entspinnenden Kampfe mit um so grösserer Ruhe entgegensehen, als sie in Sidney in Australien ihre eigenen Fabriken für Öl und Talg besitzt, also eine Absperrung des Rohmaterials, einen beliebten Trick der Trusts, nicht zu befürchten braucht. Vielleicht wird der Verlauf und Ausgang des Kampfes auch für manche unserer deutschen Sozialtheoretiker lehrreich sein, die mit solcher Vorliebe auf die Ohnmacht des *winzigen* Genossenschaftskapitals gegenüber dem mächtigen vertrusteten Privatkapital hinweisen.

× ×

Österreich: Genossenschaftstag Am 26. und 27. Oktober fand in Prag der 5. Verbandstag des *Zentralverbandes österreichischer Konsumvereine* statt, jener Organisation, die bekanntlich unter fast den gleichen Umständen das Licht erblickt hat, wie unser deutscher *Zentralverband*. Auch in Österreich ist die moderne Richtung der Konsumgenossenschaftsbewegung, seit sie auf eigenen Füssen steht, rüstig vorwärts geschritten. Wie aus dem Bericht des Sekretariats hervorgeht, haben sich dem Verband im Jahre 1905 75 neue Vereine angeschlossen, so dass er jetzt 381 Genossenschaften mit rund 120000 Mitgliedern umfasst. Von den angeschlossenen Konsumvereinen berichteten 272 zur Statistik. Sie zählten zusammen 113730 Mitglieder, hatten einen Umsatz von 30727353 K. und einen Reingewinn von 1790415 K. Ausserdem liegen noch die Geschäftsberichte von 35 Produktivgenossenschaften vor, die einen Mitgliederbestand von 2680 Personen, einen Geschäftserlös von 3909613 K. und einen Überschuss von 196757 K. aufweisen. Die günstigste Entwickelung hat die Bewegung in Niederösterreich genommen, wo dem Verband jetzt 41 Vereine mit über 54000 Mitgliedern angehören. Das Verbandsorgan *Der Konsumverein* erscheint in deutscher und tschechischer Sprache, und zwar seit Neujahr 14tägig.

Von den Gegenständen der Tagesordnung war der wichtigste Punkt die Errichtung einer Unterstützungskasse für die Angestellten. Verbandssekretär Exner, der hierzu das Referat übernommen hatte, verbreitete sich eingehend über das genossenschaftliche Arbeitsverhältnis, dessen Ausgestaltung im fortschrittlichen Sinne (Regelung der Lohnverhältnisse, Maximalarbeitszeit, möglichste Sonntagsruhe, jährlicher Erholungsurlaub u. s. w.) er anregte, und schloss daran die Forderung einer Alters-, Invaliditäts-, Witwen- und Waisenunterstützungskasse. Eine alle Punkte seines Referats zusammenfassende Resolution wurde mit grosser Majorität angenommen, ebenso ein Zusatzantrag, der die Vereine bereits ab 1. Januar 1907 zur vorläufigen Einzahlung der auf sie entfallenden Beiträge verpflichtet. Des weiteren behandelte der Verbandstag die Frage der Unterstützung der Produktivgenossenschaften durch die Konsumvereine, die er in dem Sinne beantwortete, dass nur solche Produktivgenossenschaften Anspruch auf diese Unterstützung haben, die im Geiste der modernen Genossenschaftsbewegung geführt und auf solider Grundlage errichtet sind. Bei neu zu errichtenden Genossenschaften dieser Art soll die Zustimmung des *Zentralverbandes* zu ihrer Gründung Voraussetzung jener Unterstützung sein. Endlich wurde noch die Errichtung eines Sekretariats in Prag beschlossen, um mit den tschechischen Vereinen, die man von anderer Seite zu einer nationalen Abspaltung zu treiben bemüht ist, in engere Fühlung zu gelangen.

Dem Verbandstage schloss sich die Generalversammlung, und zwar die erste, der *Grosseinkaufsgesellschaft österreichischer Konsumvereine* an. Sie konnte sich über eine trotz aller zu überwindenden Schwierigkeiten überraschend günstige Entwickelung des jungen Unternehmens Bericht erstatten lassen. Obgleich das eigene Kapital der Gesellschaft erst 90000 K. beträgt, wurde im ersten, 11 Monate umfassenden, Geschäftsjahr ein Umsatz von über 5½ Mill. K. erzielt. Ein ausserordentlicher Erfolg!

× ×

England: Angestelltenverband Die 15. Jahresversammlung des Verbandes englischer Genossenschaftsangestellter wurde diesmal an 6 verschiedenen Orten abgehalten. Etwa 500 Delegierte beteiligten sich an den Konferenzen, denen überall die selbe Tagesordnung zu Grunde lag. Dem Jahresbericht entnehmen wir, dass die Organisation in den letzten 10 Jahren ihre Mitgliederzahl von etwa 2000 auf über 13000 vermehrt hat, während zugleich ihre Fonds von 66800 M. auf über 400000 M. gestiegen sind. Der Fortschritt des letzten Jahres prägt sich in folgenden Zahlen aus:

	1904-1905	1905-1906
Mitglieder	11819	13203
Abteilungen	346	383
Beiträge	M. 191260	M. 226420
Krankengelder	„ 55108	„ 59140
Arbeitslosenunterstützung	„ 23160	„ 26460
Invalidenunterstützung	„ 120	„ 13600
Begräbnisgelder	„ 8160	„ 6360
Bestand der Zentralkasse	„ 332320	„ 402520
Bestand der Lokalkassen	„ 20400	„ 23680

Die Zahl der im letzten Jahre in einer der genannten Formen unterstützten Angestellten betrug 2955. Wir sehen aus alledem, welche Bedeutung und Leistungsfähigkeit die Organisation bereits gewonnen hat. Der wichtigste Beschluss des Kongresses war der, dem *Arbeitervertretungsbunde* beizutreten, eventuell sogar eigene Kandidaten für die Wahlen aufzustellen. Damit würde zugleich der Verband das Recht erhalten,

sich auf den Gewerkschaftskongressen und anderen Arbeiterparlamenten vertreten zu lassen. Ferner wurde beschlossen, in den Anstrengungen zur Durchsetzung des Minimallohnes für männliche Angestellte über 21 Jahren fortzufahren. Charakteristischerweise wurde eine Resolution, die die Anwendung des Streiks zu diesem Zwecke empfahl, mit 440 gegen 20 Stimmen abgelehnt. Das gute Verhältnis der englischen Genossenschaftsbeamten zu ihren *Arbeitgebern* dokumentiert sich auch in der Tatsache, dass das Organ des Verbandes die Genossenschaftszeitung *The Co-operative News* ist.

× ×

Sonderbündelei In Magdeburg war einem Teil der in der dortigen grossen Konsumvereinsbäckerei angegestellten Bäckerarbeitern kürzlich zu wohl geworden. Sie erkannten plötzlich, dass der Bäckerverband ihre Interessen nicht genügend wahrnähme, und beschlossen daher die Gründung eines *Zentralverbandes der Konsumbäcker Deutschlands.* Zirkulare an ihre Leidenskollegen in den anderen Konsumvereinen wurden versandt. Hier fand man aber keine Gegenliebe, und, um das Unglück voll zu machen, verweigerte auch noch das Gewerkschaftskartell Magdeburg dem neuen Verbande die Aufnahme mit der Begründung, dass der von der bestehenden Bäckerorganisation mit dem *Zentralverband deutscher Konsumvereine* abgeschlossene Tarifvertrag »den in Konsumvereinen beschäftigten Bäckern weit günstigere Arbeits- und Lohnverhältnisse verschaffe, als die privaten Klein- und Mittelbetriebe zurzeit noch besitzen«. Die Magdeburger Sonderbündler können noch froh sein, dass es so gekommen ist. Sie haben durch den erwähnten Tarifvertrag in Magdeburg die 8stündige Arbeitszeit, einen Anfangsminimallohn von 23,10 M. wöchentlich, volle Sonntagsruhe, ferner 6 Tage Ferien und andere Vergünstigungen. Gegenüber dem neuen Verband wäre der Konsumverein zur Einhaltung dieser Arbeitsbedingungen keineswegs verpflichtet gewesen; es hätte vielmehr erst einer neuen Erringung dieser Bedingungen bedurft.

× ×

Kurze Chronik Die *G. E. G.* hatte in den ersten 3 Quartalen 1906 einen Umsatz von 29 799 360 M., ein Mehr von 4 879 982 M. gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres. × Zwecks Verschmelzung haben die Konsumvereine Leipzig-Plagwitz und Stötteritz Verhandlungen angeknüpft. × Die diesjährige Ausstellung der englischen *C. W. S.* in dem Seebadeorte Blackpool, die am 30. September geschlossen wurde, wies die Besuchsziffer von 320 000 auf. Es wurden für zirka 70 000 M. Warenproben verkauft. × Die Rochdaler Genossenschaft der *Redlichen Pioniere* hat zur Errichtung eines Stadtkrankenhauses einen Fonds von 10 000 M. gestiftet. × Auch der Turiner Konsumverein hat sich um die leidende Menschheit verdient gemacht durch Einrichtung eines Dispensatoriums für Säuglinge in der dortigen geburtshilflichen Klinik. Es ist dies eine Ablage seines eigenen Säuglingsheims, dem er ausserdem noch zwei Filialen in der Stadt hat folgen lassen.

× ×

Literatur Das 4. Jahrbuch des *Zentralverbands deutscher Konsumvereine* ist soeben herausgekommen. Diesmal machte das weitere Anwachsen des Stoffes seine Zerlegung in 2 Bände notwendig, die immer noch den hübschen Umfang von 496 und 592 Seiten haben. Der I. Band enthält den bereits im Sonderabdruck veröffentlichten und auch in dieser Zeitschrift besprochenen Bericht des Verbandsvorstandes und des Sekretariats über das Jahr 1905, der II. Band den Jahresbericht der *G. E. G.* und die Berichte über die Entwickelung der einzelnen Revisionsverbände. Wir haben schon seinerzeit den grossen statistischen Wert dieser Veröffentlichungen und die in ihnen enthaltene fleissige Arbeit hervorgehoben, die ihnen einen Platz in jeder sozialpolitischen oder Arbeiterbibliothek sichern sollten. Heute sei nur eine Anregung rein äusserer Natur gegeben: Wir vermögen keinen Grund zu erkennen, warum jener erwähnte Sonderabdruck zunächst für sich erscheint, was doch mit nicht unwesentlichen Mehrausgaben verknüpft ist, und nicht statt dessen gleich der ganze I. Band des Jahrbuches dem Verbandstag vorgelegt wird. Kein Teil seines Inhalts entspringt einer späteren Zeit. So bekommt der Genossenschafter Teile dieses Bandes tatsächlich dreimal zugestellt, erst in der *Konsumgenossenschaftlichen Rundschau*, dann im Sonderbericht, dann im Jahrbuch. Dass der II. Band, der die Verhandlungen des Genossenschaftstages, der Generalversammlung der *G. E. G.*, den angenommenen Tarifvertrag mit den Handels- und Transportarbeitern, die

Generalversammlung der Unterstützungskasse und die Protokolle der Unterverbandstage enthält, also auch ein höchst interessantes Werk ist, dann einige Monate später erscheinen würde, als der I. Band, würde schliesslich kein Schade sein.

GERTRUD DAVID

Sozialpädagogische Bewegung

Volkshochschultag Der 2. Volkshochschultag wurde in der technischen Hochschule zu Charlottenburg abgehalten. Die Tagung war vom *Ausschusse für volkstümliche Universitätsvorträge* an der Wiener Universität und von dem *Verbande für volkstümliche Kurse von Hochschullehrern des Deutschen Reiches* zum Zwecke der Aussprache und Beratung veranstaltet. Die Zahl der Teilnehmer betrug 70, es waren 5 deutsche, 3 österreichische Universitäten und 7 deutsche Hochschulen vertreten. Das erste Thema der Tagesordnung betraf die Frage, auf welche Weise akademisch gebildete Mitarbeiter, die »dem Hochschulkörper nicht angehören«, herangezogen werden können. In diesem Punkte trat ein Gegensatz zwischen der deutschen und österreichischen Praxis zu Tage. Die deutsche Praxis ist weniger exklusiv, und der Referent Kähler-Aachen fasste diesen Standpunkt in die Worte, dass »aus einer Hochschulbewegung eine Bewegung der akademisch gebildeten Kreise herauswachsen« müsse. Der Korreferent Wettstein-Wien hielt hingegen an dem Prinzip der Beschränkung auf Hochschulkräfte fest, und fast alle Diskussionsredner traten auf seine Seite. Es zeigte sich, dass das bisherige Hinabsteigen zu den Gymnasiallehrern auf deutscher Seite nicht etwa der Überzeugung von der Ebenbürtigkeit und gleichen Befähigung dieser Kreise entsprang, sondern eine Folge des geringeren Entgegenkommens der deutschen akademischen Lehrer ist. Dieses wieder habe, wie Hartmann-Wien wohl mit Recht bemerkte, seinen Grund in der fehlenden materiellen Grundlage, welche eine Verstaatlichung der Kurse der deutschen Bewegung erst noch bringen soll, während man in Wien bekanntlich schon so weit ist (vergl. pag. 611). Der zweite Punkt der Tagesordnung war der planmässigen Ausgestaltung der Vortragskurse gewidmet. Auch hier wies Kähler-Aachen, der in seinem Schlusswort zu Punkt 1 seinen Standpunkt aufrechterhalten hatte, darauf hin, dass ohne Heranziehung nichtakademischer Lehrer an eine Ausgestaltung der Programme in Deutschland, besonders an den kleineren Hochschulen, nicht möglich sei.

Der zweite Tag brachte das interessante Thema der Beteiligung der Studentenschaft an der Volksbildung und Volksunterhaltung. Der Referent Markuse-Berlin sah in der Lehrtätigkeit der Studenten »sowohl ein Bindeglied, wie eine Vorbereitung« zu den von Universitätsdozenten abgehaltenen volkstümlichen Hochschulkursen, und Reich-Wien fand als Korreferent die Lehrtätigkeit der Studenten höchst wünschenswert, erkannte besonders die Leistungen der Charlottenburger an, billigte es, dass Studenten Elementar- und Fächer der unteren Mittelschulklassen lehren, mahnte aber zur Vorsicht bei solchen historischen und literarischen Kursen, die in moderne Zeit- und Streitfragen eingreifen, zu deren Behandlung der Student meist nicht reif genug sei. Demgegenüber schilderte Professor Campe-Charlottenburg die Stellung des Senats der technischen Hochschule zu den Kursen der Charlottenburger Studenten. Anfangs bestanden Bedenken, ähnlich denen des Korreferenten, die Erfahrungen seien aber stets günstige gewesen, »weil die Studenten sehr vorsichtig sind«, wie es in dem uns vorliegenden Bericht des *Zentralblattes für Volksbildungswesen* heisst. Die Studenten Charlottenburgs geben den Arbeitern bekanntlich neben dem Unterricht der Elementarfächer auch solchen in moderner Literatur und einen Einführungskursus in die Strafprozessordnnung.

× ×

Bibliotheken und Lesehallen Das Kuratorium der städtischen Volksbibliotheken und Lesehallen Berlins erstattete den Bericht für 1905. Danach wurden aus den 28 Volksbibliotheken 1 344 670 Bände entliehen, 34 240 mehr, als im Vorjahre, und 881 331 mehr, als im Jahre 1895; somit fast eine Verdreifachung in 10 Jahren. Bemerkenswert ist, dass in manchen Abteilungen wissenschaftlicher Lektüre die Ausleiheziffer sich mehr als verdreifachte und auf das Fünf- und Sechsfache anstieg. Erleichterung der Benutzungsmöglichkeit und Anschaffung besseren Lesematerials haben dieser Steigerung des Lesebedürfnisses den Weg geebnet. Die 11 Lesehallen hatten 141 446 Besucher.

Eine sehr interessante Fixierung des Verhältnisses der Volksbibliotheken zur Einwohnerzahl Wiens findet sich in Lampas *Zentralblatt.*

Jahr	Einwohner	Biblio-theken	Ausleihungen
1880	705 000	2	48 700
1890	1 365 000	13	234 100
1900	1 780 000	33	2 486 700
1905	1 800 000	41	3 400 000

Die *Gesellschaft zur Verbreitung von Volksbildung* (Sitz Berlin) begründete im Berichtsjahre 1905 288 Bibliotheken mit 14 883 und unterstützte 3271 Bibliotheken mit 44 543 Bänden, sie liess ausserdem 632 Wanderbibliotheken mit 30 194 Bänden zirkulieren.

× ×

Kurze Chronik Die Bildungsbestrebungen innerhalb der Partei erhielten einen heilsamen Ansporn durch die Aufnahme des Themas *Volkserziehung und Sozialdemokratie* in die Tagesordnung des Mannheimer Parteitages. An vielen Orten zeigt sich schon jetzt ein lebhafteres Interesse unter den Genossen für die Erschliessung des Wissens und den Genuss der Kunst. Auf das Thema selbst komme ich noch zurück. × Der *Arbeiterbildungsschule* Berlin ist es nach langem Mühen möglich geworden, ein eigenes Heim, Grenadier St. 37, zu beziehen. Möge sie dort ihre, von uns stets gerühmte Wirksamkeit in ausgedehntem Masse fortsetzen! Der uns zugegangene Aufruf verkündet einen wertvollen Lehrplan für das IV. Quartal. Aber es muss leider gesagt werden, dass er seiner äusseren *künstlerischen* Ausstattung nach eine arge Geringschätzung derjenigen bedeutet, deren Aufmerksamkeit er erregen soll, und nicht minder eine Gefährdung jener, die sich ein Kunstempfinden erst noch schaffen wollen und allem Dargebotenen naiv gegenüberstehen. Auch im Kleinen und Kleinsten sollten derartige Verstösse gegen die ästhetische Seite des Erziehungsgedankens heute nicht mehr vorkommen. Am allerwenigsten aber durch proletarische Organisationen und Lehrkörper.

× ×

Literatur Die Schrift Maria Lischnewskas *Die geschlechtliche Belehrung der Kinder* /Frankfurt a. M., Sauerländer/ will auf den Schulunterricht, insbesondere den Volksschulunterricht, reformatorisch einwirken, wendet sich scharf gegen die übliche Schweigemethode in den Schulen und fordert eine im dritten Schuljahre einsetzende, wissenschaftliche, von ehrfurchtsvoller und poetischer Auffassung geleitete Aufklärung der Kinder über die Quellen des Lebens und die Organe des tierischen und menschlichen Körpers. Die Schrift ist von reinstem sittlichem Wollen diktiert und unverkennbar auf dem rechten Wege, wenn sie die Aufklärung der Jugend zu einer Aufgabe der Schule erklärt — da die Eltern gar selten dazu befähigt sind — und wenn sie diese Aufgabe ausgeführt wissen will, ehe das Leben im Hause und auf der Strasse mit seiner respektlosen und unschönen Aufklärung zuvorkommt. Im zweiten Teile der Schrift macht die Verfasserin methodische Vorschläge, und hier muss man sich allerdings fragen, ob der edle Eifer sie nicht zu weit führt. Bilder und Querschnitte mit allen anatomischen Einzelheiten erscheinen uns bei einer Aufklärung der Kinder, die doch allein sittliche Zwecke verfolgt, nicht angebracht; das sittlich-schöne Wort, so sollte man meinen, sei das passende und ausreichende Mittel. FRANZ LINDHEIMER

KUNST

Bildende Kunst

Hofer Wie alljährlich in Berlin, setzte auch diesmal mit September die Saison der winterlichen Kunstausstellungen in den Privatsalons fast allzureich ein. Wo wir hinschauen, finden wir gleich mehrere Kollektionen, deren eine die andere zu erdrücken scheint; das trifft besonders auf den weiträumig angelegten Salon Schulte zu. Dort sahen wir unter anderem den Karlsruher Maler Hofer, der, so wir uns recht erinnern, in Berlin zum erstenmal ausstellt. Wir kannten seine Arbeiten von der Cölner Ausstellung des letzten Sommers her und hatten damals, wie diesmal, den gleichen Eindruck einer originellen, nicht gewöhnlichen, doch der Gefahr des Manierismus nah gerückten Begabung. So gewahren wir bei einer Gruppe von mehreren Bildern auf den ersten Blick ein eintönig erdfahles Kolorit, das eine gleichbeschränkte Formenwahl wie lallend zu beleben versucht; man hat ein wenig die Empfindung, den krampfhaften Gefühlsäusserungen eines Taubstummen gegenüber zu stehen, dem sich das ganze Spiel des Lebens zu einer klanglosen Geste verdichtet. Wo hinaus aber soll ein derartiger Manierismus führen, und

wie denkt sich dieser junge Künstler seine Entwickelung, der in der Tat, solange er im Banne dieses Schemas weilt, jede Möglichkeit abgeschnitten scheint, ja, wie vermag ein Künstler auch nur eine derartig monochrome Farbenskala aus der prismatisch flimmernden Natur abzuleiten? Man möchte an einen seelischen Defekt glauben. Dabei ist der Künstler ein feiner Zeichner; die in ihren Rundungen gewissermassen vibrierende Linie ist lebenswarm, vor allem, wo sie einen Frauenleib umschreibt: man sehe den Akt auf dem Bilde *Venus und Mars* und auch sonst die Bauch- und Brustmuskulation seiner Weiber. Und, wie Form und Farbe, ist der Typus stets der gleiche; etwas Umnebeltes, Fakirhaftes ist an diesen Menschen, man könnte, wie gesagt, auch an Taubstumme denken. Und das Auge seiner Frauen hat zugleich etwas Fauliges, der Mund ein Vampyrhaftes; wirken wie Geister, die indischen Felsengräbern entstiegen. Und daher, nochmals gefragt, warum malt ein junger Karlsruher Maler derartige Anachronismen im Jahre 1905 in Rom?

× ×

Gallen Archaisch wirkt der Schwede Axel Gallen-Kaleda ja auch, doch lässt man sich's bei ihm gefallen, da er, wo er mit Absicht stilisiert, die alten Sagenstoffe seines Heimatlandes in Formen und Farben behandelt, die der frühen Textilkunst seiner Ahnen entnommen sein könnten. Sie weckten auf alle Fälle Gefühle in uns, die zu unserem innersten Bestand und seelischem Erinnerungsschatz gehören, indem wir unserer Ahnen Geist erwachen fühlen. Ja, der Künstler ist uns sogar in diesen Tafeln am liebsten, und wir finden, dass er nicht selten, nun er sich auch des naturalistischen Ausdrucks in der Landschaft bedient, unzulänglich wirkt, und je nach dem Grad, in dem er sich von der dekorativen Form entfernt. Bedeutend erschien er uns diesmal nur als Porträtcharakteristiker, so in dem Bilde des Edvard Munch, das diese Persönlichkeit in der Form vielleicht nicht ganz wiedergab, um so wirkungsvoller aber im Ausdruck; es war der aus dem wie halb geschlossenen Auge hervorflimmernde Blick und der Mund von grosser Suggestivität.

× ×

Rolfs Den deutschen Impressionisten Christian Rolfs, der zum Künstlerstab des *Folkwang-Museums* in Hagen gehört, möchten wir mit ziemlicher Entschiedenheit ablehnen. Er gehört gewiss zu den besseren Begabungen der jungen Generation, doch teilt er deren Nachteile in bedenklichem Grade: einst pointillierte er, setzte Punkt neben Punkt, in blassen, reinen Farben, noch vor ein paar Jahren; nun ist der Dämon Vincent van Goghs in ihn gefahren, und der Pinsel des Malers schlägt in grellen Farben wilde Kurven: ein Wahnsinn, der keine Methode mehr hat, da er angenommen ist. Und unter einer dieser Farbenorgien stand das Wort *Patrizierhaus,* während wir kaum ein Haus gewahrten. Und was soll auch einem derartigen Bilde der Titel? Die Modernen hatten ihn längst überwunden.

× ×

Pasternack Zu gleicher Zeit sehen wir dann noch bei Schulte die Handzeichnungensammlung des Russen Leonid Pasternack. Einen starken Eindruck übte sie nicht gerade, und die eine Hälfte wirkte schwächer, als die andere; sie zerfiel nämlich in zwei Teile, einem zusammengesetzten und dem die 20 Originalillustrationen zu Tolstojs *Auferstehung* umfassenden. Bedenkt man, was sonst an Buchillustrationen geleistet wird, so waren sie immerhin von Qualität, trafen mit Charakteristik den weichen, träumerischen Charakter der russischen Volksseele, wenn auch in einer Technik, die nicht selten weichlich und darum unsympathisch wirkte. Aber die Komposition der Szenen war gut, und auch die Bewegung, besonders aber die Wahl der Typen — manchmal auch möchte man denken: ein russischer Allers —, so der himmlisch-zarte, madonnenhafte der Mädchen und der patriarchalische der Bauern in Kreide und Gouache. Technisch höher standen dann einige der vielen kleinen Blätter der anderen Gruppe; an ihnen fiel ein kräftigerer Strich auf, eine pittoreskere Art. Diese Kraft aber verliess den Künstler augenscheinlich, sobald er auch hier von einem literarischen Inhalt ausging, so in dem grossen Blatte *Der Schuster und der Reiche,* das in seinem Ideengang und auch in der Machart von ferne an die Werke des Halbrussen Sascha Schneider gemahnte.

× ×

Begas-Ausstellung Eine Begas-Ausstellung veranstaltete der *Verein Berliner Künstler* zur Feier des 75. Geburtstages des greisen Bildhauers im Saal der alten Musikhochschule. Sie machte keinen günstigen

Eindruck — schon dadurch, dass die Werke grösstenteils nicht im Original, sondern in Gipsabgüssen vertreten waren — und war wohl kaum dazu geeignet, das Urteil zu korrigieren, das wir uns über den Künstler gebildet haben, den Wilhelm II. den *preussischen Michelangelo* genannt haben soll. Man braucht auch nur die leere Fassade des Mannes anzusehen, und hat seine ganze Kunst, und wenn man dann sich zurückerinnert, dass vor Jahresfrist pietätvolle Verehrung in den gleichen Räumen das Werk des grossen Belgiers versammelt hatte, wird einem die heutige Leere doppelt deutlich. Damals blies man zum Rückzug von Meunier — so übel war er doch nicht —, und einer wusste gar zu erzählen, der grosse Belgier habe von deutschen Bildhauern Begas verehrt, dieser ihn aber, als er seine Karte abgab, nicht empfangen. *O sancta simplicitas!* Überschauen wir heute das Werk des Künstlers, so möchten wir den Jugendarbeiten doch den Vorzug geben. An ihrem Porträts fällt ein damals gewiss neuer Naturalismus der Form auf, der uns heute, wegen seines stereoskopischen Sehens des Gegenstandes — ein um die Dinge Herumsehen, ohne Flächen- und Materialwirkung — so unplastisch erscheint. Der Allegorieen barocker Schwung ist dann nicht ohne Gewandtheit, doch von schwammiger Sinnlichkeit. Nicht ohne Vornehmheit ist ferner die Moltke-Herme — wenn auch der Mantelansatz allzu wirklich schien — und der Marmor einer jungen Dame, während der Künstler dem Kopf Bismarcks sich durchaus nicht gewachsen zeigte. Bemerkenswert waren auch einige Malereien, die der Bildhauer in seiner Jugend in Rom anfertigte.

× ×

Manet- und Monet-Ausstellung

Der Kunstsalon Cassirer, dem wir so manchen erlesenen Genuss verdanken, eröffnete seinen diesjährigen Winterzyklus mit einer umfangreichen Manet- und Monet-Ausstellung. Er zeigte uns diesmal einen Teil der berühmten Gemäldesammlung des Pariser Opernsängers Faure. Sagten die hier ausgestellten Bilder uns nun über die beiden Künstler auch nichts direkt Neues, so waren wir doch besonders dankbar für die Gegenüberstellung der beiden in geschlossenen Gruppen, die uns den Unterschied ihres Wesens mit Nachdruck betonten. Die 16 Bilder Monets erstreckten sich durchweg über dessen erste und mittlere Epoche, während die 24 Bilder Manets aus allen Phasen stammten, und wir erkannten an ihnen deutlich den Unterschied und den Abstand der Begabungen, so dass wir unsere Meinung dahin ausdrücken möchten: Monet ist gewiss in der lyrischen Empfindung der wechselreichere Landschafter, Manet der entschieden grössere Maler; einigen seiner Werke eignet eine Reife und Ruhe, die an die der alten Meister mahnt. Das früheste Bild dieser Sammlung datiert aus dem Jahre 1856 und ist ein Kinderkopf in Pastell; man nimmt an, dass es eine im Atelier Couture entstandene Jugendarbeit ist, pikant in Form und Farbe, und in der sich schon manche spätere Eigenart des Meisters ankündigt. Dann folgten aus dem Jahre 1859 zwei wertvolle Kopieen, die eine nach Tizian, die andere nach Velasquez, den der Künstler fortan sich als Vorbild wählen sollte. Das erste grössere Werk seiner Hand ist der aus dem gleichen Jahre datierende *Absinthtrinker*, ein Bild, das sehr spanisch, sehr altmeisterlich noch anmutet, zugleich aber auch eigen und unabhängig. Das ganze ist, wie ein dunkler Schattenriss, nur auf Ton, in Braun gemalt; von der späteren Hellfarbigkeit gewahrt man noch keine Spur, und dieses Dunkel wird nur, wenn auch mit grosser Absicht, belebt durch den blauen Fleck des Strumpfes und die grüne Flüssigkeit im Glase des Trinkers. Charakteristisch ist auch die Pose des Mannes, der, mag die Absicht des Künstlers auch nur aufs Malerische gegangen sein, viel von der seelischen Verkommenheit des Alkoholikers anhaftete. Der *Lesende Mann* aus dem Jahre 1864, ein Bild, das in der Konzeption etwas steif, studienhaft wirkte, ist gleichfalls, bei aller Feinheit des Vortrages noch in dunklen Tönen gehalten. Aufgelichtet ist dann der *Strand von Boulogne* aus dem Jahre 1869, aufgelichtet, doch im Grunde noch luftlos und ein Beispiel dafür, dass der Künstler im Grunde kein Landschafter mit Empfindungsleben war; denn dieser Szenerie eignet bei allen pikanten Reizen etwas von der Leblosigkeit einer Marionettenbühne, ja, vielleicht, dass darin sogar ihr Reiz steckt, der Reiz eines Sehens, das eben nur auf die malerische Silhouette ging. In vollendeter Meisterschaft aber finden wir den Künstler als Schöpfer des Stilllebens *Der Kuchen* vom Jahre 1870, das, nebenbei bemerkt, 80 000 fr. kosten soll. Wie die braune Kruste des Backwerks hier behandelt ist, der blaue Hauch der

Pflaume und dann der Pfirsich in seiner wechselnden Erscheinung von Zartheit und Schwere, das erinnert an jene den Gegenstand frei und doch bis in seine letzte Eigenart wiederspiegelnde Malkunst der grossen alten Meister, der weder die nachahmenden Epigonen, noch die allzufrei vorgehenden Modernen gleich kommen. Nur der braune Hintergrund des Bildes sagte uns nicht sehr zu, und wir fanden ihn ein wenig unpersönlich; jedenfalls drängte er sich in dieser seiner Art ein wenig vor. Das Porträt des Kupferstechers Belot aus dem Jahre 1873, bekannt unter dem Titel *Le bon bock*, war von den Figurenbildern der Sammlung wohl das reifste; unbeschadet könnte man es neben einen guten Frans Hals hängen, so durchgearbeitet, frei von aller skizzenhaften Unzulänglichkeit in der Form ist es bei seiner grosszügigen Malweise, die dem Wesen des Stofflichen seinem Charakter nach durchaus gerecht wird. Das Porträt von Rochefort aus dem Jahre 1881 möchten wir nicht annähernd so hoch stellen; wenn in den Fleischpartieen auch lichter in der Farbe, schien es doch gequält und dem Geistigen in diesem Kopfe nicht annähernd gerecht zu werden, während das Porträt der Berthe Morizot durch seine lebendige Pose diesem Mangel glücklich entgangen schien. Der *Frühling* aus dem Jahre 1881 ist das erste Bild einer unvollendeten Serie, in der Manet die vier Jahreszeiten durch die Porträts von vier Pariser Schönheiten darstellen wollte. Wir konnten uns für das Bild nicht unbedingt begeistern, denn neben den malerischen Feinheiten seines köstlichen Kolorits, wie sie das Grau der Toilette aufweist, finden sich im Kontur des Kopfes unaufgelöste Härten. Alle seine Vorzüge aber entwickelte der Künstler in dem Bilde *Landhaus in Rueil* aus dem Jahre 1882 — er starb 1883 —; diese hervorragende Malerei weist jene, von neueren Malern nur Manet eigene Delikatesse des Strichs und der Töne auf: man beachte das Gelb des Mauerwerks und das zarte Grau der Fensterläden. Dabei ist in diesem Bilde nichts von Empfindung, jenem Empfinden, das Monet als Landschafter so gross macht, vielleicht aber diese Höhe malerischer Kultur beeinträchtigt. Das Monet gegen solche Malkunst manchmal kleinlich erscheint, ist natürlich; seine Stärke liegt eben in der Wiedergabe konzentriertester Stimmung. Manet sieht dagegen weit einfacher, er sieht weit weniger Einzelheiten in der Natur, vielleicht, weil er im Grunde kein Landschafter ist. Von diesen älteren Bildern Monets war der *Blick auf Paris* aus dem Jahre 1867 mit seinem fernen Häusermeer in klarster Luft sehr bemerkenswert; am persönlichsten sind jedoch für diesen Künstler die Bilder aus den achtziger Jahren, und wir möchten von diesen hier die *Fischer auf der Seine bei Poizoy* nennen oder die *Felder im Frühling.*

× ×

Kurze Chronik In Crefeld wird eine niederländisch-indische Kunstausstellung eröffnet werden, auf der besonders die Textilarbeiten interessieren dürften. × Der italienische Freiherr von Salvadori verkaufte ein Porträt Tizians, das den Kardinal Madruzzo, Bischof von Trient, darstellt, für 200 000 l. nach Amerika. × In Bremen erhielt in der Konkurrenz um das Franzius-Denkmal Fritz Schuhmacher gegen Billing und Jacobs den Preis. × Die Berliner *Nationalgalerie* erwarb einige Gemälde Menzels, 4414 Zeichnungen, 115 Aquarelle und 27 Ölstudien; ob darin nicht ein wenig zu viel des Eifers liegt? Mit Recht hatte man schon damals darauf hingewiesen, dass der Preis von 150 000 M. — auf den der Tod des Meisters das *Ballsouper* trieb — ein zu hoher sei, besonders aber für die Ankaufsmöglichkeiten unserer Galerie. Menzel gehört durchaus nicht zu jenen Meistern, deren Werke, etwa wie die eines Rembrandt, beliebig im Preis gesteigert werden können.

× ×

Literatur Die *Frankfurter Zeitung* publizierte unlängst einen bemerkenswerten Aufsatz *Der Kaiser, die Kunst und die Künstler.* Der ungenannte Autor muss ein Mann sein, der Hofkreisen nahe steht; er wusste recht interessante Bemerkungen über sein Thema zu machen, die zutreffend schienen, so wenig schmeichelhaft sie auch hin und wieder für den Monarchen waren. × Das August- und Septemberheft von *Kunst und Künstler* brachte eine eingehende Studie Karl Schefflers über Anselm Feuerbach, dessen Lebenswerk uns allen aus der Jahrhundertausstellung noch gegenwärtig ist. Mit feiner Analyse erklärte der Kritiker in seiner weitausholenden Art die seelischen Züge dieser komplizierten Künstlernatur, weniger freilich die technischen Qualitäten der einzelnen Phasen seines Werkes. Die gleichen Hefte enthielten

eine anregende Arbeit Maurice Denis' über seinen Landsmann, den Plastiker Maillol, dessen Kunst eine so eigenartige Mischung indischen und griechischen Stiles scheint. Ferner erzählte Heilbut in seiner liebenswerten Art über den Nazarener Emil Janssen. RUDOLF KLEIN

Dichtkunst

Ausländische Literatur

Richard Jefferies, der ein mittelmässiger Romanschriftsteller in London gewesen war, hat ein Buch geschrieben *Die Geschichte meines Herzens* /Jena, Diederichs/. Keine sentimentale Beichte grandioser Schicksale kann er geben. Er will nur berichten von den Regungen, durch die er in die Natur hineinwuchs, durch die er das Gefühl der Einheit gewann mit dem Blumenspriessen, mit dem Werden und Absterben aller im Atmosphärischen atmenden Kreatur. Monologische Psalmen auf die Jahreszeiten, auf die Seele im Stein, auf die verborgene Pracht in den Grashalmen, auf das leuchtende, nie endende Erschimmern des Firmaments dichtete Jefferies. Er ist überschwänglich, er ist kindlich und von jener inbrünstigen, nur schwülstig stammelnden Begeisterung, die ein Ansporn der Mythenformer, der anthropomorph die Naturgewalt deutenden Menschen ist. Er kann sich nicht hineindenken in die lächelnde Freude des kultivierten Naturanbeters, der zu seiner Andacht sich posiert, sich striegelt, sich erzieht, der seine Andacht zum künstlerischen Werke macht. Fast ist der Unterschied körperlich zu fühlen, der den modischen Freund des Erdenschönen trennt vom bäurischen, im härenen Gewand einherschreitenden Schwelger. Aber, ehrlich, ist zu viel Natur, zu viel gläubige und ungemischte Schwärmerei für die Gottesschöpfung, die gut ist, nicht für uns Gegenwärtige ein bedenklich armseliges Ergötzen? Wer dichtend auch mit uns lebt, scheut sich nicht, die Natur selbst zu staffieren, zu frisieren, aus ihr Bühnendekorationen zu stellen, die nicht grad dem Bestehenden nachgeahmt wurden, sondern einem Gesetz der gebildeten Perspektive unterworfen sind.

× ×

Hermanns Jettchen Gebert

Diese Erwägung war notwendig, um die Kunstabsichten und die Kunsterfolge des Dichters Georg Hermann zu begreifen, der in seiner in der vorigen Rundschau erwähnten *Jettchen Gebert* einen Roman entwarf, der sich wie reinstes, einfach abgelesenes Leben ansieht, in Wirklichkeit jedoch verwickeltste Poesie ist. Der Dichter will das Berlin schildern, das ums leisetreterische Jahr 1837 etwa lebte. Er will es aber nicht als Historiker malen, der bloss in die Häuser geht, in die Schreibstuben der Politiker und die Salons der Mondänen. Auch auf den Kalender hat er geschaut. Die Jahreszeiten, den Duft des Frühlings, die Glut des Sommers, das Bleichen des Herbstes will er beschreiben. Er will Menschen und Dinge und das Unsagbare in ihnen, um sie und über ihnen beredt machen. Wie nun? Indem er wenige Wesen aus der Zeit nicht antiquarisch darstellt, sondern ihr eigenes Blut in Fluss bringt oder wenigstens bringen möchte. Das ist keine Arbeit intuitiven Findens; das ist ein überlegtes strategisches Unternehmen, über das aber ein Talent herrschte, das sich an tausend emsigen Beobachtungen den Personenblick schärfte. Jettchen Gebert, die Waise aus jüdischer Familie, die im Kreise ihrer zärtlichen Verwandten eine behäbige, durch hunderttausend Taler gestützte Unterkunft fand, wird gesellt mit unappetitlichen Menschen, mit Menschen zum Abküssen, mit Menschen, denen man zum Segnen die Hände aufs Haupt legen möchte. All diese Menschen reden, essen, gehen und trinken mit der Grandezza, die im Reich des grossen Napoléon die Schranzen dem Kaiser abgeguckt hatten, die eine Generation darauf in Preussens Hauptstadt von den Bürgern gehandhabt und von den Historikern *Biedermeierei* getauft wurde. All diese Menschen um Jettchen Gebert sind massiv, im Ernst und im Scherz, in der Güte und in der Schrulle. Jettchen Gebert allein ist eine Gestalt, deren Charakter nicht nach irgendwelcher Zeit schmeckt. Und die Konflikte, die sie durchkämpft, um den verabscheuten Bräutigam zu meiden, um dem ersehnten Geliebten, dessen Kuss sie einmal kennen gelernt hat, nachzueilen, sind von jener eisernen Ewigkeit, die Julias Liebesgezwitscher, des Wallensteiners Thekla Liebesgegirre, das heissere Liebeswerben Beatricens, der Braut von Messina, etwa tragen. Das heisst, Georg Hermann wollte zu viel Typisches und Unwandelbares in Jettchen Gebert sprechen lassen. Er machte sie zu seraphisch. Er machte noch unirdischer ihren Geliebten, der grundlegende Partieen des Buches vorwärtsbringen soll, aber nicht Knochen und Kraft genug hat. Das

schadet wenig im Vergleich zu der Staffage, die eben Hermanns grosses Verdienst ist. Alle Nebenpersonen sind gut gezeichnet, oft mit seltener Macht des fruchtbarsten Ausdrucks. Und seine Natur dann. Er durchwandert sie mit froher Dankbarkeit für die Erhebungen, die sie bietet. Er will jedoch nicht, wie der flammende Schwärmer Jefferies, aus der Natur eine Asketenstatt machen. Seine Absicht ist vielmehr, das alltägliche Behaben der Menschen auszugleichen und in Eintracht zu setzen mit dem Weben und Walten der bloss vegetierenden, nicht denkenden Welt.

× ×

Erzählungen Hermanns Begabung hat etwas von der Manier des Frenssenschen *Hilligenlei*, was ein anderer Kritiker schon richtig beobachtet hat. Doch Frenssen ist diesmal weit hinter ihm zurückgeblieben. Sein letztes Buch *Peter Moors Fahrt nach Südwest* /Berlin, Grote/ ist der Bericht eines Soldaten, der in den afrikanischen Kolonieen gekämpft hat. Selbst wenn man die gutgelungenen Schilderungen von Schlachten und Krankheiten als saubere Arbeit durchgehen lässt, steht man dem Ganzen nur als einer schwachen Zwischenschöpfung gegenüber.

Anständige und interessante Werke sind die *Flamme des Lebens*, Roman von Karl Federn /Berlin, S. Fischer/, *Der Gouverneur* und andere kleine Geschichten von Leonid Andrejew /Berlin, Ladyschnikow/. Etwas besser als ein gewöhnlicher Romanmacher erzählt Federn von dem Zwiste, der zwischen einen Kraftmenschen und eine erblich belastete Frau gesät wird. Aus dem Liebesbündnis beider entspriesst nur Elend, Selbstmord der Frau, unersättliche, in Abenteuerei entgleisende Todeslust des Mannes. Andrejews Gouverneur, ein Sklavenhalter mit Lammestemperament, wird fein, aber müde und gezwungen bis zu dem Zeitpunkte analysiert, da ihn die Rache seiner Opfer erreicht.

× ×

Neuausgaben Sehr billig, sehr handlich und sehr gut ist die deutsche vollständige Ausgabe des *Dekameron* Giovanni Boccaccios, die im *Insel-Verlage* zu Leipzig erscheint. Georg Herweghs *Lieder eines Lebendigen* gab im vergangenen Jahre des Dichters Sohn Marcel Herwegh bei Hesse in Leipzig heraus. Eine schöne, die Veranlagung des wieder belebten Freiheitssängers gut charakterisierende Ergänzung dieser Arbeit ist Georg Herweghs Briefwechsel mit seiner Braut, dessen Abdruck und orientierende Einleitung Marcel Herwegh für Robert Lutz in Stuttgart ebenfalls besorgt hat. Georg Merseburger in Leipzig ediert die Briefe Victor von Scheffels an seinen getreuen Freund, den als hohen Gerichtsbeamten zu Weimar verstorbenen Karl Schwanitz. Scheffel erzählt in diesen Briefen von der Studentenzeit, da für ihn die grossdeutsche Burschenschaft alles bedeutete. Er wird dann reifer, flicht Verse und Sentenzen in seine Episteln, und als die Jahre 1848 und 1870 kommen, da ist der Puls des Patrioten mächtig fühlbar.

× ×

Kurze Chronik In einem Roman *Kettenträger* /Berlin, *Concordia*/ will die Verfasserin, L. Frei, alle Probleme des modernen Sozialismus, des Antagonismus der *Radikalen* und *Revisionisten* und noch ein halbes Dutzend anderer Weltprobleme lösen. × Der Däne Jakob Knudsen versuchte sich in dem Roman *Anders Hjarmsted* /Leipzig, Schmalfeld/ recht kräftig an dem alten Charakter des Rechtskämpfers Michael Kohlhaas. Ich glaube, dass wir gegenwärtig so eisige Helden nicht mehr gut ausstehen können.

× ×

Literatur Der Schriftsteller Hermann Bahr ist ein kluger Mann. Ich mag vieles nicht an seiner auffälligen Sucht nach billiger Ursprünglichkeit, an seiner verdammt oberflächlichen Art, immer neueste Genies und Moden schaffen zu wollen. Und dennoch lese ich mit grossem Gewinne die letzte Sammlung seiner Theaterkritiken *Glossen* /Berlin, S. Fischer/. Er reicht nicht für Ibsen aus, er überschätzt zu Unrecht Heijermans, er vergöttert zu viel den Hofmannsthal. Aber er sagt vieles andere, was man sich merkt. MAX HOCHDORF

DIVERSA

Bücher

Kinderbücher Eine ganze Reihe von neuen Büchern für die Kinder kommt uns zu Weihnachten wieder aus dem trefflichen Schaffsteinschen Verlage in Cöln, der um diese Gattung seit Jahren bemüht ist und sich manche Verdienste schon er-

worben hat: *Sport und Spiel*, ohne Text, von K. F. von Freyhold; *Till Eulenspiegel*, neu übersetzt von Hermann Schaffstein, mit Illustrationen von J. H. Ramberg; *Steht auf, ihr lieben Kindelein!* Gedichte, ausgewählt von Gustav Falke und Jakob Löwenberg; *Zäpfel Kerns Abenteuer* von Otto Julius Bierbaum, mit Zeichnungen von Arpad Schmidhammer; *Blumenmärchen* von Ernst Kreidolf; *Strabautzerchen*, Bilder und Reime von Hans von Volkmann.

Dass in unserer Zeit das Bestreben besonders lebendig ist, in der Kunst volkstümlich und ungeschulten Sinnen zugänglich zu arbeiten, liegt wohl an der sehr empfindlichen Entfernung, in die uns die überfeine Differenzierung von den einfachen Augenfreuden gebracht hat; um sich der Art, wie Kinder und Ungeschulte die Natur ansehen, wieder zu nähern, muss man in erster Linie verlangen, dass die Farbeneindrücke lebendig und frisch sind, und dass die Gegenständlichkeit des Dargestellten vollständig deutlich sei; nicht Farbenflecke, sondern eben Dinge. Am besten gelungen in diesem Sinne scheint uns das Volkmannsche Buch *Strabautzerchen*. Bäume, Häuser, Vögel: alles gibt es da in solcher Menge schön und klar zu sehen, dass die Schaulust nicht so bald müd werden kann. Die ganze Welt mit Eisenbahn und Post und hohen Wolken hat man im Bilderbuch vor sich, und alles in dem schönen Wunderglanz, in dem Kinder anschauen können, die Bäume farbiger und grösser, der Himmel höher, und hinter dem Hügel, hinter dem die Eisenbahn herkommt, geht's noch immer weiter.

Sehr sympathisch sind auch die Freyholdschen Bilder zu *Sport und Spiel*. Künstlerisch, wenn auch sehr beschränkt in ihrer Eigenart, vielleicht noch feiner empfunden, als die Volkmannschen. Seh' ich das Buch durch, gehen die Bilder vorüber, wie geträumt, lautlos und ganz fein still; alles wie körperlos. Da fährt ein Kind mit zwei steifen Schäfchen über eine Brücke, und auf dem nächsten Bilde ziehen gar vier bunte Vögel durch die Luft mit vier Kindern drauf, alle in ihren Gelenken zusammenklappbar, wie Holzfiguren, steif und grade da sitzend. Das netteste ist aber das Schlussbild: ein hoher grüner Berg, wie ein Zuckerhut in die Höhe gehend vor dem blauen See, und mitten über dem See der doppelte Regenbogen. Auf dem Berge sitzt ein Kind, das den Drachen steigen lässt, und der fliegt bis an den Regenbogen heran. Die Farben sind nicht eigentlich schön, wirken aber durch die simple Reinheit oft entzückend. Ich fürchte nur, dass in der Realistik der Darstellung der einzelnen Dinge den Kindern wohl viel fehlen wird, die darin oft rigoros sind, so frei sie in den Kombinationen empfinden mögen.

Die bekannten Kreidolfschen *Blumenmärchen*bilder sind in der Zeichnung wesentlich feiner, wenn sie auch durch die Verkleinerung der neuen Ausgabe arg verloren haben. Sie sind in der Zeichnung so streng und gut, dass die Kinder, trotz der märchenhaften Einkleidung, es wohl als Botanikbuch verwenden könnten. In ihrer Feinheit erinnern sie dann und wann an Japanisches. Aber schliesslich scheinen sie für Kinder wohl zu fein, nicht unbedingt zwingend durch Frische und Deutlichkeit. Schlimmer steht es aber um die Texte. Die Volkmannschen Verse sind wenigstens lustig, aber die Kreidolfschen haben etwas Steifbeiniges und Altkluges und bleiben bei all ihren Spässen oft ledern.

Für ältere Kinder bestimmt ist die Bierbaumsche Bearbeitung altitalienischer Kasperleabenteuer, *Zäpfel Kerns Abenteuer* genannt. Das, was erzählt wird, ist ganz reizend, und die Vorstellung von einem lebendig gewordenen Holzkasperle, der frech und kindisch verlogen all seine Abenteuer durchficht, ist zu lustig. Wie weit dieses die Sache Bierbaums ist, weiss ich nicht, wohl aber, dass die Erzählweise Bierbaums mit ihren witzigen Redensarten zuweilen ärgerlich zu lesen ist. Auch die Schmidhammerschen Illustrationen sind, so talentvoll und sicher sie gemacht sind, nicht eigentlich humoristisch.

Die Auswahl und Übertragung des *Till Eulenspiegel* ist sehr gut, die Rambergschen Illustrationen regen die Phantasie der Kinder sicher an, doch wirken die Spässe auf die Dauer etwas monoton.

Die Anthologie, die Schaffstein herausgibt, gibt ganz ausserordentlich viel Gutes, und ein Segen wär es, wenn sie in die Schulen eingeführt würde, in deren Lesebüchern die guten und lebendigen Sachen noch immer erdrückt werden von den saftlosesten, moralisch belehrenden Lesestücken. LISBETH STERN

VERANTWORTLICH FÜR DIE REDAKTION HERMANN REHLANDER IN ORANIENBURG · VERLAG DER SOZIALISTISCHEN MONATSHEFTE G. M. B. H. IN BERLIN · DRUCK VON *GUTENBERG* DRUCKEREI UND VERLAG A. G. IN BERLIN




UNIVERSITY OF MICHIGAN
3 9015 01144 4893

